





# »Hoch die internationale ...?«

Praktiken und Ideen der Solidarität

Archiv für Sozialgeschichte | 60. Band | 2020

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Kirsten Heinsohn, Thomas Kroll, Anja Kruke,  
Philipp Kufferath (geschäftsführend), Friedrich Lenger,  
Ute Planert, Dietmar Süß, Meik Woyke



Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Kirsten Heinsohn,  
Thomas Kroll, Anja Kruke, Philipp Kufferath (geschäftsführend),  
Friedrich Lenger, Ute Planert, Dietmar Süß, Meik Woyke

Redaktionsanschrift:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv für Sozialgeschichte  
Dr. Philipp Kufferath  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Tel. 02 28 / 8 83 – 80 57  
E-Mail: [afs@fes.de](mailto:afs@fes.de)

Herausgeberin und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle  
Förderung von Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet  
diese Informationen in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Informationen sind im Internet  
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISSN 0066-6505  
ISBN 978-3-8012-4275-6

Copyright © 2020 by  
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen  
Umschlagfoto: Zeichnung Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, im Vordergrund Titelseite  
»Der Proletarier«, 1. 5. 1909; Rechte: Gemeinfrei / AdSD  
Satz und Gestaltung: Jens Marquardt, Bonn  
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2020

## Inhaltsverzeichnis

### RAHMENTHEMA: »HOCH DIE INTERNATIONALE...?« PRAKTIKEN UND IDEEN DER SOLIDARITÄT

#### **Der Geruch von Weihrauch und Achselschweiß?**

*Überlegungen zu einer Geschichte der Solidarität*

Dietmar Süß/Meik Woyke | 11

#### **Soziale Tatsache, Grundwert oder Tugend?**

*Zur Begriffsgeschichte der Solidarität im 19. und 20. Jahrhundert*

Hermann-Josef Große Kracht | 29

#### **Vagheit als Funktion**

*Begriffsgeschichtliche Anmerkungen zu Genese und Gegenwart des Solidaritätsbegriffs*

Marc Drobot | 51

#### **Solidaritätsdynamiken**

*Praktiken der Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung und ihren Vorläuferorganisationen*

Stefanie Börner | 75

#### **Eine solidarische ›Volksgemeinschaft‹?**

*Kollegialität, Kameradschaft und ›Betriebsgemeinschaft‹ im ›Dritten Reich‹*

Jan Neubauer | 95

#### **Hilfe, Wohltätigkeit, Solidarität?**

*Die französische OSE und die Rettung von Kindern auf der Flucht vor dem ›Dritten Reich‹*

Sophia Dafinger | 123

#### **Kommunistische Solidaritätspolitik im demokratischen, nationalistischen und kolonialen Frankreich 1920–2010**

Dominik Rigoll | 147

#### **Unsolidarische Solidarität?**

*Sprach- und Organisationspolitik im DGB 1945–1990*

Stefan Wannenwetsch | 183

#### **»Ausgleich zu Hause und draußen«**

*Solidaritätsrhetorik und die Neukonzeption der westdeutschen und schwedischen Außenpolitik  
in den 1970er-Jahren*

Christopher Seiberlich | 213

### **Politischer Konsum und Solidarität**

*Konturen und Kontexte eines Schlüsselbegriffs im späten 20. Jahrhundert*

Stefan Weispfennig | 237

### **Die Nachleben der Solidarität**

*Ideen und Praktiken des ›Solidaritätsdiensts International‹ im vereinigten Deutschland*

Paul Sprute | 261

### **Solidarität neu verweben**

*Dekoloniale Herausforderungen der Mapuche-Bewegung für internationale Solidarität im 21. Jahrhundert*

Sebastian Garbe | 281

## **DOKUMENTATION – ANALYSE – KRITIK**

### **Keine Bundesstaatlichkeit im Bundesstaat**

*Die Organisation der Sozialversicherung der 1880er-Jahre im Kaiserreich*

Yoshihiro Iida | 305

### **Zeitgeschichte des Nationalismus**

*Für eine Historisierung von Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus als politische Nationalismen*

Dominik Rigoll/Yves Müller | 323

## **FORSCHUNGSBERICHTE UND SAMMELREZENSIONEN**

### **Zum Abschluss der Max-Weber-Gesamtausgabe**

Friedrich Lenger | 355

### **Kontroversen um die ›Volksgemeinschaft‹**

*Zu neueren Arbeiten über die Gesellschaft des ›Dritten Reichs‹*

Michael Schneider | 381

### **Neue Wege der historischen Anarchismusforschung (19.–21. Jahrhundert)**

*Teil 1: Grundlagen und Konturen eines expandierenden Forschungsfelds*

Fabian Lemmes | 435

### **Moments of Democratic Evaluation?**

*Literature Review on the History of Elections and Election Campaigns in Western Europe from the Nineteenth to the Twenty-First Century*

Zoé Kergomard | 485

**Abstracts | 513**

**Résumés | 520**

**Rezensierte Bücher | 527**

**Die Autorinnen und Autoren des Bandes | 533**





RAHMENTHEMA:

**»Hoch die internationale ...?«**

Praktiken und Ideen der Solidarität



DIETMAR SÜß / MEIK WOYKE

## Der Geruch von Weihrauch und Achselschweiß?

Überlegungen zu einer Geschichte der Solidarität

Der Verlag kam beinahe nicht mehr hinterher. Die ersten 50.000 Exemplare waren bereits nach wenigen Monaten über den Ladentisch gegangen, Zehntausende weiterer Exemplare folgten rasch. Als der Gießener Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter 1974 sein Buch »Lernziel Solidarität« veröffentlichte<sup>1</sup>, war er bereits ein bekannter Wissenschaftler und Publizist, mit erfolgreichen Büchern über »Die Gruppe« und den »Patient Familie«. Aber ein solches Echo war doch selbst für den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft ungewöhnlich. Richter, der in den 1980er-Jahren eine der prägenden Figuren der Friedensbewegung werden sollte, hatte nach seinem Ruf auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Psychosomatik in Gießen eine eigene Klinik aufgebaut, die bald darauf zu einem besonderen psychoanalytischen Experimentierfeld auch auf dem Feld der Familien- und Gruppenpsychotherapie werden sollte. Sein Buch »Lernziel Solidarität« setzte seine früheren Arbeiten fort – und spitzte sie als politisch-psychologische Zeitdiagnose zu: Die großen Industrienationen stünden an einer Zeitenwende. Sie könnten ihre Probleme nicht mehr wie in der Vergangenheit »expansionistisch lösen«<sup>2</sup>, die »technische Eroberung« des Planeten stoße an natürliche Grenzen, die kapitalistische Wachstumsideologie zerstöre die natürlichen Ressourcen und die menschlichen Seelen gleichermaßen. »Das Ende der Expansion fordert neue Leitbilder«, so Richter, und diese Leitbilder müssten mit den alten Rollenmustern, mit zerstörerischer Männlichkeit, mit gesellschaftlicher Hyperaktivität und radikalem Konkurrenzdruck brechen. Die Expansion nach außen habe die Empfindsamkeiten nach innen verschüttet. Mühsam machten sich nun – vor allem in den USA – junge Leute auf den Weg, alternative Formen des Zusammenlebens zu erproben; Experimente an sich selbst, aber auch für andere, für gesellschaftliche Randgruppen. In den seelischen Tiefen spiegelten sich, so Richter, die politischen Entfremdungen und Konflikte der Gegenwart wider. Solange aber in den gesellschaftlichen Leitbildern die Idee dominiere, Schwache und Unangepasste auszugrenzen und auszunutzen, solange es keine Änderung der Familienstrukturen und Geschlechterbeziehungen, auch keine kritische Reflexion des neuen »Moralismus« innerhalb der linken Gruppen gebe, so lange fehlten die Voraussetzungen für solidarisches Verhalten.

Richter plädierte für eine »Verknüpfung von Praxis, Psychoanalyse und gesellschaftlichem Lernen«<sup>3</sup> und beschrieb in seinem Buch die Erfahrungen aus der Obdachlosenarbeit, die schonungslos die eigenen Ängste, Zwänge und Schamgefühle offenbare und deutlich mache, wie gesellschaftliche Widersprüche und bürgerlich-repressive Traditionen das Verhalten lähmten und damit die Voraussetzungen dafür blockierten, überhaupt solidarisch handeln zu können.

1 Horst-Eberhard Richter, Lernziel Solidarität, Reinbek 1974.

2 Ebd., S. 9, alle Zitate ebd.

3 Ebd., S. 251.

Das »Lernziel Solidarität« verwandelte gewissermaßen die Revolution der politischen Utopien in die Praxis psychotherapeutischer Arbeit. Das Buch bediente auf vielfache Weise den expandierenden therapeutischen Markt des »Psychobooms«<sup>4</sup> seit den 1970er-Jahren – und hielt zugleich zu bestimmten neueren Formen der »Arbeit am Selbst« deutliche Distanz. Von zu viel Yoga oder Verhaltenstherapie hielt Richter jedenfalls nichts. Er setzte eher auf die Gruppe und die Kraft des Kollektivs, und vor allem griff er mit der »Solidarität« eines jener Zauberwörter auf, dessen magische Kraft sich seinen Leserinnen und Lesern unmittelbar erschloss, ohne über dessen Bedeutungsinhalt auch nur viele Worte verlieren zu müssen. Was genau mit »Solidarität« gemeint war, blieb deshalb eher vage. Der Begriff umschrieb den Sehnsuchtsort einer von den bürgerlichen Zwängen befreiten Gesellschaft, in der die Isolation in Familie und Betrieb aufgehoben schien. »Solidarität« bedeute ein Leben im Guten, eine Aufhebung der Entfremdung, echte Nähe, Anteilnahme und emanzipatorische Mündigkeit. Das Buch war keineswegs unkritisch gegenüber den moralischen Ansprüchen der Studentenbewegung und doch blieb gerade die viel beschworene »Solidarität« als das eigentliche »Lernziel« merkwürdig unbestimmt.

Als Richter sein Buch am Ende der 1990er-Jahre noch einmal veröffentlichte, war nicht mehr viel von der Hoffnung geblieben, der »Solidarität« durch die Einsicht und die Überwindung eigener psychischer Blockaden näher zu kommen. Inzwischen sei vieles von dem verschwunden, was den Begriff einst ausgezeichnet habe, so Richter. Vom »Zusammenhalt der Arbeiterschaft oder der sozial Unterprivilegierten« sei kaum mehr etwas zu hören, auch nicht mehr die »Compassion für die Schwächeren«. Der Begriff gehöre inzwischen den Managern, Fraktionsvorsitzenden und Trainern, »die von oben her Solidarität mit dem Betrieb, mit der Fraktion, mit der Vereinsführung einfordern. Sie sind es, die Solidarität verlangen, damit aber praktisch Gehorsam meinen.«<sup>5</sup> Noch immer gebe es viele junge Leute, deren Engagement Mut mache. Aber insgesamt schien doch klar: Der Neoliberalismus habe zu einer Entsolidarisierung geführt und sich auch des Begriffs der »Solidarität« bemächtigt.

Solidarität als utopischer Entwurf und Hoffnung, als klassen- und geschlechtsspezifische Erfahrung, als Lernprozess und soziale Praxis, Grundwert und Projektionsfläche gesellschaftlicher Konflikte, als Geschichte von »mehr« oder »weniger« gesellschaftlichem Zusammenhalt: In Richters »Lernziel Solidarität« und dessen Rezeptionsgeschichte finden sich zentrale Dimensionen, die mit einer Geschichte der Solidarität verbunden sind und die zugleich andeuten, wie komplex und widersprüchlich die Zugangsweisen zu einem Begriff sind, der neben »Freiheit« und »Gerechtigkeit« zu den modernen Hochwertbegriffen<sup>6</sup> gehört und dessen Auf- und Abstieg immer wieder beklagt und beschworen wird – nicht zuletzt in den gegenwärtigen Kontroversen über die Folgen der Corona-Krise.<sup>7</sup>

4 Maik Tändler, Das therapeutische Jahrzehnt. Der Psychoboom in den siebziger Jahren, Göttingen 2016.

5 Horst-Eberhard Richter, Lernziel Solidarität, Neuaufl., Gießen 1998, S. 6.

6 Jüngst und stark existenzialistisch Heinz Bude, Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee, München 2019.

7 Vgl. dazu beispielsweise die Beiträge in: Michael Volkmer/Karin Werner (Hrsg.), Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft, Bielefeld 2020.

Ihren Ursprung hat die »Solidarität« als *ius in solidum* im römischen Recht.<sup>8</sup> Dort beschreibt Solidarität eine spezifische Form der Haftung, bei der jeder einzelne, der zu einer Gruppe von Schuldern gehört, für die Gesamtsumme mithaftet. Im Nachgang der Französischen Revolution löste sich das Verständnis für Solidarität aus seinem primär juristischen Kontext. Der Begriff fand – langsamer als man das vermuten könnte – erst im späten 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert umfassend Eingang in die Sprache der Arbeiterbewegung und es sollte dauern, bis er auch programmatisch eine bedeutsame Rolle spielte: In der deutschen Sozialdemokratie war dies erst mit dem Godesberger Programm (1959) der Fall, als die Partei ihn neben »Freiheit« und »Gerechtigkeit« zu einem ihrer drei Grundwerte erklärte.<sup>9</sup> Aber »Solidarität« war eben keineswegs nur ein Begriff der Arbeiterbewegung, sondern gehörte – in unterschiedlichen Schattierungen und Spielarten – zur Sprache der katholischen Soziallehre, die ihn als »Solidarismus« im Kontext ihres Subsidiaritätsdenkens als integrierenden und sozial harmonischen Begriff verstanden wissen wollte.<sup>10</sup> Aber auch hier – im Kreise katholischer Sozialpolitiker – war seine Strahlkraft in den 1950er- und 1960er-Jahren deutlich begrenzt. An Bedeutung gewann er erst wieder im Laufe der 1970er-Jahre – wenngleich anfänglich eher an den Rändern der katholischen Soziallehre, im Umfeld der jungen Befreiungstheologie, die die politisch-kämpferische Dimension der Solidarität betonte. Dass mit der polnischen *Solidarność*-Bewegung der Begriff zusätzlich auch eine antikommunistische Stoßrichtung erhielt und ihn immer häufiger auch Papst Johannes Paul II. gebrauchte, dürfte – trotz seiner unterschiedlichen Verwendungsweisen – sicherlich mit zu seiner stärkeren Präsenz beigetragen haben.<sup>11</sup>

So unterschiedlich die Ansätze auch sind – unser Band wird sich mit den verschiedenen Wendungen ausführlich beschäftigen: Im Kern beschreibt der Begriff der Solidarität ein spezifisches soziales Beziehungsverhältnis, ein Gefühl der Bindung und Verpflichtung von Menschen, ihr Aufeinander-Angewiesensein; eine Verpflichtung, die zugleich partikular gebunden ist. »Wer sich solidarisch verhält«, so hat das Jürgen Habermas einmal knapp formuliert, »nimmt im Vertrauen darauf, dass sich der andere in ähnlichen Situationen ebenso verhalten wird, im langfristigen Eigeninteresse Nachteile in Kauf.«<sup>12</sup> Solidarität, so könnte man auch sagen, ist nicht einfach da, sondern sie konstituiert sich durch gemeinsames Handeln und wird durch kollektive Interessen begründet, denen auch ein Moment der Exklusion innewohnt, sei es beispielsweise durch nationale, klassen- oder geschlechtsspezifische Interessen. Das klingt einfach und plausibel. Aber wer den verschiedenen Spuren der Kontroversen um den

8 Vgl. umfassend Hermann-Josef Große Kracht, *Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften*, Bielefeld 2017, und den Beitrag in diesem Band.

9 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hrsg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1959, S. 7.

10 Große Kracht, *Solidarität und Solidarismus*, S. 266–305.

11 Für die evangelische Kirche lässt sich eine ähnliche Entwicklung feststellen; vgl. dazu Traugott Jähnichen, *Solidarität als Begriff der evangelischen Theologie und Sozialethik*, in: *Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften* 48, 2007, S. 81–104.

12 Europa neu denken. Diskussion zwischen Jürgen Habermas, Sigmar Gabriel und Emmanuel Macron am 16. März 2017 in der Hertie School of Governance, moderiert von Henrik Enderlein, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62, 2017, H. 4, S. 41–54, hier: S. 42.

Begriff der Solidarität quer durch die Disziplinen folgt, wird schnell spüren, wie verschlungen die Pfade sind.<sup>13</sup>

Dabei geht es rasch um Grundsätzliches: Denn es besteht keineswegs Einigkeit darüber, ob der Begriff der Solidarität tatsächlich einen analytischen Mehrwert beispielsweise dafür besitzt, moderne, arbeitsteilige Gesellschaften besser verstehen zu können – so würde Émile Durkheim argumentieren, der ihn als einer der ersten innerhalb der jungen französischen Soziologie einführte und als »modernen« Begriff für gesellschaftliche Integrationsprozesse gebrauchte. Auch diese Spur gibt es: die frühen Versuche, »Solidarität« nicht nur für die Beschreibung großer Gefühle, sondern auch für die Analyse moderner Gesellschaften zu verwenden.

Die deutsche Soziologie war hier zeitgenössisch bereits äußerst zurückhaltend gegenüber dem Gebrauch und hat sich kaum von den französischen Kontroversen beeinflussen lassen.<sup>14</sup> Vielfach lautete das Argument: »Solidarität« ist vor allem ein politischer Kampfbegriff, Quellsprache, normativ aufgeladen und selbst Ausdruck machtpolitischer Konflikte und Interessen, in denen sich die Sehnsüchte und Wirklichkeitswahrnehmungen der Arbeiterbewegungen ablesen ließen. Auch das wäre ein Grund, sich mit ihm zu beschäftigen, aber die Richtung wäre gewiss eine andere.

Womöglich ist diese Doppelbödigkeit auch ein, sicher aber nicht der einzige Grund, weshalb der Begriff beispielsweise auch in der politischen Philosophie lange Zeit eher randständig geblieben ist. Solidarität, so argumentierte Jürgen Habermas, beschreibe dabei das »Andere der Gerechtigkeit«; während Gerechtigkeit auf die Würde und die Ansprüche von Individuen ziele, beschreibe die Solidarität einen »gemeinsamen Lebenszusammenhang«, der quer zu solchen Gerechtigkeitskonzeptionen stehe, die durch eine »individualistische Vereinseitigung« geprägt seien.<sup>15</sup> Der Begriff der Solidarität verweist hier auf eine spezifische soziale Relationalität und Normativität, die verschiedene gegenseitige Beistandsverpflichtungen begründen. Aber wie stark sind diese Pflichten zum Zusammenhalt: Sind sie freiwillig oder bindend? Lässt sich Solidarität eher als eine Form intersubjektiver Anerkennung unterschiedlicher Fähigkeit beschreiben, wie Axel Honneth argumentiert<sup>16</sup>, oder als Ausdruck reziproker Beziehungsverhältnisse ohne instrumentellen Charakter?<sup>17</sup> Basiert Solidarität auf einer Form sozialer Empathie, die sich in und durch die Globalisierung verändert?<sup>18</sup> Und: Lässt sich gar die Geschichte moderner und postmoderner Gesellschaften als eine Trans-

13 Als ein Überblick: Karl Otto Hondrich/Claudia Koch-Arzberger, *Solidarität in der modernen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1992; Herfried Münkler, *Enzyklopädie der Ideen der Zukunft: Solidarität*, in: Jens Beckert/Julia Eckert/Martin Kohli u. a. (Hrsg.), *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Frankfurt am Main/New York 2004, S. 15–28.

14 Thomas Fiegler, *Von der »Solidarité« zur Solidarität. Ein französisch-deutscher Begriffstransfer*, Münster/Hamburg etc. 2003.

15 Jürgen Habermas, *Erläuterungen zur Diskursethik*, Frankfurt am Main 1991, S. 70f.

16 Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main 1992, S. 208.

17 Rahel Jaeggi/Robin Celikates, *Sozialphilosophie, Eine Einführung*, München 2017, S. 39.

18 Angela Pöferl, *Solidarität ohne Grenzen? Probleme sozialer Ungleichheit und Teilhabe in europäischer Perspektive*, in: Martin Heidenreich (Hrsg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 231–252.

formation sozialer Beziehungen analysieren, in der sich eine Solidarität unter Freunden zu einer Solidarität unter Fremden verwandelt?<sup>19</sup>

Die Geschichtswissenschaft, allen voran die Sozialgeschichte der Arbeiter und Arbeiterinnen und der Arbeiterbewegungen, hat sich um diese Auseinandersetzung weitgehend gedrückt.<sup>20</sup> Roch das Phänomen der Solidarität nicht, wie Helga Grebing das schon vor etlichen Jahren einmal formuliert hat, »nach Achselschweiß mit Weihrauch vermischt«?<sup>21</sup> Zu selbstverständlich schien es offenkundig, dass die europäische und die deutsche Arbeiterbewegung gewissermaßen der »Ursprungsort« klassenspezifischer Solidarität gewesen sei. Solidarität schien dabei gleichsam der »natürliche Zustand« proletarischer Vergemeinschaftung und gemeinsamer Erfahrungen. Gern konnte man dann auf Wilhelm Liebknechts berühmten Satz verweisen, der die Solidarität zum höchsten Kultur- und Moralprinzip der sozialistischen Bewegung erkör:

»Der Fundamentalsatz aller Moral: Tue deinem Nächsten, was du willst, daß er dir tue, ist das Produkt der Not, welche die Erkenntnis hervorrief, dass die Menschen solidarische Interessen haben. Freilich, diese Solidarität galt anfangs nur für den engsten Kreis der Angehörigen und wurde nur in einer langen Schule unangenehmer Erfahrungen allmählich erweitert, bis wir jetzt endlich so weit gelangt sind, daß die letzten Schranken der Solidarität bloß noch durch die Gewalt der Bajonette aufrechterhalten werden können. Der Begriff der allgemeinen menschlichen Solidarität ist der höchste Kultur- und Moralbegriff; ihn voll zu verwirklichen, das ist die Aufgabe des Sozialismus.«<sup>22</sup>

Die vielleicht wichtigsten Impulse der letzten Jahre stammen aus dem Umfeld einer transnational orientierten Labour History, die sich im Kontext der Geschichte des »Internationalismus« für kommunistische Bewegungen interessierte.<sup>23</sup> Es gehörte dabei zu den schmerzlichen Lernerfahrungen innerhalb der Arbeiterbewegungsgeschichte, dass ihre Gründungsgeschichte komplexer, der Klassenbildungsprozess widersprüchlicher, ihre Etablierungsgeschichte weniger eindeutig war, als es sich viele gewünscht

19 Hauke Brunkhorst, *Solidarität unter Fremden*, Frankfurt am Main 1997.

20 Eine Ausnahme Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke, *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur*, in: dies. (Hrsg.), *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik*, Bonn 2009, S. 11–26, insb. S. 13–17; Klaus Metz, *Solidarität und Geschichte*, in: Kurt Bayertz (Hrsg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 172–194.

21 Helga Grebing, *Neue Solidarität ohne alte Arbeiterbewegung?*, in: *GMH* 47, 1996, S. 761–766, hier: S. 761.

22 Wilhelm Liebknecht, *Trutz und Schutz. Festrede gehalten zum Stiftungsfest des Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871*, Leipzig 1874, S. 14.

23 Zum Beispiel Kasper Braskén, *The British Miners' and General Strike of 1926: Problems and Practices of Radical International Solidarity*, in: Holger Weiss (Hrsg.), *International Communism and Transnational Solidarity. Radical Networks, Mass Movements and Global Politics, 1919–1939*, Leiden 2016, S. 168–190; Kasper Braskén, *The International Workers' Relief, Communism, and Transnational Solidarity. Willi Münzenberg in Weimar Germany*, Basingstoke/New York 2015; David Featherstone, *Solidarity. Hidden Histories and Geographies of Internationalism*, London 2012; ders., *Black Internationalism, Subaltern Cosmopolitanism and the Spatial Politics of Anti-Fascism*, in: *Annals of the Association of American Geographers* 103, 2013, S. 1406–1420; Glenda Sluga/Patricia Clavin (Hrsg.), *Internationalisms. A Twentieth-Century History*, Cambridge 2017.

hatten – und dass gerade der Blick auf die Frage, wer sich innerhalb der Arbeiterschaft mit wem verbunden fühlte, auch einen Hinweis hätte geben können auf die blinden Flecken der Sozial- und Arbeitergeschichte selbst, die eben lange Zeit – wie ihre Protagonisten – gerade gegenüber Frauen oder Lohnabhängigen anderer ethnischer Herkunft allzu blind geblieben waren. Dabei spielte die Frage nach dem inneren Zusammenhalt, nach Protesterfahrungen, Nähe und Distanz, lebensweltlichen Zusammenhängen eine zentrale Rolle, wenngleich eher unter anderen Begriffen wie der »Arbeiterkultur«, »Selbsthilfe« oder »moral economy«. Natürlich fand der Begriff der »Solidarität« in der frühen (und auch jüngeren) Arbeiterbewegungsgeschichte immer wieder Verwendung. Dabei ging es um, wie es Klaus Tenfelde bereits früh formulierte, die »Bedingungen für Solidarität« der Arbeiterbewegung, um Prozesse der Urbanisierung und der Mobilität, um Arbeitskonflikte und Organisationsbildung, um staatliche Repression und Emanzipationsstreben, um Vereinswesen, handwerkliche Traditionen und Industrialisierung. Waren diese unterschiedlichen Bedingungen erfüllt, so schien die Solidarität nur die logische Folge struktureller Rahmenbedingungen kapitalistischer Gesellschaften zu sein.<sup>24</sup> Umgekehrt gewann die Frage an Bedeutung, weshalb sich die eine Gruppe solidarischer als die andere verhielt, wie sehr also beispielsweise branchen- und arbeitsplatzspezifische Bedingungen soziale Beziehungen prägten.<sup>25</sup> Vieles, was heute wohl etwas nebulös unter dem Begriff der »sozialen Praxis« läuft, wird man beispielsweise in der Reihe zur »Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland« finden – wenngleich die sonst so sorgsam abwägenden Darstellungen mit dem Begriff der Solidarität eher großzügig umgingen. Womöglich hatte das eben auch etwas mit der Inflation der Verwendungsweise selbst zu tun, die in den 1970er-Jahren ganz offenkundig eine radikale Beschleunigung erfuhr – das galt für das »Lernziel Solidarität« Horst-Eberhard Richters, aber auch für die Veränderung der programmatischen Sprache der Sozialdemokratie.<sup>26</sup> Im »Orientierungsrahmen '85«, beschlossen vom Mannheimer Parteitag 1975, hatte der Begriff eine ganz erstaunliche Karriere gemacht, und das in mehrfacher Hinsicht: Er galt nun – ganz anders als noch im Godesberger Programm – im Sinne Durkheims als Ausdruck und Folge kapitalistischer Arbeitsteilung und er umschrieb den kämpferischen Zusammenschluss der Lohnabhängigen in ihrem Widerstand gegen bestehende Ausbeutungsverhältnisse.<sup>27</sup>

24 Klaus Tenfelde, Strukturelle Bedingungen für Solidarität. Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, in: GMH 28, 1977, S. 245–258.

25 Jürgen Kocka, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990, S. 435.

26 Zu den semantischen Verschiebungen im deutsch-französischen Vergleich, insbesondere mit Blick auf sozialdemokratische und sozialistische Parteien, vgl. Gesa Reisz, Solidarität in Deutschland und Frankreich. Eine politische Deutungsanalyse, Opladen 2006; zu den, wenngleich nur bedingt historisch kontextualisierten, Solidaritätsvorstellungen sozialdemokratischer Kanzler vgl. insb. S. 198–234.

27 Peter von Oertzen/Horst Ehmke/Herbert Ehrenberg, Orientierungsrahmen '85. Text und Diskussion, Bonn 1976; vgl. auch Philipp Kufferath, Peter von Oertzen 1924–2008. Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017, S. 463–480.



## I. Spannungsfelder

Insgesamt lassen sich – etwas vereinfacht – mindestens sechs Spannungsfelder unterscheiden, die quer durch alle Disziplinen die Auseinandersetzung mit Begriff, Geschichte und Praxis der Solidarität bestimmen:<sup>28</sup> Ein erstes solches Spannungsfeld beschreibt das Verhältnis von sozialer und politischer Solidarität. Kurt Bayertz<sup>29</sup> hat nachdrücklich auf diese Sollbruchstelle verwiesen und damit die Kluft zwischen »Solidarität« als politischem Kampfbegriff (insbesondere der Arbeiterbewegung) und solchen Solidaritätsvorstellungen unterschieden, die den Begriff, ähnlich wie dies Durkheim vorgeschlagen hatte, als Triebkraft gesellschaftlicher Integration gebrauchen. Soziale Solidarität fokussiert unterschiedliche Formen der Verbundenheit, bestimmt beispielsweise durch soziale Nähe, durch Familie, Örtlichkeit und Milieu, Nachbarschaft, die auf gemeinsamen (oder imaginierten) Erfahrungen beruhen und jenes »soziale Band« beschreiben, das Durkheim im Blick hatte und mit dem gegenwärtig gern auch die coronabedingten Praktiken der Hilfe beschrieben werden. Politische Solidarität – und diese spielt in unserem Band wohl die größte Rolle – beschreibt Formen praktizierter Gegenseitigkeit als Ausdruck oftmals ähnlich gedeuteter sozialer Ungleichheiten und Konflikte, als Antwort auf Erfahrung von vorenthaltener Anerkennung und von *Entrechtung*, als Folge der Verletzung impliziter oder expliziter Regeln der »moral economy«. Der Begriff verweist auf unterschiedliche soziale und kulturelle Kämpfe, die keineswegs auf die Arbeiterbewegung beschränkt waren und die in ihren Konflikten einen unmittelbaren Gegner adressierten. Solidarität war dafür keineswegs immer die Voraussetzung, sondern oft auch erst das Ergebnis (oder eine Möglichkeit) kollektiven Handelns.

Ein zweites Spannungsfeld berührt das Verhältnis von institutionalisierter Norm und individuellem Verhalten. Eine Geschichte der Solidarität führt mitten hinein in die moralische Grammatik moderner Wohlfahrtsstaaten. Natürlich: Die Idee der Solidarität spielte bei der Etablierung der bismarckschen Sozialversicherung in den 1880er-Jahren keine Rolle. Hier dominierte der Versuch, den Nährboden der jungen Arbeiterbewegung gleichsam staatlich trockenzulegen. Die Verrechtlichung von Solidarnormen entzog einerseits den Akteuren die Möglichkeit zur freien Entscheidung durch staatlichen Zwang, durch Steuern und Abgaben. Solidarnormen erlebten durch den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen eine zunehmende Entgrenzung, die den engen familiären oder milieuspezifischen Raum gezielt überschritten und vergesellschafteten. Andererseits lässt sich die Bereitschaft, dem Versicherungszwang einzuwilligen, nicht verstehen ohne ein spezifisches Eigeninteresse der Beteiligten und ohne die Anerkennung von normativen Vorannahmen, die für die Stabilität wohlfahrtsstaatlicher Ordnungen unabdingbar sind. Damit lassen sich unterschiedliche Bezüge von Solidarnormen benennen: solche, die die Unterstützung anderer Individuen begründen oder entstehen lassen und damit auf der Akteursebene angesiedelt sind. Sie sind bestimmt durch aktives Handeln, nicht nur durch ein Gefühl des Mitleids getragen. Solidarität findet aber zugleich noch ihren Ausdruck auf einer zweiten

28 Stephan Lessenich/Michael Reder/Dietmar Süß, Zwischen sozialem Zusammenhalt und politischer Praxis: Die vielen Gesichter der Solidarität, in: WSI-Mitteilungen 73, 2020, S. 319–326, hier: S. 321–324.

29 Kurt Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, in: ders., Solidarität, S. 11–53.

Ebene: als normative Grundlage unterschiedlicher gesellschaftlicher Subsysteme, an deren Regeln sich einzelne Akteure orientieren, ohne dass ihre Einhaltung zwingend intrinsisch begründet sein muss. In diesem Sinne lässt sich dann von Sozialstaaten auch als »institutionalisierter Solidarität«<sup>30</sup> sprechen.

Ein drittes Spannungsfeld der Solidarität beschreibt das Verhältnis von Partikularismus und Universalismus. Wie also sind die Grenzen der Solidarität bestimmt? Wie wird das Verhältnis von Innen und Außen, von »Wir« und den »Anderen« beschrieben? Solidarität gründet (auch) auf dem Prinzip der Grenzziehung, auf der Auswahl und der Entscheidung derer, die sich füreinander aussprechen, sich aneinander gebunden fühlen, sei es durch Sprache, Klasse, Nation, Geschlecht oder Territorialität. Es geht um gruppenspezifische Interessen, die einen Missstand artikulieren, deren Beseitigung tendenziell auf Kosten anderer geht oder gehen kann. Allerdings gibt es gute Gründe, einer solchen Lesart des Solidaritätsbegriffs, der damit auf alle, auch mörderische Kollektivinteressen ausdehnbar wäre, mit einiger Vorsicht zu begegnen. Die Geschichte gerade internationaler Solidarität der Arbeiterbewegung, die Versuche der frühen Vernetzung, der transnationalen Organisation, der gemeinsamen Feierkultur des 1. Mai verweist – bei all ihren Begrenzungen und exkludierenden Kräften – doch immer wieder auf ihren emanzipatorischen Anspruch. Anders als in den völkischen und faschistischen Bewegungen hatten Solidarnormen innerhalb der verschiedenen Strömungen linker und christlicher Arbeiterbewegungen deshalb stets auch ein Moment der Universalität. Das spräche jedenfalls dafür, den Begriff auf spezifische Formen kooperativen Handelns zu begrenzen und ihn nicht beliebig auszudehnen. Ob man so weit gehen muss, Solidarität als universale, gleichsam allen Menschen verfügbare soziale Handlungsressource zu beschreiben, die nicht nur integrierend wirkt, sondern ein transformatives, gar revolutionäres Potenzial entwickeln kann, das die Räume von Inklusion und Exklusion neu kartografiert, bleibt dabei zumindest strittig. Das gilt besonders für jüngere Debatten über die Voraussetzungen und Aneignungsprozesse transnationaler Solidarität<sup>31</sup> im Prozess der Globalisierung<sup>32</sup> seit den 1990er-Jahren. Schwierig war (und ist) dies vor allem für die Gewerkschaften, die ihr – trotz aller Beteuerungen stark national geprägtes – Solidaritätsverständnis durch verschärfte Formen globaler Standortkonkurrenz herausgefordert sahen und neue

30 Manfred Prisching, *Solidarität: Der vielschichtige Kitt gesellschaftlichen Zusammenlebens*, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, Frankfurt am Main/New York 2003, S. 157–190, hier: S. 179.

31 Katarzyna Gajewska, *Transnational Labour Solidarity. Mechanisms of Commitment to Cooperation within the European Trade Union Movement*, London/New York 2009; als Einführung in ein eigenes Themenheft: Charlotte Alston, *Transnational Solidarities and the Politics of the Left, 1890–1990*, in: *European Review of History/Revue européenne d'histoire* 21, 2013, S. 447–450; Andreas Bieler/Ingemar Lindberg/Devan Pillay (Hrsg.), *Labour and the Challenges of Globalization. What Prospects for Transnational Solidarity?*, London 2008.

32 Als ein Beispiel Hauke Brunkhorst, *Globalizing Solidarity: The Destiny of Democratic Solidarity in the Times of Global Capitalism, Global Religion, and the Global Public*, in: *Journal of Social Philosophy* 38, 2007, S. 93–111; Carol Gould, *Transnational Solidarities*, in: ebd., S. 148–164; als Überblick: Michael Reder, *Solidarische Praktiken in globaler Perspektive: Sozialphilosophische Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff*, in: *Widerspruch*, 2016, Nr. 62, S. 13–26.

Bündnisstrukturen aufzubauen versuchten; ein Prozess, der alles andere als abgeschlossen und frei von Widersprüchen ist.<sup>33</sup>

Wenn von Solidarität die Rede ist, dann ist das meist eine Solidarität für jemand: Solidarität mit Griechenland, Solidarität mit Geflüchteten, Solidarität der Generationen oder mit den Alten und Schwachen. Doch was genau beschreibt dieses »für«? Ist Solidarität schon durch erhöhtes Spendenaufkommen nach Flutkatastrophen erreicht oder braucht Solidarität ein Gegenüber? Wie also – und das wäre eine vierte Dimension – ist es um das Spannungsverhältnis von Geben und Nehmen, um die Reziprozität von Solidarität bestellt? Ist, wer Kleider spendet oder Petitionen unterzeichnet, solidarisch? Oder sind damit eher Formen von Hilfe oder Wohltätigkeit gemeint? Braucht Solidarität also eine Beziehung auf Augenhöhe, ein stillschweigendes oder offenes Bündnis von Gebenden und Nehmenden? Über diese Frage debattierten gerade in den 1970er-Jahren die Solidaritätsaktivistinnen und -aktivisten der »Dritte-Welt-Bewegung« selbst mit großer Leidenschaft und machten immer wieder deutlich, wie sehr sie selbst Lernende der revolutionären Erfahrungen beispielsweise in Nicaragua gewesen seien. Die soziale Praxis der Reziprozität konnte jedenfalls sehr unterschiedlich sein – und was als Geschenk und Gabe in den Austauschbeziehungen sozialer Bewegungen oder von Streikenden aufgefasst und erwartet wurde, war äußerst widersprüchlich. Jüngere Arbeiten über die Erfahrungen der Geflüchtetenhilfe machen zum Beispiel deutlich, dass die Motive der Helfenden sich mit dem Begriff der Solidarität alleine nur sehr unzureichend beschreiben lassen – und zugleich die Geflüchtetenhilfe Solidarbeziehungen der Helfenden begründete, die gar nicht auf die Geflüchteten selbst bezogen waren, sondern beispielsweise auf die Gemeinde und den sozialen Nahbereich, aus dem die Helfer selbst stammten.<sup>34</sup>

Ein fünfter Punkt: Walter Crane, einer der berühmten sozialistischen britischen Illustratoren des 19. Jahrhunderts, gestaltete 1890 einen Holzschnitt, in dessen Mittelpunkt die junge, tanzende, glückliche Arbeiterklasse der Zukunft stand. Voller Optimismus tanzten hier die Proletarier aller Völker und Erdteile friedlich um den Globus, und die männlichen Arbeiter fühlten sich sichtlich glücklich unter dem Schuttschirm, den der Engel der Freiheit über ihnen hielt. Es waren indes nur Männer, die hier tanzten und sich die Hand gaben und gewissermaßen fähig zu Solidarität schienen. Dass die Geschichte der Solidarität auch eine solch geschlechtsspezifische Dimension umfasst, ist bisher kaum angemessen reflektiert worden. Solidarität jedenfalls schien lange eher eine Kategorie männlicher Arbeiter, während für Frauen die Bereiche von Hil-

33 Stefan Schmalz/Klaus Dörre (Hrsg.), *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*, Frankfurt am Main/New York 2013; Frank Gerlach/Thomas Greven/Ulrich Mückenberger u. a. (Hrsg.), *Solidarität über Grenzen. Gewerkschaften vor neuer Standortkonkurrenz*, Berlin 2011; Sarah Bormann/Jenny Jungehülsing/Shuwen Bian u. a. (Hrsg.), *Last Call for Solidarity. Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns von Gewerkschaften*, Hamburg 2015; Carmen Ludwig/Hendrik Simon/Alexander Wagner (Hrsg.), *Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität? Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus*, Münster 2019; dort zum Beispiel Carmen Ludwig/Hendrik Simon, *Solidarität statt Standortkonkurrenz. Transnationale Gewerkschaftspolitik entlang der globalen Automobil-Wertschöpfungskette*, in: ebd., S. 198–212.

34 Greta Wagner, *Helfen und Reziprozität. Freiwilliges Engagement für Geflüchtete im ländlichen Raum*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 48, 2019, S. 226–241, insb. S. 236ff.

fe und Barmherzigkeit reserviert schienen. Wie wirkmächtig diese patriarchalische Grundierung von Solidarnormen war und inwiefern sich unterschiedliche Frauen diese aneigneten oder sie gar sprengten – auch das gehört zu den Spannungsfeldern einer noch zu schreibenden Sozial- und Geschlechtergeschichte der Solidarität.

Schließlich ein sechster und letzter Punkt: Dass »Solidarität« überhaupt eine Geschichte hat, dass sich ihre Formen und Bezüge verändern, dass sie von Widersprüchen und vielfachen Brüchen geprägt ist, mag Historikerinnen und Historikern selbstverständlich erscheinen – der dominierende Umgang mit dem Begriff in den Sozialwissenschaften und der Philosophie ist von dieser keineswegs revolutionären Einsicht bislang kaum berührt worden. Gleichzeitig hat die Geschichtswissenschaft lange Zeit wenig dazu beigetragen, längere Entwicklungslinien präziser zu vermessen.<sup>35</sup> Wie beispielsweise lassen sich die Konjunkturen und Pluralisierungen der Verwendungsweisen der Solidarität erklären? Könnte es sein, dass die Verflüssigung des Begriffs auch etwas mit den sich auflösenden sozial-moralischen Bindungen zu tun hat und die Rede von der Solidarität dann selbst Ausdruck spezifischer Verlusterfahrung ist? Eine dezidiert sozial-, erfahrungs- und geschlechtergeschichtliche Zugangsweise hätte jedenfalls den Vorzug, stärker als bisher den Blick auf die soziale Praxis von Solidaritäten zu richten und sich mit den Formen der »Materialisierung, Informalisierung und Routinisierung des Sozialen«<sup>36</sup> zu beschäftigen. Das könnte jedenfalls schützen vor überzogenen Erwartungen und allzu viel normativer Überfrachtung.

## II. Themenfelder

Lässt man sich auf diese Überlegungen ein, so wird es möglich, auch über altbekannte Themenfelder noch einmal neu nachzudenken. Vier wollen wir nennen: Die Geschichte der Solidarität verweist – erstens – auf die Konfliktgeschichte kapitalistischer Gesellschaft: auf die Geschichte von Streiks, von Arbeitsbeziehungen und die Mikropolitiken im Betrieb. In alltagsgeschichtlicher Perspektive geht es damit um Praktiken der Arbeit, Formen von Nähe und Distanz im Produktionsprozess und die Selbstdeutung der Beschäftigten. Wie nahmen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Verhältnis zu ihren Kolleginnen und Kollegen wahr? Was machte die Arbeit erträglich? Welche Folgen hatten Leistungsanforderungen, betriebliche Rationalisierungen oder gar globale Standortkonkurrenz? »Solidarität« kann dabei sowohl den Versuch zur kollektiven Organisation von Interessen beschreiben als auch ein primäres Gefühl des Zusammenhalts. Zugleich können Formen der Solidarität einen exkludierenden Charakter haben, dann beispielsweise, wenn deutsche und europäische Gewerkschaften gegen die Verlagerung von Betrieben oder gegen die Einfuhr spezieller Waren und Güter aus außereuropäischen Ländern kämpften oder versuchten, Arbeitsmigration

35 Vgl. unter anderem Steinar Stjernø, *Solidarity in Europe. The History of an Idea*, Cambridge 2005; als einer der ersten Versuche Jack E. S. Hayward, *Solidarity. The Social History of an Idea in Nineteenth Century France*, in: *International Review of Social History* 4, 1959, S. 261–284.

36 Andreas Reckwitz, *Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 32, 2003, S. 282–301, hier: S. 296.

zu begrenzen. Gerade im Spannungsverhältnis von Exklusion und Inklusion liegt ein besonderes Potenzial des Solidaritätsbegriffs.

Zweitens verweist eine Geschichte der Solidarität auf das weite Feld der »internationalen Hilfe und des Humanitarismus«. Nach transnationalen Formen sozialen Handelns und den damit verbundenen Motiven und Praxen zu fragen, öffnet den Blick nicht nur für die vielfältigen Formen der Unterstützung für Hungernde, Kriegswaisen oder Geflüchtete – bis hin zur »Willkommenskultur« unserer Tage. Zugleich wird deutlich, dass eine Geschichte der Solidarität immer auch Teil einer geschlechtsspezifischen Aufladung von Hilfe war, die »Solidarität« eher männlich, »Hilfe« und »Pflege« eher als weibliche Praktiken gekoppelt an spezifische Rollenerwartungen beschrieb.

Drittens verweist eine Geschichte der Solidarität auf eine bislang unterschätzte Dimension der Geschichte moderner Wohlfahrtsstaaten. Sichtbar werden neue Akteure subsidiärer Politik, die sich auf dem Feld des Wohlfahrtsmarkts etablierten und eine ganz eigene Form sozialpolitischer »Solidarität« »von unten« einforderten. Seit Beginn der 1980er-Jahre entstanden die ersten Kirchenasyle und Flüchtlingsräte – und mit ihnen die ersten Helferkreise, die die Zustände in der Asylpolitik kritisierten. Diese Helferinnen und Helfer besaßen ganz unterschiedliche Hintergründe und Motive: Manche der Aktivisten hatten sich früher für diejenigen engagiert, die vor der Pinochet-Diktatur in Chile geflohen waren; andere kamen aus den christlichen Gemeinden und nicht wenige begründeten ihre »Solidarität« mit den Flüchtlingen mit einer besonderen Verantwortung Deutschlands angesichts der nationalsozialistischen Massenverbrechen. Die unterschiedlichen Fluchtbewegungen veränderten nicht nur die Formen der Hilfe, sie führten auch dazu, dass um das Leistungsprofil und um die Legitimität des traditionell gewachsenen Sozialstaats neu gestritten wurde. In diesen Kämpfen um die soziale und gesundheitliche Bedürftigkeit der Geflüchteten spiegeln sich, so wird man sagen können, unterschiedliche Anerkennungslogiken wohlfahrtsstaatlicher Solidarität.<sup>37</sup>

Viertens schließlich führt uns diese Geschichte in das Umfeld der Neuen sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre, innerhalb derer der Solidaritätsbegriff eine rasante Karriere machte. Er war dabei ebenso eingebettet in die Geschichte des Kalten Kriegs wie Teil einer Kritik der kapitalistischen Konsumgesellschaft, ein moralischer Appell zur Veränderung individueller Verhaltensmuster wie ein Aufruf zu neuen Bündnissen mit den Befreiungsbewegungen des Globalen Südens. Debatten um Solidarität waren eng verknüpft mit der Universalisierung der Menschenrechte und dem neuen Humanitarismus der 1970er-Jahre<sup>38</sup>, und sie sollten prägend werden für die Etablierung der globalisierungskritischen Bewegungen der 1990er-Jahre und die Debatten um das Verhältnis von nationaler und transnationaler Solidarität<sup>39</sup>, über die in der Gegenwart heftig diskutiert wird.<sup>40</sup>

37 Dazu demnächst: Dietmar Süß/Cornelius Torp, *Solidarität. Eine kleine Geschichte*, Bonn 2021.

38 Jan Eckel, *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen 2014.

39 Carol C. Gould, *Transnational Solidarities*, in: *Journal of Social Philosophy* 38, 2007, S. 148–164.

40 Stephan Lessenich, *Die Politik mit der Solidarität in der Externalisierungsgesellschaft*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 30, 2020, S. 113–130.

### III. Die Beiträge in diesem Band

Die Beiträge zum Rahmenthema dieses Bands lagern sich in unterschiedlicher Weise an diese Spannungs- und Themenfelder von Solidarität an. Marc Drobot charakterisiert Solidarität als historischen Grundbegriff und nimmt dessen Genese und Funktion als »Ambivalenzsemantik« seit dem 19. Jahrhundert in den Blick. Die Vagheit des Begriffs deutet er als Bedingung für dessen Erfolg. »Solidarität« versteht Drobot als kommunikatives Konstrukt, mit dem einerseits auf die spezifischen Problem- und Bedürfnislagen moderner, sich funktional ausdifferenzierender Gesellschaften reagiert werden konnte. Andererseits sei es diesen Differenzierungsprozessen – angesichts der sich verändernden Erfahrungsräume, Wissensbestände und Erwartungsprognosen – langfristig selbst unterworfen gewesen. Die paradoxe Charakteristik des Solidaritätsbegriffs bestand vor allem in der Frühphase darin, zugleich ontologische und politisch-ethische Kategorie zu sein, wie Drobot durch Schlaglichter auf dessen Verwendung und die Deutungskämpfe auf den Feldern des Rechts, der Ökonomie, der Politik und der Theologie zeigt. Im Laufe des 20. Jahrhunderts verblasste die Kraft des Begriffs als heterogene Erscheinungen verbindende Einheitsformel zunehmend. Deshalb sei »Solidarität« für die heutige Geschichts- und Sozialwissenschaft vornehmlich als Gegenstand und weniger als weiterführende analytische Universalkategorie interessant.

Auch Hermann-Josef Große Kracht wählt einen begriffsgeschichtlichen Zugang in das Thema. »Solidarität« gehört für ihn zu den »großen Sehnsuchtswörtern der Gegenwart«, sie habe nach 1945 einen festen Platz in der (partei-)politischen Rhetorik gefunden und genieße als Grundwert weithin hohe Wertschätzung. Auf einer moralisch untergeordneten Ebene kann solidarisches Verhalten – nicht immer ganz trennscharf – als Tugend gelten, wobei individuelle und auf Freiwilligkeit beruhende Charaktereigenschaften wie Mitleid und Barmherzigkeit in den Vordergrund rücken. Wie Drobot verweist Große Kracht auf die historischen Wurzeln und die Entwicklung des Solidaritätsbegriffs. Breiten Raum gibt er nach den wegweisenden Überlegungen des Philosophen Auguste Comte und des Soziologen Émile Durkheim dem französischen Solidarismus. Theoretisch angesiedelt zwischen dem Sozialismus und Liberalismus, formulierten dessen Vordenker sozialphilosophisch und genossenschaftlich argumentierend im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Legitimationsgrundlagen für den allmählich entstehenden republikanischen Wohlfahrtsstaat. Auf dem Wege eines in freier Zustimmung bewusst eingegangenen Sozialvertrags erscheint Solidarität in Frankreichs Dritter Republik (1870–1940) als Verhaltensgrundregel im komplexen Organismus einer arbeitsteiligen demokratischen Industriegesellschaft. Sozialpolitische Reformprojekte im Schul- und Erziehungswesen sowie in der Gesundheitsvorsorge sollten der Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit dienen. Dieses Ziel verfolgten in Deutschland auch die Sozialdemokratie und im 20. Jahrhundert die katholische Soziallehre, was vor Augen führt, welche immense Anziehungskraft der Solidaritätsbegriff auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Theoriemilieus ausübte.

Solidarität und Sozialpolitik sind in modernen Wohlfahrtsstaaten eine Partnerschaft eingegangen, wie Stefanie Börner anhand des Strukturprinzips und der Praktiken der Gesetzlichen Krankenversicherung und deren Vorläuferorganisationen herausstellt. Während die freiwilligen Arbeiterunterstützungskassen des 19. Jahrhunderts auf die Solidarität unter Freunden abzielten und den sozialen Nahbereich fokussierten,



wird die im 20. Jahrhundert immer weiter anwachsende und professionalisierte gesetzliche Krankenversicherung von der Solidarität unter Fremden getragen. Dieser fundamentale Wandel verweist auf das oben erläuterte Spannungsfeld im Verhältnis zwischen Partikularismus und Universalismus sowie auf die große Bedeutung von institutionalisierten Normen. Auf der einen Seite wirkten gemeinschaftsstiftende Rituale verbindend, auf der anderen standen verrechtlichte und formalisierte Sozialbeziehungen. Mit den Praktiken und Dynamiken solidarischen Handels veränderte sich auch deren Horizont. Die Gegenüberstellung verdeutlicht, dass sich die Konfliktlinien von Zugehörigkeitsfragen (horizontale Dimension) hin zu Umverteilungsfragen (vertikale Dimension) verschoben, wobei Verteilungsdebatten kaum mehr innerhalb der Krankenkassen, sondern vermehrt auf der politischen Bühne stattfinden. Zudem macht das immer noch bestehende Nebeneinander der unterschiedlichen Sicherungssysteme für gesetzlich Pflichtversicherte, Beamte und private Versicherte das Gesamtbild wesentlich komplexer. Letztlich wird die Solidarität der finanziell Stärkeren gegenüber den weniger Begüterten oder sozial Schwachen dadurch infrage gestellt.

Ganz andere Formen der Inklusion und Exklusion beleuchtet Jan Neubauer in seinem Beitrag über den Solidaritätsbegriff in der nationalsozialistischen ›Volks- und Betriebsgemeinschaft‹. Ursprünglich fest im Vokabular der Arbeiterbewegung verankert, unterlag der Begriff seit 1933 semantischen Verschiebungen und war – da es nicht mehr um den klassenspezifischen Zusammenhalt und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ging – einer beträchtlichen Neucodierung ausgesetzt. Mittels eines genauen Blicks auf die Sozialbeziehungen und Verhaltensweisen innerhalb der ›Betriebsgemeinschaft‹ unter dem NS-Regime legt Neubauer die Begriffstradition, den Anspruch und die soziale Wirklichkeit der antidemokratischen, von der Propaganda geforderten »braunen Solidarität« offen. Deutsche ›Volksgenossen‹ standen »gemeinschaftsfremden« Zwangsarbeitern gegenüber, systemtreue trafen auf oppositionelle Betriebsangehörige. Von den politisch zuverlässigen oder unkritischen Arbeiterinnen und Arbeitern erwarteten die nationalsozialistischen Machthaber ein ausgeprägtes Kameradschaftsgefühl, das stärker auf Gleichberechtigung und Interessenausgleich zielende Konzept der Kollegialität war ihnen demgegenüber suspekt. Zugleich bestand ein Spannungsfeld zwischen sozialer und politischer Solidarität. Die erste wurde zur Erfüllung der betrieblichen Leistungsanforderungen erwartet, die zweite konnte regimeuntergrabende Kraft entfalten. Offensichtlich gerieten die angestrebte umfassende soziale Kontrolle und das propagierte solidarische Verhalten als nicht vollends zu kontrollierende Gemeinschaftsform in Gegensatz zueinander, insbesondere wenn es grundlegende politische Fragen aufwarf. Diese Eigendynamik störte die Interessen der Diktatur. Um das mobilisierende Potenzial von Solidarität dennoch auszunutzen, versuchte das NS-Regime die Deutungshoheit über den Begriff zu erringen und die mit ihm verbundenen Handlungsweisen an die nationalsozialistische Ideologie zu binden.

Dass es zur Zeit des ›Dritten Reichs‹ auch durchweg positive Ausprägungen von Solidarität gab, führt Sophia Dafinger anhand der Kinderrepublik »La Guette« bei Paris vor Augen. Sie bot minderjährigen jüdischen Kindern und Jugendlichen aus Deutschland und Österreich, die nach den reichsweiten Novemberpogromen 1938 ohne ihre Eltern nach Frankreich geflohen waren, auf einem alten Jagdsitz der Familie Rothschild uneigennützig Schutz vor der nationalsozialistischen Verfolgung. Organisiert und getra-

gen wurde diese transnationale Solidarität aus humanitären Gründen durch ein französisches Hilfskomitee, das sich angesichts der in den Nachbarstaaten eskalierenden antisemitischen Gewalt kurzfristig gebildet hatte. Diese Hilfe für Geflüchtete im 20. Jahrhundert war entschieden weiblich geprägt, eröffnet also neben dem Themenfeld des internationalen Humanitarismus eine lehrreiche Perspektive auf die geschlechtsspezifische Dimension des Solidaritätsbegriffs. Frauen ergriffen mit ihrer Hilfsaktion die Möglichkeit zur Partizipation am politischen Leben, während Solidarität in der Arbeitswelt eng an die von Männern dominierte Lohnarbeit gekoppelt war, und auch in revolutionären Bewegungen fehlten in der Regel weibliche Führungsfiguren, bewegungstragende Akteurinnen und Sympathisantinnen. Die in der Kinderrepublik »La Guette« auf vielfältige Weise professionell geleisteten Fürsorgetätigkeiten der Pflege und Erziehung werden in der historischen Forschung zumeist als Soziale Arbeit beschrieben, lassen sich jedoch der Argumentation von Dafinger folgend ebenso als karitative Praktiken von Solidarität verstehen. Fraglos entwickelte sich zwischen den Erwachsenen und Minderjährigen, zumal in der Fluchtsituation, nie oder allenfalls höchst selten eine gleichberechtigte reziproke Beziehung, womit das für solidarisches Handeln typische Spannungsverhältnis zwischen Geben und Nehmen angesprochen ist. Die in dem Hilfskomitee aktiven Frauen strebten diese Wechselwirkung mit ihren schutzbedürftigen Adressatinnen und Adressaten nicht an, sondern handelten jenseits von Eigeninteressen solidarisch über nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg.

Um die kommunistische Bewegung als Kampfgemeinschaft und damit als Raum für soziale und politische Solidarität geht es im Beitrag von Dominik Rigoll. Im Mittelpunkt steht Pierre Kaldor (1912–2010), den er nicht als Stalinisten bezeichnet sehen möchte, obwohl dieser maßgeblich zur Tabuisierung der in der Sowjetunion begangenen Massenverbrechen beigetragen hat, die Legitimierung und Stabilisierung der stalinistischen Diktatur auf diese Weise unterstützte und deren Opfer sogar verhöhnte. Rigoll richtet sein Augenmerk vielmehr auf die kommunistische Solidaritätspolitik, die Kaldor als in Paris ansässiger Rechtsanwalt von den 1930er- bis zu den 2000er-Jahren im demokratischen, nationalistischen und kolonialistischen Frankreich betrieb. Die Biografie des parteigebundenen Kommunisten dient Rigoll als Sonde für die Bedingungen, Formen und Auswirkungen dieser speziellen Variante des solidarischen Handelns. Kaldor stand demnach beispielhaft für einen internationalistisch angelegten Humanitarismus, machte sich um den Grund- und Menschenrechtsaktivismus verdient und protestierte in Frankreich wie in Deutschland gegen den Ausschluss von Kommunisten und Kommunistinnen aus dem öffentlichen Dienst. Wie Rigoll betont, verfolgte Kaldor nicht allein in rechten Diktaturen und kolonialen Regimen eine demokratische oder demokratiekompatible Solidaritätspolitik, sondern auch in liberalen Demokratien selbst. Dadurch habe er die »Kommunisierung der französischen Demokratie« ebenso befördert wie die »Demokratisierung des französischen Kommunismus«.

Für die Variationsbreite von politischer Solidarität interessiert sich ebenfalls Stefan Wannenwetsch, der für die Jahre 1945 bis 1990 die Sprach- und Organisationspolitik des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) analysiert. Dabei stellt er die vermeintlich eindeutig normative Qualität von Solidarität als oberstes, stets positiv konnotiertes Gebot für gewerkschaftliche Arbeit infrage. Mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg



etablierten Prinzip der Einheitsgewerkschaft und dem Industrieverbandsprinzip kamen Arbeiter und Angestellte unter dem Dach des DGB und in den Einzelgewerkschaften zusammen. Dies forderte der Gewerkschaftsspitze organisatorische Veränderungen und ein neues Sprachregime ab. Zudem stellte es ihre Solidaritätspraxis auf die Probe. Ohne Zweifel profitierte die Arbeiterschaft von ihrem über die Jahrzehnte mühsam erworbenen Anrecht auf Errungenschaften der Angestellten, sobald die Arbeitnehmereigenschaft beider Statusgruppen politisch und gesellschaftlich akzeptiert war. Insofern wirkte Solidarität als »Konvergenzkatalysator«. Gleichzeitig zeigte sich jedoch rasch eine Unwucht zulasten der Arbeiter und Arbeiterinnen. Während der DGB seinen Angestelltenmitgliedern zahlreiche Foren schuf, damit sie ihre Interessen öffentlichkeitswirksam vertreten konnten, wurden die Angehörigen der Arbeiterschaft dahingegen undifferenziert lediglich als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen adressiert. Lange Zeit standen ihnen keine institutionalisierten Artikulationsmöglichkeiten zur Verfügung, um diesen Sachverhalt auch nur zu problematisieren. Erst in den frühen 1970er-Jahren gelang es der Arbeiterschaft, ihre organisationspolitische Gleichstellung durchzusetzen.

Nicht das solidarische Handeln innerhalb von Parteien und Gewerkschaften, sondern die Regierungsebene nimmt Christopher Seiberlich in den Blick. Konkret vergleicht er die Solidaritätsrhetorik in der bundesrepublikanischen und schwedischen Außenpolitik der 1970er-Jahre. Beide Staaten wurden in dieser Dekade sozialdemokratisch regiert: Westdeutschland mit den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt erstmals, Schweden seit den 1930er-Jahren durchgehend, nunmehr mit dem Ministerpräsidenten Olof Palme an der Spitze. Der Begriff der Solidarität wurde in der SPD wie in der »Sveriges socialdemokratiska arbetareparti« (SAP) traditionell vornehmlich auf die Emanzipation der Arbeiterklasse und die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats bezogen, zuweilen nur als empathisch aufgeladene Formel. In dem hier betrachteten Jahrzehnt gewann der Solidaritätsbegriff merklich an Bedeutung für die internationalen Beziehungen, insbesondere angesichts der strukturellen ökonomischen Benachteiligungen des Globalen Südens in einer zunehmend interdependent verstandenen Welt. Internationale Solidarität erschien als Lösungsansatz zur Überwindung der ungerechten Verteilung des weltweiten Wohlstands. Klassische sozialdemokratische Vorstellungen wurden anscheinend umstandslos auf die postkolonialen Staaten übertragen und moralische Argumente als Begründungsformeln in die Außenpolitik eingebettet. Die Neuen sozialen Bewegungen, die in den 1970er-Jahren ihre Hochphase erlebten, verstärkten diese Tendenz ebenso wie die Sozialistische Internationale als grenzüberschreitendes Parteienbündnis und die von Brandt nach seinem Ausscheiden aus dem Bundeskanzleramt geleitete Nord-Süd-Kommission als hochrangiger Expertenkreis ohne explizites politisches Mandat. Zwar erlangten dadurch Themen wie die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und die Debatte über Schuldenerleichterungen für den Globalen Süden größere öffentliche Aufmerksamkeit, die regierungsamtlichen Solidaritätsbekundungen blieben jedoch oftmals nur Rhetorik.

Auch Stefan Weispfennig betrachtet die internationale Solidarität mit dem Globalen Süden, doch liegt sein Fokus nicht auf der Regierungsseite, sondern auf entwicklungspolitischen Akteursgruppen. Er untersucht politischen Konsum als Ausdruck von solidarischem Handeln, also eine Einkaufspraxis speziell bei Kaffee und Obst, mit der Bürgerinnen und Bürger ökologisch-soziales Verantwortungsbewusstsein de-

monstrieren können. Dies zeigt Weispfennig von den 1970er- bis zu den 1990er-Jahren erstens anhand der langlebigen Boykottkampagne der »Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland« (EFD) gegen das südafrikanische Apartheidregime, zweitens anhand der »Aktion Dritte Welt Handel« (A3WH) und der »Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt« (GEPA) sowie drittens – sozusagen aus umgekehrter Perspektive – anhand von lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen. Vor allem die Solidaritätsbekundungen für das sandinistische Nicaragua stechen bei diesem letzten Beispiel hervor, auf den Punkt gebracht in dem zeitgenössischen antiimperialistischen Slogan »Sandino-Dröhnung statt Jacobs-Krönung«. Die moralisch aufgeladene Solidarität durch eine bewusste Konsumententscheidung bezog sich auf ein vages, oftmals anonymes Gegenüber und lässt sich darüber hinaus als Medium für Lebensstil-Politik deuten, sodass auch eigennützige Motive eine Rolle spielen. Überdies wurden mit der immer stärkeren Ausweitung des fairen Handels deutlich Kommerzialisierungstendenzen sichtbar. Dem Wunsch zahlreicher Endverbraucherinnen und Endverbraucher, sich über den Einkauf gesellschaftspolitisch auszudrücken, tut dies jedoch keinen Abbruch. Viel bedeutsamer ist, dass Solidarität durch Konsum von kulturellen und ökonomischen Kapitalformen abhängt, mithin auf nationaler Ebene soziale Ungleichheiten zu manifestieren vermag.

Dass internationale Solidarität und humanitäre Unterstützung kein westdeutsches Privileg oder Alleinstellungsmerkmal waren, unterstreicht Paul Sprute mit seinem Beitrag über die Ideen und Praktiken des »Solidaritätsdiensts International« (SODI), dessen Wurzeln in der DDR lagen und dem es trotz politischer Hürden und manch anderer Widrigkeiten gelang, sich im wiedervereinigten Deutschland zu etablieren. Bis 1989/90 hatten Solidaritätsaktionen für »sozialistische Bruderstaaten« und dem ideologisch genehmen Teil der »Dritten Welt« zu der von der Regierung in Ostberlin propagierten Staatsräson gehört. Nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft und dem Fall der Mauer ging das Vermögen des Solidaritätskomitees der DDR zunächst vollständig auf den SODI über, und auch in personeller Hinsicht ist eine starke Kontinuität über die deutsch-deutsche Vereinigung hinweg auszumachen. Der Vorstand und die Geschäftsführung des von der evangelischen Kirche unterstützten Solidaritätsdiensts lagen ebenso fest in ostdeutscher Hand wie der Mitarbeiterstamm. Als erfahrener Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit positionierte sich der SODI im Selbst- wie Fremdbild als Verwalter der staatlichen DDR-Solidarität, auch nachdem die »Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« und die Treuhandanstalt das gesamte SODI-Vermögen in Höhe von etwa 50 Millionen DM im August 1991 konfisziert hatten und nach einem aufwendigen Gerichtsverfahren nur ein Viertel dieser Summe zurückzahlen mussten. Die Entstaatlichung dieser »Nicht(mehr)regierungsorganisation« änderte an deren solidarischer Praxis kaum etwas, der Solidaritätsdienst konnte seine globale Reichweite erhalten. Zudem wirkte die geübte internationale Solidarität in einer Phase der beschleunigten politischen, ökonomischen und sozialen Transformation als rückversichernder Wert mit andauernder Legitimität und sicherte auf diese Weise einen Teil des utopischen Potenzials der DDR-Gesellschaft. Insofern ging von dem SODI eine gemeinschaftsfestigende Kraft aus. Er vermittelte ein Zugehörigkeitsgefühl, das für die verunsicherten und emotional aufgewühlten Ostdeutschen, die ihre Identität verloren hatten, von großer Bedeutung sein konnte.

Schließlich plädiert *Sebastian Garbe* angesichts der politischen und sozialen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts für ein neues Verständnis von (internationaler) Solidarität. Dabei schlägt er den Bogen von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008 über populistische und rechtsextreme Bedrohungen der Demokratie bis hin zu den ökologischen Ausnahmezuständen in Lateinamerika, Asien und Afrika. Als konkretes Fallbeispiel dient Garbe die indigene Mapuche-Bewegung und deren dekolonialer Widerstand im Süden Chiles und Argentinien. Insbesondere hebt er auf die gemeinschaftsstiftende Dimension eines multiperspektivischen Solidaritätsverständnisses ab.

Deutlich wird in den Beiträgen dieses Bands, wie sehr jüngere Kontroversen um den Begriff der Solidarität davon geprägt sind, die Grenzen der Zugehörigkeit neu zu vermessen. Was aber passiert, wenn der Nationalstaat als Ordnungsstruktur und Garant institutioneller Solidarität an Gestaltungskraft einbüßt? Welche Legitimationsquellen von Solidarität können dann an seine Stelle treten? Und welche neuen (und bisweilen auch historisch deutlich älteren) Formen solidarischen Handelns etablieren sich im Prozess der Entgrenzung von Arbeits- und Kapitalmärkten? An der Geschichte der internationalen Gewerkschaften lässt sich ablesen, wie schwierig es ist, zwischen nationalen, protektionistischen Standortinteressen und globalem Solidaritätsanspruch der Lohnabhängigen zu vermitteln.<sup>41</sup> Das »Lernziel Solidarität«, von dem Horst-Eberhard Richter gesprochen hat, vermochte angesichts der harten Kämpfe um Arbeitsplätze nicht viel weiterzuhelfen.

Die Geschichte der Solidarität ist jedenfalls in Bewegung und voller überraschender Erweiterungen, Verflechtungen und Ambivalenzen. Mehr als Weihrauch und Achselschweiß durchweht sie offenkundig. So prägend und einflussreich die bereits in sich heterogenen Solidaritätsverständnisse der Arbeiterbewegung und des Christentums im 19. und 20. Jahrhundert waren, so unübersehbar ist es mittlerweile, dass lebenslange Bindungen an eine Partei oder Glaubensgemeinschaft höchst selten geworden sind, wenn nicht sogar der Vergangenheit angehören. Solidarisches Handeln wird von sozialen Bewegungen getragen, entspringt dem Geist des Humanitarismus oder wird als vornehmlich situatives Engagement sichtbar wie in der Geflüchtetenhilfe, die vor fünf Jahren in Deutschland nach dem berühmten Satz der Bundeskanzlerin (»Wir schaffen das!«) eine ungeahnte neue Dimension erreichte. Wie gezeigt kann sich Solidarität aus vielen unterschiedlichen Quellen speisen und verschiedene Formen annehmen. Genau das macht ihren Reiz aus.

---

41 Vgl. dazu das Dissertationsprojekt von *Kornelia Rung*, »Faire Arbeit«. Solidarität und globale soziale Rechte in der Textil- und Bekleidungsindustrie, ca. 1970–1994 (Universität Augsburg).



HERMANN-JOSEF GROßE KRACHT

## Soziale Tatsache, Grundwert oder Tugend?

Zur Begriffsgeschichte der Solidarität im 19. und 20. Jahrhundert

Die Solidarität genießt überall hohe Wertschätzung. Viele vermissen sie schmerzlich; und kaum jemand wagt es, sich abfällig über sie zu äußern. Sie gehört zu den großen Sehnsuchtswörtern der Gegenwart und fungiert als einer unserer zentralen Grundwerte. Nachdem das Godesberger Programm der SPD 1959 die Grundwertetrias von »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« aus der Taufe gehoben und die CDU 1978 mit der leicht umgestellten Trias von »Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit« nachgezogen hatte, bildet sie auch einen festen Platz in der (partei-)politischen Rhetorik der Bundesrepublik Deutschland. Was mit Solidarität genau gemeint ist, bleibt dabei jedoch weithin offen, ebenso wie die Frage, was eigentlich ein Grundwert sein soll. Grundwerte sollen sich offensichtlich von Tugenden unterscheiden, dabei aber eine hohe moralische Bedeutung haben. Vor allem aber sollen sie nicht einfach eine schlichte Faktizität bezeichnen. Die Idee der Menschenwürde könnte ein solcher nicht rein empirisch feststellbarer, sondern vor allem moralisch bejahter Grundwert sein. Aber könnten nicht auch Heimat, Nation und Deutschtum Grundwerte sein? Zumindest waren sie es einmal – und nicht wenige wollen sie als solche gerne rehabilitiert sehen. Was also Grundwerte sind und wer das Recht haben soll, sie als solche zu definieren, scheint höchst unklar zu sein. Die Rede von den Tugenden ist da schon klarer, denn hier sind individuelle, auf Freiwilligkeit beruhende moralische Charaktereigenschaften gemeint. Mit großer Selbstverständlichkeit wird auch die Solidarität als eine solche Tugend geführt. In vielen Fällen ist dabei aber wohl nichts anderes gemeint als tätiges Eingedenken und Mitgefühl, Anteilnahme und Verbundenheit, Aufmerksamkeit, Hilfsbereitschaft und Zuwendung, sodass sich die Frage stellt, ob Solidarität hier nicht lediglich als modernes Synonym für die älteren Tugenden des Mitleids und der Barmherzigkeit fungiert.

Wirft man dagegen einen Blick in die – im Frankreich des 19. Jahrhunderts beginnende – Begriffsgeschichte der Solidarität, fällt auf, dass dieser Topos in seiner historischen Entwicklung nur selten als Grundwert oder als Tugend firmierte. Solidarität galt vielmehr als ein »kaltes, stahlhartes Wort« (Kurt Eisner)<sup>1</sup>, das vor allem auf das unentrinnbare soziale Faktum zunehmender wechselseitiger Abhängigkeit und Verstrickung verweist, das den sozialen Zusammenhalt moderner, hoch arbeitsteilig organisierter Gesellschaften kennzeichnet. Es bietet sich an, sich dieser heute oft nur wenig beachteten Begriffsgeschichte der Solidarität zu vergewissern, wenn man nach Perspektiven für eine politisch und moralisch tragfähige Rede von der Solidarität sucht, die mehr sein will als nur eine weitere individuelle Tugend oder ein wenig klar konturierter Grundwert.<sup>2</sup>

1 Kurt Eisner, *Sieben Briefe. An eine Freundin*, IV. Solidarität, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 2, Berlin 1919, S. 52–56, hier: S. 56.

2 Im Folgenden orientiere ich mich – zum Teil auch in wörtlichen Übernahmen – vor allem an Hermann-Josef Große Kracht, *Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften*, Bielefeld 2017.

## I. Solidarität im Kontext der französischen Februar-Revolution 1848

Der Begriff der Solidarität fand erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts Eingang in die politisch-soziale Sprache. Er entstand im postrevolutionären Frankreich und erlebte seinen ersten Höhepunkt in der Februar-Revolution von 1848, in deren Folge er zu einem programmatischen Leitbegriff der entstehenden Arbeiterbewegungen wurde und sich über Frankreich hinaus in ganz Europa auszubreiten begann.

Bei den Klassikern der modernen politischen Philosophie sucht man den Begriff vergeblich. Weder Thomas Hobbes (1588–1679) noch John Locke (1632–1704), weder Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) noch Immanuel Kant (1724–1804) haben ihn verwendet; und auch im Umfeld der Französischen Revolution von 1789 hat er kaum eine Rolle gespielt. Lange Zeit fungierte *solidarité* – als Synonym für *solidité* (Festigkeit, Stabilität) – ausschließlich als Rechtsbegriff zur Bezeichnung der *obligatio in solidum*, der wechselseitigen Solidarhaftung, bei der sich mehrere Vertragspartner gegenüber einem Gläubiger wechselseitig verpflichten, für Zahlungspflichten in Gänze, *in solidum*, einzustehen. Erste Spuren einer darüber hinausgehenden politisch-sozialen Verwendungsweise der Solidaritätsvokabel finden sich in einigen wenigen Texten der französischen Restaurationsphilosophie, die sich gegen den Voluntarismus der Aufklärungsphilosophie richten. Sie betonten die vermeintlich unveränderlichen, der Verfügungsmacht der Individuen entzogenen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung von Geschichte und Gesellschaft und berufen sich dabei auf das theologische Motiv der Erbsünde, die alle Menschen »solidarisch« in einen geschichtlichen Schuld- und Verstrickungszusammenhang bringe. Besonders nachdrücklich wurde dieses Wahrnehmungsmuster dann im Jahr 1851 noch einmal von dem spanischen Adligen Juan Donoso Cortés (1809–1853) artikuliert, der von einem erbsündlichen »Dogma der Solidarität« sprach, das er scharf gegen die liberalen und sozialistischen Strömungen seiner Zeit in Stellung brachte. Dieses Dogma erinnere gegen die Ideen von individueller Freiheit und Gleichheit daran, dass der Mensch »das ist, was seine Familie ist, in der er geboren wurde; und das ist, was die Gesellschaft ist, in der er lebt und in der er atmet«.<sup>3</sup> Wer dagegen die an Blut und Abstammung, an Adelstradition und gottgewollter Ungleichheit der Menschen gebundene Solidarität bestreite, zerstöre sämtliche Formen familialen und nationalen Zusammenhalts und betreibe den Untergang jeglicher Form sozialer Ordnung.

Aber nicht nur in restaurativ-reaktionären Kreisen sollte der Begriff der Solidarität im Umfeld der 1848er-Revolution Anklang finden. Er wurde in dieser Zeit auch von einem begeisterten Vertreter der liberalen Freihandelslehre, dem Pariser Ökonomen und Publizisten Claude Frédéric Bastiat (1801–1850), in Anspruch genommen. Bastiat sprach in seinem unvollendet gebliebenen Hauptwerk »*Harmonies économiques*« (1850) emphatisch von einem »Gesetz der Solidarität« und erklärte:

»Dieser ganze Austausch von Gedanken, Produkten, Diensten und Arbeiten, von Übeln und Gütern, von Tugenden und Lastern, die aus der menschlichen Familie eine große Einheit und

<sup>3</sup> Juan Donoso Cortés, *Essay über den Katholizismus, den Liberalismus und den Sozialismus und andere Schriften aus den Jahren 1851–1853*, Wien/Leipzig 2007, S. 160.

aus den Milliarden vergänglicher Existenzen ein gemeinsames, universelles und kontinuierliches Leben machen; all das ist die Solidarität.«<sup>4</sup>

Diese Solidarität werde sich, so Bastiat, der die heilsamen Wirkungen der freien Konkurrenz hymnisch feierte, früher oder später von selbst zu einer natürlichen Harmonie des Fortschritts und des Wohlstands entwickeln, wenn man nur nicht künstlich in sie eingreift. Deshalb komme es darauf an, die Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes zu erkennen und ihnen zu vertrauen, denn nur so könne sich die ökonomische *solidarité naturelle* – gegen »den großen Missbrauch, den gewisse sozialistische Schulen mit dem Wort Solidarität betreiben«<sup>5</sup> – ungehindert entfalten und vollziehen.

Donoso Cortés und Bastiat reagierten gleichermaßen auf den enormen Siegeszug, den die Formel der Solidarität in den sozialistischen Aufbrüchen der Revolution von 1848 erlebt hatte. Nachdem der Solidaritätsbegriff in den 1840er-Jahren erstmals im Umfeld des verstorbenen frühsozialistischen Sozialreformers Charles Fourier (1772–1837), vor allem aber beim vom Christentum beeinflussten demokratischen Sozialisten Pierre Leroux (1797–1871) prominente Verwendung fand, avancierte er 1848 zum leidenschaftlichen Programmbegriff sozialistischer Gesellschaftsgestaltung. Hier erfuhr die Solidarität – als *solidarité humaine* – erstmals ihre hohen moralischen Aufladungen im Sinne mitmenschlicher Verbundenheit und wechselseitiger Verpflichtung. Anders als in der Anrufung der *fraternité* verbanden sich mit ihr aber weiterhin nicht allein normativ-appellative, sondern vor allem analytisch-deskriptive Bedeutungsgehalte. So erklärte etwa der sozialistische Ökonom Constantin Pecqueur (1801–1887) im Jahr 1850:

»Was ist die Solidarität? Sie ist die natürliche, notwendige, intime, kontinuierliche, uneingeschränkte und unbegrenzte Abhängigkeit der einen von den anderen, der menschlichen Wesen im Allgemeinen [als Bedingung, HJGK] für ihre intellektuelle, moralische und physische Entwicklung [...]. Die große Tatsache [le grand fait], die die Sozialwissenschaft festgestellt hat, ist eben diese: das konstante Bedürfnis, das wir aneinander haben, ein Bedürfnis, das so absolut ist, dass aus allen Mitgliedern der Gesellschaft ein unteilbares Ganzes wird. Diese große Tatsache [...] ist zugleich die Grundlage und das Licht der Sozialwissenschaft [...]. Die Organisation der Solidarität ist das einzige Mittel, um wirkliche Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu erreichen.«<sup>6</sup>

Auch in der Ausnahmesituation der 1848er-Revolution blieb der dominante Bedeutungssinn der *solidarité* also nach wie vor der einer soziologisch-deskriptiven Beschreibung gesellschaftlicher Interdependenzverhältnisse. Nach der Niederschlagung der politischen Aufbrüche von 1848 avancierte die *solidarité* im Sinne proletarischer Selbstorganisation dann immer mehr zu einem spezifischen Leitbegriff der entstehenden

4 Claude Frédéric Bastiat, *Harmonies économiques*. Deuxième édition, augmentée des manuscrits laissés par l'auteur, Genf/Paris 1982, S. 538f. Französische Originalzitate hier und im Folgenden nach der Übersetzung des Verfassers.

5 Ebd., S. 541.

6 Zit. nach: Michel Borgetto, *La notion de fraternité en droit public français. Le passé, le présent et l'avenir de la solidarité*, Paris 1993, S. 353, Anm. 2.



Arbeiterbewegung. Sie begann die Brüderlichkeitsrhetorik abzulösen und diente nun zur Beschreibung der sozialen Selbstorganisationsprozesse der Arbeiterschaft im Sinne einer klassenspezifisch angelegten Kampf- und Interessensolidarität; einer Arbeitersolidarität, die in den sich industrialisierenden Ländern über Frankreich hinaus ganz Europa erfassen sollte, wobei es auch hier weniger um eine moralische Idee als um die empirisch-faktische Realität organisierter Arbeitermacht ging.

## II. Solidarität in der französischen Soziologie: Comte und Durkheim

Dass die Rede von der Solidarität schon in der 1848er-Revolution mit »wechselseitiger Abhängigkeit« und »sozialwissenschaftlicher Erkenntnis« konnotiert wurde, macht deutlich, in welchem Ausmaß zu dieser Zeit bereits spezifische Einsichten der neuen, erst seit den 1830er-Jahren entstehenden Soziologie Eingang in die französische Öffentlichkeit gefunden hatten.

Der Philosoph und Mathematiker Auguste Comte (1798–1857) hatte im 1830 erschienenen ersten Band seines »Cours de philosophie positive« erste soziologische Schritte unternommen, um einen »wissenschaftlichen Begriff der Solidarität«<sup>7</sup> zu begründen, mit dem er die politischen Wahrnehmungsmuster der Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts radikal überwinden wollte. In energischer Zurückweisung der »revolutionären Schule« und ihres Irrglaubens, »die menschliche Gesellschaft bewege sich ohne eigene Richtung nur unter dem willkürlichen Antrieb des Gesetzgebers«<sup>8</sup>, ging es ihm um eine sich am Vorbild der organischen Biologie orientierende Sozialwissenschaft, die er zunächst als *physique sociale*, später dann als *sociologie* bezeichnete. Auf ihrer Grundlage suchte er nach politischen Perspektiven eines neuen Staatswesens, einer *sociocratie* auf positivistischer Grundlage, mit der er die permanente Krisenträchtigkeit der französischen Nation, die nach der Revolution von 1789 nicht zur Ruhe fand, endgültig überwinden wollte.

Comte war davon überzeugt, dass die Soziologie ebenso wie die Biologie nicht vom singulären Einzelnen, sondern vom organischen Ganzen ausgehen müsse. Dieses verfüge nämlich über höhere Fähigkeiten als seine einzelnen Elemente, habe also eine Existenz *sui generis*, wobei soziale und biologische Organismen durchaus ähnlich strukturiert seien. Zur Bezeichnung dessen, was diese Organismen zusammenhält, rekurrierte er mit großer Selbstverständlichkeit auf die Vokabel der Solidarität. So wie »die wachsende Vollkommenheit des tierischen Organismus vor allem in der immer mehr hervortretenden Spezialisierung der mannigfachen Funktionen besteht, die von den mehr und mehr unterschiedenen und gleichwohl streng solidarischen Organen ausgeführt werden, aus denen er sich allmählich zusammensetzt«, so verhalte es sich auch mit dem »eigentümliche[n] Charakter unseres sozialen Organismus« und seiner »notwendigen Überlegenheit über jeden individuellen Organismus«.<sup>9</sup> Insofern könne man sagen, »daß überall, wo irgendein System besteht, hinfort auch eine gewisse Soli-

7 Auguste Comte, Soziologie, Bd. 1: Der dogmatische Teil der Sozialphilosophie, Jena 1923 (zuerst frz. 1830), S. 255.

8 Ebd., S. 226.

9 Ebd., S. 427.



darität bestehen muß«. <sup>10</sup> Dabei erkannte Comte den Individuen – gegen die strikt biologischen Sozialtheorien seiner Zeit – durchaus einen sozialen Eigenwert zu. Sie sind für ihn keineswegs vollständig determinierte Funktionen des gesellschaftlichen Ganzen ohne Eigensinn und eigene Gestaltungsmacht. Allerdings beharrte er gegen den Voluntarismus der Aufklärungsphilosophie darauf, dass die Entwicklung der Menschheit umso mehr soziologischen Gesetzmäßigkeiten – er sprach von »gebieterischen Naturgesetzen« – unterworfen sei, je umfangreicher die Gesellschaft werde, da auf diese Weise zwangsläufig »die von irgendwelchen individuellen Einflüssen herührenden Unregelmäßigkeiten mehr zurücktreten müssen«. <sup>11</sup>

Im Blick auf die treibenden Kräfte, die die Entwicklungsdynamik und die sozialen Strukturen einer Gesellschaft kennzeichnen, sprach Comte den sozialen Prozessen »der Arbeitsteilung und der Kräftevereinigung« <sup>12</sup>, das heißt der berufsmäßigen Spezialisierung und Differenzierung der Gesellschaftsmitglieder, eine zentrale Bedeutung zu. Aus diesen Prozessen ergebe sich nämlich eine fundamentale Einsicht: Die Individuen und die Völker seien demnach so zu betrachten, als wenn sie gleichzeitig

»an einem ungeheuren und gemeinsamen Werke teilnähmen, dessen unvermeidliche, allmähliche Entwicklung überdies auch die gegenwärtigen Mitarbeiter mit der Reihe ihrer etwaigen Vorgänger und selbst mit derjenigen ihrer verschiedenen Nachfolger verknüpft. Es ist also die fortgesetzte Verteilung der menschlichen Arbeiten, welche vornehmlich die soziale Solidarität ausmacht [...].« <sup>13</sup>

Und da jeder Einzelne von Geburt an in vielfältiger Weise von diesen Solidaritäten profitiere, gebe es eine überwältigende Pflicht zu einer grenzenlosen sozialen Dankbarkeit, vor der alle individuellen Rechts- und Selbstbehauptungsansprüche gegenüber der Gemeinschaft »ungereimt« und »unsittlich« würden. <sup>14</sup> So erklärte Comte in seinem erstmals 1852 erschienenen »Catéchisme positiviste«:

»Wir werden geboren, belastet mit Verbindlichkeiten jeder Art gegen unsere Vorgänger, unsere Nachfolger und unsere Zeitgenossen. Später entwickeln und vergrößern sie sich nur, bevor wir im Stande sind, irgend eine Dienstleistung zurückzuerstatten. [...] Wären auch unsere Anstrengungen noch so groß, so wird uns das längste wohl angewandte Leben niemals erlauben, mehr als einen unmerklichen Theil dessen zurückzugeben, was wir erhielten.« <sup>15</sup>

Mit diesem sozialwissenschaftlich-deskriptiv gefassten, dabei aber normativ keineswegs belanglosen Solidaritätsbegriff hatte Comte die vertragstheoretischen Konstruktionen von Staat und Gesellschaft, die die Aufklärungsphilosophie entwickelt hatte, entschieden entwertet. Er stand damit an der Schwelle zu einer neuen, sich von liberalen auf solidaristische Theoriemotive umstellenden Sozialtheorie. Allerdings sollte

<sup>10</sup> Ebd., S. 254.

<sup>11</sup> Ebd., S. 274.

<sup>12</sup> Ebd., S. 428.

<sup>13</sup> Ebd., S. 436.

<sup>14</sup> Ders., Katechismus der Positiven Religion, Leipzig 1891 (zuerst frz. 1852), S. 216.

<sup>15</sup> Ebd., S. 215f.

ihn sein fundamentales Misstrauen gegen die als chaos- und anarchieträftig wahrgenommenen Freiheitsrechte der Einzelnen daran hindern, sich auf den normativen Boden der politischen Moderne zu stellen. Stattdessen entwickelte er in seinem von überschwänglich-sentimentaler Religiosität geprägten Spätwerk ein umfassendes Set an religions- und ideologiepolitischen Herrschafts- und Regierungstechniken einer »soziokratischen« Republik, das nur als zutiefst freiheitsfeindlich und totalitär qualifiziert werden kann.

Mit Émile Durkheim (1858–1917), der die Soziologie im Frankreich der Jahrhundertwende als eigenständige Universitätswissenschaft etablieren konnte, wurde die Kategorie der Solidarität dann endgültig zum Grundtopos sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In seiner berühmten Dissertationsschrift »De la division du travail social« aus dem Jahr 1893 knüpfte er – im expliziten Anschluss an Comte – ebenfalls an das Phänomen der Arbeitsteilung an. Er nahm dabei ein Moral- und Gesellschaftskonzept in den Blick, das mit den Wahrnehmungsmustern des politischen Liberalismus bricht, ohne in die Gefahr zu geraten, die republikanisch-säkularen Politik- und Moralitätsstandards der Dritten Republik damit in Misskredit zu bringen.

Auch Durkheim orientierte sich am Vorbild der modernen Biologie. Struktur und Dynamik des sozialen Lebens entwickeln sich für ihn – ebenso wie für Comte – im sozialen wie im biologischen Leben nach vergleichbaren Gesetzmäßigkeiten. Die Solidarität, das heißt der faktisch bestehende, komplexe Zusammenhalt moderner Gesellschaften, der sich vom Willen und Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder weitgehend unabhängig einstellt, entsteht auch für ihn vor allem durch die Arbeitsteilung. Hing dieser Zusammenhalt in früheren Gesellschaften noch von einem gemeinsam geteilten Kollektivbewusstsein, vor allem von der Religion ab – Durkheim spricht hier von der alten »mechanischen« und der neuen »organischen« Solidarität –, so entstehe die moderne Solidarität vor allem aus zunehmender beruflicher Differenzierung. Mit wachsender sozialer Dichte würden die Individuen immer enger miteinander verbunden, zugleich aber auch immer verschiedener voneinander. Sie würden in diesem Prozess – so lautet Durkheims berühmte Formel – »zu gleicher Zeit persönlicher und solidarischer«.<sup>16</sup> Die sozialen Differenzierungsprozesse ließen die Gesellschaftsmitglieder nämlich immer individueller und autonomer, zugleich aber auch immer abhängiger voneinander werden, da nun niemand mehr seine Bedürfnisse unabhängig von den Arbeiten und Leistungen anderer befriedigen könne. Demnach kennzeichnen sich moderne Gesellschaften dadurch, dass sie in einem gleichgerichteten Differenzierungsprozess Solidarität, Interdependenz und wechselseitige Abhängigkeit ebenso wie differenzierte Individualität, freie Entfaltungsmöglichkeiten und persönliche Selbstbestimmungschancen für den Einzelnen, das heißt komplexe soziale Ordnung ebenso wie hohe Grade personaler Selbstbestimmung, hervorbringen vermögen. In diesem Sinne entwickelt sich für Durkheim in den modernen Gesellschaften eine neuartige Form sozialer Solidarität, und zwar unabhängig davon, ob die Gesellschaftsmitglieder diesem Differenzierungs- und Solidarisierungsprozess mit Willen und Bewusstsein zustimmen oder ob sie ihn eher als Bedrohung und Gefahr erleben.

16 Émile Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt am Main 1988 (zuerst frz. 1893), S. 82.

Zwar sah Durkheim durchaus, dass die französische Gesellschaft seiner Zeit von erheblichen sozialen Anomien geprägt war und von einer modernen, proportional zur fortschreitenden sozialen Differenzierung entstehenden *solidarité organique* noch kaum die Rede sein konnte; dennoch war er – zumindest in seiner Frühphase<sup>17</sup> – davon überzeugt, dass sich die dazu notwendigen Motive und Empfindungen, Regeln und Institutionen mit der Zeit von selbst entwickeln und ausprägen würden. Man müsse lediglich, ähnlich wie bei den biologischen Organismen, abwarten, bis sich im sozialen Evolutionsprozess früher oder später »die geordnete Harmonie der Funktionen«<sup>18</sup> von selbst einstelle. Durkheims biosoziologisch deutlich überakzentuiertes Erkenntnisinteresse geht dabei – anders als die Naturrechtslehren des politischen Liberalismus – nicht mehr von der Fiktion eines im aufgeklärten Eigeninteresse handelnden Individuums aus, sondern von der sozialen Totalität einer zunehmend komplexen Massengesellschaft, in der alles mit allem verflochten ist und alles mit allem unüberschaubar zusammenhängt.

### III. Solidarität im französischen Solidarismus

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war damit ein sozialwissenschaftliches Reflexionsniveau erreicht, auf dem es der Dritten Republik möglich wurde, Freiheit und Solidarität zusammenzudenken und die abstrakten Rechtsbegriffe der Aufklärung, die Comte noch frontal verwerfen zu müssen meinte, mit den neuen solidaritätstheoretischen Einsichten der Soziologie zu verbinden. In diesem Kontext entwickelte die zwischen Sozialismus und Liberalismus angesiedelte, im Kern kleinbürgerliche Reformbewegung des *solidarisme* sozialetische und sozialpolitische Perspektiven einer postliberalen politischen Theorie, die zukunftsweisende Impulse für die Suche nach den Legitimitätsgrundlagen des in Frankreich allmählich entstehenden republikanischen Wohlfahrtsstaats lieferte. Zu den führenden Vertretern dieser Bewegung zählten der Philosoph Alfred Fouillée, der Ökonom Charles Gide und der Politiker Léon Bourgeois.

#### *Eine republikanische Sozialphilosophie der Solidarität: Alfred Fouillée*

Alfred Fouillée (1838–1912) gilt als der wichtigste Vorläufer des Solidarismus. Er bemühte sich in seinen zahlreichen Schriften schon in den 1880er-Jahren darum, die republikanischen Ideen von Freiheit und Gleichheit mit den szientistischen Aufbrüchen der Soziologie des 19. Jahrhunderts sozialphilosophisch in Einklang zu bringen.<sup>19</sup> Ähnlich wie Comte lehnte er die Naturrechtstheorien des 18. Jahrhunderts als unzureichend ab, da diese ihre normativen Ideale nicht aus wissenschaftlicher Erkenntnis und dem Ethos der Demokratie bezögen, sondern aus einer natur- beziehungsweise vernunftrechtlichen Metaphysik, die den heutigen Wissenschaftsstandards nicht ge-

17 In seinen späteren Schriften taucht die Formel der »organischen Solidarität« nicht mehr auf.

18 Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung*, S. 436.

19 Vgl. dazu Große Kraft, *Solidarität und Solidarismus*, S. 149–184.

nügen könne. Er plädierte deshalb dafür, sich von der Suche nach absoluten Wahrheiten zu emanzipieren und die Tatsache unserer je eigenen Moralität zum Ausgangspunkt moraltheoretischer Bemühungen zu erheben. In diesem Sinne gründete er seine republikanische Moraltheorie weder auf idealistischen Deduktionen noch auf den Erkenntnissen einer positivistischen Naturwissenschaft, sondern auf einer sozialpsychologischen Interpretation der menschlichen Selbsterfahrung, die sich immer erst in der Begegnung mit anderen ausbilde und in hohem Maße von gesellschaftlichen Kontexten geprägt werde.

In sozialwissenschaftlicher Hinsicht betonte Fouillée, dass die Dynamik der menschlichen Zivilisationsgeschichte nicht durch eine gegensätzliche, sondern durch eine gleichgerichtete Entwicklung von Individuum und Gesellschaft, durch ein gleichzeitiges »Wachstum des individuellen und des sozialen Lebens«<sup>20</sup> gekennzeichnet sei. Deshalb müsse es darum gehen, das philosophisch-abstrakte Motiv des Sozialvertrags (*contrat social*) und das evolutionsbiologische Konzept des sozialen Organismus (*organisme social*) miteinander zu versöhnen, und zwar durch die Idee eines »kontraktuellen Organismus« (*organisme contractuel*). Die beiden Motive des bewusst eingegangenen Vertrags und der organischen Evolution sind Fouillée zufolge aus sozialwissenschaftlicher Sicht durchaus vereinbar, denn die zunehmende Bedeutung der moralischen Ideen von Freiheit und Gleichheit, von Vertrag und Konsens entfalte sich erst in der Evolutionsdynamik des Menschengeschlechts. Als republikanischer Moralphilosoph betonte er dabei den hohen Wert des Vertragsmotivs, das den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in besonderem Maße entspreche. Allerdings dürfe dies nicht dazu führen, in individualistische Vereinfachungen zurückzufallen und die vorgängige Realität der gesellschaftlichen Solidarverhältnisse zu vergessen. Umgekehrt dürfe das Individuum aber auch nicht vollständig in der Gesellschaft aufgehen, weshalb die Unterschiede zwischen Gesellschaft und Natur, zwischen Soziologie und Biologie unbedingt verteidigt werden müssten. Statt eines vom Willen und Bewusstsein der Individuen unabhängigen biologischen Bandes zwischen den Zellen eines Körpers gebe es in der Gesellschaft nämlich eine von den Individuen getragene freiwillige Solidarität, »ein moralisches Band zwischen den Bürgern, dasjenige wechselseitiger Übereinkünfte und Versprechen«.<sup>21</sup> Denn auch wenn die Menschen in vielfacher Weise organisch miteinander verbunden seien, könnten sie sich absichtsvoll nur durch freie Zustimmung, durch einen bewusst eingegangenen Sozialvertrag miteinander verbinden; und erst dies mache den sozialen Zusammenhang in einem demokratisch-normativen Sinne wertvoll, das heißt zu einer von den Individuen gewollten und bejahten Gesellschaft. Der soziale Organismus der modernen demokratischen Gesellschaft lässt sich nach Fouillée demnach beschreiben als eine »verständene und gewollte Solidarität; er ist also ein Organismus, der aus Wahl und nicht mehr aus Notwendigkeit entsteht«<sup>22</sup> – und erst auf dieser Grundlage wird es für Fouillée möglich, die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Soziologie mit den politischen Idealen der Republik in Einklang zu bringen.

20 Alfred Fouillée, *La science sociale contemporaine*, Paris 1880, S. V.

21 Ebd., S. 129.

22 Ebd., S. 250.

Dagegen sei die Aufklärungsphilosophie mit ihrer Entgegensetzung von Individuum und Gesellschaft durch die sozialwissenschaftlich aufgewiesenen Interdependenzen von individuellem und sozialem Leben obsolet geworden:

»Die Wissenschaft zeigt uns durch die Physiologie, durch die Soziologie, durch die Statistik, durch die Geschichte, dass die Unabhängigkeit des Individuums in der Gesellschaft ganz relativ ist, dass wir ohne Unterlass und auf tausenderlei Weise den Einfluss des sozialen Milieus erleiden, der uns in der Konsequenz zu einem Teil eines wirklichen Organismus macht.«<sup>23</sup>

In diesem Sinne verpflichte die soziale Solidarität, das Faktum der permanenten wechselseitigen Interdependenzen des gesellschaftlichen Lebens, die Gesellschaft dazu, »ein Heilmittel für jedes Übel zu finden, das das Individuum betrifft, da dieses Übel dazu tendiert, sozial zu werden.«<sup>24</sup> Deshalb konnte Fouillée als Quintessenz seiner Überlegungen festhalten: »Es ist das Bild der Solidarität, das in der menschlichen Gesellschaft mehr und mehr regieren wird.«<sup>25</sup>

### *Eine genossenschaftliche Sozialökonomie der Solidarität: Charles Gide*

Zu den Protagonisten des französischen *solidarisme* gehört auch der Jurist und Ökonom Charles Gide (1847–1932), einer der führenden Theoretiker der französischen Genossenschaftsbewegung. Seit den späten 1880er-Jahren begann er damit, eine eigenständige, auf den Namen »Schule der Solidarität« (*école de la solidarité*) getaufte sozialökonomische Doktrin zu entwerfen und gegen die Dominanz der liberalen Schule seiner Zeit in Stellung zu bringen. Ohne die bilderreiche und suggestive Sprache seiner viel gelesenen Schriften – seine Bibliografie weist über 20 Bücher und über 3.000 Artikel aus – wäre der enorme Siegeszug der Solidaritätsidee im Frankreich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts kaum möglich gewesen.<sup>26</sup>

In einer klassisch gewordenen Formulierung erklärte Gide im Jahr 1890:

»Die Solidarität ist nicht, wie die Freiheit, die Gleichheit oder wie selbst die Brüderlichkeit, ein volltönendes Wort oder, wenn Sie wollen, ein reines Ideal; sie ist eine Tatsache; – eine der von der Wissenschaft und der Geschichte am besten nachgewiesenen Tatsachen. [...] Und diese Tatsache der Solidarität [...] wird von Tag zu Tag bedeutsamer [...].«<sup>27</sup>

Die moderne Biologie – insbesondere die Entdeckung mikroorganischer Krankheitserreger – habe den Gedanken der Solidarität mit einer überwältigenden Evidenz auf die Tagesordnung gesetzt, denn:

23 Ebd., S. 150f.

24 Ders., *La propriété sociale et la démocratie*, Paris 1884, S. 152.

25 Ebd.

26 Vgl. dazu *Große Kraft*, *Solidarität und Solidarismus*, S. 185–220.

27 Charles Gide, *L'École nouvelle. Conférence faite à Genève le 28 Mars 1890, publié par La Société Chrétienne Suisse d'Économie Sociale*, Genf 1890, S. 56.

»Jeder weiß nun, daß seine Gesundheit und sein Leben in hohem Maße nicht allein von der Gesundheit seiner Nachbarn und Mitbürger abhängt, sondern sogar von dieser oder jener ihrer unbedachten Handlungen, wie etwa das Ausspeien auf die Erde und das dadurch verursachte Ausstreuen von Tuberkulosebazillen.«<sup>28</sup>

Die Solidarität als Tatsache gelte aber nicht nur für gefährliche Epidemien, sondern für alle Lebensbereiche der modernen Gesellschaft. Sie gelte für »alle jene Erfindungen, die der Stolz unseres Jahrhunderts sind, Eisenbahn, Telegraph, Telephon, das elektrische Licht, eiserne Brücken, die Meeresarme überspannen, Alpentunnel«, denn sie alle trügen dazu bei, »die Bande nationaler und internationaler Solidarität zwischen den Menschen enger zu knüpfen [...] und der Menschheit das Bewußtsein ihrer Einheit zu verschaffen«.<sup>29</sup>

In diesem Rahmen wollte Gide nicht einfach nur die überwältigende Faktizität der durch die Natur beziehungsweise die Gesellschaft verursachten Solidarität vor Augen führen. Vielmehr kam auch bei ihm ein starker moralischer Impuls ins Spiel, der für die solidaristische Bewegung insgesamt kennzeichnend ist. Gide blieb deshalb nicht beim Aufweis der schicksalhaften Solidarität (*solidarité fatale*) stehen, sondern betonte, dass Mensch und Gesellschaft vor der moralischen Aufgabe stünden, auf die Herausforderungen dieser faktischen Solidarität mit der Herausbildung einer freien und freiwilligen Solidarität (*solidarité libre et volontaire*) zu reagieren. Schon die *solidarité fatale* liefere dabei ein starkes Motiv, um die Menschen über ihren Egoismus hinauszutreiben und zur Entwicklung einer frei gewollten und politisch planvoll organisierten Solidarität zu führen. Sie lehre uns nämlich, dass wir das Recht verloren haben, zu sagen, dies und jenes gehe uns nichts an. Aber ebenso müssten wir auch »einen anderen, nicht weniger hassenswerten Ausspruch verbannen: ›das geht nur mich an‹. Daher schwächt die Solidarität nicht, wie man ihr vorwirft, unser Verantwortungsgefühl, sondern erweitert es im Gegenteil ins Unendliche.«<sup>30</sup>

Vor diesem Hintergrund konnte Gide erklären: »Die Schule der Solidaristen verlangt, daß die Solidarität, welche bisher nur eine nackte Tatsache war, eine Grundregel für das Verhalten, eine Pflicht werde.«<sup>31</sup> Und dementsprechend gilt:

»Man muss daher die menschliche Gesellschaft in eine Art großer Unterstützungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit umwandeln, in der die natürliche Solidarität, berichtigt und veredelt durch den guten Willen jedes Einzelnen, in seiner Ermangelung aber durch gesetzlichen Zwang, Gerechtigkeit wird und in der jeder berufen ist, an der Last, aber auch an dem Vorteil des andern teilzunehmen.«<sup>32</sup>

28 Ders., *Der Kooperatismus*, Halberstedt 1929, S. 52f.

29 Ebd., S. 53.

30 Ders., *Die Solidaristen*, in: ders./Charles Rist, *Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen* (1909), Jena 1913, S. 667–697, hier: S. 695.

31 Charles Gide, *Grundzüge der Nationalökonomie*, Wien 1905, S. 23.

32 Ders., *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Halberstadt 1928, S. 37.

### Eine kontraktualistische Gerechtigkeitstheorie der Solidarität: Léon Bourgeois

Der wirkmächtigste Vertreter des *solidarisme* war aber der Jurist und Politiker Léon Bourgeois (1851–1925), der im Jahr 1896 sein innerhalb weniger Jahre sehr populär gewordenen Manifest »Solidarité« veröffentlichte, mit dem der Topos der Solidarität zum leidenschaftlichen Programmbegriff eines laizistischen Linksrepublikanismus avancierte. Bourgeois, der spätere Friedensnobelpreisträger des Jahres 1920, hatte seit 1890 mehrere Regierungsämter bekleidet, in deren Rahmen er sozialpolitische Reformprojekte im Schul- und Erziehungswesen und in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge auf den Weg zu bringen versuchte. Mit den solidaritätstheoretischen Einsichten in die unentrinnbaren Verstrickungen, denen sich niemand entziehen könne, konnten im Frankreich der Jahrhundertwende in der Tat erste Schritte moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit gegangen werden, auch wenn die solidaristische Bewegung nur sehr kurzfristig entscheidende politische Ämter innehatte und ihr realpolitischer Einfluss auf längere Sicht eher gering blieb.<sup>33</sup>

Ähnlich wie die anderen Solidaristen, aber stärker als diese an einer theoretischen Auseinandersetzung mit den kontraktualistischen Sozialtheorien interessiert, nahm Bourgeois in seinem solidaristischen Manifest, das bis 1912 sieben Auflagen erlebte, eine neue Theorie sozialer Gerechtigkeit auf dem Problemniveau komplexer Industriegesellschaften in den Blick. Aus der Tatsache der sozialen Solidarität folgte ihm zufolge nämlich unmittelbar eine »soziale Schuld« (*dette sociale*) aller gegenüber allen. Seine Kernaussage lautet dementsprechend: »Der Mensch lebt in der Gesellschaft, und kann nicht ohne sie leben; er ist zu jeder Stunde ihr gegenüber ein Schuldner. [...] Dies ist die Grundlage seiner Pflichten, die Belastung seiner Freiheit.«<sup>34</sup>

Der republikanischen Trias von »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« setzte er vor diesem Hintergrund die solidaristische Trias von »Solidarität, Gleichheit und Freiheit« entgegen und erklärte: »Die Solidarität ist das erste Faktum, vorgängig zu jeder sozialen Organisation [...]. Mit ihr muss man anfangen. Solidarität zuerst, dann Gleichheit oder Gerechtigkeit, die in Wahrheit identisch sind, schließlich: Freiheit.«<sup>35</sup> Das Faktum der sozialen Solidarität, die *solidarité de fait*, rufe durchgehend soziale Effekte hervor, »von denen die einen profitieren und unter denen die anderen leiden, und dies in sehr ungleicher Weise.«<sup>36</sup> Sie produziere

»auf der einen Seite diejenigen, die im Besitz einer sehr großen Summe sozialer Vorteile sind und die davon profitieren, ohne wirklich ihre Schuld gegenüber allen bezahlt zu haben – und die dabei ihren Teil so verteidigen, als wäre es ihr Recht; sie begehen damit eine Hinterziehung [...]. Auf der anderen Seite [produziert sie, HJGK] jene, die um den größten Teil der sozialen Vorteile beraubt sind und das Gefühl haben, dessen Gläubiger zu sein – sie leiden, sie fühlen

33 Vgl. dazu Große Kracht, *Solidarität und Solidarismus*, S. 221–258.

34 Léon Bourgeois, *Solidarité*, in: ders., *Solidarité*. Lormont 2008 (zuerst 1896), S. 47–101, hier: S. 88 und 83.

35 Ders., *Extrait de compte rendu de la séance du Congrès d'Éducation Sociale du jeudi soir 21. Septembre 1900*, in: ders., *Solidarité*, S. 121–140, hier: S. 122f.

36 Ders., *L'idée de solidarité et ses conséquences sociales*, in: *Essai d'une philosophie de la solidarité. Conférences et discussions. Présidées par Léon Bourgeois et Alfred Croiset* (École des hautes études, 1901–1902), Paris 1907, S. 1–119, hier: S. 9.



sich betrogen, sie beanspruchen ihren Anteil, aber die können nicht genau das Ausmaß des Schadens ermessen, der ihnen zugefügt wurde, oder die Rechtmäßigkeit ihres Anspruchs kalkulieren [...].«<sup>37</sup>

Ohne den rigorosen gesellschaftlichen Umgestaltungsambitionen der Sozialisten das Wort zu reden, komme es deshalb darauf an, im Rahmen sozialreformerischer Politik »diejenigen bezahlen zu lassen, die keine Anstrengungen unternehmen müssen, um nicht nur das Notwendige, sondern auch den Überfluss des Lebens zu haben und dabei meinen, sie könnten dieses frei genießen, ohne persönlich etwas zu schulden.«<sup>38</sup> Bourgeois präsentierte den Profiteuren des gesellschaftlichen Solidarzusammenhangs also eine »soziale Rechnung« (*compte sociale*), deren Begleichung er für eine unmittelbare Rechtspflicht hielt, auch wenn die Höhe dieser Schuld nicht individuell zu ermitteln sei:

»Wenn der freie und starke Mensch die Profite seiner eigenen Aktivität für sich behalten will, als wenn er sie ohne die Solidarität erhalten hätte, dann weigert er sich, die Schuld zu bezahlen, die er kontrahiert hat; dann ist, wir wiederholen es, die Gerechtigkeit verletzt.«<sup>39</sup>

Dieses solidaristische Rechtsmotiv verknüpfte Bourgeois nun – und darin liegt seine theoretische Originalität – mit dem liberalen Vertragsgedanken, der ihm als besonders angemessener Ausdruck der universalistischen Prinzipien von Freiheit und Gleichheit galt. Dabei griff er auf die von Fouillée eher beiläufig erwähnte Idee eines *quasi-contrats* zurück, der nicht durch anfängliche Übereinstimmung unter den Bedingungen eines fiktiven Urzustands, sondern durch nachträgliche Zustimmung zu den realen Solidaritäts- und Abhängigkeitsverhältnissen der Gegenwart zustande komme. Denn wenn sich die Gesellschaftsmitglieder als freie und gleiche Rechtssubjekte anerkennen wollen, dann seien sie genötigt, sich in einem rückwirkenden Vertrag über die Art und Weise zu verständigen, wie sie mit den Resultaten der bestehenden sozialen Solidarität und der sich zunehmend verfestigenden sozialen Ungleichheiten politisch umgehen wollen. Und da man, so Bourgeois, nicht erwarten könne, dass die durch die *solidarité de fait* überproportional Benachteiligten einem solchen Vertrag ohne angemessene Kompensationsleistungen zustimmen, sei die Gewährleistung einer entsprechenden »reparierenden Gerechtigkeit« (*justice réparative*) eine der zentralen Staatsaufgaben.

Die Idee des Gesellschaftsvertrags dient hier also nicht nur, wie in ihrer bisherigen Geschichte, der Legitimation politischer Herrschaft; sie fungiert nun auch zur Festlegung der Grundprinzipien eines neues Sozialrechts und wird damit auch für das Thema der sozialen Gerechtigkeit fruchtbar gemacht. Für Bourgeois ergab sich aus dieser Konzeption nämlich unmittelbar das Leitbild eines starken, demokratisch legitimierten Sozialversicherungsstaats, denn die Einführung sozialer Sicherungs- und Fördermaßnahmen – etwa im Bereich der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Sozialversiche-

37 Ders., Rapport au Congrès d'Éducation Sociale en 1990, in: ders., Solidarité, S. 104–120, hier: S. 114.

38 Ders., Discours de clôture au Congrès d'Éducation Sociale en 1900, in: ders., Solidarité, S. 141–158, hier: S. 144f.

39 Ders., L'idée de solidarité et ses conséquences sociales, S. 16.



rungen, der Sicherung des Existenzminimums und der Einführung kostenloser Schulbildung sowie deren Finanzierung durch Erbschaftsabgaben und progressiv ansteigende Steuersätze – erweise sich nun als elementare Rechtspflicht, als *solidarité devoir* einer freiheitlichen Republik, in der nur diejenigen Gesetze gelten dürfen, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger als Freie und Gleiche vernünftigerweise verständigen und wechselseitig verpflichten können.

Die solidaritätstheoretischen Einsichten und Motive des französischen Solidarismus sind im 20. Jahrhundert kaum weiterverfolgt worden. Dabei war der Solidarismus im Frankreich der Jahrhundertwende auf dem Weg, »eine Art offizieller Philosophie der Dritten Republik zu werden«.<sup>40</sup> Er kam nach dem Krieg aber rasch an sein Ende. Bis heute allerdings gehört ein politisch und moralisch positiv aufgeladener Begriff republikanischer Solidarität zur moralischen Grundsemantik der französischen Nation, was sich nicht zuletzt an den – freilich häufig wechselnden – Bezeichnungen der französischen Arbeits- und Sozialministerien ablesen lässt. Welche Rolle das Motiv der Solidarität im Frankreich des 20. Jahrhunderts spielte, erkennt man auch daran, dass dieser Begriff seit den 1930er-Jahren auch von Kräften der französischen Rechten im Sinne einer *solidarité française* in Anspruch genommen wurde, dann aber vor allem im Kontext der Résistance zum Leitmotiv einer *solidarité nationale* avancierte, deren moralische Prägekraft bis heute weiterwirkt.

#### IV. Solidarität im 20. Jahrhundert

Im Blick auf das 20. Jahrhundert wird man festhalten können, dass die Solidarität eine rasante Erfolgsgeschichte erlebte und zu einem der zentralen normativen Leitbegriffe der späten Moderne aufstieg. Sie fand eine vielschichtige und durchaus widersprüchliche Verwendung und erreichte breiteste und höchst unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Theoriemilieus. Dabei hat der Solidaritätsbegriff seine soziologisch-deskriptive Bedeutungsschicht als De-facto-Solidarität allerdings weitgehend eingebüßt.

Solidarität wurde zum einen in rechten und rechtsextremistischen Kreisen zu einer zentralen politischen Leitkategorie, die in unterschiedlichsten Kontexten beschworen wurde, um im Namen völkisch-nationaler Solidarität die eigene Nation als ›Volksgemeinschaft‹ gegen artfremde Gruppen und Kulturen abzugrenzen, vor allem aber auch, um den Einzelnen in seinen Freiheits- und Autonomieambitionen radikal den vermeintlichen Interessen dieser Gemeinschaft einzuverleiben und unterzuordnen. In diesem Sinne ruft die Solidaritätssemantik in ganz Europa in rechtsextremistischen Milieus bis heute hohe Sympathiewerte hervor. Zum anderen erzielte die Solidarität im 20. Jahrhundert aber auch in sozialistischen, vor allem in anarchosyndikalistischen, leninistischen und später auch stalinistischen Kontexten große Erfolge. Hier ging es im Namen von Klassenkampf und Arbeitersolidarität immer auch darum, den Einzelnen im Namen ›solidarischer Disziplin‹ der Gemeinschaft unterzuordnen, wobei die Berufung auf die Solidarität vielfach zu einer Art sozialistischer Staatsrason wurde.

In der liberalen Nationalökonomie vermochte sich die Solidarität dagegen – trotz ihrer prominenten Verwendung bei Frédéric Bastiat – kein Heimatrecht zu erobern.

<sup>40</sup> Célestin Bouglé, *Le solidarisme*, Paris 1907, S. 1.

Seit dem Siegeszug des französischen Solidarismus stößt die Vokabel der Solidarität hier zumeist nur noch auf scharfe Ablehnung. So galt die Rede von der Solidarität schon bei Vilfredo Pareto (1848–1923) im Jahr 1900 einzig als illegitimer politisch-moralischer Umverteilungsausschrei: »Sie ist ein Vorwand für Leute, die von den Früchten der Arbeit anderer profitieren wollen, und für Politiker, die das Bedürfnis empfinden, Anhänger auf Kosten der Steuerzahler zu rekrutieren.«<sup>41</sup> Heute bleibt der Solidarität im liberalen Denken zumeist nur noch die Rolle einer allein auf Freiwilligkeit beruhenden Tugend der Großzügigkeit und der Hilfsbereitschaft, die durch staatliche Sozialleistungen nur unnötig gefährdet wird. In diesem Sinne erklärte etwa Sascha Tamm vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung im Blick auf die Sozialversicherungen, dass die Einzahler zu ihren Beiträgen gezwungen würden. Deshalb gebe es hier keine Solidarität im eigentlichen Sinne, denn: »Nur eine auf freiwilligem Handeln aufgebaute Solidarität ist mit dem Grundwert der individuellen Freiheit vollständig vereinbar. Alle Formen der durch Staaten erzwungenen Solidarität stehen mit der Freiheit der Menschen in einem kaum auflösbaren Widerspruch.«<sup>42</sup>

### *Solidarität in der deutschen Sozialdemokratie*

In der deutschen Sozialdemokratie blieb der Begriff der Solidarität im 20. Jahrhundert eigentümlich blass und unbestimmt. Zumeist fungierte er als reiner Gesinnungs- und Propaganda-Begriff, dem kaum gesellschaftsanalytisches Potenzial zugesprochen wurde. Zwar hatte schon Ferdinand Lassalle (1825–1864) den Begriff der Solidarität im soziologischen Sinne als Synonym für den komplexen arbeitsteiligen Sozialzusammenhang verwendet, wenn er in seiner Auseinandersetzung mit Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883) und dessen Appellen an liberale Eigenverantwortung betonte, die Ökonomie sei »das Gebiet der gesellschaftlichen Zusammenhänge, also das Gebiet der Solidarität oder Gemeinsamkeit«<sup>43</sup>, auf dem jeder von Entwicklungen und Ereignissen betroffen werde, für die er in keiner Weise verantwortlich gemacht werden könne; dieses Solidaritätsverständnis vermochte in der Sozialdemokratie aber keine Wurzeln zu schlagen. Auch Kurt Eisner (1867–1919) hat mit seiner treffenden Reflexion über das »stahlharte Wort« der Solidarität in der Sozialdemokratie keinerlei Spuren hinterlassen. In einem privaten Brief an eine Freundin hatte er im Jahr 1908 notiert:

»Nein, nichts mehr von Liebe, Mitleid und Barmherzigkeit. Das kalte, stahlharte Wort Solidarität aber ist in dem Ofen wissenschaftlichen Denkens gegläht. [...] Die Solidarität hat ihre Wiege im Kopfe der Menschheit, nicht im Gefühl. Wissenschaft hat sie gesäugt, und in der großen Stadt, zwischen Schlöten und Straßenbahnen ist sie zur Schule gegangen. Noch hat sie ihre Lehrzeit nicht abgeschlossen. Ist sie aber reif geworden und allmächtig, dann wirst Du er-

41 Vilfredo Pareto, *Le péril socialiste*, in: *Journal des Économistes* 42, 1900, S. 161–178, hier: S. 173.

42 Sascha Tamm, *Solidarität aus freiheitlicher Perspektive*, in: *APuZ*, 2013, H. 34–36, S. 45–47, hier: S. 47.

43 Ferdinand Lassalle, *Offenes Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig* (1. März 1863), in: *ders., Arbeiter-Programm. Offenes Antwortschreiben*, hrsg. v. August Skalweit, Frankfurt am Main 1948, S. 53–84, hier: S. 56.

kennen, wie in diesem harten Begriff das heiße Herz einer Welt von neuen Gefühlen und das Gefühl einer neuen Welt leidenschaftlich klopfte.«<sup>44</sup>

Dass die Rede von der Solidarität in der deutschen Sozialdemokratie überraschend wenig zu reüssieren vermochte, erkennt man auch daran, dass dieser Begriff im Erfurter Programm von 1891 noch keinerlei Verwendung findet; und auch im Heidelberger Programm von 1925 kommt er nur am Rande vor. Erst das Godesberger Programm von 1959 benennt die Trias von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als »Grundwerte des sozialistischen Wollens« und ergänzt, dass Solidarität zu verstehen sei als »die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung«.<sup>45</sup> Dabei mutet merkwürdig an, dass dieser Grundwert der Arbeiterbewegung hier offensichtlich noch eigens definiert werden musste.

Ausführlicher wird die Solidarität dann im »Orientierungsrahmen '85« aus dem Jahr 1975 beschrieben. Dort heißt es unter anderem: »ökonomisch-soziale Grundlage der Solidarität ist die Notwendigkeit gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Zusammenarbeit sowie die Nützlichkeit gemeinsamen Handelns.«<sup>46</sup> Allerdings wird dieses an Durkheim erinnernde Motiv der De-facto-Solidarität nicht weiter ausgeführt, weil gleich im Anschluss wieder an die kämpferische Interessensolidarität erinnert wird. Solidarität sei aber nicht nur »Waffe im sozialen Kampf«, sondern auch Ausdruck der Einsicht, »daß wir als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben können, wenn wir uns füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen«.<sup>47</sup> In diesem Sinne distanziert sich der »Orientierungsrahmen '85« explizit von »fünf Irrtümern« im Solidaritätsverständnis, wenn er erklärt:

»Es ist der Irrtum des Liberalismus, Freiheit und Gerechtigkeit könnten in einer Gesellschaft krasser Ungleichheit und des Kampfes aller gegen alle ohne eine die ganze Gesellschaft umfassende menschliche Solidarität geschaffen und bewahrt werden.

Es ist der Irrtum des Konservatismus, es könne zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solidarität geben und man könne die rechtlich-politische Freiheit für alle bewahren, wenn man die ökonomische, soziale und kulturelle Freiheit einer Minderheit vorbehält.

Es ist der Irrtum der antiautoritären Romantiker, eine freiheitliche und gerechte Ordnung sei ohne bewußte und verbindliche Anerkennung gesellschaftlicher Pflichten und solidarischer Zugehörigkeit möglich und nur das notwendige Ergebnis uneingeschränkter individueller Freiheit.

Es ist der Irrtum der kommunistischen, marxistisch-leninistischen Bewegungen, es gäbe Gleichberechtigung ohne Freiheit und man könne Solidarität erzwingen.

Es ist der Irrtum des Faschismus, man könne eine solidarische Volksgemeinschaft auf der Grundlage prinzipieller Ungleichheit der Menschen und ohne Freiheit des einzelnen errichten.«<sup>48</sup>

44 Eisner, Sieben Briefe, S. 56.

45 Zit. nach: Daniela Münkel (Hrsg.), »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität«. Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 2007, S. 219–236.

46 Zit. nach: ebd., S. 117–214, hier: S. 118.

47 Ebd.

48 Ebd., S. 119.

Im aktuellen Hamburger Grundsatzprogramm von 2007, das vor allem um die Leitbilder des ›vorsorgenden Sozialstaats‹ und der ›solidarischen Bürgergesellschaft‹ kreist und erstmals auch das Prinzip individueller Leistung explizit würdigt, wird der Grundwert Solidarität nur noch arg knapp verhandelt. Ohne Bezug auf die ›gesellschaftliche Arbeitsteilung‹ oder das Motiv von der ›Waffe im sozialen Kampf‹ wird sie vor allem moralisch bestimmt als die »Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen«. Als solche gelte sie »zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern«. Sie sei »eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität«. <sup>49</sup> Insgesamt ist zu konstatieren, dass der Solidaritätsbegriff in der Sozialdemokratie – zumindest gegenwärtig – theoretisch unscharf und eher moralisch-normativ als empirisch-deskriptiv gefasst wird. Gerhard Weisser (1898–1989), der bis zu seinem Lebensende an allen Programmkommissionen der SPD beteiligt war, hat in diesem Zusammenhang schon 1973 die unklare Verwendungsweise des Solidaritätsbegriffs beklagt und notiert, das alte Wort der Brüderlichkeit sei allemal »aussagekräftiger als das im Godesberger Programm gewählte Wort Solidarität«. <sup>50</sup> Wie auch immer: Heute steht die deutsche Sozialdemokratie vor der Aufgabe, ihren klassischen Programmbegriff der Solidarität – gerade angesichts der ubiquitären Präsenz und der enormen öffentlichen Wertschätzung, die dieses Wort gegenwärtig genießt –, nicht nur philosophisch-normativ, sondern vor allem auch soziologisch, und zwar in globaler Perspektive, neu zu schärfen und energisch in die öffentlichen Debatten einzubringen. Dass gegenwärtig kein profilierter und spezifisch sozialdemokratisch gefasster Solidaritätsbegriff identifizierbar ist, ist jedenfalls ein schwerwiegendes Desiderat.

### *Solidarität im katholischen Solidarismus*

Eine nicht zu erwartende, geradezu verblüffende Rezeption erfuhr der in Deutschland ansonsten kaum beachtete französische *solidarisme* im westdeutschen Sozialkatholizismus, in dem es seit der Jahrhundertwende zu einer bis heute nachwirkenden Beschäftigung mit diesem Theorieansatz gekommen war. Motive der französischen Solidaritäts-tradition sollten das Solidaritätsverständnis der katholischen Soziallehre des 20. Jahrhunderts entscheidend prägen; und bis heute ist die katholische Rede vom »Sozialprinzip Solidarität« ohne diesen Hintergrund kaum zu verstehen.

Im Jahr 1902 erschien in der neuscholastisch ausgerichteten Jesuitenzeitschrift »Stimmen aus Maria-Laach« ein auf zwei Hefte verteilter Aufsatz von Heinrich Pesch SJ (1854–1926) unter dem schlichten Titel »Solidarismus«, der explizit auf die französischen Solidaritätsdiskurse zu sprechen kommt, denen Pesch seinen programmatischen Leitbegriff entlehnte. Im Nachgang dazu hatte Pesch zwischen 1905 und 1923

49 SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, Berlin 2007, S. 16.

50 Gerhard Weisser, Freiheit durch Sozialismus, Göttingen 1973, S. 31.

ein fünfbändiges »Lehrbuch der Nationalökonomie« vorgelegt, mit dem er ein eigenständiges, auf neuthomistischer Sozialphilosophie aufruhendes »System des Solidarismus« formuliert, das er als einen »Dritten Weg« jenseits der »Systeme« des individualistischen Liberalismus und des kollektivistischen Sozialismus präsentierte. Dieses dritte »System« verstehe sich, so Pesch, als Alternative gleichermaßen zum auf »der absoluten Freiheit und Selbständigkeit lediglich den eigenen Vorteil suchender Einzelwirtschaften« beruhenden Individualismus wie zum Sozialismus mit seiner »Forderung einer völlig einheitlichen, zentralisierten Wirtschaftsgenossenschaft [...] mit Verwischung aller sozialen Differenzierung zwischen Berufsgruppen, Klassen, Ständen.«<sup>51</sup> Der Solidarismus dagegen belasse »der Einzelwirtschaft ihre relative Selbständigkeit, fördert lediglich deren organische Eingliederung in das gesellschaftliche Ganze« und bestehe darauf, dass »die Gesellschaft als Verbindung freier, sittlicher Wesen eine moralische Einheit darstellt«, in die man sich organisch einfügen müsse.<sup>52</sup>

Dabei verwendete auch Pesch den Begriff der Solidarität nicht primär als moralische Forderung, sondern zunächst einmal zur Bezeichnung der wechselseitigen Abhängigkeit der Menschen voneinander, wie sie für hocharbeitsteilige Industriegesellschaften kennzeichnend sei, auch wenn er diese Abhängigkeit sofort in den Interpretationsrahmen der neuscholastischen Sozialphilosophie einordnete. Denn es ging ihm darum, die Einsichten der modernen soziologischen Gesellschaftsbeschreibung zu kombinieren mit der klassischen thomistischen Sozialmetaphysik, die mit der Thomas-Enzyklika von Papst Leo XIII. (1810–1903; »Aeterni patris«, 1879) zur offiziellen Sozialphilosophie der katholischen Kirche erklärt worden war und der man sich gerade als Jesuit schlechterdings nicht entziehen konnte. Peschs Ausgangspunkt ist dementsprechend die

»in der allgemeinen menschlichen Natur begründete, durch die geschichtliche Entwicklung tausendfach verknüpfte und Tag für Tag sich neu schaffende *tatsächliche* Abhängigkeit der Menschen voneinander, das Ineinandergreifen der Arbeit, ihre Teilung und Vereinigung, Tausch und Kauf, die Verteilung des Produktes unter die an der Produktion Beteiligten, die wechselseitige Bedingtheit aller Lebensverhältnisse, kurz das ganze Getriebe und Gewebe des wirtschaftlichen Lebens mit seinen unzähligen Relationen, seinem Anziehen und Abstoßen, seiner Gemeinschaft und Feindschaft.«<sup>53</sup>

Diese Gemengelage biete, so Pesch, »nicht nur das Bild einer bloß tatsächlichen Abhängigkeit«<sup>54</sup>; sie stelle aus der Sicht neuscholastischer Sozialphilosophie vielmehr einen bereits in der göttlichen Schöpfungsordnung angelegten und in der »Wesensnatur« des Menschen und der Gesellschaft gründenden metaphysischen Sachverhalt dar, der nicht nur empirisch gegeben, sondern auch normativ vorgegeben sei. Insofern sah Pesch die De-facto-Solidarität und die ihr korrespondierende Rechtspflicht, die den Staat nicht nur als Rechts-, sondern auch als Wohlfahrtsstaat in Anspruch nimmt, in der gottgegebenen Ordnung der Dinge angelegt. Und deshalb offenbare sich, so Pesch,

51 Heinrich Pesch, Solidarismus, in: Stimmen aus Maria-Laach 63, 1902, S. 38–60 und 307–324, hier: S. 38.

52 Ebd.

53 Ebd., S. 48.

54 Ebd.

»die thatsächliche und mit fortschreitender Arbeitsteilung intensiver sich gestaltende, wechselseitige Abhängigkeit als ein von Gott gewolltes, teleologisches, durch den Zweck des Wohles aller Beteiligten beherrschtes Verhältnis, als ein Zustand, innerhalb dessen die Individuen nicht als isolierte, rein auf ihr Ich gestellte Wesen sich einander pflichtlos gegenüber treten dürfen, sondern durch Pflichten gegenseitiger Rücksichtnahme und Hilfe miteinander verbunden sind.«<sup>55</sup>

Seine Anleihen beim französischen *solidarisme* gab Pesch allerdings nur vorsichtig zu erkennen. In seinem Artikel von 1902 nahm er auf die entsprechende Literatur jedoch breiten Bezug.<sup>56</sup> Und auch im ersten Band seines Lehrbuchs werden zentrale Texte des französischen Solidaritätsdiskurses nicht nur genannt, sondern zum Teil auch ausführlich gewürdigt.<sup>57</sup> Allerdings wurden Peschs Bezüge zum *solidarisme* mit der Zeit immer spärlicher. Seinen späteren Schriften ist diese Inspirationsquelle kaum noch anzumerken.

Pesch konnte mit seinem »System des Solidarismus« einer ganzen Generation katholischer Sozialwissenschaftler der Weimarer Republik zentrale Impulse zu einer grundlegenden Erneuerung des sozialkatholischen Denkens vermitteln, mit deren Hilfe es dem westdeutschen Katholizismus gelang, einen kritisch-konstruktiven Anschluss an die Realitäten der industriekapitalistischen Verhältnisse zu finden und die früheren Traditionen einer kompromisslosen Pauschalverurteilung der europäischen Moderne zu überwinden. Insgesamt fand Peschs Solidarismus in den sozialwissenschaftlichen Theoriedebatten der Vorkriegszeit aber nur wenig Resonanz. Dies hinderte den »erzliberalen« Ökonomen und Publizisten Ludwig von Mises (1881–1973) allerdings nicht daran, »die französischen Solidaristen und den vom französischen Geiste stark beeinflussten Jesuiten Pesch« in einem Atemzug zu nennen und beide unter die Rubrik »pseudosozialistische Gebilde« einzuordnen und entsprechend zu verurteilen.<sup>58</sup>

In den Bemühungen der frühen Weimarer Republik, eine weder obrigkeitlich-etatistisch noch marktliberal-individualistisch formatierte Wirtschafts- und Sozialordnung zu konstituieren, spielte der katholische Solidarismus – etwa bei den prominenten Zentrumspolitikern Heinrich Brauns (1868–1939) und Matthias Erzberger (1875–1921), der erste war von 1920 bis 1928 Reichsarbeitsminister, der zweite von 1919 bis 1920 Reichsfinanzminister – eine wichtige Rolle, etwa im Blick auf die Einführung der Tarifautonomie und das kollektive Arbeitsrecht. Aber auch die umfangreiche »Erzbergersche Steuer- und Finanzreform« von 1919/20 beruhte, wie Erzberger notierte, auf dem Gedanken des »christlichen Solidarismus«. So erklärte er zu den Ergebnissen dieser Reform im Jahr 1921 durchaus stolz: »75 % der Steuern beruhen auf dem Besitz und den hohen Einkommen. Nur 25 % des Riesenbedarfs sind auf die brei-

<sup>55</sup> Ebd., S. 320.

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 307–310.

<sup>57</sup> Vgl. ders., Lehrbuch der Nationalökonomie, Bd. 1: Grundlegung, Freiburg im Breisgau 1905, S. 394–398.

<sup>58</sup> Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922, S. 252.



ten Volksschichten direkt gelegt worden; das ist eine soziale Gestaltung der Steuern, wie kein anderes Land sie aufweist.«<sup>59</sup>

In der frühen Bundesrepublik fand der katholische Solidarismus nicht nur in den einflussreichen Jesuiten Oswald von Nell-Breuning (1890–1991) und Gustav Gundlach (1892–1963) energische Fürsprecher; er vermochte darüber hinaus die katholische Soziallehre dieser Zeit, die in den 1950er- und 1960er-Jahren gleichsam als offiziöse Sozialphilosophie der Republik fungierte, entscheidend zu prägen. So lässt sich etwa die Einführung der »dynamischen Rente« im Rahmen der adenauerschen Sozialreform des Jahres 1957 ohne den Einfluss der katholischen Soziallehre, die dem von Ludwig Erhard vertretenen ordoliberalen Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« erheblichen Widerstand entgegensetzte, kaum verstehen. Und wenn man in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell gerne als einen »katholischen Wohlfahrtsstaat« bezeichnet, dann verdeutlicht dies, in welchen Ausmaßen der katholische Solidarismus nicht nur das Selbstverständnis, sondern auch das konkrete Institutionengefüge des deutschen Sozialmodells zu prägen vermochte.

Allerdings wurde Peschs »System des Solidarismus« als Alternative zu Individualismus und Kollektivismus theoretisch und systematisch auch im Jesuitenorden nicht weiter ausgebaut. Nell-Breuning sollte sich seit den 1950er-Jahren von diesem seines Erachtens wenig Erfolg verheißenden Schlagwort verabschieden.<sup>60</sup> Und Gundlach arbeitete den katholischen Solidarismus zu einer geschichts- und gesellschaftslosen Sozialmetaphysik um, die nicht länger an Arbeitsteilung und sozialer Differenzierung, sondern einzig an den unveränderlichen, gottgegebenen »Wesensbestimmungen« sozialer Gemeinschaften und menschlicher Personalität ansetzte. Nell-Breuning, der sich nie als systematischer Sozialtheoretiker verstanden hatte, konnte mit zahlreichen Kleinschriften und Stellungnahmen wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Grundsatzentscheidungen der frühen Bundesrepublik durchaus im solidaristischen Sinne beeinflussen. Gundlach dagegen verfiel zunehmend in einem defätistisch gestimmten Rechtskonservatismus, der überall den Untergang des »christlichen Abendlandes« anbrechen sah. Spätestens im Kontext der Aufbrüche der Studentenbewegung der späten 1960er-Jahre schlugen sich die universitären Vertreter der katholischen Soziallehre dann zudem nahezu geschlossen – mit der prominenten Ausnahme des eher gewerkschaftsfreundlichen Nell-Breuning – auf die Seite des real existierenden Kapitalismus der Nachkriegszeit. Die kapitalismuskritischen Ambitionen des Solidarismus von Heinrich Pesch wurden dabei immer stärker aufgekündigt. Stattdessen dominierten nun deutliche Tendenzen, den Solidaritätsbegriff zu entpolitisieren und nur noch als harmonisierende Legitimationskategorie zur Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse oder schlicht als privates Tugendkonzept gel-

<sup>59</sup> Matthias Erzberger, *Christlicher Solidarismus – als Weltprinzip*, München-Gladbach 1921, S. 24.

<sup>60</sup> So notierte er im Jahr 1951, der Name Solidarismus habe sich »als nicht »zügig« erwiesen: »Kapitalismus und Sozialismus sind zügige Schlagworte. [...] »Solidarismus« klingt – wenn auch zu Unrecht – nach Moralpredigt; damit aber lockt man keinen Hund hinter dem Ofen hervor.« Oswald von Nell-Breuning, Art. Solidarismus, in: *ders./Hermann Sacher* (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ordnungssysteme*, Freiburg im Breisgau 1951, S. 357–376, hier: S. 359.

ten zu lassen – und ihm dabei vor allem eine dezidiert antisozialdemokratische Stoßrichtung zu geben.

Dennoch dominiert in den zentralen Texten der katholischen Soziallehre bis heute ein deutlich vom Solidarismus beeinflusstes Solidaritätsverständnis, ohne das sich das katholische »Sozialprinzip Solidarität« nicht angemessen verstehen lässt. So sprach etwa Papst Johannes Paul II. (1920–2005) in seiner Sozialenzyklika »Sollicitudo rei socialis« im Jahr 1987<sup>61</sup> im Blick auf die Solidarität vom Bewusstsein einer »tiefen wechselseitigen Abhängigkeit«, denn: »Mehr als in der Vergangenheit werden sich die Menschen heute dessen bewußt, durch ein gemeinsames Schicksal verbunden zu sein, das man vereint gestalten muß, wenn die Katastrophe für alle vermieden werden soll.« (SRS 26,5) Aus diesem Wissen folgen dann, so Johannes Paul II., unmittelbar politisch-moralische Konsequenzen:

»Wenn die wechselseitige Abhängigkeit in diesem Sinne anerkannt wird, ist die ihr entsprechende Antwort als moralische und soziale Haltung, als ›Tugend‹, die Solidarität. Diese ist nicht ein Gefühl vagen Mitleids oder oberflächlicher Rührung wegen der Leiden so vieler Menschen nah und fern. Im Gegenteil, sie ist die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das ›Gemeinwohl‹ einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir für alle verantwortlich sind.« (SRS 38,6)

## V. Ausblick: Für eine Ent-Emotionalisierung der Solidarität

Das Sehnsuchtswort der Solidarität ist heute mehr denn je in aller Munde. In links und kosmopolitisch orientierten Milieus fungiert die hochemotional aufgeladene Anrufung der Solidarität – gerade mit Fremden und Anderen – nicht selten als Ausweis besonderer moralischer Sensibilität und »richtiger« universalistischer Gesinnung. In rechtsnationalen Kreisen lebt eine heimatliche Sehnsucht nach emotionaler Solidarität mit dem eigenen Volk, die sich mitunter in eruptiven Ausbrüchen gegen »artfremde« Kulturen und Personen artikuliert. Und auch in bürgerlich-liberalen Schichten dominiert eine emotionale Wahrnehmung von Solidarität, die hier oft als ein zartes Pflänzlein mitmenschlicher Hilfsbereitschaft erscheint, das durch überbordende sozialpolitische Umverteilungen oder »undankbares« Verhalten der Leistungsempfänger nicht ausgetrocknet werden dürfe.

Blickt man auf die Theoriegeschichte dieses Begriffs, drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass wir über eine gründliche Ent-Emotionalisierung der Solidarität nachdenken sollten. Schließlich hat sie in der europäischen Moderne gerade nicht als »heißer« Tugend- und Moralbegriff, sondern als »kalte« Kategorie der Sozialwissenschaften reüssiert. Und nur, wenn man das Verständnis von Solidarität als *fait social* der hocharbeitsteiligen Gegenwartsgesellschaften ernst nimmt, kann man verhindern, dass die Solidarität einzig auf dem Feld der Tugend- und Moralkonzepte auftreten darf und hier mit den älteren Begriffen des Mitleids, der Nächstenliebe und der Barmherzigkeit konkurrieren muss. Dies dürfte am Ende nur auf eine weitere Entwertung dieser heute ohnehin schon als hoffnungslos verstaubt geltenden Kategorien hinauslaufen und

61 Zit. nach: Texte zur katholischen Soziallehre, Köln 2007, S. 619–687.



dazu führen, dass wir zwar allenthalben von Solidarität, aber nicht mehr öffentlich und philosophisch reflektiert von Mitleid und Barmherzigkeit reden. Wenn man aber den soziologischen Begriff der Solidarität und die daran anknüpfenden politischen Theorien des französischen Solidarismus wiederentdecken würde, könnte man die Solidarität erneut ›soziologisieren‹ und auf dieser Grundlage neu ›politisieren‹, etwa im Blick auf die Frage nach den normativen Grundlagen eines modernen republikanischen Wohlfahrtsstaats, der bis heute kaum über eine solide und allgemein anerkannte Legitimationstheorie verfügt. Es ist jedenfalls an der Zeit, der solidaristischen Vernunft, die die aufklärungsphilosophischen Freiheits- und Gleichheitsambitionen des 18. Jahrhunderts mit den solidaritätssoziologischen Einsichten der Sozialwissenschaften des 19. Jahrhunderts in Einklang zu bringen versuchte, wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen.



MARC DROBOT

## Vagheit als Funktion

Begriffsgeschichtliche Anmerkungen zu Genese und Gegenwart des Solidaritätsbegriffs

Die Kritik an der extensiven Verwendung der Solidaritätssemantik ist nicht neu. Im Jahr 1893 schreibt Charles Gide – solidaristischer Ökonom und zentrale Figur der französischen Genossenschaftsbewegung:

»[W]elch guten Klang das Wort Freiheit [einst][...] hatte und wieviel Tugenden man ihm zuschrieb. Dieses Wort genügte für alles, rechtfertigte alles und war bei allen Reden das ›Schlußwort‹, nach dem nichts übrig bleibt, als sich zu setzen. [...] Je mehr wir uns dem Ende dieses Jahrhunderts nähern, umsomehr wird ein anderes Wort hörbar, das nun die Luft mit immer größeren und häufigeren Schwingungen anfüllt und schließlich *ohrenbetäubend* wird, nämlich das Wort Solidarität.«<sup>1</sup>

Etwa 100 Jahre darauf konstatiert der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann in einer Polemik: »[D]as Wort ist bis zur Unkenntlichkeit abgegriffen« und leide seit Langem unter »Bedeutungsschwindsucht. [...] Die *Solidaritätsdröhnung*, der wir alle heute ausgesetzt sind, ist so stark, daß ich nur raten kann: Seid auf der Hut, wenn dieses Wort fällt.«<sup>2</sup>

Der Befund und die Befürchtung, dass der Begriff »Solidarität« durch seine extensive Verwendung als politisches Buzzword zu einer Leerformel verkommt, ist auch gegenwärtig wieder häufig zu vernehmen.<sup>3</sup> Bisweilen heißt es, der Begriff sei so unpräzise und vage geworden, dass eine präzise Verwendung unmöglich sei. Entsprechend konsequent stellt Kurt Bayertz dem Band »Solidarität – Begriff und Problem« folgende Beobachtung voran:

»Je unklarer seine [des Solidaritätsbegriffs, M. D.] Voraussetzungen und Implikationen sind, desto unbeschwerter scheint er benutzt zu werden. Der Appell an die Solidarität konnte auf diese Weise – ebenso übrigens wie die Klage über ihr Verschwinden – zu einem rituellen Sprachspiel werden, bei dem kaum jemand abseits stehen möchte.«<sup>4</sup>

Eben jenes von Bayertz erwähnte Abseitsstehen wird im Folgenden als konstitutiver Bestandteil für eine Beobachtung zweiter Ordnung fungieren, die die Funktion der Ambivalenzsemantik »Solidarität« in den Blick nimmt. Gerade dadurch, dass der Begriff hier ausschließlich als Untersuchungsgegenstand angesprochen wird, können Interferenzprobleme vermieden werden, die in vielen wissenschaftlichen Texten über

1 Charles Gide, *Der Kooperatismus*, Halberstadt 1929, S. 49 (Hervorhebung M. D.).

2 Ulrich von Alemann, *Solidarier aller Parteien – verschont uns! Eine Polemik*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 47, 1996, S. 756–761, hier: S. 757f. (Hervorhebung M. D.).

3 Etwa bei Ursula Dallinger, *Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats*, Wiesbaden 2009, S. 21.

4 Kurt Bayertz, *Begriff und Problem der Solidarität*, in: *ders. (Hrsg.), Solidarität*, Frankfurt am Main 1998, S. 11–53, hier: S. 9.

Solidarität zu beobachten sind und die dann entstehen, wenn der Gegenstand [der Solidaritätsbegriff] zugleich als analytischer, deskriptiver und/oder normativer Begriff in die Untersuchungen selbst wieder eingeführt wird. Das von Bayertz angesprochene ritualisierte Spiel von Defizitanalyse und Therapievorschlagn wird somit unterbrochen, indem die Vagheit<sup>5</sup> des Begriffs »Solidarität« nicht als Defizit, sondern als empirischer Befund und klassifizierendes Kennzeichen desselben betrachtet wird. Den historischen Rahmen der Herausbildung des vagen Solidaritätsbegriffs bilden dabei die veränderten Bezugsprobleme des komplexen europäischen Modernisierungsprozesses während des langen 19. Jahrhunderts. Für den untersuchten Transformationsprozess wird nun davon ausgegangen, dass die Vagheit des Begriffs »Solidarität« selbst eine spezifische Funktionalität darstellt, welche den Erfolg der Solidaritätssemantik innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Kommunikation seit dem frühen 19. Jahrhundert mitbegründet. Der Begriff »Solidarität« wird hier als ein »kommunikatives Konstrukt«<sup>6</sup> untersucht, mit dem einerseits auf die spezifischen Problem- und Bedürfnislagen einer modernen, sich funktional differenzierenden Gesellschaft reagiert wird und das andererseits diesem Differenzierungsprozess auch selbst unterworfen ist.

Um die Spezifik des Solidaritätsbegriffs in unserer Gegenwart zu verstehen, ist es daher angebracht, immer auch nach dessen kommunikativer Funktion und nicht ausschließlich nach dessen Bedeutung(en) zu fragen. Insofern wird die Struktur der Vagheit zum Gegenstand der Analyse. Durch einen solchen Zugang wird sichtbar, dass der Solidaritätsbegriff im Verlauf seiner etwa 200-jährigen Geschichte einem komplexen Funktionswandel unterlag, der in einer Schwerpunktverschiebung der ihn konstituierenden paradoxalen Charakteristik beobachtbar ist. Diese Charakteristik bestand darin, ontologische und politisch-ethische Kategorie zugleich zu sein. Die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts beobachtbare Schwerpunktverschiebung besteht dabei in der zunehmenden Anwendung der Solidaritätssemantik als mittlerweile nahezu ausschließlich politisch-ethische Begrifflichkeit.<sup>7</sup> Diese Veränderung hängt auch zusammen mit dem Befund, dass der Begriff »Solidarität« seinen Status als »Übergangsssemantik«<sup>8</sup> im Verlauf des 19. Jahrhunderts verloren hat und zu einer etablierten konventionell-politischen Vokabel wurde, deren produktives Potenzial für gesellschaftswissenschaftliche Kontexte nahezu ausgeschöpft scheint. Besonders anschaulich und kontrastreich lässt sich dies anhand der frühen Begriffsgeschichte zeigen, da die auch heute

5 »Wir sprechen von der Vagheit [...], wenn es für bestimmte Anwendungsbereiche und -situationen keine eindeutigen Konventionen dafür gibt, ob der Ausdruck zur Bezeichnung eines bestimmten Gegenstands, Sachverhaltes oder Prozesses benutzt werden kann oder ob seine Verwendung ausgeschlossen ist, oder wenn bestimmte potentiell relevante Aspekte der Aussage, die durch den Ausdruck formuliert wird, offen bleiben.« Wolfgang Wahlster, *Die Repräsentation von vagem Wissen in natürlichsprachlichen Systemen der künstlichen Intelligenz*, Hamburg 1977, S. 18.

6 Vgl. Andreas Göbel/Eckart Pankoke, *Grenzen der Solidarität: Solidaritätsformeln und Solidaritätsformen im Wandel*, in: Bayertz, *Solidarität*, S. 463–494, hier: S. 491.

7 Als Kritik formuliert findet sich diese Beobachtung in diesem Band auch in dem Aufsatz von Hermann-Josef Große Kracht wieder.

8 »[E]ine Übergangsssemantik ist eine transitorische Semantik, die auf den Umstand reagiert, dass man schon nicht mehr in der alten Welt ist, also die alten Ordnungsbegriffe nicht mehr brauchen kann, aber noch nicht weiß, in welcher Gesellschaft man jetzt lebt.« Niklas Luhmann, *Einführung in die Theorie der Gesellschaft*, Heidelberg 2005, S. 310.

noch beobachtbaren semantischen Ambivalenzen und Paradoxien sich hier bereits herausgebildet haben. Deutlich wird daran auch, dass es unplausibel ist, anzunehmen, der moderne politisch-soziale Solidaritätsbegriff sei einmal von allgemein verbindlicher Bedeutung gewesen. Die im Moment des Auftauchens des Begriffs fast zeitgleich einsetzenden Deutungskämpfe um ihn legen vielmehr nahe, dass das Gegenteil der Fall war.<sup>9</sup> Eine konzise Verwendung lässt sich historisch lediglich für das Fachwort »Solidarité« als Terminus technicus der französischen Rechtssprache belegen – allerdings auch nur insofern, als es als Fachsemantik exklusiv innerhalb des Rechtssystems verwendet wurde.<sup>10</sup>

In Opposition zu den häufig definitionsorientierten soziologischen und historischen Analysen des Begriffs »Solidarität« soll hier nun dessen Geschichte als äquivalente Übergangssemantik ins Zentrum gesetzt werden, indem konsequent der Prämisse Friedrich Nietzsches gefolgt wird, dass sich »alle Begriffe, in denen sich ein ganzer Prozeß semiotisch zusammenfaßt, [...] der Definition [entziehen, da] definierbar [...] nur das [ist], was keine Geschichte hat.«<sup>11</sup> Ein Ziel dessen ist es auch, den Solidaritätsbegriff sauber als Gegenstand für historisch-sozialwissenschaftliche Forschung operationalisieren zu können. Der hier vorgeschlagene funktionalistisch-begriffsgeschichtliche Zugang verhindert sowohl die Solidaritätssemantik einseitig ideologiekritisch zu betrachten, als auch sie als ausschließliche Wertsemantik zu untersuchen, die lediglich ältere Wertsemantiken modernisiert habe. Um im Anschluss die dargelegten Befunde zu systematisieren, wird »Solidarität« in Orientierung am Projekt der »Geschichtlichen Grundbegriffe« als ein solcher charakterisiert.<sup>12</sup> Um den Funktionswandel der Semantik hinsichtlich ihrer »Produktivität« thematisieren zu können, dem diese ausgehend vom frühen 19. Jahrhundert unterlag, wird zudem auf die luhmannsche Kategorie der »Kontingenzformel« zurückgegriffen. Der Aufsatz schließt mit einigen Anmerkungen zum gegenwärtigen Status und zur divergierenden Relevanz des Begriffs im politischen und wissenschaftlichen Feld.

## I. Die Entdeckung der »Solidarität«

»Solidarité« ist ein französischer Neologismus, dessen Spuren sich bis in das frühe 17. Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Die Geburtsstunde des modernen politisch-sozialen Solidaritätsbegriffs wird in den Begriffsgeschichten aber zumeist erst um das

9 Vgl. Jack Ernest Shalom Hayward, *The Idea of Solidarity in French Social and Political Thought in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries*, London 1958.

10 Bereits Joseph de Maistre (1753–1821) überschreitet vorsichtig diese Linie: »Glauben Sie wohl [sich] eine Vorstellung zu machen von der unter den Menschen bestehenden Solidarität (Sie wollen mir diesen juristischen Ausdruck zu Gute halten).« Joseph Marie de Maistre, *Die Werke des Grafen Joseph von Maistre*, Bd. 5, *Abendstunden zu St. Petersburg oder Gespräche über das Walten der göttlichen Vorsicht in zeitlichen Dingen. Zweiter Theil*, Frankfurt am Main 1825, S. 213.

11 Friedrich Nietzsche, *Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift*, Stuttgart 2011 (zuerst 1887), S. 133.

12 Mit »Geschichtlicher Grundbegriff« ist im Folgenden jeweils das Konzept des »historischen Lexikons zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland« gemeint. Vgl. Reinhart Koselleck, *Einleitung*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1: A–D, Stuttgart 2004, S. XIII–XXVII.

Revolutionsjahr 1848 herum verortet. Vielfältig, kontrovers und antagonistisch verwendet wurde er allerdings schon zu Beginn des langen 19. Jahrhunderts. Hier taucht er in verschiedenen Wissensbereichen im Kontext der Beschreibung von Interdependenzphänomenen auf und differenziert sich bis zum Ersten Weltkrieg parallel zur Ausdifferenzierung der wissenschaftlichen, politischen, rechtlichen und weiterer Diskurse aus.<sup>13</sup> Um sein rhizomhaftes Hervortreten deutlich zu machen, wird dies im Folgenden exemplarisch für die Bereiche Recht, Politik, Theologie und Ökonomie skizziert. Rückgriffe auf die neue Interdependenzsemantik »Solidarität« finden sich parallel aber auch in vielen Bereichen der Naturwissenschaften, beispielsweise in der sich herausbildenden Mikrobiologie und der Medizin. So spricht der französische Anatom Jean Cruveilhier ab 1834 systematisch von einer »Solidarité« zwischen verschiedenen Muskeln, Organen und Nerven.<sup>14</sup> Und schon 1824 wird in der von Félix Vicq-d'Azyr herausgegebenen »Encyclopédie méthodique – Médecine« die »Solidarité« von organischen Geweben thematisiert.<sup>15</sup>

## Recht

Der französische Begriff »Solidarité« fand zuerst als Synonym für »Solidité« in der Rechtssprache Frankreichs Verwendung.<sup>16</sup> Im Artikel »Solidité« der *Encyclopédie* von 1765 ist zu lesen: »In einigen Provinzen sagen wir Solidarität, ein Ausdruck, der fairer und weniger mehrdeutig erscheint als der Begriff Solidität.«<sup>17</sup> Dieser bezog sich auf das antike römische Recht. Die Formel »Obligatio in solidum« (Haftung beziehungsweise Verpflichtung für das Ganze) verwies hier auf eine Form der Haftung, in der im Falle einer Schuld, die mehrere Schuldner betraf, jeder der Schuldner wechselseitig für die Gesamtschuld haftbar war. Im *Encyclopédie*-Artikel »Solidarité« von 1765 heißt es entsprechend: »Solidarität ist die Qualität einer Verpflichtung, in der sich mehrere Schuldner verpflichten, einen Betrag zu zahlen, den sie aufnehmen oder schulden; so dass die Gesamtschuld gegen jeden von ihnen fällig wird [...].« (Übersetzung M. D.) Diese Rechtsform wird im *Code civil*, der von Napoleon Bonaparte am 21. März 1804 ausgerufen wurde, mit dem Begriff »Solidarité« gefasst, dort taucht der Begriff prominent im Kapitel »Des obligations solidaires« auf. »Solidarité« meint auch hier die Ver-

13 Einen Überblick über die 200-jährige Begriffsgeschichte bietet Hermann-Josef Große Kracht in diesem Band.

14 »[I]l existe une sorte de solidarité entre ces deux muscles«. Jean Cruveilhier, *Anatomie descriptive*, Bd. 2, Paris 1834, S. 245; und auch eine »solidarité de ces deux organes«, ebd., S. 651.

15 Vgl. Félix Vicq-d'Azyr (Hrsg.), *Encyclopédie méthodique, ou par ordre de matières: Médecine*, Bd. 11, Paris 1824, S. 405.

16 Die früheste Verwendung von »Solidarité«, die ich nachweisen konnte, entstammt einer Sammlung von Gerichtsurteilen, vgl. Gérard de Maynard, *Abregé du recueil des arrêts notables de la cour de Parlement de Tolose*, Tolose 1666, S. 45.

17 Im 1788 erschienenen »Dictionnaire critique de la langue française« wird dieser Befund mit Präferenz auf »Solidarité« erneuert: »[E]s wäre wünschenswert, dass der Gebrauch der Solidarität bevorzugt [wird], um Unklarheiten zu vermeiden; denn die Solidität eines Schuldners und seine Solidarität sind zwei sehr unterschiedliche Dinge.« Jean-François Féraud, *Dictionnaire critique de la langue française*, Bd. 3: O–Z, Marseille 1788, S. 583 (Übersetzung M. D.).

pflichtung eines Einzelnen gegenüber einer Gruppe, allerdings ist zu betonen, dass es »Solidarität« im Code civil nur unter Gläubigern oder unter Schuldner geben kann, nicht aber zwischen diesen. Im betrachteten Rechtskontext wird »Solidarität« dementsprechend nicht als Begriff für wechselseitige Abhängigkeiten verschiedener Funktionen voneinander betrachtet, sondern lediglich als wechselseitige Verpflichtung innerhalb einer Gruppe aus Statusgleichen – als Pflichtzusammenhang, der sich aus einem vertraglich festgesetzten Rechtsstatus, in diesem Fall der gemeinsamen Verschuldung beziehungsweise der gemeinsamen Gläubigerinteressen ergibt. Entsprechend wird »Solidarität« als spezifische Qualität eines Vertrags verstanden. Der externe Bezug der rechtlich Statusgleichen auf ungleiche Dritte stellt intern die Qualität »Solidarität« erst her. Sie geht dem Recht daher nicht voraus.

Ziel des Code civil war es, eine Rechtsvereinheitlichung im französischen Kaiserreich zu schaffen und die lokalen Gewohnheitsrechte zu brechen.<sup>18</sup> Bayertz weist darauf hin, dass die im Code civil »modernisierte« Rechtsform zwar immer noch genau jenem schuldrechtlichen Kontext zuzurechnen ist, der auch im antiken römischen Recht bestand, dass dort aber der Anwendungskontext zumeist auf familiäre Gemeinschaften bezogen war.<sup>19</sup> Der schuldrechtliche Kontext ist dennoch hervorzuheben, da gerade das Schuldennarrativ Anschlüsse ermöglicht, die in der Folge von Erbschuldtheoremen bis hin zur dann säkularisierten sozialen Schuld (*dette sociale*) durchgereicht werden und in verschiedenen Kontexten der Solidaritätsbegriffsverwendung bis heute auftauchen. Im Code civil wird »Solidarität« aber lediglich im Kontext einer konkreten Rechtsform als Spezialsemantik verwendet, die, wie Thomas Fiegler darlegt, verschiedentlich als kollektivistischer Fremdkörper im individualistischen Zivilrecht des Code civil wahrgenommen wurde.<sup>20</sup>

Mit der Ausdifferenzierung der Solidaritätssemantik im Verlauf des 19. Jahrhunderts transformiert sich dann auch deren Bezug auf die Rechtssprache. So versucht beispielsweise der positivistische Rechtswissenschaftler Léon Duguit gegen Ende des Jahrhunderts, »Solidarität« als basales Faktum des Sozialen nun selbst zum Ursprung und zur Quelle eines *neuen* (objektiven) Rechts zu machen.<sup>21</sup> Dessen Begriffsverwendung verweist dabei aber weniger auf die rechtlich präzierte Verwendungsweise im Code civil als auf ein Bedeutungskontinuum von Solidarität, das sich zuerst im ökonomischen Denken des 17. Jahrhunderts herausbildete. War es im Code civil möglich, dass das Recht »Solidarität« konstituierte, so ist es bei Duguit die basale Tatsache der Solidarität, die das Recht konstituieren soll.<sup>22</sup>

18 Bereits 1807 wird mit der Übertragung des Code civil von Franz Georg Joseph von Lassaulx ins Deutsche auch »Solidarité« mit »Solidarität« eingedeutscht.

19 Vgl. Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, S. 11.

20 Vgl. Thomas Fiegler, Von der Solidarité zur Solidarität. Ein französisch-deutscher Begriffstransfer, Münster/Hamburg etc. 2003, S. 31.

21 Léon Duguit war zu seiner Zeit einer der führenden französischen Rechtswissenschaftler. Er wandte sich kritisch gegen die voluntaristisch-individualistische Rechtstradition des Code civil und stand insofern der historischen Rechtsschule Savignys nahe.

22 Vgl. Dieter Grimm, Solidarität als Rechtsprinzip. Die Rechts- und Staatslehre Léon Duguits in ihrer Zeit, Frankfurt am Main 1973.

## Ökonomie

Neben dem Recht bildete sich seit dem 17. Jahrhundert im ökonomischen Denken die zweite relativ eigenständige Herkunftslinie des Solidaritätsbegriffs heraus.<sup>23</sup> In den Begriffsgeschichten wird hier häufig eine Nachrangigkeit der Begriffsverwendung zum rechtlichen Kontext unterstellt, wenngleich auch darauf hingewiesen wird, dass der Freihändler Jean-Baptiste Say »merkwürdigerweise [...] der erste [ist], welcher zwischen allen Menschen eine Art von ›Solidarität‹ konstatiert«.<sup>24</sup> Diese Merkwürdigkeit verliert ihren Charakter, wenn berücksichtigt wird, wie evident die Interdependenzsemantik »Solidarité« auf die zeitgenössischen Problemlagen des ökonomischen Denkens gewirkt haben muss. Die gegen Ende des 17. Jahrhunderts einsetzende und im Verlauf des 18. Jahrhunderts zunehmende Kritik an der bestehenden Feudalordnung (insbesondere der Steuerlast für die unteren Stände) und dem damit unmittelbar verbundenen augenscheinlich dysfunktionalen Merkantilismus, lässt die Politische Ökonomie entstehen. Neben dem ökonomischen Liberalismus, der darauf abstellt, in die »natürliche Ordnung« der Ökonomie nicht einzugreifen – zugleich aber bestrebt ist, die Gesetzmäßigkeiten eben jener Ordnung zu entschlüsseln –, taucht der Gedanke der wechselseitigen Abhängigkeit auf, der direkt mit dem Individualismus der Aufklärungszeit kollidiert, welcher »eher dazu angetan [war], die Erkenntnis jener gegenseitigen Abhängigkeit hintanzuhalten«.<sup>25</sup> Durch die Krisenerfahrungen des 18. Jahrhunderts entstehen in Frankreich erweiterte ökonomische Reflexionstheorien, die zunächst versuchen, jene wechselseitigen Bedingungskonstellationen der nationalen Ökonomien in zyklische Kreislauftheorien zu integrieren. Begleitet wird dies durch eine Renaissance des Studiums des römischen Rechts und der Auseinandersetzung mit der Kosmologie der Stoiker, die beispielsweise für die Physiokraten um François Quesnay den intellektuellen Bezugspunkt bildeten.<sup>26</sup>

Raymond de Waha extrahiert dabei drei Verwendungskontexte des Begriffs »Solidarité«. Diese drei Elemente, die mit ihm artikuliert werden, sind: Abhängigkeit, Interesse und Verantwortlichkeit, wobei de Waha diese Attribuierungen jeweils verschiedenen Autoren innerhalb der sich herausbildenden Nationalökonomie zuordnet – Adam Smith (wechselseitige Abhängigkeit), Jean-Baptiste Say (Interessensolidarität) und Frédéric Bastiat (Verantwortlichkeit).

Der begriffsgeschichtlich bisher nicht untersuchte Ausgangspunkt eines zentral mit »Abhängigkeit«, »Interesse« und »Verantwortlichkeit« verknüpften Solidaritätsbegriffs findet sich aber bereits um 1700 bei dem Ökonomen Pierre Le Pesant de Boisguilbert, den Witold von Skarzyński als Stichwortgeber für ein ganzes Ensemble neu-

23 Der Handel (*le commerce*) stellte bis ins 19. Jahrhundert hinein das geteilte Bezugsproblem von sowohl zivil- und steuerrechtlichen als auch konkreteren ökonomischen Fragestellungen dar.

24 Sigmund Feilbogen, Die Solidaritätsphilosophie in Frankreich, in: Max Adler (Hrsg.), Festschrift für Wilhelm Jerusalem. Zu seinem 60. Geburtstag von Freunden, Verehrern und Schülern, Wien 1915, S. 61–80, hier: S. 65. Say hat »Solidarité« auch tatsächlich in einem bereits 1817 veröffentlichten Text verwendet. »Il y a parmi les hommes une sorte de solidarité[.]« Jean Baptiste Say, *Petit volume contenant quelques aperçus des hommes et de la société*, Paris 1817, S. 145.

25 Raymond de Waha, Die Nationalökonomie in Frankreich, Stuttgart 1910, S. 428.

26 Vgl. ebd.



er politisch-ökonomischer Problemstellungen identifiziert.<sup>27</sup> Boisguilbert habe »das grosse Gesetz des innigen Zusammenhanges, der gegenseitigen Rückwirkung der verschiedensten Interessen in der Gesellschaft, richtig erkannt«.<sup>28</sup> Konkret hat Boisguilbert aber nicht nur »laisse faire«<sup>29</sup> zum Prinzip adäquaten Regierungshandelns ausgerufen, sondern auch erstmals eine »réciproquement solidaire«<sup>30</sup> zwischen den Ständen beschrieben, aus der heraus ein »intérêt solidaire«<sup>31</sup> beziehungsweise eine »solidité d'intérêt«<sup>32</sup> sowohl innerhalb der sich arbeitsteilig ausdifferenzierenden Stände als auch zwischen den Ständen erwächst.<sup>33</sup> Boisguilbert verwendet den Solidaritätsbegriff dabei nicht in einem juristischen Sinn. Bei ihm bestehen »Solidaritäten« aufgrund wechselseitiger Abhängigkeiten und daraus erwachsender funktional verknüpfter, geteilter Interessen.

Das allgemeine, wechselseitige ökonomische Verknüpftsein verschiedener ökonomischer Akteure wird in der Folge zum zentralen Hintergrundtheorem für Interventionisten wie für Nicht-Interventionisten. Freihandelstheoreme werden damit ebenso unterlegt – etwa bei Jean-Baptiste Say – wie Forderungen nach staatlicher Intervention in das Marktgeschehen – wie beispielsweise bei Jean-Charles-Léonard Simonde de Sismondi. Beide Autoren nutzen dazu auch den Solidaritätsbegriff. Besonders interessant ist die Verwendungsweise aber bei dem Freihändler Frédéric Bastiat. Dieser greift in seinem unvollendeten Hauptwerk »Harmonies économiques« (1850) intensiv auf den Begriff zurück. Bastiat versucht dort, den programmatischen Solidaritätsbegriff der frühen Arbeiterbewegung als »künstlich« zu dekonstruieren, indem er das (harmonische) freie Spiel der Interessen vom nicht zu hintergehenden Vorhandensein einer »natürlichen Solidarität« ableitet.<sup>34</sup> In diesem Kontext deutet er am Ende seines Lebens ein ontologisches Solidaritätsverständnis an, das unmittelbar mit dem Gesell-

27 »[H]ier an der Schwelle der Wissenschaft selbst, finden sich gewissermaassen [sic] die Keime zu allen später aufgetauchten und entwickelten Lehren, die Elemente zu den später aufgestellten systematischen Weltanschauungen, eine Art Propädeutik zur Philosophie der Nationalökonomie[...].« Witold von Skarżyński, Pierre de Boisguillebert und seine Beziehungen zur neueren Volkswirtschaftslehre, Berlin 1873, S. 62f.

28 Ebd., S. 65f.

29 Pierre Le Pesant de Boisguilbert, Factum de la France, in: ders., Le Détail de la France, sous le regne present, Bd. 2, o. O. 1707, S. 30.

30 Vgl. Pierre Le Pesant de Boisguilbert, Traité de la nature, culture, commerce et intérêt des grains, in: ders., Le Détail de la France, sous le regne present, Bd. 1, 1707, S. 267.

31 Boisguilbert, Factum de la France, S. 28.

32 Pierre Le Pesant de Boisguilbert, Mémoire sur l'assiette de la taille et de la capitation, in: Institut national d'études démographiques (Hrsg.), Pierre de Boisguilbert ou la naissance de l'économie politique, Bd. 2, Paris 1966, S. 663–740, hier: S. 665.

33 Um zu verdeutlichen, dass der Kontext, in dem Boisguilbert die Begriffe »solidité« und »solidaire« verwendet, die Verwendungsweisen des Begriffs »Solidarité« als ökonomisch-soziale Interdependenzsemantik im Frankreich des 19. Jahrhunderts vorbereitet und möglicherweise sogar stärker moduliert hat, als bisher angenommen, sei hier auf den Umstand verwiesen, dass in der weithin rezipierten Ausgabe von Boisguilberts Texten von 1844 der Herausgeber und Ökonom Eugène Daire nicht nur erklärende Zwischenüberschriften zur »Solidarité« eingefügt hat, sondern im Originaltext stillschweigend »solidité d'intérêt« durch »solidarité de intérêt« ersetzt hat.

34 Hermann-Josef Große Kracht, Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften, Bielefeld 2017, S. 40f.

schaftsbegriff der entstehenden Soziologie übereinstimmt. »The whole of society is simply a network of various interconnected manifestations of solidarity.«<sup>35</sup>

## Politik

Ein dritter Bereich, in dem der Solidaritätsbegriff über den rechtlichen Kontext des Code civil hinausging und bereits im frühen 19. Jahrhundert Evidenzen bereitzustellen vermochte, waren die politischen Beziehungen der europäischen Großmächte. Die auf dem Wiener Kongress 1814/15 konzipierte Neuordnung der Staatenwelt Europas bildet hierfür einen Ausgangspunkt, von dem aus auch in der politischen Semantik eine Ablösung der Brüderlichkeitssemantik von der Solidaritätssemantik beobachtet werden kann. Hieß es noch im Allianzvertrag von 1815: »Entsprechend den Worten der heiligen Schrift [...] werden die drei kontrahierenden Monarchen vereint bleiben durch die Bande einer wahren und unauflöslichen Brüderlichkeit«, so spricht Klemens Wenzel Lothar von Metternich in einem Schreiben von 1835 bereits von einer »parfaite solidarité de principes et d'action entre les Monarques qui occupent les trônes d'Autriche, de Russie et de Prusse«.<sup>36</sup> Wolfgang Schieder legt dar, wie in den Debatten zur Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress der Brüderlichkeitsbegriff von seinen bis dahin exklusiven historisch revolutionären Bezügen entkleidet wurde, sodass er »nunmehr frei konvertibel [war] in jede Art von politischer, sozialer oder religiöser Gesinnung«.<sup>37</sup> Schieders Interpretation folgend, wurde dabei »der demokratische Expansionsbegriff der bürgerlichen Revolution [...] zu einem monarchisch-konservativen Solidaritätsbegriff umgeformt und zur Bekämpfung eben dieser Revolution verwendet«.<sup>38</sup> Dass Schieder hier den Solidaritätsbegriff als Beschreibung einer transformierten Brüderlichkeitssemantik verwendet, obwohl der Begriff in diesem Kontext noch nicht als Quellenbegriff verwendet wird, nimmt zwar die Geschichte vorweg<sup>39</sup>, ist aber durchaus plausibel, denn spätestens auf dem Nachfolgekongress in Aachen 1818 wird in einer Denkschrift der russischen Delegation eine semantische Verschiebung vom »Geiste von Brüderlichkeit« zur »solidarité entre les Monarques« eingeleitet – Metternich selbst benutzt den Begriff nachweislich ab 1822, um die Ergebnisse des Kongresses in Verona darzulegen.<sup>40</sup> Diese Verschiebung kennzeichnet eine Transformation des politischen Prinzips internationaler Zusammenarbeit zeitgenössischer Staats- und Regierungschefs und korrespondiert mit der Entstehung einer sich innerhalb der (feudalen) Oberschichten funktional differenzierenden modernen Diploma-

35 Frédéric Bastiat, *Economic Harmonies*, New York 1964, S. 514f.

36 Horst Günther Linke (Hrsg.), *Quellen zu den deutsch-russischen Beziehungen, 1801–1917*, Darmstadt 2001, S. 91.

37 Wolfgang Schieder, Brüderlichkeit, Bruderschaft, Verbrüderung, Bruderliebe, in: *Brunner/Conze/Koselleck, Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, S. 552–581, hier: S. 572.

38 Ebd., S. 571 (Hervorhebung M. D.).

39 Diese Neuausrichtung der Brüderlichkeitssemantik als antirevolutionäre Interessenkoalition der Monarchen geht auf einen Eingriff Metternichs in einen vom christlichen Romantiker Zar Alexander I verfassten Entwurf zurück. Metternich kürzte die Brüderlichkeit der Völker heraus und ersetzte sie durch eine der Monarchen.

40 Vgl. Klemens Wenzel Lothar von Metternich, *Nachgelassene Schriften*, Bd. 3, Wien 1881, S. 595.

tie, deren Neukonzeption auf dem Wiener Kongress aktiv begonnen wurde und die nunmehr von professionalisierten Staatsmännern betrieben wird.<sup>41</sup> In der Kommunikation des Personenkreises, aus dem ab 1814/15 »Diplomaten« rekrutiert werden, wird in der Folge immer häufiger auf den Begriff »Solidarität« zurückgegriffen.<sup>42</sup> Mit diesem neuen Begriff ließ es sich zudem weitaus deutlicher von der immer noch gefährlichen und »expansiven Kraft«<sup>43</sup> egalitärer Brüderlichkeit abgrenzen, als mit einem vage umcodierten Brüderlichkeitsbegriff. Diese semantische Neuerung geschieht im Nachgang der Französischen Revolution und unter den »Erfahrungen« der europäischen Monopolisierungsversuche Europas durch Napoleon Bonaparte. Dass der Solidaritätsbegriff nicht bei ihm, sondern bei seinen Gegnern als politischer Strukturbegriff funktional werden sollte, ist indes kein Zufall. In der machtpolitischen Ordnungsvorstellung der Pentarchie bleibt ein wechselseitig als interdependent verstandenes Mächtegleichgewicht konstitutiv, während für den Zentralisten Napoleon die einseitige Dependenz der verschiedenen Machträume vom Zentrum im Vordergrund stand. In einer späten Denkschrift fasst Metternich dies folgendermaßen zusammen:

»Was die moderne Welt charakterisiert, was sie wesentlich von der alten unterscheidet, das ist die Tendenz der Staaten, einander sich zu nähern und in irgend einer Weise in einen Gesellschaftsverband zu treten. [...] Die moderne Geschichte [...] zeigt uns die Anwendung des Princip der Solidarität und des Gleichgewichtes zwischen den Staaten und bietet uns das Schauspiel der vereinten Anstrengungen mehrerer Staaten gegen die jeweilige Uebermacht eines Einzelnen, um die Ausbreitung seines Einflusses zu hemmen und ihn zur Rückkehr in das gemeine Recht zu zwingen.«<sup>44</sup>

Die Solidaritätssemantik löst im Feld der diplomatischen Beziehungen die Brüderlichkeitssemantik ab und funktionalisiert damit auch die internationalen Beziehungen selbst, indem sie auch diese dem Strukturprinzip einer nicht exklusiven Interdependenz unterstellt, welches es zwingend notwendig macht, spezifische Selektionen konkreter »Solidaritäten« herauszustellen, beispielsweise jene der »konservativen Interessen«. Weil alles mit allem zusammenhänge, seien die »Souveräne« nun gezwungen, dezisionistisch zum »Wohle des Volkes« bestimmte Zusammenhänge über andere zu stellen. »Solidarität« funktioniert hier einerseits als Strukturbegriff, andererseits als auf diesen Strukturbegriff bezogener Gesinnungsbegriff. Die Funktion der neuen Semantik »Solidarité« wird dabei einerseits als integrative Beschwörungsformel identifiziert<sup>45</sup> – und andererseits als säkularisierte Bezeichnung für ein gemeinsames Inte-

41 Vgl. Heinz Duchhardt, Der Wiener Kongress und seine »diplomatische Revolution«, in: APuZ, 2015, H. 22–24, S. 27–32.

42 Hierzu finden sich in der diplomatischen Kommunikation zahllose Belege. Etwa bei Metternich, Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord, Robert Stewart (Viscount Castlereagh), François-René de Chateaubriand und anderen.

43 Schieder, Brüderlichkeit, Bruderschaft, Verbrüderung, Bruderliebe, S. 571.

44 Metternich, Nachgelassene Schriften, Bd. 1, S. 34.

45 Etwa von Robert Stewart (Viscount Castlereagh), der »Solidarité« als Teil neuer »sacramental words« beschreibt, welche durch das russische Kanzleramt »as often as possible« benutzt werden. Robert Stewart Castlereagh (Viscount), *Memoirs and Correspondence of Viscount Castlereagh*, London 1853, S. 75.

ressenkalkül im Modus zunehmender Kontingenzerfahrung. »Solidarität« kann dabei als Ordnungs- und Interessenbegriff angerufen werden, der semantisch das Problem von »Sonderinteressen« einzelner Staaten mit dem der »Generalinteressen« aller Staaten verknüpft.<sup>46</sup> Er stellt zudem ein metaphysisch-empathisches Zeichen bereit, über welches die streitenden ungleichen Brüder stabilisiert werden – deren interne Differenzen sie ohne einen »Ausdruck der moralischen Einheit«<sup>47</sup> eher auseinanderfallen lassen als zusammenführen würden. Eine Ambivalenz, die Metternich nutzen kann, um sich einerseits auf die Prinzipien der »heiligen Allianz« zu berufen und gleichzeitig im Namen einer »Alliance Solidaire«<sup>48</sup> die Interessen der Souveräne als konstituierenden Faktum sakral abzusichern.

Die Verknüpfung von »Solidarität« mit »Interesse« findet in Deutschland dann im Ausdruck »Solidarität der konservativen Interessen« ihren Widerhall. Dieser taucht vermutlich während beziehungsweise kurz nach dem Revolutionsgeschehen von 1848 in Zeitschriften und Parlamentsdebatten im Kontext der Beschwörung von Erinnerungen an die metternichsche Ära auf.<sup>49</sup> Zugleich bilden sich über die Kritik an eben jener »Solidarität der konservativen Interessen« andere sprachliche Fassungen interessengeleiteter »Solidaritäten« heraus, beispielsweise die »Solidarität der Völker« oder die »Solidarität der demokratischen Interessen«. Die Verwendung von »Solidarität« als Begriff für wechselseitig durch ein geteiltes Interesse moderierte Vereinigungen, die sich in Form von Allianzen, Bünden, Nationen, Parteien oder Klassen ausbilden, bleibt hier dominant. Da sich der Solidaritätsbegriff im deutschen Kontext vor allem über seine Deutungslinien im politischen Feld popularisierte, wurde er hier auch nie systematisch als Interdependenzsemantik rezipiert und verwendet.

## Theologie

Geht man wie Thomas Fiegle unabhängig von den vereinzelt Verwendungen der Solidaritätssemantik während der Französischen Revolution davon aus, dass nicht die Revolutionäre, sondern die nach 1789 folgenden Kräfte der Restauration den Begriff aus seinem rechtlichen Rahmen in das politisch-soziale Sprechen und Schreiben überführt haben, wird vor allem eine zweite Seite des Begriffs deutlich – nämlich seine Herkunftslinie aus dem christlich-religiösen Kontext. In den »Begriffsgeschichten« wird dabei vor allem auf Joseph Comte de Maistre, François-René de Chateaubriand und Pierre-Simon Ballanche verwiesen. Es zeigt sich, dass die restaurativen Kräfte nicht einfach so und gewissermaßen unproblematisch zur alten ständischen Ordnung zurück wollten, sondern dass ihr ausgeprägtes Zeitwendebewusstsein sie veranlasste, dies innovativ mit neuen Ideen und Begriffen zu versuchen. Der etwas später auch für

<sup>46</sup> Vgl. Metternich, *Nachgelassene Schriften*, Bd. 1, S. 33f.

<sup>47</sup> Henry Kissinger, *A World Restored. Metternich, Castlereagh, and the Problems of Peace, 1812–22*, Boston 1973, S. 229.

<sup>48</sup> Zur begrifflichen Neuschöpfung der »Heiligen Allianz« als »Alliance Solidaire« durch Zar Alexander im Rahmen des Kongresses in Aachen vgl. Tim Chapman, *The Congress of Vienna 1814–1815*, London/New York 2006, S. 94 und 100.

<sup>49</sup> Vgl. Rudolf Vierhaus, *Konservativ, Konservatismus*, in: Brunner/Conze/Koselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 3: H–Me, S. 531–565, hier: S. 560.

die Soziologie zentral werdende moderne Gesellschaftsbegriff hat hier ebenfalls seinen Ursprung.<sup>50</sup> Es kann, urteilt Fiegle in seiner detailreichen Untersuchung,

»davon ausgegangen werden, daß sich die Rede von der Solidarität zur Zeit der Französischen Revolution nicht durchgesetzt hat. [...] Der eigentliche Übergang des Begriffs »solidarité« in den Bereich der Ethik und der Moral vollzieht sich nicht während der Revolution selbst, sondern mit dem Versuch, diese zu überwinden.«<sup>51</sup>

Diese Überwindung sollte sich in Form der Wiederherstellung der vorrevolutionären Sozialstruktur vollziehen, welche vor allem eine Unterordnung des Individuums unter die gottgegebene ewig ständische Gesellschaftsordnung forderte. »Diesen Platz einer [...] »natürlichen«, das heißt gottgegebenen Form des sozialen Zusammenhaltes nimmt im gegenrevolutionären Denken nach und nach der Begriff der Solidarität ein.«<sup>52</sup> Aber anders als im politischen Denken steht nicht das Gleichgewicht verschiedener Souveräne in einer politisch und ökonomisch immer stärker vernetzten Welt als Problem hinter der Semantik. Bei den katholischen Restaurationsphilosophen geht es zuvorderst darum, der »rationalistisch-revolutionären Brüderlichkeit« eine andere Form des sozialen Zusammenhalts entgegenzusetzen, in welchem alle Menschen über Gott »solidarisch« miteinander verbunden seien – gleichgültig an welche Stelle in der Gesellschaft sie durch Gott platziert wurden. »Solidarität« erscheint hier als ordnungsstiftendes Prinzip der in Unordnung geratenen sozialen Beziehungen. Noch bedeutender wird der Solidaritätsbegriff dann bei Juan Donoso Cortés, der die Revolutionskritik des Gegenauflärers de Maistre aufgreift und gegen liberale und sozialistische Ideen richtet. Das »Dogma der Solidarität« wird bei diesem ins Zentrum eines kämpferischen Katholizismus gesetzt, indem Hierarchien zwischen verschiedenen Solidaritäten aufgemacht werden – von der natürlichen Familie, dem Staat, der Glaubensgemeinschaft bis hin zur Menschheit. Diese natürlichen Hierarchien seien zur Aufrechterhaltung der Solidarität in ihrer »natürlichen« [richtigen!] Ordnung zu stabilisieren. Cortés entwickelt ausgehend vom »Dogma der Solidarität« und dem Erbsündentheorem zudem eine Art Sozialtheorie, in der die Menschheit als solidarischer Schuldner Gottes konstruiert wird. Diese einflussreiche Argumentation einer generationsübergreifenden Schuld wird ausgehend von Cortés dann von verschiedenen Autoren und Schulen aufgegriffen<sup>53</sup> – so auch von dem Jesuiten Heinrich Pesch, der um die Jahrhundertwende den Solidarismus als Projekt für eine katholische Soziallehre in Deutschland »neu« einführen wird.

50 Vgl. Tilman Reitz, *Das zerstreute Gemeinwesen. Politische Semantik im Zeitalter der Gesellschaft*, Wiesbaden 2016.

51 Fiegle, *Von der Solidarité zur Solidarität*, S. 41.

52 Ebd., S. 43.

53 Vgl. Jürgen Schmelter, *Solidarität. Die Entwicklungsgeschichte eines sozialetischen Schlüsselbegriffs*, München 1991, S. 45ff.

## II. Die funktionale Differenzierung und die Übergangsemantik »Solidarität«

In Frankreich korrespondierte die Konjunktur des um 1800 neu erfundenen Begriffs »Solidarité« direkt mit den multiplen Krisen- und Transformationserfahrungen, die mit den alten naturrechtlich geprägten Semantiken, die zwischen Dependenz und Independenz oszillierten, kaum mehr begrifflich einzuholen waren. Um das gesteigerte Kontingenzbewusstsein in der immer komplexer werdenden Moderne adäquat zu verarbeiten, schienen die individualistischen Semantiken der Aufklärung ebenso wenig geeignet wie der Ideenraum des untergehenden Ancien Régime.<sup>54</sup> Mit dem in der Krise geborenen »Solidarité« konnte dagegen der »epochale[...] Evidenzwandel«<sup>55</sup> repräsentiert werden, der in der immer stärker funktional differenzierten französischen Gesellschaft nun verstärkt Interdependenzverhältnisse zum Fixpunkt und Horizont von heterogenen Selbstbeschreibungsversuchen machte. Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts erfasste und verknüpfte der Begriff »Solidarité« durch seine scheinbar selbstevidente Plausibilität alle Wissens- und Erfahrungsbereiche und wurde in Frankreich zum Katalysator für einen Interdiskurs, der alle politischen, sozialen, wissenschaftlichen und rechtlichen Fragen berührte. Verwendung fand er dabei im gesamten, politisch äußerst heterogenen Spektrum – bevorzugt aber in antiliberalen, den liberalen bürgerlichen Staat beziehungsweise die Republik ablehnenden Diskursen. So war beispielsweise die anhaltende Kritik am Code civil (als Sinn und Schreckbild einer wirtschaftsliberalen Gesellschaftsordnung) und eine aus der Erfahrungswelt des Ancien Régime andauernde positive, oft diffuse Orientierung am Korporatismus als Gesellschaftsmodell sowohl für (früh-)sozialistische als auch restaurative Kräfte ein wichtiger Bezugspunkt.<sup>56</sup> Unabhängig von den Konsequenzen, die die jeweiligen Autorinnen und Autoren aus der »Tatsache der Solidarität«<sup>57</sup> zogen, teilten sie ein gemeinsames Bezugsproblem, nämlich wie die sozialen Beziehungen<sup>58</sup> unter den postrevolutionären Bedingungen einer immer stärker arbeitsteilig organisierten Gesellschaft zu fassen seien. Die parallele »Entdeckung der Gesellschaft« im 19. Jahrhundert verschob zudem den Fokus von Fragen nach der individuellen Freiheit auf Fragen nach Möglichkeiten einer maximalen Freiheit unter der Voraussetzung wechselseitiger Abhängigkeiten. Die Paradoxie des Begriffs »Solidarité«, die darin bestand, Struk-

54 Auch Hayward geht davon aus, dass die »idea of solidarity« auf die Fokussierung des frühen 19. Jahrhunderts zurückzuführen ist »eine neue Fundierung des Politischen und Sozialen zu entwickeln, welche den bis dato vorherrschenden doktrinären Individualismus ebenso wie das Ancien Régime überwinden sollte«. (Übersetzung M. D.) Hayward, *The Idea of Solidarity in French Social and Political Thought*, S. IV.

55 Koselleck, *Einleitung*, S. XIX.

56 Zum Code civil als weltanschaulichem Gegner vgl. Gerhard Schneider, *Der Ursprung des Positivismus in der Gestalt des Historismus*, in: ARSP: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 58, 1972, H. 2, S. 267–287. Zu den Vielfältigkeiten des Korporatismus vgl. Steven L. Kaplan/Philippe Minard, *Der Korporatismus, Ideen und Praktiken: Die Streitpunkte einer Dauerdebatte*, in: Trivium. Deutsch-französische Zeitschrift für Geistes- und Sozialwissenschaften 21, 2016, URL: <<http://journals.openedition.org/trivium/5306>> [2.10.2020].

57 Gide, *Der Kooperatismus*, S. 50.

58 Der Plural »rapports sociaux« [soziale Beziehungen] ist ein Begriff, der erst in Reaktion auf die Revolution von 1789 entsteht. Vgl. Pierre Macherey, *Aux sources des rapports sociaux: Bonald, Saint-Simon, Guizot*, in: Genèses. Sciences sociales et histoire, 1992, Nr. 9, S. 25–43.

tur- und Wertbegriff zugleich sein zu können, stellte eine Möglichkeit bereit, dies im Raster des genuin modernen Problemverhältnisses von Ordnung und Wandel [das heißt »Fortschritt«] zu verarbeiten, denn in Gesellschaft wurde sukzessive ein neues Weltverhältnis zwischen Ordnung und Wandel hypostasiert, welches die *Dauerhaftigkeit des Wandels* zum Normalzustand – und *Ordnung* – als momentan zwar noch gegeben, aber immerzu gefährdet erklärte.

Eine der Folgen war, dass in unterschiedlichen Denkschulen zunehmend, trotz ansonsten antagonistischer Standpunkte, »to the same principle of the interdependence«<sup>59</sup> Bezug genommen wurde. Auf den damit verbundenen integrativen Aspekt, den die Interdependenzsemantik »Solidarität« erzeugen konnte, weist der Altphilologe Alfred Croiset im Vorwort eines 1902 erschienenen Konferenzbands zur Solidarität hin:

»In der Tat, das ist es, was wir jeden Tag sehen: Das Wort Solidarität trifft sich unter der Feder von Katholiken, Protestanten, Juden, Freidenkern, Spiritisten, Positivisten und so weiter. Wir müssen ihm applaudieren. Es ist ein gutes Zeichen für die künftige Annäherung der Geister [...]. Vielleicht liegen das Verdienst und die Ehre der Solidarität darin, diese Annäherung vorzubereiten.«<sup>60</sup>

Diese das intellektuelle Feld neu gruppierende Funktion des Begriffs wird auch von Charles Gide dargelegt. Er argumentiert, dass das unter dem Begriff »Solidarität« subsumierte Apriori wechselseitiger Abhängigkeit bereits ohne den Begriff in verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen zum Thema geworden war – und zwar unabhängig voneinander.

»So war also die Solidarität, obgleich sie noch keinen Namen trug, schon in ihren hauptsächlichsten Ausdrucksformen bekannt: biologisch, soziologisch, moralisch, religiös, juristisch und wirtschaftlich, – aber [...] [e]rst in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat man unter dieser Vielfältigkeit die Einheit eines großen Gesetzes gesucht.«<sup>61</sup>

Was Croiset und Gide hier beschreiben, ist, dass die Verwendung des Begriffs »Solidarität« Solidarität (im Sinne eines Zusammenhangs) erzeugt, also produktive Diskursräume und Möglichkeiten öffnet, indem er einen Schnittpunkt – einen Diskursknoten – bereitstellt, der Kommunikation ermöglicht, wo vorher keine Kommunikation möglich war. Die hauptsächliche Schlussfolgerung Jack Haywards lautet daher folgendermaßen: »[T]he idea of solidarity was utilised during this period as a means of reconciling the conflicting social groups by demonstrating their interdependence.«<sup>62</sup> Mit direktem Bezug auf den Solidaritätsbegriff kommentieren auch Andreas Göbel und Eckart Panke dieses Phänomen. Dabei stellen auch sie die Funktion, Anschlusskommunikation zu ermöglichen, ins Zentrum.

59 Hayward, *The Idea of Solidarity in French Social and Political Thought*, S. IV.

60 Léon Bourgeois/Alfred Croiset (Hrsg.), *Essai d'une philosophie de la solidarité. Conférences et discussions*, Paris 1902 (Übersetzung M. D.).

61 Charles Gide, *Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen*, Jena 1913, S. 668.

62 Hayward, *The Idea of Solidarity in French Social and Political Thought*, Abstract.



»Der [...] Bedarf an Vergewisserung der Identität des Systems wird im Verbund der modernen Gesellschaft durch spezifische Reflexionstheorien, aber auch durch eingängige Kompaktformeln gelöst. [...] [Das System] kommuniziert/beobachtet/beschreibt sich als identisch in dem Sinne und mit dem Effekt, daß die Vielzahl funktionsspezifischer Kommunikationen als dem System zugehörig qualifiziert werden können. Das System konstruiert gleichsam seine eigene Identität als eine semantische Marke, auf die hin weitere Kommunikationen sich orientieren können.«<sup>63</sup>

Die Popularität des Begriffs gegen Ende des 19. Jahrhunderts gründet sich zudem auf veränderte Alltagserfahrungen der Menschen, die mit diesem Begriff gefasst werden konnten. Diese sozioökonomische Revolution beschreibt der Globalhistoriker Jürgen Osterhammel treffend als erste Globalisierung.<sup>64</sup> Gemeint ist damit neben der politischen und ökonomischen Verdichtung und Vernetzung von Beziehungen über das Lokale hinaus auch die materielle Sichtbarkeit von Netzwerken in Form von Drähten, Kabeln, Schienen, Röhren und Kanälen, auf die immer häufiger zur Bewältigung eben jenes Alltags zurückgegriffen werden musste. Die komplexen technologisch-sozialen Vernetzungseffekte, die hier durch Kanalbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahn, Presse, Telegrafie und Postwesen entstanden, sorgten auch für einen *cultural lag*, der ebenfalls nicht ohne Weiteres mit althergebrachten Semantiken bearbeitet werden konnte. Diese *Great Transformation* von Erfahrungsgehalten, die sich zunächst im städtischen Raum so weit verdichteten, dass sie von einem latenten, diffusen Sein zu einem manifesten Dasein übergingen, schildert Kurt Eisner 1908 in einem Brief an eine Freundin. Besonders sticht hier die Ortsabhängigkeit hinsichtlich dessen hervor, ob der Begriff »Solidarität« als etwas, das etwas bedeutet, angesehen wird oder nicht.<sup>65</sup> Interdependenz als quasiobjektiver Tatbestand des sozialen Ein- und Angebundenseins wird im urbanen Raum zusehends als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. »Vielleicht würde er [der Solidaritätsbegriff, M. D.] niemals fruchtbar gewirkt haben, [...] wenn nicht eine Menge überall neu auftauchender Tatsachen in einer Art von Anschauungsunterricht den Solidarismus verbreitet hätten.«<sup>66</sup>

In dieses Wissensraster passte sich das Theorem der »Arbeitsteilung«, welches zunächst vor allem in ökonomischen Theorien verarbeitet wurde, unmittelbar ein. Die steigende Zunahme wechselseitiger Abhängigkeit aufgrund kapitalistischer Akkumulations-, Innovations-, und Akzelerationslogiken wird von nahezu allen Theoretikern der Zeit geteilt. »Neben der großen, aber schon seit langem bekannten Tatsache der Arbeitsteilung machte die Volkswirtschaft ihrerseits auf viele andere Fälle gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den Menschen aufmerksam [...].«<sup>67</sup>

63 Göbel/Pankoke, Grenzen der Solidarität, S. 491.

64 Vgl. Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009.

65 »Wie Du das Dorf preisest vor der Stadt, den Acker vor dem Hochofen, so möchtest Du auch zurück zu den einfachen Begriffen. Du siehst nicht den neuen Reichtum, der in diesen Begriffen sich verbirgt, die für Dich nicht tönen wollen. [...] Und wenn Du fünfzig Kilometer vom Dorf in die Stadt fährst, dann entdeckst Du dieses junge Reich der schöpferischen, tragenden, steigenden Solidarität.« Kurt Eisner, Gesammelte Schriften, Bd. 2, Berlin 1919, S. 54ff.

66 Gide, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, S. 669.

67 Ebd., S. 671.



Die allenthalben auch ins Private durchschlagenden ökonomischen Krisenerscheinungen konnten mit den neuen Begriffen nun auch alltagsweltlich unmittelbar verstanden werden, da die wechselseitigen und vor allem indirekten Abhängigkeiten zugleich erfahren wurden und gewusst werden konnten. Anders ausgedrückt, ein Wissen deckte sich mit Erfahrungen und Erfahrungen ließen sich durch Wissen decken. Dies, wie Gide anmerkt, nicht nur durch das abstrakt-konkrete Krisengeschehen im komplexen Kreuzungsbereich von Preisen, Angeboten, Nachfragen, Produktionen und Konsum, sondern auch in den Wechselwirkungen funktional ausdifferenzierter Handlungen, die Einzelne im Netzwerk der Gesamtheit unternehmen. Es sind eben nicht nur Bakterien, Preise, Nervenimpulse und Elektronen, die unsichtbar, aber dennoch real und effektiv das Leben des Einzelnen berühren, sondern auch das soziale Handeln jedes Einzelnen. Es gehe bereits so weit, schreibt Gide, dass die »Handbewegung des Sekretärs einer Gewerkschaft von Elektrizitätsarbeitern [...] hin [reicht], um Dunkelheit auf eine ganze Stadt herabsinken zu lassen.«<sup>68</sup> In dieses historische Setting fällt auch die Herausbildung der Mikrobiologie und der daran orientierten beziehungsweise legitimierten Hygienebewegung. Wie de Waha anmerkt, war die diskursive Verknüpfung einer »Gefahr durch Bakterien« mit dem allgemeinen Solidaritätsdiskurs Teil des Erfolgs der Solidaritätssemantik in der städtischen Öffentlichkeit. Auch Léon Bourgeois und Charles Gide klärten gern über die Existenz einer »natürlichen Solidarität« mittels des neu entdeckten Zusammenhangs von Bakterien und Krankheiten auf.<sup>69</sup>

Für solch eine transitorische Gesellschaft, in der »Erfahrungsraum und Erwartungshorizont«<sup>70</sup> zusehends auseinanderfallen und man auf Basis eines Gestern nicht mehr problemlos auf ein Morgen schließen kann, bot die Übergangsssemantik »Solidarität« eine Klammer für das individuelle Unsicherheitsmanagement, das den Wunsch nach Gemeinschaft und die Erwartungen an Gesellschaft als sich nicht von vornherein wechselseitig ausschließende Perspektiven verklammerte. Niklas Luhmann bezieht sich auf diesen Sachverhalt, wenn er schreibt, dass »Solidarität« ein »Begriff [sei], der erst im 19. Jahrhundert, erst für das Verschwundene geprägt wird.«<sup>71</sup> Eva Kreisky konkretisiert dies, wenn sie feststellt:

»Solidarität bildet eines der institutionellen wie ideellen Scharniere in historischen Übergängen von traditionellen Vergemeinschaftungen zu modernen Gesellschaften. [...] In seinem Kern verknüpft das Konzept der Solidarität also traditionelle Momente gesellschaftlicher Bindung mit dem Besonderen moderner Gesellschaften [...].«<sup>72</sup>

68 Ebd., S. 672.

69 Vgl. Gide, *Der Kooperatismus*, S. 52.

70 Vgl. Reinhart Koselleck, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 2015 (zuerst 1979), S. 349–375.

71 Niklas Luhmann, *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1988, S. 212.

72 Eva Kreisky, *Brüderlichkeit und Solidarität. Maskuline Fahnenworte einer politischen Ethik der Moderne*, in: Alberto Godenzi (Hrsg.), *Solidarität. Auflösung partikularer Identitäten und Interessen*, Freiburg im Üechtland 1999, S. 29–111, hier: S. 62.

»Solidarität« konnte so Erfahrungswelten des Übergangs semantisch verklammern, da der Begriff zur Kennzeichnung für die dominanten gemeinschaftlichen Lebensformen im Ancien Régime ebenso geeignet schien wie zur Beschreibung einer funktional differenzierten Industriegesellschaft. Möglich wird dies, da wechselseitige Abhängigkeiten sowohl in einfachen als auch in komplexen Gesellschaften anzutreffen sind. Ein begriffsgeschichtlicher Zugriff auf »Solidarität« lenkt hier den Blick auf Anschlussfragen, die durch eine Gleichzeitigkeit der Adressierung eben jener zwei Flügel durch ein und dieselbe Semantik angeregt werden.

Um die dargestellten sozial- und begriffsgeschichtlichen Befunde nun theoretisch und methodologisch zu plausibilisieren, wird »Solidarität« im Folgenden als ein »Geschichtlicher Grundbegriff« gefasst, der darüber hinausgehend Charakteristiken einer »Kontingenzformel« aufweist.

### III. »Solidarität« als Geschichtlicher Grundbegriff und Kontingenzformel

Grundbegriffe sind, sofern sie Gegenstände der historischen Forschung sind, per Definition nicht definierbar. Um die damit verknüpfte genuine Geschichtlichkeit von Begriffen stärker hervorzuheben, wird – nicht ganz unproblematisch – in den »Geschichtlichen Grundbegriffen« idealtypisch zwischen Wort und Begriff unterschieden.

»Ein Begriff kann also klar, muß aber vieldeutig sein. Er bündelt die Vielfalt geschichtlicher Erfahrung und eine Summe von theoretischen und praktischen Sachbezügen in einem Zusammenhang, der als solcher nur durch den Begriff gegeben ist und wirklich erfahrbar wird. [...] Wortbedeutungen können durch Definitionen exakt bestimmt werden, Begriffe können nur interpretiert werden.«<sup>73</sup>

Obwohl die »Geschichtlichen Grundbegriffe« dem Solidaritätsbegriff keinen eigenen Eintrag widmen, kann der Begriff treffend als ein solcher beschrieben werden, denn, wie gezeigt, ist Solidarität einer jener Ausdrücke, »von deren Tragweite und durch deren Anwendung Strukturen und große Ereigniszusammenhänge erschlossen werden können«.<sup>74</sup> Auch die leitende Fragestellung des Projekts – »die Auflösung der alten und die Entstehung der modernen Welt in der Geschichte ihrer begrifflichen Erfassung zu untersuchen« – kann über die Begriffsgeschichte der »Solidarität« bearbeitet werden. Die These ist hier, dass ein sich vollziehender Strukturwandel hin zur »Moderne« ab circa 1750 eine ganze Reihe von neuen Terminologien hervorgebracht hat, die diesen Wandel nicht nur als passive Kommentierungen eines historischen Geschehens kommunikativ begleiten, sondern die in diesem Wandel selbst als aktiv anregende Elemente fungieren – eben als Katalysatoren.<sup>75</sup> Insofern sind diese Semantiken Indikatoren für

<sup>73</sup> Koselleck, Einleitung, S. XXIII.

<sup>74</sup> Ebd., S. XIIIff.

<sup>75</sup> Diese These ist sowohl Grundlage der »Geschichtlichen Grundbegriffe« als auch der Studien Niklas Luhmanns zur historischen Semantik. Vgl. Niklas Luhmann, Gesellschaftliche Struktur und semantische Tradition, in: ders., Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie, Bd. 1, Frankfurt am Main 1993, S. 9–70.

einen, wie es heißt, »langfristigen und tiefgreifenden Erfahrungswandel«. <sup>76</sup> Die »Entdeckung der Solidarität« ist eine Reaktion auf einen solchen Erfahrungswandel, begleitet diesen aber auch produktiv. Zentraler Aspekt ist dabei die wechselseitige Bezogenheit von »Gesellschaftsstruktur und Semantik« <sup>77</sup>, oder wie Reinhart Koselleck es ausdrückt: »Eine »Gesellschaft« und ihre »Begriffe« stehen in einem Spannungsverhältnis«. <sup>78</sup>

Dieser gesamtgesellschaftliche Wandel sei nun vor allem an den in den »Geschichtlichen Grundbegriffen« dargelegten »modernen« Tendenzen von Begriffen zu beobachten, einer Demokratisierung, Ideologisierung, Verzeitlichung und Politisierung unterworfen zu sein. Die dargelegten Befunde zur Geschichte des Solidaritätsbegriffs lassen sich hier gut einordnen. Demokratisierung meint zunächst die Auflösung der alten ständischen Welt. Einher geht damit, dass sich der Anwendungsbereich vieler Begriffe ausdehnt, sowohl was die inhaltlichen Kontexte als auch die Anwendergruppen angeht. So breitet sich das Publikationswesen rasant aus und es entsteht eine lesende Öffentlichkeit, deren Lesegewohnheit sich von der intensiven Wiederholungslektüre eines begrenzten Kanons zur extensiven Novitätensucht wandelt. Auch der Solidaritätsbegriff konnte so »als Schlagwort [...] durch die Risse der gesellschaftlichen Schichtung in andere Kreise über[gehen]«. <sup>79</sup> Speziell für Frankreich ist dabei zu berücksichtigen, dass Französisch sich als Nationalsprache der Republik erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts und parallel zur Etablierung neuer Semantiken wie beispielsweise »Solidarité«, »rapports sociaux« oder »dette sociale« durchgesetzt hat, was einen zusätzlichen positiven Effekt auf die Verbreitung der neuen Semantiken gehabt haben dürfte. Ideologisierung bezieht sich auf den steigenden Abstraktionsgrad vieler Begriffe. Politisch werden diese nun häufiger aufgeladen mit zukunftsgerichteten Erwartungen. Je nach Perspektive der Nutzer werden diese, ökonomisch, theologisch, politisch oder geschichtsphilosophisch in Anschlag gebracht und sind gerade aufgrund ihrer genuinen Allgemeinheit und Mehrdeutigkeit »nach Klassen- und Interessenlage der Sprecher verschieden und gegenläufig verwendbar«. <sup>80</sup> Zudem häufen sich Kollektivsingulare, die dann wiederum durch immer neue Epitheta inhaltlich bestimmt und in ihrer Kontingenz eingeschränkt werden müssen, um konkreteren Sinn zu gewinnen – nicht Freiheiten, sondern die Freiheit, nicht Knappheiten, sondern die Knappheit, nicht Solidaritäten, sondern die Solidarität wird thematisiert. Dieser gesteigerte Abstraktionsgrad »bezeug[t] einen strukturellen Wandel«, in dem auch »neue Horizonte möglicher Erfahrung« <sup>81</sup> sichtbar werden. Verbunden ist damit auch die Tendenz der Verzeitlichung von Begriffen. Dies meint beispielsweise, dass aus systematischen Oberbegriffen geschichtliche Zielbegriffe werden, an die eine spezifische Erwartungshaltung der Einlösung herangetragen wird und die prozessuale Sinngehalte und Erfahrungen bündeln. Die Politisierung von Begriffen bezieht sich auf einen veränderten Zugriff von Politik auf Sprache. Durch die Demokratisierung und Pluralisierung eines politischen Systems, das immer häufiger auf hohe Zustimmungsraten angewiesen ist, wird die

<sup>76</sup> Koselleck, Einleitung, S. XV.

<sup>77</sup> Vgl. Luhmann, Gesellschaftliche Struktur und semantische Tradition.

<sup>78</sup> Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: ders. (Hrsg.), Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart 1979, S. 19–36, hier: S. 20.

<sup>79</sup> Koselleck, Einleitung, S. XVI.

<sup>80</sup> Ebd., S. XVII.

<sup>81</sup> Ebd., S. XVIII.

Bildung von Neologismen und sprachsteuernden Taktiken hervorgerufen, wozu notwendigerweise auch die Produktion von Schlagworten gehört. Koselleck und andere beschreiben die Rückkopplung geschichtsphilosophischer Zukunftsentwürfe und ihrer Begriffe in die politische Planung und deren Sprachsteuerung als genuin modernes Phänomen.<sup>82</sup>

Für den Solidaritätsbegriff kann dies beispielsweise anhand der klassischen Untersuchung Haywards zur Sozialgeschichte des Begriffs im Frankreich des 19. Jahrhunderts präzise nachvollzogen werden. Wie Hayward zeigt, wurde »Solidarité« dort in zunehmendem Maße als eine »abstractive and summational fiction«<sup>83</sup> in vielfältige gesellschaftliche Kommunikationsprozesse eingebunden. Gerade sein hoher Abstraktionsgrad ermöglichte es, dass der Begriff zum »catch word of the day«<sup>84</sup> und zum »skeleton-key to all social problems«<sup>85</sup> werden konnte. »It was precisely this eclectic character that gave the idea of solidarity its ephemeral popularity and potent political influence.«<sup>86</sup>

»Solidarität« war somit ein Begriff, der Gesellschaft als säkularisierte Einheit neu verklammern konnte und der damit gegen die dominante pathologische Deutung von Gesellschaft wirkte, jene als eine wahrzunehmen, die einer permanenten krisenhaften Dissoziation ausgesetzt sei. Ein Begriff, der zudem Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gleichermaßen adressierte und der von den »solidarischen« Erfahrungen der Oberschichten ausgehend sich als »Gemeingut der Nation«<sup>87</sup> demokratisierte.

Um im Anschluss die Historizität der Produktivität der Solidaritätssemantik besser begrifflich fassen zu können und den Funktionswandel des Grundbegriffs »Solidarität« über die Sattelzeit hinaus zu beobachten, wird die Perspektive der »Geschichtlichen Grundbegriffe« nun mit der luhmannschen Kategorie der »Kontingenzformel« erweitert und »Solidarität« als solche bezeichnet.<sup>88</sup> Kontingenzformeln dienen dazu, »die unbestimmte Kontingenz eines besonderen Funktionsbereichs in bestimmbarer Kontingenz zu überführen.«<sup>89</sup> Fasst man mit »Solidarität« die basale Vorstellung neu, dass alles mit allem verbunden sei, weil es wechselseitig voneinander abhängig ist, dann blockiert diese dogmatisch gesetzte Allaussage zugleich das problemlose Voraussetzen von absoluter individueller Freiheit ebenso wie Vorstellungen einer absoluten unidirektionalen Abhängigkeit. Diese alternativen Möglichkeiten, die Welt und insbesondere die soziale Welt zu fassen, sind dann nur noch als abstrakte Grenzbereiche denkbar, die nicht mehr geeignet sind, die *conditio humana* in der Moderne sinnvoll zu fassen.

82 Vgl. ebd.

83 Jack Ernest Shalom Hayward, *Solidarity. The Social History of an Idea in Nineteenth Century France*, in: *International Review of Social History* 4, 1959, S. 261–284, hier: S. 283.

84 Hayward, *The Idea of Solidarity in French Social and Political Thought*, S. IV.

85 Ders., *Solidarity*, S. 262f.

86 Ebd.

87 De Waha, *Die Nationalökonomie in Frankreich*, S. 444, Anm. 1.

88 Die Analysekategorie »Kontingenzformel« ist bisher für begriffsgeschichtliche Forschung kaum fruchtbar gemacht worden, dies liegt vor allem an ihrem ungeklärten theoretischen Status innerhalb der Systemtheorie Luhmanns.

89 Niklas Luhmann, *Funktion der Religion*, Frankfurt am Main 2004, S. 201.

Die Funktion von Kontingenzformeln ist es weiterhin, Dogmatiken plausibel zu machen und zu stabilisieren. In erster Näherung kann man Kontingenzformeln als Universalformeln für »die Gesamtkonstruktion eines Funktionsbereichs«<sup>90</sup> verstehen, die selbst auf keinen zwingenden Grund zurückzuführen sind. Mit explizitem Bezug auf den Solidaritätsbegriff beschreibt Karl H. Metz diesen Sachverhalt:

»Es gibt Begriffe, die aus der politischen Sprache nicht mehr wegzudenken sind. Selbst wenn man sie für einen Irrtum halten sollte, so blieben sie doch als Herausforderung für die eigene Position so fundamental, daß ein Verlust das ganze Selbstverständnis in Frage stellen würde. Solche Begriffe sind die Zentrumsbegriffe der Moderne, ein solcher Begriff ist jener der »Solidarität.«<sup>91</sup>

Neben der gewissermaßen restriktiven Funktion, unbestimmte Kontingenz in bestimm-bare Kontingenz zu überführen, beschreibt Luhmann Kontingenzformeln zugleich als *kurzfristig unverbrauchbare Katalysatoren*<sup>92</sup>, die nicht nur den für Strukturbildung notwendig eingeschränkten Möglichkeitsraum erzeugen, sondern auch »Strukturentwicklungen in Gang bringen«<sup>93</sup> und »Dauerreize für Strukturentwicklungen«<sup>94</sup> geben. Für die Übergangssemantik »Solidarität« im 19. Jahrhundert ist ebendies anhand der begriffsgeschichtlichen Befunde hier beobachtet und dargelegt worden. Für das 19. Jahrhundert stellte der Begriff »Solidarität« eine hochproduktive Übergangssemantik in Form einer Kontingenzformel bereit, die jene veränderten Erfahrungsräume, Wissensbestände und Erwartungsprognosen in Form eines zeitdiagnostischen Schlüsselbegriffs verdichtete und so diesen chaotischen Komplex einer strukturierten gesellschaftlichen Kommunikation überhaupt erst zugänglich machte. »Solidarität« reagierte insofern als »kommunikatives Konstrukt auf die Probleme des politischen [, des wissenschaftlichen] und des wirtschaftlichen Systems«<sup>95</sup> einer semantisch noch längst nicht durchdrungenen modernen Gesellschaft. Mittels der Analyse-kategorie »Kontingenzformel« sind, mit Blick auf die Gegenwart, daher auch die historischen Wandlungen eben jener produktiven Aspekte der Solidaritätssemantik gut zu beschreiben. War »Solidarität« im 19. Jahrhundert gewissermaßen eine unspezifische Kontingenzformel, die als »kommunikatives Konstrukt« einer paradigmatischen Einheitsannahme die Anschlussfähigkeit verschiedener gesellschaftlicher Kommunikationsbereiche ermöglichte, so ist mit der Ausdifferenzierung in verschiedene Funktionssysteme mit je spezifischem semantischen Apparat auch die Kontingenzformel »Solidarität« nur noch innerhalb politischer Kommunikation als Kontingenzformel weiterhin unhinterfragt funktional.

Der *common ground* zwischen Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Theologie und weiteren Bereichen, der durch Begriffe wie »Solidarität« konstruiert wurde, klappt zusehends auseinander. Durch die für die politische Kommunikation essenzielle Pro-

90 Ebd., S. 202.

91 Karl H. Metz, Solidarität und Geschichte. Institution und sozialer Begriff der Solidarität in Westeuropa im 19. Jahrhundert, in: Bayertz, Solidarität, S. 173–194, hier: S. 172.

92 Vgl. Niklas Luhmann, Soziologie der Moral, in: Detlef Horster (Hrsg.), Die Moral der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 56–162, hier: S. 121.

93 Ebd.

94 Ebd.

95 Göbel/Pankoke, Grenzen der Solidarität, S. 491.

duktion von Schlagworten bleibt der Solidaritätsbegriff aber anders als in den anderen Funktionsbereichen hier weiterhin besonders relevant und wurde, wie Georges Mauranges bereits 1909 bemerkt, zum »leit-motiv de toutes les ambitions politiques«.<sup>96</sup> Ein Leitmotiv, dessen stürmisch-lauter Gebrauch nicht etwa dazu diene, die Bedeutung des Wortes zu klären, sondern dessen (notwendige) Funktion als Einheits- und Stoppformel zu invisibilisieren.

#### IV. Gegenwart und Prognose

Im Anschluss an die vorangestellten Befunde möchte ich nun knapp darlegen, weshalb der Begriff »Solidarität« für die Sozial- und Geschichtswissenschaften des 21. Jahrhunderts vor allem als Gegenstand und weniger als analytische Kategorie interessant ist.<sup>97</sup> Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Beobachtung, dass nicht die Vagheit oder Unbestimmtheit der Kontingenzformel »Solidarität« historisch zugenommen hat, sondern dass die Ambivalenzstruktur des Begriffs im 19. Jahrhundert lediglich anders gelagert war als gegenwärtig. Dies drückt sich auch im Wandel der Solidaritätssemantik von einer hochgradig produktiven Übergangsemantik während der *Great Transformation* zu einer Begrifflichkeit aus, die im 20./21. Jahrhundert, als Basissemantik etablierter Mobilisierungs-, Kollektivierungs- und Distributionsstechniken, vorwiegend normativ in Diskurse eingebunden ist – beispielsweise als affirmative Umverteilungssemantik, um in Distributionsdiskursen ökonomische Forderungen nicht als solche ausweisen zu müssen oder als Zentralbegriff diverser Mobilisierungskampagnen.

Das konstituierende Paradox der Solidaritätssemantik im 19. Jahrhundert war, dass es zugleich als universelles Apriori des Sozialen, als ethisches Handlungsprinzip und als Einheitsformel für eine immer offensichtlicher werdende uneinheitliche Gesellschaft fungieren konnte. Abstrakt formuliert war die historisch dynamische Ambivalenzstruktur der Kontingenzformel »Solidarität« im 19. Jahrhundert noch durch ein komplexes Dreiecksverhältnis bedingt. Die Bezüge, Verwendungsweisen und Verknüpfungsangebote von »Solidarität« bewegten sich oftmals uneindeutig zwischen »Solidarität« als einer postsakralen Kompakt-beziehungsweise Einheitsformel, einem kosmologisch/ontologischen Strukturbegriff und einer ethisch-politischen Kategorie hin und her. Bedingt wurde dies durch die paradigmatische Suche des 19. Jahrhunderts

<sup>96</sup> Georges Mauranges, *Sur l'histoire de l'idée de solidarité*, Paris 1909, S. 43.

<sup>97</sup> Wenn Luhmann anregt, dass die Soziologie nicht länger zur Verwendung des Solidaritätsbegriffs ermutigen solle, betrifft dies weniger die Möglichkeit, »Solidarität« im Rahmen von Begriffsheuristiken zu verwenden, um beispielsweise verschiedene Solidaritätsformen zu definieren und vergleichend zu analysieren. Die Kritik am Solidaritätsbegriff als wissenschaftlicher Kategorie richtet sich hier vor allem gegen die Verwendung des Solidaritätsbegriffs als vermeintlich allgemein verbindliche Kategorie, bei der man voraussetzt, dass diese für sich selbst spricht. Vgl. Niklas Luhmann, *Die Differenzierung von Interaktion und Gesellschaft. Probleme der sozialen Solidarität*, in: Robert Kopp (Hrsg.), *Solidarität in der Welt der 80er Jahre. Leistungsgesellschaft und Sozialstaat*, Basel/Frankfurt am Main 1984, S. 79–95, hier: S. 91.



nach einem säkularen Prinzip zur Wiederherstellung der »*unité perdue*«<sup>98</sup> vor dem Hintergrund funktionaler Differenzierung, wodurch ein Bedarf an neuen Semantiken entstand, die jene »Einheit« auch entgegen vielerlei empirischer Befunde symbolisch repräsentieren konnte. Die Kontingenzformel »Solidarität« deckte diesen Bedarf ab und hatte als Kompakt- und Schirmbezeichnung für heterogene Problembereiche die Funktion, Kommunikation zu kreuzen und wechselseitig anschlussfähig zu halten – insofern war sie insbesondere für die Fundierung der Soziologie als eigenständiger Wissenschaft mit eigenem Gegenstand (die Gesellschaft) relevant. Da sich aber ab etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts die »Figur der Einheit der Gesellschaft [...] theoretisch nicht mehr halten läßt [sic]«, wurde mit dem sinkenden Bedarf an Ontologien auch der Solidaritätsbegriff zusehends »gesellschaftstheoretisch obsolet«.<sup>99</sup> Hinzu kam die zum Ende des 19. Jahrhunderts sich stark ausweitende Ausdifferenzierung von wissenschaftlichen Disziplinen und auch deren semantische Spezialisierung.

Die selbstevidente Plausibilität einer wechselseitigen Abhängigkeit, die zuerst in der Oberschichtenkommunikation und in den von den Städten ausgehenden veränderten Erfahrungswelten des frühen 19. Jahrhunderts zu finden war, blieb zwar weiterhin ein Common Sense. Dieses strukturelle Solidaritätsverständnis wird in der öffentlichen Kommunikation im 20./21. Jahrhundert aber nicht mehr über den Begriff »Solidarität« aktualisiert. Der Prozess der funktionalen Differenzierung betraf somit den Solidaritätsbegriff selbst. Er wurde ersetzt durch adäquatere, weniger paradoxe, präzisere Fachbegriffe erhöhter Tiefenschärfe. In den Sozialwissenschaften etwa durch Begriffe wie »Interdependenz«, »Reziprozität« oder »Kooperation«.

Das produktive aber unlösbare Paradox des Begriffs, zwischen einer veränderten Beobachtungsweise des gesellschaftlichen Seins und einem aushandlungsoffenen politischen Sollen eine kommunikative Brücke etabliert zu haben, indem beide Seiten gewissermaßen durch ein und dasselbe Symbol verknüpft wurden, löst sich durch die eben beschriebenen Prozesse einseitig auf.<sup>100</sup> Bei Émile Durkheim beispielsweise findet sich noch jenes ungeklärte, besonders für den französischen Solidarismus aber produktive Verhältnis von »*solidarité de fait*« und »*solidarité devoir*«. Bei Talcott Parsons, für dessen *grand theory* Durkheim ein wichtiger Bezugsautor war, spielt »Solidarität« dann nur noch ausschließlich als »generalisierter Wert« eine Rolle. Durch diese Verschiebung ist der katalytische Effekt, den der paradoxe Übergangsbegriff »Solidarität« auf den Interdiskurs und die Wissensordnung im 19. Jahrhundert hatte, zum Erliegen gekommen.

Auch wenn der Begriff »Solidarität« bereits im 19. Jahrhundert nie eindeutig und immer äquivok war, war es dennoch sinnvoll, ihn zu verwenden. Dies aber gerade nicht, weil er im 19. Jahrhundert weniger vage gewesen wäre, sondern vielmehr, weil er als offenes Angebot noch mehr bedeuten konnte als im 20. und 21. Jahrhundert. Seine angeprangerte »Bedeutungsschwindsucht« ist daher weniger auf seinen exten-

98 Marie-Claude Blais, *La solidarité: Histoire d'une idée*, Paris 2007, hier insbesondere das Kapitel »À la recherche de l'unité perdue« ab S. 74.

99 Göbel/Pankoke, *Grenzen der Solidarität*, S. 490.

100 Auf den Nutzen ungelöster Probleme am Beispiel des Sein/Sollen-Paradoxes des Solidaritätsbegriffs kann hier nicht vertiefend eingegangen werden, hinweisen möchte ich aber auf das diskursanregende Potenzial, die jener Naturalistische Fehlschluss historisch entfalten konnte.

siven Gegenwertsgebrauch und seine gesteigerte Verwendung zurückzuführen, als auf eine einseitige Verknappung des Bedeutungskontinuums einerseits und auf eine veränderte Art, wie Gesellschaft sich selbst beschreibt und beobachtet, andererseits. Erst dadurch, dass sich die paradoxen Antinomien des Begriffs politisch einseitig als *core value* aufgelöst haben und er damit in seiner semantischen Funktionalität für bestimmte, im Kern häufig performative identitätspolitische Anwendungsweisen konkretisiert wurde, konnte er als Nebeneffekt überhaupt eine in der Gegenwart so extensive Verwendung erfahren. Deutlich wird dies beispielsweise an der aktuellen Google-Definition von Solidarität.<sup>101</sup> Hier findet sich kein Wort davon, dass es sich bei »Solidarität« auch um einen Strukturbegriff handelt, der einst ein ganz verändertes Weltverhältnis ausdrücken konnte. In dieser Definition wird »Solidarität« ausschließlich als Semantik für identitätspolitische Wir/Die-Konstruktionen dargestellt, deren Funktion dann eben nicht mehr in der parallelen Sichtbarmachung beziehungsweise Thematisierung globaler Interdependenzen mit ungewissem Ausgang liegt, sondern in deren Dethematisierung zugunsten des konfliktiven Aspekts von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Oft handelt es sich dabei lediglich um ein positiv konnotiertes Synonym für »Korpsgeist«. Solidarisierung meint hier lediglich das Nützlichkeitskalkül, sich bei geteilten Interessen gegen einen starken Gegner zusammenzuschließen – so wie es bereits Metternich in seiner Konzeption eines Mächtegleichgewichts für ein stabiles Europa vorgeschlagen hatte.

Seine Funktion besteht heute auch weniger darin, ein »kommunikatives Konstrukt [zu sein, das] auf die Probleme des politischen und des wirtschaftlichen Systems der modernen Gesellschaft«<sup>102</sup> reagiert, indem es eine universalistische Einheitsimagination anbietet, sondern indem es als politisch-ethische Kategorie das Politische als solches in die Politik der Gesellschaft zurückholt. Entsprechend ist seit etwa 2008, mit der Zunahme multipler Krisen und der Präsenz von konflikthafter gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, der Bedarf am politischen Solidaritätsbegriff und dessen Funktionalität wieder stark gestiegen. »Solidarität« ist als hochfunktionaler Feldbegriff des Politischen für das Feld selbst nach wie vor überaus relevant, ergo bleibt er es auch als Gegenstand für historische und soziologische Forschung. Beispielsweise kann der Solidaritätsbegriff durch diese als seismologischer Krisenindikator für historische Prozesse langer Dauer (*longue durée*) fruchtbar gemacht werden. Durch die funktionale Differenzierung selbst sind die meisten Verwendungsweisen des Begriffs als wissenschaftliche Fachsemantik allerdings unplausibel geworden. Diese Plausibilität wieder herstellen zu wollen, hieße letztlich die Wissensordnung des 19. Jahrhunderts wiederherzustellen.<sup>103</sup> Produktiver scheint es mir zu sein, darauf hinzuweisen, dass ge-

101 Googles deutsches Wörterbuch wird von Oxford Languages zur Verfügung gestellt. Def. Solidarität: 1. unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele »die Solidarität in, unter der Belegschaft wächst«; 2. (besonders in der Arbeiterbewegung) auf das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Eintreten füreinander sich gründende Unterstützung »Spenden für die internationale Solidarität«, URL: <<https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=solidarit%C3%A4t>> [2.10.2020].

102 Göbel/Pankoke, Grenzen der Solidarität, S. 491.

103 In seinem Aufsatz in diesem Band plädiert Hermann-Josef Große Kracht aus einer ähnlichen Befundlage heraus dafür, »Solidarität erneut [zu] »soziologisieren« und auf dieser Grundlage neu zu »politisieren«; dies erkennt allerdings, dass die ursprüngliche Soziologisierung des Begriffes auf



genwärtig der Bedarf an neuen Übergangssemantiken zu steigen scheint und dass nichts dagegenspricht, dass sich die Sozial- und Geschichtswissenschaften an dieser Suche beteiligen, indem sie weiterhin Begriffe erfinden, die sich möglicherweise einst als neue Übergangssemantiken erwiesen haben werden.

---

paradigmatischen gesellschaftstheoretischen Grundannahmen und einer spezifisch zeitgenössischen Metaphorik beruhte, welche heute nicht nur innerhalb der Soziologie als inadäquat angesehen wird.



STEFANIE BÖRNER

## Solidaritätsdynamiken

Praktiken der Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung und ihren Vorläuferorganisationen

Die Partnerschaft, die Solidarität und Sozialpolitik im modernen Wohlfahrtsstaat eingegangen sind, hat die Entwicklung der Industriegesellschaften im 20. Jahrhundert maßgeblich mitgeprägt. Anders als bis ins 19. Jahrhundert hinein wurde die soziale Sicherung der Arbeiterschaft nun über soziale Rechte gewährt; anders als die Jahrhunderte zuvor wurde soziale Solidarität, die nun Solidarität unter Fremden bedeutete, aus dem sozialen Nahbereich entbunden und entwickelte sich zu einer die Gesellschaft mitgestaltenden Kategorie. Mit Solidarität im sozialstaatlichen Kontext sind meist die abstrakten Solidarprinzipien, die wohlfahrtsstaatliches Handeln anleiten, angesprochen. Dieses auf einen sozialen Ausgleich zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen abhebende Leitprinzip muss in konkrete Handlungskategorien und Praktiken übersetzt werden. Der Beitrag beschäftigt sich mit diesen Praktiken der Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und ihren Vorläuferorganisationen, den freiwilligen Arbeiterunterstützungskassen, und fragt nach ihrem Wandel. Insgesamt haben sich im Übergang vom freien Kassenwesen zum nationalen Wohlfahrtsstaat die betrachteten Solidarbeziehungen als äußerst elastisch erwiesen, sodass es zu einer zunehmenden Ausweitung der exklusiven Solidarität der Arbeiterunterstützungskassen des 19. Jahrhunderts kam und zu einer Inklusion mehr und mehr sozialer Gruppen.<sup>1</sup>

Ziel des Beitrags ist es, die jeweils typischen Praktiken der Solidarität und die zugrunde liegenden Solidaritätsdynamiken und Konfliktlinien in der Geschichte des deutschen Krankenkassenwesens zu untersuchen. Dazu wird die Aufbauphase Ende des 19. Jahrhunderts mit den Phasen des Aus- und Umbaus zu Beginn des 20. Jahrhunderts und insbesondere nach 1945 verglichen. Bei den Solidarpraktiken der selbstorganisierten Arbeiterunterstützungskassen des 19. Jahrhunderts handelte es sich um die (quasi-)mechanischen Vorläufer der (national-)staatlich organisierten Solidarität unter Fremden im Rahmen der späteren Sozialversicherungen. Während auf der *Instrumentenebene* die solidarischen Praktiken der Umverteilung im Grunde gleichgeblieben sind, zeigen sich mit zunehmender Organisationsgröße ein steigender Professionalisierungsbedarf und ein damit einhergehender Wandel nicht nur der solidarischen Praktiken, sondern auch des Solidaritätshorizonts. Die kontrastierende Untersuchung dieser Praktiken zeigt, dass sich die zunächst innerhalb der Kassen stattfindenden Verteilungsdebatten Stück für Stück auf die politische Bühne verlagert haben, während sich die Konfliktlinien von Zugehörigkeitsfragen (horizontale Dimension) hin zu Umverteilungsfragen (vertikale Dimension) verschoben haben. Solidarität zum Zwecke der sozialen Sicherung wird so zunehmend zum Gegenstand öffentlichen

1 Jens Alber, Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Struktur und Funktionsweise, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 25f.; Peter Baldwin, The Politics of Social Solidarity. Class Bases of the European Welfare State 1875–1975, Cambridge/New York etc. 1990.

Handelns. Ich möchte hierzu im Folgenden zunächst mein Solidaritätsverständnis entwickeln, bevor ich kurz auf die Geschichte der GKV in Deutschland eingehen werde. Abschnitt III stellt den analytischen Rahmen vor, der in Abschnitt IV vorzunehmenden Analyse der Solidarpraktiken zugrunde liegt.

## I. Dynamische Solidarität: der theoretische Rahmen

Existenz und Bedeutung von Solidarität im Kontext von Sozialpolitik sind nahezu unumstritten. Für zahlreiche Autorinnen und Autoren stellt der Sozialstaat »die moderne Verkörperung von Solidarität«<sup>2</sup> und damit »organisierte Solidarität«<sup>3</sup> dar. In seinem rationalitätstheoretischen Ansatz geht Michael Hechter sogar davon aus, dass die Erbringung von Solidarität in größeren Gruppen nur durch kollektive Zwangsmechanismen erreicht werden kann.<sup>4</sup> Kritiker hingegen hat die Tatsache, dass Solidarität zum Gegenstand politischer Steuerungsbemühungen und Versprechen geworden ist, dazu veranlasst, die Möglichkeit, Solidarität institutionell zu erzwingen, infrage zu stellen. Zwang und Solidarität vertragen sich nicht, so das Argument. Der Zwang schwäche nicht nur die individuelle Freiheit<sup>5</sup>, sondern auch die Selbsthilfepotenziale einer Gesellschaft.

Es gilt also, bei der Lesart des Sozialstaats als institutionalisierter Solidarität romanisierende Lesarten des Sozialen zu vermeiden. Vielmehr dient diese Lesart zur Einordnung der sozialpolitischen Praxis moderner Gesellschaften im Kontrast zu anderen Steuerungsmechanismen wie der ökonomischen oder der machtgesteuerten politischen Steuerungslogik.<sup>6</sup> Zugleich ist es wichtig, sich über den Stellenwert des Konzepts in modernen Sozialstaaten bewusst zu werden. Als rhetorisches Instrument oder politische Forderung gerät Solidarität zur politischen Machtressource und zum Kampfbegriff. Diese Begriffsverwendung steht hier nicht im Zentrum. Der Beitrag fokussiert eine zweite begriffliche Verwendungsebene, auf der Solidarität im sozialpolitischen Geltungsrahmen eines der leitenden Gestaltungsprinzipien darstellt, eine abstrakte Idee, die im jeweiligen Gesetzes- oder Reformwerk konkretisiert werden muss.

Solidarität steht damit immer im Spannungsfeld zwischen ökonomischen und politischen Handlungslogiken. Zur Machtressource wird Solidarität dann, wenn sie als

2 Manfred Prisching, Solidarität. Der vielschichtige Kitt gesellschaftlichen Zusammenlebens, in: Stephan Lessenich (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt am Main/New York 2003, S. 157–190, hier: S. 157. Vgl. auch John Gelissen, Popular Support for Institutionalised Solidarity. A Comparison between European Welfare States, in: International Journal of Social Welfare 9, 2000, S. 285–300; Carsten G. Ullrich, Solidarität im Sozialversicherungsstaat. Die Akzeptanz des Solidarprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung, Frankfurt am Main/New York 2000; Stephan Lessenich, Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld 2008.

3 Ursula Dallinger, Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats, Wiesbaden 2009, S. 214.

4 Michael Hechter, Principles of Group Solidarity, Berkeley 1987.

5 Etwa Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt am Main 1981, S. 531f.

6 Franz-Xaver Kaufmann, Sozialstaat als Kultur, Wiesbaden 2015, S. 337.

rhetorisches Instrument oder politische Strategie den Diskurs betritt. Wirtschaftliche Sichtweisen werden immer dann relevant, wenn Solidarität zum Gegenstand von Verteilungskonflikten und ökonomischen Erwägungen wird. Solidarität ist also eine hochgradig umkämpfte und immerfort politisierte Ressource. Aufgabe einer Soziologie der Solidarität ist es daher, dieses Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Handlungslogiken und deren Verschiebungen zu untersuchen (etwa im Unterschied zur Politischen Theorie und Philosophie, die sich mit der Möglichkeit und den Quellen von Solidarität in modernen Gesellschaften auseinandersetzen).

Soziologisch stellt Solidarität also eine spezifische Form der Handlungskoordination dar, die »eine Nachrangigkeit der Verfolgung von Eigeninteressen mit Bezug auf kollektive Interessen bewirkt.«<sup>7</sup> Die für Sozialpolitik typische Orientierung an kollektiven Interessen (wie Armutslinderung, Pazifizierung, Gemeinwohl) schließt jedoch nicht aus, dass individuelle Motive der Einhaltung solidarischer Pflichten eigennutzenorientiert sind. Analytisch ist es daher sinnvoll, zwischen den individuellen Motiven, die an eine Solidarbeziehung geknüpft sind, und dem kollektiven Nutzen, der aus Solidarbeziehungen erwächst, zu unterscheiden. Gerade im Rahmen der Sozialversicherung hat sich diese janusköpfige Moral von Solidarität bewährt.

Solidaritätsbeziehungen in einer Gesellschaft spannen sich also nicht nur innerhalb des Felds unterschiedlicher Steuerungs- beziehungsweise Handlungslogiken auf, sondern auch im Spannungsfeld individueller und kollektiver Interessen. Solidarisch geprägte soziale Beziehungen sind durch Reziprozität, das heißt durch einen wechselseitig »organisierte[n] Risikoausgleich« gekennzeichnet.<sup>8</sup> In modernen Gesellschaften ist die Erwartung der gegenseitigen Hilfe jedoch nicht an konkrete Solidaritätsgeber geknüpft, sondern in Bezug auf das »anonyme Kollektiv« verallgemeinert.<sup>9</sup> Generalisierte Reziprozität meint also die regelmäßigen gegenseitigen Unterstützungsbeziehungen zwischen einander unbekannten Mitgliedern einer Gesellschaft.<sup>10</sup>

Aus diesem Grund ist Solidarität aus makrosoziologischer Perspektive häufig zu einem notwendigen Bindemittel und »Zement« erklärt worden.<sup>11</sup> Für Émile Durkheim stellte sie ein gesamtgesellschaftliches Ordnungsprinzip dar, das den Zusammenhalt in zunehmend ausdifferenzierten, national (und potenziell auch transnational) verfassten Gesellschaften trotz abnehmendem Kollektivbewusstsein erleichtert. Durkheim zufolge bindet (organische) Solidarität die Einzelnen über die gesellschaftlichen Teilbereiche an die Gesamtgesellschaft.<sup>12</sup> Mit zunehmender Größe und Kom-

7 Ders., Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, Wiesbaden 2009 (zuerst 2002), S. 366.

8 Friedrich Hengsbach, Demokratische Verteilungsgerechtigkeit, in: GMH 50, 1999, S. 34–42, hier: S. 36; vgl. auch Thilo Fehmel, Konflikt und Solidarität als Verhältnis dynamischer Vergesellschaftung, in: Berliner Journal für Soziologie 20, 2020, URL: <<https://doi.org/10.1007/s11609-020-00407-5>> [21.7.2020].

9 Ursula Dallinger, Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats, Wiesbaden 2009, S. 160.

10 Etwa Robert D. Putnam, Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York/London etc. 2000, S. 21.

11 Kurt Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, in: ders. (Hrsg.), Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt am Main 1998, S. 11–53, hier: S. 11.

12 Émile Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt am Main 1992 (zuerst frz. 1893), S. 166.

plexität der sozialen Ordnung ist die Frage, worauf dieser wechselseitige Zusammenhang genau beruht oder wie geteilte Normen entstehen, jedoch immer schwerer zu beantworten. Mit wachsender gesellschaftlicher Heterogenität, das heißt, »wenn das Kollektivbewusstsein seine Basis in der Gleichheit verliert«, ist das Individuum verstärkt gefordert, die Unterschiede durch »nachgeschobene Bewußtseinsleistungen« zu kompensieren und sich zu anderen ins Verhältnis zu setzen.<sup>13</sup> Durkheims makroanalytisches Verständnis von Solidarität rückt damit in die Nähe von Begrifflichkeiten wie sozialer Zusammenhalt oder Kohäsion.

Darüber hinaus steht Durkheim, der in seiner Theorie der sozialen Arbeitsteilung sozialen Wandel beziehungsweise den Übergang von segmentär organisierten zu funktional differenzierten Gesellschaften als Solidaritätswandel beschrieben hat, für ein dynamisches Verständnis von Solidarität Pate. Es stellt die Voraussetzung für die potenzielle Möglichkeit einer Solidarität unter Fremden dar. Ähnlich wie Durkheim das empirisch am Beispiel des spezifischen Rechtstypus und der Arbeitsteiligkeit darlegte, lässt sich das auch für den Wandel sozialpolitischer Institutionen zeigen. Fiel die Aufgabe der sozialen Sicherung traditionell in den gemeinschaftlichen Bereich und war kleinräumig organisiert (familiar, nachbarschaftlich, berufsständisch), wurde sie am Ende des 19. Jahrhunderts zusehends zur Staatsaufgabe umdefiniert, die Solidarität nationalstaatlich einhegte und Individuen über die sozialpolitischen Institutionen an die Gesellschaft band. Dieser Nationalisierungsprozess und die Herausbildung des nationalen Wohlfahrtsstaats stellten die erste große Welle der Ausweitung von Solidarpraktiken über den sozialen Nahraum hinaus dar. Im historischen Verlauf hat sich Solidarität damit als äußerst elastisch erwiesen, sodass es wenig sinnvoll scheint, ihr einen festen Ort oder Radius zuzuweisen.<sup>14</sup>

Vor dem Hintergrund europäischer und globaler Vernetzungs- und Austauschprozesse hat auch Hauke Brunkhorst ein solches dynamisches Solidaritätsverständnis entwickelt: Er spricht vom Übergang der Solidarität unter Freunden zu einer Solidarität unter Fremden. Für Brunkhorst impliziert Solidarität unter Fremden einen Freiheitsgewinn, der durch die stärkere Bindung an und Abhängigkeit von der Gesellschaft entsteht, sodass »das gemeinschaftliche Interesse an gegenseitiger Hilfe in Notfällen [...] faktisch institutionalisiert und im funktional differenzierten Sozialsystem als verallgemeinerte Solidarität unter Fremden wirksam [wird]«. <sup>15</sup> Beide Theoretiker betonen damit, dass sich die Qualität der sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Solidargemeinschaft im Übergang wandelt. Während traditionelle Formen der Solidarität »auf dichten, in funktionaler Hinsicht diffusen sozialen Beziehungen« beruhen, sind moderne Formen »in hohem Maße kontextabhängig«, da sie sich in institutionellen oder organisatorischen Zusammenhängen vollziehen und in einem bestimmten Geltungsrahmen entfalten.<sup>16</sup>

13 Ebd., S. 26.

14 Stefanie Börner, Strittige Solidarität. Zur Elastizität von Solidaritätskonstruktionen in den deutschen und britischen Arbeiterunterstützungskassen des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Sozialreform 64, 2018, S. 23–49.

15 Hauke Brunkhorst, Solidarität unter Fremden, Frankfurt am Main 1997, S. 80.

16 Kaufmann, Sozialstaat als Kultur, S. 340.

Solidarität in der GKV und ihren Vorgängerorganisationen lässt sich entsprechend als Übergang einer Solidarität unter Gleichen zu einer Solidarität unter Fremden beschreiben. Damit stellt die staatlich organisierte Solidarität der GKV eine spezifisch moderne Form abstrakter Solidarität dar, weil sie auf einer imaginierten, institutionell abgesicherten und rechtlich konstruierten Solidargemeinschaft beruht. Um dies zu verdeutlichen, gehe ich im Folgenden kurz auf die Geschichte der GKV ein, bevor dann ein analytischer Rahmen entwickelt wird, mithilfe dessen die jeweiligen Solidarpraktiken eingeordnet werden können.

## II. Eine kurze Geschichte der Gesetzlichen Krankenversicherung

Die Entwicklung der GKV ist häufig als Geschichte des Erfolgs und der Ausweitung des Solidaritätsgedankens beschrieben worden. Während ich dieser Darstellung nicht vollständig widersprechen möchte, gilt es doch stärker auf die Unterschiede und Konflikte, die in einer linearen Erzählung leicht untergehen, einzugehen.

In den 1880er-Jahren errichtete Reichskanzler Otto von Bismarck das weltweit »erste moderne System sozialer Sicherheit«.<sup>17</sup> Entsprechend ist der Name Bismarck eng mit der Begründung des Sozialversicherungswesens in Deutschland verbunden. Das 1883 verabschiedete »Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter« begründete erstmals einen Rechtsanspruch auf individuelle Versorgung im Krankheitsfall. Die 1884 und 1889 folgenden Gesetze sicherten die Industriearbeiterschaft zudem im Falle der Risiken Unfall, Invalidität und Alter ab. Allerdings hatte Otto von Bismarck mitnichten die Sozialversicherung erfunden. Vielmehr orientierten sich er und seine Ministerialbeamten an der langjährigen Tradition der versicherungsförmig organisierten gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Selbsthilfe sowie der selbstständig organisierten Hilfskassen der Arbeiterschaft. Das freiwillige Unterstützungswesen hatte sich Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts als neue Form der kollektiven Selbsthilfe europaweit ausgebreitet und gewann seit Mitte des 19. Jahrhunderts als wichtiger Vorläufer staatlicher Krankenversicherungen an Bedeutung.<sup>18</sup> Bei den Selbsthilfekassen handelte es sich um selbstverwaltete, zumeist berufständisch organisierte Unterstützungskassen auf lokaler Ebene mit für sich selbst sprechenden Bezeichnungen wie »Totenlade der auf St. Pauli und vor dem Dammthore wohnenden Tischler«. Anfang der 1870er-Jahre existierten auf dem Territorium des Deutschen Reichs rund 8.000 solcher Kassen mit insgesamt 1,1 Millionen Mitgliedern.<sup>19</sup> Durchschnittlich gehörten einer Hilfskasse zu dieser Zeit zwischen 130 und 160 Mitglieder an.

Politisch war in Preußen die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts durch den Versuch gekennzeichnet, diese Gruppierungen im Rahmen der Hilfskassengesetzgebung zu

17 Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1991 (zuerst 1989), S. 62.

18 Marcel van der Linden (Hrsg.), *Social Security Mutualism. The Comparative History of Mutual Benefit Societies*, Bern/Berlin etc. 1996.

19 Stefanie Börner, *Belonging, Solidarity and Expansion in Social Policy*, Basingstoke/New York 2013, S. 72.

kontrollieren. Nachdem 1845 die rechtliche Anerkennung der Körperschaften erfolgt war, bemühte sich der Staat in der Gewerbeordnung, kommunale Autoritäten für die Errichtung von Krankenkassen verantwortlich zu machen. Diese machten von ihrem Recht, Handwerker und Fabrikarbeiter zum Beitritt zu solchen Ortskassen zu verpflichten, jedoch nur sehr zögerlich Gebrauch.<sup>20</sup> Die örtlichen Zwangskassen standen in unmittelbarer Konkurrenz zu den freiwilligen Hilfskassen, waren aber trotz ihres entscheidenden Wettbewerbsvorteils des Arbeitgeberbeitrags weniger beliebt, weil hier die Selbstbestimmung geringer war. Mit dem Inkrafttreten einer einheitlichen Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes 1869 durften die Arbeitenden ihre Kasse selbst wählen. Der rechtliche Status der freiwilligen Unterstützungskassen wurde erst mit dem Hilfskassengesetz aus dem Jahr 1876 geregelt. Um staatlich anerkannt zu werden, mussten sich die Kassen als eingeschriebene Hilfskassen registrieren. Das Gesetz führte zudem einen Korridor für die Dauer und Höhe des Krankengelds ein und sah eine vergleichsweise strenge Supervision der Kassen durch die Verwaltungsbehörden vor.<sup>21</sup>

Mit der Verabschiedung des Krankenversicherungsgesetzes 1883, mittlerweile waren circa 2 Millionen Arbeitende versichert<sup>22</sup>, wurden die Kassen schließlich vollständig der staatlichen Aufsicht unterstellt und Solidarität dadurch mehr und mehr nationalisiert. Wie der Name des Gesetzes sagt, war aber zunächst nur die Arbeiterschaft Adressatin der gesetzlichen Sicherung. Erst später traten andere Berufsgruppen wie Landwirte hinzu. Angestellte konnten sich freiwillig versichern. Neben der medizinischen Versorgung berechnete das Gesetz die Versicherten im Krankheitsfall zum Bezug von Lohnersatzleistungen in Höhe der Hälfte des Lohns für eine Dauer von bis zu 13 Wochen. Finanziert wurden die Leistungen zu zwei Dritteln aus Versichertenbeiträgen und zu einem Drittel durch Beiträge der Arbeitgeber; lediglich die Hilfskassen finanzierten sich vollständig aus den Beiträgen ihrer Versicherten. Das Krankengeld der (eingeschriebenen) freien Hilfskassen lag jedoch in den meisten Fällen über dem gesetzlich vorgeschriebenen Satz. Indem das Krankenversicherungsgesetz von 1892 die höhere Lohnersatzpraxis der freien Hilfskassen für gesetzeswidrig erklärte, leitete es schließlich das Ende der Hilfskassen ein. Die Reichsversicherungsordnung von 1911 erweiterte den Kreis der Pflichtversicherten um weitere 7 Millionen Personen, darunter die Landwirte.<sup>23</sup>

Dass im Deutschen Reich der Sozialstaat in Form eines Sozialversicherungsstaats die Bühne betritt, ist kein Zufall. Die Einführung der Sozialversicherungen lässt sich im Wesentlichen auf drei Umstände zurückführen: die politische und die wirtschaftliche Situation Ende des 19. Jahrhunderts sowie eine gesellschaftspolitisch-kollektivistische Lesart der industriellen Risiken. Für die politischen Eliten stellte die Über-

20 Eckart Reidegeld, *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 1: Von den Ursprüngen bis zum Untergang des Kaiserreiches 1918, Wiesbaden 2006, S. 143.

21 Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen, in: *Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914*, 1. Abteilung: Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft, Bd. 5: Gewerbliche Unterstützungskassen, Wiesbaden/Stuttgart 1999, S. 477–487.

22 Detlef Zöllner, *Landesbericht Deutschland*, in: Peter A. Köhler/Hans F. Zacher (Hrsg.), *Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz*, Berlin 1981, S. 45–180, hier: S. 96.

23 Ebd., S. 107.



nahme staatlicher Verantwortung für die soziale Absicherung von Teilen der Bevölkerung ein Projekt der »inneren Reichsgründung« dar<sup>24</sup>, denn für das autoritäre Regime unter Bismarck bot die Sozialgesetzgebung eine willkommene Gelegenheit, sich in Anbetracht der mangelnden Geschlossenheit der Nation die Loyalität der Arbeiterschaft zu sichern und damit die politische Ordnung zu stabilisieren.<sup>25</sup> Hierbei stellte die Versicherungsform eine vergleichsweise kostengünstige Variante der Verstaatlichung dar, da die Abzusichernden den Großteil der Kosten selbst tragen mussten. Das erklärt auch, warum »Sozialversicherung stets als Arbeiterversicherung entstand«, da es sich bei ihnen keineswegs um die Ärmsten handelte und ihre regelmäßigen Löhne die Beitragszahlung überhaupt erst zuließen.<sup>26</sup> Im Jahrzehnt der Reichsgründung haben sich aber auch die »Denkvoraussetzungen« für sozialpolitische Interventionen verändert.<sup>27</sup> Dazu gehört die Definition von abzusichernden Lebenslagen und biographischen Phasen genauso wie die Einigkeit darüber, dass bestimmte Risiken versicherbar und kollektiv erzeugt, aber »individuell auftretend« seien.<sup>28</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1952 die Selbstverwaltung der Krankenkassen wiederhergestellt. Bis heute ist es so, dass die finanziell und organisatorisch selbstständigen Krankenkassen als Träger der gesetzlichen Krankenversicherung fungieren und unter staatlicher Aufsicht stehen. Die Jahre bis 1965 lassen sich als eine Art Orientierungsphase bezeichnen. Während dieser Zeit wurde unter anderem die Stärkung der Selbstverantwortung der Versicherten durch Kostenbeteiligung diskutiert. Sie endete mit dem »völligen Scheitern aller gesetzgeberischen Neuordnungsversuche«.<sup>29</sup> Erst danach begann die eigentliche Konsolidierungsphase, die durch die Integration weiterer Gruppen von Beschäftigten, aber auch von Rentnern und Rentnerinnen und Familienmitgliedern und eine Ausweitung des Leistungskatalogs geprägt war. Hier setzt sich auch die weitestgehend akzeptierte und im Fünften Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) verankerte Selbstbeschreibung der GKV als Solidargemeinschaft durch. Mitte der 1970er-Jahre kam es seitens der politischen Akteure zu einer Reinterpretation der »notwendigen Leistungsexpansion« hin zur »unerwünschten Kostenexplosion«, die mit dem nachhaltigen Fokus auf Kostendämpfungspolitik einen folgenschweren gesundheitspolitischen Paradigmenwechsel herbeiführte.<sup>30</sup> Die Reformversuche ziel-

24 Marc von Miquel, Von Bismarcks »Wechselbalg« zu Adenauers Rentenreform. Einführung in die Geschichte der Sozialversicherung, in: Laurenz Mülheims/Karin Hummel/Susanne Peters-Lange u. a. (Hrsg.), Handbuch Sozialversicherungswissenschaft, Wiesbaden 2015, S. 27–40, hier: S. 29.

25 Ritter, Der Sozialstaat, S. 65.

26 Peter A. Köhler, Entstehung von Sozialversicherung. Ein Zwischenbericht, in: Hans F. Zacher (Hrsg.), Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherung. Colloquium der Projektgruppe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 1979, S. 19–88, hier: S. 37.

27 Georg Vobruba, Strukturwandel der Sozialpolitik. Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und soziale Grundsicherung, Frankfurt am Main 1990, S. 19.

28 Ebd., S. 20.

29 Albert Holler, Die Entwicklung der sozialen Krankenversicherung in den Jahren 1945 bis 1975, in: Reinhart Bartholomäi/Wolfgang Bodenbender/Hardo Henkel (Hrsg.), Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bonn 1977, S. 303–314, hier: S. 309.

30 Aurelio Vincenti/Gerhard Igl, Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall, in: Martin H. Geyer (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6: 1974–1982.

ten darauf ab, die Strukturprobleme der GKV zu lösen und bestanden in einer Mischung aus Leistungskürzungen beziehungsweise Beitragserhöhungen und organisatorischen Neuordnungen. Solidaritätssemantiken traten hier neben ökonomische Handlungsmaximen wie Wettbewerb, Kostendämpfung und Effizienz.

Neben dem Versicherungsinstrument selbst stellt die bis heute anhaltende organisatorische Fragmentierung in unterschiedliche Kassenformen und zahlreiche Einzelkassen ein historisches Erbe aus der Entstehungsphase der Arbeiterversicherung dar. Unterschieden wird zwischen »Allgemeinen Ortskrankenkassen« (AOK), die für abgegrenzte Regionen, die sich über mehrere Bundesländer erstrecken können, bestehen, »Betriebskrankenkassen« (BKK), die von Arbeitgebern mit mindestens 1.000 versicherungspflichtig Beschäftigten gegründet werden und auch für betriebsfremde Versicherte geöffnet werden können, und »Innungskrankenkassen« (IKK), die von Handwerksinnungen mit mindestens 1.000 versicherungspflichtig Beschäftigten gegründet werden können. Sogenannte Ersatzkassen stellten ursprünglich eine Ausweichmöglichkeit für Versicherte, die der Fremdbestimmung durch örtliche Magistrate und betriebliche Vorgesetzte ausweichen und unter sich bleiben wollten, dar, also insbesondere für Mitglieder bestehender Hilfskassen und für Angestellte. Heute ist eine Beschränkung des aufnahmeberechtigten Mitgliederkreises nicht mehr möglich. Daneben existieren die See-Krankenkasse für (ehemalige) Seeleute, landwirtschaftliche Krankenkassen für in der Landwirtschaft Beschäftigte sowie die Bundesknappschaft für Arbeitnehmende im Bergbauumfeld.<sup>31</sup> 2019 bewegten sich die Mitgliederzahlen der geschrumpften, aber immer noch diversen Kassenlandschaft zwischen 10,5 Millionen bei der Techniker Krankenkasse und 1.500 Versicherten in der BKK Grillo-Werke AG.<sup>32</sup>

### III. Praktiken der Solidarität im Rahmen der Sozialversicherung – analytischer Rahmen

Mit der überlieferten Selbstverwaltung, der paritätischen Finanzierung und der Fragmentierung des Krankenkassenwesens in unterschiedliche Kassenformen sind zunächst die Kontinuitäten benannt, die den bundesdeutschen Ansatz der Krankenversicherung auszeichnen. Die Praktiken der Solidarität haben sich dennoch stark gewandelt.

Analytisch betrachtet findet der Wandel von Solidarität auf zwei Ebenen statt. Erstens auf der Ebene des öffentlichen Handelns beziehungsweise der staatlichen Politik, auf der es zu einer gesetzlichen Umsetzung des Solidaritätsgedankens in konkrete Solidaritätsnormen und -praktiken kommt. Diese Ebene wird üblicherweise als Umverteilungsintensität gemessen, da es sich hier um Solidarpraktiken auf der Instrumentenebene handelt. Diese Ebene wird hier als *vertikale Praktiken der Solidarität* bezeichnet. Die Praktiken betreffen die Generosität und den Deckungsgrad und damit die inkrementellen Stellschrauben des sozialen Sicherungssystems, die zur stetigen

---

Bundesrepublik Deutschland. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten, Baden-Baden 2008, S. 515–564, hier: S. 521.

31 §4; §§143–170 SGB V.

32 URL: <<https://www.krankenkassen.de/krankenkassen-vergleich/statistik/versicherte/aktuell/>> [15.2.2020].

Leistungsanpassung dienen. Sie manifestieren sich in der Ausweitung beziehungsweise dem Abbau des Leistungskatalogs, -niveaus oder des Kreises der Versicherten.

Im Übergang vom Hilfskassenwesen zur Gesetzlichen Krankenversicherung einerseits und während der Ausbauphase der GKV im Nachkriegsdeutschland kam es hier zu deutlichen Verschiebungen hin zur Einbeziehung nahezu aller Personenkreise. In welchem Verhältnis diese Personenkreise jeweils zueinander stehen, wird hierbei allerdings nicht berücksichtigt. Deshalb schlage ich eine zweite analytische Dimension vor, um die Praktiken der Solidarität vollständig erfassen zu können: die sich in der Trägerstruktur des Kassenwesens niederschlagenden Solidarpraktiken der Versicherten selbst. Hierbei geht es um die zugehörigkeitsbedingte Umverteilungsbereitschaft der versicherten Personenkreise und ihrer politischen Vertretungen beziehungsweise Interessenverbände und damit um *horizontale Praktiken der Solidarität zwischen den versicherten Gruppen* (etwa zwischen Fabrikarbeitern und Handwerkern). Ein Beispiel hierfür sind die exklusiven Solidarpraktiken der Angestellten, wie sie sich beispielsweise in der Errichtung einer Altersversorgung für Angestellte 1911 dokumentieren.<sup>33</sup> Die Angestelltenversicherung, die auf Wunsch der Angestellten im Rahmen einer eigenen Versicherungseinrichtung erfolgte, war zwischen den Rechtskreisen der Arbeiterversicherung und der Beamtenversorgung angesiedelt, was sie deutlich in die Nähe des Versorgungsniveaus der staatlichen Beamten rückte.<sup>34</sup>

Die staatliche Versicherungspolitik und insbesondere verwaltungstechnische Reformen haben auch diese Solidarpraktiken der Gruppen, die sich jeweils reagierend an die Rahmenbedingungen anpassen mussten, stark geprägt. Entsprechend fragt die horizontale Dimension nach den Konflikten um den Umverteilungsrahmen und wer als zur Solidargemeinschaft zugehörig betrachtet wird. Dadurch geraten die Praktiken und Rhetoriken der Solidarität und die gruppeninternen Argumentationsmuster der an den Debatten beteiligten Akteure im Hinblick auf die jeweils erforderlichen Öffnungs- und Umverteilungsprozesse in den Fokus.

Meine These lautet, dass die zunächst innerhalb der Kassen stattfindenden Debatten sich Stück für Stück auf die politische Bühne verlagerten, wobei sich die Konfliktlinien von Fragen der horizontalen Dimension hin zu Fragen der vertikalen Dimension verschoben. In der folgenden Analyse wird sowohl auf primäre Quellen als auch auf Sekundärliteratur zurückgegriffen. Für die Reformgeschichte stellen Gesetzestexte die wesentlichen Quellen dar. Über den sich wandelnden Solidaritätshorizont geben Kassenstatuten, hauseigene Veröffentlichungen und Protokolle von Mitgliederversammlungen der Hilfskassen sowie parlamentarische Debatten Auskunft.

33 Sandrine Kott, Sozialstaat und Gesellschaft. Das deutsche Kaiserreich in Europa, Göttingen/Bristol 2014, S. 62.

34 Jürgen Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung, Stuttgart 1969, S. 517.

## IV. Praktiken der Solidarität im Vergleich

### Exklusive Solidarität

Welche Praktiken der Solidarität kennzeichneten die freiwilligen Unterstützungskassen der Arbeiterschaft im auslaufenden 19. Jahrhundert? Handlungsleitend für die freiwillig versicherten Arbeiter (und im selteneren Fall auch Arbeiterinnen) im Vorfeld der Verabschiedung der Gesetzlichen Sozialversicherungen war nicht etwa ein naturwüchsiges Solidaritätsempfinden unter Berufsgenossinnen und -genossen, sondern das Verlangen nach finanzieller Absicherung und die Erkenntnis, dass dieses Verlangen viele Menschen teilen. Solidarität nimmt hier also nicht die Form einer Orientierung am Kollektiv oder von Loyalität an, sondern lässt sich am ehesten als Reziprozität beschreiben.<sup>35</sup> Ute Frevert analysierte entsprechend: »Indem man die Krankheit des ›Bruders‹ mitfinanzierte, bekräftigte man sogleich sein eigenes Anrecht auf entsprechende Hilfeleistungen.«<sup>36</sup> Auch synonyme sprachliche Verwendungen wie »Ver-eine auf Gegenseitigkeit« oder die französischen *mutuelles* zeugen von diesem Prinzip.

Das Innenleben der freiwilligen Zusammenschlüsse war durch eine soziale Nähe geprägt, die sich zum einen aus der geringen Mitgliederzahl und den regelmäßigen Kontakten, zum anderen aus den berufsständischen beziehungsweise lokalen Gemeinsamkeiten ergab. Bei den vertikalen Praktiken der Solidarität innerhalb der Hilfskassen lassen sich neben konkreten umverteilenden Praktiken, die die redistributiven Elemente des heutigen Sozialversicherungssystems vorwegnahmen, auch Praktiken der Face-to-Face-Solidarität beobachten: Die Satzungen der Kassen zeugen von einer Umverteilungspraxis, die durch einen sehr langen oder sogar unbegrenzten Bezug des Krankengelds und vergleichsweise hohe Beiträge geprägt war. Die Höhe der Beiträge und Leistungen war nicht an das individuelle Lohnniveau gekoppelt, was Frevert als institutionalisierte Solidarität unter den Kassenmitgliedern interpretiert hat, da sich »das wechselseitige Aufeinander-Angewiesensein der Kassenmitglieder bei jedem Krankheitsfall sinnfällig dokumentiert«.<sup>37</sup>

Darüber hinaus bekräftigten vor allem die zahlreichen, die Satzungen großzügig interpretierenden informellen Regelungen und Ausnahmen die Solidarität der Mitglieder untereinander. Zahlreiche Protokollbücher zeugen davon, dass langjährige Mitglieder oder die Kassenältesten auf unbestimmte Zeit von den Beitragszahlungen befreit worden sind, dass entgegen der Satzung auf Sanktionen verzichtet wurde oder Fristen verlängert worden sind.<sup>38</sup> Die geringe Größe und Kleinräumigkeit der Unterstützungskassen ermöglichten also neben den kodifizierten Regeln die Entstehung eines informellen solidarischen Unterstützungssystems, um bedürftige kranke oder

35 Zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen von Solidarität vgl. Kaufmann, Sozialstaat als Kultur, S. 332f.

36 Ute Frevert, Krankheit als politisches Problem 1770–1880. Soziale Unterschichten in Preußen zwischen medizinischer Polizei und staatlicher Sozialversicherung, Göttingen 1984, S. 255.

37 Dies., Arbeiterkrankheit und Arbeiterkrankenkassen im Industrialisierungsprozeß Preußens (1840–1870), in: Werner Conze/Ulrich Engelhardt (Hrsg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1981, S. 293–319, hier: S. 316.

38 Börner, Strittige Solidarität, S. 38f.

langjährige Mitglieder unterstützen zu können, für das manche Kassen eine sogenannte Nebenbüchse führten.

Zusammengehalten wurde dieses Gefüge durch stark emotionalisierende sprachliche und symbolische Praktiken der Brüderlichkeit. Diese reichen von den Bezeichnungen der Kassen und dem Leitspruch, der vielen Statuten vorangestellt war, bis hin zu den alltäglichen Praktiken der Geselligkeit wie Ladenabenden, Jahresfeiern und viele andere mehr, die die Mitglieder als Gemeinschaft einschwören sollten, um ihre Umverteilungsbereitschaft und Regelkonformität zu erhöhen. Die als natürlich empfundenen Gemeinsamkeiten des Berufs oder Wohnorts wurden so erst forciert, denn auch gemeinschaftliche Zusammenhänge bedürfen einer stets zu erneuernden Gleichheitsfiktion sowie Mechanismen der Kontrolle.<sup>39</sup> Dies ist kein Widerspruch, sondern zeugt davon, dass auch in Kontexten, welche durch vermeintliche Face-to-Face-Solidarität gekennzeichnet sind, Zwang, Alternativlosigkeit oder Eigeninteresse handlungsleitend sind beziehungsweise waren. Für Hilfskassen typische Kontrollmechanismen waren bei der Aufnahme in die Kasse vorzulegende gesundheitliche Atteste oder die Institution des Krankenbesuchs, die die anderen Mitglieder und das Kassenvermögen vor Missbrauch schützen sollten.<sup>40</sup> Die Kostenübernahme im Falle selbstverschuldeten, durch moralisches Fehlverhalten (wie Trunksucht oder Schlägereien) verursachter Krankheiten schlossen viele Kassenstatuten ebenfalls aus.

Dadurch dass das Hilfskassenwesen mitnichten nur für die soziale Sicherung ihrer Mitglieder von Bedeutung war, sondern insbesondere auch eine Integrations- und Sozialisationsfunktion erfüllte, lässt es sich theoretisch als wenig differenziertes System einordnen. Entsprechend steht auch die ganze Person im Zentrum. Nur wer sich an die Normen hält, darf erwarten, dass ihm beziehungsweise ihr im Bedarfsfall solidarisch erbrachte Leistungen zuteilwerden. Solidarität wird damit zu einem »soziale[n] Kontrollinstrument«, das über das Gewähren oder den Entzug von Solidarität geregelt wird.<sup>41</sup>

Infolge der Kleinteiligkeit des Hilfskassenwesens und der emotionalisierenden Solidarpraktiken im Inneren bildeten sich Zugehörigkeitsgefühle entlang beruflicher Unterscheidungslinien und durch damit einhergehende Abgrenzungsprozesse gegenüber anderen Handwerken heraus.<sup>42</sup> Hilfskassen waren dadurch nicht nur durch gewerbliche und territoriale Zugehörigkeitsmuster geprägt, sondern auch durch sozialstrukturelle Kategorien wie Fabrikarbeiter und Handwerker, Geselle oder Meister. Die hier untersuchte Bewegung vermittelt daher eher das Bild einer stark fragmentierten Klassensolidarität. Zudem begünstigten die lokale Struktur und die geringen Mitgliederzahlen ein Miteinander, das nicht nur zur Integration nach innen, sondern auch zur Abgrenzung nach außen beitrug. In einem solchen historischen Umfeld aus industrialisierungsbedingten »solidaritätsstiftenden Raumbeziehungen« bildete sich

39 Kaufmann, Sozialstaat als Kultur, S. 334; Helmuth Plessner, Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, Frankfurt am Main 2002.

40 Hechter, Principles of Group Solidarity; Frevert, Krankheit als politisches Problem 1770–1880, S. 317f.

41 Prisching, Solidarität, S. 160.

42 Florian Tennstedt, Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800 bis 1914, Köln 1983, S. 42.

Solidarität jeweils in der Auseinandersetzung mit anderen Differenz markierenden Merkmalen heraus.<sup>43</sup>

Um dem Einfluss von Meistern oder Magistraten zu entkommen, kam es seit den 1860er-Jahren zu zahlreichen Ausgründungen aus bestehenden Zwangskassen in Gesellenkassen oder Gewerksgenossenschaften, die sich später als freie Hilfskassen registrieren ließen. Während Betriebskassen als »Arbeitgeberkassen« galten<sup>44</sup>, haftete den Ortskassen von Beginn an der Ruf staatlicher Zwangskassen an. Diese Hierarchie schlug sich auch in den *horizontalen Praktiken der Solidarität* nieder. So war es auch kein Zufall, dass die in freien Hilfskassen und BKKs versicherten Arbeitenden über höhere Löhne verfügten als die in Ortskrankenkassen Versicherten, was Erstere wiederum in die Lage versetzte, höhere Leistungen gewähren zu können.<sup>45</sup>

»Die Solidarität der Mitglieder, das Füreinander-Einstehen in Notsituationen, galt in einem äußerst exklusiven Raum, der zwischen dem Kreis der Berechtigten und dem der Nichtberechtigten peinlich genau differenzierte. Es war eine Solidarität der Jungen und Gesunden, die ihre Arbeitsfähigkeit gegen eventuelle Risiken versicherten. Ältere Arbeiter, deren Kräfte im Produktionsprozeß schon abgenutzt waren, Gebrechliche oder Behinderte mußten den freien Kassen fernbleiben, für sie standen entweder die örtlichen Zwangskassen oder die Armenpflege ein.«<sup>46</sup>

Aufgrund dieser statusbedingten Grenzen der Umverteilungsbereitschaft kam es regelmäßig vor, dass sich Mitglieder einer freien Kasse dagegen aussprachen, einer Ortskasse mit ungelernten Hilfsarbeitern beizutreten.<sup>47</sup> Weil sie »nicht die Kranken anderer Gewerbe unterstützen« wollten, beantragten die Bielefelder Bäcker- und Maurergesellen Anfang der 1870er-Jahre ihren Austritt aus der allgemeinen Unterstützungskasse.<sup>48</sup> So blieben die selbstorganisierten freien Kassen »der Elite der gelernten, ökonomisch und sozial bessergestellten Arbeiter« vorbehalten.<sup>49</sup>

Diese horizontalen Konflikte um Solidarität und die damit einhergehenden Umverteilungs- und Zugehörigkeitsfragen traten immer dann am deutlichsten hervor, wenn gesetzgeberische Aktivitäten die Verhältnisse der Kassen untereinander verschoben oder Kassenfusionen erzwungen haben. Angesichts der bismarckschen Sozialgesetzgebung diskutierten viele Kassen den Zusammenschluss mit anderen Gewerken, der unter aktuarischen Gesichtspunkten sicherlich sinnvoll gewesen wäre. Ein Mitglied der Schuhmachergesellen äußerte sein Missfallen folgendermaßen: »Beim Kassenwesen hat die Freundschaft ein Ende, da muß jeder Beruf und jeder Gewerkverein für

43 Klaus Tenfelde, *Arbeiterschaft, Solidarität und Arbeiterbewegung*, in: Bayertz, *Solidarität*, S. 195–201, hier: S. 199.

44 Kott, *Sozialstaat und Gesellschaft*, S. 78.

45 Vgl. ebd., S. 80. Insbesondere die eingeschriebenen Hilfskassen waren für ihr deutlich höheres Krankengeld bekannt. Die Versicherten verzichteten jedoch auch auf den Arbeitgeberbeitrag und mussten zugunsten einer freien Arztwahl ihre Behandlungskosten selbst tragen.

46 Frevert, *Krankheit als politisches Problem 1770–1880*, S. 318f.

47 Ebd., S. 319.

48 Zit. nach: Frevert, *Arbeiterkrankheit und Arbeiterkrankenkassen im Industrialisierungsprozeß Preußens*, S. 313f.

49 Ignaz Zadek, *Die Arbeiterversicherung. Eine social-hygienische Kritik*, Jena 1895, S. 17.

sich selbst sorgen.«<sup>50</sup> Der Generalsekretär einer kaufmännischen Hilfskasse für weibliche Angestellte in Berlin befürwortete das Hilfskassenwesen vor allem, da es den Mitgliedern bei der Wahrung ihres Standesbewusstseins behilflich war:

»[A]us einer höheren Schicht stammend, durch Erziehung und Herkommen an andere Bedürfnisse gewöhnt als die Fabrikarbeiter, passen sie [die Handlungsgehilfen] kaum in den Mitgliederstand der Ortskrankenkassen, in denen sie, auch wo besondere kaufmännische Ortskrankenkassen vorhanden sind, mit Angestellten verschiedenster Gattungen zusammengewürfelt werden; denn bekanntlich ist es verboten, Zwangskassen für bestimmte Berufe zu gründen.«

Denn, so fährt er fort,

»wenn ein junger Kaufmann etwas Standesbewußtsein besitzt, kann es ihm nicht gleichgiltig sein, ob er in Krankheitsfällen mit seinen niedrigsten Untergebenen auf eine Stufe gestellt wird, ob sein in den Ortskassenvorstand gekommener Hausdiener über ihn gesetzt ist oder als Krankenkontrolleur [sic] ihn gar zu beaufsichtigen hat.«<sup>51</sup>

Die zwischen den Statusgruppen stattfindenden Umverteilungsdebatten gerieten zu Zugehörigkeitsfragen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, zwischen Handwerkern und Fabrikarbeitern sowie zwischen Arbeitern und Angestellten. Sie spiegeln die strikte Trennung innerhalb des Kassenwesens wider und zeugen von einer exklusiven Solidarität, die durch eine vergleichsweise hohe Umverteilungsbereitschaft im Inneren und klare Abgrenzung nach außen gekennzeichnet ist.<sup>52</sup>

### *Solidarität als versicherungstechnische und sozialrechtliche Praxis und Normalität*

Mit der Verabschiedung der bismarckschen Sozialgesetzgebung seit den 1880er-Jahren wurde Solidarität zunehmend zum Ergebnis von politischen Aushandlungsprozessen. Bis in die 1970er-Jahre hinein glich die Entwicklung der GKV auf der Dimension der vertikalen Solidarpraktiken einem »doppelten Inklusionsprozess«. <sup>53</sup> Einerseits wurden weitere Arbeitnehmergruppen, aber auch Rentner und Rentnerinnen (1956)<sup>54</sup> und Familienmitglieder in die Pflichtversicherung miteinbezogen, andererseits kam es zum Ausbau der Geld- und Sachleistungen. Erreichte der Versicherungsschutz ge-

50 Protokoll-Bericht der 5. ordentlichen Generalversammlung des Gewerkvereins der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter sowie der 3. ordentlichen Generalversammlung der Eingeschriebenen Hilfskassen, Berlin 1883, S. 27.

51 Josef Silbermann, Für die freien Hilfskassen. Eine Verteidigungsschrift, Berlin 1901, S. 12.

52 Börner, Strittige Solidarität, S. 40.

53 Alber, Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland, S. 25.

54 Die Mittel für die »Krankenversicherung der Rentner« (KVdR) wurden anfänglich noch zu einem Großteil durch die Rentenversicherung aufgebracht. 1977 wurde die KVdR dann endgültig zu einer Leistung der GKV, vgl. Aurelio Vincenti/Angelika Behringer/Gerhard Igl, Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 5: 1966–1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden 2006, S. 483–511, hier: S. 493.



gen Ende des 19. Jahrhunderts gerade mal 10 % der Bevölkerung, genossen 1960 bereits 84 % einen Versicherungsschutz. Ihren historischen Höchststand erreichte die Quote der gesetzlich Krankenversicherten 1975 mit 91,6 % und ist seither auf diesem Niveau geblieben.<sup>55</sup> Die bedeutsamste Ausweitung vor dem Ersten Weltkrieg erfuhr der Kreis der pflichtversicherten Personen durch die 1911 verabschiedete Reichsversicherungsordnung, die eine Einbeziehung der Dienstboten, Wanderarbeiter und von Beschäftigten der Land- und Fortwirtschaft vorsah. Angestellte gehörten bis zu einer Versicherungspflichtgrenze von 2.500 Mark jährlich der Gruppe der Pflichtversicherten an, was de facto einer Befreiung vom Versicherungszwang gleichkam.<sup>56</sup> Den bedeutendsten Schritt bei der Einbeziehung von Angestellten unternahm das »Zweite Krankenversicherungsänderungsgesetz« von 1970, das die GKV auch für nichtversicherungspflichtige Angestellte öffnete und deren Versicherungspflichtgrenze dynamisierte.<sup>57</sup> 1972 und 1975 wurde die Versicherungspflicht auf Personen mit Behinderung und Studierende übertragen und 1981 schließlich die Künstlersozialversicherung eingeführt. Damit war die »Phase der Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für zusätzliche Bevölkerungsgruppen beendet«, ohne dass ein einheitliches System eingeführt worden wäre.<sup>58</sup> Die kostenfreie Mitversicherung von abhängigen Familienmitgliedern, die bereits seit den 1930er-Jahren eine Regelleistung darstellte, wurde in den 1970er-Jahren weiter ausgebaut.<sup>59</sup> So wurde im Rahmen des Leistungsverbesserungsgesetzes (1973) die Krankengeldzahlung bei Erkrankung des Kindes eingeführt. Während dieses Zeitraumes erfolgte auch die Umstellung des Sicherungsziels der Sozialversicherungen von der Subsistenz- hin zur Lebensstandsicherung. Mit der Integration der Familie und der Rentnerinnen und Rentner kann zu Recht von einem qualitativen Wandel des Solidaritätsverständnis gesprochen werden, da erstmals Personengruppen zu Leistungsberechtigten wurden, die nicht in die Kategorie der Erwerbsarbeitenden fallen.

Im Zuge dieses bis 1977 anhaltenden wohlfahrtsstaatlichen Ausbaus wurden die modernen Sozialverwaltungen, die Sozialversicherung und das Sozialrecht zunehmend von der abstrakten Idee der Solidarität geprägt, wodurch die vertikalen Solidarpakte langsam ihre Exklusivität verloren.<sup>60</sup> So wurde die durch die Reichsversicherungsordnung 1911 begonnene Kodifizierung der Sozialgesetze im Sozialgesetzbuch fortgeführt. Im 1989 in Kraft getretenen SGB V ist erstmalig von der Krankenversicherung als Solidargemeinschaft die Rede. Das in §1 und §3 SGB V verankerte Solidarpaprinzip als Leitidee und Finanzierungsprinzip der Krankenversicherung besteht

55 Alber, Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland, S. 27. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 waren 87,7 % der Bevölkerung gesetzlich krankenversichert (10,5 % gehörten der ebenfalls gesetzlich geregelten Privaten Krankenversicherung an), vgl. VDEK, Daten zum Gesundheitswesen, URL: <[https://www.vdek.com/presse/daten/b\\_versicherte.html](https://www.vdek.com/presse/daten/b_versicherte.html)> [11.2.2020].

56 Kott, Sozialstaat und Gesellschaft, S. 30; Zöllner, Landesbericht Deutschland, S. 107.

57 Johannes Frerich/Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der deutschen Einheit, München/Wien 1993, S. 70f.

58 Vincenti/Behringer/Igl, Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall, S. 504f.

59 Alber, Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland, S. 28.

60 Karl H. Metz, Solidarität und Geschichte. Institution und sozialer Begriff der Solidarität in Westeuropa im 19. Jahrhundert, in: Beyer, Solidarität, S. 172–194, hier: S. 192.



seit der Gründung der GKV, der Begriff der Solidarität spielte aber in den Debatten um die Sozialversicherung Ende des 19. und auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine Rolle.<sup>61</sup> Begrifflichkeiten der Solidarität gewinnen vielmehr immer dann als legitimationsstiftende Semantiken an Bedeutung in der politischen Rhetorik, wenn Solidarität unter Druck gerät. Besonders deutlich wird das in dem im Frühjahr 1990 veröffentlichten Bericht der Enquetekommission »Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung«, in dem die zu einer Einschätzung einer Reform der Organisationsstruktur angehaltenen Kommissionsmitglieder postulierten, dass »der grundsätzliche Erhalt des Solidaritätsprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung als bewußte Erweiterung und Durchbrechung des versicherungstechnischen Äquivalenzprinzips unstrittig« sei.<sup>62</sup> §1 vermittelt den Eindruck, dass es vielmehr um eine Rückversicherung auf die solidarischen Grundprinzipien ging, die sogleich durch die Betonung, dass jede und jeder Versicherte für seine Gesundheit mitverantwortlich ist, eine Einschränkung erfahren. Die interpersonelle Umverteilung zwischen den Mitgliedern der GKV findet zwischen kranken und gesunden sowie älteren und jüngeren Versicherten, gut und weniger gut Verdienenden sowie Kinderlosen und Familien mit Kindern statt. Die solidarische Finanzierung ergibt sich insbesondere durch das Bedarfsprinzip in der Leistungserbringung, wodurch es zu einem Bruch mit der Äquivalenz zwischen Beitragshöhe und Leistungshöhe kommt (diese besteht nur im Bereich des Krankengeldes). Dieses Solidarprinzip weist jedoch Grenzen auf, die in Form von Sollbruchstellen in die vertikalen Solidarpraktiken der modernisierten Krankenversicherung eingebaut sind. Zum einen wird die Umverteilungswirkung durch die Beitragsbemessungsgrenzen, ab denen die relative Belastung der Einkommen durch die Beiträge abnimmt, eingeschränkt. Dieser Mechanismus führt dazu, dass Personen in höheren Einkommensklassen einen geringeren Anteil an der solidarischen Finanzierung haben als mittlere und niedrigere Einkommensklassen. Zum anderen ist es aufgrund der Versicherungspflichtgrenze möglich, als Besserverdienende oder Besserverdienender die sogenannte Solidargemeinschaft vollständig zu verlassen, um sich privat zu versichern. Bestrebungen, die Zweiteilung der Privaten und Gesetzlichen Krankenversicherung in einer Einheitsversicherung aufgehen zu lassen, hatte es lediglich nach 1945 und in den Anfangsjahren der Brandt-Regierung gegeben, die dann in einer Öffnung des bestehenden Systems der GKV für neue Bevölkerungsgruppen mündeten. Entsprechend wurde 1970 das Nebeneinander der beiden Strukturen gesetzlich geregelt.<sup>63</sup> Neben der Privaten Krankenversicherung existiert zudem die Beihilfe für Beamte als gesondertes System der sozialen Sicherung. Es ist kein Zufall, dass diese beiden Exit-Optionen in den gesellschaftspolitischen Debatten als Solidaritätsbrüche wahrgenommen werden – ein Begriff, der auf einen Solidaritätsanspruch seitens der staatlich versicherten Gruppen verweist.

Der wohlfahrtsstaatliche Ausbau brachte zudem die Sozialversicherung als Massentechnologie hervor, mit der sich auch die sekundären Funktionen, die die einzelnen Krankenkassen für die Versicherten erfüllt haben, veränderten. Als Orte der Gesellig-

61 Ebd., S. 188.

62 Endbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung«, Bonn 1990, Drucksache 11/6380, S. 151.

63 Vincenti/Behringer/Igl, Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall, S. 504f.

keit und Sozialisation traten Krankenkassen immer weniger auf. An die Stelle von persönlichen Krankenbesuchen trat die bürokratische Verwaltungspraxis, mit deren Hilfe die sozialen Beziehungen formalisierter wurden. Das ganzheitliche Interesse am Kassenmitglied (beziehungsweise des Kassenmitglieds an der Kasse etwa als politischer oder geselliger Vereinigung) wich nun einem spezifischen Ausschnitt, der sich in der Rolle der beziehungsweise des Krankenversicherten manifestierte (vgl. Tabelle 1). Auch die Vielzahl und Kleinteiligkeit der Kassen nahm über die Jahre ab, was dazu führte, dass über die Jahrzehnte die Kassen an Größe zunahmen. Anfang der 1950er-Jahre hatte eine Krankenkasse durchschnittlich 10.000 Mitglieder.<sup>64</sup> Zudem sahen sich die Kassen mit neuen organisations- und finanzwirtschaftlichen Aufgaben konfrontiert.<sup>65</sup> Auch wenn die statusorientierte Organisation der Kassen bestehen blieb (die heute vor allem in der Trennung zwischen PKV, GKV und Beamtenversorgung besteht), so trug die sozialstaatliche Interventionspraxis doch zur Zusammenfassung unterschiedlicher Berufsgruppen und zur Erosion der beruflichen Unterscheidungslinien bei.<sup>66</sup> Es ist anzunehmen, dass diese Formalisierungs- und Professionalisierungsprozesse auch die historisch etablierten *horizontalen Solidarpraktiken* unter den Versichertengruppen veränderten und neue Kategorien der Differenz etabliert haben. Das betrifft zum Beispiel die besonders stark ausgeprägte Differenz, die sich zwischen Arbeitern und Angestellten Anfang des 20. Jahrhunderts herausgebildet hatte und in der Forderung der Angestelltenverbände nach einer eigenständigen Angestelltenversicherung zur Alterssicherung, die dann auch 1911 realisiert wurde, ihren Höhepunkt fand. Demgegenüber erlaubte die differenzierte Kassenstruktur der GKV den Angestellten, von vornherein ihre eigenen Kassen als Ersatzkassen zu führen. In dieser Kassenpolitik dokumentierte sich nicht etwa die Notwendigkeit eines Versicherungsschutzes für Angestellte, sondern das Distinktionsbedürfnis einer neuen sozialen Gruppe, die um »die Anerkennung ihrer spezifischen sozialen Identität« rang.<sup>67</sup> Organisatorisch kam es erst 1992 mit Inkrafttreten des SGB VI zur Zusammenführung und rechtlichen Vereinheitlichung der Rentenversicherung für Arbeiter- und Angestellte. Zwei Jahre später erfolgte im Rechtskreis der GVK, also dem SGB V, ein vergleichbarer Schritt. Auch wenn es hier nicht um die organisatorische Vereinheitlichung der Krankenkassen ging, so wurde im Rahmen des Risikostrukturausgleichs (§266 SGB V) getreu dem Motto »Gemeinsam, aber nicht zusammen« ein kassenartenübergreifender Ausgleichsmechanismus zwischen den einzelnen unabhängigen Krankenkassen und deren traditionell unterschiedlichen Risikostrukturen etabliert, sodass sich die unterschiedlich hohen Beitragssätze wieder angleichen konnten.<sup>68</sup> Eine klassen-

64 Alber, Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland, S. 26. Die Kassenfusion schreitet bis heute voran, was die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen kontinuierlich zurückgehen lässt: 1991 gab es noch mehr als 1.200 Krankenkassen, 2019 waren es nur noch 109 gesetzliche Kassen, vgl. URL: <<https://www.krankenkassen.de/gesetzliche-krankenkassen/system-gesetzliche-krankenversicherung/Krankenkassen/>> [12.2.2020].

65 Holler, Die Entwicklung der sozialen Krankenversicherung in den Jahren 1945 bis 1975, S. 303.

66 Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914, S. 516.

67 Kott, Sozialstaat und Gesellschaft, S. 62; Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914, S. 513ff.

68 Jürgen Wasem, Der kassenartenübergreifende Risikostrukturausgleich: Chancen für eine neue Wettbewerbsordnung in der GKV, in: Sozialer Fortschritt 42, 1993, S. 32–38.

übergreifende Solidarität, wie sie etwa von Gewerkschaftsseite bereits 1911 gefordert wurde<sup>69</sup>, bildete sich also nur ansatzweise und erst zum Ende des 20. Jahrhunderts aus. Spielten während der Konsolidierungsphase der GKV Statusgruppen vor allem als neue Versicherungsträger eine Rolle, so kam es erst seit den 1980er-Jahren im Rahmen der Einspardiskurse zu Überlegungen, die Kassenlandschaft und ihre Finanzierungsgrundlage auch organisatorisch umzugestalten. Deutlich wird aber auch, dass Kostensenkung nicht mit Entsolidarisierung gleichzusetzen ist. Während die Kostendämpfungs- und Strukturgesetze seit Ende der 1970er-Jahre in der vertikalen Dimension Leistungskürzungen und eine vermehrte Eigenbeteiligung vorsahen, bestanden auf der horizontalen Ebene Solidarisierungspotenziale. Ein Beispiel hierfür ist das Zwanzigste Rentenanpassungsgesetz (1977), das die »Krankenversicherung der Rentner« (KVdR) auch finanziell in »die Solidargemeinschaft der erwerbstätig Versicherten« integrierte, um so die steigenden Kosten der KVdR aufzufangen.<sup>70</sup> Unter dem Stichwort der Bürgerversicherung, die zugleich auf Kostenersparnis und auf ein Mehr an Solidarität abzielt, indem alle Einkommensgruppen einbezogen werden, ist diese Diskussion während der vergangenen zwei Jahrzehnte wieder aufgeflammt.<sup>71</sup> Die Stoßrichtung der Debatten verlagerte sich dadurch von Zugehörigkeitsfragen hin zu mehr und mehr unter dem Eindruck des Spardiktats und einer Kostenexplosion stehenden Fragen der gerechten Teilhabe und Umverteilung. Diese Reformdiskussionen stehen stellvertretend für versperrte Reformpfade und geben den Blick auf fehlende Solidaritäten im deutschen Gesundheitssystem frei.

## V. Schlussbetrachtung – zum Wandel der Solidarpraktiken in der Gesetzlichen Krankenversicherung

§5 (1) SGB V definiert als ersten von 13 Punkten »Arbeiter, Angestellte und zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind«, als versicherungspflichtige Personengruppen. Hinter dieser schlichten Aufzählung verbirgt sich die gesamte Geschichte der Sozialversicherung und die damit einhergehende Problematik der Einbeziehung beziehungsweise des Ausschlusses bestimmter Bevölkerungsgruppen als Solidaritätsfrage.<sup>72</sup> Mit Durkheim und Brunkhorst ist die Analyse

<sup>69</sup> Kott, Sozialstaat und Gesellschaft, S. 63.

<sup>70</sup> Vincenti/Behringer/Igl, Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall, S. 530.

<sup>71</sup> Etwa DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Bürgerversicherung statt Kopfpauschale. Gemeinsame Erklärung für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft, Berlin 2010. In Deutschland ergab sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter Mithilfe der Alliierten, die eine einheitliche Lösung bevorzugten, die Chance, zu einem gemeinsamen Versicherungsträger überzugehen. Allerdings wurde die Idee schnell wieder verworfen und die Debatte ist seitdem mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten geführt worden. Vgl. dazu Herbert W. Baker, Beginn der deutschen Sozial- und Arbeitspolitik unter der Militärregierung, in: Bartholomäi/Bodenbender/Henkel, Sozialpolitik nach 1945, S. 23–31; von Miquel, Von Bismarcks »Wechselbalg« zu Adenauers Rentenreform.

<sup>72</sup> Zum Vergleich: Im »Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter« vom 15. Juni 1883, hieß es unter §1: »Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind: 1. in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, in Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn- und Binnendampfschiffahrtsbetriebe, auf Werften und bei Bauten, 2. im Handwerk und in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben, 3. in Betrieben, in denen Dampfkessel oder durch elemen-

von der Transformativität von solidarischen Handlungskontexten ausgegangen, die hier am Beispiel der zunächst freiwilligen und seit 1883 Gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland analysiert wurde. Die Dynamik der untersuchten Solidarpraktiken betrifft nicht nur die Frage, wer mit wem in welchem Umfang solidarisch ist, sondern auch die Bedingungen, unter denen solidarische Leistungen gewährt werden, sowie die jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Kontextfaktoren. Damit stellen die Solidarpraktiken im Wandel der Zeit eine elastische Institution dar, in deren Rahmen gesellschaftspolitische Diskussionen kanalisiert und sozialer Wandel abgebildet werden kann. Die permanenten Aushandlungsprozesse dokumentieren jedoch nicht nur die Elastizität von Solidarität in Bezug auf die einbezogenen Personenkreise, sondern auch auf die Wandelbarkeit solidarischer Praktiken selbst, die von einem umfassenden Modernisierungsprozess des Wesens der Solidarpraktiken zeugt. Im Übergang zur Industriegesellschaft hatte sich in Ermangelung staatlicher Angebote ein Unterstützungswesen etabliert, das bei genauer Betrachtung fast noch als vor-modern zu bezeichnen ist. Von den modernisierten Solidarpraktiken unterscheidet es sich durch eine stärkere Betonung der Gemeinschaft, die über gefühlsbetonte Sprache, Symboliken und Rituale hergestellt wurde (vgl. Tabelle 1). Die zunehmende Spezialisierung der gesetzlichen Versicherungspraxis äußert sich nicht in der traditionellen Unterscheidung zwischen Berufsgruppen, sondern in einer gesamtgesellschaftlichen Differenzierung, welche die anderen Funktionen der klassischen Unterstützungskassen in andere gesellschaftliche Bereiche wie Politik oder Freizeit verlagerte.

Tabelle 1: Gegenüberstellung der Solidarpraktiken im Rahmen des Hilfskassenwesens und der Gesetzlichen Krankenversicherung<sup>73</sup>

Solidarpraktiken der Hilfskassen	Solidarpraktiken in der GKV
Solidarität unter Freunden	Solidarität unter Fremden
kollektivitätsbezogen: partikulare Zugehörigkeiten	kollektivitätsbezogen: gemeinschaftliches Interesse an Hilfe in Not
emotionalisierende Gemeinschaftsrhetorik	gefühlsneutrale Bindungen
gemeinschaftsstiftende Praktiken und Rituale	verrechtlichte und formalisierte Praktiken und Beziehungen
ganzheitliche Beziehungen	spezialisierte Beziehungen
Zugehörigkeitsfragen	Umverteilungsfragen

Mithilfe des Instruments der gesetzlichen Sozialversicherung gelang es, gemeinsame Wertorientierungen und soziale Ähnlichkeit herzustellen und die daraus erwachsen-

tare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft etc.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, sofern diese Verwendung nicht ausschließlich in vorübergehender Benutzung einer nicht zur Betriebsanlage gehörenden Kraftmaschine besteht, sind [...] nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes gegen Krankheit zu versichern.«

73 In Anlehnung an Brunkhorst, Solidarität unter Fremden, S. 80.

den sozialen Beziehungen und Verantwortlichkeiten zu formalisieren. Die Bewältigung kollektiver sozialer Risiken wurde somit zunehmend untrennbar an die territorial abgegrenzte Solidargemeinschaft des Nationalstaats gekoppelt, sodass eine Solidarität unter Fremden möglich wurde.

Die Untersuchung hat aber auch deutlich gemacht, dass unter dem Deckmantel einer modernisierten gesetzlichen Krankenversicherung die Tradition und Praxis der exklusiven Solidarität fortgeführt wurde. Denn eine solidarische Praxis, bei der, wie es in einem Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Arbeit aus dem Jahr 1955 formuliert wurde, »innerhalb einer Gefahrengemeinschaft die sozial Stärkeren zu den Leistungen für die sozial Schwächeren beitragen«<sup>74</sup>, hat sich im Rahmen der GKV nie vollständig durchgesetzt, wie das Nebeneinander der drei Sicherungssysteme (für Pflichtversicherte, Beamte und privat Versicherte) zeigt. Die historisch gewachsenen Grenzen zwischen den Gewerken und Berufen haben sich demzufolge nicht gänzlich aufgelöst, sondern nach außen verschoben. Nur innerhalb der GKV haben die gesetzlich verankerten abstrakten Solidarnormen zu einer Vereinheitlichung der Umverteilungspraxis beigetragen. Hier sind die Zugehörigkeitsdebatten der horizontalen Dimension den Umverteilungsdebatten auf der vertikalen Dimension gewichen. Für politische Akteure stellt das Solidarprinzip der GKV schließlich auch eine willkommene Machtressource dar, mit der sich über konkrete Problemlagen hinwegtäuschen lässt.

Auch gegenwärtige Reformdebatten sind Ausdruck eines sich wandelnden Verständnisses solidarischer Praktiken im Rahmen der GKV. Wie dehnbar das Solidarprinzip der GKV ist, zeigt sich beispielsweise an dem seit den 1980er-Jahren zu beobachtenden Wandel der Solidaritätssemantiken vor dem Hintergrund der Debatten um den aktivierenden Wohlfahrtsstaat. An die Stelle der Solidarität ist der Begriff der Gemeinwohlorientierung getreten<sup>75</sup>, der auch die zunehmend geforderte Eigenverantwortung und die Bemühungen um Ausgabenbegrenzung als gemeinwohlorientiertes Handeln rahmt. Damit scheint die (vormoderne) Praxis der verhaltensbedingten Gewährung von Solidarität wieder an Bedeutung zu gewinnen, die insbesondere die soziale Kontrollfunktion von Solidarität betont. Digitale Technologien und Gesundheitsanwendungen ermöglichen die Kontrolle eines gegenüber der Solidargemeinschaft verantwortungsvollen Gesundheitsverhaltens. Damit werden aller Wahrscheinlichkeit nach entsolidarisierend wirkende Praktiken wie die Differenzierung von Beiträgen auf der Grundlage verhaltensbezogener Gesundheitsrisiken zu Reformoptionen.<sup>76</sup> In der Zusammenschau der langfristigen Entwicklung der Solidarpraktiken kündigt sich hier eine Rückkehr zu überwunden geglaubten verhaltensgesteuerten Legitimationsstrategien von Solidarität an.

74 Grundgedanken zur Gesamtreform der sozialen Leistungen. Kabinettsvorlage des Bundesministers für Arbeit vom 7. April 1955, URL: <[https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/x/x1955s/kap1\\_3/para2\\_1.html](https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/x/x1955s/kap1_3/para2_1.html)> [1.12.2020].

75 Thomas Gerlinger, Gemeinwohlorientierungen und politische Steuerung im Wandel – das Beispiel der Gesundheitspolitik, in: Gunnar Folke Schuppert/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Gemeinwohl – auf der Suche nach Substanz, Berlin 2002, S. 421–444, hier: S. 427ff.

76 Sarah-Lena Böning/Remi Maier-Rigaud/Simon Micken, Gefährdet die Nutzung von Gesundheits-Apps und Wearables die solidarische Krankenversicherung? Eine bevölkerungsrepräsentative Bestandsaufnahme der Solidaritätseinstellungen, Bonn 2019, S. 23.



JAN NEUBAUER

## Eine solidarische ›Volksgemeinschaft‹?

Kollegialität, Kameradschaft und ›Betriebsgemeinschaft‹ im ›Dritten Reich‹

Die Stimmung in der Bevölkerung war verbesserungsfähig. Das jedenfalls befand die Reichspropagandaleitung der NSDAP im März 1943. Kurz zuvor hatte Joseph Goebbels nach der verheerenden militärischen Niederlage in Stalingrad den »Totalen Krieg« ausgerufen und dabei an die Geschlossenheit der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ appelliert. Nun verschickte das zur Reichspropagandaleitung gehörende Amt für Rednerwesen »Redner-Schnellinformationen« an NSDAP-Funktionäre, die in Sprechabenden der Partei auf die deutsche Bevölkerung einwirken sollten.

Ein Thema betraf die Lage an den Arbeitsplätzen im Deutschen Reich. In den Betrieben standen vermehrt deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter neben ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern an der Werkbank. Deren Arbeitsleistung war zunehmend kriegsentscheidend, sodass die deutschen Arbeitskräfte dringend die Ausländer durch ihre Haltung beeindrucken und vom Erfolg deutscher Kriegsanstrengungen überzeugen mussten – so die Überzeugung der Propagandaverantwortlichen. So hieß es dann auch in den Schnellinformationen:

»Nur wenn eine fest zusammenhaltende deutsche führende Arbeiterschicht in jedem Betrieb für das deutsche Gesicht Sorge trägt, wird die Leistung der Fremden tatsächlich unseren Interessen dienstbar sein. Deshalb ist es auch vor allem wichtig, daß unter den deutschen Schaffenden eine feste und harmonische Solidarität besteht.«

Und weiter betonten die Autoren: »Diesen Fremden gegenüber müssen alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen durch die verschworene Kameradschaftlichkeit ihres Zusammenwirkens ein eindringliches Bild der deutschen Volksgemeinschaft vorleben.«<sup>1</sup>

Die erforderlichen Leistungssteigerungen hingen also nach dieser Lesart auch davon ab, die Sozialbeziehungen innerhalb der ›Betriebsgemeinschaft‹ vorbildlich zu repräsentieren. Gleichzeitig war allen Angesprochenen vor Augen geführt, dass die ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht Teil der Gemeinschaft am Arbeitsplatz waren und sein sollten. Die in den Schnellinformationen angerufene Solidarität richtete sich auf die deutschen ›Volksgenossen‹ und war dementsprechend exkludierend.

Zwei Begriffe aus dem Propagandaschreiben sollen im folgenden Text im Mittelpunkt stehen: Solidarität und Kameradschaft. Es sind unterschiedliche Themenfelder und Probleme, die damit in den Blick kommen.

Der Beitrag fragt erstens nach den semantischen Verschiebungen des Solidaritätsbegriffs, der seit dem späten 19. Jahrhundert fest zum Vokabular der Arbeiterbewe-

1 NSDAP-Reichspropagandaleitung (Hrsg.), Redner-Schnellinformation: Lieferung 53, 23.3.1943, Durch die PKzl. Abstimmung einer von ihr geplanten Anordnung betr... (Regest 43949), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945, München 2006, S. 5f.



gung gehörte und seit 1933 eine erhebliche Neucodierung erfuhr. Seit Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Arbeiterbewegung von Solidarität gesprochen, wenn es um den klassenspezifischen Zusammenhalt und die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ging. Zugleich beschrieb der Begriff aber auch eine spezifische Suchbewegung – eine Suchbewegung, die kollektive Aktion, Formen des Zusammenlebens und der industriellen Arbeit erfasste und die ein utopisches Potenzial beinhaltete, das von einer anderen Gesellschaft träumen ließ.<sup>2</sup>

Zweitens geht es um den Versuch, gegenwärtige, vor allem in den Sozialwissenschaften geführte Auseinandersetzungen um den Begriff der Solidarität als sozialer Praxis mit den Debatten um die nationalsozialistische ›Volks- und Betriebsgemeinschaft‹<sup>3</sup> zu verbinden. Es besteht kein Mangel an Arbeiten über nationalsozialistische Betriebspolitik und Arbeitsbeziehungen, und doch fällt auf, wie schwer sich die NS-Forschung in den letzten Jahren damit getan hat, neue gesellschaftstheoretische oder organisationssoziologische Anregungen aufzunehmen. Das soll hier, zumindest in Ansätzen, versucht werden. Der Grundgedanke ist dabei einfach:

Über die Sozialbeziehungen und Verhaltensweisen innerhalb der ›Betriebsgemeinschaft‹ lassen sich Anspruch, Begriffstradition und soziale Wirklichkeit einer antidemokratischen, nationalsozialistischen und zunächst einmal vor allem proklamierten »braunen Solidarität« entschlüsseln – wenn es analytisch überhaupt Sinn ergibt, in diesem Zusammenhang von Solidarität zu sprechen. Dazu werden zwei Schwerpunkte gesetzt. Zunächst wird geprüft, wie die Nationalsozialisten den Solidaritätsbegriff rezipierten und verwendeten. »Solidarität« machte Probleme, stammte das Schlagwort doch aus dem Begriffsarsenal der sozialistischen Arbeiterwelt – ein »Feindbegriff«, der zugleich aber für die Arbeiterschaft, die es für das Regime zu überzeugen galt, von erheblicher lebensweltlicher Bedeutung war. Der Blick darauf, wie sich die Nationalsozialisten der Solidarität sprachlich näherten und sie dabei umdeuteten, lässt Rückschlüsse darauf zu, wie es dem NS-Staat gelang, an lang existierende (Begriffs-)Traditionen anzuknüpfen und diese für sich nutzbar zu machen. Hier gerät auch die zentrale geschlechtergeschichtliche Dimension der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ in den Blick. Engagierte ›Volksgenossinnen‹ suchten regimekonforme Selbstdeutungen und ihre Rolle in der NS-Gesellschaft – und mussten diese gegenüber dem dominierenden männlichen Verständnis nationalsozialistischer Sozialbeziehungen behaupten. Dabei rückt ein anderer Begriff ins Zentrum der Aufmerksamkeit, dessen Bedeutung für das nationalsozialistische (Un-)Verständnis von Solidarität in der ›Volksgemeinschaft‹ nicht überschätzt werden kann: Kameradschaft.

Anhand einer Auseinandersetzung über Kameradschaft und Kollegialität – zwei Begriffe, die eng mit Solidarität verbunden sind – erfolgt anschließend ein Blick auf die Sozialbeziehungen in der hierarchisch strukturierten ›Betriebsgemeinschaft‹ – der

2 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann, Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität, in: Karsten Fischer/Herfried Münkler (Hrsg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozialmoralischer Orientierung, Berlin 2002, S. 19–54, hier: S. 28; Klaus Tenfelde, Strukturelle Bedingungen für Solidarität, in: GMH 28, 1977, S. 245–258.

3 Vgl. Martin Becker, Die Betriebs- und die Volksgemeinschaft als Grundlage des »neuen« NS-Arbeitsrechts. Arbeitsrechtsideologie im NS-Rechtssystem, in: Marc Buggeln/Michael Wildt (Hrsg.), Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014, S. 107–121, hier: S. 112; Tim Schanetzky, »Kanonen statt Butter«. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bonn 2016, S. 117.



›Volksgemeinschaft‹ am Arbeitsplatz. Es wird erläutert, warum die Verantwortlichen im ›Dritten Reich‹ ihre Vorstellung von Kameradschaft einer ihnen suspekten Kollegialität vorzogen und welche Rückschlüsse dies auf die Rolle von solidarischem Verhalten in der NS-Gesellschaft zulässt. Hier fokussiert der Beitrag auf die soziale Praxis der ›Volksgemeinschaft‹ und spezifische Formen sozialen Handelns, die zwar den Machthabern verdächtig sein konnten, von denen sie dennoch profitierten.<sup>4</sup> Ein Blick auf die ›Betriebsgemeinschaft(-en)‹ ist eine Sonde hinein in die Realität der rhetorisch allgegenwärtigen ›Volksgemeinschaft‹. Will man verstehen, wie sich das Regime stabilisieren und bis kurz vor Kriegsende handlungsfähig bleiben konnte, muss man sich mit den unterschiedlichen Dynamiken in der NS-Gesellschaft beschäftigen, die über Fragen nach Solidarität als sozialem »Bindemittel« sichtbar werden.

Die Überlegungen stehen dabei vor der Herausforderung, einen viel gebrauchten und zeitgenössisch nicht klar umrissenen Quellenbegriff analytisch nutzen zu wollen. Verstärkt wird das Problem noch dadurch, dass sich auch in der Forschung kein Konsens darüber gebildet hat, wie »Solidarität« präzise zu definieren ist.<sup>5</sup> Mit Kurt Bayertz soll an dieser Stelle der hochgradig normative Begriff der Solidarität in dreifacher Weise bestimmt werden. Fluchtpunkt von Solidarität ist – erstens – eine *Gemeinschaft*, in der die einzelnen Mitglieder den wechselseitigen Zusammenhang wahrnehmen, emotional aufladen und sich mit der Gruppe identifizieren. Aus diesem Gemeinschaftsverständnis bilden sich Erwartung und Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe. Dabei wird davon ausgegangen, dass einem selbst die gleiche Hilfe zukommen wird, die man selbst zu leisten bereit ist. Die Gemeinschaftsangehörigen gehen – zweitens – von der Legitimität ihrer eigenen Gruppe und ihren Zielen aus. Hilfe wird erbracht, um – drittens – Interessen der Mitglieder durchzusetzen, die auf einen gemeinsamen normativen Punkt verweisen.<sup>6</sup> Wichtig ist, dass Bayertz zwischen zwei Formen der Solidarität unterscheidet: zwischen sozialer und politischer Solidarität. Erstere stellt (emotionale) Bindungen her, die der Gesellschaftsbildung vor allem in modernen Staaten dienen und maßgeblich den Aufbau des Sozialstaats mitlegitimierten. Davon zu unterscheiden ist die politische Solidarität, die dem Einsatz für die Interessen einer bestimmten Gruppe oder von Individuen dient. Bayertz verweist hier auf ein partikulares und exklusives Element der Solidarität, das identitätsstiftend wirkt und damit ihre hohe Attraktivität gewinnt. Doch schließt dies keinesfalls aus, dass sie für universalistische Ziele einge-

4 Den Unterschied und das keineswegs spannungsfreie Zusammenspiel von ideologischem Anspruch und sozialer Wirklichkeit im ›Dritten Reich‹ hat beispielsweise Moritz Föllmer anschaulich gemacht. Trotz aller Gemeinschaftsrhetorik ermöglichte das Regime individualistische Interessenaushandlung, was erheblich zur Stabilität der NS-Herrschaft beitrug. Vgl. Moritz Föllmer, *Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall*, Cambridge/New York etc. 2013, S. 1.

5 Das gilt auch für Fächer, die mit dem Begriff sehr viel selbstverständlicher arbeiten als die Geschichtswissenschaft. Vgl. Ulf Tranow, *Solidarität. Vorschlag für eine soziologische Begriffsbestimmung*, in: *Analyse & Kritik* 35, 2013, S. 395–421, hier: S. 395f.

6 Vgl. Kurt Bayertz, *Begriff und Problem der Solidarität*, in: ders. (Hrsg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 11–53, hier: S. 12 und 37.

setzt werden kann.<sup>7</sup> Immerhin hatten sich das die stilprägenden Akteure der politisch Linken ja auch auf die Fahnen geschrieben.

Daraus ergibt sich, dass Solidarität neue Formen gesellschaftlicher Beziehungen schafft, aus denen sich soziales Verhalten erklären lässt. Der genaue Blick lohnt, um zu überprüfen, inwieweit sich durch Begriffe wie »Solidarität« und »Solidarbeziehungen« die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« erfassen und analysieren lässt. Die fruchtbare Forschungsdebatte der letzten Jahre fokussierte sich zunächst auf das wichtige Zusammenspiel von Inklusion und Exklusion in der NS-Gesellschaft. Der Ausschluss von »Gemeinschaftsfremden« wirkte sich auf diejenigen aus, die das Privileg hatten, weiterhin Teil der »Volksgemeinschaft« zu sein.<sup>8</sup> Doch haben etwa Janosch Steuwer und Wolf Gruner zu Recht darauf hingewiesen, dass allein die Dichotomie von Inklusion und Exklusion nicht dabei hilft, die vielen Graubereiche innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu erfassen.<sup>9</sup> Genau diese will der folgende Beitrag ausleuchten helfen.

Ein weiteres Problem ist damit angesprochen: So empirisch dicht die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche und Gruppen inzwischen untersucht worden sind, so ist doch erstaunlich, wie sehr sich die NS-Forschung gegenüber den unterschiedlichen gesellschaftstheoretischen Debatten, nicht zuletzt auch gegenüber der Verwendung (und den damit verbundenen Fallstricken) des Begriffs der Solidarität zurückgehalten hat. Das schützt, macht die Probleme aber nicht kleiner. Einer der Fluchtpunkte dieses Aufsatzes berührt eine sehr gegenwartsnahe Debatte, um die es implizit auch in diesem Beitrag gehen wird: Denn ein Teil der sozialwissenschaftlichen Forschung hat in jüngster Zeit und vor dem Hintergrund rechtspopulistischer und rechtsextremer Wahlerfolge in Europa und Nordamerika mit dem Begriff der »exkludierenden Solidarität« argumentiert und versucht, die Kategorie der Solidarität auch für die Beschreibung neonazistischer und völkisch-nationalistischer Bewegungen zu nutzen. So zeige die Zustimmung für die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« (AfD) unter Arbeiterinnen und Arbeitern, dass Versprechen einer kollektiven Identität, der Ausgrenzung von Fremden, die Verbindung von »nationaler« mit »sozialer« Frage und die damit verbundenen »exklusiven Solidaritäten« deutscher Arbeitskräfte auch am Arbeitsplatz verfange.<sup>10</sup>

7 Vgl. ebd. sowie Alexander Heindl/Karolin-Sophie Stüber, Die Pluralität von Solidaritäten und Formen der Kritik, in: SWS-Rundschau 59, 2019, S. 352–370, hier: S. 354–356.

8 Vgl. Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982; Hans-Ulrich Thamer, »Volksgemeinschaft« in der Debatte. Interpretationen, Operationalisierungen, Potenziale und Kritik, in: Detlef Schmichen-Ackermann/Marlis Buchholz/Bianca Roitsch u. a. (Hrsg.), Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 27–36, hier: S. 29; Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 12.

9 Vgl. Janosch Steuwer, Was meint und nützt das Sprechen von der »Volksgemeinschaft«? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Afs 53, 2013, S. 487–534, hier: S. 525; Wolf Gruner, Das Dogma der »Volksgemeinschaft« und die Mikrogeschichte des Nationalsozialismus, in: Schmichen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 71–90, hier: S. 83–85.

10 Vgl. Thomas Fischer, Inklusive Solidarität als Antwort der Gewerkschaften auf den Rechtspopulismus, in: WSI-Mitteilungen 72, 2019, S. 229–231. An der Universität Tübingen beschäftigt sich ein Promotionskolleg mit dem Themenfeld, vgl. URL: <<https://promotionskolleg-rechtspopulismus.net/>> [13.2.2020].

Diese »völkische Solidarität« gilt hochgradig partikularen Zielen, denn sie soll nur für einen eng umgrenzten Personenkreis gelten und dient keinerlei emanzipatorischer Entwicklung. Im Gegenteil sollen Rechte für Menschen, die nicht Teil der eigenen, definierten Gruppe sind, dauerhaft beschränkt werden. Der Blick auf das ›Dritte Reich‹ hilft, zu überprüfen, ob es überhaupt sinnvoll ist, im Hinblick auf die radikale Rechte von »Solidaritäten« zu sprechen, wenn deren politisches Ziel wenig mit den Implikationen des Begriffs gemein hat. Welchen Mehrwert hat es historisch gesehen, die Verhaltensweisen und Bindungen in einer zur Macht strebenden »Bewegung« mit Solidarität zu umschreiben, wenn deren eigentliche politische und gesellschaftliche Visionen und die dann praktizierte Herrschaftsrealität auf radikal partikularen Interessen und eben nicht auf einer Form der Universalisierung von Rechten gegründet sind?

Solidarische Handlungen im ›Dritten Reich‹ standen sowohl zeitgenössisch als auch in der Erforschung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus im Blick. Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter des exilierten SPD-Parteivorstands (SOPADE) und der Gruppe »Neu Beginnen« waren in den 1930er-Jahren stets auf der Suche nach einer Arbeitersolidarität, um die eigene Hoffnung zu nähren, das NS-Regime könne von einer widerständigen Bevölkerung gestürzt werden. Die sozialdemokratischen Quellen prägten die Historiografie der Arbeitergeschichte der 1970er- und frühen 1980er-Jahre. So versuchte Michael Voges aufzuzeigen, wie die Klassenlage nach wie vor das Handeln der Arbeiter im Nationalsozialismus prägte, wie diese solidarische Bindungen durch gemeinsame Aktionen für weniger Arbeitszeit und mehr Lohn aufrechterhielten und hierbei sogar nationalsozialistische Beschäftigte einbanden. Gleichwohl musste Voges konstatieren, dass die Unterdrückung durch das Regime zu einer Entpolitisierung führte und sich der Lohnkampf in einer Zeit des Rüstungsbooms und ohne gewerkschaftliche Vermittlung individualisierte.<sup>11</sup>

Gerade geschichtswissenschaftliche Arbeiten zum sogenannten Rettungswiderstand operieren freimütig mit dem Solidaritätsbegriff. Die Rettenden – in der Regel Einzelpersonen – zeigten ihre Solidarität demnach mit verfolgten Kommunisten, Sozialdemokraten und insbesondere Juden, indem sie die Personen versteckten und vor dem Zugriff durch die NS-Verfolgungsbehörden bewahrten.<sup>12</sup> Ob dabei tatsächlich immer Solidarität eine Rolle spielte, in einigen Fällen nicht doch eher bloße »Hilfe« die bessere Beschreibung ist, und wie weit der Solidaritätsbegriff im Einzelnen trägt, wird nicht explizit diskutiert. Doch auf das Problem verweist die zu hinterfragende Umschreibung »erkaufte Solidarität« für Hilfeleistungen, die mit finanzieller Kompensation einhergingen.<sup>13</sup> Hier erweist sich möglicherweise eine präzisere Nutzung des

11 Vgl. Michael Voges, Klassenkampf in der »Betriebsgemeinschaft«, in: AfS 21, 1981, S. 329–383.

12 Vgl. Angela Borgstedt, Hilfen für Verfolgte. Judenretter und Judenhelfer, in: Peter Steinbach/Johannes Tüchel (Hrsg.), Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 2004, S. 307–321, hier: S. 307–311; Juliane Wetzels, Hilfe und Solidarität, in: Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hrsg.), Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2001, S. 228–232.

13 Vgl. Borgstedt, Hilfen für Verfolgte, S. 308f. Vgl. hierzu auch das am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin durchgeführte Forschungsprojekt »Solidarität und Hilfe« mit der fast gleichnamigen, von Wolfgang Benz und anderen herausgegebenen Schriftenreihe. Einen kurzen Überblick bietet auch Wolfgang Benz, Retter und Gerettete. »Stille Helden«: Solidarität mit Juden während der NS-Zeit, in: Tribüne 40, 2001, H. 3, S. 19–26.

Wortes als ergiebiger, um zwischen den Rettungsaktionen und den dahinterliegenden Handlungen, Beziehungen und Motivationen stärker differenzieren zu können.

Der vorliegende Aufsatz fragt nicht nach Solidarität als Widerstand, sondern nach einem systemkonformen solidarischen Verhalten in der ›Volksgemeinschaft‹ und diskutiert, ob ein analytischer Zugriff über Solidarität unser Verständnis von der nationalsozialistischen Gesellschaft erweitern kann. Solidarität in der ›Volksgemeinschaft‹ wird vor allem bei zwei Untersuchungsfeldern der Geschichte des Nationalsozialismus Thema: erstens, wenn es um mobilisierende Maßnahmen des »Winterhilfswerkes des Deutschen Volkes« (WHW) und der »Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt« (NSV) geht. Auch hier wird der Begriff zum Teil als Hilfskonstruktion verwendet, um Hilfsmaßnahmen oder ein propagandistisch verbreitetes Gemeinschaftsgefühl zu umschreiben. Eine nötige Trennschärfe und Distanz zum propagandistisch verwendeten Quellenbegriff wird dabei kaum hergestellt. Immerhin sprachen die Nationalsozialisten – wie im ersten Unterkapitel ausgeführt – selbst von »nationaler Solidarität«, die etwa im WHW deutlich werde. Doch gerade das Verhältnis von Freiwilligkeit und Solidarität gerät hier besonders zugespitzt in den Fokus.<sup>14</sup>

Zweitens spielt Solidarität bei der Untersuchung der »Heimatfront« im Luftkrieg eine gewisse Rolle. Gerne betonten die Nationalsozialisten selber die angeblich durch die Bombardierungen zusammengeschweißte solidarisch-kameradschaftliche ›Volksgemeinschaft‹ und verlangten von den ›Volksgenossen‹ ein hohes Maß an Eigenverantwortung im Selbstschutz.<sup>15</sup> Das gewünschte Ideal waren Formen der völkischen Selbsthilfe, in der die Loyalität zum Regime und seinen Zielen deutlich wurde. Für die wissenschaftliche Bewertung und Zuschreibung von Solidarität erscheint es den jeweiligen Historikerinnen und Historikern vor allem wichtig, wie groß der Grad an unorganisierter Selbsthilfe innerhalb der Bevölkerung war. Das wird in der Forschung mit der Frage kontrastiert, ob nicht doch die NS-Institutionen von Gau, Militär, Stadt, Reichsluftschutzbund und NSV den individuellen und lokalgesellschaftlichen Umgang mit dem Luftkrieg bestimmten. Nicholas Stargardt ist der Auffassung, dass die NS-Politik bei der Bewältigung der alliierten Bombardements »die Idee spontaner Solidarität innerhalb der Bevölkerung stillschweigend aufgab und stattdessen auf die staatliche Versorgung Bedürftiger zurückgriff«.<sup>16</sup> Staatliche Unterstützung versteht

14 Vgl. Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, S. 36f.; Florian Wimmer, Die völkische Ordnung von Armut. Kommunale Sozialpolitik im nationalsozialistischen München, Göttingen 2014, S. 186 und 353; Peter Zolling, Zwischen Integration und Segregation. Sozialpolitik im »Dritten Reich« am Beispiel der »Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt« (NSV) in Hamburg, Frankfurt am Main/Bern etc. 1986, S. 266f.

15 Vgl. Malte Thießen, Eingebrennt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005, München/Hamburg 2008, S. 50f.

16 Nicholas Stargardt, Der deutsche Krieg. Zwischen Angst, Zweifel und Durchhaltewillen – wie die Menschen den Zweiten Weltkrieg erlebten, Frankfurt am Main 2015, S. 479f. Michael Schmiedel konstatiert mit Blick auf das besetzte Frankreich, dass sich im Land nicht selten lokale, private und staatliche Initiativen von gegenseitiger Hilfe und Solidarität im Luftkrieg entwickelten. Das Vichy-Regime versuchte daraus Profit zu ziehen und die Maßnahmen unter ihrer Hoheit zu koordinieren und zu kontrollieren. Vgl. Michael Schmiedel, Orchestrated Solidarity. The Allied Air War in France and the Development of Local and State-Organized Solidarity Movements, in: Claudia Baldoli/Andrew Knapp/Richard Overy (Hrsg.), Bombing, States and Peoples in Western Europe 1940–1945, London/New York 2011, S. 206–218.

Stargardt dezidiert nicht als solidarische Praktik. Für ihn gelten Akte der Selbstorganisation der lokalen Bevölkerungen als solidarisch und Handeln, das in staatlichen Organisationen passiert, will er anders beschrieben wissen. Auch Jörg Friedrich changiert in seinem umstrittenen Buch »Der Brand« zwischen einer kurzen Bewertung von solidarischen Hilfsleistungen in der deutschen Bevölkerung und der ansonsten festzustellenden Dominanz des NS-Staats, der das konkrete Handeln der Menschen bestimmte und zum Teil erst ermöglichte.<sup>17</sup> Beide zielen auf die Motivation individueller Akteure, die im staatlich kontrollierten Rahmen weniger eindeutig herauszuarbeiten ist, auch wenn sich das Bedürfnis, Hilfe zu leisten und sich für Geschädigte zu engagieren, und die Existenz staatlicher Organisationen, in denen das umgesetzt werden kann, durchaus bedingen können. Gleichzeitig wird bei beiden Autoren deutlich, welch großes normatives Gepäck die Solidarität mit sich bringt. Es wird ein Unwillen deutlich, vom Regime unterstützte Aktivitäten im Rahmen von NS-Organisationen als solidarisch zu bezeichnen.<sup>18</sup>

### I. »Solidarität des eigenen Blutes«: Der Begriff und seine Funktion im Nationalsozialismus

Wie sprachen Nationalsozialisten von »Solidarität«? Vor allem anderen stand zunächst die Auseinandersetzung mit denjenigen im Mittelpunkt, die seit Jahrzehnten den Begriff geprägt und sich im wahrsten Sinne des Wortes auf die Fahnen geschrieben hatten. »Solidarität« – das galt den Nationalsozialisten zunächst als ein Begriff der »Systemzeit«, als Teil einer Sprache der Linken, der auf einen verhassten Internationalismus zielte. Hitler sparte seit Mitte der 1920er-Jahre nicht mit Hämte und Hass gegen die seiner Meinung nach nicht nur naiven, sondern gefährlichen marxistischen Vorstellungen einer internationalen Verbrüderung. Seinem Publikum prognostizierte er in Zwickau im Juli 1925 nationalistischen Furor für den Fall, dass es wie 1914 zu einem weiteren Gang zu den Waffen kommen werde:

»Auf einmal wäre alle internationale Solidarität vergessen, und an seine Stelle käme die Flagge einer deutschen Volksgemeinschaft. Und du würdest mitgehen! [...] Denn im letzten Grunde bist auch du Fleisch von diesem Fleisch. Schuld an deinem jetzigen Los ist der Teil des Volkes, der dich nicht verstand und sich nicht um dich kümmerte, und dich dem fremden Verführer überließ.«<sup>19</sup>

17 Vgl. Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, München 2002, S. 442 und 475f. Ein weiteres überschaubares Feld, in dem sich Historiker mit Solidarität im Nationalsozialismus beschäftigt haben, ist die NS-Außenpolitik. Johannes Däfinger geht hier nationalsozialistischen Vorstellungen einer europäischen Solidarität gegen den Bolschewismus und das »Weltjudentum« nach. Johannes Däfinger, *Show Solidarity, Live Solitarily. The Nazi ›New Europe‹ as a ›Family of Peoples‹*, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 24, 2017, S. 905–917, hier: S. 912f.

18 Zu individuellem und strukturalistischem Solidaritätsbegriff vgl. Tranow, *Solidarität*, S. 397.

19 Adolf Hitler, Rede auf NSDAP-Versammlung in Zwickau, 15.7.1925, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), *Adolf Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933*, Bd. 1: *Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925–Juni 1926*, München 1992, S. 118–139.

Dabei seien einige politische Ziele seiner NSDAP gar nicht so weit entfernt von denen der Marxisten, doch mit einer entscheidenden Einschränkung:

»Was will die Bewegung in ihren wesentlichen Zügen? Sie soll im deutschen Volk das herstellen, was Sie, meine lieben Freunde von links, von einer anderen Welt erträumen. Sie erträumen eine Solidarität der ganzen Welt, wir erträumen eine Solidarität unseres Volkes, eine Solidarität, die umschließen und erfassen soll alles, was ehrlich schafft und seinem Nächsten gibt, was ihm gebührt.«<sup>20</sup>

Einige Jahre später fasste er die dahinterliegende Überzeugung wie folgt zusammen: »Niemand in der Welt wird uns helfen, außer wir helfen uns selbst.«<sup>21</sup> Wahre und das hieß »nationale Solidarität« könne und dürfe es Adolf Hitler zufolge nur zwischen Angehörigen eines rassistisch definierten Volkes geben. Sie ruhte, wie er im September 1933 noch einmal hervorhob, auf der »Solidarität, die blutmäßig ewig begründet«<sup>22</sup> sei, einer von ihm schon früher angesprochenen »Solidarität des eigenen Blutes«<sup>23</sup> eben und auf dem selbstlosen Opfer für die »Volksgemeinschaft«.

Den Nationalsozialisten half, dass auch die linken Parteien den Solidaritätsbegriff nicht fest durchdeklinierten und partikulare, kämpferische Vorstellungen in der Begriffstradition eingeschrieben waren. So hieß es im »Dritten Reich« nicht mehr »Wir« gegen die Kapitalisten, sondern »Wir« als »Volksgemeinschaft« gegen die »Gemeinschaftsfremden« und die vom Regime zu Feinden Deklarierten. Dagegen war die Solidarität der Arbeiterbewegung mit demokratischen und universalistischen Idealen und Zielen versehen, die denen der Nationalsozialisten fundamental widersprachen und die sie in ihrer eigenen Sprache schnell vergessen machen wollten.<sup>24</sup>

Die prominente Rolle, die der Begriff in Hitlers hier zitierter Septemberrede hatte, war kein Zufall. Der »Führer« eröffnete mit seinem Wortbeitrag im Herbst 1933 das erste »Winterhilfswerk des Deutschen Volkes«. Dem noch jungen Regime ging es darum, der jahrzehntelangen Rhetorik der linken Arbeiterbewegung etwas in Wort und Tat entgegenzusetzen. Hitler betonte, wie wichtig das freiwillige Opfer jedes Einzelnen im WHW sei, um das nationalsozialistische Erziehungs- und Gesellschaftsprojekt voranzutreiben.<sup>25</sup> Die öffentlich inszenierten Spendensammlungen suchten die »Volks-

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Die Rede des Führers zum sechsten Winterhilfswerk 1938/39, in: Führer-Reden zum Winterhilfswerk 1937 und 1938, Berlin 1939, S. 15–22, hier: S. 18.

<sup>22</sup> Rede zur Eröffnung der Winterhilfsaktion gegen Hunger und Kälte, 13.9.1933, in: Max Domarus (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil 1: Triumph, Bd. 1: 1932–1934, München 1988 (zuerst 1962), S. 169–342.

<sup>23</sup> »Freiheit und Brot«, Rede auf NSDAP-Versammlung in Dörflas, 26.6.1927, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Adolf Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. 2: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl. Juli 1926–Mai 1928, Teil 1: Juli 1926–Juli 1927, München 1992, S. 386–404.

<sup>24</sup> Vgl. Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, S. 41.

<sup>25</sup> Vgl. Herwart Vorländer, NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk des deutschen Volkes, in: VfZ 34, 1986, S. 341–380, hier: S. 366. Hitler unterstrich im Oktober 1934 bei der Eröffnung des WHW noch einmal, dass man den Glauben an die internationale Solidarität durch die »nationale Solidarität« ersetzen müsse. Vgl. Aryeh S. Lunger, Propaganda and Welfare in Nazi Germany, in: Journal of Social History 4, 1970/71, S. 125–140, hier: S. 136.



genossinnen« und ›Volksgenossen« von nun an regelmäßig heim. Der jährliche Sammelauftakt Anfang Dezember war als »Tag der nationalen Solidarität« bald prominent hervorgehoben.<sup>26</sup> Ein größer angelegtes einheitliches Konzept steckte aber kaum dahinter. Hitler verzichtete jedenfalls darauf, sich in den Folgejahren noch eingehender zur »nationalen Solidarität« zu äußern. Er brauchte, so könnte man argumentieren, den Begriff der Solidarität nicht, um seine Vorstellungen für die nationalsozialistische Gesellschaft und Politik in öffentlichkeitswirksame Worte zu kleiden. Die innenpolitischen Gegner auf der Linken waren geschlagen und eine propagandistische Auseinandersetzung mit ihrer Begriffswelt erschien ihm offensichtlich nicht mehr notwendig. Unumstritten war dieser Versuch gleichwohl nicht, und es blieb während der Anfangsjahre der Diktatur unklar, ob der Begriff nun inkorporiert oder offensiv bekämpft werden würde. Es lässt sich nur kontrafaktisch darüber mutmaßen, ob der WHW-Tag, wäre er erst später im Verlauf der NS-Herrschaft eingerichtet worden, noch genauso geheißen hätte.<sup>27</sup>

Den »Allgemeinen Deutschen Sprachverein«, eine Organisation, die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts der »Reinhaltung« der deutschen Sprache von ausländischen »Einflüssen« verschrieben hatte, störte ein sprachgeschichtliches »Gepäck« des »Tags der nationalen Solidarität«. Nach seiner ersten Durchführung 1935 kritisierte der Verein in seiner Zeitschrift die »unglückliche Wahl jener welschen Bezeichnung«. Sie müsse jeden kränken, dem die »deutsche Muttersprache als teuerstes Erbgut von den Ahnen her, als reinsten Ausdruck der deutschen Seele« am Herzen liege.<sup>28</sup> Sie wollten lieber den Tag des »Gemeinsinns« oder »Brudersinns« begehen.<sup>29</sup> »Solidarität« war für sie nicht »deutsch« genug. Gemeint war für die erwünschte Praxis gesellschaftlichen Verhaltens, bei allen sprachlich-chauvinistischen Spitzfindigkeiten, wohl das Gleiche wie bei den Verantwortlichen für das Winterhilfswerk, die keinen Anlass sahen, den Namen zu verändern: Grundlage der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ hatte das Credo »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« zu sein. Ein anderer Leitspruch, an dem sich die nationalsozialistische Erziehung orientierte, machte die dahinterliegende Stoßrichtung noch deutlicher: »Ich bin nichts, mein Volk ist alles.«<sup>30</sup> Das Individuum hatte sich und eigene Interessen dem von der Staatsführung vorgegebenen »Gemeinschaftszielen« von »Volk« und »Rasse« völlig unterzuordnen. Es ging nicht um Menschen, sondern um ›Volksgemeinschaft‹ und den ›Volkskörper‹. Eine rezipro-

26 Vgl. Cornelia Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, Berlin/New York 2007 (zuerst 1998), S. 602f.

27 Es ist auffällig, dass etwa in den im Krieg erschienenen Propagandaarbeiten von Hans Bernsee und Werner Reher zur NS-Volkswohlfahrt der Begriff »Solidarität« im Grunde nicht verwendet wird. Er taucht eben lediglich als »Tag der nationalen Solidarität« auf. Vgl. Hans Bernsee, *Aufgaben der NS-Volkswohlfahrt im Kriege*, Berlin 1941; Werner Reher, *Die NS-Volkswohlfahrt*, Berlin 1943.

28 Zit. nach: Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, S. 602f. Zum »Allgemeinen Deutschen Sprachverein« vgl. Karl-Heinz Göttert, *Die Sprachreiner. Der Kampf gegen Fremdwörter und der deutsche Nationalismus*, Berlin 2019.

29 Vgl. Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, S. 602f.

30 Vgl. Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, S. 352; Dietmar Süß, »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. *Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich*, München 2017, S. 52.

ke, sich entwickelnde Solidarbeziehung und darauf aufbauende Vergemeinschaftung war hier nicht gemeint.

Die NSV, die nicht zuletzt maßgeblich mit der Durchführung des Winterhilfswerks betraut war, operierte propagandistisch präferiert mit anderen Begriffen, um die geistigen Grundlagen ihrer Wohlfahrtsarbeit unters Volk zu bringen:

»Der unermüdlichen Erziehungsarbeit der Partei ist zu verdanken, daß Parolen wie ›Volksgemeinschaft‹ und ›Gemeinnutz geht vor Eigennutz‹ nicht tote Begriffe sind, sondern Ausdruck der Gesamthaltung des deutschen Volkes. Bereits im Kampf um die Macht hatte die Partei bewiesen, daß Opfer und Einsatzbereitschaft, Gehorsam und Disziplin, Ehre und Treue keine leeren Phrasen, sondern die wesentlichen Tugenden des Nationalsozialismus sind.«<sup>31</sup>

Auch in ihren Augen war die ›Volksgemeinschaft‹ nicht bloß eine Solidar-, sondern eine sehr viel größere »Schicksalsgemeinschaft«. In ihrem propagandistischen Zentrum stand der Opfer- und nicht der Solidaritätsbegriff.<sup>32</sup> Die ›Volksgenossen‹ sollten sich in diese idealerweise von selbst opfernd einbringen, doch fügten diese sich nicht, gab es eine ganze Bandbreite an Möglichkeiten, um »Freiwilligkeit« und Engagement herzustellen.

Im Winterhilfswerk sollte, so die Traumwelt ihrer Trommler, die neue NS-Gesellschaft erfahrbar werden, die alte Klassenschränken zu überwinden suggerierte. Parteiführer begingen öffentlichkeitswirksam den »Eintopfsonntag«, bei dem die Deutschen auf ein üppiges Essen verzichten und das Gesparte für bedürftige ›Volksgenossen‹ spenden sollten. Mit WHW-Sammelbüchsen standen Aktivisten der »Bewegung« in den Straßen oder gingen von Tür zu Tür, um Gelder einzuholen. Die Spenden waren dabei jedoch keineswegs rein freiwillig. Mit impliziten und expliziten Zwangsmaßnahmen lockerten Regimevertreter die Geldbörsen der Bevölkerung. Die fehlende WHW-Spendenplakette an der Wohnungstür verwies alle Vorbeigehenden auf die mangelnde Bereitschaft der Bewohner, sich in die ›Volksgemeinschaft‹ einzubringen. Zum Teil wurde der Beitrag ohne vorherige Einwilligung einfach direkt vom Gehalt abgezogen. Trotz dieser zweifelhaften Methoden vermochte das dahinterliegende gemeinschaftsbildende Ideal durchaus zu überzeugen – unabhängig davon, wie solidarisch die dazugehörigen Praktiken nun waren oder nicht. Die Vorstellung einer deutschen ›Volksgemeinschaft‹ fand Anklang in der Bevölkerung.<sup>33</sup>

Das wusste die NS-Führung nur allzu gut. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels präsentierte in seinen Aufzeichnungen einen Eindruck davon, wie breit der Quellenbegriff »Solidarität« von Nationalsozialisten verstanden werden konnte. Zum einen nutzte er ihn, um kenntlich zu machen, dass andere NS-Führer seine Anliegen unterstützten, ihm zustimmten oder eine produktive Zusammenarbeit in der Re-

31 Bernsee, Aufgaben der NS-Volkswohlfahrt im Kriege, S. 113.

32 Vgl. Erich Hilgenfeldt, Volkspflege. Reden vom Reichsparteitag Großdeutschlands, Berlin 1938, S. 12f.; Zolling, Zwischen Integration und Segregation, S. 17 und 125.

33 Vgl. Richard J. Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2: Diktatur, München 2010 (zuerst engl. 2005), S. 596; Peter Longerich, Geschichte der SA, München 2003, S. 224; Tim Schanetzky, »Kanonen statt Butter«. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bonn 2016, S. 68.



gimespitze im Krieg herrschte.<sup>34</sup> Zum anderen belobigte er mit dem Wort seiner Meinung nach vorbildliches Verhalten der Bevölkerung im Luftkrieg. Also solches, indem Menschen Ruhe bewahrten, sich gegenseitig nach Bombardements halfen und Arbeiter nach Angriffen am Arbeitsplatz erschienen, um ihrem Rüstungswerk nachzugehen.<sup>35</sup> Die Propaganda nahm die dahinterliegenden Überzeugungen auch bildlich auf. So zeigte ein Plakat vom Mai 1942 einen Wehrmachtssoldaten mit dem Text versehen »So wie wir kämpfen. Arbeite Du für den Sieg!«.<sup>36</sup> Goebbels stellte den Einsatz an der luftkriegsgebeutelten Heimatfront mit dem an der Kriegsfrente gleich. Die kämpfende ›Volksgemeinschaft‹ war in dieser Darstellung durch ein unsichtbares Band miteinander verbunden.<sup>37</sup>

Die alliierten Bombardements förderten bei allen Beispielen von gegenseitiger Hilfe jedoch auch Verteilungskämpfe um knapper werdende Ressourcen und die Denunziationsbereitschaft der ›Volksgenossen‹, die in ihren Auseinandersetzungen untereinander bereitwillig Partei- und Staatsinstanzen einbanden. Derlei unsolidarisches Verhalten stabilisierte das Regime sogar, da es seinen Institutionen eine gewichtige und ordnende Rolle im Kriegsalltag der Deutschen sicherte.<sup>38</sup> Die Erfahrungen von aus Großstädten evakuierten ›Volksgenossinnen‹ und ›Volksgenossen‹ in den Aufnahmegebieten des Reichs waren eher geprägt von Unverständnis, Vorurteilen und Vorbehalten seitens der lokalen Bevölkerung. Eine solidarische ›Volksgemeinschaft‹ manifestierte sich dadurch in der Regel eher nicht.<sup>39</sup> Doch in anderer Hinsicht profitierte der nationalsozialistische Krieg tatsächlich von starken zwischenmenschlichen Bindungen. So beschrieb der Münchner Karl Wieninger in seinen Memoiren das Risiko, dem er sich im Luftschutzdienst während des alliierten Luftkriegs ausgesetzt sah. Doch erfüllte ihn die gefährliche Arbeit, da niemand der mit ihm Eingesetzten an der Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns zweifelte und ihr Engagement dem Schutz der eigenen Nachbarschaft in München-Sendling diene. Dabei stand Wieninger dem ›Dritten Reich‹ politisch ablehnend gegenüber und engagierte sich in den letzten

34 Vgl. Tagebucheintrag vom 23. Januar 1943, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 7: Januar–März 1943, München 1993, S. 160–182; Tagebucheintrag vom 1. März 1943, in: ebd., S. 441–445; Tagebucheintrag vom 8. Mai 1943, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 8: April–Juni 1943, München 1993, S. 228–241; Tagebucheintrag vom 7. März 1945, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 15: Januar–April 1945, München 1995, S. 433–444.

35 Vgl. Tagebucheintrag vom 4. März 1943, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 7: Januar–März 1943, München 1993, S. 466–472; Tagebucheintrag vom 17. Februar 1944, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 11: Januar–März 1944, München 1994, S. 298–303.

36 Vgl. Michael Schneider, In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945, Bonn 2014, S. 590.

37 Vgl. Jörn Brinkhus, Luftschutz und Versorgungspolitik. Regionen und Gemeinden im NS-Staat, 1942–1944/45, Bielefeld 2010, S. 276; Thießen, Eingebrennt ins Gedächtnis, S. 50f.

38 Vgl. Stargardt, Der deutsche Krieg, S. 483f.; Richard J. Overy, The Bombing War. Europe 1939–1945, London 2013, S. 478f.; Thießen, Eingebrennt ins Gedächtnis, S. 46f.

39 Vgl. Stephan Glienke, The Allied Air War and German Society, in: Baldoli/Knapp/Overy, Bombing, States and Peoples in Western Europe 1940–1945, S. 184–205, hier: S. 196–199; Stargardt, Der deutsche Krieg, S. 429 und 476f.; Overy, The Bombing War, S. 441f.

Kriegstagen 1945 im Widerstand der »Freiheitsaktion Bayern«.<sup>40</sup> Die Deutschen kämpften im letzten Kriegsjahr nicht unbedingt weiter, weil sie das NS-Regime zu retten versuchten. Sie taten es häufig, weil sie ihre Heimat und Familie vor der erwarteten Rache der Alliierten schützen und die Soldaten ihre Kameraden nicht im Stich lassen wollten.<sup>41</sup>

Die Nationalsozialisten hatten verstanden, dass (emotionale) Vergemeinschaftung nicht nur durch hehre Worte, sondern durch Handlungen hergestellt werden müsse. Davon lebten Idee und Praxis der »Volksgemeinschaft«, selbst wenn man hier lediglich eine simulierte »Solidargemeinschaft« unterstellt. Wenn im »Dritten Reich« von offizieller Seite von »nationaler Solidarität« gesprochen wurde, dann wusste die angesprochene Öffentlichkeit, was damit für ein völkisches Gemeinschafts- und Pflichtgefühl gemeint war. Wie in anderen Bereichen der »Volksgemeinschafts«-Rhetorik blieb vieles im Ungefähren. Doch wem die »nationale Solidarität« zu gelten hatte beziehungsweise wer von ihr auszuschließen war, das brachte Joseph Goebbels drei Wochen nach der Reichspogromnacht 1938 in seinem Tagebuch auf den Punkt: »Die Juden dürfen am Samstag, dem »Tag der nationalen Solidarität«, ihre Häuser nicht verlassen.«<sup>42</sup>

Den gesellschaftlichen Sozialbeziehungen und dem zwischenmenschlichen Band widmeten die Nationalsozialisten während der gesamten zwölf Jahre ihrer Herrschaft einiges an Aufmerksamkeit, waren sie doch für das Gelingen des nationalsozialistischen »Volksgemeinschaftsprojekts« zentral. Allerdings nutzten die Verantwortlichen, um die dem zugrunde liegenden Bindungen zu beschreiben, weniger den Begriff der Solidarität, sondern einen sehr viel martialischeren: »Kameradschaft«. Dieser war eng mit den von den Nationalsozialisten verherrlichten Banden zwischen Soldaten im Krieg verknüpft und deren gegenseitiger Unterstützung angesichts drohender Lebensgefahr.<sup>43</sup>

Selbst die privatesten Kontakte sollten vom nationalsozialistischen Verständnis dieses Wortes durchdrungen sein. Das betonte Adolf Hitler etwa in seiner Rede an die »NS-Frauenschaft« (NSF) während des NSDAP-Reichsparteitages 1937. In der anschließend erschienenen Broschüre zum »Einsatz der Frau in der Nation« fassten die Berichterstatter die Worte des Staats- und Parteichefs prägnant zusammen: »In seiner Rede an die deutschen Frauen sprach der Führer, der die Kameradschaft seiner Kämp-

40 Vgl. Karl Wieninger, In München erlebte Geschichte, München 1985, S. 79.

41 Vgl. Thomas Kühne, Kameradschaft – »das Beste im Leben des Mannes«, in: GG 22, 1996, S. 504–529, hier: S. 506; Nicholas Stargardt, The Troubled Patriot. German Innerlichkeit in World War II, in: German History 28, 2010, S. 326–342, hier: S. 329.

42 Tagebucheintrag vom 30. November 1938, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 6: August 1938–Juni 1939, München 1998, S. 205–206.

43 Vgl. Stefan Kühl, Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust, Berlin 2014, S. 152f. und 162. Der Begriff der Kameradschaft wird insbesondere genutzt, um zwischenmenschliche Bindungen in Organisationen zu beschreiben, die auf Extremsituationen ausgerichtet sind – wie beim Militär, der Feuerwehr oder im Bergbau. Vgl. Sven Grüneisen, Kameradschaft im Reserve-Polizeibataillon 101 und der Genozid an den Juden. Eine soziologische Rekonstruktion von Verhaltenserwartungen in Extremsituationen, in: Alexander Gruber/Stefan Kühl (Hrsg.), Soziologische Analysen des Holocaust. Jenseits der Debatte über »ganz normale Männer« und »ganz normale Deutsche«, Wiesbaden 2015, S. 171–214, hier: S. 172.

fer geschaffen hat, mit großem Verstehen von der Kameradschaft im kleinsten Kreise, der Kameradschaft der Ehe.«<sup>44</sup> Die idealisierte Kampfgemeinschaft von SA und NS-Bewegung sollte Vorbild für die NS-Gesellschaft sein. Der NSF unter Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink kam hierbei eine zentrale Bildungsaufgabe zu. Sie sollte auf die »deutsche Frau« einwirken, damit diese ihren Teil für die kameradschaftliche ›Volksgemeinschaft‹ tat. Das war gar nicht so einfach – jedenfalls aus Sicht von Scholtz-Klink. Sie stand vor der Herausforderung, den männlich konnotierten, idealisierten aufopferungsvollen Dienst am ›Volk‹ auf die ›Volksgenossinnen‹ zu übertragen und sie für das Regime zu mobilisieren. Während Männer anscheinend immer schon gemeinschaftlich über Institutionen wie das Militär ihren Beitrag für Nation und Volk geleistet hatten, war dies bei Frauen keineswegs so selbstverständlich.<sup>45</sup> Bei ihrem Versuch, Dienst und Kameradschaft in weibliche Formen zu gießen, half ihr der Rückgriff auf die Solidarität.

Gertrud Scholtz-Klink ließ die Zuhörerinnen auf ihrer Rede auf dem Reichsparteitag 1937 wissen, »daß die Frau weniger durch äußere Disziplin und Kommando zu erfassen ist als der Mann«, da sie zu sehr mit den Problemen des Alltags beschäftigt sei.<sup>46</sup> Dabei müssten sich die deutschen Frauen gegenseitig unterstützen. Und dies umschrieb Scholtz-Klink durchaus mit solidarischen Handlungen, die die NSF mitorganiisierte. Bereits auf dem Reichsparteitag 1935 hatte die Frauenführerin gelobt, welchen Einsatz die ›Volksgenossinnen‹ erbrachten, um einander zu helfen. Als Beispiel nannte sie den »Deutschen Frauenarbeitsdienst«. Hier hätten junge Studentinnen Fabrikarbeiterinnen mit Kindern entlastet. Denn die jungen Frauen seien für die Mütter eingespungen und hätten so ermöglicht, dass diese einige Tage Urlaub von der Arbeit nehmen konnten: »Diese Hilfeleistung deutscher Frauen untereinander konnte ohne große finanzielle Belastung auch wieder durch die Solidarität der deutschen Frauen durchgeführt werden«. Das Ziel dieser Aktionen nannte sie prägnant und mit der Weimarer Republik kontrastierend: »Das war ja das Wesentliche, was die hinter uns liegende Zeit dem deutschen Menschen nicht geben konnte: das Gefühl der absoluten Verflochtenheit in das Gesamttagewerk der Nation.«<sup>47</sup> Scholtz-Klink verzichtete aus guten Gründen in ihrer Rede darauf, die Hintergründe des Frauenarbeitsdienstes genauer zu beleuchten. Hehre Ideale mussten hier keine Rolle spielen, denn immerhin war er beispielsweise für junge Abiturientinnen verpflichtend, wenn sie an einer Universität studieren wollten. Den Frauen mochte im Zweifel recht wenig an ihrer geleisteten Hilfe liegen. Es konnte eher darum gehen, den Dienst abzuleisten, um danach selbst gewählte Lebensplanungen fortsetzen zu können.<sup>48</sup>

Die NS-Frauenführerin ließ jedenfalls nichts unversucht, eine solidarische Gemeinschaft deutscher Frauen herbeizureden und den Dienstgedanken für die ›Vols-

44 Deutsches Frauenwerk (Hrsg.), Einsatz der Frau in der Nation. Frauenkundgebung Reichsparteitag der Arbeit 1937, Berlin 1937, S. 3.

45 Vgl. Jill Stephenson, Nationalsozialistischer Dienstgedanke, bürgerliche Frauen und Frauenorganisationen im Dritten Reich, in: GG 7, 1981, S. 555–571, hier: S. 558f.

46 Deutsches Frauenwerk, Einsatz der Frau in der Nation, S. 4.

47 Deutsches Frauenwerk (Hrsg.), Den deutschen Frauen. Frauenkongreß Reichsparteitag Nürnberg 1935, Berlin 1935, S. 10.

48 Vgl. Stefan Bajohr, Weiblicher Arbeitsdienst im »Dritten Reich«. Ein Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie, in: VfZ 28, 1980, S. 331–357, hier: S. 342f.

genossinnen« attraktiv zu machen. Hierbei verknüpfte sie den in der Arbeiterbewegung verankerten Begriff mit eher bürgerlichen Vorstellungen eines Dienstes an der Nation. Hier verwirklichte Scholtz-Klink zumindest in ihrer Begriffswahl die klassenübergreifende »Volksgemeinschaft«. <sup>49</sup> Der kaum klar definierte Solidaritätsbegriff war (und ist) anschlussfähig für Formen der Fürsorge und Hilfe, die zeitgenössisch weiblich konnotiert waren. Zudem fügte er sich gut in die Vorstellung ein, Frauen seien ohnehin dazu veranlagt, ihre eigenen Bedürfnisse selbstlos für das Gemeinwohl zu opfern. <sup>50</sup> Bei ihrem Versuch, so die nationalsozialistische Kameradschaft für Frauen anschlussfähig zu machen, geriet Scholtz-Klink in Konflikt mit einem der höchsten Vertreter der NS-Führung. Auch Robert Ley als NSDAP-Reichsorganisationsleiter und mächtiger Chef der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) sah seine Aufgabe darin, auf die Sozialbeziehungen in der »Volksgemeinschaft« einzuwirken.

Nach dem Reichsparteitag 1937 kam es zwischen den beiden zu einem Disput über die Rolle der Frau in der NS-Gesellschaft, dessen Anlass zunächst ein ziemlich nichtiger war. Scholtz-Klink hatte es gewagt, NSF-Mitarbeiterinnen in den NSDAP-Blöcken und -Zellen mit neuen Funktionärstiteln auszustatten, ohne dabei Rücksprache mit dem eifersüchtig über seine Herrschaftsbereiche wachenden Ley zu halten. Diesem stieß auf, dass die NSF-Frauen nun als »Leiterinnen« zumindest sprachlich den Männern in der jeweiligen Parteistruktur gleichgesetzt schienen.

In einem Schreiben an den Reichsorganisationsleiter schilderte die Reichsfrauenführerin im November 1937 noch einmal die Konfliktlinien und den Stand der Diskussion. Es gebe Bedenken, dass die Bezeichnung »Leiterin« die Autorität der (männlichen) Hoheitsträger der Partei unterlaufe. Im Gespräch mit Ley ließ Scholtz-Klink dann auch noch fallen, dass die Frauenschaftsleiterinnen »neben dem politischen Leiter« stünden – und dementsprechend nicht den Männern untergeordnet waren. Daraufhin habe ihr Ley »Emanzipationsbestrebungen« und Alleingänge außerhalb des NS-Organisationsgefüges vorgeworfen, was Scholtz-Klink strikt zurückwies. Es sei schlicht Fakt, dass ihr von der Partei die Aufgabe übertragen worden sei, die deutschen Frauen »zu einer solidarischen Haltung« zu erziehen. Das provozierte Ley dann wohl noch mehr, der Scholtz-Klink wissen ließ: »Sehen Sie, hier haben wir wieder Ihre Emanzipationsbestrebungen. Es gibt keine Solidarität der Frau.« Die Angegriffene wehrte sich und präziserte, dass sie mit dem Begriff »jene innere disziplinierte Haltung meinen würde, die in der SA, SS, Wehrmacht, überhaupt in jeder Männerarbeit eine selbstverständliche Voraussetzung zu jeder Aufbauarbeit« sei. Durch eine solida-

49 Es bleibt zu fragen, inwieweit dies bei den angesprochenen Frauen Anklang fand. In älteren Forschungsarbeiten wird dies skeptisch gesehen. Vgl. *Stephenson*, Nationalsozialistischer Dienstgedanke, bürgerliche Frauen und Frauenorganisationen im Dritten Reich. Neuere Arbeiten zeigen, dass der Einsatz für die »Volksgemeinschaft« und die Dienstpflicht in der Phase der Aufrüstung von engagierten, bürgerlichen Frauen eingefordert wurde. Für sie war dies Teil einer besonderen »deutschen« Form der Geschlechterbeziehung, die sie den liberalen, westlichen Emanzipationsbestrebungen entgegenstellten. Vgl. *Franka Maubach*, Bürgerliche Frauen und NS-Geschlechterpolitik, in: *Norbert Frei* (Hrsg.), *Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?*, Göttingen 2018, S. 116–126, hier: S. 123f.

50 Vgl. *Jennifer E. Walcoff*, Von der Staatsbürgerin zur »Volksbürgerin«. Der Disput um die Rechtsstellung der Frau, in: *Sybille Steinbacher* (Hrsg.), *Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft*, Göttingen 2007, S. 48–66, hier: S. 53.

rische Haltung der Frauen könnten Konflikte in der Organisation gelöst werden. Zudem ließ sie Ley wissen, »daß diese innere Solidarität, die für mich gleichbedeutend ist mit dem absoluten Bekenntnis zu innerer Zucht der Frauen und Bewußtsein ihrer Würde, niemals zu einem Gegen-die-deutschen-Männer führen könne«, sondern »kameradschaftlichste und ehrlichste Zusammenarbeit mit allen Männern der Bewegung und des Staates« Grundlage sei. Ley ließ das nicht gelten und behauptete, der NS-Staat müsse dann der »Frauen-Solidarität« eine Art »Männer-Solidarität« gegenüberstellen, was die ›Volksgemeinschaft‹ spalten würde.<sup>51</sup>

Die Diskussion zwischen Gertrud Scholtz-Klink, die im Nachgang durch den »Stellvertreter des Führers« vom »Emanzipationsvorwurf« freigesprochen wurde, und Robert Ley verweist auf mehrere Punkte im Zusammenhang mit nationalsozialistischem Solidaritätsverständnis.<sup>52</sup> Für Ley war allein die Begriffsnennung Anlass genug, um darin ein potenziell subversives Verhalten zu erkennen. Für ihn waren Idee und Begriff der Solidarität kein Bezugssystem, innerhalb dessen sich die von ihm angestrebten Sozialbeziehungen in der NS-Gesellschaft beschreiben ließen. Frauen waren aus seiner Sicht ohnehin nicht dazu fähig und auch bei den Männern in der ›Volksgemeinschaft‹ sah er andere Mechanismen am Werk beziehungsweise als wünschenswert an. Denn offenbar musste eine Solidarität unter Männern erst aufgebaut werden, um die gefährlich-emanzipatorische der Frauen zurückzudrängen. Partikulare Loyalitäten und Gemeinschaftsbildungen waren mit dem nationalsozialistischen, streng hierarchisch gedachten Gemeinschaftsverständnis schwer vereinbar. Das wusste auch Gertrud Scholtz-Klink. Sie verwies Ley auf jene Organisationen des NS-Staats, die durch einen anderen bereits bekannten Begriff verbunden waren, der für sie vorbildlich sein sollte: den der Kameradschaft. Die Reichsfrauenführerin verknüpfte das nationalsozialistische Ideal der Kameradschaft mit der Vorstellung einer weiblichen Solidargemeinschaft, die für die ›Volksgemeinschaft‹ nutzbar gemacht werden konnte. Der männlich verstandene Dienst für das ›Dritte Reich‹ sollte so für Frauen geöffnet werden. Bei Robert Ley verfiel dies aus den genannten Gründen nicht. Dabei darf Scholtz-Klinks Assoziation von Solidarität mit (weiblicher) Fürsorge nicht unvorsichtig für den Nationalsozialismus verallgemeinert werden. Die NS-Machthaber »feminisierten« den Solidaritätsbegriff nicht grundlegend, sondern nutzten ihn in diversen Zusammenhängen, die keineswegs alle weiblich konnotiert waren. Die schon angesprochene Offenheit des Begriffs machte ihn eben vielseitig anschlussfähig.

Die Solidarität blieb in – wenn auch untergeordneter Rolle – Teil der Sprache des ›Dritten Reichs‹. Der Begriff war nun mal interpretationsoffen genug, um trotz sichtlicher »Bauchschmerzen« einiger NS-Akteure systemkonform genutzt zu werden. Doch stellt sich daran anschließend die Frage, in welchem Zusammenhang Solidarität mit der immer wieder angesprochenen Kameradschaft in der ›Volksgemeinschaft‹ stand – sowohl in den Idealvorstellungen der NS-Führung als auch in der gesellschaftlichen Praxis. Denn bei der Betrachtung dieses Verhältnisses wird deutlich, worum es den Machthabern eigentlich ging und wie Widersprüche in der heterogenen NS-Gesellschaft entstanden, aber auch regimekonform aufgelöst werden konnten. Hier wird

51 Schreiben Scholtz-Klink an Ley, 3.11.1937, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945.

52 Vgl. Schreiben Bormann an Ley, 20.11.1937, in: ebd.

offenbar, wie einschränkend das angestrebte, idealisierte Verhalten eigentlich war und wie pragmatisch die Machthaber andererseits mit Handlungen ihrer ›Volksgenossen‹ umgingen, die nur bedingt ihren Ansprüchen genügten. So werden über die Solidarität die Sollbruchstellen der ›Volksgemeinschaft‹ deutlich. Denn jedes Verhalten hatte seine akzeptierten Grenzen.

Der etwa von Franz-Xaver Kaufmann als »klassische Formel der Solidarität« bezeichnete Leitsatz »Einer für alle, alle für einen« verband sich im ›Dritten Reich‹ mit nationalsozialistischen Kameradschaftsidealen.<sup>53</sup> So hieß es in einem Propagandabuch zur Arbeit der NSV im Krieg im Zusammenhang mit diesem Spruch: »Deshalb baut sich das Leben des deutschen Menschen im nationalsozialistischen Staat – und erst recht während des Krieges – auf dem Prinzip des selbstlosen Dienens auf: Wir müssen als Egoisten sterben, um als Kameraden aufzuerstehen!«<sup>54</sup> In der nationalsozialistischen Kameradschaft liegt ein entscheidender Schlüssel zum Platz der Solidarität in der gesellschaftlichen Praxis der ›Volksgemeinschaft‹.

Dieser Spur soll nun nachgegangen werden. Dabei wird ein »Ort« der NS-Gesellschaft in den Blick genommen, der für Millionen Menschen im ›Dritten Reich‹ alltagsbestimmend war: die ›Betriebsgemeinschaft‹. Diese war idealisiertes Kernelement einer kriegs- und leistungsbereiten nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹. Sie sollte in allen Unternehmen und Arbeitsplätzen des ›Dritten Reichs‹ entstehen und Grundlage neuer Sozialbeziehungen sein – jenseits des von der NS-Propaganda für die »Systemzeit« postulierten Klassenkampfs.<sup>55</sup> Ein Blick in die ›Betriebsgemeinschaft‹ ist deshalb eine wichtige Sonde, um sich den Funktionsweisen der NS-Gesellschaft zu nähern und die analytische Reichweite des Forschungsansatzes zu testen. Welchen Platz hatte die Solidarität in der ›Betriebsgemeinschaft‹? In welchem Verhältnis stand sie zum postulierten Ideal der Kameradschaft und der Wirklichkeit kollegialer Bindungen am Arbeitsplatz im ›Dritten Reich‹? Wie strukturierte sich die ›Betriebs-‹ und damit ein Stück weit die ›Volksgemeinschaft‹?

## II. Sozialbeziehungen und Verhalten in der ›Betriebsgemeinschaft‹: Von Kameradschaft, Kollegialität und Solidarität

Führung und Gefolgschaft, Hierarchie und Kameradschaft – das waren die Begriffe, die die neue nationalsozialistische ›Betriebsgemeinschaft‹ bestimmen und mit dafür sorgen sollten, die alten »marxistischen« Schlachten des Klassenkampfs zu beenden.

<sup>53</sup> Vgl. Kaufmann, Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität, S. 43f.

<sup>54</sup> Bernsee, Aufgaben der NS-Volkswohlfahrt im Kriege, S. 67. So ähnlich auch bei Reher, Die NS-Volkswohlfahrt, S. 18. Die Parole des WHW 1934/35 stand unter dem Motto: »Einer tritt für alle ein und alle für einen!«, vgl. Zolling, Zwischen Integration und Segregation, S. 183.

<sup>55</sup> Vgl. Rüdiger Hachtmann, Arbeit und Arbeitsfront. Ideologie und Praxis, in: Buggeln/Wildt, Arbeit im Nationalsozialismus, S. 89–91; Rüdiger Hachtmann, Chaos und Ineffizienz in der Deutschen Arbeitsfront. Ein Evaluierungsbericht aus dem Jahr 1936, in: VfZ 53, 2005, S. 43–78, hier: S. 47; Michael Schneider, »Organisation aller schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust«. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), in: Stephanie Becker/Christoph Stedt (Hrsg.), »Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben«. Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im »Dritten Reich«, Berlin 2012, S. 159–178, hier: S. 160–168.



Dahinter verbargen sich Vorstellungen, die kooperativen Arbeitsbeziehungen und solidarischen Banden unter den Beschäftigten zuwiderliefen.

Nachdem die ›Betriebsgemeinschaft‹ zunächst vor allem rhetorisch präsent gewesen war, erhielt die Worthölse im Januar 1934 mit dem »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« (AOG) eine arbeitsrechtliche Kontur. Timothy Mason nannte das AOG sogar etwas überspitzt: »Das Gesetz [...] war eines der umfassendsten, konsequentesten und am stärksten ideologisch geprägten Produkte nationalsozialistischer Gesetzgebung.«<sup>56</sup> Im Zentrum stand die streng hierarchisch nach dem »Führerprinzip« organisierte ›Betriebsgemeinschaft‹ mit dem »Betriebsführer« – in der Regel der Unternehmer – an der Spitze und der ihm untergeordneten »Gefolgschaft« der Beschäftigten. Beide sollten durch eine nicht näher definierte Treue- und Fürsorgepflicht verbunden sein.<sup>57</sup>

Robert Ley, der sich so vehement mit Gertrud Scholtz-Klink über subversive Frauen-Solidarität gestritten hatte, und seine ihm unterstehende »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) als Hüterin der ›Betriebsgemeinschaft‹ versuchten, die offensichtliche Entmachtung der Arbeitnehmerschaft durch Gemeinschaftsrhetorik aufzufangen. Die »Betriebsführer« sollten ihre neue Machtstellung nicht despotisch ausnutzen, sondern Entscheidungen den Mitarbeitern stets begründen und Vorbilder des neuen Gemeinschaftsgeists am Arbeitsplatz sein.<sup>58</sup> Den Berichterstattern der Gruppe »Neu Beginnen« entging nicht, welch militaristisches Ideal Ley anlegte.<sup>59</sup> Sie fassten dies Anfang 1935 pointiert zusammen:

»Dem Unternehmertum wird stets ›Anständigkeit‹ in der Behandlung des Arbeiters gepredigt. Wenn sie schon keine höheren Löhne zahlen könnten, dann sollten sie wenigstens durch ›Volksgemeinschaft‹ und ›Kameradschaft‹ das Aufkommen von sozialen Konflikten verhindern. Aber auch den Arbeitern wird dies gesagt, damit sie glauben, daß es im Dritten Reich im allgemeinen nur anständige, sozial denkende Unternehmer gibt und daß gegen einzelne noch vorhandene Scharfmacher energisch gekämpft würde.«<sup>60</sup>

Der DAF-Führer betonte in seinen Reden immer martialisch, wie aus den alten Proletariern die neuen »Soldat[en] der Arbeit würden!«.<sup>61</sup> Grundlage der Gemeinschaftsbildung waren die Disziplin von »Führer« und »Gefolgschaft« und die Unterordnung un-

56 Vgl. Timothy W. Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934. Ein Versuch über das Verhältnis »archaischer« und »moderner« Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Bd. 2, Kronberg im Taunus 1977 (zuerst 1974), S. 322–351, hier: S. 325.

57 Vgl. Matthias Frese, Betriebspolitik im »Dritten Reich«. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939, Paderborn 1991, S. 94f.

58 Vgl. ebd., S. 117 und 122.

59 Vgl. Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 11, Dezember 1934/Januar 1935, in: Bernd Stöver (Hrsg.), Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich, 1933–1936, Bonn 1996, S. 359.

60 Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 12, Februar/März 1935, in: ebd., S. 388.

61 Robert Ley, Durchbruch der sozialen Ehre. Reden und Gedanken für das schaffende Deutschland, München 1939, S. 211.



ter das Credo: »Jeder muß wissen, daß er nur soviel von der Gemeinschaft verlangen kann, als er bereit ist, der Gemeinschaft zu geben.« Dabei ließ Ley keine Zweifel daran, wem jeder einzelne Arbeiter und Angestellte im Deutschen Reich hier nachzueifern hatte:

»Unser Vorbild ist der Soldat. Er verkörpert alle diese Tugenden in erhabenster Weise. [...] Und wenn wir jene neue Gesellschaftsordnung von gleicher Ehrauffassung, von Anständigkeit und höchster sozialistischer Einsatzbereitschaft formen wollen, werden wir immer wieder zu dem Vorbild des Soldaten zurückkehren müssen.«<sup>62</sup>

Dementsprechend zentral musste der Kameradschaftsbegriff sein. Der Mitarbeiter und Kollege wurde zum »Arbeitskameraden« und der Arbeitsplatz rhetorisch zum Exerzierplatz und Schlachtfeld.<sup>63</sup>

Kameradschaft war zeitgenössisch nicht zwingend so militärisch aufgeladen, wie das im Deutschland des 21. Jahrhunderts der Fall ist. Auch die Mitglieder von »Neu Beginnen« oder die Berichterstatter der SOPADE nutzten den Begriff, um soziale Bindungen am Arbeitsplatz auszudrücken. Dabei verwendeten sie ihn zeitgleich mit und als Synonym von Kollegialität und verbanden ihn eng mit Vorstellungen solidarischen Verhaltens innerhalb der Arbeiterschaft. So hieß es in einem Bericht der SOPADE aus Deutschland noch im Herbst 1937: »Die Kameradschaft und Solidarität ist nicht schlecht. Das ist aber nicht etwa ein Erfolg der Betriebsgemeinschafts-Phrasen, sondern einfach das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit und der Tatsache, dass die Arbeiter aufeinander angewiesen sind.«<sup>64</sup> Dabei war den Sozialdemokraten sehr bewusst, dass sie unter Kameradschaft etwas anderes verstanden als die Nationalsozialisten.

Über alle politischen Lager hinweg fanden sich nach 1918 Personen, die in der kameradschaftlichen Kriegserfahrung der Soldaten des Ersten Weltkriegs eine Grundlage für eine neu zu schaffende volksgemeinschaftliche deutsche Gesellschaft sahen. Dabei unterschieden sich die jeweiligen konkreten Vorstellungen jedoch erheblich zwischen den Lagern von links nach rechts.<sup>65</sup> Für die Nationalsozialisten erwies sich Kameradschaft anfangs als nicht völlig unproblematisch. Immerhin verstand insbesondere die politisch Linke den Begriff als durchaus subversiv. Hier standen die Kameraden geschlossen ihren Vorgesetzten und der militärischen Führung gegenüber,

62 Ebd., S. 222f.

63 Vgl. Rüdiger Hachtmann, »Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust.« Aufwertung des Arbeiterbegriffs durch den Nationalsozialismus?, in: Stefan Krimm/Martin Sachse (Hrsg.), Die Praxis und die höheren Sphären – »Zwei Kulturen« oder nur ein Missverständnis?, München 2006, S. 128–152; Inge Marszolek, Vom Proletarier zum »Soldaten der Arbeit«. Zur Inszenierung der Arbeit am 1. Mai 1933, in: Bugeln/Wildt, Arbeit im Nationalsozialismus, S. 215–228.

64 Bericht vom 14.10.1937, in: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (im Folgenden: Deutschland-Berichte der Sopade), Jg. 4, Nr. 9, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP04009>> [1.12.2020].

65 Vgl. Thomas Kühne, Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 18 und 27–67.

die Kriege verlängerten und Soldaten verheizten.<sup>66</sup> Doch mit dem nationalsozialistischen Kameradschaftsverständnis hatte das wenig zu tun.

Denn die Nationalsozialisten deuteten nach der Machtübergabe den Begriff in ihrem Sinne um:

»Als Synonym für unerschütterliche, ›treue‹ Kameradschaft verbreitete sich nach 1933 die Rede von der ›verschworenen Gemeinschaft‹. Aber die Rhetorik der Subversion war gebrochen. Denn die ›verschworene Gemeinschaft‹ zeichnete sich nicht durch Opposition zur militärischen oder politischen Führung aus, sondern dadurch, dass sie deren Vorgaben rigide verinnerlicht hatte. Verschworen hatte sich diese Gemeinschaft gegen die äußeren und inneren Feinde, die ihr der Führer vorgegeben hatte.«<sup>67</sup>

In diesem nationalsozialistischen Verständnis von Kameradschaft waren alle Angehörigen der Gemeinschaft umfasst. Sowohl der »Führer« als auch seine »Gefolgschaft« standen als Kameraden Seite an Seite, waren aber in der Hierarchie klar einander zugeordnet.

Im Gegensatz zu den Vertretern der linken Arbeiterbewegung machten einige NS-Führer eben sehr wohl einen Unterschied zwischen Kameradschaft und Kollegialität. Es war im Sommer 1942, das Kriegsglück hatte sich zu wenden begonnen, da erläuterte Münchens Oberbürgermeister und NSDAP-Reichsleiter Karl Fiehler als »Betriebsführer« gegenüber seinen Amtsleitern in der Stadtverwaltung, wie er sich künftig die Arbeit seiner »Betriebsgemeinschaft« vorstelle. Er könne nicht zulassen, so Fiehler, dass politisch oppositionelle Haltungen einiger städtischer Mitarbeiter im Kollegenkreis hingenommen und verschwiegen würden. Das sei für ihn inakzeptabel:

»Ich dulde nicht, dass politischen Verfehlungen aus sogenannten kollegialen Gründen vertuscht werden. Gefolgschaftsmitglieder, die nicht getreu ihrem Eide ihre Pflicht dem Nationalsozialismus gegenüber einwandfrei erfüllen, werde ich unnachsichtlich [sic] zur Verantwortung ziehen.«<sup>68</sup>

Der nationalsozialistische »Arbeitskamerad« war eben kein Kollege. Loyalität hatte in der »Betriebsgemeinschaft« dem politischen System zu gelten und nicht dem Menschen, mit dem man zusammenarbeitete. Karl Fiehlers kurze Bemerkung war in mehrerlei Hinsicht beachtlich: Sie verwies darauf, dass das NS-Regime sehr genau zu unterscheiden versuchte, was »Kameradschaft« und was »Kollegialität« sei – und dass es offenkundig einen Bedarf gebe, gewisse kooperative Formen des Zusammenarbeitens als verdächtig oder gar gefährlich zu bestimmen.

Kollegialität lässt sich als eine spezifische Form »intersubjektive[r] Beziehung« beschreiben, »die im Arbeitszusammenhang aktiv von den beteiligten Personen hergestellt wird, um ihre Bindungen und wechselseitigen Abhängigkeiten zu formen, in

66 Vgl. ebd., S. 44 und 59.

67 Ebd., S. 101f.

68 Rede Fiehlers auf Amtsleiterbesprechung, 19.6.1942, Stadtarchiv München, Personalamt 398.

welche die bzw. der Einzelne faktisch schon eingebunden ist.«<sup>69</sup> Auch organisationssoziologische »Klassiker« wie die Niklas Luhmanns sehen als Grundlage von Kollegialität solidarische Handlungen am Arbeitsplatz.<sup>70</sup> Ein spezifisches Merkmal der Kollegialität besteht allerdings im Leistungsprinzip, dem sich die Beteiligten unterordnen. Es geht, wie Stefanie Hürtgen hervorhebt, um die »gemeinsame Bewältigung der Leistungsanforderungen«. Daher könne Kollegialität nie synonym zur Solidarität sein.<sup>71</sup> Die Soziologen Klaus Kock und Edelgard Kutzner sehen kollegiale Praxis als möglichen Ausgangspunkt für solidarisches Verhalten am Arbeitsplatz, das sie dezidiert eigensinnig und widerständig verstanden wissen wollen. Solidarisch und gemeinschaftlich agierende Arbeitnehmende wollen auch gegen den Willen der Vorgesetzten Einfluss auf die Arbeitsprozesse nehmen und werfen dabei grundlegendere gesellschaftliche Fragen auf.<sup>72</sup> Aus diesen Punkten folgt, dass solidarisches Verhalten zwar ein Element der Kollegialität ist, jedoch durch wichtige andere Bausteine ergänzt werden muss. Das bot den leistungsfixierten Nationalsozialisten, wie im Folgenden gezeigt wird, die Möglichkeit, sich doch den kollegialen Beziehungen an den Arbeitsplätzen pragmatisch anzunähern, auch wenn sie sich zunächst auf die Kameradschaft kaprizierten und Fiehlers Äußerungen schon die Grenzen andeuteten. Die idealisierte Bindekraft der hierarchischen NS-Gesellschaft war eben ihre Kameradschaft.

Stefan Kühl sieht den Hauptunterschied in der hinter den Begriffen liegenden Qualität einer Organisationsmitgliedschaft:

»Soziologisch betrachtet besteht der Unterschied zwischen Kameradschafts- und Kollegialitätsnormen darin, dass in Organisationen, in denen sich Kameradschaftsnormen ausbilden das Organisationsmitglied nicht nur in seiner Rolle als Mitglied, sondern als Person mit all seinen anderen Rollenbezügen adressiert wird. Während die Erwartungen innerhalb von Unternehmen oder Verwaltungen auf die Beteiligten erst einmal nur in ihrer Rolle als Organisationsmitglied bezogen sind, sind die Mitglieder von Armeen, Feuerwehren und Polizeieinheiten als verletzbar Körper – und damit als ganze Personen – betroffen.«<sup>73</sup>

Das entsprach dem totalitären und soldatischen Verständnis der Nationalsozialisten an die »Betriebsgemeinschaft«. Ihre Angehörigen sollten sich idealerweise ganz und gar dem nationalsozialistischen Gesellschaftsprojekt hingeben – auch wenn die Machthaber nicht so blauäugig waren, zu glauben, dass dies in der Realität bei jedem zutraf: »Kameradschaft« im Nationalsozialismus hieß »Leistung und Hingabe«. Nur wer sich

69 Klaus Kock/Edelgard Kutzner, Arbeit als kollegiales Handeln. Praktiken von Solidarität und Konkurrenz am Arbeitsplatz, in: Industrielle Beziehungen 25, 2018, S. 447–468, hier: S. 451.

70 Vgl. Niklas Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1972, S. 318f.

71 Vgl. Stefanie Hürtgen, Mensch sein auf der Arbeit? Kollegialität als Balance von allgemein-menschlichen und leistungsbezogenen Aspekten von Arbeit, in: Lucie Billmann/Josef Held (Hrsg.), Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis, Wiesbaden 2013, S. 237–262, hier: S. 237f.

72 Vgl. Klaus Kock/Edelgard Kutzner, Solidarität im Arbeitsalltag, in: WSI-Mitteilungen 73, 2020, S. 327–334.

73 Kühl, Ganz normale Organisationen, S. 152.

als reibungslos arbeitendes Rädchen im Gemeinschaftsgetriebe bewährte, konnte den Ehrentitel des ›Kameraden‹ beanspruchen.«<sup>74</sup>

Kollegialität war also einerseits »zu schwach«, um die angestrebten und verherrlichten Gesellschaftsbande des militarisierten NS-Staats zu beschreiben, und beinhaltete andererseits eine Komponente, die den Machthabern nicht genehm war. Zwar umfasst Kollegialität den angesprochenen Leistungsethos – immerhin müssen alle mitziehen, um die gestellten beruflichen Aufgaben zu erfüllen –, doch meint sie gleichzeitig auch Bindungen, in denen die jeweiligen Vorgesetzten nicht eingebunden sind. Es gehört zur Kollegialität eben dazu, einen Kollegen bei eigensinnigem Verhalten zu decken und vor dem disziplinarischen Zugriff der übergeordneten Instanzen zu schützen – Verhaltensformen, die in der Organisationssoziologie gerne mit dem Wort »solidarisch« umschrieben werden.<sup>75</sup> Der Vorgesetzte ist dabei »bestenfalls halber Kollege«. <sup>76</sup> Das konnte den Nationalsozialisten und ihrem Kontrollbedürfnis eigentlich nicht gerecht werden.<sup>77</sup>

Nun mochte kollegiales Verhalten zwar nicht den Idealvorstellungen der Machthaber des ›Dritten Reichs‹ entsprechen. Das bedeutete aber in der Praxis keineswegs, dass sie es nicht doch hinnahmen und sogar davon profitierten. Denn insbesondere das leistungsbezogene Element der Kollegialität hatte eben Potenzial, sich für das NS-System gewinnbringend abschöpfen zu lassen. Das interessierte auch die politischen Gegner.

Die Suche nach solchen Verhaltensformen gehörte für die Berichtersteller der SOPADE zu einer ihrer Kernaufgaben, war sie doch mit der Hoffnung verbunden, Restbestände proletarischer Solidarität am Arbeitsplatz als widerständiges Verhalten ausmachen zu können. Ihre Berichte schwankten zwischen Resignation und leiser Hoffnung angesichts dessen, was sie jeden Tag in den Betrieben beobachteten. In den Berichten der SOPADE hieß es im Dezember 1935:

»Das Wesen faschistischer Massenbeherrschung ist Zwangsorganisation auf der einen, Atomisierung auf der anderen Seite. Die Nationalsozialisten wissen sehr gut, dass das Solidaritätsgefühl die Kraftquelle der Arbeiterschaft ist, und infolgedessen gehen alle ihre Massnahmen [sic] für oder gegen die Arbeiter darauf aus, das Gefühl für die Notwendigkeit solidarischen Handelns zu töten.«<sup>78</sup>

Jene »Atomisierung« machten die Beobachter vor allem an zwei Dingen fest. Zum einen sorgten sie sich um zunehmende und häufig hingenommene individualisierte

<sup>74</sup> Kühne, Kameradschaft, S. 100.

<sup>75</sup> Vgl. Stefan Kühl, Organisationen. Eine sehr kurze Einführung, Wiesbaden 2011, S. 43–45; Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, S. 318f.

<sup>76</sup> Ders., Spontane Ordnungsbildung, in: Fritz Morstein Marx (Hrsg.), Verwaltung. Eine einführende Darstellung, Berlin 1965, S. 163–183, hier: S. 172.

<sup>77</sup> Ähnliches beschreibt Christoph Vietzke auch für den großbetrieblichen Arbeitsplatz in der DDR. Die Machthaber störten sich an kollegialen Bindungen, in denen ihre Funktionäre nicht eingebunden waren. Vgl. Christoph Vietzke, Konfrontation und Kooperation. Funktionäre und Arbeiter in Großbetrieben der DDR vor und nach dem Mauerbau, Essen 2008, S. 213 und 218.

<sup>78</sup> Bericht vom 5.12.1935, in: Deutschland-Berichte der Sopade, Jg. 2, Nr. 11, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP02011>> [1.12.2020].

Lohnzahlungen, die die Formierung gemeinschaftlicher Lohnforderungen der Arbeiterschaft verhinderten – die betrieblichen Sozialmaßnahmen der DAF in Gestalt von »Kraft durch Freude« und »Schönheit der Arbeit« vernebelten bei einigen Arbeitern zusätzlich den Blick auf die Lage. Zum anderen konstatierten die Sozialdemokraten im Verlauf der 1930er-Jahre, dass sich in Unternehmen, die vom Aufrüstungsboom profitierten, die Belegschaft rasant veränderte. Die vielen neu Eingestellten waren nicht Teil der arrivierten, langjährigen Kollegenschaft und dies unterlaufe ebenfalls solidarische Gemeinschaftsbildung. Denunziationen zerstörten zudem das Vertrauen in der Mitarbeiterschaft. Die Zeitgenossen konstatierten eine zunehmende Individualisierung der deutschen Arbeiterschaft.<sup>79</sup> Im Krieg sollte die personelle Fluktuation an den Arbeitsplätzen im »Dritten Reich« noch einmal zunehmen. Viele Männer mussten in der Wehrmacht Kriegsdienst leisten, neue Arbeitskräfte – zunehmend Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus dem Ausland – kamen hinzu und veränderten die Bindungen in den Betrieben.

Gleichzeitig wussten die Berichterstatter in der Vorkriegszeit immer wieder von gelungenen Aktionen zu berichten, in denen Mitarbeiter gemeinsam – auch unter Mitwirkung von nationalsozialistisch eingestelltem Personal – Interessen durchzusetzen wussten. Gerade der sich rüstungsbedingt verändernde Arbeitsmarkt schien der Arbeiterschaft eine neue Marktmacht in die Hand zu geben. Immerhin mussten die Arbeitgeber einkalkulieren, nicht in jedem Fall schnell Ersatz für entlassene Arbeitskräfte finden zu können. So forderten im Spätsommer 1934 Mitarbeiterinnen eines Draht- und Kabelwerks in Berlin-Köpenick von ihrem Arbeitgeber, die eingeführten Lohnkürzungen zurückzunehmen, und drohten andernfalls mit Kollektivkündigungen. Der Betriebsleiter gab klein bei.<sup>80</sup> Auch im Zusammenhang mit Akkordarbeit wussten die politischen Aktivisten in einigen Fällen von Absprachen in der Belegschaft zu berichten, um das Soll zu drücken.<sup>81</sup>

Letztlich musste aber selbst der nach Hoffnungsschimmern suchende Berichterstatter der Exilopposition aus dem Reich bei der Wiedergabe eines weiteren solchen Falls festhalten: »Auch hier kollektive Schritte und ein Stück Solidarität, das über den

79 Bericht vom 21.7.1934, in: ebd., Jg. 1, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP01003>> [1.12.2020]; Bericht vom 4.5.1936, in: ebd., Jg. 3, Nr. 4, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP03004>> [1.12.2020]; Bericht vom 10.11.1936, in: ebd., Jg. 3, Nr. 10, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP03010>> [1.12.2020]; Bericht vom 14.11.1938, in: ebd., Jg. 5, Nr. 10, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP05009>> [1.12.2020]; Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 8, Juni/Juli 1934, in: Stöver, Berichte über die Lage in Deutschland, S. 192; Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 10, Oktober/November 1934, in: ebd., S. 298 und 304; Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 13, April 1935, in: ebd., S. 453f.; Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 14, Mai 1935, in: ebd., S. 484. Vgl. auch Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993, S. 127–131; Hachtmann, Arbeit und Arbeitsfront, S. 105; Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 1085 und 1089; ders., In der Kriegsgesellschaft, S. 505.

80 Vgl. Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 9, August/September 1934, in: Stöver, Berichte über die Lage in Deutschland, S. 252.

81 Vgl. etwa Bericht vom 8.7.1937, in: Deutschland-Berichte der Sopade, Jg. 4, Nr. 6, Juni 1937, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP04006>> [1.12.2020]. Eine Übersicht von derlei Aktionen auch unter Mitarbeit von Nationalsozialisten findet sich bei Voges, Klassenkampf in der »Betriebsgemeinschaft«.

Zustand der völligen Atomisierung des Widerstands hinausführt, aber auch hier nicht politische oder grundsätzliche, sondern stets innerbetriebliche, materielle Motive.«<sup>82</sup> Damit traf er einen entscheidenden Punkt. Denn die gemachten Zugeständnisse blieben in einem überschaubaren Rahmen, waren lokal eingeeignet, sorgten dafür, dass die Arbeitsleistung weiter erbracht wurde, und rüttelten nicht an den bestehenden Strukturen. Die an den Protesten Beteiligten mussten keineswegs grundsätzlich gegen den Nationalsozialismus eingestellt sein – immerhin waren unter Umständen sogar Parteigenossen der NSDAP eingebunden –, sondern sie störten sich lediglich an einigen Aspekten ihres Arbeitslebens, die sie für ihren Betrieb zu lösen hofften.<sup>83</sup> Die örtlich sehr beschränkten Proteste für Lohnzugeständnisse oder bessere Arbeitsbedingungen, von denen die Rede ist, hatten keinen politisch und gesellschaftlich transformativen Charakter, sondern ihr Ergebnis wirkte auf das Regime zum Teil sogar stabilisierend.

Das verstanden die Machthaber durchaus. Und ihnen war auch bewusst, dass es für das Regime nützlich war, pragmatisch mit kollegialem Verhalten am Arbeitsplatz umzugehen. Zwar mochte es ihnen nicht behagen, wenn ihr kameradschaftliches Ideal in der Praxis unterlaufen wurde, dennoch nahmen sie es in der Regel hin, wenn der eine Mitarbeiter hin und wieder das eigensinnige Verhalten des anderen deckte. Denn wichtiger war, dass die anfallende Arbeit für ihre politischen und militärischen Ziele erledigt wurde, was mithilfe kollegialer Bindungen nun einmal besser gelingen konnte, wenn der eine für den anderen eben auch mal einsprang und Leistung im kleinen Kreis kontrolliert wurde.<sup>84</sup>

So war beispielsweise der von Karl Fiehler geleiteten Münchner Stadtverwaltung im Krieg durchaus bewusst, dass viele ihrer krankgemeldeten Mitarbeiterinnen nicht wirklich gesundheitlich angeschlagen waren. Die städtischen DAF-Funktionäre hatten sehr gut verstanden, was vor sich ging und berichteten dies an die Stadtspitze: Die Frauen nutzten die Zeit der Krankmeldung, um sich um Dinge des familiären Alltags, des Haushalts und der Kindererziehung zu kümmern, die ihnen nicht nur durch die Abwesenheit der Männer, sondern vor allem durch das zeitgenössische Rollenbild aufgebürdet wurden. Zwar gab es bei der Stadt München seit September 1940 die Möglichkeit für verheiratete Frauen, einen halben Tag für solche Aufgaben freizunehmen, doch mussten sie die ausgefallene Arbeitszeit nacharbeiten. Da kam ihnen eine kurzfristige Krankmeldung gelegen, denn hier entfiel die Pflicht zur Nacharbeit und für einen Krankheitstag musste auch kein ärztliches Attest vorgelegt werden. Einige Frauen taten sich zusammen und forderten in einer gemeinsamen Petition, dass ihr Arbeitgeber hier nachbesserte. Im April 1942 führte München für verheiratete Frauen zwei reguläre arbeitsfreie Wasch- und Putztage im Monat ein – die Bezüge entfielen allerdings. Im Herbst 1943 zog das Reichsarbeitsministerium mit ähnlichen, reichs-

82 Bericht vom 4.7.1936, in: Deutschland-Berichte der Sopade, Jg. 3, Nr. 6, Juni 1936, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP03006>> [1.12.2020].

83 Vgl. Wolfgang Zollitsch, *Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936*, Göttingen 1990, S. 235f.; Alf Lüdtke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrung und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Ergebnisse, Hamburg 1993, S. 265f.; Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 582.

84 Deshalb fördern Arbeitgeber und Vorgesetzte Kollegialität auch in der Regel. Vgl. Luhmann, *Funktionen und Folgen formaler Organisation*, S. 320.



weiten Regelungen nach. Das Vorgehen der Münchnerinnen war also keineswegs ungewöhnlich für arbeitende ›Volksgenossinnen‹. Das Zugeständnis bedeutete Planungssicherheit für den Arbeitgeber, der nun besser mit der Arbeitskraft seiner Mitarbeiterinnen kalkulieren konnte, und war zudem noch ideologisch abgesichert. Der eigentliche Arbeitsplatz der deutschen Frau hatte ohnehin vor allem zu Hause zu sein und ein zu scharfer Arbeitseinsatz der ›Volksgenossinnen‹ gefährdete aus Sicht der Nationalsozialisten die »Heimatfront«. Mit derlei Rücksicht konnten die ausländischen und »gemeinschaftsfremden« Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht rechnen.<sup>85</sup>

Doch dem Entgegenkommen der Arbeitgeber waren mit Rückendeckung der nationalsozialistischen Machthaber klare Grenzen gesetzt. Wenn die Krankmeldungen in der Belegschaft überhandnahmen, war schnell der jeweilige Betriebsarzt eingeschaltet, der gesundschrieb. Mehrten sich die Abwesenheitszeiten einer Person, konnte jederzeit die Gestapo hinzugezogen werden. Darauf verwies der »Betriebsführer« der kommunalen ›Betriebsgemeinschaft‹, Oberbürgermeister Fiehler, in der bereits zitierten Rede vor leitenden Mitarbeitern der Stadt. Er störte sich in seinen Ausführungen jedoch weniger an kleinen Unregelmäßigkeiten im Arbeitsalltag, die er durch Kollegialität gedeckt sah, sondern an möglichem politischem Widerstand in den eigenen Reihen, der unentdeckt bleiben konnte. Die Nationalsozialisten vertrauten ihren ›Volksgenossen‹ bis zuletzt nur sehr bedingt und waren stets fähig, – in der Regel selbst geschaffenen – Problemen und von ihnen ausgemachten Gefahren mit brutaler Gewalt zu begegnen. Das Regime bewilligte die privilegierte Zugehörigkeit zur ›Volksgemeinschaft‹ stets auf Bewährung. Eine politische und strukturell-transformierende Kraft sollten die kollegialen Bindungen am Arbeitsplatz, von denen das Regime ansonsten profitieren konnte, keinesfalls erhalten. Mit dem Blick auf Solidarität und solidarisches Verhalten in der nationalsozialistischen ›Betriebsgemeinschaft‹ wird es aber genau hier entscheidend. Ein allzu großes Vertrauen zwischen den Arbeitenden war nicht im Interesse der Nationalsozialisten. Die Beobachter von SOPADE und »Neu Beginnen« erkannten zu Recht, dass Misstrauen, Denunziationen und individuelle Interessenverfolgung das Regime eher stabilisieren würden.

Es spricht also einiges dafür, Kollegialität und Solidarität nicht als deckungsgleiche Begriffe zu verstehen, trotz aller Überschneidungen. Ein auf Vertrauen basierendes, von eigenen Dynamiken bestimmtes Solidaritätsverhältnis zwischen den »Gefolgschaftsmitgliedern« war tatsächlich subversiv, hatte das Potenzial, sich der Kontrolle der Machthaber zu entziehen und deren Deutung von kameradschaftlicher, nationalsozialistischer ›Betriebsgemeinschaft‹ zu unterlaufen. Die Arbeitnehmer mussten sich gut überlegen, wie weit sie die kollegialen Bande knüpfen wollten und ob hieraus solidarische Bindungen entstehen sollten. Hierbei sei noch ein letzter Aspekt nur kurz erwähnt, der sicherlich einer eingehenderen Untersuchung wert ist:

Im Krieg veränderte sich die personelle Zusammensetzung vieler Betriebe zum Teil massiv, mit den beschriebenen Auswirkungen auf die zwischenmenschlichen Beziehungen am Arbeitsplatz. Neben deutschen Ersatzleuten ergänzten immer mehr ausländische Zwangsarbeitskräfte die Stammebelegschaft. Den Kontakten und Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern widmeten sich die Verantwortlichen in der

<sup>85</sup> Vgl. Jan Neubauer, *Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im »Dritten Reich«*, Göttingen 2020, S. 211–214 und 250–252.



Betriebsleitung und des Regimes mit großer Sorge und den bekannten drastischen Disziplinierungsmaßnahmen. Insbesondere als politisch wahrgenommene Hilfeleistungen und Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern, wie etwa das gemeinsame Hören von »Feindsendern«, hatten drakonische Strafen zur Folge. Wenig hatte aus Sicht der Machthaber so sehr das Potenzial, ihre rassistische Gesellschaftsvorstellung grundlegend zu unterlaufen, wie eine mögliche solidarische Zusammenarbeit von ›Volksgenossen‹ und ›Gemeinschaftsfremden‹.<sup>86</sup> Kameradschaft und damit verbundene »nationale Solidarität« hatte nur zwischen den ›Volksgenossen‹ zu herrschen.

### Fazit

Im Oktober 1936 konnten Berichterstatter der SOPADE endlich einmal gute Nachrichten zum Sitz der exilierten SPD nach Prag schicken. Aus gleich mehreren Betrieben berichteten sie über ihrer Meinung nach solidarisches Verhalten und gemeinschaftliche Handlungen der Kollegenschaft. In Schlesien sammle die Belegschaft eines Betriebs für zwei entlassene Zeugen Jehovas, damit diese die Zeit finanziell überbrücken konnten, in der ihnen die staatliche Unterstützung gesperrt war. In einem Rüstungsbetrieb gelänge es, die Kollegenschaft »nazifrei« zu halten, indem man neu Eingestellten, die nationalsozialistisch gesinnt seien, nicht bei der Einarbeitung helfe. Im Nordwesten des Reichs weigerten sich die Mitarbeiter einer Firma, die neuen Akkordregelungen abzuleisten. Die Gestapo ermittle zwar, habe auch schon einen Rädelführer verhaftet – ausgerechnet einen SA-Mann –, ansonsten verliefen die Ermittlungen aber im Sande, da alle solidarisch die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden verweigerten.<sup>87</sup>

Die Mitglieder von »Neu Beginnen« waren zum selben Zeitpunkt sichtlich konsternierter. Sie mussten sich eingestehen, dass sie die Lage innerhalb der ›Betriebsgemeinschaften‹ kaum adäquat fassen konnten:

»Es ist fast unmöglich, die heutige Einstellung der Arbeiterschaft zu schildern. Man kann weder sagen, daß die Arbeiter Nazis geworden wären, noch daß sie Antifaschisten sind. Bei oberflächlicher Betrachtung gewinnt man den Eindruck, daß die Arbeiterschaft in völlige Indifferenz versinkt – und doch stimmt auch das nicht.«<sup>88</sup>

Was aber bedeutete das? Die Frage ist in mehrfacher Weise nicht einfach zu beantworten. Vor allem hat sie etwas mit der Bedeutung dieses amorphen Solidaritätsbegriffs und der Schwierigkeit zu tun, ihn nicht nur als Quellen-, sondern auch als Analysebegriff einer sehr spezifischen Form sozialen Handelns zu verstehen. Gemeint waren damit jene Verhaltensformen, die gemeinschaftsstiftend und gegenseitig helfend wirk-

86 Vgl. Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart/München 2001, S. 190–196; Constanze Werner, *Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit bei BMW*, München 2006, S. 192–197 und 210f.

87 Bericht vom 6.10.1936, in: Deutschland-Berichte der Sopade, Jg. 4, Nr. 9, September 1936, URL: <<http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=SP03009>> [1.12.2020].

88 Bericht über die Lage in Deutschland Nr. 21, September 1936, in: Stöver, *Berichte über die Lage in Deutschland*, S. 720.

ten, auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet waren und eigendynamische Prozesse anstießen.

Verweist man auf Kurt Bayertz' Unterscheidung von sozialer und politischer Solidarität, kann man konstatieren, dass die Nationalsozialisten erstere zwar mit deutlichen Vorbehalten beobachteten – wenn sie sie nicht kontrollierten –, letztlich aber von ihr profitierten, und letzterer im Zweifel ihren Unterdrückungsapparat entgegenstellten. Insbesondere der pragmatische Umgang mit betrieblichen Vergemeinschaftungsprozessen, die auf den ersten Blick nicht im Sinne des Regimes zu sein schienen, und die uneindeutigen Verhaltensweisen der »Gefolgschaft« in den Betrieben waren für kritische Zeitgenossen des »Dritten Reichs« eine interpretative Herausforderung. Doch genau dies sind die Graubereiche der »Volksgemeinschaft«, die es wert sind, genauer untersucht zu werden, und die über den Blick auf Solidarität deutlicher konturiert werden können.

Solidarische Handlungen schaffen und festigen Gemeinschaften, die sich für gemeinsame Ziele zusammenfinden. Die dahinterliegenden Mechanismen waren den Nationalsozialisten vertraut, auch wenn sie in der Regel andere Formen fanden, um sie zu beschreiben und sie für sich zu nutzen. Sie simulierten selbst solidarische Aktionen, um die »Volks-« und/oder »Betriebsgemeinschaft« erfahrbar zu machen, und sie wollten bestimmen, welches die erstrebenswerten Ziele der Gemeinschaft waren. Von ihnen weniger stark kontrollierbaren Vergemeinschaftungsformen standen sie mindestens skeptisch gegenüber, denn diese mussten sie als potenziell subversiv verstehen, selbst wenn sie von ihnen profitierten. Diverse NS-Organisationen vom »Reichsluftschutzbund« über die NSF bis zur DAF mit Abertausenden Funktionären versuchten, Zugriff auf diese zu bekommen. Die eigensinnige, gesellschaftlich und strukturell transformative Qualität, die solidarischen Handlungen durchaus inhärent ist, überschritt dabei im Zweifel die Grenzen des den Machthabern Zumutbaren. Solange es unter Kollegen darum ging, die anfallenden Leistungsanforderungen zu erbringen, war das akzeptabel, aber ein politisierendes, grundlegendere Fragen aufwerfendes Verhalten war riskant. Dabei war nicht immer von vornherein festgelegt, was hingenommen und was sanktioniert wurde, sondern das war – wie vieles andere im »Dritten Reich« – Ergebnis von Aushandlungsprozessen und situativer Logik. Die Schwierigkeiten von SOPADE und »Neu Beginnen«, diese Gesamtlage fassbar zu machen, sind daher nur allzu verständlich.

Angestrebte soziale Kontrolle durch Machtinstanzen und solidarisches Verhalten der ihnen Unterstehenden müssen schnell in Gegensatz zueinander kommen. Das ist sicherlich auch für andere Verhältnisse wahr, aber der allumfassende, totalitäre Anspruch der Nationalsozialisten an ihr Gesellschaftsprojekt musste – selbst wenn die Herrschaftsrealität nicht immer so umfassend war – zu Konflikten führen. Und hier genau liegt die Krux der Solidarität. Sie schuf Eigendynamiken, die den Interessen einer Diktatur entgegenliefen. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt mochten die Machthaber von ihr profitieren, da die entstehenden Gemeinschaften durchaus auch für sie nützlich sein konnten. Doch im Laufe der Entwicklung musste der Unterdrückungsapparat bereitstehen, um »von oben« nicht intendierte Prozesse wieder einzufangen. Die Festnahme eines SA-Manns, der sich gegen verschlechternde Arbeitsbedingungen einsetzte, stand dafür stellvertretend. Die Machthaber im »Dritten Reich« waren keineswegs Befürworter von Solidarität als Steuerungsform sozialen Han-

delns.<sup>89</sup> »Völkische Solidarität« beschneidet die Konnotationen und gesellschaftlichen Implikationen eines Begriffs, der eigendynamische Prozesse beinhaltet, die sich schnell jenseits rassistischer und diktatorischer Interessen bewegen.

Den Machthabern war bewusst, welch mobilisierendes Potenzial in der Solidarität steckte. Sie versuchten, die Deutungshoheit über den Begriff und die damit verbundenen Handlungsweisen zu bekommen und sie mit ihren ideologischen Prinzipien zu verbinden. Dafür setzte sich etwa Gertrud Scholtz-Klink ein, die ihre NSF zumindest sprachlich über solidarische Bande wirken sah. Eine zentrale Rolle spielte Solidarität dennoch nicht in der Rhetorik des ›Dritten Reichs‹. Adolf Hitler sprach nach 1933 kaum noch über sie und Robert Ley stand Solidarität skeptisch gegenüber, untergrub sie doch seine viel gepriesenen kameradschaftlichen Ideale von der hierarchischen und soldatischen ›Volks- und ›Betriebsgemeinschaft‹.

Schaut man mithilfe der Solidarität analytisch auf die nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹, gelingt es, die Widersprüche der NS-Gesellschaft auszuleuchten und man versteht besser, wie es den Machthabern gelang, diese in ihrem Sinne nutzbar zu halten. Dabei wird deutlich, wie enorm wichtig der staatliche Unterdrückungsapparat für den Machterhalt war. Er stellte letztlich sicher, dass suspekte eigendynamische Entwicklungen für das Regime begrenzt waren. Die ›Volksgemeinschaft‹ sollte nur so »solidarisch« funktionieren, wie es den Herrschern des ›Dritten Reichs‹ zupasskam. In ihren Augen war sie keine Solidar-, sondern eine »Schicksalsgemeinschaft«.

---

89 Vgl. Kaufmann, Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität, S. 44–49.



SOPHIA DAFINGER

## Hilfe, Wohltätigkeit, Solidarität?

Die französische OSE und die Rettung von Kindern auf der Flucht vor dem ›Dritten Reich‹

»Die Bürger von LA GUETTE feiern den französischen Nationalfesttag«, so stand es am 24. Juli 1939 in der Zeitung.<sup>1</sup> Zum Jahrestag des Sturms der Bastille, dem 14. Juli, waren sie mit Bussen nach Paris gefahren und hatten sich die Militärparade angesehen. Sicherlich hatten es ihnen Tausende Französinnen und Franzosen gleichgetan. Nur: Die Bürgerinnen und Bürger von »La Guette« waren Deutsche, Österreicherinnen und Österreicher oder Staatenlose. Sie waren minderjährig und sie galten laut den nationalsozialistischen Nürnberger Gesetzen als jüdisch. »La Guette« war auch keine Stadt, sondern ein alter Jagdsitz der Familie Rothschild. Hier hatten die Kinder und Jugendlichen gemeinsam mit ihren Betreuerinnen und Betreuern eine Kinderrepublik gegründet und hier erschien die besagte Zeitung ihres kleinen Staates, die den Feiertag so selbstverständlich ins Zentrum gerückt hatte.

Die von den Nationalsozialisten verfolgten Kinder und Jugendlichen genossen auf ihrem Ausflug kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs also ein letztes Stück Freiheit. Sie waren nach den reichsweiten Novemberpogromen im Jahr 1938 ohne ihre Eltern nach Frankreich geflohen, die weiterhin fieberhaft nach Auswanderungsmöglichkeiten suchten, interniert oder gar gestorben waren. Ein eilends ins Leben gerufenes französisches Hilfskomitee hatte sich angesichts der eskalierenden antisemitischen Gewalt im ›Dritten Reich‹ nachdrücklich dafür eingesetzt, wenigstens so vielen Minderjährigen wie irgend möglich Asyl zu gewähren und so ihr Leben zu retten. Die Geschichte des Kinderheims von »La Guette« ist somit Teil einer Geschichte der Hilfe für Geflüchtete im 20. Jahrhundert. Sie ist aber auch Teil einer Geschichte transnationaler Solidarität. In ihr spiegeln sich für den Solidaritätsbegriff zentrale Debatten. Es geht dabei um jüdische Identität im säkularen Staat, es geht um öffentliche Fürsorge und private Hilfe, um neue Grenzen der Solidarität und um verschiedene nebeneinander existierende Praktiken sozialen Handelns, die getragen waren von einer sich professionalisierenden Sozialarbeit. Nicht zuletzt verbirgt sich hier eine Geschichte, an deren Beispiel sich die Grautöne zwischen Wohltätigkeit und Solidarität erfassen und die Bedeutung von Geschlecht für solidarische Handlungen neu justieren lassen.

Das transnationale Netzwerk, das sich für Minderjährige auf der Flucht vor dem Nationalsozialismus engagierte, war entschieden weiblich geprägt. Und es war beinahe zur selben Zeit lebendig und vielfältig, als die sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsbünde darüber klagten, dass Frauen leider nicht zu mehr Engagement für die Solidarität der Arbeiterklasse zu bewegen seien.<sup>2</sup> Begriff und Konzept der Solidarität waren als Kategorien öffentlichen Handelns zeitgenössisch stets einer geschlechter-

1 Hebdomadaire de la République d'enfants »La Guette«, 24.7.1939, Centre de documentation juive contemporaine (CDJC), OSE(II)-223, S. 3.

2 Vgl. etwa J. Lukas, Die Frau in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz. Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 25, 1933, S. 367–370.

spezifischen Codierung unterworfen, die auch von der Geschichtswissenschaft reproduziert wurde. Die Solidarität in der Arbeitswelt, die wohlfahrtsstaatliche Solidarität, die stets eng an Lohnarbeit gekoppelt war, und die Solidarität mit revolutionären Bewegungen, gerade im Kontext christlicher Befreiungstheologie, waren mindestens bis in die 1970er-Jahre hinein klar männlich geprägt.<sup>3</sup> Verwandte Praktiken der sozialen Verbundenheit wie die zumeist weibliche Hilfe für Notleidende hat die Forschung ebenso wie die Zeitgenossen dagegen vorrangig als Formen der Wohltätigkeit wahrgenommen.

Dies gilt auch für die Geschichte jüdischer Kinderheime im Frankreich der 1930er-Jahre. Sie wurde, den spezifischen Konjunkturen der französischen Erinnerungskultur folgend, seit den 1980er-Jahren im Kontext der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht, der Shoah und der jüdischen Résistance erforscht, nicht zuletzt angestoßen durch das Lebenswerk von Beate und Serge Klarsfeld.<sup>4</sup> Die wichtigste französische Organisation, die sich in den 1930er-Jahren um Minderjährige auf der Flucht kümmerte, war die »Œuvre de Secours aux enfants« (OSE). Auch diese noch heute bestehende Organisation selbst hat für die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit in Zusammenarbeit mit dem »Centre de documentation juive contemporaine« (CDJC) einiges getan.<sup>5</sup> Empirisch ist die Geschichte der OSE und der Arbeit vergleichbarer Initiativen insofern zumindest in der französischen Forschung bekannt. Und auch die internationale Humanitarismusforschung hat sich, wenn auch zurückhaltend, mit der OSE beschäftigt, gehört ihre Gründungsgeschichte doch in den Kontext der Ausbreitung transnationaler Strukturen der humanitären Hilfe in der Zwischenkriegszeit.<sup>6</sup>

3 Vgl. unter den neuesten Veröffentlichungen die Beiträge in Frank Bösch/Caroline Moine/Stefanie Senger (Hrsg.), *Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR*, Göttingen 2018; Christian Helm, *Botschafter der Revolution. Das transnationale Kommunikationsnetzwerk zwischen der Frente Sandinista de Liberación Nacional und der bundesdeutschen Nicaragua-Solidarität 1977–1990*, Berlin 2018.

4 Die erste umfassende Monografie zur Geschichte der OSE stammt von Sabine Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E. De la Russie tsariste à l'Occupation en France (1912–1944). L'Oeuvre de Secours aux Enfants du légalisme à la résistance*, Paris 2012 (zuerst 1990), die auf eine 1986 verteidigte Doktorarbeit zurückgeht.

5 Unter Federführung der von der OSE beschäftigten Historikerin Katy Hazan wurden sowohl Lebenserinnerungen als auch wissenschaftliche Aufsätze, Monografien und umfangreiche Ausstellungsbände veröffentlicht, vgl. etwa Katy Hazan, *Les Orphelins de la Shoah. Les Maisons de l'espoir, 1944–1960*, Paris 2000; Jenny Masour-Ratner, *Mes vingt ans à l'OSE. 1941–1961. Introduction et annotations de Katy Hazan*, Paris 2006; Katy Hazan, *Le Sauvetage des enfants juifs pendant l'Occupation, dans les maisons de l'OSE 1938–1945*, Paris 2008; Gaston Lévy, *Souvenirs d'un médecin d'enfants à l'OSE en France occupée et en Suisse, 1940–1945. Annoté par Katy Hazan et Sabine Zeitoun*, Paris 2008; Katy Hazan/Georges Weill, *Andrée Salomon, une femme de lumière*, Paris 2011; Katy Hazan, *Rire le jour, pleurer la nuit, les enfants juifs cachés dans la Creuse pendant la guerre (1939–1944)*, Paris 2014.

6 Vgl. dazu Tara Zahra, *Lost Children: Displacement, Family, and Nation in Postwar Europe*, in: *The Journal of Modern History* 81, 2009, S. 45–86; Laura Hobson Faure, *Shaping Children's Lives: American Jewish Aid in Post-World War II France (1944–1948)*, in: Zvi Jonathan Kaplan/Nadia Malinovich (Hrsg.), *The Jews of Modern France. Images and Identities*, Leiden 2016, S. 173–193; Laura Hobson Faure, *Attentes européennes, réalités américaines: l'émigration des enfants de l'Œuvre de Secours aux Enfants de la France occupée vers les États-Unis, 1941–1942*, in: dies./Mathias Gardet/Katy Hazan u. a. (Hrsg.), *L'Œuvre de Secours aux Enfants et les populations juives au XXe siècle. Prévenir et guérir dans un siècle de violences*, Paris 2014, S. 166–183.

Für die Forschung zur Geschichte der Solidarität ist die Geflüchtetenhilfe im Frankreich der 1930er- und 1940er-Jahre allerdings nach wie vor ein blinder Fleck. Begriff und Konzept der Solidarität haben in der Geschichtswissenschaft bisher ganz grundsätzlich ein Schattendasein gefristet. Vollends außen vor blieben die verschiedenen Formen der Fürsorgetätigkeit, der Pflege oder der Erziehung. Die Stille, mit der diese weiblich geprägten Tätigkeitsfelder zeitgenössisch bedacht wurden, lastet nach wie vor auch über der historischen Forschung, die Solidarität bislang nur dort untersucht, wo sie von den Akteuren selbst proklamiert oder von der Soziologie beobachtet wurde. Soziale Arbeit als solidarische Praktik zu bezeichnen, das ist auch in der historischen Forschung nur dann denkbar, wenn man sie als Teil institutionalisierter Wohlfahrtsstaatlichkeit versteht. Eine solche Perspektive verkennt allerdings, dass organisierte Fürsorgearbeit vor dem bürokratisierten Sozialstaat existierte, und dass die vermeintlich nur humanitäre Hilfe für Geflüchtete gerade für die Entwicklung eines »westlichen« Wohlfahrtsregimes eigene Impulse setzte. Es lohnt sich insofern, genauer als bisher auf die politischen Momente dieser Hilfe für Geflüchtete zur Zeit des »Dritten Reichs« zu blicken. Dieser Blick kann manches vermeintlich Bekannte neu erschließen.

Am Beispiel der OSE und der Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen im Frankreich der 1930er- und 1940er-Jahre können zwei Dimensionen der Forschung zur Geschichte der Solidarität erfasst werden. Zum einen geht es im Folgenden um Solidarität als analytischen Begriff, der in historischer Perspektive für bisher übersehene oder marginalisierte Formen transnationaler sozialer Verbundenheit geschärft werden soll. Dabei fokussiert der Beitrag in Anlehnung an Franz-Xaver Kaufmann, der betont, dass sich Solidarität erst im Handeln selbst manifestiere<sup>7</sup>, konkrete Handlungspraktiken. Von anderen Handlungstypen zu unterscheiden ist solidarisches Handeln nach Kaufmann vor allem durch die »Nachrangigkeit des Eigeninteresses bzw. das Fehlen einer egoistischen Interessenverfolgung im Handlungsvollzug«.<sup>8</sup> Kaufmanns Begriff von Solidarität ist frei von normativen Konnotationen und zugleich weit genug, um unterschiedliche Manifestationen solidarischen Handelns zu erfassen. Auf dieser Basis ist zu klären, wie in einem spezifischen historischen Kontext Solidarität entstand, wie sie verhandelt und wie um sie gekämpft wurde. Dabei geht es auch um die Frage, was Solidarität eigentlich von Wohltätigkeit unterscheidet.<sup>9</sup>

Der vorliegende Aufsatz untersucht auf der Basis von Archivrecherchen im Pariser CDJC Formen sozialer Praktiken in ihren verschiedenen Bedeutungen. Er schildert die intendierten und nicht intendierten Folgen des Engagements für geflüchtete Minderjährige und beschäftigt sich mit den vielen Graustufen zwischen Hilfe und Aktivismus. Zu zeigen ist auch, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OSE ihre Tätigkeit deuteten. Das zentrale Argument lautet, dass die vermeintlich unpolitische, überwiegend weibliche Hilfs-, Pflege- und Erziehungstätigkeit stets Ausdruck emotionaler

7 Franz-Xaver Kaufmann, Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität, in: Herfried Münkler/Karsten Fischer (Hrsg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn, Bd. 2: Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung, Berlin 2002, S. 19–54, hier: S. 40.

8 Ebd., S. 41.

9 Vgl. dazu aus soziologischer Perspektive Greta Wagner, Helfen und Reziprozität. Freiwilliges Engagement für Geflüchtete im ländlichen Raum, in: Zeitschrift für Soziologie 48, 2019, S. 226–241.



Verbundenheit mit den (jungen) Opfern von Faschismus und Krieg war. Zugleich konnte sie aber auch Teil weiblicher Selbstermächtigung und auch eine mögliche Form von politischem Aktivismus sein. Die zwischen der OSE und Vertreterinnen wie Vertretern internationaler Organisationen in den 1930er-Jahren entstehenden transnationalen Netzwerke öffneten ebenso wie die in ihrem Rahmen verhandelten Vorstellungen einer idealen Gesellschaft insbesondere den beteiligten Frauen Möglichkeiten veränderter Partizipation am politischen Leben. Indem sie ein Feld internationaler Politik bespielten, das vermeintlich in die Sphäre des Privaten gehörte, und dabei die ihnen verfügbaren Handlungsräume nutzten, entwickelten die Aktivistinnen auf mehreren Ebenen Formen solidarischen Handelns. Denn im Engagement für Kinder und Jugendliche auf der Flucht vor dem Nationalsozialismus kam auch ein Prozess der teils bewussten, teils impliziten Solidarisierung unter denjenigen in Gang, die Zeit und Energie in solidarische Praktiken investierten. Dieser Beitrag plädiert deshalb dafür, von karitativen Praktiken der Solidarität zu sprechen, um die Geschichte der Hilfe für Minderjährige auf der Flucht besser zu verstehen. Am Beispiel der OSE lässt sich zeigen, inwiefern einerseits die Humanitarismusforschung von dieser Suche nach Praktiken der Solidarität profitieren kann und welche Bedeutung dies andererseits für die Sichtbarkeit von Frauen hat.

### I. Solidarität fördern: Die Kinderrepublik von »La Guette«

Die von Anfang 1939 bis Kriegsbeginn nur wenige Monate existierende Kinderrepublik von »La Guette« ist eine kleine Episode, in der vieles steckt, was für die größere Geschichte der Solidarität von Bedeutung ist. Sie zeigt zuallererst, wie vielschichtig und schwer abzugrenzen vermeintlich selbstverständliche Begriffe wie »Hilfe« und »Wohltätigkeit« sind. Zweifellos bestand die wichtigste Aufgabe in »La Guette« darin, Kindern und Jugendlichen zu helfen, die nicht für sich selbst sorgen konnten. Ein wichtiger Teil des Alltags in »La Guette« ist mit dieser Begrifflichkeit allerdings nicht zu erfassen, weil er über die kurzfristige Linderung von Not deutlich hinausging. Die Solidarität der Kinderrepublik unterschied sich von Formen der Hilfe insbesondere durch den Wunsch nach Überwindung eines als krisenhaft erfahrenen Zustands und durch die politische Utopie, die sich im Zusammenleben manifestierte. Die Geschichte der Kinderrepublik zeigt zugleich, dass der solidarische Zusammenhalt zwischen Menschen nicht einfach gegeben, sondern die Folge konkreten Handelns war – anders als das etwa in der durkheimschen Konzeption der organischen Solidarität als sozialer Solidarität in arbeitsteiligen Gesellschaften gedacht wird.<sup>10</sup> Solidarität in »La Guette« konnte bedeuten, dass sich Kinder unterschiedlicher Nationalitäten kennenlernten und dass sie viele Jahrzehnte nach der Befreiung weiterhin Kontakt hielten.<sup>11</sup> Sie

10 Émile Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1992 (zuerst frz. 1893).

11 Von einem Treffen der »anciens de la Guette« am 9./10. Juli 1983 in New York berichtete Henry Alexander im November an die französische OSE, *Lettre du 21/11/1983*, de Henry J. Alexander adressée à M. Job, Mme Vivette Samuel, Mme Anneliese Eisenstadt et M. Werner Neuberger, concernant la réunion des »anciens de la Guette«, 21.11.1983, CDJC, OSE(II)-231.

konnte bedeuten, in der französischen Republik eine bedrohte Verkörperung der Aufklärung zu erblicken, die man nun selbst unabhängig von der eigenen Nationalität verteidigen wollte.<sup>12</sup> Sie konnte bedeuten, dass Männer und Frauen gemeinsam an einem Projekt einer besseren Zukunft arbeiteten, indem sie Heranwachsenden Alternativen zu den Ideologien der völkischen und faschistischen Bewegungen in ganz Europa aufzeigten. Die Geschichte dieses Kinderheims gehört deshalb mitten hinein in die extrem dynamischen 1930er-Jahre, die angesichts antisemitischer Verfolgungspolitik und extremer Repressionen gegen politische Gegner sowohl hohe Flüchtlingszahlen in Europa als auch neue transnationale Netzwerke des politischen Aktivismus mit sich brachten: Die Akteure von »La Guette« waren durch Einflüsse des reformerischen Aktivismus der 1920er-Jahre ebenso geprägt wie durch Erfahrungen des Spanischen Bürgerkriegs.

Die Zuständigkeit für das Kinderheim von »La Guette« lag beim »Comité israélite pour les enfants venant d'Allemagne et d'Europe centrale«, das nach den Novemberpogromen eigens eingerichtet worden war. Um die rasche Aufnahme verfolgter jüdischer Kinder in Frankreich trotz verschärfter Einreisebedingungen zu erleichtern, übernahm das Komitee Garantien für deren Versorgung bis zu ihrer Volljährigkeit.<sup>13</sup> Seine Finanzierung wurde von der Baronesse Germaine de Rothschild gesichert. Allerdings arbeitete dieses Komitee eng mit der OSE als einer Organisation zusammen, die in Frankreich als eine der ersten auf dem Gebiet der Hilfe für geflüchtete Minderjährige aktiv geworden war. Die OSE übernahm nach Kriegsbeginn und der Evakuierung aus dem Pariser Umland schließlich auch die Verantwortung für die Betreuung der Kinder und Jugendlichen von »La Guette«.<sup>14</sup>

Die Kinderrepublik als Form der Begegnung in diesem Kinderheim war für die wenigen Monate ihres Bestehens vor Kriegsbeginn das Projekt einer besonderen Gruppe von Betreuerinnen und Betreuern: Darum bemüht waren vor allem der deutsche Pädagoge Ernst Jablonski, bekannt unter dem Namen Ernest Jouhy<sup>15</sup>, seine in Riga geborene Frau Lida Jablonski<sup>16</sup>, die französische Ärztin Françoise Brauner und ihr Mann Alfred Brauner, der Musiker Harry Spiegel und seine Frau, die amerikanische Krankenschwester Irène Spiegel. Alle hatten zuvor in Spanien mit den Internationalen Bri-

12 So etwa Hans Hirschberg, der unter dem Namen Jean Land in die französische Armee eintrat, vgl. CDJC, OSE(II)-262-37. Franziska Kellner, geboren am 10.3.1925 in Wien, arbeitete im August 1945 als Krankenschwester in der französischen Armee, vgl. CDJC, OSE(II)-262-43.

13 Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E.*, S. 127.

14 Vgl. Sabine Zeitoun, *Accueil des enfants juifs étrangers en France et leur sort sous l'Occupation*, in: *Documents pour l'histoire du français langue étrangère ou seconde* 46, 2011, S. 123–144, URL: <<http://journals.openedition.org/dhfiles/2108>> [2.5.2019].

15 Ernest Jouhy, 1913 in Berlin geboren, war Erziehungs- und Kulturwissenschaftler. 1930 lernte er die Odenwaldschule und die Reformpädagogik kennen, 1933 flüchtete er nach Paris, wo er promoviert wurde. Im Februar 1939 stellte Germaine de Rothschild ihn für das Heim in »La Guette« an, bei Kriegsbeginn wurde Jouhy als »feindlicher Ausländer« interniert. Von 1941 bis 1943 war er Lehrer im OSE-Kinderheim von Chabannes und zugleich in Lyon in der Résistance organisiert. Obwohl er von Beginn an aufgrund seines politischen Aktivismus ein untypischer Mitarbeiter der OSE war, verließ er die Organisation erst 1951. Vgl. Katy Hazan, *Les enfants de l'après-guerre dans les maisons de l'OSE*, Paris 2012, S. 79.

16 In Riga geboren, studierte sie 1939 vergleichende Literaturwissenschaft in Paris und lernte dort Ernest Jouhy kennen. Vgl. ebd., S. 79.

gaden gekämpft.<sup>17</sup> Nicht von ungefähr also sangen sie mit ihren Schützlingen »Die Thälmann-Kolonnie« und das »Lied der Moorsoldaten«.<sup>18</sup> Die meisten Betreuerinnen und Betreuer waren selbst aufgrund ihrer Herkunft und ihres politischen Engagements verfolgt worden und aus ihren Geburtsländern geflüchtet. Für sie war deshalb beides, der Bürgerkrieg gegen den Faschismus und die Kinderrepublik von »La Guette«, Teil eines politischen Kampfes. Dazu gehörte, den Kindern wieder Souveränität zu geben, sie zu befähigen, über ihr eigenes Leben zu bestimmen. Denn die Erwachsenen setzten ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft in die jungen Menschen, die lernen sollten, Entscheidungen selbstbestimmt, gemeinsam und demokratisch zu fällen.

Das blieb nicht nur ein Lippenbekenntnis, wie die Erinnerungen der Schützlinge zeigen. Für Lotte Karni, eines der älteren Mädchen von »La Guette«, fühlte sich die Ankunft im Schloss an, als sei sie von der »dreckigen Jüdin« wieder zum Kind geworden.<sup>19</sup> Von einem solchen weitgehend unbeschwerten, »kindgerechten« Alltag zeugen auch die Zeichnungen und Karikaturen aus »La Guette«. Anders als die artigen, offensichtlich unter Anleitung erstellten Dankesschreiben und Bilder, die den Weg aus anderen französischen Kinderheimen zu den »chers bienfaiteurs«, den Geldgebern in der Schweiz, fanden<sup>20</sup>, sind sie sichtlich individuelle Erzeugnisse der Kinder und Jugendlichen, denen die Erwachsenen eigene Projekte ermöglichten und Ausdrucksmöglichkeiten anboten.

Dass es sich bei diesem Kinderheim um eine Kinderrepublik handelte, ist für die Frage nach den Manifestationen der Solidarität insofern von einiger Bedeutung – zum einen, weil sie die Hierarchien zwischen Erwachsenen und Kindern aufzuheben versuchte und die hier zusammenlebenden Menschen so zumindest im Ideal auf Augenhöhe brachte, zum anderen, weil eben das konkrete Handeln, der Alltag selbst, Teil einer solidarischen Praxis war. In ihrem französischen Jagdschloss im Osten von Paris mussten sich die rund 130 dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen<sup>21</sup> »den Guette verdienen«.<sup>22</sup> Handwerkliche Arbeiten wurden ebenso wie schulische Leistungen mit dem »Guette« entlohnt, einer eigens erdachten Währung. Dabei zählten nicht die Ergebnisse der Prüfungen, sondern die Anstrengung, die die Kinder in ihre schulischen Auf-

17 Werner Matzdorff/Alfred Brauner/Françoise Brauner u. a., *Les enfants de la Guette*, Projet, Dezember 1988, CDJC, OSE(II)-236. Eine vollständige Namensliste hier: *Les Adultes (éducateurs et enseignants au château de la Guette)*, CDJC, OSE(II)-237.

18 So bezeugt es jedenfalls einer ihrer Schützlinge im Rückblick, vgl. W[erner] M[atzdorff], *Les enfants de La Guette*, in: *Les enfants de La Guette. Souvenirs et documents (1938–1945)*, Paris 1999, S. 13–24, hier: S. 21.

19 Abschrift des Films: *Le voyage des enfants de La Guette*. Film de Andrea Morgenthaler, in: *Les enfants de La Guette. Souvenirs et documents*, S. 27–55, hier: S. 41.

20 Vgl. die Beispiele in den Archives d'État de Genève, UISE, Archives privées 92.18.7: *Lettres et desins de remerciement de petits français* (1941).

21 Die Heranwachsenden waren etwa zwischen sieben und fünfzehn Jahre, als sie aus NS-Deutschland ausreisten; die Angaben variieren, vgl. Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E.*, S. 146; dies., *Accueil des enfants juifs étrangers en France et leur sort sous l'Occupation*, S. 3, sowie Sarah Schneider, *Searching for home at Château de la Guette and beyond: Social and Spatial Dimensions of Jewish German and Austrian Children's Journey to flee Nazi Persecution via Children's Homes in France*, M. A. Thesis, Orlando 2018, S. 55, URL: <[http://etd.fcla.edu/CF/CFE0007244/Sarah\\_Schneider\\_History\\_Thesis\\_Final\\_Submission.pdf](http://etd.fcla.edu/CF/CFE0007244/Sarah_Schneider_History_Thesis_Final_Submission.pdf)> [10.10.2019].

22 »Wir müssen uns den Guette verdienen«. Plakat, o. D., CDJC, OSE(II)-219.

gaben gesteckt hatten.<sup>23</sup> Im von den jungen Leuten selbst betriebenen kleinen Geschäft konnte der »Guette« gegen Waren eingelöst werden. Zu besonderen Anlässen sangen die Kinder das »Guetter Nationallied« und berichteten in ihrer Zeitung, die mit handschriftlichen Grüßen auch an die daheimgebliebenen Eltern geschickt wurde, über die wichtigen Ereignisse des Alltags, etwa die Wahlergebnisse für das »Parlament von La Guette« oder eben auch über ihren Ausflug zum französischen Nationalfeiertag.<sup>24</sup>

Wenn die Bürgerinnen und Bürger von »La Guette« in ihrer Zeitung von ihrer Verbundenheit mit Frankreich schrieben und sich als dessen Verteidiger an der Waffe zeichneten, schien immerhin geglückt zu sein, dass sie an eine politische Alternative zum europäischen Faschismus glaubten – was für ihr eigenes Lebensschicksal existenzielle Bedeutung besaß. Und in der Tat reflektierten die Betreuerinnen und Betreuer sehr genau, dass es bei der Aufnahme verfolgter Minderjähriger nicht einfach um Verwahrung und planmäßige Versorgung ging. Eindringlich sind etwa die Gespräche über Nationalsozialismus und Verfolgung, die Alfred Brauner mit den Kindern und Jugendlichen führte und nach dem Krieg für seine Doktorarbeit verwendete.<sup>25</sup> Die Antworten spiegelten eine ganze Bandbreite von Vorstellungen davon, warum man nun in diesem französischen Schloss lebte, warum das eigene Leben eine derart tief greifende Wendung genommen hatte.<sup>26</sup> Brauner hatte die Kinder zunächst aufgefordert, eine Geschichte über die fiktiven Charaktere »Peter und Lieselotte« zu erfinden, um mehr über ihre Lebensläufe herauszufinden, ohne unnötige Schmerzen heraufzubeschwören. Von den Eltern kannten die Betreuerinnen und Betreuer in »La Guette« zunächst nicht viel mehr als die tabellarischen Auskünfte der Aufnahmebögen, sprich ihren Namen und Beruf. Von den Kindern besaß man die ebenso knappen Auskünfte etwa über das Alter und den Herkunftsort. In den Geschichten von »Peter und Lieselotte« erfuhren Brauner und seine Kolleginnen und Kollegen nun sehr viel mehr. Alle Kinder erzählten in ihrem Text von Verfolgungen, ein Großteil von ihnen dabei explizit autobiografisch. Auch der 1926 geborene Leo schilderte, was die Machtübernahme der Nationalsozialisten für seine Familie eigentlich bedeutet hatte:

»Mein Vater war früher Kaufmännlicher Angestellter. Die Firma wurde Arisch, da wurde mein Vater arbeitslos. [...] Wir haben neben der Synagoge gewohnt. Am 10 November 1938 morgens um ½ 7 Uhr hat es in die Synagoge geschossen. Nach 5 Minuten stand die Synagoge in Flammen. Später kamen viele Leute vor unser Haus und riefen: Kommt herein und schlagt den Jud

23 M[atzdorff], *Les enfants de La Guette*, S. 17f.

24 *Hebdomadaire de la République d'enfants »La Guette«*, 24.7.1939, CDJC, OSE(II)-223, S. 1.

25 Auszüge aus der 1946 eingereichten Doktorarbeit sind abgedr. in: Alfred Brauner, *Ces enfants ont vécu la guerre... Les enfants juifs émigrés d'Allemagne*, Paris 1946, in: *Les enfants de La Guette. Souvenirs et documents*, S. 57–80. Brauner selbst bezeichnet sie in einer Vorbemerkung von 1999 als erste wissenschaftliche Studie über die psychologischen Auswirkungen des Kriegs auf Kinder.

26 So ist zum Teil die Rede davon, es ginge Hitler lediglich um Populismus, um Ablenkung von seiner eigentlich inhaltslosen Politik, um einen Sündenbock. Andere Kinder äußerten aber zwischen den Zeilen oder rundheraus Verständnis für die nationalsozialistische Politik, etwa wenn sie sagten, dass »die Juden« sich nach dem Ersten Weltkrieg alle einflussreichen Positionen gesichert hätten, dass sie »den Ariern« die Arbeit wegnähmen oder dass sie geldgierig und schmutzig seien. Brauner, *Ces enfants ont vécu la guerre...*, S. 72–75.

tot, und schmeißt ihn in die brennende Synagoge. Da sind wir über ein Gartenzaun geflüchtet in ein anderen Garten bei eine andere jüdische Familie.«<sup>27</sup>

Das war für einen jungen Menschen, der sich nun zudem ganz allein in einer fremden Umgebung zurechtfinden sollte, eine Erinnerung, mit der man nicht einfach so fertigwerden konnte. Ein Gespräch über den Nationalsozialismus und die Gründe der Verfolgung war für Brauner deshalb der Ausgangspunkt für ein pädagogisches Konzept, das die emotionale Stabilisierung zum Ziel hatte und nicht jedem Kind das gleiche Angebot machte. Zionistisch orientierten Kindern sollte etwa die stärkende Kraft, die sie aus ihrem Judentum zogen, nicht genommen werden – auch wenn die Betreuerinnen und Betreuer in »La Guette« selbst nicht zionistisch orientiert waren.<sup>28</sup> Sie erwarteten also nicht, dass die Heranwachsenden ihre eigenen Überzeugungen und Werte einfach übernahmen, sondern stärkten sie in ihren jeweiligen Identitäten. Eine solche Herangehensweise zeugte von großer Aufmerksamkeit für die jungen Menschen – und zugleich davon, dass deren Perspektiven tatsächlich einen Unterschied für die Gestaltung des Alltags machten.

Bemerkenswert ist die nur einige Monate lang existierende Kinderrepublik von »La Guette« gerade deshalb: weil sie aus den Opfern der Verfolgung ganz bewusst wieder junge Menschen mit einer Zukunft machen wollte, die ihre Gegenwart aktiv gestalten konnten. Zu den Besonderheiten gehörte auch, dass Frauen und Männer in der Betreuung als gleichberechtigtes Team zusammenarbeiteten. Natürlich: Manches war sicher mehr Utopie als Wirklichkeit. Zu dieser Realität gehörte etwa auch, dass die Kinder – unterschiedlicher nationaler Herkunft, aus allen sozialen Schichten, laizistisch oder orthodox erzogen – nicht ohne Weiteres zu ihrer diversen Kinderrepublik zusammenfanden, sondern zunächst vereinzelt und wenig gewillt waren, daran etwas zu ändern. Eine wie auch immer geartete »jüdische« Solidarität unter vermeintlich Gleichen war hier also kaum zu finden. Lida Jablonski erinnerte sich etwa, dass die Berliner Kinder die Wiener Kinder anfangs ablehnten, während die Kinder aus der Pfalz wiederum mit denen aus den Hauptstädten nichts anfangen konnten.<sup>29</sup> Dennoch entstand im gemeinsamen Handeln etwas Neues, das verschiedene Nationalitäten, Geschlechterrollen, religiöse und regionale Prägungen und politische Überzeugungen integrieren konnte.

## II. Solidarität üben: Hilfe und Aktivismus

Mit ihrem Konzept knüpfte das Team von »La Guette« an die reformpädagogischen Aufbrüche seit der Jahrhundertwende an. Denn sogenannte Kinderrepubliken als Teil eines Projekts selbstbestimmter Teilhabe von Kindern hatten 1939 bereits eine eigene Tradition. Von der ersten 1895 dauerhaft eingerichteten »George Junior Republic« in

<sup>27</sup> Brief von Léo, o. D., CDJC, OSE(II)-230. Sämtliche Fehler im Original.

<sup>28</sup> Brauner, *Ces enfants ont vécu la guerre...*, S. 77.

<sup>29</sup> Abschrift des Films: *Le voyage des enfants de La Guette*. Film de Andrea Morgenthaller, in: *Les enfants de La Guette. Souvenirs et documents*, S. 33.

Freeville aus verliefen die Entwicklungen in verschiedene Richtungen.<sup>30</sup> In Großbritannien bemühte sich der amerikanische Reformpädagoge Homer Lane mit seinem 1913 gegründeten »Little Commonwealth«, dem Konzept einen psychoanalytischen Unterbau zu geben und die politische Idee so in ein pädagogisches und therapeutisches Modell zu überführen. Einen anderen Weg gingen die marxistisch oder anarchistisch begründeten Schulgemeinden wie etwa die Odenwaldschule, deren Arbeit auch Ernest Jouhy vor seiner Emigration kennenlernte. Eine dritte Ausprägung ließ sich in den Jugendbewegungen der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie der 1920er-Jahre beobachten. Sie hatten das Konzept für zeitlich begrenzte Ferienlager der Falkenbewegung entdeckt und es mit einem dezidiert demokratischen Erziehungsauftrag in Verbindung gebracht. So unterschiedlich die verschiedenen Republiken schließlich waren, gab es doch einen gemeinsamen Unterton, der Erziehung und Politik miteinander in Verbindung setzte und durch die Einbindung junger Menschen in die Gestaltung ihres Alltags alternative Formen sozialen Handelns etablieren wollte. Wenn das Team von »La Guette« den vor einem autoritären Regime geflohenen Minderjährigen also die Selbstverwaltung anbot, ging es auch darum, politische Alternativen zur Diktatur erfahrbar zu machen.

Eine zweite Verbindungslinie führt zu den frühen Formen dessen, was wir heute Soziale Arbeit nennen. Hier wird besonders deutlich, inwiefern auch die Historiografie geschlechtsspezifische Zuschreibungen übernommen hat, wenn sie bisher über Solidarität reflektiert hat. Denn die Organisationen der Geflüchtetenhilfe entstanden häufig aus einer Tradition der Selbsthilfe und der (weiblichen) Caritas. Die OSE war 1912 von jüdischen Ärzten in Sankt Petersburg gegründet worden, um die medizinische und hygienische Versorgung der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa zu verbessern.<sup>31</sup> Als jüdische Organisation konzentrierte sie sich anfangs auch deshalb strikt auf private Wohltätigkeit, weil sie sich als Vertreterin der jüdischen Bevölkerung im Zarenreich nicht politisch exponieren wollte. Nach der Oktoberrevolution verlegte sie ihren Hauptsitz nach Berlin, wo Albert Einstein ihr Ehrenpräsident wurde, und nach der nationalsozialistischen Machtübernahme schließlich nach Paris. Während die medizinischen Programme für Betroffene in Osteuropa weiterhin existierten, versuchten die Verantwortlichen in Frankreich ab 1935 auch, aus dem nationalsozialistischen Herrschaftsbereich geflüchtete Kinder jüdischer Herkunft in Heimen dauerhaft aufzunehmen und zu versorgen. In den folgenden Jahren rückte diese Tätigkeit für unbegleitete Kinder zunehmend in den Vordergrund. Die Sorge um deren Unterbringung und Versorgung überlagerte die ursprünglichen Ziele einer karitativen Wohlfahrtspflege; eine Aufgabe, die sich durch die massenhafte innerfranzösische Fluchtbewegung mit dem Einmarsch der Wehrmacht und den beginnenden Deportationen französischer Jüdinnen und Juden ausweitete. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OSE wurden zum Teil in der Fluchthilfe tätig – sie unterstützten Flüchtende auf dem Weg in neutrale oder nicht besetzte Länder. Insgesamt betreute die OSE zwischen 1933 und 1944/45 an die 10.000 Kinder und Jugendliche in Frankreich.<sup>32</sup> In den

30 Johannes-Martin Kamp, *Kinderrepubliken. Geschichte, Praxis und Theorie radikaler Selbstregierung in Kinder- und Jugendheimen*, Opladen 1995. Vgl. Kamp auch im Folgenden.

31 Zur Geschichte der OSE vgl., auch im Folgenden, Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E.*

32 Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E.*, S. 437.



1930er-Jahren arbeiteten bei der französischen OSE hauptsächlich Frauen, obwohl die Gründung nicht etwa als (weiblich geprägter) Wohltätigkeitsverein erfolgt, sondern das Projekt von jüdischen Medizinerinnen gewesen war. Ärztinnen wie Françoise Brauner waren auch im Frankreich der 1930er-Jahre die Ausnahme, nicht jedoch Kinderpflegerinnen, Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen und auch Köchinnen und Haushälterinnen. Insbesondere die sogenannten *assistantes sociales*, also die ersten Sozialarbeiterinnen, die als Vertreterinnen der OSE ab 1941 auch Zutritt zu den französischen Internierungslagern erhielten und in den Lagern lebten, waren zumeist weiblich. Dabei hatten sie häufig keine einschlägige professionelle Qualifikation – auch, weil der Beruf der Sozialarbeiterin noch nicht etabliert war. Viele Aktive waren zuvor in jüdischen Fürsorgevereinen aktiv gewesen, manche kamen auch erst über die Netzwerke der Résistance zur OSE.<sup>33</sup>

Dass sie sich für Kinder interessieren und für deren Betreuung auch geeignet sein würden, schrieben die zeitgenössischen Geschlechterrollen ihnen wie selbstverständlich zu, obwohl die überwiegend jungen Frauen meist selbst keine Kinder hatten. Ihre Tätigkeit für ein jüdisches Hilfswerk war daher zunächst vollkommen im Einklang mit den Rollenerwartungen der Gesellschaft. Dieses Potenzial verstanden die Frauen allerdings produktiv zu nutzen, und dies war nicht unbedingt eine Begleiterscheinung der extremen Notlage des Weltkriegs. Zahlreiche bürgerliche Frauenvereine des Kaiserreichs hatten etwa bereits Ende des 19. Jahrhunderts Hoffnung in die emanzipatorische Kraft der Fürsorgearbeit gesetzt.<sup>34</sup> Sie argumentierten, es sei in einer patriarchalen Gesellschaft zielführender, die vorhandenen weiblichen Handlungsspielräume und die mit ihnen verbundenen Möglichkeiten zur Partizipation am öffentlichen Leben zu erweitern, als die Besetzung gänzlich neuer Handlungszusammenhänge anzustreben. Solche strategischen Überlegungen führten dazu, dass Frauen das Feld der Sozialen Arbeit beziehungsweise der zeitgenössisch sogenannten Fürsorgearbeit, die um die Jahrhundertwende unbestrittene Relevanz besaß, als explizit weibliches Berufsfeld etablierten, indem sie selbst auf geschlechtsspezifische Stereotype natürlicher Mütterlichkeit verwiesen. So formulierte etwa Ika Freudenberg, von 1890 bis zu ihrem Tod 1912 Kopf der bayerischen Frauenbewegung<sup>35</sup>, im Jahr 1910:

»Denn während in der eigentlichen Bewegung noch immer um die primitivsten Zugeständnisse gerungen werden muß, vollzieht sich also hier in aller Stille [...] der Eintritt der Frauen in den bürgerlichen Dienst, in die allgemeine Fürsorge, in die Verwaltung der öffentlichen Mittel.«<sup>36</sup>

Die Mitarbeiterinnen der OSE verfolgten in den seltensten Fällen aktiv ein emanzipatorisches Programm, wie es Freudenberg skizziert hatte. Eine beim versuchten illegalen Grenzübertritt mit einer Gruppe jüdischer Kinder verhaftete Betreuerin etwa

33 Michèle Bequemin, *Une institution juive dans la République – L'Œuvre de Secours aux Enfants. Pour une histoire du service social et de la protection de l'enfance*, Paris 2013, S. 54.

34 Vgl., auch im Folgenden, dazu Mirjam Höfner, *Fürsorge und Frauenfrage um 1900*. Mannheim und München im Vergleich, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 166, 2018, S. 407–425.

35 Ebd., S. 416–420.

36 Ika Freudenberg, *Der Anfang einer Sozialen Frauenschule*, in: *Frauenstreben. Veröffentlichungen des Hauptverbandes Bayerischer Frauenvereine* 7, 1910, S. 102, zit. nach: Höfner, *Fürsorge und Frauenfrage um 1900*, S. 420.



schrieb aus dem Gefängnis kurz vor ihrer Ermordung an ihren Vater, als müsste sie ihn für ihren Aktivismus um Entschuldigung bitten: »Ich möchte, daß es Dir gut geht trotz allem, was ich getan habe.«<sup>37</sup> Dennoch beförderten sie mit ihrer täglichen Arbeit vergleichbare Entwicklungen. De facto brachen die – häufig jungen – Frauen mit ihrer Arbeit für die verfolgten Minderjährigen aus einem klassisch weiblichen Lebensweg aus. Das zeigte sich in kleinen Momenten. Eine Krankenschwester erinnerte sich beispielsweise daran, vor ihrer Abreise nach Spanien von einem Schweizer Beamten väterlich ermahnt worden zu sein, dass der Weg in den Spanischen Bürgerkrieg doch nichts für sie wäre.<sup>38</sup> Der Kampf für gleiche Rechte war auch für diese junge Frau ursprünglich nicht der entscheidende Ansporn, sich für Minderjährige zu engagieren. Doch wenn sie und andere in der OSE aktiv wurden, wurden sie zugleich Teil eines entschieden weiblich geprägten Panoramas transnationaler Hilfe, das sich mit dem lange etablierten Netz der internationalen Frauenbewegung verband.<sup>39</sup> Gerade im Umfeld des neu entstehenden Völkerbunds und der mit ihm kooperierenden Organisationen waren Frauen bereits in der Nachkriegszeit deutlich präsenter als in der nationalen Politik gewesen. Das neutrale Genf und die dort ansässigen Dependancen oder Dachverbände der Hilfswerke spielten nach Kriegsbeginn dann eine entscheidende Rolle für die Koordination der Tätigkeit in ganz Europa. Mit ihrer Arbeit für Minderjährige in den 1930er- und 1940er-Jahren trugen somit auch die *assistantes sociales* der OSE dazu bei, scheinbar private Fürsorgetätigkeiten weiter in die öffentliche Sphäre zu rücken und sie mit politischem Aktivismus zu verknüpfen.

Ähnliche Mechanismen hat die neuere Humanitarismusforschung etwa für den der OSE eng verbundenen »Save the Children Fund« (SCF) in den letzten Jahren aufgezeigt. 1919 in Großbritannien gegründet, verstanden es die Köpfe des SCF meisterhaft, verschiedene Anliegen zu verbinden.<sup>40</sup> Die gemäßigt linken, vor allem aber pazifistischen Gründerinnen setzten bewusst auf die Hilfe für Kinder, die der britischen Öffentlichkeit, um deren Spenden man warb, als unpolitische Hilfe für Unschuldige kommuniziert werden konnte, während zugleich enge Verbindungen zur »Women's International League for Peace and Freedom« bestanden. Der internationale Dachverband des SCF, die »Save the Children International Union« (SCIU) in Genf, war auch

37 Gemeint ist Marianne Cohn, vgl. Kurt Schilde, »Geht die Arbeit weiter?« – Sozialarbeiterin in der Résistance. Marianne Cohn (1922–1944), in: Sabine Hering (Hrsg.), *Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien*, Frankfurt am Main 2007, S. 136–151, hier: S. 147.

38 Elsbeth Kasser in einem Interview mit Ernst Scagnet: Der Engel von Gurs, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 11.1.1992, S. 73, zit. nach: Therese Schmid-Ackeret, *Engagement für Verfolgte und Leidende*, Elsbeth Kasser, in: Helena Kanyar Becker (Hrsg.), *Vergessene Frauen. Humanitäre Kinderhilfe und offizielle Flüchtlingspolitik 1917–1948*, Basel 2010, S. 130–151, hier: S. 132f.

39 Vgl. Glenda Sluga/Patricia Clavin, *Rethinking the History of Internationalism*, in: dies. (Hrsg.), *Internationalisms. A Twentieth-Century History*, Cambridge 2017, S. 3–14, hier: S. 3.

40 Linda Mahood, *Feminism and Voluntary Action*. Eglantyne Jebb and Save the Children, 1876–1928, Basingstoke/New York 2009; Joëlle Droux, *Life during Wartime. The Save the Children International Union and the Dilemmas of Warfare Relief, 1919–1947*, in: Johannes Paulmann (Hrsg.), *Dilemmas of Humanitarian Aid in the Twentieth Century*, London 2016, S. 185–206; Emily Baughan, »Every Citizen of Empire Implored to Save the Children!« Empire, Internationalism and the Save the Children Fund in Inter-war Britain, in: *Historical Research* 86, 2013, S. 116–137; dies./Juliano Fiori, *Save the Children, the Humanitarian Project, and the Politics of Solidarity: Reviving Dorothy Buxton's Vision*, in: *Disasters* 39, 2015, Sonderheft 2, S. 129–145.

für die OSE in den 1930er- und 1940er-Jahren von zunehmender Bedeutung, weil er eine Plattform für internationale Koordination bot und während des Kriegs von der neutralen Schweiz aus handlungsfähig blieb – aber auch, weil er sie finanziell unterstützte.<sup>41</sup> Die SCIU war aufgrund ihrer engen Verbindungen zum Völkerbund in den 1920er-Jahren eine einflussreiche Stimme für die internationale Anerkennung von Kinderrechten, für die Entwicklung des humanitären Völkerrechts und die gewaltlose Beilegung von Konflikten.

### III. Solidarität leben: Arbeit in den Internierungslagern

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OSE schrieben sich ihre politischen Ziele selten derart prominent auf die Fahnen wie die Organisatorinnen und Organisatoren der Kinderrepublik von »La Guette«. Schließlich handelte es sich bei der OSE ursprünglich um eine der Neutralität verpflichtete jüdische Organisation, die zwar Benachteiligten helfen wollte, aber kein sozialrevolutionäres Potenzial besaß. Offiziell verstand sie sich auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und deren weitreichenden Folgen für die jüdische Bevölkerung Europas weiterhin als Selbsthilfeorganisation ohne politisches Programm. Dennoch änderte spätestens der Krieg vieles an der Arbeit der OSE und ab 1942 verhinderten die drohenden Deportationen die klassischen Aufgaben vollends.<sup>42</sup> Auf lange Frist angelegte Projekte wie in »La Guette« waren nun schlicht undenkbar. Das hatte Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen den Aktivistinnen und Aktivisten und ihren Schützlingen, in dem sich aus unterschiedlichen Gründen sichtbare Hierarchien verfestigten. War es mit Kriegsbeginn also vorbei mit der Solidarität? Ich möchte argumentieren, dass die Perspektive auf solidarische Praktiken auch hier weiterhelfen kann, um das Engagement für Geflüchtete zu verstehen. Der Blick richtet sich in dieser Phase allerdings stärker auf die Beziehungen zwischen den Mitarbeitenden der OSE sowie auf ihre Kontakte zu den Aktivistinnen und Aktivisten anderer Organisationen.

Während Ende 1939 zunächst die deutschen Mitarbeitenden wie Ernest Jouhy als »feindliche Ausländer« interniert wurden, die Heime aber weiter bestehen konnten, mussten nach der Kapitulation Frankreichs am 22. Juni 1940 die Unterkünfte in den nicht besetzten Teil des Landes verlegt werden. Auch die Kinder von »La Guette« mussten ihre Republik verlassen und – ähnlich wie rund vier Millionen französische Binnenflüchtlinge auf der Flucht vor der Wehrmacht – mit ihren Betreuerinnen und Betreuern in den Süden ziehen. Seit Herbst 1940 internierte die Vichy-Regierung Jüdinnen und Juden ohne französische Staatsbürgerschaft in Lagern, in denen bald Vertreterinnen der OSE dauerhaft lebten und arbeiteten, um sich für eine bessere Versorgung und für die Befreiung Minderjähriger aus den Lagern zu engagieren. Mit Be-

41 Vgl. die in der monatlich erscheinenden »Revue OSE« abgedruckte Rede von L. Gourvitch, Secrétaire Général de l'Union OSE von Dezember 1934, CDJC, OSE(V)-003.

42 Zu den Anfängen der Judenverfolgung in Frankreich vgl. Michael Mayer, »Die französische Regierung packt die Judenfrage ohne Umschweife an«. Vichy-Frankreich, deutsche Besatzungsmacht und der Beginn der »Judenpolitik« im Sommer/Herbst 1940, in: VfZ 58, 2010, S. 329–362, sowie ausführlich ders., Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und »Judenpolitik« in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Ein Vergleich, München 2010.

ginn der Deportationen aus Frankreich betreute die OSE schließlich auch die Kinder von Deportierten. Ab Juli 1942 galten die jüdischen Kinderheime als akut gefährdet, weil die Deutschen nun in Paris und auch in der freien Zone nicht mehr nur Erwachsene, sondern auch deren Kinder verhaftet und interniert hatten. Für die Behörden waren die Verfolgten in den Heimen besonders leicht aufzufinden. Aus diesem Grund begann die OSE, ihre Einrichtungen nach und nach zu schließen. Ab 1943 wurden die Kinder und Jugendlichen mithilfe klandestiner Strukturen schließlich unter falschen Namen in Familien, Klöstern und auch in Anstalten untergebracht oder illegal über die Grenze zur Schweiz geschmuggelt.<sup>43</sup> In wenigen Fällen konnten Ausreisen in die USA organisiert werden.

Die Aufgaben derer, die geflüchteten Minderjährigen helfen wollten, nahmen deshalb schon bald einen anderen Charakter an. Große Bedeutung besaß nach wie vor, so hielt es ein Bericht aus der Nachkriegszeit fest, die menschliche Nähe; die gemeinsame, größtenteils körperliche Arbeit.<sup>44</sup> Natürlich: Auch schon vor dem Krieg teilten sich Kinder und Betreuende ihre Lebenswelt. Doch die tägliche Arbeit bedeutete nach Kriegsbeginn nun eine ungleich stärkere Belastung. Nicht umsonst bestand Andrée Salomon als Koordinatorin der Sozialarbeiterinnen, die in den Internierungslagern lebten, darauf, dass die Frauen alle paar Wochen eine Pause einlegten, um außerhalb des Lagers zu schlafen und zu duschen.<sup>45</sup> Für die OSE zu arbeiten hieß nun, in französischen Lagerbaracken Milch auszugeben oder Räume einzurichten, in denen Kinder spielen konnten, in denen sie lernen konnten oder medizinisch versorgt wurden. Manchmal bedeutete diese Tätigkeit auch, Listen zu führen, um die falschen Identitäten der Kinder nach dem erhofften Kriegsende wieder zuordnen zu können. Und sie bedeutete, täglich mit existenzieller Bedrohung konfrontiert zu sein. Für das Internierungslager Rivesaltes berichtete die dort von der OSE stationierte Sozialarbeiterin Vivette Samuel<sup>46</sup>, dass bereits Anfang Dezember 1941 verzweifelte Eltern beinahe ununterbrochen vor ihrer Tür gestanden hätten. Deren erste Worte seien stets gewesen: »Nehmen Sie mir das Kind fort.«<sup>47</sup>

In der Tat befreite die OSE Hunderte Minderjährige aus den Internierungslagern und rettete sie damit vor den Deportationen.<sup>48</sup> Dies gelang mit einer völlig veränderten Hilfsstruktur, die zum einen eine zunehmend enger werdende Zusammenarbeit mit den amerikanischen Quäkern, dem Roten Kreuz und weiteren Hilfswerken an-

43 Vgl. zur Jahreszahl CDJC, OSE(I)-4. Zur (wechselvollen) Geschichte der »enfants cachés« vgl. Katy Hazan, *Enfants cachés, enfants retrouvés*, in: *Les Cahiers de la Shoah* 9, 2007, S. 181–212, URL: <<https://www.cairn.info/revue-les-cahiers-de-la-shoah-2007-1-page-181.htm>> [3.4.2020].

44 »Le passé et l'avenir de l'OSE«, o. D., CDJC, OSE(I)-26, S. 10.

45 Vivette Samuel, *Sauver les enfants*, Paris 1995, S. 73.

46 Im Mai 1919 als Vivette Hermann in Paris geboren, studierte sie ab 1936 Philosophie an der Sorbonne. Im November 1941 wurde sie »assistante résidente« in Rivesaltes. Im Oktober 1942 heiratete sie den Direktor einer OSE-Niederlassung in Marseille, Julien Samuel. Gemeinsam eröffneten sie ein Büro der OSE in Limoges und etablierten in Chambéry einen Stützpunkt der klandestinen Arbeit der OSE. Vgl. Katy Hazan, *Les enfants de l'après-guerre dans les maisons de l'OSE*, Paris 2012, S. 17.

47 Rapport, du 2.12.1941, sur la situation des internés au camp de Rivesaltes (Pyrénées-Orientales) pour le mois de novembre, par le Dr Malkin, CDJC, OSE(II)-38.

48 Die OSE selbst schätzte, dass sie etwa 400 Kinder aus den Lagern vor der Deportation retten konnte, vgl. Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E.*, S. 305.

stieß und sich zum anderen mit der Résistance vernetzte. Die Quäker waren im Verlauf des Spanischen Bürgerkriegs, in dem sie zahlreiche Hilfsdienste für beide Konfliktparteien übernahmen, zu einem der wichtigsten internationalen Hilfswerke geworden.<sup>49</sup> Sie kannten die französischen Lager, in denen nun die Verfolgten des NS-Regimes interniert waren, somit seit ihrer Entstehung Anfang 1939, als dort Hunderttausende spanische Flüchtlinge von der Regierung unter Édouard Daladier festgehalten wurden.<sup>50</sup> Auch die finanziellen Mittel für die Arbeit der OSE kamen zum überwiegenden Teil aus den USA. Das »Joint Distribution Committee« (JDC) ermöglichte mit seinen Geldern, dass die französische OSE ihre Arbeit überhaupt weiterführen konnte.<sup>51</sup> Die OSE existierte während dieser Zeit als zwangsweise in die landesweite »Union générale des israélites de France« (UGIF) eingegliederte jüdische Organisation offiziell weiter.<sup>52</sup> Erst als im Februar 1944 die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres Büros in Chambéry verhaftet wurden, beschloss sie, ihre Arbeit vollständig in den Untergrund zu verlagern. Bereits zuvor hatte sie ein eigenes klandestines Widerstandsnetzwerk für verfolgte Kinder und Jugendliche aufgebaut, den sogenannten *Circuit Garel*.<sup>53</sup> Ab 1942 stand dessen Namensgeber Georges Garel in Kontakt mit der OSE, für die er mit Beginn des Jahres 1943 rund 1.500 Minderjährige mithilfe überkonfessioneller Zusammenarbeit in Sicherheit zu bringen versuchte.<sup>54</sup>

Was die Frauen und Männer für die jüdischen Kinder und Jugendlichen also taten, waren keine spontanen Hilfsaktionen. Die Verfolgten tatsächlich zu begleiten und zu unterstützen, bedeutete harte Arbeit und einen langen Atem. Neben dem langfristigen Ziel, möglichst viele Menschen aus den Lagern zu befreien und sicher an einem anderen Ort unterzubringen, ging es vor allem darum, den Alltag in den Lagern selbst zu erleichtern und ein Stück Menschenwürde zu bewahren – mit dem Angebot medizinischer Betreuung für Kinder und Jugendliche, mit der Ausgabe von Kleidung, Lebensmitteln und Milch, mit der Einrichtung von Schulklassen, aber auch, indem Konzerte und Gottesdienste organisiert wurden.<sup>55</sup> Zwischen französischen, schweizerischen und amerikanischen Organisationen spinnen sich deshalb enge Netze. Die Berichte der Sozialarbeiterinnen aus den Lagern verdeutlichen, welche Schwierigkeiten diese Kooperation barg, wie eng sie aber notwendigerweise war. So berichtete Vivette Samuel im Dezember 1941 aus Rivesaltes, dass die Vertreterinnen des »Unitarian Service Committee« (USC), der »Young Men's Christian Association« (YMCA) und sie selbst

49 Vgl. dazu, auch im Folgenden, Daniel Maul, *The Politics of Neutrality. The American Friends Service Committee and the Spanish Civil War, 1936–1939*, in: *European Review of History* 23, 2016, S. 82–100.

50 Zur Geschichte der Fluchtbewegung von Spanien nach Frankreich vgl. Pierre Marques, *Les enfants espagnols réfugiés en France (1936–1939)*, Paris 1993; Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E.*, S. 257.

51 Der Tätigkeitsbericht der OSE für die Jahre 1934 bis 1937 spricht davon, dass das Budget zum Teil zu 80 bis 90 % vom JDC finanziert worden sei, vgl. *Revue OSE*, September/Oktober 1937, CDJC, OSE(V)-012, S. 14.

52 Die UGIF wurde von der Vichy-Regierung im November 1941 per Gesetz eingerichtet. In ihr wurden sämtliche jüdische Organisationen in Frankreich zwangsvereinigt.

53 Der namensgebende Organisator dieses Netzwerks war der Elektroingenieur Georges Garel. Er war 1909 als Grigori Garfinkel in Litauen geboren worden und in Kiew aufgewachsen.

54 Hazan, *Les enfants de l'après-guerre dans les maisons de l'OSE*, S. 12.

55 Vgl. zu den Aufgaben der verschiedenen in den Lagern tätigen Hilfswerke etwa den Bericht über die Rolle der bestehenden Hilfswerke während des Zweiten Weltkriegs, o. D., CDJC, OSE(II)-186.

in derselben Baracke schlafen würden, während sie sich das Büro eine Zeit lang mit den Quäkern und dem »Secours Suisse« habe teilen müssen.<sup>56</sup> Im November 1940 war in Nîmes ein Gremium gegründet worden, in dem Vertreter der YMCA, des JDC, der Quäker, des Roten Kreuzes, des »Service Social d'Aide aux Emigrants«, der OSE und weiterer, unter anderem protestantischer Organisationen ihre Tätigkeit in den Lagern koordinierten.<sup>57</sup> Hier spiegelte sich somit ein wahrlich transnationales und interkonfessionelles Spektrum der Hilfe. Auch Fotografien aus den Lagern zeigen, dass sich Rabbiner, Rotkreuzschwestern und Sozialarbeiterinnen die Lebenswelt teilten. Die räumliche Nähe ermöglichte den Austausch, die angespannte Versorgungslage erzwang die Zusammenarbeit geradezu. So kämpfte die OSE jeden Monat aufs Neue darum, ausreichend Kleidung und Lebensmittel bereitstellen zu können. Die Krise erwies sich in diesem Sinn in der Tat als Katalysator für kollektives Handeln, das sich nicht an konfessionellen oder nationalen Grenzen orientierte. Joseph Weill schrieb nach Kriegsende gar von einer Atmosphäre der Gleichheit, des wechselseitigen Vertrauens und von einer Front des moralischen und materiellen Widerstands, die die unterschiedlichsten Organisationen gemeinsam gebildet hätten.<sup>58</sup> Ganz so romantisch wird es wohl nicht gewesen sein. So ärgerte sich Ruth Lambert, Sozialarbeiterin in Gurs, im Frühjahr 1942 etwa über das »Comité Catholique«, das sich ausschließlich für katholische Kinder im Lager einsetzte, während die OSE keine Unterschiede in der Konfession der Kinder mache.<sup>59</sup> Hier deuten sich die Grenzen der Solidarität an, die Momente der Exklusion, die die Solidarität immer auch besitzen konnte. Dennoch: Die Tätigkeit am selben Ort brachte insgesamt ein Gefühl der Nähe mit sich und die Einsicht, dass man gemeinsam mehr bewirken konnte als allein.

#### IV. Solidarität deuten: Notwendigkeit oder großes Werk?

In der Arbeit der OSE in Frankreich verschwammen seit Mitte der 1930er-Jahre die Grenzen zwischen dem ursprünglichen Ziel, als bürgerliche Selbsthilfeorganisationen armen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern hygienische Aufklärung und medizinische Betreuung zukommen zu lassen, und der empfundenen Verantwortung für die unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und die mit ihrem Schicksal verbundenen politischen Fragen. Als die OSE nach der Gründung ihrer französischen Sektion

56 Bericht über die Lage der Internierten im Lager Rivesaltes (Pyrénées-Orientales) für den Monat November von Dr. Malkin, 2.12.1941, S. 1. Anders als es das Findbuch nahelegt, ist der erste Teil des Berichts höchstwahrscheinlich von Vivette Samuel (damals noch Vivette Hermann) geschrieben, die diesen Teil auch unterzeichnet hat.

57 Rapport de la Commission de Nîmes sur la création d'un Comité de coordination pour l'Assistance dans les camps, en novembre 1940 sur l'initiative de l'YMCA (Young Men's Christian Association, Association des Jeunes Hommes Chrétiens), du Joint, et des Quakers, CDJC, OSE(II)-73. Vgl. auch Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E.*, S. 264f.

58 Joseph Weill, *Contribution à l'histoire des camps d'internement dans l'Anti-France*, Paris 1946, zit. nach: Samuel, *Sauver les enfants*, S. 53, dort ohne Seitenangabe.

59 Rapport, du 01/04/1942, d'activité du Bureau OSE au camp de Gurs (Pyrénées-Atlantiques) pour le mois de mars 1942, par Ruth Lambert, Assistante Résidente OSE au camp de Gurs, CDJC, OSE(II)-63, S. 2.

1934 ein Jahr später das erste Kinderheim eröffnet hatte, war es noch dafür gedacht, Pariser Kindern einen Ferienaufenthalt zu ermöglichen, in dem sie körperlich gesunden und – ganz in der alten Tradition hygienischer Aufklärung – moralisch gestützt werden sollten.<sup>60</sup> Die ursprüngliche Mission lässt sich auch in der medizinischen Betreuung in den Lagern und in speziellen Hilfen für geflüchtete Medizinerinnen und Mediziner samt ihrer Familien weiterhin erkennen. Und doch wandelte sich die OSE, ihr Profil, ihre Verwaltung und ihr Personal in wenigen Jahren rasant. Vor diesem Hintergrund deuteten die Mitarbeitenden ihre Tätigkeit auf jeweils unterschiedliche Art und Weise, die wiederum sichtbar von ihrem Geschlecht abhing und in der autobiografischen Rückschau den Konjunkturen der französischen Erinnerungskultur folgte. Die meisten Frauen reflektierten ihre Motivationen nicht explizit oder deuteten sie als schiere Notwendigkeit. Die beteiligten Männer rekurrierten deutlich häufiger auf Narrative der Rettung von Zivilisation und Menschlichkeit.

Während die Aktiven eher selten von »Solidarität« sprachen – und vor allem nicht in mobilisierender Absicht –, war der Begriff doch Teil ihres Vokabulars, um zu erklären, warum sie taten, was sie taten. So war etwa Joseph Weill überzeugt, dass die Tätigkeit der OSE für die Internierten der Lager das einzige Zeugnis davon gewesen sei, dass so etwas wie Solidarität noch existierte.<sup>61</sup> Für ihn galt es in dieser Lesart nicht, solidarisch zu handeln, sondern die Existenz von Solidarität durch die eigene Tätigkeit sichtbar zu machen. Weill pflegte wohl ein spezielles, zionistisches Verständnis dieser Solidarität. In seinem Nachlass, der im CDJC zugänglich ist, findet sich etwa folgende Reflexion:

»Allmählich [...] muss versucht werden den Jugendlichen mit seinem jüdischen Schicksal [sic] zu versöhnen, und ihn zur Erfüllung jüdischer Aufgaben vorzubereiten. Diese Umstellung der Jugendlichen, die in ihrer jetzigen Verfassung sich ihrer jüdischen Zugehörigkeit nicht bewusst sind oder sich ihrer schämen, kann nur durch das Beispiel der Solidarität wie sie eine jüdische Organisation betätigen soll erlangt werden.«<sup>62</sup>

Die Tätigkeit für die OSE bedeutete in dieser Lesart einen Dienst am Judentum, sollte also explizit mehr sein als Hilfe ohne Parteinahme. Weill repräsentierte mit dieser Sicht eine der Strömungen, die in der OSE vertreten waren. Der in »La Guette« tätige Alfred Brauner erkannte in seiner Doktorarbeit von 1946 zwei weitere Handlungstypen – und ordnete sich selbst dem zweiten Typus derjenigen zu, deren Motivation sich aus ihrem linken Engagement gespeist habe. Er verwendete den Begriff der »solidarité« in einem weiteren Bedeutungszusammenhang, indem er es rückblickend als wichtigste Aufgabe der Betreuenden bezeichnete, den Kindern ein Gefühl der Solidarität zu vermitteln, weil ihnen das am allermeisten gefehlt habe.<sup>63</sup> Damit meinte er allerdings nicht nur, den jungen Menschen schlicht beizustehen und ihnen zu zeigen, dass sich jemand für sie interessiere. Nach seiner Kritik, dass die Kinder bei ihrer An-

60 Vgl. Becquemin, *Une institution juive dans la République*.

61 Weill, *Contribution à l'histoire des camps d'internement dans l'Anti-France*, zit. nach: Samuel, *Sauver les enfants*, S. 53, dort ohne Seitenangabe.

62 Document, non daté, non signé, concernant la Jeunesse dans les camps de travail, CDCJ, OSE(V)-296.

63 »À tous, nous cherchions à donner ce qui leur manquait le plus: l'esprit de solidarité.«, vgl. Brauner, *Ces enfants ont vécu la guerre...*, S. 79.



kunft als vereinzelte Egoisten ausschließlich an sich und ihre Familie gedacht hätten, betonte er, dass man ihnen in »La Guette« mit der Gründung ihrer Zeitung, einer eigenen Artistengruppe und einer grundsätzlich offenen, nicht kompetitiven Atmosphäre habe zeigen wollen, dass man Dinge gemeinsam regeln könne, aber zuweilen eben auch müsse.<sup>64</sup> Das Ziel seiner Arbeit mit den und für die Heranwachsenden sei mithin eine Form der politischen Bildung gewesen – anders als bei dem dritten Typus der mit humanitären Beweggründen argumentierenden Kolleginnen und Kollegen, den Brauner rückblickend unter den Aktiven zu erkennen meinte.<sup>65</sup>

Es gab aber sicherlich noch eine ganze Reihe weiterer ambivalenter Motivationen, wie etwa das Beispiel von Vivette Samuel zeigt. Sie erinnerte sich an eine aus menschlicher Nähe resultierende »solidarité« zwischen den Internierten und den Assistentinnen in den Lagern. Sie und ihre Kolleginnen seien von den Menschen auch deshalb sehr geschätzt worden, weil sie die Lebenswelt mit den Menschen teilten und somit ihr Leben tatsächlich mit dem der Verfolgten verknüpften.<sup>66</sup> Von Vivette Samuel, die einige Monate lang in Rivesaltes lebte und von 1979 bis 1985 Direktorin der OSE werden sollte, sind umfangreiche Lebenserinnerungen publiziert worden.<sup>67</sup> Samuel, 1919 in Paris in eine jüdische Familie geboren, die aus der Ukraine nach Frankreich migriert war, beschrieb in diesen 1995 veröffentlichten Erinnerungen ausführlich, wie und warum sie sich als Mitarbeiterin der OSE überhaupt für verfolgte und geflüchtete Minderjährige eingesetzt hatte. Der Weg in die Baracken von Rivesaltes war für sie, die aus einem bürgerlichen Haushalt kam und Philosophie studierte, keineswegs naheliegend. Dennoch gab es für sie persönliche Verbindungen zur Mission der OSE. Zum einen war dies der langjährige Kontakt zu deutschen Geflüchteten, die in der Wohnung ihrer Eltern in den 1930er-Jahren ein- und ausgingen.<sup>68</sup> Besonders aber ihre sommerlichen Auslandsreisen – 1937 nach Österreich, 1938 nach England – vermittelten Samuel einen Eindruck davon, dass die nationalsozialistische Politik tatsächlich spürbare Auswirkungen haben konnte, auch für ihr eigenes Leben.<sup>69</sup> Das erste Mal tatsächlich aktiv – aus humanitären Gründen, wie sie es in ihren Erinnerungen nennt – wurde sie im Januar 1939, als sie nach Barcelona reiste, um als Vertreterin einer Studentengruppe spanische Kinder mit gespendetem Milchpulver zu versorgen.<sup>70</sup> Dort wurden die Studierenden von den sich überschlagenden Ereignissen eingeholt, konnten nicht ohne Weiteres zurück über die Grenze, erlebten Hunger und Bombardierungen. Die Notwendigkeit von Hilfe in Kriegszeiten speiste sich für Samuel sicherlich aus diesem Erlebnis. Darüber hinaus aber veränderte die Erfahrung in Barcelona ihre Deutung dieser Hilfe: So habe sie hier gelernt, wie schwierig es sei, mit den Opfern des Faschismus solidarisch zu sein, ohne die eigenen pazifistischen Überzeugun-

64 Ebd., S. 79.

65 Abschrift des Films: *Le voyage des enfants de La Guette*. Film de Andrea Morgenthaller, in: *Les enfants de La Guette. Souvenirs et documents*, S. 35.

66 »De plus, ils nous voient vivre avec eux et partager un peu de leur dure existence. Cette solidarité nous rapproche.« *Samuel, Sauver les enfants*, S. 70.

67 Ebd.

68 Ebd., S. 19.

69 Ebd., S. 21f.

70 Ebd., S. 22–25.



gen zu verletzen.<sup>71</sup> Die Hilfe für Geflüchtete, wie die OSE sie später praktizierte, so könnte man diese Schilderung übersetzen, ermöglichte Frauen wie Vivette Samuel, Solidarität zu üben, ohne selbst zu gewaltvollen Mitteln zu greifen. Im Frühsommer 1940 kamen die Einschlüsse schließlich ganz nah. Die Kapitulation Frankreichs und die innerfranzösische Fluchtbewegung nahm Samuel als Staatsversagen wahr: »Nous avons l'impression de ne plus être gouvernés et, surtout, d'être abandonnés de tous.«<sup>72</sup> Für sie gab es als Reaktion auf diese Beobachtung zwei mögliche Handlungsalternativen: den militärischen Kampf außerhalb Frankreichs mit Charles de Gaulle weiterführen oder »mit Frankreich solidarisch bleiben«, also innerhalb des Landes aktiv werden.<sup>73</sup> Zumindest in der Rückschau deutete sie ihre Tätigkeit somit als eine Form von politischem Aktivismus im Dienst des »echten« Frankreichs, der Wiege von Aufklärung und Menschenrechten.

Das unterschied Samuel von den meisten ihrer Kolleginnen. In den 1960er-Jahren befragte die Historikerin Anny Latour für ihre Arbeit über die jüdische Résistance frühere Mitarbeiterinnen der OSE.<sup>74</sup> Die Frauen erinnerten sich daran, kurz vor und während des Zweiten Weltkriegs in Frankreich zahlreiche jüdische Kinder und Jugendliche vor der Verfolgung durch die Deutschen gerettet zu haben.<sup>75</sup> Ihre Schilderungen einzelner Erlebnisse oder Begegnungen waren nicht selten tragisch.<sup>76</sup> Was jedoch in den allermeisten Interviews fehlte, war eben jene Reflexion darüber, was die Frauen eigentlich motivierte hatte, für die OSE zu arbeiten – und welche Bedeutung sie ihrer Arbeit damals und im Rückblick zumaßen. Offenbar betrachteten sie ihren Einsatz für andere als Notwendigkeit, die keine Begründung brauchte. Auch zum 100. Geburtstag der OSE im Jahr 2012 fiel in einem Interview mit Gaby Wolff-Cohen immer wieder der gleiche Satz: »Il fallait le faire« – man musste es eben tun.<sup>77</sup> Fast alle Berichte der Frauen stellten die Arbeit für die Kinder und Jugendlichen als unausweichlich und den eigenen Einsatz als vernachlässigbares Opfer dar. Simone Weil schrieb 1942 aus dem Lager Rivesaltes, die Freude der Eltern darüber, dass ihren Kindern geholfen werde, würde all die Arbeit ausreichend aufwiegen.<sup>78</sup> Diese Argumentation findet sich sowohl in den Texten der Zeit als auch in rückblickenden Erinnerungen. Eines der

71 »Mais pendant tout ce temps je reste marquée par mon expérience espagnole qui me rend consciente, davantage peut-être que mes camarades, de la difficulté de concilier désir de paix et solidarité avec les victimes du fascisme.« Ebd., S. 25.

72 Ebd., S. 30.

73 »Il y a ceux qui ont alors le courage de quitter la France pour continuer le combat, et il y a ceux, dont je suis, qui souhaitent rester solidaires de la France jusque dans la défaite.« Ebd., S. 31 (Übersetzung S. D.).

74 Anny Latour, *La résistance juive en France (1940–1944)*, Paris 1970.

75 Siehe etwa die Interviews mit Madeleine Kahn, CDJC, DLXI-71, Jenny Masour-Ratner, CDJC, DLXI-70, und Olga Gurvic, CDJC, DLXI-37.

76 So erzählte Madeleine Kahn, wie sie einen acht Monate alten Säugling vor der Auslieferung an die Deutschen bewahrt habe, wie in der Folge aber ihre Schwester verhaftet, deportiert und vergast worden sei. CDJC, DLXI-71, S. 2–4.

77 Film 3: »Gaby Cohen, éducatrice et convoyeuse OSE«, URL: <<https://www.ose-france.org/exposition-sauver-les-enfants/>> [2.3.2020].

78 Rapport, du 03/07/1942, du Bureau OSE au camp de Rivesaltes (Pyrénées-Orientales) pour le mois de juin 1942, par Simone Weil, Assistante-résidente OSE au camp de Rivesaltes, CDJC, OSE(II)-54 S. 5.

wichtigsten Motive, das die zumeist jungen Frauen immer wieder nannten, war das Gefühl, etwas Nützliches zu tun: »[N]ous parlons aussi de ce sentiment de satisfaction que nous éprouvons tous dans notre vie pourtant austère parce que nous nous sentons utiles ...«<sup>79</sup>

Malkin, der in Rivesaltes stationierte Arzt, schrieb dagegen ganz anders als die mit ihm im Lager arbeitenden *assistantes sociales* bereits während des Kriegs in einem Tätigkeitsbericht geradezu pathetisch über seine Leistung. Er sei überzeugt davon, seine Pflicht erfüllt zu haben, und empfinde »une satisfaction morale énorme«, eine tiefgehende moralische Befriedigung, ein schönes und großes Werk getan zu haben – für die unglücklichen Opfer von Ungerechtigkeit und zum Vorteil bemitleidenswerter kleiner Kinder.<sup>80</sup> Eines dieser Kinder fand ähnliche Worte. Werner Matzdorff, der in »La Guette« gewohnt hatte, führte das Überleben der Mehrzahl der dort untergebrachten Kinder in einem Text von 1999 auf die »zahllosen Manifestationen von Solidarität« zurück.<sup>81</sup> Und er übersetzte auch, was er darunter verstand: ein »dévouement désintéressé«, also das Engagement für andere, das nicht interessegeleitet gewesen sei. Diese Solidarität meinte Matzdorff vorrangig bei den unmittelbar Helfenden zu erkennen, aber auch bei größeren Teilen der französischen Bevölkerung, die etwa bei der Beschaffung falscher Papiere geholfen hatte: »[N]ous avons repris notre vie, vie de temps de guerre, mais vie protégée par la solidarité d'une population à majorité protestante, où aucune dénonciation n'a jamais été perpétrée.«<sup>82</sup> Diese Solidarität der Französinen und Franzosen beschworen nicht wenige Texte der Nachkriegsjahrzehnte. Die Denkfigur gehört durchaus in die spezifische französische Erinnerungsabwehr hinein, die zwar von Widerstand sprechen, von Kollaboration aber lieber schweigen wollte. Wenn Matzdorff 1999 die Solidarität der französischen Bevölkerung mit den Verfolgten betonte, so war dies vermutlich auch eine Reaktion auf die zunehmende Konzentration der historischen Forschung auf die Kollaboration von Vichy-Frankreich mit dem NS-Regime. Dennoch stimmt es, dass der Widerstand in Frankreich vielfältig und aktiv war, und dass zu ihm eben auch zählt, dass rund 5.000 jüdische Kinder und Jugendliche in nichtjüdischen Familien und katholischen Klöstern den Weltkrieg überlebten.<sup>83</sup>

Man sollte freilich angesichts mancher rückblickenden Elogen auf die erfüllende Arbeit und das erhebende Gemeinschaftsgefühl der Solidarität nicht vergessen, dass die Helferinnen und Helfer unter ihrer Tätigkeit sehr wohl auch gelitten haben. Solidarisch zu sein, kostete sie etwas, manche von ihnen sogar das Leben: 36 Mitarbeitende der OSE starben in deutschen Konzentrationslagern oder wurden erschossen, sechs überlebten die Deportation.<sup>84</sup> Die Zustände in den französischen Internierungslagern wiederum waren für sie zwar nicht lebensbedrohlich, aber doch herausfor-

79 Samuel, *Sauver les enfants*, S. 74.

80 Extrait d'un rapport sur les camps d'internement, concernant le camp de Rivesaltes (Pyrénées-Orientales), non daté, P. 39 à 57, et le témoignage d'un Docteur (probablement le Dr Malkin) ayant exercé au camp de Rivesaltes (Pyrénées-Orientales) entre 1941 et 1942. Source inconnue, CDJC, OSE(II)-16, S. 49 (Übersetzung S. D.).

81 M[atzdorff], *Les enfants de La Guette*, S. 22 (Übersetzung S. D.). Folgendes Zitat ebd.

82 Ebd., S. 24.

83 Zeitoun, *Histoire de l'O.S.E.*, S. 437.

84 Ebd., S. 441–444.

dernd. Und auch das Gefühl des Scheiterns, wenn ein Kind nicht gerettet werden konnte, wirkte belastend, teils jahrzehntelang.<sup>85</sup> Andrée Salomon, die für die OSE die Arbeit sämtlicher freiwillig in den Internierungslagern lebenden Sozialarbeiterinnen koordinierte und bis heute eine der zentralsten Integrationsfiguren für das Selbstbild der Organisation ist, sprach in Erinnerung an eine solche Situation jedenfalls explizit von der großen Kraft, die es sie gekostet habe, angesichts der persönlichen Belastungen nicht einfach aufzugeben.<sup>86</sup>

## V. Die karitativen Praktiken der Solidarität

Versucht man die Rolle der zahlreichen Engagierten für minderjährige Geflüchtete im Frankreich der 1930er-Jahre historisch zu deuten, ist die Frage also nicht leicht zu beantworten: Was taten diejenigen eigentlich, die allein reisende Kinder und Jugendliche in Paris willkommen hießen, und diejenigen, die jede Nacht Tür an Tür mit den Heranwachsenden schliefen? Welche Begründungen fanden sie selbst dafür und in welche Strukturen waren sie eingebettet? Und schließlich: Wie lassen sich die beobachteten Formen kollektiver Verbundenheit und sozialen Handelns interpretieren?

Am besten gelingt das, wenn man sie auf einem Kontinuum zwischen Hilfe und Aktivismus verortet und die verschiedenen Formen sozialen Handelns nicht verwischt, sondern genau in den Blick nimmt. Der Begriff der Solidarität verändert in dreierlei Hinsicht die bisherigen Versuche, diese verschiedenen Formen in ihrem Kontext zu verstehen. Erstens hilft er, die Praktiken der Hilfe und ihre intendierten oder nicht intendierten Folgen empirisch neu zu erfassen. Zweitens macht er geschlechtsspezifische Zuschreibungen sichtbar. Drittens erschließt er bekannte historische Phänomene analytisch neu.

Die Geschichte der OSE zeigt, dass blinde Stellen bleiben, wenn man die Tätigkeit ihrer Mitarbeitenden analytisch als wohltätige Hilfe fasst. Mit der Ankunft erster unbegleiteter jüdischer Kinder in Frankreich fing die Organisation an, Häuser für die ständige Unterbringung von Kindern und Jugendlichen zu eröffnen und zu betreiben. Damit übernahm sie als private Organisation die Verantwortung für das Überleben Tausender junger Menschen. 1937 sprach ein Tätigkeitsbericht der OSE folgerichtig bereits davon, einer Idee wechselseitiger Solidarität verpflichtet zu sein, die den fehlenden jüdischen Staat ersetze, indem Organisationen wie die OSE für jüdische Menschen Tätigkeiten erfüllen würden, die sonst der Staat für seine Bürgerinnen und Bürger übernehme. Die OSE als eine philanthropische Organisation zu verstehen, so der Tätigkeitsbericht von 1937, sei insofern grundfalsch.<sup>87</sup> Besonders drastisch zeigte sich die politische Dimension ihrer Arbeit während der Kriegs- und Besatzungszeit. 1944

85 Andrée Salomon schilderte etwa, wie sie die Erinnerung an ein Kind, das sie im Moment der Deportation nicht aus dem Arm der Mutter genommen hatte, ihr Leben lang verfolgte, Interview mit Andrée Salomon, CDJC, DLXL-93, S. 10.

86 »C'est grâce au Dr Joseph Weil, à sa clarté de vues et à son pessimisme, que nous avons trouvé la force de tout faire pour préserver la vie humaine.« CDJC, DCXL-93, S. 14.

87 Dr. Brutzkus, Rapport sur l'activité du Comité Unifié ORT-OSE, Revue OSE, September/Okttober 1937, CDJC, OSE(V)-012, S. 9f.

war man von reiner Wohltätigkeit noch deutlich weiter entfernt. Nicht umsonst wurde die OSE nach Kriegsende offiziell als Teil der Résistance anerkannt.

Doch auch vom politischen Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland abgesehen, bewegten die scheinbar so marginalen Handgriffe und Leistungen mehr, als es auf den ersten Blick scheint: Aus den Alltagssorgen des Kinderheims konnte eine Solidarisierung von Organisationen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften entstehen, die Versorgungsnöte und finanziellen Engpässe konnten eine engere internationale Vernetzung der privaten Hilfswerke anstoßen. Das Wegbrechen der Spenden der deutschen Jüdinnen und Juden und die Verfolgungsmaßnahmen führten schließlich zu einer gestärkten Bedeutung der neutralen Schweiz sowie der internationalen Organisationen mit Sitz in Genf. Und die Zwänge des improvisierten Asyls sowie der eilends auf die Beine gestellten Betreuung der Heranwachsenden nivellierten nationale Trennlinien sowohl zwischen Kindern als auch zwischen ihren Helferinnen und Helfern. Im Fall der OSE-Kinderheime entdeckten etwa deutsche, österreichische und französische Kinder und Erwachsene zusammen ein neues Gefühl von Verbundenheit, das in der Praxis kaum auf einer Solidarität unter Gleichen basierte – so hoch manche Heimleitung die jüdische Herkunft der Kinder auch hielt. Im Alltag zeigten sich die Differenzen deutlich. Aber zugleich entwickelte sich im zeitweise geschützten Rahmen des täglichen Aufeinander-Angewiesenseins ein bemerkenswertes, gewissermaßen »internationalisiertes« Zusammengehörigkeitsgefühl. So trafen sich die Kinder von »La Guette« selbst Jahrzehnte später noch zu Zusammenkünften, von denen sie der OSE anschließend brieflich berichteten.<sup>88</sup> Vor allem die Verbindung zwischen den Helfenden hatte Relevanz, und sie entstand in der täglichen Arbeit, während derer die Beteiligten nicht selten Belastungen und auch Gefahren auf sich nahmen. Vivette Samuel nannte die Gruppe der in Rivesaltes tätigen Mitarbeitenden der Hilfswerke – nicht nur der OSE – rückblickend »une petite équipe cohérente et liée d'amitié«, eine kleine zusammengehörige Truppe, freundschaftlich verbunden.<sup>89</sup>

Wenn sich Hilfswerke wie die OSE den Begriff der Solidarität nicht auf die Fahnen schrieben, so hatte dies auch pragmatische Gründe. Etwa, dass er von der Arbeiterbewegung besetzt war – aber auch, dass die Tätigkeit von Hilfsorganisationen besser funktionierte, je unauffälliger sie war. Dass der SCF und die OSE die Hilfe für Kinder »entdeckten«, lässt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, dass diese Zielgruppe als politisch unverdächtig und die Tätigkeit für Minderjährige als harmlos galten. Zugleich adressierten die Hilfswerke eminent politische Fragen und griffen mit ihrer Tätigkeit aktiv ein. In der Rückschau machten das auch die Organisationen selbst unmissverständlich klar. Heute beschreibt die OSE ihre Tätigkeit im Zweiten Weltkrieg

88 Vgl. Lettre du 21/11/1983, de Henry J. Alexander adressée à M. Job, Mme Vivette Samuel, Mme Anneliese Eisenstadt et M. Werner Neuberger, concernant la réunion des »anciens de la Guette«, CDJC, OSE(II)-231.

89 Samuel schließt hier explizit auch die Kindergärtnerin Jacqueline Lévy mit ein, die nicht für die OSE, sondern für das USC arbeitete, vgl. Samuel, Sauver les enfants, S. 73. Interessant ist auch, dass nicht wenige (Ehe-)Paare in den Häusern der OSE arbeiteten, etwa Ernest und Lida Jouhy, Vivette und Julien Samuel, Harry und Irène Spiegel, Georges und Fanny Loinger.

als »résistance humanitaire«.<sup>90</sup> Die Rede vom Widerstand deutet an, dass die politische Dimension der Hilfe nach 1945 Teil des eigenen Selbstverständnisses geworden war.

Die sekundären Folgen der Hilfe müssen nicht intendiert gewesen sein – vielmehr scheint es eine Stärke des Solidaritätsbegriffs als Bezeichnung einer sozialen Praxis zu sein, dass er Wandlungsformen mitberücksichtigen kann und sichtbar macht. Die neuere Humanitarismusforschung hat bereits viel Mühe in die Klarstellung gesteckt, dass die Geschichte des Humanitarismus sehr viel ambivalenter war, als das die lange hochgehaltenen Proklamationen des Internationalen Roten Kreuzes erahnen ließen, und dass vermeintlich selbstloses Helfen immer und überall mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen verbunden war.<sup>91</sup> Auch in dieser Hinsicht kann der Begriff der Solidarität helfen, Leerstellen zu fokussieren: Denn der Blick auf die Versprechen und die Praktiken der Solidarität beleuchtet das Rätsel sozialer Verbundenheit neu und nimmt die unterschiedlichsten Formen transnationaler Hilfe ernst als stetig umkämpfte Versuche, vielfältigen Kollektiven ein gedeihliches Zusammenleben zu ermöglichen, das traditionelle Grenzen überschreitet. In diesem Sinn kann der Solidaritätsbegriff der historischen Forschung tatsächlich Neues erschließen, sofern er sensibel bleibt für die Ambivalenzen solidarischen Handelns, seine Ein- und Ausschlüsse, und für das Nebeneinander von hehrem Konzept und alltäglicher Praktik. Interessiert man sich aus einer sozialgeschichtlichen Perspektive für die Frage, wie sich die vielfach aufgerufene Vorstellung einer solidarischen Gemeinschaft in verschiedenen Kontexten konkret ausformte und wie die tägliche Arbeit mit Menschen neue Solidaritätsformen erschuf, so zeigt sich vor allem: Solidarität ist Arbeit, sie ist körperlich und sie existiert erst dort, wo sich Menschen treffen – und zugleich sind die konkreten Praktiken solidarischen Handelns nicht nur dort zu finden, wo die Solidarität wie in der Arbeiterbewegung bewusst adressiert und als Kampfformel verwendet wurde.

Ein Verständnis von Solidarität als einer spezifischen Form sozialen Handelns, wie es Kaufmann vorschlägt, hilft dabei, die ganze Bandbreite durchaus widersprüchlicher und keineswegs immer eindeutiger Praktiken in der Geschichte der Hilfe für minderjährige Geflüchtete zu erfassen. Für ein geteiltes Ziel fanden sich im Frankreich der 1930er-Jahre Menschen ohne primäres Eigeninteresse zusammen, die im Vertrauen auf gegenseitige Loyalität gemeinsam handelten. Sie anerkannten die Unterschiede zwischen einander und waren offen für abweichende Identitäten, Überzeugungen oder Strategien, sie folgten keiner unverrückbaren Hierarchie und stellten das Individuum vor jegliches Kollektiv.

Der gewichtigste Einwand, es könne zwischen Erwachsenen und Minderjährigen nie eine reziproke Beziehung bestehen, zumal unter den Bedingungen der Flucht, ist durchaus bedenkenswert. Die soziologische Auseinandersetzung mit der deutschen »Willkommenskultur« hat gezeigt, dass die Beziehungen zwischen Helfenden und

90 Katy Hazan, *Le sauvetage des enfants juifs pendant l'occupation*, URL: <<https://www.ose-france.org/memoire/le-service-archive-et-histoire-de-lose/l'ose-100-ans-d'histoire/le-sauvetage-des-enfants-juifs-pendant-l'occupation/>> [19.11.2020].

91 Vgl. stellvertretend Johannes Paulmann, *Conjunctures in the History of International Humanitarian Aid During the Twentieth Century*, in: *Humanity* 4, 2013, S. 215–238.

Geflüchteten höchstens mit Zurückhaltung als solidarisch zu bezeichnen sind<sup>92</sup> – und ähnliche Mechanismen fehlender Wechselseitigkeit sind im Fall geflüchteter Minderjähriger auch im Frankreich der 1930er-Jahre zu beobachten. Dennoch gibt es gute Gründe, mindestens Teile der Geflüchtetenhilfe als solidarische Praktiken zu bezeichnen, insbesondere, wenn man auch die jeweiligen Folgen sozialen Handelns für die Gruppe der Helfenden selbst mit bedenkt. Der Beitrag hat gezeigt, dass sich die Beziehungen zwischen den Beteiligten und die Formen sozialen Handelns in wichtigen Punkten von der »Willkommenskultur« des Jahres 2015 unterschieden: Denn es gab sowohl in den Heimen als auch in den Lagern und auf illegalen Grenzübertritten eine enge lebensweltliche Nähe und eine körperliche Verbundenheit, die bis zur Gefährdung von Leib und Leben der Helfenden reichte. Der Alltag der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen war derselbe, wenn auch unterschiedliche Wege dorthin geführt hatten und die Zukunft nicht für alle gleichermaßen düster aussah. Doch auch die Erwachsenen selbst waren Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Insbesondere mit den beginnenden Deportationen waren auch die meisten der Aktiven selbst bedroht, sei es als Jüdinnen und Juden oder als Mitglieder des Widerstands gegen die Politik des Vichy-Regimes und des »Dritten Reichs«. Zweitens gab es wie gezeigt durchaus ernst gemeinte Ansätze der Erwachsenen, den Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen. Und auch die Kinder gaben je nach Neigung und Temperament den Erwachsenen durchaus etwas zurück – Zuneigung oder Gedichte, Zeichnungen oder schulische Lernerfolge –, und mit zunehmendem Alter setzten sich schließlich manche von ihnen für die Werte ein, die die Erwachsenen mit ihrer Tätigkeit hatten bewahren wollen. »La Guette« ist dafür das eindringlichste Beispiel, aber nicht das einzige. Nicht selten stellten die Aktiven ihre Arbeit als einen eben solchen Wechsel auf die Zukunft dar; als eine Gabe, die zu einer für sie erstrebenswerten Welt führen würde. Die Suche nach solidarischen Praktiken zeigt sehr deutlich, dass sich mannigfaltige reziproke Bezugssysteme zwischen den Erwachsenen selbst entwickelten, die weit in die Zukunft deuteten. Vor allem entwickelten die vielen Helferinnen und Helfer unter sich eine praktisch handelnde Gemeinschaft, und dies über nationale, religiöse und soziale Grenzen hinweg. So interpretierten die Hilfswerke ihre Arbeit regelmäßig als Ausdruck der Verbundenheit mit den hilflosen Eltern der verfolgten Kinder. Es spricht deshalb vieles dafür, die Arbeit der Männer und Frauen in Heimen und Lagern, in Büros und an den Grenzen mit einem Begriff zu analysieren, der den Unterschied zu einer Hilfs- oder Pflegetätigkeit, die sich als Linderung von Notsituationen versteht und keine Wechselwirkungen mit den Adressatinnen und Adressaten der Hilfe anstrebt, klar markiert. Das bedeutet keine Hierarchisierung dieser unterschiedlichen Praktiken unter moralischen Gesichtspunkten. Für die Analyse ist es dennoch von Bedeutung, die Varianten klar zu benennen, ohne die Übergänge und Ambivalenzen zu ignorieren.

Diese Ambivalenzen und Grenzen ihres Handelns reflektierten auch die Beteiligten. Vivette Samuel schilderte etwa, dass die Aktiven in Rivesaltes abends häufig über ihre seltsame Lage debattiert hätten: Meist deutlich jünger und – das betonte sie ei-

92 Vgl. Wagner, Helfen und Reziprozität, sowie dies./Isabell Trommer, Mitleid und Krise. Zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 2019, H. 1, S. 123–133.

gens – gesellschaftlich weniger anerkannt, als viele Internierte es vormalig gewesen waren, drangen sie tief in das private Leben der Verfolgten ein. Plötzlich konnten sie sowohl Not lindern, trösten und Hoffnung geben als auch über das weitere Schicksal der Menschen entscheiden – etwa wenn sie einschätzten, für welche Kinder realistisch eine Unterkunft außerhalb des Lagers zu finden wäre.<sup>93</sup> Die Geschichte solidarischen Handelns ist deshalb auch keine romantische Erzählung vom Siegeszug des Guten. Was Solidarität war oder sein sollte, davon gab es unterschiedliche Vorstellungen, und die Versuche, solidarisch zu handeln, stießen allzu oft an ihre Grenzen. Die Geschichte solidarischen Handelns kann uns deshalb vor allem das zeigen: wie umkämpft alle Varianten einer solidarischen Welt stets waren, wie viele Schwächen sie hatten und wie mühsam trotzdem immer wieder um eine gemeinsame Zukunft gerungen wurde.

---

93 Samuel, *Sauver les enfants*, S. 73.



DOMINIK RIGOLL

## Kommunistische Solidaritätspolitik im demokratischen, nationalistischen und kolonialen Frankreich 1920–2010\*

»Eine grundsätzliche Bemerkung vorweg: In anderen, nicht kommunistisch regierten Teilen der Welt waren Parteigänger und Freunde des Kommunismus Verbündete von Demokraten gegen Diktatoren und brutale Ausbeuter. In manchen autoritären Regimen waren sie entchiedene, manchmal letzte Opposition.«<sup>1</sup>

Im August 2000 fand im Stade de France, dem größten französischen Sportstadion, eine Feier für 60.000 Kinder aus armen Familien statt, denen die französische Volkswohlfahrt (»Secours populaire français«, SPF) in den Sommerferien ermöglicht hatte, einen Tag in Paris Urlaub zu machen. Schirmherren des Festes waren Zinédine Zidane und Ronaldo. Bereits am Morgen hatten Präsident Jacques Chirac, Ministerpräsident Lionel Jospin und Bürgermeister Jean Tiberi die Kinder empfangen.<sup>2</sup> Der erste Generalsekretär des SPF, der diese Kinderferienaktion 1979 ins Leben gerufen hatte, war von 1944 bis 1947 Pierre Kaldor gewesen. Danach gehörte er der Organisationsleitung als Ehrenmitglied an. Kaldor zählt in vieler Hinsicht zu den Protagonisten solidarischen Handelns in Frankreich. Angeleitet von Veteranen, die in den 1920er-Jahren die ersten Rechtsschutz- und Wohlfahrtsstrukturen im Umfeld der Kommunistischen Partei Frankreichs (»Parti communiste français«, PCF) begründet hatten, betrieb der Pariser Rechtsanwalt von den 1930er- bis zu den 2000er-Jahren kommunistische Solidaritätspolitik. In seinem Wirken spiegelt sich der Wandel dieser Politik im 20. und 21. Jahrhundert wider – in Frankreich und den Kolonien, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo er in den Protesten gegen den Ausschluss von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst aktiv war. Der kommunistische Solidarismus<sup>3</sup>, für den Kaldor stand, war internationalistisch und umfasste neben dem Humanitarismus und Wohlfahrtsaktivismus auch die antifaschistische Militanz zur Zeit der nationalistischen Ligen und später der deutschen Besatzung sowie Grund- und Menschenrechtsaktivismus für Angehörige oder Verbündete der kommunistischen Bewegung in Frankreich und im Ausland. Akteure der Solidaritätspolitik waren nicht nur PCF und SPF, sondern auch andere kommunistisch dominierte Organisationen, in denen Kaldor leitend wirkte. 2007 wurde er von der Republik zum Ritter der Ehrenlegion ernannt – für »62 Jahre beruflicher und zivilgesellschaftlicher Aktivität sowie aufgrund militärischer Verdienste«.<sup>4</sup> Bereits 1997 war ihm der Menschenrechtspreis der deutschen

\* Max Adler, Sonia Combe, Claudia Gatzka und Helga Grebing zugeeignet, denen dieser Text viel verdankt. Dank für ihre kritische Lektüre geht an Juliane Fürst, Mario Keßler und Alex Oberländer.

1 Joachim Gauck, Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung, in: Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean-Louis Panné u. a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror, München/Zürich 1999 (zuerst frz. 1997), S. 885–894, hier: S. 885.

2 La Journée des oubliés des vacances du Secours populaire, in: L'Humanité, 25.8.2000.

3 Dieser Begriff wird hier synonym mit »Solidaritätspolitik« verwendet, um Praktiken und Ideologien der Solidarität zu untersuchen. Mit den politischen Doktrinen gleichen Namens hat er nichts zu tun.

4 Journal Officiel, 14.7.2007. Die Übersetzungen stammen hier und im Folgenden von mir.

»Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde« (GBM) verliehen worden – für sein Engagement gegen den »Radikalerlass« von 1972 und die »Abwicklung« nach 1990.<sup>5</sup>

Kaldor dient dem vorliegenden Beitrag als Sonde<sup>6</sup>, um Bedingungen, Formen und Auswirkungen kommunistischer Solidaritätspolitik in ihrer Variationsbreite einer ersten Analyse zu unterziehen – über viele Jahre, Orte und politische Systemgrenzen hinweg. Erstens wird klassisch biografisch rekonstruiert, weshalb sich Kaldor solidaritätspolitisch engagierte und wie diese Tätigkeit sein Kommunistsein<sup>7</sup> prägte. Zweitens untersucht der Beitrag aus Kaldors Perspektive die sich wandelnden Praktiken und Ideologien des kommunistischen Solidarismus. Drittens spürt er den Spuren nach, die dieser Solidarismus im demokratischen, nationalistischen und kolonialen Frankreich hinterließ. Ziel des Beitrags ist es, eine transnationale Geschichte des kommunistischen Solidarismus in Frankreich zu explorieren und weitere Forschungen anzuregen. Von Interesse sind die Befunde nicht nur für die Kommunismus- und Sozialismusforschung, die sich zuletzt viel mit der Frage beschäftigte, was Menschen in die revolutionäre Arbeiterbewegung trieb.<sup>8</sup> Sie sind auch demokratiegeschichtlich von Relevanz, denn der kommunistische Solidarismus verstand sich stets als demokratisch, passte sich den gesellschaftlichen Bedingungen an, die ihn in kapitalistisch verfassten Demokratien umgaben, und prägte diese zugleich. Die Entwicklung der kommunistischen Solidaritätspolitik in Frankreich spiegelt daher auch den Wandel des Verhältnisses von Demokratie und Kommunismus in diesem Land wider.<sup>9</sup> Und nicht zuletzt schreibt sich der Beitrag in Forschungen zu Menschenrechten und Humanitarismus ein<sup>10</sup>, denn im Solidarismus sind beide zunächst verquickt und fallen später wieder auseinander.

Ein methodisches Problem ist nun allerdings, dass momentan gleichsam zwei Historiografien existieren, die die Rolle des Kommunismus in Frankreich und in der westlichen Demokratie generell auf entgegengesetzte Art interpretieren. Auf der einen Seite stehen Arbeiten, die mehr oder weniger explizit annehmen, der »kommunistische Abdruck« habe der französischen Gesellschaft gutgetan.<sup>11</sup> Axelle Brodiez, die das Standardwerk zum SPF vorgelegt hat, erzählt dessen Geschichte als die einer für die Demokratie profitablen Entwicklung von der doktrinären »Massenorganisation«

5 Klaus Dümde/Pierre Kaldor, Irrweg der Diskriminierung, in: Neues Deutschland, 8.12.1997.

6 In Anlehnung an Thomas Etzemüller, Biographien: Lesen – erforschen – erzählen, Frankfurt am Main/New York 2012, der von »biografischen Sonden« spricht und veranschaulicht, wie »biografisches Material als »Sonde« genutzt werden kann«, um »verborgene Probleme sichtbar zu machen« (S. 73).

7 Der Begriff ist dem kommunistischen Schriftsteller Ronald M. Schernikau entlehnt: Ronald M. Schernikau, Legende, hrsg. v. Lucas Mielke/Helen Thein/Thomas Keck, Berlin 2019 (zuerst 1999), S. 902.

8 Vgl. bspw. Christina Morina, Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017; Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor: 1912–1945, München 2016; Annette Wieviorka, Maurice et Jeannette. Biographie du couple Thorez, Paris 2010.

9 Vgl. auch Claudia C. Gatzka, Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979, Düsseldorf 2019; Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2004.

10 Pointiert die Debatte zusammenfassend und zugleich Stellung beziehend ist Samuel Moyn, Theses on Humanitarianism and Human Rights, in: Zeitgeschichte-online, 7.12.2018, URL: <<https://zeitgeschichte-online.de/themen/theses-humanitarianism-and-human-rights>> [17.3.2020].

11 Roger Martelli, L'empreinte communiste. PCF et société française, 1920–2010, Paris 2010.

zu einem humanitären Player – eine Wendung vom »politischen« Kommunismus zum »apolitischen« Humanitarismus, die der SPF laut Brodiez schon früher hätte vollziehen können, wenn Kaldor nicht 1947 von der Organisationsspitze verdrängt worden wäre.<sup>12</sup> Liora Israël hat sich mit dem Kampf der Nationalen Juristenfront (»Front national des juristes«, FNJ) gegen die Besatzung und das Vichy-Regime beschäftigt, an dem Kaldor teilnahm, nachdem er 1943 von einem Fluchthelfernetzwerk um seine Ehefrau Charlotte aus dem Gefängnis befreit worden war.<sup>13</sup> Auch diese Tätigkeit wird ganz selbstverständlich als Verteidigung der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit analysiert, auch wenn sich die kommunistische Parteiführung zu dieser Zeit an Stalins Sowjetunion orientierte. Vanessa Codaccioni, Sharon Elbaz und Alain Ruscio beschreiben mit viel Empathie, wie Kaldor zwischen 1949 und 1960 zuerst in Côte d'Ivoire und dann mehrere Jahre lang in Algerien gemeinsam mit Hunderten weiteren freiwilligen Anwältinnen und Anwälten mit Unterstützung des SPF unentgeltlich antikoloniale Kämpfer vor französischen Militärtribunalen verteidigte, also auf die Rechtsstaatlichkeit von Gerichtsverfahren von Menschen pochte, die von der französischen Kolonialgerichtsbarkeit als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt wurden.<sup>14</sup> Kaldors Aktivitäten als Leiter des französischen Komitees für Meinungsfreiheit und gegen Berufsverbote habe ich mich selbst gewidmet und argumentiert, dass die kommunistisch dominierten Proteste gegen den sogenannten Radikalenerlass von 1972 zur Liberalisierung respektive Verwestlichung der Bundesrepublik beigetragen haben.<sup>15</sup> Für Pierre Kaldor interessiert hat sich schließlich auch die Literaturwissenschaft, da ihm eine Person in Louis Aragons vierbändigem Epos »Les communistes« nachempfunden ist. Kaldor ist in den »Aragon-Studien«, die mit ihrem Untersuchungsgegenstand sympathisieren, jedoch kein Objekt kritischer Analyse, sondern ein verehrter Held und Zeitzeuge.<sup>16</sup>

Dem gegenüber stehen Studien, die eine ganz andere Geschichte erzählen – nicht die eines linken Humanisten, sondern die eines linken Extremisten. So war Kaldor zu einer Zeit in der kommunistischen Bewegung aktiv, da diese nach Andreas Wirsching eine »totalitäre Bewegung« war – also »politischer Extremismus«.<sup>17</sup> Auch Thomas Kroll

12 Axelle Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000. Du communisme à l'humanitaire*, Paris 2006, S. 45–73.

13 Liora Israël, *Robes noires, années sombres: La Résistance dans les milieux judiciaires*, Paris 2005.

14 Vanessa Codaccioni, *Punir les opposants. PCF et procès politiques 1947–1962*, Paris 2013, S. 319–385; Sharon Elbaz, *Les avocats métropolitains dans les procès du Rassemblement démocratique africain (1949–1952): un banc d'essai pour les »collectifs d'avocats« en guerre d'Algérie?*, in: *Bulletin de l'Institut d'histoire du temps présent*, 2002, Nr. 80, S. 44–60; dies., *L'avocat et sa cause en milieu colonial. La défense politique dans le procès de l'Organisation spéciale du Mouvement pour le triomphe des libertés en Algérie (1950–1952)*, in: *Politix*, 2003, Nr. 62, S. 65–91; Alain Ruscio, *Les communistes et l'Algérie. Des origines à la guerre d'indépendance, 1920–1962*, Paris 2019.

15 Dominik Rigoll, *Erfahrene Alte und entradikalisierte 68er. Menschenrechte im roten Jahrzehnt*, in: Norbert Frei/Annette Weinke (Hrsg.), *Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945*, Göttingen 2013, S. 182–192. Dort auch weitere Literaturhinweise.

16 Maryse Vassevière, Pierre Kaldor, entretien, in: *Recherches croisées Aragon/Elsa Triolet* 5, 1994, S. 237–259; François Eychart, *Notre ami Pierre Kaldor*, in: *Faites entrer l'infini* Nr. 49, Juni 2010, S. 68–69.

17 Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*, Berlin und Paris im Vergleich, München 1998, S. 6–17.

spricht mit Blick auf die westeuropäischen Kommunismen von einer »totalitären Bewegung«, die gerade in Frankreich eine »kommunistische Gegengesellschaft« gebildet und sich nach 1947 so sehr »gegen Einflüsse von außen immunisiert« habe, dass sie »totalitäre Züge« annahm.<sup>18</sup> Marc Lazar attestierte dem französischen Kommunismus vor einigen Jahren, die französische Demokratie in einer Weise negativ beeinflusst zu haben, die noch heute in den politischen Debatten spürbar sei, obwohl der PCF längst marginalisiert ist.<sup>19</sup> Die kommunistisch dominierten Proteste gegen den »Radikalen-erlass«, die ich als Bestandteile einer Liberalisierung der Bundesrepublik und einer Verwestlichung von links analysiert habe, bezeichnet der Politologe Wolfgang Rudzio als »Erosion der Abgrenzung« zwischen »demokratischen« und »extremistischen Linken«.<sup>20</sup> Der Daseinszweck der GBM, die Kaldor 1997 mit ihrem Menschenrechtspreis auszeichnete, bezeichnet Eckhard Jesse als »DDR-Apologie im primitiven Sinne«, ja als »Geschichtsklitterung« und »Geschichtsrevisionismus«.<sup>21</sup> Der australische Musikhistoriker Mark Carroll schließlich, der sich mit der Französischen Vereinigung progressiver Musiker (»Association française des musiciens progressistes«) beschäftigt hat, zu deren Gründungsmitgliedern Kaldor 1948 zählte, bezeichnet die Organisation und die kommunistische Intellektuellen-Zeitschrift »Les Lettres françaises«, für die Kaldor unter anderem Musikkritiken verfasste, als »stalinistisch«.<sup>22</sup> Tatsächlich war Kaldor 1949 als Anwalt in dem Prozess wegen Verleumdung aktiv, den die »Lettres françaises« gegen den Dissidenten Wiktor Krawtschenko angestrengt hatten, um dessen – inhaltlich korrekte – Schrift über den Gulag, die Arbeitslager in der Sowjetunion, als Lügenpropaganda zu entlarven, die der Kriegsvorbereitung diene.<sup>23</sup> Anders als sein langjähriger Kollege Joë Nordmann hat sich Kaldor auch nie vom Krawtschenko-Prozess distanziert.<sup>24</sup>

Diese grundlegenden Unterschiede in der Deutung des Kommunismus im Westen spiegeln nicht nur die Ambivalenzen wider, die in die zeitgenössischen Praktiken und Ideologien der kommunistischen Bewegung eingelassen waren. Sie ergeben sich ebenso aus unterschiedlichen normativen Standpunkten im Wissenschaftsbetrieb.

18 Thomas Kroll, *Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956)*, Köln/Weimar etc. 2007, S. 28, bezugnehmend auf Annie Kriegel.

19 Marc Lazar, *Le communisme, une passion française*, Paris 2002.

20 Wolfgang Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1988.

21 Eckhard Jesse, *Fakten und Erkenntnisse, keine Mythen und Legenden*, in: Deutschland Archiv, 10.10.2011, URL: <<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53270/fakten-und-erkenntnisse-keine-mythen>> [4.12.2020], verweisend auf Norman Bock, *Postkommunistischer Geschichtsrevisionismus. Die Verklärung der SED-Diktatur*, in: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik 58, 2009, S. 377–386.

22 Mark Carroll, *Music and Ideology in Cold War Europe*, Cambridge/New York etc. 2006, S. 51 und 173; ders., *All Together Now. The Prague Manifesto (1948) and the Association française des musiciens progressistes*, in: *French History and Civilization*, Bd. 2, hrsg. v. Vesna Drapac/André Lambelet, 2009, S. 82–90.

23 Liora Israël, *Un procès du Goulag au temps du Goulag? L'affaire Kravchenko (1949)*, in: *Critique internationale*, 2007, Nr. 36, S. 85–101.

24 Joë Nordmann/Anne Brunel, *Aux vents de l'histoire. Mémoires*, Paris 1996, zum Krawtschenko-Prozess vgl. ebd., S. 186–193.

Um die Rolle des westeuropäischen Kommunismus in der Geschichte der Demokratie, der Dekolonisierung und des Rechtsaktivismus präzise vermessen zu können, ist es an der Zeit, diese normativen Widersprüche als Anomalien zu begreifen und zu versuchen, sie durch die Entwicklung alternativer Begrifflichkeiten aufzulösen.<sup>25</sup> Einen Fingerzeig, wie dies vonstattengehen kann, gibt ironischerweise das »Schwarzbuch des Kommunismus«, dessen deutscher Fassung das eingangs zitierte Nachwort von Joachim Gauck beigegeben ist, in dem dieser eine stärkere Differenzierung zwischen Staatssozialismus und westlichem Bewegungskommunismus anmahnt: Auch angesichts der in dem Buch beschriebenen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen im kommunistischen Machtbereich dürfe nicht vergessen werden, dass »Parteigänger und Freunde des Kommunismus« in »nicht kommunistisch regierten Teilen der Welt« immer wieder »Verbündete von Demokraten gegen Diktatoren und brutale Ausbeuter« gewesen seien. Und sie hätten diese demokratische Rolle spielen können, gerade weil sie überzeugte und loyale Parteikommunisten waren: »Ihr Widerstand und ihre Leidensbereitschaft erwachsen aus kommunistischen Idealen.«<sup>26</sup>

Die Lesart des kommunistischen Solidarismus, die ich auf den nächsten Seiten anbieten möchte, spinnt diesen Gedanken in zweierlei Hinsicht weiter. Erstens sprechen die Befunde im Fall Kaldor dafür, dass Kommunisten wie er nicht nur in rechten Diktaturen und kolonialen Regimen demokratische oder demokratiekompatible Solidaritätspolitik betrieben, sondern auch in den liberalen Demokratien selbst. Dass dem so war, hatte nicht nur mit der kommunistischen Ideologie zu tun, die schon deshalb viele Überschneidungen mit demokratischen Ideologien aufwies, weil sie über dieselben Wurzeln verfügte.<sup>27</sup> Auch die konkreten politischen Praktiken westeuropäischer Kommunisten stimmten oft mit denen demokratischer Akteure überein oder schlossen an ältere demokratische Traditionen an.<sup>28</sup> Auf dieser gemeinsamen Basis fand seit 1920 eine *Kommunisierung*<sup>29</sup> der französischen Demokratie und eine *Demokratisierung des französischen Kommunismus* statt. So lautet jedenfalls eine erste These – und zugleich ein erster Vorschlag, wie die eben beschriebenen normativen Deutungsunterschiede in Bezug auf die Wechselwirkungen zwischen Demokratie und Kommunismus auf einen objektiveren gemeinsamen Begriff gebracht werden könnten. Zweitens legt das Beispiel Kaldor meinem Dafürhalten nach nahe, dass die in Teilen der Forschung als totalitär, extremistisch, stalinistisch oder ähnlich beschriebene Struktur der kommunistischen Bewegung – starke Abschottung nach außen, starker Autoritarismus nach innen – nicht nur in ihrer Ideologie angelegt war, sondern auch und vielleicht vor allem in der massiven Abwehr und Ausgrenzung, der diese Bewegung von Beginn auf

25 Anregend zur Bedeutung von Anomalieanalysen für den wissenschaftlichen Fortschritt ist Thomas S. Kuhn, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt am Main 1991 (zuerst engl. 1962).

26 Gauck, *Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung*, S. 885.

27 In ihrer methodischen Klarheit und politischen Unaufgeregtheit lesenswert hierzu ist Helga Grebing, *Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung*, Stuttgart/Berlin etc. 1971.

28 Für den anders gelagerten, aber in diesem Punkt vergleichbaren italienischen Fall Ähnliches herausgearbeitet hat Gatzka, *Die Demokratie der Wähler*; vgl. außerdem dies., *Der »neue Mensch« auf ausgetrampelten Pfaden. Kommunistische Bewährung und politischer Massenmarkt im postfaschistischen Italien*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2012, S. 145–157.

29 Der Begriff stammt von Max Adler, *Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode*, Darmstadt 1964 (zuerst 1922), S. 180–187.

internationaler Ebene, in Russland selbst und in allen anderen Staaten ausgesetzt war, lange bevor sich immer festere Strukturen herausbilden konnten.<sup>30</sup> Für Kaldor war der autoritäre Apparat des PCF deshalb nicht nur die Basis für politischen Aktivismus in der demokratischen Republik und militanten Widerstand in der nationalistischen Diktatur, sondern auch ein organisierter Rückzugsraum, der materiellen und emotionalen Schutz bot. Wenn »le parti« ihm dennoch zur Zumutung wurde, verhielt er sich als *linientreuer Dissident*<sup>31</sup> und brachte Kritik nur intern an. Eine zweite Option, die er nutzte, war das Engagement in Vorfeldorganisationen: *Umfeldaktivismus*. Hier konnte er sich – zumal im Ausland – dem Autoritarismus der Partei ebenso entziehen wie später ihrem Reformismus. So jedenfalls eine zweite These und eine Begrifflichkeit, mit der der scheinbare Widerspruch zwischen dem Autoritarismus des PCF und seiner Demokratiekompatibilität aufgelöst werden könnte.

Wie Kommunisierung und Demokratisierung im Einzelnen abliefen und welche Formen der linientreuen Dissidenz und des Umfeldaktivismus existieren konnten, wird im Folgenden am Beispiel Pierre Kaldors betrachtet. Seine Aktivitäten verweisen auf eine Geschichte des Kommunismus in der demokratischen Republik, der nationalistischen Diktatur und im kolonialistischen Frankreich, die eigentümlich unberührt erscheint von großen kommunismusgeschichtlichen Zäsuren – 1956 zum Beispiel. Sieht man einmal vom gleichsam prägenden Jahr 1991 ab, in dem Kaldor in Rente und die Sowjetunion unterging, entsprechen die sechs Phasen, in die sich Kaldors politisches Wirken einteilen lässt, eher denen der französischen Zeitgeschichte. Deutlich wird dabei, dass die Solidaritätspolitik, die Kaldor betreiben konnte, weniger von seiner eigenen Motivationslage abhing als von der gesellschaftlichen Position, in der sich die kommunistische Bewegung in Frankreich jeweils befand. Die sich wandelnden politischen Kräfteverhältnisse brachten unterschiedliche Aggregatzustände hervor, in denen sich kommunistische Solidaritätspolitik materialisierte. In Zeiten großer Repression, also mit kurzen Unterbrechungen zwischen 1920 und 1961, war Solidarismus stark *verparteilicht*, kam also vor allem »den eigenen Leuten« zugute. In Zeiten der Entspannung, also während des »Front populaire«, im Widerstand und ab den 1960er-Jahren, konnte sie teilweise *vergesellschaftlicht* und sogar *ver(sozial)staatlicht* werden.

## I. Antirepression und Antifaschismus 1920–1939

Als sich Pierre Kaldor der kommunistischen Bewegung anschloss, deren Geburtsstunde die Gründung der »Section française de l'internationale communiste« (SFIC)

30 Zur Bedeutung des Antikommunismus für die Entwicklung des Kommunismus vgl. auch Dominik Rigoll, *Ambivalenzen des Antikommunismus. Von der Niederschlagung der Pariser Kommune zum Vernichtungskrieg gegen den »jüdischen Bolschewismus«*, in: Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen (Hrsg.), »Ein Gespenst geht um in Europa...«. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, Schwerin 2018, S. 101–121; ders., *Antikommunismus vor 1917? Eine Skizze*, in: Norbert Frei/Dominik Rigoll (Hrsg.), *Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA*, Göttingen 2017, S. 32–48.

31 Als »linientreuen Dissidenten« hat sich erstmals der deutsche Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski bezeichnet, ein ehemaliges SED-Mitglied. Als Analysebegriff verwandt wird der Terminus inzwischen von Sonia Combe, *La loyauté à tout prix. Les floués du »socialisme réel«*, Lormont 2019.



im Jahr 1920 war, bestanden die beiden Vorgängerorganisationen des SPF bereits mehrere Jahre. 1921/22, als sich abzeichnete, dass der Versuch, die Revolution von Russland in andere Länder zu tragen, nicht nur scheiterte, sondern in den kapitalistischen Ländern auch »weißen« Terror und umfassende staatliche Repression provozierte, schuf die Kommunistische Internationale (Komintern) mit der »Internationalen Arbeiterhilfe« und der »Internationalen Roten Hilfe« (IRH) zwei Vereinigungen, deren Zweck – bei aller Offensivrhetorik – vor allem ein defensiver war. Die Arbeiterhilfe sollte sich um die Kinder von inhaftierten, streikenden oder arbeitslosen Arbeiterinnen und Arbeitern kümmern, insbesondere in der Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg (1920/21) und im Deutschland der Hyperinflation (1923).<sup>32</sup> Die Rote Hilfe hatte den Auftrag, die kommunistischen Kämpfer und Kämpferinnen selbst zu unterstützen, und zwar ebenfalls nicht nur in den kapitalistischen Ländern, sondern auch in den Kolonien und in der UdSSR.<sup>33</sup> Im Jahr 1929 wurde innerhalb der IRH auf einer Juristenkonferenz in Berlin die »Internationale Juristische Vereinigung« gegründet, die sich auf die Führung politischer Prozesse zur Abwehr staatlicher Repression spezialisierte. Ziel der Vereinigung, für die auch nichtkommunistische Anwälte gewonnen wurden, war es, die sich gegen Kommunisten richtende staatliche Repression als Klassenjustiz anzuprangern und propagandistisch auszuschlachten. In Frankreich waren die Anwälte der Juristenvereinigung meist jüdische Angehörige des Bürgertums, für die das Engagement auch eine Möglichkeit darstellte, in der von Antisemitismus geprägten Justiz kulturelles Kapital zu erwerben. Der Radikalsozialist Vincent de Moro-Giafferi, der Linkssozialist Henry Torrès sowie der Kommunist Marcel Willard gehörten zu den Staranwälten der Vereinigung.<sup>34</sup>

Wie Pierre Kaldor selbst zum Kommunismus kam, zeigt einer der Lebensläufe, die er, nachdem er 1935 dem PCF beigetreten war, mehrfach verfassen musste.<sup>35</sup> Als Mitglied eines Antifa-Komitees (»comité antifa«) an dem rechtswissenschaftlichen Institut, an dem er studierte, lernte er Marcel Willard kennen. Dieser vermittelte den Jurastudenten zunächst an den kommunistischen Arzt Robert Wolfsohn, der gerade eine internationale Liga gegen den Krieg gründete, nahm ihn dann aber selbst als Assistenten.<sup>36</sup> Kaldor wurde nun »Anwaltslehrling« bei Willard, wie er es später im Interview selbst formulierte.<sup>37</sup> Mitglieder des PCF gab es weder in Kaldors Familie noch in der

32 Kasper Braskén, *The International Workers' Relief, Communism, and Transnational Solidarity*. Willi Münzenberg in Weimar Germany, Basingstoke/New York 2015, S. 29–97.

33 Sabine Hering/Kurt Schilde, *Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen »Wohlfahrtsorganisation« und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941)*, Opladen 2003.

34 Sharon Elbaz/Liora Israël, *L'invention du droit comme arme politique dans le communisme français. L'association juridique internationale (1929–1939)*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 2005, Nr. 85, S. 31–43.

35 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, Personalakte (PA) Kaldor. Mehrere Lebensläufe (»bio«) Kaldors sind gemeinsam mit anderen personenbezogenen Dokumenten im Archiv des PCF aufbewahrt, das sich im Keller der Parteizentrale in Paris befindet. Sie tragen keine Signatur.

36 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor; Claude Penmetier, WOLFSOHN Robert, in: *Le Maitron*, 11.7.2019, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article135414>> [1.3.2020]; vgl. auch Frédéric Genevée/Claude Willard, KALDOR Pierre, in: *Le Maitron*, 31.10.2019, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article114739>> [1.3.2020].

37 Vassevière, Pierre Kaldor, S. 239. Vgl. auch Israël, Robes noires, S. 72.



seiner polnischen Freundin, Charlotte Szladowski. Aber seine Familie sympathisierte mit den Sozialisten und ihre mit der Kommunistischen Partei. Die Familie des Vaters, ein Drucker, war in Ungarn, wo der Onkel in der Zeit der Räterepublik 1918/19 Museumsdirektor war.<sup>38</sup> Kaldors Vater scheint es in den 1920er-Jahren zu einem gewissen Vermögen gebracht zu haben, jedenfalls stellte er in seiner kleinen Werkstatt wertvolle Sonderdrucke her.<sup>39</sup> In den 1930er-Jahren war die Familie jedoch mittellos, vielleicht wegen der Weltwirtschaftskrise.<sup>40</sup> Zugleich hatten Pierre und Charlotte viele reiche Verwandte. Mütterlicherseits gebe es »viele Kontakte« »in die ›Hochfinanz‹« und zu »Rothschild«, wie es 1938 im Lebenslauf heißt. Szladowski, die früher mit Anarchisten und Trotzlisten sympathisiert habe, nun aber ebenfalls der Partei angehöre und Bildungsarbeit für die Union junger Französinen (»Union des jeunes filles de France«) mache, verdiene ihren Lebensunterhalt trotz wohlhabender Verwandtschaft als einfache Angestellte in einem Arbeitslosenamt.<sup>41</sup> Vermutlich kehrten beide mit dem Parteibeitritt bewusst dem gehobenen Bürgertum den Rücken zu.

Weder die Lebensläufe noch andere schriftliche Quellen geben explizit Auskunft darüber, welche Bedeutung es für Kaldors kommunistisches Engagement hatte, dass seine Mutter jüdische Französin, sein Vater als jüdischer Ungar nach Frankreich eingewandert war und Charlotte aus einer polnisch-jüdischen Familie stammte. Worte wie »juif« oder »d'origine juive« fallen weder in Texten, die Kaldor selbst verfasst hat, noch in solchen über ihn. Auch in der Forschung wird der Aspekt nicht oder nur beiläufig erwähnt. War er deshalb irrelevant? Joë Nordmann, der die Internationale Juristenvereinigung nach dem Zweiten Weltkrieg viele Jahre lang leiten sollte, erzählt in seinen Memoiren, dass er aus einer elsässisch-jüdischen Familie stammte. Er sagt aber nicht, dass er sich 1933 auch deshalb dem PCF angeschlossen habe. Vielmehr beschreibt er den Schritt als Ausdruck eines jugendlichen Wunsches, den Faschismus zu bekämpfen und den Sozialismus aufzubauen, was bedeuten würde, dass ihn seinerzeit nicht nur die kommunistische Ideologie anzog, sondern auch die antifaschistische Praxis.<sup>42</sup> Auch für Pierre Kaldor war das kommunistische Engagement vermutlich von Beginn an mit (gefühlter) antifaschistischer Militanz verbunden. Jedenfalls findet sich auf dem Deckblatt seines Lebenslaufs von 1938 eine Notiz, wonach er am 1. Mai 1934, also wenige Tage nach dem gescheiterten rechten Putschversuch vom 6. Februar 1934, in der Cité Jeanne-d'Arc dabei gewesen sei.<sup>43</sup> In diesem Elendsviertel hatte es an diesem Tag heftige Zusammenstöße zwischen Einwohnern und der Polizei gegeben, wobei der PCF den Ordnungskräften vorwarf, »Faschisten« in ihren Reihen zu haben.<sup>44</sup> Noch als Kaldor in den 1990er-Jahren darauf angesprochen wurde, dass die Romanfigur François Lebecq und dessen Frau in Aragons »Les communistes« ihren realen »Vorbildern« – Pierre Kaldor und Charlotte Szladowski eben – in vielem so gar nicht ähnelten, ging er jedoch mit keinem Wort auf die jüdische und migrantische Erfah-

38 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

39 Une lettre de Pierre Kaldor, in: *Faites entrer l'infini*, 2008, Nr. 45, S. 87.

40 Vassevière, Pierre Kaldor, S. 239.

41 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

42 Nordmann/Brunel, *Aux vents de l'histoire*, S. 27–48.

43 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

44 Dimitri Manessis, *Alfortville 1934: un exemple d'«autodéfense ouvrière»?*, in: ANR PAPRIK@2F, 27.1.2014, URL: <<http://anrpaprika.hypotheses.org/1431>> [19.8.2020].

rung der beiden ein. Vielmehr stellte er nur trocken fest, dass Aragon den Roman eben so gestaltet habe, wie er es für richtig hielt, und dass er, Kaldor, dies nie hinterfragt habe.<sup>45</sup> Die Relevanz der Frage nach dem jüdischen respektive migrantischen Hintergrund liegt also womöglich genau darin, dass der Aspekt von beiden implizit für irrelevant erklärt wurde, eben weil sie sich mit dem Beitritt zum PCF entschieden, den Faschismus nicht als Juden, sondern als Kommunisten zu bekämpfen.<sup>46</sup>

Da Kaldor zunächst keine Anstellung als Anwalt fand, wechselte er nach einem Jahr bei Willard zu einer Versicherung der Rothschild-Gruppe in einem der besseren Pariser Bezirke. Sein Parteauftrag bestand darin, sich in der Versicherungsgewerkschaft zu engagieren, im Milieu der Bank- und Versicherungsangestellten neue Parteimitglieder zu werben sowie neben Beruf und Gewerkschaftsarbeit in den »Jeunesses communistes« (JC) Bildungsarbeit zu leisten.<sup>47</sup> Sein Beitrag zur Arbeit der Juristenvereinigung bestand in dieser Zeit zum einen in Übersetzungen aus dem Deutschen, das er sich in mehreren Sprachaufenthalten angeeignet hatte. Außerdem hatte er in Englisch und Deutsch ein Grundstudium absolviert.<sup>48</sup> Für Willard übersetzte Kaldor die in Briefform verfasste Selbstverteidigung des bulgarischen Komintern-Funktionärs Georgi Dimitroff im Reichstagsbrandprozess, nachdem dieser in Deutschland wegen angeblicher Beteiligung an der Reichstagsbrandstiftung angeklagt war. Eine Verteidigung Dimitroffs durch Willard hatten die deutschen Behörden, die den Anwalt selbst stellen wollten, untersagt.<sup>49</sup> Übersetzt hat Kaldor außerdem das Kinderbuch »Hans Urian oder Die Geschichte einer Weltreise«. Die Autorin, Lisa Tetzner, musste nach dem Reichstagsbrand aus Deutschland fliehen und »Hans Urian« gelangte auf die Listen »verbrennungswürdiger« Literatur.<sup>50</sup> Das Kinderbuch erzählt die Odyssee des deutschen Jungen Hans, der mithilfe eines fliegenden Hasen aus Europa emigriert, weil er dort hungert. In den kapitalistischen Ländern, in denen er zuerst landet, erfährt er viel Unrecht und Armut. Zuletzt gelangt er in die Sowjetunion, wo er einen netten Tschekisten kennenlernt: »Das ist der vernünftigste Mensch, den ich auf der ganzen Reise [...] fand«, sagt Hans, geht dann aber doch zurück zu seiner Mutter, die er sehr vermisst.<sup>51</sup> Tatsächlich dürfte die Hoffnung und das Vertrauen, das Kommunisten in die Sowjetunion setzten, auch damit zu tun gehabt haben, dass sie diese als ihre Schutzmacht empfanden zu einer Zeit, in der sie es schon in den demokratischen Staaten mit massiver Repression (»Klassenjustiz«) zu tun hatten und vieler-

45 Vassevière, Pierre Kaldor, S. 244.

46 Vgl. etwa André Gerrits, *The Myth of Jewish Communism. A Historical Interpretation*, Brüssel 2009.

47 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

48 Note supplémentaire sur mes voyages à l'étranger ou outre mer, ca. 1953, Archives du PCF, PA Kaldor.

49 Israël, *Robes noires*, S. 68–71; Michel Dreyfus, WILLARD Marcel, Jean, Élie, in: *Le Maître*, 4.10.2010, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article73797>> [1.3.2020].

50 Cathleen Kolath, Lisa Tetzner: Hans Urian (1931), in: *Bibliothek verbrannter Bücher*, Potsdam o. J., URL: <[http://www.verbrannte-buecher.de/?page\\_id=799](http://www.verbrannte-buecher.de/?page_id=799)> [29.2.2020]; Mathilde Lévêque, *Écrire pour la jeunesse en France et en Allemagne dans l'entre-deux-guerres*, Rennes 2011, S. 144–151.

51 Lisa Tetzner, *Hans Urian oder Die Geschichte einer Weltreise*, Stuttgart 1931; Hans et son lièvre enchanté, *histoire d'un voyage autour du monde*, traduit de l'Allemand de Pierre Kaldor, Paris 1936.

orts antikommunistische Diktaturen entstanden.<sup>52</sup> Der Abschottung des Kommunismus vom Rest der Gesellschaft ging eine massive staatliche Ausgrenzung voraus, die die tiefe soziale und politische Verwurzelung der Bewegung in Frankreich verneinte, sie als russischen (jüdischen, deutschen et cetera) Import denunzierte.<sup>53</sup>

Parallel zu intellektuellen Tätigkeiten, zu denen auch eine Übersetzung von Georg Büchners Revolutionsstück »Dantons Tod« fürs Radio sowie Musikkritiken für die Zeitschriften »Commune« und »Marianne« zählten<sup>54</sup>, reiste Kaldor 1935/36 im Auftrag der Juristenvereinigung nach Deutschland und England. Die Zeit von August bis Dezember 1935 verbrachte er im Deutschen Reich, wo er in Stuttgart, Dresden sowie zwei Mal in Berlin Station machte.<sup>55</sup> Dem Lebenslauf von 1938 zufolge bestand seine Aufgabe darin, mit Angehörigen der KPD und der »Roten Hilfe Deutschlands« Kontakt aufzunehmen, die seit 1933 illegal aktiv waren, und die Kampagne zur Freilassung des früheren KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann voranzubringen, der seit dem Reichstagsbrand inhaftiert war.<sup>56</sup> Im Rahmen der Kampagne zur Freilassung Etkar Andrés, auch er ein von den Nazis inhaftierter wichtiger kommunistischer Funktionär, reiste Kaldor 1936 nach London.<sup>57</sup> Erfolg war dem Einsatz für die Genossen am Ende nicht beschieden. André wurde 1936 ermordet, Thälmann 1944.<sup>58</sup>

Mit Humanitarismus war Kaldor zunächst nicht befasst. Als Rote und Arbeiterhilfe 1936 zum »Secours populaire de France et des Colonies« fusionierten, war er – anders als Willard – nicht beteiligt. Die Fusion der Wohlfahrts- und Rechtsschutzstrukturen zu einer integrierten Solidaritätsorganisation steht für eine Neujustierung des kommunistischen Solidarismus vor dem Hintergrund der vom PCF geduldeten linken Volksfrontregierung 1936 bis 1938. Sie ergab sich zudem aus dem immensen Mitgliederzuwachs der Roten Hilfe von 40.000 (1934) auf 150.000 (1936). Der SPF, der den Begriff der »solidarité« nun ausdrücklich für sich reklamierte, sollte allen Menschen in Frankreich und den Kolonien zugutekommen und sich auch Nichtkommunisten öffnen. Der nicht ganz unbescheidene Anspruch war, mit dem SPF nicht nur die mit den Sozialisten und Radikalen verfochtene Menschenrechtsliga zu überflügeln, sondern auch andere humanitäre Vereinigungen.<sup>59</sup> Im Interview hebt Kaldor rückblickend die Bedeutung einer Überschwemmungskatastrophe in Südfrankreich 1935 hervor, für deren Betroffene die Kommunisten »enorm viel Geld« gesammelt hätten. Dies sei »eine Premiere« gewesen in Abgrenzung zu der bis dahin »fast ausschließlich politischen Solidarität« im Umfeld des PCF.<sup>60</sup> Tatsächlich changierte der SPF nun zwischen, wie er

52 In den klassischen historischen Darstellungen fehlt dieser Aspekt allerdings völlig. Vgl. etwa Stéphane Courtois/Marc Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 1995.

53 Dominique Lejeune, *La peur du »rouge« en France. Des partages aux gauchistes*, Paris 2003; Serge Berstein/Jean-Jacques Becker, *Histoire de l'anticommunisme en France, 1917–1940*, Paris 1987.

54 Pièce de théâtre de Büchner »Mort de Danton«, Archives départementales de la Seine-Saint-Denis (ADS), fonds Pierre Kaldor (503 J), Dossier 52; Vassevière, Pierre Kaldor, S. 238f.

55 Vgl. die Einträge auf den Visa-Seiten von Kaldors Reisepass, Foto im Besitz des Autors.

56 Bio Kaldor, 10.10.1938, Archives du PCF, PA Kaldor.

57 Note supplémentaire sur mes voyages à l'étranger ou outre-mer, ca. 1953, Archives du PCF, PA Kaldor.

58 Joachim Priewe, *Begegnung mit Etkar André. Ein Lebensbild*, Berlin (Ost) 1986, S. 207–233.

59 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 33–39.

60 Dies., *Entretien avec Pierre Kaldor*, 15.7.2003, S. 1, im Besitz des Autors.

es bezeichnete, »politischen« und »rein humanitären« Aktionen.<sup>61</sup> Freilich handelte es sich bei beiden um höchst parteiliche Angelegenheiten, so etwa im Fall der »politischen« Hilfe für Spanienkämpfer und »humanitärer« Hilfe für deren Familien. Die Distinktion von politischem Solidarismus und »reiner Humanität« verschleierte hier auch handfeste Parteiinteressen. Und die Öffnung der Partei zahlte sich aus: Bei den Parlamentswahlen von 1936 erreichte der PCF, der davor eine Kleinpartei gewesen war, erstmals über 15 % der Stimmen – ein echter Triumph für die Kaderpartei, die sich jetzt als Massenpartei erachtete. Sie konnte nun nicht nur für sich in Anspruch nehmen, zur Abwehr des nationalistischen Ansturms gegen die Republik beigetragen zu haben, sondern auch in den Augen der Arbeiterklasse als »populär« und »patriotisch« zu gelten. Allerdings machten der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt und der Kriegsbeginn diese Erfolge schon wenig später zunichte.<sup>62</sup>

## II. Pazifismus und Nationalismus 1939–1944

Am 1. September 1939, dem Tag des deutschen Überfalls auf Polen, rief »La Défense«, die Zeitung des »Secours populaire«, zu Spenden für mobilisierte französische Soldaten auf und verkündete, der SPF stehe »voll und ganz im Dienst der Nation gegen den faschistischen Aggressor«. Trotzdem wurden der PCF und seine Vorfeldorganisationen kurz darauf verboten, weil sie wegen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August und des »Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrags« vom 28. September unter dem Verdacht des Landesverrats standen. Durch die Mobilisierung von bis zu 100.000 kommunistischen Arbeitern und die zugleich einsetzende Repression gegen Kader schrumpfte die Mitgliedschaft der Partei von rund 270.000 auf einige Tausend.<sup>63</sup> Zugleich verparteilichte sich der kommunistische Solidarismus mehr denn je: Wichtig war zunächst das Überleben der Organisation. Wie es in einem rückblickenden Bericht des französischen Geheimdienstes heißt, »kümmerte sich der PCF [nunmehr] selbst direkt um das für sie kapitale Problem der Repression«, also nicht mehr der SPF. In einem Geheimdienstbericht vom April 1941 ist zu lesen, seit dem Verbot des SPF entfalte dieser zwar keine Aktivitäten mehr, aber »einzelne Elemente« aus der Partei hätten als »Komitees der Volkswohlfahrt« immer wieder »extremistische Broschüren« verteilt und seien dafür verhaftet worden.<sup>64</sup> Pierre Kaldor wurde am 30. Oktober 1939 verhaftet, nachdem die Polizei an seinem Arbeitsplatz kommunistisches Propagandamaterial gefunden hatte. In seiner Begleitung war Domenico Ciufoli gewesen, ein leitendes Mitglied der seit 1926 verbotenen italienischen KP, sowie die Sekretärin Blanche Mouton, die Flugblätter vervielfältigte.<sup>65</sup> Ein Flugblatt, das man bei Kaldor fand, verdeutlicht die Argumentation der französischen Kommunisten im Angesicht des Kriegsausbruchs. Den Vorwurf des Landesverrats

61 Dies., *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 33–39, Zitate: S. 36.

62 Courtois/Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, S. 147–172; vgl. auch Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 527–643.

63 Courtois/Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, S. 169.

64 Zit. nach: Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 40.

65 1939–1944, Archives du PCF, PA Kaldor; Conditions d'arrestation et passage en prison, ebd.

gaben sie an die Regierung von Ministerpräsident Édouard Daladier zurück: Der PCF habe stets für ein Bündnis der kapitalistischen Demokratien mit der Sowjetunion »gegen den Faschismus« geworben, das von Paris und London jedoch aufgrund ihres Antibolschewismus verweigert worden sei. Der Krieg, den Frankreich nun gegen Deutschland führen wolle, sei dagegen ein »reaktionärer Krieg gegen die internationale Arbeiterklasse«, kein antifaschistischer. Die französische Arbeiterschaft sollte daher »Frieden« und »Freiheiten« einfordern (Letzteres meinte vor allem ein Ende des Verbots der kommunistischen Bewegung) und die Regierung verjagen, »die bei uns den Faschismus installiert im Namen eines Krieges für die Freiheit«. <sup>66</sup> Dies war ein spezifisch antiimperialistischer Pazifismus, der im Angesicht der Repression die Differenz zwischen deutschem Faschismus und französischer Republik verwischte und zugleich vorwegnahm, dass das Vichy-Regime die Inhaftierten wenig später von der Republik »übernehmen« würde.

Es folgten drei Jahre, in denen Kaldor vor allem auf die Solidarität anderer angewiesen war. Im Interview berichtet er von der materiellen Unterstützung, die ihm in Haft vonseiten der Gewerkschaft für Versicherungsangestellte zuteilwurde, und weist auf die militante Solidarität von Charlotte hin, die gemeinsam mit Juliette Sémand, der Frau eines verhafteten Gewerkschaftsführers, als Verbindungsperson zwischen der Partei und den zum Widerstand bereiten Gefangenen diente. Charlotte versorgte Pierre nicht nur regelmäßig mit Essenspaketen, um die katastrophale Ernährungslage in den Zuchthäusern auszugleichen, sondern setzte später bei den deutschen Besatzungsbehörden auch den Schutz der Pakete vor Diebstahl durch. <sup>67</sup> Vor allem aber ermöglichte sie Pierre im Oktober 1943 die Flucht – obwohl der »Service national des camps et prisons«, also die zuständige Parteinstanz, von einer Befreiungsaktion abgeraten hatte. <sup>68</sup> Mit der Hilfe eines Wärters schmuggelte Charlotte, deren Netzwerk Kaldors Angaben zufolge schon an anderen Gefangenenbefreiungen beteiligt gewesen war, ein Seil in das Gefängnis von Châlons-sur-Marne, mit dem Pierre und noch zwei weiteren Genossen der Ausbruch gelang. <sup>69</sup> Die Wahrscheinlichkeit, dass Pierre Kaldor bei einem weiteren Verbleib im Zuchthaus früher oder später aufgrund deutscher Repressalien für Widerstandsaktionen hingerichtet worden wäre, ist groß. <sup>70</sup>

Während Charlotte nach der geglückten Befreiung als Zivilistin im Generalstab der französischen Untergrundarmee mitarbeitete, schloss sich Pierre dem kommunistischen Juristenwiderstand an, dem FNJ. <sup>71</sup> Der FNJ war eine Gliederung des ebenfalls von den Kommunisten gegründeten »Front national de lutte pour la libération et l'indépendance de la France« (kurz: Front National), einer befreiungsnationalistischen Sammlungsbewegung, die als mit Abstand stärkste Kraft der »Résistance intérieure française«

66 Dossier du 3ème tribunal militaire de Paris. Jugement du 16 mai 1940. Dank geht an François Kaldor für die freundliche Bereitstellung von Kopien des Dokuments.

67 Brodriez, *Entretien avec Pierre Kaldor*, S. 2.

68 Pierre Kaldor, *Conditions d'arrestation et passage en prison*, [1943?], Archives du PCF, PA Kaldor.

69 Annie Pennetier, KALDOR Charlotte née SZLADOWSKI, in: *Le Maitron*, 23.1.2019 (zuerst 30.11.2016), URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article187293>> [1.3.2020].

70 Zur Intensivierung der Repression 1943/44 vgl. Ahlrich Meyer, *Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung*, Darmstadt 2000.

71 Zum Widerstand kommunistischer Juristen allgemein vgl. Israël, *Robes noires*, S. 245–300.



Abbildung 1: Pierre Kaldor im Gefängnis von Châlons-sur-Marne kurz vor seiner Flucht, Juni 1943

auch Teil der von Charles de Gaulles Widerstandsregierung werden sollte.<sup>72</sup> Geleitet wurde der Juristenwiderstand von Willard, der nach seiner Verteidigung der PCF-Abgeordneten bei dem Prozess, den Vichy ihnen machte, in den Untergrund gegangen war, und Joë Nordmann, der Willard schon vor 1939 assistiert hatte. Den Angaben zufolge, die Kaldor in einem Lebenslauf vom März 1946 machte, waren seine Aufgaben im Widerstand breit gefächert. Einerseits sollte er, wie in Friedenszeiten, für PCF und FNJ neue Mitglieder werben und zugleich dafür sorgen, dass sich die Neumitglieder auch »konkret« engagierten, namentlich durch die Verbreitung »nationaler Propaganda« sowie durch das Gewährleisten von »Solidarität« mit Verhafteten. Außerdem assistierte er Nordmann bei der Leitung des FNJ. Als Leiter eines Nationalen Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen (»Comité national pour la défense des prisonniers politiques«) fungierte Kaldor darüber hinaus als Herausgeber eines Untergrundbulletins und half dabei mit, dass die Gefangenen in den Zuchthäusern von La Santé und La Roquette sowohl mit Essensrationen versorgt wurden als auch mit »Literatur der Partei«. Im August 1944 schließlich, als sich Paris gegen die Deutschen erhob, gehörte Kaldor »zu der kleinen Truppe um Marcel Willard, Solange Bouvier-Ajam und Joë Nordmann, die den Auftrag hatte, das Justizministerium einzunehmen – eine Operation, die ohne Probleme gelang«.<sup>73</sup> Wenn man dem Bericht Nordmanns Glauben schenken kann, schufen Willard, Kaldor und er an einem Samstagmorgen einfach Fakten, weil sie befürchteten, dass der gaullistisch dominierte Widerstandsrat den Kommunisten »nicht die Justiz überlassen« würde. Nachdem ihnen die Tür zum

<sup>72</sup> Courtois/Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, S. 170–196.

<sup>73</sup> Pierre Kaldor, *Questionnaire biographique*, 24.3.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.



Ministerium von zwei Widerstandsangehörigen geöffnet worden war, betraten sie bewaffnet das Gebäude und enthoben den höchsten der anwesenden Beamten seines Amts. Als Kaldor einige Tage später an der Befreiung des Justizpalasts teilnahm, fielen dagegen Schüsse.<sup>74</sup> Nach Kaldors Mitwirkung bei den Kämpfen in der Cité Jeanne-d'Arc am 1. Mai 1934 war damit Gewalt zum zweiten Mal ein Bestandteil seiner Solidaritätspraxis geworden – Gewalt, die hier dazu diente, der Partei mehr Einfluss auf die Justiz der neu zu gründenden Republik zu sichern.

### III. Disziplin und Dissidenz 1944–1947

Dass eine Handvoll kommunistischer Rechtsanwälte im Sommer 1944 das französische Justizministerium unter ihre Kontrolle bringen konnte, lag an den Kräfteverhältnissen in der Résistance. In dieser waren vor den Parteigängern des katholisch-konservativen Generals Charles de Gaulle nun die Kommunisten stärkste Kraft.<sup>75</sup> In der zweiten Regierung de Gaulle, die allerdings nur von November 1945 bis Januar 1946 amtierte, wurden die Ressorts für Arbeit, Industrieproduktion, Wirtschaft und Rüstung allesamt von Politikern des PCF geleitet, der zudem im Oktober 1945 mit 26,2 % die ersten Wahlen nach Vichy für sich entschieden hatte. Marcel Willard wurde zunächst Staatssekretär im Justizministerium und wechselte dann ins Arbeitsministerium.<sup>76</sup> Nordmann blieb Willards Assistent, wirkte mit diesem an der Reform des Strafrechts sowie an der politischen Reinigung des Justizwesens mit. Außerdem nahm er am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess teil und stand danach an der Spitze der kommunistisch dominierten Internationalen Juristenvereinigung (»Association internationale des juristes démocrates«, AIJD).<sup>77</sup> Die Regierung aus Gaullisten, Kommunisten, Christ- und Sozialdemokraten setzte viele der Ziele um, die Kommunisten und Sozialisten seit jeher gefordert hatten: Wichtige Industriezweige wurden verstaatlicht, darunter die Werke des Kollaborateurs Renault, diverse Kohlegruben, die Pariser Verkehrsbetriebe, die Handelsmarine, Luftfahrtgesellschaften, Gasversorgungsunternehmen, die Elektrizitätswerke, die »Banque de France« sowie diverse Depotbanken und Versicherungen. Zudem wurde die gesamte Wirtschaft staatlich gesteuert, das Sozialversicherungssystem ausgebaut – und auf gute Beziehungen zu Stalin geachtet.<sup>78</sup> Auch die kommunistische Solidaritätspolitik konnte nun aus der Exekutive heraus mitbestimmt werden – jedenfalls in Ansätzen. Kaldor wurde Generalsekretär des neuen SPF. Er setzte damit seine Widerstandsarbeit in der Gefangenenhilfe fort, erweiterte das Spektrum aber auch immens: Wie schon vor dem Zweiten Weltkrieg changierte die Volkswohlfahrt auch jetzt zwischen Humanitarismus und Men-

<sup>74</sup> Israël, *Robes noires*, S. 350f., Zitat: S. 350.

<sup>75</sup> Hier und im Folgenden auch Israël, *Robes noires*, S. 351–415.

<sup>76</sup> Dreyfus, WILLARD Marcel, Jean, Élie.

<sup>77</sup> Nordmann/Brunel, *Aux vents de l'histoire*, S. 70–76 und 151–165; Claude Willard, NORDMANN Joë, in: *Le Maître*, 4.10.2016, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?article124148>> [1.3.2020].

<sup>78</sup> Wilfried Loth, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1995 (zuerst 1987), S. 130–133.



schenrechtsaktivismus, wobei als neuer Schwerpunkt die Abwicklung des Vichy-Regimes und die Wiedergutmachung der Verfolgungen hinzukam.<sup>79</sup>

Aber es hatte sich auch vieles geändert. Kaldor, der vor dem Krieg von der Polizei der Dritten Republik überwacht und verfolgt worden war, repräsentierte nun eine Zeit lang selbst die neue, Vierte Republik. So finanzierte sich die Volkswohlfahrt erstmals in ihrer Geschichte nicht mehr nur durch Beiträge und Spenden, sondern auch – und vor allem – durch staatliche Subventionen. In der gleichen Ausgabe von »La Défense«, in der Kaldor im November 1944 der Leserschaft versicherte, der SPF sei wieder quicklebendig (»bien vivant«<sup>80</sup>), schlüsselte ein vermutlich ebenfalls von ihm verfasster Artikel auf, wie viel Geld die Widerstandsregierung bislang überwiesen hatte. Eine erste Zahlung »für die Solidarität« von 2,5 Millionen Francs sei im Juli transferiert worden. Im August sei das Budget auf 4 Millionen angewachsen, im September auf 1 Million gefallen.<sup>81</sup> Kaldors Lebenslauf zufolge war er es, der die erste Tranche aus Algier in Empfang nahm. Marie-Hélène Lefauchaux, eine christdemokratische Widerstandskämpferin und Frauenrechtlerin, fungierte als Überbringerin des »Solidaritätsfonds«, der vor allem Soldaten und ihren Familien habe zugutekommen sollen – der Krieg dauerte ja noch an.<sup>82</sup> War der SPF 1939 noch daran gehindert worden, bedürftige Soldaten und ihre Angehörigen zu unterstützen, kam ihm nun ganz offiziell diese Aufgabe zu. Hinzu kam, dass er sich nicht nur auf ein Netz von lokalen Sektionen stützen konnte, in dem schon zur Zeit der Besatzung wieder Freiwillige aktiv geworden waren, sondern auch auf die Mitwirkung von Organisationen, die mehr oder weniger stark mit dem PCF verbündet waren. Durch eine solche Arbeitsteilung – zwischen Partei, Gewerkschaften, Frauenverbänden, Ärzten, Honoratioren et cetera – war es zum Beispiel möglich, 400 Kindern von Widerstandskämpfern mitten im Krieg zehn Tage Winterurlaub in den Alpen zu organisieren: »Welch' schöner Ausdruck der Einheit in der Aktion der Solidarität!«, formulierte es Kaldor in »La Défense«.<sup>83</sup>

Aus einer stark verparteilichten Volkswohlfahrt, die bis zu ihrem Verbot 1939 fast ganz vom PCF und seiner Anhängerschaft getragen worden war, schien nun eine hybride Struktur zu werden. Einerseits von der Republik alimentiert, bestand ihre Mitgliedschaft andererseits im Kern weiter aus Kommunisten und Kommunistinnen, wenn auch der Sympathisantenkreis viel weiter über das Umfeld des PCF hinausreichte als vor dem Krieg. Solidaritätspolitik war der SPF breiter aufgestellt denn je: »Alles Menschliche geht uns an« – ein Motto, das schon in den 1930er-Jahren erdacht worden war, bekam angesichts des »Geists der Résistance« und des allseits bekundeten Willens zur »nationalen Einheit gegen den Faschismus« eine neue Bedeutung.<sup>84</sup> So schrieb sich die Volkswohlfahrt die Belange der Widerstandskämpfer und Deportierten auf die Fahnen und den Kampf für ein Ausscheiden von Angehörigen des Vichy-Regimes aus dem öffentlichen Leben; sie prangerte die in Spanien und Griechen-

79 Hier und im Folgenden auch Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 45–53.

80 Pierre Kaldor, *Le Secours Populaire est bien vivant*, in: *La Défense*, 17.11.1944.

81 D'où viennent nos fonds?, in: *La Défense*, 17.11.1944.

82 Pierre Kaldor, 1939–1944, Archives du PCF, PA Kaldor. Zu Lefauchaux vgl. Rebecca Adami, *Women and the Universal Declaration of Human Rights*, London/New York 2018; Niamh Reilly, *Women's Human Rights. Seeking Gender Justice in a Globalizing Age*, Cambridge/Malden 2009.

83 Pierre Kaldor, *La nation unie affirme sa sollicitude pour ces héros*, in: *La Défense*, 22.12.1944.

84 Hier und im Folgenden Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 46–53, Zitat: S. 47.

land weiter bestehenden nationalistischen (»faschistischen«) Diktaturen an und organisierte Hilfe für die Verfolgten dieser Regime; sie wies auf die Zusammenarbeit des Geheimdienstes mit »Faschisten« und »Militaristen« hin und geißelte dies als Wiederkehr des »Faschismus«; sie protestierte gegen die Verbrechen französischer Soldaten im kolonialisierten Madagaskar; sie unterstützte die Streiks der kommunistischen Gewerkschaften und machte sich deren Lohn- und Verstaatlichungsforderungen zu eigen; sie protestierte gegen die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt und organisierte Hilfe für von Armut Betroffene. All dies geschah nicht nur im Namen der »Solidarität«, sondern auch der »Verteidigung der Republik«, die als ein in Zukunft sozialistisch zu gestaltendes Gemeinwesen gedacht wurde. Als der SPF für November 1945 zu einer mehrtägigen Vollversammlung lud (Abb. 2), leitete Kaldor als Generalsekretär in diesem Geist ein Podium über die »Rettung der Demokratie«.<sup>85</sup>

Die Strategie, die hinter dieser Solidaritätspolitik steckte, war in etwa dieselbe wie in den 1930er-Jahren: »Die Massen« sollten für die kommunistische Bewegung gewonnen werden. Nur dass die Voraussetzungen dafür aufgrund der herausragenden Rolle des PCF in der Résistance und der Existenz einer Anti-Hitler-Koalition unter Einschluss der stalinistischen Sowjetunion, die im Krieg mit 27 Millionen Toten den mit Abstand größten Blutzoll gezahlt und deren Armee maßgeblich zur Niederlage des »Hitlerfaschismus« beigetragen hatte, um einiges besser standen als zehn Jahre zuvor. Allerdings setzte Kaldor bei der konkreten Umsetzung dieser Politik andere Akzente als die Parteiführung und Teile der Parteibasis, namentlich mit Blick auf eine stärkere Vergesellschaftung der Solidarität. Wenn er für eine weniger instrumentelle Öffnung der kommunistischen Solidaritätspolitik für humanitäre Belange und eine Ausweitung der parteiübergreifenden Zusammenarbeit eintrat, wurde Kaldor von André Marty, der im Sekretariat des PCF für den SPF zuständig war, regelmäßig zurückgepfiffen. In seiner Parteiatele findet sich ein Schriftwechsel, in dem ihm von Marty vorgeworfen wird, befremdliche Praktiken (»pratiques étranges«) an den Tag zu legen. So schrecke er nicht davor zurück, beim Sammeln von Spenden »mit den Feinden des Laizismus zu kollaborieren«, namentlich mit einem Bischof und zwei Direktoren katholischer Privatschulen. Zudem habe er es zugelassen, dass ein Vertreter der Volkswohlfahrt an einer Kinderweihnachtsfeier teilnahm, die von einem Pater und einem Pastor organisiert wurde und die auch für die Kinder katholischer Privatschulen offen gewesen sei.<sup>86</sup> Bereits zuvor hatte sich Marty darüber beschwert, dass Kaldor in »La Défense« von ihm gemachte Vorgaben – also die »der Partei« – nicht befolgt habe, und mit Konsequenzen gedroht.<sup>87</sup>

Kaldor antwortete ausführlich auf die Anschuldigungen und praktizierte gleichsam linientreue Dissidenz à la française. Er erklärte, dass er den Anweisungen Martys (der wegen seiner Beteiligung an einer Meuterei der Schwarzmeerflotte 1919 eine der Ikonen des französischen Kommunismus war<sup>88</sup>) deshalb nicht hatte Folge leisten kön-

85 Secours populaire/Association Nationale des Victimes du Nazisme, Assises Nationales de la Solidarité, 1945. Vgl. auch Pierre Kaldor, La défense de la République est à l'ordre du jour, in: La Défense, 20.4.1945.

86 André Marty, Note au secrétariat, 10.12.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

87 André Marty an Pierre Kaldor, 16.2.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

88 Paul Boulland/Claude Penetier/Rossana Vaccaro (Hrsg.), André Marty, l'Homme, l'Affaire, l'Archive, Paris 2005; Axelle Brodiez, La double stratégie d'André Marty: Secours populaire français et comités

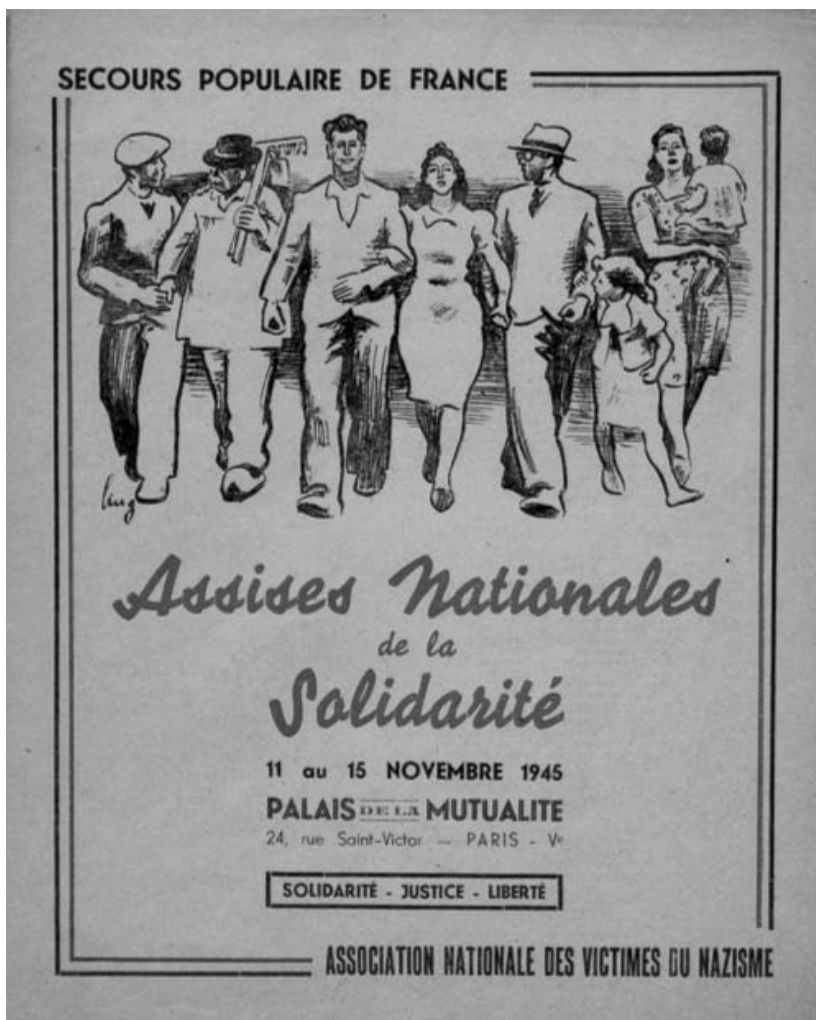


Abbildung 2: Volkswohlfahrt und die Nationale Vereinigung der Opfer des Nazismus in den Farben Frankreichs: Werbebroschüre für eine »Nationale Versammlung der Solidarität«, November 1945

nen, weil er habe sichergehen wollen, dass er als Verantwortlicher für »La Défense« keine Falschinformationen publizierte. »Wie schon in der Vergangenheit« verpflichtete er sich zwar, »die Verlautbarungen des Sekretariats unserer Partei zu respektieren«, aber er gehe zugleich fest davon aus, dass es ihm das Sekretariat nie vorwerfen werde, wenn er versuche, »diese Verlautbarungen nicht mechanisch umzusetzen«. Aus diesem Grund gehe er davon aus, dass die »Verantwortung«, die er hier als Generalsekre-

Henri Martin, in: Alain Ruscio (Hrsg.), *L’Affaire Henri Martin et la lutte contre la guerre d’Indochine*, Paris 2005, S. 109–137.

tär des SPF auf sich genommen habe, »keinen Fall der Indisziplin« darstelle.<sup>89</sup> In der parteiübergreifenden Alltagsarbeit des SPF sei es kaum zu verhindern, dass man sich mal »opportunistisch« und mal »sektiererisch« verhalte. Am Ende seiner Antwort verpflichtete sich Kaldor aber nochmals, bei den »Kommunisten des Secours populaire« in Zukunft »mit mehr Wachsamkeit auf die Einhaltung der politischen Linie zu achten«.<sup>90</sup>

#### IV. Antiimperialismus und Antikolonialismus 1947–1961

Was sich Pierre Kaldor im Schlagabtausch mit André Marty geleistet hatte, war aber dann zu viel der Widerspenstigkeit gewesen. Wenige Tage nach Kaldors letztem Brief, kurz vor Weihnachten 1946, machte sich das Sekretariat des Zentralkomitees des PCF die Bedenken Martys in Bezug auf die »opportunistischen Verfehlungen« zu eigen, die der Volkswohlfahrt »bei der Besetzung von Komitees für Kinderweihnachtsfeiern unterlaufen« seien. Kaldor wurde vor das Politbüro zitiert, im Februar 1947 dann vor das Sekretariat. Letzteres entband ihn schließlich von seinen Leitungsfunktionen. Von nun an war er nur noch »Ehrenmitglied« des Leitungsstabes des SPF, des drei bis vier Mal jährlich tagenden »Bureau National«. Die offizielle Begründung für die Entlassung lautete, dass die »Massenorganisation« unter Kaldor keine Massen mehr angezogen habe (was durchaus den Tatsachen entsprach) und auch organisatorisch in einem schlechten Zustand sei. Im Kern war die Personalie ein Ausdruck des Auseinanderbrechens von Anti-Hitler-Bündnissen in Frankreich und anderswo sowie der beginnenden Systemkonfrontation. Vor demselben Hintergrund beschloss das Politbüro im März 1947, dass die Volkswohlfahrt künftig ihre Solidaritätsarbeit wieder auf die »moralische und materielle Hilfe für die Opfer der Reaktion und des Faschismus« konzentrieren sollte, mithin also auf die Unterstützung von Kommunistinnen und Kommunisten, die angesichts des Kalten Kriegs nun wieder stärker unter Repressionsdruck gerieten.<sup>91</sup> In dieser Phase nahm der PCF wieder eine systemoppositionelle Haltung ein und viele seiner Anhänger und Anhängerinnen wurden erneut als potenzielle Hoch- und Landesverräter verfolgt.<sup>92</sup>

Nach den zaghaften Ver(sozial)staatlichungs- und Vergesellschaftungstendenzen der 1940er-Jahre verparteilichte sich der kommunistische Solidarismus wieder – und die Nachfolger Kaldors trugen die Neujustierung ohne Murren mit.<sup>93</sup> Auch für Kaldor erhöhte sich die Abhängigkeit von der Partei, da diese ihm eine Stelle bei der Zeitung »Le Soir« verschaffte, wo er für die Dokumentation zuständig war sowie für die Musikrubrik und die »Seite 2«, auf der »leichte« Themen behandelt wurden. Ferner schrieb er für »Les Lettres françaises«, eine von Aragon geleitete Literaturzeitschrift. In diesem Rahmen beteiligte er sich an der Debatte, ob die Zwölftontechnik der Arbei-

89 Kaldor an Marty, 18.2.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

90 Kaldor an Marty, 7.12.1946, Archives du PCF, PA Kaldor.

91 Brodiez, Entretien avec Pierre Kaldor, S. 4; dies., *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 53f.

92 Codaccioni, *Punir les opposants*, S. 49–183.

93 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 75–103.

terklasse nütze oder nicht.<sup>94</sup> Aragon wiederum verewigte die Verhaftung des kommunistischen Versicherungsangestellten Kaldor bei Kriegsbeginn – mitsamt eines Faksimiles der erhaltenen Anklageschrift – in seinem Epos »Les communistes« (1949–1951), um damit die seit Beginn des Kalten Kriegs lauter werdenden Vorwürfe zu entkräften, der PCF habe zur Zeit des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts mit den Deutschen konspiriert.<sup>95</sup> Wie gesehen, hatte Kaldor 1939 ein Flugblatt verteilt, das die Schuld für den Pakt vor allem auf die westlichen Demokratien schob, da diese Stalin ein antifaschistisches Bündnis verweigert hätten. Interessant ist Aragons Roman aber vor allem deshalb, weil er indirekt zeigt, wie wenig repräsentativ Kaldor und sein Engagement für die kommunistische Bewegung in Frankreich war. Denn François Lebecq, von dessen Heldentaten Aragon erzählt, war ein farbloser Kader mit Verwandtschaft in Südfrankreich, kein intellektueller Anwalt mit Wurzeln in Ungarn. Und auch die Ehefrau der Romanfigur, Martine, ist keine polnischstämmige Kommunistin, sondern parteilos und bieder wie ihr Mann.<sup>96</sup>

Noch direkter in die Propagandaschlachten des Kalten Kriegs involviert, in denen sich der PCF nun an erster Stelle gegen den »amerikanischen Imperialismus« wandte, der Europa zum Krieg gegen die wie eh und je friedliebende Sowjetunion treiben wolle, war Kaldor im Prozess der »Lettres françaises« gegen den Dissidenten Wiktor Krawtschenko. Der ehemalige sowjetische Diplomat war 1944 in die USA übergesiedelt und hatte 1946 in seinem später millionenfach verkauften Buch »I Chose Freedom« als einer der ersten auf den sogenannten Gulag aufmerksam gemacht, das weitverzweigte Lager- und Zwangsarbeitssystem in Stalins UdSSR. Als der weiterhin bekennende Sozialist Krawtschenko nach der Veröffentlichung der französischen Übersetzung 1947 in »Les Lettres françaises« als Lügner und Spion des US-Geheimdienstes diffamiert wurde, verklagte er das Blatt. Im Zuge des Prozesses, der von Januar bis März 1949 dauerte, traten Dutzende von Zeugen auf. Mit am meisten Eindruck machte Margarete Buber-Neumann, die Ehefrau des während des Großen Terrors unter Stalin ermordeten deutschen Kommunistenführers Heinz Neumann. Buber-Neumann selbst hatte nicht nur den Gulag überlebt, sondern auch das Konzentrationslager Ravensbrück. Dorthin war sie verbracht worden, nachdem sie von Stalin zur Bekräftigung des Nichtangriffspakts mit Hitler ausgeliefert worden war. Kaldor spielte in dem Prozess, der in der Tradition ähnlicher Propagandakampagnen zur Verschleierung des stalinistischen Terrors in den 1930er-Jahren stand, nur eine Nebenrolle; Willard und Nordmann leiteten das Anwaltskollektiv.<sup>97</sup> Unter anderem sollte Kaldor den afroamerikanischen Bürgerrechtler und Sänger Paul Robeson um eine Teilnahme an dem Prozess ersuchen, was aber nicht gelang. Außerdem hatte er eine Reihe von Rechercheaufgaben zu erfüllen.<sup>98</sup> Am Ende obsiegte Krawtschenko – allerdings ohne die geforderte Entschädigung zu bekommen. Auf die Frage, weshalb sich Kaldor im Gegensatz

94 Codaccioni, Punir les opposants, S. 384; Brodiez, Entretien avec Pierre Kaldor, S. 3–6.

95 Vgl. hierzu auch Courtois/Lazar, Histoire du Parti communiste français, S. 172–176.

96 Louis Aragon, Die Kommunisten, Bd. 2: September bis November 1939, Berlin (Ost) 1953, S. 296–316.

97 Israël, Un procès du Goulag au temps du Goulag?. Willard hatte 1938 ein Buch zur Rechtfertigung der Moskauer Prozesse verfasst: Marcel Willard, Le Procès de Moscou de Boukharine, Rykov. Comment ils ont avoué?, Paris 1938.

98 Procès-verbal, 12.1.1949, Archiv des Institut d'histoire du temps présent (IHTP); Le procès Kravchenko, Commission de travail, 3.2.1949, ebd.

zu Nordmann nie von seiner Beteiligung an dem Prozess distanziert hat, wird noch zurückzukommen sein. Hier soll zunächst nur darauf hingewiesen werden, dass der Eindruck, wonach amerikanische Militärs und Geheimdienste in den 1950er-Jahren mit Unterstützung von – oftmals nationalistischen – Emigranten eine gewaltsame »Befreiung« des europäischen Kontinents vom Kommunismus planten, angesichts sehr konkreter Vorbereitungen in dieser Richtung durchaus entstehen konnte.<sup>99</sup>

Seine Feuertaufe als praktizierender Anwalt bestand Kaldor jedoch nicht in Paris, sondern an der Elfenbeinküste, die zum französischen Kolonialreich zählte.<sup>100</sup> Wie schon die Kampagne gegen Krawtschenko diente auch das Engagement des PCF in den nach Unabhängigkeit von Frankreich strebenden afrikanischen Kolonien vor allem auch dem Beistand der Sowjetunion, die in Afrika mit mäßigem Erfolg nach politischen und wirtschaftlichen Bündnispartnern im Kalten Krieg suchte.<sup>101</sup> Seinen eigenen Angaben zufolge nahm er den Parteiauftrag, in dem westafrikanischen Land antikoloniale Kämpfer zu verteidigen, im Mai 1949 auch deshalb gerne an, weil er vom »Rassemblement Démocratique Africain« direkt bezahlt wurde und so viel mehr verdiente als ein Anwalt in der Pariser *Banlieue*, der sich eben erst selbstständig gemacht hatte. Ein weiterer Grund könnte gewesen sein, dass er sich auf diese Weise materiell unabhängig von der Partei machte – und wohl auch in der Solidaritätspolitik ungleich größere Handlungsspielräume hatte als in Frankreich, schon allein weil schwer zu kontrollieren war, was er tat. Wie Kaldor in einem Interview mit Vanessa Codaccioni ausgeführt hat, verteidigte er in den 100 Tagen, die er sich in Côte d'Ivoire aufhielt, in Dutzenden Prozessen und besuchte ebenso viele Gefängnisse. Wie im Fall Krawtschenko organisierten sich die Anwälte auch hier in einem Kollektiv, in dem jüngere wie Pierre Braun angelernt wurden, wie Jahre zuvor schon Kaldor und Nordmann durch Willard. In der Kolonie waren die Anwälte nicht nur mit grausamen Haftbedingungen, Folter und Justizwillkür konfrontiert, sondern auch mit Attentaten, weshalb sich Kaldor nur mit Leibwächter fortbewegte.<sup>102</sup> Ein Erfolg war die Intervention jedoch nur in humanitärer, nicht in machtpolitischer Hinsicht: Einerseits setzte schon die Anwesenheit der Anwälte, die in »La Défense« und anderen kommunistischen Zeitungen von den Menschenrechtsverletzungen an der Elfenbeinküste berichteten, der Willkür der französischen Kolonialisten und ihrer afrikanischen Partner gewisse Grenzen. Andererseits lockerte Félix Houphouët-Boigny, der Anführer der antikolonialen Bewegung vor Ort, sein anfängliches Bündnis mit dem PCF zusehends, um sich den französischen Sozialisten und Christdemokraten zuzuwenden.<sup>103</sup>

Ähnlich gemischt fiel die Bilanz der Kriege in Indochina und Algerien aus, die in den 1950er-Jahren die solidaritätspolitische Agenda des PCF und damit des SPF bestimmten. Entsprechende Hilfsaktionen des SPF und anderer kommunistischer Organisationen waren zwar durchaus erfolgreich, jedoch brachten sie der Partei auch hier nicht den erhofften Machtzuwachs. Die Kampagne für den Matrosen Henri Martin

99 Vgl. hierzu das lesenswerte Buch von Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*, Köln/Weimar etc. 2002.

100 Die Akten dieser Fälle sind im Nachlass Kaldors erhalten: ADS, 503 J, Dossier 22.

101 Zur wirtschaftlichen Dimension vgl. Oscar Sanchez-Sibony, *Red Globalization. The Political Economy of the Soviet Cold War from Stalin to Khrushchev*, Cambridge/New York 2014.

102 Codaccioni, *Punir les opposants*, S. 346–362; Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 66f.

103 Pierre Nandjui, *Houphouët-Boigny: l'homme de la France en Afrique*, Paris 1995.



etwa, der als ehemaliger Résistance-Kämpfer gegen den Indochinakrieg protestierte und deshalb zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, brachte den Kommunisten zwar unter Intellektuellen wie Jean-Paul Sartre viele Sympathien ein und die Mitgliedschaft des SPF stieg bis 1953 auf rund 14.000 an, jedoch fiel der Stimmenanteil des PCF im Laufe des Jahrzehnts auf gut 20 %.<sup>104</sup> Ähnlich verhielt es sich mit dem Protest gegen Folter in Algerien und Polizeibrutalität gegen die algerische Minderheit in Frankreich selbst. Auch hier waren kommunistische Organisationen wie der SPF zwar die Vorreiter eines stetig breiter werdenden Protests zum Schutz der Menschenrechte und der Republik, sie konnten diese Mobilisierung aber nur ansatzweise für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren, weil sich insbesondere die Neue Linke den Antikolonialismus und Antirassismus zwar aneignete und sich ebenfalls für die Dekolonisierung engagierte, deshalb aber nicht prokommunistisch wurde.<sup>105</sup> Mitgestaltet wurde die Solidaritätspolitik wieder von Pierre Kaldor. Er war Teil einer von der Volkswohlfahrt mitfinanzierten Luftbrücke (*pont aérien*) aus Anwälten, die zwischen 1955 und 1960 mehrere Tausend algerische Unabhängigkeitskämpfer vor französischen Militärtribunalen verteidigten.<sup>106</sup> Als es am 17. Oktober 1961 unter dem Polizeipräfekten Maurice Papon zu einem Massaker der Pariser Polizei an trotz Verbot protestierenden Algerierinnen und Algeriern kam, klapperte Kaldor danach die Kommissariate ab, um nach den Vermissten zu suchen. Die »Organisation armée secrète« (OAS), eine Gruppierung rechter Paramilitärs, bedrohte ihn mit dem Tod.<sup>107</sup> Bei einer Demonstration zum Protest gegen das Polizeimassaker, bei der sieben Protestierende starben, wurde er am Arm verletzt und vertrat danach die Opferfamilien vor Gericht.<sup>108</sup>

## V. Anti-Antikommunismus und Anti-Neokolonialismus 1961–1991

Die 1960er-Jahre gelten der Forschung zum kommunistischen Humanitarismus wie auch zum kommunistischen Menschenrechtsaktivismus als Jahrzehnt des Generationswechsels. Axelle Brodiez zeichnet nach, wie sich der SPF nun aus dem »politischen« Kampf gegen Kapitalismus und Kolonialismus zurückzog, um eine »humanitäre« Wende hin zu einer Praxis und Rhetorik zu vollziehen, die nicht mehr auf die Beseitigung der politischen Ursachen von Armut, Unterdrückung oder Krieg zielte, weil über diese stets Uneinigkeit bestehe, sondern auf die Bekämpfung ihrer sozialen Konsequenzen. Geprägt wurde diese Begrifflichkeit von Julien Lauprêtre, der die Leitung des SPF 1955 übernahm und anderthalb Jahrzehnte jünger war als Kaldor (vgl. auch Abb. 3). Auch Lauprêtre, über die Résistance zum PCF gekommen, war ein Parteikader und hatte davor unter anderem die JC geleitet. Er kam aber in einer Periode an die Spitze

104 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 67–73; Codaccioni, *Punir les opposants*, S. 185–244.

105 Axelle Brodiez, *Le Secours populaire français dans la guerre d'Algérie. Mobilisation communiste et tournant identitaire d'une organisation de masse*, in: *Vingtième siècle. Revue d'histoire*, 2006, Nr. 90, S. 47–59; dies., *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 113–129; Codaccioni, *Punir les opposants*, S. 319–346.

106 Die Akten dieser Fälle sind im Nachlass Kaldors erhalten: ADS, 503 J, Dossiers 1–8.

107 Eychart, *Notre ami Pierre Kaldor*, S. 69.

108 Rosa Moussaoui/Alejo José G. Sison, *L'Humanité censurée: 1954–1962*, Paris 2012, S. 63.



der Volkswohlfahrt, als sich der Kalte Krieg schon etwas entspannte – jedenfalls in Frankreich.<sup>109</sup> Liora Israël macht in ihren Forschungen zum Rechtsaktivismus ebenfalls einen Generationswechsel aus, bei dem linke Juristinnen und Juristen an parteikommunistische Vorbilder wie Willard anknüpften, sich in ihrer Ablehnung der UdSSR und Kritik am Legalismus aber auch abgrenzten.<sup>110</sup> Verfolgt man jedoch weiter die politischen Aktivitäten Kaldors, die in diesem Satteljahrzehnt noch lange nicht an ihr Ende gekommen waren, wird deutlich, dass es daneben noch eine dritte solidaritätspolitische Entwicklung gab, die ungleich stärker in der Kontinuität des Solidarismus stand, den die kommunistische Bewegung in den 1930er- bis 1950er-Jahren praktiziert hatte. Diese Entwicklung fand im Zeichen des Anti-Antikommunismus und des Anti-Neokolonialismus statt.

Einer der beiden Bereiche, in denen Kaldor jetzt aktiv wurde, war die justizielle, materielle und propagandistische Unterstützung von Kommunistinnen und Kommunisten in Westdeutschland, wo der Kalte Krieg und damit auch der Antikommunismus ungleich ausgeprägter war als in Frankreich. Bereits in den 1950er-Jahren hatte Kaldor seinen Genossen Nordmann, der als Vorsitzender der 1946 noch von René Cassin mitgegründeten, inzwischen aber Moskau-orientierten AIJD die internationale Kampagne gegen das Verbot der KPD koordinierte, beim Verstehen der bundesdeutschen Rechtsprechung geholfen.<sup>111</sup> Fünf weitere Jahre später, nachdem die französischen Behörden Kaldor die Rückkehr nach Algerien 1961 verwehrt hatten, begann er sich stärker in das Thema »République allemande fédérale« einzuarbeiten. Insbesondere stand er mit dem westdeutschen Kommunisten Franz Ahrens in Kontakt, der sich in der Bundesrepublik gemeinsam mit anderen Kommunisten um eine Aufhebung des KPD-Verbots bemühte und deshalb selbst Gefahr lief, auf der Grundlage des politischen Strafrechts von 1951 wegen Staatsgefährdung belangt zu werden.<sup>112</sup> In den 1970er- und 1980er-Jahren dann, nachdem das KPD-Verbot durch die Tolerierung der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP) zwar nicht ganz aufgehoben, aber doch faktisch umgangen worden war, koordinierte Kaldor die französischen Proteste gegen den »Radikalerlass« von 1972, der vor allem Kommunistinnen und Kommunisten den Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt und so die DKP-Tolerierung teilweise rückgängig machte.<sup>113</sup> Die Proteste von Kaldors Komitee entfalteten ihre Wirkung nicht nur aufseiten der von den Berufsverböten Betroffenen, denen die internationale Solidarität, die sie erfuhren, ihre Demütigung durch die westdeutschen Behörden zu kompensieren half.<sup>114</sup> Darüber hinaus gelang es Kaldor, den Druck auf die französischen

109 Brodriez, *Le Secours populaire français dans la guerre d'Algérie*, S. 53. Zu Lauprêtre vgl. auch die Hagiografie von Paul Dinez, Julien Lauprêtre. *Sa vie, son oeuvre au Secours populaire*, Paris 2009.

110 Liora Israël, *Un droit de gauche? Rénovation des pratiques professionnelles et nouvelles formes de militantisme des juristes engagés dans les années 1970*, in: *Sociétés contemporaines*, 2009, Nr. 73, S. 47–71.

111 Kaldor an Nordmann, 7.7.1956, ADS, 503 J, Dossier 30.

112 Vgl. den Briefwechsel zwischen beiden in den Jahren 1966–1969 in: ADS, 503 J, Dossier 30.

113 Die Akten dieser Fälle sind im Nachlass Kaldors erhalten: ADS, 503 J, Dossiers 16, 20–21 und 31–41.

114 Dominik Rigoll, »Was täten Sie, wenn quer durch Paris eine Mauer wäre?«. Der Radikalenbeschluss von 1972 und der Streit um die westdeutschen Berufsverbote. Deutsch-deutsch-französische Verflechtungen, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Historische Erinnerung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung*, Müns-

Sozialisten 1975/76 so sehr zu erhöhen, dass diese sich veranlasst sahen, bei Willy Brandt gegen »le berufsverbot« zu intervenieren, was den Abschied der SPD von Berufsverboten vermutlich beschleunigte.<sup>115</sup> Dass sich in den 1980er-Jahren, als vor dem Hintergrund der »geistig-moralischen Wende« und des zweiten Kalten Kriegs erstmals bereits verbeamtete Kommunisten aus dem Staatsdienst entlassen wurden, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einer entlassenen Kommunistin Schadensersatz zusprach, war ebenfalls ein Resultat des beharrlichen Justizlobbyings von kommunistisch dominierten Organisationen wie Kaldors Komitee.<sup>116</sup> Dies waren freilich kleine Erfolge im Vergleich zu den Hoffnungen, die nicht nur der PCF, sondern die gesamte französische Linke 1981 auf die Präsidentschaft François Mitterrands gesetzt hatte, als es in Paris zum ersten Mal seit 1947 wieder kommunistische Minister gab. Für den Solidarismus des SPF bedeutete dies, dass dieser nun zum zweiten Mal nach 1944 ein Stück weit verstaatlicht wurde, namentlich durch die mit Subventionen verbundene Anerkennung als Nationale Vereinigung für Volksbildung (»Association nationale d'éducation populaire«) im Januar 1983 sowie als gemeinnützige Vereinigung im März 1985, also bereits nach dem Wiederausscheiden der kommunistischen Partei aus dem Regierungsbündnis 1984.<sup>117</sup>

Kaldor hat nach dem Wahlsieg von Mitterrands Linksbündnis 1981 angeblich eine Zeit lang gehofft, er könne als französischer Botschafter nach Afrika geschickt werden.<sup>118</sup> Und in der Tat war der Protest gegen neokoloniale Ausbeutung in Afrika und rassistische Diskriminierung in Frankreich ein zweiter Bereich, in dem er seit den 1970er-Jahren verstärkt aktiv gewesen war. Ähnlich wie bei der Mobilisierung gegen die Berufsverbote, die vor allem vom PCF gefördert, aber punktuell auch von der Volkswohlfahrt unterstützt wurden (etwa bei Ferienaufenthalten in Frankreich für die Kinder von Berufsverbot-Betroffenen), waren auch diese »anti-neokolonialen« Aktivitäten sowohl mit dem PCF als auch mit dem SPF verflochten. Die Verflechtung begann schon beim Personal: Die 1972 gegründete »Association Française d'Amitié et de Solidarité avec les Peuples d'Afrique« (AFASPA), der Kaldor viele Jahre lang vorstand, verstand sich als Verein von Ehemaligen des antikolonialen Kampfes in der Nachkriegszeit, weshalb davon auszugehen ist, dass die Mitgliedschaft stark kommunistisch geprägt war. Die politische Arbeit der AFASPA bestand in der Kritik einer französischen Afrikapolitik, die den Kontinent weiterhin als ihren »Hinterhof« betrachtete, sowie in der Unterstützung afrikanischer Akteure, die den politischen Überzeugungen des Vereins nahestanden. Konkret bedeutete dies, dass auf dem afrikanischen Kontinent vor allem Kontakte mit kommunistischen Parteien gepflegt wurden. Die Kulturarbeit des Vereins bestand vor allem in der Organisation von Konfe-

---

ter 2007, S. 603–623; ders., Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013, S. 371–396.

115 Ebd., S. 427–456.

116 Peter Vögeli, Völkerrecht und »Berufsverbote« in der Bundesrepublik Deutschland 1976–1992. Die Kontrollverfahren der Internationalen Arbeitsorganisation in Theorie und Praxis, Berlin 1995; Alexandra Jaeger, Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971–1987, Göttingen 2019, S. 518f. Mit Quellencharakter: Klaus Dammann/Erwin Siemantel (Hrsg.), Berufsverbote und Menschenrechte in der Bundesrepublik, Köln 1987.

117 Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 233–264.

118 Eychart, *Notre ami Pierre Kaldor*, S. 69.



Abbildung 3: Charlotte und Pierre Kaldor mit Julien Lauprêtre, 1980er-Jahre

renzen und Ausstellungen zur Geschichte des Kolonialismus und des Antikolonialismus, welche wiederum von Kommunen mitfinanziert wurden, in denen der PCF, dessen Wahlergebnisse um das Jahr 1990 herum bei 11 % angelangt waren, über das Budget mitentscheiden konnte.<sup>119</sup> Erinnerungspolitisch aktiv war Kaldor aber auch in der Bundesrepublik, wo er in den 1970er-Jahren Ehrenmitglied des Kuratoriums der sich in Hamburg befindenden »Gedenkstätte Ernst Thälmann« wurde.<sup>120</sup> Mit der Zeit wandte er sich also einer politisierenden Historisierung seines Solidarismus zu.

## VI. Geschichtspolitik und Zeitgeschichte 1991–2010

Als Pierre Kaldor 1991 mit 79 Jahren in Pension ging, erreichte die Organisation, deren Gründungsgeneralsekretär er zwischen 1944 und 1947 gewesen war, den Höhepunkt ihrer humanitären Wirkungsmacht und ihres parteiübergreifenden Ansehens.<sup>121</sup> Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SOFRES zufolge kannten 1997 nicht weniger als 80 % der befragten Französisinnen und Franzosen den SPF.<sup>122</sup> Im Jahr vor

119 Archives de l'Association française d'amitié et de solidarité avec les peuples d'Afrique (AFASPA) 1940–1995, Archives départementales de la Seine-Saint-Denis, Bobigny 1997.

120 Jahrestagung des Kuratoriums 1976, in: Rundbrief aus dem Thälmann-Haus 4, 1975, Nr. 6, URL: <<https://www.thaelmann-gedenkstaette.de/GSETHP/Rundbriefe/rb06-76.pdf>> [11.12.2020].

121 Seinem Sohn François zufolge hätte Kaldor gerne noch weitergearbeitet, sei aber aufgrund der obligatorischen Mehrwertsteuer zum Ausscheiden gezwungen gewesen (E-Mail vom 5.2.2020).

122 Hier und im Folgenden Brodiez, *Le Secours populaire français 1945–2000*, S. 13 und 233–312.

Kaldors Tod 2010 war aus einer kommunistischen Mächtegermassenorganisation mit wenigen Tausend Aktiven ein internationaler Player mit über einer Million Mitgliedern geworden, für den über 80.000 Freiwillige im In- und Ausland aktiv waren und der über ein Budget von 79,6 Millionen Euro verfügte, darunter knapp 50 Millionen Euro Spenden und gut 20 Millionen öffentliche Gelder.<sup>123</sup> Der Löwenanteil davon fließt zwar nach Frankreich, wobei die Bekämpfung der Kinderarmut ins Zentrum der Aktivitäten rückte, aber der SPF war und ist auch in vielen Ländern des afrikanischen Kontinents sowie in Vietnam und Indien präsent, um dort entwicklungspolitische Projekte zu unterstützen. Der emphatische Bezug auf die Republik und die Menschenrechte ist geblieben, jedoch steht dahinter keine »Kampf-Solidarität« mehr, die auf die Ersetzung der kapitalistischen durch eine sozialistische Republik abzielt, sondern eine »Gemeinschafts-Solidarität«<sup>124</sup>, die sich politisch enthält – von Ausnahmen wie der Verurteilung der argentinischen Militärjunta 1976 abgesehen.<sup>125</sup> Die Verurteilung der Junta und anderer nationalistischer Diktaturen in der westlichen Hemisphäre war übrigens auch ein wichtiges Betätigungsgebiet von Nordmanns AIJD.<sup>126</sup>

Zu einer Zeit, in der selbst der gaullistische Staatspräsident Jacques Chirac den zum Humanitarismus konvertierten Kommunisten Lauprêtre für dessen Kampf »gegen die Armut und die Exklusion« lobte<sup>127</sup>, legte Kaldor einen Aktivismus an den Tag, der ganz in der Tradition des kommunistisch verparteilichten Rechtsschutz- und Wohlfahrtsaktivismus stand, den die Volkswohlfahrt unter Lauprêtre seit den 1960er-Jahren mehr und mehr hinter sich gelassen hatte: Nach dem Genozid in Ruanda im Jahr 1994 forderte Kaldor von Frankreich nicht nur humanitäre Hilfe für die Bevölkerung des Landes, sondern prangerte vor allem auch die Mitverantwortung der in Afrika stationierten französischen Militärs an, welche die Schuldigen für den Völkermord zwar von ihren Machtpositionen verjagt, ihnen jedoch nicht ihre Machtmittel – ihre Waffen – genommen hätten.<sup>128</sup> 2001, nachdem die NATO im Kosovokrieg 1998/99 eine »humanitäre« Militärintervention unternommen hatte, nahm Kaldor in Berlin auf einem »Europäischen Friedenskonvent« zum Thema »Menschenrecht und Intervention« der bereits eingangs erwähnten »Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde« teil. Auf der Konferenz der GBM wurde der Krieg nicht dem serbischen Großmachtstreben, sondern dem amerikanischen Imperialismus angelastet und Schadensersatz für die serbischen Bombenopfer gefordert.<sup>129</sup>

Wie ebenfalls erwähnt, hatte die GBM – ein Interessenverband für ehemalige Angehörige der DDR-Funktionselite, die der »Abwicklung« zum Opfer fielen – Kaldor

123 L'essentiel 2010. Les résultats financiers du Secours populaire français, in: Convergence, 2011, Nr. 316 (Beilage), URL: <[https://www.secourspopulaire.fr/sites/default/files/atoms/files/rapportfinancier\\_2010.pdf](https://www.secourspopulaire.fr/sites/default/files/atoms/files/rapportfinancier_2010.pdf)> [1.12.2020]. Damit ist der SPF freilich noch immer um einiges kleiner als das französische Rote Kreuz, das mehrere 100 Millionen Euro schwer ist, oder der »Secours catolique« (ebenfalls über 100 Millionen).

124 Zu Kampf- und Gemeinschafts-Solidarität vgl. Kurt Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, in: ders. (Hrsg.), Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt am Main 1998, S. 11–53, hier: S. 49.

125 Brodiez, Le Secours populaire français 1945–2000, S. 269–277 und 287–290.

126 Nordmann/Brunel, Aux vents de l'histoire, S. 283–294.

127 Paul Dunez, Julien Lauprêtre. Sa vie, son œuvre au Secours populaire, Paris 2009, Buchrücken.

128 Pierre Kaldor, AFASPA: La responsabilité de Paris, in: L'Humanité, 14.11.1996.

129 Dossier Berlin 2001, IHTP, Fonds Kaldor.

1997 mit ihrem Menschenrechtspreis ausgezeichnet.<sup>130</sup> Wohl nicht so sehr deshalb, weil das »Neue Deutschland« zu DDR-Zeiten ab und an über die »uneingeschränkte Sympathie und Solidarität« berichtet hatte, die Kaldor als Vertreter des französischen Berufsverbote-Komitees der »Anti-Berufsverbotsbewegung in der BRD« versicherte.<sup>131</sup> Wichtiger ist wohl, dass sich Kaldor für ehemalige SED-Mitglieder einsetzte, die nach 1990 aus dem Staatsdienst entfernt wurden.<sup>132</sup> Zudem protestierte er gegen die politische Strafverfolgung von SED-Größen.<sup>133</sup> Das Menschenrechtsverständnis der GBM entspricht dem der DDR<sup>134</sup>, dem unlängst Ned Richardson-Little eine lesenswerte Studie gewidmet hat.<sup>135</sup> Ein Jahr nach Pierre Kaldor wurde Fidel Castro prämiert – »für sein Verdienst um die sozialen Menschenrechte«, wie es in einem Schreiben des GBM-Vorsitzenden Wolfgang Richter an Kaldor heißt.<sup>136</sup> Bereits 1994 hatte Kaldor – damals noch ganz offiziell als Vertreter des PCF – auf Einladung der aus der SED hervorgegangenen »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) an einer Konferenz über die strafrechtliche »Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit« in der Bundesrepublik teilgenommen, mit der die PDS auf den Vorwurf reagierte, die DDR sei ein »Unrechtsstaat« gewesen. Kaldor legte in seinem Beitrag eine bemerkenswerte Mischung aus Loyalität zu den ehemaligen DDR-Eliten und vorsichtiger Kritik an der DDR an den Tag. Einerseits versicherte er, der PCF wolle »Solidarität üben«, indem er Informationen über die Strafverfolgung ehemaliger DDR-Funktionsträger in Frankreich verbreite. Es sei »Unrecht«, wenn gegen die Regierenden in der DDR, die von der Bundesrepublik eben noch »als Vertragspartner respektiert« wurden, politische Strafverfahren angestrengt würden. »Internationale Verträge, deren Verabschiedung in erheblichem Maße der DDR zu verdanken« gewesen seien, hätten »den kalten Krieg zurückgedrängt«. Andererseits sei offensichtlich, dass sich in der DDR »breite Schichten« von der SED »abgewandt« hätten, insbesondere »ein großer Teil der Jugend, die die Schwierigkeiten des Anfangs der DDR nicht mehr kannte«. Dass die »Schöpfer der DDR« ein Gemeinwesen aufbauen wollten, das »nicht als Hauptziel die Mehrung von Geld und Eigentum hatte«, sei ja schön und gut, nur könne man »sagen, dass die Autoren dieses edlen Unternehmens vielleicht die Notwendigkeit einer bewussten, bejahenden Mitwirkung der Bevölkerung verkannt haben«. Allerdings sei diese Frage »für

130 Klaus Dümde/Pierre Kaldor, Irrweg der Diskriminierung, in: Neues Deutschland, 8.12.1997.

131 Dieter Wolf, Demokratenjagd in der BRD am Pranger, in: Neues Deutschland, 14.11.1977.

132 Eine Historisierung des Elitenaustauschs nach 1990 steht noch aus. Vgl. aber Ilko-Sascha Kowalcuk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 170–192; Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden (Hrsg.), Deutsche Einheit und Elitenwechsel, Berlin 2002; Werner Röhr, Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR, 2 Bde., Berlin 2012.

133 Eine Geschichte dieser Prozesse, die im Kalten Krieg vorbereitet wurden, liegt nur auf Französisch vor: Guillaume Mouralis, Une épuration allemande. La RDA en procès 1994–2004, Paris 2008.

134 Vgl. Scott Calnan, The Effectiveness of Domestic Human Rights NGOs: A Comparative Study, Leiden/Boston 2008, S. 161–165, der unter anderem mit dem Historiker Siegfried Prokop ein Interview geführt hat.

135 Ned Richardson-Little, The Human Rights Dictatorship. Socialism, Global Solidarity and Revolution in East Germany, Cambridge/New York etc. 2020.

136 Richter an Kaldor, o. D., ADS, 503 J, Dossier 23. Vgl. auch Judith Dorn, Warum erhält Fidel Castro den Menschenrechtspreis der GBM?, in: Junge Welt, 17.9.1998.

mich, für unsere Partei, jetzt nicht zu diskutieren«.<sup>137</sup> Kaldor wahrte auch hier den kommunistischen Kommentar und brachte öffentliche Kritik nur in sehr zurückhaltender – »solidarischer« – Form vor.

Nicht minder bemerkenswert sind die Akzente, die Kaldor in der französischen Zeitgeschichte setzte (oder zu setzen versuchte, denn sehr breit sind seine Akzentsetzungen bisher nicht rezipiert worden, namentlich in Bezug auf die Geschichte des Kommunismus). Hier schlug Kaldor einen anderen Weg ein als etwa Joë Nordmann, der sich nach 1996 in seinen Memoiren dafür entschuldigte, dass er den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt so lange verteidigt und im Krawtschenko-Prozess die Zeugen des Gulag als Lügner bezeichnet hatte: Er habe die Berichte für Gräuelpropaganda gehalten, die einen Krieg gegen die Sowjetunion legitimieren und die kommunistische Résistance gegen die deutsche Besetzung Frankreichs einige Jahre zuvor delegitimieren sollte. »1917« sei für ihn seinerzeit wie ein zweites »1789« gewesen und er habe Stalin dasselbe Recht eingeräumt, sich gewaltsam gegen Konterrevolutionäre zur Wehr zu setzen, wie einst Maximilien de Robespierre. Dass sich Nordmann zu Selbstkritik veranlasst sah, hatte wohl auch damit zu tun, dass er ungleich bekannter war als Kaldor, weil er als Präsident der AIJD seit 1973 darauf hingearbeitet hatte, Paul Touvier und Klaus Barbie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu bringen – was am Ende auch gelang.<sup>138</sup> Kaldor veröffentlichte keine Erinnerungen in einem großen linken Verlag, sondern kurze Texte in »Faites entrer l'infini«, einer Zeitschrift, die nur Aragon und seiner Frau Elsa Triolet gewidmet ist. Hier erschienen von ihm 1999 seine »Souvenirs à propos du pacte germano-soviétique«. Darin rechtfertigt er den Pakt einmal mehr als eine Defensivmaßnahme, die sich daraus ergeben habe, dass Frankreich und Großbritannien zuvor Stalins Drängen auf ein Militärbündnis gegen Hitler negativ beschieden hätten. Das große Unglück vor dem Zweiten Weltkrieg sei nicht der Nichtangriffspakt gewesen, sondern dass sich der Westen nicht bereits 1938, sondern erst 1942 auf eine Anti-Hitler-Koalition eingelassen habe.<sup>139</sup>

Auch mit Blick auf die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich sah Kaldor vor allem Frankreich selbst in der Verantwortung für problematische Entwicklungen. So erschien am 8. Mai 2005 in einer linksoppositionellen algerischen Zeitung ein kurzer Text von ihm, in dem er erzählt, dass ihm als Generalsekretär des SPF im Frühjahr 1945 von der US-Armee drei Flugzeuge zur Verfügung gestellt worden seien, um damit befreite französische KZ-Häftlinge aus Weimar, Dachau und Pilsen nach Frankreich zu evakuieren. Nach der ersten Rettungsaktion seien die Maschinen jedoch von der Regierung de Gaulle requiriert worden, um damit Soldaten nach Algerien zu fliegen, die den Aufstand von Sétif niederschlagen hatten. Bereits im Moment des Sieges über den Faschismus, so Kaldors Botschaft, seien die imperialistischen Interessen Frankreichs stärker gewesen als der Wunsch, die Deportierten zu ihren Familien zu

137 Pierre Kaldor, Aus der Sicht der Französischen Kommunistischen Partei, in: Lothar Bisky/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.), »Unrechtsstaat? Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994, S. 61–63, hier: S. 62f.

138 Nordmann/Brunel, *Aux vents de l'histoire*, S. 65–107 und 187–193.

139 Pierre Kaldor, *Mes souvenirs à propos du pacte germano-soviétique*, in: *Faites entrer l'infini*, 1999, Nr. 28.



holen.<sup>140</sup> Schließlich widersprach Kaldor auch der Interpretation seines eigenen Wirkens an der Spitze des SPF als wirklich »sozial«, während es der PCF-Führung vor allem um die »politische« Instrumentalisierung des Humanitarismus für kommunistische Zwecke gegangen sei: Was er für den SPF gewollt habe, sei eine *andere* Politik gewesen (»une autre politique«), an deren politische Nützlichkeit er auch und gerade »als Kommunist« geglaubt habe.<sup>141</sup> Sein am Ende erfolgloses Wirken auf eine Reduktion der Parteipolitik in der Solidaritätsarbeit des SPF habe also nicht im Gegensatz zu seinem Kommunistsein und Politischsein gestanden, sondern nur seinen Wunsch nach einem Mehr an aktiver Sozialpolitik in der Organisation ausgedrückt.

Als Pierre Kaldor 2010 verstarb, veröffentlichte »L'Humanité«, deren Belegschaft 1920 von der sozialistischen zur kommunistischen Partei übergewechselt war, einen kurzen Nachruf, in dem sie ihn als »Anwalt an der Seite der Unterdrückten« porträtierte.<sup>142</sup> Für einen längeren Text reichte es vielleicht auch deshalb nicht, weil es  *militants communistes* in seinem Alter und mit seinem politischen Gewicht sehr, sehr viele gibt – auch wenn das nicht heißt, dass alle so vielfältige und interessante Geschichten zu erzählen hätten wie er.<sup>143</sup> Darüber hinaus bekamen er und Charlotte, die Pierre sechs Jahre überlebte, Einträge im sogenannten *Maïtron*, der großen Biografie der französischen Arbeiterbewegung.<sup>144</sup> Verewigt wurden die beiden auch im »Musée de la Résistance nationale« in dem Pariser Vorort Champigny-sur-Marne, einer jahrzehntelangen kommunistischen Hochburg. In einer Vitrine ist das von Charlotte beschaffte Seil zu sehen, an dem sich Pierre aus der Gefangenschaft befreite. An dem Gefängnis wurde 2016 im Beisein hochrangiger Militärs und eines Staatssekretärs aus dem Verteidigungsministerium eine Plakette zu Kaldors Ehren angebracht.<sup>145</sup> 2018 schließlich wurde in Floirac, einem Vorort von Bordeaux, eine Straße nach ihm benannt. »Ausgebrochener Widerstandskämpfer, Anwalt, Präsident der Französischen Volkswohlfahrt 1944–1947« ist auf dem Schild unter seinem Namen und seinen Lebensdaten zu lesen.<sup>146</sup> In Deutschland veröffentlichten die »junge Welt« und das »Neue Deutschland« etwas umfangreichere und persönlichere Nachrufe.<sup>147</sup> Ihr Verfasser war Horst Behtge, ein Realschullehrer, Gewerkschafter und Mitglied der Deutschen Friedens-Union, einer pazifistischen Vereinigung im Umfeld der DKP, die politisch und finanziell stark

140 Pierre Kaldor/Nadine Bouzeghrane, Pierre Kaldor, dernier témoin d'un épisode peu connu, in: *El Watan*, 8.5.2005. Vgl. auch Alain Ruscio, der die Episode für wahr hält, aber auch zeigen kann, dass der PCF die Massaker der französischen Militärs letztlich mitgetragen hat: Alain Ruscio, *Les communistes et les massacres du Constantinois (mai-juin 1945)*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 2007, Nr. 94, S. 217–229.

141 Brodiez, *Entretien avec Pierre Kaldor*, S. 6.

142 Pierre Kaldor, *avocat aux côtés des opprimés*, in: *L'Humanité*, 9.10.2010.

143 Vgl. hierzu auch die lesenswerte Kollektivbiografie von Paul Boulland, *Des vies en rouge. Militants, cadres et dirigeants du PCF (1944–1981)*, Ivry-sur-Seine 2016.

144 Genevée/Willard, *KALDOR Pierre; Pennetier, KALDOR Charlotte née SZLADOWSKI*.

145 Jean-Pierre Husson, *Plaque en hommage à Pierre Kaldor*, URL: <[http://www.cndp.fr/crdp-reims/memoire/lieux/2GM\\_CA/plaques/prison\\_chalons\\_kaldor.htm](http://www.cndp.fr/crdp-reims/memoire/lieux/2GM_CA/plaques/prison_chalons_kaldor.htm)> [20.8.2020].

146 Inauguration de la rue Pierre KALDOR, in: *Amis de l'Humanité*, 6.4.2018, URL: <<http://amis-humanite.fr/pec-events/inauguration-de-la-rue-pierre-kaldor/>> [20.8.2020].

147 Horst Behtge, *Auf den Punkt kommen. Pierre Kaldor machte die Menschen mutig*, in: *junge Welt*, 13.2.2010; ders., *Pierre Kaldor. Ein Nachruf*, in: *Neues Deutschland*, 13.2.2010.



von der SED abhing. Bethge hatte in der Bundesrepublik den DKP-nahen Protest gegen den »Radikalenerlass« von 1972 koordiniert.<sup>148</sup>

## VI. Schluss: Solidarismus, Demokratie, Kommunismus

Wie schon in der Einleitung von Dietmar Süß und Meik Woyke ausgeführt, hat der Philosoph Kurt Bayertz in den 1990er-Jahren angeregt, zwischen zwei Typen der Solidarität zu unterscheiden. Bayertz nennt zum einen die »Kampf-Solidarität«, die »materielle oder symbolische Hilfe« für jene organisiert, die »für ihre Rechte kämpfen«. Im vorliegenden Fall wären dies zum Beispiel die Gruppen, in denen Kaldor aktiv war und die für die Rechte von Kommunisten oder potenziellen Verbündeten an der Côte d'Ivoire, in Algerien oder der Bundesrepublik eintraten. Zum anderen identifiziert Bayertz »Gemeinschafts-Solidarität«, die als »Inbegriff der wechselseitigen Bindungen und Verpflichtungen« bestimmt werden könne, »die zwischen einer Gruppe von Menschen bestehen«, die in der Regel »durch gemeinsame Lebensbedingungen, gemeinsame Werte etc. getragen« seien.<sup>149</sup> Im vorliegenden Fall träfe dies auf den Humanitarismus des SPF zu, der in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz der kommunistisch organisierten Arbeiterschaft zugutekam und von dem inzwischen alle armen Kinder profitieren können, und zwar sowohl in Frankreich selbst als auch in armen Ländern; die kommunistische Gemeinschaftssolidarität wäre demnach universalisiert worden. Bayertz ist nicht der einzige, der für eine analytische Zweiteilung dieser Art eintritt. Auch Historiker und Historikerinnen, die sich in den letzten Jahren mit Menschenrechten und Humanitarismus beschäftigt haben, untersuchen beide oft getrennt voneinander – wohl wissend, dass die Übergänge in der Realität oft fließend sind. In der Tat spricht einiges dafür, menschenrechtsbezogene von humanitären Politiken analytisch präzise zu unterscheiden, wie auch der Ideenhistoriker Samuel Moyn mit Nachdruck gefordert hat.<sup>150</sup> Angesichts der in diesem Beitrag präsentierten Befunde lohnt es sich aber auch, beide Phänomene nach dem ideengeschichtlichen Auseinanderdividieren wieder neu zusammenzudenken – nicht so sehr aus organisations- oder globalgeschichtlicher Perspektive, sondern aus einem politik- und gesellschaftsgeschichtlichen Blickwinkel.

So erscheinen die von Bayertz und Moyn vorgeschlagenen Unterscheidungen mit Blick auf den kommunistischen Solidarismus insofern unpräzise, als die Gemeinschaftssolidarität der französischen Volkswohlfahrt immer auch Teil eines politischen Kampfes war: Als der SPF gegründet wurde, sollte er »die Massen« nicht nur sozial besserstellen, sondern auch politisch für den PCF gewinnen. Und auch heute lindert der SPF nicht einfach das Leid sozial schwacher Familien, sondern bindet diese auch politisch an die französische Republik. Wäre es nicht so, würde der SPF nicht über 16

148 Rigoll, »Was täten Sie, wenn quer durch Paris eine Mauer wäre?«; ders., Staatsschutz in Westdeutschland, S. 381–384.

149 Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, S. 49.

150 Moyn, Theses on Humanitarianism and Human Rights.

Millionen Euro an öffentlichen Geldern (2018) bekommen<sup>151</sup> und Kaldor wäre nicht zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden. Staatliche Subventionen und Ehrungen wurden möglich, weil sich der kommunistische Solidarismus seit der Détente der 1960er-Jahre massiv vergesellschaftet, namentlich demokratisiert (und nationalisiert<sup>152</sup>) hatte. Umgekehrt diene und dient der kommunistische Menschenrechtsaktivismus dem Selbstverständnis der Akteurinnen und Akteure nach nicht nur der Realisierung (partei-)politischer Ziele, sondern auch der Errichtung einer sozial(er)en Gesellschaft, von deren Segnungen nicht nur der PCF profitieren sollte. Und als es Charlotte Kaldor 1943 gelang, Pierre aus dem Gefängnis zu befreien, erkämpfte sie damit nicht nur seine persönlichen Freiheitsrechte, sondern leistete auch einen Beitrag für die politische Stärke der PCF im Moment des Wiederaufbaus, die wiederum einer der Gründe dafür ist, weshalb die Regierung des Erzkonservativen de Gaulle so viel für die sozialen Rechte der Franzosen tat. Aus politik- und gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive betrachtet, steckt also in Kampf-Solidarität auch Gemeinschaftssolidarität und umgekehrt. Oder wie Kaldor es kurz vor seinem Tod in einem Interview mit Axelle Brodiez ausdrückte: Es ging in seinen Auseinandersetzungen mit der Parteiführung um den Kurs des SPF nicht um Politisierung und Depolitisierung, sondern um verschiedene Arten des Politikmachens: das eine Mal zum Schutz von Freiheitsrechten, das andere zur Sicherung von Sozialrechten.

Machtpolitisch und gesamtgesellschaftlich betrachtet, sind Menschenrechtsaktivismus und Humanitarismus also komplementäre Bereiche ein und desselben Solidarismus. Und es spricht meines Erachtens vieles dafür, dass dies kein kommunistischer Sonderfall ist, sondern zum Beispiel auch für demokratischen Solidarismus gilt. Das Besondere an Kommunisten wie Kaldor ist eher, dass ihnen als Marxisten das Politische ihres vermeintlich unpolitischen humanitären Handelns tendenziell bewusster sein dürfte als etwa Liberalen, die »rein humanitäres« Handeln häufig als unpolitisch ansehen und dabei den Umstand ausblenden, dass auch dieser Humanitarismus eine wichtige gesellschaftspolitische Stabilisierungsfunktion erfüllt. Aus dem gleichen Grund war Kommunisten wie Kaldor auch bewusster, dass Gewalt und Militanz integraler Bestandteil von politischem Solidarismus sind – nicht nur im Widerstand gegen die nationalistische Diktatur und im Moment der Befreiung des Justizministeriums, sondern auch in der Auseinandersetzung mit den Polizeikräften der Republik. Und auch diese Gewalthaftigkeit des Solidarismus ist kein Alleinstellungsmerkmal des Kommunismus. Dies zeigen etwa »humanitäre Interventionen« demokratischer Staaten, bei denen Humanitarismus, Menschenrechtsaktivismus und Machtpolitik gleichsam fusionieren. Im Kosovokrieg sah Kaldor deshalb vor allem den US-Imperialismus am Werk und hielt den Humanitarismus für vorgeschützt.<sup>153</sup> Umgekehrt hatten aber auch der UdSSR nur wenige geglaubt, als sie 1979 mit humanitären Argu-

151 SPF (Hrsg.), *L'essentiel* 2018, URL: <<https://www.secourspopulaire.fr/bilan-activite-2018/fr/asset/pdf/essentiel.pdf>> [4.12.2020], S. 3.

152 Zum Verhältnis von Demokratisierung und Nationalisierung vgl. den Beitrag von Dominik Rigoll und Yves Müller zur Zeitgeschichte des Nationalismus in diesem Band.

153 Zu den machtpolitischen Implikationen der Intervention im Kosovo vgl. etwa David N. Gibbs, *First Do No Harm. Humanitarian Intervention and the Destruction of Yugoslavia*, Nashville 2009.

menten in Afghanistan einmarschiert war.<sup>154</sup> Wenn nun aber Humanitarismus, Menschenrechtsaktivismus und Machtpolitik nur verschiedene Seiten ein und desselben Solidarismus sind, ist es dann wirklich angebracht, an einem Begriff wie »Solidarität« festzuhalten, der gemeinhin nicht mit Gewalt assoziiert wird? Eine methodische Auflösung des Dilemmas bietet möglicherweise der Solidaritätsbegriff von Émile Durkheim, der unter »solidarité« nichts moralisch Aufgeladenes versteht, sondern im Grunde nur eine Form der gesellschaftlichen oder politischen Arbeitsteilung, die zwischen den Akteuren abgesprochen sein kann, aber nicht bewusst sein muss, um zu funktionieren. Durkheim, der mit dem Sozialismus sympathisierte, widerspricht der liberalen Vorstellung, wonach die kapitalistische Arbeitsteilung – wie von einer »unsichtbaren Hand« geleitet – zu einer dem Gemeinwesen adäquaten Güterproduktion und zu einer gerechten Verteilung des Reichtums führen würde, wenn sich nur alle an ihrem eigenen Wohl orientierten. Im Gegenteil, so Durkheim, entstünden anstatt eines solchen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts mehrere miteinander konkurrierende Solidaritäten: »so viele Klassen es in diesem System gibt, so viele Formen der Solidarität gibt es«.<sup>155</sup> Im hier verhandelten Fall wären dies die kommunistische und die demokratische Solidarität/Arbeitsteilung.

Die kleinste Einheit des im Sinne einer politischen Arbeitsteilung verstandenen Solidarismus wäre dann der einzelne Aktivist, die einzelne Aktivistin: *le militant et la militante*. Für sich allein genommen, haben sie alle nur wenig Handlungs- und Wirkungsmacht, aber sie tun jeden Tag viele kleine Dinge, um auf die Realisierung einer politischen Utopie hinzuarbeiten, und diese Dinge summieren sich nicht nur, sondern greifen auch wie von selbst ineinander (wenn man sich nicht gerade in einem Streit über den rechten Weg zur Utopie in den Haaren liegt). Allein in diesem Sondengang anhand der Figur Pierre Kaldors lassen sich ganz unterschiedliche Solidaritätspraktiken identifizieren. Eine *professionelle*, da er seinen Anwaltsberuf ehrenamtlich in den Dienst des Kommunismus stellte; eine *organisierende*, da er in Partei-, Gewerkschafts- und Vereinigungsgremien mitarbeitete; eine *intellektuelle*, da er unzählige Artikel, Broschüren et cetera verfasste und vortrug; eine *karitative*, da er materielle und symbolische Hilfe selbst leistete oder organisierte; eine *repräsentative*, weil er die Juristenvereinigung, den SPF et cetera in der Öffentlichkeit und gegenüber Dritten vertrat; eine *militante* und eine *repressive*, weil er 1944/45 an der militärischen Befreiung des französischen Justizministeriums und an der politischen Reinigung von dessen Mitarbeiterstab mitwirkte. Nimmt man neben Pierre selbst auch Charlotte in den Blick, werden noch eine Reihe weiterer Praktiken sichtbar, die notwendig waren, damit kommunistischer Solidarismus seine Wirkung entfalten konnte: Charlotte half nicht nur dabei mit, Pierre aus dem Gefängnis zu befreien, sondern legte auch über die Jahre hinweg eine assistierende und reproduktive Praxis an den Tag, indem sie die Papierarbeit der Anwaltspraxis erledigte und sich um den Haushalt kümmerte, nachdem im Jahr 1946 das erste Kind der beiden, François, auf die Welt gekommen war. Daneben arbeitete sie für »La Défense«, als Pierre für die Zeitung zuständig war, später dann für die eben-

154 Zur internationalen Geschichte dieser »humanitären Invasion« vgl. Timothy Nunan, *Humanitarian Invasion. Global Development in Cold War Afghanistan*, New York 2016.

155 Émile Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1988 (zuerst frz. 1893), S. 6.

falls kommunistische Zeitschrift »Économie et Politique«. In den 1970er- und 1980er-Jahren wirkte sie in dem von Pierre geleiteten Berufsverbote-Komitee mit.<sup>156</sup>

Das wohl erst im historischen Rückblick sicht- und analysierbar werdende Ergebnis all dieser kleinen Handlungen war zwar nicht die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, aber eine Realität, die man als Kommunisierung der französischen Demokratie bezeichnen kann. Wie der PCF und sein Umfeld die französische Gesellschaft kommunisierten, ohne auch nur ansatzweise den Kapitalismus abzuschaffen, lässt sich vielleicht am pointiertesten bei Marc Lazar nachlesen, dem großen antikomunistischen Historiker des französischen Kommunismus. In seinem Essay »Le communisme, une passion française«, der 2001 kurz nach dem »Schwarzbuch des Kommunismus« erschien, schreibt Lazar, der PCF habe in Frankreich einen Antikapitalismus starkgemacht, der den Wirtschaftsliberalismus als Weltgefahr überzeichne, einen Antiimperialismus, der offen für Antizionismus sei, einen Antifaschismus, der bloßes Antilinkssein faschistisch nenne, einen Antirassismus, der die Gesellschaft diabolisiere, und einen Antireformismus, der die Arbeit an konstruktiven Lösungen verweigere.<sup>157</sup> In der Tat konnte man am Beispiel Kaldors gut sehen, dass es wohl vor allem die Kommunisten waren, die – in der Abwehr des Faschismus vor und nach 1940 – dafür sorgten, dass der Antifaschismus in Frankreich nicht nur aufseiten der Linken als integraler Bestandteil des nationalen Erbes angesehen wird, sondern in weiten Teilen der Gesellschaft. In den Blick geriet auch, dass die Kommunisten 1944/45 maßgeblich an den Weichenstellungen beteiligt waren, mit denen die Widerstandsregierung den Kapitalismus einzuhegen gedachte – und die auch wegen des Niedergangs des PCF seit einigen Jahren mehr zur Disposition stehen denn je.<sup>158</sup> Auch Antiimperialismus zieht sich wie ein roter Faden durch den kommunistischen Solidarismus, wobei Kaldor nicht nur gegen deutschen, britischen und amerikanischen, sondern auch gegen französischen Imperialismus agitierte. Gerade sein Wirken gegen den französischen Kolonialismus entfaltete Wirkungsmacht, da sich viele Nichtkommunisten kommunistische Praktiken und Ideologien aneigneten, weil sie zwar nicht kommunistisch, sehr wohl aber antiimperialistisch und antikolonial dachten.

Was antikomunistische Kommunismusforscher wie Marc Lazar leicht übersehen, weil sie sich vor allem für die politische Instrumentalisierung demokratischer Praktiken und Ideologien durch den Kommunismus interessieren, ist, dass in Frankreich schubweise und parallel zur Kommunisierung der Demokratie eine Demokratisierung der kommunistischen Bewegung stattfand. Eine – sicherlich auch, aber eben nicht nur instrumentelle – politische Aneignung bis dahin nur demokratischer oder sozialistischer Praktiken fand schon mit der Gründung der Juristenvereinigung und später des SPF statt. Letzterer war nicht nur als linke Konkurrenz zur »Ligue française pour la défense des droits de l'homme et du citoyen« (kurz: »Ligue des droits de l'homme«) gedacht<sup>159</sup>, sondern auch als demokratischere – weil sozialere und antiko-

156 Pennetier, KALDOR Charlotte née SZLADOWSKI.

157 Lazar, *Le communisme*, S. 218. Die kommunistische Antwort darauf: Martelli, *L'empreinte communiste*.

158 Erinnt sei an die kurzzeitig viel diskutierte Streitschrift von Stéphane Hessel, *Empört Euch!*, Berlin 2010, der die Bedeutung der Weichenstellungen der Widerstandsregierung ebenfalls betont.

159 Eine wichtige Ausnahme ist William D. Irvine, *Between Justice and Politics. The Ligue des Droits de l'Homme, 1898–1945*, Stanford 2006. Vgl. darüber hinaus die französischen Studien Emmanuel Na-

lonialere – Imitation. Zudem kooperierten die kommunistische Volkswohlfahrt und die sozialistische Menschenrechtsliga bei der Abwehr des französischen Nationalismus trotz vieler Konflikte.<sup>160</sup> Auch wenn sich Kommunisten wie Willard und Kaldor stets affirmativ auf das sowjetische Vorbild bezogen, war das, was Humanität und Menschenrechte für sie darstellte, praktisch und ideologisch zuerst in ihrer eigenen (Einwanderungs-)Gesellschaft verankert.<sup>161</sup> Ein zweiter Demokratisierungsschub wurde, wie erwähnt, durch die Entspannungspolitik der 1960er-Jahre möglich. In einer Zeit, da der PCF in der Opposition war, aber nicht mehr verfolgt wurde, fand eine Vergesellschaftung kommunistischer Solidaritätspolitikern statt, die am Ende darauf hinauslief, dass der SPF aufhörte kommunistisch zu sein: Die am Beginn des Beitrags erwähnte Feier im Stade de France mit Zinédine Zidane, Ronaldo und Jacques Chirac hätte ebenso gut der »Secours catholique« ausrichten können.

Gerade auch vor dem Hintergrund der Demokratisierung des SPF erscheint es bemerkenswert, dass Kaldor selbst sich einer solchen Entkommunisierung verweigerte. In den 1960er- bis 1990er-Jahren, als die kommunistische Bewegung in Frankreich keinen Repressionen mehr ausgesetzt war, engagierte er sich für die Freiheitsrechte von Kommunistinnen und Kommunisten dort, wo sie noch Diskriminierungen erlitten: in der Bundesrepublik und wohl auch in einigen Staaten, die im Fokus der AFASPA standen. Der Umfeldaktivismus in Algerien und der Bundesrepublik war für ihn also womöglich beides: in den 1950er-Jahren eine Möglichkeit, dem »Stalinismus« seiner Partei zu Beginn des Kalten Kriegs, der ihn wahrscheinlich die Stelle an der Spitze des SPF gekostet hatte, ein wenig auszuweichen, ohne illoyal zu werden; in den Jahren nach 1961 dann eine Möglichkeit, dem »Reformismus« des SPF eine politische Praxis an die Seite zu stellen, die an der alten kommunistischen Parteilichkeit festhielt. Kaldor stand dabei übrigens ganz auf Parteilinie, denn anders als in der italienischen und österreichischen KP war der Eurokommunismus im PCF schwach und wurde, wenn überhaupt, von Jüngeren getragen. Anders als der nur ein Jahr jüngere österreichische Kommunist und ehemalige Résistance-Kämpfer Franz Marek, für den die sowjetische Militärintervention gegen die populären tschechischen Reformkommunisten im August 1968 ein Grund für den Bruch mit der Partei war<sup>162</sup>, blieb Kaldor das, was auch in der Forschung oft als »dogmatisch« oder »orthodox« bezeichnet wird. Was ihn persönlich angeht, wird für ihn sicherlich eine Rolle gespielt haben, dass er 1939 von der Republik als Verräter eingesperrt und 1940 ans Vichy-Regime transferiert wurde, das er nur mit viel Glück überlebte, während Zehntausende Kommunisten ermordet wurden. Aber auch noch in den 1950er-Jahren wurde er wegen seiner Algerien-Aktivitäten als Staatsfeind behandelt und sah sich zudem den Angriffen der nationalistischen OAS

---

quet, Pour l'Humanité. La Ligue des Droits de l'Homme de l'affaire Dreyfus à la défaite de 1940, Rennes 2014; Éric Agrikoliansky, La Ligue française des droits de l'homme et du citoyen depuis 1945, sociologie d'un engagement civique, Paris 2002.

160 Kritisch hierzu: Christian Jelen, Hitler ou Staline. Le prix de la paix, Paris 1988.

161 In Überblicken, die Kommunismus mit Staatssozialismus gleichsetzen, spiegelt sich dies noch nicht wider. Vgl. etwa Mark Philip Bradley, Human Rights and Communism, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hrsg.), The Cambridge History of Communism, Cambridge/New York etc. 2017, S. 121–150.

162 Sehr lesenswert hierzu: Franz Marek, Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte, hrsg. v. Maximilain Graf/Sarah Knoll, Wien 2017.

ausgesetzt. Der republikanischen Ordnung dürfte er ähnlich skeptisch gegenübergestanden haben wie die »misstrauischen Patriarchen« (Monika Gibas) an der Spitze der DDR, die zuerst in der Weimarer Republik rechtlich Ausgestoßene waren und es in der frühen Bundesrepublik blieben, sofern sie die NS-Verfolgung überlebt hatten.<sup>163</sup>

Westliche Kommunisten wie Pierre Kaldor als Stalinisten zu bezeichnen, erscheint vor diesem Hintergrund nicht angebracht. Sicherlich: Der PCF und auch Kaldor persönlich trugen maßgeblich zur Tabuisierung der in der UdSSR begangenen Massenverbrechen und damit nicht nur zur Legitimierung und Stabilisierung der stalinistischen Diktatur, sondern auch zur Verhöhnung ihrer Opfer bei, darunter nicht zuletzt Kommunistinnen wie Margarete Buber-Neumann. Noch in den 1970er- bis 1990er-Jahren, als Kaldor gegen Berufsverbote in Westdeutschland protestierte, fiel von ihm kein Wort über Berufsverbote in sozialistischen Staaten. Allerdings muss man sich auch vergegenwärtigen, dass die Tabuisierung der Verbrechen in der Sowjetunion in Frankreich nur deshalb so lange halten konnte, weil sie auch von den Gaullisten getragen wurde, die ebenfalls kein Interesse daran hatten, ihren ehemaligen Alliierten in der Anti-Hitler-Koalition zu delegitimieren. Auch der Protest gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik war zwar einseitig, weil er viel härtere Praktiken in Osteuropa verschwieg, er war aber dennoch gerechtfertigt, weil die jungen Leute, die am Eintritt in den öffentlichen Dienst gehindert wurden (oder werden sollten) in fast allen Fällen nicht agitiert hatten oder Ähnliches. Sie wurden allein wegen ihrer Gesinnung, wegen der Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen abgelehnt. Dies war eine Praxis, die noch illiberaler war als in den 1960er-Jahren, wo linke Lehrer ebenfalls sanktioniert worden waren, aber für konkrete Taten.<sup>164</sup>

Vielleicht wäre es sinnvoll, mit Blick auf westliche Verteidiger des Stalinismus wie Kaldor nicht von Stalinisten zu sprechen, sondern von Stalinloyalen. Dieser Begriff wäre nicht nur weniger normativ aufgeladen, sondern würde beim Gebrauch auch die Frage aufwerfen, warum es denn jemand für notwendig erachtete, gegenüber einem Regime wie der Sowjetunion oder auch gegenüber anderen sozialistischen Staaten so lange so loyal zu sein. Was Kaldor selbst über die Loyalität dachte, die er dem Staatssozialismus gegenüber bis zu seinem Tod an den Tag legte, wissen wir nicht. Wie gesehen, hat er darüber anders als Joë Nordmann nicht öffentlich gesprochen. Anzunehmen ist, dass die Basis dafür, wie bei anderen Kommunistinnen und Kommunisten seines Alters auch, im antifaschistischen Kampf der Zwischen- und Weltkriegszeit gelegt wurde, den man schließlich geführt hatte, um nach dem Sieg über Hitler auch außerhalb der UdSSR den Sozialismus aufzubauen. Der Staatssozialismus blieb so integraler Bestandteil ihres politischen Lebensentwurfs. Bei Kaldor kam hinzu, dass er bis zuletzt ganz in der kommunistischen Bewegung verhaftet blieb. Während Nordmann mit der Zeit ins großbürgerliche Milieu der Hauptstadt abrutschte, wo man über den alten Stalinverstehrer, den »vieux stalinien«, lächelte oder die Nase rümpfte, blieb Kaldor in der *Banlieue* vor allem mit Leuten umgeben, die ganz ähnlich dachten

163 Vgl. zum einen das Kapitel »Outcasts«, in: Catherine Epstein, *The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century*, Cambridge/London 2003, S. 16–43, sowie das Kapitel »Kriminalisierung«, in: Josef Foscchepoth, *Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg*, Göttingen 2017, S. 83–105.

164 Vgl. hierzu Jaeger, *Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«*, S. 39–66.

wie er.<sup>165</sup> Mitglied der Kommunistischen Partei sind freilich beide geblieben, Kaldor und Nordmann. Die hier präsentierte kleine Geschichte des Solidarismus dieser Partei und ihrer Vorfeldorganisationen sowie deren Demokratisierung unter den Bedingungen einer mit den Jahren kommunistisierten französischen Demokratie stellen in Zweifel, dass Attribute wie »stalinistisch«, »totalitär« oder »extremistisch« diese und andere Westkommunisten treffend beschreiben.

---

165 Annette Lévy-Willard, Portrait: Joë Nordmann, in: Libération, 27.5.1996.





STEFAN WANNENWETSCH

## Unsolidarische Solidarität?

Sprach- und Organisationspolitik im DGB 1945–1990

Wenn Solidarität das »oberste Gebot gewerkschaftlicher Arbeit«<sup>1</sup> ist, wie der damalige IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer 1978 feststellte, erscheint es aussichtsreich, die Geschichte der Gewerkschaften unter dem Aspekt der Solidarität zu analysieren. Ein solcher Ansatz läuft jedoch Gefahr, entweder in eine Heldengeschichte zu verfallen oder die historischen Akteurinnen und Akteure der Scheinheiligkeit zu bezichtigen. Die Gefahr liegt in der vermeintlich eindeutigen normativen Qualität von Solidarität begründet, denn sie wird ebenso wie Gerechtigkeit oder Friede für gewöhnlich ganz und gar positiv bewertet.<sup>2</sup> Bisweilen dient der Solidaritätsbegriff auch in der historischen Forschung freilich eher als ein titelgebendes Schlagwort<sup>3</sup>, das wenig zur Analyse des Gegenstands beiträgt. Epistemologisch lässt sich der Grund für diese analytische Belanglosigkeit des Solidaritätsbegriffs darauf zurückführen, dass er auf einer zu basalen Ebene angesiedelt wird. Iring Fetscher behauptete etwa: »Solidarität war entwicklungsgeschichtlich schon immer ein Mittel zum Überleben von Arten.«<sup>4</sup> Politisch und philosophisch mögen solche Universalaussagen gerechtfertigt sein, doch für die Verwendung von Solidarität als Analysebegriff sind sie kaum hilfreich. Wie also könnte der Solidaritätsbegriff kritisch gewendet werden?

### I. Solidarität als kritischer Analysebegriff

Skeptisch gegenüber einem solchen Unterfangen zeigte sich Frank Bösch, der aufgrund des »normative[n] Überschuss[es] des Begriffs ›Solidarität‹« diesen eher als »Quellenbegriff« denn als »eine analytische Kategorie« auffasste.<sup>5</sup> Der Schlüssel zur Verwandlung des Quellen- in einen Analysebegriff liegt folglich darin, den »normativen Überschuss« einzuhegen. Die Literatur liefert zahlreiche Hinweise, wie dies gelingen könnte. Eine Möglichkeit besteht darin, die Reichweite von Solidarität durch eine analytische Ausdifferenzierung zu beschränken. Statt der einen Solidarität wären viele partikuläre Solidaritäten zu identifizieren, die sich nach Funktion, Situation oder Be-

1 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 11. Ordentlicher Bundeskongress Hamburg 21.–26. Mai 1978, o. O. 1978, S. 142.

2 Mit grundlegender Kritik dagegen: Nicholas Capaldi, Was stimmt nicht mit der Solidarität?, in: Kurt Bayertz (Hrsg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 86–110.

3 Jüngst: Willy Buschak (Hrsg.), *Solidarität im Wandel der Zeiten. 150 Jahre Gewerkschaften*, Essen 2016. Vgl. dagegen Irene von Reitzenstein, *Solidarität und Gleichheit. Ordnungsvorstellungen im deutschen Gewerkschaftsdenken nach 1945*, Berlin 1961.

4 Iring Fetscher, Für eine bessere Gesellschaft. Studien zu Sozialismus und Sozialdemokratie, hrsg. v. Clemens K. Stepina/Josef Rhemann/Wolfgang Greisenegger, Wien 2007, S. 208.

5 Frank Bösch, Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken, in: ders./Caroline Moine/Stefanie Senger (Hrsg.), *Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR*, Göttingen 2018, S. 7–34, hier: S. 10.

zugsgruppen unterschieden. Das kritische Potenzial läge dann in der Konfrontation verschiedener Solidaritäten, um sie entsprechend ihrer jeweiligen Angemessenheit zu bewerten.<sup>6</sup> Gleichwohl blieben die grundsätzlich positive Beurteilung und damit der »normative Überschuss« des Solidaritätsbegriffs hierbei intakt.

Um dieses Problem anzugehen, bietet sich die Suche nach Ambivalenzen im Solidaritätsbegriff als Ausgangspunkt an. Kurt Bayertz verortete eine solche Ambivalenz im Bereich der Intentionen solidarischen Verhaltens. Diese müssen nicht rein altruistisch sein, sondern es können auch Eigeninteressen eine Rolle spielen.<sup>7</sup> Je stärker man die Zeitdimension von Solidarität gewichtet, je weniger man also Solidarität als eine rein situative Praktik begreift, desto stärker tritt die Bedeutung von Eigeninteressen hervor. Hans Zacher demonstrierte am Beispiel der Krankenversicherung, dass sie nur deshalb solidarisch organisiert werden kann, weil die Rollen von Kranken und Gesunden (und damit von Gebenden und Empfangenden von Solidarität) in der Regel nicht dauerhaft auf dieselben Personen verteilt sind, sondern ständig wechseln.<sup>8</sup> Dieses Argument lenkt den Blick auf einen anderen Aspekt von Solidarität: Unabhängig davon, ob solidarische Handlungen altruistisch oder egoistisch motiviert sind, zielt ihre Wirkung auf eine Transformation von Akteuren und/oder Strukturen.<sup>9</sup> Daraus folgt: »Solidarität ist also immer auch eine Machtressource im gesellschaftlichen Kampf«.<sup>10</sup> Dieser Machtaspekt wird häufig auf die Dichotomie von Inklusion und Exklusion verengt.<sup>11</sup> Auch in diesem Fall bleibt die grundsätzlich positive Bezugnahme auf Solidarität – Inklusion als Genuss von Solidarität ist gut, Exklusion als Verweigerung von Solidarität schlecht – jedoch bestehen. Daher kann der Machtaspekt nicht nur auf das Verhältnis von Empfangenden und Nichtbegünstigten solidarischer Handlungen bezogen werden, sondern er muss auch hinsichtlich des Verhältnisses von Solidaritätsgebenden und Solidaritätsnehmenden reflektiert werden.

Im nächsten Schritt ist daher zu fragen, wie sich die Beziehung zwischen diesen beiden Parteien gestaltet, wie diese aufeinander einwirken und auf welche Weise heteronome Elemente zum Tragen kommen. Ein Hinweis findet sich bei Heinz Bude. Er schlug mit Blick auf die Ursprünge des Solidaritätsbegriffs im Römischen Recht vor, Solidarität »aus der Akzeptanz einer Schuld« herzuleiten.<sup>12</sup> Verallgemeinernd ließe

6 Vgl. Helmut Thome, *Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung*, in: Bayertz, *Solidarität*, S. 217–262, hier: S. 228–231.

7 Kurt Bayertz, *Begriff und Problem der Solidarität*, in: ders., *Solidarität*, S. 11–53, hier: S. 42.

8 Vgl. Hans F. Zacher, *Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 1: *Grundlagen der Sozialpolitik*, Baden-Baden 2001, S. 333–684, hier: S. 382 (Hervorhebung gelöscht).

9 Vgl. David Featherstone, *Solidarity. Hidden Histories and Geographies of Internationalism*, London/New York 2012, S. 15.

10 Herfried Münkler, *Enzyklopädie der Ideen der Zukunft: Solidarität*, in: Jens Beckert/Julia Eckert/Martin Kohli u. a. (Hrsg.), *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Frankfurt am Main/New York 2004, S. 15–28, hier: S. 21.

11 Schon Émile Durkheim hatte »Solidarität« mit dem Integrationsproblem verknüpft. Vgl. Andreas Göbel/Eckart Pankoke, *Grenzen der Solidarität. Solidaritätsformeln und Solidaritätsformen im Wandel*, in: Bayertz, *Solidarität*, S. 463–494, hier: S. 463.

12 Heinz Bude, *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee*, München 2019, S. 25. Der Reiz dieses Ansatzes liegt im sparsamen Umgang mit Vorannahmen und Setzungen. Dagegen umfasst Andreas

sich demnach von einem Verantwortungsgefühl sprechen, durch das sich jemand einem anderen Akteur oder gegenüber einer Sache verpflichtet. Der Vorteil des Schuld-begriffs liegt freilich darin, dass er nicht nur die Ergründung der Motivation des Solidari-tätsgebers erlaubt, sondern sich zugleich auf den Empfänger beziehen lässt. Wie Helmut Thome zeigte, bindet jede Gabe den Begünstigten, indem sie ihn zu einer Ge-gengabe verpflichtet, diese Verpflichtung zumindest aber als mögliche Erwartung in den Raum stellt. Diese Erwartung betrifft zudem nicht nur den konkret Begünstigten, sondern auch die Gruppe, deren Angehöriger er ist.<sup>13</sup> Unabhängig von der Intention wirkt Solidarität folglich strukturierend auf die Identität des Empfängers von Solidari-tät ein, insofern als sie dessen Wahrnehmung, Verhalten und Handlungsoptionen modifiziert.<sup>14</sup> Die Stärke dieser Wirkung dürfte sich empirisch in einem breiten Spek-trum bewegen. Denn auf der einen Seite kann der avisierte Empfänger Solidarität zu-rückweisen, entweder, indem er ihre Annahme verweigert, oder indem er die Solidari-tätsgabe gar nicht als Akt der Solidarität erkennt.<sup>15</sup> Auf der anderen Seite kann der Empfänger vollumfänglich auf das Identitätsangebot eingehen. Gerade die Geschichte der Arbeiterbewegung bietet hier viele Beispiele: In Solidaritätsstreiks mochten etwa Gießler für Schmiede Partei ergreifen, weil sie in ihnen – wie in sich selbst – »Arbeiter« erkannten. Diesen Aspekt, zwischen Fremden Verbindendes schaffen zu können, er-hob ein Team um den Soziologen Jens Beckert gar zur notwendigen Bedingung inter-nationaler Solidarität, da sie ohne »kulturelle und institutionelle Homogenisierung« von Empfangenden und Gebenden nicht möglich sei.<sup>16</sup> Diese Feststellung verweist wie-derum auf die Möglichkeit von Rückkoppelungseffekten. Denn auch Gebende kön-nen sich Identitätselemente der Empfangenden aneignen. Andreas Göbel und Eckart Pankoke betonten eben dieses Moment der Interaktivität, verstanden als »Prozeß der wechselseitigen Spiegelung, Beobachtung und Beeinflussung von Gebern und Neh-mern«, und prägten hierfür den Begriff der »Solidaritäts-Partnerschaft«.<sup>17</sup> Somit rückt Solidarität als ein relativ offener, auf Vereinheitlichung hin angelegter Aushandlungs-prozess in den Blick. Exklusion von Solidaritätsgaben kann somit nicht länger als rein negativ aufgefasst und dem ausschließlichen Ermessensspielraum der Solidaritätsge-benden zugewiesen werden. Vielmehr wird Exklusion zu einer analytisch legitimen Option, zumal sie auch von den avisierten Adressatinnen und Adressaten von Solida-rität erkämpft werden kann.

Auf dieser Grundlage, welche primär auf den Effekt solidarischen Handelns abhebt, möchte ich folgende Definition von Solidarität als Analysebegriff vorschlagen: Solida-rität ist ein Konvergenzkatalysator, wobei das Ziel der Konvergenz normativ begrün-det ist und nur umgesetzt werden kann, wenn zugunsten des Empfängers materielle

---

Wildts Solidaritätsdefinition neun Unterpunkte. Vgl. Andreas Wildt, *Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute*, in: Bayertz, *Solidarität*, S. 202–216, hier: S. 212f.

13 Vgl. Thome, *Soziologie und Solidarität*, S. 250, 252 und 254.

14 Vgl. Kübra Gümüsay, *Sprache und Sein*, München 2020, S. 79f.

15 So wiesen etwa streikende westdeutsche Metallarbeiter 1956/57 die Solidaritätsadressen des FDGB zurück. Vgl. Sebastian Lehmann, *Der Metallstreik 1956/57 in Karikaturen*, in: *Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein* 19, 2008, S. 171–189, hier: S. 187.

16 Jens Beckert/Julia Eckert/Martin Kohli u. a., *Einleitung*, in: *dies.*, *Transnationale Solidarität*, S. 9–14, hier: S. 13.

17 Vgl. Göbel/Pankoke, *Grenzen der Solidarität*, S. 478 (Hervorhebung gelöscht).

und/oder symbolische Ressourcen aufgewendet werden. Solidarität übt in der Regel, wer sich näher am Konvergenzziel verortet, und als Empfänger oder Empfängerin von Solidarität kommt in Betracht, wer über Potenzial verfügt, das Erreichen des Konvergenzziels zu befördern.<sup>18</sup> Sobald der erste Schritt hin zum Konvergenzziel vollzogen ist, wirkt Solidarität zusätzlich als Konvergenzstabilisator, um den stets möglichen Divergenztendenzen vorzubeugen.

Ich möchte kurz einige Vorteile, Grenzen und forschungspragmatische Konsequenzen herausstellen, die aus dieser Definition folgen. Zunächst ermöglicht die sperrige Begriffsbildung eine Distanzierung vom »normativen Überschuss« des Begriffs.<sup>19</sup> Konzeptionell schlägt sich dies darin nieder, dass die Normativität auf die Begründung des Konvergenzziels beschränkt wird, wodurch sie ausschließlich auf der Ebene des analysierten Gegenstands beziehungsweise der analysierten Akteurinnen und Akteure angesiedelt ist. Und weil die von ihnen vertretenen Normen grundsätzlich kritisierbar sind, wird der »normative Überschuss« analytisch kontrollierbar. Empirisch erfährt der Solidaritätsbegriff dadurch eine Erweiterung, da er selbst Praktiken wie etwa völkische Konvergenzbestrebungen, die womöglich nicht einmal von den Handelnden selbst als solidarisch begriffen wurden<sup>20</sup>, mit einschließt, sofern sie normativ begründet sind. Politisch und ethisch wirft dies Fragen auf, rein analytisch aber nicht. Und sieht man von diesem Extremfall ab, liegt ein weiterer Vorteil der Definition gerade darin, dass die Integrität des Solidaritätsbegriffs gewahrt bleibt. Aufgrund des Konvergenzkonzepts muss beispielsweise nicht kategorisch zwischen einer »[k]ooperative[n]« und einer »altruistische[n] Solidarität«<sup>21</sup> unterschieden werden. Statt die Intentionen der Solidaritätsgebenden zu bewerten, fokussiert die vorgeschlagene Definition auf den Bewegungsaspekt von Solidarität, mit dem ein – im habermasschen Sinne – kolonisierendes Moment einhergeht.<sup>22</sup> Hier liegt sicher die größte Akzentverschiebung zu anderen geläufigen Solidaritätsdefinitionen, die im Anschluss an die

18 Demgegenüber ließe sich Barmherzigkeit als Differenzstabilisator verstehen, da sie auf keine Veränderung der Beziehung zwischen Geberin/Geber und Nehmerin/Nehmer zielt. Gerechtigkeit wiederum fungiert als Komplementaritätsgenerator, da es ihr darum geht, Ansprüche und Pflichten zwischen Individuen so zu vermitteln, dass ein friktionsfreies Zusammenleben möglich ist. Solidarität tendiert demnach zur Schaffung einer spezifischen Gerechtigkeit, denn Konvergenz wirkt in ihrer Ordnungsfunktion äquivalent zur Komplementarität. Von Kooperation ist zu sprechen, wenn Handeln rein interessengeleitet ist, keine normative Begründung aufweist und ohne Anspruch auf die Regelung des Ganzen auskommt.

19 Vgl. Ernst Müller/Falko Schmieder, Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium, Berlin 2016, S. 345.

20 Prinzipiell ermöglichte das Einfordern von »Opfern« auch nationalsozialistischen Akteuren eine affirmative Bezugnahme auf den Solidaritätsbegriff. Vgl. Benjamin Herzog, Am Scheitelpunkt des sacrificiums: Politische Opferlogiken und Opfersemantiken in Deutschland in der Zeit der Weltkriege, in: MGZ 78, 2019, S. 19–54, hier: S. 42.

21 Vgl. Eckart Voland, Die Natur der Solidarität, in: Bayertz, Solidarität, S. 297–318, hier: S. 298. Dies wird durch eine Verengung des Solidaritätsbegriffes erleichtert, die mit der vorgeschlagenen Definition einhergeht und sich an die Feststellung von Bayertz anlehnt: »[W]enn aber zur ›Solidarität‹ mit Erdbenenopfern oder mit Hungernden aufgerufen wird, so verschwimmt jegliche Differenz zwischen ›Solidarität‹ und ›Wohltätigkeit‹.« Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, S. 49.

22 Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt am Main 1981, S. 293.

Arbeiten von Émile Durkheim Solidarität als vereinigendes Band weiterhin bestehender und unaufhebbarer Differenzen zwischen Gebenden und Adressaten von Solidarität auffassen.<sup>23</sup> Betrachtet man solche Ansätze aber vom Standpunkt der hier vorgeschlagenen Definition, wird deutlich, dass sie lediglich das Ausmaß von Konvergenz empirisch sehr gering veranschlagen. Dies ist ein wichtiger Hinweis: Solidarität muss nicht auf eine vollständige Identitätstransformation abzielen, sondern kann ebenso auf einen einzigen Aspekt beschränkt bleiben. Solidarität changiert folglich zwischen Individualismus und Kollektivismus, denn auch eher vom Individualismus ausgehende Solidaritätskonzepte kommen nicht völlig ohne Konvergenz aus.<sup>24</sup> Sie sind folglich an das hier entwickelte Konzept anschlussfähig. Wird Solidarität aber als Konvergenzkatalysator verstanden, treten tendenziell jene dem kollektivistischen Pol näherstehende Bedeutungsschichten stärker hervor, welche in der Literatur zumeist Varianten des Solidaritätsbegriffs zugeschrieben werden, allen voran jenem der Arbeiterbewegung: »Solidarität« war in der Arbeiterbewegung stets ein Begriff, der ein kämpferisches Gruppenbewußtsein artikulierte und zugleich eine entsprechende Form von sozialen Beziehungen für alle antizipierte.«<sup>25</sup>

Für die Operationalisierung der Forschung hat die hier vorgeschlagene Definition eine weitere Konsequenz: Mit dem im Konvergenzbegriff thematisierten Machtaspekt und den Identitätskonstruktionen rücken Sprachpraktiken<sup>26</sup> samt deren institutionellem Niederschlag in den Vordergrund: Wer erklärt sich mit wem solidarisch, und wer hat überhaupt die Möglichkeit, Solidarität zu erklären oder zu reklamieren? Das heißt: Wer kann das Konvergenzziel und dessen normative Begründung bestimmen? Sind diejenigen, die das Konvergenzziel festlegen, identisch mit denjenigen, die die daraus folgenden Konvergenzkosten zu tragen haben? Ist es allen Solidaritätsgebenden möglich, sich zu artikulieren? Und wie positionieren sich die Adressatinnen und Adressaten von Solidarität? Können auch sie »sprechen«?<sup>27</sup>

Im Folgenden sollen diese konzeptionellen Überlegungen auf das Beispiel der Sprach- und Organisationspolitik des DGB zwischen 1945 und 1990 angewendet werden. Zunächst wird das um die Begriffe »Arbeiter«, »Angestellter« und »Arbeitnehmer« konstruierte Sprachregime daraufhin untersucht, ob es die definierten Solidaritätskriterien formal erfüllt. Sodann kommen die sprach- und organisationspolitischen Modifikationen der gewerkschaftlichen Solidaritätspraxis in den Blick. Hier zeigte sich rasch eine Unwucht zulasten der Arbeiter und Arbeiterinnen. Fälle unsolidarischer Solidarität führten in den 1970er-Jahren zwar zu organisationspolitischen Anpassungen und damit zu einer Stabilisierung des auf den Arbeitnehmerbegriff ausge-

23 Vgl. Göbel/Pankoke, Grenzen der Solidarität, S. 486.

24 Schon Auguste Comte verband die Vorstellung von Solidarität mit dem Bild einer »regelmäßige[n] und fortgesetzte[n] Konvergenz einer unzähligen Menge von Individuen«, die »unaufhörlich geneigt sind, durch eine Unzahl verschiedener Mittel zu ein und derselben allgemeinen Entwicklung beizutragen«. Auguste Comte, Soziologie, Bd. 1: Der dogmatische Teil der Sozialphilosophie, Jena 1923 (zuerst frz. 1838), S. 427f.

25 Wildt, Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute, S. 207.

26 Zur Bedeutung der Semantik vgl. etwa Göbel/Pankoke, Grenzen der Solidarität, S. 491.

27 Vgl. Thome, Soziologie und Solidarität, S. 240, sowie Gayatri Chakravorty Spivak, Can the Subaltern Speak?, in: Cary Nelson/Lawrence Grossberg (Hrsg.), Marxism and the Interpretation of Culture, Chicago 1988, S. 271–313.

richteten Solidaritätsprojekts, doch spätestens ab Mitte der 1980er-Jahre zeichnete sich dessen Ende, zumindest aber dessen grundlegende Modifikation ab.<sup>28</sup>

## II. Das Sprachregime des DGB

Die Gründung des DGB im Jahr 1949 stellte organisatorisch ein Novum für die freie Gewerkschaftsbewegung dar, die gleich in mehrfacher Hinsicht unter dem Vorzeichen der Vereinheitlichung stand. Hatten in der Weimarer Republik noch über 200 gewerkschaftliche Verbände miteinander konkurriert<sup>29</sup>, schlossen sich die meisten gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten nun einer der 16 Mitgliedsgewerkschaften des DGB an. Diese erhoben den Anspruch, parteipolitisch unabhängig zu sein, und ersetzten das Prinzip der Richtungs- durch das der Einheitsgewerkschaft. Darüber hinaus führte das Industrieverbandsprinzip Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte in bedeutender Zahl in einer gemeinsamen Organisation zusammen. Hierfür hatte ausgerechnet die »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) im »Dritten Reich« Schrittmacherdienste geleistet.<sup>30</sup> Im Vergleich zu ihren Vorgängerorganisationen in der Weimarer Republik wiesen der DGB und seine Gewerkschaften daher ein höheres Maß an Heterogenität hinsichtlich ihrer Mitglieder auf. Diese Heterogenität musste moderiert werden, denn das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten war historisch keinesfalls unbelastet. Gerade die Angestellten hatten sich um symbolische und rechtliche Abgrenzungen von den Arbeitern und Arbeiterinnen bemüht. Das Angestelltenversicherungsgesetz von 1911 wirkte als Fanal für den Eigenständigkeitsanspruch der Angestellten, und die rechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten wurden später noch vertieft. Auch die Nationalsozialisten änderten daran wenig. Aber sie bewirkten mit ihrem auf diese beiden Statusgruppen bezogenen Gleichheitspostulat, so Michael Prinz, dass die Differenzierungen zwischen Arbeitern und Angestellten zumindest problematisiert wurden.<sup>31</sup>

Der DGB versuchte schon frühzeitig, diesen historischen Ballast mit sprachlichen Mitteln zu bearbeiten, ohne dadurch die für ihn nützlichen Bestandteile des Erbes zu gefährden. Hierfür bot sich aus mehreren Gründen der Arbeitnehmerbegriff an. Zum einen konnte er im gesellschaftspolitischen Kontext beinahe noch als Neologismus gelten, da sich seine vorherige Verwendung hauptsächlich auf den Rechtsbereich beschränkt hatte, aus dem er sich wortgeschichtlich entwickelt hatte.<sup>32</sup> Auf der Wortebene vermochten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter damit den Bruch

28 Eine Begriffsgeschichte des Quellenbegriffs »Solidarität« wird dagegen weder angestrebt noch geleistet, auch wenn dies eine interessante Ergänzung zum hier verfolgten Ansatz darstellen würde.

29 Vgl. Eberhard Fehrmann/Ulrike Metzner, *Angestellte und Gewerkschaften. Ein historischer Abriss*, Köln 1981, S. 94.

30 Vgl. Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, S. 171f.

31 Vgl. Michael Prinz, *Die Arbeiterbewegung und das Modell der Angestelltenversicherung. Zu einigen Bedingungen für die besondere Bürgerlichkeit des Wohlfahrtsstaates in der Bundesrepublik*, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S. 435–460.

32 Vgl. Roland Karassek, »Arbeitnehmer« und »Arbeitgeber« – eine begriffsgeschichtliche Spurensuche, in: *Arbeit – Bewegung – Geschichte* 16, 2017, H. 2, S. 106–127.



mit der Vergangenheit, der dem historischen Neubeginn vorausgehen musste, problemlos zu vollziehen. Inhaltlich ließ sich der Arbeitnehmerbegriff andererseits an die Volksgemeinschaftssemantik des ›Dritten Reichs‹ koppeln, zumal diese ebenfalls zentral um die Kategorie »Arbeit« herum angelegt war.<sup>33</sup> Diese begriffliche Anschlussfähigkeit eröffnete die Möglichkeit, die überkommene kollektive Mobilisierungsbereitschaft für die gewerkschaftlichen Ziele zu erschließen. Dass die Nationalsozialisten den Arbeitnehmerbegriff zudem aufgrund seines angeblichen »Anklangs an die marxistische Klassenkampffideologie«<sup>34</sup> abgelehnt hatten, steigerte seinen politischen Wert nun noch mehr, auch wenn er den »Veteranen der alten Arbeiterbewegung« als »kränkende Bezeichnung« erscheinen mochte.<sup>35</sup> Dies verweist auf den symbolischen Bruch mit der Tradition der Arbeiterbewegung, den die Gewerkschaften mit der angestrebten Transformation zu einer Bewegung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in Kauf nehmen mussten. Gleichwohl konnte der DGB nicht auf diese Tradition mit ihrem reichen kulturellen Kapital verzichten. Daher waren Übersetzungsprozesse zwischen »Arbeiter« und »Arbeitnehmer« unumgänglich.

Als Sammelbegriff für die drei Statusgruppen »Arbeiter«, »Angestellte« und »Beamte« hätten sich zwar auch andere Begriffe wie »Beschäftigte« oder »Mitarbeiter« angeboten<sup>36</sup>, doch mangelte es diesen an der rechtlichen Qualität von »Arbeitnehmer«. Nun zahlte sich die Vorarbeit aus, die sozialdemokratische Arbeitsrechtler wie Otto Kahn-Freund vor 1933 geleistet hatten. Obwohl es sich beim Arbeitnehmerbegriff ursprünglich um einen obrigkeitstaatlichen Rechtsbegriff gehandelt hatte, machte ihn Kahn-Freund für die Belange der Gewerkschaften nutzbar, indem er ihn kollektivistisch auslegte.<sup>37</sup> In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sollte sich der Arbeitnehmerbegriff dann als ein wichtiger Bezugspunkt für die Entwicklung der »Sozialbür-

33 Vgl. Michael Wildt, »Arbeit macht frei«. Zugehörigkeit, Ausgrenzung, Vernichtung durch Arbeit im Nationalsozialismus, in: ders., *Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte*, Berlin 2019, S. 199–222, hier: S. 208–211.

34 O. V., *Arbeitnehmer*, in: *Der Große Brockhaus*, Bd. 1, 15. Aufl., 2., völlig Neubearb. Ausg., Leipzig 1939, S. 606.

35 Gerhard Beier, *Volksstaat und Sozialstaat. Der Gründungskongress des DGB in München 1949 und Hans Böcklers Beitrag zur Stellung der Gewerkschaften in Gesellschaft und Staat*, in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.), *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler*, Köln 1975, S. 359–397, hier: S. 360.

36 »Mitarbeiter« sollte später im »Harzburger Modell« Verwendung finden. Dieses betriebliche »Führungsmodell« sollte dabei »ein Gegengewicht gegen die gewerkschaftliche Mitbestimmung bilden«. Adelheid von Saldern, *Das »Harzburger Modell«. Ein Ordnungssystem für bundesrepublikanische Unternehmen, 1960–1975*, in: Thomas Etzemüller (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009, S. 303–329, hier: S. 322.

37 Die »kollektivistische Rechtsideologie« lief unmittelbar auf eine Vergrößerung des gewerkschaftlichen Handlungsspielraums hinaus: »Die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer sollen nicht mehr in erster Linie bestimmt werden durch ihren Anteil an der politischen Macht oder durch das Maß der Rücksichtnahme des Staates auf die Arbeitnehmerschaft, sondern durch ihre gesellschaftliche, d. h. organisatorische Stärke. Der Staat erkennt das jeweilige Ergebnis der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zwischen der kollektiv organisierten Arbeitnehmerschaft und der kollektiv organisierten Arbeitgeberschaft als Recht an und stellt seine Machtmittel zur Durchsetzung des so erzeugten Rechts zur Verfügung.« Otto Kahn-Freund, *Der Funktionswandel des Arbeitsrechts*, in: *Arbeitsrecht und Politik. Quellentexte 1918–1933*, hrsg. v. Thilo Ramm, Neuwied/Berlin 1966, S. 211–246, hier: S. 218.

gerschaft« erweisen.<sup>38</sup> Auf dem Feld des Rechts konfligierte der Arbeitnehmerbegriff jedoch mit dem des Angestellten, der ausgehend vom Rentenversicherungsrecht »während der zwanziger Jahre in das gesamte übrige Arbeits- und Sozialrecht« vorgeordnet war.<sup>39</sup> Folglich waren der gewerkschaftlichen Verfügung über den Arbeitnehmerbegriff zumindest im Bereich des Rechts Grenzen gesetzt.

Wie ist die sprachpolitische Grundsatzentscheidung des DGB für den Arbeitnehmerbegriff mit Blick auf die Solidaritätsfrage zu bewerten? Mit »Arbeitnehmer« als Oberbegriff, der »Arbeiter«, »Angestellte« und »Beamte« subsumierte, waren die damit bezeichneten Statusgruppen in ein Beziehungsverhältnis zueinander gesetzt und zugleich potenziell auf ein einheitliches Moment hin bezogen. Diese Konstellation entsprang freilich nicht den Begriffen selbst, sondern strukturierend wirkte hier das Industrieverbandsprinzip, dessen zentrales Postulat darin bestand, die Ähnlichkeiten, welche Arbeiter, Angestellte und Beamte ein und derselben Branche teilten, deutlich höher zu gewichten als die Unterschiede, welche aus den verschiedenen Berufen, Tätigkeiten oder der individuellen Sozialisation erwuchsen.<sup>40</sup> Nicht festgelegt war in der Begriffskonstellation jedoch, ob der Arbeitnehmerbegriff lediglich die schon existierenden Gemeinsamkeiten der Statusgruppen beschreiben sollte oder ob er als das Konvergenzziel gesetzt war, in dem die jeweils herausragenden Qualitäten einer Statusgruppe als zu verwirklichende Norm für die beiden anderen Statusgruppen dienten.<sup>41</sup> Letzteres stellt gleichsam die notwendige Bedingung dar, die das gewerkschaftliche Sprachregime erfüllen muss, um gemäß der vorgeschlagenen Definition prinzipiell als solidarisch zu gelten.<sup>42</sup> Die Überführung von »Arbeitern« und »Angestellten« in »Arbeitnehmer« erforderte dann je spezifische Konvergenzleistungen in Form des Abbaus gruppenbezogener Defizite. Tatsächlich lassen sich solche Defizite leicht ausmachen, und sie wurden vom DGB auch frühzeitig als Missstände benannt. Arbeiterinnen und Arbeiter waren etwa nach 1945 sozial- und arbeitsrechtlich oft benachteiligt<sup>43</sup> und erfuhren auch weniger gesellschaftliches Prestige als Angestellte.<sup>44</sup> Angestellte zeigten dagegen eine deutlich geringere gewerkschaftliche Organisations- wie auch Streikbereitschaft und galten der Gewerkschaftsspitze als politisch unzuverlässig.

38 Vgl. Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019, S. 205–207 und 243–246.

39 Prinz, *Die Arbeiterbewegung und das Modell der Angestelltenversicherung*, S. 446.

40 Vgl. Hans-Peter Müller, *Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB. Geschichte der DAG 1947–2001*, Baden-Baden 2011, S. 874.

41 Die Statusgruppe der Beamten klammere ich im Folgenden aus.

42 Vgl. dagegen Reitzenstein, *Solidarität und Gleichheit*, S. 102f.: »Der solidarische Aspekt faßt die Arbeitnehmer primär sowohl in ihrer herrschaftslosen Gleichheitsbeziehung zueinander, als auch im Mangel ihrer Klassenlage, nicht aber in der Verschiedenheit ihres Gruppen- oder Einzeldaseins in besonderen Arbeitsverhältnissen.«

43 Arbeiterinnen und Arbeiter waren etwa bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und den Kündigungsfristen schlechtergestellt. Die Rentensteigerungsformel begünstigte jedoch Arbeiterinnen und Arbeiter mit langer Beschäftigungsdauer gegenüber Angestellten. Vgl. Wolfgang Hromadka, *Von den Protoangestellten zur Angestelltengesellschaft*, in: VSWG 102, 2015, S. 5–29, hier: S. 21f., sowie Winfried Schmähl, *Altersicherungspolitik in Deutschland. Vorgeschichte und Entwicklung von 1945 bis 1998*, Tübingen 2018, S. 140.

44 Vgl. Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 345.

sig. Diese angestelltenspezifischen Konvergenzdefizite wurden im gewerkschaftlichen Diskurs unter dem Schlagwort der »Angestelltenmentalität« verhandelt.<sup>45</sup>

Hinreichend ist die Feststellung einer Konvergenzbeziehung laut der vorgeschlagenen Definition nicht; sie bedarf vielmehr der normativen Begründung, um als solidarisch verstanden zu werden. Normativ fundiert war der Arbeitnehmerbegriff zumindest in zweierlei Hinsicht. Zum einen wohnt im vorliegenden Fall schon dem Machtinteresse der Organisation, möglichst viele Beschäftigte als Mitglieder zu gewinnen, eine normative Qualität inne, da die Gewerkschaftsmacht im Selbstverständnis der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nur ein Mittel war, die Lebensqualität der Beschäftigten zu verbessern. Zum anderen war der Arbeitnehmerbegriff doppelt auf Demokratie als gesellschaftspolitische Norm hin ausgerichtet. So sollte den Angestellten ein »Arbeitnehmerbewusstsein« vermittelt werden, um diese dadurch dauerhaft gegen faschistische Vorstellungen zu immunisieren. Zudem sollte der Arbeitnehmerbegriff der Errichtung einer »Wirtschaftsdemokratie« dienen, um die parlamentarische Demokratie zu vervollständigen. Denn die Mitbestimmung der Beschäftigten sollte nicht mehr von deren individuellem Verhandlungsgeschick und Verhältnis zu den Vorgesetzten abhängen, sondern als Arbeitnehmerrecht verbrieft und einklagbar sein.<sup>46</sup>

### III. Frühe Weichenstellungen

Schon in der frühen Nachkriegszeit wurden sprach- und organisationspolitisch wichtige Weichen dauerhaft gestellt, obwohl diese Periode in nahezu allen Belangen eine Ausnahmesituation darstellte. Die damalige Notsituation schwächte viele Konvergenzdefizite der Arbeiterinnen und Arbeiter ab, da sie während des Wiederaufbaus im Gegensatz zu den Angestellten über relativ sichere Arbeitsplätze und relativ gute Einkommen verfügten. Mit Blick auf das gesellschaftliche Prestige wirkte noch die nationalsozialistische Propaganda des »Arbeiters der Faust« nach<sup>47</sup>, zumal der Wert von Bergleuten und Stahlarbeitern für die Behebung der Kriegsschäden für alle offensichtlich war. Auch sozialversicherungsrechtlich lagen die Mauern zwischen Arbeitern und Angestellten nach 1945 am Boden. Denn die in Berlin ansässige Reichsversicherungsanstalt für Angestellte war als Folge des Kriegs nicht mehr funktionsfähig, sodass die

45 Vgl. Wilke Thomssen, »Die Konstitution des Klassenbewußtseins«. Vom Altern eines wissenschaftlichen Anspruchs, in: Gert Schmidt/Hans-Joachim Braczyk/Jost von dem Knesebeck (Hrsg.), Materialien zur Industriesoziologie, Opladen 1982, S. 313–328, hier: S. 315.

46 Noch 1954 betonte Wilhelm Pawlik, Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die »politische Gefahr, denn es seien immer wieder die Angestellten, die sehr leicht den rechtsradikalen Gruppen nachlaufen«. Dokument 71, 1.6.1954, Sitzung des Bundesvorstandes, in: Josef Kaiser (Bearb.), Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 11: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949 bis 1956, Bonn 1996, S. 559–585, hier: S. 580. Vgl. zudem Andrei S. Markovits, The Politics of the West German Trade Unions. Strategies of Class Interest Representation in Growth and Crisis, Cambridge/London etc. 1986, S. 72–83, sowie Thomas Haipeter/Tabea Bromberg/Christine Slomka, Angestellte als Machtquelle. Neue Initiativen der Interessenvertretung von Industrieangestellten im Betrieb, Wiesbaden 2017, S. 4.

47 Vgl. Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 489.

für die Arbeiterrenten zuständigen Landesversicherungsanstalten deren Aufgaben übernehmen mussten. Die Stadt Berlin war noch einen Schritt weiter gegangen und hatte mit der »Versicherungsanstalt Berlin« eine Einheitsinstitution für Arbeiter und Angestellte geschaffen.<sup>48</sup>

Dieser Kontext wirkte sich dreifach auf die Solidaritätspolitik des DGB aus: Da viele Konvergenzziele bereits erreicht schienen, konnte man, erstens, den Arbeitnehmerbegriff im Ungefähren belassen, um sich den eigenen Spielraum nicht unnötig zu beschneiden. Damit blieb zunächst aber auch das Solidaritätsprojekt im Ungefähren und dessen Durchschlagskraft folglich begrenzt. Die ersten »Sozialpolitischen Grundsätze« des DGB bekannten sich etwa zur »Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts« als Maßnahme gegen die »Zersplitterung und Uneinheitlichkeit der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung«. Die konkreten Forderungen beschränkten sich dann aber auf Mindestschutzrechte, anstatt die Schritte hin zu einem einheitlichen Arbeitnehmerstatus aufzuzeigen.<sup>49</sup> Immerhin nahm sich Viktor Agartz als Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB 1952 der Aufgabe an, theoretisch fundierte Überlegungen zum Arbeitnehmerbegriff anzustellen. Die passende Gelegenheit fand sich mit dem ersten »Bundesangestelltentag« des DGB. Dort versuchte Agartz zu begründen, warum auch Angestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seien. Er rekurrierte in seiner Argumentation auf »eine Art von Arbeit«, welche »wirtschaftliche Abhängigkeit zur Folge hat, weil der in diesem Sinne arbeitende Mensch auf die Mittel eines anderen angewiesen ist.«<sup>50</sup> Darin klang zwar die marxistische Vorstellung des »doppelt freien Lohnarbeiters« an, der über keine eigenen Produktionsmittel verfügt, doch führte Agartz diesen kapitalismuskritischen Ansatz nicht weiter aus – den Aspekt der Ausbeutung übergang er sogar ganz. Stattdessen zielte er auf eine Widerlegung des traditionellen Verständnisses der Angestellten, als rechte Hand des Unternehmers eine besondere, vertrauensbasierte Stellung einzunehmen, indem er die auch in diesem Verhältnis angelegte Dependenz herausarbeitete:

»Wir sehen also, daß [...] mit dem Begriff des Arbeitnehmers unmittelbar die Tatsache verbunden ist, daß der arbeitende Mensch sich dem Willen eines anderen Menschen unterwerfen muß. Somit wird der arbeitende Mensch zu einem abhängigen Glied eines anderen, gleichsam zu einer Funktion eines anderen.«<sup>51</sup>

Interessanterweise schwang in diesen Worten auch das Solidaritätskonzept Émile Durkheims mit. Ihm zufolge unterwarf die Arbeitsteilung alle Menschen – also auch

48 Vgl. Schmäh, Alterssicherungspolitik in Deutschland, S. 103–107, Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 147f. und 153f., sowie Jürgen Kocka/Michael Prinz, Vom »neuen Mittelstand« zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 210–255, hier: S. 231f.

49 Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes München 12.–14. Oktober 1949, Köln 1950, S. 329–330, Zitat: S. 329.

50 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Erster Bundes-Angestellten-Tag des DGB Stuttgart 25. bis 27. April 1952, Düsseldorf o. J., S. 84.

51 Ebd.

die Unternehmer – der Interdependenz, woraus sich Solidarität als eine Strukturnotwendigkeit ergab. Die Menschen mussten sich laut Durkheim zwangsläufig solidarisch verhalten, auch wenn sie sich dessen gar nicht bewusst waren.<sup>52</sup> Ähnlich verhielt es sich mit dem von Agartz entwickelten Arbeitnehmerbegriff: Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte waren strukturbedingt nolens volens Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vor allem Angestellten musste diese Tatsache aus Sicht der Gewerkschaften aber noch bewusst gemacht werden, ihre Bewusstseinsentwicklung galt es zu katalysieren.

Damit rückten also, zweitens, die Konvergenzdefizite der Angestellten in den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Interesses. Nicht nur hatten sich die Angestellten mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) eine Konkurrenzorganisation zum DGB und dessen Gewerkschaften errichtet, sondern die überwiegende Mehrheit der Angestellten bevorzugte es, keiner Gewerkschaft beizutreten. Angestellte hatten sich auf diese Weise zwei Optionen geschaffen, um dem Konvergenzanspruch des DGB entgegenzutreten. Zusätzlich wartete die Bundesregierung in den 1950er-Jahren mit einem alternativen Identitätsangebot auf, das es den Angestellten ermöglichte, sich überhaupt nicht als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verstehen, sondern sich als Angehörige des »Mittelstands« kategorial gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter abzugrenzen.<sup>53</sup> Diese unterschiedlichen Angestelltenidentitäten sind aus der hier entwickelten diskurstheoretischen Perspektive als gleichermaßen legitim anzusehen. Einen solchen Standpunkt wollten die Gewerkschaftsfunktionäre des DGB damals jedoch nicht einnehmen. Der historischen Erfahrung der Gewerkschaftsferne der Angestellten sprachen sie jedwede Validität ab. Stattdessen hielten sie die durch den Arbeitnehmerbegriff vermittelte Erwartung, die Angestellten sollten ebenso gewerkschaftsaffin wie die Arbeiterinnen und Arbeiter sein, für den eigentlich realistischen Verhaltensmaßstab, an dem sich die Angestellten messen lassen sollten. Freilich konnte der DGB seine Erwartung nicht einfach autoritativ durchsetzen.

Um die Angestellten von seinem Angestelltenbild zu überzeugen, musste sich der DGB also, drittens, sprach- und organisationspolitisch auf einen Aushandlungsprozess einlassen. Was den gewerkschaftlichen Umgang mit Angestellten beziehungsweise Arbeitern und Arbeiterinnen betraf, kamen daher schon bald große Unterschiede zum Tragen. Hatte sich Hans Böckler, DGB-Vorsitzender von 1949 bis 1951, auf dem Gründungskongress des DGB 1949 noch auffällig oft und explizit auf die Arbeiter bezogen, wurde der Arbeiterbegriff in den frühen 1950er-Jahren rasch vom Arbeitnehmerbegriff verdrängt.<sup>54</sup> Dagegen hielt der DGB am Angestelltenbegriff langfristig fest. Damit stellte sich der Arbeitnehmerbegriff jedoch als ein kaum verkleideter Arbeiterbegriff dar. Organisationspolitisch baute der DGB für die Angestellten eine eigene »Personengruppe« auf, damit die Angestellten, wie Georg Reuter ausführte,

52 Durkheim charakterisierte die Arbeitsteilung an einer Stelle folgendermaßen: »[I]hre wahre Funktion besteht darin, zwischen zwei oder mehreren Personen ein Gefühl der Solidarität herzustellen.« Émile Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1992 (zuerst frz. 1893), S. 102.

53 Vgl. Müller, *Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB*, S. 13, 336 und 871, sowie Fehrmann/Metzner, *Angestellte und Gewerkschaften*, S. 131f. und 166.

54 Vgl. DGB-Bundesvorstand, *Protokoll Gründungskongress 1949*, S. 184–205, sowie Heinz Rothenburg, *Der Arbeiter und die publizistischen Mittel*, Berlin 1957, S. 17.

»stärker mit dem Wesen der Gewerkschaften vertraut gemacht werden[,] und durch die Einrichtung selbst soll den Angestellten und Beamten die Erkenntnis werden [sic], daß die Stärke in der Einheit liegt und eigene Angestellten- oder Beamten-gewerkschaften [...] unzumutbar sind.«<sup>55</sup> Diese Begründung ist aufschlussreich, da sie die Institution der Personengruppe als Konvergenzkatalysator und folglich als solidarisch ausweist. Explizit war es keine Einrichtung für Minderheiten, denn dies hätte bedeutet, deren Identität und wesenhafte Differenz anzuerkennen, welche einer Konvergenz im Wege gestanden hätten.<sup>56</sup> Tatsächlich konnte die »Personengruppe« als Transmissionsriemen fungieren, indem sie die Existenz von Angestellten im DGB sichtbar machte, zugleich aber den Angestelltenbegriff an den Arbeitnehmerbegriff koppelte. Andererseits war nicht ausgeschlossen, dass die »Personengruppe« die Konvergenz auch behinderte, eben weil sie eine Abweichung vom Konvergenzziel verstetigte. Tatsächlich sprach sich der Bundes-Angestelltenausschuss schon in seiner ersten Sitzung 1950 für die Wiedererrichtung einer eigenständigen Angestelltenrentenversicherung aus, während der DGB für eine gemeinsame Rentenversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte kämpfte.<sup>57</sup> Die solidarisch intendierte Institution produzierte in diesem Fall ein entsolidarisierendes Ergebnis.

Problematisch war, dass für Arbeiterinnen und Arbeiter im Rahmen des DGB keine vergleichbaren Artikulationsmöglichkeiten vorgesehen waren. Ihre Interessen sollten nach dem Willen der Gewerkschaftsführer allein durch die allgemeine Sachpolitik der Gewerkschaften, das heißt durch die allgemeine Arbeitnehmerpolitik vertreten werden. Die noch bestehenden Konvergenzdefizite der Arbeiterinnen und Arbeiter wurden auf diese Weise sprach- und organisationspolitisch kaschiert, was nicht ohne Auswirkung auf das Solidaritätsprojekt bleiben konnte. Denn entweder wurden ihre Interessen zuungunsten der Angestellten schlichtweg verallgemeinert, oder die Konvergenzdefizite der Arbeiterinnen und Arbeiter drohten unbearbeitet zu bleiben. Diese organisations- wie sprachpolitische Unwucht hatte Hans Böckler 1945 noch zu vermeiden gesucht. Im Juni dieses Jahres hatte er die Möglichkeit »einer besonderen Arbeitsspitze für Arbeiter, Angestellte und Beamte«<sup>58</sup> erwogen, sechs Monate später setzte er dann auf eine Arbeitsteilung zwischen Dachverband und Mitgliedsgewerkschaften. Laut Protokoll führte er seinerzeit aus,

55 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Gründungskongress 1949, S. 77f. In den Richtlinien für die Angestelltenarbeit war deren Zweck etwas neutraler als »eine systematische Interessenvertretung der Angestelltenmitglieder« gefasst. Ebd., S. 335.

56 Im DGB-Kontext findet sich nur vereinzelt in Anträgen das Minderheitenargument, während es bei Vertretern der DAG prominenter vertreten ist. Vgl. etwa Antrag 2 in: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 2. Ordentlicher Bundeskongress Berlin 13. bis 17. Oktober 1952, Düsseldorf o. J., S. 484, sowie Fehrmann/Metzner, Angestellte und Gewerkschaften, S. 105f.

57 Vgl. Dokument 71, 1.6.1954, Sitzung des Bundesvorstandes, in: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949–1956, S. 581, Anm. 45.

58 Vgl. Dokument 4: Erläuterungen zur Wiedererrichtung einer Gewerkschaft von Hans Böckler, 3.6.1945, in: Siegfried Mielke (Bearb.), Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 6: Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945–1949, Bonn 1987, S. 107–110, hier: S. 108.



»daß, obwohl wir in unseren Vorschlägen von der früheren Dreisäulentheorie (besondere Organisation für Arbeiter, Angestellte und Beamte) abgekommen seien, innerhalb der Industrieverbände diese Theorie in entsprechenden Fachgruppen natürlich wieder ihren Ausdruck finden müsse. Es ginge nicht ohne eine angemessene Berücksichtigung der besonderen Interessen dieser verschiedenen Arbeitnehmergruppen, die auch in der besonderen organisatorischen Gliederung und Vertretung Ausdruck finden müsse.«<sup>59</sup>

Böcklers Vorschlag, eigene Arbeiterorganisationen zu schaffen, fand in den meisten Gewerkschaften jedoch keinen Niederschlag. Daher sind Maßnahmen lokaler IG-Metall-Funktionäre, noch Ende der 1950er-Jahre Arbeiterinnen und Arbeiter nach einem Wechsel ins Angestelltenverhältnis kurzerhand an die DAG zu verweisen<sup>60</sup>, auch als ein Zeichen des Eigensinns der Arbeiterinnen und Arbeiter zu verstehen. Immerhin war dies ein effektiver Weg, sich gegen das Konvergenzpostulat »Arbeitnehmer« und die ihnen von den Gewerkschaftsführungen auferlegten Konvergenzkosten zu wehren. Denn eine mit dem DGB konkurrierende Arbeitergewerkschaft vom Gewicht der DAG stand den Arbeiterinnen und Arbeitern zur Artikulation ihrer Interessen nicht zur Verfügung.

#### IV. Unsolidarische Solidarität im Wirtschaftswunderland?

Schon bald änderten sich die politischen und gesellschaftlichen Umstände nachhaltig. Das Montanmitbestimmungsgesetz des Jahres 1951 führte das Gruppenwahlprinzip für die Bestimmung der Aufsichtsratsmitglieder ein, wodurch die Angestelltenkategorie rechtlich stabilisiert wurde. Auch im Betriebsalltag wurde die Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten dadurch akzentuiert. 1953 ließ der Bundestag mit der Schaffung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die sozialversicherungsrechtliche Unterscheidung der beiden Statusgruppen wieder aufleben. Schon bei der vorangegangenen Sozialwahl hatte die DAG, die sich seit 1948 mit allen Mitteln für eine eigenständige Angestelltenversicherung eingesetzt hatte, über den DGB triumphiert.<sup>61</sup> Der DGB reagierte mit einer Aufwertung seiner Angestelltenarbeit. 1952 kam, wie erwähnt, erstmalig der Bundesangestelltentag des DGB zusammen und bot den Angestellten damit ein öffentlichkeitswirksames Forum. Im gleichen Jahr sprach der DGB-Bundeskongress in seiner Entschließung zur Angestelltenarbeit von »funktionsbedingten Eigenarten der Angestellten«.<sup>62</sup> Die Delegierten waren folglich zur Auffassung gelangt, dass Angestellte sich nicht vollständig unter den Arbeitnehmertypus subsumieren ließen. Weitere organisationspolitische Konsequenzen wurden in den folgenden Jahren gezogen: 1954 erhielt der Bundes-Angestelltenausschuss

59 Dokument 58: Konferenz von Gewerkschaftern der Nord-Rheinprovinz mit Vertretern der britischen Militärregierung in Düsseldorf, 7.12.1945, in: ebd., S. 255–266, hier: S. 259.

60 Vgl. Stefan Müller, Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912–2001), Essen 2010, S. 179.

61 Vgl. Dokument 20, 16.4.1951, Sitzung des Bundesausschusses, in: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949–1956, S. 171–176, hier: S. 173. Zur Rentenversicherung vgl. Müller, Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB, S. 31–121.

62 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1952, S. 481.



das Antragsrecht für die Bundeskongresse, das höchste Beschlussorgan des Dachverbands, 1956 folgte die satzungsrechtliche Verankerung der »Personengruppen« der Angestellten und Beamten.<sup>63</sup> Im Bundesvorstand des DGB gingen die Diskussionen noch weiter. Einige Mitglieder sprachen sich für die Schaffung einer eigenständigen Angestelltengewerkschaft im DGB aus, um damit der »Angestelltenmentalität« gerecht zu werden.<sup>64</sup> Dies wäre freilich einer Aufgabe des ursprünglichen Konvergenzziels nahegekommen. Andererseits waren sich die DGB-Vorstandsmitglieder schon in den frühen 1950er-Jahren des sich anbahnenden wirtschaftlichen Wandels bewusst, infolgedessen die Angestellten eine immer wichtigere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft spielen würden. Dadurch zeichnete sich der geringe Organisationsgrad der Angestellten als das künftige Hauptproblem der Gewerkschaften ab.<sup>65</sup> Organisationspolitische Erwägungen der Gewerkschaftsfunktionäre traten folglich in einen Zielkonflikt mit den Notwendigkeiten der Solidarität. Letztlich war der Bundesvorstand mehrheitlich aber nicht willens, das Industrieverbandsprinzip durch die Schaffung einer eigenständigen Angestelltengewerkschaft ernsthaft infrage zu stellen. Auch dafür gab es gute Gründe. Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall, verwies 1960 darauf, dass der wirtschaftliche Wandel auch vor den Angestellten selbst nicht Halt mache:

»Es ist richtig, daß wir mit der Automation immer mehr Angestellte bekommen. Diese Angestellte [sic] werden aber nicht die gleiche Mentalität und die gleichen Vorurteile haben wie die Angestellten des patriarchalischen Zeitalters, da ein großer Teil Arbeiter nur durch Auswechslung der Versicherungskarte zu Angestellten gemacht wird [...].«<sup>66</sup>

Letztendlich wurde der Ausbau der Angestelltenarbeit des DGB dadurch solidaritätstauglich abgefedert, dass weiterhin auf einen Mentalitätswandel der Angestellten hingewirkt werden sollte. Programmatisch schlug sich dies in der Forderung an die Angestellten nieder, ihr »Leitbild« [...] mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen.<sup>67</sup>

Die Konsequenz aus dieser funktionalistischen Revision des Konvergenzziels hätte nun sein müssen, die unterstellte Identität von »Arbeiter« und »Arbeitnehmer« ebenfalls zu revidieren und auch für die besonderen Arbeiterinteressen Artikulationsmöglichkeiten zu schaffen. Zwar wurden wichtige Konvergenzdefizite der Arbeiterinnen

63 Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 3. Ordentlicher Bundeskongress Frankfurt am Main 4. bis 9. Oktober 1954, Düsseldorf o. J., S. 827, sowie ders. (Hrsg.), Protokoll 4. Ordentlicher Bundeskongress Hamburg 1. bis 6. Oktober 1956, Düsseldorf o. J., S. 485f. und 823.

64 Vgl. Dokument 71, 1.6.1954, Sitzung des Bundesvorstandes, in: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949–1956, S. 576–583.

65 Vgl. Walter Dörrich/Klaus Schönhoven (Bearb.), Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 10: Die Industriegewerkschaft Metall in der frühen Bundesrepublik, Bonn 1991, S. XXIII.

66 Vgl. Dokument 71, 11./12.4.1960, Protokoll einer Sondersitzung des Bundesvorstandes, in: Jens Hildebrandt (Bearb.), Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 12: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1956–1963, Bonn 2005, S. 578–596, hier: S. 588–592, Zitat: S. 592.

67 DGB-Bundesvorstand, Angestellte im DGB, o. O. 1967, S. 3.

und Arbeiter abgebaut, etwa bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für die die IG Metall 1956/7 wochenlang streikte.<sup>68</sup> Dennoch blieb die sprach- und organisationspolitische Konstellation problematisch und erzeugte in letzter Konsequenz unsolidarische Solidarität. Das bedeutet, Arbeiterinnen und Arbeitern wurde der Abbau ihrer Konvergenzdefizite verweigert, um dadurch diejenigen der Angestellten zu beseitigen.

Diese unsolidarische Solidarität ließ sich zum Beispiel auf dem Feld des gesellschaftlichen Prestiges beobachten. DGB und IG Metall wandten sich seit Mitte der 1950er-Jahre dem Thema der Automation zu, das zunächst vor allem Arbeiter und Arbeiterinnen betraf. Die von den Gewerkschaften veranstalteten internationalen Konferenzen rückten aber die Angestellten in den Mittelpunkt, um sie dadurch für den DGB und dessen Arbeitnehmerkonzept zu gewinnen.<sup>69</sup> Arbeiterinnen und Arbeiter wurden hingegen bei diesem Zukunftsthema der Unsichtbarkeit anheim gegeben und infolgedessen konnten sie auch keine öffentliche Wertschätzung im Zuge der Konferenzen erfahren.<sup>70</sup> Bemerkenswerterweise machte sich in Frankreich zur selben Zeit der Soziologe Serge Mallet daran, die Angehörigen der technischen Intelligenz, mithin zahlreiche Angestellte, unter den Begriff der »neuen Arbeiterklasse« zu fassen, wodurch der französische Arbeiterbegriff aktualisiert und aufgewertet wurde.<sup>71</sup>

Unsolidarische Solidarität konnte aber auch direkte materielle Folgen zeitigen. Bis Ende der 1960er-Jahre baute die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hohe Vermögensreserven auf und gewährte ihren Versicherten Zusatzleistungen. Während sie als zentrale Anstalt für alle Angestellten bundesweit zuständig war und folglich allen gleiche Leistungen bot, gliederte sich die Arbeiterrentenversicherung in zahlreiche Landesversicherungsanstalten. Diese wiederum waren finanziell sehr unterschiedlich ausgestattet, weshalb die freiwilligen Versicherungsleistungen nicht nur für die Arbeiterinnen und Arbeiter insgesamt schlechter als für die Angestellten ausfielen, sondern noch dazu regional stark variierten.<sup>72</sup> Als Lösung wurde diskutiert, die Arbeiterrentenversicherung ebenfalls zu zentralisieren. Hermann Beermann, im DGB-Bundesvorstand für Sozialpolitik zuständig, bat seine Kolleginnen und Kollegen 1969 um Zustimmung zu einer Vorlage, »damit der DGB bei der Bundesregierung vorstellig werden kann«. Diese wurde ihm verweigert, weil unter anderem die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) intervenierte, um die Interessen der bei

68 Vgl. Friedrich Stamp, Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein, Malente 1997, S. 213–254.

69 Vgl. Müller, Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB, S. 651–671.

70 Auch der Streik um die Lohnfortzahlung 1956/57 hatte weder dem öffentlichen Ansehen der IG Metall noch der Streikenden genutzt, obwohl »gesellschaftliche Anerkennung« laut dem damaligen Streikleiter Herbert Sühlig eines der Ziele gewesen war. Vgl. o. V., Kennen Sie den Begriff des Krankfeierns?, in: Der SPIEGEL, 13.2.1957, S. 15–20, hier: S. 15, sowie Sigrid Koch-Baumgarten, Gewerkschafts- und Medien-Frames im publizistischen Konflikt während des Streiks um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1956/7, in: Knud Andresen/Michaela Kuhnhenne/Jürgen Mittag u. a. (Hrsg.), Repräsentationen der Arbeit. Bilder – Erzählungen – Darstellungen, Bonn 2018, S. 41–65, hier: S. 62.

71 Vgl. Serge Mallet, Die neue Arbeiterklasse, Neuwied/Berlin 1972 (zuerst frz. 1963).

72 Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 9. Ordentlicher Bundeskongress Berlin 25. bis 30. Juni 1972, Berlin o. J., S. 275–277.

den Landesversicherungsanstalten beschäftigten Angestellten zu schützen.<sup>73</sup> Die ÖTV befürchtete den Austritt dieser von ihr gewerkschaftlich organisierten Angestellten. Auch wenn sich deren Zahl nur auf wenige Tausend belief, nahm die ÖTV dafür schlechtere Leistungen für Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in Kauf.

## V. Rekonfigurationen

Die spontanen Septemberstreiks des Jahres 1969 waren ein Paukenschlag, der ein beeindruckendes gesellschaftliches Echo auslöste. »Es gibt noch Arbeiter in Deutschland«, verkündete etwa Der SPIEGEL.<sup>74</sup> Die Studierendenbewegung, die sich noch kurz zuvor im Anschluss an Herbert Marcuse von der Arbeiterklasse ab- und »Randgruppen« zugewandt hatte, vollzog ihre »proletarische Wende«. Zeitgleich belebte der WDR das Genre des Arbeiterfilms neu.<sup>75</sup> Kurz: Arbeiterinnen und Arbeitern wurde nun von zahlreichen Gruppen Solidarität erklärt, nur zielte diese Solidarität nicht auf deren Transformation zu »Arbeitnehmern« ab. Ganz im Gegenteil. Sie sollten sich auf ihre historischen Wurzeln als klassenkämpferisches Proletariat besinnen, um eine sozialistische Gesellschaft zu erkämpfen.

Diese Volte traf die Gewerkschaften weitgehend, aber nicht völlig unvorbereitet. Schon 1968 hatte die ÖTV beschlossen, die Einrichtung einer »Personengruppe Arbeiter« beim DGB zu betreiben. Drei Jahre später bot sich mit der Satzungsreform des DGB die passende Gelegenheit. Der arbeiterpolitische Antrag, den die ÖTV an den eigens einberufenen außerordentlichen Bundeskongress stellte, führte nun gerade die Automationsfrage, das heißt einen Fall unsolidarischer Solidarität, als Beispiel dafür an, »daß für Arbeiter dringende Fragen vom DGB nicht genügend aufgegriffen wurden.«<sup>76</sup> Auch die Konvergenzkosten, die den Arbeiterinnen und Arbeitern von der Gewerkschaftsspitze auferlegt wurden, spielten in den nun folgenden jahrelangen Diskussionen über die Arbeiterpolitik eine Rolle. So gab etwa Siegfried Merten von der ÖTV 1977 zu bedenken, »was die Arbeiter mit ihren Beiträgen aufwenden, um die Beamten- und Angestelltentage etc. zu finanzieren.«<sup>77</sup> Solche Argumente fanden an der Gewerkschaftsbasis durchaus Anklang. Denn obwohl sich die Gewerkschaftsspitze im Vorfeld des Kongresses 1971 klar gegen die Schaffung einer »Personengruppe Arbeiter« ausgesprochen hatte, erreichte der Antrag der ÖTV die für eine Satzungsänderung notwen-

73 Dokument 97, 6.5.1969, Protokoll der 33. Sitzung des Bundesvorstandes, in: Wolther von Kieseritzky (Bearb.), Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 13: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1964–1969, Bonn 2006, S. 858–866, Zitat: S. 863. Vgl. zudem Schmühl, Alterssicherungspolitik in Deutschland, S. 462–469.

74 O. V., »Es gibt noch Arbeiter in Deutschland«, in: Der SPIEGEL, 15.9.1969, S. 33.

75 Vgl. Herbert Marcuse, Versuch über die Befreiung, Frankfurt am Main 1969, S. 79–95; Jan Ole Arps, Frühschicht. Linke Fabrikkinterventionen in den 70er Jahren, Berlin/Hamburg 2011, sowie Richard Collins/Vincent Porter, WDR and the Arbeiterfilm: Fassbinder, Ziewer and others, London 1981.

76 Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 3. Außerordentlicher Bundeskongress Düsseldorf 14. bis 15. Mai 1971, Köln o. J., S. 45f. (Antragsteil).

77 Karl-Heinz Vorbrücken, Vermerk über die Wahrnehmung des Termins Bundesarbeiterausschußsitzung der ÖTV vom 16.–18. Mai 1977 in Wilhelmshaven, S. 2, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), 5/DGCS000136.

dige Zweidrittelmehrheit.<sup>78</sup> Arbeiterinnen und Arbeiter verfügten fortan satzungsgesetzlich über dieselben Kommunikationskanäle wie Angestellte und Beamtinnen und Beamte. Zu einer nennenswerten Wiederverbreitung des Arbeiterbegriffs im gewerkschaftlichen Wortschatz sollte es dennoch nicht kommen.

Wie aber war es überhaupt möglich gewesen, diese organisationspolitische Revision zu vollziehen? Eine wichtige Rolle spielten ohne Zweifel die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes. Denn dieser Sektor wies mit seiner Vielzahl an Beamtinnen und Beamten und Angestellten traditionell eine andere Beschäftigtenstruktur als der industrielle Sektor auf – eine Struktur freilich, welche die gesamtgesellschaftliche Zusammensetzung in der Zeit »nach dem Boom« tendenziell vorwegnehmen sollte.<sup>79</sup> Eine Gleichsetzung von männlichem Facharbeiter und idealtypischem Arbeitnehmer konnte im Öffentlichen Dienst daher nie dieselbe Plausibilität wie etwa in der Stahlbranche entfalten. Dazu traten die Konvergenzdefizite der Arbeiterinnen und Arbeiter allzu offensichtlich in Erscheinung, gerade im Kontrast zu den besonders privilegierten Beamten und Beamtinnen. Im Fall der ÖTV kam die Notwendigkeit hinzu, die Interessen einer sehr heterogenen Mitgliedschaft – vom Piloten bis zur Putzfrau – zu moderieren. Das Solidaritätsprojekt »Arbeitnehmer« war folglich gerade für die ÖTV von Beginn an eine heikle Angelegenheit, worauf sie schon Mitte der 1950er-Jahre, ganz im Sinne Böcklers, mit der Gründung einer eigenen »Personengruppe Arbeiter« reagiert hatte.<sup>80</sup> So wichtig dieser institutionelle Nukleus der Arbeiterpolitik auch war, ohne die Zustimmung der IG-Metall-Delegierten wäre der ÖTV-Antrag auf dem DGB-Bundeskongress gescheitert. Hier wirkte wohl die Stärkung der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit nach, welche die IG Metall mit dem von Hans Matthöfer konzipierten Projekt der »Bildungsobleute« seit den 1960er-Jahren forciert hatte. Denn zu Beginn der 1970er-Jahre konnten viele, denen eine solche dezidierte »Arbeiterbildung« zuteil geworden war, Delegiertenmandate erringen und den Kurs der Gewerkschaften dadurch mitbestimmen.<sup>81</sup> Den Boden für das positive Votum des Bundeskongresses hatte, als dritter Faktor, schließlich der Wunsch nach einer Demokratisierung des Verbands bereitet.<sup>82</sup> Dieser Wunsch war nicht nur ein Ausläufer des gesellschaftspolitischen Wetterumschwungs von »1968«, sondern es handelte sich hierbei um ein authentisches Anliegen der gewerkschaftlichen Basis. Denn das von den Gewerkschaften praktizierte »Delegationsmodell«, durch welches Arbeitnehmerinteressen artikuliert und vertreten wurden, »war implizit autoritär«.<sup>83</sup> Die Schaffung von Arbeiterausschüssen auf allen Hierarchieebenen des DGB konnte als ein probates Mittel gelten,

78 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1971, S. 91–95.

79 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

80 Vgl. Walter Nachtmann, 100 Jahre ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, hrsg. v. der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Frankfurt am Main 1996, S. 339–342.

81 Vgl. Werner Abelshauser, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn 2009, S. 132–137 und 195–197, sowie Oskar Negt, Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung, Frankfurt am Main 1968.

82 Vgl. Arthur Böpple, Änderungen der Satzung sollen den DGB stärken, in: Die Quelle 20, 1969, H. 12, S. 491.

83 Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl, S. 150.

die Mehrheit der Mitglieder, die die Arbeiterinnen und Arbeiter nach wie vor stellten, stärker an den Entscheidungen zu beteiligen. Zugleich aber zeichnete sich in dieser Konstellation ein potenzielles Spannungsverhältnis zwischen der Einforderung von Demokratie, welche die Basis auch unter Verwendung des Arbeiterbegriffs betrieb, und dem Solidaritätsprojekt der Gewerkschaftsspitze ab, für welches der Arbeitnehmerbegriff Pate stand. In letzter Konsequenz konnte dies das Solidaritätsprojekt als Ganzes gefährden, denn immerhin fungierte die Bezugnahme auf die Demokratie als dessen normative Begründung.

Zweifelsohne nahm die Gewerkschaftsspitze mehrheitlich dieses Spannungsverhältnis als Bedrohung wahr. Die eingangs zitierte Aussage Eugen Loderers, Solidarität sei das oberste Gebot gewerkschaftlicher Politik, kann nun in einen aufschlussreichen Kontext gestellt werden: Ein gutes Jahr früher, 1977 also, hatte sich Loderer im DGB-Bundesvorstand für eine Abwicklung der Arbeiterpolitik starkgemacht: »Von uns aus kann das aus der Satzung wieder verschwinden.«<sup>84</sup> Seine Einlassung lag dabei ganz auf der Linie des Spitzengremiums, das bis dahin sechs Jahre lang hinhaltenden Widerstand gegen die Arbeiterpolitik geleistet hatte. Mit ihrer Weigerung, Arbeiterausschüsse auf Kreis- und Landesbezirksebene zuzulassen, hatte sich die DGB-Spitze sogar an den Rand des Satzungsbruchs gegeben.<sup>85</sup>

Diese vehemente Ablehnung der »Personengruppe Arbeiter« lässt sich immerhin teilweise als Verteidigung des Solidaritätsprojekts erklären. Denn erst mit Beginn der 1970er-Jahre hatte die Gewerkschaftsspitze das Konvergenzziel »Arbeitnehmer« mit Entschlossenheit verfolgt. Jetzt erst wurde explizit davon gesprochen, einen einheitlichen Arbeitnehmerbegriff im Arbeitsrecht verankern zu wollen, und jetzt erst wurden einheitliche Entgelttarifverträge geschlossen, etwa in der Braunkohle-, Zucker- und Zigarettenindustrie.<sup>86</sup> Auch die Angestelltenpolitik wurde nun verstärkt auf das Konvergenzziel verpflichtet. So forderte der angestelltenpolitische Antrag von 1975 gleich zu Beginn die »Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit des DGB und seiner Einzelgewerkschaften über die gemeinsamen sozialen Interessen der Arbeitnehmer«.<sup>87</sup> Zu dieser Entwicklung hatte die sozial-liberale Koalition 1970 mit der Einsetzung der Arbeitsgesetzbuchkommission, die den Arbeitnehmerbegriff vereinheitlichen sollte, beigetragen. Vielleicht noch wichtiger war aber eine veränderte Wahrnehmung. Hatte Agartz in der frühen Nachkriegszeit die Gleichheit von Arbeitern und Angestellten mit Verweis auf die arbeitsbedingten Abhängigkeiten sehr abstrakt begründet, griffen

84 Übertragung aus dem Stenogramm. Protokoll über die 20. Sitzung des Bundesvorstandes am 7. Juni 1977, S. 13, AdsD, 5/DGAI000493. Vgl. zudem Übertragung aus dem Stenogramm. Protokoll über die 17. Sitzung des Bundesvorstandes am 1. März 1977, S. 4, AdsD, 5/DGAI000492.

85 Vgl. Auszug aus dem Protokoll über die 70. GBV-Sitzung am 9.5.1977, Anlage: Franz Holländer, Neuer Streit um Arbeiterausschüsse im DGB, in: ÖTV Arbeiternachrichten 15, 1977, H. 5, S. 2, AdsD, 5/DGCS000141.

86 1972 verabschiedete der DGB-Bundeskongress Antrag 179, in welchem die Einführung eines einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs im Arbeitsrecht gefordert wurde. Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1972, S. 149 (Antragsteil). Drei Jahre später forderten die Delegierten gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte. Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 10. Ordentlicher Bundeskongress Hamburg 25. bis 30. Mai 1975, Hamburg 1975, S. 160 (Antragsteil).

87 Ebd., S. 271 (Antragsteil).

nun die Erfahrungen der Automation und neuere soziologische Deutungsangebote ineinander. Anders als Mitte der 1950er-Jahre, als die »Gesellschaft für sozialen Fortschritt« noch den Versuch unternommen hatte, Arbeiter- und Angestelltenbegriff neu voneinander abzugrenzen, setzte sich nun die Überzeugung durch, dass sich die Tätigkeiten von Arbeitern und Angestellten derart verschränkt hätten, dass die Aufrechterhaltung zweier eigenständiger Begriffe sinnlos geworden sei. Stattdessen schien nun endlich der Arbeitnehmerbegriff auch lebensweltlich gerechtfertigt zu sein – nicht zuletzt, weil mit der steigenden Erwerbsquote von Frauen auch buchstäblich die Zahl der Arbeitnehmerhaushalte wuchs, in denen zumeist der Mann als Industriearbeiter und die Frau als Angestellte tagtäglich ein verträgliches Auskommen finden mussten.<sup>88</sup>

Daher erschien gerade den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Industriegewerkschaften die Arbeiterpolitik als ein Rückschritt, der einer »Entsolidarisierung« gleichkam. Sie befürchteten, die Tätigkeit der »Personengruppe Arbeiter« werde unweigerlich den »Egoismus« der Arbeiter und Arbeiterinnen beflügeln.<sup>89</sup> Sich selbst konnten sie zugutehalten, manch materielle Verbesserung vor allem für die Facharbeiter und Facharbeiterinnen des industriellen Sektors tarifpolitisch erkämpft, ja diese dauerhaft aus der »Proletarität« geführt zu haben.<sup>90</sup> Entsprechend stellte Hans Mayr, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, fest, »dass die Arbeiterprobleme sich überwiegend im tarifrechtlichen und sozialrechtlichen Bereich auswirken«.<sup>91</sup> Hierin wird eine enge Auslegung des Solidaritätsprojekts offenbar, die letztlich nur die Bewusstseinsfrage als ernsthaftes, besondere gewerkschaftliche Maßnahmen erforderndes Konvergenzdefizit gelten lassen wollte.<sup>92</sup>

Wenn die Ablehnung der Arbeiterpolitik sich nicht vollkommen aus der Verteidigung des Solidaritätsprojekts erklären lässt, so liegt das, zum einen, an eben dieser Verengung. Denn sie war nur eine Lesart des Solidaritätsprojekts. Eine andere hielt Kurt van Haaren von der Deutschen Postgewerkschaft den Spitzen der Industriegewerkschaften entgegen, wenn er ihnen vorwarf, »dass es den Gewerkschaften ausserhalb des Öffentlichen Dienstes kaum gelingt, die gesellschaftspolitischen Interessen der Arbeiter zu vertreten«.<sup>93</sup> Tatsächlich hatte sich dieses Konvergenzdefizit ver-

88 Vgl. ebd., S. 198; Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V. (Hrsg.), *Zur Neuabgrenzung der Begriffe Angestellter und Arbeiter*, Berlin 1959, sowie *Raphael*, *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 275f., 279 und 352.

89 Vgl. Martin Heiß an die Mitglieder des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB, 31.1.1974, Anlage: Protokoll über die »konstituierende Sitzung des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB« am 17. Januar 1974, S. 5 und 7, AdsD, 5/DGCS000001. Auch die Beschäftigten des Arbeiterreferats beim DGB-Bundesvorstand folgten der Maxime: »Vor allem darf die Personengruppenarbeit bei den Arbeitern keinen Egoismus für die Arbeiter erzeugen.« *Karl-Heinz Vorbrücken*, *Gedächtnisprotokoll der Abteilungsbesprechung vom 15. Februar 1977*, S. 4, AdsD, 5/DGCS000124.

90 Vgl. *Josef Mooser*, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970*, Frankfurt am Main 1984.

91 Protokoll Bundesarbeitsausschuss, 17.1.1974, S. 7.

92 Mitte der 1970er-Jahre trat der DGB erneut mit einer groß angelegten und kostspieligen Werbekampagne für Angestellte in die Öffentlichkeit, ohne auf Ablehnung seitens der Industriegewerkschaften zu stoßen. Vgl. *Fehrman/Metzner*, *Angestellte und Gewerkschaften*, S. 141.

93 Martin Heiß an die Mitglieder des Bundes-Arbeiterausschusses, 20.3.1975, Anlage: Vertraulich. Protokoll über die Sitzung des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB am 31. Januar 1975, S. 4, AdsD, 5/DGCS000001.



schärft, nachdem sich die vermehrte öffentliche Aufmerksamkeit, welche den Arbeiterinnen und Arbeitern zu Beginn der 1970er-Jahre zuteil geworden war, als kurzfristiges Phänomen erwiesen hatte. Und da ihr prozentualer Anteil in Parteien, Parlamenten und selbst in Gewerkschaften stetig im Sinken begriffen war, begann sich die mangelnde öffentliche Wertschätzung zu einer Gefährdung der politischen Repräsentation der Arbeiterinnen und Arbeiter auszuwachsen.<sup>94</sup>

Auch die Tatsache, dass 1977 ein machtpolitischer Kompromiss die Spitzenfunktionäre dazu brachte, die Arbeiterpolitik wenigstens zu tolerieren, spricht dagegen, ihren Widerstand allein aus der Sorge um das Solidaritätsprojekt heraus zu erklären. Ihre Zustimmung zur Durchführung der ersten Bundesarbeiterkonferenz ließen sie sich mit dem Beschluss vergelten, nur noch alle vier Jahre einen Bundeskongress einzuberufen. Diese einjährige Verlängerung der Legislaturperiode ging zulasten der Mitbestimmungsmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Basis, da das neu geschaffene Forum der Bundesarbeiterkonferenzen keinen adäquaten Ersatz darstellte.<sup>95</sup> Dieses Junktum markierte auch symbolpolitisch eine Bestätigung des Führungsanspruchs der Gewerkschaftsspitze, war doch die Diskussion um die Einführung der »Personengruppe Arbeiter« in den frühen 1970er-Jahren mit verstärkten Arbeiterprotesten in den Betrieben zusammengefallen. Dadurch hatten Arbeiterinnen und Arbeiter immer wieder das Vertretungsmonopol der Gewerkschaften wie auch deren Modell der Regelung von Arbeitskonflikten herausgefordert.<sup>96</sup> Gerade die Auseinandersetzung um die »Personengruppe Arbeiter« machte folglich die Machtstruktur sichtbar, die dem gewerkschaftlichen Solidaritätsprojekt zugrunde lag.

Viel wichtiger ist aber der Hinweis, dass die »Personengruppe Arbeiter« als Institution gar nicht notwendig im Widerspruch zum Solidaritätsprojekt stand, selbst wenn dieses im Sinne der Industriegewerkschaften eng ausgelegt wurde. Gewiss, es finden sich bei den Befürwortern Aussagen, die zumindest auf eine Rekonfiguration des Solidaritätsprojekts schließen lassen. Wenn etwa von der Notwendigkeit der »Beseitigung aller künstlichen, politisch-sozial begründeten Unterschiede zwischen den verschiedenen Personengruppen«<sup>97</sup> die Rede war, so ging es nicht mehr um die Festigung der Demokratie. Vielmehr wurde der einheitliche Arbeitnehmerstatus gleichsam zum Naturzustand erhoben und seine Verwirklichung wurde zum Gebot der Gerechtigkeit. Streng genommen stellte dies das Streben nach einem einheitlichen Arbeitnehmerstatus als Solidaritätsprojekt infrage, da Gerechtigkeit von Solidarität analytisch zu unterscheiden ist. Dies erscheint mit Blick auf die konkrete Praxis freilich nachrangig. Ohnehin lässt sich die neue Rechtfertigung auch als Maßgabe der Moral auffassen. Aus dieser Perspektive stellt sich die Frage nach der Vereinbarkeit mit dem hier vorgeschlagenen Solidaritätsbegriff überhaupt nicht. Ja mehr noch: Das Ziel, einen einheitlichen Arbeitnehmerstatus zu schaffen, konnte durch diese neuartige Begrün-

94 Vgl. Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 145.

95 Vgl. Stenografisches Protokoll Bundesvorstandssitzung 7.6.1977, S. 14.

96 Vgl. Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 166–169, sowie Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt am Main/New York 2007, S. 218–249 und 274–304.

97 Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Abteilung Arbeiter-Handwerk, 12.9.1974, Anlage I: Sachbericht für die Sitzung des Bundes-Arbeiterausschusses des DGB am 26./27.9.1974 in Oberhausen, S. 1, AdsD, 5/DGCS000001.



derung an einen sich abzeichnenden Wandel des Politischen anschlussfähig gemacht werden. Denn Politik erfuhr damals laut Jan Eckel eine »Neugeburt aus dem Geist der Moral«. <sup>98</sup>

Eine ideelle Festigung des Solidaritätsprojekts war durchaus angebracht, da sich seit Ende der 1960er-Jahre Tendenzen bemerkbar machten, die auf eine grundsätzliche Erosion der Arbeitnehmersolidarität hindeuteten. So führte etwa der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke in seiner Eröffnungsansprache auf dem Satzungskongress 1971 aus: »Die Gefahr neuer Gruppierungen in der Arbeitnehmerschaft, bedingt durch materielle und unterschiedliche soziale Interessen, ist zweifellos gegeben. Die Gefahr [...] bedroht die Solidarität.« <sup>99</sup> Damit waren nun gerade nicht die Wünsche der Arbeiterinnen und Arbeiter nach einer eigenständigen gewerkschaftlichen Vertretung gemeint, wie der Verweis auf die »neuen« Gruppierungen deutlich machte. Vielmehr suchten damals besonders einflussreiche Arbeitnehmergruppen wie etwa Fluglotsen oder Piloten ihr tarifpolitisches Heil bei Berufsgewerkschaften. Hiervon war die ÖTV unmittelbar betroffen. <sup>100</sup> Sie kam zu dem Schluss: »In diesem Zusammenhang ist auch das Verhältnis der Arbeitnehmergruppen, Arbeiter, Angestellte und Beamte zu überprüfen.« <sup>101</sup> Die Schaffung der »Personengruppe Arbeiter« war ihrer Ansicht nach ein probates Mittel, die Solidarität der Arbeitnehmergruppen zu stärken. Vier Wirkweisen lassen sich hierbei identifizieren: *Organisatorisch*, da es aus Sicht der ÖTV nur die Kombination von Sach- und Personengruppenpolitik ermöglichte, gemeinsame Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch gemeinsam zu vertreten, ohne die besonderen Interessen der einzelnen Gruppen aus dem Blick zu verlieren. <sup>102</sup> *Inhaltlich*, da die konkrete Beschäftigung mit der Frage, was eigentlich originäre Probleme der Arbeiterinnen und Arbeiter seien, immer wieder zu der Erkenntnis führte, dass zumindest bestimmte Angestelltengruppen mit gleichen oder doch vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert waren. Hier zeichnete sich, wie Franziska Wiethold von der DGB-Bundesvorstandsabteilung Jugend feststellte, »eine die beiden Gruppen Arbeiter und Angestellte solidarisierende Entwicklung« ab. <sup>103</sup> *Identitätspolitisch*, da »Arbeiter« und »Angestellte« intermediäre, zwischen Berufsgruppen und dem allgemeinen Arbeitnehmerstatus vermittelnde Bezugsgruppen darstellen. Und schließlich *symbolpolitisch*, da, wie es im Antrag der ÖTV hieß, der »Personengruppe Angestellte« nur dann der Makel der »Minderheit« genommen werden konnte, wenn man ihr eine entsprechende Institution für Arbeiterinnen und Arbeiter

98 Vgl. Jan Eckel, Neugeburt aus dem Geist der Moral. Erklärungen einer heterogenen Konjunktur, in: ders./Samuel Moyn (Hrsg.), Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 22–67.

99 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1971, S. 5f.

100 Vgl. Karl Christian Führer, Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982, Bielefeld 2017, S. 32–35 und 330.

101 Protokoll über die 7. Sitzung des Hauptvorstandes am 9./10. Dezember 1969, S. 13, AdsD, 5/ÖTVB130013.

102 Vgl. Franz Holländer an Martin Heiß, 17.11.1972, Anlage: Franz Holländer, Arbeiterausschüsse im DGB. Fehldeutungen und Mißverständnisse, AdsD, 5/DGCS000135.

103 Karl-Heinz Vorbrücken, Kurzprotokoll der Besprechung mit den Abteilungsleitern der DGB-Bundesvorstandsverwaltung am 9. Juli 1976, S. 2, AdsD, 5/DGCS000136.

zur Seite stellte.<sup>104</sup> Gerade die letzte Einlassung zeigt, wie sehr sich auch die ÖTV dem Solidaritätsprojekt verpflichtet fühlte. Davon abgesehen war dieser Punkt auch gewerkschaftspolitisch relevant, da er in der Konkurrenz mit der DAG, die sich nach einer kurzen Phase der Annäherung ab Mitte der 1970er-Jahre wieder verschärft hatte, eine offene Flanke des DGB darstellte.<sup>105</sup>

## VI. Das Ende der Solidarität »nach dem Boom«?

Die Euphorie, das Konvergenzziel »Arbeitnehmer« vollständig umsetzen zu können, war alsbald wieder verflogen. Die Arbeitsgesetzbuchkommission erwies sich als Fehlschlag.<sup>106</sup> Gleichzeitig konnten sich die »Personengruppen« in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre profilieren. Vor allem die Bundesarbeiterkonferenzen 1981 und 1985 boten nun alles auf, um durch die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Konvergenzdefizite den »Arbeitern« zu gesellschaftlichem Prestige zu verhelfen.<sup>107</sup> Interessanterweise fiel diese Periode, die von einer Duldung der Arbeiterpolitik seitens der DGB-Spitze gekennzeichnet war, ebenfalls in eine Phase intensiver Arbeitskämpfe. Im Unterschied zur vorangegangenen Dekade lag die Initiative nun aber unbestritten in den Händen der führenden Gewerkschaftsfunktionäre. Einfache Arbeiterinnen und Arbeiter forderten das gewerkschaftliche Repräsentationsmodell nicht mehr heraus. Zugleich hing der Ausgang der Arbeitskämpfe entscheidend von ihrer Mobilisierungsbereitschaft ab.<sup>108</sup>

Diese Hochphase der Arbeiterpolitik währte jedoch nur kurz. Mitte der 1980er-Jahre zeichnete sich eine grundlegende Wende ab,<sup>109</sup> die auf ein Ende des Solidaritätsprojekts und auf eine erneute Aufwertung der Angestellten hinauslief. Die Änderung wurde dabei zunächst von einem Terminus flankiert, der eher eine Fortschreibung des Bestehenden erwarten ließ. Denn als der DGB-Bundeskongress 1986 eine »Mobilisierungs- und Mitgliedererhaltungskampagne« für Angestellte verabschiedete, wurde der Überwindung des »falschen Bewußtseins« als »Element gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik« pflichtschuldig Reverenz erwiesen.<sup>110</sup> Tatsächlich aber fand dieser Ausdruck erstmals in einem angestelltenpolitischen Leitantrag Verwendung. Noch 1978 war davon die Rede gewesen, man müsse den Angestellten »ihre Interessenkon-

104 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1971, S. 46 (Antragsteil).

105 Vgl. Müller, Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB, S. 405–445.

106 Vgl. Enrico Iannone, Die Kodifizierung des Arbeitsvertragsrechts – ein Jahrhundertprojekt ohne Erfolgsaussicht?, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2009, S. 232–238.

107 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Arbeit darf nicht kaputtmachen. Bundesarbeiterkonferenz '81 des DGB in Osnabrück 3. und 4. Juli 1981. Protokoll, o. O. o. J., sowie ders. (Hrsg.), Zukunft der Arbeit – Zukunft der Arbeiter? Bundesarbeiterkonferenz '85 des DGB in Duisburg-Rheinhausen 31. Mai und 1. Juni 1985. Protokoll, o. O. o. J.

108 Vgl. Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl, S. 186–190.

109 Interessanterweise sah auch Raphael mit Blick auf die Arbeitskonflikte im Jahr 1985 »so etwas wie die Wetterscheide«. Ebd., S. 173.

110 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 13. Ordentlicher Bundeskongress Hamburg 25. bis 30. Mai 1986, o. O. 1986, S. 626 und 629 (jeweils Antragsteil).

flikte als Arbeitnehmer objektiv und realistisch« vermitteln<sup>111</sup>, um sie von ihren gewerkschaftsschädlichen Wunschvorstellungen abzubringen. Der Sache nach war dies ein und dasselbe. Jedoch war mit den Adverbien »objektiv« und »realistisch« ein Anspruch auf soziologisch abgesichertes Wissen einhergegangen.<sup>112</sup> Die Rede vom »falschen Bewußtsein« verwies dagegen auf die marxistische Ideologie, und indem die Antragsteller den Terminus in Anführungszeichen setzten, distanzierten sie sich zugleich von ihm. Für die Operationalisierung der Kampagne spielte das Konzept des »falschen Bewußtseins« denn auch keine Rolle.

Das eigentliche Programm entfaltete sich vielmehr entlang eines modifizierten Problembegriffs. Von besonderen Angestelltenproblemen war zwar schon seit den 1950er-Jahren immer wieder gesprochen worden, doch Mitte der 1980er-Jahre trat der Problembegriff in einer neuen Konstellation in Erscheinung. Er war nun konkreter, differenzierter und ambivalent. Letzteres erwies sich als die entscheidende Neuerung. Denn die Bedeutung der konkreten Realität des Arbeitsplatzes hatte schon der Bundeskongress 1982 betont, während eine Differenzierung der Angestellten nach »Zielgruppen« sogar bereits 1975 diskutiert worden war.<sup>113</sup> Zugleich hatte aber Ende der 1970er-Jahre noch die Auffassung vorgeherrscht, der technische Wandel werde sich auf alle Angestelltengruppen, mithin alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in gleicher Weise auswirken.<sup>114</sup> Erst 1986 las sich das anders: »In der Praxis gewerkschaftlicher Angestelltenarbeit schlagen sich die Probleme des technischen Wandels häufig noch zu pauschal und zu wenig differenziert nieder. Es fehlen konkrete, durchsetzbare Gestaltungsvorschläge [...] als Alternative zur Rationalisierung nach altbekanntem Muster.«<sup>115</sup> Vor allem aber bewerteten die Gewerkschaften nun den technologischen Wandel ambivalent: »[D]urch den Entwurf düsterer Zukunftsbilder lassen sich nur wenige Angestellte dazu bewegen, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Nicht immer erfahren die betroffenen Angestellten Veränderungen als eindeutig negativ.«<sup>116</sup> Der Problembegriff wurde folglich nicht mehr nur einseitig als Bedrohung ausgelegt, sondern ihm wurde eine positive Bedeutung hinzugefügt, die auf Chancen verwies. Durch die Konkretisierung verkürzte sich der zeitliche Horizont gewerkschaftlichen Handelns zudem enorm. Das säkulare Projekt der Bewusstseinsveränderung der Angestellten konnte mit diesem beschleunigten Takt nicht mehr synchronisiert werden und verlor völlig an Bedeutung.

Ja mehr noch: Die Erwartung, sich zu wandeln, ging nun von den Angestellten auf die Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionäre über. So forderte der Bundeskongress sie 1990 auf, sich besser mit den Problemen, Interessen und Wünschen der Angestellten vertraut zu machen, um deren Erwartungen an die Gewerkschaften gerecht zu werden. Hier vollzog sich eine Verdrängung des »Arbeiters« durch den »Ange-

111 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1978, S. 454 (Antragsteil).

112 Der DGB hatte sich mit seinen Automationstagungen gerade im Feld der Angestelltenpolitik frühzeitig gegenüber gesellschaftswissenschaftlicher Expertise geöffnet. Vgl. Müller, Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB, S. 633.

113 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1982, S. 508 (Antragsteil); ders., Protokoll Bundeskongress 1975, S. 271 (Antragsteil).

114 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1978, S. 456 (Antragsteil).

115 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1986, S. 630 (Antragsteil).

116 Ebd., S. 629 (Antragsteil).

stellten« als idealtypischer »Arbeitnehmer«, was sich in der Forderung materialisierte, »daß die Ansprache, Werbung und Betreuung von Angestellten zur Aufgabe von allen Organisationsbereichen des DGB sowie seiner Gewerkschaften wird.«<sup>117</sup> Angestelltenarbeit sollte also zur allgemeinen Gewerkschaftsarbeit werden. Von hier aus war es nur noch ein kleiner argumentativer Schritt, um nun in den Arbeiterinnen und Arbeitern das eigentliche Hindernis zu verorten, das einer Steigerung des Organisationsgrads der Angestellten im Wege stand. In einem ganz konkreten Sinn hatte Lutz Dieckhoff vom IG-Metall-Vorstand bereits 1986 die Arbeiter in die Verantwortung genommen: »Oft ist es das mangelnde Engagement der Arbeiterkollegen im Betrieb, mit der richtigen Ansprache systematisch um die Angestellten zu werben und sie in die betriebliche und örtliche Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen.«<sup>118</sup> Vier Jahre später hob Veronika Keller-Lauscher, Vorstandsmitglied der IG Chemie-Papier-Keramik, das Argument auf eine ideelle Ebene:

»Die Positionen des Sozialpolitischen Programms gehen von einem Selbstverständnis der Beschäftigten aus, die als Lohnarbeiter beschrieben werden. Ich glaube, daß unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sich nicht in diesem Verständnis sehen, sondern sie sehen sich als Mitarbeiter.«<sup>119</sup>

Der DGB müsse daher »von einer Sozialpolitik wegkommen [...], die in wesentlichen Elementen eigentlich eine Benachteiligtenpolitik ist«. Die Gewerkschaften sollten nun für »Freiheit, Hoffnung, Kreativität, Erfolg, Selbstverwirklichung und Blick in die Zukunft« stehen. »Lebhafter Beifall« erscholl am Ende ihrer Rede, während sie vier Jahre zuvor mit ähnlichen Ausführungen noch auf wenig Gegenliebe bei den Delegierten gestoßen war.<sup>120</sup> Diese Zitate sind aus zwei Gründen bemerkenswert. Zum einen erhob Keller-Lauscher mit den Schlagworten »Kreativität« und »Selbstverwirklichung« gerade die den Angestellten zugeschriebene individualistische Haltung, die lange bekämpft worden war, zur Schlüsselkompetenz. Zum anderen lenkte sie den Blick auf die Zukunft als eine »neue Zeit«, in der die Probleme der Vergangenheit nichts mehr gelten sollten.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter waren durch diese Entwicklung faktisch zu einem zu überwindenden Anachronismus verkommen. Eine solche Temporalisierung klang etwa im angestelltenpolitischen Antrag an, den der Bundeskongress 1986 verhandelte: »Mit einer Mitgliederstruktur, die der Beschäftigungsstruktur der frühen 50er Jahre entspricht, wird es dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften in Zukunft immer schwerer fallen, weitere soziale Erfolge für alle Arbeitnehmer zu erzielen.«<sup>121</sup> Angebahnt hatte sich diese kaum verklausulierte Absetzbewegung von den Arbeiterinnen und Arbeitern schon seit 1980, als sich die Stimmen mehrten, die sich für ein Ende der – im umgangssprachlichen Sinne des Wortes – Solidaritätsleistungen der Arbeiterin-

117 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 14. Ordentlicher Bundeskongress Hamburg 20. bis 26. Mai 1990, o. O. 1990, S. 703–704 (Antragsteil), Zitat: S. 703.

118 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1986, S. 551.

119 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1990, S. 189f.

120 Ebd., vgl. ders., Protokoll Bundeskongress 1986, S. 193 und 206.

121 Ebd., S. 628 (Antragsteil).

nen und Arbeiter für die Angestellten aussprachen. Sie sollten nicht länger »stellvertretend« Arbeitskämpfe für die Angestellten ausfechten, sondern letztere hatten sich fortan selbst für ihre Ziele zu engagieren.<sup>122</sup> Zugleich wurden die Angestellten aus dem Wirkungsfeld des Gemeinsamkeitspostulats entlassen. Waren die angestelltenpolitischen Anträge der Jahre 1978 und 1982 noch mit dem Aufruf »Nur gemeinsam werden Angestellte, Arbeiter und Beamte die sozialen Probleme von Gegenwart und Zukunft bewältigen«<sup>123</sup> respektive der Forderung nach der »Schaffung eines einheitlichen Arbeitnehmerstatus«<sup>124</sup> ausgeklungen, fehlte 1986 jedweder emphatische Schlussakkord. Im Grunde war damit auch das Arbeitnehmer- als Konvergenzprojekt zur Disposition gestellt, das darüber hinaus auch seiner normativen Begründungen verlustig gegangen war. Denn mit der Entproblematisierung der »Angestelltenmentalität« gestand der DGB auch stillschweigend ein, dass den Angestellten kein demokratiegefährdendes Potenzial mehr innewohnte. Und mit der Hinwendung zum Individualismus wurden Differenzen nicht mehr als problematisch, sondern als normal wahrgenommen.

Wie ist das zu erklären? Zum einen war die Frage der Demokratiegefährdung durch die unterstellte Anfälligkeit der Angestellten für faschistische Strömungen keine, die auf der Ebene des Arbeitsplatzes oder des Betriebs hinreichend beantwortet werden konnte. Gerade diese Ebene hatte aber im Zuge der Wende hin zum Konkreten den gesellschaftspolitischen Bereich als wichtigen Bezugspunkt verdrängt. Hinzu kam ein Wandel des betrieblichen Miteinanders. Hatten patriarchale Hierarchien noch nach dem Zweiten Weltkrieg Anlass zur Klage gegeben, die Verfassung der Betriebe verhindere eine vollständige Demokratisierung der Gesellschaft, waren spätestens in den 1970er-Jahren kooperative, »flache« Führungsstrukturen in Fabriken und Büros auf dem Vormarsch.<sup>125</sup> Zum zweiten charakterisierten sozialwissenschaftliche Studien Mitte der 1980er-Jahre das Verhältnis der Angestellten zu den Gewerkschaften als »nicht grundsätzlich ablehnend«, wohingegen noch 1975 von einem »distanzierte[n] Verhältnis« die Rede gewesen war.<sup>126</sup> Plötzlich erschienen die noch keiner Gewerkschaft zugehörigen Angestellten wieder als »ein gewaltiges unausgeschöpftes Mitgliederpotential«<sup>127</sup>, das der DGB realistischerweise zu erschließen hoffen konnte. Dafür war man schließlich auch bereit, den ausbleibenden Erfolg auf eigene Fehler, das heißt auf »organisationspolitische Defizite«, zurückzuführen<sup>128</sup>, zumal sich Angestellte auf dem für die Gewerkschaften wichtigsten Feld des Arbeitskamps zu bewei-

122 Vgl. Fehrmann/Metzner, Angestellte und Gewerkschaften, S. 168–169 (Zitat), sowie o. V., Eine halbe Million Angestellte bis zum Jahre 1995, in: Die Quelle 40, 1989, H. 4, S. 241–242.

123 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1978, S. 457 (Antragsteil).

124 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 12. Ordentlicher Bundeskongress Berlin 16. bis 22. Mai 1982, o. O. 1982, S. 511 (Antragsteil).

125 Gleichwohl hielten kleine und mittlere Unternehmen sowie einige Großbetriebe in bestimmten Branchen an der »paternalistischen Sozialordnung« fest. Vgl. Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl, S. 355–418, sowie Heinz Theo Risse, Abhängigkeit und Freiheit, in: Marianne Feuersenger (Hrsg.), Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt am Main 1962, S. 67–90, hier: S. 80.

126 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1986, S. 628 (Antragsteil); ders., Protokoll Bundeskongress 1975, S. 269 (Antragsteil).

127 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1982, S. 508 (Antragsteil).

128 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1986, S. 628 (Antragsteil).

sen begannen. Hatte die Zurückhaltung der Angestellten im Bayernstreik der IG Metall 1954 deren angestelltenpolitische Arbeit auf Jahre hin belastet, konnte Lutz Dieckerhoff 1986 im Rückblick auf den Streik um die Einführung der 35-Stunden-Woche vermelden, »daß in fast allen Betrieben die Angestellten entschlossen und konsequent Seite an Seite mit allen anderen Kolleginnen und Kollegen gekämpft haben«. Dies war keineswegs nur eine positive Randnotiz, denn anders als 1954 hatte der technische Wandel die Angestellten in zentrale betriebliche Positionen gebracht, sodass ihr Mitwirken an Arbeitskämpfen zum entscheidenden Faktor für deren Ausgang wurde.<sup>129</sup> Die Gewerkschaften auf die Anliegen der Angestellten hin auszurichten, ergab sich folglich aus ureigenen Organisationsinteressen.

Das Solidaritätsprojekt ›Arbeitnehmer‹ schien zu einem Ende gekommen zu sein. War es aber auch vollendet? Einige Punkte sprechen tatsächlich dafür: Siegfried Bleicher, IG-Metall-Vorstandsmitglied, verwies 1989 nicht nur auf die »Vermischung der Arbeitsinhalte« von Arbeitern und Angestellten, sondern stellte fest: »Junge und hochqualifizierte Facharbeiter treten der IG Metall inzwischen mit Erwartungen und Verhaltensweisen gegenüber, die stärker den Interessen und dem Auftreten von Angestellten, als denen der Facharbeiter gleichen.«<sup>130</sup> Hier deutete sich also tatsächlich eine Identitätskonvergenz zwischen spezifischen Arbeitergruppen und Angestellten an. Zugleich entspannte sich das Verhältnis des DGB zur DAG deutlich. Hatte Fritz Rück von der IG Druck und Papier die Angestelltengewerkschaft 1956 noch als eine »ziemlich demagogische Konkurrenzorganisation« bezeichnet<sup>131</sup>, näherten sich beide Organisationen seit den 1980er-Jahren so weit an, dass 2001 sogar der Beitritt der DAG zur neu gegründeten Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di unter dem Dach des DGB möglich wurde. Die Angestellten verloren dadurch ein alternatives gewerkschaftliches Identitätsangebot. Dies wiederum ermöglichte dem DGB, die eigene Personengruppenarbeit für die Statusgruppen aufzugeben. Während der Dachverband seine Aktivitäten für Arbeiterinnen und Arbeiter schon 1990 weitgehend einstellte, kamen die Angestellten noch einige Jahre länger in den Genuss einer besonderen gewerkschaftlichen Betreuung.<sup>132</sup> Schließlich schritt aber auch im rechtlichen Bereich die Vereinheitlichung zulasten gesonderter Angestelltenregelungen immer weiter voran. Mitte der 1990er-Jahre wurden die Regelungen zum Kündigungsschutz und zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall vereinheitlicht, 2005 schließlich die Rentenversicherungen fusioniert. Seither erhebt auch die amtliche Statistik nicht mehr den Anteil von Arbeitern und Angestellten.<sup>133</sup>

Gleichwohl zeichnete sich seit Mitte der 1980er-Jahre eine neue Fragmentierung ab, die sich nicht mehr entlang des Statusunterschieds von Arbeitern und Angestellten entfaltete, sondern entlang der zeitlichen Qualität von Arbeitsverträgen. Befristun-

129 Ebd., S. 550f. (Zitat) sowie S. 628 (Antragsteil). Vgl. zudem Müller, Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter, S. 183–187.

130 O. V., Eine halbe Million Angestellte bis zum Jahre 1995, S. 242.

131 DGB-Bundesvorstand, Protokoll Bundeskongress 1956, S. 560.

132 Die satzungsrechtliche Abwicklung der statusgruppenbezogenen »Personengruppen« erfolgte immerhin zeitgleich. Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll 15. Ordentlicher Bundeskongress Berlin 13.–17.6.'94, o. O. 1994, S. 35 (Antragsteil).

133 Vgl. Jürgen Schmidt, Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Frankfurt am Main/New York 2015, S. 27.



gen, Teilzeitarbeit und Leiharbeit schufen neue Randgruppen innerhalb der Arbeitnehmerschaft, während Massenarbeitslosigkeit und Scheinselbstständigkeit Millionen Menschen aus dem Einzugsbereich des Arbeitnehmerstatus herausdrängten.<sup>134</sup> Von fundamentaler Bedeutung war schließlich die Schaffung des europäischen Binnenmarkts, der allein schon deshalb das Solidaritätsprojekt des DGB vor grundlegende Herausforderungen stellte, weil der Arbeitnehmerbegriff ganz und gar auf die bundesrepublikanische Ordnung bezogen war. Dieser sinnstiftende Rahmen weist seit her zahlreiche Lücken und Brüche auf. Interessanterweise war auch die letzte Bundesarbeiterkonferenz, die 1989 stattfand, der Frage gewidmet, wie Solidarität unter den Bedingungen offener Grenzen gewährleistet werden könnte. Große Hoffnungen setzten die Delegierten auf die Schaffung einer »sozialen Dimension« innerhalb des Regelwerks der Europäischen Gemeinschaft. Denn ihnen wurde von Arbeiterinnen und Arbeitern einer lokalen Schuhfabrik das drohende Dilemma vor Augen geführt, das den Gewerkschaften bevorstand: Sollte man die Verlagerung industrieller Fertigungen ins europäische Ausland bekämpfen, um deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter die Beschäftigung zu sichern, oder sie akzeptieren, um Arbeiterinnen und Arbeitern in Südeuropa die Möglichkeit zu geben, ihren kargen Lebensstandard zu verbessern?<sup>135</sup> Hier deutete sich ein Widerspruch zwischen dem etablierten gewerkschaftlichen Solidaritätsprojekt ›Arbeitnehmer‹ und einem sich seit den frühen 1970er-Jahren langsam entwickelnden europäischen Solidaritätsprojekt an, das dem Abbau regionaler Disparitäten in Europa gewidmet war.<sup>136</sup>

Diese Herausforderung, die noch immer besteht, erforderte zwar grundlegende Modifikationen am gewerkschaftlichen Solidaritätsprojekt, ermöglichte aber zugleich dessen Erneuerung und Fortschreibung. Ein neu definierter Arbeitnehmerbegriff ist daher weiterhin als Leitbegriff denkbar. Welche Schwierigkeiten hier im Speziellen die Europäisierung bereithält, zeigt ein Blick in Lutz Raphaels jüngst erschienenes Werk. Er nahm bei seiner Studie zur gesellschaftlichen Entwicklung Westeuropas davon Abstand, den Arbeitnehmerbegriff auf England und Frankreich zu übertragen, und griff stattdessen auf die landessprachlichen Pendanten »working classes« und »classes populaires« zurück.<sup>137</sup> Dennoch bietet es sich geradezu an, das europäische mit dem ge-

134 Vgl. Müller, Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB, S. 733–870, sowie Hromadka, Von den Protoangestellten zur Angestelltengesellschaft, S. 26–28.

135 Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), »Für ein soziales Europa«. 4. Bundesarbeiterkonferenz des DGB Trier 8. und 9. Dezember 1989. Protokoll, Düsseldorf o. J., S. 23, 102–104, 204 und 237. Verständnis für die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter wurde interessanterweise vor allem im Anschluss an den Bericht des spanischen Sozialattachés geäußert. Auch auf den Appell des portugiesischstämmigen DGB-Mitarbeiters Antonio Elias Claudio, »daß wir, die portugiesischen Arbeitnehmer in Portugal, nicht schuldig sind, daß die Unternehmer nach Portugal gehen«, reagierten seine deutschen Kolleginnen und Kollegen mit Solidaritätsbekundungen. Vgl. ebd., S. 110f., 113, 119 (Zitat) und 121f.

136 Vgl. Karin Beckmann, Probleme der Regionalpolitik im Zuge der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes. Eine ökonomische Analyse, Frankfurt am Main 1995, S. 88–100. Im Zuge der Einheitlichen Europäischen Akte wurden 1989 neue Artikel unter dem bezeichnenden Titel »Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt« in den EWG-Vertrag eingefügt. Vgl. ebd., S. 97. Vgl. zudem Julie Anna Braun, Regional Policies & European Integration. From Policy to Identity, Cham 2018.

137 Analytisch gab er gar dem französischen Begriff den Vorzug. Vgl. Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl, S. 29 und 126.



werkschaftlichen Solidaritätsprojekt zu verbinden. Eine Rückbesinnung auf den Internationalismus der frühen Arbeiterbewegung, der bezeichnenderweise im Schlagwort der »internationalen Solidarität« zum Ausdruck gebracht wurde, könnte hier den nationalen Bezugsrahmen des Arbeitnehmerbegriffs normativ durchbrechen. Auf nationaler Ebene wiederum zeichnet sich bereits eine Rückbesinnung auf das Solidaritätsprojekt ab. So entdeckten die DGB-Gewerkschaften in den letzten Jahren Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die aufgrund ihrer prekären Lage allen Grund haben, sich entgegen Keller-Lauschers Einschätzung weiterhin als »Lohnarbeiter« statt als »Mitarbeiter« zu verstehen, als neue Klientel. Die Gewerkschaften vollzogen diesen Schritt wegen des Mitgliederrückgangs, der selbst bei der IG Metall Befürchtungen auslöste, den »Anspruch, alle Arbeitnehmer zu vertreten«, aufgeben zu müssen.<sup>138</sup> Hier zeigt sich die positive Seite des Solidaritätsprojekts: Es verpflichtet die Gewerkschaftsführung auf das »Ganze« der abhängig Erwerbstätigen und zwingt immer wieder aufs Neue zur Integration sozialer Randgruppen.

## VII. Fazit

Solidarität kann im Sinne Eugen Loderers als oberstes Gebot gewerkschaftlicher Arbeit aufgefasst werden, sofern diese Arbeit als Arbeitnehmerpolitik verstanden wird, die auf eine ständige Verallgemeinerung der jeweils hervorragenden Charakteristika einer Beschäftigtengruppe auf alle Beschäftigten hin angelegt ist. Legt man die Entwicklung der Statusgruppen »Arbeiter« und »Angestellte« in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Maßstab zugrunde, so bemühten sich der DGB und seine Gewerkschaften zumeist darum, die Konvergenz beider Gruppen zu katalysieren. Zweifelsohne profitierten Arbeiter und Arbeiterinnen davon, dass sie ein Anrecht auf die rechtlichen Erwerbschaften der Angestellten geltend machen konnten, sobald die Arbeitnehmer-eigenschaft beider Statusgruppen politisch und gesellschaftlich akzeptiert war.<sup>139</sup>

Freilich legt schon Loderers Begriff des »obersten Gebots« nahe, dass Solidarität nicht unmittelbar handlungsleitend für alle Bereiche gewerkschaftlicher Arbeit sein konnte. Immer wieder sah sich das gewerkschaftliche Solidaritätsprojekt etwa mit Machtfragen konfrontiert, gerade wenn es um organisationspolitische Fragen ging. Besonders stark wirkte sich hierbei die Konkurrenz zwischen DGB und DAG um die Vertretung der Angestellten aus. So schuf der DGB seinen Angestelltenmitgliedern zahlreiche Foren, um ihre Interessen öffentlichkeitswirksam zu vertreten. Und während Arbeiter und Arbeiterinnen vom DGB nur noch als »Arbeitnehmer« adressiert wurden, genossen die Angestellten auch sprachpolitisch Privilegien. Den Arbeiterinnen und Arbeitern erwuchsen daraus materielle wie immaterielle Nachteile, ihnen wurde mithin ein Großteil der Konvergenzkosten zugemutet. Gleichzeitig standen ihnen lange keine institutionalisierten Artikulationsmöglichkeiten zur Verfügung, um diesen Sachverhalt überhaupt zu problematisieren. Als sie in den frühen 1970er-

138 Janko Tietz, Revolution von oben, in: Der SPIEGEL, 7.12.2009, S. 88. Vgl. zudem Dorit Meyer, Gewerkschaften und Leiharbeit. Über den aktiven Umgang mit Leiharbeit bei der IG Metall, Bielefeld 2013.

139 Vgl. Prinz, Die Arbeiterbewegung und das Modell der Angestelltenversicherung, S. 459f.

Jahren dann ihre organisationspolitische Gleichstellung durchsetzen konnten, rief dies den Widerstand der Gewerkschaftsspitze hervor. Sie erkannte darin eine Bedrohung des erreichten Konvergenzniveaus und warnte folglich vor einer Entsolidarisierung. Der DGB-Bundesvorstand verfolgte mit seinem Widerstand aber noch einen anderen Zweck: Ihm ging es darum, seinen Führungsanspruch gegenüber der eigenen Basis, die nach wie vor mehrheitlich aus Arbeiterinnen und Arbeitern bestand, zu behaupten. Hier wurde deutlich, wie die Führungsspitze ihren eigenen Machtanspruch mit dem Solidaritätsprojekt verschränkte. Allerdings konnte auch die Schaffung einer gewerkschaftlichen Arbeiterpolitik mit überzeugenden Argumenten als Stärkung des Solidaritätsprojekts begründet werden. Es wäre jedoch voreilig, Solidarität nun lediglich als rhetorische Strategie oder als Grundwert ohne praktischen Belang aufzufassen. Denn die unterschiedlichen Lesarten des Solidaritätsprojekts basierten jenseits der Machtfrage in gegenläufigen branchenspezifischen Erfahrungen, welche die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes andere Schlüsse ziehen ließ als die Industriegewerkschaften.

Solidarität kann als Analysebegriff einen Beitrag zur Historiografie der Gewerkschaften leisten, indem sie einen Gegenstandspunkt zu den einschlägigen Arbeiten der letzten Jahre bietet. Diese Studien, die sich zumeist mit den Angestellten in den Gewerkschaften auseinandersetzten, urteilten aus der Perspektive des Individualismus und befanden sich damit auf dem Standpunkt der Angestelltenpolitik der späten 1980er-Jahre. Begriffe und Argumente finden sich bisweilen wortgleich in den Quellen und in der Forschungsliteratur.<sup>140</sup> Auch wenn dies nicht per se problematisch ist, sollte diese Übereinstimmung doch in der Forschung reflektiert werden, zumal die Angestellten in beiden Fällen deutlich positiver bewertet werden als die Arbeiterinnen und Arbeiter.<sup>141</sup> Mit dem Solidaritätsbegriff lässt sich dieses Urteil korrigieren, auch wenn es freilich nicht bedeuten kann, zu dem pejorativen Angestelltenbild zurückzukehren, das die marxistischen Ansätze noch bis in die 1970er-Jahre hinein gezeichnet hatten.<sup>142</sup>

Der Solidaritätsbegriff kann hier als Korrektiv fungieren, weil er als *Analysebegriff* die kollektive Dimension rehabilitiert, ohne die Dimension des Individuellen prinzipiell zu opfern. Denn der Widerspruch der Adressatinnen und Adressaten von Solidarität gegen die damit verbundenen Konvergenzbestrebungen ist als Möglichkeit immer mitzudenken. Erst dadurch kann das Wechselspiel zwischen jenen beiden Polen in den Blick genommen werden. Die Sensibilität des Solidaritätsbegriffs für Differenzen hängt dabei eng mit der von ihm thematisierten Frage der Identitätspolitik zusammen. Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Gewerkschaftsfunktionäre sind als Akteure eigenen Rechts ernst zu nehmen und analytisch auseinanderzuhalten, um offen für je spezifische Interessen und Handlungsoptionen zu bleiben. Zugleich ist der im Solidaritätsbegriff angelegte Identitätsbegriff nicht auf unveränderliche, »na-

140 Vgl. etwa Haipeter/Bromberg/Slomka, Angestellte als Machtquelle, sowie Wolfgang Schroeder, Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren, in: Afs 44, 2004, S. 243–265.

141 Polemisch: Robert Lorenz, Gewerkschaftsdämmerung. Geschichte und Perspektiven deutscher Gewerkschaften, Bielefeld 2013.

142 Vgl. Ulf Kadritzke, Angestellte – Die geduligten Arbeiter. Zur Soziologie und sozialen Bewegung der Angestellten, Frankfurt am Main/Köln 1975.

türliche« Entitäten festgelegt, sondern folgt der konstruktivistischen Prämisse der kommunikativen Veränderbarkeit von Identitäten.<sup>143</sup> So lassen sich die Verschiebungen des Arbeiter- und Angestelltenbegriffs erfassen, ohne sie normativ bewerten zu müssen. Auch unsolidarisches Handeln ist nicht als verwerflich zu beurteilen, da solidarisches Handeln immer nur eine von vielen möglichen und legitimen Optionen darstellt. Die Entscheidung für oder wider solidarisches Handeln ist nicht zuletzt temporal bestimmt: Solidarität erfährt, wem aktuelles oder künftiges Konvergenzpotenzial zugeschrieben wird. Hierin erweist sich Solidarität als ein »Bewegungsbegriff«.<sup>144</sup>

Es ist aber gerade dieser aus dem Spannungsfeld zwischen individuellem und kollektivem Pol erwachsende Bewegungscharakter, der Solidarität als Praxis in ein kritisches Bezugsverhältnis zur Demokratie setzt. Denn Demokratie kann, zumindest in ihrer parlamentarischen Verfassung, die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger und die damit einhergehende Legitimation divergierender Interessen nicht zur Disposition stellen. Solidarität als Konvergenzkatalysator setzt aber Kräfte frei, die Individualität und Interessendivergenz einem Transformationsdruck unterwerfen. Allerdings kann auch Demokratie nicht völlig ohne Interessenaggregation auskommen, weshalb Demokratie und Solidarität bis zu einem gewissen Grad kompatibel sind. Interessanterweise haben die deutschen Volksparteien Solidarität zu einem ihrer Grundwerte erhoben, streben doch auch sie eine möglichst weitgehende Konvergenz gruppenspezifischer Interessen an. Zugleich stellen sie der Solidarität mit Gerechtigkeit und Freiheit zwei weitere Grundwerte zur Seite.<sup>145</sup> Denn Solidarität verlässt den demokratischen Rahmen, wenn ihr Konvergenzpostulat völlig entgrenzt und absolut gesetzt wird. Solidarität stellt dann keineswegs eine vermeintlich gute Seite einer Diktatur dar, sondern zeichnet sich auch für Zwang verantwortlich, wie das Beispiel des nationalsozialistischen Projekts der »Volksgemeinschaft« zeigte: »Die Lager waren gerade im Nationalsozialismus Orte, in und mit denen der Wandel der Gesellschaft hin zu einer imaginierten, perfekten Ordnung beschleunigt werden sollte.«<sup>146</sup> Diese Beschreibung stimmt mit meiner vorgeschlagenen Solidaritätsdefinition völlig überein, und es fällt schwer, diese Übereinstimmung durch eine Modifikation der Definition zu beseitigen. Denn solange die normative Dimension von Solidarität der Ausgestaltung durch die historischen Akteurinnen und Akteure überlassen wird, entscheidet allein die Frage, ob irgendeine normative Begründung gegeben ist, darüber, ob ihr Handeln als solidarisch oder nichtsolidarisch zu werten ist. Es existiert dann keine übergeordnete, allgemeingültige ethische Revisionsinstanz. Eine solche wäre aber nötig, wollte man den Solidaritätsbegriff für demokratiekompatible Praktiken reservieren und funktionsäquivalente nichtdemokratische Praktiken mit einem anderen Begriff belegen. Intellektuell reizvoller und politisch sinnvoller scheint mir ohnehin, sich auf die Offenheit des Solidaritätsbegriffs einzulassen.

143 Vgl. Bernhard Giesen/Robert Seyfert, Kollektive Identität, in: APuZ 63, 2013, H. 13–14, S. 39–43.

144 Vgl. Reinhart Koselleck, »Neuzeit«. Zur Semantik moderner Bewegungsbegriffe, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1977, S. 300–348, hier: S. 340.

145 Vgl. Hermann-Josef Große Kracht, Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften, Bielefeld 2017, S. 306–318.

146 Michael Wildt/Marc Buggeln, Lager im Nationalsozialismus. Gemeinschaft und Zwang, in: Wildt, *Die Ambivalenz des Volkes*, S. 223–258, hier: S. 258.

CHRISTOPHER SEIBERLICH

## »Ausgleich zu Hause und draußen«

Solidaritätsrhetorik und die Neukonzeption der westdeutschen und schwedischen Außenpolitik in den 1970er-Jahren

Zu Beginn der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung im Mai 1976 in Nairobi (UNCTAD IV) schlug Schwedens Handelsminister Carl Lidbom dramatische Töne an: Die »himmelschreienden sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten«, Unterdrückung, »ein Meer aus Armut und Leid« und eine hochgerüstete Welt bedrohten die gemeinsame Zukunft. Es sei immer augenfälliger geworden, dass »internationale Solidarität« die einzig mögliche Grundlage des menschlichen Überlebens sei. Alle Länder müssten gemeinsam handeln, aber den Industrieländern falle besondere Verantwortung zu, die Ursache zu beheben: die zutiefst ungerechte Verteilung des weltweiten Wohlstands. Wie eine Strategie seiner Meinung nach aussehen könnte, legte Lidbom anhand der Nord-Süd-Politik seines Landes dar: Weitreichendes Entgegenkommen gegenüber Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung – vor allem durch umfangreiche öffentliche Entwicklungshilfe und Vorschläge für die Kompensation von Exporterlösausfällen in Ländern des globalen Südens und für Schuldenerleichterungen – sowie die Anerkennung, dass es sich um gerechtfertigte Forderungen handle. Nun gelte es zu zeigen, »dass wir bereit sind, den Erklärungen internationaler Solidarität Taten folgen zu lassen«.<sup>1</sup>

Lidboms Rede kann in dreifacher Hinsicht als paradigmatisch für die schwedische Regierung unter Olof Palme (1969–1976 und 1982–1986) gelten: Erstens war diese Regierung zu erheblichen Zugeständnissen an Länder des globalen Südens bereit. Zweitens scheute sie sich nicht, das Selbstbild einer progressiven und vorbildlichen Regierung offensiv nach außen zu tragen. Drittens kultivierten mehrere Mitglieder der Regierung einen Sprechstil, der Ähnlichkeiten zur »Neuen Linken« aufweist: moralisierend, pathetischen Formeln nicht abgeneigt. Zentrale Schlagworte waren Gleichheit (*jämlikhet*), Gerechtigkeit (*rättvisa*) und Ausgleich (*utjämning*). Dieser Stil, mit dem üblicherweise Palme assoziiert wird, setzte sich deutlich von der Vorgängerregierung unter Palmes politischem Ziehvater Tage Erlander ab und war eingebettet in einen tief greifenden Wandel der schwedischen Außenpolitik: Die »aktive Neutralitätspolitik« des Kabinetts Palme begnügte sich nicht länger mit zurückhaltender Vermittlung. Sie transzendierte Themen und Logiken des Ost-West-Konflikts, indem sie neue Felder wie die Menschenrechtspolitik aufgriff und sich verstärkt Ländern des globalen Südens zuwandte.<sup>2</sup>

1 Handelsminister Lidboms anförande inför FN:s konferens om handel och utveckling (UNCTAD IV) i Nairobi den 6 maj, in: Utrikesfrågor. Offentliga dokument m. m. rörande viktigare svenska utrikesfrågor 1976, Stockholm 1977, Nr. 6, S. 49. Das erste Zitat: ebd., S. 44. Alle Quellen aus den Utrikesfrågor (Uf) werden im Folgenden unter Angabe eines Kurztitels, des Jahres, der Nummer im Band und gegebenenfalls der Seitenzahl belegt. Alle schwedischen Zitate wurden vom Verfasser übersetzt.

2 Vgl. zum Beispiel Ulf Bjereld/Alf W. Johansson/Karl Molin (Hrsg.), *Sveriges säkerhet och världens fred. Svensk utrikespolitik under kalla kriget*, Stockholm 2008.

Lidbom begann und beendete seine Rede mit Argumenten, in deren Zentrum »Solidarität« stand, die für ihn Werthorizont, Lösungsansatz und Begründung zugleich war. Der Gehalt von »Solidarität« kann dementsprechend vielgestaltig sein, so suggestiv einleuchtend die Vokabel auch erscheint.<sup>3</sup> Als Kernbegriff der Sozialdemokratie ist »Solidarität« eine emphatisch aufgeladene Formel, die vor allem mit der Emanzipation der Arbeiterklasse oder der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats assoziiert wird.<sup>4</sup> Grundsatztexte wie das Godesberger Programm aus dem Jahr 1959 nannten »Solidarität« zwar auch als außenpolitisches Motiv, aber darüber hinaus blieb sie in der außenpolitischen Argumentation der SPD zunächst randständig. Im Gründungsdokument schwedischer Entwicklungspolitik, der »Proposition 100« aus dem Jahr 1962, nimmt »Solidarität« einen zentralen Platz ein, aber auch in Schweden scheint sie im außenpolitischen Diskurs seit den späten 1960er-Jahren an Bedeutung gewonnen zu haben.<sup>5</sup>

Von diesen Beobachtungen ausgehend, schlüsselt dieser Aufsatz unterschiedliche Facetten der Solidaritätsrhetorik anhand der sozialdemokratisch geführten Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und Schwedens in den 1970er-Jahren auf. Er argumentiert, dass sich erhebliche Teile des Wandels linker Außenpolitik in der Solidaritätsrhetorik spiegelten. Befördert und gerahmt durch die Dekolonisierung, neue Bedingungen im Ost-West-Konflikt und Neue soziale Bewegungen transponierten linke Regierungen seit den 1960er-Jahren Konzepte wie »Solidarität« in außenpolitische Argumentationen. Die Präsenz und der Gehalt von »Solidarität« änderten sich hierdurch merklich. Die schwedische und die westdeutsche Regierung nahmen im Herbst 1969 innerhalb von zwei Wochen ihre Arbeit auf, beobachteten sich genau und gestalteten die Außenpolitik ihrer Länder grundlegend neu. Die Regierungschefs Willy Brandt und Olof Palme waren sich freundschaftlich verbunden, tauschten sich regelmäßig aus und arbeiteten seit Mitte der 1970er-Jahre in der Sozialistischen Internationale (SI) und in der von Brandt geleiteten Nord-Süd-Kommission eng zusammen.<sup>6</sup> Gleichzeitig sind die Regierungen gute Kontrastfolien: Dem allianzfreien Schweden steht das NATO- und EWG-Mitglied Deutschland gegenüber und während Brandt der erste Bundeskanzler der SPD war, regierte die SAP (»Sveriges socialdemokratiska arbetarepartiet«) seit den 1930er-Jahren durchgehend. Anders als die SPD in der sozial-liberalen Koalition konnte die SAP allein regieren, bis 1970 mit absoluter Mehrheit und bis 1976 in einer Minderheitsregierung. Beide Regierungen teilten die

3 Für eine Diskussion und unterschiedliche Perspektiven auf den Solidaritätsbegriff vgl. Kurt Bayertz (Hrsg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998.

4 Zur Geschichte des Solidaritätsbegriffs und zur Verwendung durch andere Gruppen vgl. die Beiträge in diesem Band.

5 Vgl. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1959; Kungl. Maj:ts proposition nr. 100 år 1962 (Proposition 100). Vgl. Bo Södersten, Sweden. Towards a Realistic Internationalism, in: Cranford Pratt (Hrsg.), *Internationalism under Strain. The North-South Policies of Canada, the Netherlands, Norway, and Sweden*, Toronto/Buffalo etc. 1989, S. 155–192, hier: S. 157.

6 Vgl. Willy Brandt/Bruno Kreisky/Olof Palme, *Briefe und Gespräche. 1972 bis 1975*, Frankfurt am Main/Köln 1975; Jan Tinbergen (Hrsg.), *Der Dialog Nord-Süd. Informationen zur Entwicklungspolitik*, Frankfurt am Main/Köln 1977; Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Hrsg.), *Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission*, Köln 1980.

Annahme, Antworten auf eine sich schnell und grundlegend verändernde Welt finden zu müssen, wenngleich ihre Lösungsansätze divergierten. Der Wandel manifestierte sich ihrer Ansicht nach insbesondere in der Entspannungspolitik, dem Bedeutungsgewinn der Nord-Süd-Beziehungen und der Zunahme weltweiter »Interdependenz«.<sup>7</sup>

»Solidarität« als Linse eröffnet den Blick auf drei gewichtige Verschiebungen in der Außenpolitik linker Regierungen in den 1970er-Jahren: Erstens werden Konzepte für das internationale Zusammenleben in einer als interdependent verstandenen Welt deutlich; sei es in der Stärkung oder Schaffung von Kooperationsformen unter Gleichgestellten oder sei es in der Suche nach neuen Partnern im globalen Süden. Zweitens kann nachvollzogen werden, wie die Regierungen ihre Rolle in der internationalen Gemeinschaft entwarfen und dabei Begriffe von Frieden und Stabilität entwickelten, die um soziale und wirtschaftliche Dimensionen erweitert wurden. Drittens lässt sich zeigen, wie tradierte sozialdemokratische Vorstellungen auf die postkoloniale Welt übertragen und moralisch fundierte Argumente in die Außenpolitik eingebettet wurden. Das gilt beispielsweise für die Parallelisierung von Sozialdemokratie beziehungsweise Arbeiterbewegung und emanzipatorischen Bewegungen im globalen Süden. Die Regierungen verliehen ihrer außenpolitischen Rhetorik dadurch eine spezifisch linke Prägung.

In der Forschung zur Außenpolitik wurde der Solidaritätsbegriff der Akteure bisher häufig recht unkritisch als Analysekategorie übernommen.<sup>8</sup> In Bezug auf die Regierung Palme stand er in der Regel für eine umfangreiche und progressive Entwicklungspolitik und den Einsatz für Forderungen des globalen Südens in den Vereinten Nationen. Ebenso wie die Kritik an den USA und der Sowjetunion und eine entstehende Menschenrechtspolitik galt »Solidarität« als Signum der »aktiven Außenpolitik« dieser Regierung, die auf Druck aus der Bevölkerung reagiert habe.<sup>9</sup> Die Forschung zur Bundesrepublik hat »Solidarität« als Argument der Außenpolitik bisher

7 Zum Topos der »Interdependenz« vgl. Martin Deuerlein, *Das Zeitalter der Interdependenz. Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren*, Göttingen 2020.

8 Vgl. Tor Sellström, *Sweden and National Liberation in Southern Africa*, Bd. 2: *Solidarity and Assistance 1970–1994*, Uppsala 2002. Trotz des konstruktivistischen Ansatzes gegenüber »Neutralität« gilt das auch für Christine Agius, *The Social Construction of Swedish Neutrality. Challenges to Swedish Identity and Sovereignty*, Manchester/New York 2006, zum Beispiel S. 90, 106 und 115; Cranford Pratt, *Humane Internationalism. Its Significance and Its Variants*, in: ders., *Internationalism under Strain*, S. 3–23, hier: S. 19–21; Ann-Marie Ekengren, Olof Palme och utrikespolitiken. Europa och Tredje världen, Umeå 2005; Ole Elgström, *Socialdemokratin och den internationella solidariteten*, in: Bo Hult/Klaus Misgeld (Hrsg.), *Socialdemokratin och svensk utrikespolitik. Från Branting till Palme*, Stockholm 1990, S. 143–157; Birgitta Silén, *Uppdrag Solidaritet. Arbetarrörelsen och Södra Afrika 1960–1994*, Stockholm 2007; zur Bundesrepublik vgl. zum Beispiel Michael Vössing, *Humanitäre Hilfe oder Interessenpolitik. Die Institutionalisierung der westdeutschen humanitären Hilfe während des Vietnamkriegs (1965–1973)*, Göttingen 2018, S. 48–59. Eine Ausnahme bildet Carl Marklund, *Double Loyalties? Small-State Solidarity and the Debates on New International Economic Order in Sweden during the Long 1970s*, in: *Scandinavian Journal of History* 45, 2020, S. 384–406.

9 Vgl. Södersten, *Sweden*, S. 174. Innerhalb Europas und vor allem im KSZE-Prozess verfolgte die Regierung hingegen eine dezidiert »realpolitische« Linie. Vgl. Aryo Makko, *Ambassadors of Realpolitik. Sweden, the CSCE and the Cold War*, New York/Oxford 2016, S. 3–5.



kaum beachtet.<sup>10</sup> Sie galt im Wesentlichen als nachgeordnetes Motiv der Entwicklungspolitik oder als Argument sozialer Bewegungen, das – wenn überhaupt – nur zögerlich in die Außenpolitik übernommen wurde.<sup>11</sup> Innerhalb dieser Gruppen lasse sich in den 1960er-Jahren ein semantischer Wandel feststellen, der internationale Bewegungen als Empfänger von »Solidarität« an die Stelle des Proletariats im eigenen Land gesetzt habe.<sup>12</sup>

Über diese Forschungen hinausgehend historisiert dieser Aufsatz den Solidaritätsbegriff in der Außenpolitik sozialdemokratisch geführter Regierungen und analysiert dadurch deren außenpolitische Neukonzeptionen. Darüber hinaus trägt er zur Diskussion über den Formenwandel der Außenpolitik in den 1970er-Jahren bei – insbesondere zur Einbindung von Moral als politischem Argument.<sup>13</sup> Da »Solidarität« durch ihre elementare Bedeutung für die politische Linke Gefahr läuft, zu einer Floskel zu verkommen, wird nicht jede Solidaritätsbekundung untersucht, sondern nur solche Argumentationen mit »Solidarität«, aus denen sich konkretes Handeln oder dezidierte Forderungen ableiteten. Deren Aufschlüsselung zeigt, wie die Regierungen ihre Außenpolitik präsentierten und was in der regierungsinternen Strategiebildung anschlussfähig war. Neben der Position von »Solidarität« im außenpolitischen Diskurs werden auch die Auswirkungen dieser Rhetorik auf das Regierungshandeln und die Umgestaltung der Außenpolitik beachtet. Dieser Aufsatz verwendet »Solidarität« durchgehend als Quellenbegriff und versteht sie als argumentative Figur, deren Inhalt nicht selbstverständlich festgelegt, sondern kontextgebunden zu erschließen ist. Als konzeptionell verdichtete Verwendungsweisen lassen sich drei zentrale Topoi hervorheben: Partnerschaftliche Solidarität; paternalistische Solidarität; Solidarität als soziale Gerechtigkeit zu Hause und in der Welt. Diese Topoi überschneiden sich mit den drei zentralen Befunden, wenngleich sie sich nicht völlig decken. So sind sowohl

10 Für die DDR vgl. Detlev Brunner, DDR »transnational«. Die »internationale Solidarität« der DDR, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2015, S. 64–80.

11 Christoph Kalter, Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt am Main/New York 2011; Bastian Hein, Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974, München 2006; Wilfried Mausbach, Von der »zweiten Front« in die friedliche Etappe? Internationale Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik 1968–1983, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 423–444; Dorothee Weitbrecht, Aufbruch in die Dritte Welt. Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2012; Mai Palmberg (Hrsg.), När södra Afrikas frihet var vår. Afrikagrupperna 1964–1994, Stockholm 2007.

12 Vgl. Frank Bösch, Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken, in: ders./Caroline Moine/Stefanie Senger (Hrsg.), Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018, S. 7–34, hier: S. 10f.

13 Vgl. Habbo Knoch/Benjamin Möckel, Moral History. Überlegungen zu einer Geschichte des Moralischen im »langen« 20. Jahrhundert, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 14, 2017, H. 1, S. 93–111; David Kuchenbuch, Die »Eine Welt«, in: Frank Reichherzer/Emmanuel Droit/Jan Hansen (Hrsg.), Den Kalten Krieg vermessen. Über Reichweite und Alternativen einer binären Ordnungsvorstellung, Berlin 2018, S. 75–92; Jan Eckel/Samuel Moyn (Hrsg.), Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren, Göttingen 2012.



die partnerschaftliche als auch die paternalistische Solidarität Versuche, mit einer Weltlage umzugehen, die als im Wandel begriffen wahrgenommen wurde. Konzepte des guten internationalen Zusammenlebens zeigen sich am deutlichsten im Abschnitt zur paternalistischen Solidarität, während der letzte Teil die Transponierung sozialdemokratischer Konzepte in die Außenpolitik und die Verschränkung von Innen- und Außenpolitik vor Augen führt.

## I. Partnerschaftliche Solidarität

### NATO und Europäische Gemeinschaften

Die Außenpolitik der sozial-liberalen Regierung richtete ihren Blick zunächst nach Westen. Dementsprechend dominierte »Solidarität« unter Partnern und Verbündeten innerhalb der NATO und der Europäischen Gemeinschaften (EG) ihre Rhetorik. Die NATO-Solidarität galt nicht nur als »Basis der Entspannungspolitik«<sup>14</sup> und sollte das Zustandekommen der Ostverträge ermöglichen, sondern sie wurde – mit Blick auf die USA – als »Kern unserer Sicherheit«<sup>15</sup> verstanden, auch wenn die Rücksichtnahme auf die USA der Bundesregierung gerade gegen Ende der 1970er-Jahre nicht immer behagte.<sup>16</sup>

Darüber hinaus diente »Solidarität« unter Gleichgestellten als Begründung ganz unterschiedlicher Maßnahmen nach innen wie nach außen: Die USA sollten mit Hinweis auf das deutsche Entgegenkommen durch die mehrfache Aufwertung der D-Mark zu währungspolitischen Zugeständnissen bewegt, Maßnahmen zur europäischen Preisstabilität sollten im eigenen Land gerechtfertigt und das Vorgehen der NATO-Staaten, beispielsweise in den Vereinten Nationen, sollte abgestimmt werden.<sup>17</sup> Die Bündnispartner ermahnten sich untereinander mit Bezug auf »Solidarität« zu Zurückhaltung in Stellungnahmen, um keine überzogenen Erwartungen zu wecken. Selbstverständlich konnte diese Strategie an festgefahrenen Meinungsunterschieden scheitern.<sup>18</sup>

14 Zum Beispiel Aufzeichnung des Botschafters Roth, 17.5.1973, in: Akten zur Auswärtigen Politik Deutschlands 1973, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 2004, Nr. 144, S. 708. Bände dieser Reihe werden im Folgenden als AAPD und unter Angabe der Jahreszahl abgekürzt.

15 Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung, 17.1.1980, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll, 8/196, S. 15581.

16 Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt, 2.6.1980, in: AAPD 1980, Nr. 166, S. 875; Klaus Wiegrefe, Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005.

17 Vgl. Bundeskanzler Brandt an Präsident Nixon, 9.2.1973, in: AAPD 1973, Nr. 44, S. 219; Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung, 18.1.1973, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll, 7/7, S. 125; Bundeskanzler Schmidt an Premierminister Wilson, 12.11.1975, in: AAPD 1975, Nr. 340, S. 1590.

18 Vgl. zum Beispiel Botschafter Lebsanft, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt, 6.11.1973, in: AAPD 1973, Nr. 360, S. 1757–1760; Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou in Paris, 26.11.1973, in: AAPD 1973, Nr. 390, S. 1896; Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Schirmer, 13.10.1977, in: AAPD 1977, Nr. 282, S. 1373; Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von der Gablentz, 20.5.1977, in: AAPD 1977, Nr. 124, S. 639. Vgl. auch Rüdiger Graf, Die Bundesrepublik in der Welt des Öls. Internationale Zusammenhänge der Energie- und Souveränitätspolitik in den

»Solidarität« wurde aber zumeist bemüht, um ein Entgegenkommen der Partner zu erwirken. Bemerkenswerterweise wurde »Solidarität« hervorgehoben, obwohl sie in vertraglich geregelten Bündnissen höchstens als Bestärkung, nicht aber als Begründung verwendet wurde.<sup>19</sup>

Die ostentative »Solidarität« unter NATO- oder EG-Mitgliedern konnte also sowohl Partner mobilisieren als auch eigene Spielräume einschränken. Die vermeintliche Einschränkung von Handlungsspielräumen durch die NATO-Mitgliedschaft wird auf Regierungsebene am Beispiel der Beziehungen zur griechischen Militärdiktatur besonders deutlich. Nach dem Militärputsch in Griechenland im Jahr 1967 entstand in der Bundesrepublik eine Arbeitsgemeinschaft aus SPD-Mitgliedern, Gewerkschaften, der Friedrich-Ebert-Stiftung und in Deutschland aktiven griechischen Organisationen. Gleichzeitig versuchten Gewerkschafter wie Max Diamant und einzelne Sozialdemokraten wie Horst Ehmke in Zeiten der Großen und der sozial-liberalen Koalition, Einfluss auf die Regierung zu nehmen. Meist waren solche Versuche nicht von Erfolg gekrönt.<sup>20</sup> Selbst Willy Brandt, der den Ruf genoss, sich innerhalb der Regierung – beispielsweise für die Ausstellung von Pässen für ausgebürgerte griechische Oppositionelle – überdurchschnittlich engagiert zu haben, hielt sich eher zurück. Insbesondere militärische Interessen und die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands verhinderten ein offensives Vorgehen gegen die Junta oder die Unterstützung von Initiativen, die Druck ausüben wollten, wie beispielsweise die der nordischen Staaten im Europarat.<sup>21</sup> Partnerschaftliche »Solidarität« und damit die Zurückhaltung gegenüber einer verbündeten Regierung privilegierte institutionell einen kleinen Kreis an Solidaritätsempfängern anstelle einer internationalistisch gedachten »Solidarität« oder der Unterstützung von Oppositionellen.

Auf gänzlich andere Weise konnte die zugeschriebene »Solidarität« der Europäischen Gemeinschaften die schwedische Regierung einschränken. In einem Artikel in »Le Monde diplomatique« legte Außenminister Krister Wickman im November 1971

---

1970er Jahren, in: *Sonja Levens/Cornelius Torp* (Hrsg.), *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte*, Göttingen 2016, S. 107–123, hier: S. 120f.

19 Vgl. zur Vertragssolidarität schon *Émile Durkheim*, *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1992 (zuerst frz. 1893). Zum Verständnis der Bundesregierung von militärischer Bündnissolidarität vgl. Weißbuch 1975/1976. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, hrsg. v. Bundesminister der Verteidigung, [Bonn] 1976, S. 7.

20 Vgl. Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung: *Solidarität und Widerstand. Deutsch-griechische Beziehungen während der griechischen Militärdiktatur 1967–1974*, Bonn 2017; Philipp Rock, *Macht, Märkte und Moral. Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2009, S. 46–119; Eberhard Rondholz, *Die Junta und die Deutschen. Zwischen Realpolitik und Solidarität – Eine Bilanz 50 Jahre nach dem Putsch*, in: *Hellenika. Jahrbuch für griechische Kultur und deutsch-griechische Beziehungen* 12, 2017, S. 20–47. Für ähnliche Beobachtungen zu Chile und Spanien vgl. Philipp Kufferath, *Peter von Oertzen. 1924–2008. Eine politische und intellektuelle Biografie*, Göttingen 2017, S. 460–462.

21 Vgl. Kristine Kjærsgaard, *Confronting the Greek Military Junta. Scandinavian Joint Action under the European Commission on Human Rights, 1967–70*, in: *Poul Villaume/Rasmus Mariager/Helle Porsdam* (Hrsg.), *The »Long 1970s«. Human Rights, East-West Détente, and Transnational Relations*, London/New York 2016, S. 51–69.

dar, dass eine Solidarität der Europäischen Gemeinschaften, die bis in die Ausgestaltung der Außenpolitik reiche und sich von militärischer Zusammenarbeit nicht klar trennen lasse, für ein neutrales Land wie Schweden undenkbar sei. Diese Solidarität lasse daher nicht zu, dass Schweden Mitglied der Europäischen Gemeinschaften werde. Entsprechend scheiterten die Verhandlungen über einen Beitritt Schwedens an Sorgen vor Einschränkungen der Neutralität und der Währungspolitik im Zuge des Werner-Plans für eine Währungsunion und des Davignon-Berichts, der die Grundlage für die Schaffung der »Europäischen Politischen Zusammenarbeit« bildete.<sup>22</sup> Die Dimension der partnerschaftlichen »Solidarität« war in Schweden deutlich schwächer ausgeprägt, was angesichts der Allianzfreiheit kaum verwundert. Nur in Einzelfällen nahmen die nordischen Länder eine ähnliche Rolle für Schweden ein wie die NATO oder die EWG für die Bundesrepublik.

### *Verbraucherländer und die »Solidarität« anderer als Bedrohung*

Im Zuge der ersten sogenannten Ölkrise beschworen die Rohstoffimporteure ihre »Solidarität« mit dem Ziel, eine einheitliche Haltung gegenüber der OPEC und der Gruppe der 77 und dadurch eine vermeintlich bessere Verhandlungsposition zu erreichen als in bilateralen Abkommen. Die Solidaritätsrhetorik sollte Kooperation und gegenseitige Zugeständnisse befördern sowie verhindern, dass die Erdölexporteure die Verbraucherländer gegeneinander ausspielten. So sollte eine vertraglich nicht abgesicherte Interessengemeinschaft stabilisiert werden. Für die USA und die Bundesrepublik bildete die »Verbrauchersolidarität« die Vorbedingung für einen möglichen Dialog in Ölfragen. Solange diese nicht gewährleistet sei, sei man nicht bereit, in Verhandlungen mit ölexportierenden Staaten zu treten.<sup>23</sup> Ironischerweise regte US-Außenminister Henry Kissinger, der die »Solidarität« unter Ländern des globalen Südens vehement kritisierte, einen »Solidaritätsfonds« unter Verbraucherländern an, um finanzielle Engpässe durch garantierte gegenseitige Kredite überbrücken zu können.<sup>24</sup> Kissinger invertierte damit den Solidaritätsbegriff des globalen Südens, mit dem Ziel, die eigenen Interessen und die US-Dominanz in der Weltwirtschaft zu verteidigen.<sup>25</sup>

Ebenso wie die »Solidarität« mit Gleichgesinnten Ressourcen mobilisieren oder außenpolitisches Handeln legitimieren sollte, konnte die »Solidarität« anderer zum

22 Krister Wickman, Sveriges neutralitetspolitik är också en europeisk politik, in: *Le Monde diplomatique*, November 1971, zit. nach: *Uf* 1971, Nr. 13, S. 70–73. Zum Nicht-Beitritt Schwedens vgl. Ekengren, Olof Palme och utrikespolitiken, S. 144–150.

23 Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirektors van Well, 9.12.1974, in: AAPD 1974, Nr. 358, S. 1591f.; Kabinetttvorlage des Auswärtigen Amts, 8.9.1975, in: AAPD 1975, Nr. 264, S. 1234.

24 Vgl. Ministerialdirektor Hermes, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt, 29.9.1974, in: AAPD 1974, Nr. 285, S. 1247; Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hiss, Bundeskanzleramt, 29.11.1974, in: AAPD 1974, Nr. 344, S. 1527; Aufzeichnung des Ministerialdirektors van Well, 16.12.1974, in: AAPD 1974, Nr. 376, S. 1659; Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dohms, 20.1.1975, in: AAPD 1975, Nr. 8, S. 41 und 44.

25 Ähnliches lässt sich für »Interdependenz« und die Neue Weltwirtschaftsordnung feststellen. Vgl. Deuerlein, *Das Zeitalter der Interdependenz*, und Nils Gilman, *The New International Economic Order. A Reintroduction*, in: *Humanity* 6, 2015, S. 1–16, hier: S. 7.

Bedrohungsszenario stilisiert werden, auf das reagiert werden musste. Die Bundesregierung leitete hieraus vor allem in zwei Situationen Konsequenzen ab: im Vorfeld des Beitritts zu den Vereinten Nationen 1973 und infolge des Ölpreisschocks und des daraus resultierenden Nord-Süd-Dialogs. Vor der Aufnahme in die UNO hatten afrikanische Staaten eine Wende in der westdeutschen Afrikapolitik, vor allem mit Blick auf das portugiesische Kolonialreich und Südafrika, gefordert und gedroht, gegen die Aufnahme zu stimmen, sollte der Kurs nicht korrigiert werden. Ministerialdirektor Günther van Well befürchtete, dass der Bundesrepublik später bei eigenen Anliegen Probleme erwachsen könnten, da die afrikanischen Länder nicht nur über ein Drittel der Stimmen in der Generalversammlung verfügten, sondern auch als Gruppe am »solidarischsten« handelten.<sup>26</sup> Daher sah sich die Bundesregierung gedrängt, Konzessionen in Aussicht zu stellen und ihren guten Willen zu bekunden. Allerdings beschränkten sich die Maßnahmen der Bundesregierung im Wesentlichen auf Absichtserklärungen. Auch in Fragen der Ölpolitik und der Neuen Weltwirtschaftsordnung fürchtete die Bundesregierung die emphatisch bekundete »Solidarität« unter den OPEC-Ländern beziehungsweise den Ländern des globalen Südens. Je geschlossener diese aufträten, umso durchschlagskräftiger seien sie und umso notwendiger sei eine abgestimmte und einheitliche Politik der westlichen Verbraucherländer.

Das sogenannte Dittmann-Papier aus dem Jahr 1974, ein umfassender Entwurf für Leitlinien der westdeutschen Haltung in Fragen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, ging darüber noch hinaus. In ihm folgte der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt, Heinz Dittmann, aus »dem politisch engagierten und solidarischen Vorgehen der Entwicklungsländer«, dass man nicht nur in der EG und mit westlichen Industriestaaten wie Japan und den USA geschlossener vorgehen müsse, sondern dass man »auch Kontakte mit den sozialistischen Ländern in geeigneten Fällen nicht ausschließen« sollte. Trotz der öffentlichen Kritik, die sozialistischen Länder würden sich in Nord-Süd-Fragen nicht ausreichend engagieren, förderte die vermeintliche Bedrohung aus dem Süden eine mögliche Interessengemeinschaft zutage, die indirekt die Ostpolitik verstärkte. Solche Deutungen konnten aber auch dem Nachdenken über eine engere europäische Zusammenarbeit Auftrieb verleihen. Unabhängig von einer möglichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern bedürfe es einer systematischen Konzeption im eigenen Lager, am besten im Rahmen der »Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung« (OECD).<sup>27</sup>

Die schwedische Regierung deutete die »Solidarität« der südlichen Länder nicht als Bedrohung, wertete sie aber als Faktor, den es in die eigene Strategie miteinzubeziehen galt. Vor den Vereinten Nationen begrüßte Außenminister Wickman die Einigkeit der »Dritten Welt«, weil sie deren Verhandlungsposition stärke.<sup>28</sup> In internen Pa-

26 Aufzeichnung des Ministerialdirektors van Well, 25.1.1973, in: AAPD 1973, Nr. 23, S. 126.

27 Vgl. zum Beispiel Aufzeichnung des Ministerialdirektors van Well, 22.11.1974, in: AAPD 1974, Nr. 340, S. 1510; Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lautenschlager, 16.9.1975, in: AAPD 1975, Nr. 270, S. 1257–1262; Deutsche Haltung zur Erklärung und zum Aktionsprogramm über die Erwirtschaftung einer neuen Weltwirtschaftsordnung (im Folgenden: Dittmann-Papier), 21.11.1974, Bundesarchiv Koblenz (BArch), B 213/17195, S. 6.

28 Vgl. Anförande av utrikesministern den 28e september inför FN:s generalförsamling, in: Uf 1971, Nr. 11, S. 65; Sveriges uppträdande vid FN:s extra generalförsamling 1975. Interdepartementalt arbetspapper, 3.6.1975, Riksarkiv Stockholm (SE/RA), SE/RA/1218/04/F 5/272, S. 3.

pieren aus dem Jahr 1975 mahnte ein entwicklungspolitisches Sachverständigengremium Vorsicht bei der Priorisierung der ärmsten und am stärksten von den Ölpreiserhöhungen betroffenen Länder an. Diese sei notwendig, solle aber vorsichtig umgesetzt werden, damit die Neuausrichtung nicht als Versuch angesehen werde, die südlichen Länder zu spalten.<sup>29</sup> Die Bundesregierung strebte hingegen, wenn nicht nach einer Spaltung, so zumindest danach, die vom Ölpreisschock besonders betroffenen Länder des Südens dazu zu bewegen, von den ölexportierenden Ländern Hilfen einzufordern.<sup>30</sup>

Gleichzeitig präsentierte die Bundesregierung weltwirtschaftliche und handelspolitische Maßnahmen gerne als Ausweis ihrer »Solidarität«. So sei der Einsatz für eine funktionierende Weltwirtschaft sowie für Preis- und Währungsstabilität ein viel grundlegenderer und effektiverer Akt der »Solidarität« als das krampfhaftes Festhalten an prozentualen BIP-Anteilen für Entwicklungshilfe, da Handel gefördert, Inflation bekämpft und Planungssicherheit gewährleistet werde.<sup>31</sup> Der Solidaritätsbegriff der Bundesregierung orientierte sich also an den Strukturen des weltwirtschaftlichen Zusammenlebens.

Andere Stimmen in der Bundesregierung und der SPD warnten vor zu scharfer Kritik an den Ländern des globalen Südens und einer Blockade von Gesprächen. Im Zuge des ersten Ölpreisschocks verglich Entwicklungsminister Erhard Eppler in einem ZEIT-Artikel den Druck vonseiten der »Ölländer« mit der Bildung von Gewerkschaften und distanzierte sich zumindest implizit davon, die OPEC als Kartell zu diffamieren.<sup>32</sup> Die Länder des globalen Südens hätten jahrzehntelang hinnehmen müssen, dass sich ihre Terms of Trade verschlechterten. Man könne zwar »bedauern«, dass die »Ölländer« die Abhängigkeit der Industriestaaten ausnutzten, »[e]in Grund zum Moralisieren ist es nicht«. Vielmehr sei zu erwarten, dass sich die Entwicklung jenseits der Ölfrage fortsetze, wodurch sich die Bedingungen der internationalen Politik verändern würden: »Interdependenz war bislang ein Schlagwort für Sonntagsreden. Jetzt wird sie Realität.« Nun werde sich zeigen, »ob es zu einer wirklichen Partnerschaft

29 Vgl. biståndspolitiska utredning, Kap. 7: En svensk u-landspolitik, 25.11.1975, SE/RA/323094/~10, S. 11.

30 Vgl. Dittmann-Papier, S. 7. Bundesentwicklungsminister Offergeld bezweifelte, dass die Folgen des ersten Ölpreisschocks die Länder des Südens spalten würden. Entschiedenere Angebote zur Zusammenarbeit vonseiten der Industriestaaten in den Nord-Süd-Beziehungen hätten mehr Chancen, die divergierenden Interessen im globalen Süden offenzulegen. Offergeld an Schmidt, 21.2.1979, BArch, B 213/27978. Für Kritik am Versuch, die »Entwicklungsländer« zu spalten, vgl. zum Beispiel Uwe Holtz, Rohstoffe und Entwicklung, in: Die Neue Gesellschaft 21, 1974, S. 658–663, hier: S. 662.

31 Vgl. zum Beispiel Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung, 17.12.1976, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll, 8/6, S. 115; Genscher über das zweite Lomé-Abkommen, zit. nach: Dritte Welt. Materialien zur Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Auswärtigen Amt, Berlin 1984, S. 168.

32 Vgl. Erhard Eppler, Ölkrise und Entwicklungshilfe, in: Die ZEIT, 28.12.1973. Zu den Kartellvorwürfen vgl. zum Beispiel AL 2 und AL 4 an BK Schmidt. Betr.: Ihr beabsichtigtes Schreiben an Präsident Carter zur Darstellung unserer Haltung im Nord-Süd-Dialog, 17.2.1977, BArch, B 136/14901, S. 4. Das Schreiben an Carter wurde unter anderem nicht abgeschickt, um die Beziehungen innerhalb der EG nicht zu belasten. Vgl. Ruhfus an Schmidt, Betr.: Ihr beabsichtigtes Schreiben an Präsident Carter zur Darstellung unserer Haltung im Nord-Süd-Dialog, 18.2.1977, BArch, B 136/14901.

zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern kommt«. Die Solidarität unter den Ländern des globalen Südens, die Epplers Regierungskollegen als Bedrohung ausmalten, hänge auch davon ab, ob man durch Beharren auf den eigenen Privilegien aus dem Misstrauen zwischen Nord und Süd einen »Riß« werden lasse oder ob man bereit sei umzudenken.<sup>33</sup> Epplers Nachfolger im Amt, Egon Bahr, deutete die »ungebrochene[...] Solidarität gegenüber den Industrieländern« ebenfalls als Akteurskonstellation, die keinen Anlass zu Bedrohungsszenarien gab. Wie Eppler argumentierte er mit Verweis auf die eigene Geschichte für ein Entgegenkommen. Die Sozialdemokratie habe sich im eigenen Land für die Schwächeren eingesetzt und die Unterstützung durch die Starken habe allen genutzt. Die sozialen Spannungen und politischen Unruhen der Weimarer Republik dienten Bahr als Negativfolie, deren Zustände es im Weltmaßstab zu verhindern gelte. Zugeständnisse an die ärmere Mehrheit der Welt wären, den deutschen Erfahrungen folgend, für die gesamte Weltwirtschaft von Vorteil.<sup>34</sup> Mit dem Verweis auf die Vorteile für die Weltwirtschaft lag Bahr zwar auf Regierungslinie, seine Position insgesamt war jedoch wie diejenige Epplers nicht mehrheitsfähig. Die Bundesregierung betonte zwar gebetsmühlenartig, in Nord-Süd-Fragen auf Kooperation statt auf Konfrontation zu setzen<sup>35</sup>, intern sprach man aber zutreffender von einer »restriktive[n] [...] Linie«.<sup>36</sup>

Einen Schritt weiter als Eppler und Bahr ging der SPD-Entwicklungspolitiker Uwe Holtz mit Bezug auf den »Orientierungsrahmen '85«, das Zukunftsprogramm der SPD. Nicht die »Solidarität« im globalen Süden sei bedrohlich. Vielmehr sei die Haltung der Bundesregierung, vor allem die bessergestellten »Entwicklungsländer« zu unterstützen, »nicht nur unsolidarisch gegenüber den ärmsten Entwicklungsländern, sondern auf lange Sicht auch gefährlich«, weil sie den Frieden bedrohe.<sup>37</sup>

### *Der arme Norden?*

Aus der westdeutschen Bedrohungswahrnehmung, aber auch aus der Sorge vor den Folgen der neu gewonnenen Macht der Ölexporteure folgte bisweilen eine Argumentation, in der die Machtverhältnisse auf den Kopf gestellt wurden. Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt stellte sich in solchen Fällen als schwacher Part der Weltwirtschaft dar, der von den Ölexporteurern geschröpft zu werden drohte. Sie ging dabei nicht so weit wie Kissinger, der die Souveränität und Handlungsfähigkeit mancher Industriestaaten bedroht sah oder die Abhängigkeit vom Nahen Osten ankündigte.

33 Eppler, Ölkrise und Entwicklungshilfe.

34 Vgl. Egon Bahr, Vorwort, in: Rainer Jonas/Manfred Tietzel (Hrsg.), *Die Neuordnung der Weltwirtschaft*, Bonn 1976, S. 7–9, hier: S. 7. Vgl. auch Egon Bahr, Vorwort, in: Tinbergen, *Der Dialog Nord-Süd*, S. 7–10, hier: S. 8f.

35 Vgl. zum Beispiel Staatssekretär Frank an Botschafter von Staden, Washington, 31.1.1974, in: AAPD 1974, Nr. 30, S. 123–127; 17 Thesen des Bundeskabinetts vom 30.5.1979, Deutscher Bundestag, Drucksache 8/3582, Nr. 3.

36 Ruhfus an Schmidt, Betr.: Ihr beabsichtigtes Schreiben an Präsident Carter zur Darstellung unserer Haltung im Nord-Süd-Dialog, 18.2.1977, BArch, B 136/14901.

37 Uwe Holtz, Orientierungsrahmen – Weltwirtschaft – Dritte Welt, in: *Die Neue Gesellschaft* 22, 1975, S. 885–888, hier: S. 886f.



Eher beschwichtigte sie ihn in den Diskussionen um einen »Solidaritätsfonds«. Ebenfalls mit dem Ziel, die eigenen Interessen zu wahren, aber mit einer anderen Herangehensweise betonte Außenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Gespräch mit Kissinger im September 1974 die Notwendigkeit, dem Süden entgegenzukommen. Finanzminister Hans Apel hielt zwar eine potenzielle Machtballung bei den Ölexporturen für realistisch, aber ihm schien der Transfer der Ölmilliarden keine Sorgen zu bereiten. Er unterstrich hingegen, dass »Solidarität [...] nicht als Selbstbedienungsladen mißverstanden« werden dürfe, dass also die Verbraucherländer in der Energie- und Handelspolitik Rücksicht aufeinander nehmen müssten und nicht die Verlässlichkeit der Partner für die Durchsetzung eigener Interessen ausnutzen sollten.<sup>38</sup>

Grundsätzlich war die Bundesregierung durchaus zu – wie sie betonte – »Opfern« im Nord-Süd-Dialog bereit, wenn auch zähneknirschend. Käme man den Ländern des globalen Südens nicht entgegen, laufe man Gefahr, dass diese die Verbraucherländer zum Entgegenkommen zwingen.<sup>39</sup> Allerdings pochte gerade Schmidt darauf, dass in der Entwicklungspolitik eigene Interessen wie die Rohstoffversorgung nicht hintangestellt würden, und war nicht gewillt, »diejenigen vorbehaltlos mit Vergünstigungen zu bedenken, die uns ungerechtfertigt und unbegründet angriffen«.<sup>40</sup> Wenn die Bundesrepublik schon bereit sei, ihr Engagement zu verstärken und die »große[n] Opfer« vor der eigenen Öffentlichkeit zu erklären, dann »sollten [wir ...] von den Empfängerländern ein Mindestmaß an Solidarität erwarten können«. Auch wenn eine funktionierende Weltwirtschaft und das Gegenseitigkeitsprinzip für Schmidt selbst in weniger zynischen Momenten Vorrang vor umfangreichen Hilfen hatten, betonte er, dass »[wir] grundsätzlich unsere Hilfen nicht als Belohnung für politisches Wohlergehen einsetzen« sollten.<sup>41</sup> Die Bundesregierung wollte also ihre Interessen zu einem möglichst geringen Preis wahren.

## II. Paternalistische Solidarität

### »Solidarität« als außenpolitisches Grundprinzip Schwedens

Ganz gleich ob es um die Erfüllung des 0,7 %-Ziels in der öffentlichen Entwicklungshilfe, um die Zustimmung zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung oder die Unterstützung von antikolonialen Bewegungen ging: Die Solidaritätsrhetorik bildete ein wichtiges Fundament schwedischer Nord-Süd-Politik und ihrer Außendarstellung seit den 1960er-Jahren.<sup>42</sup> In einer Evaluierung der eigenen Entwicklungspolitik be-

38 Ministerialdirektor Hermes, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt, 29.9.1974, in: AAPD 1974, Nr. 285, S. 1247.

39 Weltwirtschaftsgipfel in London, 8.5.1977, in: AAPD 1977, Nr. 114, S. 596.

40 Gespräch des Bundeskanzlers, Schmidt, mit der Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Schlei, 24.3.1977, in: AdSD, Dep. Helmut Schmidt, 8695, zit. nach: Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 8 (BA 8), hrsg. v. Bernd Rother/Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, S. 67.

41 Protokoll der 121. Kabinettsitzung der Bundesregierung, 25.4.1979, URL: <[https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1979k/kap1\\_1/kap2\\_17/para3\\_5.html](https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1979k/kap1_1/kap2_17/para3_5.html)> [9.2.2020].

42 Vgl. zum Beispiel Anförande av utrikesministern den 6 oktober vid socialdemokratiska partikongressen, in: Uf 1972, Nr. 14, S. 69; Regeringsdeklaration vid utrikesdebatten i riksdagen den 31



scheinigte Schweden sich, den nordischen Ländern und den Niederlanden, dass »solidarische« Motive am wichtigsten für die Entwicklungszusammenarbeit seien, während es für die USA und die Sowjetunion sicherheitspolitische und für ehemalige Kolonialmächte und große Industrieländer kommerzielle seien.<sup>43</sup> Im Jahr 1970 erklärte der Außenminister Torsten Nilsson beispielsweise, dass der Versuch, das 0,7 %-Ziel bis zum Haushaltsjahr 1974/75 zu erreichen, eine große Herausforderung bedeute. Jedoch gelte es »jetzt[,] unsere Solidarität, auf die wir uns so oft berufen haben, zu beweisen.«<sup>44</sup> Im März 1973 musste sich das Kabinett Palme dennoch von der Kommunistischen Partei anhören, man stelle die Entwicklungshilfe hinter die Konjunkturpolitik zurück, obwohl Schweden Mitte der 1970er-Jahre mit Norwegen und den Niederlanden eines von nur drei Industrieländern war, deren öffentliche Entwicklungshilfe diese Schwelle überschritten hatte.<sup>45</sup> Anders als die Bundesregierung, die tendenziell versuchte, andere zum Handeln zu bewegen, richtete die schwedische Regierung die Solidaritätsrhetorik stärker nach innen, untermauerte ihre Selbstverpflichtung und richtete sich damit auch an die sozialen Bewegungen (*folkkrörelser*). Obwohl – von der Moderaten Sammlungspartei abgesehen – im Reichstag und in weiten Teilen der Bevölkerung Einigkeit über die Grundlinien der Entwicklungspolitik bestand, hielt es die Regierung Palme für nötig, für Unterstützung zu werben.<sup>46</sup> Außenminister Nilsson erklärte 1970: »Die wachsende Entwicklungshilfe muss verankert sein in einer konsequent durchgeführten Gleichheitspolitik in unserem Land, einer Politik, die die Mitbürger von unserem Streben überzeugt, die Lasten gerecht zu verteilen.«<sup>47</sup>

Die Unterstützung der Bevölkerung und die Einbindung der *folkkrörelser* waren der schwedischen Regierung wichtig. So betonte Palme in einer Grundsatzdebatte im Reichstag über die Haltung zur Neuen Weltwirtschaftsordnung im Dezember 1975: »Die Entwicklungsländer sind völlig im Recht, wenn sie mit vermehrter Kraft und in voller Solidarität Veränderungen in der internationalen Wirtschaft und erheblich aus-

---

mars, in: Uf 1976, Nr. 2, S. 21; Anförande av statsrådet Gertrud Sigurdson i Malmö på FN-dagen den 24 oktober, in: Uf 1975, Nr. 130, S. 217–219; Anförande av utrikesministern den 5 maj, in: Uf 1970, Nr. 76, S. 185; Svar av utrikesministern den 10 december på en interpellation av fru Dahl, in: Uf 1973, Nr. 62, S. 145; Anförande av utrikesministern den 19 september i FN:s generalförsamling, in: Uf 1969, Nr. 4, S. 39. Für unterschiedliche Dimensionen von »Solidarität« in Nord-Süd-Fragen vgl. Anförande av statssekreterare Klackenbergs vid A(frican)D(evelopment)F(und)s andra årsmöte i Dakar den 8 maj, in: Uf 1975, Nr. 127, S. 212: (1) Solidarität zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern, (2) Solidarität zwischen den Entwicklungsländern, (3) Solidarität mit allen Unterprivilegierten innerhalb eines Landes.

43 Vgl. biståndspolitiska utredning, Kap. 4: Internationellt utvecklingssamarbete, 27.11.1975, SE/RA/323094/~10, S. 12f. Vgl. auch ebd., Kap. 7: En svensk u-landspolitik, 27.11.1975, S. 8.

44 Vgl. Anförande av utrikesministern den 5 maj, in: Uf 1970, Nr. 76, S. 189. Vgl. auch Promemoria. Särskilt bistånd till oljeimporterande u-länder, SE/RA/221/2210.03.2/U/U1/2, Mappe 9: juli 1973–december 1974. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Uwe Holtz, Entwicklungspolitik in Krisenzeiten, in: Die Neue Gesellschaft 24, 1977, S. 376–382, hier: S. 381.

45 Vgl. Riksdagens protokoll 1973:48, URL: <<https://data.riksdagen.se/fil/85687643-E282-41B1-A8EC-139B25ABF6EB>> [9.2.2020], S. 92.

46 Vgl. ebd., S. 103–106.

47 Anförande av utrikesministern den 5 maj, in: Uf 1970, Nr. 76, S. 189. Der Gedanke wird im dritten Kapitel ausgeführt.

geweitete Unterstützung aus der reichen Welt verlangen.«<sup>48</sup> Mit Blick auf die Erfolgsaussichten einer Neuen Weltwirtschaftsordnung fragte er, den Formulierungen von Politikern aus dem globalen Süden nicht unähnlich: »Gibt es hier bei uns und in anderen reichen Ländern Willen und Bereitschaft für die Veränderungen, wie es die internationale Solidarität fordert?«<sup>49</sup> Er werde gemeinsam mit den folkrörelser für Verständnis und ein Umdenken in Fragen des Lebensstandards werben. Dank der weitverbreiteten Sympathie mit dem globalen Süden sei er zuversichtlich, dass dies gelingen werde.<sup>50</sup> Nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit dem Vietnamkrieg habe, so Palme 1975 im Rückblick, »eine neue Solidarität mit den Kräften in der Dritten Welt begründet, die den gleichen Kampf wie wir für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit kämpfen.«<sup>51</sup>

Mit »Solidarität« zu argumentieren, bedeutete jedoch keineswegs Einigkeit mit zivilgesellschaftlichen Solidaritätsbewegungen, auch wenn die SAP das behauptete und danach strebte, sich an die Spitze entstehender Bewegungen zu stellen.<sup>52</sup> Tor Sellström hat beispielsweise anhand der Frage nach der Unterstützung der antikolonialen »Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde« (PAIGC) in Guinea-Bissau die Meinungsverschiedenheiten und teils angespannten Beziehungen zwischen der Regierung und Solidaritätsbewegungen herausgearbeitet, die sich um den Inhalt der öffentlichen Hilfen, die Positionierung der Regierung gegen eine direkte Unterstützung des bewaffneten Kampfs der PAIGC und um die Handelsbeziehungen der Europäischen Freihandelsassoziation mit der Kolonialmacht Portugal drehten.<sup>53</sup> SAP-intern kritisierte insbesondere die 1969 neu gewählte Reichstagsabgeordnete Birgitta Dahl die Unterstützung für die PAIGC als nicht ausreichend, obwohl Schweden bis 1976 keine andere antikoloniale Bewegung in Afrika so umfangreich förderte. Dahl war im November 1970, unter anderem begleitet vom Fotografen Kurt Andreassen und von Lars Rudebeck, der wie Dahl im afrikapolitisch engagierten Uppsala sozialisiert worden war, in die von der PAIGC kontrollierten Gebiete gereist. Vor Ort hatte sie sich mit deren Generalsekretär Amílcar Cabral getroffen, der von 1969 bis zu seiner Ermordung 1973 regelmäßiger Gast auf SAP-Parteitagen war. Aus der Reise entstanden ein Buch und eine Ausstellung, die das Leben in den »befreiten Gebieten« zeigte, aber auch eine Birgitta Dahl, deren Outfit an das einer Guerillera erinnerte.<sup>54</sup> Dahl profilierte sich als Unterstützerin antikolonialer Bewegungen und versuchte, die Regierung in Anerkennungsfragen noch weiter zu treiben.<sup>55</sup> Dieses Beispiel und die von

48 Riksdagens protokoll 1975/76:34, URL: <[https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/protokoll/riksdagens-protokoll-19757635-4-5-december\\_FZ0935](https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/protokoll/riksdagens-protokoll-19757635-4-5-december_FZ0935)> [9.2.2020], S. 100.

49 Ebd., S. 104.

50 Vgl. Utdrag ur Olof Palmes tal i Vitabergsparken den 28 augusti 1974, Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek (ARBARK) 676/2/4/0/60/4, URL: <<https://arkivkatalog.arbark.se/multimedia/676/2/4/0/60/4.pdf>> [9.2.2020].

51 Olof Palme, Föredragning om reviderat förslag till partiprogram 1975, Olof Palme Arkiv, URL: <[http://www.olofpalme.org/wp-content/dokument/750928b\\_sap.pdf](http://www.olofpalme.org/wp-content/dokument/750928b_sap.pdf)> [9.2.2020], S. 3.

52 Thomas Etzemüller, A Struggle for Radical Change? Swedish Students in the 1960s, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980*, New York/Oxford 2006, S. 239–257, hier: S. 246 und 253.

53 Vgl. Sellström, *Sweden and National Liberation in Southern Africa*, S. 62–69.

54 URL: <[https://www.liberationafrica.se/audiovisual/photos/guinea\\_bissau/](https://www.liberationafrica.se/audiovisual/photos/guinea_bissau/)> [7.2.2020].

55 Vgl. zum Beispiel Dahls Interpellation und die Antwort von Außenminister Sven Andersson, in: Uf 1973, Nr. 62, S. 144–148. Svar av statsrådet Sigurdson den 22 november på en interpellation av fru

Thomas Etzemüller beschriebenen Parallelen in der Vietnambewegung differenzieren das vom Kabinett Palme kultivierte Bild einer Regierung, die in völliger Übereinstimmung mit den sozialen Bewegungen handelte. Die Grundaussage, dass die Solidaritätsrhetorik fest in den folkrörelser verankert war und dass deren Forderungen von der Straße, wenn nicht ins Kabinett, so über Figuren wie Dahl in dessen Umfeld getragen wurde, trifft dennoch zu.<sup>56</sup>

Die »internationale Solidarität«, die sich laut der schwedischen Regierung in ihrer Entwicklungspolitik, ihrer Haltung in Fragen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und im Einsatz gegen wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit äußerte, war allerdings kein Selbstzweck. Wiederholt betonten Regierungsmitglieder, dass damit der Frieden gesichert würde oder dass der internationale Ausgleich wie die Abrüstungspolitik die »Grundlage fürs Überleben« seien, da extreme Ungleichheit Gewalt befördere.<sup>57</sup> Friedenssicherung konnte auch für die Bundesregierung ein Argument zum Dialog mit Ländern des globalen Südens sein.<sup>58</sup> Jenseits entwicklungspolitischer Kreise oder vor den Vereinten Nationen, wenn die Überwindung von Hunger als Voraussetzung für Frieden bezeichnet wurde, verstand sie darunter aber vor allem Deeskalation durch die Signalisierung von Gesprächsbereitschaft und die Stabilisierung weltwirtschaftlicher Strukturen.<sup>59</sup> Die Kopplung mit der Friedenssicherung ließ Nord-Süd-Politik als moralisch richtig und in einer »interdependenten« beziehungsweise der »Einen Welt« notwendig erscheinen.<sup>60</sup> In dieser suggestiven Verknüpfung liegt eine Charakteristik des Wortgebrauchs »Solidarität«: Sachfragen werden als moralische Fragen und moralische Fragen als Sachfragen präsentiert.

Der Verbindung von Friedenssicherung und »Solidarität« lagen in der westdeutschen und der schwedischen Regierung unterschiedliche Konzeptionen von Frieden zugrunde. Die Bundesregierung fasste sie unter Betonung der engen Verflechtung in der Weltwirtschaft vor allem ökonomisch. Dieser Ansatz kursierte auch in der schwe-

---

Dahl, in: Uf 1974, Nr. 136, S. 226f.; Interpellation von Bertil Måbrink, in: Uf 1973, Nr. 61, S. 144; Knut Andreassen/Birgitta Dahl, Guinea-Bissau. Rapport om ett land och en befrielseerörelse, Stockholm 1971.

56 Vgl. Utdrag ur Olof Palmes tal i Vitabergsparken, ARBARK, 676/2/4/0/60/4. Vgl. Etzemüller, A Struggle for Radical Change? Mit Blick auf die Neue Weltwirtschaftsordnung vgl. Riksdagens protokoll 1975/76:34, URL: <[https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/protokoll/riksdagens-protokoll-19757635-4-5-december\\_FZ0935](https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/protokoll/riksdagens-protokoll-19757635-4-5-december_FZ0935)> [9.2.2020], S. 119f.

57 Vgl. Regeringsdeklaration i riksdagens utrikesdebatt den 21 mars, in: Uf 1973, Nr. 4, S. 34; Anföran- de av utrikesministern den 6 oktober vid socialdemokratiska partikongressen, in: Uf 1972, Nr. 14, S. 69; Handelsminister Lidboms anförande inför UNCTAD IV den 6 maj, in: Uf 1976, Nr. 6, S. 43.

58 Vgl. Thomas Harms, BMZ, an Albrecht Müller, Bundeskanzleramt, Konferenz über internationale Zusammenarbeit, 1.3.1977, BArch, B 136/14901, S. 1-3; 17 Thesen des Bundeskabinetts vom 30.5.1979, Deutscher Bundestag, Drucksache 8/3582.

59 Vgl. Rede des Bundeskanzlers, Brandt, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, 26.9.1973, zit. nach: BA 6, S. 504-511. Vgl. auch Bernd Rother, »Entwicklung ist ein anderes Wort für Frieden«. Willy Brandt und der Nord-Süd-Konflikt von den 1960er zu den 1980er Jahren, in: Jost Düllffer/Gottfried Niedhart (Hrsg.), Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters, Essen 2011, S. 257-269.

60 Vgl. Rede des Bundeskanzlers, Brandt, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, 26.9.1973, zit. nach: BA 6, S. 508f.; Kuchenbuch, Die »Eine Welt«.

dischen Regierung, allerdings einem politischen Verständnis von Frieden deutlich untergeordnet.<sup>61</sup>

### *Die Bundesregierung als »Sittenwächter der Marktwirtschaft«*

Die Bundesregierung nannte moralische Verpflichtungen bisweilen als – meistens nachrangiges – Motiv der Entwicklungspolitik, stellte sie aber in Nord-Süd-Fragen bei Weitem nicht so in den Vordergrund wie die schwedische Regierung.<sup>62</sup> Ein Extrembeispiel sind Helmut Schmidts Aussagen auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1977. In internen Gesprächen unterstrich er, »daß der Westen keinen Grund für ein schlechtes Gewissen habe«. Man leiste schließlich in Nord-Süd-Fragen mehr als die sowjetischen Staaten und »[b]ei aller politischen und moralischen Verpflichtung dürfe die Funktionsfähigkeit der Weltwirtschaft nicht ausgehöhlt werden«.<sup>63</sup> Eine »Solidarität«, wie sie Schweden ins Feld führte, hätte in der westdeutschen Lesart das Potenzial gehabt, die Wirkmechanismen der Weltwirtschaft außer Kraft zu setzen. Als Wirtschaftsmacht trage die Bundesrepublik besondere Verantwortung für diese und sei aufgrund der hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung auf Stabilität angewiesen.<sup>64</sup> Bundesentwicklungsminister Rainer Offergeld argumentierte 1978, dass die Verbindung von Marktwirtschaft und internationaler »Solidarität« »Schwächere schützen« würde und der Markt nicht nur die Voraussetzung für Wohlstand und die Überwindung von Hunger, sondern auch die konfliktärmste Lösung weltwirtschaftlicher Probleme sei. Eine friedliche Entwicklung in der Welt war für Offergeld nicht Folge, sondern Grundlage reibungsfreier Handelsbeziehungen, die wiederum der Lebensqualität aller Menschen zugutekämen.<sup>65</sup> Sich selbst stilisierte die Bundesregierung zur Verteidigerin einer freien und leistungsfähigen Weltwirtschaft und formulierte ihre Sorgen um die Funktionsfähigkeit der Weltwirtschaft gerne und häufig als Ablehnung eines internationalen »Dirigismus«.<sup>66</sup> In den »Grundsätzen für den Dialog mit den erdölproduzie-

61 Zum Wandel von Friedenskonzepten vgl. Christopher Seiberlich, No Peace without Equality. The »North-South Conflict« and Social Democratic Foreign Policy in Sweden, the Netherlands and West Germany in the 1970s, in: Nevra Biltekin/Leos Müller/Magnus Petersson (Hrsg.), 200 Years of Peace in Sweden (erscheint voraussichtlich 2021).

62 Vgl. zum Beispiel Hans-Jürgen Wischnewski, o. T., in: Horst Ehmke (Hrsg.), Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren. Erläutert von 21 Sozialdemokraten, Reinbek 1969, S. 53–57, hier: S. 57; Karl-Heinz Sohn, Entwicklungspolitik. Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe, München 1972, S. 130. Sohn schränkt das allerdings im gleichen Buch wieder ein, vgl. ebd., S. 238.

63 Weltwirtschaftsgipfel in London, 8.5.1977, in: AAPD 1977, Nr. 114, S. 591. Vgl. auch Kabinetttvorlage des Auswärtigen Amts, 8.9.1975, in: AAPD 1975, Nr. 264.

64 Vgl. Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung, 16.12.1976, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll, 8/5, S. 34 und 50; AL 2 und AL 4 an BK Schmidt. Betr.: Ihr beabsichtigtes Schreiben an Präsident Carter zur Darstellung unserer Haltung im Nord-Süd-Dialog, 17.2.1977, BAArch, B 136/14901, S. 2.

65 Vgl. Rainer Offergeld, Anmerkungen zum Thema Neue Weltwirtschaftsordnung, in: Die Neue Gesellschaft 25, 1978, S. 700–704, hier: S. 700f.

66 Vgl. zum Beispiel Dittmann-Papier, S. 3f.; AL 2 und AL 4 an BK Schmidt. Betr.: Ihr beabsichtigtes Schreiben an Präsident Carter zur Darstellung unserer Haltung im Nord-Süd-Dialog, 17.2.1977,

renden Ländern« aus dem Jahr 1975 erklärte die Bundesregierung entsprechend, dass »die zunehmende Interdependenz der Weltwirtschaft« nicht nur eine verstärkte Zusammenarbeit aller Länder erfordere, sondern sie erhob zum »vorrangigen Interesse aller, Funktionieren und Leistungsfähigkeit der Weltwirtschaft zu sichern und zu verbessern«. <sup>67</sup> Fünf Jahre später bemängelte Bundeskanzler Schmidt, dass noch immer nicht alle Länder dieses offenkundige Faktum verstanden hätten. Trotz seiner reservierten Haltung gegenüber Globalverhandlungen in den Vereinten Nationen oder dem Nord-Süd-Gipfel in Cancún im Jahr 1981 schrieb er: »Eine solche Konferenz hat aber aus meiner Sicht den großen Vorteil, daß den Entwicklungsländern klargemacht werden kann, wo ihre wirklichen Interessen liegen und wie die Realitäten der Weltwirtschaft sind«. <sup>68</sup> Scharfe Kritik an dieser Haltung übte Uwe Holtz, der seiner Regierung die »Pose des Sittenwächters der Marktwirtschaft« vorwarf. Das Dirigismusargument ignoriere die Tatsache, dass die Weltwirtschaft bereits stark reglementiert sei, in ihrer aktuellen Form allerdings die reichen Länder bevorzuge und die armen Länder benachteilige – eine Argumentation, in der die Dependenztheorie anklang. <sup>69</sup> Gemeinsam mit dem früheren Mitarbeiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) Karl Friedrich Schade kritisierte Holtz die Ablehnung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung als »konservativ; [...] unsolidarisch, inhuman und in ihren Konsequenzen für uns selbst gefährlich«. Ihre Kritik verband »solidarische Verantwortung« und Notwendigkeit im »langfristig wohlverstandene[n] Eigeninteresse«. Beides zwingt zur Arbeit an einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. <sup>70</sup>

Die stabilitätsorientierte Haltung der Bundesregierung bedeutet keineswegs, dass nicht auch sie »Solidarität« in pathetischen Formeln zur »Voraussetzung [des] Überlebens« der »Weltgemeinschaft« erklärt hätte, wie beispielsweise Willy Brandt im September 1973 bei der ersten Rede eines Bundeskanzlers vor den Vereinten Nationen. <sup>71</sup> Etwas mehr als ein halbes Jahr später musste sich Brandt in Algerien allerdings anhören, wie Präsident Houari Boumedienne, eine Galionsfigur des Kampfs für eine Neue Weltwirtschaftsordnung, eben jene »Solidarität« in der internationalen Politik ein- und die Bundesrepublik zu mehr Engagement aufforderte. <sup>72</sup> Brandt war – trotz wachsen-

---

BArch, B 136/14901, S. 4; Schnellbrief: Betr.: AM-Vorbereitungstreffen in Cancun am 1./2.8.1981, hier: Mexikanisches Papier »Framework for the Discussions at the Meeting«, BArch, B 102/230075: Nord-Süd-Gipfeltreffen, Band 1–2 (Okt 1980–Juli 1981), S. 5 und 9. Zu unterschiedlichen Auffassungen in der EWG vgl. Thomas Harms, BMZ, an Albrecht Müller, Bundeskanzleramt, Konferenz über internationale Zusammenarbeit, 1.3.1977, BArch, B 136/14901, S. 1–3. Zur Kritik an der Ablehnung von steuernden Eingriffen in der Weltwirtschaft vgl. zum Beispiel Uwe Holtz, Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik, in: Die Neue Gesellschaft 24, 1977, S. 216–219, hier: S. 219.

67 Kabinetttvorlage des Auswärtigen Amts, 8.9.1975, in: AAPD 1975, Nr. 264, S. 1234.

68 Bundeskanzler Schmidt an den Bundesminister für Wirtschaft, Lambsdorff, 10.12.1980, BArch, B 102/230075.

69 Vgl. Uwe Holtz, SPD und Neue Weltwirtschaftsordnung, in: Die Neue Gesellschaft 25, 1978, S. 705–710, hier: S. 708.

70 Vgl. Uwe Holtz/K. Friedrich Schade, Neue UN-Charta – Beitrag zum Abbau der Gegensätze, in: Die Neue Gesellschaft 22, 1975, S. 226–230, hier: S. 229f.

71 Rede des Bundeskanzlers, Brandt, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, 26.9.1973, zit. nach: BA 6, S. 507.

72 Vgl. Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Präsident Boumedienne in Algier, 19.4.1974, in: AAPD 1974, Nr. 121, S. 517–521.

den Interessen und neuer Möglichkeitsräume durch die abgeschlossene Ostpolitik – noch nicht der profilierte Nord-Süd-Politiker, zu dem er gegen Ende der 1970er-Jahre als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission und als Präsident der SI werden sollte.<sup>73</sup>

### *Diskrepanzen zwischen Parteien und Regierungen*

Obwohl »Solidarität« in der Bundesrepublik – auch bei der CDU<sup>74</sup> – bisweilen als Motiv für Entwicklungshilfe genannt wurde, war sie als Argument in Nord-Süd-Fragen insgesamt auffällig abwesend.<sup>75</sup> Diese Lücke fällt besonders auf, wenn man sich die Diskrepanz von Regierungsaussagen und SPD-internen Beschlüssen vor Augen führt.<sup>76</sup> Die SPD war nicht nur in Fragen der Entwicklungspolitik zu größeren Zugeständnissen bereit als die Bundesregierung, sondern verkündete auf dem Parteitag 1973: »In ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus steht die SPD an der Seite der Völker der Dritten Welt. [...] Wir werden deshalb den nationalen Befreiungsbewegungen unsere Solidarität und unsere politische und humanitäre Unterstützung gewähren.«<sup>77</sup> Für die Bundesregierung war diese Haltung jedoch untragbar, insbesondere für die FDP, aber auch für manch ein sozialdemokratisches Kabinettsmitglied. Die westdeutsche Afrikapolitik versuchte, wirtschaftliche Interessen und das Verhältnis zum NATO-Partner Portugal zu berücksichtigen und gleichzeitig Distanz zu Kolonialismus und Rassismus zu demonstrieren.<sup>78</sup> Etwa ab 1977 bewegte sich die Bundesregierung in dieser Frage, wenngleich sehr bedächtig. Die Auflösung des portugiesischen Kolonialreiches 1975 dürfte dieses Umdenken erheblich vereinfacht haben. Entwicklungsministerin Marie Schlei reiste 1977 in die sogenannten Frontstaaten im südlichen Afrika, knüpfte vorsichtig und teils sehr spontan Kontakte, beispielsweise zu Joshua Nkomo, dem Anführer einer antikolonialen Bewegung im damaligen Rhodesien.<sup>79</sup> In

73 Vgl. Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen, Das Überleben sichern.

74 Vgl. Bösch, Internationale Solidarität im geteilten Deutschland, S. 19f.

75 Zur Kritik der westdeutschen Entwicklungspolitik vgl. zum Beispiel Erhard Eppler, Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart/Berlin etc. 1975.

76 Für eine zeitgenössische Beobachtung vgl. Holtz, Orientierungsrahmen – Weltwirtschaft – Dritte Welt.

77 Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973, Stadthalle Hannover. Band I: Protokoll der Verhandlungen. Anlagen, Bonn 1974, S. 1103. Vgl. allgemeiner die Beschlüsse der SPD-Parteitage 1973 und 1977. Für einen Selbstkommentar der SPD vgl. o. V., Zum Inhalt, in: Die Neue Gesellschaft 21, 1974, S. 882.

78 Vgl. Walter Scheel an Willy Brandt, 17.8.1973, BAArch, B 136/6214; Vermerk für die Kabinettsitzung am 22. August 1973. Betr.: Leitlinien unserer Afrikapolitik, 21.8.1973, BAArch, B 136/6124; Leitgedanken zur deutschen Afrikapolitik, 29.8.1973, BAArch B 136/6124. Für Kritik an der Rücksichtnahme auf die FDP lässt sich zum Beispiel auf Peter von Oertzen verweisen. Im konkreten Fall ging es zwar um Gewaltanwendung in Chile, aber strukturell entsprechen sich die Argumentationen. Vgl. Kufferath, Peter von Oertzen, S. 460–462.

79 Friedrich Landau, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka an das Auswärtige Amt. Betr.: Besuch von BM Schlei in Botswana, 7.4.1977, BAArch, B 136/16555; Entwurf eines Ergebnisberichts für den Bundeskanzler über die Reise nach Botswana, Sambia und Kenia, 7.4.1977, BAArch, B 136/16555; Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka an das Auswärtige Amt. Betr.: Besuch Frau BM Schlei in Botswana, 21.4.1977, BAArch, B 136/16555.



Vorbereitung des SPD-Parteitag 1977 drängten SPD-Entwicklungspolitikerinnen und -politiker darauf, Palme einzuladen, damit dieser schildere, wie sein Kabinett in der Bevölkerung breite Zustimmung zu einer viel weitreichenderen Entwicklungspolitik gewinnen konnte.<sup>80</sup> Der Parteitag selbst warb für die Unterstützung von »Befreiungsbewegungen« und entwicklungspolitisch engagierte SPD-Mitglieder richteten im August 1977 ein Memorandum an Bundeskanzler Schmidt, in dem sie umfassende Forderungen aus der »Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt« ableiteten. Das Memorandum pochte auf »Verantwortungsbewußtsein« in der Tradition der Sozialdemokratie, eine »gerechte Verteilung von Wohlstand, Wissen und Macht« weltweit, eine »tiefgreifende Neuordnung der Weltwirtschaft« und die »Zusammenarbeit aller sozialdemokratischen Kräfte in Europa«.<sup>81</sup> Das Bundeskabinett beschloss hingegen in seinen 17 Thesen zur »Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern« im Mai 1979 nur die zögerliche Formulierung:

»Die Bundesregierung tritt für die Überwindung der Rassendiskriminierung im südlichen Afrika ein. Sie unterstützt die Konfliktrandstaaten im südlichen Afrika. Die Bundesregierung ist bereit, solche Aktivitäten von Befreiungsbewegungen zu unterstützen, die auf den friedlichen und demokratischen Aufbau der noch abhängigen Gebiete abzielen.«<sup>82</sup>

Mit dieser zurückhaltenden Formulierung setzte sich die Regierung dennoch deutlich von ihrer früheren Haltung ab. 1973 rief Walter Scheel noch SPD-Mitglieder wie Hans-Jürgen Wischnewski oder Erhard Eppler zur Ordnung, die sich für die Unterstützung antikolonialer Bewegungen starkgemacht hatten.<sup>83</sup> Auf rhetorischer Ebene sorgte neben dem Koalitionspartner FDP auch die DDR dafür, dass »Solidarität« in der Bundesrepublik kaum eine Rolle spielte. Schließlich nannte die DDR ihre Entwicklungspolitik »internationale Solidarität«, und die Bundesregierung war darauf bedacht, Assoziationen zu vermeiden. Die DDR diente auch im Kommentar des westdeutschen UN-Botschafters Walter Gehlhoff zu den ersten Reden der Außenminister beider deutschen Staaten vor den Vereinten Nationen als Kontrastfolie. Beide hätten sich zum Gewaltverzicht bekannt, bei der DDR handle es sich jedoch um leere Worte, da deren Außenminister sich

»im nächsten Atemzug zur Solidarität mit den Völkern, die um ihre Befreiung »kämpfen«, bekennen. Für Scheel dagegen kennt der Gewaltverzicht, von der Selbstverteidigung abgesehen, keine Ausnahme: »Kein politisches Ziel rechtfertigt Gewalt: kein Nationalismus, kein Klassenkampf, keine Koloniale [sic] oder Rassenauseinandersetzung, weder Utopien noch Ideologien.«<sup>84</sup>

80 Vgl. Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 15. März 1977. Betr.: Entwicklungspolitische Konferenz der SPD am 1./2. September 1977 in München, BAArch, B 136/14901.

81 Vorgelegt wurde es von Rudolf Bindig, Lenelotte von Bothmer, Helmut Esters, Brigitte Erler, Katharina Focke, Karl Hofman, Uwe Holtz, Günter Schluckebier und Jürgen Schmude. Vgl. Memorandum zur Nord-Süd-Politik. An Herrn Bundeskanzler Helmut Schmidt, 3.8.1977, BAArch, B 136/14901, Bd. 2, S. 1f.

82 17 Thesen des Bundeskabinetts vom 30.5.1979, Deutscher Bundestag, Drucksache 8/3582, Nr. 15.

83 Vgl. Walter Scheel an Willy Brandt, 17.8.1973, BAArch, B 136/6214.

84 Aufzeichnung des Botschafters Gehlhoff, New York (UNO), 5.10.1973, in: AAPD 1973, Nr. 310, S. 1518.



Wenn auch nur intern, so drehte Gehlhoff das Selbstverständnis der DDR als friedliches Deutschland gegenüber dem NATO-Mitglied Bundesrepublik um. Auch hier erscheint »Solidarität« der Bundesregierung als bedrohlich, weil durch sie ein Ausnahmezustand und Gewalt legitimiert werden sollten.

### III. Solidarität als soziale Gerechtigkeit zu Hause und in der Welt

Die schwedische Regierung verkündete hingegen nicht ohne Stolz, dass die humanitären und offiziellen Hilfen, die sie seit Ende der 1960er-Jahre als erstes »westliches Land« antikolonialen Bewegungen zukommen ließ, ein »moralischer und materieller Ausdruck unserer Solidarität mit denjenigen [sind], die den Kampf um nationale Befreiung, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Menschenrechte und einen angemessenen materiellen und kulturellen Lebensstandard führen.«<sup>85</sup> Die Sozialdemokratie sei ein natürlicher Verbündeter dieser Bewegungen, da die »Hilfe für Arme und Unterdrückte« Kern ihrer Politik sei.<sup>86</sup> Laut Palme ist es »die grundlegende Stärke der Sozialdemokratie, dass sie sowohl einheimische als auch internationale Probleme aus der gleichen Perspektive betrachten kann und die Lösung heißt Solidarität.«<sup>87</sup> Der Bezug auf »Solidarität« konnte dementsprechend eine enge, emotionale Verbindung von innen- und außenpolitischen Fragen ermöglichen. In der SPD fand sich dieses Argument vor allem in Parteitagsbeschlüssen, wenn man vom Engagement Einzelner wie Peter von Oertzen oder Hans Matthöfer im Falle Chiles unter der Pinochet-Diktatur absieht.<sup>88</sup> Gerade Palme ging jedoch einen Schritt weiter: Er bescheinigte den antikolonialen Bewegungen und der Sozialdemokratie nicht nur ähnliche Ziele, sondern parallelisierte beide. Die Antikolonialen seien von dem Streben nach Emanzipation, Demokratie und Sozialismus geprägt, wie es die Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewesen sei. Die Gegenwart der Dekolonisierung entspreche also der Vergangenheit der Sozialdemokratie.<sup>89</sup> Dieser Konstruktion wohnte eine Ambivalenz inne: Einerseits waren Sozialdemokratie und antikoloniale Bewegungen gleich im Sinne ihrer Ziele und Werte, andererseits wurde eine temporale und damit hierarchisierende modernisierungstheoretische Struktur geschaffen, in der die antikolonialen Bewegungen noch das erreichen müssten, was in Schweden bereits gelungen sei.

Eine weitere inhärente Spannung zeigt sich mit Blick auf die Frage der Gewalt. Einerseits wurde Gewalt als letztes Mittel für ein als legitim erachtetes Ziel wie die Überwindung von Kolonialismus oder Rassismus anerkannt, da durch den begrenz-

85 Anförande av utrikesministern den 5 maj, in: Uf 1970, Nr. 76, S. 185; vgl. auch Svar av utrikesministern den 10 december på en interpellation av fru Dahl, in: Uf 1973, Nr. 62, S. 145.

86 Vgl. Anförande av utrikesministern den 6 oktober vid socialdemokratiska partikongressen, in: Uf 1972, Nr. 14, S. 69 und 71.

87 Statsminister Palmes anförande i Piteå den 4 augusti, in: Uf 1974, Nr. 10, S. 45–57, hier: S. 56.

88 Vgl. Kufferath, Peter von Oertzen, S. 456–462; Werner Abelshäuser, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn 2009, S. 216–275.

89 Vgl. Olof Palme, Utdrag från anförande vid Broderskapsrörelsens kongress i Gävle den 30 juli 1965, in: ders., Solidaritet utan gränser. Tal och texter i urval, Stockholm 2006, S. 225–231, hier: S. 226f.; Anförande av statsministern vid TANU-kongressen i Dares-Salaam den 26 september, in: Uf 1971, Nr. 10, S. 55f.

ten Einsatz von Gewalt der Frieden in größeren Kontexten langfristig gesichert werden könne. Andererseits sollte die zu leistende »Solidarität« gerade verhindern, dass Gewalt ausbricht oder von einem Ausnahme- zu einem Dauerzustand wird. Auch in der schwedischen Solidaritätsrhetorik selbst lag eine gewisse Widersprüchlichkeit: Einerseits wurden Gemeinsamkeiten und Gleichheit mit den antikolonialen Bewegungen und armen Ländern betont, andererseits sei Schweden als reiches Land zur »Hilfe an Schwache« und zur Arbeit an einer ausgeglichenen Weltordnung moralisch verpflichtet.

In schwächerer Form fand sich die Analogie zur Geschichte der Sozialdemokratie auch in der Bundesrepublik. So leitete Egon Bahr seine Argumentation für ein Entgegenkommen in manchen Fragen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung historisch ab. Auf »Solidarität« als Argument verzichtete er aber überraschenderweise. Stattdessen verwies er auf inhaltliche Forderungen wie die Verteilung der Produktion oder die Bekämpfung von Hunger. Die SPD müsse weltweit Schwachen helfen, wie sie es in Deutschland getan habe, und dadurch zum Wohlergehen aller beitragen. Wie andere SPD- und Regierungsmitglieder verwies er unter ökonomischen Vorzeichen auf die Sicherung des Friedens.<sup>90</sup>

Die schwedische Regierung wurde nicht müde zu wiederholen, dass nur diejenigen glaubwürdig »Solidarität« international fordern und vorleben könnten, die auch zu Hause auf einen Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Bevölkerungsschichten hinwirkten. So betonte Außenminister Nilsson, dass eine Gleichheitspolitik im Inneren die Entwicklungspolitik begleiten müsse. Zudem müsse in der Bevölkerung angesichts einer eventuell geringeren Steigerung des Lebensstandards für die Unterstützung der Entwicklungspolitik geworben werden. Zuspruch lasse sich am besten gewinnen, indem »die Mitbürger von unserem Streben überzeugt [werden], die Lasten gerecht zu verteilen«.<sup>91</sup>

Gerade in Fragen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die unter anderem internationalen Ausgleich und eine »gerechtere Ordnung« forderte, griff die schwedische Regierung auf die Notwendigkeit dieser Verknüpfung zurück. In einer Reichstagsdebatte betonte Palme: »Ausgleich und Solidarität müssen zu Hause und draußen praktiziert werden. Die Lasten, die wir auf uns nehmen, müssen gerecht verteilt sein.« Sollte ein Industriezweig durch Importe unter Druck geraten, dürften die Beschäftigten nicht allein gelassen werden. Die Entwicklungs- und Nord-Süd-Politik müsse daher im Einklang mit einer Arbeitsmarkt- und Gleichheitspolitik in Schweden selbst stehen.<sup>92</sup> Vor der UNCTAD erhob Handelsminister Lidbom diese Verbindung zu einem

90 Vgl. Bahr, Vorwort, in: Jonas/Tietzel, Die Neuordnung der Weltwirtschaft, S. 7; Bahr, Vorwort, in: Tinnerberg, Der Dialog Nord-Süd, S. 8f.; o. V., Partnerschaft, in: Ehmke, Perspektiven, S. 52, sowie Wischnewski, o. T., S. 53 und 55; 17 Thesen des Bundeskabinetts vom 30.5.1979, Deutscher Bundestag, Drucksache 8/3582, Nr. 2; Marie Schlei, Sozialer Ausgleich im Weltmaßstab, in: Die Neue Gesellschaft 24, 1977, S. 373–375, hier: S. 375.

91 Anförande av utrikesministern den 5 maj, in: Uf 1970, Nr. 76, S. 189.

92 Riksdagens protokoll 1975/76:34, URL: <[https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/protokoll/riksdagens-protokoll-19757635-4-5-december\\_FZ0935](https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/protokoll/riksdagens-protokoll-19757635-4-5-december_FZ0935)> [9.2.2020], S. 105. Vgl. auch biståndspolitiska utredning, Kap. 7: En svensk u-landspolitik, 27.11.1975, SE/RA/323094/~10, S. 6.

Prüfstein der Glaubwürdigkeit.<sup>93</sup> Blickt man beispielsweise auf die Schuhindustrie, zeigt sich, dass Schweden durch die »Solidarität zu Hause und in der Welt« auch vom globalen Süden Zugeständnisse forderte. Schweden gehörte Mitte der 1970er-Jahre zu einem der größten Pro-Kopf-Importeure von Schuh- und Textilwaren und hatte eine rapide Verkleinerung der eigenen Produktion erfahren. 1975 führte die schwedische Regierung Importhemmnisse in geringem Umfang und andere protektionistische Maßnahmen für die verbliebene Schuhindustrie ein und begründete diese mit »Solidarität« mit den Beschäftigten in dieser Branche. Die Maßnahmen seien notwendig und hätten, auch dank des begrenzten Umfangs, auf der 7. UN-Sondergeneralversammlung keinen Widerspruch erregt.<sup>94</sup> Auch die Abwertung der schwedischen Krone ab Mitte der 1970er-Jahre als Reaktion auf die Ölpreiskrise verteuerte de facto den Import von Waren. Dem guten Ruf Schwedens im globalen Süden schadete beides kaum.<sup>95</sup>

In der Bundesrepublik wurde diese Verbindung jenseits allgemeiner Bekenntnisse zu »internationaler Solidarität« selten gezogen oder erschöpfte sich parteiübergreifend in Verweisen auf die Notwendigkeit des Strukturwandels und das Einwirken internationaler Entwicklungen auf die Industriepolitik. Eine Ausnahme bildete Uwe Holtz: »Wer [...] Strukturpolitik innerhalb der EG blockiert, von dem kann ich mir nicht vorstellen, daß er eine Strukturpolitik zu Gunsten der Dritten Welt lancieren wird.«<sup>96</sup> Der Konnex von »Solidarität« zu Hause und in der Welt beschränkte sich für die Bundesregierung zumeist auf den Versuch, die für sie günstigen Strukturen der Weltwirtschaft zu bewahren. Da diese nicht nur den westdeutschen Beschäftigten und der Wirtschaft, sondern auch dem Welthandel dienen würden, sah die Bundesregierung ihre »Verantwortung«, die aus ihrer Wirtschaftsmacht erwuchs, als erfüllt an. Im Regierungsprogramm 1976 wurde dieser Gedanke verbunden mit der Aussage, Solidarität ende nicht an nationalen Grenzen.<sup>97</sup>

Eine andere Dimension erreichte die Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit zu Hause und in der Welt durch die Neuausrichtung der SI ab 1976 unter Willy Brandt. Die SI weitete ihre Aktivitäten unter dem Slogan der »internationalen Solidarität« über Europa hinaus aus und Brandt distanzierte sich von der Haltung der Bundesrepublik in Nord-Süd-Fragen.<sup>98</sup> Gemeinsam mit Palme und hochrangigen sozialdemokra-

93 Vgl. Handelsminister Lidboms anförande inför FN:s konferens om handel och utveckling (UNCTAD IV) i Nairobi den 6 maj, in: Uf 1976, Nr. 6, S. 43. Vgl. auch Anförande av statsrådet Gertrud Sigurdsen i Malmö på FN-dagen den 24 oktober, in: Uf 1975, Nr. 130, S. 217; Anförande av statsrådet Sigurdsen i FN:s generalförsamlings andra utskott den 12 november, in: Uf 1975, Nr. 132, S. 221.

94 Vgl. Handelsminister Lidboms anförande inför FN:s konferens om handel och utveckling (UNCTAD IV) i Nairobi den 6 maj, in: Uf 1976, Nr. 6, S. 43 und 47; Riksdagens protokoll 1975/76:34, URL: <[https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/protokoll/riksdagens-protokoll-197576-35-4-5-december\\_FZ0935](https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/protokoll/riksdagens-protokoll-197576-35-4-5-december_FZ0935)> [9.2.2020], S. 102, 126 und 133; biståndspolitiska utredning, Kap. 7: En svensk u-landspolitik, 27.11.1975, SE/RA/323094/~10, S. 9 und 11.

95 Vgl. Lars Magnusson, Do the Nordic Lights Shine Bright Again? Sweden's Response to the 1970s and 1980s Crisis, in: JMEH 9, 2011, S. 195–214, hier: S. 200f.

96 Entwicklungspolitik – Rohstoffe – Dritte Welt. Gespräch zwischen Alwin Brück und Uwe Holtz, in: Die Neue Gesellschaft 21, 1974, S. 884–894, hier: S. 894.

97 Vgl. Regierungsprogramm der SPD 1976 »Weiter arbeiten am Modell Deutschland«, S. 9.

98 Vgl. Interview des Vorsitzenden der SPD, Brandt, für die Deutsche Welle, 3.8.1976, zit. nach: BA 8, Nr. 8, S. 151–157, hier: S. 154; Aus dem Manuskript der Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, bei

tischen Politikerinnen und Politikern beförderte die SI die Unterstützung von »Befreiungsbewegungen« in Lateinamerika und im südlichen Afrika und setzte sich für eine Neuordnung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verhältnisse ein.

#### IV. Fazit

Linke Regierungen übertrugen »Solidarität« seit den 1960er-Jahren in außenpolitische Argumentationen und wandelten damit die Präsenz und den Gehalt von »Solidarität« als Begründungsformel der Außenpolitik. Befördert wurde dies durch Neue soziale Bewegungen, die Diagnose, auf neue Probleme reagieren zu müssen, und den daraus resultierenden Versuch, neue Gemeinschaften in den internationalen Beziehungen zu schaffen beziehungsweise Partnerschaften zu verstärken und die eigene Position umzudefinieren. »Solidarität« und der Rückgriff auf die Geschichte der Sozialdemokratie – üblicherweise als Kollektivsingular – verliehen linken Politikerinnen und Politikern über Landesgrenzen hinweg eine gemeinsame Sprache. In der Außenpolitik einzelner Länder wurde der Begriff jedoch unterschiedlich eingesetzt und viele Forderungen, die Parteitage unter Bezugnahme auf »Solidarität« formulierten, wurden nicht umgesetzt. Das gilt selbstredend für die sozial-liberale Koalition noch stärker als für die SAP, die allein regieren konnte. Unterschiede zeigen sich auch am Stellenwert von »Solidarität« im jeweiligen außenpolitischen Diskurs: Während die schwedische Regierung »Solidarität« zu einem außenpolitischen Prinzip stilisierte, zeigte sich in der Bundesrepublik eine pragmatischere Verwendung. Die eine »Solidarität« gab es nicht.

Für die Bundesregierung stand eine partnerschaftliche »Solidarität«, vor allem in der NATO, aber nach 1973 auch zunehmend unter Rohstoffimporteuren im Vordergrund. In Nord-Süd-Fragen verzichtete die Bundesregierung anders als SPD-Entwicklungspolitikerinnen und -politiker weitgehend auf den Begriff. Palmes Kabinett konzentrierte sich hingegen ähnlich wie Neue soziale Bewegungen auf den globalen Süden. Der Solidaritätsbegriff sollte emotionale Nähe schaffen und die Akzeptanz der Nord-Süd-Politik in Schweden verstärken, indem Länder und Bewegungen des globalen Südens in sozialdemokratische Emanzipationsdiskurse integriert wurden. Die Komplexitätsreduktion, die mit der Parallelisierung einherging, diente durchaus auch als Instrument, die Welt verständlich zu machen. Dem postulierten Gleichheitsverständnis lag jedoch eine zeitliche Hierarchisierung zugrunde. Was die Arbeiterbewegung in Schweden schon erreicht hatte, müssten die antikolonialen Bewegungen noch vollbringen.

»Solidarität« sollte dem außenpolitischen Handeln Legitimität verleihen sowie Innen- und Außenpolitik in Einklang bringen. Allerdings konnte diese Verbindung auch zu Spannungen führen, wie im schwedischen Fall mit der Offenheit gegenüber einer Neuen Weltwirtschaftsordnung einerseits und protektionistischen Maßnahmen andererseits. Die westdeutsche Regierung nutzte sie im Extremfall, um die Machtver-

---

der Konferenz von Caracas, 23.5.1976, zit. nach: BA 8, Nr. 6, S. 145. Vgl. auch Bernd Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus – Die SI und der Nord-Süd-Konflikt, in: ders. (Hrsg.), Willy Brandts Außenpolitik, Wiesbaden 2014, S. 259–334.

hältnisse rhetorisch umzukehren und sich selbst als verletzlichen Part der Nord-Süd-Beziehungen darzustellen. Sie forderte eher andere Länder zum Handeln auf, während Schweden sich als vorbildlicher Solidaritätsgeber inszenierte und dadurch versuchte, an Einfluss zu gewinnen und den starken *folkkrörelser* zu Hause das eigene Engagement zu signalisieren.

Die unterschiedlichen Solidaritätsrhetoriken lassen sich übergreifend als Versuche der Bewältigung dessen begreifen, was zeitgenössisch »Interdependenz« genannt wurde. Aus ihnen lassen sich Vorstellungen eines guten internationalen Zusammenlebens und das Bestreben, sich in einer als im Wandel begriffenen Welt zu verorten, ablesen. Während die Bundesregierung sich enger mit Verbündeten zusammenschloss, nach internationaler Stabilität strebte, die sich ihrer Meinung nach besonders in der Weltwirtschaft niederschlug, und das Ausmaß neuer Abhängigkeiten begrenzen wollte, versuchte die schwedische Regierung, den Wandel der Nord-Süd-Beziehungen mitzugestalten und die eigene Position in der Welt zu verbessern. Beide Regierungen behaupteten, mit ihrem Handeln auf die Sicherung des Friedens hinzuarbeiten. Sie erweiterten dabei den Friedensbegriff um soziale und wirtschaftliche Dimensionen, wobei die Bundesregierung ihn eher weltwirtschaftlich, die schwedische Regierung eher weltpolitisch definierte.

Die Solidaritätsrhetorik ermöglichte es zudem, moralisch begründete Maßnahmen und Eigeninteressen zu amalgamieren, Sachfragen als moralische Fragen darzustellen – und umgekehrt – und das zu verbinden, was als notwendig und moralisch richtig wahrgenommen wurde. Eine nähere Betrachtung der Solidaritätsrhetorik kann also nicht nur Aufschluss über vielschichtige außenpolitische Argumentationsstrategien liefern, sondern öffnet auch den Blick darauf, welche Themen oder außenpolitischen Beziehungen emphatisch aufgeladen wurden. Schließlich kann die Solidaritätsrhetorik als Seismograf für den außenpolitischen Wandel linker Regierungen genutzt werden, um den Bedeutungszuwachs von Nord-Süd-Fragen, der Weltwirtschaft und antikolonialer Bewegungen im Denken von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nachzuzeichnen.



STEFAN WEISPFENNIG

## Politischer Konsum und Solidarität

Konturen und Kontexte eines Schlüsselbegriffs im späten 20. Jahrhundert

In den vergangenen Jahren hat die sozialwissenschaftliche Erforschung von Konsum als Mittel politischer Partizipation einen Aufschwung erlebt: Die historische Aufarbeitung politischer Teilhabe in der individualisierten Konsumentengesellschaft »nach dem Boom« ist über die von Frank Bösch diagnostizierte »Zeitenwende 1979« bereits seit Längerem hinausgetreten und untersucht vermehrt ihre umwelt- und entwicklungspolitischen Aspekte im späten 20. Jahrhundert.<sup>1</sup> Eine ideengeschichtliche Untersuchung von Akteursgruppen entwicklungs- und umweltpolitischen Konsums liegt jedoch noch nicht vor. Die Entwicklung von Marketing- und Vertriebswegen erweckt dabei den Eindruck einer Geschichte von Moral:<sup>2</sup> Für den fairen Handel etwa wurden bereits eine »zunehmende Kommerzialisierung solidarischer Aktionen« oder eine Ökonomisierung ethischen Konsums festgestellt.<sup>3</sup> Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Verhältnis ausgewählter, größtenteils entwicklungspolitischer Akteursgruppen politischen Konsums zum Begriff »Solidarität«. Zwar existieren bereits Arbeitsdefinitionen insbesondere zur internationalen Solidarität, jedoch lassen diese – bis auf die Annahme eines normativen Überschusses – die hier entscheidenden Dimensionen außen vor.<sup>4</sup> Der Begriff, so die These, wurde um 1990 innerhalb weniger Jahre deutlich weniger normativ-ethisch zugunsten einer deskriptiv-soziologischen Dimension interpretiert.<sup>5</sup> Diesem Prozess zugrunde lagen politik- und sozialgeschicht-

- 1 Vgl. Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom: Neue Einsichten und Erklärungsversuche*, in: Lutz Raphael, *Ordnungsmuster und Deutungskämpfe. Wissenspraktiken im Europa des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2018, S. 173–197; vgl. auch beispielhaft Frank Uekötter, *Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York 2011; Maren Möhring, *Ethnic food, fast food, health food. Veränderung der Ernährung und der Esskultur im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts*, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 309–331; mit anderer Perspektive auch Alexander Sedlmaier, *Konsum und Gewalt. Radikaler Protest in der Bundesrepublik*, Berlin 2018.
- 2 Vgl. einführend Habbo Knoch/Benjamin Möckel, *Moral History. Überlegungen zu einer Geschichte des Moralischen im »langen« 20. Jahrhundert*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 14, 2017, H. 1, S. 93–111.
- 3 Sigrid Baringhorst, *Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität*, Opladen 1998, S. 229; vgl. auch Benjamin Möckel, »Ökonomische Eigenlogiken« und »alternative Sachzwänge«. Ökonomisierungsdiskurse im ethischen Konsum seit den 1960er Jahren, in: Rüdiger Graf (Hrsg.), *Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte*, Göttingen 2019, S. 360–382.
- 4 Vgl. Frank Bösch, *Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken*, in: ders./Caroline Moine/Stefanie Senger (Hrsg.), *Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR*, Göttingen 2018, S. 7–34, hier: S. 9f.
- 5 Die hier verwendete Zweidimensionalität fußt auf der Annahme der weitgehend übereinstimmenden affektiv-moralischen Grundlage der Akteursgruppen, vgl. Ursula Nothelle-Wildfeuer/Arnd Küppers, *Solidarität*, in: Petra Kolmer/Armin Wildfeuer (Hrsg.), *Neues Handbuch philosophischer Grundbegriffe*, Bd. 3, Darmstadt 2013, S. 2027–2041, hier: S. 2027 und 2040f.; im Gegensatz dazu Andreas Wildt, *So-*



liche Kontextänderungen, die bei den Akteursgruppen breit rezipiert wurden. »Solidarität« ist daher ein Schlüsselbegriff, um die gegenwartsnahen Änderungen politischen Konsums historisch einordnen zu können.

Die zentrale Rolle der deskriptiv-soziologischen Dimension von Solidarität spiegelt sich auch in der Forschung wider. In der jüngeren und jüngsten sozialwissenschaftlichen Aufarbeitung wird »Solidarität« meist als Praxis verstanden, die das ökologisch-soziale Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger<sup>6</sup> beim Einkauf zum Ausdruck bringt und konsumentenseitig über ein staatsbürgerschaftliches Verantwortungsbewusstsein hinausgeht.<sup>7</sup> Eine Gemeinsamkeit dieser Arbeiten besteht zudem in der Perspektivierung von Endverbrauchern: Die politische – nämlich solidarische – Dimension von Konsum drückt sich in der Intention des aktiven Verbrauchers aus. Diese Phänomene gehen einher mit einer unscharfen Grenze zwischen Politik und einem distinktiven Konsumstil, der mittlerweile auch soziologisch aufgearbeitet wird.<sup>8</sup> Dieser Beitrag schließt aus historischer Perspektive an den Befund von Konsumgütern als Medium für Lebensstil-Politik an und fragt nach zeithistorischen Verständnissen von Solidarität im politischen Konsum: So wurden Produkte wie Kaffee und Obst nicht erst von den Endverbrauchern, sondern bereits durch Import-, Verkaufs- und Protestgruppen mit spezifischen Deutungen von Solidarität aufgeladen, weshalb diese Akteure hier im Besonderen beleuchtet werden. Aufgrund dieser Perspektivierung wird zudem nachfolgend die Bezeichnung politischer Konsum genutzt anstelle der häufig anzutreffenden Begriffe ethischer beziehungsweise moralischer Konsum, die meist Verbraucher perspektivieren und Lebensstilfragen stärker miteinbeziehen.<sup>9</sup>

Zur Konturierung von Solidarität bieten sich drei Akteursgruppen im Besonderen an. Noch immer geringe Beachtung erhält, erstens, die langlebige Boykottkampagne der »Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland« (EFD) als Solidarisierung gegen das südafrikanische Apartheidregime. Die bisherigen Analysen beschränken sich meist auf den christlich-karitativen Grundcharakter der Aktion innerhalb der evangelischen

---

lidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute, in: Kurt Bayertz (Hrsg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 202–216.

- 6 Zum Zweck der vereinfachten Lesbarkeit wird nachfolgend das generische Maskulinum genutzt. Es sind dabei stets alle Geschlechter und Identitäten angesprochen.
- 7 Vgl. Michele Micheletti/Dietlind Stolle, *Sustainable Citizenship and the New Politics of Consumption*, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* Bd. 644, 2012, S. 88–120, hier: S. 109; auch Dietlind Stolle, *Kaufen, um die Welt zu retten: Wie Verbraucherinnen und Verbraucher globale Probleme lösen wollen*, in: Peter Kenning/Jörn Lamla (Hrsg.), *Entgrenzungen des Konsums. Dokumentation der Jahreskonferenz des Netzwerks Verbraucherforschung*, Wiesbaden 2018, S. 3–14.
- 8 Piia Jallinoja/Markus Vinnari/Mari Niva, *Veganism and Plant Based Eating: Analysis of Interplay between Discursive Strategies and Lifestyle Political Consumerism*, in: Magnus Boström/Michele Micheletti/Peter Oosterveer, *The Oxford Handbook of Political Consumerism*, Oxford/New York 2019, S. 157–179.
- 9 Darüber hinaus ist ein ethischer Konsum, mithin eine ethische Praxis, begrifflich der Alltagssprache entlehnt und als Analysebegriff zweifelhaft, da er erstens formal-logisch inkonsistent ist und er zweitens inhaltlich moralisch-affektive und politische Motive nicht differenziert, vgl. beispielhaft bei Jörn Lamla, *Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft*, Berlin 2013, S. 46.

Kirche oder auf die Rolle der EFD gegenüber der deutschen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB).<sup>10</sup> Die Analyse des alternativen beziehungsweise später fairen Handels nimmt anstelle von einzelnen Aktions- und Verkaufsruppen, zweitens, meist Importgruppen in den Blick, die unmittelbar mit den Solidarpartnern verhandeln konnten. In den vergangenen Jahren sind kirchlich geprägte Akteure wie die »Aktion Dritte Welt Handel« (A3WH) und der Importeur »Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt« (GEPA) in akteurszentrierten Arbeiten betrachtet worden.<sup>11</sup> Die historiografische Aufarbeitung der Solidaritätsbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre bezieht sich, drittens, meist auf die Unterstützung von lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen.<sup>12</sup> Tatsächlich scheint besonders die Solidaritätsbewegung für das sandinistische Nicaragua einen zentralen Platz in der Erinnerung der Akteure gefunden zu haben. »Sandino-Dröhnung statt Jacobs-Krönung« war einer von zahlreichen Slogans zur antiimperialistischen Solidaritätsbekundung, die von alternativen Importgruppen genutzt wurden. Als Vergleichswert schließlich dient ein Blick auf umweltpolitische Akteursgruppen und deren seltene Verwendung des Begriffs »Solidarität« im Zusammenhang mit Konsum. Hier weist Sven Reichardt auf die praktische Solidarität in selbstverwalteten Betrieben des alternativen Milieus hin, die im Falle etwa von Lebensmittelkooperativen auch Konsumorte sein konnten.<sup>13</sup> Lebensmittelkooperativen prägten einen praktischen Solidaritätsbegriff gegenüber einer drohenden Kommerzialisierung von ökologisch angebauten Lebensmitteln.

Um den Konturenwandel von Solidarität beim politischen Konsum zu erläutern, bietet sich die historische Betrachtung von drei zeitlich abgrenzbaren Phasen an. Zunächst (I.) ist eine Übersicht über die Akteursgruppen und ihre Konturierungen von Solidarität seit den späten 1970er-Jahren notwendig. Zwischen 1987 und 1992 (II.) sind mehrere politikgeschichtliche Kontextänderungen feststellbar, die auch die Nutzung und die Konturierung von Solidarität beeinflussten. In diesen Zeitraum fallen die Abschwächung der normativ-ethischen Dimension und zeitgleich die Stärkung der deskriptiv-soziologischen. Auch wurde zum Ende der 1980er-Jahre durch die Ausweitung des fairen Handels eine Kommerzialisierungstendenz sichtbar, die von den Kontextänderungen signifikant verstärkt wurde. Seit 1992 schließlich (III.) erschienen Meinungs- und Handlungsoptionen zunehmend gefestigt. Das Versprechen solidarischen Verhaltens durch den Einkauf spielt seitdem eine zentrale Rolle. Die Solidarität, die durch den Einkauf gezeigt werden kann, bezieht sich gegenwartsnah auf ein vages, oft anonymes Gegenüber: So kann der Kauf von fairen oder ökologisch angebauten

10 Vgl. zur AAB Jürgen Bacia/Dorothee Leidig, »Kauft keine Früchte aus Südafrika!«, Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung, Frankfurt am Main 2008; zur EFD Sebastian Tripp, Fromm und politisch. Christliche Anti-Apartheid-Gruppen und die Transformation des westdeutschen Protestantismus 1970–1990, Göttingen 2015.

11 Vgl. Markus Raschke, Fairer Handel. Engagement für eine gerechte Weltwirtschaft, Ostfildern 2009; Ruben Quaas, Fair Trade. Eine global-lokale Geschichte am Beispiel des Kaffees, Köln/Weimar etc. 2015.

12 Exemplarisch die Ausführungen zu Solidaritätsbrigaden bei Christian Helm, Reisen für die Revolution. Solidaritätsbrigaden als Praktik transnationaler Solidarität zwischen der Bundesrepublik und dem sandinistischen Nicaragua, in: Bösch/Moine/Senger, Internationale Solidarität, S. 35–63.

13 Vgl. Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 321f.

Produkten als ein solidarischer Akt mit dem Globalen Süden oder der Umwelt empfunden werden, da ein bewusster Mehrpreis den Bauern auf Plantagen zugutekommen soll beziehungsweise durch eine ökologisch schonende Anbauweise der fortschreitenden Umweltzerstörung entgegengewirkt werden soll. Sozial-ökologische Praktiken prägen daher die hier genutzte deskriptiv-soziologische Dimension von Solidarität.

## I. Konturen von Solidarität

Um 1980 arbeiteten viele Gruppen aus der Solidaritäts- und ›Dritte-Welt‹-Bewegung bereits seit einigen Jahren und mit teils wechselnden Schwerpunkten.<sup>14</sup> In den »Blättern des Informationszentrums Dritte Welt« (iz3w) reflektierten 1980 die Redakteure zum zehnjährigen Bestehen der Zeitschrift die bisherige Arbeit und das Selbstverständnis als Plattform der Solidaritätsbewegung. Das formulierte Ziel wird mit einer Lobbyarbeit ›von unten‹ umschrieben: »Entgegen einer Lobby [...] mussten wir uns an einer sehr langfristigen Perspektive orientieren: [N]ur durch breitenwirksame Bewusstseinsarbeit, die vermutlich Jahrzehnte beanspruchen kann«<sup>15</sup>, könne mithilfe von Multiplikatoren wie Pädagogen und Pfarrern die weitere Ausbeutung der ›Dritten Welt‹ unterbunden werden, während mit Blick auf die Zukunft eine (wieder-)verstärkte Internationalismusarbeit in Westdeutschland notwendig sei.<sup>16</sup> Bewusstseinsbildung und die normativ-ethische Dimension von Solidarität waren dabei eng miteinander verknüpft.

Dies galt zunächst jedoch nicht für Konsumfragen. Die kirchlich getragene A3WH verwies bei ihren durchgeführten Verkaufsaktionen – vor allem von »Indio«-Kaffee – nicht auf eine ausdrückliche Solidarität.<sup>17</sup> Während kirchliche Akteure zwar durchaus im Kolonialismus historische Wurzeln einer strukturellen Benachteiligung der ›Dritten Welt‹ auf dem Weltmarkt anerkannten, war bei den Aktionen selbst ein Wandel der Weltwirtschaftsordnung nur abstrakt als Zielhorizont formuliert.<sup>18</sup> Mit dem Verkauf sollte zuerst Aufmerksamkeit erregt werden. Der Evangelische Pressedienst beschrieb etwa die niederländische »Aluschok«-Aktion, die mit einer Tafel Schokolade

14 Damit ist die Phase der ›Dritte-Welt‹-Bewegung gemeint, die über einen strikten »Dritteltismus« hinausging, vgl. Wilfried Mausbach, Von der »zweiten Front« in die friedliche Etappe? Internationale Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik 1968–1983, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 423–444, hier: S. 439–442.

15 Georg Cremer, Der mühsame Weg politischer Bewusstwerdung und Organisation, in: iz3w, 1980, Nr. 89, S. 33–40, hier: S. 35.

16 Vgl. ebd. beziehungsweise S. 40.

17 Vgl. Flugblatt »Kennen Sie die Geschichte vom Indio-Kaffee aus Guatemala? Hier ist sie: Reiner Indio-Guatemala-Kaffee«, hrsg. v. A3WH, März 1974, Universität Trier, Sammlung Wertingen, 1.Kaf.001.

18 Der strategische Zielhorizont der A3WH ließ diese Frage zunächst noch offen, vgl. Gerd Nickoleit, Entwicklung der Unterentwicklung. 4., überarb. u. erg. Aufl., Wuppertal 1974, IISG Amsterdam, Bro 864/3 fol; vgl. auch Benjamin Möckel, Gegen die »Plastikwelt der Supermärkte«. Konsum- und Kapitalismuskritik in der Entstehungsgeschichte des »fairen Handels«, in: Afs 56, 2016, S. 336–352, hier: S. 339f.

auf die Probleme rohstoffexportabhängiger Staaten aufmerksam machen sollte, noch 1972 als einen »als Naschwerk verpackte[n] Pearson-Report«<sup>19</sup> und forderte damit unter anderem höhere Entwicklungshilfezahlungen für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Erhard Eppler. Gemeinsam mit der 1975 gegründeten GEPA folgten die Initiatoren der Kampagne jedoch nicht nur einer normativen Bewusstseinsbildung, sondern bewarben darüber hinausgehend auch Convenience-Aspekte. Die Überlegung, dass eine Schokoladentafel »sich gut [verkauft]«<sup>20</sup> an Orten wie einer Kantine, entsprach der gewünschten Alltagsauglichkeit etwa des »Jute statt Plastik«-Jutebeutels aus Bangladesch, der zudem zu einem ökologischen Lebensstil, der mit dem Kauf von Jutebeuteln erworben werden kann, beitragen sollte.<sup>21</sup> Diese Ideen weisen darauf hin, dass die GEPA als Importeur von alternativ gehandelten Gütern bereits in ihrer Gründungszeit die deskriptiv-soziologische Dimension von Solidarität im Blick hatte: Sie ging davon aus, dass diese Produkte über eine Alltagsauglichkeit verfügen, die eine breite Käuferschicht zum solidarischen Handeln bewegen könnte. Eine entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung war dafür nicht zwingend notwendig, auch wenn sie den erklärten Zweck der Aktionen darstellte.

Die Konturierungen von Solidarität konkretisierten sich zum Ende der 1970er-Jahre im Wesentlichen aufgrund von zwei Entwicklungen: mit dem Beginn der Anti-Apartheid-Arbeit der Boykottgruppe in der EFD einerseits, insbesondere aber mit der Machtübernahme der sandinistischen Regierung in Nicaragua andererseits.<sup>22</sup> Obwohl gerade der Sandino-Kaffee mit seiner enorm schwankenden Qualität als Gegenstand der antiimperialistischen Nicaragua-Solidarität im Gedächtnis vieler Zeitgenossen geblieben ist, standen in beiden Fällen nicht die Produkte und ihre möglichen Käufer, sondern der konfliktive Aushandlungsprozess um die normativ-ethische Dimension von Solidarität im Vordergrund. Bei der EFD trug Solidarität zunächst starke emanzipatorische Züge. In ihrem Band zur »Politik mit dem Einkaufskorb«<sup>23</sup> beschrieb die Aktivistin Edda Stelck die unmittelbare zeitliche Nähe des Banns der »Black Women's Federation« in Südafrika zur EFD-Mitgliederversammlung 1977, weshalb unter Betonung der Solidarität vor allem mit schwarzen Frauen vorherige Aktionen der Anti-

19 Paulus Hausmann, Entwicklungshilfe mit Aluminium und Schokolade, in: Dritte Welt Information des epd 27, 1972, S. 1–3, hier: S. 3; vgl. zur Aktion, die ursprünglich auf die Abhängigkeit von Rohstoffexporten von Bauxit und Kakao in der ehemaligen niederländischen Kolonie Surinam hinweisen sollte, bis heute am detailliertesten Ernst Schmied, Die »Aktion Dritte Welt Handel« als Versuch der Bewusstseinsbildung. Ein Beitrag zur Diskussion über Handlungsmodelle für das politische Lernen, Aachen 1977, S. 231–246; vgl. hierzu auch George Arickal, Zusammenfassung der Erfahrungen einiger »Aluschok«-Verkäufer. Undatiert [1975?], Archiv Misereor, FH 12.

20 Hausmann, Entwicklungshilfe mit Aluminium und Schokolade, S. 3.

21 Vgl. die Zielsetzung der GEPA bei George Arickal, Die Aktion Jute statt Plastik, in: Unsere Dritte Welt, 1978, H. 1, S. 12–13; Peter Jorzick, Jute statt Plastik – eine entwicklungspolitische Informationsaktion, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, 1978, H. 1, S. 16–17.

22 Vgl. zur Vorgeschichte der Anti-Apartheid-Arbeit insbesondere protestantischer Gruppen Tripp, Fromm und politisch, S. 59–75.

23 Edda Stelck, Politik mit dem Einkaufskorb. Die Boykott-Aktion der evangelischen Frauen gegen Apartheid, Wuppertal 1980. Dieser Band ist allerdings nach dem einführenden Kapitel eher als Sammlung von Korrespondenzen zu verstehen.

Apartheid-Bewegungen erweitert werden sollten.<sup>24</sup> Der danach innerhalb weniger Monate aufgezugene Boykott profitierte von einer sehr aktiven Vernetzungsarbeit einiger EFD-Frauen und nutzte zunächst den Konsumboykott als antirassistische Handlungsoption.<sup>25</sup> Ihre Solidarität mit der Aktion erklärten in den ersten Monaten vor allem kirchliche und entwicklungspolitisch engagierte Gruppen, wobei sich die Hauptstoßrichtung der Kampagne rasch dem kommerziellen Handel zuwandte mit der Forderung der Einstellung des Verkaufs südafrikanischer Waren.<sup>26</sup> Bei dieser erweiterten Solidaritätseinforderung – nicht nur mit den Unterdrückten, sondern auch mit dem Boykott – bot Solidarität angesichts der verhaltenen Reaktionen der Evangelischen Kirche gegenüber seiner politischen Zielsetzung und angesichts der veröffentlichten Erfahrungsberichte auch einen Resonanzraum für Geschlechterfragen, die zur Identitätsstiftung der Projektgruppe beitrugen. Die normativ-ethische Dimension der Solidarität war damit für westdeutsche gesellschaftliche Strukturprobleme offen, wobei der Slogan »Frauen für Südafrika!«<sup>27</sup> zu Beginn der Aktion noch eine strukturelle Ähnlichkeit der Unterdrückung von Frauen in beiden Ländern insinuiert hatte, im Verlauf der Aktion aber seltener verwendet wurde.<sup>28</sup>

Die zweite Säule der Protestarbeit richtete sich gegen deutsche Großbanken. Der Bankenboykott ging zurück auf Initiativen der AAB, die wiederum den Bankenboykott als eine in den USA erfolgreiche Methode übernommen hatte. Ab 1982 kooperierten die EFD-Akteurinnen mit der AAB in einem gemeinsamen Arbeitskreis »Kein Geld für Apartheid«.<sup>29</sup> Dabei ging die EFD-Gruppe teilweise über die Arbeit mit Konsumenten hinaus: Neben dem Boykott von südafrikanischem Gold wie etwa Kruggerand-Münzen sollten Banken unter Druck gesetzt werden, die Geschäftsbeziehungen zum Apartheidregime hatten. Insbesondere die Dresdner Bank stach hier hervor und

24 Vgl. ebd., S. 15–18; vgl. auch Broschüre »Kauft keine Früchte aus Südafrika!«, 1978, Afas Duisburg, AAB.II.1978. Ergänzend sei hier zum Verständnis des Kontextes erwähnt, dass die EFD-Aktion nicht die erste evangelisch geprägte Protestaktion gegen das Apartheidsregime war. Bereits 1974 organisierte die AAB eine Protestaktion gegen die »Outspan-Girls«-Kampagne, die mit weißen jungen Frauen in Supermärkten für südafrikanische Zitrusfrüchte warb, was zumindest im Band von Stelck unerwähnt bleibt, vgl. Bacia/Leidig, *Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung*, S. 48–55; zur Geschichte des »Banns« als juristisches Unterdrückungswerkzeug vgl. Manfred Kurz, *Indirekte Herrschaft und Gewalt in Südafrika*, Hamburg 1981, S. 99–124.

25 Gegnerinnen und Gegner der Aktion gab es vor allem außerhalb der EFD, vgl. Tripp, Fromm und politisch, S. 150–152.

26 Vgl. Hannelore Heidelberger, Schwerpunkt-Aktion »ALDI«, in: Boykott-Rundbrief, 1982, Nr. 16, S. 8f.; o. V., Solidarität mit dem Boykott, in: Boykott-Rundbrief, 1979, Nr. 3, S. 27.

27 Abgedr. in: Boykott-Rundbrief, 1979, Nr. 2, S. 3.

28 Vgl. zur Reaktion der EKD Tripp, Fromm und politisch, S. 152–161, sowie zur Rezeption dieser bei den EFD-Frauen o. V., Andersdenkende, in: Boykott-Rundbrief, 1979, Nr. 5, S. 20–21; vgl. zur Verbindung von Geschlecht und »citizen-consumer« Erica Carter, *Deviant Pleasures? Women, Melodrama, and Consumer Nationalism in West Germany*, in: Victoria de Grazia/Ellen Furlough (Hrsg.), *The Sex of Things. Gender and Consumption in Historical Perspective*, Berkeley/Los Angeles etc. 1996, S. 359–380, hier: S. 360; vgl. auch Julia Ballot, Zur besonderen Lage der Frau in Südafrika, in: *iz3w*, 1979, Nr. 76, S. 18–22; vgl. zu negativen Reaktionen beim Straßenverkauf die (anonymen) Briefe zit. bei: Stelck, *Politik mit dem Einkaufskorb*, S. 38–43.

29 Vgl. einführend Bacia/Leidig, *Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung*, S. 122–129.

diente als Gegner für die Kampagne.<sup>30</sup> So wurden »kritische Aktionäre« zu den Jahreshauptversammlungen geschickt, die als Kleinstaktionäre ihr Rederecht für politische Beiträge nutzten, und im Rahmen der Jahreshauptversammlungen ab 1983 ein jährlicher Bankenaktionstag veranstaltet. Bei der Bankenkampagne rückte insofern der Boykott- und Solidaritätsaspekt, der im Fall der Goldmünzen noch die schwarzen Minenarbeiter in Südafrika einbezogen hatte, rasch in den Hintergrund zugunsten einer außenwirtschaftspolitischen Kritik an der Finanzierung der bestehenden Unterdrückungsstruktur. Obwohl also die EFD-Gruppe an ihrer normativ-ethischen Konturierung von Solidarität durchgängig festhielt, nutzte sie diese kaum im Rahmen der Bankenkampagne. Dieser Befund dürfte auch mit den abstrakten Kredit- und Umschuldungsprogrammen der Dresdner Bank mit dem südafrikanischen Regime zusammenhängen, die keine Konsumgüter darstellten, welche als Medium für praktische Solidarität hätten dienen können.

Während das EFD-Projekt gemeinsam mit der AAB die Deutungshoheit über den Konsum von Waren aus Südafrika im Laufe der 1980er-Jahre ausbauen konnte, war das Meinungsfeld um nicaraguanische Produkte deutlich härter umkämpft. Festgehalten werden muss hier zunächst, dass »Solidarität« als antiimperialistischer Begriff nur für kurze Zeit zwischen 1985 und 1990 aufgrund des Sandino-Kaffees im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand.<sup>31</sup> Zwar wurde »Solidarität« auch beim Misereor-Projekt zum Verkauf von Kaffee aus Guatemala ab Mitte der 1970er-Jahre von der beteiligten Gruppe »action 365« als Beweggrund genannt, aber hier wie auch bei »Aluschok« überwog letztlich unzweifelhaft eine christlich-karitative Verantwortung, die keiner betont gleichberechtigten Solidarpartner bedurfte.<sup>32</sup>

Die Verantwortung gegenüber der nicaraguanischen Bevölkerung bestand für die GEPA hauptsächlich in der Beschaffung von Einnahmen. Die Begründung dafür erfolgte mit Verweis auf die anfänglichen Erfolge der sandinistischen Regierung, insbesondere die Alphabetisierungskampagne.<sup>33</sup> Dass zu Beginn der 1980er-Jahre kaum und in der Mitte des Jahrzehnts sehr differenziert über Solidarität gesprochen wurde, hing von der strategischen Ausrichtung der Importorganisation ab: In der GEPA-Zeitschrift »Alternativ handeln« beschrieb Prokurist Bernd Merzenich schon 1984 Solida-

30 Vgl. Broschüre »Aktionäre und Kunden der Dresdner Bank fordern: Keine Kredite für Apartheid! Kein Geld für Gold aus Südafrika!«, 1984, Afas Duisburg, AAB.147.

31 Vgl. hier zentral die Broschüre von der Berliner Kaffeegeossenschaft/Ökotoxia, Sandino Dröhnung. Die Broschüre zum Kaffee oder Warum es schon immer etwas teurer war, einen guten Geschmack zu haben, Berlin 1985.

32 Vgl. allgemein Schmied, Die »Aktion Dritte Welt Handel« als Versuch der Bewusstseinsbildung, S. 223–230; seitens der GEPA wurde diese Frage schon früh reflektiert, vgl. o. V., GEPA alternativ?!, in: Alternativ handeln, 1979, Nr. 2, S. 4–11, hier: S. 9; zur bewusstseinsbildenden und karitativen Grundanlage des Guatemala-Projekts vgl. Misereor (Hrsg.), Ein Misereor-Projekt sucht Partner: FEDECOAGUA. Eine Chance für indianische Kaffeebauern, Aachen o. J. [1975].

33 Vgl. Flugblatt »Kaffee aus Nicaragua... denn Nicaraguas Freiheit ist bedroht«, hrsg. v. Informationsbüro Nicaragua/GEPA, Januar 1984, Universität Trier Sammlung Wertingen, 1.Nic.003; vgl. zu den Anfängen des Nicaragua-Handels auch Quaas, Fair Trade, S. 193–201. Bezeichnend im Flugblatt ist die ausschließliche Nennung von Solidarität als Handlungsmotiv bei der Eigenvorstellung des »Informationsbüros Nicaragua« als Organisator, während die Erläuterungen der GEPA zwar auf die oppositionellen »Contras«, aber nicht auf Solidaritätsgruppen oder antiimperialistische Prinzipien eingehen.



rität mit einer starken deskriptiv-soziologischen Dimension – insbesondere im Vergleich zum deutlich normativ ausgerichteten Verständnis bei alternativen Kaffeeimporteuren. Zwar sollte demnach »dem Moloch Welthandel mit seinem Zentralismus und seinem Großkapital eine konkrete alternative Struktur«<sup>34</sup> entgegengesetzt werden – da aber der Konsum das Grundmuster für diese Struktur beinhalte, sei eine gesellschaftlich breit angelegte Unterstützung wünschenswert. Merzenich plädierte daher für

»[e]in Netzwerk, das keine großen Unterschiede mehr macht zwischen Dritte-Welt-Handel und Ökohandel [...]. Und wenn man dann nicht gleich bis vorgestern die große Weltrevolution vollzogen haben will, ist unser alternativer Handel eine sehr reale Alternative. Voraussetzung dafür ist, dass man ihn professionell betreiben darf.«<sup>35</sup>

Die GEPA sollte nicht ohne Weiteres als fester Teil der Solidaritätsbewegung der 1980er-Jahre gezählt werden, da ihr Verständnis von Solidarität im gleichen Kontext eine andere Konturierung aufwies.<sup>36</sup> Zwar wurde in der aufkommenden Debatte um die »Sandino-Dröhnung« Solidarität als gemeinsames Ziel mit anderen Gruppen, hier dem »Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« (BUKO), bestätigt; »ihr [der GEPA] geht es allerdings darum, dass die ›Solidarität mit Nicaragua‹ auch durch die Art des glaubwürdigen Handel(n)s umgesetzt wird.«<sup>37</sup> Hier stellt sich also die Frage nach der richtigen Solidarität. A3WH und GEPA sahen Solidarität als Form der Entwicklungspolitik. Hilfe und Caritas als Leitmotive für konkrete Aktionsformen, die besonders vom katholischen Hilfswerk Misereor als zeitlich befristete Projekte geplant und durchgeführt wurden und werden, hatten daher stets bestimmte Orte und Partner. Dagegen stand ein etwaiger strategischer Überbau, der eine neue Weltwirtschaftsordnung mit einer Abschaffung ausbeuterischer Welthandelsstrukturen bedeutet hätte, zu keinem Zeitpunkt im Vordergrund. Bei der Betrachtung von inhaltlichen Überschneidungen und Abgrenzungen ist aber gerade in diesem Fall der Kontext wichtig: Die GEPA stand insbesondere 1985 unter dem Druck eines innerkirchlichen Aushandlungsprozesses, der von einer (Nicht-)Parteinahme im Ost-West-Konflikt geprägt war.<sup>38</sup>

Dieser Ansatz unterschied die kirchlichen Akteure von den Solidaritätsgruppen, die sich an den antiimperialistischen Kaffeekampagnen 1985/86 aktiv beteiligten. Obwohl die Praktiken der Solidarität sehr ähnlich waren – Direktimport von der staatlichen Kaffeeorganisation »Encafé«, Bemühung um eine Zahlung über Weltmarktniveau,

34 Bernd Merzenich, Die Sache mit dem Splitter und dem Balken, in: *Alternativ handeln*, 1984, Nr. 14, S. 16–18, hier: S. 18.

35 Ebd.

36 Zur sach- und akteursbezogenen Aufarbeitung der Solidaritäts- und ›Dritte-Welt‹-Bewegung vgl. immer noch zentral Werner Balsen/Karl Rössel, *Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*, Köln 1986; jüngst auch Helm, *Reisen für die Revolution*.

37 O.V., Kaffee aus Nicaragua. Über die Schwierigkeiten solidarischen Handel(n)s, in: *Alternativ handeln*, 1984, Nr. 14, S. 18–22, hier: S. 18.

38 Vgl. das Interview mit Geschäftsführer Jan Hissel bei o. V., *Der »Fall Nicaragua« – der »Fall GEPA«?*, in: *Alternativ handeln*, 1986, Nr. 17, S. 4–7.



Vertrieb weitgehend über Weltläden, politische Bewusstseinsbildung –, wurde sie hier kurzzeitig ein populäres Schlagwort zur identitätsstiftenden Abgrenzung. Während die GEPA den Konflikt mit kommerziellen Kaffeeröstereien durchgängig scheute, erreichten Solidaritätsgruppen wie die Einkaufsgenossenschaft »Ökotopia«, die »Berliner Kaffee-genossenschaft« oder »El Puente«, aber auch das gut vernetzte »Informationsbüro Nicaragua« mit dieser Stoßrichtung eine steigende Aufmerksamkeit.<sup>39</sup>

Die strikt normativ-ethische Dimensionierung von Solidarität war eng mit dem Entstehungszusammenhang dieser Gruppen verknüpft. Lokale Aktionsgruppen verbanden um 1980 den Protest gegen den US-amerikanischen Interventionismus in Lateinamerika mit der bisherigen Arbeit der Solidaritätsbewegung. Dazu kamen antikapitalistische und antiautoritäre Einwände, die insbesondere auf die Arbeit der GEPA zugeschnitten waren und ihr zu große Eigenkosten, zu große Nähe zu den Amtskirchen und zu geringe Abgrenzung von den kommerziellen Kaffeeröstern vorwarfen.<sup>40</sup> Diese Charakteristika prägten auch eine weitverbreitete Broschüre zur »Sandino-Dröhnung« im Rahmen der KaffEEKampagne 1985.<sup>41</sup> Auffällig ist hier zunächst die fehlende Systemfrage. Die Berichte von Heimkehrern der Solidaritätsbrigaden bei der Kaffeeernte betonten vielmehr die schwierige wirtschaftliche Situation und die persönlichen Konkurrenzen vor Ort, die auch von der jüngsten Forschung zur Solidaritätsbewegung diagnostiziert worden sind.<sup>42</sup> Das übergeordnete Ziel der Kampagne war die Positionierung gegenüber den großen KaffEEKonzernen. Ein großer Teil des Heftes beschäftigt sich mit den Konzernen, die den deutschen KaffEEKmarkt beherrschten, und wie die strukturelle Benachteiligung Nicaraguas am Weltmarkt aufrechterhalten würde.<sup>43</sup> Obwohl die Exportabhängigkeit vom KaffEE gemeinsam mit der Importabhängigkeit von Grundnahrungsmitteln problematisiert wurde, richtete sich das Berliner Projekt zuallererst an eigenen Vorstellungen von KaffEEimport aus, die sich explizit von der GEPA unterscheiden sollten und »aus dieser Kritik [entstanden]«.<sup>44</sup>

Die Problematisierung hatte wiederum Rückwirkungen: Die GEPA setzte sich ebenfalls 1985 erstmals offensiv mit ihrem normativ-ethischen Verständnis von Soli-

39 Vgl. zur Konsensorientierung der GEPA Jan Hissel, Sandino-Dröhnung statt Jacobs-Krönung?, in: *Alternativ handeln*, 1986, Nr. 17, S. 32–34, hier: S. 32; zum Zusammenschluss einiger Solidargruppen vgl. deren Selbstbeschreibung, die sich hier direkt gegen Tchibo richtet, bei o. V., KaffEE-Direktimport, in: *Contraste*, 1985, Nr. 6, S. 15; gesteigerte Aufmerksamkeit bedeutet gleichwohl keine Neuerfindung, vielmehr gingen die im Folgenden betrachteten Gruppen aus Solidaritätskomitees hervor und bezogen sich auf Brigaden, vgl. Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Boykottiert die KaffEEKonzerne. Solidarität mit den Völkern von El Salvador und Guatemala, 1981, Afas Duisburg, 90.II.1981:52.

40 Vgl. Aktionsbroschüre, hrsg. v. Komitee der Solidaritätsbewegungen zu Nicaragua, El Salvador und Guatemala, Wuppertal 1980; vgl. dazu die Antwort bei Daniel Haller, »Boykottiert die KaffEEKonzerne«: Die Avantgarde macht eine Aktion, um die Logistik kümmert sie sich nicht!, in: *Alternativ handeln*, 1981, Nr. 8, S. 14–15 und 18–19.

41 Vgl. Berliner Kaffee-genossenschaft/Ökotopia, Sandino Dröhnung.

42 Vgl. Helm, Reisen für die Revolution, S. 63; vgl. im Heft Berliner Kaffee-genossenschaft/Ökotopia, Sandino Dröhnung, S. 36–43.

43 Vgl. ebd., S. 8–23.

44 Ebd., S. 60.

darität mit Nicaragua auseinander.<sup>45</sup> Die entscheidende Frage war dabei, mit wem Solidarität geübt werden sollte. Während für die linksalternativen Gruppen die Solidarität mit der sozialistischen Regierung der Sandinisten unumstrittenes Leitmotiv war, lag der Caritas-Gedanke gegenüber der nicaraguanischen Bevölkerung den kirchlich geprägten Gruppen deutlich näher. Mit diesen Konturierungen vor Augen war die Begriffserweiterung »kritische Solidarität« ein Kompromiss, der Fehlentwicklungen im Land nicht ignorieren sollte.<sup>46</sup> Damit stimmte die GEPA mit einer Kontur überein, die auch in den Lateinamerika Nachrichten als häufig rezipiertes linksalternatives Forum vorgeschlagen wurde.<sup>47</sup> Dass hier praktisch ausschließlich ein Kampf um Deutungshoheit stattfand, entging auch Zeitgenossen letztlich nicht. Plakativ brach etwa das »Informationszentrum Lateinamerika« den Konflikt auf die lediglich verschiedenen Labels herunter, die für die Verpackungen des Nicaragua-Kaffees genutzt wurden.<sup>48</sup> Dieser Kampf um Deutungen eröffnet auch den Blick auf ein zentrales historisch-analytisches Detail des Solidaritätsbegriffs: Umkämpft war hier ausschließlich die normativ-ethische Dimension und darin der politische Zielhorizont. Auch wenn die Konturierung der Solidaritätsgruppen deutlich dominierte, gab die GEPA gleichzeitig ihre stärker deskriptiv-soziologische, weiterhin marktorientierte Solidaritätsidee nicht auf, was noch anhand der Integration von Bio-Produkten in das eigene Konzept zu zeigen sein wird.

In der ökologischen Szene selbst waren die Verbindungen von Konsum und Solidarität dagegen gering ausgeprägt. Am ehesten bietet sich hier ein genossenschaftlicher Zugang an:<sup>49</sup> Ein Beispiel dafür sind die Lebensmittelkooperativen, die als Beispiel selbstverwalteter Versorgung bislang nur geringe Aufmerksamkeit in der historischen Aufarbeitung erhalten haben. Während die Geschichtsschreibung der Umweltpolitik in den vergangenen Jahren bis in die 1990er-Jahre vorgestoßen ist, fällt eine ökologische Konsumgeschichte allgemein gegenüber der Aufarbeitung des entwicklungs-politischen Handels zurück. Vermarktungsmöglichkeiten, die sich mit ökologisch schonenden Anbauweisen auseinandersetzen, traten abseits von Naturkostläden zunächst in Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften und in den »Food Coops« auf. Obwohl diese Einkaufsgenossenschaften historische konsumgenossenschaftliche Grundgedanken reflektierten, nutzten sie nur bestimmte, normativ-ethische Ideen von Solidarität in ihren Selbstdarstellungen.

Die Zielvorstellung lässt sich herunterbrechen auf eine De-Kommodifizierung von ökologischen Lebensmitteln durch Ausschaltung der Vertriebsketten, was einer Entfremdung zwischen Konsumenten und Ware entgegenwirken sollte. »Solidarität«

45 Vgl. Andrea Lug, Das Erbe der Diktatur, in: GEPA (Hrsg.), Kaffee Zeitung. Ein Beitrag zur Meinungsbildung im Rahmen der Aktion Dritte Welt Handel (A3WH)/GEPA, Schwelm o. J. [1985], S. 1–4, hier: S. 4; o. V., Pro statt Contra(s)? Zum politischen Solidaritätsansatz in der A3WH/GEPA, in: Alternativ handeln, 1986, Nr. 17, S. 8–11.

46 Vgl. o. V., Pro statt Contra(s)?, S. 10f.

47 Vgl. o. V., Kritische Solidarität: Parteilichkeit ohne Scheuklappen, in: Lateinamerika Nachrichten, 1986, Nr. 148, S. 60–65.

48 Vgl. Thomas Kipp, Kaffee aus Nicaragua. Gleiche Sorte, andere politische Verpackung, in: Ila Info, 1986, Nr. 92, S. 10–11.

49 Vgl. grundlegend Jutta Jösch, Konsumgenossenschaften und Food-Cooperatives: Ein Vergleich der Entstehungsbedingungen von Verbraucherselbstorganisationen, Berlin 1983.

wurde von den Kooperativen dagegen begrifflich normativ eng an die eigene Identität als Selbst- beziehungsweise Direktversorger innerhalb der Ökologiebewegung gekoppelt und hatte kaum Bezug zur ökologischen Anbauweise selbst. Eine ökologische oder gar außenwirtschaftspolitische Dimension war in diesem Begriff nicht vorhanden. Ohne Anspruch auf internationale Solidarität als Motiv war die Kontextualisierung von Solidarität beim Konsum bei Lebensmittelkooperativen eine völlig andere im Vergleich zu den entwicklungspolitischen Akteursgruppen. Vergleichbar war bei der Konturierung des Begriffs ein Konflikt, der auch im entwicklungspolitischen Konsum während der 1980er-Jahre Einzug hielt: Das normativ-ethische Verständnis von Solidarität stand durchgängig in einer Spannung zu Kommerzialisierungstendenzen, die sich hier in der Sorge äußerte, Bio-Produkte könnten neben den Naturkostläden auch in Supermärkte Einzug halten.<sup>50</sup>

Durch das Angebot von alternativ gehandelten Waren in Naturkostläden sind nicht nur personelle Überlappungen von ›Dritte-Welt‹- und Öko-Bewegungen, sondern zudem auch alltäglicher Käuferschaften aus dem alternativen Milieu offensichtlich.<sup>51</sup> Dennoch war »Solidarität« in der Folgezeit in der Auseinandersetzung um Kommerzialisierung in der Bio-Szene kaum präsent.

## II. Die Zeit des Wandels 1987 bis 1992

Die heute selbstverständlich wirkende Verbindung von sozialen und ökologischen Standards für Produkte mit bekannten Labels wie TransFair ist, wie sich gezeigt hat, keineswegs seit den 1970er-Jahren üblich. Vielmehr ist sie das Ergebnis von Eigeninitiativen, Aushandlungen und vor allem von politikgeschichtlichen Einflüssen, deren Effekte auf die Debatte zum politischen Konsum sich anhand des Schlüsselbegriffs »Solidarität« nachweisen lassen. Teilweise wurden dahinterstehende Ideen bereits zuvor geäußert, jedoch lassen sich die sichtbaren Effekte zeitlich eingrenzen auf die Jahre zwischen 1987 und 1992.

Auf entwicklungspolitischer Seite nahmen die Erosion des Realsozialismus sowie die Regimeänderungen in Nicaragua und in Südafrika für entwicklungspolitischen Konsum eine zentrale Rolle ein. Da sich sowohl die linksalternativen Kaffeegruppen als auch die EFD-Boykottkampagne über den Kampf gegen Imperialismus beziehungsweise Rassismus definierten, war die Aushandlung eines eigenen, positiv gewendeten Zielhorizonts problematisch. Dazu gehört auch, dass der Begriff »Solidarität« unabhängig von der Kontextualisierung im Verlauf der 1990er-Jahre nur noch selten im Zusammenhang mit Konsum genutzt wurde. An dieser Stelle geht es stärker darum, dass in wenigen Jahren um 1990 die Auffassungen von Solidarität in ihrer normativ-ethischen Dimension meist abgeschwächt und gleichzeitig in der deskriptiv-soziologischen Dimension gestärkt wurden.

<sup>50</sup> Vgl. Möhring, *Ethnic food, fast food, health food*, S. 324.

<sup>51</sup> Zu den Begriffen im Singular beziehungsweise Plural vgl. grundlegend Dieter Rucht, *Das alternative Milieu in der Bundesrepublik. Ursprünge, Infrastruktur und Nachwirkungen*, in: Reichardt/Siegfried, *Das Alternative Milieu*, S. 61–86, hier: S. 77–80.

Während, wie zu zeigen sein wird, beim Konflikt um Nicaragua-Kaffee auch Kommerzialisierungstendenzen zur Debatte standen, lässt sich die Bedeutung eines Regimewechsels für die Konturierung von Solidarität am deutlichsten am Apartheid-boycott zeigen. Trotz der Aufrufe von Vertretern des »African National Congress« (ANC), Sanktionen und Boykotte während der Übergangsphase aufrechtzuerhalten, endete die EFD-Kampagne bereits 1992. Der Beginn des südafrikanischen Reformprozesses 1990 fiel in eine Zeit, in der die EFD-Akteurinnen bereits beachtliche Erfolge vorzuweisen hatten. Besonders hervorzuheben ist dabei der Bankenboykott, der zur Kritik an den Unterdrückungsstrukturen aufforderte, die von deutschen Banken ausgingen.<sup>52</sup> So sei der Sinn der Aktion laut einer der Organisatorinnen »nicht nur Solidarität mit den Menschen in Südafrika, sondern auch wir sind über unser Banksystem mit für das dortige Unrecht verantwortlich«.<sup>53</sup> Gleichwohl bestand der praktische Erfolg der Kampagne vor allem in der Herstellung von Öffentlichkeit und in der Kündigung verschiedener Konten kirchlicher Träger bei deutschen Großbanken und nicht in einer Verhaltensänderung der Banken. Eine Erkenntnis für die EFD-Gruppe bestand daher in der Unzugänglichkeit von Banken gegenüber der normativ-ethischen Dimension von Solidarität.<sup>54</sup>

Eine ähnliche Strategie verfolgte die Projektgruppe beim Früchteboykott. Während die Aktionen zur Bewusstseinsbildung vor Supermärkten ursprünglich »basisorientiert[e]«<sup>55</sup> Grundlagen zur Solidarisierung schaffen sollten, ergänzten die Akteurinnen zum Ende der 1980er-Jahre die Kampagne um gezielte Aktionen gegen Händler: Die Störung von Messeständen und Auktionen hätten, so die Wahrnehmung der Boykottfrauen, dazu beigetragen, dass große Ketten wie Kaufhof, Hertie und Metro sich gegen den weiteren Verkauf von Waren aus Südafrika entschieden.<sup>56</sup> Unabhängig von der Frage nach direktem kausalen Zusammenhang ist dieser Erfolg der Akteurinnen analytisch von großem Wert: Schließlich bewirkten die Aktionen gegenüber Handelsvertretern, dass diese offenbar zumindest die deskriptiv-soziologische Dimension der Anti-Apartheid-Solidarität anerkannten. Anders als bei den Banken war es den Handelsketten leichter möglich, die eingeforderte Solidarität mit dem Anreiz steigender – oder wenigstens nicht fallender – Umsätze in Einklang zu bringen.

Nach der Freilassung Nelson Mandelas und der Entkriminalisierung des ANC Anfang 1990 flaute die Anti-Apartheid-Arbeit in Deutschland ab. Bereits 1992 beschlossen die Herausgeberinnen des Boykott-Rundbriefs während des Prozesses der Abschaffung der Apartheid in Südafrika das Ende ihrer organisierten Boykottarbeit. Ihr sollte eine veränderte, projektorientierte Bewusstseinsarbeit gegen Rassismus in Deutschland folgen. Die Boykottgruppe reflektierte in ihren Statements insbesondere die Notwendigkeit weiterer internationaler Sanktionen, um den Druck für einen Regimewechsel aufrechtzuerhalten. Jedoch gelang es ihnen und den Akteursgruppen der AAB allgemein nicht, die normativ-ethische Dimension der Solidarität über die Apartheid im engeren Sinne hinaus zu erweitern. Vorschläge zur EG-Außenwirtschafts-

52 Vgl. zur öffentlichen Wahrnehmung von Protesten auch Sedlmaier, Konsum und Gewalt, S. 392f.

53 Rosemarie Bolte, Zum Thema: Banken, in: Boykott-Rundbrief, 1987, Nr. 34, S. 24–25, hier: S. 25.

54 Vgl. Claudia Greifenhagen, Dresden und die Dresdner Bank, in: Boykott-Rundbrief, 1991, Nr. 48, S. 38.

55 Ilse Braun, Das 11. Jahr Früchte-Boykott, in: Boykott-Rundbrief, 1988, Nr. 39, S. 22–24.

56 Vgl. ebd.

politik in Verbindung mit gezieltem Lobbying wurden etwa von der »Informationsstelle Südliches Afrika« ausgearbeitet, aber nur in geringem Maße und seitens der EFD-Frauen gar nicht weiter verfolgt.<sup>57</sup>

Die zunehmende Arbeit mit der deskriptiv-soziologischen Dimension von Solidarität prägte auch das Feld des alternativen Handels. Die Expansion und Professionalisierung der GEPA wurde besonders innerhalb der Medien der »Dritte-Welt«-Bewegung ausführlich und kritisch begleitet. In der Praxis übernahm die GEPA erneut Impulse aus den Niederlanden mit der Übernahme der Kampagne »Sauberer Kaffee«.<sup>58</sup> Angefangen mit einem Modellversuch in Tübingen war das Ziel der Verkauf von Kaffee, später auch anderer Waren, aus Kleinbauerngenossenschaften in Supermärkten. Dass dieser Schritt einen Bruch mit der dominanten normativ-ethischen Dimension von Solidarität darstellte, war der lokalen Gruppe »Aktion Arme Welt« bewusst und von ihr reflektiert. Der bewusste Drang zur Umsatzsteigerung wurde von ihr *ex negativo* begründet:

»Wer den »Sauberen Kaffee« breiten Bevölkerungsschichten vorenthält, boykottiert die Bemühungen von Kleinbauern, ihren Kaffee direkt zu vermarkten und sichert die Marktstellung von Großgrundbesitzern, Zwischenhändlern und Kaffeekonzernen. [...] Wir wollen sie deshalb unterstützen und ihnen nicht auch noch unsere Wohlstandsprobleme aufbürden.«<sup>59</sup>

Die solidaritätsbewegungsnahen Kritiker einer GEPA-Handelsausweitung in Supermärkte seien demnach letztlich Förderer dessen, was sie bekämpfen wollten, indem sie die Möglichkeit politischen Konsums räumlich – nämlich auf Weltläden und einzelne Aktionen – zu eng fassten und damit das Gros der Konsumenten ausschlossen. Nicaragua-Kaffee wurde zudem mit dem Beginn des Supermarkt-Experiments weiterhin beworben. Mittlerweile wurde jedoch vermehrt auf die Kriegswirtschaft im Land und auf die Notwendigkeit »praktische[r] Solidarität«<sup>60</sup> verwiesen, die sich im Kaffeumsatz spiegeln könne. Herrmann Wirtz als Vertreter der Geschäftsführung äußerte sich nach aufkommender Kritik in den Blättern des iz3w dahingehend, dass »[e]rhöhte Bestell-Stückzahlen [...] den alternativen Handel für einige Partner erst richtig lohnend machen«<sup>61</sup> sollten.

Gerade das Ziel einer gleichberechtigten Partnerschaft bei der Nutzung globalisierter Märkte provozierte enormen Widerspruch, der sich zeitlich über die Abwahl der

57 Vgl. Joachim Becker, Solidarität im Umbruch, in: Issa, 1991, H. 1, S. 37–38.

58 Einführend AG3WL (Hrsg.), *Zuivere Koffie*. Materialien zur Diskussion über die Aktion Sauberer Kaffee, Darmstadt o. J. [1988]; vgl. auch Claudia Olejniczak, Die Dritte-Welt-Bewegung und die Professionalisierung der Lobbyarbeit durch Kampagnen, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 18, 2005, H. 1, S. 35–42, hier: S. 37–39.

59 Aktion Arme Welt, Verkauf von Kleinbauernkaffee im Lebensmitteleinzelhandel, 1990, Archiv iz3w, Ernährung Kaffee, S. 4.

60 Herrmann Wirtz, Solidarität mit Nicaragua! – Mit und ohne Kaffee?!, in: *Alternativ handeln*, 1987, Nr. 20, S. 30–31, hier: S. 30.

61 Herrmann Wirtz, Zum Beitrag »Von der Politik zum Kommerz« in Nr. 159, in: iz3w, 1989, Nr. 160, S. 48–49, hier: S. 49; Wirtz' Artikel war ein Leserbrief auf einen vorherigen Artikel, der der GEPA »unternehmerische Marktanpassung« vorwarf, vgl. Michael Sommerfeld/Rainer Stahl, Von der Politik zum Kommerz. Zum entwicklungsbezogenen Handel, in: iz3w, 1989, Nr. 159, S. 31–33, hier: S. 33.

Sandino-Regierung 1990 hinaus manifestierte. Zunächst löste die Einführung der Bio-Tees aus Sri Lanka und Indien ambivalente Reaktionen aus wie etwa den Boykott seitens einzelner Weltläden aufgrund der politischen Spannungen in Sri Lanka, während der Tee in Naturkostläden wohlwollende Beachtung fand.<sup>62</sup> Vor allem aber war es die Handelsausweitung der GEPA, die bei den strikt normativ-ethisch orientierten Solidaritätsgruppen Anlass zu Auseinandersetzungen bot. Der Stellenwert *richtiger* Solidarität nahm in der Tat einen beachtlichen Teil der Debatte ein. Ein weiteres Motiv für das völlig andere Verständnis von Solidarität bei Gruppen wie »Mittelamerika Kaffee Import« (MITKA), »Berliner Kaffeegegnossenschaft«, »El Puente«, »El Rojito« und anderen war hingegen die eigene, ostentativ vorgetragene Herkunft aus der Solidaritätsbewegung. Obwohl sie größtenteils alternative Importgenossenschaften waren, blieb die Verbindung mit den Solidaritätsbrigaden das zentrale, identitätsstiftende Moment. Solidarität folgte einer strikt antiimperialistischen Norm.<sup>63</sup> Die oben angesprochene »kritische« Solidarität blieb dagegen ein Randphänomen: Bis zur Abwahl der Sandino-Regierung herrschte in diesem Teil des Meinungsfelds, das von den Basisgruppen vor allem im AG3WL-Rundbrief dominiert wurde, ein Verständnis von Solidarität vor, das die in der geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung konstatierte Utopie des Nicaragua-Bilds im alternativen Milieu entgegen den Erfahrungsberichten der Brigadisten bestätigt. Die Norm einer sozialistischen Utopie wiederum konnten die alternativen Gruppen nur schwer mit einer Ausweitung des alternativen Handels vereinbaren. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die »Berliner Kaffeegegnossenschaft«, die sich 1991 aufgrund der Abwahl der sandinistischen Regierung gegen eine Weiterarbeit entschied.<sup>64</sup> Angesichts der Entscheidung über die weitere Zukunft des Abo-Kaffees aus Nicaragua hatte die Gruppe nach eigenen Angaben rund 1.500 Briefe versandt mit der Bitte um die Meinung der Abonnenten, aber eine Rückläuferquote von unter drei Prozent erhalten. Durch die fehlende Beteiligung in der Genossenschaft abseits von der Kaffeeabnahme kam die Sorge auf, »inwieweit der Verkauf von Nicaragua-Kaffee, der für unsere Gruppen zum wesentlichen Teil auch politisches Projekt sein sollte, nicht schon zu einem alternativen Handelsprojekt geworden war«.<sup>65</sup>

Da mit dem Beginn des Supermarktverkaufs weder die Verkaufsgruppen noch allgemein entwicklungspolitische Bildung notwendige Faktoren zur Teilhabe am nunmehr fairen Handel waren, stellte sich die Frage nach einer möglichen Entpolitisierung. Konkret wurde etwa in den Blättern des iz3w die These aufgestellt, dass fairer Handel eine »schädliche Illusion«<sup>66</sup> sei. Demnach sei besonders der Handel mit Non-Food-Artikeln wie Jutebeuteln kontraproduktiv für das behauptete Ziel der Selbsthilfe von Kleinbauern, da gerade solche Waren von schwankenden Geschmäckern und damit Nachfragen abhängig seien. Implizit gingen die Autoren davon aus, dass die

62 Vgl. Tupac Amaru [Eine-Welt-Laden Bremen], Sri Lanka Tee – nein danke?!, in: AG3WL-Rundbrief, 1988, Nr. 30, S. 41–42; vgl. für die Naturkostläden die Ökologische Verbraucherberatung: Günter Kreidl, Neuheit für Teefreunde: Jetzt auch Tee aus kontrolliert-biologischem Anbau, in: Mahlzeit, 1987, H. 3, S. 1.

63 Vgl. Berliner Kaffeegegnossenschaft/Ökotopia, Sandino Dröhnung, S. 55–56; vgl. auch o. V., AG3WL-Standortseminar, in: AG3WL-Rundbrief, 1989, Nr. 35, S. 9–32, hier: S. 14f.

64 Vgl. ebd.

65 Ebd.

66 Sommerfeld/Stahl, Von der Politik zum Kommerz, S. 32.



besseren Preise, die durch fairen Handel ausgezahlt werden können, nicht die nun eher noch verstärkten strukturellen Exportabhängigkeiten der Produzenten aufwiegen könnten, sodass das »Vorhaben Kommerzialisierung [...] letztlich nichts anderes [sei] als ein Rezept zur marktgerechten Anpassung eines Handelsunternehmens an die herrschenden Gegebenheiten.«<sup>67</sup> Gerade die Anpassung im Sinne von Teilnahme an strukturell ausbeuterischen Produktionsketten führte auch zu Resignation. So äußerte Thorsten Lampe als Vorstandsmitglied der AG3WL die »Grunderfahrung, dass der alternative Handel – im Gegensatz zu den Ideen der 70er Jahre – Abkopplung vom Weltmarkt auszuprobieren – im Großen und Ganzen gescheitert ist.«<sup>68</sup>

Entsprechend diesem Selbstverständnis und den Argumentationsmustern wurde auch die Abwahl der Sandino-Regierung in Nicaragua 1990 breit und tendenziell bedauernd rezipiert. Symptomatisch ist ein Leitartikel in der *iz3w*, der vom »Informationsbüro Nicaragua« gestellt wurde und aus der Wahl das »Ende einer Utopie«<sup>69</sup> ableitet. Gleichzeitig kündigt er einen weiteren Einsatz für mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit an, wobei der Fokus der eigenen Projekte auf einer Nicht-Zusammenarbeit mit der konservativen, US-gestützten Regierung liegen sollte.<sup>70</sup> Für Solidaritätsgruppen, die sich in Importverbänden wie der MITKA zusammengeschlossen hatten, bedeutete diese Stoßrichtung auch eine praktische Herausforderung, die sie in ihrer ersten Stellungnahme nach der Wahl kommunizierten: Es sei klar, »dass Nicaragua als Hoffnungsträger für eine gerechtere Welt nicht mehr als Ganzes unterstützt werden kann«<sup>71</sup> – jedoch böten sich gleichzeitig Möglichkeiten, die eigene politische Arbeit fortzuführen. Neben gezielten Partnerschaften mit Genossenschaften und Gewerkschaften blieb hier auch der Vertrieb von Bio-Kaffee als Option. »[Auch nach den Wahlen bleibt] der Pestizidverbrauch [...] ein politisches Thema«<sup>72</sup>, das auch mit nicaraguanischen Bio-Produkten angegangen werden könne unter der Voraussetzung, »Encafé« nur noch den Weltmarktpreis zu zahlen und Mehrzahlungen nach gesonderter Prüfung von einem eigenen Konto aus an die Projektpartner zu überweisen.

Neben der medialen Präsenz von Umweltgefahren und den Agenda-setzenden Umweltbewegungen ist in der Forschung zur Umweltpolitikgeschichte bereits die Globalisierung von Umweltpolitik betont worden.<sup>73</sup> Globalisierung bezieht sich analytisch allerdings meist auf die internationale Politikgeschichte: Der umweltpolitische Planungsoptimismus erreichte demnach seinen Höhepunkt mit der »Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung« in Rio de Janeiro 1992. Letztere

67 Ebd., S. 33.

68 Thorsten Lampe, zit. in: Eva Boesenberg/Thorsten Lampe/Gisela Fuhrmann u. a., »Der Umgang mit der GEPA radikalisiert selbst die friedlichsten und kompromissbereitesten Leute«, in: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, 1991, Nr. 150, S. 8–11 [mehrfache Gedankenstriche im Original].

69 Stefan Flaig, Das Ende einer Utopie, in: *iz3w*, 1990, Nr. 164, S. 3.

70 Vgl. ebd.

71 MITKA, Abwarten und weiter Nica-Kaffee trinken ..., in: Lateinamerika Nachrichten, 1990, Nr. 191, S. 36–37, hier: S. 37.

72 Ebd.

73 Vgl. Jens Ivo Engels, »Inkorporierung« und »Normalisierung« einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 2008, Nr. 40, S. 81–100; zur Globalisierung der Umweltpolitik vgl. Uekötter, Am Ende der Gewissheiten, S. 120–124.



hatte unabhängig von der Bewertung ihres politischen Erfolgs aus ideengeschichtlicher Perspektive einen enormen Einfluss auf die weiteren Debatten zur Verknüpfung von entwicklungs- und umweltpolitischen Problemstellungen:<sup>74</sup> Begrifflich wurde »Nachhaltigkeit« zu einem zentralen sozialökologischen Topos, der, wie noch zu zeigen sein wird, im Feld des fairen Handels auch Argumentfragmente von »Solidarität« übernahm. Das wachsende Käuferpotenzial durch den Einbezug von ökologischen Argumenten hatte die GEPA, wie oben beschrieben, bereits 1984 erkannt. Die Integration von »Bio« war insofern nicht nur eine bewegungsübergreifende Maßnahme, sondern vor allem ein Teil der geplanten Handelsausweitung, die zum Ende des Jahrzehnts umgesetzt wurde. Im Mittelpunkt der Wahrnehmung, die im alternativen Handel in den späten 1980er-Jahren aufgrund der Nicaragua-Thematik eindeutig auf Kaffee fokussiert war, standen nun Projekte für Kaffee der mexikanischen Kooperative »Unión de Comunidades Indígenas de la Región de Istmo« (UCIRI) sowie Bio-Tee aus Sri Lanka, die 1986 beziehungsweise 1987 begonnen worden waren.<sup>75</sup>

Die GEPA machte ihren Begriff von Solidarität bei diesen Projekten nicht von einer übergeordneten normativ-ethischen Dimension abhängig. Der stärker deskriptiv-soziologische Zugriff dürfte zudem die Reaktion auf den Kontextwandel erleichtert haben. Ihr ging es nicht um De-Kommodifizierung im Rahmen von zunächst regionalisierten Warenbezügen oder zur Vermeidung von chemischen Additiven oder Gentechnik. Im Gegenteil vertraute sie ostentativ den Angaben der UCIRI-Bauern und ging von lediglich geringen Pestizid-Rückständen aus. Normativ fügten sich Bio-Produkte in erster Linie in die GEPA-eigene Konturierung von alternativem Handel. Daher ginge es darum, »die indianischen Kleinbauern unabhängiger von den Zwischenhändlern und der chemischen Industrie zu machen«<sup>76</sup>, mithin um eine Versorgung mit Technik zur Selbsthilfe. Das Verständnis von »Bio« unterschied sich erheblich von den Debatten im eigenständigen Meinungsfeld zur Naturkost, worin etwa der »Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland« 1989 politische Regelungen zur Einhegung ausländischer Anbieter auf dem deutschen Bio-Markt forderte. Die Systemfrage, wie sie beim Nica-Kaffee im Vordergrund stand, wurde dabei nicht ignoriert, jedoch sollten Änderungen im Konkreten und inkrementell vollzogen werden. Dieser Wandel wurde emphatisch mit einem abstrakten Solidaritätsbegriff umschrieben. Zwar könne »[a]m GEPA-Wesen [...] die Welt nicht genesen«, aber die ausgewählten Projekte könnten mit dem Geld sehr wohl zu einer höheren Wertschöpfung im Land und damit der Schuldenbekämpfung, im Fall von UCIRI der mexikanischen Volkswirtschaft, einen kleinen Beitrag leisten. Dafür lohnte sich entsprechend auch eine Handelsausweitung über »Dritte-Welt-Läden« hinaus, welche die GEPA zeitgleich anstrebte.

Offensichtlich wurde dieser Wandel in Positionspapieren zu Beginn der 1990er-Jahre. Die GEPA stellte sich nun meist als »Alternative Trading Organisation« vor, die sich über die Arbeit »mit den Armen, Unterdrückten in der Dritten Welt auf der Basis

74 Vgl. die Ausführungen zum Konsumprodukt als Medium der »Glokalisierung« bei Möckel, »Ökonomische Eigenlogiken« und »alternative Sachzwänge«, S. 381; vgl. zur Bedeutung von Rio und Nachhaltigkeit auch Nico Stehr, *Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie*, Frankfurt am Main 2007, S. 158.

75 Vgl. die Projektbeschreibungen bei GEPA (Hrsg.), *Café Organico*, Schwelm 1986; o. V., *Ökonomie und Ökologie – zwei Seiten einer Medaille*, in: *Kaffeebohne & Teeblatt*, 1987, Nr. 8, S. 3–4.

76 Helga Kirchhoff, *Ökologie und Entwicklung. Ein Gegensatz?*, in: *GEPA, Café Organico*, S. 1.

von Solidarität und Gerechtigkeit«<sup>77</sup> definiere. Demnach sei ökologische Verantwortung untrennbar mit der sozialen verknüpft, wobei allerdings angesichts der steigenden Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln in den Industrieländern die Gefahr eines »Bio-Kolonialismus« bestehe, der Bauern in der ›Dritten Welt‹ die westliche Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln aufdränge.<sup>78</sup> Öffentlichkeitswirksam wurde dieser Wandel in der Gründung der Siegelorganisation TransFair 1992. Neben den oben beschriebenen, schon zur Mitte der 1980er-Jahre geäußerten GEPA-Zielhorizonten existierte seit 1990 die AG Kleinbauernkaffee zur Vorbereitung der Arbeit. Sie wurde von der GEPA beraten und von mehreren kirchlichen Akteuren sowie von der Friedrich-Ebert-Stiftung getragen. Dieser Wandel beinhaltete auch ein grundlegendes Problem für das normativ-ethische Verständnis von Solidarität: die Fokussierung auf Produkte und Endkonsumenten anstelle politischen Engagements.<sup>79</sup> Demnach wollten »viele Menschen sich solidarisch verhalten [...], sich jedoch nicht anstrengen«<sup>80</sup>, weshalb ein Gütesiegel eine einfache Lösung sei. Die Beobachtung von Solidarität als nachfrageseitigem Wunsch spricht ausschließlich die deskriptiv-soziologische Dimension an. Ebendieser Wandel dürfte auch in der Forschung gemeint sein, wenn mit Blick auf TransFair ohne nähere Differenzierung von einem Symptom einer Neoliberalisierung des fairen Handels gesprochen wird.<sup>81</sup> In diesem Kontext vernachlässigt die Annahme einer übergeordneten, kausal wirkenden neoliberalen Tendenz jedoch offenkundig die Interdependenzen zwischen den strategischen Zielen der Akteursgruppen und den konsumentenseitigen Nachfragen.

Die Einführung eines Labels im fairen Handel war prinzipiell nicht neu, da schon die GEPA sowie auch die Kaffeeekampagnen Mitte der 1980er-Jahre mit einem jeweils spezifischen Erkennungszeichen gearbeitet hatten. Die beginnende Dominanz eines deskriptiven Verständnisses von Solidarität war jedoch eng gebunden an die Gründung von TransFair als selbstständiger Siegelorganisation, die keine Waren eigens importierte und die Zusammenarbeit mit kommerziellen Unternehmen von Anfang an aktiv suchte.<sup>82</sup> Mit dem Drang zur Ausweitung des Supermarktverkaufs einher ging eine öffentliche Debatte über den Zweck von Labels, die unter anderem von der ökologischen Verbraucher-Initiative kritisch begleitet wurde. Diese übernahm 1991 die GEPA-Position der praktischen Solidarität und der ganzheitlich-ökologischen Verantwortung des individuellen Verbrauchers, um »die Kräfte, die die Marktökono-

77 Gerd Nickoleit/Annette Bernd, Alternative Handelsorganisationen und IFOAM – Was können wir gemeinsam machen?, in: GEPA (Hrsg.), Fairer Handel und ökologischer Anbau, Wuppertal 1991, S. 5–8, hier: S. 5.

78 Vgl. ebd.; vgl. zum Bio-Kolonialismus auch o. V., Gerechter Handel mit der Dritten Welt, in: Naturland Magazin, 1991, H. 7, S. 17–18, hier: S. 17.

79 Vgl. Katja Baginski/Charly Kowalczyk, Bald gibt es hierzulande »Cafe justo« im Supermarkt. Interview mit Carlos Murillo Solano/Generalsekretär von Frente Solidario, in: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, 1991, Nr. 158, S. 24–25, hier: S. 25.

80 Ebd.

81 Vgl. Gavin Fridell, Fair Trade Coffee. The Prospects and Pitfalls of Market-Driven Social Justice, Toronto 2007, S. 54f.

82 Vgl. Quaas, Fair Trade, S. 351f.; vgl. auch Uwe Kleiner, Inlandswirkungen des Fairen Handels, in: Misereor/Brot für die Welt/Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Entwicklungspolitische Wirkungen des Fairen Handels. Beiträge zur Diskussion, Aachen 2000, S. 21–110, hier: S. 22f.

mien entfalten, sozial und ökologisch zu bändigen«<sup>83</sup>, allerdings ohne Solidarität direkt anzusprechen. Das Interesse der Verbraucher-Initiative ist eher als Symptom für den relativen kommerziellen Erfolg ökologisch-sozial gelabelter Produkte zu interpretieren, wobei TransFair rasch, zudem während der Debatte um ein europäisches Bio-Siegel, als gleichartig vertrauenswürdig in Bezug auf die Bio-Siegel großer Anbauverbände und den »Blauen Engel« des Umweltbundesamts wahrgenommen wurde.<sup>84</sup>

Mit der öffentlichkeitswirksamen Ausweitung des alternativen beziehungsweise fairen Handels wurde die Debatte um die normativ-ethische Dimension von Solidarität weitgehend in den Hintergrund gedrängt, obwohl die Verknüpfung von entwicklungspolitischen und ökologischen Argumenten inhaltlich das Gegenteil erwarten lassen könnte: Schließlich ist es eine notwendige Voraussetzung fairen Handels mit der »Dritten Welt«, dass große Distanzen zurückgelegt werden müssen. Die Feststellung damit verbundener Allmendekosten durch Schadstoffemissionen führte in der Regel jedoch zu keinem ökologischen Argument, das kritisch gegenüber fairem Handel genutzt worden wäre.

### III. »Solidarität im Supermarkt«

Nach dem Ende der Anti-Apartheid-Aktionen mit der Wahl von Nelson Mandela zum Präsidenten Südafrikas 1994 verblieb das Feld des fairen Handels zwischenzeitlich als das einzige, auf dem Solidarität im Zusammenhang mit politischem Konsum diskutiert wurde. »Solidarität« wurde hier im normativ-ethischen Sinn zu einem Begriff, der vermehrt auf verschiedene soziale und ökologische Praktiken politischen Konsums abzielen konnte. Dadurch wurde er konturenreicher und anschlussfähiger, verlor aber gleichzeitig an analytischer Schärfe. Für viele Verkaufsgruppen begann daher ein Anpassungsprozess, der von einer Auseinandersetzung um Professionalisierung geprägt war.<sup>85</sup> Die linksalternativen Importgruppen dagegen sahen sich durch die Handelsausweitung der GEPA und durch TransFair unter Druck und reagierten mit zwei unterschiedlichen Positionierungen.

Eine randständige Position bestand für die Kaffeegeossenschaften in einer ideologisch gefestigten Weiterarbeit nach dem Ende der Sandino-Regierung. Diese erschien zweckoptimistisch und wurde im Wesentlichen getragen von der Hoffnung auf ein steigendes politisches Gewicht der nicaraguanischen Kaffeebauerngewerkschaft »Asociación de Trabajadores del Campo«.<sup>86</sup> Dies traf vor allem bei der Initiative »El Rojito« zu, die bewusst mit einem Blick auf die antiimperialistische Vergangenheit

83 Verbraucher Initiative, Die Verantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher, in: Verbraucher Telegramm, 1991, H. 10, S. 7–10, hier: S. 9; vgl. auch o. V., Das Ende des Konsumrausches. Dossier, in: Verbraucher Telegramm, 1992, H. 3, S. 7–10.

84 Vgl. Bernhard Kühnle, Umweltzeichen und Unternehmenstests. Dossier, in: Verbraucher Telegramm, 1993, H. 6, S. 7–10.

85 Vgl. auch im Gegensatz dazu die Diagnose einer Professionalisierung des alternativen Handels in den frühen 1980er-Jahren bei Möckel, Gegen die »Plastikwelt der Supermärkte«, S. 344.

86 Zu den Hoffnungen auf eine »zweite Revolution« seitens des »Informationsbüros Nicaragua« vgl. Annette Diehl-Kita/Helmut Schaaf/Klaus Heß, Nicaragua bleibt spannend, in: Ila info, 1991, Nr. 144, S. 44–46, hier: S. 46.

weiterhin von »Solidarität« sprach. Aus ihrer Perspektive könne man sie »als Traditionalisten ansehen«, da sie an ihren Vorstellungen vom Kaffeehandel festhielt<sup>87</sup> – gleichwohl erhielt sie dafür Zuspruch, indem beispielsweise die »Berliner Kaffeege nossenschaft« ihre Käufer nach eigener Geschäftsaufgabe zum Kauf des El-Rojito-Kaffees aufrief.<sup>88</sup>

Die Frage, gegenüber wem oder welcher Entwicklung diese Position ein Festhalten an Tradition sei, spricht bereits die zweite, weitaus häufigere Option zur Positionierung an. Eine Annäherung an den kommerziellen Handel wurde von Solidaritätsgruppen wie MITKA, zu der auch »El Rojito« gehörte, und in den bisherigen Forenzeitschriften der »Dritte-Welt«-Bewegung kritisch begleitet, aber nicht immer pauschal abgelehnt.<sup>89</sup> Die Etablierung massentauglicher Siegel rief stark unterschiedliche Reaktionen hervor bei Akteuren, die daran nicht beteiligt waren. Hier kritisierten Solidaritätsgruppen auch die begriffliche Verschiebung von solidarischem hin zu Umschreibungen wie »fairem« und »gerechtem« Handel. Zum einen sahen sich Gruppen wie die »Teekampagne« durch die aggressive Vermarktungsstrategie von TransFair bedroht und forderten eine Besinnung auf normativ-ethisch begründetes Handeln ein, da durch die neuen Praktiken die »Produzenten der Dritten Welt zu Behinderten erklärt [werden], dann umsorgt, und durch die Therapie erst zu wirklich Behinderten«<sup>90</sup> würden und dadurch die Marktteilnahme erst versperrt würde. Die Solidaritätsgruppen zum anderen richteten ihre Kritik meist konkret gegen TransFair. »El Rojito« bezeichnete die Siegelorganisation als »sozialdemokratische[n] Wolf im humanistischen Schafspelz«<sup>91</sup>, der Solidarität angeblich auf Ökonomie verkürze und damit die bestehenden Verhältnisse noch weiter zementiere.<sup>92</sup> Die MITKA-Gruppen kritisierten gemeinsam vor allem die unzureichende Möglichkeit zur Bewusstseinsbildung, die unabhängig von steigenden Absätzen stünde. Als unvereinbar wurde hier aber nicht der Supermarktverkauf an sich mit seinen angeblich unreflektiert-passiven Konsumenten angesehen. Die Solidaritätsgruppen behielten vielmehr ihre kapitalismuskritische Wertgrundlage bei und lehnten beim Produkt Kaffee die Zusammenarbeit mit kommerziellen Röstereien ab, orientierten ihr Handeln aber am hier als Quellenbegriff zu verstehenden »fairen« Handel. Mit anderen Worten verneinten die MITKA-Gruppen nicht die Existenz einer deskriptiv-soziologischen Dimension als solcher, sondern sahen die fehlende Debatte über normative Konturen von Solidarität kritisch.

In der Folge wurde die kritische Begleitung des fairen, für kommerzielle Anbieter geöffneten Handels zu einer häufig genutzten Strategie und ist es bis heute. Beispielhaft dafür ist die Arbeit des Hildesheimer Importeurs »El Puente«, der Solidarität mit genossenschaftlicher Organisation verband. Demnach könnten »[k]oloniale Abhän-

87 O.V., Selbstdarstellung El Rojito, in: BUKO Agrar-Dossier, 1992, H. 2, S. 30.

88 Bärlicher [sic] Kaffeege nossenschaft, Sandino-Dröhnung – zum Letzten!?, in: Lateinamerika Nachrichten, 1991, Nr. 205/206, S. 45–58, hier: S. 48.

89 Vgl. allgemein bereits Sommerfeld/Stahl, Von der Politik zum Kommerz; vgl. auch Ökotoxia/El Rojito, Sauber und doch nicht rein, in: Lateinamerika Nachrichten, 1991, Nr. 210, S. 24–25.

90 Jürgen Zimmer/Günter Faltin, Nicht mit Solidarität am Markt vorbei, in: Teekampagne Projektwerkstatt, 1994, S. 3–4, hier: S. 3.

91 El Rojito, Der sozialdemokratische Wolf im humanistischen Schafspelz, in: Analyse + Kritik, 1994, Nr. 366, S. 12.

92 Vgl. auch Baringhorst, Politik als Kampagne, S. 236f.

gigkeiten [...] oft nur genossenschaftlich aufgebrochen« werden, »mit Hilfe von Solidarität und der Bereitschaft, die jeweiligen Kriterien auch auf uns selber anzuwenden«.<sup>93</sup> Neben der Zusammenarbeit sowohl mit Bauerngenossenschaften als auch mit Familien richtete »El Puente« daher einen Projektausschuss ein, in dem Vereins-, Weltladen- und Projektvertreter stimmberechtigt vertreten waren. Solidarität sollte im Verein in einer glaubwürdigen normativen Dimension praktiziert werden, während sich das eigentliche Importgeschäft hauptsächlich nur durch geringfügig höhere Preise von der GEPA unterschied und von einer eigenen GmbH abgewickelt wurde. Insofern war die Zusammenarbeit zwischen GEPA und »El Puente« ab 1996 in einer »Plattform des partnerschaftlichen Handels«<sup>94</sup> folgerichtig. Die Vernetzungsbemühungen im Feld des fairen Handels zielten auf verbandsübergreifende, vergleichbare Standards ab und nutzten dabei Solidarität kaum mehr als Begründung.

Ruben Quaas beschreibt die Übernahme des niederländischen Konzepts zur Einführung eines Kaffee-Gütesiegels korrekt als »Tür zwischen dem konventionellen Markt und dem Feld des Fairen Handels«.<sup>95</sup> Während die GEPA auch unter Zuhilfenahme von ökologischen Kriterien einen Zugang zu breiteren Käuferschichten suchte, kam »Solidarität« im Verlauf der 1990er-Jahre begrifflich nicht mehr in den Argumentationen vor. Insofern ist aus ideengeschichtlicher Perspektive ein Trennstrich zu ziehen: Die GEPA als Hauptakteur des alternativen Handels dominierte nach der Wandelzeit die Debatten um *fairen* Handel, der auch als Quellenbegriff zu verstehen ist. Die noch existenten Fragen nach einer neuen normativ-ethischen Ausrichtung von Solidarität hatten darin aber kein Gewicht. Stattdessen war das Meinungsfeld zum fairen Handel besonders durch die Setzung von Sozialstandards in verschiedenen Branchen wie der Textilindustrie geprägt, die zudem zunehmend transnational diskutiert wurden. Inhaltlich gingen Elemente der praktischen Solidarität, mit der bereits die Handelsausweitung deskriptiv-soziologisch begründet worden war, in der Interpretation von Nachhaltigkeit auf. Demnach bedeutete Nachhaltigkeit im fairen Handel vor allem Planbarkeit:<sup>96</sup> Beispielsweise hingen die Produzenten und Bildungschancen ihrer Familien von Flechtkörben als Geschenkverpackung für Tee aus Sri Lanka vom Umsatz der Körbe ab, die zudem ausschließlich aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt würden.<sup>97</sup> Solidarität ging hier in einem Luxuskonsum – einen passenden Korb für die Teepackung – auf, der soziale und ökologische Fragen beachtete.

Diese Praxis führte bei Gruppen der AG3WL beziehungsweise später des Weltladendachverbands teilweise zu Kritik. Sie nahmen den Erfolg von TransFair als Siegelorganisation zum Anlass, die Tendenz der Handelsausweitung kritisch zu hinterfragen. Auch hier wurde »Solidarität« nur noch selten begrifflich genutzt. Vielmehr wurde die ursprüngliche bewussteinbildende, normative Dimension der Weltladenpraxis ebenfalls in die Verbindung ökologischer und sozialer Problemstellungen über-

93 Martin Moritz, Sich nach den eigenen Kriterien organisieren, in: *Contraste*, 1996, Nr. 136, S. 8.

94 GEPA/El Puente, Plattform des partnerschaftlichen Handels, in: *GEPA Infodienst*, 1996, H. 3–4, S. 4.

95 Quaas, *Fair Trade*, S. 298.

96 Vgl. aus ökologischer Perspektive im Gegensatz dazu Barbara Muraca/Ralf Döring, *From (Strong) Sustainability to Degrowth. A Philosophical and Historical Reconstruction*, in: *Jeremy L. Caradonna* (Hrsg.), *Routledge Handbook of the History of Sustainability*, Abingdon/New York 2018, S. 339–362.

97 Vgl. Bernd Merzenich, *Nachhaltigkeit im Fairen Handel*, in: *GEPA Infodienst*, 1997, H. 1, S. 16–17.

führt, die spätestens mit der Erklärung von Rio in den Mittelpunkt der Debatte zum fairen Handel gerückt war. Bei diesen politisch engagierten Ladengruppen trat Solidarität in den Hintergrund zugunsten einer Debatte über Machbarkeiten und Zielhorizonte des fairen Handels. So war nach der Einschätzung eines Bielefelder Weltladens fraglich, ob mit dem Supermarktverkauf »die Notwendigkeit eines sozialen und ökologischen Handelns auch in anderen Lebensbereichen und die Notwendigkeit einer Veränderung des übermäßigen Konsumverhaltens (»Wachstumsideologie«) vermittelt«<sup>98</sup> wurde. Zudem blieb trotz der Professionalisierungsbemühungen einiger Weltläden die Befürchtung, dass zahlreiche Käufer nur aus moralisch-wohlthätigen Erwägungen gegenüber einem konstruierten Globalen Süden einen Weltladen für eine Spende weiterhin besuchten.<sup>99</sup> Eine konsumentenseitige Politisierung des Einkaufs, wie sie gegenwartsnah beobachtet wird, nahm in der Debatte zunehmend Raum ein.<sup>100</sup>

Abschließend lohnt sich zur Verdeutlichung der zentralen Rolle der deskriptiv-soziologischen Dimension von Solidarität ein Blick auf TransFair. Auf den Vorwurf der Gleichgültigkeit gegenüber den einzelnen Bauern vor Ort, der mit »Kleinbauern im Supermarkt«<sup>101</sup> überschrieben wurde, antwortete die TransFair-Geschäftsstelle in den Blättern des *iz3w* mit Ausführungen zur »Solidarität im Supermarkt«.<sup>102</sup> Die Kritik, die von einem Vertreter der Kooperative »El Salvador« hervorgebracht worden war, erkannte durchaus den Wert einer marktbeobachtenden Solidarität: Im Kern sollte nicht die Zusammenarbeit mit gewinnorientierten Kaffeeröstern prinzipiell eingestellt werden, sondern die Kriterien zur Siegelvergabe durch Selbstverpflichtungen wie etwa mit einer signifikanten Quote gesiegelten Kaffees am gesamten Umsatz der jeweiligen Firma erweitert werden, um den fairen Handel nicht zu einem entwicklungspolitischen »Feigenblatt«<sup>103</sup> verkommen zu lassen. TransFair begegnete diesem Vorschlag mit dem Argument, dass die Gefährdung von Gewinnaussichten bei der Teilnahme am fairen Handel weder möglich noch wünschenswert sei, die Aussicht auf Gewinne mithin notwendige Voraussetzung für den TransFair-Ansatz sei. Die deskriptive Dimension der Solidarität beschränkte sich bei TransFair auf die Erwartungen gegenüber den Endkonsumenten, die als kritische Verbraucher in einem »ethischen Markt« selbstständig Solidarität praktizieren könnten. Die bei Gavin Fridell festgestellte »Neo-

98 Sissi Beuthner/Dieter Simon, Verrat an den Idealen der EINE-Welt-Bewegung?, in: Weltläden aktuell, 1994, Nr. 56, S. 15–16, hier: S. 16.

99 Vgl. Hans-Christoph Bill, Spenden ist Sch...! Warum Spenden dem Fairen Handel schaden, eine Provokation, in: Weltläden aktuell, 1999, Nr. 72, S. 5.

100 Vgl. Sigrid Baringhorst/Mundo Yang/Katharina Witterhold, »Doing political culture« in Alltagspraktiken der Politisierung von Konsum. Theoretische und methodische Herausforderungen eines neuen Forschungsfelds der politischen Kulturforschung, in: Wolfgang Bergem/Paula Diehl/Hans J. Lietzmann (Hrsg.), Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse, Bielefeld 2019, S. 89–110, S. 91f.

101 Ulf Baumgärtner, Kleinbauern im Supermarkt. Zur Kritik am »fairen Handel«, in: *iz3w*, 1995, Nr. 206, S. 20–22, hier: S. 20.

102 TransFair-Geschäftsstelle Köln, Solidarität im Supermarkt. Eine Replik auf die Kritik am »fairen Handel«, in: *iz3w*, 1995, Nr. 207, S. 44–45, hier: S. 44.

103 Baumgärtner, Kleinbauern im Supermarkt, S. 22.



liberalisierung« wurde in diesem Zusammenhang als chancenreiche Perspektive interpretiert.<sup>104</sup>

#### IV. Fazit und Ausblick

Solidarität war in der Zeitgeschichte des politischen Konsums stets auf Partner angewiesen, die wiederum nur selten im Zentrum der Debatten standen. Besonders die Auseinandersetzungen um den Sandino-Kaffee zeigen, dass nicht allein die Frage nach dem Solidaritätspartner zentral war. Vielmehr beschäftigte die Akteure die Frage nach der richtigen Solidarität. Der Beitrag hat gezeigt, wie die normativ-ethische Dimension von Solidarität im Zusammenhang mit Konsum innerhalb weniger Jahre vom stark umstrittenen Punkt zu einer konturenreichen, jedoch schwach ausgeprägten Denkfigur im entwicklungspolitischen Meinungsfeld geworden ist. Gleichzeitig kam der deskriptiv-soziologischen Marktbeobachtung stark zunehmende Beachtung zu.

Der weiteren historiografischen Aufarbeitung stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie die konkreten politikgeschichtlichen Kontextänderungen um 1990 gegenüber sozialgeschichtlichen Ökonomisierungsphänomenen zu gewichten sind. Tendenziell hat sich hier gezeigt, dass die Bedeutungen der Regimewechsel in Südafrika und Nicaragua sowie die Ergebnisse der Rio-Konferenz für die Ideengeschichte politischen Konsums nicht unterschätzt werden sollten und sie die Auswirkungen vorhandener Kommerzialisierungsbemühungen signifikant verstärkten. Darüber hinaus hat sich insbesondere in diesem Kontext die Notwendigkeit einer Differenzierung von Akteursgruppen in der Geschichte politischen Konsums gezeigt: Neben der schon laufenden Debatte um die Perspektivierung von Konsumenten als aktive Akteure der Konsumentengesellschaft sind es besonders die zivilgesellschaftlichen Vermittlergruppen – Importeure, Labelorganisationen, Ladengruppen und weitere –, deren Bedeutung zwischen Handel und Konsumenten näherer sozialgeschichtlicher Analyse bedarf.

Diese Ergebnisse und Perspektiven bieten mehrere Schlüsse an. *Erstens* ist der Erfolg der ökofairen Labeling-Kampagnen anzuerkennen und damit auch der Wunsch eines Gutteils der Endverbraucher, über den Einkauf gesellschaftspolitische Partizipation zu leisten. Diese birgt zahlreiche Möglichkeiten, wobei aber auch die gesellschaftlich ungleiche Verteilung von kulturellen und ökonomischen Kapitalformen neuartige Risiken mit sich bringt. Diese Ungleichheiten gilt es zu diskutieren. *Zweitens* sollte bei der Aufarbeitung eines hochemotionalen Begriffs wie »Solidarität« stets der ideengeschichtliche Entwicklungszusammenhang betrachtet werden. Eine Emotionalisierung der Debatte um die normativ-ethische Dimension wie zur Mitte der 1980er-Jahre kann nicht ohne vergleichbare politische Rahmenbedingungen wiederholt werden und sollte nicht erwartet werden. *Drittens* war die Enttäuschung der Solidaritätsgruppen in den 1990er-Jahren kurzfristig und stark kontextgebunden. Insofern erzählt dieser Beitrag eine Beziehung zwischen Solidarität und Konsum, die keineswegs geschei-

<sup>104</sup> Vgl. dazu die Ausführungen bei Rüdiger Graf, Einleitung. Ökonomisierung als Schlagwort und Forschungsgegenstand, in: ders., Ökonomisierung, S. 9–25, hier: S. 14f.



tert ist. Sie wird aktuell kontrovers diskutiert in normativ-ethischen Entwürfen zur Solidarität in gesellschaftspolitischer Verbindung mit Nachhaltigkeit.<sup>105</sup> Auch deskriptiv-soziologisch ist die Dominanz ökologisch-sozial motivierter Solidaritätspraktiken beim Konsum keineswegs festgeschrieben. Dies hat sich jüngst während der Corona-Krise gezeigt, als Aufrufe zum solidarischen Verhalten die Mäßigung beim Kauf scheinbar trivialer Konsumgüter wie Grundnahrungsmittel oder sogar Toilettenpapier betrafen.

---

105 Vgl. Wolfgang König, Genese und Zukunft der Konsumgesellschaft, in: Bernward Baule/Dirk Hohnsträter/Stefan Krankenhagen u. a. (Hrsg.), Transformationen des Konsums. Vom industriellen Massenkonsum zum individualisierten Digitalkonsum, Baden-Baden 2019, S. 15–24; Bruno Kern, Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich 2019.



PAUL SPRUTE

## Die Nachleben der Solidarität

Ideen und Praktiken des »Solidaritätsdiensts International« im vereinigten Deutschland

»Eindeutig ist es mir die liebste Gabe,  
die ich seit langem für mich selbst verfügt,  
Daß ich die Kraft zur Solidarität noch habe  
– das tröstet mich, stimmt mich sogar vergnügt.«<sup>1</sup>

»Noch die internationale Solidarität?«: Diese Frage stellte sich im Zuge der deutschen Vereinigung 1989/90 einer Vielzahl (ehemaliger) DDR-Bürgerinnen und Bürger, die an den internationalen Solidaritätsaktionen als Teil der von offizieller Seite propagierten Staatsräson mitgewirkt hatten.<sup>2</sup> Mit dem Ende der DDR wurde der Wert dieser Ideen und Praktiken zwar infrage gestellt, sie schienen aber mitnichten dermaßen bankrott zu haben wie das Staatswesen als Ganzes.<sup>3</sup> Es scheint tatsächlich plausibel, dass sich eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung auf die grundsätzliche Unterstützungswürdigkeit dieser Aktivitäten hatte verständigen können. Dieser Eindruck wird durch den Wiederhall bestärkt, den anlassbezogene Spendenaufrufe über die quasi obligatorischen monatlichen Spendenbeiträge hinaus in der DDR-Bevölkerung gefunden hatten.<sup>4</sup> Weiterhin lässt sich von einem gewissen gesellschaftlichen Konsens der internationalen Solidarität in der DDR sprechen, da sie sowohl vonseiten der offiziellen DDR als auch von undogmatischeren Kreisen, zum Beispiel unter dem Dach der Kirche, vertreten wurde.<sup>5</sup>

Diese unterschiedlichen Bezugnahmen auf »internationale Solidarität« lässt die Beschäftigung mit diesem Themenfeld auch über das Ende der DDR hinweg als lohnenswert erscheinen. Tatsächlich bedeutete der Zusammenbruch der SED-Herrschaft mit der Maueröffnung kein Abrücken von Ideen und Praktiken, die mit internationa-

1 Sigrid Papadimitriu, Die Postmappe: Der Brunnen, in: SODI-Report, 1997, Nr. 4, S. 7.

2 Einen guten Überblick bietet Detlev Brunner, DDR »transnational«. Die »internationale Solidarität« der DDR, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2016, S. 64–80. Parallel zur DDR gestalteten die politische Linke und Gläubige in der Bundesrepublik ihre eigene internationale Solidarität. Vgl. Frank Bösch/Caroline Moine/Stefanie Senger (Hrsg.), Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018. Zu dem Wirken der Solidarität in der DDR-Öffentlichkeit vgl. Gregory Witkowski, Between Fighters and Beggars. Socialist Philanthropy and the Imagery of Solidarity in East Germany, in: Quinn Slobodian (Hrsg.), Comrades of Color. East Germany in the Cold War World, New York/Oxford 2015, S. 73–94. Zu der Funktionsweise der Solidarität auf (zwischen-)staatlicher Ebene vgl. Toni Weis, The Politics Machine. On the Concept of »Solidarity« in East German Support for SWAPO, in: Journal of Southern African Studies 37, 2011, S. 351–367.

3 Ulrich Mühlert/Gerd-Rüdiger Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen: Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 187–188.

4 Vgl. Frank Bösch, Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken, in: Bösch/Moine/Senger, Internationale Solidarität, S. 7–34, hier: S. 24 und 32.

5 Vgl. Maria-Magdalena Verburg, Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90, Göttingen 2012.

ler Solidarität verknüpft waren. Zwar rückte das internationalistische Anliegen etwas aus dem Blick der ostdeutschen Öffentlichkeit, allerdings fanden sich um 1990 auch Engagierte, die der internationalen Solidarität gerade in einem demokratisierten Staat neue Geltung verschaffen wollten. Sie sollte sich im Sinne einer gleichberechtigten Entwicklungspolitik mit einem umfassenden politischen Anspruch neu etablieren. Da der »Zentrale Runde Tisch« als entscheidendes Gremium der Demokratisierung in der DDR Belange der internationalen Solidarität nicht berücksichtigte, beriefen professionelle Protestanten um Walther Bindemann von der Evangelischen Akademie den »Entwicklungspolitischen Runden Tisch« (ERT) ein.<sup>6</sup>

Am ERT trafen Solidaritätsbewegte, die sich als nonkonformistisch ansahen und die sich zu DDR-Zeiten etwa im Arbeitskreis INKOTA unter dem Dach der Evangelischen Kirche versammelt hatten, auf die verunsicherten Vertreterinnen und Vertreter vormals staatsnaher Solidaritätsstrukturen.<sup>7</sup> Unter ihnen waren sowohl Repräsentanten verschiedener staatlicher Organe als auch des »Solidaritätskomitees«. In der zersplitterten institutionellen Landschaft der DDR war das Solidaritätskomitee die einzige Einrichtung gewesen, die sich ausschließlich der internationalen Solidarität gewidmet hatte. Das 1960 begründete Komitee war als koordinierende Einrichtung mit der Organisation (beispielsweise dem Transport) materieller Hilfe für die dekolonisierten »neuen Nationalstaaten« und der Einwerbung von Spenden in der DDR betraut gewesen.<sup>8</sup> Getragen von der »Nationalen Front« und maßgeblich von deren Massenorganisationen finanziert, begann das institutionelle Fundament des Solidaritätskomitees mit der rasch abnehmenden offiziellen Durchwirkung der ostdeutschen Gesellschaft nach der Maueröffnung zu bröckeln. In Reaktion auf das Verschwinden seiner Arbeitsgrundlage löste sich das Solidaritätskomitee Anfang des Jahres 1990 auf und ging in dem Nachfolgeverein »Solidaritätsdienst International« (SODI) auf.<sup>9</sup> SODI, angelegt als transparent agierende und partizipative Einrichtung, übernahm neben der grundsätzlichen Mission auch die Netzwerke, die Mitarbeitenden und das Vermögen des Solidaritätskomitees.<sup>10</sup> Der alte Generalsekretär des Komitees und ehemalige DDR-Diplomat Achim Reichardt war auch der erste Geschäftsführer von SODI, zum Vorstandsvorsitzenden wurde (auf Empfehlung Walther Bindemanns) Carl Ordnung berufen, bis zur Wende Leiter der ostdeutschen Sektion der Christlichen Friedenskonferenz.<sup>11</sup>

6 Vgl. Manfred Belle, *Der Entwicklungspolitische Runde Tisch in der DDR und im vereinigten Deutschland. Ziele, Arbeitsweise und Ergebnisse einer außergewöhnlichen Institution*, Egelsbach 1996.

7 Vgl. für eine Schilderung des ERT aus ersterer Perspektive Hans Joachim Döring, *Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: Vom Profil im Vakuum*, in: *Noch die internationale Solidarität? Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik*, hrsg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn 2000, S. 19–33.

8 Vgl. Lothar Brock/Hans-Joachim Spanger, *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?*, Wiesbaden 1987, S. 215–218.

9 Vgl. Solidaritätsdienst-international e. V., *Nur ein neuer Name für eine alte Einrichtung? Nein! – Eine richtige Idee für eine gute Sache? Ja!*, in: *Solidarität*, 1990, Nr. 7–8, S. 1.

10 Vgl. Achim Reichardt, *Nie vergessen: Solidarität üben! Über die Geschichte des Solikomitees der DDR*, Berlin 2006. Dieser Erinnerungsband des letzten Generalsekretärs des Komitees bietet detaillierte Hintergründe zu den Aktivitäten und Umbrüchen vor und nach der Vereinigung.

11 Vgl. Abschied von Carl Ordnung, in: *SODI-Report*, 2012, Nr. 2, S. 15.

In der sich verändernden Landschaft der ostdeutschen Entwicklungszusammenarbeit positionierte sich SODI auf Basis dieser Kapazitäten zügig im Selbst- wie Fremdbild als Verwalter des Erbes der staatlichen DDR-Solidarität. So übernahm der SODI die Organisation der Überbleibsel verschiedener Solidaritätsprogramme, namentlich die Freundschaftsbrigaden der »Freien Deutschen Jugend« oder auch die Verantwortung für Stipendien von Auszubildenden, die auf Grundlage von DDR-Verträgen mit nicht-staatlichen internationalen Akteuren in der DDR weilten.

Auf politischer Ebene schuf die Regierung Lothar de Maizière nach den Volkskammerwahlen im März 1990 über die vom ERT erhobenen Forderungen hinausgehend ein eigenes »Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit« (MWZ) unter Führung des Pastors Hans-Wilhelm Ebeling. In Kooperation mit dem Ministerium und in Fortführung von DDR-Traditionen entsandte SODI sogenannte Katastrophenbrigaden in Fällen humanitärer Notlagen, beispielsweise in China, Iran und Peru. Das politische Anliegen der internationalen Solidarität war in der Wendezeit also institutionell konsolidiert worden. Allerdings war das MWZ auch als ein Spiegelressort zum »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit« (BMZ) angelegt und wurde am Tag der Vereinigung als Berliner Abteilung des BMZ eingegliedert.<sup>12</sup> Die wiedervereinigte Bundesrepublik übernahm dabei nur solche Projekte der internationalen Solidarität, die sich problemlos in die hergebrachten entwicklungspolitischen Strukturen der alten Bundesrepublik einpassten. Spezifische Fokusse der DDR, etwa auf Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland oder begünstigte Handelsbedingungen, fanden hier keinen Platz und so lagen Auf- und Abbruch der internationalen Solidarität eng beieinander.

Über das Jahr der Vereinigung hinweg stabilisierte sich SODI in der Rolle als zentraler ostdeutscher Akteur der Entwicklungszusammenarbeit, bevor der Verein selbst in Konflikt mit dem bundesdeutschen Staat geriet. Die »Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« und die Treuhandanstalt konfiszierten am 13. August 1991 mit dem Einverständnis des BMZ das gesamte Vermögen von SODI in Höhe von etwa 50 Millionen DM, so dass der Verein seine Aktivitäten weitgehend einstellen musste.

Nach der geräuscharmen Einordnung des MWZ in das BMZ wurde somit nun das kontroverse Potenzial der internationalen Solidarität nach ostdeutschem Muster im wiedervereinigten Deutschland deutlich. Da die Konfiszierung auf fragwürdigen juristischen Annahmen beruhte und SODI grundsätzliche Bereitschaft signalisierte, das Solidaritätsvermögen mit anderen ostdeutschen Entwicklungsorganisationen zu teilen, konnten sich die Unabhängige Kommission in Einvernehmen mit der Treuhand und SODI als Streitparteien allerdings nach etwa einem halben Jahr auf einen Vergleich einigen. Durch diese gerichtlich festgehaltene Vereinbarung wurden SODI 12,5 Millionen DM zugesprochen. Der allergrößte Anteil der verbleibenden Mittel bildete das Kapital der schließlich im Jahr 1994 etablierten »Stiftung Nord-Süd-Brücken« zur

---

12 Einen Überblick zur kurzen Geschichte des MWZ findet sich bei Aufbruch und Einheit. Die letzte DDR-Regierung, hrsg. v. Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <<https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mwz/>> [4.8.2020].

Förderung von entwicklungspolitischen Initiativen mit Sitz in Ostdeutschland und Berlin.<sup>13</sup>

SODI konnte seine Aktivitäten in einem deutlich engeren Rahmen wieder aufnehmen und setzt seit dieser doppelten, jedoch versetzten Zäsur des Endes der DDR und des Konflikts mit der Bundesrepublik sein Wirken im Dienst der Solidarität in Spannung zwischen materiellen Notwendigkeiten und ideellen Anforderungen fort. Ausgehend von diesen Beobachtungen zur Entstaatlichung dieser »Nicht(mehr)regierungsorganisation«<sup>14</sup> untersuche ich in dem vorliegenden Beitrag, wie sich SODIs Praktiken und Ideen der Solidarität über die ersten anderthalb Jahrzehnte seines Bestehens unter den Bedingungen der Transformation wandelten<sup>15</sup>, und ergänze so bestehende Ansätze.<sup>16</sup>

In diesem Vorhaben gehe ich von Verständnissen der Solidarität als Norm sozialer Handlungen aus, in denen sich politische Ideen und moralische Vorstellungen spiegeln und die auf freiwillig gewählten sozialen Verpflichtungen und Vorstellungen politischer Gerechtigkeit beruhen.<sup>17</sup> Solidarität erscheint als parteinehmend und in ihren Ansprüchen begrenzt.<sup>18</sup> Im besonderen Fokus steht die Frage, wie Solidarität selbstermächtigend und widerständig sowie durch Vorstellungen geteilter Zugehörigkeit und Betroffenheit gemeinschaftsbildend wirkt. Zu diesem Zwecke habe ich SODIs regelmäßige Rundschreiben an seine Unterstützerinnen und Unterstützer ausgewertet<sup>19</sup>, in denen sich der langfristige Wandel der grundsätzlichen Orientierungen in der Organisation sinnvoll nachverfolgen lässt. Über die konkreten Solidaritätspraktiken hinaus zeigt sich, mit welchen Vorstellungen die Unterstützenden »Solidarität« verbanden, zudem konturiert dieser Beitrag so SODIs Arbeitsweisen und Rationalitäten. Im Ergebnis öffnet sich der Blick auf das Wirken eines ehemals staatssozialistischen Anliegens in einer postsozialistischen Gesellschaft und auf die Verflechtungen des Wandels in Ostdeutschland mit ostdeutschen Anschauungen der Welt.

13 Vgl. Kathrin Buhl, Zwischen Gestern und Heute, zwischen Utopie und Realität. Die Stiftung Nord-Süd-Brücken und die ostdeutschen Nichtregierungsorganisationen, in: Noch die internationale Solidarität?, S. 109–114.

14 Vgl. für diese Wortprägung Döring, Der Entwicklungspolitische Runde Tisch, S. 31.

15 Vgl. Philipp Ther, Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation, Berlin 2019.

16 Die wenigen explorativen historischen Studien zum »Schicksal« der internationalen Solidarität sind teils der populären Erinnerung gewidmet oder beziehen sich auf eine Diskussion der Legitimität der DDR-Solidarität. Vgl. Thomas Kunze/Thomas Vogel (Hrsg.), Ostalgie international. Erinnerungen an die DDR von Nicaragua bis Vietnam, Berlin 2010; Ilona Schleicher, DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Auseinandersetzung mit einem ambivalenten Erbe, Berlin 1999; Ulrich van der Heyden, Das Schicksal der DDR-Entwicklungshilfeprojekte am Beispiel Afrika, in: Volker Lühr/Arne Kohls/Daniel Kunitz (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Afrika. Festschrift für Manfred Schulz, Münster 2004, S. 91–114.

17 Vgl. Bösch, Internationale Solidarität im geteilten Deutschland, S. 9.

18 Vgl. Jens Beckert/Julia Eckert/Martin Kohli u. a. (Hrsg.), Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen, Frankfurt am Main/New York 2004.

19 Die Rundschreiben sind der SODI-Rundbrief (1991–1993) und der SODI-Report (seit 1994), die mit ihren Druckauflagen von bis zu 18.000 ein beträchtliches Publikum jenseits des SODI erreichten. Unterstützende des Vereins verteilten die Schreiben, während der SODI sie an registrierte Spenderinnen und Spender verschickte.

Dieser Artikel beleuchtet damit die verblüffende institutionelle Geschichte SODIs als spezifisch ostdeutsche Organisation mit globaler Reichweite, die über konkrete Entwicklungsprojekte hinaus grundsätzliche, globale Kritik formulierte und sich durch Ansprüche parteilicher Gerechtigkeit auszeichnete. Hierüber hinaus stellt dieser Artikel dar, wie sich SODIs Solidarität mit der politischen Identität Ostdeutscher in dieser Zeit der politischen, sozialen und ökonomischen Transformation verband. Internationale Solidarität erschien als ein politisch rückversichernder Wert mit andauernder Legitimität und sicherte einen Teil des utopischen Potenzials der DDR-Gesellschaft.

Für SODIs Unterstützerinnen und Unterstützer waren Erfahrungen der unmittelbaren Lebensumwelt mit der Ausübung von Solidarität verflochten, die in ihren Ansprüchen aber weiter über diesen Nahraum hinausging. Sie wiesen darauf hin, dass ihre Solidarität von ihren eigenen Transformationserfahrungen genährt wurde, die sie nichtsdestoweniger als Rückwirkungen globaler Veränderungen interpretierten. Ihre angenommene geteilte Betroffenheit erschien ihnen als eine soziale Verbindung im geteilten politischen Interesse mit den Menschen in der ›Dritten Welt‹. Gleichzeitig war SODIs Solidarität auch karitativ, besonders in den Praxen humanitärer Hilfe, in denen der Verein an die Bereitschaft zu altruistischen Opfern appellierte. Die als prinzipiell reziprok verstandene Solidarität entfaltete sich hier auch in klar hierarchisch strukturierten Beziehungen. Da sich die Unterstützerinnen und Unterstützer um diese humanitären Anliegen SODIs sammeln konnten, stellten sie ein wirksames Mittel der Gemeinschaftsbildung dar.

## I. SODIs institutioneller Kurs und sein Verhältnis zur DDR

Die anhaltenden Kontinuitäten im Kontrast weitreichender Veränderungen werden beim Personal am deutlichsten. Ehemalige Beschäftigte des Solidaritätskomitees prägten SODI bis in die 2000er-Jahre und standen auch an leitender Stelle in der Geschäftsführung des Vereins. So folgte der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Solidaritätskomitees, Peter Stobinski, dem ehemaligen Vorsitzenden, Achim Reichardt, im Jahr 1992 als Geschäftsführer des Vereins. Diesem folgte zwischen 2003 und 2007 mit Hans-Jürgen Ebert ein ehemaliger Beschäftigter des DDR-Außenministeriums als Geschäftsführer.<sup>20</sup> Auf Carl Ordnung folgte im Jahr 2002 der ehemalige DDR-Botschafter in Angola, Johannes Schöche, als Vorstandsvorsitzender des Vereins. Während die beiden Spitzenpositionen über die ersten zwanzig Jahre seiner Existenz männlich besetzt waren, beeinflussten Frauen den Verein als Vorstandsmitglieder und Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle oder in Auslandsprojekten. Für die umfangreichen Aktivitäten in Vietnam zeichneten etwa die Projektmitarbeiterinnen Monika van der Meer und Ilona Schleicher verantwortlich.

Der Vereinsvorstand war zunächst insgesamt entsprechend der Annäherung zwischen Protagonistinnen und Protagonisten der ehemals staatsoffiziellen und religiös inspirierten Solidarität besetzt, worin sich eine Koalition der deutsch-deutschen Vereinigung spiegelte. Vertreterinnen und Vertreter lokaler Spendengruppen prägten die

<sup>20</sup> Erst Eberts Nachfolger, André Schwartz, hatte keine Vergangenheit im Solidaritätskomitee mehr. Vgl. Hans-Jürgen Ebert, Abschied und Übergabe des Staffelstabs, in: SODI-Report, 2007, Nr. 3, S. 3.



Strukturen unterhalb der Führungsebene. Insgesamt hatte SODI im Jahr 1999 knapp 250 Mitglieder, deren Zahl in der Folge nur leicht wuchs. Der weitere Unterstützungskreis war allerdings einerseits breiter und gleichzeitig gestreuter und zufälliger. Gerade bei konkreten Spendenaktionen konnte sich SODI auf die Unterstützung von einzelnen Unterabteilungen der »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) oder der »Volkssolidarität«, aber auch des ebenfalls postsozialistischen »Demokratischen Frauenbundes Deutschlands« (DFD) verlassen. Genauso trugen aber auch andere Vereinigungen ohne staatssozialistische Vergangenheit, etwa Ortsvereine der SPD oder Gewerkschaftsgruppen und Kooperationen mit Kommunen, hier besonders Frankfurt an der Oder und der Bezirk Berlin-Lichtenberg, zu den Initiativen bei. Diese verschiedenen Hintergründe verdeutlichen, dass die Organisation weiterhin integratives Potenzial und einen politischen Reiz besaß, allerdings blieb die Unterstützerschaft ostdeutsch dominiert. Gleichzeitig macht die Lektüre der Rundschreiben deutlich, dass SODI von dem außerordentlichen Aktivismus einzelner, zumeist älterer »gelernter DDR-Bürger« maßgeblich profitierte. So sammelte etwa das Ehepaar Hertzfeld in Altglienecke über Jahrzehnte mit großem Erfolg Geld in ihrem privaten Umkreis und die berühmte Brecht-Schauspielerin Käthe Reichel organisierte zugunsten von SODI eine äußerst erfolgreiche Spendenkampagne.

Gleichzeitig war das ehemalige Staatsinteresse der Solidarität in die Nische gewandert. Während der Verein im Jahr 1990 noch Hilfen in Höhe von 27,4 Millionen DM umsetzen konnte, sank dieser Betrag auf 2,5 Millionen DM im Jahr 1993 nach dem Ende des Konflikts mit dem deutschen Staat ab. Von ehemals circa 20 Angestellten verblieben 5. Mit dem Verschwinden des finanziellen Polsters wurde der Ausgleich des Haushalts zur andauernden Sorge SODIs. Die Anliegen des Vereins wurden mit Sachspenden gestützt, da Geldmittel fehlten, und er profitierte von Mitteln der »Stiftung Nord-Süd-Brücken«. Die Lage verbesserte sich mit dem Beginn öffentlicher Zuwendungen der Länder Brandenburg und Berlin, des Auswärtigen Amts und der Europäischen Union, während das BMZ Mittelanträge noch bis zum Regierungswechsel 1998 zurückwies.<sup>21</sup>

Von 1992 bis 2005 war SODI jährlich in 12 bis 20 Ländern aktiv; das finanzielle Volumen der Hilfe stieg im Jahr 2005 auf 5,5 Millionen Euro. Private Spenden und die Mobilisierung von Mitgliedern schienen dennoch stets als unzureichend, sodass die Spitze des Vereins wiederholt seine »Zukunftsfähigkeit« infrage stellte.<sup>22</sup> Ein Ausweg wurde in der Konzentration und Fokussierung der vielfältigen und weit verteilten Aktivitäten SODIs gesehen.

Mit der Zeit integrierte SODI sich aber zusehends in die entwicklungspolitische Landschaft der Bundesrepublik. Die jährliche Verleihung des Spendensiegels des »Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen« ab 1994 war für SODI besonders bedeutsam, da sie seinem Finanzgebaren nach der Auseinandersetzung mit dem deutschen Staat Seriosität bescheinigte.<sup>23</sup> 1996 beteiligte sich SODI außerdem an der Gründung des »Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisati-

21 Vgl. die Berichte von Mitgliederversammlungen und Projektaufstellungen des SODI in der jeweils dritten Nummer des SODI-Reports eines Jahres.

22 Hans-Jürgen Ebert, Mitgliederversammlung 2002, in: SODI-Report, 2002, Nr. 3, S. 14.

23 Vgl. zum Beispiel DZI-Spendensiegel an SODI, in: SODI-Report, 1994, Nr. 2, S. 1.

onen« (VENRO) und nahm durch ihn fortan an der öffentlichen Auseinandersetzung um entwicklungspolitische Fragen teil.<sup>24</sup> Die Wahl der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 1998 und die folgende Annäherung zwischen Bundesregierung und Verein, aber mehr noch die folgende Enttäuschung über ihren Kurs wurden zu entscheidenden politischen Momenten für SODI im Inland.<sup>25</sup>

SODI ordnete sich vergleichsweise problemlos in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ein, da seine konkreten Projekte den allgemeinen entwicklungspolitischen Standards entsprachen und weltanschaulichere Fragen so in den Hintergrund rückten. Überdies war SODI seit dem ERT auf die Bildung gesellschaftlicher Koalitionen mit anderen NGOs orientiert und hatte Kooperationen trotz potenzieller Konflikte eingeübt. Die Beziehung zu der »Stiftung Nord-Süd-Brücken« blieb dabei jedoch zwiegespalten, da Stobinski nach wie vor wenigstens ideelle Ansprüche auf die Stiftung als »größtes und nachhaltigstes Projekt« des Vereins erhob.<sup>26</sup>

In der Frühphase hatte sich SODI den Auftrag gesetzt, die »Fehlleistungen« der DDR-Solidarität aufzuarbeiten, wozu es, in Gänze betrachtet, aber nur in Ansätzen kam. Die in die Öffentlichkeit getragene differenzierte Auseinandersetzung mit dem Erbe dieser Solidarität seitens einiger Vertreterinnen und Vertreter des Vereins wurde häufig durch konfrontativere Haltungen anderer konterkariert.<sup>27</sup>

Auch setzte SODI die grundsätzliche Güte der Solidarität zu DDR-Zeiten voraus und konzentrierte die kritische Reflexion auf Aspekte ihrer Vermittlung: Die öffentliche Propagierung der Sache wurde dabei als positiv hervorgehoben, während sich Kritik auf mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten für unabhängige Akteure bezog.<sup>28</sup> SODIs Rundschreiben wurden zu einem Forum der Solidaritätsbewegten, häufig verbunden mit biografisch gefärbter Erinnerung an DDR-Praktiken.<sup>29</sup> Der Verein verstand die Fortsetzung von Projekten der DDR-Solidarität als Auftrag;<sup>30</sup> SODI reagierte stets empfindlich auf Nachrichten, dass Hinterlassenschaften der DDR-Solidarität bedroht schienen<sup>31</sup>, und trat als natürlicher Partner für Solidaritätsinitiativen im Andenken der DDR auf.<sup>32</sup>

Mit der Zeit und unter dem Eindruck mangelnder zeitgenössischer Solidarität färbte sich die Bewertung der wiedervereinigten Gegenwart bei SODI pessimistisch ein.

24 Vgl. zum Beispiel Pro 0,7: VENRO-Initiative zur Bundestagswahl 2002. Jetzt Handeln für Entwicklung und Frieden, in: SODI-Report, 2002, Nr. 2, S. 6–7.

25 Vgl. zum Beispiel Eberhard Bauer, Verlust von Glaubwürdigkeit, in: SODI-Report, 1999, Nr. 4, S. 6.

26 Peter Stobinski, Größtes und schwierigstes Projekt, in: SODI-Report, 2005, Nr. 2, S. 7.

27 Vgl. als Beispiel differenzierter Auseinandersetzung Ilona Schleicher, DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Auseinandersetzung mit einem ambivalenten Erbe, Berlin 1999; sowie als Beispiel einer konfrontativen Haltung Achim Reichardt, Podiumsdiskussion vom 8. November 1999, in: Noch die internationale Solidarität?, S. 131.

28 Vgl. zum Beispiel Thomas Schubert, Solidarität hilft überleben, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 1–2.

29 Vgl. zum Beispiel Danke Kurt Seibt!, in: SODI-Report, 2002, Nr. 3, S. 15; Zum 30. Jahrestag des Militärputsches in Chile, in: SODI-Report, 2003, Nr. 2, S. 16.

30 Vgl. zum Beispiel Peter Stobinski, Erneute Hilfe für ein »altes« Soliobjekt, in: SODI-Report, 1995, Nr. 2, S. 8–9.

31 Vgl. zum Beispiel Sieg der Vernunft, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 3, S. 8; Jens Hüniger, Hilfe fürs Deutsch-Nikaraguanische Hospital, in: SODI-Report, 2005, Nr. 3, S. 14.

32 Vgl. zum Beispiel Soziales Engagement mit Klarsicht, in: SODI-Rundbrief, 1996, Nr. 3, S. 8; Solidaritätsbasar auf dem Potsdamer Platz, in: SODI-Report, 2005, Nr. 3, S. 16.

Seine Vertreterinnen und Vertreter positionierten sich selbstbewusster mit Blick auf die Vergangenheit ostdeutscher Solidarität. So wurde die Vereinsgründung etwa als ein Akt heroischen Widerstands in einer Zeit »nationalen Einheitstaumels« beschrieben.<sup>33</sup> Mitarbeitende betonten die Nöte, die sich aus der Annahme der »Verpflichtung« und dem »Recht« zur fortgesetzten Solidarität ergaben.<sup>34</sup> Die Treuhand-Kuratel trat in den späteren Stellungnahmen als zentraler symbolischer Moment hervor. Der vermeintlich unzeitgemäße Standpunkt in der Verteidigung des Internationalismus habe »Hass« hervorgerufen, nicht zuletzt durch die »allgewaltige Treuhandanstalt«.<sup>35</sup>

Die veröffentlichten Briefe an SODI reflektieren ähnliche Gedankenströmungen. Direkt nach dem Ende der DDR wurde die ostdeutsche Vergangenheit kontrovers diskutiert. So empfahl ein Leserbriefschreiber dem mit dem DDR-Establishment identifizierten Verein, sich mit den »Bettelanzeigen« an andere »Blutsauger der früheren DDR« zu wenden.<sup>36</sup> Weitere Korrespondentinnen und Korrespondenten sahen in der andauernden politischen »Hetze« des Vereins deutliche Kontinuitäten zum Solidaritätskomitee.<sup>37</sup> Andere verteidigten SODI aber auch und wiesen beispielsweise die Frage nach der Freiwilligkeit von DDR-Spenden als irrelevant im Vergleich zu dem Nutzen der staatlichen Solidarität zurück.<sup>38</sup> Für beide Seiten, den Parteigängern wie den Kritikern, stand SODI dabei als Pars pro Toto für die DDR-Solidarität.<sup>39</sup>

Mit der Zeit sollte die angenommene Verbindung mit der DDR dem Verein aber vor allem nützen, wie die Resonanz unter den Anhängerinnen und Anhängern zeigt. Diese wiesen etwa auf ihre Suche nach Möglichkeiten hin, ostdeutsche Solidarität wieder aufleben zu lassen.<sup>40</sup> SODI profitierte von den positiven Bezügen zu dieser Solidarität, hier fanden Sympathisierende die »Fortführung guter DDR-Traditionen«<sup>41</sup>, »die nicht totzuschweigen oder wegzulügen ist. Das gibt Kraft.«<sup>42</sup> Gleichzeitig rückte der Bezug zur DDR gerade im zweiten Jahrzehnt des Bestehens SODIs mit zunehmendem zeitlichen Abstand aber auch in den Hintergrund.

## II. »Solidarität hilft überleben«:<sup>43</sup> Die humanitäre Hilfe in Osteuropa

Zwar war SODI die Fortsetzung der in DDR-Zeiten eingeübten teuren und logistisch aufwendigen Katastrophenhilfe als zentralem Feld der Solidarität nach 1991 nicht

33 Peter Stobinski, Ein ambivalentes Erbe, in: SODI-Report, 1999, Nr. 1, S. 9.

34 Horst van der Meer, Wahlkampf: Zeit zur Einmischung, in: SODI-Report, 1998, Nr. 3, S. 9.

35 Peter Stobinski, Fünf Jahre danach: SODI's zweiter Neubeginn oder Totgesagte leben länger, in: SODI-Report, 1997, Nr. 1–2, S. 6–7.

36 A. B. Leder, Meinungen, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 3, S. 7.

37 Natalie Hähn/Harald Fiedler, Meinungen, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 4, S. 5.

38 Vgl. zum Beispiel Hellmut Kapfenberger, Solidarität mit Vietnam – immer noch?, in: SODI-Report, 1996, Nr. 1–2, S. 10.

39 Vgl. Elsa Schmittner, Harte Kritik anstatt Dank für Solidarität, in: SODI-Report, 1995, Nr. 3, S. 11; Hedy Klatt, Wunderbare Projekte, in: SODI-Rundbrief, 1995, Nr. 5, S. 7.

40 Vgl. Ute Werner, Die Postmappe: Auf der Suche, in: SODI-Report, 1995, Nr. 3, S. 11.

41 Familie Hampel, Postmappe: Spende für Kubas Kinder, in: SODI-Report, 2004, Nr. 4, S. 15.

42 Maria Kerl, Die Postmappe: Tradition, in: SODI-Rundbrief, 1994, Nr. 4, S. 7.

43 Thomas Schubert, Solidarität hilft überleben, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 1–2.

länger möglich, jedoch fanden sich in Osteuropa Gelegenheiten, humanitäre Aktionen nun zugunsten ehemaliger sozialistischer »Bruderländer« in einem kleineren Rahmen fortzusetzen. Diese Hilfe beruhte auf den Initiativen einzelner Spendengruppen und Personen, während SODI entscheidende logistische Unterstützung gewährte.<sup>44</sup>

Bereits im Wendejahr 1989/1990 hatte das Solidaritätskomitee und in der Nachfolge SODI eine ausgesprochen erfolgreiche Spendenkampagne zugunsten Notleidender in Rumänien im Zusammenspiel mit Kräften der Demokratisierung in der DDR durchgeführt. Ab September 1990 sollte jedoch die humanitäre Hilfe für Opfer der Tschernobyl-Katastrophe zum wichtigsten Betätigungsfeld in Osteuropa werden. Aus Anlass eines der ersten Transporte von Hilfsgütern reflektierte ein SODI-Mitarbeiter seine persönliche Verpflichtung zur Hilfe als »Bürger eines ehemaligen osteuropäischen Landes« und spiegelte damit das gewandelte Zugehörigkeitsgefühl Ostdeutscher wider.<sup>45</sup> Diese humanitären Transporte waren aufgrund der geografischen Nähe trotz der Treuhand-Kuratel nach wie vor möglich, da einzig und allein ein Lastwagen für die Auslieferung von Spenden gebrauchter Güter organisiert werden musste.

Durch diese fortgeführten Lieferungen überlebte die soziale Praxis der Spende als wichtigste Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der staatlichen Solidarität der DDR und nun auch der Solidarität SODIs. Seine Anhängerinnen und Anhänger betrieben die Spendensammlung auf vielfältigste Weise, etwa durch Benefizveranstaltungen kultureller oder informatorischer Natur. Die Möglichkeit zu Sachspenden erleichterte auch Arbeitslosen eine Beteiligung.<sup>46</sup> Die Spendentätigkeit und -sammlung erschien als wichtiges politisches und moralisches Statement. Hier wurde auch der Wert eines Opfers im Gegensatz zu Zeitdiagnosen eines grassierenden Egoismus aufrechterhalten und nicht zuletzt durch die Vermittlung von Sachgütern eine greifbare transnationale Verbindung geschaffen.

Als wichtigstes Projekt finanzierten SODI-Spenden Urlaube für Kinder aus nuklear verseuchten Regionen. Anders als äquivalente Projekte in DDR-Zeiten, etwa zugunsten palästinensischer Kinder, fanden diese Ferien allerdings nicht mehr in Deutschland statt, sondern in Belarus.<sup>47</sup> Diese Maßnahmen der Tschernobyl-Hilfe blieben für die Aktivitäten langfristig bedeutsam: Sie transformierten die ehemalige Regierungsorganisation am weitesten in eine zivilgesellschaftliche Organisation mit breiter Resonanz in der ostdeutschen Bevölkerung, nicht zuletzt durch die Unterstützung von lokalen Initiativen außerhalb des Vereins.<sup>48</sup> Während sich das Solidaritätskomitee auf den steten Fluss von Spenden verlassen konnte, die durch die Massenorganisationen der DDR kanalisiert worden waren, hatten sich die Dynamiken hier nachhaltig verkehrt.

Gleichzeitig blieb die Spende von Sachgütern von zentraler Bedeutung für das humanitäre Engagement, wobei sich der Fokus von Haushalts- auf Spezialgüter verschob. So machten SODI-Sympathisierende auf ausgemustertes medizinisches Gerät

44 Vgl. Mit Optimismus ins fünfte Jahr: Bilanz und Ausblick auf SODI-Mitgliederversammlung, in: SODI-Rundbrief, 1995, Nr. 1, S. 5.

45 Frank Ludwig, Medikamente, Kleidung, Spielzeug – für die Opfer von Tschernobyl, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 3–4.

46 Vgl. zum Beispiel BUMMIS Freunde helfen in Vietnam, in: SODI-Report, 2004, Nr. 1, S. 5.

47 Vgl. zum Beispiel Erholung für Tschernobyl-Kinder, in: SODI-Report, 1995, Nr. 3, S. 8.

48 Vgl. zum Beispiel Eva Emmrich, Wäsche-Aktion in Strausberg, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 15.

aus ostdeutschen Krankenhäusern aufmerksam, die ab 1993 von arbeitslosen Ostdeutschen im sogenannten Recycling-Projekt in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme vor der Abgabe ins Ausland aufgearbeitet wurde.<sup>49</sup> SODI unterstrich, wie die Solidarität hier aus der Asche des Sozialismus auferstand, da eine ehemalige Armeekaserne in einen »Stützpunkt der internationalen Solidarität« verwandelt wurde.<sup>50</sup> Durch diese Aktivierung von ostdeutschen Arbeitslosen, Betroffenen der sozioökonomischen Folgen des Endes der DDR, verfolgte SODI integrierte Solidaritätsbeziehungen von gegenseitigem Vorteil.

Durch die zentrale Bedeutung Osteuropas für SODI-Hilfskampagnen verschob sich die ostdeutsche Solidarität aber auch von der ›Dritten Welt‹ in die ›Zweite‹ und positionierten sich SODI-Unterstützerinnen und -Unterstützer so selbst in der ›Ersten Welt‹. Sich anschließende Fragestellungen der Zugehörigkeit beantworteten sich aber nicht immer klar, da SODI historische Verbindungen, unter anderem im Sozialismus, durchaus hervorhob. Schließlich ist daran zu erinnern, dass mit Tschernobyl ein Anliegen hervortrat, das im Staatssozialismus kaum offen diskutiert werden konnte und auch ein Symbol seines Scheiterns war.

### III. »Sie brauchen uns immer noch«:<sup>51</sup> Die Unterstützung für Namibia

Die historisch gewachsenen ostdeutschen Solidaritätsbeziehungen bestimmten mit, wo sich SODI als Entwicklungsorganisation engagierte. Der Verein beklagte, dass die Bundesrepublik nur zögerlich entwicklungspolitische Beziehungen in Schwerpunkt-länder der DDR-Solidarität aufbaute<sup>52</sup>, sah sich ab der Treuhand-Kuratel aber auch selbst zum Fokus auf bestimmte Länder, wie Namibia, gezwungen. Die DDR hatte enge Beziehungen zur namibischen »South West African People's Organization« (SWAPO) aufgebaut und so fand SODI mit der Unabhängigkeit Namibias hier besonders günstige Bedingungen. Die namibische Staatsführung protestierte etwa gegen die Beschlagnahme des Vermögens SODIs bei der Bundesregierung und vergalt so erfahrene Solidarität.<sup>53</sup>

Das Engagement für Namibia teilte sich in neu aufgesetzte Entwicklungsprojekte und die Verantwortungsübernahme für Überbleibsel der DDR-Solidarität. Bei Spendenwerbungen wies SODI auf andauernde ostdeutsche Verantwortlichkeiten hin, machte darüber hinaus aber auch deutlich: »Aus der Hilfe für Namibia, [...] aus der Überwindung unserer eigenen Beschränktheit und unseres Kleinmutes, [...] kann uns jedoch neue Kraft für uns selbst erwachsen. Diese Kraft brauchen wir für uns und für Namibia.«<sup>54</sup>

49 Vgl. SODI-Mitgliederversammlung: SODI hat sich als Helfer in der Not erwiesen, in: SODI-Report, 1994, Nr. 1, S. 6.

50 Wichtigste Basis für SODI-Gesundheitsprogramm, in: SODI-Report, 2000, Nr. 3, S. 2.

51 Ulrich Makosch, Mosambik – so schön und hässlich oder: 25 + 10 = SODI, in: SODI-Report, 2000, Nr. 2, S. 1.

52 Vgl. zum Beispiel Frank Ludwig, Kambodscha wartet auf die Früchte der deutschen Einheit, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 2.

53 Vgl. Teilnahme am Tag der Helden in Namibia, in: SODI-Report, 2003, Nr. 3, S. 6.

54 Adelheid Siebach, Nähzentrum für namibische Frauen, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 2, S. 8.

So diskutierte SODI zum einen Vorwürfe, dass die Internatsbeschulung von namibischen Kindern in der DDR verwerflich gewesen sei, wobei der Verein auch die Dankbarkeit der »DDR-Kinder« betonte.<sup>55</sup> Außerdem war SODI zuständig für die Fortführung der Stipendienprogramme mit Organisationen wie der SWAPO.<sup>56</sup> Die nach Deutschland entsandten Stipendiatinnen und Stipendiaten waren der Herausforderung ausgesetzt, den Verschiebungen des ostdeutschen Bildungssystems zu begegnen und mit Unterbrechungen der Stipendienzahlungen in der Zeit der Treuhand-Kuratel umzugehen.<sup>57</sup> Außerdem wurden ihnen rassistische Angriffe zu einer Lebensrealität<sup>58</sup>, für die Vertreter SODIs nur schwer Erklärungen fanden.<sup>59</sup>

Gleichzeitig baute SODI seine eigenen eng begrenzten Entwicklungsprojekte auf, etwa in der Unterstützung von Agrarkooperativen oder von Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Bereits im Jahr 1991 wurde eine Kooperation mit dem ehemals DDR-offiziellen DFD angestoßen, in deren Rahmen »von drei deutschen Frauen Nähkurse und Vorträge zur Gesundheits- und Sozialhygiene organisiert werden« sollten.<sup>60</sup> Aus diesen etwas unbeholfenen Anfängen, die noch nicht der zeitgemäßen Sprache der Entwicklungszusammenarbeit entsprachen, entwickelte sich über die folgenden Jahre ein starker Fokus auf die Arbeit mit Frauen, deren Ansprache und Aktivierung als entscheidendes Mittel der Entwicklungsarbeit gesehen wurde. Gerade auch in Südostasien, in Vietnam und Laos, kooperierte SODI eng mit den dortigen offiziellen Frauenorganisationen, ein wichtiger Baustein für die langfristige Arbeit in diesen Ländern.

Ab 2002 betrieb SODI in Namibia außerdem eines seiner wichtigsten Projekte mit der Errichtung einer Siedlung von Lehmhäusern.<sup>61</sup> Dabei betonte der Verein die Verbindungen zu dem ihm umgebenden historischen Raum, den Waterberg des deutschen Genozids an den Herero, und markierte das Projekt als entscheidenden Beitrag zur Überwindung von Apartheid, Rassismus und Kolonialismus:<sup>62</sup> »Die Schaffung von Grundlagen für ein Leben in Würde für alle Namibier ist für uns der beste Weg zur historischen Aussöhnung zwischen unseren Völkern.«<sup>63</sup> Damit erkannte SODI eine nationale Verantwortung für koloniale Schuld – in deutlicher Abgrenzung zur ehemaligen DDR, die stets auf ihren antikolonialen Charakter gepocht hatte. Durch das Aufgreifen kolonialgeschichtlicher Bezüge konnte SODI im Rahmen dieses Projekts verstärkt auch westdeutsche Spenderinnen und Spender gewinnen. Gleichzeitig machte sich hier aber auch ein Generationenwechsel bemerkbar; für das Projekt enga-

55 Vgl. Ilona Schleicher, Heimkehr in ein fremdes Land. Die »DDR-Kinder« von Namibia, in: SODI-Report, 1999, Nr. 3, S. 10.

56 Vgl. Stipendiaten aus 20 Ländern, in: SODI-Report, 1995, Nr. 4, S. 1.

57 Vgl. zum Beispiel Nageb Elshorafu, Ausländischer Student dankt Spendern, in: SODI-Rundbrief, 1992, Nr. 4, S. 1.

58 Vgl. zum Beispiel Rechtsradikale Überfälle, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 8.

59 Thomas Schubert, Zu den Ausschreitungen gegen junge Namibier am 3. Mai in Wittenberge, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 5–6, S. 7.

60 Siebach, Nähzentrum für namibische Frauen.

61 Vgl. zum Beispiel Ein Vorzeigeprojekt. Lehmhaus-Projekt in Otjiwarongo, in: SODI-Report, 2003, Nr. 2, S. 9.

62 Vgl. zum Beispiel Peter Stobinski, Otjiwarongo – SODI startet eine neue Solidaritätsaktion, in: SODI-Report, 2002, Nr. 1, S. 1.

63 Ohne bewusste Erinnerung kann es keine Versöhnung geben, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 1.



gierte sich eine studentische Initiativgruppe, die es zuvorderst als Beispiel nachhaltiger sowie ökologischer Entwicklungszusammenarbeit diskutierte und aus deren Reihen sich in der Folge einige Beschäftigte des Vereins rekrutierten.

#### IV. »Solidarität heißt Widerstand«:<sup>64</sup> Aktivismus gegen die globale Ordnung

Über die im engeren Sinne ostdeutsch geprägten Aktivitäten hinaus fand SODI erstmals durch seine Beteiligung an der »Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen« Widerhall in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit. Hierbei profitierte der Verein davon, dass sich dieses internationale Netzwerk von NGOs auch auf SODIs eigene Schwerpunktregionen in Südostasien und im südlichen Afrika konzentrierte.

SODI erschloss sich die öffentliche politische Kampagne, beispielsweise durch Unterschriftenaktionen und massenhaft versendete Protestschreiben, gegen bestimmte Unternehmen wie Daimler und ihre staatliche Unterstützung als Mittel entwicklungspolitischer Auseinandersetzung.<sup>65</sup> Dabei ordnete der Verein seine Aktivitäten mitunter in nationale historische Zusammenhänge ein, da sie ebenso Lektionen aus dem Zweiten Weltkrieg entsprächen wie denen der deutsch-deutschen »Unheilgrenze«.<sup>66</sup> In seinen Aktivitäten bezog sich SODI auf seine Verbindung mit angesehenen internationalen Akteuren, beispielsweise dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz oder UN-Organisationen.<sup>67</sup> Bereits im Jahr 1997 konnte der Verein Erfolge reklamieren, da Anti-Personen-Minen international geächtet und die »Internationale Kampagne« mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden. Die Landminenkampagne war bedeutsam, da sie die weitere Integration des Vereins in die entwicklungspolitische Szene der Bundesrepublik beförderte und SODI von der Reichweite und Expertise der anderen Organisationen in dieser Koalition profitierte. So konnte er sich als eine einflussreiche Kraft für die gute Sache und die Kampagne als »Signal für einen erneuten Aufschwung der internationalen Solidarität« präsentieren.<sup>68</sup>

Die öffentliche Kampagne wurde ergänzt durch konkrete Entwicklungsprojekte in Vietnam, wo der Verein die Räumung von Landminen unterstützte und in Folgeprojekten die Wiederbesiedlung von verlassenen Dörfern als »in seiner Komplexität bislang einmaliges Minenaktionsprogramm« betrieb.<sup>69</sup> Die Finanzierung solcher Projekte durch staatliche Institutionen verdeutlicht die weitgehende Akzeptanz, die SODI

64 Hans-Jürgen Ebert, *Solidarität heißt Widerstand organisieren*, in: SODI-Report, 2000, Nr. 3, S. 7.

65 Vgl. zum Beispiel Neues über die Kampagne »Daimler-Minen Stoppen«: Ausstieg aus der Minenproduktion angekündigt, in: SODI-Report, 1998, Nr. 4, S. 9; Keine Hermes Bürgschaften, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 14. Solche Kampagnen erinnerten gleichzeitig an DDR-Vorbilder, etwa die Postkartenkampagne für Angela Davis.

66 Peter Stobinski, *Wo bleibt der Aufschrei gegen dieses Teufelszeug?*, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 6, S. 5.

67 Vgl. zum Beispiel Unser Protest und unsere Hilfe für die Minenopfer, in: SODI-Report, 1994, Nr. 5, S. 5; Für das Verbot von Landminen in der Welt, in: SODI-Report, 1995, Nr. 3, S. 1.

68 Aufbruch am 17. Breitengrad: Hilfe für Opfer eines vergessenen Krieges, in: SODI-Report, 1998, Nr. 1–2, S. 1.

69 Ilona Schleicher, *Betrogene Hoffnungen auf Frieden und Sicherheit: 50 Jahre Indochina-Abkommen*, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 11.



im bundesdeutschen Rahmen schließlich fand. In den Wiederansiedlungsprogrammen konnte SODI aber gleichzeitig auch an die Erinnerung ähnlicher ostdeutscher Projekte anschließen, etwa in der Stadt Vinh, und dieses Projekt verband sich mit dem Echo des Anti-Imperialismus der DDR, da man hier aktiv den Folgen des »schmutzigen Krieg[s] gegen das vietnamesische Volk« entgegenwirke.<sup>70</sup> Insgesamt erscheinen die Aktivitäten gegen Landminen als beispielhaft für einen politischen Ansatz des Vereins unter den veränderten postsozialistischen Bedingungen.<sup>71</sup>

Seine prinzipiell pazifistische Haltung drückte sich in häufigen Protesten gegen angenommene Gefährdungen des Friedens aus, die gewöhnlich in den USA ihren Ausgang zu nehmen schienen.<sup>72</sup> In den Jahren 1999 und 2001 erschien dem Verein die Beteiligung Deutschlands an Militäreinsätzen im Rahmen der Jugoslawienkriege als ein dramatischer Einschnitt. Gegen diesen rief SODI zu (Straßen-)Protest auf, wobei der Hinweis nicht fehlte, dass zeitgleich Staatsausgaben für Entwicklungshilfe und Sozialpolitik von der neuen rot-grünen Bundesregierung gekappt würden.<sup>73</sup> Hier bot sich auch die Gelegenheit zur Kritik an anderen ostdeutschen NGOs, die ihre politischen Verpflichtungen offenbar weniger wichtig nahmen: »Inzwischen erschöpfen sich viele von ihnen in Auslandsprojekten und vernachlässigen die Diskussion politischer Rahmenbedingungen.«<sup>74</sup>

Der US-geführte »Krieg gegen den Terror« wurde von SODI vielfältig kritisiert<sup>75</sup>, während die vorhergegangenen Ereignisse um die Anschläge des 11. Septembers 2001 von Carl Ordnung, dem langjährigen Vorsitzenden, auch als mittelbare Rückwirkung der Ausbeutung der »Dritten Welt« gesehen wurden.<sup>76</sup> Ohnehin zeichneten sich in diesem Zusammenhang die älteren SODI-Angehörigen durch die Vehemenz ihrer Äußerungen aus. Als der Irak-Krieg heranzog, kündigte SODI seinen »Widerstand« für den »Tag X« an, was durchaus der gesamtgesellschaftlichen Stimmungslage entsprach.<sup>77</sup> Insgesamt zeigte der Verein eine äußerst kompromisslose Haltung gegenüber der US-Regierung, der Kriege offenbar als »normales Mittel der Politik« galten.<sup>78</sup>

SODI kritisierte die Vereinigten Staaten jedoch nicht nur für ihre militärischen, sondern auch für ihre ökonomischen Hegemonialbestrebungen. Gleichzeitig erschien die »Globalisierung der Ressourcen, des Marktes und der Finanzmärkte unter Führung der USA«<sup>79</sup> aber auch verstärkt als eine gewichtige Entwicklung für sich; »der Globalisierungswahn verlangt[e] Antworten«.<sup>80</sup>

70 Ilona Schleicher, Drittes SODI-Friedensdorf, in: SODI-Report, 2004, Nr. 2, S. 1.

71 Vgl. zum Beispiel SODI vor neuen Herausforderungen, in: SODI-Report, 2000, Nr. 1, S. 3–4.

72 Vgl. zum Beispiel Der Kommentar: Die Schlacht der Lügen, in: SODI-Report, 1994, Nr. 6, S. 8.

73 Vgl. zum Beispiel Krieg beendet – Alpträume bleiben, in: SODI-Report, 1999, Nr. 3, S. 11; Nein zum Mazedonien-Einsatz, in: SODI-Report, 2001, Nr. 3, S. 5.

74 Peter Stier, Entwicklungspolitik im Feuerschein von NATO-Bomben auf dem Balkan, in: SODI-Report, 1999, Nr. 2, S. 7.

75 Vgl. zum Beispiel Ulrich Makosch, Kommentar: Totschlag, in: SODI-Report, 2001, Nr. 4, S. 1.

76 Vgl. Carl Ordnung, Ruf zur Umkehr jetzt, in: SODI-Report, 2001, Nr. 4, S. 1.

77 Widerstand gegen den Krieg, in: SODI-Report, 2003, Nr. 1, S. 3.

78 Mitgliederversammlung 2003: Vorjahresergebnisse übertroffen, in: SODI-Report, 2003, Nr. 2, S. 9.

79 Brigitte Queck, Krieg gegen den Irak verhindern, in: SODI-Report, 2002, Nr. 2, S. 2.

80 Martin Pamp, Neues von Attac: Globalisierungswahn verlangt nach Antworten, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 13.

Solche Beobachtungen verknüpften sich innerhalb SODIs mit einer Debatte über die Reichweite der Solidarität und das Verhältnis von karitativer Aktivität und politischer Positionierung. Dabei stellte sich SODI insbesondere die Frage, ob Reflexionen über die »Solidarität« auch das kapitalistische System infrage stellen sollten.<sup>81</sup> Immer häufiger merkten SODI-Vertreterinnen und -Vertreter, besonders auch Carl Ordnung, ihre Sorge über die soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaften im Globalen Süden wie auch im Norden an.<sup>82</sup> In seinen Empfehlungen für die Bundestagswahlen des Jahres 1998 kritisierte SODI entsprechend das Grassieren eines »Manchester-Liberalismus« im eigenen Land, der zur »Zementierung wirtschaftlicher Rückständigkeit ganzer Regionen in den neuen Bundesländern« führe.<sup>83</sup> Die Verbindung zwischen den heimischen Bedingungen und internationalen Aufgaben durch den globalen Kapitalismus wurde zusehends zur »Grundaussage des Begriffes der Solidarität«.<sup>84</sup>

»Solidarität« sollte bedeuten, im Ausland wie im rot-grün regierten Deutschland Widerstand gegen neoliberale Politik zu organisieren.<sup>85</sup> Die Vertreterinnen und Vertreter SODIs sahen Sozialkürzungen und Deregulierungen sowie deren Folgen in Deutschland<sup>86</sup> als das Einreihen des Landes in globale Entwicklungen.<sup>87</sup> Im Jahr 2001 trat SODI dem Attac-Netzwerk in Deutschland bei, das spezifische politische Kritiken des globalen Kapitalismus bot.<sup>88</sup> Attac als »Volksbildungsbewegung« sollte einen Beitrag zu »Veränderungen bei uns« leisten, dies sei »langfristig auch eine echte Hilfe für die Armen in den Ländern, denen wir uns in Solidarität verpflichtet wissen«.<sup>89</sup> Indem er die Herausforderungen in Deutschland aus der Perspektive internationaler Entwicklungen in den Blick nahm, präsentierte SODI die internationale Solidarität auch als eine Möglichkeit zur Verbesserung der heimischen Situation. Diesen allseitigen Verknüpfungen entsprechend machte SODI auf die Notwendigkeit einer globalen Koalition der Benachteiligten aufmerksam.<sup>90</sup>

SODI-Unterstützerinnen und -Unterstützer bemerkten, Grund für ihr Engagement sei der Widerstand »in zivilgesellschaftlichen Netzwerken – wie attac – gegen eine hemmungslose Globalisierung [...] weltweit und vor unserer Haustür«, welcher

81 Vgl. zum Beispiel Carl Ordnung, Reichtum ab einer bestimmten Grenze ist kriminell, in: SODI-Report, 1995, Nr. 1, S. 5.

82 Vgl. zum Beispiel Carl Ordnung, Gefahren für das Versöhnungsexperiment Südafrika, in: SODI-Report, 1998, Nr. 1–2, S. 2; Solidarität heißt Widerstand mobilisieren, in: SODI-Report, 1999, Nr. 1, S. 10.

83 Wahlkampf – Zeit zur Einmischung, in: SODI-Report, 1998, Nr. 4, S. 11.

84 SODI vor neuen Herausforderungen, in: SODI-Report, 2000, Nr. 1, S. 3–4.

85 Vgl. zum Beispiel Carl Ordnung, Alte Schwierigkeiten und für uns neue Aufgabe, in: SODI-Report, 2000, Nr. 2, S. 2.

86 Vgl. zum Beispiel Carl Ordnung, Dient die Wirtschaft noch dem Leben?, in: SODI-Report, 2003, Nr. 4, S. 14.

87 Vgl. Juliane Meinhold, Neues von Attac: Agenda 2010 – Deutschland reiht sich ein, in: SODI-Report, 2003, Nr. 3, S. 12.

88 Vgl. zum Beispiel Hans-Jürgen Ebert, SODI-Mitgliederversammlung 2001, in: SODI-Report, 2001, Nr. 3, S. 8.

89 Carl Ordnung, Grenzenlose Gier, in: SODI-Report, 2004, Nr. 2, S. 9.

90 Vgl. Peter Ensikat, Neues von Attac: Solidarität in Zeiten der Globalisierung, in: SODI-Report, 2004, Nr. 4, S. 13.

über die typischen Betätigungen von Entwicklungsorganisationen hinausgehe.<sup>91</sup> Auch SODIs Führung wurde sich des Erfolgs dieses umfassenden Ansatzes bewusst, so »sei der Verein für viele seiner Mitglieder auch politische Heimat«.<sup>92</sup>

In der Organisation des Attac-Netzwerks nahm SODI keine bedeutsame Rolle ein. Für SODI repräsentiert das Netzwerk aber einen generationenübergreifenden Ansatz politischer Kritik: Eine der für das Namibia-Projekt aktiven Studierenden personifizierte als Vorstandsmitglied von SODI und Engagierte bei Attac dabei die direkte Verbindung. Die Positionierungen von Attac wurden von älteren SODI-Vertretern und -Vertreterinnen, allen voran Carl Ordnung, begierig aufgenommen und weiterverbreitet. Attac bot nämlich eine erneuerte und zeitgemäße Möglichkeit der wissenschaftlich fundierten Kritik an den globalen ökonomischen Verhältnissen.<sup>93</sup>

## V. »Wie ein Lagerfeuer mit Freunden«:<sup>94</sup> Der Sinngehalt der Solidarität

SODIs Solidarität umfasste in ihrem breiten Anspruch die Kritik des Zeitgeists, so die Klage über die »Gleichgültigkeit, Ellbogenmentalität und das Desinteresse am Schicksal anderer Menschen und Völker«<sup>95</sup>, da der »Dollar zum Leitgestirn der Welt und die persönliche Bereicherung der Sinn des Lebens zu werden droht[en]«.<sup>96</sup> SODI identifizierte eine »Gesellschaft, in der Solidarität zum Hemmnis im Konkurrenzkampf, zum Fremdkörper im gesellschaftlichen Wertesystem, zum scheinbar unerschwinglichen Luxus« geworden zu sein schien.<sup>97</sup> Diese Gefühle wurden von den internationalen Stipendiatinnen und Stipendiaten als Kronzeugen bestätigt, die ein harmonisches Bild der DDR zeichnen. Die libanesische Stipendiatin Jurdi Shahnaz reflektierte etwa: »1989 dann der Mauerfall. [...] Jeder hat sich Sorgen um seine Zukunft gemacht. Das Leben wurde stressig. Überall lauerte die Bürokratie. Da ging es uns Ausländern genauso wie den Deutschen.«<sup>98</sup>

SODI-Unterstützerinnen und -Unterstützer betonten die emotionale Wohltat und die Gemeinschaft, die sich aus dem eigenen Engagement und der Aktivität bei SODI als Alternative zu den attestierten Problematiken des Postsozialismus ergaben.<sup>99</sup> Eine Verfasserin stellte beispielsweise klar: »Ich weiß nun, daß ich nicht allein bin [...]. Sie haben meine Sehnsucht in praktische Menschenhilfe umgesetzt.«<sup>100</sup> Eine weitere

91 Martin Pamp, Neues von Attac: Globalisierungswahn verlangt nach Antworten, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 13; Hans-Jürgen Ebert, Vermächtnis für internationale Solidarität, in: SODI-Report, 2003, Nr. 4, S. 7.

92 Mitgliederversammlung 2005: Internationale Solidaritätsarbeit unverzichtbar, in: SODI-Report, 2005, Nr. 3, S. 3–5.

93 Diese Bewertung beruht auf Interviews mit ehemaligen SODI-Mitarbeitern und -Mitarbeiterinnen.

94 Annerose Höche, Eine menschlichere Welt, in: SODI-Report, 2002, Nr. 1, S. 11.

95 Erwin Seiffert, Die »normale« menschliche Solidarität nicht vergessen, in: SODI-Report, 1995, Nr. 4, S. 7.

96 Rudolf Oelschlägel, Herzen öffnen, in: SODI-Report, 2002, Nr. 4, S. 3.

97 Neue Mitstreiter gesucht, in: SODI-Report, 1997, Nr. 4, S. 2.

98 »... wenn ich so wenig stolz auf mein Land wäre«, in: SODI-Report, 1997, Nr. 3, S. 6.

99 Vgl. zum Beispiel Anneliese Weisleder, Internationale Solidarität nahe bringen, in: SODI-Report, 2000, Nr. 2, S. 6.

100 Ingeborg Bergland, Die Postmappe: Freude über den Friedensnobelpreis, in: SODI-Report, 1997, Nr. 6, S. 11.

Korrespondentin beobachtete: »SODI ist wie ein Lagerfeuer mit Freunden: Es schenkt Wärme, Licht, Hoffnung und Lebensfreude und hilft – in schweren Zeiten – zu überleben. Wir müssen nur darauf achten, dass dieses Feuer niemals verlöscht.«<sup>101</sup> Ein anderer Sympathisant erklärte die Übersetzung der Solidarität in Handlungsmacht: »Man hat das gute Gefühl, all dem existierenden Unrecht nicht so völlig hilflos gegenüber zu stehen, sondern gemeinsam dagegen etwas tun zu können. So hilft unsere Hilfe für andere Menschen auch uns selbst, gibt unserem Leben einen Sinn.«<sup>102</sup>

Die Annahme weitreichender globaler politischer und ökonomischer Verbindungen war typisch für SODI. Dementsprechend artikulierten Vertreterinnen und Vertreter Interpretationen geteilter Ausgesetztheit und Betroffenheit. Menschenrechtsbeschränkungen im Globalen Süden erschienen Ostdeutschen als bekannt, da die »Verletzung der garantierten Menschenrechte und Grundfreiheiten [...] im Ergebnis [...] des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland praktiziert« würde.<sup>103</sup> Häufiger war jedoch der Bezug auf eine geteilte ökonomische Marginalisierung. Unter Verweis auf die negativen Effekte einer globalisierten Wirtschaft wurden die Lagen in Deutschland wie auch im Ausland verlässlich von Schreibenden für SODI verbunden:

»Wichtig ist nur, daß man nicht bei denen spart, die sich ohnehin am Rande des Existenzminimums bewegen. Das trifft sowohl für die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Pflegebedürftigen im eigenen Land zu, wie natürlich erst recht für die Millionen Hungernden, Vertriebenen und Entrechteten in der Dritten Welt. Leider wird aber beides in Bonn praktiziert. Vorbei sind die blumigen Sprüche für die Ostdeutschen wie auch die beschwichtigenden Versicherungen für die Menschen in der Dritten Welt.«<sup>104</sup>

Die Vergleichbarkeit persönlicher Leidenserfahrungen als Begründung von Solidarität wurde nicht nur mit Blick auf ökonomische Strukturen, sondern auch im Fall von Naturkatastrophen angerufen. Flutopfer in Deutschland erklärten entsprechend ihre gestiegene Spendenbereitschaft aufgrund ihrer eigenen Erfahrung von Unterstützung.<sup>105</sup> Auch in der Diskussion von biografischen Hintergründen sowohl in Armut als auch Flucht und Krieg erschienen Parallelen: Ältere Spenderinnen und Spender an SODI beschrieben ihr Verpflichtungsgefühl, die ihnen einst gewährte antifaschistische und proletarische Solidarität zu erwidern. Eine im engeren Sinne historisch-politisch begründete Verpflichtung zur reziproken Solidarität schien in der Notwendigkeit zur Wiedergutmachung von Kriegsschuld und der Vergeltung sowjetischer Wiederaufbauhilfe zu liegen.<sup>106</sup>

Die Betonung der geteilten Betroffenheit durch globale soziale Prozesse und der Vergleichbarkeit von persönlichen Erfahrungen diente der Mobilisierung von Solida-

101 Annerose Höche, Eine menschlichere Welt, in: SODI-Report, 2002, Nr. 1, S. 11.

102 Jupp Jeschke, Die Postmappe: Eine gute Tradition, in: SODI-Rundbrief, 1997, Nr. 4, S. 7.

103 Hans-Jürgen Ebert, Menschenrechte auf dem Prüfstand, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 4, S. 3.

104 I. Retep, Entwicklungsetat – ein Steinbruch, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 1, S. 5.

105 Vgl. zum Beispiel Ilona Schleicher, Elbe-Flutopfer werden Brunnenpaten, in: SODI-Report, 2003, Nr. 3, S. 6.

106 Vgl. zum Beispiel Thomas Schubert, Solidarität bedeutet überleben, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 1–2; Franz Viergutz, Solidarität Lebensmaxime, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 3, S. 7.

ritätshandlungen. Entsprechend reflektierten viele Unterstützerinnen und Unterstützer die persönliche Situation in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft als Begründung für die eigene solidarische Haltung und zeigten sich die Schreibenden mit dem damit einhergehenden Opfer einverstanden. Die 13-jährige Verfasserin eines Leserbriefs erklärte etwa: »Wir teilen gern. Auch wenn wir nicht viel Platz haben und wenig Essen da ist. [...] Auf mich ist Verlass!«<sup>107</sup>

Gleichzeitig begründeten andere Unterstützende die Einstellung ihrer Spenden mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Arbeitslosigkeit<sup>108</sup>, obschon sie nach wie vor mit SODIs Mission im Einklang ständen. Die Verfasserinnen und Verfasser von Briefen warfen dabei ein Dilemma zwischen Deutschland und dem Ausland auf: »Außerdem breitet sich in unserem Land auch Not und Armut aus. Da sollte man zuerst helfen.«<sup>109</sup> SODI sah sich daher mitunter genötigt, die Probleme seiner Unterstützerinnen und Unterstützer in Deutschland zu relativieren und erinnerte an die »eingegangenen Verpflichtungen«: »Wir möchten Sie herzlich bitten, die weit schlechteren Bedingungen der Menschen in der Dritten Welt und Osteuropa über den eigenen ökonomischen und sozialen Problemen nicht zu vergessen.«<sup>110</sup>

In Einzelfällen stellten die Leserbriefschreibenden die Verantwortung der sozio-ökonomisch herausgeforderten Ostdeutschen zur Solidarität aber auch gänzlich infrage: »Es ist ja auch nicht leicht, von Wenigem [...] etwas abzugeben, während es -zig Millionäre gibt [...], die keinen Gedanken an solidarische Hilfe verschwenden.«<sup>111</sup> Verbunden mit solchen Diskussionen über Verantwortlichkeiten war schließlich die Frage veränderter Zugehörigkeiten. Ostdeutsche Unterstützende rangen mit ihrer neuen Identität als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland: »Daß wir als Neubundesbürger nunmehr auch an der ungeheuerlichen Ausplünderung anderer Völker teilhaben, ist eine äußerst bedrückende und beschämende Tatsache.«<sup>112</sup>

## VI. Fazit

In den Jahren 2000 und 2002 sandte die pensionierte evangelische Pastorin Renate Müller aus Suhl zwei Briefe an SODI, die sich mit dem Problem andauernder Solidarität unter bundesrepublikanischen Bedingungen eingehend auseinandersetzten. Müller schaute zunächst auf die Vereinsgründung zurück: »Aber ihr seid so bald wieder aufgestanden! Mitten in allen Diskriminierungen und Diffamierungen. [...] 10 Jahre lang habt ihr den Mut bewiesen, nicht aufzugeben [...] und nicht zuletzt mit den Schwierigkeiten in unserem eigenen Land.«<sup>113</sup> Dieses Lob reflektierte, wie SODI-Unterstützerinnen auf ihre globale Solidarität mit ostdeutschen Realitäten im Sinn schauten

107 Meinungen, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 2, S. 3.

108 Vgl. zum Beispiel Rainer Gladwitz, Die Postmappe: Arbeitsplatzverlust, in: SODI-Report, 1994, Nr. 5, S. 7.

109 Kühn, Im eigenen Land helfen, in: SODI-Report, 1996, Nr. 5, S. 7.

110 SODI-Wahlprüfsteine 1994, in: SODI-Report, 1994, Nr. 2, S. 4.

111 Annerose Höche, Internationale Solidarität tut gut, in: SODI-Report, 1995, Nr. 6, S. 11.

112 Siegfried Forberger, Aus der Postmappe: Unterschriftenaktion zum Schuldenerlaß gewürdigt, in: SODI-Report, 1998, Nr. 6, S. 9.

113 Renate Müller, Internationale Solidarität ist weit, weit mehr ..., in: SODI-Report, 2000, Nr. 2, S. 3.

und SODIs Widerständigkeit als ermächtigende Opposition schätzten. Solidarität als Alternative zu der politischen Entfremdung im wiedervereinigten, wieder kapitalistischen Deutschland – dem neuen und alten System – war in seiner Bedeutung umfassend: »Solidarität ist ein neues Bewusstsein, eine ganzheitliche Lebenshaltung – befreiend in Richtung Gerechtigkeit, parteiliche Gerechtigkeit [...]. Sie wächst im Schoße des alten Systems durch Erfahrungen und Wissen und deren kritische Verarbeitung.« Solidarität umschließe so auch eine Vision: »Sie lebt und weist gleichzeitig weit über sich hinaus.«

Müllers zweiter Brief entsprach einem anderen Moment, da sie ihn als schockierte Antwort auf den US-amerikanischen Krieg in Afghanistan verfasste: »Meine Internationale Solidarität war mir total zweifelhaft und sinnlos, ja unsinnig geworden.«<sup>114</sup> Trotzdem fand die Pastorin auch einen Weg, mit der Verzweigung umzugehen: »Ich muss verstehen, wie unser neoliberalistisches, kapitalistisches System funktioniert und uns alle in seinem Griff hat – auch im Todesgriff.« Gleichzeitig verknüpfte sich ihre weitreichende Kritik wiederum mit konkreten Lebenspraktiken und Gemeinschaft(-ssinn) als Möglichkeiten, ihre Frustration zu überwinden. Hier wird am deutlichsten, dass SODIs Solidarität eine starke und unmittelbare ethische und emotionale Bedeutung hatte: »Aber Verstand und Wissen ist nicht alles. Erst als ich mich wieder den leidenden Menschen zuwenden konnte und mich nicht scheute, mit ihnen mitzuleiden, habe ich begriffen, worauf es genauso ankommt. Ich nenne nur ein Wort: Solidarität.«

Müllers Vorstellungen der Solidarität und von SODIs Rolle zeigen die Vielfalt der möglichen Adaptionen dieser Idee. Es wird deutlich, dass die Solidarität beträchtliches Potenzial hatte, SODIs Anhängerinnen und Anhänger in aus der Fassung geratenen Zeiten rückzuversichern. Während viele andere Dimensionen der vormals staatlich gebilligten Weltsicht der DDR mit dem Staatssozialismus ihren Bankrott zu erklären hatten, verließen sich SODI-Unterstützerinnen und -Unterstützer weiterhin auf die Vorstellung der Solidarität als ideologische Ressource. Mit der Solidarität war es möglich, eine Alternative zum Status quo in eine als unfreundlich wahrgenommene Umwelt zu projizieren. Dies ist auch der Grund, warum die Auseinandersetzung mit der Treuhandanstalt ein Schlüsselmoment für die Deutung von SODIs Rolle ist: Dieser Streit betonte den unzeitgemäßen Charakter des Vereins und zeigte gleichzeitig, dass Widerstand gegen eigentlich übermächtige gesellschaftliche Kräfte erfolgreich sein konnte. Durch SODIs andauernden vielgestaltigen Aktivismus erneuerte sich diese widerständige Haltung über die Jahre beständig.

In ihren historischen Verknüpfungen zum Klassenkampf ist Solidarität eine parteiliche Idee und SODIs politische Agenda in Gegnerschaft zu ökonomischer Ordnung und Krieg zeigt diesen Umstand in beispielhafter Weise auf. Hiervon abgesehen und vielleicht wichtiger als dieses politische Widerstandsangebot schuf SODIs Solidarität auch entsprechende Gemeinschaften geteilter Zugehörigkeit. Diese Gemeinschaften konnten von unterschiedlicher Reichweite sein, international – beispielsweise durch den Einschluss in eine weltweite Koalition gegen Landminen – aber auch national – beispielsweise in der gemeinschaftlichen Opposition der deutschen Zivilgesellschaft

114 Renate Müller, Sind wir Mittäter im Afghanistan-Krieg?, in: SODI-Report, 2002, Nr. 2, S. 9.



gegen bundesdeutsche Politik, aber auch durch das Bekenntnis zu der nationalen Verantwortung für koloniale Verbrechen in Namibia.

Häufig blieb die Zugehörigkeitsgemeinschaft in ihren Anliegen im engeren Sinne ostdeutsch und auf die antiimperialistische Solidarität bezogen. Dies zeigte sich an SODIs Rolle als Forum zur Reklamation der Rechtschaffenheit vergangener DDR-Solidarität, aber auch in dem Fokus auf spezifische Erfahrungen ostdeutscher Transformation. Hier verband sich die Solidarität mit der unmittelbaren Umwelt vieler ihrer Unterstützenden und erschien am dringlichsten notwendig. Die Verbundenheit in Solidarität war von großer emotionaler Bedeutung für jene, die in ihr »Wärme« und Stärke fanden. »Praktisch gelebte Solidarität«<sup>115</sup> und konkrete Erfahrungen waren der Ausgangspunkt für die weiterreichenden Fragen und Räume, die internationale Solidarität des Vereins explizit adressierte. Scheinbar unbegrenzte, transnationale Solidarität war daher möglich als eine Konsequenz enger gefasster Solidaritäten, in denen sie fest verankert war, als auch der dargestellten Identifikation eines gemeinsamen Gegners. Dies galt besonders klar für die Beschreibung arbeitsloser Ostdeutscher als Teil einer globalen Koalition der Armen gegen die Reichen.

Während sich hier die transnationale Solidarität als »Gemeinschafts-Solidarität« innerhalb einer Gruppe darstellt, zeigt sich die Solidarität auch als »Kampf-Solidarität« mit einer anderen Gruppe.<sup>116</sup> Letztere wird besonders im karitativen Humanitarismus des Vereins deutlich. Der einseitige Spendenfluss zwischen ostdeutschen Gönnern und ihren Begünstigten positionierte diese schließlich als kategorisch verschieden. Außerdem spiegelte der humanitäre Aktivismus Verhandlungen gewandelter Positionierungen: Die Solidarität wies die gemeinsame Vergangenheit im Staatssozialismus ebenso aus wie ostdeutsche Annahmen einer neuen, allerdings konfliktiven Zugehörigkeit zum Westen.

Die Praxis der Solidarität in karitativer Arbeit und Entwicklungsprojekten half also, die soziale und politische Identität von Ostdeutschen zu stabilisieren. In der Werbung neuer Mitglieder wurde ihnen die ermächtigende Rolle des »Anwalt[s] unzähliger verarmter, ausgepresster und entrechteter Menschen in vielen Ländern« geboten.<sup>117</sup> Diese Unterstützung stellt damit eine hierarchisierte Variation von Beziehungen dar, die in Spannung zu der häufig angenommenen Horizontalität von Solidarität steht.

Konzeptionelle Annäherungen an »Solidarität« betonten ihre Widersprüchlichkeit und die Spannungen in ihren Ideen und Praktiken. SODIs Fall zeigt beispielhaft, wie Solidaritäten innerhalb und zwischen Gruppen, horizontale und hierarchisierte Beziehungen, reziproke und einseitig ausgerichtete Verbindungen, als auch die unmittelbare Umgebung und ein globalerer Kontext miteinander verschränkt waren.

Über konzeptionelle Fragen hinaus bieten SODIs Positionierung und Entwicklung einen wichtigen Kontrast im Vergleich zu üblichen Vereinigungsnarrativen, die eine Überwältigung der Ostdeutschen betonten. SODIs Kurs verdeutlicht stattdessen die Möglichkeiten und Mittel von Akteuren der ostdeutschen Gesellschaft, ihren eigenen postsozialistischen Ausgleich mit ins Werk zu setzen. Gleichzeitig macht eine Geschichte wie die des Vereins es möglich, die tatsächlichen Heraus- und auch Überfor-

115 Erwin Seiffert, Die »normale« menschliche Solidarität nicht vergessen, in: SODI-Report, 1995, Nr. 4, S. 7.

116 Kurt Bayertz, Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt am Main 1998, S. 49.

117 Wir freuen uns auf Sie!, in: SODI-Report, 1999, Nr. 2, S. 11.



derungen detailliert nachzuverfolgen und die Begrenzungen der Handlungsmöglichkeiten sorgfältig abzumessen. Damit ermöglichen sie erst die fundierte Wertschätzung des Handelns dieser Akteure.

SODIs Kurs war nicht bloß revisionistisch und nicht nur ein Nachklingen der DDR-Solidarität. Stattdessen oszillierten »die Nachleben der Solidarität«, als Fortleben, zwischen den Nachwirkungen eines einstmaligen staatsoffiziellen Rahmens sowie den Diskussionen von Alternativen im Sozialismus und ihren Begrenzungen durch das politische Geschäft zur Zeit der deutsch-deutschen Vereinigung. In der Fortführung der Solidarität durch SODI glichen sich diese vergangenen Eindrücke schließlich mit zeitgenössischen Einflüssen des vereinigten Deutschlands aus.

SODIs Aktivitäten verdeutlichen die materiellen wie ideologischen Transformations- und Beharrungskräfte der postsozialistischen Gesellschaft. Zusammengekommen zeigt die Vereinsentwicklung bemerkenswerte Kompatibilitäten im vereinigten Deutschland – beispielsweise in der Neuorientierung als NGO der Entwicklungszusammenarbeit –, aber auch Inkompatibilitäten – beispielsweise in der politischen Konfrontation mit dem deutschen Staat. Diese Einflüsse nahmen in ihrer akuten Bedeutung im Lauf der Zeit ab, verloren dabei aber nicht ihre grundsätzliche Bedeutung für die Setzung der Koordinaten von SODI.

Dieser Beitrag hat die Prozesse dieses Zusammenspiels untersucht und damit ein Fenster zur Inwerksetzung postsozialistischer Kompromisse in der ostdeutschen Gesellschaft geöffnet. Die Aktivitäten und das Engagement wurden von unmittelbaren Beziehungen und Erfahrungen von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern mit der internationalen Solidarität sowie von Ostdeutschen in der Transformationsgesellschaft des vereinigten Deutschlands entscheidend mitgeprägt. Mit der Entfernung des Vereins von diesen spezifischen Eindrücken, etwa in Projekten »nachhaltiger Entwicklung« in Namibia oder im Verhältnis zu der globalisierungskritischen Bewegung, wirkten sie weiter, verstärkt aber unterschwellig. Meine Erkenntnisse machen daher deutlich, wie das Erbe der ostdeutschen Solidarität SODIs Wirken nachhaltig bestimmt hat, wie es in diesen Nachleben trotz aller Verkrampfungen aber genauso aufgegangen ist.

SEBASTIAN GARBE

## Solidarität neu verweben

Dekoloniale Herausforderungen der Mapuche-Bewegung für internationale Solidarität im 21. Jahrhundert

Die zahlreichen politischen und sozialen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben neue Wellen von internationaler und innergesellschaftlicher Solidarität hervorgebracht. Diese multiple Krisenhaftigkeit ist auf der ökonomischen Seite geprägt von der Finanzkrise seit 2007 sowie deren sozialen Auswirkungen, ausgelöst durch die Austeritätspolitik innerhalb der Europäischen Union. Die gegenwärtige politische Situation ist vor allem durch den Aufstieg neofaschistischer Parteien und Politikerinnen und Politikern gekennzeichnet. Diese bringen ihre Politik unter anderem gegen die vielfältigen Migrations- und Fluchtbewegungen in Stellung, welche wiederum durch ökonomische und politische Instabilität in den postkolonialen Nationalstaaten sowie die ökologischen Ausnahmezustände in Lateinamerika, Asien und Afrika ausgelöst wurden. Diesem multiplen Krisenzustand gegenüber positioniert sich allerdings eine Vielzahl an lokalen und international vernetzten antirassistischen, dekolonialen und feministischen Bewegungen.

Der folgende Beitrag geht davon aus, dass diese Bewegungen ein neues Verständnis von (internationaler) Solidarität einfordern, welches einerseits auf historischen Erfahrungen eines emanzipatorischen Internationalismus aufbaut, aber gleichzeitig die Fragen von Differenzen innerhalb dieser Solidarisierungen ernst nimmt. Dies bezieht sich auf eine Form von Solidarität, bei der die Gruppe, die sich solidarisiert, nicht von den gleichen Unterdrückungs-, Ausschluss- oder Diskriminierungsmechanismen betroffen ist wie diejenige, mit der sich solidarisiert wird. Viele gegenwärtige soziale und politische Bewegungen, die auf den eben skizzierten Krisenzustand reagieren, kämpfen mit antirassistischen, feministischen oder dekolonialen Vorzeichen gegen unterschiedliche Mechanismen von Diskriminierung, Unterdrückung, Verfolgung oder Repression aufgrund ihrer geteilten Betroffenheit. Was ist aber ein gegenwärtiger Horizont für Solidarität zwischen Gruppen, welche diese Betroffenheit nicht teilen und einen ungleichen Zugang zu (politischen) Ressourcen und Privilegien haben? Und falls es diesen Horizont gibt, wie sieht er in der Praxis aus? Was bedeutet es beispielsweise, sich mit Geflüchteten in Deutschland nach 2015 zu solidarisieren und Willkommenskultur in die Praxis umzusetzen? Was sind die Möglichkeiten und Grenzen eines Kampfes für Klimagerechtigkeit für Menschen im Globalen Norden, die sich mit Betroffenen im Globalen Süden solidarisieren? Und wie können sich Menschen im Globalen Norden mit aktuellen Dekolonisierungsbestrebungen im Globalen Süden positionieren und solidarisieren?

Auf Grundlage dieser Überlegungen möchte dieser Beitrag die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Solidarität zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor dem Hintergrund dekolonialer Kritik und dekolonialen Widerstands anhand eines konkreten Fallbeispiels beleuchten. Denn während die Kämpfe für Dekolonisierung in Gesellschaften des Globalen Nordens recht abstrakt und weit entfernt erscheinen, sind sie ein fundamentaler Aspekt des politischen, sozialen und kulturellen Lebens im Globa-

len Süden. Vor allem die zahlreichen indigenen Bevölkerungen leben nach wie vor unter kolonialen Verhältnissen innerhalb formal unabhängiger Staaten. In diesem Kontext ist die indigene Bevölkerung der Mapuche ein zentraler Akteur der Dekolonisierungsbestrebungen im heutigen Lateinamerika. Seit der Ankunft der spanischen Krone in den Amerikas vor mehr als 500 Jahren kämpfen die Mapuche für die Dekolonisierung des Wallmapu<sup>1</sup>, für ihre politische Autonomie, ökologische Gerechtigkeit und gegen die staatliche Repression ihres Widerstands. Die Mapuche leben als kolonisierte indigene Gesellschaft innerhalb Chiles und machen circa 10% der Bevölkerung aus. Vor allem seit den 1990er-Jahren werden ihre Indigenen- und Menschenrechte durch den chilenischen Staat massiv verletzt und ihr Protest kriminalisiert. In den letzten Jahrzehnten haben Mapuche-Gemeinden und -Organisationen zunehmend internationale Unterstützung und Solidarität durch nicht-indigene Akteurinnen und Akteure und Organisationen sowie durch die chilenische und Mapuche-Diaspora weltweit erfahren.

Die Dekolonisierungsbestrebungen der Mapuche sind die empirischen Referenzpunkte des vorliegenden Beitrags. Innerhalb der internationalen Solidarisierung mit den Mapuche, so meine zentrale These, werden unterschiedliche Auffassungen von Solidarität und solidarische Verhältnisse unter den Beteiligten neu verwebt. Die Metapher des Webens ist von Praktiken der Mapuche inspiriert und betont sowohl deren Handlungsmacht als auch ihre kosmologisch-philosophischen Vorstellungen von Solidarität.

Während die Differenzbeziehungen zwischen Mapuche und Nicht-Mapuche die in diesem Beitrag besprochenen Solidaritätsverhältnisse konzeptuell herausfordern, wirft eine dekoloniale Perspektive Licht auf eine weitere theoretische Leerstelle in gegenwärtigen Debatten um Solidarität. So finden sich aktuell so gut wie keine theoretischen oder konzeptuellen Entwürfe von Solidarität, die sich aus nicht eurozentrischen Genealogien ableiten lassen und beispielsweise von indigenen Kosmologien und Epistemologien inspiriert sind. In diesem Sinne unternimmt der zweite Teil dieses Beitrags den Versuch, in einen Dialog mit diesen Perspektiven auf Solidarität – wie mit denjenigen der Mapuche – zu treten und dabei einen theoretischen Übersetzungsprozess anzustoßen.<sup>2</sup> Dieses Unterfangen orientiert sich an dem Vorschlag einer »Soziologie der Abwesenheiten«<sup>3</sup>, welche einerseits die Leerstellen und Grenzen der konventionellen und eurozentrischen Sozialwissenschaften erforscht und dabei gleichzeitig den diversen und multiplen Arten, die Welt zu erkennen, Legitimität einräumt. In den Worten von Boaventura de Sousa Santos werden dadurch epistemische Monokulturen in »Ökologien des Wissens«<sup>4</sup> verwandelt. In diesem Beitrag soll die epistemische Monokultur zu Solidarität durch Perspektiven der Mapuche erweitert werden.

1 »Wallmapu« bezeichnet das historische Territorium der Mapuche im Süden Chiles und Argentiniens vor den militärischen Eroberungskampagnen durch beide Staaten am Ende des 19. Jahrhunderts.

2 Encarnación Gutiérrez Rodríguez, *Migration, Domestic Work and Affect. A Decolonial Approach on Value and the Feminization of Labor*, London 2010; dies., *Decolonizing Postcolonial Rhetoric*, in: dies./Manuela Boatcă/Sergio Costa (Hrsg.), *Decolonizing European Sociology. Transdisciplinary Approaches*, London/New York 2016, S. 49–70.

3 Boaventura de Sousa Santos, *Una epistemología del Sur*, Mexiko Stadt 2009, S. 98–159.

4 Ebd., S. 113–119.

Der Beitrag beginnt mit theoretischen sowie historischen Herleitungen, um Solidaritätsverständnisse vor dem Hintergrund dekolonialer Bewegungen wie die der Mapuche zu aktualisieren. In einem nächsten Schritt schlage ich eine sozialwissenschaftliche Forschungsmethode vor, durch welche gegenwärtige Praktiken von Solidarität, am Beispiel der Solidarisierungen mit den Mapuche, ethnografisiert und theoretisiert werden können. Ausgehend von diesem empirischen Referenzpunkt werde ich einige Elemente eines Verständnisses von (internationaler) Solidarität herausarbeiten, das auf die skizzierten theoretischen und historischen Herausforderungen dekolonialer Kritik und dekolonialen Widerstands reagiert und von der kritischen Praxis sowie den philosophisch-kosmologischen Perspektiven der Mapuche ausgeht.

## I. Herausforderungen für (internationale) Solidarität heute

Ein kritisches und aktualisiertes Verständnis von (internationaler) Solidarität vor dem Hintergrund dekolonialen Widerstands muss auf eine Reihe von theoretischen sowie historischen Herausforderungen reagieren. Dazu werde ich zunächst auf theoretischer und konzeptioneller Ebene ein Verständnis von Solidarität entwerfen, das kritisch auf die Fragen von ungleichen – vor allem rassialisierten, (post-)kolonialen und vergeschlechtlichten – Differenzbeziehungen innerhalb von Solidaritätsverhältnissen reagiert. Gleichzeitig fordern neue Befreiungs- und Dekolonisierungsbewegungen im Globalen Süden das Verständnis von (internationaler) Solidarität aus dem 20. Jahrhundert heraus und hinterfragen ihre tradierte Theorie und Praxis.

### *Theoretische Herausforderungen: Dekoloniale, rassismuskritische und feministische Perspektiven*

Ein Ziel dieses Beitrags ist es, ein spezifisches Verständnis von Solidarität kritisch zu aktualisieren, das für gewöhnlich internationale oder innergesellschaftliche Bündnisse zwischen politischen und soziokulturellen Kämpfen beschreibt. Diese Verwendung des Solidaritätsbegriffs betont die politische Dimension der Bündnisse unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure zum Erreichen eines spezifischen Ziels, meist in der Auseinandersetzung mit einem politischen Antagonisten.<sup>5</sup> Dieses politische Verständnis von Solidarität beinhaltet auch die vielfältigen historischen Erfahrungen internationaler Solidarität in der Form von (sozialistischem) Internationalismus, antikolonialen Radikalismus, Abolitionismus oder feministischem Internationalismus.<sup>6</sup>

5 Kurt Bayertz, Begriff und Problem der Solidarität, in: ders. (Hrsg.), *Solidarität – Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 11–53; Arto Laitinen/Anne Birgitta Pessi, *Solidarity: Theory and Practice*. An Introduction, in: dies. (Hrsg.), *Solidarity. Theory and Practice*, Lanham/Boulder etc. 2015, S. 1–29; Sally J. Scholz, *Political Solidarity*, Philadelphia 2008.

6 Josef Hierlmeier, *Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte – von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006; Leela Gandhi, *Affective Communities. Anticolonial Thought, Fin-de-Siècle Radicalism, and the Politics of Friendship*, Durham/London 2006; Julia Roth, *Feminist Politics of Connectedness in the Americas*, in: Lukas Rehm/Jochen Kemner/Olaf Kaltmeier (Hrsg.), *Politics of Entanglement in the Americas – Connecting Transnational Flows and Local Perspectives*, Trier

In den theoretischen Debatten um (internationale und politische) Solidarität hat die Frage von Differenzbeziehungen innerhalb der Solidaritätsverhältnisse bisher eine geringe Beachtung gefunden. Welche theoretischen Herausforderungen ergeben sich daher für das Verständnis von Solidarität, wenn die involvierten Gruppen und Akteurinnen und Akteure nicht den gleichen Hintergrund, Betroffenheit und Zugang zu Ressourcen teilen? Aus dieser Frage lässt sich ein erster theoretischer und konzeptueller Schritt ableiten, durch den Solidarität nicht als ein Verhältnis unter Gleichen vordefiniert und dadurch notwendigerweise verengt wird.<sup>7</sup> Vielmehr kann Solidarität als ein Moment der Begegnung betrachtet werden, der unterschiedliche Personen und Gruppen durch politische Aktivität zueinander in Beziehung setzt, deren Verhältnisse zueinander dadurch kreativ verändert und neue soziale, kulturelle oder politische Verbindungslinien entwirft.<sup>8</sup> Dadurch wird vermieden, gewisse Ergebnisse, Ziele, gemeinsame Identifikationen oder Ideologien vorwegzunehmen. Es lässt vielmehr Raum für Solidarität als ein kreatives, transformatives und produktives Verhältnis mit vielfältigen und oft widersprüchlichen Resultaten.

Geschichtswissenschaftliche Perspektiven auf Differenzbeziehungen innerhalb von Solidaritäten sind nicht nur grundsätzlich bereichernd<sup>9</sup>, sondern können spezifischer den Protagonismus derjenigen Gruppen betonen, welche als politische Akteure vergessen oder verschwiegen wurden. So wird beispielsweise der essenzielle politische Beitrag von Studierenden aus dem Globalen Süden an deutschen Universitäten innerhalb der Studierendenproteste der 1960er-Jahre neu bewertet und zugleich aufgewertet.<sup>10</sup> Derartige Forschungen zeigen dabei auch, wie diese verschwiegenen oder vergessenen Akteure die hiesigen Proteste mit unterschiedlichen politischen Organisationsformen und intellektuellen Analysen bereichert und inspiriert haben. Auch der vorliegende Beitrag wird im zweiten Teil zeigen, wie die Mapuche die Protagonisten der Transnationalisierung ihres Kampfes sind und dabei das internationale Solidaritätsnetzwerk durch ihre politischen Ideen und Konzepte formen.

Dass Differenzbeziehungen in der politischen Praxis von Solidarität auch immer hinterfragt werden, zeigt sich bereits in den historischen Erfahrungen des Widerstands von kolonisierten oder indigenen Gesellschaften im 20. Jahrhundert, welche sich innerhalb des gemeinsamen Kampfes in Solidarität mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Globalen Norden auch gegen innergesellschaftliche und intersubjektive rassistische und koloniale Verhältnisse zur Wehr setzen mussten. So wurden beispielsweise in Lateinamerika die kolonialen Differenz Erfahrungen der indigenen Misquito in Nicaragua unter der Regierung der Sandinistas oder auch der Mapuche in

---

2017; Peter Linebaugh/Marcus Rediker, *Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks*, Berlin/Hamburg 2008 (zuerst engl. 2000); Robert J. C. Young, *Postcolonialism. An Historical Introduction*, Oxford 2001; Robert Stam/Ella Shohat, *Race in Translation. Culture Wars around the Postcolonial Atlantic*, New York/London 2012.

7 Richard Rorty, *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt am Main 1992 (zuerst engl. 1989).

8 David Featherstone, *Solidarity. Hidden Histories and Geographies of Internationalism*, London/New York 2012.

9 Linebaugh/Rediker, *Die vielköpfige Hydra*; Featherstone, *Solidarity*; Gandhi, *Affective Communities*.

10 Quinn Slobodian, *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*, Durham/London 2012; Niels Seibert, *Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus 1964–1983*, Münster 2008.

Chile unter der »Unidad Popular« ignoriert oder negiert. Während der Widerstand dieser kolonisierten Bevölkerungen gegen Kolonialität und Rassismus unter den als gemeinsame Ansprüche festgelegten Zielen von nationaler Befreiung und sozialistischem Internationalismus subsumiert wurden, erhielten sie als eigenständige politische Kämpfe nach dem Fall der Berliner Mauer mehr und mehr Aufmerksamkeit.<sup>11</sup>

Mit den 1990er-Jahren nahm die Suche nach einem Horizont für internationale (sozialistische) Solidarität zunehmend ab und soziale sowie politische Bewegungen gegen Rassismus, rechten Terror wie auch dekoloniale und migrantische Bewegungen begannen, neue Formen der Solidarisierungen von möglichen Verbündeten einzufordern. Dies bedeutete für eben jene möglichen Verbündeten im Globalen Norden, den Fokus weg von revolutionären oder nationalen Befreiungsbewegungen im Globalen Süden und hin zum eigenen gesellschaftlichen Kontext zu wenden, der eben auch von rassialisierten und kolonialen Strukturen und Kontinuitäten geprägt ist.<sup>12</sup> Im Konkreten bedeutete dies, dass beispielsweise die Kämpfe gegen rechten Terror in Deutschland nach 1990, gegen die rassistische Polizeigewalt in den USA oder die militarisierten Grenzregime des Globalen Nordens mehr Solidarität verlangten als das Engagement für die jeweils entfernter gelegenen Regenwälder in Kuba, Nicaragua oder Vietnam. Während das »Hoch die internationale Solidarität!« langsam leiser wurde, begann die Suche nach neuen Formen der Solidarität.<sup>13</sup>

Kritische Perspektiven aus antirassistischen, post- und dekolonialen sowie feministischen Überlegungen haben zu dieser Suche erheblich beigetragen. Diese Kritiken verweisen unter anderem darauf, wie Vorstellungen von gesamten Regionen oder Bevölkerungen im Globalen Süden von kolonialen Repräsentationen geprägt sind<sup>14</sup> oder wie gut gemeinte Fürsprache subalterne Stimmen zum Schweigen bringt und dabei paternalistische Verhältnisse reproduziert.<sup>15</sup> Gerade kritische feministische Autorinnen wie bell hooks, Angela Davis, Audre Lorde oder Chandra Talpade Mohanty haben einen fundamentalen Beitrag zu den (Un-)Möglichkeiten von Solidarität über Differenzen hinweg geleistet, indem sie die im eurozentrischen Feminismus angenommene Universalität des Frau-Seins und vergeschlechtlichter Erfahrungen zurückgewiesen haben.<sup>16</sup> Im Gegensatz dazu fordern diese Überlegungen ein reflexiveres Ver-

11 Ebd.

12 Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hrsg.), *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Münster 2012 (zuerst 2003).

13 Andreas Foitzik/Athanasios Marvakis (Hrsg.), *Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche*, Hamburg 1997.

14 Edward W. Said, *Orientalism*, London 2003 (zuerst 1978); Stuart Hall, *Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht*, in: ders., *Rassismus und kulturelle Identität*, Hamburg 2016, S. 137–179.

15 Gayatri Spivak, *Can the Subaltern Speak?*, in: Cary Nelson/Lawrence Grossberg (Hrsg.), *Marxism and the Interpretation of Culture*, Urbana/Chicago 1988, S. 271–313; Sara Ahmed, *Declarations of Whiteness: The Non-Performativity of Anti-Racism*, in: *borderlands* 3, 2004, URL: <[http://www.borderlands.net.au/vol3no2\\_2004/ahmed\\_declarations.htm](http://www.borderlands.net.au/vol3no2_2004/ahmed_declarations.htm)> [8.10.2020]; Linda Alcoff, *The Problem of Speaking for Others*, in: *Cultural Critique*, 1991, Nr. 20, S. 5–32.

16 Chandra Talpade Mohanty, *Feminism without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*, Durham/London 2003; Angela Davis, *Women, Race & Class*, New York 1983 (zuerst 1981); bell hooks, *Ain't I a Woman. Black Women and Feminism*, New York/London 2015 (zuerst 1981); dies., *Sisterhood: Political Solidarity between Women*, in: *Feminist Review*, 1986, Nr. 23, S. 125–138; Audre Lorde,

ständnis von Solidarität<sup>17</sup>, das sowohl die historischen Spezifitäten und Unterschiede im Leben von Frauen versteht als auch die Verbindungslinien zwischen Frauen aus unterschiedlichen nationalen, kulturellen und rassialisierten Gemeinschaften wahrnimmt.<sup>18</sup> Dadurch werden abstrakte und universalisierte Referenzpunkte für gemeinsame Solidarität dekonstruiert und durch das Ziel ersetzt, »ein neues, nicht-abstraktes Gemeinsames zu erschaffen und neue Räume des Geteilten zu finden«.<sup>19</sup> Dadurch löst sich Solidarität aus dem Gefängnis des moralischen und politischen Universalismus und wird als mögliche Quelle eines universalisierenden Prinzips verstanden.<sup>20</sup> Dieses Verständnis von Solidarität ist dadurch sensibel gegenüber den Differenzen und unterschiedlichen Positionalitäten und entfaltet dabei erst in den konkreten und geteilten Erfahrungen politischer Kämpfe, in denen unterschiedliche Vorstellungen von Universalität verhandelt werden können, seine politische und moralische Kraft.<sup>21</sup>

Auf diesen kritischen dekolonialen und antirassistischen Interventionen aufbauend haben nur wenige Forschungen die internationalen oder innergesellschaftlichen Erfahrungen von Solidarität und *advocacy* unter der Berücksichtigung von Differenzen zwischen den involvierten Gruppen empirisch ausgelotet und gezeigt, wie Rassismus, Privilegien und Machtverhältnisse derartige Solidaritätsbeziehungen durchziehen und verkomplizieren.<sup>22</sup>

### *Historische Herausforderungen: Dekolonialer Widerstand am Ende des 20. Jahrhunderts*

Dieser Beitrag geht von der Annahme aus, dass aktuelle emanzipatorische Bewegungen im Globalen Süden das Verständnis, die Theorie und Praxis (internationaler) Solidarität aus dem 20. Jahrhundert kritisch herausfordern. Dies begründet sich nicht nur, wie eben dargelegt, durch die Kritik an Differenzbeziehungen innerhalb von Solidarität, sondern auch durch die historischen Veränderungen derjenigen gesellschaftlichen Kontexte, die als Referenzpunkte für internationale Solidarität dienen oder gedient haben.

Gerade der Fall der Mapuche in Chile ist aufschlussreich, da er die Erfahrungen internationaler Solidarität aus dem 20. Jahrhundert mit den aktuellen Anforderungen an Solidarität mit ihrem dekolonialen Widerstand im 21. Jahrhundert verbindet. Referenzpunkte internationaler Solidarität im 20. Jahrhundert waren dabei vor allem revo-

---

Alter, Race, Klasse und Gender: Frauen\* definieren ihre Unterschiede neu, in: Natasha A. Kelly (Hrsg.), *Schwarzer Feminismus. Grundlagentexte*, Münster 2019, S. 109–122.

17 Jodi Dean, *Solidarity of Strangers. Feminism after Identity Politics*, Berkeley/Los Angeles etc. 1996.

18 Mohanty, *Feminism without Borders*, S. 242.

19 Sabine Hark/Rahel Jaeggi/Ina Kerner u. a., Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität, in: *Feministische Studien* 33, 2015, H. 1, S. 99–103, hier: S. 100.

20 Featherstone, *Solidarity*, S. 38f.

21 Judith Butler, *Competing Universalities*, in: dies./Ernesto Laclau/Slavoj Žižek, *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London/New York 2000, S. 136–181.

22 Clare Land, *Decolonizing Solidarity. Dilemmas and Directions for Supporters of Indigenous Struggles*, London 2015; Gada Mahrouse, *Conflicted Commitments. Race, Privilege, and Power in Transnational Solidarity Activism*, Montreal/Kingston 2014.



lutionäre Bewegungen des »Trikontinentalismus«<sup>23</sup> im Global Süden – in Lateinamerika unter anderem in Kuba, Chile oder Nicaragua. Diese Prozesse wurden nicht nur – teilweise romantisierte – Inspirationsquellen für die Kämpfe sozialistischer Bewegungen und Parteien im Globalen Norden, sondern führten auch zu nachhaltigen Solidarisierungswellen mit den *compañeras* und *compañeros* im Globalen Süden.<sup>24</sup> Diese bestanden aus Informations- oder Protestkampagnen und finanzieller Unterstützung für diese revolutionären Bewegungen sowie der Teilnahme an Alphabetisierungs- und Hausbaukampagnen oder sogar am bewaffneten Kampf durch sich Solidarisierende aus dem Globalen Norden. Diese politischen Projekte und ihre internationalen Solidaritätskampagnen rückten allerdings spätestens nach einschneidenden historischen Ereignissen auf regionaler (allen voran der Wahlverlust der Sandinisten in Nicaragua) und globaler (symbolhaft der Fall der Berliner Mauer) Ebene im Jahr 1989 in den Hintergrund.

Aber schon kurz nachdem aufgrund dieser Ereignisse voreilig das »Ende der Geschichte«<sup>25</sup> proklamiert wurde, tauchte mit den Zapatistas und dem »Ejército Zapatista de Liberación Nacional« in Mexiko eine neue revolutionäre Bewegung auf und zog internationale Aufmerksamkeit, Faszination und schließlich neue Wellen von Solidarisierungen in Windeseile auf sich.<sup>26</sup> Auch andere gegenwärtige dekoloniale Bewegungen in Lateinamerika wie die Landlosenbewegung in Brasilien, indigene Alternativen für ein »gutes Leben« in der Andenregion oder die Mapuche kombinieren den Widerstand gegen neoliberale, finanzkapitalistische Globalisierung, Kolonialität und internen Kolonialismus<sup>27</sup> mit dem Kampf für Klimagerechtigkeit und werden dadurch zu zentralen Referenzpunkten und Inspirationsquellen für ähnliche Kämpfe weltweit.

Daher geht dieser Beitrag davon aus, dass dekoloniale Bewegungen wie die der Mapuche aufgrund dieser veränderten historischen Vorzeichen auch ein aktualisiertes Verständnis von (internationaler) Solidarität nötig machen. Im Gegensatz zu den Zapatistas sind im Fall der Mapuche die aktuellen Solidaritätsbeziehungen eng mit den historischen Erfahrungen der internationalen Chile-Solidarität seit den 1970er-Jahren verbunden. Gleichzeitig unterscheidet sich der Fall der Mapuche-Solidarität gegenüber der Zapatista-Solidarität, da erstere deutlich weniger internationale Aufmerksamkeit und daher auch weniger Unterstützung erfahren hat.<sup>28</sup>

23 Young, Postcolonialism.

24 Werner Balsen/Karl Rössel (Hrsg.), Hoch die Internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986; Uta George/Mark Arenhövel (Hrsg.), Lateinamerika: Kontinent vor dem Morgengrauen, Münster 1992.

25 Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, Harmondsworth 1992.

26 Tom Hayden (Hrsg.), The Zapatista Reader, New York 2002.

27 Aníbal Quijano, Cuestiones y Horizontes. Antología Esencial, Buenos Aires 2014; Silvia Rivera Cusicanqui, Ch'ixinakax Utxiwa. Eine Reflexion über Praktiken und Diskurse der Dekolonisierung, Münster 2018.

28 Thomas Olesen, International Zapatismo. The Construction of Solidarity in the Age of Globalization, London 2005; Clifford Bob, The Marketing of Rebellion. Insurgents, Media, and International Activism, Cambridge/New York etc. 2005; Alex Khasnabish, Zapatismo beyond Borders: New Imaginations of Political Possibility, Toronto/Buffalo etc. 2008.

Solidarische Perspektiven auf und Praktiken für indigenen und dekolonialen Widerstand befinden sich dabei in einem historischen Spannungsfeld zwischen »linker Melancholie«<sup>29</sup> und exotisierenden Sehnsüchten. Auf der einen Seite wird den indigenen Bewegungen oftmals ungefragt die Bürde auferlegt, als eine gesellschaftliche Alternative für die zahlreichen gescheiterten Projekte der westlichen Linken angesichts der Klimakrise und des Spätkapitalismus zu fungieren. Während sozialistische Alternativen gegen Ende des 20. Jahrhunderts an Attraktivität eingebüßt haben, sollte heute lieber die »Indian card«<sup>30</sup> ausgespielt werden.

Auf der anderen Seite müssen solidarische Perspektiven vor dem Hintergrund einer langen Tradition kolonialer und rassialisierter Stereotype gegenüber indigenen Bevölkerungen, vor allem der Amerikas, betrachtet werden.<sup>31</sup> Besonders der deutschsprachige Kontext wurde hierbei von einer Reihe kritischer Forschungen aus den Kultur-, Sozial- und Geschichtswissenschaften im Hinblick auf romantisierende Stereotype indigener Kulturen und Gesellschaften in Politik, Literatur und (Populär-)Kultur hinterfragt.<sup>32</sup> Diese Perspektiven ermöglichen daher einen achtsamen und kritischen Blick auf positive, eventuell romantisierende und essenzialisierende Bezugnahmen auf indigene Gesellschaften innerhalb von Solidaritätsbeziehungen und -kampagnen.

## II. Solidarität ethnografisieren

Um diesen theoretischen, konzeptuellen und historischen Herausforderungen für (internationale) Solidarität adäquat zu begegnen, basiert der vorliegende Beitrag auf einem empirischen Forschungsansatz, der vorschlägt, Praktiken und Diskurse von Solidarität zu ethnografisieren.

Trotz wichtiger kritischer Interventionen gegenüber den traditionellen Forschungsmethoden der Sozialwissenschaften<sup>33</sup> kann die Ethnografie nach wie vor für kritische Wissensproduktion nutzbar gemacht werden, die von den konkreten soziokulturellen

29 Enzo Traverso, *Left-Wing Melancholia. Marxism, History, and Memory*, New York 2017.

30 Andres Oppenheimer, *Guerrillas in the Mist*, in: Hayden, *The Zapatista Reader*, S. 51–54, S. 54. Die »Indian card« zu spielen, bezeichnet eine Strategie, die versucht, politische Alternativen als von indigenen Gesellschaften inspiriert zu rahmen, um breiteren Zuspruch für sie zu erhalten. Dadurch können diese Ideen, auch wenn sie nicht neu sind, als vermeintlich »unschuldig« oder »ursprünglich« in Stellung gebracht werden. Sie aktivieren daher rassifizierende Stereotype gegenüber indigenen Gesellschaften.

31 Robert Berkhofer, *The White Man's Indian. Images of the American Indian from Columbus to the Present*, New York 1979.

32 Colin G. Calloway/Gerd Gemunden/Susanne Zantop (Hrsg.), *Germans and Indians. Fantasies, Encounters, Projections*, Lincoln/London 2002; Frank Usbeck, *Fellow Tribesmen. The Image of Native Americans, National Identity and Nazi Ideology in Germany*, New York/Oxford 2015; James Mackay/David Stirrup (Hrsg.), *Tribal Fantasies. Native Americans in the European Imaginary, 1900–2010*, New York 2013; Kelly LaFramboise, »The Wish to Become a Red Indian«: Indianthusiasm and Racial Ideologies in Germany, Diss., Oklahoma 2017, URL: <<https://hdl.handle.net/11244/52931>> [1.12.2020].

33 Vine Deloria, Jr., *Custer Died for Your Sins. An Indian Manifesto*, Norman 1988; Linda Tuhiwai Smith, *Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous Peoples*, London/New York 2008 (zuerst 1999); James Clifford/George E. Marcus (Hrsg.), *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*, Berkeley/Los Angeles etc. 1986.

und politischen Erfahrungen und Aktivitäten der involvierten Gruppen ausgeht. So hatte die hier nachgezeichnete ethnografische Forschung nicht eine bestimmte Gruppe oder Ethnie zum Objekt, sondern ein bestimmtes soziopolitisches und kulturelles Phänomen<sup>34</sup>, nämlich die Formen, Begegnungen und Praktiken von (internationaler) Solidarität zwischen den Mapuche und nicht-indigenen Unterstützenden.

Im Gegensatz zur klassischen Ethnografie stammen die Ergebnisse dieses Beitrags aus einem Forschungsansatz, der multiple und miteinander verwobene Beobachtungs- und Teilnahmeräume miteinander in Verbindung bringt und dabei die Dichotomie zwischen dem Lokalen und Globalen versucht aufzubrechen.<sup>35</sup> Wenn Solidarität vor allem als eine (internationale) Beziehung verstanden werden soll, muss eine ethnografische Forschung die unterschiedlichen Personen, die diese Verhältnisse herstellen, und die Räume, in denen sie stattfinden, miteinander in Verbindung bringen. Internationale Solidarität zu ethnografisieren, bedeutet daher sowohl einen transnationalen als auch einen translokalen Forschungsansatz. Transnational, indem er die lokalen, regionalen und nationalen Grenzen überschreitet, aber auch miteinbezieht<sup>36</sup>, und translokal, da er die Verbindungen zwischen unterschiedlichen ortsgebundenen Akteurinnen und Akteuren und Gruppen unter die Lupe nimmt.<sup>37</sup> Der Vorteil dieser transnational vernetzten Ethnografie liegt also in ihrer Fähigkeit, »to generate strategic insights related to the tensions, obstacles, and opportunities that emerge within networked spaces of transnational encounter«.<sup>38</sup>

Mit dieser Forschungsstrategie war es erstens möglich, den transnationalen Verzweigungen, ausgedrückt in Solidaritätskampagnen, des regionalen Konflikts in Chile zwischen den Mapuche und der Regierung zu folgen. Zweitens konnten dadurch eine Reihe von Gruppen und Organisationen in den Blick genommen werden, die in Europa verschiedene Formen von Solidaritäts- und Unterstützungsaktionen mit den Mapuche organisieren und dabei untereinander in Beziehungen treten. Und drittens erlaubte es diese Form der Ethnografie, die Auswirkungen und Eindrücke (internationaler) Solidaritätskampagnen nach Chile zurückzuverfolgen und mit politischen oder kulturellen Vertreterinnen und Vertretern der Mapuche kritisch zu diskutieren. Auf diese Weise konnten unterschiedliche und durch Solidaritätsbeziehungen verwobene Personen, Organisationen, Orte und Vorstellungen in den Blick genommen werden.

Diese Forschungsstrategie kann vor allem in politisierten Kontexten wie dem der internationalen Solidarität nicht von der überholten Annahme des wissenschaftlichen

34 Maribel Casas-Cortés/Michal Osterweil/Dana E. Powell, Transformations in Engaged Ethnography, in: Alex Khasnabish/Jeffrey S. Juris (Hrsg.), *Insurgent Encounters. Transnational Activism, Ethnography and the Political*, Durham/London 2013, S. 199–228, hier: S. 217.

35 George E. Marcus, Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography, in: *Annual Review of Anthropology* 24, 1995, S. 85–117.

36 Jeffrey S. Juris/Alex Khasnabish, Ethnography and Activism within Networked Spaces of Transnational Encounter, in: dies., *Insurgent Encounters*, S. 1–38, hier: S. 8.

37 Paul Routledge, *Activist Ethnography and Translocal Solidarity*, in: Juris/Khasnabish, *Insurgent Encounters*, S. 250–268, hier: S. 253.

38 Juris/Khasnabish, *Ethnography and Activism within Networked Spaces of Transnational Encounter*, S. 5.

Neutralitäts- und Objektivitätsanspruchs ausgehen.<sup>39</sup> Vielmehr ist die forschende Person nicht von den beobachteten sozialen und politischen Praktiken losgelöst, sondern an ihnen beteiligt und in sie eingebettet. Meine Ethnografie kann daher als aktivistisch bezeichnet werden<sup>40</sup>, indem ich mich selbst an (internationalen) Solidaritäts- und Menschenrechtskampagnen mit den Mapuche beteiligt und diese auch über meine Forschung hinaus unterstützt habe. Dies hat zum einen den Vorteil, dass ich dadurch meine eigenen Erfahrungen innerhalb von Solidaritätsaktivismus, im Sinne der »Objektivierung des objektivierenden Selbst«<sup>41</sup>, zum Gegenstand meiner Forschung machen kann. Zum anderen erlaubt dieser aktivistische Forschungsansatz, »to uncover important empirical issues and generate critical theoretical insights that are simply not accessible through traditional objectivist methods«.<sup>42</sup> Dies führt letztlich zu einem »tieferen kognitiven Verständnis«<sup>43</sup> der erforschten Phänomene. »Solidarität« kann also in Solidarität besser verstanden und erforscht werden.

Dies bedeutet allerdings gleichermaßen, die forschungstheoretische Annahme kritisch zu hinterfragen, bei der ausschließlich die forschende Person die scheinbar in den soziokulturellen und politischen Realitäten versteckten Wahrheiten herauslösen kann. Vielmehr geht dieser Beitrag von einem Verständnis der ethnografisierenden Person aus, die lediglich »one voice or participant in a crowded field of knowledge producers« ist.<sup>44</sup> Die an dem Forschungsprozess beteiligten und interviewten indigenen und nicht-indigenen Personen werden daher auch als wissens- und theorieproduzierende Subjekte betrachtet, auch wenn diese nicht in westlichen oder akademischen Standards ausgedrückt werden. Vielmehr geht es dabei darum, die erforschten politischen oder sozialen Bewegungen wie die der Mapuche »on their own terms«<sup>45</sup> ernst zu nehmen anstatt durch von außen aufgetragene Kategorien. Dadurch ergibt sich gleichermaßen die Herausforderung, eine sensible Balance mit kritikfähiger Distanz gegenüber den untersuchten Praktiken und Vorstellungen einzunehmen. Diese Forschungspraxis verlangt wiederum eine ethnografische Übersetzungsstrategie, die unterschiedliche Wissensformen miteinander in Verbindung bringt, ohne dabei aber deren Unterschiede und Hierarchien zu ignorieren oder zu reproduzieren.<sup>46</sup> Dadurch können im zweiten Teil dieses Beitrags Elemente eines Solidaritätsverständnisses herausgearbeitet und als Übersetzungsvorschlag angeboten werden, das von den Praktiken und Ideen (internationaler) Solidarität der an diesem Forschungsprozess

39 Sandra Harding, *Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht*, Hamburg/Berlin 1990 (zuerst engl. 1986); Donna Haraway, *Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective*, in: *Feminist Studies* 14, 1988, S. 575–599.

40 Routledge, *Activist Ethnography and Translocal Solidarity*.

41 Pierre Bourdieu/Löic J. D. Wacquant, *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt am Main 2013 (zuerst frz. 1992), S. 238–249.

42 Juris/Khasnabish, *Ethnography and Activism within Networked Spaces of Transnational Encounter*, S. 4.

43 Ebd., S. 26.

44 Casas-Cortés/Osterweil/Powell, *Transformations in Engaged Ethnography*, S. 199.

45 Jeffrey S. Juris/Alex Khasnabish, *Conclusion – The Possibilities, Limits, and Relevance of Engaged Ethnography*, in: dies., *Insurgent Encounters*, S. 367–390, hier: S. 379.

46 Gutiérrez Rodríguez, *Migration, Domestic Work and Affect*; Casas-Cortés/Osterweil/Powell, *Transformations in Engaged Ethnography*.

beteiligten Personen, speziell der Mapuche, ausgeht. Die Erfahrungen meiner Feldforschung sind in diesem Sinne als wissensproduzierende Arbeitsschritte zu verstehen, in denen multiple und konkurrierende Solidaritätspraktiken und -verständnisse miteinander in Dialog treten und letztlich theoretisch verwoben werden.

Im Rahmen dieser aktivistischen und vernetzten Ethnografie habe ich zwischen 2014 und 2017 verschiedene Solidaritäts- und Menschenrechtskampagnen in Europa begleitet und unterstützt. In zwei Forschungsreisen nach Chile habe ich zudem die lokalen Auswirkungen des internationalen Solidaritätsaktivismus untersucht und dabei mit verschiedenen politischen, intellektuellen und kulturellen Gesprächspartnerinnen und -partnern der Mapuche und den sie Unterstützenden die Herausforderungen an (internationale) Solidarität im 21. Jahrhundert kritisch diskutiert.<sup>47</sup> Auf der Grundlage dieser Gespräche schlage ich im Folgenden einige Elemente eines kritischen Solidaritätsverständnisses vor, das auf diese oben dargelegten theoretischen und historischen Herausforderungen reagiert.

### III. Dekoloniale Herausforderung für internationale Solidarität heute

Auf der Grundlage der theoretischen, konzeptuellen und historischen Herausforderungen an (internationale) Solidarität heute werde ich im Folgenden drei Aspekte eines kritischen Solidaritätsverständnisses vorstellen, die ich innerhalb der Ethnografisierung der internationalen Solidarität mit den Mapuche herausgearbeitet habe. In diesen drei Aspekten wird das Verhältnis von Solidarität zu Autonomie, Anerkennung und Eurozentrismus kritisch diskutiert.

#### *Solidarität und Autonomie*

Zu Beginn meiner ethnografischen Forschung musste ich meine Ausgangshypothese verwerfen, dass internationale Solidarität mit den Mapuche vor allem von nicht-indigenen Unterstützenden geleistet wird. Auf einer der ersten Solidaritätsveranstaltungen, die ich ethnografisch begleitete, kamen in Köln Mitglieder der Mapuche-Diaspora, Mapuche-Delegationen aus Chile sowie Unterstützende zusammen. Die mehrtägige Veranstaltung wurde von Mitgliedern der lokalen Mapuche-Diaspora geplant und Redebeiträge kamen vor allem von indigenen Teilnehmenden. Auch gewisse kulturelle Praktiken und Rituale der Mapuche waren ein zentraler Bestandteil des Ablaufs. Die Besucherinnen und Besucher befanden sich in einer zuhörenden, lernenden oder unterstützenden Position. Auch als eine die Veranstaltung abschließende Protestkundgebung geplant wurde, berieten sich ausschließlich die Mapuche-Teilnehmenden untereinander. Als ich durch eine Unachtsamkeit dieses Planungstreffen störte, wurde ich freundlich, aber bestimmt aus dem Raum gebeten.

Diese ethnografische Anekdote steht exemplarisch für ein Szenario von Solidaritätsaktivitäten in Europa, das vor allem von Akteurinnen und Akteuren der Mapuche

<sup>47</sup> Diese Interviews werden im Folgenden mit entsprechendem Quellenverweis und in der deutschen Übersetzung zitiert und sind teilweise anonymisiert.

selbst gestaltet und organisiert wird, die im Rahmen von Kampagnen zu Besuch oder Teil einer europäischen Diaspora sind. Das heißt, dass internationale Solidarität mit den Mapuche vor allem Solidarität unter den Mapuche selbst ist. Diese erhalten dabei ihre Handlungsmacht und Autonomie gegenüber internationalen nicht-indigenen Organisationen und Gruppen aufrecht. Durch diese ethnografische Erfahrung begab ich mich auf die Suche nach den zugrunde liegenden Verständnissen und Praktiken von Autonomie sowie nach den Bedeutungen dieser Verständnisse und Praktiken für internationale Solidarität. Eine Diskussion des Verhältnisses von Solidarität und Autonomie schließt dabei an die oben skizzierten theoretischen, konzeptuellen und historischen Herausforderungen an, die Handlungsmacht der Betroffenen selbst in den Blick zu nehmen, zu betonen und zu privilegieren. Woher stammt und was bedeutet diese Autonomie der Mapuche also für ein kritisches Solidaritätsverständnis für das 21. Jahrhundert?

Wichtige Hinweise für das Autonomieverständnis der Mapuche lassen sich in deren Geschichte in Auseinandersetzung mit anderen politischen Akteuren finden. So war ein Hauptgrund für die erfolglosen Eroberungsversuche der spanischen Krone des Wallmapu die soziopolitische Organisationsform der Mapuche. Im Gegensatz zu jener der Inkas oder Azteken war die Mapuche-Gesellschaft nicht hierarchisch, sondern akephal organisiert.<sup>48</sup> Dies hatte zur Folge, dass die spanische Krone keine zentrale politische Instanz der Mapuche einnehmen konnte, die ihre Herrschaft über das gesamte Territorium mit einem Schlag gesichert hätte. Gleichzeitig bewahrten einzelne territoriale Einheiten der Mapuche ihre Autonomie, während andere bereits erobert wurden.

Als Konsequenz dieser erfolglosen Kolonisierungskampagnen hielten die Mapuche und die spanische Krone vom 16. bis ins 19. Jahrhundert eine Vielzahl von bilateralen Staatsversammlungen ab, sogenannte *parlamentos*, in welchen die Autonomie der Mapuche und des Wallmapu sowie weitere grundsätzliche politisch-administrative und ökonomische Beziehungen festgelegt wurden.<sup>49</sup> Auch unter den unabhängigen Staaten Chiles und Argentiniens sicherten Vertreterinnen und Vertreter der Mapuche in bilateralen Staatsverträgen ihre territoriale und politische Autonomie ab, die wiederum erst durch die militärischen und genozidartigen Eroberungskampagnen beider Staaten gegen Ende des 19. Jahrhunderts verletzt wurde.<sup>50</sup>

Unter der neuen kolonialen Situation innerhalb des chilenischen Staats artikulieren Sektoren der Mapuche-Gesellschaft bis heute unterschiedliche Strategien und Organisationsformen, die wiederum verschiedene Ideen von Autonomie beinhalten. So kann konstatiert werden, dass die gegenwärtig sichtbarsten und wichtigsten politischen Organisationen und Gemeinden der Mapuche zwar durchweg gewisse Vorstellungen und Vorschläge zu ihrer politischen Autonomie haben, diese aber keines-

48 José Bengoa, *Historia del Pueblo Mapuche*, Santiago de Chile 2000, S. 39; Olaf Kaltmeier, *Marichiweu! – Zehnmal werden wir siegen! Eine Rekonstruktion der aktuellen Mapuche-Bewegung in Chile aus der Dialektik von Herrschaft und Widerstand seit der Conquista*, Münster 2004, S. 35–42.

49 Carlos Contreras Painemal, *Los Tratados celebrados por los Mapuches con la Corona Española, la República de Chile y la República de Argentina*, Berlin 2010.

50 Pablo Marimán/Sergio Caniqueo/José Millalen u. a., *¡...Escucha, winka...!! Cuatro ensayos de historia nacional mapuche y un epílogo sobre el futuro*, Santiago de Chile 2006, S. 83–113; Kaltmeier, *Marichiweu!*, S. 78–96; Bengoa, *Historia del Pueblo Mapuche*.



wegs einheitlich sind.<sup>51</sup> Trotz der Uneinheitlichkeit dieser Vorstellungen lässt sich die generelle Forderung nach Autonomie als politischer, rechtlicher und intellektueller Fixpunkt gegenwärtiger Mobilisierung der Mapuche identifizieren. Gleichzeitig ist diese Heterogenität auch Ausdruck der Autonomie jener Organisationen und Gemeinden.

Neben diesem uneinheitlich geteilten Verständnis lassen sich noch weitere gemeinsame Charakteristika der Ideen von Autonomie bei den Mapuche finden. Legitimationsgrundlage der Forderungen nach Autonomie ist dabei meist eine (ethno-) nationale Identitätskonstruktion der Mapuche als Konsequenz der kollektiven Kolonisierungserfahrungen innerhalb des chilenischen Staats.<sup>52</sup> Ideen von Autonomie sind zudem eng mit einem Verständnis von Territorialität verbunden, wobei »Autonomie« als ein ortsgebundenes politisches Konzept in kommunaler Praxis und innerhalb einer spezifischen Kosmologie entworfen wird.<sup>53</sup> Schließlich ist »Autonomie« bei den Mapuche nicht als ein Konzept der reinen Abgrenzung zu anderen Gruppen zu verstehen, sondern als eine Art Scharnier, das sowohl die Differenz gegenüber der chilenischen Gesellschaft verhandelt als auch die innergesellschaftlichen sozialen Bande stärkt.<sup>54</sup> Kritisch muss dabei angemerkt werden, dass diese Elemente vor allem von politischen und intellektuellen Mapuche-Wortführerinnen und -Wortführern artikuliert werden, weswegen der theoretische Mehrwert der praxeologischen Dimension gelebter Autonomie im Alltag und in den Gemeinden oftmals verloren geht.<sup>55</sup> Demgegenüber kann »Autonomie« auch als eine in den urbanen und ruralen Räumen gelebte mikropolitische Praxis verstanden werden, welche von der in der Mapuche-Kosmologie verwurzelten Idee des *kisugünwün* als einer Form der Selbstregierung stammt, die jedoch über die Individualität einzelner Personen durch ein Netzwerk zwischenmenschlicher Allianzen und Abhängigkeiten hinausgeht.<sup>56</sup>

Aufgrund der zentralen Stellung der Ideen von Autonomie innerhalb des dekolonialen Widerstands der Mapuche muss davon ausgegangen werden, dass diese Ideen auch die Verständnisse und Verhältnisse von Solidarität der Mapuche beeinflussen. Dabei halten die in der internationalen Solidarität aktiven Mapuche nicht nur ihre eigene Autonomie gegenüber nicht-indigenen Akteurinnen und Akteuren und Organisationen aufrecht, sondern formen das Solidaritätsnetzwerk anhand dieses Autonomieverständnisses. Somit kann konstatiert werden, dass es die Mapuche selbst sind, die das Solidaritätsnetzwerk weben. Diese Metapher ist von einer Europareise der Mapuche-Webkünstlerin María Teresa Loncón inspiriert. Während sie unter-

51 Javier Levanchy, *Conflicto y Propuestas de Autonomía Mapuche*, in: Proyecto de Documentación Ñuke Mapu, 1999, URL: <<http://www.mapuche.info/mapuint/lava1.html>> [8.10.2020]; Tito Tricot, *Autonomía. El Movimiento Mapuche de Resistencia*, Santiago de Chile 2013; José A. Marimán, *Autodeterminación. Ideas políticas Mapuche en el albor del siglo XIX*, Santiago de Chile 2012.

52 Marimán, *Autodeterminación*, S. 121.

53 Tricot, *Autonomía*, S. 300; Hector Llaitul/Jorge Arrate, Weichan. *Conversaciones con un weychafe en prisión política*, Santiago de Chile 2012, S. 297.

54 Marimán, *Autodeterminación*, S. 278; Kaltmeier, *Marichiweu!*, S. 348f.

55 Herson Huinca Piutrin, *Reseña: José Marimán. Autodeterminación. Ideas políticas mapuche en los albores del siglo XXI*, in: *Revista de Historia Social y de las Mentalidades* 17, 2013, H. 1, S. 225–230.

56 Héctor Nahuelpan, *Micropolíticas mapuche contra el despojo en el Chile neoliberal. La disputa por el lafkenmapu (territorio costero) en Mehuín*, in: *Mehuín – Izquierdas* 30, 2016, S. 89–123.



schiedliche Städte und solidarische Lokalgruppen besuchte, brachte sie diese gleichermaßen miteinander in Beziehung und webte dadurch ein Netz von Solidaritätsbeziehungen. Das Weben bei den Mapuche ist nicht nur als eine kulturelle Praxis von vielen zu verstehen, sondern nimmt eine gesellschaftlich zentrale Rolle ein und beinhaltet künstlerische, materielle, soziale und kosmologische Dimensionen. Das Bild des Verwebens steht daher metaphorisch für die Beobachtung, dass internationale Solidarität der Mapuche weniger von europäischen Solidaritätsvorstellungen als von jenen der Mapuche geprägt ist.

Diese Behauptung lässt sich anhand einiger Charakteristika des internationalen Solidaritätsnetzwerks begründen. Zunächst ist hervorzuheben, dass dieses Netzwerk ebenfalls eine akephale soziopolitische Organisationsform auszeichnet. Dieses rhizomatische Gefüge<sup>57</sup> setzt sich aus verschiedenen Solidaritätsgruppen in ganz Europa, vornehmlich aus der chilenischen und Mapuche-Diaspora, zusammen, ohne dabei aber eine zentralisierte Struktur herauszubilden. Diese Gruppen agieren meist autonom, aber im Austausch miteinander und verweben sich so zu einem de- und polyzentralen Netzwerk, dessen Verbindungen unter anderem durch gemeinsame Aktionen oder Besuche einer Mapuche-Delegation sichtbar werden. Die Metapher des Verwebens verdeutlicht den prozesshaften Charakter des Solidaritätsnetzwerks, welches eben nicht dauerhaft strukturiert ist, sondern sich kontingent und oftmals spontan zu Protestaktionen und Besuchen von Delegationen reproduziert. Die dezentrale und kontingente Organisationsform erschwert es Außenstehenden sowie potenziellen oder tatsächlichen Unterstützenden, das Solidaritätsnetzwerk zu verstehen oder in es einzudringen. Diese Elemente wahren und stärken daher die Autonomie der Mapuche innerhalb internationaler Solidaritätsszenarien. Gleichzeitig können sie als Formen des Widerstands gegen nicht-indigene Akteure oder Organisationen in der Auseinandersetzung um die Definitions- und Handlungsmacht internationaler Solidarität verstanden werden. Die Autonomie der Mapuche im Kontext internationaler Solidarität kann dadurch als »hidden transcript«<sup>58</sup> gelesen werden, eine Widerstandsstrategie, welche hinter verschlossenen Türen – wie an der eingangs beschriebenen Veranstaltung – und abseits des paternalistischen, exotisierenden Blickes von Außenstehenden stattfindet.

### *Solidarität und Anerkennung*

In gegenwärtigen moral- und sozialphilosophischen Debatten wird Solidarität als eine Form der intersubjektiven Anerkennung identifiziert, normativ begründet und anhand moralischer Zielvorstellungen beurteilt. Durch Solidarität werden dabei Andere sowohl in ihrer individuellen Partikularität als auch als Mitglieder einer Gesellschaft

57 Gilles Deleuze/Félix Guattari, *A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia*, Minneapolis 2005; Marc Purcell, *Hegemony and Difference in Political Movements: Articulating Networks of Equivalence*, in: *New Political Science* 31, 2009, S. 291–317; Alex Khasnabish, *Tracing the Zapatista Rhizome, or, the Ethnography of a Transnationalized Political Imagination*, in: *Juris/Khasnabish, Insurgent Encounters*, S. 66–88.

58 James C. Scott, *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*, New Haven/London 1990.

anerkannt.<sup>59</sup> Entgegen diesen Vorstellungen spielt die Frage der Anerkennung in der (internationalen) Solidarität mit den Mapuche nicht nur eine geringe, sondern auch eine Rolle unter umgekehrten Vorzeichen.

Die transnationale Bewegungsforschung hat internationale Solidaritätskampagnen unter anderem dahin gehend untersucht, ob diese zu einem politischen oder legalen Wandel innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten, des internationalen politischen Systems oder privater Konfliktparteien beitragen können.<sup>60</sup> Interessanterweise sind diese Strategien bei der internationalen Solidarität mit den Mapuche eher untergeordnet und zielen weniger auf sogenannte »target actors«<sup>61</sup> wie Regierungen, Konzerne oder internationale Organisationen. Ein Beispiel für derartige Proteste sind die schon langjährigen Kampagnen europäischer Solidaritätsgruppen gegen das norwegische Unternehmen »Statkraft«, das auf dem Fluss Pilmaiquén ein Wasserkraftwerk errichten möchte, das die Lebensgrundlage der lokalen Mapuche-Gemeinde bedroht. Auch andere transnationale Konzerne wie »Benetton« oder Konsortien wie »RP Global« wurden für Landraub und Repression verantwortlich gemacht und im Rahmen von Solidaritätsaktionen denunziert. Allerdings beobachtete ich, dass der Großteil solidarischer Aktionen eher darauf abzielt, die jeweiligen Mapuche-Gemeinden oder -Organisationen selbst zu stärken. Die ausschließliche Fokussierung auf diese target actors ist zudem insofern problematisch, als sie eine Möglichkeit zum politischen Wandel ausschließlich bei diesen Institutionen oder Organisationen sieht und dadurch die westliche Handlungsmacht festschreibt. Gleichzeitig sind bei diesem Ansatz die Parameter des politischen, sozialen oder legalen Wandels innerhalb westlicher Normvorstellungen verankert, aber nicht innerhalb derjenigen der betroffenen Bevölkerungen wie die der Mapuche. Das heißt also, dass der Kampf um Anerkennung in der (internationalen) Solidarität zu kurz greift, wenn er sich darauf beschränkt, bei westlichen Institutionen oder innerhalb westlicher Normvorstellungen anerkannt zu werden.

Dass derartige Anerkennungspolitiken zu kurz greifen oder sogar negative Konsequenzen haben können, zeigt der international bekannt gewordene Fall der Mapuche-Heilerin (*machi*) Francisca Linconao, die nach einem gewonnenen Rechtsstreit gegen ein chilenisches Unternehmen von massiver Repression betroffen war. So wird die Anerkennung ihrer Rechte als Mitglied einer indigenen Gesellschaft zum Bumerang und ihr Erfolg im Gerichtssaal ein Pyrrhussieg.<sup>62</sup>

Das heißt also, dass internationale Solidaritäts- und Menschenrechtskampagnen sowie die Kämpfe um Anerkennung der Rechte der Mapuche ausgehend von den Parametern der Mapuche selbst beurteilt werden müssen. Dies beschreibt der langjährige Unterstützer der Mapuche und chilenische Pastor Fernando Díaz als einen Prozess der Stärkung von Mapuche-Gemeinden, -Gruppen und -Organisationen.<sup>63</sup> Mit dieser

59 Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung*, Frankfurt am Main 2012 (zuerst 1992); Jörg Löschke, *Solidarität als moralische Arbeitsteilung*, Münster 2015.

60 Margaret E. Keck/Kathryn Sikkink, *Activist beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca/London 1998.

61 Ebd., S. 3f.

62 Alina Rodenkirchen, *Ein exemplarischer Fall*, in: *ila. Das Lateinamerika-Magazin*, 2016, Nr. 399, S. 14–15.

63 Fernando Díaz, Interview mit dem Autor, 26.3.2016.

Idee beschreibt er Solidarität mit den Mapuche als eine Unterstützung der kollektiven Entscheidungsfindungs- und Ermächtigungsprozesse innerhalb der Mapuche-Gesellschaft, die letztlich deren soziopolitische und kulturelle Institutionen fördern, von denen wiederum politischer, legaler oder sozialer Wandel ausgehen kann. Dies verlangt von Außenstehenden, die Autonomie sowie die Reziprozitätsbeziehungen innerhalb der Mapuche-Gesellschaft zu verstehen und zu respektieren. Denn solidarische Beziehungen sind hier nur möglich, solange die internen und auf Reziprozität beruhenden Entscheidungsprozesse nicht von außen kontaminiert und destabilisiert werden.<sup>64</sup>

Diese Erfahrungen lassen sich vor dem Hintergrund dekolonialer Einwände gegenüber eurozentrierten Anerkennungs- und Menschenrechtspolitiken besser verstehen. So wurde darauf hingewiesen, dass die westliche Idee der Menschenrechte historisch entlang einer kolonialen und rassialisierten Trennlinie etabliert wurde, die bis heute eine »radical separation between some humans and others«<sup>65</sup> aufrechterhält. Diese Trennlinie hat dabei den Widerspruch verwaltet, dass während die Rechte aller Menschen durch Kolonisierung und Versklavung in der Praxis verweigert werden, ein universeller Anspruch auf Menschenrechte theoretisiert und abstrakt eingefordert werden kann. Dies führt, so Nelson Maldonado-Torres, bis heute zu der »performative contradiction of denying humanity in the very process of seeking to affirm human rights«.<sup>66</sup> Dieser Widerspruch lässt sich auch auf (internationalen) Solidaritäts- und Menschenrechtsaktivismus beziehen, in dem westliche Akteurinnen und Akteure die Menschenrechte marginalisierter und subalternisierter Gruppen verteidigen, während sie im selben Moment deren Handlungsmacht und Stimmen ausblenden.<sup>67</sup> In ähnlicher Weise wurde von Glen Sean Coulthard argumentiert, dass die staatlichen Anerkennungspolitiken gegenüber der indigenen Bevölkerung in Kanada eher dazu beigetragen haben, koloniale Abhängigkeiten und Ausbeutung zu reproduzieren und zu vertiefen.<sup>68</sup> Als möglicher Ausweg aus diesem postkolonialen Dilemma wird vorgeschlagen, dass das Ziel (internationaler) Solidarität sein sollte, einen Prozess zu unterstützen, in dem die Betroffenen selbst ihre Menschlichkeit bejahen und ihre Rechte definieren.<sup>69</sup>

Wie kann also eine internationale Solidarität aussehen, die auf den Rechten und Normen der Mapuche selbst aufbaut? Einen Hinweis darauf gibt der Sprecher der autonomen Mapuche-Gemeinde im Widerstand von Temucuicui, Jaime Huenchullan, der seiner Gesellschaft ein generell hohes Maß an Dialogfähigkeit bescheinigt.<sup>70</sup> Diese Dialogfähigkeit und -willigkeit der Mapuche erhält hier den Status einer politischen und kulturellen Strategie, die einen gleichberechtigten und horizontalen Austausch

64 Ebd.

65 Nelson Maldonado-Torres, *On the Coloniality of Human Rights*, in: *Revista Crítica de Ciências Sociais* 114, 2017, S. 117–136, S. 123f.

66 Ebd., S. 132.

67 Gayatri Spivak, *Righting Wrongs*, in: *The South Atlantic Quarterly* 103, 2004, S. 523–581; Mahrouse, *Conflicted Commitments*.

68 Glen Sean Coulthard, *Red Skin, White Masks. Rejecting the Colonial Politics of Recognition*, Minneapolis 2014.

69 Maldonado-Torres, *On the Coloniality of Human Rights*, S. 132.

70 Jaime Huenchullan, Interview mit dem Autor, 20.3.2016.

mit anderen politischen Akteurinnen und Akteuren, seien dies andere Gemeinden, Staaten oder internationale Organisationen, ermöglicht und einfordert. In gegenwärtigen interkulturellen Beziehungen der Mapuche mit anderen Akteurinnen und Akteuren werden dadurch historisch und kosmologisch verwurzelte Verständnisse von Dialog(-fähigkeit) aktualisiert und innerhalb Solidaritätsbeziehungen mobilisiert. Die Idee und Funktion des Dialogs wird mit dem Ausdruck *ragiñelwe* beschrieben, was als »Ort in der Mitte« übersetzt werden kann. *Ragiñelwe* ist »ein kulturelles Mittel, dessen Funktion es ist, zwischen den Betroffenen zu vermitteln«, zum Beispiel »zwischen Personen, wenn ein Auseinanderdriften zu einem gewissen Grad von Ungleichgewicht geführt hat«. <sup>71</sup> Die Institution des *ragiñelwe* initiiert daher den Dialog der betroffenen Parteien mit dem Ziel, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Die generelle Dialogbereitschaft drückt sich auch in der soziopolitischen Institution des *trawvn* aus, ein selbstorganisierter Raum und Moment der Begegnung für Gespräche, Verhandlungen und Abmachungen. <sup>72</sup> Interessanterweise werden gerade die europäischen Solidaritätstreffen der Mapuche-Diaspora als *trawvn* bezeichnet. Auch die historische Erfahrung der *parlamentos* zwischen den Mapuche und der spanischen Krone lässt sich auf die Mapuche-Institution *koyang* zurückführen, in der Repräsentantinnen und Repräsentanten beider Gesellschaften eine diplomatische Konfliktlösung suchen. Erst später wurden diese Räume mit der Bezeichnung *parlamentos* ins Spanische übersetzt und somit der europäischen Demokratietradition einverleibt.

In der Diskussion um Anerkennung zeigt sich also, wie der politische und normative Referenzrahmen (internationaler) Solidarität durch die Einschreibung indigener Konzepte und Prinzipien transformiert und transkulturalisiert wird. Dadurch werden unterschiedliche und teilweise konkurrierende Solidaritätsvorstellungen und -praktiken miteinander verwoben, die idealerweise auf der Grundlage eines horizontalen Dialogs ausgehandelt werden können. Dies kann ein kleiner Beitrag zu weiterführenden Debatten sein, welche die Dezentrierung westlicher moralischer Vorstellungen anstoßen und zunehmend den Dialog mit außereuropäischen Philosophietraditionen suchen. <sup>73</sup>

### *Solidarität jenseits des Eurozentrismus*

Während ein westliches Verständnis von Solidarität als Anerkennung in diesem Kontext somit an seine Grenzen kommt, soll nun im letzten Abschnitt danach gefragt werden, welche philosophischen und kosmologischen Ideen der Mapuche diejenigen sozialen, politischen und moralischen Verhältnisse beschreiben, die bisher mit dem Konzept der Solidarität umschrieben wurden.

71 COTAM – Comisión Verdad Histórica y Nuevo Trato con los Pueblos Indígenas, Informe Final de La Comisión de Trabajo Autónomo Mapuche, Santiago de Chile 2003, S. 1166 (Übersetzung S. G.).

72 Nahuelpan, Micropolíticas mapuche contra el despojo en el Chile neoliberal, S. 114.

73 Beispielsweise der ethisch-normative philosophische Referenzrahmen der Mapuche *az mapu*, die politischen Ideen der Zapatistas, die philosophisch-kosmologischen Konzepte um das »gute Leben« aus dem Andenraum, um nur einige Beispiele aus Lateinamerika zu erwähnen.

Während meiner ethnografischen Feldforschung im Kontext internationaler Solidarität mit den Mapuche sprachen die verschiedenen Akteurinnen und Akteure auffällig selten über die legalen oder politischen Erfolge (internationaler) Solidaritäts- oder Menschenrechtskampagnen. Vielmehr wurden die zwischenmenschlichen Begegnungen und die daraus entstandenen sozialen Beziehungen zwischen Mapuche und Nicht-Mapuche in den Vordergrund gerückt. So schätzt es beispielsweise der Sprecher der Mapuche-Gemeinde von Temucuicui, Jaime Huenchullan, sehr, dass trotz erfolgloser Solidaritätskampagnen die verantwortlichen Personen seine Gemeinde weiterhin besuchen würden.<sup>74</sup> Aus der anderen Perspektive verursachte dies Verwunderung bei einem deutschen Filmemacher, der eine Mapuche-Gemeinde besucht hatte und dabei feststellte, dass die Gemeinde anstatt finanzieller Unterstützung eher daran interessiert war, mehr Zeit mit ihm zu verbringen.<sup>75</sup> Juan Fuenzálida, ein langjähriger Unterstützer der Mapuche und jesuitischer Pastor in der chilenischen Küstenstadt Tirúa, erklärt dies dadurch, dass nach seinem Verständnis Solidarität in der Mapuche-Kosmologie nicht nur durch politische oder legale Parameter, sondern anhand der im Solidaritätsverhältnis entstandenen sozialen Beziehungen der Beteiligten bemessen wird: »ein Modell, in der die Beziehung an erster Stelle steht«.<sup>76</sup>

Doch welche kosmologischen und philosophischen Prinzipien der Mapuche begründen dieses Solidaritätsverständnis? Diese müssen zunächst vor dem Hintergrund der Kritik an westlichen Solidaritätsvorstellungen verstanden werden, welche beispielsweise von der Mapuche-Dichterin Rayen Kvyeh<sup>77</sup> vorgebracht wird. Nach ihrem Dafürhalten bezieht sich das westliche und eurozentrierte Konzept von Solidarität vor allem auf die asymmetrische Hilfe gegenüber Armen und Bedürftigen. Im Gegensatz dazu ist für sie Solidarität bei den Mapuche ein fundamentaler Bestandteil und Resultat der gemeinschaftlichen, kommunalen und kosmologischen Zugehörigkeit. So ist beispielsweise die gesamte Gemeinde für den Hausbau einer Familie gleich verantwortlich, was aber nicht als nachbarschaftliche Hilfe verstanden wird. Für Rayen Kvyeh ist das »westliche Konzept der Solidarität, wenn du jemanden etwas gibst«. »Wir«, so fährt sie fort, »geben nicht etwas, wir teilen!« Für sie hat Solidarität also weder einen Preis noch eine Währung, aber lässt sich in Fürsorge, Liebe, Arbeit und Anwesenheit übersetzen.

Dies verweist auf ein Solidaritätsverständnis, das erst durch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder politischen Gemeinschaft und nicht außerhalb davon Sinn erhält. Diese Zugehörigkeit ist dabei allerdings nichts Festgeschriebenes, sondern Resultat gemeinsamer Aktivitäten oder Erfahrungen. Solidarität kann also mindestens mit zwei verwandten Konzepten der Mapuche umschrieben werden: *mingako*, die kollektive und gemeinschaftliche (meistens landwirtschaftliche) Arbeit, sowie *keyuwn*, das Zusammenarbeiten aller Beteiligten oder gegenseitige Unterstützung.<sup>78</sup> Beide Konzepte haben eine gemeinschaftliche und kommunale Basis und können daher

74 Jaime Huenchullan, Interview mit dem Autor, 20.3.2016.

75 Peter, Interview mit dem Autor, 1.12.2015.

76 Juan Fuenzálida, Interview mit dem Autor, 12.3.2016.

77 Rayen Kvyeh, Interview mit dem Autor, 1.3.2016.

78 Arnaldo Pérez Guerra, Küme Mogen: El Primer Banco Mapuche, in: mapuexpress, 2016, URL: <<http://www.mapuexpress.org/?p=9956>> [8.10.2020].

nicht aus dem spezifischen sozialen Kontext, in dem sie stattfinden, herausgelöst werden. Und vor allem durch diese soziale Kontextgebundenheit erhalten sie ihre moralische und affektive Dimension.

Vor diesem Hintergrund ist eine soziologische Differenzierung zwischen dem westlichen und dem Mapuche-Solidaritätsverständnis möglich, die bereits von Émile Durkheim<sup>79</sup> vorgeschlagen wurde. *Keyuwvn*, *mingako* wie auch der obligatorische und symbolische Geschenkaustausch *malluntu* können als Ausdrücke einer mechanischen Solidaritätsbeziehungen verstanden werden, welche aktiv und sozial sichtbar reproduziert werden muss. Im Gegensatz dazu werden die sozialen Verhältnisse in organischen Solidaritätsbeziehungen als selbstverständlich und freiwillig wahrgenommen und ermöglichen so größere soziale Distanz und Individualisierung. Anhand des *malluntu*, der nach Marcel Mauss<sup>80</sup> als Gabentausch beschrieben werden kann, zeigt sich dieser Unterschied zwischen Verpflichtung und Freiwilligkeit am deutlichsten. In diesem Gabentausch geht es nicht darum, einen Handel oder Vertrag zum Abschluss zu bringen, sondern eine gegenseitige Abhängigkeit der Beteiligten als Schuldverhältnis zu (re-)produzieren, welches ihre Beziehung zueinander verstetigt. Durch die Entstehung dieser Schuld werden freiwillige Akte von Solidarität verpflichtend und als ritualisierter materieller oder immaterieller Gabentausch ausgedrückt, der nicht nur eine soziale Kohäsion, sondern auch eine moralische Beziehung zwischen den Beteiligten herstellt. Solidarität ist in diesem Verständnis also eine die Beteiligten miteinander verwebende Kraft.

Die Prinzipien des *mingako* und *keyuwvn* fordern dabei ein reziprokes und horizontales Solidaritätsverhältnis ein. Als generalisierte Reziprozität verlangt dieses Verständnis von Solidarität keine unmittelbare Rückerstattung, sondern die generelle Bereitschaft zur Rückgabe. Diese drückt sich unter anderem in der Form von Großzügigkeit und Gastfreundschaft aus, die eine schnelle Rückgabe oder Zahlung vermeidet, sondern »ein Netzwerk gegenseitiger Unterstützung [etabliert], auf dem die Mapuche-Gesellschaft heute aufgebaut ist.«<sup>81</sup> Die Logik der Gegenseitigkeit manifestiert sich auch in (internationalen) Begegnungen zwischen Mapuche und Nicht-Mapuche und verlangt dabei einen gleichen Vorteil für alle Beteiligten oder zumindest die Aussicht darauf, wie zahlreiche Interviewpartnerinnen und -partner betonten.<sup>82</sup> Die generalisierte Reziprozität innerhalb des *keyuwvn* wird dabei als moralisches Prinzip innerhalb der Mapuche-Ethik des *az mapu* betrachtet<sup>83</sup>, die keine sozialen Hierarchien, sondern ausbalancierte und horizontale Beziehungen fordert und fördert. Dies kann sowohl als Gleichberechtigung und gerechte soziale Teilhabe als auch als kommunikative Horizontalität verstanden werden.<sup>84</sup>

79 Émile Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung, Frankfurt am Main 1992 (zuerst frz. 1893).

80 Marcel Mauss, Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, Frankfurt am Main 1990 (zuerst frz. 1923–1924).

81 Fernando Díaz, Interview mit dem Autor, 26.3.2016.

82 Llanquiray Painemal, Interview mit dem Autor, 16.6.2017; José Luis Calfucura, Interview mit dem Autor, 16.2.2016; Rayen Kvyeh, Interview mit dem Autor, 1.3.2016; Gloria Marivil, Interview mit dem Autor, 23.2.2016.

83 Pérez Guerra, Küme Mogen: El Primer Banco Mapuche.

84 Llanquiray Painemal, Interview mit dem Autor, 16.6.2017; Rayen Kvyeh, Interview mit dem Autor, 1.3.2016; Mauricio Vergaras, Interview mit dem Autor, 25.2.2016.



Innerhalb dieser Logik werden vor allem jene Beziehungen als solidarisch betrachtet, welche dauerhaft und nachhaltig sind. Als Reaktion auf mein Interesse an seinem Solidaritätsverständnis beschrieb ein Mapuche-Sprecher einer widerständigen Gemeinde Solidarität als »gemeinsames Gehen«. In meiner Interpretation kann dieser Ausdruck sowohl die zeitliche als auch räumliche Achse dieses Solidaritätsverständnisses deutlich machen, da er auf der einen Seite eine andauernde Aktivität und auf der anderen eine soziale Nähe und Intimität abbildet. Beide Aspekte zusammen ergeben dabei den moralischen Gehalt der Beziehung. In zahlreichen Interviews wurde das Engagement von Unterstützenden der Mapuche danach bewertet, ob deren Engagement, aber auch die dadurch entstandenen zwischenmenschlichen Beziehungen dauerhaft oder kurzfristig seien.<sup>85</sup> Juan Fuenzálida stellt diese Ansicht der Mapuche seiner Erfahrung nach folgendermaßen dar: »Wenn ihr nicht kommt, um zu bleiben, dann kommt lieber gar nicht!«<sup>86</sup> Die reziproke und horizontale Logik dieses Solidaritätsverständnisses zielt also darauf ab, eine »infinite sequence of exchanges« und dadurch ein »nexum«<sup>87</sup> zu produzieren. Die Idee des gemeinsamen Gehens macht diese Forderung nach einem *nexum* und einer dauerhaften Verwobenheit in der (internationalen) Solidarität sichtbar.

Durch diese Dauerhaftigkeit werden die entstandenen Verhältnisse als soziale und zwischenmenschliche Nahbeziehungen reproduziert. Solidarität soll also kein organisches Verhältnis zwischen Individuen sein, sondern verlangt immer wieder die mechanische, sprich aktive Herstellung von Gemeinsamkeiten und sozialer Nähe. Ich machte während meiner ethnografischen Feldforschung zahlreiche Erfahrungen während Solidaritätskampagnen oder -veranstaltungen, in denen die Face-to-Face-Beziehungen und das Zusammenkommen der Beteiligten an erster Stelle standen. Auch viele meiner Gesprächspartnerinnen und -partner betonten den Wert dieser zwischenmenschlichen Begegnungen an sich<sup>88</sup>, die wiederum den Zugang zu der Mapuche-Gesellschaft überhaupt erst möglich machen.<sup>89</sup> Das zwischenmenschliche Verhältnis ist also das, was auch die Teilhabe an diesem Solidaritätsnetzwerk moderiert und wird zum Ausdruck der Qualität des solidarischen Engagements von Nicht-Mapuche. Diese Forderung nach zwischenmenschlicher Nähe und Intimität weist also eine implizite Vorannahme internationaler Solidaritätsbeziehungen zurück, welche diese als abstrakte und entfernte Verhältnisse konzeptualisiert.<sup>90</sup> Im Gegensatz

85 Juan Fuenzálida, Interview mit dem Autor, 12.3.2016; Amina, Interview mit dem Autor, 27.11.2015; Jaime Huenchullan, Interview mit dem Autor, 18.3.2016; José Luis Calfucura, Interview mit dem Autor, 16.2.2016.

86 Juan Fuenzálida, Interview mit dem Autor, 12.3.2016.

87 Stephanie Frank, The »Force in the Thing«: Mauss' Nonauthoritarian Sociality in The Gift, in: HAU: Journal of Ethnographic Theory 6, 2016, H. 2, S. 255–277, hier: S. 274.

88 Den Haag, Gruppendiskussion, 5.5.2015; Rike, Interview mit dem Autor, 27.5.2016; Sybille, Interview mit dem Autor, 26.6.2016.

89 Milan Stuchlik, La vida en Mediería. Mecanismos de reclutamiento social de los mapuches, Santiago de Chile 1999.

90 Carol C. Gould, Transnational Solidarities, in: Journal of Social Philosophy 38, 2007, S. 148–164, hier: S. 157.



dazu haben diese Begegnungen das Potenzial, »domains of commonality«<sup>91</sup> zwischen den Beteiligten durch eine »democracy of proximity«<sup>92</sup> zu erzeugen. Dadurch kann die dauerhaft reproduzierte soziale Nähe zu einem ethischen Prinzip der Solidarität werden, das koloniale und rassialisierte Grenzen überwindet, da die »empirical immediacy of two human faces confronting each other [...] appeals to the political responsibility of the Other and requires the overcoming of the horizon of Totality [...]«.<sup>93</sup> Zwischenmenschliche und intime Face-to-Face-Beziehungen moderieren dabei nicht nur den Zugang zum Solidaritätsnetzwerk selbst, sondern werden zum Gradmesser der Moralität dieser solidarischen Beziehungen.

#### IV. Schluss

Mit diesem Beitrag schlage ich schließlich vor, aktuelle Herausforderungen an (internationale) Solidarität vor dem Hintergrund dekolonialen Widerstands im 21. Jahrhundert kritisch wahrzunehmen. Diese Herausforderungen können zum einen als theoretische oder konzeptuelle Kritiken an einem westlichen Solidaritätsverständnis aus dekolonialen, antirassistischen und feministischen Perspektiven ausformuliert werden, welche vor allem die Frage der Differenzbeziehungen innerhalb von Solidaritätsverhältnissen ins Zentrum rücken. Zum anderen verweisen aktuelle politische Widerstandskämpfe unter anderem von indigenen Gesellschaften im Globalen Süden darauf, diese als Protagonistinnen und Protagonisten gegenwärtiger Emanzipationsprozesse und somit als Referenzpunkte für internationale Solidarität wahrzunehmen.

Auf der Grundlage einer aktivistischen ethnografischen Forschung in Europa und Chile zwischen 2014 und 2017 entwerfe ich anhand der Kontroversen zu Solidarität und Autonomie, Anerkennung und Eurozentrismus Elemente eines verwebenden Solidaritätsverständnisses, das sich an den historischen Erfahrungen, kritischen intellektuellen Stimmen, philosophisch-kosmologischen Konzepten sowie praxeologischen Einsichten der Mapuche orientiert.

Dadurch wird es möglich, so meine AbschlussThese, Solidarität nicht nur über materielle, soziale und kulturelle, sondern auch intellektuelle und epistemische Differenzbeziehungen neu zu denken und zu verweben. Mit dem Fokus auf diese Differenzbeziehungen wird (internationale) Solidarität als komplexes Phänomen innerhalb von Machtverhältnissen sichtbar, das diese sowohl reproduzieren als auch herausfordern kann. Diese Differenzen und Hierarchien werden in solidarischen Verhältnissen nicht ausgeräumt, sondern prägen die Verhältnisse, unter denen die beteiligten Akteurinnen und Akteure miteinander verwoben sind. Solidarität neu zu verweben verweist auch auf die Ko-Präsenz unterschiedlicher und teilweise konkurrierender Soli-

91 Nina Glick Schiller, *The Question of Solidarity and Society: Comment on Will Kymlicka's Article: »Solidarity in Diverse Societies«*, in: *Comparative Migration Studies* 4, 2016, URL: <<https://doi.org/10.1186/s40878-016-0027-x>> [1.12.2020], hier: S. 7.

92 Julia Kristeva, *Hatred and Forgiveness*, New York/Chichester 2010, S. 30; vgl. Vicki Squire, *Mobile Solidarities and Precariousness at City Plaza: Beyond Vulnerable and Disposable Lives*, in: *Studies in Social Justice* 12, 2018, S. 111–132, hier: S. 130.

93 Enrique Dussel, *From Fraternity to Solidarity: Toward a Politics of Liberation*, in: *Journal of Social Philosophy* 38, 2007, S. 73–92, hier: S. 81.

daritätsverständnisse und -praktiken. Dieser Beitrag legt das Augenmerk auf jene Solidaritätsvorstellungen, die von kosmologisch-philosophischen Verständnissen der Mapuche ausgehen. Dabei stehen solidarische Beziehungen im Vordergrund, die mit Durkheims Konzept von mechanischer Solidarität beschrieben werden können. Diese Art von Solidarität bringt unterschiedliche Akteurinnen und Akteure miteinander aktiv in Beziehung und verwebt sie in einer gemeinsamen, aber offenen und unfertigen (rhizomatischen) solidarischen Netzwerkstruktur. Anstatt historischer Abfolgen oder Brüche zwischen Solidaritätsbeziehungen (mechanische gegenüber organischer Solidarität oder soziale gegenüber politischer Solidarität) erkenne ich darin vielmehr eine »historisch-strukturelle Heterogenität«<sup>94</sup> unterschiedlicher Solidaritätsvorstellungen und -praktiken. Diese Ko-Präsenz entwirft dabei letztlich eine Vielfalt an neuen sozialen und gemeinschaftlichen Verbindungslinien zwischen Mapuche und nicht-indigenen Unterstützenden.

Die vergemeinschaftliche Dimension dieses Solidaritätsverständnisses findet sich in Forderungen von dekolonialen, antirassistischen, migrantischen und feministischen Kämpfen zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder. Dabei wird eine Form von Solidarität verlangt, die nicht länger nur international, sondern innergesellschaftlich verstanden werden muss. Ähnlich wie der Refugee-Aktivismus in der eigenen Gesellschaft als eine Form internationaler Solidarität gedacht werden kann<sup>95</sup>, verweisen die hier übersetzten Vorstellungen der Mapuche darauf, nicht bei den politischen Solidaritätsverhältnissen stehen zu bleiben, sondern neue reziproke und horizontale Formen des sozialen Zusammenlebens und gesellschaftlicher Teilhabe dauerhaft gemeinsam zu verweben.

94 Aníbal Quijano, Colonialidad del poder y clasificación social, in: ders./Danilo Assis Clímaco (Hrsg.), Cuestiones y horizontes. De la dependencia histórico-estructural a la colonialidad/descolonialidad del poder, Buenos Aires 2014, S. 285–330.

95 Daniel Bendix, Der globale Süden ist hier! Wie Refugee-Aktivismus den Zusammenhang von Flucht und ›Entwicklung‹ aufzeigt, in: movements 4, 2018, H. 1, S. 157–165.

## **Dokumentation – Analyse – Kritik**



YOSHIHIRO IIDA

## Keine Bundesstaatlichkeit im Bundesstaat

Die Organisation der Sozialversicherung der 1880er-Jahre im Kaiserreich

Im föderal geprägten politischen System der Europäischen Union sind die Kompetenzen in jedem Politikfeld je nach Integrationsgrad zwischen der nationalen und der europäischen Ebene aufgeteilt. Die Sozialpolitik gehört zu den Politikbereichen, die überwiegend national organisiert sind. Eine Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene, die eine bedeutende sozialpolitische Einkommensumverteilung ermöglichen würde, lässt sich bisher nicht beobachten. Auf nationalstaatlicher Ebene wiederum wird einer föderalen Staatsordnung eine bremsende Wirkung für den Aufbau und die Entwicklung von Sozialpolitik zugeschrieben.<sup>1</sup> Jedoch legt ein bekannter Fall nahe, diese Auffassung zu relativieren: Das Deutsche Kaiserreich, 1871 als Bundesstaat gegründet, wurde mit der Schaffung der ersten Zwangsversicherungen in den 1880er-Jahren gegen die Folgen von Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität zum Pionierland der Sozialversicherung. Offensichtlich hat die föderale Staatsstruktur des kaiserlichen Deutschlands die Einführung der ersten sozialstaatlichen Programme auf gesamtstaatlicher Ebene nicht verhindert.

Allerdings gelang es Reichskanzler Otto von Bismarck nicht, seinen Entwurf eines zentralisierten Sozialstaats umzusetzen. Ursprünglich hatte er geplant, sowohl die Unfallversicherung als auch die Invaliditäts- und Altersversicherung bei einer Reichsverwaltungsorganisation zu zentralisieren.<sup>2</sup> Mit dieser sollte die Gleichbehandlung der Versicherten in allen Einzelstaaten erreicht und somit deren Mobilität gefördert werden.<sup>3</sup> Wie es beim allgemeinen Männerwahlrecht zum Reichstag der Fall war<sup>4</sup>, wünschte sich Bismarck von einer Reichsverwaltungsorganisation auf dem Gebiet der Sozialversicherung, dass sie weite Teile der Bevölkerung in unmittelbaren Kontakt mit dem neuen Gesamtstaat bringen und ihre Integration in das Reich beschleunigen würde.<sup>5</sup> Bismarck ging es um die Stärkung der Reichsgewalt: Nicht Preußen,

1 Herbert Obinger/Stephan Leibfried/Francis G. Castles, Introduction. Federalism and the Welfare State, in: dies. (Hrsg.), *Federalism and the Welfare State. New World and European Experiences*, Cambridge/New York etc. 2005, S. 1–48.

2 Hans-Peter Benöhr, Verfassungsfragen und Sozialversicherung nach den Reichsverhandlungen von 1881 bis 1889, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung* 97, 1980, S. 94–163, hier: S. 143; Ursula Münch, *Sozialpolitik und Föderalismus. Zur Dynamik der Aufgabenverteilung im sozialen Bundesstaat*, Opladen 1997, S. 59.

3 Benöhr, *Verfassungsfragen und Sozialversicherung nach den Reichsverhandlungen von 1881 bis 1889*, S. 144.

4 Vgl. Andreas Biefang, *Modernität wider Willen. Bemerkungen zur Entstehung des demokratischen Wahlrechts des Kaiserreichs*, in: Wolfram Pyta/Ludwig Richter (Hrsg.), *Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb*, Berlin 1998, S. 239–259. Das allgemeine Männerwahlrecht auf gesamtstaatlicher Ebene war notwendig, um dem neuen Staatswesen Legitimität zu sichern und die Bevölkerung in das Reich zu integrieren.

5 Elmar Rieger, *Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates*, Opladen 1992, S. 113. Tatsächlich förderte die Sozialversicherung langfristig die allmähliche Integration der Arbeiter in Staat und Gesellschaft. Vgl. Wolfgang Ayaß, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Sozialversicherung bis zur*

sondern das Reich war als neuer zentraler sowie zunehmend intervenierender und integrierender Staat vorgesehen. Nicht der Gedanke einer Verstaatlichung des Versicherungswesens im Allgemeinen war für Bismarck attraktiv, sondern die Idee, dabei das Reich aufzuwerten. Bismarck strebte somit eine »Verreichlichung« des Versicherungswesens an.<sup>6</sup> Dieses Ziel hatte Auswirkungen auf die Organisationsstruktur der Sozialversicherung. Sie sollte nach den Vorstellungen des Reichskanzlers, wie sie am deutlichsten im ersten Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes zum Ausdruck kamen, folgende Merkmale aufweisen: einen staatlichen Versicherungszwang, eine mit Monopolrechten ausgestattete zentralstaatliche Versicherungsanstalt und eine Prämienaufbringung unter weitgehendem Ausschluss der Versicherten durch Industrie und den Zentralstaat. Bismarck verteidigte diese Prinzipien bei allen Entwürfen des Unfallversicherungsgesetzes und legte sie auch der Invaliditäts- und Altersversicherung zugrunde.<sup>7</sup>

Beim Aufbau der staatlichen Sozialversicherung fehlten jedoch letztlich die zentralstaatlichen Verwaltungseinrichtungen: Bei allen Versicherungszweigen musste die Reichsleitung den Opponenten zentralisierend wirkender Lösungen entgegenkommen. Die Reichsorientierung lief auf eine Abänderung oder Ablehnung der Gesetzesvorlagen im Reichstag hinaus. Der Widerstand der Liberalen und des Zentrums richtete sich insbesondere gegen den Kern der »Verreichlichung«: gegen die Reichsversicherungsanstalt und den Reichszuschuss (die Staatshilfe). Wegen des föderal und anti-etatistisch orientierten Widerstands konnte Bismarck in keinem der drei Versicherungszweige eine entscheidende Beteiligung des Reiches durchsetzen.<sup>8</sup>

---

Jahrhundertwende, in: Ulrich Becker/Hans Günter Hockerts/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*, Bonn 2010, S. 17–43, hier: S. 38–43. Trotz dieser Integration trat das Reich hinter die anderen Akteure zurück, die an der Ausführung und Weiterentwicklung beteiligt waren: In der Praxis wurden die Versicherungen von vielen, noch weitgehend unabhängigen lokalen Institutionen verwaltet. Die stark dezentrale Umsetzung der Sozialpolitik wurde durch die wachsende Rolle des Reichsversicherungsamts reguliert und gelenkt. Dieser Prozess der Lenkung und Regulierung der lokalen Mächte steht für die Nationalisierung der Sozialpolitik. Außerdem schlossen sich die örtlichen Versicherungsträger zusammen und gründeten Zentralverbände. Auch diese Tendenz zur Zentralisierung unterstützte die Nationalisierung der Gesellschaft durch die Sozialpolitik. Die Nationalisierung der Sozialpolitik beziehungsweise die »Verreichlichung« des Versicherungswesens entstand im Wechselspiel zwischen lokaler Interaktion und zentralstaatlicher Führung. Vgl. Sandrine Kott, *Sozialstaat und Gesellschaft. Das deutsche Kaiserreich in Europa*, Göttingen/Bristol 2014, S. 136ff. und 151ff.

- 6 Florian Tennstedt, *Der deutsche Weg zum Wohlfahrtsstaat 1871–1881. Anmerkungen zu einem alten Thema aufgrund neu erschlossener Quellen*, in: Andreas Wollasch (Hrsg.), *Wohlfahrtspflege in der Region. Westfalen-Lippe während des 19. und 20. Jahrhunderts im historischen Vergleich*, Paderborn 1997, S. 255–267, hier: S. 261–263; Florian Tennstedt, *Peitsche und Zuckerbrot oder ein Reich mit Zuckerbrot? Der Deutsche Weg zum Wohlfahrtsstaat 1871–1881*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 43, 1997, S. 88–101, hier: S. 94f.
- 7 Hans-Peter Ullmann, *Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889*, in: *HZ* Bd. 229, 1979, S. 574–610, hier: S. 580f.
- 8 Hansjoachim Henning, *Sozialpolitik. III: Geschichte*, in: Willi Albers/Karl Erich Born/Ernst Dürr u. a. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Bd. 7: Sozialismus bis technischer Fortschritt, Stuttgart/New York 1977, S. 85–110, hier: S. 95; Hansjoachim Henning, *Aufbau der Sozialverwaltung*, in: Kurt G. A. Jeserich/Hans Pohl/Georg-Christoph von Unruh (Hrsg.), *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. 3: *Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie*, Stuttgart 1984, S. 275–310, hier: S. 301.

Daher wurde häufig festgestellt, dass die Organe der Sozialversicherung der 1880er-Jahre den »föderativen« Aufbau des Reiches spiegelten.<sup>9</sup> Jedoch waren die drei Versicherungszweige nicht so ähnlich, dass man sie pauschal als »föderativ« bezeichnen kann. In der Praxis waren sie durch lokale und regionale Bezüge sowie nicht-territoriale beziehungsweise berufsständische Organisationsformen geprägt. Jeder Zweig verfügte über ein eigenes Regelungswerk mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Rechtsformen. Finanzierung und Aufbau unterschieden sich ebenfalls; für die Errichtung der jeweiligen Organisationen gab es verschiedene Verantwortlichkeiten. Allen Zweigen war gemeinsam, dass sie den Versicherungszwang einführten und als selbstständige Körperschaften des öffentlichen Rechts organisiert waren. Jedoch spiegelten die Organe der Sozialversicherung der 1880er-Jahre den »föderativen« Aufbau des Reiches nicht wider. Warum war das der Fall?

Diese Frage soll genauer ausgeführt werden: Bekanntlich hatte das Deutsche Kaiserreich nicht nur eine föderative Staatsordnung, es war auch ein Bundesstaat in dem Sinne, dass eine Beteiligung der Regierungen der Einzelstaaten an der Gesetzgebung auf der Ebene des Gesamtstaats vorgesehen war. Die einzelstaatliche Mitwirkung an der Reichsgesetzgebung war nicht allein auf den Bundesrat beschränkt, sondern fand, je nach Politikfeld in Ausmaß und Verfahrensweise variierend, auf unterschiedlichen Entscheidungsebenen über verschiedene Kanäle in allen Phasen des politischen Prozesses statt.<sup>10</sup> Die Regierungen der Einzelstaaten waren bei der Konzeption der Sozialversicherung an der Organisationsfrage stark interessiert. Denn die »Verreichlichung« in diesem Politikbereich konnte das prekäre Verhältnis von Einzelstaaten und Gesamtstaat zugunsten des Reiches verschieben. Für die Einzelstaaten ging es darum, in den neuen Institutionen die Bundesstaatlichkeit zu wahren.<sup>11</sup> So hatten die reichseinheitlichen Bestrebungen und die straffe Zentralisierung der Versicherung bereits im August 1880 Bedenken ausgelöst.<sup>12</sup>

Interessanterweise spiegelte sich die bundesstaatliche Struktur des Reiches jedoch nicht in der tatsächlich erfolgten Organisation der Sozialversicherung wider: Die sozialstaatliche Kompetenzverteilung wurde nachhaltig dadurch geprägt, dass man die Befähigung zur Sozialpolitik nicht bei den Einzelstaaten vermutete. Die Regierungen der Einzelstaaten blieben von der Verantwortung weitgehend ausgeschlossen. Ihnen entstanden weder direkt noch indirekt Kosten für die Aufbringung der Mittel. Außerdem entsprachen die Verwaltungseinheiten und Einzugsgebiete der Sozialversiche-

9 Zum Beispiel Münch, Sozialpolitik und Föderalismus, S. 59; Henning, Sozialpolitik, S. 95; ders., Aufbau der Sozialverwaltung, S. 292.

10 Paul Hähnel/Philipp Höfer/Julia Liedloff, Föderale Mitbestimmung im Kaiserreich. Der Einfluss der Länder auf die Reichsgesetzgebung, in: Gerold Ambrosius/Christian Henrich-Franke/Cornelius Neutsch (Hrsg.), Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive, Bd. 2: Föderale Systeme. Kaiserreich – Donaumonarchie – Europäische Union, Baden-Baden 2015, S. 101–134.

11 Vgl. Ulrike Haerendel, Einleitung, in: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik (= QSGDSP), Abt. II: Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881–1890), Bd. 6: Die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung und die Alternativen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Grundlage, Mainz 2004, S. XVII–L, hier: S. XXXVI.

12 Otto Quandt, Die Anfänge der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und die Haltung der Parteien (Das Unfallversicherungsgesetz 1881–1884), Berlin 1938, S. 21.



rung in den meisten Fällen nicht den einzelstaatlichen Grenzen im Kaiserreich.<sup>13</sup> Im Kaiserreich war die Sozialpolitik beziehungsweise die Sozialversicherung daher keineswegs einzelstaatlich oder bundesstaatlich organisiert.<sup>14</sup>

Es stellt sich die Frage, warum die Organisation der Sozialversicherung in den 1880er-Jahren nicht einem bundesstaatlichen Gestaltungskonzept folgte. Oder anders gefragt: Auf welche Weise und warum wurde ein anderes Organisationsprinzip jeweils ausgewählt? Da sich der Aufbau der drei Zweige der Sozialversicherung und Bismarcks Engagement bei den einzelnen Versicherungen unterschied<sup>15</sup>, soll die Frage im Folgenden für jeden Versicherungszweig einzeln untersucht werden.

## I. Krankenversicherung (1883)

Vor der Beratung des Gesetzentwurfs über die Krankenversicherung hatte der Reichstag bereits die Verhandlung über den Entwurf der Unfallversicherung begonnen. Bei der parlamentarischen Beratung des ersten Entwurfs der Unfallversicherung stießen die zentralisierenden Bestrebungen auf starken Widerstand der Abgeordneten. Denn dieser Entwurf enthielt nicht nur einen Versicherungszwang, sondern auch die Reichsanstalt und den Reichszuschuss.

Auch mit der Krankenversicherung wurde zwar ein Versicherungszwang eingeführt. Im Unterschied zur Unfallversicherung wies sie aber nicht die zentralisierenden Bestrebungen wie Reichsanstalt und Reichszuschuss auf. Sie gab einer dezentralen Kassenorganisation den Vorzug.<sup>16</sup> Dies führte dazu, dass die Regierungen der Einzelstaaten an der Organisationsfrage kaum interessiert waren und das Verhältnis von Einzelstaaten und Gesamtstaat hier nicht auf der politischen Agenda stand. Warum verzichtete aber die Reichsleitung bei der Krankenversicherung von Anfang an auf reichsorientierte beziehungsweise zentralisierende Bestrebungen?

Bismarck hatte am Krankenversicherungsgesetz nur geringes Interesse. Denn es ging ihm, wie bereits erwähnt wurde, um die Stärkung der Reichsgewalt. Um das Reich als intervenierenden und integrierenden Zentralstaat aufzuwerten, legte Bismarck besonderen Wert auf den staatlichen Versicherungszwang, eine mit Monopolrechten ausgestattete zentralstaatliche Versicherungsanstalt und die Finanzierung in großem Umfang durch Reichszuschüsse. Die beiden letztgenannten Grundsätze sollten den Versicherten in besonderer Weise die staatliche Fürsorge vor Augen führen. Vor diesem Hintergrund standen für Bismarck von Beginn an Unfall- sowie Invalidi-

13 Philip Manow, Germany. Co-operative Federalism and the Overgrazing of the Fiscal Commons, in: Obinger/Leibfried/Castles, *Federalism and the Welfare State*, S. 222–262, hier: S. 228.

14 Vgl. ebd., S. 227.

15 Grob gesagt: Das Hauptinteresse Bismarcks galt der Unfallversicherung. Der Krankenversicherung stand er reserviert gegenüber und die Invaliditäts- und Altersversicherung akzeptierte er höchstens als zweitbeste Lösung nach dem Scheitern seiner Pläne einer staatlichen Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversorgung. Vgl. Gerhard A. Ritter, *Bismarck und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung*, Pforzheim 1998, S. 29.

16 Johannes Frerich/Martin Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 1: Von der vorindustriellen Zeit bis zum Ende des Dritten Reiches, München/Wien 1993, S. 97; Rieger, *Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates*, S. 122.

täts- und Altersversicherung im Zentrum seines Interesses und seiner politischen Zielsetzung. Hier schienen die Prinzipien am ehesten realisierbar.<sup>17</sup> Im Vergleich mit diesen beiden Zweigen nahm Bismarck an der Krankenversicherung keinen besonderen Anteil.<sup>18</sup> Schon im Entwurf waren weder eine staatliche Organisation noch öffentliche Zuschüsse vorgesehen, wie sie Bismarck für die anderen Zweige befürwortete.

Die geringe Bedeutung, die Bismarck der Krankenversicherung zumaß, zeigte sich auch im relativen Desinteresse gegenüber ihrer konkreten Ausgestaltung. Diese war in erster Linie dem reformorientierten Ministerialbeamten im Reichsamt des Innern und Bismarck-Mitarbeiter Theodor Lohmann überlassen. Die Krankenversicherungsvorlage ist vor allem als ein Werk Lohmanns sowie seiner Mitstreiter im Reichsamt des Innern anzusehen.

Ein organisatorischer Grund war ebenfalls von Bedeutung. In keinem anderen Zweig der Sozialversicherung reichte die Tradition genossenschaftlicher Selbsthilfe so weit zurück wie in der Krankenversicherung. Die traditionellen »Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen« der Gilden, Innungen, Bruderschaften, Zünfte, Gewerkschaften und Knappschaften bestanden, wenn auch verändert, fort.<sup>19</sup> Das Gesetz der Krankenversicherung knüpfte an das bestehende Krankenkassenwesen an, indem es das vorhandene dezentrale System von Fabrik-, Innungs-, Knappschafts- und freien (eingeschriebenen oder aufgrund landesrechtlicher Vorschriften errichteten) Hilfskassen unter gesetzlich festgelegten Voraussetzungen bestehen ließ und die Errichtung weiterer derartiger Kassen erlaubte.

Die vorhandene dezentrale Konstellation der Krankenkassen wies eine recht hohe Stabilität und Starrheit auf. Theodor Lohmann war bei der Ausarbeitung des Krankenversicherungsgesetzes bemüht, alle bestehenden Krankenkassenformen unter das Dach der gesetzlichen Krankenversicherung zu bringen. Am Innenleben der Kassen sollte sich wenig ändern, und keine Kasse sollte sich auflösen müssen.<sup>20</sup> Im Wesentlichen wurde die Mitgliedschaft in bereits bestehenden Kasseneinrichtungen verpflichtend gemacht.

Zusätzlich zu den vorhandenen Trägern sah das Gesetz die Gründung von Orts-, Betriebs- und Baukrankenkassen vor. Die Gemeinden wurden verpflichtet, Ortskrankenkassen und eine Gemeindekrankenversicherung aufzubauen.<sup>21</sup> Insgesamt entstand ein auf beruflicher (berufsgenossenschaftlicher) Grundlage basierendes Kassensys-

17 Ullmann, Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889, S. 580.

18 Florian Tennstedt, Die erste Ausformung der Sozialgesetzgebung in der Bismarckzeit, in: Peter Masuch/Wolfgang Spellbrink/Ulrich Becker u. a. (Hrsg.), Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht, Bd. 1: Eigenheiten und Zukunft von Sozialpolitik und Sozialrecht, Berlin 2014, S. 73–92, hier: S. 74.

19 Michael Stolleis, Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, Stuttgart 2003, S. 76ff.

20 Ayaß, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Sozialversicherung bis zur Jahrhundertwende, S. 30.

21 Die Gemeindekrankenversicherung war eine Verwaltungseinrichtung der einzelnen Gemeinden. Sie war weder genossenschaftlich noch selbstverwaltet. Diese Kassen wurden subsidiär beziehungsweise für alle versicherungspflichtigen Beschäftigten geschaffen, für die es keine brauchbare Gruppierung nach Beruf oder Beschäftigungsart gab.

tem, das durch die Gemeindekrankenversicherung ergänzt wurde.<sup>22</sup> Auch diese durch Gesetz neu zu schaffenden Krankenkassen waren nach Berufsklassen oder Gemeindezugehörigkeit dezentralisiert.

1882 gab die Reichsleitung folgende Begründung für den dezentralen Charakter der Krankenversicherung auf berufsmäßiger Grundlage: Erstens sei das Krankheitsrisiko verhältnismäßig gleich, zweitens die Selbstverwaltung leichter durchführbar und drittens die Kontrolle gegen Simulation einfach, weil sie durch die »Betroffenen« selbst erfolge. Außerdem wurde mit der Dezentralisierung verhindert, dass die Arbeiter in Zeiten des »Sozialistengesetzes« eine legale Möglichkeit zu neuer Organisation bekamen.<sup>23</sup>

So ergab sich ein buntes Nebeneinander gesetzlicher Kassenorganisationen. Bei Lohmanns Abteilungsleiter Robert Bosse erregte die Pluralität der Krankenversicherungsträger anfangs Bedenken, sie erschien diesem »zu vielgestaltig und kompliziert«.<sup>24</sup> Doch erwies sich die stark dezentrale Organisation der Krankenkassen als funktionsgerecht.<sup>25</sup> Außerdem sahen die reformorientierten Ministerialbeamten im Reichsamt des Innern in der traditionellen Selbstverwaltung, die die im Hilfskassengesetz vorgeschriebene innere Organisation der Kassen fortführte, ein adäquates Mittel zur Integration der gewerblichen Arbeiter in Gesellschaft und Staat.<sup>26</sup> Allen voran Theodor Lohmann sah in dieser Selbstverwaltung erzieherisches Potenzial.

Im Reichsamt des Innern wurde die dezentrale Trägerstruktur der Krankenversicherung überhaupt als vorteilhaft erachtet. In der Einleitung des Referentenkommentars zum Krankenversicherungsgesetz erklärte der Vortragende Rat Erich von Woedtke:

»Die Verschiedenartigkeit der nach diesem Gesetz zulässigen Formen der Krankenversicherung und die große Zahl der durch das System gebotenen Krankenkassen mag vielleicht die örtliche Uebersicht und wenigstens für den Anfang die Orientierung im Gesetz erschweren. Die Organisation vermeidet aber den Charakter des Schablonenhaften und bietet namentlich dadurch, daß sie allen verschiedenen Lebensstellungen, Beschäftigungen und örtlichen Verhältnissen Rechnung trägt, sowie dadurch, daß in den zahlreichen kleineren Kassen die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und die Selbstkontrolle derselben gegen Ausbeutung durch schlechte Elemente im Allgemeinen in größerem Umfange und besser zu ermöglichen ist, als in einer großen Kasse, unverkennbare und sonst nicht erreichbare Vortheile.«<sup>27</sup>

22 Der Begriff »berufsgenossenschaftlich« wurde zeitgenössisch für die berufsbezogenen organisierten Träger von Kranken- und Unfallversicherung benutzt, später nur für die Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung. Vgl. Andreas Hänlein/Florian Tennstedt/Heidi Winter, Einleitung, in: QSGDSP, Abt. II: Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881–1890), Bd. 5: Die gesetzliche Krankenversicherung und die eingeschriebenen Hilfskassen, Mainz 2009, S. XV–LVI, hier: S. XXIV, Anm. 53.

23 Florian Tennstedt, Soziale Selbstverwaltung (Geschichte der Selbstverwaltung der Krankenversicherung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Bonn 1977, S. 25.

24 Hänlein/Tennstedt/Winter, Einleitung (QSGDSP, Abt. II, Bd. 5), S. XX.

25 Henning, Aufbau der Sozialverwaltung, S. 293f.

26 Hänlein/Tennstedt/Winter, Einleitung (QSGDSP, Abt. II, Bd. 5), S. XXIV.

27 E. von Woedtke (Hrsg.), Krankenversicherungsgesetz (vom 15. Juni 1883) und die dasselbe ergänzenden reichsgesetzlichen Bestimmungen, 3., vermehrte Aufl., Berlin/Leipzig 1886, S. XXVII.

Ohne schwerwiegende soziale und politische Reibungen und hohe Kosten hätte diese zweckmäßige Konstellation nicht verändert werden können. Deswegen war bei der Konzeption der Krankenversicherung der Einfluss der sozialen Interessen und bereits bestehender Institutionen am stärksten. Daher wurde die organisatorische Struktur der Krankenversicherung so gestaltet, dass sie sich möglichst reibungslos in die bestehende dezentrale Ordnung sozialer und politischer Interesseninformationen einfügte und deren Stabilität nicht gefährdete.<sup>28</sup>

Zusammen mit dem zweiten Entwurf der Unfallversicherung (1882) brachte die Reichsleitung die Vorlage über die Krankenversicherung in den Reichstag ein. Der erkrankte Reichskanzler kannte die Krankenversicherungsvorlage im Detail gar nicht. Zur materiellen Ausgestaltung der Krankenversicherung machte Bismarck nur wenige inhaltliche Äußerungen. Sie zeigen, dass er statt des Kassenzwangs ein System der Zwangskassen befürwortete, das den freien Hilfskassen wenig Spielraum ließ. Er kritisierte, dass in der Krankenversicherungsvorlage »dem Voluntarismus zu weite Konzessionen« gemacht wurden. Diese Konzessionen waren für die reformorientierten Ministerialbeamten im Reichsamt des Innern ein Programm zugunsten einer Gesellschaftsreform, die auf Einsicht und Freiwilligkeit der Arbeiter gegründet sein sollte.<sup>29</sup> Er akzeptierte aber das Gesetz schließlich als notwendiges Vorschaltgesetz zur Unfallversicherung, seinem »Lieblingskind«. Bismarck sah das Krankenversicherungsgesetz daher als »untergeschobenes Kind« an.<sup>30</sup>

Alle Kassen außer der Gemeindekrankenversicherung waren als Träger der Krankenversicherung genossenschaftliche Selbstverwaltungskörperschaften des öffentlichen Rechts mit Satzungsrecht. Die Innovation der Krankenversicherung lag darin, dass sie »reichsgesetzlich« war, das heißt, ein Reichsgesetz beinhaltete unmittelbaren Kassenzwang beziehungsweise eine Versicherungspflicht.<sup>31</sup> Mit diesem Reichsgesetz hatten die Gemeinden bei der Einrichtung des neuen Kassensystems entscheidende Aufgaben und Gestaltungsspielräume.<sup>32</sup> Jedoch stellte dies keine Innovation in der Verwaltungsstruktur zwischen Reich und Einzelstaaten dar: Das Krankenversicherungsgesetz ließ weder aufseiten des Reiches noch der Bundesstaaten einen neuen Verwaltungszweig entstehen. Die Organisation der Krankenversicherung stand somit in keiner Beziehung zur bundesstaatlichen Struktur des Deutschen Kaiserreiches.

28 Rieger, *Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates*, S. 126.

29 Florian Tennstedt, *Risikoabsicherung und Solidarität. Bismarck, Lohmann und Konflikte um die gesetzliche Krankenversicherung in ihrer Entstehungsphase*, in: Herbert Obinger/Elmar Rieger (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven*, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 65–94, hier: S. 80–82; Florian Tennstedt, Theodor Lohmann, *Gesetzgebungskunst im politischen Prozess*, in: Lothar Gall/Ulrich Lappenküper (Hrsg.), *Bismarcks Mitarbeiter*, Paderborn/München etc. 2009, S. 91–121, hier: S. 112–114.

30 Ritter, *Bismarck und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung*, S. 25f.; Tennstedt, *Die erste Ausformung der Sozialgesetzgebung in der Bismarckzeit*, S. 81.

31 Tennstedt, *Risikoabsicherung und Solidarität*, S. 67.

32 Hänlein/Tennstedt/Winter, *Einleitung (QSGDSP, Abt. II, Bd. 5)*, S. XXIII; Florian Tennstedt, *Die Errichtung von Krankenkassen in deutschen Städten nach dem Gesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 29, 1983, S. 297–338, hier: S. 311ff.

Da im Gesetzentwurf über die Krankenversicherung keine zentralistischen Bestrebungen erwogen wurden, fand er im Reichstag schnell eine Mehrheit und konnte schon 1883 als Gesetz verkündet werden. Im Unterschied zur Krankenversicherung kreisten die Debatten über die Unfallversicherung jedoch sehr stark um Organisationsfragen, und zwar um das Verhältnis von Einzelstaaten und Gesamtstaat. Auch im Fall der Unfallversicherung war aber die Organisation, wie im Folgenden gezeigt wird, schließlich ebenfalls nicht bundesstaatlich geprägt.

## II. Unfallversicherung (1884)

Bismarck hatte die Unfallversicherung zuerst einführen wollen und deshalb bereits im Jahre 1881 dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt. Träger dieser Versicherung sollte eine Reichsversicherungsanstalt werden, deren Mittel durch Zahlungen der Unternehmer und durch einen Reichszuschuss aufgebracht werden sollten. Zwar fand sich eine Mehrheit im Reichstag für das Prinzip der Zwangsversicherung; die Organisationsform des Versicherungsträgers und der Reichszuschuss zu den Versicherungsprämien erschienen den Abgeordneten jedoch zu zentralistisch und als eine mögliche Stärkung der Reichsexekutive. Der Reichstag strich den Reichszuschuss und ersetzte die Reichsversicherungsanstalt durch Landesversicherungsanstalten. Die so abgeänderte Regierungsvorlage wurde auf Veranlassung Bismarcks im Juni 1881 vom Bundesrat abgelehnt. Auch der zweite Entwurf aus dem Jahre 1882, der hinsichtlich der Trägerschaft Reichsberufsgenossenschaften risikoverwandter Unternehmen vorschlug und am Reichszuschuss zu den von den Genossenschaften aufzubringenden Geldern festhielt, fand im Reichstag keine Zustimmung. Der Reichstag einigte sich lediglich auf Unternehmergenossenschaften als mögliche Versicherungsträger. Auf dieser Basis baute der erst 1884 vorgelegte dritte Entwurf auf, der auf einen Reichszuschuss völlig verzichtete und Berufsgenossenschaften ohne Risikoklassifizierung als Versicherungsträger vorschlug. Er wurde im gleichen Jahr von der Reichstagsmehrheit angenommen.<sup>33</sup>

Wenn man diesen Gesetzgebungsprozess betrachtet, stellt sich die Frage, warum die Regierungen der Einzelstaaten die Reichsversicherungsanstalt und den Reichszuschuss, die im Reichstag auf starken Widerstand stießen, nicht abgelehnt hatten. Warum hatten sie nicht stattdessen von Anfang an Landesversicherungsanstalten gefordert, für die sich der Reichstag letztlich entschied?

Zwar war damals in Mittelstaaten wie Bayern und Württemberg von einer »einzelstaatlichen Unfallversicherung« die Rede<sup>34</sup>, aber die Vorstellung von einer auf dem bundesstaatlichen Prinzip aufgebauten Unfallversicherung begeisterte keineswegs

33 Henning, Sozialpolitik, S. 94; Ernst Wickenhagen, Geschichte der gewerblichen Unfallversicherung. Wesen und Wirken der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Textband, München/Wien 1980, S. 29–50.

34 Christian Henrich-Franke, Wandlungen föderalen Regierens im Deutschen Kaiserreich. Die Entscheidungsfindung im Fall der Sozialgesetzgebung, in: HZ Bd. 293, 2011, S. 373–399, hier: S. 384–386; Julia Liedloff, Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive, Bd. 4: Föderale Mitwirkung an den Unfallversicherungsgesetzen im Kaiserreich (1884–1911), Baden-Baden 2017, S. 180–182.

die Regierungen dieser Einzelstaaten. Für die nichtpreußischen bundesstaatlichen Vertreter schien die einzelstaatliche Unfallversicherung mit Nachteilen verbunden. Sie konnten in den Landesversicherungsanstalten keinen Vorteil für die Einzelstaaten und die Behauptung ihrer Landeshoheit erkennen, sondern eher das Gegenteil: Die bayerische Regierung hatte Angst davor, dass die einzelstaatliche Unfallversicherung nicht den Einfluss der Regierungen der Bundesstaaten stärken, sondern zu einem Objekt werden würde, das Anlass zu neuen Angriffen gegen den Partikularismus geben könnte.<sup>35</sup> Zudem erwartete sie bei der Gründung der Landesversicherungsanstalten höhere Verwaltungskosten, die die meisten Bundesstaaten nicht bereit waren zu tragen. Man ging davon aus, dass es für viele Bundesstaaten aus finanziellen Gründen unmöglich sein würde, eigene Landesversicherungsanstalten zu errichten. Deswegen standen die Regierungen der Bundesstaaten einer Reichsversicherungsanstalt nicht generell ablehnend gegenüber.<sup>36</sup>

Außerdem befürchtete die württembergische Regierung, dass auch die Staatshilfe einseitig von den einzelstaatlichen Regierungen aufgebracht werden müsse. Man sollte daher der Reichsversicherungsanstalt den Vorzug geben und müsse unbedingt verhindern, dass die Einzelstaaten zur unmittelbaren Staatshilfe herangezogen würden.<sup>37</sup> In finanzieller Hinsicht zielte der Entwurf der Unfallversicherung auf die Einführung von Reichszuschüssen ab, die über ein staatliches Branntwein- und Tabakmonopol gegenfinanziert werden sollten. Die Notwendigkeit eines Reichszuschusses wurde von seinen Befürwortern damit begründet, dass die Finanzlage der einzelnen Bundesstaaten deren finanzielles Engagement von vornherein ausschliesse.<sup>38</sup> Aus diesen politischen und finanziellen Gründen lehnten es die Bundesstaaten ab, die Unfallversicherung auf dem bundesstaatlichen Prinzip aufzubauen.

Schließlich wurden als Träger der Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften der Unternehmer geschaffen, die innerhalb bestimmter Bezirke und für bestimmte Industriezweige errichtet wurden.<sup>39</sup> Die Unfallversicherung wurde von verschiedenen Arten von Berufsgenossenschaften getragen: den gewerblichen Berufsgenossenschaften, die nach Gewerbebezügen für begrenzte Wirtschaftsgebiete oder für das ganze Reich gebildet wurden; den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die nach örtlichen Bezirken abgegrenzt wurden; der See-Berufsgenossenschaft, die die Seeschifffahrt abdeckte.<sup>40</sup>

Interessanterweise verzichtete Österreich, das 1887 in Anlehnung an das deutsche Vorbild eine gesetzliche Unfallversicherung einführte, auf die Berufsgenossenschaften und schuf stattdessen territoriale Versicherungsanstalten. In Österreich wurden die Berufsgenossenschaften von den föderativen Abgeordneten des Parlaments als

35 Henrich-Franke, Wandlungen föderalen Regierens im Deutschen Kaiserreich, S. 386; Liedloff, Föderale Mitwirkung an den Unfallversicherungsgesetzen im Kaiserreich, S. 182.

36 Henrich-Franke, Wandlungen föderalen Regierens im Deutschen Kaiserreich, S. 383–385.

37 Liedloff, Föderale Mitwirkung an den Unfallversicherungsgesetzen im Kaiserreich, S. 182f.

38 Münch, Sozialpolitik und Föderalismus, S. 59.

39 Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, S. 96.

40 Gabriele Klein/Edgar Forster, Die Organe der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung vor 1933, in: Zeitschrift für Sozialreform 26, 1980, S. 537–556, hier: S. 546.



Instanzen kritisiert, die den Zentralstaat stärken könnten.<sup>41</sup> Warum entschied man sich in Deutschland dann für derartige Berufsgenossenschaften als Alternative zu zentralisierenden und etatistischen Lösungen?

Den langwierigen Verhandlungen um das Organisationsprinzip der Unfallversicherung nach dem Scheitern der Reichsversicherungsanstalt lagen nicht mehr unterschiedliche Auffassungen über die Struktur des Reiches – zentralstaatlich versus föderativ – zugrunde: Als der erste Versuch einer zentralistischen beziehungsweise etatistischen Lösung mit einer Reichsversicherungsanstalt als Träger gescheitert war, gab Bismarck die Devise einer genossenschaftlichen Organisation der Träger der Unfallversicherung aus.<sup>42</sup> Über die Grundlage der genossenschaftlichen Organisation wurde intensiv in der wirtschaftlichen Abteilung des Reichsamts des Innern diskutiert. So erinnerte sich ein Regierungsrat im Reichsamt:

»Es stand grundsätzlich zur Erwägung, ob die unfallversicherungspflichtigen Betriebe aller Art gemeinschaftlich in Anlehnung an die Kreise und ähnliche Organe korporativ zusammenzufassen und zu gliedern seien, oder aber, ob diese Betriebe fachlich in geographisch nicht begrenzte Berufsgenossenschaften korporativ zusammenzufassen und zu organisieren seien.«<sup>43</sup>

Schließlich fiel die Entscheidung für die berufsgenossenschaftliche Gliederung.

Die Berufsgenossenschaften kamen Bismarck gelegen. Zwar war die rein zentralstaatliche Verwaltungseinrichtung auf dem Gebiet der sozialen Sicherung gescheitert, doch war ihm der Zweck wichtiger als die Mittel: die »Verreichlichung«, das heißt die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Differenzen und dadurch die Aufwertung und Stabilisierung des Reiches. In den Berufsgenossenschaften sah Bismarck ein Instrument, um einen »Anschluß an die realen Kräfte des Volkslebens« zu verwirklichen und somit wichtige Teile der reichsdeutschen Bevölkerung in den neuen Gesamtstaat zu integrieren.<sup>44</sup> Deswegen bekannte er sich nach langen Kämpfen auch bei der Unfallversicherung zur Selbstverwaltungsorganisation beziehungsweise zu den Berufsgenossenschaften. Bismarck versuchte sogar, mit den Berufsgenossenschaften neben den sozialpolitischen auch verfassungspolitische Ziele wie die Etablierung ei-

41 Monika Senghaas, Sozialpolitik und Nationenbildung. Die Einführung von Sozialversicherungen in Frankreich und in der Habsburgermonarchie, in: Monika Eigmüller (Hrsg.), *Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Sozialpolitik in historisch-soziologischer Perspektive*, Weinheim/Basel 2012, S. 102–122, hier: S. 117f.; Monika Senghaas, Föderalismus und Sozialpolitik in der Habsburgermonarchie, in: Ambrosius/Henrich-Franke/Neutsch, *Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive*, S. 221–245, hier: S. 234–239.

42 Florian Tennstedt, Berufsgenossenschaften als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Rolle des Kasseler Regierungspräsidenten Eduard v. Magdeburg im Prozeß der Sozialstaatswerdung, in: Wolfgang Gitter/Bertram Schulin/Hans F. Zacher (Hrsg.), *Festschrift für Otto Ernst Krasney zum 65. Geburtstag* am 16. Dezember 1997, München 1997, S. 611–627, hier: S. 611.

43 Ebd., S. 613.

44 Ebd., S. 611; Henning, *Aufbau der Sozialverwaltung*, S. 296. Ein »Anschluß an die realen Kräfte des Volkslebens« ist die berühmte Formulierung in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, die nach dem Scheitern der ersten Unfallversicherungsvorlage erging.



nes berufsständischen Nebenparlaments auf Reichsebene zu erreichen<sup>45</sup>, obwohl diesen über die Unfallversicherung hinaus keine weiteren Aufgaben übertragen werden konnten.<sup>46</sup>

Die Berufsgenossenschaften waren neuartige selbstverwaltete Organisationen mit Zwangsmitgliedschaft. Hinter der »Selbst«-Verwaltung der Berufsgenossenschaften stand aber tatsächlich der Staat.<sup>47</sup> Die selbstregulierten Elemente der Unfallversicherung hatten letztlich in fast allen Bereichen mit staatlicher Korrektur zu rechnen: Bei der Errichtung der Berufsgenossenschaften griffen das Reichsversicherungsamt und der Bundesrat steuernd ein; für Zusammenlegungen oder Teilungen von Berufsgenossenschaften war die Zustimmung des Bundesrats notwendig. Zusätzlich standen die Berufsgenossenschaften unter der Aufsicht des Reichsversicherungsamts: Die von den Berufsgenossenschaften ausgearbeiteten Statuten unterlagen dessen Genehmigungsvorbehalt.

Allerdings waren diese Eingriffe des Reichsversicherungsamts und des Bundesrats nur begrenzt vorgesehen. Für die Organisation der Berufsgenossenschaften gab es keine eindeutige und konkrete Richtlinie vonseiten des Staats. Berufliche und territoriale Abgrenzungen mussten ohne jede staatliche Vorgabe von den Unternehmern selbst gefunden werden.<sup>48</sup> Zudem konnten Berufsgenossenschaften bei der Errichtung einer Organisation an bestehende Organisationsformen der Arbeitgeber zumindest nicht unmittelbar anknüpfen. Dies führte dazu, dass sich die Berufsgenossenschaften selbst weder planmäßig noch einheitlich organisieren konnten. Folgerichtig wiesen die auf diese Weise organisierten Genossenschaften keine Abgrenzungen auf, die den bundesstaatlichen Grenzen des Kaiserreichs entsprachen.

In der Folge war die organisatorische Landschaft der Unfallversicherung am Anfang so uneinheitlich und dezentral wie die der Krankenversicherung. Bemerkenswerterweise gab es jedoch bei der Unfallversicherung, anders als bei der Krankenversicherung, Ansätze zur Zentralisierung beziehungsweise »Verreichlichung«.

Erstens wurde eine eigene und selbstständige Reichsverwaltung für die Unfallversicherung neu errichtet. Das Reichsversicherungsamt war die oberste Aufsichts- und Rechtssprechungsinstanz der Unfallversicherung.<sup>49</sup> Zwar konnten die Bundesstaaten ihre Landesversicherungsämter errichten, die das Gewicht des Reichsversicherungsamts ausgleichen sollten, und tatsächlich setzten die süddeutschen Staaten die Er-

45 Gerhard A. Ritter, Bismarck und die Grundlegung des deutschen Sozialstaates, in: Franz Ruland/Bernd Baron von Maydell/Hans-Jürgen Papier (Hrsg.), *Verfassung, Theorie und Praxis des Sozialstaats*. Festschrift für Hans F. Zacher zum 70. Geburtstag, Heidelberg 1998, S. 789–820, hier: S. 811.

46 Wolfgang Ayaß, Regulierte Selbstregulierung in den Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung, in: Peter Collin/Gerd Bender/Stefan Ruppert u. a. (Hrsg.), *Regulierte Selbstregulierung im frühen Interventions- und Sozialstaat*, Frankfurt am Main 2012, S. 123–143, hier: S. 140.

47 Ebd., S. 142f.

48 Ebd., S. 126; Wolfgang Ayaß, Einleitung, in: QSGDSP, Abt. II: Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881–1890), Bd. 2, Teil 2: Die Ausdehnungsgesetzgebung und die Praxis der Unfallversicherung, Darmstadt 2001, S. XVII–XLII, hier: S. XXXIIIf.

49 Ebd., S. XXX–XXXII; Wolfgang Ayaß, Wege zur Sozialgerichtsbarkeit. Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt bis 1945, in: Masuch/Spellbrink/Becker u. a., *Eigenheiten und Zukunft von Sozialpolitik und Sozialrecht*, S. 265–282.

richtung solcher Landesorganisationen durch.<sup>50</sup> Jedoch wurden die generellen Gesichtspunkte für die Ausführung der Unfallversicherung vom Reichsversicherungsamt aufgestellt. Anders als bei den Krankenkassen eröffneten die von den Berufsgenossenschaften ausgearbeiteten Statuten, die unter Aufsicht des Reichsversicherungsamts standen, im laufenden Betrieb der Berufsgenossenschaften wenig Variationsmöglichkeiten. Durch dessen wachsende Bedeutung wurden die Berufsgenossenschaften immer mehr zentralistisch reguliert und gelenkt.<sup>51</sup> Zudem fassten die Arbeiter zunehmend Vertrauen zum Reichsversicherungsamt. Die Sozialdemokraten, die von Anfang an dem staatlichen Versicherungszwang zugestimmt hatten, forderten eine staatliche Organisation der gesamten Arbeiterversicherung auf Reichsebene. Trotz der weitgehenden Kritik an der Unfallversicherungsgesetzgebung galt das Reichsversicherungsamt als eine eher arbeiterfreundliche Institution, die gegen die Angriffe der berufsgenossenschaftlichen »Kapitalistenzünfte« zu verteidigen sei.<sup>52</sup> Durch das Reichsversicherungsamt förderte die Unfallversicherung zweifellos die Integration der Arbeiter in das Reich.

Zweitens war das berufsständische Prinzip selbst zentralistisch orientiert, wie die bereits genannte Diskussion in Österreich zeigt. Die Organisationen, die auf dem berufsständischen Prinzip aufbauten, hatten einen starken Trend zur Zentralisierung. Der Zusammenschluss der Berufsgenossenschaften machte Fortschritte, und bei der Unfallversicherung wurde zuerst ein Zentralverband der Trägerorganisationen erfolgreich gegründet.<sup>53</sup>

Drittens entstand mit der Unfallversicherung der bedeutende Block der Sozialverwaltung. Im bundesstaatlichen Gefüge des Kaiserreiches bildete diese eine finanziell und politisch wichtige Spezialbürokratie, die quer zu den Bundesstaaten lag. Für die Anfänge einer eigenen Sozialgerichtsbarkeit im Reichsversicherungsamt galt dies ebenfalls.<sup>54</sup> Gerade mit dieser Zentralisierung beziehungsweise »Verreichlichung« entfernte sich die ohnehin kaum bundesstaatlich geprägte Unfallversicherung noch mehr von der Bundesstaatlichkeit des Kaiserreiches.

50 Im Entwurf zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 war die Errichtung von Landesversicherungsämtern nicht vorgesehen. Erst im Reichstag wurde ihre Schöpfung von süddeutscher Seite angeregt, und man ging auf ihren Vorschlag ein, weil sonst das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet erschien. Vgl. Mitglieder des Reichsversicherungsamts, *Geschichte und Wirkungskreis des Reichsversicherungsamts*, in: dies. (Hrsg.), *Handbuch der Unfallversicherung in drei Bänden*, Bd. 3, 3. Aufl., Leipzig 1910, S. 561–855, hier: S. 586f.

51 Ebd.; Ayaß, *Regulierte Selbstregulierung in den Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung*, S. 142; Kott, *Sozialstaat und Gesellschaft*, S. 143.

52 Ayaß, *Einleitung* (QSGDSP, Abt. II, Bd. 2, Teil 2), S. XXXVIII; ders., *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Sozialversicherung bis zur Jahrhundertwende*, S. 21, 38ff. und 41ff.

53 Kott, *Sozialstaat und Gesellschaft*, S. 143; Ayaß, *Einleitung* (QSGDSP, Abt. II, Bd. 2, Teil 2), S. XXXVI; ders., *Einleitung*, in: QSGDSP, Abt. III: *Ausbau und Differenzierung der Sozialpolitik seit Beginn des Neuen Kurses (1890–1904)*, Bd. 2: *Die Revision der Unfallversicherungsgesetze und die Praxis der Unfallversicherung*, Mainz 2009, S. XV–XLII, hier: S. XXX.

54 Michael Stolleis, *Die Sozialpolitik Bismarcks*, in: ders., *Konstitution und Intervention. Studien zur Geschichte des öffentlichen Rechts im 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2001, S. 226–252, hier: S. 252; ders., *Geschichte des Sozialrechts in Deutschland*, S. 106.

### III. Invaliditäts- und Altersversicherung (1889)

Fünf Jahre nach der Verkündung des Gesetzes zur Unfallversicherung verabschiedete der Reichstag 1889 den Gesetzentwurf über die Invaliditäts- und Altersversicherung. In Bezug auf das Verhältnis von Versicherungsorganisation und Bundesstaatlichkeit sind folgende zwei Punkte bemerkenswert.

Der erste Punkt betrifft die Finanzierung der Invaliditäts- und Altersversicherung. Erst bei dieser wurde der Reichszuschuss eingeführt. Dieser entsprach zwar kaum Bismarcks Vorstellung einer steuerfinanzierten Versorgung: Er stellte keine Gesamtfinanzierung durch das Reich dar, sondern war Teil einer zu je einem Drittel von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Reich getragenen Finanzierung. Dennoch wurde die direkte finanzielle Beteiligung des Reiches, gegen die der Reichstag seit Langem am stärksten opponierte, hier schließlich verwirklicht. Im Anschluss ist zu klären, warum der Reichszuschuss erst bei der Invaliditäts- und Altersversicherung zustande kam.

Der zweite Punkt betrifft die Träger der Invaliditäts- und Altersversicherung. Versicherungsträger waren 31 territorial voneinander abgegrenzte Versicherungsanstalten.<sup>55</sup> Von der Reichsleitung wurden ursprünglich die Berufsgenossenschaften als Träger vorgesehen. Die Abkehr von den Berufsgenossenschaften erfolgte auf Intervention der Regierungen der Einzelstaaten. Es erscheint auf den ersten Blick selbstverständlich, dass die bundesstaatlichen Vertreter territoriale Organisationen forderten. Hier muss allerdings erneut darauf hingewiesen werden, dass bei den bereits erwähnten Diskussionen über die Unfallversicherung die Regierungen der Einzelstaaten von den Landesversicherungsanstalten wenig begeistert waren. Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung forderten sie jedoch ihrerseits diese Organisationen. Warum nahmen die Regierungen der Einzelstaaten hier eine genau entgegengesetzte Haltung bezüglich der Landesversicherungsanstalten ein?

Wenn man diese zwei Fragen untersucht, muss man von der Tatsache ausgehen, dass sich bereits 1883/84 bei der Kranken- und Unfallversicherung für ein Versicherungsmodell entschieden wurde und als Versicherungsträger in beiden Fällen Selbstverwaltungsorganisationen eingeführt wurden. In den bereits getroffenen Vorentscheidungen für die Kranken- und Unfallversicherung lag ein nicht zu unterschätzendes Motiv dafür, auch bei der Invaliditäts- und Altersversicherung auf ein Versicherungsmodell mit Selbstverwaltungsorganisation zu bauen.<sup>56</sup> Daher wurde die Invaliditäts- und Altersversicherung im Grunde nach diesem Modell geschaffen.

In Bezug auf den ersten Punkt, die Finanzierung, wollte Bismarck noch weit über den schließlich vom Reichstag angenommenen Reichszuschuss hinausgehen. Er votierte für eine vollständige Finanzierung der Altersversorgung aus dem Reichshaushalt. Dieses Konzept wurde jedoch von den Fachreferenten im Reichsamt des Innern als nicht realisierbar zurückgewiesen. Sie sahen den starken Widerstand föderativ ori-

<sup>55</sup> Nach der Jahrhundertwende bürgerte sich für diese der Begriff »Landesversicherungsanstalten« ein (der Terminus technicus blieb aber auch in der Reichsversicherungsordnung »Versicherungsanstalten«). Im Folgenden wird wie gewöhnlich das Wort »Landesversicherungsanstalt« benutzt. Vgl. Wolfgang Ayaß/Florian Tennstedt, Einleitung, in: QSGDSP, Abt. III: Ausbau und Differenzierung der Sozialpolitik seit Beginn des Neuen Kurses (1890–1904), Bd. 6: Die Praxis der Rentenversicherung und das Invalidenversicherungsgesetz von 1899, Darmstadt 2014, S. XI–XL, hier: S. XXXVIII.

<sup>56</sup> Haerendel, Einleitung (QSGDSP, Abt. II, Bd. 6), S. XXXI.

entierter Reichstagsabgeordneter und argumentierten, dass die Beitragsfinanzierung der beiden Vorgängerversicherungen in der Praxis funktionierte. Was die sachlichen Fragen des Gesetzesvorhabens anging, war dem Reichskanzler offenbar schon 1887 klar, dass von der sozialpolitischen Linie des Konzepts beitragsfinanzierter Sozialversicherung, das durch Kranken- und Unfallversicherung bereits etabliert war, nicht mehr abzuweichen war.<sup>57</sup>

Im Reichsamt des Innern wehrte man sich zwar gegen die Gesamtfinanzierung durch das Reich mit dem Hinweis, dass es unmöglich sei, in absehbarer Zeit dem Reichshaushalt eine so hohe Summe zu beschaffen. Angesichts der föderativen Struktur der Finanz- und Steuerverfassung des Reiches war nicht erkennbar, wie man den Reichshaushalt für diese neue Rolle hätte rüsten können.<sup>58</sup> Allerdings konnte der finanzielle Anteil des Reiches nicht abgewehrt werden. Denn gegen die Vorstellung, das Reich ganz herauszuhalten und diese Versicherung wie die Kranken- und Unfallversicherung ausschließlich über Beiträge zu finanzieren, sprachen Bedenken hinsichtlich einer zu hohen Belastung der Arbeitslöhne. Gleichzeitig wurde betont, dass das Bedürfnis nach Invaliditätsversicherung allgemein sei und die Allgemeinheit den Reichszuschuss leistete.<sup>59</sup>

Schließlich wurde die Drittelfinanzierung vom sogenannten Kartellreichstag angenommen, allerdings mit knapper Mehrheit, denn das »Kartell«, ein Wahlbündnis aus Deutsch-Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, war keine stabile Regierungsmehrheit, sondern ein prekäres interfraktionelles Arrangement, das in vielen Sachfragen neu verhandelt werden musste.

Zum zweiten Punkt: Wie kam es zur Einführung der Landesversicherungsanstalten? Wie oben erwähnt, war bei den Beratungen über den Unfallversicherungsentwurf die Einführung der Landesversicherungsanstalten bereits diskutiert worden. Dabei hatten die bundesstaatlichen Vertreter, etwa Bayerns und Württembergs, befürchtet, dass die Durchsetzung solcher territorialen Organisationen auf Kosten der Reichsversicherungsanstalt als Partikularismus scharf kritisiert und die Einzelstaaten zu einseitiger Staatshilfe verpflichten würde. In den Diskussionen über die Invaliditäts- und Altersversicherung spielten solche Ängste jedoch keine Rolle mehr: Als Träger kam die Reichsversicherungsanstalt keinesfalls mehr infrage; zur Finanzierung waren die Beiträge sowie die Staatshilfe von Reichsseite vorgesehen. Deswegen konnten die Regierungen der Einzelstaaten, anders als bei der Unfallversicherung, unbesorgt territoriale Organisationen fordern.

57 Dies., Regierung, Reichstag und Rentenversicherung. Der Gesetzgebungsprozeß zwischen 1887 und 1889, in: Stefan Fisch/Ulrike Haerendel (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Berlin 2000, S. 49–69, hier: S. 54; dies., Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889 im Spannungsfeld von Reichsverwaltung, Bundesrat und Parlament, Speyer 2001, S. 53; dies., Einleitung (QSGDSP, Abt. II, Bd. 6), S. XXX.

58 Haerendel, Regierung, Reichstag und Rentenversicherung, S. 54f.; dies., Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, S. 54.

59 Haerendel, Regierung, Reichstag und Rentenversicherung, S. 55; dies., Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, S. 54f.; dies., Einleitung (QSGDSP, Abt. II, Bd. 6), S. XXX.

Allerdings wurde die Errichtung der Landesversicherungsanstalten erst 1888 durch die Mitwirkung der Länder am Gesetzgebungsprozess ins Spiel gebracht. Nach vorherrschender Meinung im Reichsamt des Innern sollte die Organisation der Versicherung eng an die Unfallversicherung angeschlossen werden.<sup>60</sup> Das berufsgenossenschaftliche Modell konnte auf den Vorteil der organisatorischen Synchronisierung von Unfallversicherung und Invaliditäts- und Altersversicherung verweisen. Deswegen wurden von der Reichsleitung als Träger der Invaliditäts- und Altersversicherung die bereits für die Unfallversicherung errichteten Berufsgenossenschaften vorgesehen.

Diese stießen jedoch bei den Bundesstaaten auf Skepsis. Man befürchtete, dass zahlreiche Einrichtungen mit branchenspezifischer Gliederung nicht mit der geplanten Versicherungsstruktur in Einklang gebracht werden könnten. Einerseits fehle ihnen der zentralistisch-staatliche Charakter, wie sie der vorgesehene Reichszuschuss erforderte. Andererseits seien die Berufsgenossenschaften nicht geeignet für die Invaliditäts- und Altersversicherung, in der man wegen der unterschiedlichen Erwerbsbiografien eine individuelle Behandlung der einzelnen Arbeiter benötigte. Als Alternative wurden territoriale Versicherungsanstalten von Baden, Bayern und Sachsen ins Gespräch gebracht.<sup>61</sup>

Trotz der Einwände der Einzelstaaten sah der Gesetzentwurf, den die Reichsleitung im April 1888 dem Bundesrat vorlegte, noch die Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherung vor. Im Bundesrat gelang es jedoch der Koalition der »Mittelstaaten«, die Paragraphen der Organisation neu zu formulieren und anstelle der Berufsgenossenschaften territoriale Versicherungsanstalten als Träger einzusetzen.<sup>62</sup>

Im Reichstag wurde das Alternativmodell zu den Landesversicherungsanstalten nicht mehr von den Berufsgenossenschaften, sondern von der Reichsversicherungsanstalt besetzt, die von den Anhängern eines zentralistischen Konzepts, den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten, gefordert wurde. Sie führten an, »dass ein Gesetz, welches vom Reich eingeführt, im Reichstag beraten ist, in welchem ein sehr bedeutender Reichszuschuß vorgesehen wird, auch in seiner notwendigen Konsequenz zu einer Reichsanstalt führen« sollte.<sup>63</sup> Jedoch erwies sich das Länderkonzept beziehungsweise das Konzept der Bundesstaatlichkeit, das sich nach der Einigung im Bundesrat auch die Reichsleitung zu eigen gemacht hatte, als stärker, umso mehr, da große Teile der Konservativen und vor allem das Zentrum im Reichstag sehr föderativ eingestellt waren.<sup>64</sup> Die Anhänger einer föderativen Versicherungsstruktur waren zahlreich genug, um dafür zu sorgen, dass der Bundesratsentwurf nicht mehr angetastet wurde.

60 Ebd., S. XXXI.

61 Ebd., S. XXXV; dies., Regierung, Reichstag und Rentenversicherung, S. 53.

62 Ebd., S. 58–60; dies., Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, S. 63–67; dies., Einleitung (QSGDSP, Abt. II, Bd. 6), S. XXXVIf. Die ungewöhnlich erfolgreiche Koalition gegen Preußen, die sich in der Organisationsfrage gebildet hatte, veranlasste den Zentrumsführer Ludwig Windthorst später im Reichstag zu bemerken, dass man sich über eine solche »Herrschaft der Mittelstaaten« nur freuen könne, weil damit im Bundesrat auch einmal andere als preußische Stimmen entschieden hätten.

63 Ebd., S. XXXVIII.

64 Ebd.

Schließlich wurden 31 Landesversicherungsanstalten als Versicherungsträger errichtet.

Zumindest in territorialer Hinsicht wurde die Invaliditäts- und Altersversicherung im Vergleich der drei Zweige der Sozialversicherung der 1880er-Jahre am stärksten »bundesstaatlich« organisiert: Ihre Verwaltungsbezirke orientierten sich im Wesentlichen an den Grenzen der allgemeinen Verwaltung beziehungsweise an der politischen Gliederung des Reiches. Jedoch spiegelten sie nicht genau die Grenzen der Bundesstaaten wider: Einerseits gingen sie nicht selten über die bundesstaatlichen Grenzen hinaus, andererseits gab es auch jeweils mehrere Landesversicherungsanstalten in den großen Einzelstaaten. So wurde in Preußen eine Landesversicherungsanstalt für jede Provinz errichtet; in Mitteldeutschland umfasste der Einzugsbereich einer Landesversicherungsanstalt mehrere kleinere Bundesstaaten.<sup>65</sup> Obwohl man in den Landesversicherungsanstalten einen territorialen Ausdruck der Bundesstaatlichkeit des Kaiserreiches recht eindeutig erkennen kann, waren sie keine genaue Widerspiegelung. Der finanziellen Selbstständigkeit jeder Landesversicherungsanstalt wurde der Vorzug gegeben. In Berücksichtigung regionaler Besonderheiten war die Abgrenzung des Einzugsbereichs an der Leistungsfähigkeit der Landesversicherungsanstalt ausgerichtet.<sup>66</sup>

#### IV. Schluss

Die unter Bismarck entwickelte gesetzliche Sozialversicherung der 1880er-Jahre war keineswegs »bundesstaatlich« geprägt. Diese Eigentümlichkeit blieb unverändert bestehen, denn die Sozialversicherung blieb in ihren Grundsätzen und ihren Organisationsformen erstaunlich stabil und in gewisser Weise starr.

Die Krankenversicherung von 1883 schloss an die damals schon bestehenden zahlreichen Kassenorganisationen an. »Überall mußte ängstlich an Bestehendes angeknüpft werden, angeblich um die bisherigen Erfahrungen nutzbar machen zu erleichtern.«<sup>67</sup> In dieser Bemerkung findet sich die viel beschworene Pfadabhängigkeit der deutschen Sozialversicherung.

Während man auf dem Gebiet der Krankenversicherung den Weg der Anpassung an bestehende Institutionen ging, plante man für die Unfallversicherung von 1884 zunächst einen zentralistischen Verwaltungsaufbau. Diese Regierungspläne wurden jedoch durchkreuzt. Aus der im Entwurf vorgesehenen Reichsversicherungsanstalt wurden unter dem Einfluss politisch-partikularistischer Bestrebungen und des Zentrums Landesversicherungsanstalten, schließlich wurden Berufsgenossenschaften zu Trägern der Unfallversicherung. Auch die Organisation dieses Zweiges der Sozialversicherung blieb in hohem Maße stabil: Die einmal gefundene Abgrenzung der gewerblichen Berufsgenossenschaften blieb über Jahrzehnte hinweg bestehen. Über die Unfallversicherung hinaus wurden den Berufsgenossenschaften keine weiteren Aufga-

<sup>65</sup> Ayaß/Tennstedt, Einleitung (QSGDSP, Abt. III, Bd. 6), S. XXII.

<sup>66</sup> Henning, Aufbau der Sozialverwaltung, S. 298.

<sup>67</sup> Franz Hoffmann, Das Krankenversicherungsgesetz mit dem Hilfskassengesetz und den Ausführungsbestimmungen, Berlin 1908, S. V.



ben übertragen. Bismarcks Pläne einer berufsständischen Korporation scheiterten schon vor Ende seiner Kanzlerschaft. Auch spätere Ideen, den Berufsgenossenschaften im Rahmen der Vereinfachung der Arbeiterversicherung neue Bereiche wie Rentenversicherung oder Arbeitsvermittlung anzuvertrauen, versandeten. Trotzdem hat sich die gesetzliche Unfallversicherung als der am wenigsten umstrittene Bereich der Sozialversicherung bewährt.<sup>68</sup>

Obwohl das berufsgenossenschaftliche Modell auf den Vorteil der organisatorischen Synchronisierung von Unfall- und Altersversicherung verweisen konnte, die als Versicherungsformen auch inhaltlich verwandt waren, führte der nicht überwindbare politische Partikularismus auf dem Gebiet der Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889 dazu, dass nicht Berufsgenossenschaften, sondern territorial gegliederte Landesversicherungsanstalten als Träger der Versicherung bestimmt wurden. Institutionell blieben auch die 31 Landesversicherungsanstalten stabil: Einklagbare Ansprüche der Versicherten waren längst entstanden und die Träger waren selbstständige Rechtssubjekte mit beachtlichem institutionellem Eigengewicht geworden. Die Landesversicherungsanstalten der Invaliditäts- und Altersversicherung hatten bald teilweise beachtliches Vermögen angesammelt. Schon ein halbes Jahrzehnt nach der Implementierung der Arbeiterversicherung konnte man nicht mehr Tabula rasa machen.<sup>69</sup>

Grundsätzliche Bedenken gegen das sich herausbildende Sozialversicherungssystem wurden bereits während seiner Entstehungsphase geäußert. Verschiedenen Sozialpolitikern und Wissenschaftlern erschien es auf die Dauer unmöglich, die einzelnen, sich notwendig ergänzenden Versicherungszweige derart zu isolieren.<sup>70</sup> Seit der Einführung der Sozialversicherung gab es daher Bestrebungen, die verschiedenen Versicherungszweige organisatorisch zu verschmelzen oder gar eine Einheitsversicherung zu schaffen. Seit Mitte der 1890er-Jahre entstand ein ausführlicher Expertendiskurs unter den Schlagwörtern »Vereinheitlichung«, »Verschmelzung« sowie »Vereinfachung« der Sozialversicherung.<sup>71</sup>

Grob lassen sich drei Richtungen unterscheiden. Die erste plädierte für die Zusammenfassung aller drei Versicherungszweige, die zweite strebte eine Verschmelzung der Invaliditäts- und Altersversicherung mit der Unfallversicherung an und die letzte wollte die Krankenversicherung an die Invaliditäts- und Altersversicherung angliedern, die Unfallversicherung jedoch selbstständig lassen. Ein bundesstaatliches

68 Ayaß, Regulierte Selbstregulierung in den Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung, S. 130 und 140.

69 Ders., Einleitung, in: QSGDSP, Abt. III: Ausbau und Differenzierung der Sozialpolitik seit Beginn des Neuen Kurses (1890–1904), Bd. 1: Grundfragen der Sozialpolitik, S. XIII–XXXVI, hier: S. XXI.

70 In den drei Zweigen der Arbeiterversicherung erfolgten Korrektur- und Anpassungsarbeiten mit den Novellen zur Krankenversicherung (1892, 1900, 1903), zur Invalidenversicherung (1899) und zur Unfallversicherung (1900). Vor allem war der Unfallversicherung vom 6. Juli 1884 bis dahin die sogenannte Ausdehnungsgesetzgebung gefolgt: Bis 1887 beschloss der Reichstag fünf die Unfallversicherung beziehungsweise die Unfallfürsorge betreffende Gesetze. Die Novelle vom 30. Juni 1900 vereinheitlichte die bisherigen fünf Unfallversicherungsgesetze, ließ jedoch die 1884 festgelegten Prinzipien unangetastet.

71 Ayaß, Einleitung (QSGDSP, Abt. III, Bd. 1), S. XIX.



Gestaltungskonzept beeinflusste diese Diskussionen nicht. Letztlich blieb die Vereinheitlichungsdebatte allerdings ohne konkrete Ergebnisse.<sup>72</sup>

Im Juni 1905 ordnete der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Arthur Graf von Posadowsky-Wehner, die Ausarbeitung eines einheitlichen »Arbeiterversicherungsgesetzes« nach einer entsprechenden Resolution des Reichstags an. Dieses große Gesetzeswerk, die Reichsversicherungsordnung, die am 19. Juli 1911 verkündet wurde, brachte zwar die Kodifizierung des Sozialversicherungsrechts in einem in sich geschlossenen Gesetz und eine bessere Abstimmung der verschiedenen Bereiche, allerdings nicht die von vielen gewünschte Vereinigung der Versicherungszweige. Nach den »Gemeinsamen Vorschriften« folgten drei »Bücher« für die Zweige der Sozialversicherung. Dieses Prinzip ist bis heute erhalten geblieben. Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen sind in Finanzierung und Verwaltung nach wie vor getrennt und in verschiedenen »Sozialgesetzbüchern« geregelt.<sup>73</sup>

Die drei Arbeiterversicherungsgesetze entstanden nicht nur in jeweils eigenen Gesetzgebungsverfahren, sondern waren auch nur ungenügend aufeinander abgestimmt. Überdies fiel die überraschend schnelle Pfadabhängigkeit der Arbeiterversicherung auf. Somit blieben die drei Versicherungszweige mit ihrer nicht »bundesstaatlichen« Organisation der Versicherungsträger erhalten.

---

72 Eckart Reidegeld, 75 Jahre Reichsversicherungsordnung, in: Soziale Sicherheit 35, 1986, S. 327–335, hier: S. 330.

73 Ayaß, Einleitung (QSGDSP, Abt. III, Bd. 1), S. XXI.

DOMINIK RIGOLL / YVES MÜLLER

## Zeitgeschichte des Nationalismus

Für eine Historisierung von Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus als politische Nationalismen\*

»Nationalismus heute ist überholt und aktuell zugleich.«<sup>1</sup>

Der erste Anlauf, in der Bundesrepublik eine zeithistorische Nationalismusforschung zu etablieren, wurde in den 1960er-Jahren unternommen. Damals – die NPD feierte gerade ihre ersten Wahlerfolge – erschienen einige Bücher, die rechte Parteien wie diese nicht als »Neonazismus« oder »Rechtsradikalismus« untersuchten, sondern – als Nationalismus. Eines davon war Kurt P. Taubers »Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945«.<sup>2</sup> Das zweibändige Werk besticht bis heute durch seine Multiperspektivität. Anders als die aktuelle Rechtsextremismusforschung untersucht Tauber, der als Kind 1939 nach dem »Anschluss« Österreichs aus Wien in die USA geflohen war<sup>3</sup>, nicht nur *organisierten Nationalismus*, also rechte Vereinigungen, Netzwerke, Milieus mitsamt ihren Sympathisanten und Medien. Er hat auch die *staatliche Ordnungspolitik* der Alliierten im Blick, die von 1945 bis 1949/55 eine Renaissance des politischen Nationalismus erschwerte. Tauber fokussiert zudem gesellschaftlich *integrierten Nationalismus*: frühere Funktionsträger des Naziregimes in den Institutionen, die er nicht als »Belastete« untersucht, sondern als *nationalistische Kräfte* (»nationalist forces«), regionale Zeitungen mit rechter Rhetorik sowie *rechtsoffene* Konservative, Liberale und Linke, die sich in ihrem Buhlen um die Wählerschaft rechter Parteien oder die Loyalität rechter Eliten deren Forderungen aneigneten – ein Phänomen, das Kurt Sontheimer 1966 als *Nationalisierung* demokratischer Parteien bezeichnete.<sup>4</sup>

Die Nationalismusstudien der 1960er-Jahre waren aber nicht nur multiperspektivischer als die spätere Rechtsextremismusforschung, sondern auch historischer, da sie nicht mit 1945 oder 1949 ansetzten, sondern viel früher: Taubers Buch beginnt mit dem antinapoleonischen Befreiungsnationalismus; Helga Grebing veröffentlichte 1967 einen Text zu »Nationalismus und Demokratie in Deutschland« seit dem 19. Jahrhundert; Lutz Niethammer beginnt sein Buch über den »Angepassten Faschismus« der NPD im Jahr 1969 mit einem Parforceritt durch die Geschichte des »integralen« und

\* Der Beitrag ist Kurt P. Tauber, Lutz Niethammer und Otto Dann gewidmet, deren Forschungen wir viel verdanken. Für ihre wertvolle Kritik an früheren Textfassungen danken wir Frank Bösch, Gideon Botsch, Claudia Gatzka, Christina Morina, Christoph Schulze und Winfried Süß.

1 Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit [1959], in: *ders.*, Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt am Main 1963, S. 125–146, hier: S. 137.

2 Kurt P. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*, Wisconsin 1967.

3 Former Prof. Kurt Tauber Reflects on Time at the College, in: *The Williams Record*, 19.12.2019.

4 Kurt Sontheimer, *Sehnsucht nach der Nation? Drei Plädoyers*, München 1966, S. 26.

»organisierten Nationalismus« seit der Aufklärung.<sup>5</sup> Terminologisch knüpfte er damit an eine Nationalismusforschung an, die Mussolini, Hitler und Pétain nicht mit deren Selbstbezeichnungen als »Faschist«, »Nationalsozialist« und »Nationalrevolutionär« analysiert, sondern schlicht – als Nationalisten. Tatsächlich taten nationalistische Führer nach dem Ersten Weltkrieg zwar gerne so, als sei ihre Politik etwas völlig Neues, diese Akteure, Ideologien, Praktiken und Strukturen standen aber in der Kontinuität eines rechten Nationalismus, der im 19. Jahrhundert im Konflikt mit dem Sozialismus und Linksliberalismus entstanden war.<sup>6</sup> Diese nationalistische Bewegung erstarkte nach 1918 massiv, schien nach 1945 am Ende zu sein und ist inzwischen in Gestalt eines populistischen Nationalismus vielerorts wieder an der Macht.<sup>7</sup>

Die Ausgangsthese dieses Beitrags lautet, dass sich dieser politische Nationalismus im 20. Jahrhundert zu einer vierten politischen Hauptströmung neben dem politischen Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus entwickelte, jedoch als solche noch kaum untersucht wurde, weil man bis vor Kurzem davon ausging, dass sich der Nationalismus als erfolgreiche Kraft im (geteilten) Deutschland und im »Westen« seit 1945 überlebt habe. Heinrich August Winkler etwa schrieb 1993 von einer »Entlegitimierung des deutschen Nationalismus« durch Hitler; Martin Sabrow sah 2003 »die Idee der Nation erkennbar auf dem Rückzug« und »im Grunde nur noch auf dem sportlichen Gebiet« lebendig; Hans-Ulrich Wehler formulierte 2007, dass der »Vulkan des Radikalnationalismus« in Deutschland 1945 »erlosch[en]« sei.<sup>8</sup> Zumindest implizit findet man ganz ähnliche Vorstellungen oder Prognosen freilich auch in wichtigen zeithistorischen Überblicken und Gegenwartsgeschichten.<sup>9</sup> Ein zweiter Anlauf zur Historisierung des politischen Nationalismus im letzten Jahrhundert erscheint also vonnöten. Begriffe, die dabei dienlich sein könnten, sind bei Erstverwendung kursiv markiert.

Ein erstes begriffliches Instrumentarium für diese Historisierung können die wenigen Studien liefern, die Nationalismus nicht mit Karl Wolfgang Deutsch als Form

5 Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 3–18; Helga Grebing, *Nationalismus und Demokratie in Deutschland*, in: Iring Fetscher (Hrsg.), *Rechtsradikalismus*, Frankfurt am Main 1967, S. 31–65; Lutz Niethammer, *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt am Main 1969, S. 12–31.

6 Carlton Hayes, *The Historical Evolution of Modern Nationalism*, New York 1931; Eugen Lemberg, *Geschichte des Nationalismus in Europa*, Stuttgart 1950; ders., *Nationalismus*, Bd. 1, Reinbek 1967.

7 Zum populistischen Nationalismus der Gegenwart lesenswert Rolf-Ulrich Kunze, *Nationalismus. Illusionen und Realitäten. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Stuttgart 2019; Fernando López-Alves/Diane E. Johnson (Hrsg.), *Populist Nationalism in Europe and the Americas*, London 2019.

8 Heinrich August Winkler, *Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945*, in: ders./Hartmut Kaelble (Hrsg.), *Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität*, Stuttgart 1993, S. 12–33, hier: S. 12; Martin Sabrow (Hrsg.), *Abschied von der Nation? Deutsche Geschichte und europäische Zukunft*, Leipzig 2003, S. 62; Hans-Ulrich Wehler, *Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 2007 (zuerst 2001), S. 87.

9 So etwa bei Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 1251. Nicht eigens behandelt wird die nationalistische Rechte in den Gesellschaften des sogenannten Westens zum Beispiel auch bei Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016; Andreas Rödter, *21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015; Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012.

politischer Kommunikation analysieren<sup>10</sup>, sondern als politische Bewegung. Der US-amerikanische (auch Zeit-)Historiker Carlton Hayes hat bereits 1931 mit Blick auf die »Action française«, den Faschismus und den Nazismus von *integralem Nationalismus* gesprochen – ein Terminus, der auch Eingang in die westdeutsche Nationalismusforschung fand.<sup>11</sup> Integral – im Sinne von ganzheitlich – war dieser politische Nationalismus in der Tat insofern, als er sich, anders als die frühen Nationalbewegungen, nicht mit der »Schaffung oder Bewahrung eines Nationalstaates«<sup>12</sup> zufriedengab, sondern die Nationsbildung gleichsam weitertreiben wollte – durch den Ausschluss bestimmter Gruppen aus dem Nationalvolk und die Expansion des Nationalstaats. Erkenntnisfördernd ist auch der Begriff *organisierter Nationalismus*, weil er darauf abhebt, dass es sich hier um eine politische Bewegung handelt, die auf die Verwirklichung einer nationalistischen Programmatik oder Utopie hinarbeitet und zu diesem Zweck spezifische politische Akteure, Praktiken, Ideologien und Strukturen hervorbringt.<sup>13</sup> Sinnvoll erscheint schließlich die analytische Unterscheidung zwischen politischem Nationalismus einerseits und politischem *Nationismus* andererseits.<sup>14</sup> *Nationistische* Akteure divergieren von nationalistischen insofern, als Nationalstaat und Nationalvolk zwar auch ihren Bezugsrahmen bilden, sie die beiden jedoch nicht – wie die politische Rechte – nach nationalistischen Kriterien ordnen wollen, sondern zum Beispiel nach liberalen, konservativen, sozialistischen oder christlichen. Auch *Nationisten* handeln regelmäßig nationalistisch und sind somit Teil des Nationalismus als politischer Kommunikation. Sie sind jedoch nicht Teil einer nationalistischen Bewegung.

Im allgemeinen Sprachgebrauch wie auch in Zeitgeschichte, Politik- und Sozialwissenschaft wird politischer Nationalismus meist mit normativen und relationalen Begriffen belegt, die ihn als Abweichung zum »gemäßigten Nationalismus« oder »Patriotismus« markieren (»othern«). Diese Begriffe sollten nicht als Analysebegriffe verwendet, sondern historisiert werden. Normativ und unpräzise sind Termini wie »radikaler« und »extremer Nationalismus« respektive »radikale« und »extreme Rechte«, denn neben gegenrevolutionären Kräften, die den Umsturz wollten, umfasste politischer Nationalismus stets auch evolutionäre Kräfte, namentlich im liberal-, konservativ- und regional-nationalistischen Spektrum oder in der Person rechter »Hardliner« in demokratischen Parteien. Aus demselben Grund greifen Begriffe wie »Faschismus« und »nationale Opposition« zu kurz. Problematisch ist im Grunde auch der häufige Gebrauch von »Nationalsozialismus« und »Nationalsozialist«. Da die NSDAP keine sozialistische Arbeiterpartei war, sondern eine nationalistische Sammlungspartei, die sich zur Ge-

10 Karl W. Deutsch, *Der Nationalismus und seine Alternativen*, München 1972 (zuerst engl. 1969).

11 Vgl. Anm. 5 und 6 sowie Lemberg, *Geschichte des Nationalismus in Europa*, Kap. IX; Peter Alter, *Nationalismus*, Frankfurt am Main 1985, S. 43–59; Winkler, *Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945*, S. 13.

12 So die Minimaldefinition von »Nationalismus« von Dieter Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, S. 190. Eigene Hervorhebung.

13 Anm. 5; Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München 1996; Christian Jansen/Henning Borggräfe, *Nation – Nationalität – Nationalismus*, Frankfurt am Main 2007.

14 In Anlehnung an Joshua A. Fishman, *Nationality-Nationalism and Nation-Nationism*, in: ders./Charles Albert Ferguson/Jyotirindra Das Gupata (Hrsg.), *Language Problems of Developing Nations*, New York 1968, S. 39–51; Bernard Cassen, *Nationismus gegen Nationalismus*, in: *Le Monde diplomatique*, 13.3.1998.

winnung »der Massen« sozialistische Ideologeme und Praktiken aneignete, um sie dann nationalistisch auszubuchstabieren, werden hier die auch international üblicheren Termini Nazismus und Nazi verwendet.<sup>15</sup>

Idealtypisch lassen sich innerhalb des politischen Nationalismus bis zum Zweiten Weltkrieg zwei Hauptströmungen identifizieren, die es in jeweils unterschiedlichen Ausprägungen auch in anderen großen Industriestaaten gab. In der deutschen Nationalismusforschung ist hier oft von »altem« und »neuem Nationalismus« die Rede.<sup>16</sup> Der Beitrag, der hier auch Teilaspekte eines größeren Forschungsprojekts diskutiert<sup>17</sup>, unterscheidet stattdessen nach inhaltlichen Kriterien zwischen *etatistischem* (staatsbezogenem) und *populistischem* (volksbezogenem) Nationalismus. Letzterer bezeichnete sich hierzulande lange als »deutsch« oder »völkisch«. Erfunden worden war der Begriff »völkisch« bereits im Jahr 1870, um das aus dem Lateinischen stammende »national« zu verdeutschen.<sup>18</sup> Die Rede vom »völkischen Nationalismus« ist daher im Grunde tautologisch. Der *Staatsnationalismus* (der unter anderem nationalkonservativ, -liberal, -klerikal und -regionalistisch sein konnte) schrieb sich in der Innenpolitik den Ausbau eines starken Staats auf die Fahnen; sein außenpolitisches Programm zielte bis 1945 auf die imperiale Expansion des Staats und seiner Einflussosphäre ab. Beides sollte unter anderem durch den Ausschluss von linken und jüdischen Menschen aus dem öffentlichen Leben bei gleichzeitiger Privilegierung »nationaler« Kräfte erreicht werden. Der *Volksnationalismus* propagierte bis 1945 eine Bevölkerungs- und Körperpolitik, die nach außen auf die Eroberung von »Lebensraum« und im Innern auf die Schaffung einer »nationalen Volksgemeinschaft« abzielte sowie auf die Ausgrenzung störender und die Züchtung erwünschter Menschen. Nicht nur »Fremde«, sondern auch »Kranke«, »Perverse« und »Asoziale« sollten aus dem Nationalvolk ausgeschlossen werden. In der historischen Realität waren die Übergänge zwischen staats- und volksbezogenem Nationalismus freilich fließend. Beide waren chauvinistisch, antipluralistisch, antisozialistisch, rassistisch, eugenistisch, imperialistisch, etatistisch, autoritär, homophob und sexistisch. So lauten zentrale Kriterien, nach denen beide Staat und Volk zu organisieren gedachten. Sie setzten aber verschiedene Akzente: Vertrat der *Nationalletatismus* eher die Interessen von Eliten, nahm der *Nationalpopulismus* für sich in Anspruch, das ganze Volk besserstellen zu wollen. Beider politisches Nahziel war kein vom Nationalen losgelöster Rassestaat, sondern ein nationalistisch organisierter Na-

15 Zur »NS«-Nomenklatur und zum Nazismus-Begriff auch Rüdiger Hachtman, Nazismus (»Nationalsozialismus«), in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus 9/II, im Erscheinen.

16 Vgl. etwa Stefan Breuer, Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945. Eine politische Ideengeschichte, Stuttgart 2010, S. 154–203; Wehler, Nationalismus, S. 85.

17 Dominik Rigoll, Staatliche Ordnungspolitik und politischer Nationalismus in Deutschland, 1918–1973, vgl. URL: <<https://zzf-potsdam.de/de/forschung/projekte/staatliche-ordnungspolitik/>> [2.9.2020]. Das Projekt wurde in seiner ersten Phase vom Bundesinnenministerium gefördert. Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen der Forschungsgruppe um Frank Bösch und Andreas Wirsching.

18 Vgl. Uwe Puschner, Völkisch. Plädoyer für einen »engen« Begriff, in: Paul Ciupke (Hrsg.), »Die Erziehung zum deutschen Menschen«. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen 2007, S. 53–66. Zum Konnex von Etatismus und Nationalismus vgl. Dietmar Schirmer, Schließung der Nation. Etatismus und Nationalismus im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Werner Rossade/Birgit Sauer/Dietmar Schirmer (Hrsg.), Politik und Bedeutung. Studien zu den kulturellen Grundlagen politischen Handelns und politischer Institutionen, Wiesbaden 2002, S. 163–173.

tionalstaat. Der nur »rassisch« geordnete »Großraum« ist eine rechte Utopie, wie sie die »herrschaftsfreie Gesellschaft« für linke Bewegungen darstellt.

Dieser Beitrag skizziert, wie sich der politische Nationalismus in Deutschland zwischen der Niederlage von Stalingrad 1943 und dem Anfang vom Ende der Denazifizierung um 1948 entwickelte und weshalb es sich lohnt, ihn nicht mehr entweder als »Nationalsozialismus« oder »Rechtsradikalismus« zu historisieren, sondern in einer integrierten Geschichte. Die Periode bietet sich an, weil in ihr – von den Rechten selbst wie ihren Gegnern – Weichen gestellt wurden, die den politischen Nationalismus zum Teil bis heute prägen. Der Beitrag unternimmt eine nationalismusgeschichtliche Relektüre von Schlüsseltexten sowie einer Auswahl an Studien, die zum politischen Nationalismus erschienen sind, ihren Gegenstand aber nicht als solchen erfassen. Werden sie in den Fußnoten genannt, heißt dies also nicht, dass sie die Perspektive des Haupttexts teilen. Erstens handelt es sich um nationalismusgeschichtliche Überblicke, die einen Eindruck davon vermitteln, wie der Nazismus und die Nachkriegsrechte zu einer Zeit historisiert wurden, da Historikerinnen und Historiker in Deutschland in der Regel davon ausgingen, organisierter Nationalismus habe seit 1945 eine Nischenexistenz geführt und werde dies weiter tun.<sup>19</sup> Zweitens haben wir zeithistorische Studien zum Nazismus und seiner Nachgeschichte sowie zur Nachkriegsrechten einer Relektüre unterzogen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei solchen Arbeiten, die den politischen oder gesellschaftlichen Umgang mit Rechten untersuchen, denn der organisierte Nationalismus ist nur zu verstehen, wenn man neben diesem selbst auch den *organisierten Antinationalismus* studiert<sup>20</sup>, der sich in dem hier untersuchten Zeitraum meist entweder als »Antifaschismus« oder »Antinazismus« verstand.

Sinnvoll ist die nationalismusgeschichtliche Relektüre dieser Forschungen nicht nur deshalb, weil die Begriffe, mit denen diese operieren, jeweils nur Teildimensionen des politischen Nationalismus erfassen. Sie ist auch angebracht, weil die Nutzung des Nationalismusbegriffs die internationale Vergleichbarkeit des Phänomens massiv erhöht und Verflechtungsanalysen erleichtert. Vor allem aber erscheint ein solcher Paradigmenwechsel vonnöten, weil die bisherige Nationalismusforschung, die zum deutschen Nachkriegsnationalismus nur extrem selten empirisch gearbeitet hat, auf einigen falschen Vorannahmen beruhte und daher – oft auch nur implizite – Thesen entwickelte, die einer empirischen Überprüfung nicht standhalten.<sup>21</sup> Eine dieser Thesen lautet, der deutsche Nationalismus sei 1945 mit dem Nazismus gleichsam untergegangen, fand danach jedenfalls nie zu alter Kraft zurück. Der erste Abschnitt stellt dieser *Untergangsthese* eine *Transformationsthese* entgegen, wonach sich der organisierte und integrierte Nationalismus nicht in Luft auflöste, sondern nach Stalingrad andere Aggregatzustände einnahm als zuvor, die nationalismusgeschichtlich untersucht werden können. Der zweite Abschnitt widerspricht der These, wonach der deutsche Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg marginalisiert gewesen sei. Dieser Mar-

19 Winkler, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945; Wehler, Nationalismus; Alter, Nationalismus; Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa; Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990.

20 Auch in Anlehnung an Konrad Heiden, Adolf Hitler. Eine Biographie, Bd. 2, Zürich 1937, S. 62.

21 Nach Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt am Main 1991, tritt ein Paradigmenwechsel ein, wenn sich ein altes Paradigma als falsch oder unzureichend erweist.



ginalisierungsthese stellt er eine Nationalisierungsthese entgegen, die besagt, dass es seit 1945 neben Demokratisierungs- auch Nationalisierungsprozesse gab<sup>22</sup>, die integrierte und organisierte Rechte in politischer Arbeitsteilung<sup>23</sup> anstießen. So hoffen wir mit diesem Beitrag zeigen zu können, dass es sich lohnt, mit dem eingangs zitierten Theodor W. Adorno nicht von einem Verschwinden des Nationalismus auszugehen, nur weil rechte Parteien in Westdeutschland keine Wahlen gewannen: Der Nationalismus mochte gebändigt erscheinen, subkutan blieb er aber virulent<sup>24</sup> – und ist deshalb für uns heute analysierbar.

### I. Kein Untergang: Mit Okzidental- und Europeanationalismus gegen die Anti-Hitler-Koalition (1943–1945)

Überblicke zur Nationalismusgeschichte behandeln die Jahre zwischen Stalingrad und Kapitulation oft nur in wenigen Zeilen als Periode des Untergangs und der Selbstzerstörung. Hans-Ulrich Wehler etwa, der in der NSDAP eine »radikalnationalistische Massenbewegung« und im Nazismus einen »extremen Nationalismus« sieht, der im Zweiten Weltkrieg »entfesselt« worden sei, spricht vom »Untergang des ›Dritten Reiches‹«; bei Heinrich August Winkler, für den der Nazismus die »bisher extremste Erscheinungsform des Nationalismus« darstellt, ist von einer »Selbstzerstörung des deutschen Nationalstaats« die Rede, die mit dem Genozid an den jüdischen Europäern »in ihre letzte Phase getreten« sei.<sup>25</sup> Die gleichen »Untergangs«-Topoi findet man in zeithistorischen Werken.<sup>26</sup> Hier soll eine andere Lesart der letzten Kriegsjahre und des Besatzungsbeginns vorgeschlagen werden, die nicht von einer Zerstörung oder einem Untergang des deutschen Nationalismus in dieser Periode ausgeht, sondern von einer Transformation, die nicht nur als das Ende von etwas Altem, sondern auch als der Anfang von etwas Neuem historisiert werden sollte. Betrachtet man die Entwicklung des Nazismus zwischen 1943 und 1945 aus nationalismusgeschichtlicher Perspektive, so fällt zunächst ein nationalistischer Okzidentalismus und Europäismus ins Auge, der schon davor existiert hatte, nun aber in den Vordergrund rückte, weil das Regime seit Stalingrad unter Druck stand und sich ernsthaft nach westlichen Bündnispartnern umsah, namentlich in den USA und Großbritannien, wo die Bildung einer

22 Vgl. auch George L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1976. Der Begriff geht auf Hitlers 14 Punkte (»Nationalisierung der Massen«) zurück: Adolf Hitler, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band, Berlin 1943, S. 369–388.

23 In Anlehnung an Émile Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung, Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1988 (zuerst frz. 1893).

24 Deshalb ist es auch problematisch, von einer »Rückkehr des Nationalismus« oder Ähnlichem zu sprechen, wie dies seit den späten 1945er-Jahren regelmäßig geschieht. Vgl. zuletzt etwa Norbert Frei/Franka Maubach/Christina Morina u. a., *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019. Lesenswert hierzu auch Christian Geulen, *Zur »Wiederkehr« des Nationalismus*, in: *APuZ* 68, 2018, H. 48, S. 4–8.

25 Wehler, *Nationalismus*, S. 87f.; Winkler, *Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945*, S. 15.

26 Vgl. etwa Herbert, *Geschichte Deutschlands*, S. 511 und 538.



Anti-Hitler-Koalition unter Einschluss der Sowjetunion umstritten war.<sup>27</sup> Der *Europa- und Okzidentalnationalismus* war ungleich defensiver angelegt als der bisherige Staats- und Volksnationalismus und zielte – jedenfalls propagandistisch – nicht mehr auf Expansion, sondern auf den Schutz »Europas« respektive des »Abendlandes« vor dem »Bolschewismus«. Der Nazismus entwickelte in dieser Periode aber nicht nur seine Ideologie und Praxis weiter, sondern entfaltete auch eine immense Handlungsmacht (Agency) und Wirkungsmacht (Legacy) – trotz und gerade wegen der Zerstörungen und Völkermorde, die er verursachte und vorantrieb. Erstens ist hier der sogenannte Endkampf zu nennen, der zwar militärisch verloren ging, aber die seit 1933 andauernde Nationalisierung der Bevölkerung durch Propaganda und Organisation intensivierte und so viele Gesellschaftsschichten wie nie zuvor umfasste. Zweitens betrieb der politische Nationalismus trotz der militärischen Niederlage erfolgreich Zukunftssicherung für den Nationalstaat – zum einen durch Hilfsdienste für westalliierte Akteure, die späteren Kooperationen den Weg ebneten; zum anderen aber auch durch die millionenfache Ermordung potenzieller Gegner in Deutschland selbst und in Europa. Ein Ende setzte dem Morden erst die Besetzung des Reiches, die nicht nur die Zerschlagung der »Reichsnation« und die Masseninternierung rechter Gefährder mit sich brachte, sondern auch Allianzen zwischen integrierten Rechten auf deutscher und westalliierte Seite.

### *Nationalisierung des Volkes: Propaganda und Organisation*

Die innereuropäischen Ausprägungen des rechten Europäismus und Okzidentalismus sind von Johannes Dalfinger und Dieter Pohl als »nationalistisches Europa« untersucht worden.<sup>28</sup> Noch wenig erforscht ist, inwiefern dieser *nationalistische Internationalismus* eine der Quellen darstellt, aus der sich die von Axel Schildt und anderen untersuchte »Abendland«-Ideologie rechter Netzwerke in der Bundesrepublik speiste.<sup>29</sup> Im Deutschen Reich der Jahre 1943 bis 1945 wird die »Endkampf«-Variante dieses Nationalismus zum Beispiel durch die bekannte Rede verkörpert, die Joseph Goebbels im Februar 1943 als Gauleiter von Berlin und Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung auf einer Parteikundgebung im Berliner Sportpalast hielt. Im ersten, explizit an die »Weltöffentlichkeit« gerichteten Teil der Rede stellte Goebbels den möglichen Sieg der Roten Armee nicht nur als »Bedrohung des Reiches«, sondern auch Gefährdung des »europäischen Kontinents« wie des gesamten »Abendlandes« dar, da linke und jüdische Kräfte in den Ländern der Anti-Hitler-Koalition nur darauf warte-

27 Vgl. Dominik Rigoll, *Rekonziliarismus und Europäismus von rechts. Deutsch-französische Annäherung unter nationalistischen Vorzeichen (1914–1945)*, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hrsg.), »Versöhnung« zwischen Vergessen und Erinnerung. Geschichte eines bewegten Konzepts, im Erscheinen.

28 Johannes Dalfinger/Dieter Pohl (Hrsg.), *A New Nationalist Europe under Hitler. Concepts of Europe and Transnational Networks in the National Socialist Sphere of Influence, 1933–1945*, Abingdon/New York 2019.

29 Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999; Darius Harwardt, *Verehrter Feind. Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 2019.

ten, eine Revolution vom Zaun zu brechen. Er prophezeite aber auch, das deutsche Volk werde den »Endsieg« aus eigener Kraft erringen – durch die Mobilisierung aller Ressourcen und der ganzen Bevölkerung für einen »totalen Krieg«.<sup>30</sup> Die Menschen, die Goebbels zujubelten, standen freilich nicht für das deutsche Volk als Ganzes, auch wenn die Rede so inszeniert und rezipiert wurde, sondern für jene Teile der nationalistischen Sammlungsbewegung, die sich auch dann nicht vom Regime abwenden wollten, wenn die »nationalen Erfolge« ausblieben.<sup>31</sup> Auch wenn das im Sportpalast propagierte Unternehmen am Ende scheiterte und Deutschland den Krieg verlor, dürfte die von Goebbels geforderte Nationalisierung der Bevölkerung durchaus Erfolg gehabt und die ab 1945 einsetzende Demokratisierung entsprechend erschwert haben.

Wie Ian Kershaw und Sven Keller gezeigt haben, rekrutierte sich die Gruppe der »Endkämpfer«, die Goebbels in der Folge beim Wort nahm, in der Regel weniger aus den Eliten, die erst seit 1933 zu Nazis geworden waren, sondern aus den Funktionskorps der NSDAP und ihrer Gliederungen: Es waren oft »alte Kämpfer«, die sich in ihre »Kampfzeit« vor 1933 zurückversetzt fühlten, und »junge Idealisten«, die in den Nazismus hineingewachsen waren.<sup>32</sup> Koordiniert und propagandistisch angefacht wurde der »Endkampf« unter anderem von Werner Naumann, der in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle im organisierten Nationalismus spielen sollte.<sup>33</sup> Eine systematische, etwa gruppenbiografische Analyse der hier involvierten Akteure, die auch nach etwaigen politischen Aktivitäten in den Jahren nach 1945 fragt, ist Desiderat. Eine Hypothese wäre, dass der »Endkampf« auch der Binnenmobilisierung von Aktivisten diene, die bereit waren, eine nationalistische Bewegung auch nach der Niederlage zu unterstützen, dieser also auch eine prospektive Seite hatte.

Wie eine Relektüre von Perry Biddiscombes Fallstudie zum »Werwolf« nahelegt, knüpfte die Nationalisierung praktisch und ideologisch an die Gewaltpropaganda und den Vigilantismus der »nationalen Opposition« in der Weimarer Republik an (»Freikorps Adolf Hitler«). Neben Guerilla-Strukturen, die von der Polizei/SS oder dem Goebbels-Ministerium organisiert waren, gab es Gruppen, die unabhängig davon handelten und oft aus Jugendlichen bestanden.<sup>34</sup> Nun wurden nicht mehr organisierte politische Gegner terrorisiert wie nach 1918, denn entsprechende Strukturen hatte das Regime zerschlagen, sondern wer sich der »nationalen« Kraftanstrengung verweigerte – von deutschen »Defätisten« über Zwangsarbeitende bis hin zu Menschen, die als Oppositionelle galten und denen unterstellt wurde, dass sie bereit waren, mit den Alliierten beim Aufbau einer demokratischen Ordnung zusammenzuarbeiten. Biddiscom-

30 Nach der unvollständigen Transkription der Rede auf 1000dokumente.de, URL: <[https://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0200\\_goe\\_de.pdf](https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0200_goe_de.pdf)> [2.9.2020].

31 Zu deren Bedeutung für die Zustimmung der breiten Bevölkerung vgl. Wehler, Nationalismus, S. 86.

32 Sven Keller, Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013; Ian Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011. Vgl. außerdem Cord Arendes/Edgar Wolfrum/Jörg Zedler (Hrsg.), Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 2006.

33 Günter J. Tittel, »Man kann ein Ideal nicht verraten ...«. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013, Kap. I.

34 Perry Biddiscombe, Werwolf! The History of the National Socialist Guerrilla Movement 1944–1946, Toronto/Buffalo 1998. Vgl. auch Volker Koop, Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation »Werwolf«, Köln/Weimar etc. 2008, der die Bedeutung des Werwolf aber stark unterschätzt.

bes Schätzungen zufolge, die sich Kershaw vorsichtig zu eigen macht, fielen »Endkampf«-Praktiken bis zu 5.000 Menschen zum Opfer – darunter auch Personen, die in alliierten Vergeltungsaktionen starben.<sup>35</sup> Militärisch mochten diese Aktionen unbedeutend gewesen sein und bei nicht wenigen zu einer »Entlegitimierung des deutschen Nationalismus« im Sinne Heinrich August Winklers beigetragen haben. Wohl aber ließ sich die Bevölkerung durch den Terror einschüchtern und auf lokaler Ebene wurden potenzielle Gegeneliten dezimiert. Zudem provozierte der rechte Terror alliierte – besonders sowjetische – Militärs zu Strafaktionen, die diese andernfalls womöglich unterlassen hätten, was den Nationalismus und Antibolschewismus in der Bevölkerung zusätzlich befeuert haben dürfte. Die nationalistische Gewalt bei Kriegsende entfaltete also ihre volle Wirkungsmacht erst nach dessen Ende – so jedenfalls eine weitere zu überprüfende These. Vor allem aber harren die rechten Morde selbst einer systematischen Erforschung – genau wie ihre Vorläufer in der Weimarer Republik. Selbst zu dem vergleichsweise bekannten Attentat auf den ersten von den Amerikanern eingesetzten Bürgermeister – der Aachener Jurist Franz Oppenhoff – am 25. März 1945 durch ein arbeitsteilig vorgehendes Kommando aus Angehörigen der SS/Polizei, der Luftwaffe und des Grenzschutzes, einem Hitlerjungen und einem BDM-Mädchen liegen bislang nur journalistische Arbeiten vor, darunter eine sehenswerte Fernsehdokumentation von Hannes Heer aus den 1980er-Jahren.<sup>36</sup>

Weitere Ideologeme und Praktiken des »Endkampfes« zielten auf die propagandistische und staatlich erzwungene Schaffung einer »nationalen Schicksalsgemeinschaft« ab, die so viele Teile der Bevölkerung wie möglich in das Projekt des »Endsieg« hineinzwang. Bestandteil der nationalistischen Propaganda war neben der Überhöhung der eigenen Nation zu dem einzigen Bollwerk, das »Europa« und das »Abendland« vor dem »jüdischen Bolschewismus« bewahren könne, ein *nationalistischer Antisemitismus*, dem zufolge insbesondere das amerikanische Judentum den deutschen Staat zerschlagen und das deutsche Volk versklaven wollte, sowie ein *nationalistischer Antislawismus*, die »Russenangst«.<sup>37</sup> Zu den Objekten dieser *Massennationalisierung* zählen an erster Stelle die an den »Heimatflaks« kämpfenden HJ- und jungen NSDAP-Angehörigen. Analog zu dem, was weiter oben über die älteren »Abendländer« gesagt wurde, sind auch diese jüngeren »Flakhelfer« in ihrer Bedeutung für die Westbindung und Westeuropaorientierung der Bundesrepublik vielfach untersucht worden, ohne systematisch zu überprüfen, in welchem Zusammenhang dieses Engagement mit dem Okzidental- und Europeanationalismus stand, aber auch zu dem nationalistischen Antislawismus und Antikommunismus, dem sie in den Jahren 1944/45 ausgesetzt waren

35 Biddiscombe, Werwolf, S. 276; Kershaw, Das Ende, S. 391f.

36 Wolfgang Trees/Charles Whiting, Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff, Aachen 1982; Der Mordfall Oppenhoff. Werwölfe auf den Trümmern des Nazireiches, Regie: Hannes Heer, 60 Min., Westdeutscher Rundfunk 1985.

37 Jeffrey Herf, The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge/London 2006; Kurt Pätzold, Antikommunismus und Antibolschewismus als Instrumente der Kriegsvorbereitung und Kriegspolitik, in: Norbert Frei/Hermann Kling (Hrsg.), Der nationalsozialistische Krieg, Frankfurt am Main/New York 1990, S. 122–177.

respektive den sie selbst praktizierten.<sup>38</sup> Methodisch erscheint dies unter anderem insofern problematisch, als die »Erfahrungen« und »Überzeugungen« dieser Menschen während ihres Kriegseinsatzes in den Arbeiten von A. Dirk Moses, Malte Herwig und vielen anderen meist nicht anhand zeitgenössischer Quellen rekonstruiert wurden, sondern auf der Grundlage von Selbstauskünften nach 1945/49.<sup>39</sup> Genau umgekehrt verhält es sich mit anderen »Endkampf«-Phänomenen wie dem »Volkssturm« aller »waffenfähiger Männer« unter 60 zur Verteidigung der »Heimaterde«, die von Aktivisten angestachelten Lynchmorde an alliierten Fliegern und die Einbindung der Bevölkerung in den bis kurz vor Kriegsende möglichst geheim gehaltenen Judenmord durch »Todesmärsche«.<sup>40</sup> Hier wissen wir etwas mehr darüber, was 1944/45 passierte, haben aber kaum Studien, die der Frage nachgehen, wie die nationalistische Mobilisierung, der diese Personen ausgesetzt waren, nach 1945 nachwirkte.

### *Zukunftssicherung des Staats: Westkontakte, Genozide, Governance*

Stellten die »Endkampf«-Aktivisten eine kleine Minderheit dar, dürfte die von der »Durchhalte«-Propaganda verbreitete Hoffnung, dass Amerikaner und Briten früher oder später eine antikomunistische Allianz mit dem Reich eingehen und so dann doch einen »Endsieg« im Osten ermöglichen würden, verbreiteter gewesen sein. Ein Schlüsseldokument stellt hier die – auf Wachsschallplatten aufgenommene, also auch für die Nachwelt gedachte – Rede dar, die Heinrich Himmler am 4. Oktober 1943 vor SS-Führern in Posen hielt. Die Rede muss auch vor dem Hintergrund geheimer Verhandlungen gelesen werden, die Himmler, der gerade den gesamten Sicherheitsapparat des Reiches unter sich gebracht hatte, über Emissäre mit dem US-amerikanischen Geheimdienst über eine deutsche Teilkapitulation im Westen führte – und die auf der Tonaufzeichnung freilich keine Erwähnung finden. Ziel dieser Geheimdiplomatie war es, die Westmächte davon zu überzeugen, dem Reich im Osten freie Hand zu lassen und so nicht nur viele amerikanische und britische Menschenleben, sondern auch Europa vor dem »Bolschewismus« zu retten. Den Begriff des »Abendlands« verwandte Himmler in der Rede anders als Goebbels zwar nicht, aber er beschwor, dass »Tugenden wie Treue und Kameradschaft Gemütswerte sind, die doch zutiefst nicht nur im deutschen, sondern im gesamten europäischen Menschenkreis wurzeln«. Außerdem

38 A. Dirk Moses, *German Intellectuals and the Nazi Past*, Cambridge/New York etc. 2007; Malte Herwig, *Die Flakhelfer. Wie aus Hitlers jüngsten Parteimitgliedern Deutschlands führende Demokraten wurden*, München 2013.

39 Dies auch als Ergänzung zur Kritik an der Flakhelfer-Historiografie von Christina von Hodenberg, *Zur Generation der 45er. Stärken und Schwächen eines Deutungsmusters*, in: *APuZ*, 2020, H. 4–5, S. 4–9. Vgl. ferner Dominik Rigoll, *From Denazification to Renazification? West German Government Officials after 1945*, in: Camilo Erlichman/Christopher Knowles (Hrsg.), *Transforming Occupation in the Western Zones of Germany. Politics, Everyday Life and Social Interactions, 1945–55*, London/Oxford etc. 2018, S. 252–269, hier: S. 253–256.

40 Vgl. etwa David K. Yelton, *Hitler's Volkssturm. The Nazi Militia and the Fall of Germany 1944–1945*, Lawrence 2002; Georg Hoffmann, *Fliegerlynchjustiz. Gewalt gegen abgeschossene alliierte Flugzeugbesatzungen 1943–1945*, Paderborn 2015; Martin Clemens Winter, *Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum. Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche*, Berlin 2018.

äußerte er die Hoffnung, dass die »Anglo-Amerikaner« den Krieg und die Anti-Hitler-Koalition bald leid sein würden. Als deutsches Kriegsziel hielt er fest, dass »das gesamte von uns, dem germanischen Volk, geleitete, geordnete und geführte Europa in Generationen seine Schicksalskämpfe mit einem bestimmt wieder hervorbrechenden Asien bestehen« können müsse. Um dies zu garantieren, sollte nicht nur der Völkermord an den Juden weiter forciert, sondern auch gegen Leute in den eigenen Reihen vorgegangen werden, die das nötige Maß an »Anständigkeit« vermissen ließen. Himmler grenzte die Polizei/SS und den von ihr organisierten Genozid hier als »anständig« von der »Korruption« und dem »schlechten Benehmen« altgedienter Parteimitglieder ab, denen er als oberster Polizist des Reiches mit ganzer Härte entgegentreten wolle, da sie den Nazismus von innen her gefährdeten: »Gerade der alte Nazi wird, wenn er sich verfehlt, herangekriegt und büßt oder – wenn die Fälle ganz schlimm sind – sühnt mit seinem Leben.«<sup>41</sup>

Die Nazismus-Forschung hat den »Anständigkeits«-Topos bislang entweder mit Blick auf die Frage untersucht, ob der »Nationalsozialismus« eine eigene »Moral« ausbildete, oder aber als das Produkt von miteinander konkurrierenden Patronage-Systemen.<sup>42</sup> Darüber hinaus spricht einiges dafür, Himmlers Ausführungen über die staatsgefährdende Korruptheit mancher Parteigenossen ebenfalls vor dem Hintergrund seiner Westverhandlungen zu sehen. Denn wie zum Beispiel die Arbeiten von Kerstin von Lingen und Dieter Schenk zeigen, wurde der in der Tat aus Konkurrenzverhältnissen in der nazistischen Sammlungsbewegung heraus entstehende »Anständigkeits«-Topos bei geheimen Kontaktaufnahmen von Angehörigen der Polizei/SS respektive Abwehr mit den Westalliierten angewandt.<sup>43</sup> Nazis grenzten sich hier von anderen Nazis ab, die sich ungebührlich verhalten hätten. Zwei Jahre später, zur Zeit der Denazifizierung, sollte sich der Topos dann generalisieren. Denn auch nun galten aus Sicht vieler zu Denazifizierenden nicht die Organisatoren der Völkermorde als die zu bestrafenden Täter, sondern nur Personen, die »sich »unanständig« oder brutal gezeigt hatten«<sup>44</sup> – die unteren Chargen in den Lagern also, nicht die Verantwortlichen am Schreibtisch. In nationalismusgeschichtlicher Perspektive haben wir es bei der Posener Tonaufnahme mit der »Erfindung einer Tradition« im Sinne von Eric Hobsbawm<sup>45</sup> zu tun, die als Teil der okzidentalenden Wendung des deutschen Nationalismus zu sehen ist, aber auch dem Revisions- und Expansionsnationalismus der 1945er-Jahre, von dem noch die Rede sein wird, wichtige Dienste leisten sollte. Zugleich han-

41 Nach der Mitschrift der Rede auf 1000dokumente.de, URL: <[https://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0008\\_pos\\_de.pdf](https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0008_pos_de.pdf)> [2.9.2020]. Zu Himmlers Position in der Zeit vgl. Stephan Lehnstaedt, Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945, in: VfZ 54, 2006, S. 639–672.

42 Vgl. etwa Herlinde Pauer-Studer/J. David Velleman, »Weil ich nun mal Gerechtigkeitsfanatiker bin«. Der Fall des SS-Richters Konrad Morgen, Berlin 2017; Werner Konitzer/Raphael Gross (Hrsg.), Moralität des Bösen – Ethik und nationalsozialistische Verbrechen, Frankfurt am Main/New York 2009.

43 Kerstin von Lingen, SS und Secret Service. »Verschwörung des Schweigens«: die Akte Karl Wolff, Paderborn/München etc. 2010; Dieter Schenk, Die braunen Wurzeln des BKA, Frankfurt am Main 2003.

44 Lutz Niethammer, Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis, hrsg. v. Ulrich Herbert, Bonn 1999, S. 372f.

45 Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge/New York etc. 2012 (zuerst 1983).

delt es sich um einen *nationalistischen Pseudoantnazismus*, der nichts mit Nazi-Gegnerschaft zu tun hatte, aber umso mehr mit Zukunftssicherung für Staatseliten.

Darüber hinaus steht die Posener Rede vom 4. Oktober 1943 aber auch für eine noch ganz andere Wirkungsmacht, die der Nazismus in den nächsten zwei Jahren entfaltete: In dieser Zeit wurde nicht nur der Genozid an den Juden, Sinti und Roma vorangetrieben, sondern auch die Strategie der »verbrannten Erde« in der UdSSR sowie der Mord an Hunderten Personen, die tatsächlich oder angeblich dem Netzwerk des 20. Juli angehört hatten. Wie der Terror der »Endkämpfer«, der die Nationalisierung der Bevölkerung vorantrieb, kam auch diesen Genoziden eine zukunftsichernde Funktion zu. Dies wird allerdings nur sichtbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Trägergruppen des Naziregimes im Angesicht der bevorstehenden Invasion in der Lage waren, »über den Tag ihrer eigenen Niederlage hinauszusehen und schon vorsorgend für die Zeit danach [...] zu handeln«.<sup>46</sup> Wer wie Himmler hoffte, dass die traditionell ultra-antikommunistischen Vereinigten Staaten und das britische Empire im letzten Moment doch noch einem *Renversement des alliances* zustimmen würden, der versuchte mit der »Endlösung der Judenfrage« und der »verbrannten Erde« nicht nur eine »völkische« Utopie zu verwirklichen, sondern hatte auch durchaus rationale Gründe, die Sowjetunion auf dem Rückzug so zerstört zu hinterlassen wie irgend möglich und eine größtmögliche Anzahl von Menschen zu töten, die sich einer erneuten deutschen Invasion nach der Teilkapitulation im Westen entgegenstellen könnten. Mit der »Aktion Gitter« gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen Angehörigen der Verschwörer des 20. Juli 1944 schließlich betrieb das Regime insofern Zukunftssicherung, als hier ein Teil der potenziellen Gegenelite ermordet wurde, die im Fall einer Besetzung des Landes durch die Alliierten nun nicht mehr bereitstand, was wiederum die Chancen für integrierte Nationalisten, sich selbst als unentbehrlich darzustellen, erhöhte.

Im Keim erstickt wurde durch die Morde der »Aktion Gitter« auch der Versuch des Widerstands, dem Nationalismus des Naziregimes eine Alternative gegenüberzustellen, die man als *Befreiungsnationalismus* bezeichnen kann. Wie eingangs ausgeführt, unterscheiden sich *nationistisch Handelnde* von *nationalistischen Akteuren* insofern, als zwar auch ihr Bezugsrahmen »die Nation« und »der Nationalstaat« ist, sie aber nicht auf Nationalismus als Integrationsideologie zurückgreifen, sondern auf Alternativen wie im Fall des Widerstands der Sozialismus, das Christentum und der Humanismus. Otto Dann analysiert sowohl die Widerstandstätigkeiten im Reich als auch Aktivitäten von Geflüchteten im Ausland als »nationalpolitisches Verhalten«, das eine »nationale Tradition präsentierte, an die man nach 1945 anknüpfen konnte«.<sup>47</sup> Durch die Ermordung des Widerstandsnetzwerks, das neueren Forschungen zufolge ungleich größer und besser vernetzt war als angenommen<sup>48</sup>, obsiegte der *regierende Nationalismus* gegen den *oppositionellen Nationalismus* – und behielt so bis auf Weiteres das Heft des Handelns in der Hand.

46 So treffend Reinhard Opitz, *Faschismus und Neofaschismus*, Frankfurt am Main 1984, S. 232.

47 Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, S. 300–307, hier: S. 300.

48 Linda von Keyserlingk-Rehbein, *Nur eine »ganz kleine Clique«? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944*, Berlin 2018. Zur zivilen Vernetzung vgl. Ludger Fittkau/Marie-Christine Werner, *Die Konspirateure. Der zivile Widerstand hinter dem 20. Juli 1944*, Darmstadt 2019.



Einen Beitrag zur Zukunftssicherung des deutschen Staats- und Volksnationalismus lieferte schließlich auch die bisher nur von Marlies G. Steinert in einem 1967 erschienenen Buch untersuchte Regierung Dönitz, deren Zusammensetzung einen »anständigen Nationalsozialismus« abzubilden versuchte, wenn man so will: ohne die »alten Nazis« Hitler, Goebbels, Martin Bormann, Hermann Göring, Alfred Rosenberg und auch ohne Heinrich Himmler – der Suizid beging, als ihm von alliierter Seite beschieden wurde, dass auch er untragbar war. Dahingegen schienen die nach dem »Reichsführer SS« kommende zweite und dritte Reihe mit Wilhelm Stuckart und Otto Ohlendorf durchaus als tolerabel.<sup>49</sup> Aus nationalismusgeschichtlicher Perspektive betrachtet war die 23-tägige Regierung des Großadmirals aber auch noch aus zwei weiteren Gründen keine mit jedem Tag »immer sinnlosere Kuriosität«, wie Ian Kershaw meint.<sup>50</sup> Sie verfügte vielmehr über eine beträchtliche Handlungs- und Wirkungsmacht – erst Recht, wenn man sie etwa mit den Antifa-Komitees vergleicht, die sich zur selben Zeit überall im Reich als Graswurzel-Initiativen bildeten (mehr dazu gleich). Erstens nutzte die Regierung Dönitz die kurze Zeit, die ihr blieb, um so viele Deutsche wie möglich in die Westzonen zu evakuieren, darunter Zehntausende Angehörige der Wehrmacht und des Sicherheitsapparates. Auf diese Weise wurde nicht nur – der volksnationalistischen Programmatik entsprechend – »deutsches Volkstum« aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich evakuiert. Es wurden auch Staatseliten dem Zugriff der Roten Armee entzogen. Eine weitere wichtige Weichenstellung war, dass die Regierung Dönitz, wie es in einem Regierungsbefehl vom 11. Mai 1945 heißt, in dem von ihr gehaltenen Gebiet für »Ruhe und Ordnung« sorgte – »im Einverständnis mit der britischen Besatzungsbehörde«. Außerdem verpflichtete sich Dönitz, die »Versorgung der Truppen und Zivilbevölkerung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sicherzustellen«.<sup>51</sup> Was der deutsche Widerstand im Vorfeld des 20. Juli nicht geschafft hatte, gelang so den Durchhaltenationalisten: von den westlichen Alliierten als verlässliche, als »anständige« Partner anerkannt zu werden. So wurde Dönitz zwar am 23. Mai 1945 dann doch den Besatzungsbestimmungen gemäß verhaftet, aber in den Tagen davor war auf praktischer und personeller Ebene kooperative Governance zwischen deutschen Nationalisten und rechtsoffenen alliierten Militärs eingeübt worden, die später generalisiert werden konnte.

### *Militärische Ordnungspolitik gegen rechts – und mit Rechten*

Beendet wurde das »Experiment des integralen Nationalismus in Deutschland«<sup>52</sup> letztlich durch den gemeinsamen Einsatz einer Koalition von Nationalstaaten, ange-

49 Marlis G. Steinert, *Die 23 Tage der Regierung Dönitz. Die Agonie des Dritten Reiches*, München 1978 (zuerst 1967); vgl. außerdem Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 732–737.

50 So Kershaw, *Das Ende*, S. 511.

51 Zit. nach: Heinz-Ludger Borgert, *Zur Entstehung, Entwicklung und Struktur der Dienstgruppen in der britischen und amerikanischen Besatzungszone 1945–1950*, in: ders./Walter Stürm/Norbert Wiggershaus, *Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland*, Boppard 1982, S. 89–133, hier: S. 95.

52 Niethammer, *Angepasster Faschismus*, S. 23.



führt von den drei Großmächten. Ein erstes Schlüsseldokument für die von der Anti-Hitler-Koalition in Bezug auf das Deutsche Reich praktizierte internationale und nationale Ordnungspolitik ist die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943, in der die Regierungen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Botschafter der Republik China festlegten, dass der »Anschluss« Österreichs rückgängig gemacht und das Land als erstes Opfer des Reiches aus diesem ausscheiden sollte. Über Deutschland hieß es zunächst nur, dass Verbrechen in Gebieten »unter Nazi-Herrschaft« gesühnt werden sollten.<sup>53</sup> Ein zweites Schlüsseldokument ist die in Deutschland bekanntere Deklaration, die im Februar 1945 im kriegszerstörten Jalta unterzeichnet wurde. Auf der Krim beschlossen Stalin, Roosevelt und Churchill nicht nur die staatspolitische Abtrennung weiterer Territorien vom Reich (das Saarland und die Ostgebiete wurden französisch beziehungsweise polnisch verwaltet), sondern auch die »Niederwerfung«, »Besetzung« und »Kontrolle« Deutschlands durch eine Militärregierung. Außerdem bekräftigten die »Großen Drei« ihren »unbeugsamen Willen, den deutschen Militarismus und Nazismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören«.<sup>54</sup> Nationalismusgeschichtlich betrachtet wurde also sowohl die »Zerstörung der Reichsnation« (Otto Dann) als auch die Zerschlagung des politischen Nationalismus beschlossen, dessen Bewegungscharakter der Begriff »deutscher Militarismus und Nazismus« abbildete. Die militärische Ordnungspolitik, die von den Alliierten in den Besatzungszonen implementiert wurde, hatte zwei Seiten – eine antinationalistische und eine imperialistische.

Der alliierte Antinationalismus umfasste in den ersten Monaten neben der systematischen Internierung von Personen, die man heute als *rechte Gefährder* bezeichnen würde, die ebenso systematische Rekrutierung von Personen, die daran anschließend als *liberale, konservative oder linke Garanten* bezeichnet werden können. Zentraler Baustein der Sicherheitsverwahrung für Gefährder war zum einen die von Andrew Beattie untersuchte Internierung von bis zu 400.000 Zivilisten aus dem nazistischen Bewegungs- und Staatsapparat sowie die Gefangennahme und teilweise Deportation von rund 12 Millionen Soldaten, der etwa Renate Held eine Fallstudie zu Großbritannien gewidmet hat.<sup>55</sup> Bei beiden Maßnahmen handelte es sich möglicherweise um eine ordnungspolitische Lehre aus der zentralen Rolle, die nationalistische Militärs ab 1917 bei der Organisation der »nationalen Opposition« gespielt hatten. Franz Neumann, dessen Buch »Behemoth« den Planern der Besatzung als »eine Art Bibel«<sup>56</sup> galt,

53 Vgl. Keith Sainsbury, *The Turning Point. Roosevelt, Stalin, Churchill, and Chiang-Kai-Shek, 1943. The Moscow, Cairo, and Teheran Conferences*, Oxford/New York etc. 1985.

54 Communiqué abgedruckt in Alexander Fischer (Hrsg.), *Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«*, Köln 1968, S. 182–189. In anderen Fassungen der Protokolle ist statt von »Nazismus« von »Nationalsozialismus« die Rede.

55 Andrew H. Beattie, *Allied Internment Camps in Occupied Germany. Extrajudicial Detention in the Name of Denazification, 1945–1950*, Cambridge/New York etc. 2020; Renate Held, *Kriegsgefangenschaft in Großbritannien: Deutsche Soldaten des Zweiten Weltkriegs im britischen Gewahrsam*, München 2012.

56 So der Historiker und ehemalige OSS-Mitarbeiter Felix Gilbert zit. nach: Barry M. Katz, *Foreign Intelligence. Research and Analysis in the Office of Strategic Services, 1942–1945*, Cambridge/London 1989, S. 69.

hatte Hitler als »Produkt der Reichswehr« bezeichnet.<sup>57</sup> Das positiv-diskriminierende Gegenstück zur Internierung ist noch fast überhaupt nicht untersucht worden, obwohl es für die Eindämmung des politischen Nationalismus – und damit für die Demokratisierung – mutmaßlich eine nicht minder bedeutende Rolle spielte.<sup>58</sup> Der sogenannten Weißen Liste von 1.200 von den westlichen Geheimdiensten als »Anti-Nazi« oder »Nicht-Nazi« – und daher als potenziell »reliable« – eingestuft Personen ist bislang nur von dem Publizisten Henric L. Wuermeling ein Buch gewidmet worden, obwohl sie ein Who is who der späteren westdeutschen Prominenz darstellt: Konrad Adenauer, Hans Böckler, Theodor Heuss, Kurt Schumacher, Thomas Dehler und Theodor Eschenburg finden sich darunter sowie eine Reihe von Angehörigen des Widerstands, die nach dem 20. Juli 1944 ermordet wurden.<sup>59</sup> Das sowjetzonale Pendant dieser Garantenrekrutierung im Westen stellen die ungleich bekannteren Listen der Gruppe Ackermann, Gruppe Sobottka und Gruppe Ulbricht dar.<sup>60</sup> Eine gruppenbiografische Studie zu all diesen Listen, freilich allen voran der westdeutschen »White List«, ist ein Desiderat.

Die Ordnungspolitik der Alliierten hatte von Beginn an allerdings noch eine andere Seite, da sich deren Interessen nicht in der Niederhaltung des deutschen Nationalismus erschöpften, sondern auch den Ausbau der eigenen Großmachtstellung umfassten. Dies erklärt nicht nur, weshalb es in großem Umfang zu Deportationen deutscher Kriegsgefangener nach Frankreich und in die UdSSR kam, um Wiedergutmachung zu leisten, und weshalb deutsche Ingenieure in die USA geholt wurden, um Waffen und anderes nunmehr dort zu bauen.<sup>61</sup> Es macht auch verständlich, weshalb die Antifa-Komitees von den Alliierten nur bei der Suche nach Nazis, nicht aber als Keimzellen einer demokratischen Gegenelite genutzt wurden: Da die »Antifas« Vorstellungen von Demokratie mitbrachten, die sich von denen der meisten Besatzer radikal unterschieden, wurden deren basisdemokratische Strukturen nicht etwa gefördert, sondern in allen Zonen aufgelöst.<sup>62</sup> Dieser autonome Antifaschismus war also schon im Moment der »Stunde Null« weder in Ost noch West erwünscht. Sehr wohl möglich war dagegen, dass das Besatzungspersonal in der französischen Zone vor allem aus der Vichy-

57 Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Hamburg 2019 (zuerst 1944), S. 54.

58 Erste Skizzen bietet Rigoll, *From Denazification to Renazification?*; ders., *Wenn Pazifistinnen den inneren Frieden stören. Sicherheit, Generation und Geschlecht in der frühen Bundesrepublik*, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, 2014, Nr. 66, S. 40–49.

59 Nach der selektiven Aufzählung von Henric L. Wuermeling, *Die weiße Liste. Umbruch der politischen Kultur in Deutschland 1945*, Berlin 1988, S. 283–294. Das Original liegt im Bundesarchiv.

60 Vgl. etwa Andreas Petersen, *Die Moskauer. Wie das Stalintrauma die DDR prägte*, Frankfurt am Main 2019. Ein deutsch-deutscher Vergleich zählt zu den Desideraten.

61 Fabien Théofilakis, *Les prisonniers de guerre allemands. France, 1944–1949. Une captivité de guerre en temps de paix*, Paris 2014; Klaus-Dieter Müller/Konstantin Nikischkin/Günther Wagenlehner (Hrsg.), *Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956*, Köln/Weimar etc. 1998. Beide Themen haben bislang vor allem die Publizistik interessiert; eine systematische Erforschung und Integration in die Zeitgeschichte beider deutscher Staaten steht noch aus.

62 Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976; Jeannette Michelmann, *Aktivistinnen der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone*, Köln/Weimar etc. 2002.

Verwaltung kam, also oftmals aus Nationalisten bestand, die kein Interesse an einer allzu linken und liberalen deutschen Verwaltung hatten, während die Zusammenarbeit mit deutschen Rechten zum Beispiel aufgrund gemeinsamer politischer Gegner klappte.<sup>63</sup>

In der US-Zone schließlich bestimmte mit General George S. Patton ein Mann die Ordnungspolitik der ersten Monate, der nicht nur überzeugter Antisemit und Antisozialist war, sondern auch bekennender Bewunderer des »deutschen« Durchhaltewillens. Am 8. Mai 1945 kündigte er vor Pressevertretern an, Waffen-SS-Männer nicht anders behandeln zu wollen als andere Gefangene – es gebe unter diesen »special sons of bitches« nur ein paar schwarze Schafe. Außerdem gab Patton sich davon überzeugt, dass die USA einen großen Fehler machten, wenn sie Europa der »Militärmacht Dschingis Khans« auslieferten, also der Roten Armee, anstatt diese jetzt sofort zurückzudrängen und so den »Frieden« zu sichern. Intern brüstete er sich, dass er lieber Prag »befreit« hätte anstatt Bayern zu regieren.<sup>64</sup> Wenn Albert Speer im März 1945 in einer Denkschrift die Hoffnung formulierte, dass ein »zähes Durchhalten an der jetzigen Front [...] dem Gegner Achtung abgewinnen und vielleicht doch noch das Ende des Krieges günstig bestimmen« könnte, dann hatte er vermutlich Militärs wie Patton im Blick, der mit solchen Ansichten in der US-Armee alles andere als allein war.<sup>65</sup> Wie Magnus Brechtken gezeigt hat, konnte sogar Speer selbst als Minister im Dönitz-Kabinett dem Magazin »Life« Interviews geben und so das Bild vom »anständigen Pflichterfüller« vom Mai 1945 an in den USA verbreiten. Zur selben Zeit knüpften auch die späteren Präsidenten des BND und des BKA – Reinhard Gehlen und Paul Dickopf – ihre ersten Kontakte mit dem amerikanischen Militär- beziehungsweise Zivilgeheimdienst.<sup>66</sup> Bisher sind diese Kontaktaufnahmen – ausgehend von dem, was in den Akten und den Memoiren der Beteiligten steht – als Kooperation zwischen Antikommunisten analysiert worden. Da viele dieser Akteure den Antikommunismus nur als Vorwand nutzten, um auch gegen alle anderen vorzugehen, die sie für verdächtig hielten<sup>67</sup>, erscheint es präziser, von einer *transnationalen Arbeitsteilung zwischen integrierten Nationalisten* zu sprechen, bei dem sich der deutsche Nationalismus gleichsam hinter dem alliierten Nationalimperialismus versteckte.

63 Vgl. Julia Wambach, Vichy in Baden-Baden. The Personnel of the French Occupation in Germany after 1945, in: Contemporary European History 28, 2019, S. 319–341.

64 Zit. nach: Alan Axelrod, Patton. A Biography, New York 2006, S. 162ff. Zur Aktualität des Generals vgl. Arthur Alien, The Problem with Trump's Admiration of General Patton, in: Politico, 24.12.2016.

65 Zit. nach: Magnus Brechtken, Albert Speer. Eine deutsche Karriere, München 2017, S. 275, das folgende Zitat: S. 295f. Zum Gewicht von Pattons Position im Besatzungspersonal auch Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin/Bonn 1982, S. 231–236.

66 Vgl. Schenk, Die braunen Wurzeln des BKA, S. 104; Rolf-Dieter Müller, Reinhard Gehlen. Geheimdienstchef im Hintergrund der Bonner Republik: Die Biografie, Teil 1: 1902–1950, Berlin 2017, S. 421–470.

67 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage der Organisation Gehlen 1946–1953, Berlin 2018; Gerhard Sälter, Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«, Berlin 2016.

## II. Keine Einsicht: Mit Revisions- und Expansionsnationalismus gegen die Ordnung von Potsdam (1945–1948)

Hans-Ulrich Wehler sieht im Jahr 1945 eine »fundamentale Zäsur in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Nationalismus«. Danach habe eine »tiefe Desillusionierung« um sich gegriffen: »Für eine ressentimentgeladene Verweigerung des Friedens, wie sie der gekränkte Nationalismus nach 1918 praktiziert hatte, blieb kein Raum mehr. Der Nationalstaat zerbrach, erst in vier Besatzungszonen, dann in die beiden Neustaaten von 1949.«<sup>68</sup> In der Bundesrepublik habe die »Mobilisierungs- und Integrationskraft« des Nationalismus »gegen Null« tendiert – »abgesehen vom schmalen rechtsradikalen ›Narrensaum‹ der Politik«. Heinrich August Winkler betont die Bedeutung der Systemkonfrontation und den Willen, aus der Geschichte zu lernen: »Die Einsicht, dass Deutschland nur dann eine Zukunft innerhalb der westlichen Zivilisation haben würde, wenn es sich von seiner Vergangenheit distanzierte, erleichterte den moralischen Bruch mit dem ›Dritten Reich‹.« Zudem sei »die öffentliche Moral nicht auf sich allein gestellt« gewesen: »Internationale Politik und Ökonomie halfen ihr kräftig nach. Der ›Kalte Krieg‹ führte zu einer Umkehrung der Allianzen und zur raschen Integration der beiden Staaten, die aus der Konkursmasse des Deutschen Reiches hervorgingen, in die neuen Blocksysteme.«<sup>69</sup> Demgegenüber soll auch in diesem Abschnitt eine andere Nationalismusgeschichte skizziert werden. Sie basiert auf der These, dass der politische Nationalismus nach 1945 nicht marginalisiert wurde, sondern sich transformierte, also andere Aggregatzustände als in der Weimarer Republik und der Hitlerdiktatur annahm. Wie in den Monaten davor, äußerte sich dies in einer ideologischen Neuausrichtung: Neben den Okzidental- und Europeanationalismus, der sich gegen die Anti-Hitler-Koalition formiert hatte, trat ein Revisions- und Expansionsnationalismus, der sich gegen die auf der Konferenz von Potsdam etablierte Nachkriegsordnung richtete, namentlich in Bezug auf die Denazifizierung, Demilitarisierung und Zerschlagung des Reiches. Virulent war das Phänomen allerdings nur in den Westzonen – in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war organisierter Nationalismus quasi inexistent. Auch die sozial integrierten Rechten scheinen sich hier der SED untergeordnet zu haben – systematische Forschungen dazu fehlen freilich. Etwas besser erforscht ist die Entwicklung in den Westzonen. Hier gelang es der organisierten Rechten trotz Reglementierung durch die Alliierten, vielfach auf die Entwicklung einzuwirken, namentlich auf eine Revision der Denazifizierung hin. Handlungsmacht entfalteten aber auch integrierte Rechte in alliierten Sicherheitsbehörden, wo deutsche Nationalisten seit 1945 jene Anti-Stalin-Koalition propagierten, die im Krieg noch nicht zustande gekommen war – und eine »Befreiung« Osteuropas vom »Bolschewismus«, die einhergehen würde mit einer Wiedergewinnung der »Ostgebiete«, auch wenn von Expansion keine Rede war. Auf diesen doppelten Druck von rechts reagierten demokratische Kräfte auf deutscher Seite meist mit einer Aneignung rechter Positionen – mit einer Nationalisierung des Demokratischen.

68 Wehler, Nationalismus, S. 87f.

69 Winkler, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, S. 15.

### Desorganisierter und integrierter Nationalismus in der SBZ

Beginnen lässt sich die Relektüre der Literatur, die Auskunft über die Entwicklung des politischen Nationalismus und die gegen ihn in Stellung gebrachten Maßnahmen gibt, am besten mit Blick auf die SBZ, denn hier lagen die Dinge offenbar relativ einfach – zumindest in dieser Phase. So scheint die massenhafte Flucht nationalistischer Eliten in die Westzonen und die präventive Internierungspraxis der Sowjets zunächst die Auswirkung gehabt zu haben, dass sich nun – anders als nach dem Kriegsende und der Ausrufung der Republik von 1918 – keine größeren Strukturen bildeten, die gegen die Entwicklung opponierten. Perry Biddiscombe zufolge war die Rote Armee zwar mit Gruppen konfrontiert, die sich ihrer Verhaftung zu entziehen versuchten, sowie mit Scharfschützen (so in Zwickau), aber es spricht doch vieles dafür, dass es hier zunächst fast keinen organisierten Nationalismus mehr gab.<sup>70</sup> Wünschenswert wären mehr Fallstudien wie die von Andreas Weigelt über die Verhaftungspraxis sowjetischer Geheimdienste in und um Bad Freienwalde (Brandenburg). Weigelt zeigt, dass die Rote Armee die »Werwolf«-Propaganda sehr ernst nahm, nachdem sie beim Vormarsch regelmäßig von Guerillas angegriffen worden war, und auf der Grundlage der interalliierten Internierungsrichtlinien neben aktiven Nazis der mittleren und unteren Ebene (Ortsgruppen-, Block- oder Zellenleiter der NSDAP) vor allem Jugendliche in Speziallager internierte, die eine »Werwolf«-Schule abgeschlossen hatten.<sup>71</sup> Ein Desiderat besteht vor diesem Hintergrund darin, die für ihre Insassen oft tödlichen Speziallager nicht nur als stalinistische Verbrechen oder Zwangsmaßnahmen zum Aufbau des Sozialismus zu analysieren<sup>72</sup>, sondern auch als militärische Ordnungspolitik gegen organisierten Nationalismus, die es in zu vergleichender Form auch in den Westzonen und in anderen Staaten gab.<sup>73</sup> Entsprechendes gilt für den zivilen Repressionsapparat, wie er etwa von Jens Gieseke untersucht wurde, oder die von Benita Blessing und Emmanuel Droit in den Blick genommene Umerziehungs- und Schulpolitik.<sup>74</sup>

Als zivile Ordnungspolitik zur Integration von Nationalisten in die sozialistische Ordnung analysiert werden kann das 1946 einsetzende Werben der SED um die »kleinen Pg's«, auf das Jürgen Danyel schon früh hingewiesen hat, aber auch die von Stefan Wolle als »Willkür« interpretierte Praxis von Untersuchungskommissionen (»Wer Nazi war, entscheiden wir«).<sup>75</sup> Auch die 1948 erfolgte Gründung der »National-Demokratischen

70 Vgl. Biddiscombe, *Werwolf*, Kap. 5.

71 Andreas Weigelt, Vorwurf: Aktiver Nazi, Werwolf oder Agent. Die Verhaftungspraxis sowjetischer Geheimdienste in und um Bad Freienwalde 1945–1955, Berlin 2018.

72 Bspw. Alexander von Plato (Hrsg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, Berlin 2000; Wolfgang Eisert, *Die Waldheimer Prozesse. Der stalinistische Terror 1950*, München 1993.

73 Zu den Nachkriegssäuberungen vgl. Marc Bergère/Jonas Champion/Emmanuel Droit u. a. (Hrsg.), *Pour une histoire connectée et transnationale des épurations en Europe après 1945*, Brüssel 2019.

74 Jens Gieseke, *Die Stasi. 1945–1990*, München 2011, S. 28–39; Benita Blessing, *The Antifascist Classroom. Re-education in Soviet-occupied Germany, 1945–1949*, New York 2006; Emmanuel Droit, *Vorwärts zum neuen Menschen? Die sozialistische Erziehung in der DDR (1949–1989)*, Köln/Weimar etc. 2013; ders., *La Stasi à l'École. Surveiller pour éduquer en RDA (1950–1989)*, Paris 2009.

75 Jürgen Danyel, Die SED und die »kleinen Pg's«. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), *Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus*, Berlin 1999, S. 177–196; Stefan Wolle, *Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang*, Bonn 2015, S. 207–211.

Partei Deutschlands« (NDPD), mit der sich Christoph Schreiber befasst hat, kann als eine solche Maßnahme untersucht werden.<sup>76</sup> Während die »Christlich-Demokratische Union Deutschlands« (CDUD) und die »Liberal-Demokratische Partei Deutschlands« (LDPD) die Aufnahme ehemaliger Nazis zunächst ablehnten, war die NDPD für die Sammlung von Personen zuständig, die sich dem »nationalen« Lager zugehörig fühlten oder Wert auf »soldatisches« Verhalten legten. Schreibers Studie zeigt, wie die NDPD als Teil desselben »antifaschistisch-demokratischen Blocks« einerseits ganz auf Linie der SED war und – auch durch die personelle Kontinuität der NDPD-Führung aus dem 1943 nach Stalingrad in der Sowjetunion gegründeten »Nationalkomitee Freies Deutschland« – die Abkehr der Parteimitglieder vom NS-Regime unterstrich. Andererseits propagierte die NDPD einen *propagandistisch* durchaus scharfen Nationalismus, der *programmatisch* jedoch nicht integral sein konnte, weil er sich dem »Zentrismus« der SED unterzuordnen hatte, die ihrerseits auf die Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration setzen konnte. Wünschenswert wären Forschungen, die herausarbeiten, welchen Einfluss die NDPD als integriert-nationalistische Akteurin auf den Staatssozialismus in der SBZ/DDR hatte.

### *Reglementiert-organisierter Nationalismus in den Westzonen*

Unterzieht man nun auch Studien einer nationalismusgeschichtlichen Relektüre, die Auskunft über rechte Akteure, Ideologien und Praktiken in den westdeutschen Ländern geben, so fällt ins Auge, dass der Revisionsnationalismus gegen die Ordnung von Potsdam, der in der Kontinuität des Revisionsnationalismus gegen die Ordnungen von Versailles und Weimar stand, in zwei Aggregatzuständen auftrat. Der Zerfall der Sammlungsbewegung, die das Naziregime getragen hatte, und die alliierte Ordnungspolitik brachten es mit sich, dass neben dem gesellschaftlich integrierten wieder ein organisierter Nationalismus entstand – eine »nationale Opposition«. Anders als nach 1918 scheinen sich jedoch zunächst keine finanzstarken Geheimbünde gebildet zu haben, die in der frühen Weimarer Republik zentral für die Organisation der Gegenrevolution und ihrer Putschversuche gewesen waren. Aber bereits 1945/46 formierte sich in einem britischen Gefangenenerlager der Geheimbund »Bruderschaft«, dem unter anderem der bereits erwähnte »Endkampf«-Propagandist und Goebbels-Mitarbeiter Werner Naumann angehörte.<sup>77</sup> Überhaupt entstanden – in der Kontinuität der Freikorps-Führer, die der Versailler Vertrag arbeitslos gemacht hatte – rechte Netzwerke aus Funktionsträgern, die aus ehemaligen Angehörigen der SS/Polizei und HJ bestanden, die aufgrund der in Potsdam beschlossenen Maßnahmen von Internierung bedroht waren. Peter Hammerschmidt, Friedemann Rincke und Scott Selby haben einiges über diese Netzwerke in Erfahrung gebracht<sup>78</sup>; viel wissen wir aber noch nicht, so

76 Christoph Schreiber, »Deutsche, auf die wir stolz sind.« Untersuchungen zur NDPD, Hamburg 2018; vgl. außerdem Josef Haas, Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) – Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei, Diss., Erlangen/Nürnberg 1987.

77 Vgl. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 122–132.

78 Scott Andrew Selby, *The Axmann Conspiracy. A Nazi Plan for a Fourth Reich and How the U.S. Army Defeated It*, New York 2012; Friedemann Rincke, Die Organisationen »Elsa« und »Sonderverbindung«. Der nationalsozialistische Untergrund in Württemberg 1945/46, in: *Zeitschrift für Württembergische*



zum Beispiel, ob sie an der Terrorisierung von Denazifizierungspersonal beteiligt waren oder an den Brand- und Bombenanschlägen auf die dafür vorgesehenen Räumlichkeiten.<sup>79</sup> Möglich erscheint, dass Gerüchte, die die Furcht vor jüdischen »Displaced Persons« und alliierter Vergeltung anstachelten<sup>80</sup>, nicht einfach so entstanden, sondern von organisierten Rechten in die Welt gesetzt wurden – in der Kontinuität rechter Propagandapraktiken vor 1945.

Während die Funktionsträgernetzwerke von den Alliierten nach jetzigem Kenntnisstand bis 1946 aufgelöst wurden, konnten nationalistische Parteien ab 1946 nur unter strengen Auflagen toleriert werden. Wie Frank Bösch gezeigt hat, bekamen Parteien, die nur das Attribut »deutsch« für sich reklamierten – die Deutsche Sammlung etwa –, zunächst keine Lizenz.<sup>81</sup> Als »national«, »völkisch« und »antisemitisch« durften sie sich ebenfalls nicht bezeichnen. Dieser Vorgang ist für die weitere Entwicklung des Nationalismus im Nachkriegsdeutschland – und damit auch der Demokratie und des Sozialismus – von immenser Bedeutung, da hier eine im Grunde bis heute spürbare Weichenstellung getätigt wurde: Nationalistische Parteien durften nicht als solche auftreten, sondern mussten sich als »konservativ«, »patriotisch«, »rechtsstaatlich« et cetera bezeichnen oder aber, was ebenfalls genehmigt werden konnte, ihren Nationalismus auf eine Region oder ein Land beschränken. Entsprechendes galt für Veteranenvereinigungen und Vertriebenenverbände.<sup>82</sup> Ein nationalismusgeschichtliches Desiderat besteht mit Blick auf all diese Organisationen in der Beantwortung der Frage, wie dieses ordnungspolitisch erzwungene demokratische Mimikry die Entwicklung des organisierten Nationalismus prägte: Blieb es bei der bloßen taktischen Anpassung oder fand mit der Zeit eine politische Aneignung demokratischer Ideologeme und Praktiken durch die Rechte statt, die nicht nur ihre Propaganda, sondern auch ihre Programmatik veränderte? Auch hier lassen sich zudem Kontinuitätslinien zur Weimarer Republik aufzeigen, als sich die NSDAP sozialistische Ideologeme und Praktiken aneignete, um sie dann in einer Rechtsdiktatur umzusetzen.

Auch der bayerische und niedersächsische *Nationalregionalismus*, für den in den 1945er-Jahren die »Bayernpartei« (BP) und die »Niedersächsische Landespartei« (NLP) stehen, hatte mit der »Bayerischen Volkspartei« (BVP) und der »Deutsch-Hannoverschen Partei« (DHP) solche Vorläufer.<sup>83</sup> Ein weiteres Desiderat besteht hier in der Rekonstruktion der Handlungs- und Wirkungsmacht, über die der organisierte Nationalismus trotz vielfältiger Beschränkungen verfügte. Die bisher nur von Hans Woller

---

Landesgeschichte 74, 2015, S. 297–330; Peter Hammerschmidt, Deckname Adler. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste, Frankfurt am Main 2014, S. 66–121.

79 Alexander Perry Biddiscombe, *The Denazification of Germany. A History 1945–1950*, Stroud 2007, S. 193–200.

80 Vgl. etwa Anthony Kauders, *Democratization and the Jews*. Munich, 1945–1965, Lincoln/London 2004; Frank Biess, *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek 2019.

81 Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001, S. 52.

82 Bert-Oliver Manig, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik 2004*; Samuel Salzborn, *Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung*, Hannover 2001, S. 15–17.

83 Vgl. Ingo Nathusius, *Am rechten Rand der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953*, Diss., Mainz 1992; Ilse Unger, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, Stuttgart 1979.



in den 1980er-Jahren untersuchte »Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung« (WAV) etwa praktizierte einen ideologisch flexiblen *Nationalpopulismus*, der unter anderem darin bestand, den »Nazi«-Vorwurf ab 1946 einfach an die Linken und Liberalen zurückzugeben, von denen er oft kam, was auch deshalb erfolgversprechend war, weil der Nazismus, wie gesehen, einiges dafür getan hatte, möglichst breite Bevölkerungsschichten zu nationalisieren. Auch deshalb hatten sich nur wenige nach dem Krieg überhaupt nichts vorzuwerfen. 1946/47 stellte die WAV mit ihrem Parteichef Alfred Loritz, einem begnadeten Demagogen und rechten Gegner des Naziregimes, sogar den Sonderminister für Entnazifizierung und trug auf diese Weise maßgeblich dazu bei, dass die Denazifizierung im Freistaat in der Folge ad absurdum geführt wurde.<sup>84</sup> Zudem erzielten Rechtsparteien in Hochburgen, wo sie zur Wahl zugelassen wurden und ihre vor allem gegen die SPD gerichtete Propaganda entfalten durften, Spitzenergebnisse: Die hessische »Nationaldemokratische Partei« (NDP) kam 1948 in Wiesbaden auf über 24 %, die »Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei« (DKP-DRP) in Wolfsburg sogar auf knapp 70 % – mit dem 28-jährigen Soldaten Adolf von Thadden und späteren NPD-Gründer als Wahlkämpfer. Wenig später, nach Lockerung der alliierten Einschränkungen, bekannte die DKP-DRP stärker Farbe und benannte sich in »Deutsche Reichspartei« (DRP) um.<sup>85</sup> Rechte Parteien verfügten also bereits in den 1945er-Jahren über eine beachtliche Agency, wenn sie sich geschickt anpassten, und konnten dadurch Westdeutschland prägen (Legacy), namentlich in der Auseinandersetzung um die Legitimität einer Denazifizierung.

### *Reglementiert-integrierter Nationalismus in den Westzonen*

Dem politischen Leben in den Ländern von Beginn an ihren Stempel aufdrücken konnten Rechte aber auch – und vielleicht vor allem – dann, wenn sie in staatlichen Institutionen oder gesellschaftlichen Teilöffentlichkeiten politische Akzente setzten, und dies obwohl die politischen Zugangsbedingungen zum öffentlichen Dienst in der Besatzungszeit für ehemalige Funktionseliten der Hitlerdiktatur um ein Vielfaches strenger waren als später in der Bundesrepublik und von den Alliierten auch kontrolliert wurden.<sup>86</sup> In Bayern etwa arbeiteten neben der WAV vor allem rechte Beamte in den Behörden und rechte Politiker in den Reihen der CSU, darunter der Regionalnationalist Fritz Schäffer, der auf der »Weißen Liste« gestanden hatte, gezielt auf die Sabotage der Denazifizierung hin.<sup>87</sup> Wie eine Relektüre der Studien von Jürgen Bevers, Erik Lommatzsch und Hans-Christian Jasch nahelegt, konnten der Rechtskatholik

84 Vgl. Hans Woller, *Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955*, Stuttgart 1982, S. 11–115; Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*, S. 436–482.

85 Vgl. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, S. 47–80.

86 Vgl. auch Dominik Rigoll, *Kampf um die innere Sicherheit: Schutz des Staates oder der Demokratie?*, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus*, Göttingen 2018, S. 454–497; ders., *From Denazification to Renazification?*; ders., »Ein Sieg der Ehemaligen«: Beamtenrechtliche Weichenstellungen für »45er« und »131er«, in: Bösch/Wirsching, *Hüter der Ordnung*, S. 413–441.

87 Vgl. Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*, S. 190–198.

Hans Globke und der ausgewiesene Nazi Wilhelm Stuckart, die im Reichsinnenministerium zusammengearbeitet hatten, als Zeugen beim Nürnberger Militärtribunal den Nationalmythos von der »sauberen Verwaltung« öffentlich verbreiten, die – wie der ebenfalls dort perpetuierte Nationalmythos von der »sauberen Wehrmacht« – eine der großen Integrationsideologien der Bundesrepublik werden sollte und es bis zur Wehrmachtsausstellung blieb, um dann von der »Alternative für Deutschland« (AfD) wieder aufgegriffen zu werden.<sup>88</sup> Ganz ähnlich verhält es sich mit erfundenen Traditionen, die in Nürnberg über die Waffen-SS in die Welt gesetzt wurden, auch weil Nachgeborene wie Helmut Kohl und Ronald Reagan sie vor dem Hintergrund des zweiten Kalten Kriegs politisch aktualisierten.<sup>89</sup> Ein weiterer Grund, weshalb sich diese frühe Traditionsbildung von rechts so lange hielt, dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass sie nicht nur »von oben« vonstattenging, sondern auch hunderttausendfach »von unten«. So lassen sich die von Hanne Leßau untersuchten *Entnazifizierungsgeschichten* nicht nur als retrospektive und individuelle »Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit« lesen, sondern auch als Beiträge zu einem prospektiven und kollektiven Nation-Building.<sup>90</sup> An Letzterem wirkten freilich nicht nur Rechte mit, die wieder integriert werden wollten, sondern auch Konservative, Liberale und Linke, die abwägen mussten, ob ihnen die Person, die vor ihnen saß, als integrierter oder als potenziell organisierter Rechter gefährlicher werden würde.<sup>91</sup> Ein Desiderat stellt hier die Beantwortung der Frage dar, inwiefern mit der Rückkehr der bis zu 400.000 als potenzielle Gefährder internierten Rechten ins öffentliche Leben parallel zu den zeitgleichen Demokratisierungsversuchen eine *Nationalisierung der Demokratie* stattfand, bei der sich beide Prozesse verquickten. Zudem stellt sich auch hier die Frage nach einer erst im historischen Rückblick sichtbar werdenden faktischen Arbeitsteilung zwischen integrierten und organisierten Rechten, dieses Mal mit dem gemeinsamen politischen Ziel einer Revision der in Potsdam errichteten Ordnung.

### *Nationalisierung des Demokratischen und nationalistische Arbeitsteilung*

In Bezug auf den politischen Umgang mit dem Revisionsnationalismus ist eine Differenzierung zwischen deutschen und alliierten Akteuren sinnvoll. So war wohl einer der Gründe, weshalb organisierte und integrierte Rechte überhaupt so viel Handlungs- und Wirkungsmacht entfalten konnten, der ambivalente Umgang der Westmächte mit ihnen. Einerseits war die staatliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und

88 Jürgen Bevers, *Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur grauen Eminenz der Bonner Republik*, Berlin 2009; Erik Lommatzsch, *Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers*, Frankfurt am Main 2009; Hans-Christian Jasch, *Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung*, München 2012. Zur AfD vgl. etwa Gauland fordert Recht, stolz zu sein auf »Leistungen« in beiden Weltkriegen, in: *Die Welt*, 14.9.2017.

89 Vgl. Jan Erik Schulte/Michael Wildt (Hrsg.), *Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse*, Göttingen 2018.

90 Hanne Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit*, Göttingen 2020.

91 Vgl. auch Rigoll, *Kampf um die innere Sicherheit*.

kulturelle Ordnungspolitik, bei deren Konzeption und Implementierung oftmals Liberale und Linke – darunter viele aus Deutschland ausgebürgerte Geflüchtete – eine wichtige Rolle spielten, die unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Eindämmung der Rechten wie für die Förderung von konservativen, liberalen und (selten) linken Garanten. Neben der Denazifizierung und Umerziehung, zu denen Perry Biddiscombe und Karl-Heinz Füssl zonenübergreifende Überblicke vorgelegt haben, sind hier vor allem die Dekartellisierung und Demilitarisierung zu nennen, die noch nicht systematisch untersucht worden sind, obwohl sie eine nicht minder wichtige Rolle gespielt haben dürften, waren rechte Militärs und Industrielle doch nach 1918 feste Bestandteile der »nationalen Opposition« gewesen.<sup>92</sup> Auch die parteipolitische und mediale Lizenzierungspolitik durch alliierte Militärs und Geheimdienste, die mit dem Verbot rechter Schriften und Demonstrationen einherging, wurde noch keiner systematischen Analyse unterzogen, obwohl anzunehmen ist, dass auch diese Maßnahmen einen wichtigen Beitrag dafür leisteten, dass rechte Wahl- und Propagandaerfolge – wie die der WAV – zwar existent, aber dennoch selten waren, obgleich alliierte Umfragen immer wieder zeigten, wie nationalistisch viele Deutsche dachten.

Begonnen wurde indes mit der Erforschung der anderen, seinerzeit geheim gehaltenen Ordnungspolitik der Westmächte, nachdem das Thema in den Jahren davor nur von der DDR-Historiografie oder der politischen Publizistik aufgegriffen worden war.<sup>93</sup> Gemeint ist die systematische Rekrutierung von Funktionsträgern des Naziregimes, die – analog zu dem, was über die sichtbare Ordnungspolitik gesagt werden kann – auf alliierter Seite in der Regel nicht Geflüchtete, Liberale oder Linke, sondern integrierte Rechte vorantrieben, deren Tätigkeit von Regierungsseite vielleicht geduldet, dieser vielleicht aber auch unbekannt war. Die Rede ist von der »Organisation Gehlen« (O. G.), dem späteren Auslandsgeheimdienst der Bundesrepublik, und von den rund 140.000 Personen umfassenden Dienstgruppen, aus denen in Teilen die Bundeswehr hervorging. Nationalismusgeschichtlich betrachtet knüpften beide Strukturen an den organisierten oder integrierten Nationalismus in der Weimarer Republik an, erhielten nach 1945 jedoch aufgrund der veränderten Situation eine neue Form. Die in ihrer Genese von Thomas Wolf untersuchte Geheimdienststruktur, die sich während der Besatzungszeit um Reinhard Gehlen bildete, nachdem dieser bei Kriegsende mit dem US-Geheimdienst in Kontakt getreten war, steht in der Kontinuität der »Organisation Consul« (O. C.), die sich nach Wolfgang Sauer ebenfalls als Teil eines noch aufzubauenden Militärgeheimdienstes verstanden hatte, was ihr aber der Versailler Vertrag und die »Erfüllungspolitik«, die sie ermordete, untersagten.<sup>94</sup> Nur wurde die Gruppe um Gehlen nach 1945 anders als die um Hermann Ehrhardt nach 1918

92 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*; Karl-Heinz Füssl, *Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955*, Paderborn/München etc. 1994.

93 Albrecht Charisius/Julius Mader, *Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes*, Berlin (Ost) 1980 (zuerst 1966); Christopher Simpson, *Blowback. America's Recruitment of Nazis and Its Effects on the Cold War*, New York 1988, in deutscher Übersetzung erschienen unter einem Titel, der die Problematik vergangenheitlich und so die Handlungsmacht der Rechten ausblendet: ders., *Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA*, Wien 1988.

94 Wolfgang Sauer, *Die Mobilmachung der Gewalt*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1974, S. 131.

nicht von nationalistischen Finanziers unterstützt, die eine Konterrevolution wünschten, sondern von amerikanischen Dienststellen bezahlt, deren Auftrag in der Herstellung von Sicherheit und Ordnung lag.<sup>95</sup> Auch die Dienstgruppen, die bislang noch nicht monografisch erforscht wurden und sich unter anderem aus den Truppenverbänden rekrutierten, die von der Regierung Dönitz in Absprache mit den Briten zusammengezogen worden waren, hatten einen Vorläufer in der Weimarer Republik: die sogenannte Schwarze Reichswehr. War letztere nach Rüdiger Bergien von rechten Militärs gegründet und von demokratischen Politikern geduldet worden, die sich den Versailler Demilitarisierungsaufgaben widersetzen wollten, stellten die Dienstgruppen für deutsche und »anglo-amerikanische« Militärs eine Möglichkeit dar, trotz der Demilitarisierungsaufgaben des Potsdamer Abkommens von 1945 auf die Arbeitskraft ehemaliger Wehrmachtsangehöriger zurückzugreifen, was für sie den Vorteil hatte, dass sie mehr Truppen aus den Westzonen abziehen konnten, um sie entweder nach Asien oder nach Hause zu schicken.<sup>96</sup> Ein weiteres Beispiel ist die sogenannte Historical Division, in der ehemalige Offiziere der Wehrmacht im Auftrag der USA militärische Lehren aus dem »Russlandfeldzug« erarbeiteten. Sie kann als Nachkriegsversion der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen analysiert werden: Während die Zentralstelle in der Weimarer Republik die Mitschuld des Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkriegs negierte, um eine Revision der Versailler Ordnung zu legitimieren, blendete die »Historical Division« die Tatsache aus, dass die Massenverbrechen des Nazismus, allen voran die 27 Millionen Toten des Eroberungskriegs gegen die UdSSR, ohne die Arbeitsteilung zwischen Partei, Wehrmacht, Bürokratie und Wirtschaft nie hätten begangen werden können. Ziel war die Revision der Potsdamer Ordnung – dieses Mal aber mit Hilfe aus den Reihen der Kriegsgewinner.<sup>97</sup> Zu erforschen wäre, inwiefern in diese transnationale Arbeitsteilung nicht nur deutsche Militärexpertise einfluss, sondern auch deutscher Europa- und Okzidentalnationalismus sowie nationalistischer Antislawismus in der Kontinuität der nazistischen »Endsieg«-Pläne.

Aus diesen Strukturen heraus entwickelte sich von 1945 an ein Expansionsnationalismus, der den Revisionsnationalismus um eine außenpolitisch-militärische Komponente ergänzte und mit dem Argument auf eine Rückgängigmachung der Demilitarisierung drängte, dass Mittel- und Osteuropa nur mit deutscher Expertise vom Kommunismus »befreit« werden könne. Propagiert wurde diese Vision freilich nicht nur von deutschen, sondern auch von amerikanischen Nationalisten – in der Kontinuität des 1945 verstorbenen Patton. Von einem deutschen Eroberungskrieg in Osteuropa war in diesen Visionen freilich nicht die Rede, sondern von der Abwehr einer »Invasion« und von der Erringung von »Freiheit« für die Menschen im kommunistischen Herrschaftsbereich. Dies machte diese Forderungen kompatibel mit liberalen und kon-

95 Vgl. Thomas Wolf, *Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle*, Berlin 2018.

96 Vgl. Borgert, *Zur Entstehung, Entwicklung und Struktur der Dienstgruppen*; Rüdiger Bergien, *Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und »Wehrhaftmachung« in Deutschland 1918–1933*, München 2012.

97 Esther-Julia Howell, *Von den Besiegten lernen? Die kriegsgeschichtliche Kooperation der U.S. Armee und der ehemaligen Wehrmachtselite 1945–1961*, Berlin 2015; Ulrich Heinemann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983. Zum selben Phänomen im Nationalsozialismus vgl. Peter Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt am Main 1999.

servativen Positionen aufseiten der Westmächte. Als die USA im Jahr 1947 eine geheime »Liberation Policy« implementierten, die unter der Mitarbeit nationalistischer Emigranten aus Mittel- und Osteuropa ebendiese »Befreiung« vorbereitete, war dies auch ein Erfolg transnationaler Arbeitsteilung integrierter Rechter.<sup>98</sup>

Wie gingen die konservativen, liberalen und linken Deutschen, die 1945 von den Alliierten als Garanten auf Schlüsselpositionen gehievt worden waren, mit der Rückkehr der Gefährder und der damit einhergehenden Rekonfiguration des organisierten und integrierten Nationalismus um? Das methodische Problem, das sich bei der Beantwortung dieser Frage stellt, besteht darin, dass die, die in den Ländern der westlichen Besatzungszonen politische Verantwortung trugen, in den Quellen wenn überhaupt nur sehr beiläufig über die in den letzten Absätzen behandelten Probleme sprachen. Viel präsenter als der politische Nationalismus ist in diesen Dokumenten der organisierte und integrierte Kommunismus. Die Forschung hat vor diesem Hintergrund eine These aufgestellt, die sich an den Deutungen vieler Zeitgenossen orientiert: Mit dem »Kalten Krieg« sei auch für die meisten Nazigegner die »braune Gefahr« hinter der »roten Gefahr« weit zurückgetreten. Wir halten die Kalter-Krieg-These für falsch. Plausibler erscheint uns, dass seit 1945 politisch aktive und eng mit den Westalliierten kooperierende Nazigegner wie Kurt Schumacher und Konrad Adenauer in ihrer politischen Kommunikation nur so taten, als sei das Problem des Nationalismus angesichts der kommunistischen Bedrohung (zumindest weitgehend) erledigt.<sup>99</sup> Wenn beide »verharmlosend« über die nationalistische und »hysterisch« von der kommunistischen Gefahr sprachen, handelte es sich um politische Sprechakte, die sie in die Lage versetzten, den Antikommunismus halbwegs glaubwürdig für das entstehende westdeutsche Gemeinwesen als *nationistische Integrationsideologie* zu nutzen. Letztere sollte nicht nationalistisch sein und doch so viele Rechte wie möglich einbinden<sup>100</sup> – ein Phänomen, das von linken und liberalen Beobachtern (auch im Ausland) bis in die frühe Bundesrepublik hinein als »neuer Nationalismus« bezeichnet wurde.<sup>101</sup>

Der Antikommunismus war jedoch nicht die einzige Ersatzideologie für den Nationalismus. Wie eine nationalismusgeschichtliche Relektüre der Arbeiten von Frank Bösch und Kristina Meyer zur CDU und SPD nahelegt, wurden auch Autoritarismus und Chauvinismus für demokratisches Nation-Building genutzt, um die organisierte Rechte klein und die integrierten Rechten loyal zu halten. Dass sich Adenauer und Schumacher beide von 1945/46 an mit wachsendem Nachdruck gegen die ehrgeizigen Denazifizierungspläne wandten, die an der Basis ihrer sich gerade erst (re-)konstituierenden Parteien zu diesem Zeitpunkt auf großen Anklang stießen, wäre aus dieser Perspektive nicht als »neuer Nationalismus« zu interpretieren. Nationalismusgeschichtlich

98 Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*, Köln/Weimar etc. 2002.

99 Vgl. auch Dominik Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013; ders., *Kampf um die innere Sicherheit*; ders., *From Denazification to Renazification?*

100 In Weiterführung eines zu Recht häufig zitierten Arguments von Christoph Kleßmann, der den Antikommunismus schon früh als »konsensfähige Integrationsideologie« bezeichnet hat (Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–55*, Bonn 1986, S. 257f.).

101 Vgl. auch Hélène Miard-Delacroix, *Question nationale allemande et nationalisme. Perceptions françaises d'une problématique allemande au début des années cinquante*, Villeneuve d'Ascq 2004.

betrachtet handelte es sich zum einen um *anti-antinationalistische* Spitzen gegen die Denazifizierung und die Denazifizierer, die im Einklang mit der Auflösung der »Antifas« durch die Alliierten standen und die Funktion hatten, der Anti-Denazifizierungs-Propaganda der organisierten Rechten das Wasser abzugraben. Zugleich haben wir es mit einem *Wiederaufbaunationalismus* zu tun, der an den oben skizzierten *Befreiungsnationalismus* des Widerstands anknüpfte und der kompensieren sollte, dass bloße »Wiederaufbau-Rhetorik« gegenüber dem »alten, nun diskreditierten Nationalismus« nur ein »äußerst schwaches Integrationsband« blieb.<sup>102</sup> Wobei zu präzisieren wäre, dass sich der Nationalismus nach 1945 nicht nur deshalb zurücknahm, weil er durch die Nazis diskreditiert, sondern auch und vor allem weil ihm diese Zurückhaltung von den Alliierten auferlegt worden war. Neben der vielfach beschriebenen nationalistischen Arbeitsteilung etablierte sich also eine *nationalistische Arbeitsteilung*, deren Erforschung ebenfalls zu den Desideraten der zeithistorischen Nationalismusforschung zählt, die dieser Beitrag mitbegründen möchte.

### III. Zwischenfazit: Zur Archäologie des Nationalismus in Deutschland

Weshalb lohnt es sich nun, die beiden Phänomene, die in der Geschichts-, Sozial- und Politikwissenschaft momentan zumeist getrennt voneinander als »Nationalsozialismus« und »Rechtsradikalismus« oder »Rechtsextremismus« untersucht werden, in einer Zeitgeschichte des politischen Nationalismus gemeinsam zu historisieren? Die Antwort, die wir auf diese Ausgangsfrage nach einer nationalismusgeschichtlichen Relektüre zeithistorischer Studien geben möchten, lautet: Wenn man den Nazismus und die deutsche Nachkriegsrechte systematisch als Bestandteile einer nationalistischen Bewegung analysiert, die im 19. Jahrhundert in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern entstand und die auch im 21. Jahrhundert in unterschiedlichsten Ausprägungen weiter existent ist, können beide ungleich präziser als bisher in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verortet werden. Wie eine solche Verortung der Nationalismusgeschichte in der deutschen Zeitgeschichte aussehen könnte, soll abschließend am Beispiel unseres Gegenstands skizziert werden: die Transformation des politischen Nationalismus und der Wandel seines politischen Einflusses in Deutschland von der Endphase des Naziregimes zur Endphase der alliierten Militärbesatzung. Die Beschäftigung mit dem organisierten und integrierten Nationalismus in dieser Periode kommt dabei einer Archäologie des Nationalismus im gegenwärtigen Deutschland gleich, wie man in Anlehnung an zwei Quelleneditionen von Alfons Söllner »Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland« in den Jahren 1943 bis 1949 formulieren könnte.<sup>103</sup> Tatsächlich wurden in dieser kurzen Zeitspanne nicht nur von deutschen Nationalisten selbst, sondern auch von ihren politischen Gegenspielern auf

102 So treffend Bösch, *Die Adenauer-CDU*, S. 43. Zur SPD vgl. Kristina Meyer, *Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990*, Göttingen 2015, S. 23–111.

103 Alfons Söllner (Hrsg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 1: *Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–1945*, Frankfurt am Main 1982; ders., *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 2: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949*, Frankfurt am Main 1986.



alliierten und deutscher Seite nicht wenige struktur- und diskursprägende Weichen gestellt, die den politischen Nationalismus – und damit die Demokratie und den Sozialismus im geteilten Deutschland – zum Teil über Jahrzehnte hinweg prägten.

Der erste Teil des Beitrags hat gezeigt, dass der Nazismus im Angesicht des sich nach Stalingrad abzeichnenden Scheiterns seines Eroberungs- und Kolonisierungskriegs einen nationalistischen Okzidentalismus und Europäismus propagierte, der die Anti-Hitler-Koalition spalten und der Bildung einer Anti-Stalin-Koalition unter Einschluss des Reiches zur Rettung des »Abendlands« respektive »Europas« vor dem »jüdischen Bolschewismus« den Weg ebnen sollte. Dieses Unterfangen scheiterte zwar, aber dem Regime gelang es in dieser Phase dennoch, eine Reihe von Voraussetzungen nicht nur für ein Überleben des politischen Nationalismus nach der militärischen Niederlage, sondern auch für dessen bleibenden Einfluss in der Nachkriegsordnung zu schaffen. Von dieser Zukunftssicherung profitierten allen voran die nationalistischen Funktionselemente, die das Regime bis dahin getragen hatten und nach dem Krieg als gesellschaftlich integrierte Nationalisten die Geschicke des (westdeutschen) Gemeinwesens weiterhin mitbestimmten. Erstens wurden mit der »Aktion Gitter« nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler Hunderte Angehörige einer potenziellen Gegenelite ermordet, was die Ausgangsposition von Ex-Nazis nach dem Krieg verbesserte und die »Erfindung« einer Widerstandstradition nach französischem oder DDR-Muster in der Bundesrepublik erschwerte. Zweitens knüpften deutsche Nationalisten im Militär- und Sicherheitsapparat bereits 1944/45 wertvolle Westkontakte mit rechten oder rechtsoffenen Akteuren aufseiten der Westmächte, auf deren Grundlage dann Strukturen entstanden, aus denen sich später der in die NATO integrierte Militär- und Sicherheitsapparat der Bundesrepublik entwickeln sollte. Ideologisch angeknüpft werden konnte bei dieser Form der Westbindung – drittens – nicht nur an den Okzidental- und Europeanationalismus mitsamt seines nationalistischen Antislawismus, sondern auch an einen von Himmler und anderen geprägten nationalistischen Pseudo-Antinazismus, bei dem sich Nazis von anderen Nazis mit dem Argument distanzieren, dass diese nicht »anständig« gehandelt hätten – ein Topos, der bei der Denazifizierung und der anschließenden Wiederverwendung wohl zehntausendfach Verwendung fand. Die personelle Basis einer solchen Personalentwicklung wurde – viertens – auch von der Regierung Dönitz im Mai 1945 geschaffen, die mit Einverständnis der Westmächte eine große Zahl von Angehörigen der Sicherheitsapparate aus dem sowjetischen Einflussbereich in die Britische Zone evakuierte. Vom »Endkampf« der Hitlerdiktatur profitieren konnten – fünftens – aber möglicherweise auch *organisierte Nationalisten*, denen es in den 1945er-Jahren dort, wo sie es auf lokaler Ebene punktuell durften, mithilfe von nationalistischer Propaganda durchaus gelang, Mehrheiten bei Wahlen zu erzielen. Plausibel erscheint, dass diese Mobilisierbarkeit der Bevölkerung von rechts auch eine Folge ihrer intensiven Nationalisierung in der letzten Kriegsphase ist. Wichtige Weichen, die den Handlungsspielraum des politischen Nationalismus auf Jahre und zum Teil Jahrzehnte hinweg einschränken sollten, wurden zwischen 1943 und 1945 aber freilich auch von den Alliierten gestellt, namentlich durch die Zerschlagung des Reiches, die Abtrennung großer Territorien, die Besetzung und Aufteilung des Landes in voneinander abgeschottete Zonen sowie die millionenfache Gefangenennahme deutscher Soldaten und hunderttausendfache Internierung rechter Gefährder.



Der zweite Teil des Beitrags behandelte zunächst die alliierten Weichenstellungen zur Eindämmung des politischen Nationalismus in Deutschland in den Jahren 1945 bis 1948. Vergleichsweise leicht hatte es in dieser Hinsicht die Militäradministration in der SBZ. Wegen des sowjetischen Repressionsapparates und weil das Gros der rechten Funktionseliten geflüchtet war, bestanden dort nach jetzigem Kenntnisstand weder größere rechte Netzwerke noch gab es ein Heer an Deklassierten, das auf »Wiederverwendung« als Berufssoldat oder Beamter drängte. So war es möglich, mit der NDPD eine »nationaldemokratische« Blockpartei für die »nationale« Klientel zu schaffen, die sich der SED unterordnete. In den Ländern der Westzonen hatten es die Alliierten dagegen mit einer Vielzahl an rechten Parteien und Vereinigungen zu tun, deren Zulassung aber ebenso reglementiert wurde wie der Zugang zum Staatsdienst. Auch bei den antinationalistischen Strukturen der Besatzer handelte es sich um Weichenstellungen, denn viele wurden nach 1949 auf die eine oder andere Weise weitergeführt, namentlich durch die Ämter für Verfassungsschutz und das Ministerium für Staatssicherheit. Konterkariert wurde derart organisierter Antinationalismus in den Westzonen allerdings durch die Personalpolitik alliierter Strukturen wie der Organisation Gehlen, wo nationalistische Rechte in großer Zahl tätig waren und mit Gleichgesinnten auf alliierter Seite auf die »Befreiung« Westdeutschlands, der SBZ sowie ganz Osteuropas vom »Bolschewismus« hinarbeiteten. Dies mochte auch dazu beigetragen haben, dass in den USA 1947 Geheimstrukturen entstanden, die eben diese »Liberation« vorbereiteten – unter Mitarbeit nationalistischer Emigranten aus Mittel- und Osteuropa. Auch vor diesem Hintergrund bildete sich in den Westzonen aus dem Okzidental- und Europeanationalismus heraus ein Revisions- und Expansionsnationalismus, der sich freilich nicht offen als Nationalismus zu erkennen gab, sondern die alliierte Denazifizierung und Demilitarisierung mit dem Argument attackierte, dass beide den »Rechtsstaat«, die »Freiheit« und den »inneren Frieden« zerstörten, was den Aufbau einer Demokratie gefährde. Von Rechten geprägt wurden in dieser Zeit auch die beiden Nationalmythen von der »sauberen Wehrmacht« und der »sauberen Verwaltung«, die an den »Anständigkeits«-Topos der Kriegszeit anknüpften und in der Bundesrepublik bis heute wirkmächtig sind. Getragen wurden beide Nationalismen sowohl von rechten Parteien, die auf lokaler und regionaler Ebene zugelassen wurden, wenn sie ihre Programmatik und Rhetorik anpassten, als auch von integrierten Rechten in den Verwaltungen der Kommunen und Länder. Rechtsoffene Christdemokraten wie Adenauer machten sich solche Forderungen ab 1945 zu eigen. Rechtsoffene Sozialdemokraten wie Schumacher folgten erst später – auch aufgrund des Drucks von rechts. Die Abwicklung der Denazifizierung ab 1948 war also nicht das Produkt eines gesellschaftlichen Konsenses, sondern einer erfolgreichen Arbeitsteilung von integrierten und organisierten Nationalisten auf deutscher wie alliierter Seite, unterstützt von rechtsoffenen Akteuren aus dem demokratischen Spektrum, die um die Stimmen der Nationalisten buhlten. Die Nationalisten wurden dabei mit Begriffen wie »Ehemalige«, »Gestrige« oder »Belastete« belegt, was das Problem vergangenheitlichte. Auch hier handelt es sich um eine Weichenstellung insofern, als sie zeigt, dass Nationalisten im Nachkriegsdeutschland ihre Interessen durchsetzen konnten, wenn sie sich an gewisse Regeln hielten und sich einer demokratiekompatiblen Sprache bedienten. Auch dies ist ein Phänomen, das der Bundesrepublik erhalten blieb.

Schließen möchten wir mit dem Hinweis auf drei Forschungsprobleme, die der Beitrag nicht eigens in den Blick nehmen konnte. Da ist erstens die Frage nach dem Verhältnis zwischen politischem Nationalismus und gesellschaftlichem Rassismus. Wie in der Einleitung kurz ausgeführt, reiht sich der Rassismus aus nationalismusgeschichtlicher Perspektive in den Ideologien-Reigen ein, aus dem sich der integrale und politisch organisierte Nationalismus seit dem 19. Jahrhundert zusammensetzte. Chauvinismus, Antisozialismus, Antipluralismus, Eugenismus und andere gehören ebenso dazu. Was aber ist der Nationalismus aus rassismusgeschichtlicher Perspektive? Um Fragen wie diese klären zu können, erscheint uns die Etablierung einer zeit-historischen Rassismusforschung, die sich auch der Zeitgeschichte des Antisemitismus annimmt, genauso angezeigt wie die Arbeit an einer Zeitgeschichte des Nationalismus.<sup>104</sup> Eine zweite zentrale Frage, die der Beitrag nur streifen konnte, ist die nach dem Zusammenwirken zwischen deutschen Nationalisten und ihren Pendanten auf westalliierten Seite. Das Beispiel General Pattons und auch das der von ihm mit geschaffenen »Historical Division« konnte hier nur einen flüchtigen Eindruck davon vermitteln, dass der Prozess der »Westernisierung« neben der von der zeithistorischen Forschung untersuchten (sozial-)liberalen auch eine nationalistische Dimension hatte. Auf diesem Gebiet waren es nicht unbedingt die Westdeutschen, die von den Amerikanern lernten und zu ihnen aufschauten, sondern es war oft umgekehrt. Gänzlich ausgeklammert hat der Beitrag drittens die nicht minder wichtige Frage nach der internationalen Vergleichbarkeit – freilich nicht der hier untersuchten Kontexte, die historisch einmalig sind, aber doch der Konstellationen, Prozesse und der diesen zugrunde liegenden Logiken. Festhalten wollen wir zum Abschluss nur, dass sich die transnationale Verortbarkeit von Untersuchungsgegenständen auf der rechten Seite des politischen Spektrums unserem Dafürhalten nach stark erhöht, wenn man sich eines nationalismusgeschichtlichen Ansatzes bedient. Dann muss man sich zum Beispiel nicht mehr fragen, wie »faschistisch« denn nun die »Action française« war und ob es vertretbar ist, diese oder jene rechte Bewegung der Vergangenheit oder auch der Gegenwart mit dem Nazismus zu vergleichen. Vielmehr könnten sehr unterschiedliche Formen von organisiertem, politischem Nationalismus mit den Methoden der Nationalismusforschung leichter miteinander verglichen werden: von der Diktatur António de Oliveira Salazars und der Hitlerdiktatur über die »Nationaldemokraten« im Nachkriegsdeutschland und den »Front National« in Frankreich bis hin zum Trumpismus und zur AfD.

104 Vgl. auch Maria Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: AfS 56, 2016, S. 463–484; Stefanie Schüler-Springorum, Das Untote: Warum der Antisemitismus so lebendig bleibt und ist, in: Kursbuch, 2020, Nr. 203, S. 53–64.



## **Forschungsberichte und Sammelrezensionen**



FRIEDRICH LENDER

## Zum Abschluss der Max-Weber-Gesamtausgabe

Als vor einem knappen Jahrzehnt der letzte Bericht über den Fortgang der Max-Weber-Edition in dieser Zeitschrift erschien, schloss er mit der Hoffnung, ein nächster Bericht werde vom Abschluss dieses Großprojekts künden können.<sup>1</sup> Diese Hoffnung hat sich erfüllt, und diese Leistung ist umso beachtlicher, als von dem ursprünglichen, nach dem Tode Wolfgang J. Mommsens um Gangolf Hübinger ergänzten Herausgeberkreis nur Wolfgang Schluchter und Gangolf Hübinger noch leben, die in einer Reihe von Fällen überdies die Verantwortung für Einzelbände übernommen haben, für die einmal andere Herausgeber vorgesehen waren. Schaut man auf die Gesamtheit der während der letzten zehn Jahre erschienenen und zum Teil mit finanzieller Unterstützung ganz neuer Mäzene bearbeiteten Bände, dann kann zunächst mit Blick auf die erste und mit Abstand umfangreichste Abteilung der Max-Weber-Gesamtausgabe (MWG) – »Schriften und Reden« – gesagt werden, dass hier mit den Bänden zur Logik und Methodik der Sozialwissenschaften und zum Hochschulwesen sowie und vor allem mit der Edition der Früh- und der Spätfassung der »Protestantischen Ethik« schmerzhaft Lücken geschlossen wurden und die schon weit fortgeschrittene Herausgabe der im Umfeld von »Wirtschaft und Gesellschaft« entstandenen Texte zum Abschluss gebracht wurde. Die Briefbände der Abteilung II sind zu gut der Hälfte im letzten Jahrzehnt erschienen und decken jetzt zusätzlich die Zeit von den Jugendbriefen bis zum Ende des Jahres 1905 sowie die letzten drei Lebensjahre ab. Sie sind wie alle Weber-Briefe über die mehr als 500 Druckseiten in Anspruch nehmenden Register im abschließenden elften Band der Briefreihe erschlossen.<sup>2</sup> Dieser bietet zusätzlich die während der Editionsarbeiten gefundenen Briefe, von denen einige wenige schon als Abschriften Eingang gefunden hatten. Das sind nicht nur punktuelle Ergänzungen, sondern sie geben zu einzelnen Zeiten und Tätigkeitsfeldern wie insbesondere Webers Lazarettendienst während des Ersten Weltkriegs oder dem Verhältnis zu Kollegen wie Karl Bücher oder Ladislaus von Bortkiewicz weitergehenden Aufschluss zu Leben und Werk.

Die seit dem letzten Bericht an dieser Stelle erschienenen Briefbände überschneiden sich hinsichtlich der Chronologie mit den hinzugekommenen »Vorlesungen und

1 Vgl. Friedrich Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (III), in: Afs 51, 2011, S. 645–660, hier: S. 660; vgl. schon ders., Zum Fortgang der Max-Weber-Edition, in: Afs 36, 1996, S. 536–552, und ders., Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (II), in: Afs 43, 2003, S. 565–575. Seit 2013 ist der Berichtstatter Mitglied der Kommission für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in deren Auftrag die Max-Weber-Gesamtausgabe herausgegeben wird. Da die Kommission seit diesem Zeitpunkt aber nicht mehr konkret mit der Edition befasst war, scheint eine Fortführung vertretbar, zumal Leserinnen und Leser leicht überprüfen können, ob sich die Grundperspektive des Berichtstatters auf das Gesamtprojekt verändert hat.

2 Max Weber, Briefe. Nachträge und Gesamtregister (Max Weber-Gesamtausgabe [im Folgenden: MWG], Bd. II/11), hrsg. v. Rita Aldenhoff-Hübinger/Edith Hanke, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2019, XXVI + 707 S., geb., 319,00 €.

Vorlesungsmitschriften« der III. Abteilung, deren neue Bände zwei Vorlesungen des jungen Nationalökonomen dokumentieren sowie die letzte von Max Weber überhaupt vollständig gehaltene Vorlesung aus dem Wintersemester 1919/20. Damit liegt eine Edition vollständig vor, die schon während ihrer Entstehung unser Bild von Leben und Werk Max Webers auf eine ganz neue Grundlage gestellt hat, teils weil sie der Weberforschung neue, vor allem briefliche Quellen zugänglich gemacht hat, teils weil sie ihr lange kaum rezipierte Werke wie seine ersten Arbeiten zu mittelalterlichen Handelsgesellschaften oder die Schriften zum Börsenwesen durch umfangreiche kontextualisierende Einleitungen und Apparate überhaupt erst erschlossen hat.<sup>3</sup> Dass der dadurch beförderte Forschungsprozess sein Bild nur noch vielschichtiger und facettenreicher hat werden lassen, kann niemanden überraschen. Den anlässlich des 150. Geburtstags erschienenen Biografien und Handbüchern, die selbstverständlich eine je eigene Perspektive auf ihren Gegenstand bieten, wächst so auch die Funktion zu, einen ersten Zugang zu einem imposanten Gesamtwerk zu ermöglichen.<sup>4</sup>

Angesichts einer solchen Situation und in Anerkennung der Unmöglichkeit, die überbordende Sekundärliteratur anders als hochselektiv mit heranzuziehen, bietet sich eine chronologische Vorgehensweise an. Sie muss die »Jugendbriefe« an den Anfang stellen, wie Marianne Weber 1936 die von ihr herausgegebene Briefauswahl betitelt hatte, »welche die Zeit vom 13. bis 30. Lebensjahre umfaßt«.<sup>5</sup> Zu sagen, dass diese sich nun verteilt auf zwei Bände in der Gesamtausgabe wiederfinden, wäre indessen ganz unangemessen. Denn hier sind nicht nur ganz andere Ansprüche an Vollständigkeit und Genauigkeit der Wiedergabe zugrunde gelegt sowie eine höchsten Ansprüchen genügende Kommentierung geboten, sondern es wird auch eine weit höhere Zahl von Briefen dokumentiert, und das nicht allein deshalb, weil Marianne Weber die an sie selbst gerichteten Briefe nicht in ihre Sammlung aufgenommen hatte. Und überdies scheint die nun für den ersten Briefband gewählte Beendigung der Jugendzeit mit dem Abschluss des Studiums auf den ersten Blick angemessener als Marianne Webers weites Ausgreifen.<sup>6</sup> Nicht unmittelbar einsichtig ist dagegen, warum zwei überlieferte Kinderbriefe nicht aufgenommen wurden und warum die im Anhang wiedergegebenen und hochinteressanten Schülersaufsätze nicht um einen weiteren gleichfalls erhaltenen Aufsatz komplettiert wurden.<sup>7</sup> Mit Blick auf die Entwicklung des zukünftigen Gelehrten könnte man sich beides sehr aufschlussreich vorstellen.

Wie tritt uns dieser nun in seinen Briefen gegenüber? Zunächst einmal als ungeheuer mitteilungsfreudig. Seiner »Berichterstattungspflicht« kommt er oft, meist wohl auch gern und sehr ausführlich nach (II/1, S. 519). Das ist, wie die Einleitung ausführt,

3 Vgl. dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (II), S. 565ff., sowie ders., Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (III), S. 646f.

4 Hilfreich sind insbesondere Jürgen Kaube, Max Weber. Ein Leben zwischen den Epochen, Berlin 2014, und Hans-Peter Müller/Steffen Sigmund (Hrsg.), Max Weber-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Metzler Verlag, Stuttgart/Weimar 2014, XI + 425 S., geb., 59,95 €.

5 Max Weber, Jugendbriefe, hrsg. v. Marianne Weber, Tübingen 1936, S. III.

6 Max Weber, Briefe 1875–1886 (MWG, Bd. II/1), hrsg. v. Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards/Uta Hinz, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2017, XXII + 759 S., geb., 314,00 €; Zitate aus der MWG werden im Folgenden lediglich durch Nennung der Abteilung und des Bandes sowie der Seitenzahl nachgewiesen.

7 Vgl. die Einleitung und die editorische Vorbemerkung in: MWG II/1, S. 22f. und 601f.



für Bürgerkinder keineswegs ungewöhnlich, sondern Ergebnis eines angeleiteten Lernprozesses. Wohl nicht im selben Maße milieutypisch ist indessen die ausschließliche Adressierung seiner nicht vollständig überlieferten Briefe an Mitglieder der Familie. Der nur ein Jahr ältere Werner Sombart etwa korrespondierte als Gymnasiast und dann auch als junger Student intensiv mit einer ganzen Reihe von Freunden, nicht zuletzt weil ihn der Besuch eines Internats früh aus dem elterlichen Berlin fortgeführt hatte.<sup>8</sup> Max Weber dagegen blieb nicht nur während der Schulzeit, sondern auch als Einjährig-Freiwilliger und als Student – ein Göttinger Semester ausgenommen – in der Nähe seiner Eltern oder der enger Verwandter. Mehr als 110 der insgesamt knapp 150 Briefe des ersten Bandes sind an seine Eltern gerichtet, wobei die Briefe an die Mutter nicht nur zahlreicher sind, sondern auch eine breitere Themenpalette berühren und eine größere emotionale Nähe zum Ausdruck bringen. Mit seiner religiös musikalischen Mutter diskutiert er die Schriften des liberalen Theologen William Ellery Channing oder tauscht sich mit ihr intensiv darüber aus, wie er, sie und weitere Mitglieder der Familie zu der Verbindung zweier weiterer Verwandter – Otto Baumgarten und seiner Cousine Emily Fallenstein – stehen (II/1, S. 567ff. und 366f.). An den Vater gerichtet schreibt er dagegen schon einmal: »Da dieser Brief wesentlich Geschäftliches etc. betrifft, so schreibe ich an Dich und behalte mir vor, der Mama auf ihren dem Packet einliegenden Brief später zu antworten.« (II/1, S. 550) Macht ihn das, sein bekanntermaßen spannungsreiches Verhältnis zu seinem Vater oder auch die Sorge der Mutter, die nicht davor zurückschreckt, von ihrem Neffen die an diesen gerichteten Briefe ihres Sohnes zu erbitten, aber schon zum »Muttersohn«, wie es im Untertitel der Weber-Biografie Dirk Kaeslers heißt?<sup>9</sup>

Interessant scheint mit Blick auf die Familienzentriertheit der weberschen Briefe nicht zuletzt, wie sich in ihnen ein ebenso weitgespanntes wie eng gestricktes familiäres Netzwerk konstituiert. In seinen Heidelberger Semestern ist der junge Max Dauergast bei Adolf Hausrath und dessen Frau, einer Schwester seiner Mutter. Und in Straßburg, wo er seinen Militärdienst ableistet, geht er bei Hermann Baumgarten ein und aus, der mit einer anderen Schwester seiner Mutter verheiratet ist. Die »Berichterstattungspflicht« erstreckt sich nicht allein auf die zahlreichen Treffen und gelegentlichen Ausflüge, sondern immer auch auf das Wohlergehen, die Entwicklung und die Lebensführung sämtlicher Verwandter. Hinzu kommen insbesondere während seiner Militärzeit Kommentare zu Land und Leuten: »Die Schattenseite an diesem Volke ist seine gräßliche Schmutzigkeit. Eine in dieser Beziehung widerwärtigere Bevölkerung als die von Zabern kann es kaum geben.« (II/1, S. 441f.) Sehr viel breiteren Raum nimmt die Politik im engeren Sinn ein, mit welcher der junge Max schon deshalb früh vertraut ist, weil sein Vater als bekannter liberaler Politiker oft einflussreiche Gesinnungsgenossen zu Gast hat, aber auch sein Onkel Hermann Baumgarten eine zentrale Rolle im Liberalismus seiner Zeit spielt. Erweitert über den Freundeskreis der Eltern –

8 Vgl. die von Friedrich Lenger, Werner Sombart (1863–1941). Eine Biographie, München 2012 (zuerst 1994), S. 30ff., zitierten Jugendbriefe, die nicht in: Thomas Kroll/Friedrich Lenger/Michael Schellenberger (Hrsg.), Werner Sombart. Briefe eines Intellektuellen 1886–1937, Berlin 2019, aufgenommen wurden.

9 Dirk Kaesler, Max Weber. Preuße, Denker, Muttersohn. Eine Biographie, München 2014; vgl. ebd., S. 184.

der mit seinem Vater befreundete Rechtshistoriker Ferdinand Frensdorf öffnet Max junior in Göttingen alle Türen – sind familiäre Verbindungen – Adolf Hausrath ist Rektor der Heidelberger Universität – also früh förderlich. Damit soll nicht gesagt sein, der spätere Gelehrte sei auf Protektion angewiesen gewesen. Vielmehr zeigt er sich, insbesondere in den Briefen an seinen einige Jahre älteren Vetter Fritz Baumgarten, als belesener junger Mann, der wie andere Gymnasiasten seines Alters auch über »Cicero's Charakter oder Politik« urteilt und dabei auf Theodor Mommsens »Römische Geschichte« rekurriert (II/1, S. 126f.).<sup>10</sup> Das ist zunächst einmal gar nicht untypisch und demonstriert lediglich eindrucksvoll, dass der bekanntlich zeitlich extensive Gymnasialunterricht in alten Sprachen mit einer so weitreichenden Immersion kaiserzeitlicher Abiturienten in Kultur und Geschichte der Antike verbunden war, wie sie heute unvorstellbar geworden ist. Das gibt den beiden bereits angesprochenen Schüleraufsätzen im Anhang besonderes Gewicht für die Frage, ob Weber schon als Gymnasiast in Sachen historischer Bildung deutlich aus der Schar seiner Mitschüler herausragte. Ohne zu wissen, ob etwa Theodor Mommsens Sohn Karl, mit dem Weber seine Abiturprüfungen ablegte, nicht ähnlich lange Aufsätze – im Druck jeweils gut 15 Seiten – verfasst hat, fällt eine Antwort schwer. Und über die konkreten Einflüsse, die etwa seine im Dezember 1879 verfassten »Betrachtungen. Über Völker-Charakter, Völker-Entwicklung und Völker-Geschichte bei den Indogermanischen Nationen« geprägt haben mögen, erfahren wir nichts, auch wenn seine Briefe gelegentlich über Lektüren Auskunft geben oder Bücherwunschlisten enthalten. Für die Studienjahre sieht es hier dann besser aus, weil seine Briefe zusätzlich die besuchten Lehrveranstaltungen kommentieren und so die Präferenzen des *cand. jur.* deutlich hervortreten.<sup>11</sup>

Unter dem enormen Selbstbewusstsein, das in den Aufsätzen und Briefen des Erstgeborenen zum Ausdruck kommt, dürfte sein Bruder Alfred wohl am stärksten gelitten haben. Gönnerhaft heißt es im August 1876 an die Mutter: »Alfred macht seine Arbeiten ganz gut.« (II/1, S. 36) Drei Jahre später berichtet der strebsame Max an den Papa: »[...] mir geht es in der Schule ausgezeichnet, nicht ganz so gut Alfred, dessen Extemporalia etwas schwach ausgefallen sind, hoffentlich geht es noch besser.« (II/1, S. 190) Und die direkt an seinen Bruder gerichteten Briefe verlieren ihren belehrenden Duktus bis in die zweite Studienhälfte des Älteren nicht (vgl. II/1, S. 590ff.). Besonders penetrant fällt dieser aus, wenn ein äußerer Anlass wie die Konfirmation Alfreds seinen Bruder motivieren, »als Bruder und Christ ein paar Worte zu sagen« (II/1, S. 405). Sehr viel häufiger sind es Geburtstage, zu denen von Sender und Empfänger Briefe erwartet werden, weshalb auch geringe Verspätungen von Entschuldigungen begleitet werden. Ganz grundsätzlich gehören zu diesen Erwartungen auch Annahmen über die Promptheit und den angemessenen Umfang einer Antwort. Im nahen persönlichen Verkehr wird damit nicht selten gespielt und die Reue über vergangene Versäumnisse in geradezu ritualisierter Art und Weise mit Beteuerungen zur Bedeutung des brieflichen Austauschs verbunden. Aber auch sonst lässt man Briefe nicht unbeantwortet.

<sup>10</sup> Vgl. Lenger, Werner Sombart, S. 31, für einen völlig parallelen Beleg.

<sup>11</sup> Davon hatte schon Werner Gephart in seiner vorzüglichen Einleitung zu Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Die wirtschaftlichen Ordnungen und die gesellschaftlichen Mächte*. Nachlaß, Teilbd. 3: *Recht* (MWG, Bd. I/22-3), hrsg. v. Werner Gephart/Siegfried Hermes, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2010, XXIX + 813 S., geb., 319,00 €, S. 1–133, mit großem Gewinn Gebrauch gemacht.

So schreibt Max seiner Mutter aus Göttingen mit Blick auf seine beiden Schwestern: »Clara und Lili muß ich sagen, daß Fräulein Frensdorff sich in voriger Woche, wo ich bei ihnen war, aufs Äußerste gewundert hatte, daß beide noch immer nicht geantwortet hatten, hoffentlich haben sie es inzwischen gethan.« (II/1, S. 576f.) Derlei Konventionen sind für den jungen Max Weber etwas Selbstverständliches. Allenfalls mokiert er sich seiner Mutter gegenüber in durchaus amüsanter Art und Weise über den ungeheuren Zeitaufwand, der direkt oder indirekt durch die Einladung zu einem Ball bei einem seiner akademischen Lehrer verursacht wird (II/1, S. 579f.). Stets aber entspricht er den Verhaltenserwartungen und das auch, wenn sie von studentischen Verbindungen oder den Offizieren seines Ausbildungsregiments an ihn herangetragen werden. Sie finden ihren Niederschlag nicht zuletzt in häufigen Bitten um finanzielle Unterstützung: »So unangenehm es mir deshalb ist, so ganz kolossal teuer zu werden, muß ich doch schon wieder um möglichst schleunige Zusendung von Geld bitten, um nicht in die größte Verlegenheit zu kommen« (II/1, S. 371). Daran knüpft sich in sehr vorhersehbarer Weise der väterliche Vorwurf von »Leichtsinn und Verschwendung« (II/1, S. 445), der ebenso vorhersehbar bestritten wird, doch bleibt bemerkenswert, dass es für Ausgaben keine fixe Obergrenze zu geben scheint, damit für unabweisbar gehaltene Bedürfnisse befriedigt werden und das dafür benötigte Geld von den Eltern eingefordert wird.

Und von daher hat es auch seinen tieferen Sinn, dass Marianne Weber die Jugend ihres Mannes erst in dessen 30. Lebensjahr zu Ende gehen lässt. Denn so markiert nicht nur die Hochzeit mit ihr, sondern auch die zeitlich damit weitgehend zusammenfallende finanzielle Selbstständigkeit den Beginn des Erwachsenseins. Dass Weber, der nach dem Göttinger Semester bis zur Eheschließung wieder in seinem Elternhaus in Charlottenburg wohnt, diesen Einschnitt als ähnlich tief empfunden hat, ist überdeutlich. So schreibt er seinem Onkel Hermann Baumgarten, der seine Bewerbung um die Stelle eines Syndikus bei der Bremer Handelskammer kritisch kommentiert hatte: »Ich gestehe, daß ich nur mit Überwindung – so sehr mir sonst der wissenschaftliche Beruf naheliegt, – daran denke, vom abwartenden unbesoldeten Referendar und Assessor zum ebenso abwartenden und unbesoldeten Privatdozenten überzugehen.«<sup>12</sup> Aus dieser misslichen Lage befreit ihn erst die Übernahme der Vorlesung seines erkrankten Lehrers Levin Goldschmidt, die er Ende November 1892 gegenüber seiner jüngeren Schwester Clara gleichermaßen erleichtert wie ironisch kommentierte: »und wenn ich auch mit meinen 100 Zuhörern ein reicher Mann grade bin« (II/2, S. 288). Zehn Monate später heiratet er in sicherer Erwartung der im November 1893 dann auch erfolgenden Ernennung zum außerordentlichen Professor und es entbehrt nicht der Ironie, dass – wie man der vorzüglichen Einleitung entnehmen kann – der zwei Tage vor der Trauung unterzeichnete und für den so auf seine Eigenständigkeit bedachten Max Weber äußerst vorteilhafte Ehe- und Erbvertrag zwischen seinem Vater und dessen Bruder Carl David ausgehandelt worden war, der seinerseits der Großvater der zu verheiratenden Marianne Schnitger war. Eheschließungen, daran lassen die zahlreichen immer noch primär an Familienangehörige gerichteten Briefe des

12 Max Weber, Briefe 1887–1894 (MWG, Bd. II/2), hrsg. v. Rita Aldenhoff-Hübinger in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards/Sybille Oßwald-Bargende, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2017, XX + 683 S., geb., 289,00 €, S. 228.

zweiten Briefbands keinen Zweifel, finden in diesem sozialen Milieu häufig innerhalb weitgespannter und gelegentlich um befreundete Familien erweiterter Verwandtschaftsnetze statt, die von Frauen wie Maxens Mutter Helene organisiert und dirigiert werden. Ausnahmen werden dementsprechend kommentiert. So schreibt der soeben als Ordinarius nach Freiburg im Breisgau gezogene Max im Oktober 1894 an seine Mutter: »Wir müssen das Beste für G(öhre) hoffen, vielleicht führt ihn der Zufall in bessere Hände als er erwarten durfte.« (II/2, S. 573) Der nun endlich verlobte Paul Göhre hatte zu Beginn des Vorjahres Helene Weber wissen lassen, dass er Marianne Schnitger einen Heiratsantrag machen wolle, die, wie man der mustergültigen Kommentierung entnehmen kann, daraufhin Mutter Weber ihre Gefühle für Max gestanden hatte (vgl. II/2, S. 303, Anm. 1). Später nahm die Familie dann an, Maxens Schwester Clara sei – unerwidert – in Göhre verliebt, sodass Mutter, Max und Marianne allesamt erleichtert waren, als Ernst Mommsen, der jüngere Bruder von Maxens Mitschüler Karl, Clara Weber einen Heiratsantrag machte (vgl. II/2, S. 492f. und 499f.).

Im Falle der Verheiratung von Max und Marianne Schnitger ist es neben der »Neigung meines Freundes zu Dir«, wie der spätere Bräutigam in seinem ersten überlieferten Brief formuliert, »die ganze Schwere der Verantwortung, die ich, damals im Verkehr mit Mädchen noch ein halber Knabe, auf mich geladen habe«, die zunächst einer Verbindung im Wege steht (II/2, S. 302ff.). Das bezog sich auf seine Cousine Emmy, der er sich insbesondere während seiner Straßburger Militärzeit nahe gefühlt hatte. Und die nicht selten im Druck zehn Seiten langen Briefe, die er in dem Dreivierteljahr nach seinem Fortgang aus Straßburg an seine Cousine richtet, sind in der Tat von einer Vertrautheit und einem Einfühlungsvermögen geprägt, die den Briefen an seine Braut und dann Ehefrau eher fehlen. Die Beteuerung – »Die Briefe an Dich, mein Kind, sind die ersten, die mir nicht eine unerträgliche Last, sondern ein Vergnügen ausmachen« – wird von den Briefen selbst nicht gedeckt. Sie stammt vom 10./11. April 1893. Seit dem geplanten Antrag Göhres sind also gerade einmal vier Monate vergangen, doch ist allein noch unklar, »wann wir dann unsre Verlobung öffentlich machen« (II/2, S. 339f.). Weber präsentiert sich selbst in dieser Zeit als »seltsam viel reflectierender und in manchen Beziehungen über meine Jahre hinaus alt gewordener Bräutigam« (II/2, S. 356). Ein Dreivierteljahr nach der im September 1893 erfolgten Hochzeit heißt es dann auf das Verständnis der zehn Tage später als »groß und entsagungsvoll« Gepriesenen rechnend: »Aber Du mein Kind hast auf die Weise, und das war mir von Anfang an ein Hauptpunkt bei allen Bedenken, eben einen abnormen Mann bekommen.« (II/2, S. 565 und 557) – Zu diesem Zeitpunkt steht der Wechsel nach Freiburg, dessen langwierige Vorgeschichte der Band gut nachvollziehen lässt, und damit auch der Wechsel von der Jurisprudenz zur Nationalökonomie längst fest. Letzterer spiegelt sich in den Briefen wider, ist aber ohne den Rückgriff auf die ersten sechs Bände der »Schriften und Reden« nicht wirklich nachzuvollziehen. So spricht Weber im Februar 1893 zwar noch von sich und seinesgleichen als »wir Juristen«, doch entwickelt der Brief an Lujo Brentano, in dem er das tut, eben seine bekannten Urteile über die Agrarverhältnisse des ostelbischen Deutschland, mit denen er in dieser Zeit bekannt wird (II/2, S. 316).<sup>13</sup> Was die Annäherung an die Nationalökonomie nach Ausweis der Briefe der frühen 1890er-Jahre indessen zusätzlich befördert, ist zweierlei: der Berufs-

13 Vgl. MWG I/3 und MWG I/4 sowie dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition, S. 539ff.

alltag des Rechtsreferendars und Assessors, der Weber keinen Gefallen an dem Gedanken finden lässt, »an die doch relativ öde Juristerei geschmiedet« zu bleiben, und zum andern die regelmäßige Teilnahme an den Treffen jüngerer Berliner Nationalökonominnen und Historiker in den späten 1880er- und frühen 1890er-Jahren (II/2, S. 442). Politisch stand Weber in den frühen 1890er-Jahren der evangelisch-sozialen Bewegung nahe und konnte sich 1894 sogar eine Beteiligung an der Finanzierung von Naumanns »Die Hilfe« vorstellen (II/2, S. 569f. und 578f.). Das stand in keinerlei Widerspruch zu seinem ausgeprägten Nationalismus, der in seinen Agrarstudien ja längst deutlich zum Ausdruck gekommen war. Dem Sozialdarwinisten Otto Ammon schrieb er diesbezüglich Ende 1894, seine berühmt-berüchtigte Freiburger Antrittsvorlesung antizipierend, »daß die im Osten zur Zeit sich vollziehenden nationalen Verschiebungen Auslese-Erscheinungen sind« (II/2, S. 586).

Zunächst aber musste ihn mit Blick auf seine Lehrverpflichtungen die Frage beschäftigen, »wie ich die Sache bewältigen soll« (II/2, S. 413), denn mit zwei jeweils vierstündigen Vorlesungen und zwei weiteren zweistündigen Veranstaltungen hatte er ein herausforderndes Pensum in einem ihm in großen Teilen noch fremden Fach zu absolvieren (vgl. II/2, S. 537, Anm. 4). Von der in Freiburg erstmals gehaltenen Vorlesung über »Allgemeine und theoretische Nationalökonomie« liegt eine Edition der überlieferten Notizen und insbesondere der den Aufbau der Vorlesung dokumentierenden Handreichung für ihre Hörer seit einiger Zeit vor.<sup>14</sup> Ohne grundsätzlich das Bild des werdenden Nationalökonominnen zu verändern, der wie andere seiner Generation auch zwischen der in Deutschland starken historischen Schule und der in Österreich dominanten Theorieorientierung zu vermitteln suchte, erschien dieser nach Ausweis der edierten Notizen doch als ein insbesondere mit der Geschichte des Fachs vertrauter Wissenschaftler. Für die zweite Freiburger Vorlesung über Finanzwissenschaft, deren partielle Rekonstruktion aus überlieferten Notizen sich als gleichfalls extrem schwierig erwies, fällt der Befund einigermaßen niederschmetternd aus. Schon im Vorwort charakterisiert der Bandherausgeber das Gebotene als »Standardüberblick, ohne aber eigene Akzente zu setzen.«<sup>15</sup> Und der sorgfältige Abgleich der weberschen Exzerpte und Notizen belegt dann eindrucklich, dass dessen Grundlagen kaum über Adolph Wagners und Karl Theodor Ehebergs Standardwerke zur Finanzwissenschaft und einige Artikel des »Handwörterbuchs der Staatswissenschaften« hinausreichten. Das ist ohne Zweifel ein wichtiges Resultat und zudem eines, das den jungen Gelehrten menschlicher erscheinen lässt, aber eine wirkliche Begründung für die Aufnahme dieser Notizen in die Gesamtausgabe ist es nicht. Einige Jahre später scheut Weber sich indessen nicht, seinem Verleger Paul Siebeck auch bei der Rekrutierung finanzwissenschaftlicher Autoren Ratschläge zu geben.<sup>16</sup> Ob das auf einer inzwischen erfolgten tiefergehenden Einarbeitung in die Materie beruht oder Weber

14 Vgl. MWG III/1 sowie dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (III), S. 647ff.

15 Max Weber, Finanzwissenschaft. Vorlesungen 1894–1897 (MWG, Bd. III/3), hrsg. v. Martin Heilmann in Zusammenarbeit mit Cornelia Meyer-Stoll, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2017, XIII + 443 S. (+ CD-ROM), geb., 194,00 €, S. VI.

16 Vgl. Max Weber, Briefe 1895–1902 (MWG, Bd. II/3), hrsg. v. Rita Aldenhoff-Hübinger in Zusammenarbeit mit Uta Hinz, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2015, 2 Halbbde., LIX + 1031 S., geb., 459,00 €, S. 631.

damit lediglich den im Fach kommunizierten Konsens weitergibt, muss allerdings offenbleiben.

Vor diesem Hintergrund kommt der von Weber seit seinem zweiten Freiburger Semester wiederholt gehaltenen Vorlesung über »Praktische Nationalökonomie (Volkswirtschaftspolitik)« besonderes Gewicht für die Gesamtbewertung der ganz den »Vorlesungen und Vorlesungsmitschriften« gewidmeten dritten Abteilung der MWG zu, während die Herausgeberin der beiden gleichfalls im Sommersemester 1895 erstmals gehaltenen Spezialvorlesungen hat zeigen können, dass diese entweder eine gewisse Originalität beanspruchen können oder doch zumindest tief in der vorhergehenden Beschäftigung mit Agrarproblemen in Vergangenheit und Gegenwart verankert waren.<sup>17</sup> In jedem Fall ist Webers Bericht an seinen Bruder aus den ersten Wochen dieses Sommersemesters mehr als glaubhaft: »Auch jetzt noch schwimme ich ziemlich mühsam von einem Colleg-Tag zum andern« (II/3, S. 77). Und auch das etwas frühere Bekenntnis gegenüber Adolph Wagner ist wohl nicht nur kokettierend gemeint: »[I]ch betrachte mich auf 9/10 des Gebietes, das ich vertreten soll, als Anfänger« (ebd.). Das galt auf dem Gebiet der Volkswirtschaftspolitik sicherlich etwas weniger als im Bereich der Finanzwissenschaft. Denn hier konnte Weber, wie Hauke Janssen in seiner Einleitung zu den von ihm edierten Vorlesungsnotizen zur »Praktischen Nationalökonomie« deutlich macht, zumindest punktuell immer wieder auf eigene Arbeiten zurückgreifen und Material aus aktuellen Vorträgen in die Vorlesung hineinziehen.<sup>18</sup> Gleichwohl bilden auch hier Handbuchartikel die erkennbaren Ausgangspunkte der weberschen Vorlesungen. Den Versuch Hauke Janssens, aus den einzig überlieferten Notizblättern hierzu ihren Aufbau und Ablauf zu rekonstruieren, kann man als Exempel entsagungsvoller Editionsarbeit nur bewundern. Denn nicht einmal ein Inhaltsüberblick oder eine Gliederung aus Webers Hand sind überliefert. Und die erhaltenen Stichwortsammlungen sind nicht nur äußerst knapp und spröde, sondern waren auch einem im Einzelnen nicht nachvollziehbaren Prozess wiederholter Überarbeitung während der zweiten Hälfte der 1890er-Jahre unterworfen, was durch eine synoptische Anordnung der Varianten dokumentiert wird. Ihr Inhalt wird vom Bandherausgeber in seiner Einleitung kundig auf zeitlich parallele Arbeiten Webers bezogen, aber man wird kaum sagen können, dass die Vorlesungsnotizen das Bild des jungen Weber groß verändern. Janssen sieht in ihnen »Vorböten, die auf das Webersche Denken nach seinem Zusammenbruch hinweisen« (III/2, S. 75). Aber es bleibt doch fraglich, ob ein solches – von Fall zu Fall unterschiedlich fassbares – Ergebnis den Aufwand lohnt oder ob nicht der Handvoll Hyperspezialisten, die anhand solcher Textspuren Detailfragen klären wollen, die Lektüre der Originalnotizen zuzumuten wäre.

Angesichts der beträchtlichen Lehrbelastung ist es überraschend, dass die Briefe der Freiburger Jahre, wie Rita Aldenhoff-Hübinger in ihrer gewohnt kundigen Einleitung zu dem entsprechenden, den Wechsel nach Heidelberg mitumfassenden Band

17 Vgl. MWG III/4 und MWG III/5 sowie dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (III), S. 650ff.

18 Max Weber, *Praktische Nationalökonomie. Vorlesungen 1895–1899* (MWG, Bd. III/2), hrsg. v. Hauke Janssen in Zusammenarbeit mit Cornelia Meyer-Stoll/Ulrich Rummel, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2020, XIV + 793 S. (+ CD-ROM), geb., 389,00 €, S. 1–75.



schreibt, ein reges geselliges Leben ebenso dokumentieren wie eine ausgedehnte Vortrags- und Publikationstätigkeit (vgl. II/3, S. 1–41). Übberrdies zeigen sie den jungen Gelehrten wiederholt als Reiseschriftsteller, was sich dem Umstand verdankt, dass hinsichtlich des heimischen Alltags Ehefrau Marianne der Berichterstattungspflicht an Mutter Helene nachkommt, auf Reisen aber Ehemann Max diese Aufgabe übernimmt.<sup>19</sup> Ihr schreibt er im September 1897 aus dem Baskenland gegen Ende eines mehr als sieben Druckseiten in Anspruch nehmenden Briefes: »Du nimmst mit Unrecht an, daß es mir ein ›Opfer‹ sei, es ist die bequemste Zeitausfüllung nach dem Abendessen sich in geschwätziger Breite über das Erlebte zu ergehen, das Einem selbst dabei noch einmal deutlich wird.« (II/3, S. 433)<sup>20</sup> Und zu den so entstandenen »Ergüssen« gehören äußerst lesenswerte Landschaftsbeschreibungen ebenso wie gewohnt drastische Charakterisierungen ihrer Bewohner. Aus Irland etwa heißt es im September 1895: »Eine ähnl(ich) schauerhafte Rasse giebt es sonst kaum wieder. D(ie) Polen sind mir unendlich lieber.« (II/3, S. 136) Aber nicht deshalb freut er sich einige Tage später, dass die Reise zu Ende geht. Vielmehr schreibt er seinem Vetter Fritz Baumgarten: »Ohne Arbeit zu existieren ist uns doch – und das ist auch gut so – nur kurze Zeit möglich. Ich werde künftig ›Erholungsreisen‹ nicht mehr machen, sondern nur so, daß ich meine Arbeiten damit verbinde resp. umgekehrt.« Und er fügt eine nicht realisierte Prognose an, die zum Nachdenken darüber anregt, welche Arbeitspläne Weber mit ihr verband: »Sie werden mich oft genug nach England einerseits und in die Florentiner Archive andererseits führen.« (II/3, S. 146)

Wenn nicht auf Reisen oder durch die Arbeit an seinen Vorlesungen in Anspruch genommen, engagiert sich Weber sowohl allgemein- und sozialpolitisch als auch hochschulpolitisch. So setzt er in Freiburg eine eigenständige Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät durch und verschafft dadurch seinen und anderen Doktoranden fairere Promotionsbedingungen. Seine wissenschaftlichen Arbeiten, gleich ob sie Agrarthemen oder das Börsenwesen behandeln, sind stets von unmittelbarer politischer Relevanz. Bei der bereits erwähnten Antrittsvorlesung des Mitglieds der Freiburger Ortsgruppe des »Alldeutschen Verbands« liegt das auf der Hand (vgl. II/2, S. 19). Aber auch die Börsenthematik ist ja auf das Engste mit den Auseinandersetzungen um eine agrarische oder industrielle, eine schutzzöllnerische oder freihändlerische Zukunft des Deutschen Reichs verknüpft. So schildern seine Berichte von den Verhandlungen des provisorischen Börsenausschusses im Reichsamt des Innern denn auch vor allem Konflikte mit den Vertretern agrarischer Interessen (vgl. II/3, S. 227–233). Und auch seine kämpferischen publizistischen Beiträge zur aktuellen Politik spiegeln sich immer wieder in seinen Briefen, während sein gegenüber seinen Berliner Jahren intensivierte Eintreten für Friedrich Naumann und seine Mitstreiter von Ambivalenz geprägt ist: auf der einen Seite unverbrüchliche Solidarität, die auch in beträchtlichen Geldzuwendungen Ausdruck findet, auf der anderen Seite die Verzweiflung über die

19 Die Edition berücksichtigt das dadurch, dass die Briefe Marianne Webers an ihre Schwiegermutter in der Kommentierung ebenso breite Berücksichtigung finden wie ansonsten die Gegenkorrespondenz zu den Briefen von Max.

20 Der Brief ist zusammen mit vielen anderen jetzt auch bequem zugänglich in: Max Weber, *Ausgewählte Briefe*, Bd. 1: Reisebriefe 1877–1914, hrsg. v. Rita Aldenhoff-Hübinger/Edith Hanke, Tübingen 2019.



zur Politik unfähigen »Kinder« (II/3, S. 237; vgl. ebd., S. 893–897). Während Weber im Börsenausschuss aktiv ist und die Gründung des »Nationalsozialen Vereins« begleitet, weiß er indessen schon von der Möglichkeit seiner Berufung nach Heidelberg. Deren Bewertung gegenüber seinem Onkel Adolf Hausrath enthält eine interessante Einschätzung seines Freiburger Wirkungskreises:

»Ich selbst weiß kaum, ob ich mir eine Berufung wünschen soll. Dies, weil ich die Wahl, vor die ich damit gestellt werde: – hier zu bleiben und mich weiter politisch zu bethätigen, so weit dazu Gelegenheit und Anlaß ist – oder eine große Stellung anzunehmen und damit »natürlich« die Verpflichtung zu übernehmen, auf alle andre Wirksamkeit zu verzichten – gern noch auf eine Anzahl Jahre hinausgeschoben hätte.« (II/3, S. 217)

Gleichwohl nahm er die »große Stellung« zum Sommersemester 1897 an, fühlte sich aber nach Ausweis seines Gesundheitszustands schon nach einem Jahr dieser Herausforderung nicht gewachsen. Zuvor aber organisiert er noch – den Usancen der Zeit entsprechend – seine Nachfolge in Freiburg. Sein Eintreten für Werner Sombart in diesem wie in anderen Fällen ist seit Langem bekannt, und doch erlaubt die umfassende Edition der einschlägigen Briefe Webers hier wie bei späteren Berufungsangelegenheiten wichtige Einblicke in die bei Besetzungen wirksamen Machtstrukturen. Koryphäen des Fachs wie Karl Bücher, Lujo Brentano oder Adolph Wagner werden um Rat gebeten und dann über den weiteren Fortgang des Verfahrens informiert, aber all das in einer Weise, die ihren Einfluss und ihre persönlichen Interessen zu kontrollieren sucht. Dergestalt quasi fachöffentlich werden Berufungsangelegenheiten auch leicht presseöffentlich und führen zu Zeitungskontroversen, bei denen sich Fachwissenschaftler keineswegs zurückhalten. Adressat der Presse sind nicht zuletzt die berufenden Ministerien, die dem professoralen Einfluss Grenzen setzen, während dieser nahezu unbegrenzt erscheint, wenn es um die Möglichkeit geht, eine Karriere zu blockieren. Webers Gutachten über den in Heidelberg habilitierten Carl Kindermann etwa fiel so vernichtend aus, dass an eine spätere Berufung nicht zu denken war (vgl. II/3, S. 626ff.). Neben gutachterlicher Tätigkeit scheinen auch ganz banale Fragen wie die Umgestaltung der Türen im Heidelberger Volkswirtschaftlichen Seminar im Briefwechsel auf (vgl. II/3, S. 313f.). Eher am Rande spielt dagegen der Kern der wissenschaftlichen Arbeit Webers in den späten Freiburger und frühen Heidelberger Semestern in den Briefen eine Rolle: die beiden ersten Fassungen des Handbuchartikels über Agrarverhältnisse im Altertum sowie die verschiedenen nicht realisierten agrarpolitischen beziehungsweise agrarhistorischen Buchprojekte. Hier ist, wie bereits ausgeführt, der Rückgriff auf die entsprechenden Bände der »Schriften und Reden« unerlässlich, zu denen die Einleitung den Weg weist.

Was indessen in den Briefen der Jahre 1895 bis 1902 durchgängig hervortritt, ist der Doktorvater Weber, der auch in den von schwerer Krankheit überschatteten Jahren kaum müde wird, für seine Schützlinge einzutreten und den Druck ihrer Arbeit in den von ihm mitherausgegebenen »Volkswirtschaftlichen Abhandlungen der Badischen Hochschulen« zu forcieren. An ihren Karrierenöten nimmt er regen Anteil und für ihre pekuniären Interessen setzt er sich in der Korrespondenz mit Paul Siebeck massiv ein, dabei nicht selten bereit, im Zusammenhang der Drucklegung der Dissertationen entstehende Kosten zum Teil selbst zu übernehmen. Es ist also nicht die Lehrtätigkeit im

(Doktoranden-)Seminar, zu der Weber sich zunehmend nicht mehr im Stande sieht, sondern es sind, wie es in seinem ersten Entlassungsgesuch vom 7. Januar 1900 heißt, die großen Vorlesungen, »die Abhaltung der an *bestimmte Stunden* fest gebundenen Collegia«, durch die er sich überfordert fühlt (II/3, S. 714). Zu diesem Zeitpunkt hatte die von dem Heidelberger Psychiater Emil Kraepelin am Ende des Wintersemesters 1897/98 diagnostizierte »Neurasthenie« wiederholt die Befreiung Webers von seinen Lehrverpflichtungen erzwungen, und das Großherzogliche Ministerium der Justiz, des Cultus und Unterrichts sollte ihn auch in der Folgezeit äußerst großzügig behandeln, bis es letztendlich doch seiner Versetzung in den Ruhestand zum 1. Oktober 1903 zustimmte. Die Einleitung referiert die medizin- und psychiatriegeschichtlichen Deutungen von Webers Erkrankung, die auch auf einer Auswertung der ärztlichen Atteste beruhen, doch eignet den angebotenen Erklärungen für Webers Erschöpfung, für Schlaflosigkeit und Reizzustände wie für die wiederkehrenden nächtlichen Erektionen und Pollutionen notwendig etwas Spekulatives.

Die Briefe aus einer fast fünf Jahre währenden Patientenzeit schaffen da nur bedingt Abhilfe, zumal diese, wie die Edition ausweist, nicht frei von nachträglichen Eingriffen sind. Während seines ersten Sanatoriumsaufenthalts 1898 in Konstanz hofft Weber selbst, »dies Bedürfnis, unter der Arbeitslast sich erliegen zu fühlen«, sei erloschen und er könne sich von »einem krampfhaften Anklammern an die wissenschaftliche Arbeit wie an einen Talisman« befreien (II/3, S. 540). Wie zutreffend die darin aufscheinende Selbstdiagnose auch gewesen mag, einen Schritt zu wirklicher Besserung bedeutete sie nicht. Am Ende des folgenden Semesters berichtet er seinem Kollegen und Freiburger Nachfolger Carl Johannes Fuchs: »Mir geht es z. Z. nicht gut, das W. S. war sehr anstrengend.« (II/3, S. 649) Und so verbringt er viel Zeit in Sanatorien und auf Erholungsreisen. Zeitweilig erfordert es sein Zustand, dass seine Ehefrau ihm Kärtchen vorschreibt, die er lediglich ausfüllen muss, um über sein Wohlergehen an sie zu berichten. Nicht selten aber ist sie bei ihm beziehungsweise mit ihm auf Reisen, was zumindest die direkte briefliche Überlieferung weitgehend zum Erliegen bringt. So ist insbesondere ein ausgedehnter Rom-Aufenthalt, zu dem sich das Ehepaar Weber im Anschluss an eine Korsika-Reise im Frühjahr 1901 entschloss, nur spärlich dokumentiert. In ihm den Schlüssel »zur Lockerung seiner anerzogenen protestantischen Ethik« sehen und die Analyse der Letzteren als Selbsttherapie deuten zu wollen, scheint von daher gewagt.<sup>21</sup> Weber selbst hatte schon vor dem Aufbruch nach Korsika und dann nach Rom ein Idealbild gezeichnet, von dem er sich wohl Heilung versprach: »Psychisch«, so schreibt er seiner Frau aus einem Uracher Sanatorium, »wäre es vielleicht sogar besser, wenn die Verhältnisse gestattet hätten, gleich voll zu verzichten, ich könnte dann mein Schiffein langsam wieder aufs Meer hinaussteuern, wenn der Wind wieder günstiger wird, statt mit meinen Hoffnungen in Heidelberg verankert sein zu sollen« (II/3, S. 766). Und es ist offenkundig, dass er seine erstaunliche Leistungsfähigkeit erst (wieder-)erlangt, als das als Bürde empfundene Heidelberger Ordinariat nicht länger auf ihm lastet, das heißt nach der Versetzung in den Ruhestand zum 1. Oktober 1903.

21 Peter Herrsche, Der Romaufenthalt (1901–1903) und Max Webers Verhältnis zum Katholizismus, in: Max Weber Stiftung (Hrsg.), Max Weber in der Welt. Rezeption und Wirkung, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2014, XII + 243 S., geb., 39,00 €, S. 145–158, hier: S. 156.

Das passt zu der etwas zugespitzten Beobachtung, »that the Weber we know as a major contributor to the discourse of the modern social sciences is almost entirely the author of the texts he wrote or published in the last sixteen years of his life – that is, from 1904 onward.«<sup>22</sup> Nun hat der so zitierte Lawrence A. Scaff Gründe, insbesondere Webers Amerika-Reise des Jahres 1904 als (werk-)biografischen Einschnitt stark zu machen, doch sollte man über die Bedeutung der weberschen Aufsätze zur »Protestantischen Ethik« weder die Intensität übersehen, mit der er sich in den Jahren ab 1902 mit logischen und methodologischen Fragen beschäftigte, noch die Kontinuität, in der diese Beschäftigung stand. Schon in Freiburg hatte er sich ja massiv für die Berufung Heinrich Rickerts auf ein Ordinariat eingesetzt und Druckbogen der ersten drei Kapitel von dessen Ende 1895 noch nicht erschienener Studie »Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung« in die Diskussion eingebracht (vgl. zum Beispiel II/3, S. 155–160). Wenn er im Frühjahr 1902 seiner Frau aus Florenz berichtet: »Rickert habe ich aus, er ist *sehr* gut, zum großen Teil finde ich darin das, was ich selbst, wenn auch in logisch nicht bearbeiteter Form, gedacht habe. Gegen die Terminologie habe ich hie u. da Bedenken«, dann bezieht sich das auf den soeben erschienenen zweiten Teil derselben Schrift (II/3, S. 826). Gegen Ende des Jahres blickt er schon sehr viel kritischer auf Rickerts Arbeiten, wie das im Anhang zum siebten Band der »Schriften und Reden« dankenswerterweise abgedruckte sogenannte Nervi-Fragment belegt, von Weber um den Jahreswechsel 1902/03 in Nervi nahe Genua verfasste Notizen.<sup>23</sup>

Gleichwohl blieben Rickert und sein Lehrer Wilhelm Windelband wichtige Referenzautoren für Webers Bemühen, seinen eigenen methodologischen Standpunkt zu klären. Ihre Positionen nehmen von daher zu Recht breiten Raum in der Einleitung des Bandes »Zur Logik und Methodik der Sozialwissenschaften« ein, die insgesamt vielleicht allzu sehr um die erschöpfende Charakterisierung der Standpunkte von Autoren bemüht ist, die für Weber offenkundig wichtig waren, und dafür die unmittelbaren Entstehungskontexte gelegentlich etwas abblendet. So scheint zwar, um nur zwei Beispiele heranzuziehen, die ausführliche Darlegung der Theorien des Physiologen Johannes von Kries, einem nun ehemaligen Freiburger Kollegen Webers, unbedingt gerechtfertigt. Schließlich finden sich dessen Überlegungen zum Verhältnis von Gravitationsgesetz und Ort und Laufbahn der Planeten ebenso nur leicht modifiziert in Webers Objektivitäts-Aufsatz wieder wie seine Unterscheidung zwischen »zufälliger Verursachung und zufälligem Effecte« und von adäquater Ursache und entsprechender Folge (I/7, S. 23). Ob es indessen nötig ist, zum Verständnis des Einflusses von Carl Menger auf Weber bis auf Jacopo Zabarellas Schriften des späten 16. Jahrhunderts zurückzugehen, oder ob es sonderlich weiterführend ist, den Idealtypus »auf die Säkularisierung der metaphysischen Ideenlehre der Antike in der Ästhetik der Renaissance« zurückzuführen, scheint zweifelhaft, zumal sehr viel konkreteren Spuren nicht intensiver nachgegangen wird (I/7, S. 24).

<sup>22</sup> Lawrence A. Scaff, *The American Journey and the Protestant Ethic*, in: ebd., S. 159–172, hier: S. 168.

<sup>23</sup> Vgl. Max Weber, *Zur Logik und Methodik der Sozialwissenschaften*. Schriften 1900–1907 (MWG, Bd. I/7), hrsg. v. Gerhard Wagner in Zusammenarbeit mit Claudius Härpfer/Tom Kaden/Kai Müller/Angelika Zahn, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2018, XV + 774 S., geb., 349,00 €, S. 623–668, insb. S. 623–626.

Denn wenn es in dem bereits angesprochenen Nervi-Fragment heißt – »N(ational-) Ö(konomie) wirtschaftet mit e(inem) Typen-Begriff der weder e(in) Vorbild noch e(in) Durchschnitt ist« (I/7, S. 666) –, dann läge es doch nahe, zu fragen, an welche Arbeiten und Autoren aus dem Bereich der Nationalökonomie Weber hier denkt. Nach Ausweis des Objektivitäts-Aufsatzes sind das vor allem Karl Bücher und mehr noch Werner Sombart, deren historisch-begriffliche Bemühungen (und im Falle des letzteren vielleicht auch sein Verständnis von Begriffen als »Hülfsmittel des Denkens«) in der Kommentierung dieses zentralen Aufsatzes gegenüber den ungleich dichter angeführten »Logikern« stark zurücktreten.<sup>24</sup> Wenn aber Weber immer wieder Sombarts »Modernen Kapitalismus« verteidigte, dann ja nicht als historische Darstellung, sondern wegen »Sombart's Konstruktionen«, deren Unvollkommenheit nicht dazu führen dürfe, »die theoretische Arbeit als solche zu diskreditieren«.<sup>25</sup> Auch die sorgfältig gearbeiteten editorischen Berichte bleiben sehr eng bei Weber. So dokumentiert der Band einerseits in aller wünschenswerter Vollständigkeit die anlässlich der Übernahme der Herausgeberschaft des »Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« durch Edgar Jaffé, Werner Sombart und Max Weber entstandenen Texte und Entwürfe Webers. Andererseits hält er sich hinsichtlich der seit einem Vierteljahrhundert kontrovers diskutierten Frage der Autorschaft des anlässlich des Herausgeberwechsels erschienenen »Geleitworts« eher zurück.<sup>26</sup> Das schmälert den Wert des Bandes nur unwesentlich, der ja ohnehin ganz überwiegend Texte ediert, die seit vielen Jahrzehnten leicht und preiswert zugänglich waren. Es trägt aber zu dem aus der Sicht des Rezensenten schiefen Eindruck bei, die Wissenschaftslehre führe gegenüber den ihr vorangegangenen (und folgenden) juristischen, nationalökonomischen und nicht zuletzt historischen Arbeiten ihres Autors eine Separatexistenz, obwohl sie in direkter Auseinandersetzung mit dem Nationalökonom Wilhelm Roscher, dem Historiker Eduard Meyer und dem Juristen Rudolf Stammler entsteht.<sup>27</sup>

Der Abschluss der Gesamtausgabe erlaubt es ihren Benutzern, Webers Werk parallel zu den von ihm verfassten Briefen zu lesen, im Fall der frühen methodologischen

24 Vgl. zur Rede vom »Hülfsmittel des Denkens« Werner Sombart, Zur Kritik des ökonomischen Systems von Karl Marx, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 7, 1894, S. 555–594.

25 Max Weber, Briefe 1903–1905 (MWG, Bd. II/4), hrsg. v. Gangolf Hübinger/M. Rainer Lepsius in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards/Sybille Oßwald-Bargende, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2015, XXIV + 751 S., geb., 294,00 €, S. 159.

26 Die von Lenger, Werner Sombart, S. 143f., angestoßene Kontroverse hätten Herausgeber und Bearbeiter mindestens bis Peter Ghosh, Max Weber, Werner Sombart and the Archiv für Sozialwissenschaft – the authorship of the Geleitwort (2010), in: ders., Max Weber in Context. Essays in the History of German Ideas c. 1870–1930 (Kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 14), Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2016, 411 S., geb., 64,00 €, S. 133–195, leicht nachverfolgen können, während ihnen Friedrich Lenger, Anfang und Ende einer spezifisch deutschsprachigen Sozialwissenschaft: Umriss einer Geschichte des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, in: ders., Globalen Kapitalismus denken. Historiographie-, theorie- und wissenschaftsgeschichtliche Studien, Tübingen 2018, S. 61–175, insb. S. 92–96, vielleicht nicht mehr zugänglich war.

27 Vgl. auch Gerhard Wagner/Claudius Härpfer (Hrsg.), Max Webers vergessene Zeitgenossen. Beiträge zur Genese der Wissenschaftslehre (Kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 12), Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2016, VI + 240 S., brosch., 58,00 €, ein Band, der legitimerweise solche Gesprächspartner Webers ins Zentrum rückt, mit denen er vor allem methodologische Probleme erörterte.

Aufsätze also vor allem die oben bereits einmal herangezogenen Briefe aus den Jahren zwischen 1903 und 1905. Das ist auch deshalb sinnvoll, weil diesen im Anhang unter anderem der Verlagsvertrag über die Herausgabe des »Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« beigegeben ist, dessen Kenntnis im Kontext der bereits angesprochenen und im Band »Zur Logik und Methodik der Sozialwissenschaften« edierten Dokumente zur Übernahme der Herausgeberschaft durch Jaffé, Sombart und Weber hilfreich ist. Schwieriger ist die Abgrenzung zwischen den ersten beiden Abteilungen der Gesamtausgabe im Falle der oft kurzen Texte, die für die Zeit von 1895 bis zu Webers Tode in einem Band mit dem Titel »Hochschulwesen und Wissenschaftspolitik« ediert worden sind.<sup>28</sup> Nehmen wir die Kontroverse als Beispiel, die von einer kritischen Kommentierung der Rede Friedrich Naumanns durch den Vorsitzenden des »Vereins für Socialpolitik« Gustav Schmoller auf der Generalversammlung des Vereins 1905 angestoßen worden war. Zunächst bewährt sich wieder die parallele Lektüre, da das Thema einerseits die webersche Korrespondenz im Oktober und November 1905 dominiert und andererseits deren Verständnis durch die Kenntnis der in den »Schriften und Reden« edierten Diskussionsbeiträge und einer Zeitungszuschrift vertieft wird. Wenn aber das Konzept einer weiteren Stellungnahme, das Weber seinem Bruder Alfred zusammen mit einem Brief an diesen schickt, separat in den »Schriften und Reden« ediert wird, scheint das unnötig kompliziert. In anderen Fällen wie der sogenannten Affäre Salz-Sander erzeugt die parallele Lektüre von Briefen und »Schriften und Reden« fast schon den Eindruck von Redundanz. Denn die Bearbeiter und Bearbeiterinnen des entsprechenden Briefbands haben die nun im Band zum Hochschulwesen edierten Texte selbstverständlich intensiv für die Kommentierung der Briefe herangezogen und sie zugleich extensiv referiert.<sup>29</sup> Nun ist gut bekannt, wie hemmungslos Weber in solchen Auseinandersetzungen zu Werke ging. Selbst Wolfgang Schluchters Einleitung äußert Zweifel, ob dieser »immer das erforderliche Augenmaß bewiesen« habe (I/13, S. 49). An anderer Stelle ist diese Einleitung aber vielleicht Weber gegenüber etwas zu unkritisch. Denn wenn dieser »ein unbestechlicher Gutachter« gewesen sein soll, dann begründet gerade das dafür als Beleg angeführte Gutachten für die Wiener juristische Fakultät Zweifel (I/13, S. 42). Denn der dort »auf das Allerbestimmteste« hinter fünf andere Nationalökonomien gesetzte Arthur Spiethoff war nicht nur ein wichtiger Kontrahent Webers in der angesprochenen Affäre Salz-Sander, wie Weber selbst – wie auch die Einleitung – zu Protokoll gibt (I/13, S. 613). Er war auch einer früheren Einschätzung Webers zufolge »für theoretische Sachen [...] sehr zu empfehlen [...] einer der Begabtesten und Schärfsten von allen« (II/4, S. 464f.). Derlei Bewertungsdifferenzen mindern nicht das Interesse an den hier dokumentierten Gutachten und noch weniger das an den umfassend edierten hochschulpolitischen Stellungnahmen Webers, die ihn als vehementen Verteidiger der Wissenschaftsfreiheit zeigen. Wenn der fast 1.000 Seiten starke Band, der auch unterzeichnete Aufrufe anführt, insgesamt einen notwendig etwas fragmentarischen Eindruck macht, dann

28 Max Weber, Hochschulwesen und Wissenschaftspolitik. Schriften und Reden 1895–1920 (MWG, Bd. I/13), hrsg. v. M. Rainer Lepsius/Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Heide-Marie Lauterer/Anne Munding, Tübingen 2016, XXXIII + 971 S., geb., 399,00 €.

29 Vgl. MWG I/13, S. 418–498, mit MWG II/8, S. 527–530 und 730–743, sowie dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (III), S. 659.

liegt auf der Hand, dass gerade deshalb der Rechercheaufwand bei seiner Bearbeitung besonders hoch gewesen dürfte, ein Aufwand, den eine Gesamtausgabe eben nicht proportional zum werkgeschichtlichen Gewicht der edierten Texte dosieren kann.

Die oben angesprochene (Wieder-)Erlangung einer erstaunlichen Leistungsfähigkeit aufseiten Webers lässt sich nicht präzise datieren. Auch nach der Generalversammlung des »Vereins für Socialpolitik« 1905 in Mannheim, an deren Diskussionen er sich intensiv beteiligt hatte, berichtet er Willy Hellpach noch von dem »stets eintretende[n] nervöse[n] Collaps, der nach einigen Tagen zu schwinden pflegt« (II/4, S. 549). Gleichwohl ist seine Produktivität beeindruckend, von der nicht zuletzt das »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« profitiert, mit dessen Verleger Paul Siebeck er nicht nur wegen der wiederholt monierten Mängel der Druckerei in regem Austausch steht. Im ersten Band seiner Mitherausgeberschaft erscheint neben dem Objektivitäts-Aufsatz noch eine umfangreiche Abhandlung zur Fideikommißfrage, deren baldiges Erscheinen ihrem Autor auch deshalb wichtig ist, weil »der Entwurf wahrscheinlich im Winter in den Landtag kommt« (II/4, S. 258). Und den zweiten Band des Jahres 1904 eröffnet dann der erste seiner berühmten Protestantismus-Aufsätze, auf die zurückzukommen sein wird. Schon im Jahr davor nimmt er indessen regen Anteil an der sich abzeichnenden Übernahme des »Archivs«, für das er Autoren zu gewinnen sucht. Von Anfang Juni bis in die zweite Oktoberhälfte hinein ist er hingegen überwiegend an der niederländisch-belgischen Nordseeküste, von wo er vor allem seiner Frau in gewohnter Manier berichtet.

Diese begleitet ihn dann im August 1904 – und das heißt nach Abfassung der drei oben erwähnten großen Aufsätze für das »Archiv« – zu einer gut dreimonatigen Amerika-Reise. Eine solche Reise hatte Weber ohnehin vorgehabt, den unmittelbaren Anlass aber bietet der als Teil der Weltausstellung in St. Louis stattfindende internationale Wissenschaftskongress, zu dem er wie eine ganze Reihe anderer deutscher Gelehrter auch eingeladen ist. Lawrence A. Scaff hat diese Reise gründlich erforscht und seine Ergebnisse sind der Kommentierung der etwa 140 Druckseiten einnehmenden Briefe von dort bereits zugutegekommen.<sup>30</sup> Mehrheitlich sind sie an Webers Mutter gerichtet, sollten aber in der Familie zirkulieren, nicht zuletzt auch deshalb, weil in den USA lebende Verwandte besucht werden. Da die Eheleute oft verschiedene Teile ein und desselben Briefes verfassen, haben sich die Editoren entschieden, auch die von Marianne Weber stammenden Reiseberichte mit aufzunehmen. Wenngleich sich Marianne Weber bald nach ihrer Ankunft von »Neger-Damen« an »eine aus der Menagerie entlaufene angeputzte Äffin« erinnert wähnt, beeindruckt insgesamt die Neugierde und Offenheit des Heidelberger Gelehrtenpaars (II/4, S. 269). Max fasziniert nicht zuletzt das religiöse Leben und er beobachtet schon bald in einer Kleinstadt im Staat New York: »[D]ie Gemeinde sieht nur auf Persönlichkeit und Predigtalent des Pfarrers« (II/4, S. 276). Im letzten seiner an die Mutter gerichteten – und bereits auf der Rückfahrt nach Europa verfassten – Reiseberichte operiert er dann schon ganz selbstverständlich mit der begrifflichen Unterscheidung von Kirche und Sekte (vgl. II/4, S. 404). Die Spannung zwischen der frühen Feststellung an Georg Jellinek – »ich habe für meine Zwecke viel gesehen« (II/4, S. 302) – und der späten in dem bereits zitierten letzten Bericht an die Mutter – »aber für meine kulturgeschichtliche Arbeit habe ich

30 Vgl. Lawrence A. Scaff, *Max Weber in America*, Princeton 2011.



nicht viel mehr gesehen, als: wo die Dinge sind, die ich sehen müsste« (II/4, S. 407) – erklärt sich also wohl daraus, dass ihm die vielen neuen Eindrücke und Einsichten zugleich einen ganz neuen Horizont an Fragen eröffnet haben. Dabei reicht sein Interesse weit über die religiöse Sphäre hinaus und lässt ihn zum Beispiel Kontakt zu W. E. B. Du Bois, Booker T. Washington und Edwin R. A. Seligman suchen beziehungsweise pflegen.

Offensichtlich erhielt Weber auf seiner Amerika-Reise vielfältige Anregungen für die Fortführung seiner Protestantismus-Studien. Weniger eindeutig scheint, was ihn überhaupt erst zu ihrer Aufnahme motiviert hat. Einerseits ist gut bekannt, dass Weber selbst seinen Anspruch auf Originalität der Fragestellung 1910 mit dem Hinweis auf »Arbeiten über diese Dinge, die ich z. T. schon vor 12 Jahren im Kolleg vortrug«, zu untermauern suchte.<sup>31</sup> Und das ist mit Blick auf seine 1897/98 in Heidelberg gehaltenen Vorlesungen ungeachtet des komplizierten Überlieferungsstatus auch völlig plausibel – die Kommentierung sieht »hierzu Ansatzpunkte« (I/9, S. 575, Anm. 12). Sehr viel weiter geht Peter Ghosh, für den die Arbeiten zur »Protestantischen Ethik« den Schlüssel zur gesamten intellektuellen Biografie Webers darstellen und für den völlig klar ist, »that almost all the components of the conception of ›modern capitalism‹ presented to us in the PE were in place by 1897/98«. <sup>32</sup> Unabhängig davon, ob die angeführten Vorlesungen die ihnen aufgebürdete Beweislast wirklich zu tragen vermögen, bleibt indes andererseits die Frage offen, warum Weber in der ersten Hälfte des Jahres 1904 an die Abfassung eines ersten Aufsatzes zum Thema geht. Ähnlich unmittelbare Anstöße wie für die beiden anderen »Archiv«-Aufsätze des Jahres 1904 sind nicht erkennbar. Denn die anstehende gesetzliche Neuregelung des Fideikommisses in Preußen musste für einen seit mehr als zehn Jahren vor allem als Agrarexperten renommierten Gelehrten wie Weber eine Herausforderung darstellen. Einen vergleichbar offensichtlichen Anlass stellte die Einladung dar, zur Festschrift für seinen Heidelberger Vorgänger Karl Knies einen Beitrag beizusteuern, aus dem ein erster methodologischer Aufsatz erwuchs, der es dann naheliegend erscheinen lassen konnte, anlässlich der Übernahme des »Archivs« systematisch über »Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis« zu reflektieren. Was aber motivierte die Beschäftigung mit der protestantischen Ethik? Plausibel scheint die in der Einleitung formulierte Vermutung, ihm sei »aufgrund seiner Krankheitserfahrung der Sinn einer auf Berufspflicht gegründeten Lebensführung zum Problem« geworden (I/9, S. 24).

Dass es daneben eine ganze Reihe wissenschaftlicher Arbeiten gab, von denen sich der Heidelberger Rekonvaleszent angeregt fühlen konnte, ist bekannt, und die Einleitung diskutiert mögliche Einflüsse Eberhard Gotheins, Brentanos und Jelineks auf der einen sowie die sehr viel unmittelbaren vonseiten Ernst Troeltschs und Sombarts auf der anderen Seite, während die Erörterung der Quellen, auf die sich Weber stützte, weitgehend in die editorischen Berichte und in die Kommentierung ausgelagert

31 Max Weber, Antikritisches zum »Geist« des Kapitalismus, in: ders., Asketischer Protestantismus und Kapitalismus. Schriften und Reden 1904–1911 (MWG, Bd. I/9), hrsg. v. Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Ursula Bube, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2014, XIX + 994 S., geb., 389,00 €, S. 573–619, hier: S. 575.

32 Peter Ghosh, Max Weber and The Protestant Ethic. Twin Histories, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2014, XVIII + 402 S., kart., 22,49 £, S. 13.



gert ist. Zu den meisten dieser Inspirationsquellen gibt es eine oft umfangreiche und in sich vielstimmige Spezialliteratur und selbstverständlich fehlt nicht der Einwand, ihre Auflistung sei unvollständig.<sup>33</sup> Es steht indessen außer Frage, dass die sorgfältige Kommentierung des Bandes, der hier ausnahmsweise die Texte erster statt der letzter Hand ediert, Webers Quellen auf eine ganz neue Weise transparent macht und dadurch die weitere Diskussion befruchten wird, und das ganz unabhängig von der Frage, ob sich in dieser Diskussion jemals eine der allgemeineren Thesen zum Stellenwert der »Protestantischen Ethik« im weberschen Gesamtwerk durchsetzen wird und, falls ja, welche das sein wird.

Bekanntlich umriss der erste der Aufsätze »Das Problem« und beschäftigte sich ausführlich mit Martin Luthers Berufsbegriff, der sich indessen als »von jedenfalls nur problematischer Tragweite für das [erweist], was wir suchen« (I/9, S. 209). Inhaltlich leitet das über zu der im zweiten Aufsatz vorgenommenen Untersuchung des Berufsbegriffs des asketischen Protestantismus, während die auf den letzten Seiten gebotenen Präzisierungen der Fragestellung die enge Verbindung zu den kurz zuvor fertiggestellten methodologischen Arbeiten deutlich werden lassen. Nach seiner Rückkehr aus den USA dürfte Weber sofort an die Fortsetzung seiner Arbeiten gegangen sein. Jedenfalls bittet er schon am 10. Dezember 1904 Eduard Bernstein um Quellenhinweise zu den englischen Quäkern (vgl. II/4, S. 412f.) und hält am 5. Februar 1905 im Heidelberger Eranos-Kreis einen hier edierten Vortrag über »Die protestantische Askese und das moderne Erwerbsleben« (vgl. I/9, S. 220f.). Seine eigenhändigen Notizen im Protokollbuch des Kreises sind zu knapp, um sinnvoll nach bedeutungsvollen Differenzen zu dem Ende Juni 1905 erscheinenden zweiten Aufsatz fragen zu können: »Die geschichtlichen Träger des asketischen Protestantismus [...]«, so eröffnet er diesen Aufsatz, »sind in der Hauptsache viererlei. 1. der Calvinismus in der Gestalt, welche er in den Hauptgebieten seiner Herrschaft im Lauf insbesondere des 17. Jahrhunderts annahm; 2. der Pietismus; 3. der Methodismus; 4. die aus der täuferischen Bewegung hervorgewachsenen Sekten.« (I/9, S. 242) Bei der näheren Betrachtung, die insbesondere der Verbindung von Prädestinationslehre und Bewährungsgedanken nachgeht, nimmt – wie schon in seinem Heidelberger Vortrag – Richard Baxter besonders großen Raum ein und beglaubigt insofern ganz maßgeblich Webers Fazit:

»So weit die Macht puritanischer Lebensauffassung reicht, kam sie unter allen Umständen – und dies ist natürlich weit wichtiger als die bloße Begünstigung der Kapitalbildung – der Tendenz zu bürgerlicher, ökonomisch rationaler Lebensführung zugute; sie war ihr wesentlichster und einzig konsequenter Träger. Sie stand an der Wiege des modernen ›Wirtschaftsmenschen‹.« (I/9, S. 414f.)

33 Vgl. zum Beispiel Hartmann Tyrell, »Religion« in der Soziologie Max Webers (Kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 10), Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2014, LIII + 356 S., geb., 74,00 €, insb. S. 92ff., der auf der Bedeutung Nietzsches insistiert; Ghosh, Max Weber in Context, enthält sehr substanzielle Aufsätze zu Brentano, Jellinek und Troeltsch; zu Sombart vgl. unter anderem Friedrich Lenger, Max Weber, Werner Sombart und der Geist des modernen Kapitalismus, in: ders., Sozialwissenschaft um 1900. Studien zu Werner Sombart und einigen seiner Zeitgenossen, Frankfurt am Main 2009, S. 125–145, sowie allgemein Javier Rodríguez Martínez (Hrsg.), En el centenario de La ética protestante y el espíritu del capitalismo, Madrid 2005.

Webers Argument stieß zeitgenössisch auf erhebliches Interesse, aber auch auf Kritik. Es ist von daher zu begrüßen, dass die Kritiken, auf die Weber seinerseits mit wiederholten Antikritiken reagierte, in Anhängen zu den editorischen Berichten erneut zugänglich gemacht werden. Allerdings wird man kaum behaupten können, dass diese fast 300 Druckseiten in Anspruch nehmende Kontroverse weiterführend gewesen wäre. Denn die polemische Schärfe aufseiten Webers und später auch aufseiten des Historikers und Calvinismus-Experten Felix Rachfahl verhinderte nicht, dass der Autor und seine Kritiker über weite Strecken aneinander vorbeiredeten. Die Verantwortung dafür lag nicht bei den Kritikern allein. Denn zumindest der Rezensent des »Archivs«, der Doktorand Karl Heinrich Fischer, ließ sich auf Webers Argument durchaus ein, es gehe ihm allein darum, »daß es der Geist ›methodischer‹ Lebensführung ist, welcher aus der ›Askese‹ in ihrer protestantischen Umbildung ›abgeleitet‹ werden sollte, und welcher zu den Wirtschaftsformen nur in einem allerdings kulturgeschichtlich m. E. sehr wichtigen ›Adäquanz‹-Verhältnis steht« (I/9, S. 485). Er beharrte allerdings auch in seiner Gegenkritik auf der Nachfrage, »ob dieser Beweis erbracht worden ist« (I/9, S. 495). Daran sind auch in der Folgezeit und von ungleich prominenteren Autoren immer wieder Zweifel geäußert worden, doch ist in den letzten Jahrzehnten die Frage nach der empirischen Tragfähigkeit der Weber-These fast ganz hinter der nach ihrer angemessenen theoriegeschichtlichen Rekonstruktion und werkgeschichtlichen Einordnung verschwunden. So mutet heute der Versuch fast kurios an, »the foundation for the habitus of ›innerworldly asceticism‹ as a profound promoter of modern capitalism« in der lutherschen Berufskonzeption verankern und so gleichsam gegen Weber dessen Grundansatz sozialgeschichtlich verteidigen zu wollen.<sup>34</sup>

Die große Aufmerksamkeit, welche die weberschen Aufsätze zur protestantischen Ethik erregten, weckte rasch das verlegerische Interesse an einer Sonderausgabe. Konkret in Angriff genommen wurden derartige Pläne aber erst in den letzten Lebensjahren Webers, also nachdem seine Aufsätze zur Wirtschaftsethik der Weltreligionen vorlagen, welche dann auch die zweite Hälfte des ersten Bandes und die übrigen Bände der »Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie« füllen sollten. In diesem Kontext besitzen die erst nach Webers Tod erschienenen überarbeiteten Aufsätze zur protestantischen Ethik einen eigentümlichen Stellenwert. Denn einerseits konnte ihr Autor völlig zu Recht behaupten, »daß ich nicht einen einzigen Satz meines Aufsatzes, der irgendeine sachlich wesentliche Behauptung enthielt, gestrichen, umgedeutet, abgeschwächt oder sachlich abweichende Behauptungen hinzugefügt habe«.<sup>35</sup> Andererseits rückte schon die ausführliche Vorbemerkung, die den Protestantismus-Aufsätzen nun vorangestellt wurde, diese in einen ganz neuen Zusammenhang. Was die von Weber selbst betonte Kontinuität anbelangt, verwies er in der bereits zitierten ersten Anmerkung eher pauschal auf seine Kontroverse mit Rachfahl und kündigte eine kritische

34 Thomas Sokoll, *The Moral Foundation of Modern Capitalism. Towards a Historical Reconsideration of Max Weber's »Protestant Ethic«*, in: Stefan Berger/Alexandra Przyrembel (Hrsg.), *Moralizing Capitalism. Agents, Discourses and Practics of Capitalism and Anti-Capitalism in the Modern Age*, Cham 2019, S. 79–108, hier: S. 103.

35 Max Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus. Schriften 1904–1920* (MWG, Bd. I/18), hrsg. v. Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Ursula Bube, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2016, XVII + 763 S., geb., 316,00 €, S. 124.

Auseinandersetzung mit den zwischen 1911 und 1916 erschienenen Arbeiten Werner Sombarts und Lujo Brentanos zum Verhältnis von Religion und Wirtschaftsmentalität an, die vor allem in den deutlich erweiterten Anmerkungen ihren Platz fand. Wolfgang Schluchters Einleitung stellt die diesbezüglich notwendigen Informationen bereit und charakterisiert beispielsweise Sombarts neuere Positionen gleichermaßen bündig wie zutreffend: »Sombart ebnet alle Unterschiede ein, die für Weber wichtig waren« (I/18, S. 30).<sup>36</sup> Dem vorzüglichen Apparat, der die konkrete Rekonstruktion der weberschen Arbeit erlaubt, kommt zugute, dass sowohl die handschriftlichen Eintragungen Webers in sein Exemplar der Aufsätze von 1904/05 als auch die Fahnen der späteren Druckfassung samt der dort vorgenommenen Veränderungen überliefert sind. Der Band dokumentiert all das und bietet insofern eine ganz neue Textbasis.

Trotz des konsequenten Festhaltens an allen 1904/05 entwickelten Argumenten stellt Weber diese gegen Ende seines Lebens in einen viel größeren Zusammenhang. Das macht schon der erste Satz der Vorbemerkung überdeutlich:

»Universalgeschichtliche Probleme wird der Sohn der modernen europäischen Kulturwelt unvermeidlicher- und berechtigterweise unter der Fragestellung behandeln: welche Verketung von Umständen hat dazu geführt, daß gerade auf dem Boden des Okzidents, und nur hier, Kulturerscheinungen auftraten, welche doch – wie wenigstens wir uns gern vorstellen – in einer Entwicklungsrichtung von *universeller* Bedeutung und Gültigkeit lagen?« (I/18, S. 101)

Die Wahlverwandtschaft zwischen protestantischer Ethik und kapitalistischem Geist wird also eingerückt in den Erklärungszusammenhang eines spezifisch okzidental Rationalismus, der nicht auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt ist. Für diesen Bereich aber stellt Weber in der Vorbemerkung gerade wegen seines Interesses an okzidentaler Besonderheit die rationale Arbeitsorganisation zentral, die eben den okzidental Kapitalismus von Formen des Kapitalismus in früheren Zeiten und anderen Weltregionen unterscheidet (vgl. zum Beispiel I/18, S. 105ff.). Aber auch die religiösen Ethiken ihrerseits werden nun in einer konsequent universalgeschichtlich vergleichenden Perspektive betrachtet, sodass es in einem der eher seltenen Einschübe mit Blick auf den Puritanismus heißt: »Jener große religionsgeschichtliche Prozeß der *Entzauberung* der Welt, welcher mit der altjüdischen Prophetie einsetzte und, im Verein mit dem hellenischen wissenschaftlichen Denken, alle *magischen* Mittel der Heilssuche als Aberglaube und Frevel verwarf, fand hier seinen Abschluß.« (I/18, S. 280; vgl. I/9, S. 260f.) Das arbeitet die Einleitung sorgfältig heraus und betont dabei immer wieder, dass trotz der Neukontextualisierung und Neuperspektivierung der Protestantismus-Studien diese ganz auf die sozioökonomischen Folgen religiöser Glaubensüberzeugungen beschränkt bleiben, während die Arbeiten zur Wirtschaftsethik der Weltreligionen, insbesondere und verstärkt in ihrer Endfassung, gleichsam die Kehrseite dieser Beziehung mit in den Blick nehmen und auch nach der Klassenbedingtheit der Religion fragen. Die Einleitung zur Spätfassung der Protestantismus-Aufsätze zieht hier

36 Dagegen lässt er den jungen Sombart gelegentlich zu sehr als materialistischen Antipoden Webers erscheinen, was verdeckt, dass Sombart – allen Positionsverschiebungen zum Trotz – stets an einer »interpretazione culturale del capitalismo« festhält, Carlo Mongardini, *Capitalismo e politica nell'era della globalizzazione*, Rom 2007, S. 52.

die anderen religionssoziologischen Aufsätze Webers, zu denen Wolfgang Schluchter sich ja wiederholt und ausführlich geäußert hat, immer wieder mit heran.<sup>37</sup>

Werkgeschichtlich steht anknüpfend an die Spätfassung der Protestantismus-Studien die Frage nach ihrem Verhältnis und dem der übrigen religionssoziologischen Aufsätze zu dem von Weber zum Druck beförderten Beitrag zum »Grundriß der Sozialökonomik«, das heißt der Endfassung von »Wirtschaft und Gesellschaft«, im Zentrum der anhaltend lebhaften Diskussion. Dabei darf die unbedingt angebrachte Bewunderung für diese beiden monumentalen Hauptpfeiler eines imposanten Gesamtwerks nicht den Blick für die zahlreichen anderen Handlungsfelder verstellen, auf denen sich Weber während der letzten drei Jahre seines Lebens tummelte. Hier ist der mehr als 1.200 Seiten starke zehnte Band der »Briefe« ein wichtiges Korrektiv.<sup>38</sup> Denn während die Arbeit an den angesprochenen Hauptwerken nur gelegentlich aufscheint, nehmen seine politischen und publizistischen Aktivitäten, die mit dem Sommersemester 1917 (zunächst in Wien) auch aus finanziellen Gründen wieder aufgenommene Lehrtätigkeit und das Privatleben breiten Raum ein. »Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland«, »Deutschlands künftige Staatsform« oder »Politik als Beruf« – das sind Texte aus den Jahren 1918 bis 1920, die in der MWG seit mehr als 30 Jahren ediert vorliegen und in deren Apparat die Briefe, die ihn als Sachverständigen bei den Verfassungsberatungen, als Berater der Friedensdelegation in Versailles sowie als politischen Redner bei unterschiedlichsten Anlässen zeigen, Verwendung gefunden haben.<sup>39</sup> Angesichts dessen scheint es angemessen, dass die Einleitung zu diesem Briefband den Politiker Weber eher knapp, aber gleichwohl konzise porträtiert. Breiteren Raum nimmt der Privatmann und das heißt hier vor allem der Ehemann und Liebhaber ein, und das entspricht durchaus der Häufigkeit der Briefe selbst, von denen die meisten eben an seine Ehefrau Marianne, an Mina Tobler und Else Jaffé gehen und von denen Letztere einige vernichtet hat. Sie sind aufschlussreich hinsichtlich der komplizierten Beziehungskonstellation, von der Webers letzte Lebensjahre geprägt waren, aber auch aufgrund der Schilderungen Webers, die wiederum eine Vielzahl von Themen berühren. Anfang Juni 1919 etwa gibt der Rückkehrer von den Friedensverhandlungen aus Versailles Mina Tobler eine knappe Einschätzung der Lage und der auf deutscher Seite beteiligten Personen (vgl. II/10, S. 631f.). Aber auch die Ernährungssituation spielt immer wieder eine Rolle, so zu Beginn des Sommersemesters 1917 in einem Brief an die Mutter, der aus Wien das Schwelgen »in Eiern, Fleisch, Mürbekuchen, wundervollem Kaffee und überhaupt glänzender Küche« mit der Hoffnung verbindet: »Wenn nur hier die Ernährung der Massen durchhält: das ist der einzige etwas dunkle Punkt.« (II/10, S. 138f.) Gerade die privaten Briefe bilden also einmal mehr eine Fundgrube, aus der man seitenlang zitieren könnte.

37 Vgl. MWG I/19, MWG I/20 und MWG I/21 und dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (I), S. 547ff., ders., Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (II), S. 570f., sowie ders., Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (III), S. 652ff.

38 Max Weber, Briefe 1918–1920 (MWG, Bd. II/10), hrsg. v. Gerd Krumeich/M. Rainer Lepsius in Zusammenarbeit mit Uta Hinz/Sybille Oßwald-Bargende/Manfred Schön, Tübingen 2012, 2 Halbbde., XXXIII + 627 S. und XXIX + 601 S., geb., 254,00 € und 239,00 €.

39 Vgl. MWG I/15, I/16 und I/17 sowie dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition, S. 544–547.

Wenn sich M. Rainer Lepsius mit ihnen in der Einleitung gleichwohl schwertut, dann wegen der »Beziehungskonstellationen«. Der mit Marianne Weber verheiratete Max unterhielt bekanntlich eine Liebesbeziehung sowohl zu der mit seiner Frau eng befreundeten Else Jaffé, die ihrerseits mit Webers Herausgeberkollegen Edgar Jaffé verheiratet und mit seinem Bruder Alfred seit längerer Zeit verbunden war, sowie zu der Heidelberger Pianistin Mina Tobler. Die dadurch unvermeidlichen Halbwahrheiten, Zurücksetzungen und Härten liegen in den Briefen offen zutage. Eigentliche Liebesbriefe erhält allein die als »geliebte Gebieterin« angesprochene Else Jaffé (II/10, S. 395). Dagegen ähnelt sich der Berichtsinhalt vieler Briefe an Marianne Weber und Mina Tobler nicht selten, ohne dass letztere hätte übersehen können, dass Weber sich zunehmend von ihr entfernt. Geradezu brutal heißt es am 4. Mai 1920 an Ehefrau Marianne: »Tobelchen bestellte ich ab. Ich muß arbeiten Pfingsten.« (II/10, S. 1069) Die direkte Absage fiel etwas einfühlsamer aus, doch wird man bezweifeln wollen, dass die Empfängerin sich durch Webers Weisheit getröstet fühlte: »Vor Allem habe ich wieder realisiert – und uns Männern tut das doch halt von Zeit zu Zeit so not – wie Ihr Frauen nach einem anderen ›Gesetz‹ leben müßt als wir: nämlich *nur* in der Liebe, dem Wesen nach.« (II/10, S. 1055) Das wird man vielleicht für zeittypisch halten können, doch bleibt unerfindlich, warum sich M. Rainer Lepsius mehr als 90 Jahre später eine solche Sichtweise im Kern zu eigen macht und die angeführten Briefe unter Bezugnahme auf Dieter Henrich als Dokumente »menschliche[r] Subtilität und Großzügigkeit« feiert (II/10, S. 32). Die Frau als Förderin des männlichen Genies, das scheint das im 21. Jahrhundert hoffentlich überholte Idealbild Lepsius': »Else Jaffé war eine schöne Frau und eine eindrucksvolle Persönlichkeit, selbständig in ihren Ansichten und souverän in ihrem Auftreten. Für Intellektuelle war sie die »ideale Muse.« (II/10, S. 34)

Lenkt man den Blick zurück von der in den Briefen sich spiegelnden Biografie auf das Werk, ist neben den im Zusammenhang der Neubearbeitung der Aufsätze zur »Protestantischen Ethik« bereits angesprochenen religionssoziologischen Arbeiten vor allem der von Weber 1920 noch für den Druck autorisierte Text von »Wirtschaft und Gesellschaft« zu betrachten.<sup>40</sup> Die Herausgeber der Gesamtausgabe hatten sich früh und aus guten Gründen dafür entschieden, diesen unvollendeten Text separat von den zu Teilthemen überlieferten nachgelassenen Texten zu edieren, deren problematische Zusammenführung durch Marianne Weber und dann Johannes Winckelmann zuvor die Rezeptionsgeschichte von »Wirtschaft und Gesellschaft« maßgeblich geprägt hatte.<sup>41</sup> Wolfgang Schluchter spricht in seiner Einleitung von einem

»Projekt in zwei Fassungen, einer Vorkriegsfassung, die noch einmal in sich ›Bearbeitungsstufen‹ aufweist, von 1909/1910 bis 1914 entstanden, und einer Nachkriegsfassung, vermutlich hauptsächlich 1919/20, teilweise auf der Grundlage der Vorkriegsmanuskripte, verfaßt« (I/23, S. 4).

40 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie*. Unvollendet. 1919–1920 (MWG, Bd. I/23), hrsg. v. Knut Borchardt/Edith Hanke/Wolfgang Schluchter, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2013, XXVI + 847 S., geb., 334,00 €.

41 Auch die jüngste englischsprachige Ausgabe präsentiert nun die autorisierte Spätfassung; vgl. Max Weber, *Economy and Society. A New Translation*, hrsg. v. Keith Tribe, Cambridge/London 2019.

Die frühere Fassung liegt zu großen Teilen seit Längerem vor. Inzwischen ist auch ein ausgesprochen nützlicher Registerband erschienen, der beide Fassungen aufschließt.<sup>42</sup> Vor allem aber sind aus der älteren Fassung jene Texte erschienen, die wegen der 1957 aufgetauchten weberschen Handschriften einen editorischen Sonderstatus einnehmen und seither als Rechtssoziologie eine eigenständige Rezeption erfahren haben (vgl. I/23-3, S. 140). Die eindrucksvolle Einleitung aus der Feder Werner Gepharts leistet weit mehr, als diese Texte ihrem Entstehungskontext, das heißt Webers Arbeiten an seinem Grundrissbeitrag, zurückzugeben. Vielmehr zeichnet sie zunächst die Formation des Juristen Weber detailliert nach, legt sodann die nicht zuletzt methodologischen Gründe für eine zunehmend rigorose Trennung zwischen rechtswissenschaftlicher und soziologischer Betrachtung offen und weist schließlich dem Recht »eine Schlüsselrolle für die Beschreibung und Erklärung des okzidentalen Rationalismus« zu, ein Argument, dessen universalhistorisch-vergleichende Herleitung durch Weber präzise nachzeichnet (I/23-3, S. 64). Die beiden Texte – »Die Wirtschaft und die Ordnungen« und »Die Entwicklungsbedingungen des Rechts« – sind aber nicht nur vorbildlich situiert, sondern in den editorischen Berichten auch akribisch auf ihre wahrscheinliche Entstehungszeit hin analysiert.

Inhaltlich machen die beiden Texte sehr schön deutlich, dass ihr Autor zwischen Jurisprudenz und Rechtssoziologie einen immer schärfer gefassten Unterschied macht, ganz so wie ihn die Wirtschaftssoziologie der eigentlichen ökonomischen Theorie zunehmend entfremdet. Indessen bedeutet zunehmende Soziologisierung keineswegs Enthistorisierung. Ist das bei der Spätfassung von »Wirtschaft und Gesellschaft«, deren Entstehung die editorischen Berichte bis in das Schicksal einzelner Bögen des Umbruchs verfolgen, wirklich anders? Wolfgang Schluchter, der in ihr eine gültige Grundlegung einer verstehenden Soziologie vom Handeln und schon deshalb die Krönung des weberschen Werkes sieht, schreibt in seiner Einleitung: »Aber der Grundrißbeitrag ist in erster Linie der Ort der Begriffsentwicklung, die Aufsätze zur Religionssoziologie der Ort der Begriffsanwendung.« (I/25, S. 68) Das entspricht dem kasuistischen Stil des Grundrissbeitrags, dessen erstes Kapitel die Einleitung als entscheidende Verbesserung des Aufsatzes von 1913 »Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie« feiert. Dagegen erscheint das zweite Kapitel »Soziologische Grundkategorien des Wirtschaftens« als »ein erratischer Block« (I/23, S. 65). Und wenngleich Wolfgang Schluchter diesem verbreiteten Eindruck entgegenarbeitet und unter anderem sehr deutlich herausstellt, welche Folgen die stärkere Soziologisierung der weberschen Herangehensweise für seine Bildung wirtschaftlicher Kategorien hat, bleiben Fragen offen. »Daß Soziologie und Wirtschaftsgeschichte«, schreibt er am 9. März 1920 an den mehr ökonomische Theorie einklagenden Robert Liefmann, »Theorie nie ersetzen, ist eine meiner Grundüberzeugungen« (II/10, S. 949). Aber dass der späte Weber nur Wirtschaftssoziologie und keine Wirtschaftstheorie treibt, bildet sein Selbstverständnis nur unvollkommen ab. Denn seine auch während seiner letzten Jahre wiederholt geäußerte Wertschätzung der Wirtschaftstheorie ist ja insofern kein reines Lippenbekenntnis, als dass er sich noch im Februar 1918 eine Neubearbeitung von Eugen von Philippovichs »Grundriß der politischen Oekonomie« durchaus zutraut.

42 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Gesamtregister* (MWG, Bd. I/25), bearb. v. Edith Hanke/Christoph Morlok, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2015, XXIV + 479 S. (+ CD-ROM), geb., 199,00 €.



Zwar empfiehlt er seinem Verlegerfreund Paul Siebeck vergeblich Joseph Schumpeter für diese Aufgabe, aber eben vor allem, weil er mit der Arbeit an dem Grundrissbeitrag mehr als genug zu tun hat: »Ich kann ja das jetzt nicht machen«, schreibt er durchaus selbstbewusst, zumal er »bei größter Hochschätzung des Buchs, doch tiefer eingreifen [würde], als Ph[ilippovich] recht wäre« (II/10, S. 90).

Wenn er in seinem Grundrissbeitrag also bezüglich der Wirtschaftstheorie ausführt, dass »deren theoretische Einsichten für die Wirtschaftssoziologie – so sehr diese nötigenfalls sich eigne Gebilde schaffen müsste – die Grundlage bilden« (I/23, S. 223), bleibt undeutlich, wie dies konkret aussehen könne, obschon Wolfgang Schluchter Webers Verhältnis zu Friedrich von Wieser, dem Autor des Beitrags »Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft« zum Grundriss, detailliert untersucht hat.<sup>43</sup> Und auf diese Frage gibt auch die von Weber im Wintersemester 1919/20 in München vor zahlreichen beeindruckten Zuhörern gehaltene Vorlesung »Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte« keine abschließende Antwort, eine Vorlesung, die Weber selbst gelegentlich gequält zu haben scheint: »Diese Materie«, so schreibt er am 15. Januar 1920 an Mina Tobler, »ödet mich, bei der gebotenen unwürdigen Hast« (II/10, S. 891).<sup>44</sup> Wolfgang Schluchter hat auch diesen Band der MWG herausgegeben und urteilt insgesamt recht kritisch, dass »Weber mit seinem Versuch nur sehr bedingt erfolgreich ist, eine typenbildende Wirtschaftssoziologie mit einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zu einer Erklärung der Entstehung des modernen Kapitalismus zu verbinden« (III/6, S. 43). Zugleich zeigt er sich aber hochoptimistisch,

»daß Weber im Fortgang der Vorlesung immer stärker Gedanken und Passagen aus seinen gerade in Arbeit befindlichen Werken heranzog, also Passagen aus der neuen Fassung von *Wirtschaft und Gesellschaft* und dem 1. Band der *Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie*. Wäre dem so, so hätte dies die methodische Differenz zwischen Theorie und Geschichte zweifellos minimiert.« (ebd.)

Dieser Optimismus gründet sich in erster Linie auf die Überzeugung Schluchters, das webersche Spätwerk bilde insgesamt ein weitgehend geschlossenes Ganzes, auf das sich eine – seine – Soziologie gründen lasse. Konsens ist diese Sichtweise keineswegs.<sup>45</sup> Vor allem aber lässt sie sich kaum durch den Rückgriff auf Webers letzte vollständig gehaltene Vorlesung erhärten. Denn es bleibt unklar, in welchem Umfang die Herausgeber der 1923 erstmals im Druck erschienenen Vorlesung, Siegmund Hellmann und Melchior Palyi, bei ihrer sich auf die Mitschriften Dritter stützenden Rekonstruktion andere ihnen bekannte Weber-Texte einarbeiteten. Daran ändern die beiden im Rahmen der MWG nun zusätzlich edierten Mit- und Nachschriften wenig, sodass sich für viele Interessenten die Frage stellen wird, warum sie nicht auf die wei-

43 Vgl. MWG I/24, S. 21ff. und 76–83, sowie zu diesem als Band der MWG erschienenen Schluchter-Text allgemein Lenger, *Zum Fortgang der Max-Weber-Edition* (III), S. 656; hierzu problemgeschichtlich wie systematisch jetzt hochinteressant: Andrew Abbott, *Prozessuales Denken. Reflexionen über Marx und Weber*, Hamburg 2019.

44 Max Weber, *Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Mit- und Nachschriften 1919–1920* (MWG, Bd. III/6), hrsg. v. Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Joachim Schröder, Tübingen 2011, XIII + 664 S. (+ CD-ROM), geb., 269,00 €.

45 Vgl. als eine der alternativen Lesarten nur Ghosh, *Max Weber and The Protestant Ethic*.



terhin verfügbare und ungleich preiswertere Fassung des weberschen »Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte« zurückgreifen sollen.

Mit Blick auf die nun vollständig vorliegende Gesamtausgabe insgesamt erscheint von daher die Aufnahme einer III. Abteilung mit »Vorlesungen und Vorlesungsmitschriften« nicht selbstverständlich. Originale Weber-Texte finden sich hier nur ausnahmsweise und dann in Form von Notizen. Versucht man eine Gesamtbilanz, so fällt sie gemischt aus. Die zuletzt angesprochene, im Kern längst gedruckt vorliegende Vorlesungsrekonstruktion steht neben dem auf Mitschriften gegründeten Protokoll der letzten elf Kollegstunden Webers überhaupt, die sich in hohem Maße auf dessen Grundriss-Beitrag stützten.<sup>46</sup> Auch den oben angesprochenen, mühsam aus Notizen rekonstruierten finanzwissenschaftlichen Vorlesungen sowie zwei weiteren in Freiburg und Heidelberg gehaltenen Spezialvorlesungen kommt nur geringe werkgeschichtliche Bedeutung zu.<sup>47</sup> Am ehesten sind es also die beiden Hauptvorlesungen, die Auskunft darüber geben, wie der junge Nationalökonom die Herausforderungen eines Faches meisterte, mit dem er sich erst näher vertraut machen musste. Und hier ist der Ertrag der mühsamen Editionsarbeit an der zweiten dieser Hauptvorlesungen, die jetzt als letzter Band der Gesamtausgabe überhaupt erschienen ist, eben vergleichsweise gering.

Nun werden herausgeberische Grundsatzentscheidungen in der Regel zu Beginn eines solchen Großprojekts getroffen. Von daher mag es ungerecht sein, rückblickend zu fragen, ob es in Anbetracht der enormen Kosten der editorischen Arbeit und angesichts der selbst Universitätsbibliotheken herausfordernden Preise für die Bände der MWG nicht besser gewesen wäre, auf die »Vorlesungen und Vorlesungsmitschriften« ganz zu verzichten. Vergleichbare Zweifel kann es mit Blick auf die anderen beiden Abteilungen nicht geben. Nur ganz vereinzelt ist bislang Kritik an der editorischen Qualität der 25 oder, wenn man den aus der Feder Wolfgang Schluchters stammenden Band abzieht, 24 Bänden der »Schriften und Reden« geübt worden.<sup>48</sup> Große Teile insbesondere des Frühwerks hat die Gesamtausgabe neu erschlossen, aber auch die kundenigen Einführungen in die vergleichenden Studien zur »Wirtschaftsethik der Weltreligionen« oder die Wiederherstellung von »Wirtschaft und Gesellschaft« verändern das Gesamtbild des weberschen Werkes. Dessen Verständnis wiederum profitiert in hohem Maße von den in elf dicken Bänden edierten Briefen Webers, deren letzter nun neben einigen Nachträgen vor allem ein ungemein nützliches Gesamtregister bietet.<sup>49</sup> Dass die Briefe bei der Kommentierung der Werke bereits intensiv ausgeschlachtet worden sind, versteht sich von selbst. Vor allem aber hat die auf mühsame Archivarbeit gegründete Heranziehung von Gegen- und Parallelkorrespondenz nahezu alle in den Briefen vorkommenden Bezüge klären können und so eine neue Grundlage für die Biografie von Person und Werk geschaffen. Die anhaltend intensive internationale Auseinandersetzung mit dem Werk des bislang sicherlich bedeutendsten deutschen

46 Vgl. MWG III/7 und dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (III), S. 658.

47 Vgl. MWG III/4 und III/5 sowie dazu Lenger, Zum Fortgang der Max-Weber-Edition (III), S. 650ff.

48 So früh und polemisch Florian Tennstedt, Junker, Bürger, Soziologen. Kritisch-historische Anmerkungen zu einer historisch-kritischen Ausgabe der Werke Max Webers, in: Soziologische Revue 9, 1986, S. 8–17.

49 MWG, Bd. II/11.

Sozialwissenschaftlers steht also auf einem ganz neuen Fundament, ohne dass es bisher den Anschein hätte, als ob die der MWG geschuldeten zahllosen neuen Einsichten in »Stationen und Impulse einer intellektuellen Biographie« eine Vereinheitlichung der Deutungen befördern würden.<sup>50</sup>

Es scheint indessen nicht ausgeschlossen, dass das Interesse an dieser Zentralfigur sozialwissenschaftlichen Denkens im 20. Jahrhundert gerade in dem Moment abzunehmen beginnt, da die Voraussetzungen für eine intensive Auseinandersetzung mit seinem Werk dank der nun abgeschlossenen Gesamtausgabe günstiger denn je sind. Aber das »Licht der großen Kulturprobleme«, so könnte man Weber selbst zitieren, »ist weiter gezogen. Dann rüstet sich auch die Wissenschaft, ihren Standort und ihren Begriffsapparat zu wechseln und aus der Höhe des Gedankens auf den Strom des Geschehens zu blicken.« (I/7, S. 234) Entfernt hat sich dieses Licht vor allem von Webers letztlich eurozentrischer Frageperspektive nach den Besonderheiten eines okzidentalen Rationalismus. Sie wird man, anders als Wolfgang Schluchter das mit Blick auf die oben zitierten Passagen aus der berühmten Vorbemerkung gemeint hat, nicht mit dem Verweis auf die notwendige Standortgebundenheit einer jeden Perspektive gegen Kritik immunisieren können. Dem Verständnis nichtwestlicher Entwicklungen ist es einfach wenig förderlich, immer nur zu fragen, welche Defizite diese im Vergleich zu Europa aufweisen, zumal die globalhistorische Forschung der letzten Jahrzehnte für immer mehr Bereiche Webers Annahme – »dies alles gab es nur im Okzident« – infrage gestellt hat (I/18, S. 103). Es bleibt indessen zu hoffen, dass ungeachtet aller Perspektivenverschiebungen viel von der analytischen Schärfe Webers auch der zukünftigen historisch orientierten Forschung zu Wirtschaft und Gesellschaft erhalten bleibt. Die hier abschließend vorgestellte Gesamtausgabe bietet hierfür eine unerschöpfliche Fundgrube methodischer Lehrstücke.

---

50 Vgl. Gangolf Hübinger, Max Weber. Stationen und Impulse einer intellektuellen Biographie, Tübingen 2019.



MICHAEL SCHNEIDER

## Kontroversen um die ›Volksgemeinschaft‹

Zu neueren Arbeiten über die Gesellschaft des ›Dritten Reichs‹

Kontroversen um die historische Erklärung und Einordnung von Nationalsozialismus und ›Drittem Reich‹ sind integraler Bestandteil der Geschichtsschreibung seit den 1950er-Jahren: Gestritten wurde um die angemessene Begrifflichkeit (Nationalsozialismus oder Faschismus), um Intentionalismus oder Funktionalismus, um die angeblichen Modernisierungsleistungen und um die »Historisierung« des Nationalsozialismus sowie um die These vom »den« Deutschen – angeblich – eingeborenen Antisemitismus. Seit einigen Jahren geht es nun um die Erklärungskraft des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹.

Kennzeichen vieler Kontroversen ist es, dass sie sich an einem einzelnen Argument entzünden, um »den« Nationalsozialismus oder wenigstens einen zentralen Aspekt seiner Entwicklung, seiner Politik oder seiner Herrschaft »auf den Begriff« zu bringen. Positiv gewendet bedeutet das, dass jede einseitige beziehungsweise eindimensionale Interpretation, die eine Kontroverse ausgelöst hat, zu einer Belebung der historischen Forschung beigetragen hat. Da wo Streit ist, da findet sich Öffentlichkeit, durch die sich Interesse und Forschungsförderung mobilisieren lassen, sodass zahlreiche neue Studien angeregt werden. Zudem bringen Kontroversen durch die Schärfung der unterschiedlichen Positionen eine Präzisierung der Analyse. So haben alle bisherigen Kontroversen, wenn es sich im Kern um geschichtswissenschaftliche und nicht um politisch-pädagogische gehandelt hat, am Ende zu synthetisierenden Interpretationen und damit zu einer differenzierteren Erfassung der Geschichte des Nationalsozialismus geführt.

Im Folgenden soll nun untersucht werden, ob das auch bei der Kontroverse der Fall ist, die vor rund 10 Jahren durch die Charakterisierung der Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ als ›Volksgemeinschaft‹ ausgelöst worden ist.<sup>1</sup> Nachdem jahrelang – ohne die weitverbreitete Bereitschaft zum »Mitmachen« zu leugnen – vielfältige Anzeichen von »Dissens« oder »Resistenz« betont worden waren<sup>2</sup>, sollte nun vor allem die Stabilität des NS-Regimes erklärt werden, dessen Ende ja nicht primär durch innere Widersprüche, sondern erst durch den Sieg der Alliierten herbeigeführt wurde. Zu dieser Stabilität hätten neben Propaganda und Terror auch und gerade gemein-

1 Zentrale Beiträge: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2009; Hans-Ulrich Thamer/Simone Erpel (Hrsg.), *Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen*, Dresden 2010; Detlef Schmichen-Ackermann (Hrsg.), *›Volksgemeinschaft‹: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ›Dritten Reich‹? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte*, Paderborn/München etc. 2012; Dietmar von Reeken/Malte Thießen (Hrsg.), *›Volksgemeinschaft‹ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort*, Paderborn/München etc. 2013; Martina Steber/Bernhard Gotto (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford/New York etc. 2014.

2 Wegweisend war: Martin Broszat/Elke Fröhlich-Broszat/Falk Wiesemann u. a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde., München 1977–1983.

schaftsbildende Faktoren beigetragen, die den Sehnsüchten vieler Menschen nach Geborgenheit und Harmonie entgegengekommen seien und so zu einer weitverbreiteten Zustimmung zum NS-Regime beigetragen hätten. ›Volksgemeinschaft‹ wird dabei nicht nur als Begriff aus dem Arsenal der nationalsozialistischen Propaganda und Politik interpretiert, sondern – auch und gerade unter Hinweis auf rückblickende Zeitzeugenberichte aus den 1950er-Jahren – als Ausdruck konkreter historischer Erfahrung und damit als Beschreibung der gesellschaftlichen Realität im ›Dritten Reich‹ verstanden.

Doch die wissenschaftliche Erklärungskraft des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹ blieb nicht unbestritten.<sup>3</sup> Anerkannt wurde, dass die Idee der ›Volksgemeinschaft‹ ein wichtiges Element der nationalsozialistischen Propaganda auf dem Weg zur Macht wie an der Macht gewesen sei, auch wenn das politische Zielbild einer ›Volksgemeinschaft‹ keineswegs allein von den Nationalsozialisten vertreten worden ist. Vielfach problematisiert aber wurde, dass der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ als das zentrale gesellschaftspolitische Ziel der Nationalsozialisten markiert werden könne und dass viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen – jedenfalls die als der ›Volksgemeinschaft‹ zugehörig Anerkannten – ihr gesellschaftliches Umfeld in Vorkriegs- und Kriegszeit als ›Volksgemeinschaft‹ empfunden hätten. Grundsätzlich infrage gestellt wurde die These, dass dieser Begriff zur wissenschaftlichen Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit im ›Dritten Reich‹ taugte.

Mehrere Jahre nach dem Erscheinen von Janosch Steuwers Literaturbericht zur Gesellschaftsgeschichte des ›Dritten Reichs‹ im Archiv für Sozialgeschichte<sup>4</sup>, das sich dieses Themenbereichs im Übrigen seit Anfang der 1990er-Jahre immer wieder angenommen hat<sup>5</sup>, und nach der von den Hauptvertretern der ›Volksgemeinschafts‹-Thesen auf einer Tagung 2015 gezogenen (Zwischen-)Bilanz<sup>6</sup> sollen nun seitdem erschienene Publikationen daraufhin befragt werden, ob und inwiefern sich das ›Volksgemeinschafts‹-Paradigma – weiterhin – als fruchtbar für die Forschung erwiesen hat

3 Vgl. zum Beispiel Hans Mommsen, Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus, in: APuZ 57, 2007, H. 14–15, S. 14–21; Helga Grebing, Zu viel ›Volksgemeinschaft‹ erklärt zu wenig. Anmerkungen zum Thema ›Arbeiter im ›Dritten Reich‹, in: Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.), Solidar-gemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalso-zialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 481–488; ausführlich: Rudolf Tschirbs, Das Phantom der Volksgemeinschaft. Ein kritischer Literatur- und Quellenbericht, Düsseldorf 2015; Michael Schneider, ›Volksgemeinschaft‹ – Nationalsozialistische Propagandaverheißung oder gesellschaftliche Realität?, in: Lutz Haarmann/Robert Meyer/Julia Reuschenbach (Hrsg.), Von der Bonner zur Berliner Re-publik. Politik im Spiegel praktischer Wissenschaft. Festschrift für Tilman Mayer zum 65. Ge-burtstag, Baden-Baden 2018, S. 467–476.

4 Vgl. Janosch Steuer, Was meint und nützt das Sprechen von der ›Volksgemeinschaft‹? Neuere Litera-tur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Afs 53, 2013, S. 487–534.

5 Vgl. zum Beispiel Michael Schneider, Nationalsozialistische Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des ›Dritten Reiches‹, in: Afs 31, 1991, S. 514–557; ders., National-sozialismus und Modernisierung? Probleme einer Neubewertung des ›Dritten Reiches‹, in: Afs 32, 1992, S. 541–545.

6 Vgl. Detlef Schmichen-Ackermann/Marlis Buchholz/Bianca Roitsch u. a. (Hrsg.), Der Ort der ›Volksgemein-schaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte (Nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹. Stu-dien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung, Bd. 7), Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2018, 506 S., geb., 59,00 €.

und ob sich inzwischen Präzisierungen und Differenzierungen, vielleicht gar grundsätzliche Korrekturen zeigen. In den Blick genommen werden nicht nur neuere Veröffentlichungen der Wegbereiter des ›Volksgemeinschafts‹-Paradigmas, sondern auch und gerade die Arbeiten jüngerer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die sich auf diesen Interpretationsansatz beziehen.

Zunächst sollen die Studien beleuchtet werden, die sich jeweils mit einem Teilaspekt der nationalsozialistischen Durchdringung der Gesellschaft befassen, die also »Inklusionsagenturen« in den Blick nehmen (I.). Dann werden Arbeiten von Autoren und Autorinnen betrachtet, deren Hauptaugenmerk auf den Themenbereichen liegt, in denen sich deutliche Bruchlinien innerhalb der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ zeigen (II.). Zudem sollen neuere Untersuchungen zur Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ vorgestellt werden, die den Aspekt von Ausgrenzung und Verfolgung in den Fokus rücken (III.). Schließlich werden Darstellungen präsentiert, die mit breiter Perspektive – ganz gleich ob als ausdrückliche Bilanz, als Überblicksdarstellung oder als Lokalstudie – eine Art von Gesamtanalyse der Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ anvisieren (IV.), was direkt zur Frage nach der begrifflichen Bestimmung des Charakters der NS-Gesellschafts- und Herrschaftsordnung führt, auf die abschließend eingegangen wird.

## I. Zur nationalsozialistischen Durchdringung und Umformung der Gesellschaft

Auch wenn in der nationalsozialistischen Führung keineswegs Übereinstimmung über die inhaltliche Füllung des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹ bestand, so lassen sich doch zentrale Dimensionen seiner spezifisch nationalsozialistischen Deutung herausdestillieren, wobei nicht vergessen sei, dass der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ nicht von den Nationalsozialisten »erfunden« wurde.<sup>7</sup> Auf eine kurze Formel brachte der »Volksbrockhaus« 1943 die damals herrschende Begrifflichkeit: Danach sei die ›Volksgemeinschaft‹ die

»auf blutmäßiger Verbundenheit, auf gemeinsamem Schicksal und auf gemeinsamem politischen Glauben beruhende Lebensgemeinschaft eines Volkes, der Klassen- und Standesgegensätze wesensfremd sind. Die Volksgemeinschaft ist Ausgang und Ziel der Weltanschauung und Staatsordnung des Nationalsozialismus.«<sup>8</sup>

Die Bildung der angestrebten ›Volksgemeinschaft‹ basierte also zum einen auf dem Einschluss der Zugehörigen und zum anderen auf dem Ausschluss der Nicht-Zugehörigen; beides wurde nicht nur von der Zustimmung zum Nationalsozialismus, sondern von unveränderbaren Kennzeichen wie der »blutmäßigen« Herkunft abhängig gemacht.

<sup>7</sup> Zur Geschichte von Begriff und Programmatik der ›Volksgemeinschaft‹ vgl. ausführlich Michael Wildt, *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburger Edition, Hamburg 2017, 157 S., geb., 12,00 €, S. 15ff.; vgl. auch Steuer, *Was meint und nützt das Sprechen von der ›Volksgemeinschaft‹?*, S. 494ff.

<sup>8</sup> Der Volksbrockhaus A–Z, 10. Aufl., Leipzig 1943, S. 741. Vgl. dazu Hilde Kammer/Elisabeth Bartsch, *Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933–1945*, Reinbek 1992, S. 222f.

Unstreitig ist, dass bei der Untersuchung der ›Volksgemeinschafts‹-Programmatik zwischen den Jahren, in denen sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) auf dem Weg zur Macht befand, und der Zeit nach der Machtübertragung an Hitler und seine Partei unterschieden werden muss. Nach einem Blick auf die Bedeutung der ›Volksgemeinschafts‹-Thematik für die Politik der Nationalsozialisten vor 1933 (1.), sollen neuere Arbeiten betrachtet werden, die sich mit der Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ befassen; dabei soll es um ausgewählte Bereiche der nationalsozialistischen Politik gehen, in denen die Herstellung der ›Volksgemeinschaft‹ im Mittelpunkt stand. Konkret geht es um die Erziehung in der Hitlerjugend und in der Polizei (2.), dann um »die« Justiz (3.) sowie schließlich um »die« Kultur (4.).

## 1. ›Volksgemeinschafts‹-Propaganda auf dem Weg zur Macht

Schauen wir also zunächst auf die Politik der NSDAP bis zur Machtübertragung, für die der von Hermann Beck und Larry Eugene Jones herausgegebene Band »From Weimar to Hitler«<sup>9</sup> die Attraktivität der ›Volksgemeinschafts‹-Idee herausarbeitet: Da werden der 1. Mai 1933 zum Symbol der ›Volksgemeinschaft‹ (Peter Hayes, S. 146), die SA zur Sozialisationsagentur für die ›Volksgemeinschaft‹ (Bruce B. Campbell, S. 207) und überhaupt die Idee der ›Volksgemeinschaft‹ zum Kern des von den Nationalsozialisten propagierten Nationalen Sozialismus (Stefan Vogt, S. 222ff.).<sup>10</sup> Doch das insgesamt im Band entworfene Bild ist differenzierter: Weit davon entfernt, den Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ zum alleinigen Erklärungsgrund für den Erfolg der NSDAP auf dem Weg zur Macht zu erheben, wird die Bedeutung von Anpassung, Verführung, partiellen Interessenübereinstimmungen sowie weltanschaulich-politischen Affinitäten, zum Beispiel in der Frage von Nationalismus, Revanche für den Ersten Weltkrieg und Antisemitismus, herausgearbeitet. Dass zudem die Schwäche der Gegner (Winfried Becker am Beispiel der Bayrischen Volkspartei), die Unterstützung finanzstarker Kreise für die NSDAP (Peter Hayes) und auch die Rolle der Gewalt, konkret der SA (Bruce P. Campbell) und der antijüdischen Gewalt (Hermann Beck), angesprochen werden, unterstreicht die breite Perspektive, mit der die Herausgeber sich ihres Themas annehmen.<sup>11</sup> Damit bietet der Band ein Beispiel für die fruchtbare Nutzung des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹ zur Beschreibung der nationalsozialistischen Politik auf dem Weg zur Macht, eben weil die unterschiedlichen Dimensionen dieser Politik

9 Hermann Beck/Larry Eugene Jones (Hrsg.), *From Weimar to Hitler. Studies in the Dissolution of the Weimar Republic and the Establishment of the Third Reich, 1932–1934*, Berghahn Books, New York/Oxford 2019, 508 S., geb., 179,00 \$.

10 Peter Hayes, *German Big Business and the Nazi Revolution, 1933–34*, in: ebd., S. 141–162; Bruce B. Campbell, *The SA in the Gleichschaltung: The Context of Pressure and Violence*, in: ebd., S. 194–221; Stefan Vogt, *Nationalist Socialism against National Socialism? Perceptions of Nazism and Anti-Nazi Strategies in the Circle of the Neue Blätter für den Sozialismus, 1930–34*, in: ebd., S. 222–247.

11 Winfried Becker, *The Nazi Seizure of Power in Bavaria and the Demise of the Bavarian People's Party*, in: ebd., S. 111–140; Hayes, *German Big Business and the Nazi Revolution*; Campbell, *The SA in the Gleichschaltung*; Hermann Beck, *Violence against ›Ostjuden‹ in the Spring of 1933 and the Reaction of German Authorities*, in: ebd., S. 163–193.



immer wieder in den Blick genommen werden, ohne die ›Volksgemeinschafts‹ Zielsetzung bei der Suche nach dem »Erfolgsrezept« der NSDAP zu verabsolutieren.

## 2. Erziehung: Nationalsozialistische Leitbilder und die Realität

Die NS-Diktatur verstand sich als Erziehungsdiktatur. Alle »Erziehungsagenturen« wurden in den Dienst des neuen Staats gestellt. Das waren nicht nur die »traditionellen« Erziehungsinstitutionen vom Kindergarten über die Schule bis zur Universität, sondern es wurden zahlreiche Organisationen neu gegründet und mit der Erziehung der Deutschen beauftragt. Hierbei ist etwa an die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und auch an die Hitler-Jugend (HJ) zu denken. Auch die berufliche Ausbildung wurde nationalsozialistisch überformt, etwa die der Polizeioffiziere.

### *Erziehung in der Hitler-Jugend: Für eine »völkische Moral«*

Die Bedeutung der HJ für die Erziehung der jungen Menschen im Sinne des NS-Systems ist vielfach erforscht worden. Thomas Gloy ergänzt diese Forschungen mit seiner Arbeit über »Ordnung und Moral in der Hitler-Jugend«.<sup>12</sup> Auf der Basis einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der bisherigen Literatur zur Moral im beziehungsweise des Nationalsozialismus und nach der theoretisch fundierten Entfaltung der eigenen Vorgehensweise nähert sich Gloy dem eigentlichen Thema: Nach der Erläuterung von Organisationsaufbau, Entwicklung und Schulungsauftrag der HJ legt er überzeugend die Erziehungsziele der HJ dar, deren Kernpunkte, wie er ausführt, Einheit, Gemeinschaft beziehungsweise ›Volksgemeinschaft‹ und Kameradschaft lauteten. Operationalisiert wurden diese Ziele in einem spezifischen Moralkodex, in dem »Mann sein« beziehungsweise »Soldat sein«, also Härte, Opferbereitschaft, Treue, Arbeit und Leistung sowie – als Beweis der Moralität – die entsprechende Tat miteinander verwoben waren. Eben die Ideale von »Volk« und ›Volksgemeinschaft‹ bildeten, so Gloy, die zentralen Bezugspunkte einer »neuen«, eben völkischen Moral, nach der alles, was dem Volk und der ›Volksgemeinschaft‹ dient, »gut«, alles was der ›Volksgemeinschaft‹ schadet, moralisch verwerflich sei. Volk und ›Volksgemeinschaft‹ rechtfertigten jedes Opfer, auch das des eigenen Lebens, und sie rechtfertigten auch alle Taten gegen vermeintliche »Volksfeinde« und »Gemeinschaftsfremde«.

Es war, so Gloy, dieses spezifisch nationalsozialistische Moralsystem, das die so Erzogenen dazu ermächtigte, an den Verbrechen des ›Dritten Reichs‹ aktiv mitzuwirken, ja mit »reinem Gewissen« zu Tätern zu werden. Er gibt damit eine durchaus überzeugende Antwort auf die bereits von Daniel J. Goldhagen aufgeworfene Frage, ob die Täter ihre Taten begingen, weil sie dies wollten und weil sie sie für richtig und not-

---

12 Thomas Gloy, Im Dienst der Gemeinschaft. Zur Ordnung der Moral in der Hitler-Jugend, Wallstein Verlag, Göttingen 2018, 346 S., geb., 26,90 €.

wendig hielten.<sup>13</sup> Die Beteiligung an den Mordtaten folgte demgemäß einer eigenen, eben nationalsozialistisch geprägten Moral. So rechtfertigte beziehungsweise erzwang gerade die Hochschätzung des Ziels einer homogenen ›Volksgemeinschaft‹ die Ausgrenzung und Verfolgung der nach politischen und rassistischen Kriterien als »volksfremd« oder als »Volksfeind« Markierten. (S. 329)

Es gehört zu den Verdiensten Gloys, dass er auch die Lücken der HJ-Erziehung anspricht: Durch die Fokussierung der HJ-Erziehungsideale auf als »männlich« gekennzeichnete Tugenden wird eine zentrale Trennungslinie in der ›Volksgemeinschaft‹ übertüncht, nämlich die Geschlechterlinie. Auch wenn sie, anders als die Klassen- und Standesdifferenz, nicht als Gefährdung des Zusammenhalts der ›Volksgemeinschaft‹ thematisiert wurde, muss sie bei einer historischen Analyse der gesellschaftlichen Realität des ›Dritten Reichs‹ doch berücksichtigt werden. Darauf wird noch einzugehen sein.

### **Polizeioffiziersausbildung: Erziehung zum »Polizeisoldaten«**

Auch Sven Deppisch behandelt mit seiner 2016 an der Universität München als Dissertation angenommenen Arbeit zur Offiziersausbildung der Ordnungspolizei<sup>14</sup> ein Thema aus dem Bereich der gruppenspezifischen Erziehung im Nationalsozialismus. Und auch ihm geht es letztlich darum, die Bedeutung der Erziehung für die Herausbildung »des« NS-Täters, des Beteiligten am Massenmord, zu untersuchen. Damit nimmt Deppisch Fragen auf, die bereits in den Studien von Robert Gellately<sup>15</sup> und Christopher Browning<sup>16</sup> sowie von Goldhagen<sup>17</sup> angesprochen worden sind. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Geschichte der Polizeischule Fürstfeldbruck bei München. Mit der Darstellung der konkreten Offiziersausbildung, das heißt der Fächer, Inhalte und Resultate, wird die praktische Ausbildung genau nachgezeichnet. Die Ausbildung war breit gefächert und umfasste die militärische, rechtliche, polizeidienstliche und weltanschauliche Schulung. Der letztgenannte Bereich wurde ab 1936 verstärkt, nachdem der Reichsführer-SS Heinrich Himmler auch zum Chef der Deutschen Polizei ernannt worden war: Rassenlehre, Antisemitismus und der Kampf gegen innere Feinde rückten zu zentralen Lehrinhalten auf. Die Schaffung von »Polizeisoldaten« war das Ziel. Doch die von Deppisch ausgewerteten Erfahrungsberichte über die Lehrgänge zeigen, dass keineswegs alle Lernziele in dem gewünschten Ausmaß erreicht wurden. So geht Deppisch davon aus: »Es war weniger die weltanschauliche

13 Daniel J. Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996 (zuerst engl. 1996). Zur dadurch ausgelösten Kontroverse vgl. Michael Schneider, *Die »Goldhagen-Debatte«*. Ein Historikerstreit in der Mediengesellschaft, in: Afs 37, 1997, S. 460–481.

14 Sven Deppisch, *Täter auf der Schulbank. Die Offiziersausbildung der Ordnungspolizei und der Holocaust* (Veröffentlichungen des Bayerischen Polizeimuseums, Bd. 2), Tectum Verlag, Baden-Baden 2018, 672 S., geb., 39,95 €.

15 Robert Gellately, *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945*, Paderborn/München etc. 1993 (zuerst engl. 1990); ders., *Hingeschaut und weggeschaut. Hitler und sein Volk*, München 2002 (zuerst engl. 2001).

16 Christopher Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen*, Reinbek 1993 (zuerst engl. 1992).

17 Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker*.

Schulung, die Hemmschwellen bei den Tätern herabsenkte, als vielmehr die routinemäßig eingeübten und gewohnten polizeilichen Verhaltensmuster, an denen sie sich im ›auswärtigen Einsatz‹ festhalten konnten.« (S. 592)

Mit der Schilderung der Lebens- und Themenwelten an der Polizeischule Fürstentfeldbruck wird das Umfeld der Ausbildung einbezogen: Da geht es nicht nur um die bauliche Ausstattung der Schule, sondern auch um die »erlebte Gemeinschaft« in gemeinsamen Feierlichkeiten, die in die Bemühungen zur Schaffung der ›Volksgemeinschaft‹ eingeordnet wurden. Schließlich erhalten wir einen Eindruck von den Lehrenden und Auszubildenden, von denen zum Beispiel Herkunft oder politische Orientierung statistisch erfasst wurden. Viele der Absolventen, aber auch der Ausbilder, wurden im Krieg zum »Auswärtigen Einsatz« verpflichtet, nicht wenige wechselten zur Wehrmacht oder auch zur SS und einige waren an Massenverbrechen beteiligt. Manche der Lehrenden und Absolventen konnten die Polizeiarbeit nach dem Ende des Kriegs fortführen. In einer Art Ausblick werden Facetten der Polizeiausbildung in Bayern bis in die Nachkriegszeit hinein nachverfolgt, sodass Kontinuitäten in polizeilichen Denkmustern, Ordnungsvorstellungen und auch Feindbildern deutlich werden. Insgesamt bietet Deppischs Studie einen weiteren Beleg dafür, dass die Ordnungspolizei des ›Dritten Reichs‹ keineswegs, wie es nach dem Krieg lange Zeit hieß, »sauber« geblieben ist.

### 3. Justiz: Formierung der Rechtsordnung nach nationalsozialistischen Prinzipien

Nicht minder wichtig für die Durchsetzung der NS-Gesellschaftsvorstellungen war die Justiz. Christine Schoenmakers untersucht in ihrer Dissertation »Rechtspraxis und Selbstverständnis von Bremer Juristen im ›Dritten Reich‹«.<sup>18</sup> Sie ordnet ihr Forschungsvorhaben ein in die »Täterforschung«<sup>19</sup> einerseits, in die ›Volksgemeinschafts-Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Justiz«<sup>20</sup> andererseits. Schoenmakers fragt in ihrer Arbeit nach dem Beitrag der Rechtsprechung zur Konstituierung der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹, war es doch auch die Justiz, die für eine Verstetigung der Ausgrenzung von »Abweichlern« sorgte, deren Ausstoßung aus der ›Volksgemeinschaft‹ somit bald als selbstverständlich, als »normal« empfunden wurde.

18 Christine Schoenmakers, »Die Belange der Volksgemeinschaft erfordern ...« Rechtspraxis und Selbstverständnis von Bremer Juristen im »Dritten Reich« (Nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung, Bd. 6), Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2015, 498 S., geb., 71,00 €; vgl. auch die kurze Zusammenfassung der Ergebnisse unter dem Aspekt der ›Volksgemeinschafts-Idee als handlungsorientierendes Gesellschaftsbild: dies., Einen wichtigen Dienst an der ›Volksgemeinschaft‹ erfüllen. Warum Bremer Juristen mit dem NS-Regime sympathisierten und dessen Herrschaftsanspruch vor Gericht durchsetzten, in: Schmichen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 259–273.

19 Genannt werden insb. die Arbeiten von Christopher Browning (Ganz normale Männer) und Daniel J. Goldhagen (Hitlers willige Vollstrecker).

20 Genannt wird insb. Michael Stolleis, Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus, in: VfZ 20, 1972, S. 16–38; ders., Recht im Unrecht. Studien zur Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1994.

(S. 42) Dieses Thema betrachtet die Autorin in breiter Perspektive: Zunächst werden – unter Auswertung der Personalakten – Rekrutierung und Ausbildung der Juristen untersucht. Auf der Basis von General- und Verfahrensakten wird sodann der Justizalltag rekonstruiert, wobei auch die Inszenierung von Verhandlungen in den Blick genommen wird. Auch die öffentliche Wirkung wird nachgezeichnet, insbesondere durch die Auswertung der örtlichen Presse. Zudem wird ausgelotet, über welche Spielräume die Richter bei der Auslegung der Gesetze verfügten. Schließlich wird nach dem Selbstbild der Juristen nach 1945 gefragt.

Dank der breiten Quellengrundlage kann Schoenmakers belegen, dass bereits vor 1933 völkische Ideen Eingang in die Rechtsprechung gefunden hatten; mit der Machtübertragung an Hitler und die Nationalsozialisten wurden diese Tendenzen deutlich verstärkt. Durch den Bezug auf die Begriffe des »gesunden Volksempfindens« und des »Gemeinschaftsfremden« schuf die Justiz durch die Markierung beziehungsweise Bestrafung der »inneren Feinde« die »Volksgemeinschaft« mit. (S. 108) Bald bildete der »Volksgemeinschaft«-Anspruch eine Art von Generalklausel für die Justiz, mit der der umfassende »Schutz von Rasse und Volk« gegen Kriminelle, zu denen auch »Volksschädlinge und Gemeinschaftsfremde« gezählt wurden, legitimiert wurde. Die neuen Normen des Strafrechts eröffneten durchaus Interpretationsspielräume, die auch und gerade dafür genutzt wurden, den Strafprozessen eine Erziehungsfunktion beizumessen, die durch die Veröffentlichung der Urteile noch verstärkt wurde. Eben wegen der Interpretationsspielräume zeigte die Bremer Justiz kein einheitliches Bild: Wie in anderen Kreisen der Bevölkerung zeigte sich auch hier ein breites Spektrum der Verhaltensweisen, das von begeisterter Umsetzung der nationalsozialistischen Vorgaben über Opportunismus bis hin zum mehr oder weniger offenen Dissens reichte. So kann für die Bremer Justiz nicht von einer »totalen Gleichschaltung« gesprochen werden. (S. 283) Und auch für die Zeit nach 1945 zeichnet Schoenmakers ein differenziertes Bild: Die Entnazifizierung der Justiz sei nicht grundsätzlich gescheitert, wenn auch die Netzwerke der Kriegszeit vielfach überlebt haben. (S. 344f.)

Was bedeuten die Befunde der Arbeit für die Einschätzung der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung? Für die Autorin steht fest, dass die »Volksgemeinschaft« nicht nur ein Propagandabegriff war, sondern dass dieses Idealbild auch im Alltag wirkmächtig war. (S. 415f.) Aber sie betont auch, dass die Installation einer »Volksgemeinschaft« als einer allumfassenden »Mitmachgesellschaft« eine (nationalsozialistische) Utopie blieb. (S. 279) Und in der an anderer Stelle veröffentlichten Kurzzusammenfassung der Ergebnisse heißt es,

»dass es unter dem Deckmantel der »Volksgemeinschaft« weder Zusammenhalt noch Gleichberechtigung gab. Die gesellschaftliche Realität war zwischen 1933 und 1945 tief in verschiedene Gruppen und Fraktionen gespalten, die unterschiedliche Ziele verfolgten und nach dem Prinzip der Dominanz des Stärkeren über den Schwächeren soziale Hierarchien begründeten und verteidigten. Die Parole der »Volksgemeinschaft« diente dabei als sozialer Kitt, der die gegenwärtigen gesellschaftlichen Spannungen überdecken sollte.«<sup>21</sup>

21 Schoenmakers, Einen wichtigen Dienst an der »Volksgemeinschaft« erfüllen, S. 271f.

Das belegt auch der Blick auf die Praxis der zivilgerichtlichen Prozesse, in denen stets das Verhältnis zwischen individueller Lebensführung und individuellen Ansprüchen auf der einen und dem Regelungsbedürfnis des Staats auf der anderen Seite ausgehandelt wird. An mehreren Beispielen macht Annemone Christians<sup>22</sup> deutlich, dass im nationalsozialistischen Regime »die reißerische Anti-Privatheitsrhetorik von Rechts-Experten und Politikern auf die ideologische Verheißung von privatem Glück, Wohlstand und ›Normalität‹ prallte. (S. 286) Herausgearbeitet wird, dass auch unter den Bedingungen des ›Dritten Reichs‹ durchaus die Möglichkeit bestand, auf die Eigensphäre bezogene Interessen im Zivilprozess zur Geltung zu bringen – wenn man zu denjenigen gehörte, die als der ›Volksgemeinschaft‹ zugehörig anerkannt wurden, und wenn diese Interessen in keinem Widerspruch zu den immer wieder neu interpretierten Ansprüchen der ›Volksgemeinschaft‹ standen. (S. 286) Für alle Ausgegrenzten und Verfolgten hatten jedoch die bürgerlichen Rechte auf Eigentum und körperliche Unversehrtheit keine Gültigkeit.

Auch Benjamin Lahusen<sup>23</sup> arbeitet für den Bereich des Bürgerlichen Rechts die Dominanz der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschafts‹-Vorstellungen heraus, galten doch im Gerichtssaal die Gesetze des Privatrechts nicht für die Ausgegrenzten, insbesondere nicht für Juden: »Die totale ›Arisierung‹ des bürgerlichen Rechts war in vielen Fällen nicht Produkt gesetzgeberischer Aktivität, sondern Eigenleistung der Justiz.« (S. 250) Insgesamt, so das Fazit, habe die Justiz

»tatsächlich den von ihr erwarteten Dienst an der Heimatfront geleistet, wenn auch nicht immer so, wie von ihr erwartet. Ihr stures Verarbeiten alltäglicher Probleme, ihr Pochen auf die gewohnten Routinen inmitten des Ausnahmezustands trugen gerade durch den Verzicht auf offene Politisierung und die demonstrative Normalität des Geschehens zur gesellschaftlichen Stabilisierung bei.« (S. 256)

Nur am Rande sei erwähnt, dass Michael Stolleis bereits 1972 darauf hingewiesen hat, dass die Berufung auf den Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ in der nationalsozialistischen Justiz vielfach vor allem dazu diene, Eingriffe in die Individualrechte zu legitimieren. Angesichts der häufigen Verwendung des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹ in der Rechtspraxis des ›Dritten Reichs‹ müsse daran gezweifelt werden, ob sich damit »noch ein bestimmter, aus dem Wort ablesbarer Sinn verbinden lasse«.<sup>24</sup>

Auf die Bedeutung von Recht und Rechtsprechung für die Ausgestaltung der Geschlechterbeziehungen und auch auf die Rolle der »Bestrafung«, vor allem der Lagerhaft, wird weiter unten eingegangen, wenn es um die Bruch- beziehungsweise Grenzzlinien der ›Volksgemeinschaft‹ geht.

22 Annemone Christians, Privatrecht in der Volksgemeinschaft? Die Eigensphäre im nationalsozialistischen Rechtssystem, in: Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 274–286, hier: S. 275f.

23 Benjamin Lahusen, Klassenjustiz und Heimatfront, in: Norbert Frei (Hrsg.), Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus? (Jena-Center. Geschichte des 20. Jahrhunderts. Vorträge und Kolloquien, Bd. 22), Wallstein Verlag, Göttingen 2018, 439 S., brosch., 20,00 €, S. 243–260.

24 Stolleis, Gemeinschaft und Volksgemeinschaft, S. 20; dazu Tschirbs, Das Phantom der Volksgemeinschaft, S. 67.

#### 4. Kultur: Zur Inszenierung der ›Volksgemeinschaft‹

Schaut man auf die Integrationsfaktoren, so wird man »die« Kultur des ›Dritten Reichs‹ nicht unbeachtet lassen können. Nicht zuletzt wegen des in den letzten Jahren gewachsenen Interesses an allen Fragen der Kultur ist es nicht verwunderlich, dass zu diesem Themengebiet – nun bezogen auf die Zeit des ›Dritten Reichs‹ – mehrere Arbeiten erschienen sind: Das sind zum einen Gesamtdarstellungen zur Populärkultur, aber auch Spezialuntersuchungen etwa zur Bedeutung der Inszenierungen nationalsozialistischer Macht, der Formatierung der Sprache und der Rolle der Freizeitvereine.

##### *Populärkultur: Auf dem Weg zu einer plurimedial orientierten Forschung*

In Übereinstimmung mit dem Konzept der von Norbert Frei herausgegebenen Reihe »Die Deutschen und der Nationalsozialismus«, in der sein Buch erschienen ist, möchte Moritz Föllmer in seiner Arbeit »Ein Leben wie im Traum. Kultur im Dritten Reich« einen Beitrag zur Erklärung der Attraktivität und damit der Stabilität des NS-Regimes leisten.<sup>25</sup> Gemäß der Reihenkonzption werden die jeweils zu Beginn eines Kapitels präsentierten Fotos zum Anlass von Zeitzeugenberichten, mit denen hier die zeitgenössische Rezeption der nationalsozialistischen Kultur(-politik) beleuchtet wird; dabei kommen nicht nur Anhänger des Regimes, sondern auch sich eher als »unpolitisch« Einstufende sowie Gegner und Opfer zu Wort. So breit damit das aufgefaltete Spektrum der Rezeptionsanalyse auch ist, so schmal ist die Grundlage, auf der durchaus weitreichende Aussagen über die Bedeutung »der« Kultur im Nationalsozialismus getroffen werden.

Auch wenn Föllmer von der These ausgeht, eine im eigentlichen Sinne »nationalsozialistische Kultur« habe es allenfalls in Ansätzen gegeben (S. 10), will er mit seiner Untersuchung die Charakteristika der NS-Kultur herausarbeiten: Sie sei zum einen nicht verständlich ohne das Gegenbild und die Gegnerschaft zur Kultur der Weimarer Republik; und sie sei zum anderen »bürgerlich-konservativ« und zugleich »völkisch-radikal« gewesen. (S. 26) Ihr Kennzeichen sei die Orientierung am Leitbild »des Volkes«, und zwar unter mehrfachem Aspekt: Kultur hatte sich an den rassistisch definierten Werten »des« Volkes zu orientieren und hatte die Volkskraft und – insbesondere im Krieg – die Moral zu stärken; zudem sollte sie sich am (vermuteten) Geschmack der Mehrheit orientieren, also »volksnah« und populär sein. Der antibürgerliche Gestus des Nationalsozialismus ließ sich durchaus mit der Förderung, ja Feier der unterschiedlichsten Formen der bürgerlichen Hochkultur verbinden, wenn diese den rassistischen und machtpolitischen Zielen der NS-Führung eingeordnet werden konnten. Dass Juden sowohl als Akteure sowie als Besucher aus dem kulturellen Leben ausgeschlossen wurden, wurde von den akzeptierten Kultur-Konsumenten vielfach hingenommen. Auch die kulturellen Aktivitäten dienten der Durchsetzung und Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie ebenso wie der Legitimierung der nationalsozialistischen Politik – von der Rassenhygiene und Eugenik über die Einparteien-

25 Moritz Föllmer, »Ein Leben wie im Traum«. Kultur im Dritten Reich (Die Deutschen und der Nationalsozialismus), Verlag C. H. Beck, München 2016, 288 S., brosch., 16,95 €; vgl. auch ders., Hochkultur im Krieg, in: Frei, Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?, S. 206–221.



und Führerherrschaft bis hin zur Ausgrenzung und Verfolgung von ›Volksfeinden‹ und zum Vernichtungskrieg. Diese politische Indienstnahme wird an zahlreichen Einzelbeispielen der Populärkultur, insbesondere aus Film und Rundfunk, belegt.

Gerade der Bereich der Populärkultur hat in letzter Zeit verstärkt Aufmerksamkeit gefunden. So untersucht Lu Seegers die Bedeutung der Massenmedien im Nationalsozialismus.<sup>26</sup> Sie plädiert dafür, »Radio, Presse, Film und Buch als Bestandteile eines plurimedialen Ensembles zu verstehen und in ihren komplementären Bezügen zu untersuchen« (S. 331).<sup>27</sup> Konkret exemplifiziert sie diesen Forschungsansatz an der Rolle Walther von Hollanders als »Lebensberater und Publizist im ›Dritten Reich‹«, der ebenso geschickt wie erfolgreich unterschiedliche Medien zur Verbreitung seiner Ideen nutzte.<sup>28</sup> Das unterstreicht nach Ansicht der Autorin die auf der Basis eines einzelnen Nachlasses gewonnene Erkenntnis, nach der die von Hollander vermittelten Vorstellungen von Ehe und Familie »ebenso polyvalent waren wie die damit verbundenen Verortungen in der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹« (S. 337).

Als Teil des Mediennetzwerks, das Lu Seegers in den Fokus der Forschung gerückt sehen möchte, kann gewiss auch die Anzeigenwerbung gelten, die Pamela E. Swett untersucht.<sup>29</sup> Auf der einen Seite zeigte die Werbung im ›Dritten Reich‹ eine deutliche rassistische Zuspitzung, wenn es um die Ausgrenzung jüdischer Geschäfte und die Bevorzugung »deutscher Produkte« ging; zum anderen wurden »deutsche« Waren mit ihrem Wert für die ›Volksgemeinschaft‹ angepriesen, die zugleich die Qualitätsanforderungen und die Wünsche nach Gesundheit und Lebensglück befriedigen sollten.

Ausgehend von einem breiten kulturalistisch inspirierten Forschungsansatz, konzentriert sich Christoph Kühberger mit seiner Analyse auf »soundgeschichtliche Aspekte zum Nationalsozialismus in der Stadt Salzburg«.<sup>30</sup> Gerade weil für die Zeit des Nationalsozialismus in Salzburg nur wenige Quellen zur Verfügung stehen, »die eine soundgeschichtliche Annäherung ermöglichen« (S. 340), weist Kühberger auf eine Vielfalt alternativer Zugänge hin, finden sich doch auch in Printmedien durchaus Hinweise auf die Soundgeschichte, wenn etwa von »Beifalls- und Begrüßungsstürmen« die Rede ist. (S. 341) Und auch Fotos können herangezogen werden, wenn es um

26 Lu Seegers, Herrschaft als mediale Praxis. Potenziale einer stärkeren Einbeziehung der Massenmedien zur Erforschung der NS-Gesellschaftsgeschichte, in: Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 327–338. Eine erste Erkundung dieses Forschungsfelds legte die Autorin bereits 2001 vor: dies., Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931–1965), Berlin 2001.

27 Seegers beruft sich unter anderem auf: Karl Christian Führer/Knud Hickethier/Axel Schildt, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte zur modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Afs 41, 2001, S. 1–38.

28 Dazu schon Lu Seegers, Walther von Hollander als Lebensberater im »Dritten Reich«, in: Stephanie Kleiner/Robert Suter (Hrsg.), Guter Rat. Glück und Erfolg in der Ratgeberliteratur (1900–1940), Berlin 2015, S. 179–207.

29 Pamela E. Swett, Selling to the Volksgemeinschaft: Advertising in Hitler's Germany, in: Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 400–417.

30 Christoph Kühberger, Das NS-Regime hören. Soundgeschichtliche Aspekte zum Nationalsozialismus in der Stadt Salzburg, in: ebd., S. 339–352. Vgl. dazu schon ders., Die gefühlte Stadt. Wahrnehmungsgeschichtliche Annäherungen an Salzburg zwischen 1938 und 1945, in: Peter F. Kramml/Christoph Kühberger (Hrsg.), Inszenierung der Macht. Alltag – Kultur – Propaganda, Salzburg 2011, S. 60–107.



die Rekonstruktion von Klangerlebnissen geht, schaut man zum Beispiel auf das Bild einer Gruppe der Hitler-Jugend, die von einem Trommler angeführt wird. (S. 348)

Einem weiteren Aspekt der nationalsozialistischen Kulturarbeit widmet sich Anne Keller mit ihrer Analyse des Deutschen Volksspiels.<sup>31</sup> Als Deutsches Volksspiel wird vielfach die Untergruppe für Theaterspiel der HJ-Spielscharen bezeichnet. Ihre Mitglieder wurden, wie Keller ausführt, »einerseits als Ziele der Vergemeinschaftungs-Bemühungen betrachtet und sollten andererseits selbst zu Propagandisten im Sinne der nationalsozialistischen Gemeinschaftsideologie instrumentalisiert werden«. (S. 375) Auf der Basis insbesondere der Auswertung der programmatischen Zeitschrift »Die Spielschar. Zeitschrift für Feier und Freizeitgestaltung« und der Textreihe »Spiele der deutschen Jugend« werden die gemeinschaftsbildenden Aktivitäten genauer betrachtet. Von der Spielfahrt bis hin zur nichtprofessionellen Theaterarbeit der HJ-Spielscharen beleuchtet Keller die Programmatik des Deutschen Volksspiels, verweist aber darauf, dass eine Untersuchung der Praxis und zudem der Wirkung noch aussteht. (S. 383)

### *Selbstinszenierungen des Nationalsozialismus*

Auf die Problematik einer angemessenen Interpretation von Zeugnissen der Inszenierung der nationalsozialistischen Politik verweist Elizabeth Harvey am Beispiel der »offiziellen Fotos der ›Heimkehr‹ deutscher Minderheiten ins Reich 1939–1941«. <sup>32</sup> So eindeutig die Botschaft der Fotos auch ist, so mahnt Harvey doch zur Vorsicht bei der Einschätzung der daraus abzulesenden »Reaktionen und Emotionen der Umsiedler«: Da geht es nicht so sehr darum, dass die Fotos arrangiert oder gestellt sein können. Vielmehr macht Harvey darauf aufmerksam, dass es schon im

»Prozess des Fotografierens und Fotografiertwerdens [...] Interaktionen [gab], bei denen man vermuten kann, dass die Präsenz der Kamera das Verhalten beeinflusste – nicht nur das konventionelle Lächeln für die Kamera, sondern vielleicht auch andere Gesten und Reaktionen. Fotos von zuversichtlich aussehenden Umsiedlern beweisen nichts über die damals vielfältigen und gemischten Reaktionen auf die Umsiedlung. Andererseits müssen wir uns auch nicht vorstellen, dass alle aufgeregten und zuversichtlichen Gesichter erzwungen sind, auch wenn im Rückblick die Umsiedlung nur zu einer Erfahrung von Verlust wurde.« (S. 373f.)

Ebenfalls wichtig erscheint ein Blick auf die Inszenierungen der nationalsozialistischen Politik »vor Ort«. Hier geraten zwei Lokalstudien in den Fokus: Zum einen ein Ausstellungsband zu »Gelsenkirchen im Nationalsozialismus«, herausgegeben von Daniel Schmidt: Anhand von Einzelbeispielen wird das Bemühen der Nationalsozialisten nachgezeichnet, die Kultur der Ruhrgebietsstadt in ihrem Sinne zu überformen, speziell bei den Veranstaltungen des Germanischen Theaters auf dem »Berger Thingplatz«,

31 Anne Keller, Das Deutsche Volksspiel. Jugendliche Propagandisten im Visier und Dienst der »Volksgemeinschaft«, in: Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 375–383.

32 Elizabeth Harvey, Die Inszenierung der expandierenden »Volksgemeinschaft«. Offizielle Fotos der »Heimkehr« deutscher Minderheiten ins Reich 1939–1941, in: ebd., S. 353–374.

beim Gepränge der Gauparteitage und bei den Feiern zu Totengedenken und Heldenverehrung. (S. 76ff.)<sup>33</sup> Und auch für München wird belegt, dass das »symbolische Kapital« der Stadt als »Hauptstadt der Bewegung« und als »Hauptstadt der deutschen Kunst« in vielfältiger Weise genutzt wurde, um die Attraktivität und damit die Wirtschaftskraft der Stadt zu fördern und auch um ihr Gewicht in den politischen Verteilungskämpfen auf Landes- und Reichsebene zu stärken.<sup>34</sup> Ausgeleuchtet wird ein breites und vielgestaltiges Spektrum an Aktionen und Maßnahmen – von der Entwicklung des Literaturpreises der »Hauptstadt der Bewegung« über das Gedenken der Luftkriegsopfer bis zur Präsentation der Stadt im Film. Durch weitere Beiträge ergibt sich allerdings eine Auffächerung des Begriffs der Kultur, sodass Diskurse, Symbole und performative Praktiken auch dann, wenn sie nicht im Zusammenhang mit traditionell der Kultur zugerechneten Aktionen stehen, in den Blick genommen werden. Zu denken ist an die städtische Ehrungspraxis, die Stiftung des Galopppreises »Braunes Band«, das Begleitprogramm zu den Olympischen Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen und den Bau des Flughafens München-Riem. Neben den medienwirksam inszenierten Großereignissen werden auch die alltäglichen Praktiken des Zusammenlebens beleuchtet, mit denen die Gesellschaft des ›Dritten Reichs‹ ihren nationalsozialistisch geprägten Zusammenhalt bekräftigte. Der lokale Bezug wird damit zu dem Bereich, in dem das Leben konkret wird, in dem sich also die Beziehungen zwischen den ›Volksgenossinnen‹ und ›Volksgenossen‹ konstituierten. Auch bildeten sich hier, wie die Herausgeberin in der Einleitung betont, die spezifisch nationalsozialistischen Herrschaftsverhältnisse des ›Dritten Reichs‹ heraus und nicht nur »symbolisch ab«. (S. 10) So dienten zum Beispiel die gemeinsamen Feiern des nationalsozialistischen Festkalenders zum einen der »emotionalen Integration der Feiernden in die zu generierende ›Volksgemeinschaft‹« (S. 20), zum anderen auch der Verbreitung nationalsozialistischer Ideologieelemente, die sich in der Feier bestätigten.

### *Sprache: Ambivalenzen des Sprachgebrauchs im ›Dritten Reich‹*

Auch Heidrun Kämper und Britt-Marie Schuster wollen mit dem von ihnen herausgegebenen Tagungsband über die »Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus« einen zentralen Aspekt des alltäglichen Zusammenlebens der Menschen im ›Dritten Reich‹ genauer unter die Lupe nehmen.<sup>35</sup> Nachdem viele Jahre lang die Sprache des ›Dritten Reichs‹ untersucht worden sei, solle nun der Sprachgebrauch, also die »sprachliche Wirklichkeit« beleuchtet und analysiert werden (S. 2). Dieser »Sprachgeschichte von unten« widmet sich ein Kooperationsprojekt, dessen Teilprojekte unter den Titeln »Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945 – Sprechen und Handeln unter den Be-

33 Vgl. dazu Daniel Schmidt (Hrsg.), Gelsenkirchen im Nationalsozialismus. Katalog zur Dauerausstellung (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte – Materialien, Bd. 12), Klartext Verlag, Essen 2017, 280 S., geb., 24,95 €.

34 Margit Szöllösi-Janze (Hrsg.), München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der »Hauptstadt der Bewegung« (München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft, Bd. 4), Wallstein Verlag, Göttingen 2017, 283 S., geb., 32,00 €.

35 Heidrun Kämper/Britt-Marie Schuster (Hrsg.), Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus (Sprache – Politik – Gesellschaft, Bd. 24), Hempen Verlag, Bremen 2018, 267 S., geb., 39,00 €.

dingungen des Nationalsozialismus« und »Heterogene Widerstandskulturen: Sprachliche Praktiken des Sich-Widersetzens von 1933 bis 1945« durchgeführt wurden beziehungsweise werden. Die Zerteilung des Projekts berücksichtigt die Uneinheitlichkeit der »Volksgemeinschaft«, kommen im Rahmen der jeweiligen Teilprojekte doch die Inkludierten ebenso zu Wort wie die Exkludierten – freilich voneinander getrennt. Einleitend erläutert Kämper das Projekt einer »Sprachlichen Sozialgeschichte des Dritten Reichs«, dem es darum geht, »die Differenziertheit der sprachlichen Wirklichkeit mit kulturlinguistischem Instrumentarium korpusbasiert« nachzuvollziehen. »In den Fokus wird dabei das Leitprinzip der Inklusion/Exklusion gestellt, nach dem [...] das NS-Konzept der Volksgemeinschaft realisiert« worden sei. (S. 4) Dieser Teil des Projekts zielt also auf die Analyse der Sprache derjenigen, »die vor allem »deutschblütig«, keine Kommunisten und Sozialdemokraten waren und dem Regime nicht offen dissident gegenüberstanden«.<sup>36</sup> Danach erläutert Schuster das Konzept zur Erforschung »sprachlicher Praktiken des Sich-Widersetzens«, die durch die Auswertung von Wandparolen, Klebezetteln, Postkarten, Flugblättern, Kampfschriften, Zeitungen, Denkschriften, wissenschaftlichen Aufsätzen, Predigten und Verhören erschlossen werden sollen.<sup>37</sup>

Diese beiden Forschungsprogramme werden in den folgenden Beiträgen abgearbeitet. So untersucht Hiroyuki Takada weit über 500 »Hitlerreden auf der Zeitachse«, um Veränderungen in Hitlers Wortschatz auszumachen.<sup>38</sup> Auf der Grundlage von Leitartikeln aus den Jahren 1929 bis 1944 analysiert Kristina Becker die sprachlichen Strategien der Autoren des »Stürmer«, die benutzt wurden, um exkludierende Diskriminierungsstrategien zu realisieren.<sup>39</sup> Andrea Graumann untersucht den »Kampf um die deutsche bzw. deutsch-jüdische Identität« anhand von Artikeln in der »C.V.-Zeitung« und der »Jüdischen Rundschau« aus den Jahren von 1924 bis 1935.<sup>40</sup> Die parteiamtliche Zeitschrift »NS-Frauen-Warte« bildet die Grundlage für die Analyse Sabine Kösters, in der sie die Bedarfsabhängigkeit der sprachlichen Inszenierung beruflicher Identitäten von Frauen untersucht, um auf den Gebrauch sprachlicher Mittel – im Sinne vorgegebener politisch-ideologischer Ziele – zur Förderung des weiblichen Arbeitseinsatzes aufmerksam zu machen.<sup>41</sup> Ähnlich beleuchtet Christoph Sauer die Instrumentalisierung der Sprache in der »Deutschen Zeitung in den Niederlanden«, die nicht nur als Verständigungsmedium, sondern auch und gerade als Mittel der Herrschaftsausübung und der Diskriminierung genutzt wurde.<sup>42</sup> Mit dem Beitrag von Philipp Dreesen und Hagen Steinhauer wird der »Widerstand gegen die Lenkung der

36 Heidrun Kämper, Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945 – ein Projektkonzept, in: ebd., S. 9–25, hier: S. 13.

37 Britt-Marie Schuster, Heterogene Widerstandskulturen zwischen 1933 und 1945 und ihre sprachlichen Praktiken – ein Projekt, in: ebd., S. 27–51.

38 Hiroyuki Takada, Hitlerreden auf der Zeitachse. Korpuslinguistische Analyse von Eigenschaften ihrer Lexik, in: ebd., S. 53–82.

39 Kristina Becker, Persuasive Strategien in der NS-Zeitung *Der Stürmer*, in: ebd., S. 83–106.

40 Andrea Graumann, Zwischen Assimilation und Selbstbesinnung – Konstruktion jüdischer Identität in der C.V.-Zeitung und der Jüdischen Rundschau zwischen 1924 und 1935, in: ebd., S. 245–267.

41 Sabine Kösters, Kommunikationsstrategien zur Vermittlung beruflicher Identitäten in der Zeitschrift *NS Frauen-Warte*, in: ebd., S. 107–126.

42 Christoph Sauer, *Deutsche Zeitung in den Niederlanden (1940–1945)*. Besatzerdiskurs, Germanisierung, Einladung ins »Neue Europa«, Bildstrategien, in: ebd., S. 127–162.

bürgerlichen Presse im Nationalsozialismus« am Beispiel der »Frankfurter Zeitung« thematisiert, die trotz ihrer Versuche, die sprachregelnden Anweisungen des Propagandaministeriums zu unterlaufen, bis 1943 erscheinen konnte.<sup>43</sup> Neben den auf Öffentlichkeit zielenden Medien werden auch nicht zur Veröffentlichung gedachte Texte beleuchtet. So geht es in dem Beitrag von Hajo Diekmannshenke um Feldpostbriefe aus den Jahren 1939 bis 1945, in denen er nicht nur propagandistisch überformte sprachliche Formeln als Ausdruck von Alltagsroutine, sondern auch spezielle sprachliche Beziehungsgeflechte, in denen innerfamiliäre Beziehungen aufscheinen, auslöst.<sup>44</sup> Auch Simona Leonardi stützt sich auf ein Briefkorporus, und zwar auf ausgewählte Korrespondenzen von ausgegrenzten Künstlern und Künstlerinnen.<sup>45</sup>

Die Grenze zwischen linguistischer beziehungsweise sprachstruktureller Analyse einerseits und Inhaltsanalyse andererseits ist durchaus fließend. Vielfach werden in den Beiträgen des Sammelbandes Befunde, die bereits in sozialgeschichtlich angelegten Darstellungen zur Stellung gerade von Printmedien im beziehungsweise zum Nationalsozialismus entfaltet wurden, durch die Sprachanalysen untermauert. Das gilt insbesondere dann, wenn inhaltliche Aspekte angesprochen werden, zum Beispiel bei der Beschreibung »typisch« weiblicher Berufsbilder, der Informationen oder Wertungen »zwischen den Zeilen« in der »Frankfurter Zeitung« und der propagandistischen Indoktrination durch die »Deutsche Zeitung« in den Niederlanden.

Was also leistet eine linguistische Textanalyse für die »reale« Sozialgeschichte? Zum einen betrachtet sie Sprache als einen Teil des Integrations- beziehungsweise Inklusionsinstrumentariums, das zur Formung der ›Volksgemeinschaft‹ eingesetzt wurde. Diese Funktionalisierung zeigt sich im parteioffiziellen Sprachgebrauch, etwa in Reden und Zeitschriften beziehungsweise Zeitungen. Zugleich spiegelt sich im Sprachgebrauch der »Erfolg« dieser Bemühungen, wenn man etwa an die Briefsprache denkt. Zum anderen zeigt sich in der Analyse des Sprachgebrauchs bei der Betrachtung unterschiedlicher Medien der Mechanismus von Einschließung und Ausgrenzung, wenn zum Beispiel die Sprache des Sich-Widersetzens in der »Frankfurter Zeitung« oder auch in Flugblättern und anderen Medien untersucht wird. Damit unterstreicht der Sprachgebrauch – trotz aller sprachlenkenden Regimemaßnahmen – in seiner Ambivalenz von Integration und Exklusion eine der zentralen Bruchlinien in der NS-Gesellschaft – zwischen denen, die zur ›Volksgemeinschaft‹ zählten, und denjenigen, die ausgegrenzt und verfolgt wurden.

### *Vereinskultur: Zur nationalsozialistischen Durchdringung der Freizeitorganisationen*

Auch die genauere Betrachtung der Freizeitvereine im ›Dritten Reich‹ bietet eine wichtige Möglichkeit, die Durchdringung der Gesellschaft mit nationalsozialistischem

43 Philipp Dreesen/Hagen Steinhauer, Presseanweisungen und Resistenzakte aus diskurspragmatischer Perspektive. Die Frankfurter Zeitung im Nationalsozialismus, in: ebd., S. 217–244.

44 Hajo Diekmannshenke, Zwischen inszenierter Normalität und Propaganda. Feldpostbriefe aus den Jahren 1939 bis 1945, in: ebd., S. 163–190.

45 Simona Leonardi, Privatbriefe und amtliche Korrespondenzen: Zeugnisse ausgegrenzter KünstlerInnen, in: ebd., S. 191–216.

Gedankengut auszuloten, gerade weil es hier um einen in der Erinnerung vieler Zeitgenossen und Zeitgenossinnen als »unpolitisch«, zumindest als »politikfern« eingeschätzten Lebensbereich geht. Von Henning Borggräfe in den Blick genommen werden westfälische Schützenvereine.<sup>46</sup> Da geht es nicht nur um die »Gleichschaltung« des Vereinswesens, nicht nur um die Untersuchung der nationalsozialistischen Zielvorstellungen, sondern auch und gerade um die Frage, wie stark nationalsozialistische Ideen in den Vereinen und in der Gesellschaft vertreten waren. Deutlich wird, wie aus der eher proklamatorisch genutzten Berufung auf die Idee der »Volksgemeinschaft« eine Radikalisierung erwuchs, die eine weitgehende Unterwerfung unter die nationalsozialistische Ideologie mit ihren in- und exkludierenden Elementen bedeutete.

Auch die »Arisierung des Sports« folgte genau den Kriterien der nationalsozialistischen Gesellschaftsvorstellungen, in denen nicht nur körperliche Ertüchtigung (als Vorstufe von »Wehrhaftigkeit« und »Volksgesundheit«), sondern auch »rassische Reinheit« gefordert und durchgesetzt wurde. Den bereits 1933 einsetzenden Prozess, der zum Ausschluss jüdischer Mitglieder aus den Vereinen der Deutschen Turnerschaft führte, zeichnen Lorenz Peiffer und Henry Wahlig nach.<sup>47</sup> Deutlich wird, dass bereits vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten weite Kreise der Deutschen Turnerschaft der Weimarer Republik ablehnend gegenüberstanden und durchaus völkisch gesinnt waren. Ganz auf dieser Linie bekannte sich die Führung der Deutschen Turnerschaft bereits im April 1933 zur Einführung eines »Arierparagraphens«. (S. 199) Bald folgten auch die anderen Sportverbände – von den Boxern bis zu den Schwimmern – dem Beispiel der Deutschen Turnerschaft. Umso mehr sind jene Verbände hervorzuheben, die, bezogen auf die Mitgliedschaft, in der Frage des »Arierparagraphens« eher zurückhaltend agierten; so verkündete der Deutsche Fußball-Bund im April 1933 »nur«, dass fortan »Angehörige der jüdischen Rasse, wie auch Personen, die sich in der marxistischen Bewegung herausgestellt haben, in führenden Stellungen der Verbandsinstanzen und der Vereine nicht tragbar« seien. (S. 201) Insgesamt aber gehörten die deutschen Sportvereine zu den ersten gesellschaftlichen Massenorganisationen, die – zumeist im Laufe des Jahres 1933 – in eigener Verantwortung ihre jüdischen Mitglieder ausschlossen. (S. 206)

## II. Bruchlinien innerhalb der »Volksgemeinschaft«

Offenbar waren auch innerhalb der Integrationsagenturen Spannungen zu beobachten, gab es doch nicht einmal in der Gruppe derjenigen, die zum Beispiel in HJ, Polizei, Justiz und Kulturbetrieb die In- und Exklusionsbedingungen der »Volksgemeinschaft« stärken wollten beziehungsweise sollten, die von den Nationalsozialisten propagierte Einheitlichkeit und Geschlossenheit. So fallen, wenn man einen die Gesamtheit der

46 Henning Borggräfe, »Das Ziel der Partei ist, und das muss auch unser Ziel sein, die Volksgemeinschaft herzustellen« – Freizeitvereine in der nationalsozialistischen Gesellschaft, in: Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., *Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte*, S. 182–192.

47 Lorenz Peiffer/Henry Wahlig, »Sämtliche Juden, auch getaufte, sind von der Mitgliederliste zu streichen.« Die Arisierung des deutschen Sports und seine Bedeutung für die Realisierung der NS-Volksgemeinschaft, in: ebd., S. 193–206.

Staatsbürger und Staatsbürgerinnen umfassenden Begriff »des« Volkes zugrunde legt, mehrere Bruchlinien auf, die im Folgenden genauer ausgeleuchtet werden sollen. Da geht es – berücksichtigt man die jüngere wissenschaftliche Literatur – insbesondere um die sozioökonomischen Bedingungen und die soziale Lage (1.), um die »Frauenfrage« (2.) und um die Entwicklung der Stimmung, also um Zustimmung, Dissens, Protest und Widerstand (3.).

## 1. Soziale Konfliktlinien in der Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹

Um die Realität der Gesellschaftsordnung im ›Dritten Reich‹ genauer zu bestimmen, soll zunächst die Entwicklung von Wirtschaft und Konsum in den Blick genommen werden, dann die Wirtschaftsordnung, und zwar unter den Aspekten der Mobilisierung der Ressourcen an Wissenschaft wie an Arbeitskräften und der internationalen wirtschaftlichen Vernetzung im vom Deutschen Reich besetzten europäischen »Großraum«. Was Wirtschaften im Nationalsozialismus konkret, eben für den Alltag bedeutete, wird schließlich anhand von Studien zum Leben in der Stadt und auf dem Lande beleuchtet, bevor die Befunde zu ökonomischen Interessenunterschieden und sozialer Ungleichheit in einer Zwischenbilanz gebündelt werden.

### *Wirtschaft und Konsum im ›Dritten Reich‹*

»Wie erlebten die Deutschen Hitlers Herrschaft, und wie veränderten sie sich in den zwölf Jahren der Diktatur?« Auch: »Warum war das Dritte Reich für viele so attraktiv? Und schließlich: Welche politischen, moralischen und sozial-psychischen Folgen hatte dies über das Jahr 1945 hinaus?« Und weiter:

»Wie erlebten die ›Volksgenossen‹ die Zwänge der Aufrüstung? Profitierten sie von der rassistischen Politik des Regimes? Wie verhielten sich die deutschen Unternehmer in der Diktatur? Wie stark waren sie eingebunden in die Großraubwirtschaft des Zweiten Weltkriegs? Wie stark trugen Konsumversprechen zum Zusammenhalt der Volksgemeinschaft und zur Stabilität der Diktatur bei?«

Antworten auf diese im Klappentext aufgeworfenen Fragen verspricht Tim Schanetzky in seiner Überblicksdarstellung zu »Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich«.<sup>48</sup> In Übereinstimmung mit der Konzeption der von Norbert Frei herausgegebenen Buchreihe »Die Deutschen und der Nationalsozialismus« beleuchtet Schanetzky in chronologischer Gliederung, ausgehend von einem stets zu Beginn eines Kapitels präsentierten Bild, das ihm als signifikant für eine Phase beziehungsweise einen Teilbereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gilt, einen wichtigen Aspekt des Alltagslebens im ›Dritten Reich‹. Dabei bündelt er den vielgestaltigen Stoff ebenso souverän wie essayistisch – was manchmal zulasten der Auffindbarkeit der einzelnen Themenas-

<sup>48</sup> Tim Schanetzky, »Kanonen statt Butter«. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich (Die Deutschen und der Nationalsozialismus), Verlag C. H. Beck, München 2015, 271 S., kart., 16,95 €.



pekte geht: Er gibt knapp Auskunft über das opportunistische Verhalten weiter Kreise der Unternehmerschaft gegenüber der NS-Partei- und -Staatsführung nach 1933<sup>49</sup>, skizziert die Grundzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung mit ihren ständischen Elementen, zeichnet die Neugestaltung der Arbeitswelt durch das Arbeitsordnungsgesetz nach und entfaltet schließlich die verbesserten Freizeit- und Konsummöglichkeiten, die umso attraktiver wirkten, als sie auf die katastrophale Verarmung der Weltwirtschaftskrise folgten. Dabei beschreibt er die Doppelung von »Lockung und Zwang«, die beide gleichermaßen zur Einbindung weiter Kreise der Bevölkerung in das NS-System beigetragen haben. Er weist die Begriffe der »Gefälligkeits- oder gar Wohlfühl-Diktatur« zurück (S. 11), beharrt aber darauf, dass »die Idee der Volksgemeinschaft [...] eben doch mehr als eine leere Propagandaformel« war. Es ging nicht um die »Wahl« zwischen Zwang und Lockung, Terror und Integrationsangeboten, sondern Verführung und Gewalt wurden, wie er betont, stets gleichzeitig eingesetzt. (S. 12) Nicht zu übersehen ist zudem, dass »die NS-Führung die Stimmung der Bevölkerung stets im Blick« hatte und »deren Reaktionen bei ihren Handlungen ins Kalkül« zog. (S. 12) In der Tat wirkte kaum ein Bereich des Lebens – eben auch in der Diktatur – so stark auf die Stimmung der Bevölkerung ein wie das Alltagsleben, also konkret die Versorgungslage, die Entwicklung der Beschäftigung, die Wohnungssituation und Weiteres. Prägend war dabei stets die Frage nach der »Gerechtigkeit« der NS-Maßnahmen, wobei die Antworten (natürlich) je nach dem Ausmaß der Betroffenheit höchst unterschiedlich ausfielen.<sup>50</sup>

Nicht alle vom Autor eingangs beziehungsweise im Klappentext aufgeworfenen Fragen werden wirklich substantiell beantwortet: So heißt es für die Entwicklung nach dem Ende des Kriegs lapidar:

»So uneinheitlich wie die politischen Standpunkte und persönlichen Schicksale werden auch die Gefühle der Deutschen gewesen sein: Erleichtert im festen Wissen, noch einmal davongekommen zu sein, niedergedrückt von der Niederlage und erlittenen nationalen Schmach, verzweifelt ob einer rigiden Besatzung wie im sowjetischen Sektor oder weil all das moralisch diskreditiert war, woran man bisher geglaubt hatte.« (S. 242f.)

Da hätte man sich vielleicht konkretere Angaben zum Beispiel über die Nachwirkungen der DAF-Erfahrung, über die von »Kraft durch Freude« (KdF) geweckten beziehungsweise bestärkten Freizeit- und Reisehoffnungen und die vom Versprechen der Massenmotorisierung durch den Volkswagen ausgehenden Impulse gewünscht.<sup>51</sup> Insgesamt aber bleibt der Eindruck einer ebenso facettenreichen wie anregenden Arbeit.

49 Vgl. auch Tim Schanetzky, Albert Vögler, in: Frei, *Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?*, S. 286–304, hier insb. S. 288ff.; vgl. auch die Hinweise bei Hayes, *German Big Business and the Nazi Revolution*.

50 Vgl. dazu für die Vorkriegszeit: Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, insb. S. 719ff.; für die Kriegszeit: ders., *In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945*, Bonn 2014, S. 822, 852 und 876.

51 Vgl. die Hinweise in Schneider, *In der Kriegsgesellschaft*, S. 1343ff.



### *Instrumentalisierung der Wissenschaft für wirtschaftliche und politische Zwecke*

Trugen also die sozialen Verbesserungen, die in der Vorkriegszeit für weite Kreise der Bevölkerung eintraten und im Krieg für die Zeit »nach dem Sieg« versprochen wurden, gewiss zur Stabilisierung des NS-Systems bei, so hatte auch die Mobilisierung sämtlicher Ressourcen ihren Anteil am Durchhaltevermögen des Deutschen Reichs im Krieg. Das war nun keineswegs nur eine Aufgabe »der« Wirtschaft, die sowohl die Versorgung der Wehrmacht mit Waffen und Munition als auch der »Heimat« mit den Gütern des alltäglichen Bedarfs zu sichern hatte.<sup>52</sup> In den Blick zu nehmen sind unter diesem Aspekt vielmehr auch »Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem«.<sup>53</sup> Einordnung und Selbst-Einordnung gehörten auch auf diesem Gebiet zusammen und bildeten eben durch dieses Zusammenspiel die Voraussetzungen für die Mobilisierung auch der Wissenschaftsressourcen für die wirtschaftlichen und militärischen Ziele des NS-Regimes. Dass diese Indienstnahme »der« Wissenschaft im Krieg ihren Höhepunkt erreichte, spiegelt sich auch in der Schwerpunktsetzung der im Februar 2015 im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam veranstalteten Tagung, deren Beiträge durch die Betrachtung unterschiedlicher wissenschaftlicher Einzeldisziplinen ein vielfältiges Bild »der« Wissenschaftslandschaft entstehen lassen. Dass dabei der Blick über die Grenzen des Deutschen Reichs hinausgeht und die Ressourcenmobilisierung in von Deutschland besetzten oder mit Deutschland verbündeten Ländern einbezieht, gehört zu den Vorzügen des Bandes. Zu nennen ist ebenfalls das Bemühen, das komplexe Zusammenwirken von unterschiedlichen Subsystemen der NS-Herrschaft wie Wirtschaft, Militär, Kultur und eben auch Wissenschaft zu thematisieren. Insgesamt decken die Beiträge also ein breites Spektrum von Disziplinen und Themen ab, deren Informationsfülle durch Personen- sowie Firmen- und Institutionenregister erschlossen wird. So unterschiedlich im thematischen Zugriff die Aufsätze auch sind, immer wird deutlich, mit welch hohem Mitteleinsatz Forschungskapazitäten ausgebaut wurden, die direkt den wirtschaftlichen und militärischen Interessen des NS-Regimes nützten. Da ging es nicht nur um die Bereitstellung von Geldern für als besonders kriegswichtig eingestufte Forschungsgebiete, sondern auch um Privilegien für die damit befassten Forschungsinstitutionen und Forschenden. So zeigte sich auch hier – von der chemischen bis hin zur kolonialwissenschaftlichen Forschung – die Doppelung von Lockung und Zwang, wobei es des Letzteren wegen der finanziellen und symbolischen Aufwertung der Begünstigten kaum bedurfte. Dabei gingen Lenkung »von oben« und »Selbstermächtigung von unten«, aufgeladen durch ein Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz, Hand in Hand.<sup>54</sup> An Beispielen aus der erdölgeologischen und aerodynamischen Forschung wird nachgewiesen, dass auch wissenschaftliche Ressourcen der besetzten

52 Vgl. dazu Oliver Werner, *Raum und Gemeinschaft. Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaftseliten im »totalen Krieg«*, in: Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., *Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte*, S. 169–181.

53 Sören Flachowsky/Rüdiger Hachtmann/Florian Schmaltz (Hrsg.), *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*, Wallstein Verlag, Göttingen 2017, 631 S., geb., 46,00 €.

54 Rüdiger Hachtmann, *Unter »deutscher Führung im großeuropäischen Raum«*. Trends nationalsozialistischer Wissenschaftsexpansion seit 1938, in: ebd., S. 33–81, hier: S. 79.

Länder ausgebeutet wurden. Klar wird zudem, dass an der Wissenschaftsförderung in nationalsozialistischem Interesse nicht nur die in eigentlichem Sinne zuständigen Stellen beteiligt waren, sondern neben Ministerien wie dem Reichsinnen- und dem Kriegsministerium auch direkt die Wehrmacht und die SS. Der brutale Charakter der enthemmten Forschung im Sinne des NS-Systems spiegelt sich, wie Paul Weindling untersucht, wohl am deutlichsten in den Menschenversuchen, denen mit Behinderten, KZ-Insassen, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ein großes »Reservoir« an Schutzlosen zur Verfügung gestellt wurde.<sup>55</sup> Auch wird immer wieder deutlich, dass die vielfach als durchaus effektiv eingeschätzte Mobilisierung der Ressourcen im Deutschen Reich, selbst unter Ausplünderung der besetzten Länder, eben nicht ausreichte, die weit gesteckten Ziele der nationalsozialistischen Eroberungs- und Großraumpläne zu realisieren.

Mitchell G. Ash greift in seinen resümierenden »Reflexionen zum Ressourcenansatz« die Grundprobleme dieses Forschungsbereichs auf und geht nochmals – auch die Herausgeber haben dieses Problem im Editorial angesprochen<sup>56</sup> – auf die Frage ein, ob und gegebenenfalls wie eine wertneutrale Einschätzung der Effektivität der Ressourcennutzung möglich sein kann, wenn man den Zusammenhang mit der verbrecherischen NS-Politik bedenkt, der geradezu zu Wertungen auffordert, wenn nicht zwingt.<sup>57</sup> Seine Ansicht formuliert er klar:

»Hier besteht meiner Meinung nach auch jetzt noch, nach jahrzehntelanger Auseinandersetzung mit diesem Regime, die Verpflichtung, immer wieder klarzustellen, nach wessen Urteil und nach welchem Beurteilungsmuster von ›Erfolg‹ die Rede ist. Wenn ›Effektivität‹ im Sinne einer gewollten und gelungenen Mobilisierung der eigenen Arbeit und des eigenen Könnens als Ressourcen für politische Projekte des Nationalsozialismus gemeint ist, sollte das klar qualifiziert werden, um jegliche positive Wertung auszuschließen.« (S. 551)

### *Mobilisierung und Lenkung von Arbeitskräften*

Nicht minder bedeutsam für Kriegsvorbereitung und -führung war die Mobilisierung von Arbeitskräften, wobei sich auch hier – wie bei der Indienstnahme der Wissenschaft – die Frage des Beurteilungsmaßstabs stellt: Woran kann man Effektivität beziehungsweise Effizienz der Maßnahmen zur Arbeitslenkung beziehungsweise zum Arbeitseinsatz messen, die doch Teil einer verbrecherischen Politik waren? Zur Klärung: Als »effektiv« wird gemeinhin der Mitteleinsatz bei genereller Erreichung eines Ziels, als »effizient« der geringstmögliche Mitteleinsatz bei Erreichung eines Ziels bezeichnet. Im Rahmen des Projekts zur Erforschung der »Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus« untersucht Henry Marx in seiner Dissertation die »Verwaltung des Ausnahmezustands«, und zwar konkret am Beispiel von

55 Paul Weindling, »Ressourcen« für humanmedizinische Zwangsforschung, 1933–1945, in: ebd., S. 503–534.

56 Sören Flachowsky/Rüdiger Hachtmann/Florian Schmaltz, Editorial. Wissenschaftspolitik, Forschungspraxis und Ressourcennutzung im NS-Herrschaftssystem, in: ebd., S. 7–32, hier: S. 18f.

57 Mitchell G. Ash, Reflexionen zum Ressourcenansatz, in: ebd., S. 535–553.

»Wissensgenerierung und Arbeitskräftelenkung im Nationalsozialismus«.<sup>58</sup> Chronologisch gegliedert, wird die Entwicklung der Arbeitsverwaltung, das heißt der Reichsanstalt, der Landesarbeitsämter und der Arbeitsämter und ihrer Entsprechungen in den besetzten Ländern, von der Gründung im Jahre 1927 bis zum Zusammenbruch 1945 nachgezeichnet. Ausgehend von der Unterscheidung von Auftrags- und Versorgungsseite der Kriegswirtschaft, nach der die Mobilisierung von Arbeitskräften der Versorgungsseite zufällt, legt der Autor besonderen Wert darauf, nicht so sehr die politisch-ideologische Überformung und Instrumentalisierung der Arbeitsmarktpolitik, sondern auch und vor allem deren ständige, aus immer neuen Anforderungen und stets aufs Neue gewonnenem Wissen generierte Veränderung vor Augen zu führen. Dementsprechend werden die Maßnahmen zur Lenkung des Arbeitseinsatzes – zum Beispiel die Einführung des Arbeitsbuchs – primär unter dem Aspekt der Verbesserung des Informationssystems und damit der Datenlieferung als Entscheidungsgrundlage betrachtet. Und auch für die Kriegszeit stehen die Informationsbedürfnisse der Arbeitsverwaltung im Mittelpunkt der Untersuchung, wobei auch die Schwächen, zum Beispiel der Arbeitsbuchkartei, insbesondere das Problem der Aktualität der erhobenen Daten, analysiert werden. Zwei besondere Gebiete der Arbeitsverwaltung werden speziell herausgearbeitet: zum einen der Bereich der Zwangsarbeit und zum anderen die Arbeitsverwaltung in besetzten Gebieten. Rekonstruiert werden für jede Phase der Entwicklung die Organisation sowie die Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, deren Politik in das Geflecht unterschiedlicher Akteure vom Reichsarbeitsministerium, in das die Reichsanstalt zum Jahreswechsel 1938/39 eingegliedert wurde, bis zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz eingebunden wird. Ausgehend von der im Mittelpunkt stehenden Frage nach der Effektivität der Arbeitsverwaltung, wird zum Beispiel die Installation des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz nicht als Anzeichen einer Entmachtung des Reichsarbeitsministeriums, sondern vorwiegend als Beitrag zur Lösung der im Krieg aktualisierten Probleme der Gewinnung von Arbeitskräften betrachtet. Und auch für die Arbeitsmarktverwaltung der besetzten Gebiete gelten vor allem die Schwierigkeiten einer Wissensgenerierung und der Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden als eigentliche Herausforderung. Für die Arbeitsverwaltung in den letzten Monaten des ›Dritten Reichs‹ rückt dann vor allem das Problem der Kommunikation zwischen der Berliner Zentrale und den Regionalbehörden ins Zentrum der Betrachtung. Ein ausführliches Fazit, in dem die Leitfrage nach der Wissensgenerierung nochmals aufgenommen wird, rundet die Arbeit ab, deren Informationsfülle durch ein Sachregister mit insgesamt 21 Eintragungen (von »Arbeitsbuch« bis »Wissensstruktur«) freilich nur recht unzureichend erschlossen wird.

Bei aller Erweiterung unserer Kenntnisse über den Funktionswandel der Arbeitsverwaltung von den Aufgaben der Arbeitsplatzvermittlung zur Organisierung des Arbeitseinsatzes im ›Dritten Reich‹ fällt doch auf, dass die Untersuchungsperspektive sehr eng auf die Organisation der Arbeitsverwaltung fokussiert ist, wobei der gegebene politische Rahmen als Herausforderung für die Gewinnung und Verteilung der Ressource »Arbeitskraft« sozusagen akzeptiert wird. Dabei gerät aus dem Blick, dass es

58 Henry Marx, Die Verwaltung des Ausnahmezustands. Wissensgenerierung und Arbeitskräftelenkung im Nationalsozialismus (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus, Bd. 3), Wallstein Verlag, Göttingen 2019, 436 S., geb., 39,90 €.

sich bei der Regelung des Arbeitseinsatzes – noch deutlicher als bei der Vergabe von Forschungs- und Rüstungsaufträgen – sehr konkret um Eingriffe in die Lebenschancen und Schicksale von Menschen handelte, was für den Gebrauch des Begriffs der Effizienz zur Beurteilung der von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen doch Probleme aufwirft. Das Fazit Marx' ist klar:

»Die Arbeitsverwaltung zeigte sich, entgegen den Annahmen der Polykratiethese und ihrer Übersteigerung in Form der Chaosthese als durchaus leistungsfähig und vermochte es, trotz des grassierenden Arbeitskräftemangels und der im Verlauf des Krieges immer weiter ansteigenden Einziehung erwerbsfähiger Männer zur Wehrmacht die Kriegswirtschaft am Laufen zu halten. Natürlich hatte sie dabei auch mit Problemen zu kämpfen, welche die Politik verursachte. Beispielhaft kann dafür etwa die getrennte militärische und wirtschaftliche Mobilmachung und die Rücknahme der Kriegswirtschaftsverordnungen 1939 genannt werden. Beides unterminierte die zuvor getroffenen Kriegsvorbereitungen und erschwerte es der Arbeitsverwaltung, ihre Aufgabe zu erfüllen. Dennoch zeigte sie sich trotz der widrigen Umstände dazu in der Lage, denn sie schaffte es, auf die neue Situation zu reagieren und sich schnell daran anzupassen. Von Chaos und grundlegender Ineffizienz der Arbeitsverwaltung kann keine Rede sein.« (S. 385)

Auch wenn an anderer Stelle betont wird, dass sich die Arbeitsverwaltung »nicht in uneingeschränkter Weise effizient« zeigte (S. 387), gliedert sich die Argumentationsweise doch stark in die Logik der damaligen Herausforderungen ein. So hebt der Autor denn auch hervor, dass die Mitwirkung von Beamten und Angestellten an den Verbrechen des ›Dritten Reichs‹ eben »nicht in erster Linie auf der individuellen Ebene mentaler und politischer Prägung zu finden« sei; viel wichtiger sei die Prägekraft der Organisation, die mit ihren Strukturmerkmalen, also mit Programmen, Kommunikationswegen und Personal, das Handeln ihrer Mitarbeiter konfiguriert habe. (S. 407) Demgemäß werden die Einbindung der Arbeitsverwaltung in die nationalsozialistische Kriegsvorbereitung und -führung sowie die Konsequenzen für das Leben von Arbeitern und Arbeiterinnen sowie von Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen weitgehend ausgeblendet.<sup>59</sup> Insgesamt fragt sich also, ob man den »Erfolg« der Arbeitseinsatzpolitik wirklich nur am Ausmaß der Mobilisierung beziehungsweise Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft messen kann und ob nicht auch Kriterien, die die Folgen der Maßnahmen für die Betroffenen beschreiben, stärker berücksichtigt werden müssten.

### *Zum Verhältnis von unternehmerischer Interessenvertretung und Akzeptanz der Staatsform*

Bietet die Studie von Marx also eher indirekt eine Antwort auf die Frage nach der Realität der ›Volksgemeinschaft‹, so wird sie von Philipp Müller in seiner Arbeit über die Wirtschaftsbeziehungen und -verzahnungen zwischen Deutschland und Frankreich in den Jahren von 1920 bis 1950 explizit angesprochen.<sup>60</sup> Ausgehend von den durchaus

<sup>59</sup> Vgl. dazu ausführlich: Schneider, Unterm Hakenkreuz; ders., In der Kriegsgesellschaft.

<sup>60</sup> Philipp Müller, Zeit der Unterhändler. Koordinierter Kapitalismus in Deutschland und Frankreich zwischen 1920 und 1950, Hamburger Edition, Hamburg 2019, 480 S., geb., 32,00 €.

kontroversen Einschätzungen Joseph A. Schumpeters und Karl Polanyis, ordnet Müller seine Untersuchung ein in die Debatte um das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie. Während für Schumpeter der Kapitalismus geradezu eine Voraussetzung für eine freiheitliche Demokratie bildete, hob Polanyi auf die Bedrohung der Demokratie durch den Kapitalismus ab. (S. 7ff.) In dieses Spannungsfeld führt Müller mit seiner Leitfrage: Wie sahen »Repräsentanten der Privatwirtschaft« das Verhältnis von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, von Wirtschaft und Staat? (S. 10f.) Seine These lautet: In der Entstehung der ökonomischen und politischen Nachkriegsordnung in Westdeutschland und Frankreich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wirkten zwei historische Entwicklungslinien zusammen: die Entwürfe eines transformierten Kapitalismus und der Wandel der institutionellen Rahmung von Unternehmensorganisationen im Zuge des politischen Systemwechsels. (S. 13) Das sei die Voraussetzung der Demokratiegründung und -stabilisierung nach 1945 und für das Modell des »koordinierten Kapitalismus« gewesen. (S. 14) In der Weimarer Republik hätten Verbandsvertreter keine ernsthafte Möglichkeit gehabt, mit ihren Vorschlägen nachhaltig Gehör bei staatlichen Stellen zu finden. (S. 15) Da Voraussetzung für die Anerkennung der Demokratie seitens der Unternehmerverbände die reelle Chance für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessenpositionen sei, habe es in der Weimarer Zeit – anders als im ›Dritten Reich‹ – Vorbehalte gegen das herrschende politische System gegeben. (S. 30 und 33) Dabei wendet sich Müller gegen die These, die Unternehmer seien schuld am Untergang der Weimarer Republik; er gesteht aber zu, dass weite Kreise der Unternehmerschaft der Demokratie und dem Parlamentarismus Weimarer Prägung kritisch bis ablehnend gegenüberstanden – was er allerdings für berechtigt hält, eben wegen des geringen Einflusses, den sie auf die Politik hätten ausüben können. (S. 75) Vielleicht hätte man erwarten können, dass das von der Verabsolutierung des eigenen Interessenstandpunkts bestimmte Verhältnis zur demokratischen Republik ein wenig kritischer betrachtet worden wäre.

Hier interessiert vor allem Kapitel III, in dem sich Müller mit dem NS-Wirtschaftssystem befasst. Anders als in der Weimarer Republik hätten die Unternehmerverbände ihre Position 1933ff. zur Geltung bringen können. (S. 154) Das Verbandssystem bekam einen neuen Namen, es blieb jedoch – im Gegensatz zu den Gewerkschaften – bestehen. (S. 163f.) Die Idee der ›Volksgemeinschaft‹ sei den unternehmerischen Vorstellungen von Gemeinschaft durchaus entgegengekommen. (S. 170) Demgemäß hätten sich Unternehmer und Unternehmerverbände mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und dem darin festgelegten Konzept der Betriebsgemeinschaft arrangieren können. (S. 172) Man könnte es auch anders ausdrücken: Die unternehmerische Interessenvertretung begrüßte die mit der ›Volksgemeinschafts‹-Propaganda über-tünchte Zerschlagung des demokratischen Sozialstaats, der als Zwangssystem abgelehnt wurde; doch die ›gelenkte Wirtschaft‹ des NS-Systems wurde hingenommen – eben wegen der eigenen Profitmöglichkeiten.

In einem Ausblick beleuchtet Müller schließlich – nach einer differenzierten Untersuchung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen – die personale Kontinuität in den Führungsetagen westdeutscher Unternehmen nach 1945. (S. 318f.) Und er betont, dass die Herausbildung des »kooperativen Kapitalismus« in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er- und 1960er-Jahren nicht von den Gewerkschaften erzwungen, sondern aus dem Willen der Unternehmerverbände geboren worden sei. (S. 416f.)

Müller konzentriert sich in seiner Arbeit stark auf die unternehmerischen Interessen und damit auf die Entwicklung der Unternehmerverbände sowie auf deren Chancen zur Interessendurchsetzung in unterschiedlichen gesellschaftlichen beziehungsweise politischen Systemen. Bei dieser Fokussierung bleiben gesamtgesellschaftliche Bedingungen, zum Beispiel der jeweilige Charakter des Herrschaftssystems, unberücksichtigt; deutlich aber wird, wessen Interessen die Maßnahmen zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Idee der ›Volksgemeinschaft‹ entgegenkamen.

### *Wirtschaften in der Stadt: Verwaltungshandeln in München*

Schauen wir nun auf eine Ebene, in der das wirtschaftliche Leben sehr konkret gestaltet und erfahrbar wird – auf den lokalen Bereich, und zwar am Beispiel der »Versorgung der ›Hauptstadt der Bewegung‹«, zu der Mathias Irlinger im Rahmen des Projekts »München im Nationalsozialismus« eine Studie vorgelegt hat.<sup>61</sup> Da geht es zum einen um die zentralen Infrastrukturmaßnahmen, also um Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Nahverkehr; neben diese elementaren Leistungen der Daseinsvorsorge traten zum anderen vor allem im Krieg die Aufgaben der alltäglichen Lebenssicherung durch Lebensmittel- und Heizmaterialversorgung. Exemplarisch untersucht werden der Bau des Nordbads, der Ausbau des innerstädtischen Bus- zulasten des Straßenbahnverkehrs sowie der U-Bahnbau, der Straßen- und Brückenbau auf dem Weg zur motorisierten Gesellschaft und die Sicherung der Gasversorgung. Damit wird der Blick gelenkt auf die »Versorgte ›Volksgemeinschaft‹«, das heißt konkret auf das Werben für die Straßenbahn sowie auf die Maßnahmen der Verbrauchlenkung, denen weite Kreise der Bevölkerung mit Skepsis und »Gemecker« begegneten, was wiederum von den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung durchaus registriert und zum Anlass von Entgegenkommen genommen wurde; so wurden etwa im öffentlichen Personennahverkehr Mitglieder von Parteigliederungen, Kriegsbeschädigte und Kinderreiche durch Rabatte begünstigt. Dem stand die Ausgrenzung der »Fremdrassigen« gegenüber – vom Verbot für Juden, zum Beispiel den öffentlichen Nahverkehr und die Schwimmbäder zu benutzen, bis zur Diskriminierung von ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Unter dem Druck des sich zuspitzenden Ressourcenmangels im Krieg betätigte sich die Kommunalverwaltung zum einen als Agentur zur Mobilisierung von Frauen und zur Ausbeutung von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, um so die kommunale Infrastruktur funktionsfähig zu halten und vor allem die Rüstungsproduktion zu forcieren; zum anderen organisierte sie die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern – wohlwissend, dass davon Opferbereitschaft und Durchhaltewille der Bevölkerung mitgeprägt wurden.

Dabei zeichnet Irlinger ein komplexes Wechselverhältnis zwischen Angeboten der Stadtverwaltung einerseits und Ansprüchen der Stadtbevölkerung andererseits nach. Mit Recht betrachtet Irlinger seine Arbeit als Beitrag zur Aufklärung des Verhältnisses von »Infrastrukturen und Stadtgesellschaft«, die einander nicht gegenübergestellt

61 Mathias Irlinger, Die Versorgung der »Hauptstadt der Bewegung«. Infrastrukturen und Stadtgesellschaft im nationalsozialistischen München (München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft, Bd. 5), Wallstein Verlag, Göttingen 2018, 432 S., geb., 42,00 €.



werden; vielmehr wird auch in dieser Studie die Verwobenheit von Herrschaft und Gesellschaft, von NS-Führung und Bevölkerung, nachgewiesen, die zur Stabilität des NS-Regimes bis in die letzten Kriegstage hinein beigetragen hat. Dass diese Verwobenheit von Herrschaftssystem und Gesellschaft eben auch von Ausgrenzung und Verfolgung der als nichtzugehörig Markierten begleitet wurde, hat die Systemstabilität zusätzlich gefördert. Der Blick für diese Verwobenheit wird dadurch geschärft, dass Irlinger die Stadt als »Dienstleisterin« betrachtet, die Stadtführung demgemäß nicht allein als Agentur der Herrschaftsstabilisierung einstuft, die mit »ihren Leistungsangeboten [...] die Bindekräfte zwischen nationalsozialistischem Regime und der Bevölkerung« stärkte (S. 375), zumal die Infrastrukturen »Ort und Mittel« waren, »um ideologische Zielsetzungen zu verfolgen« (S. 379). Vielmehr eröffnete die »Alltagserfahrung der kommunalen Infrastrukturen [...] einen für diktatorische Verhältnisse bemerkenswert sanktionsfreien Kommunikationsraum, den die städtische Bevölkerung dazu nutzte, um Kritik zu äußern und Forderungen zu erheben«, (S. 382)

Wenn auch kaum ausdrücklich angesprochen, so geht es in Paul-Moritz Rabes mehrfach ausgezeichneten Dissertation zu »Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München« doch implizit immer auch um die Durchsetzung der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschafts-Idee.<sup>62</sup> Von Anfang an macht Rabe klar, dass städtische Haushaltspolitik kein ideologiefreies Verwaltungshandeln war (und ist). Vielmehr wurde das Verwaltungshandeln von nationalsozialistischen Vorstellungen geprägt, sodass es einen Beitrag zu deren Durchsetzung leistete. Damit zeigt er, wie politisch die vermeintlich sachlichen Zahlen im Haushaltsplan sind, spiegeln sich darin doch die politischen Prioritätensetzungen sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben: Wer wurde belastet und wohin floss das Geld – das sind die entscheidenden Fragen, die Rabe exemplarisch für einzelne Haushaltsjahre untersucht. Dank eines Vergleichs der Haushalte 1932 (Krisenhaushalt in der Weltwirtschaftskrise), 1935 (Konsolidierung als Ende der Krisenrhetorik), 1939 (Aufrüstungshaushalt) und 1943 (Kriegshaushalt) gelingt es ihm, neben dem finanziellen Wachstum vor allem Grundstruktur und Wandel des Münchener Stadthaushalts von der Weimarer Republik über die Vorkriegszeit bis zum Krieg durchsichtig zu machen; stets gelang es der Stadtführung von 1933 bis 1944 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, was nicht ohne buchhalterische Tricks möglich war, aber den Ansprüchen einer »ordnungsgemäßen Haushaltsführung« öffentlichkeitswirksam entsprach. Neben dem finanziellen Wachstum fallen vor allem die Umstrukturierungen auf, die von der Vorkriegs- zur Kriegszeit vorgenommen wurden: Die Ausgaben für die Linderung der Kriegsfolgen nahmen dramatisch zu, während zivile Aufgaben zurückgestellt wurden. In einem zweiten Schritt stellt Rabe die Akteure der kommunalen Finanzpolitik vor, wobei es nicht nur um die Vielfalt der Behörden (Stadtkämmerei, Stadthauptkasse, Rechnungsamt, Stadtsteueramt, Einziehungsamt sowie Renten- und Hinterlegungsamt), sondern auch um die handelnden Personen, insbesondere die »städtische Finanzelite« um Stadtkämmerer Andreas Pfeiffer, der bei seinem Ausscheiden im Mai 1945 auf 31 Jahre in der Stadtführung zurückblicken konnte, und um die Rolle des Stadtrats geht. Ge-

62 Paul-Moritz Rabe, *Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München (München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft, Bd. 3)*, Wallstein Verlag, Göttingen 2017, 399 S., geb., 38,00 €.



nau beleuchtet wird sodann die städtische Einnahmepolitik: Nach dem Finanzausgleich, der im Rahmen von Kriegsvorbereitung und -führung zulasten der Kommunen verändert wurde, werden sowohl die städtische Steuer- und Gebührenpolitik sowie die Kreditaufnahme als auch die Profite aus der besonderen Belastung und Enteignung der Juden, zum Beispiel durch besonders scharfe Vollstreckungsregeln, für deren Ertrag es ein eigenes im Hausjargon als »Judenkonto« bezeichnetes Sammelkonto gab, analysiert. Schließlich wird die Aufgabenpolitik in den Blick genommen, bei der sich die Akzentsetzungen der nationalsozialistischen Politik besonders deutlich zeigten: Vom städtischen Geschenk von Hitlers »Mein Kampf« für Brautpaare (60.000 bis 80.000 RM jährlich) über die finanziellen Zuwendungen für NS-Organisationen und -Personen (zum Beispiel für »Alte Kämpfer«) und Fest- beziehungsweise Sportveranstaltungen (zum Beispiel für das »Braune Band«) bis hin zu den Plänen für einen Ausbau der »Hauptstadt der Bewegung« reichten die Image- und Prestigeprojekte, mit denen sich München als treuer Vasall der NS-Führung und zugleich als Vorzeigestadt der NS-Gesellschaftsordnung präsentierte.<sup>63</sup> Insgesamt macht Rabe deutlich, dass die Mitarbeiter der Finanzverwaltung keineswegs nur »willfähige und ausführende Organe der politischen Entscheider auf lokaler oder nationaler Ebene« waren.

»Sie brachten vielmehr ihr Knowhow und ihre Problemlösungskompetenzen eigenständig und mit gestalterischem Anspruch ein, gerade auch dann, wenn es darum ging, Zahlen zu verstecken oder taktische Argumente im Sinne des Regimes zu ersinnen. Damit trugen sie maßgeblich dazu bei, der Verwaltungspraxis eine dezidiert nationalsozialistische Ausrichtung zu verpassen. Nicht selten entwickelten sie, so wie im Falle der Vollstreckungspolitik, auch politische Initiativen von manchmal überregionaler Tragweite.« (S. 372)

### **Wirtschaften auf dem Lande: Das Beispiel des Landkreises Hameln-Pyrmont**

Anette Blaschke wirft mit ihrer Dissertation, die im Rahmen des Forschungskollegs »Nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft?« entstanden ist, einen genaueren Blick auf einen Teil der Bevölkerung, dessen Bedeutung für die Durchsetzung der NSDAP in den Wahlen vor 1933 und dann für den »Blut-und-Boden«-Mythos der NS-Propaganda bereits mehrfach untersucht wurde, dessen reale Stellung innerhalb des NS-Gesellschaftssystems jedoch noch wenig erforscht worden ist.<sup>64</sup> Konzentriert auf den süd-niedersächsischen Landkreis Hameln-Pyrmont, unternimmt sie es, die ländliche Le-

benswelt mit »mikrohistorisch-praxeologischem« Ansatz zu untersuchen. Eingebettet in die neuere Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, zielt sie auf »die Rekonstruktion und die Analyse der wechselseitigen Interaktionsdynamiken zwischen handelnden Subjekten und institutionellen Akteuren sowie deren semantische Aus-

<sup>63</sup> Vgl. dazu die oben erwähnte Arbeit von Szöllösi-Janze, München im Nationalsozialismus.

<sup>64</sup> Anette Blaschke, Zwischen »Dorfgemeinschaft« und »Volksgemeinschaft«. Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus (Nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft«. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung, Bd. 8), Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2018, 458 S., geb., 68,00 €.

prägungen«. (S. 9) Dabei geht sie davon aus, dass sich die ›Volksgemeinschafts‹-Forschung inzwischen differenziert hat und demgemäß »die weiterhin bestehenden gesellschaftlichen Asymmetrien sowie die ›Risse‹ und Brüche in den sozialen Praxen jenseits der gesellschaftlichen Utopien hervorhebt«. (S. 15) So wird man ihre Studie auch als einen Beitrag zu einer differenzierten Betrachtung der ›Volksgemeinschaft‹ einordnen können.

Blaschke realisiert ihr Forschungskonzept, indem sie ihre Arbeit – abgesehen von einer einleitenden Überblicksdarstellung zu »Landleben«, Landwirtschaft und Agrarpolitik seit dem 19. Jahrhundert« – nach unterschiedlichen Akteursgruppen und Handlungsräumen gliedert. So werden, bezogen auf den Hauptteil der Darstellung, zunächst zentrale Akteure der nationalsozialistischen Landwirtschaftspolitik beleuchtet, und zwar speziell die Ortsbauernführer. Installiert als Vermittler zwischen der NS-Politik einerseits und der Bauernschaft andererseits, waren sie beauftragt, die politischen Vorgaben auf dem Land umzusetzen, die Durchführung zu kontrollieren und schließlich – im Krieg – den Arbeitskräfteeinsatz und die Abgabe der Ernteerträge zu organisieren. In einem zweiten Schritt werden dann die landwirtschaftlichen Handlungsräume ausgelotet. Da geht es um die Auseinandersetzungen um den Hof, also um »Erbhof«-Status und »Bauernfähigkeit« (beide rassistisch begründet), dann um die landwirtschaftliche »Erzeugungsschlacht«, also um Produktionslenkung und Bewirtschaftung, und schließlich um die Einbindung der lokalen Bauernschaft in größere Zusammenhänge, und zwar am Beispiel der Pachtbeziehungen, der Handelsbeziehungen und auch der »Landarbeiterfrage«, die sich angesichts von »Landflucht« und Arbeitskräftemangel weiter zuspitzte. Der Wandel im Zweiten Weltkrieg wird an den zentralen Feldern von Arbeitseinsatz und Dienstverpflichtung sowie Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangeneneinsatz sowie der Bewirtschaftung entfaltet.

So ertragreich die Studie ist, so ist doch zu vermerken, dass die Landarbeiter und Landarbeiterinnen vornehmlich als knappe Ressource in den Blick genommen, kaum aber als (aktiver) Teil des Landlebens betrachtet werden, das in der Darstellung eben von Ortsbauernführern einerseits und Bauern andererseits geprägt wird. Den Bauern wird, nachdem die »enge Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden« bei der Ergreifung und Rückführung von geflohenen Arbeitskräften vermerkt wurde, bescheinigt, sie hätten insgesamt im Bereich des Zwangsarbeitereinsatzes »pragmatisch und eigensinnig« gehandelt, »orientiert an ihren Gewohnheiten bei gleichzeitiger Anpassung an die besondere Kriegslage. [...] Das Handeln blieb gerichtet auf das Funktionieren des eigenen Wirtschafts- und Sozialgefüges sowie die Beibehaltung des gewohnten Lebensstandards.« (S. 415) Auch die Verstöße gegen die Regimeanforderungen durch »Schwarzschlachten« und Falschangaben bei Erntezählungen schwächten nach Ansicht der Autorin zweifellos das NS-Regime in seiner Endphase. »Zugleich waren sie ebenfalls Teil des Rückzuges auf die Eigensphäre des Hofes, der für die Kriegsphase als übergreifend handlungsleitend durchscheint.« (S. 416)

Blaschkes Fazit ist nicht wirklich überraschend, zumal in der recht abstrakt-theoretischen Formulierung: Die von ihr untersuchten

»pragmatischen Aneignungspraktiken, Deutungskongruenzen, Indifferenzen und Renitenzen verweisen auf einen Handlungs- und Deutungsrahmen in landwirtschaftlich bestimmten Handlungsräumen ländlicher Lebenswelten im ›Dritten Reich‹, der innerhalb der rassistisch de-

finierten Grenzen der ›Volksgemeinschaft‹ und der mehr oder weniger durchlässigen agrarpolitischen Vorgaben relativ variabel ausfüllbar blieb.« (S. 430)

Und weiter:

»Die bei vielen Landwirten und Landwirtinnen erkennbare Fähigkeit, sich die Rahmenbedingungen flexibel anzueignen und diese eigensinnig, zumeist eigennützig zu verwerten, blieb nicht beschränkt auf eine bloße Übernahme der ›von oben‹ verordneten Normsetzung, sondern bedeutete auch, dass eigene Erfahrungshorizonte in die Deutungen einfließen und mit neuen Kategorien amalgamierten.« (S. 431)

Dieser Befund wird im Übrigen auch von der Fallstudie Ernst Langthalers<sup>65</sup> zur Bedeutung der Zwangsarbeit in der nationalsozialistischen »(Land)Volksgemeinschaft« bestätigt: In der »Lebenswelt Bauernhof« – untersucht am Beispiel des Reichsgaus Niederdonau – zeigte sich die handlungsleitende Dominanz eigener Interessenverfolgung, die zur nur partiellen Befolgung der nationalsozialistischen Vorgaben für den Umgang mit Fremdarbeitern (zum Beispiel hinsichtlich der Tischgemeinschaft) führte. Auf eine kurze Formel gebracht, lautete die vorherrschende Handlungsmaxime: »Effizienz statt Resistenz«. (S. 299) Auf die Problematik des Begriffs der »Effizienz« wurde bereits hingewiesen.

Aus diesen Ergebnissen, die doch – wenn weiter unten auch noch die Lage- und Stimmungsberichte aus dem Landkreis Celle hinzugezogen werden – deutliche Risse in der ›Volksgemeinschaft‹ aufzeigen, werden jedoch keine ausdrücklichen Konsequenzen für die Nutzung des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹ als Bezeichnung der Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ gezogen.

### **Zusammenfassung: Soziale Ungleichheit und ökonomische Interessenunterschiede**

Ohne Zweifel transportierte der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ immer auch das Zukunftsversprechen einer Gesellschaft ohne tief greifende soziale Klassenspannungen.<sup>66</sup> Und in der Erinnerung, also in der Nachkriegszeit, hieß es nicht selten, die ›Volksgemeinschaft‹ sei damals »erlebbar« gewesen.<sup>67</sup> Gelobt wurden vor allem der »persönliche Zusammenhalt« und die »Kameradschaftlichkeit«, mit denen man sich den Belastungen des Kriegs gestellt habe. Faktisch basierte dieses Gefühl zumeist auf dem Erlebnis nachbarschaftlicher Nothilfe in sozial ohnehin relativ homogenen Wohnvierteln. Die Erfahrung der Notgemeinschaft in Zeiten des Kriegs wurde so in der

65 Ernst Langthaler, Nationalsozialistische »(Land)Volksgemeinschaft« als gesellschaftliches Kräftefeld – am Beispiel der Zwangsarbeit, in: Schmichen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 287–301.

66 Vgl. Michael Wildt, Die Ungleichheit des Volkes. »Volksgemeinschaft« in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: Bajohr/Wildt, Volksgemeinschaft, S. 24–40, hier: S. 35f.; vgl. auch ders., Volk, Volksgemeinschaft, AfD, S. 65ff.

67 Vgl. Daniela Münkel, »Volksgenossen« und »Volksgemeinschaft«: Anspruch und Wirklichkeit, in: Edgar Wolfrum (Hrsg.), Die Deutschen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2004, S. 159–168.

Rückschau zu einer Art von Gegenbild zu den Nachkriegsjahren stilisiert.<sup>68</sup> Dass die gegenseitige Hilfeleistung innerhalb dieser »Notgemeinschaft« – bis auf wenige, von schweren Strafen bedrohte Ausnahmen, etwa die Unterstützung von Juden oder Zwangsarbeitern – nur auf die im nationalsozialistischen Sinne als ›Volksgenossen« und ›Volksgenossinnen« Anerkannten begrenzt war, wird dabei oftmals »vergessen«.

Gewiss prägte das NS-Regime nicht nur die Wahrnehmung des Klassenkonflikts, sondern es änderte mit der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und mit mannigfachen Gesetzen und Verordnungen auch die konkrete Austragung des Konflikts selbst – zugunsten der Arbeitgeberseite. Dabei blieb die Klassenstruktur – also der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit – erhalten.<sup>69</sup> Auch die Klassenspannungen waren weiterhin vorhanden, wenngleich sie sich nicht in den überkommenen Formen zum Beispiel von Tarifkonflikten äußerten: Ob im individuellen Bemühen oder im Versuch der Einflussnahme auf die Tarifordnungen – stets zeigte sich der Konflikt um Lohn und Leistung, stets ging es um die Sicherung (und Verbesserung) des Lebensstandards auf der einen Seite und um die Sicherung (und Erhöhung) von Profiten auf der anderen Seite. Ohne dass es den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen wirklich bewusst war, wurde im Krieg die soziale Kluft zwischen Kapital und Arbeit größer: Zu denken ist einerseits an das Ausmaß, in dem die (Rüstungs-)Industrie von den Staatsaufträgen profitierte, und andererseits an die Entwicklung der rechtlichen und sozialen Lage »der« Arbeiterschaft, zumal wenn man die Maßnahmen zur Arbeitslenkung und speziell die Lage der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter einbezieht. Doch angesichts der Vielzahl von sozialen Konfliktlagen und Spannungen, die im ›Dritten Reich‹ entstanden oder verschärft wurden, verlor der Klassenkonflikt einen Teil seiner Bedeutung für das gesellschaftliche Leben, zumal er weder benannt noch öffentlich ausgetragen werden konnte. Von daher kann man wohl sagen, dass die propagandistisch gefeierte ›Volksgemeinschaft‹ in Wirklichkeit eine »verschleierte Klassengesellschaft« war.

Auch wenn die Nationalsozialisten also keineswegs eine klassenlose Gesellschaft schufen, so sorgten sie doch dafür, dass »die« Arbeiter kein auch politisch konnotiertes Klassenbewusstsein ausbilden konnten, dessen Entwicklung auf ein Mindestmaß an öffentlicher Kommunikation angewiesen ist. Allerdings wurde das Bewusstsein einer gemeinsamen kollektiven Interessenlage »der« Arbeiter nicht vollständig zerstört, sondern es lebte ausweislich der zeitgenössischen Stimmungsberichte in der Form eines eher diffusen Widerwillens gegen »die da oben« fort und ließ sich, wie die Wiedergründung von Betriebsausschüssen und -räten sowie von Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiterbewegung direkt bei beziehungsweise nach Kriegsende zeigte, wieder aktivieren.<sup>70</sup> Auch das überlieferte Bild der »gefühlten Volksgemeinschaft« hatte Auswirkungen auf die Entwicklung weitverbreiteter Gesellschaftsvorstellungen und damit auf die soziale Realität nach dem Ende der NS-Diktatur: Die von der nationalsozialistischen Propaganda ausgemalten Verheißungen sozialen Aufstiegs und

68 Vgl. Malte Thießen, *Schöne Zeiten? Erinnerungen an die »Volksgemeinschaft« nach 1945*, in: Bajohr/Wildt, *Volksgemeinschaft*, S. 165–187, hier insb. S. 177ff.

69 Siehe dazu Michael Wildt, »Volksgemeinschaft«, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.6.2014, URL: <<http://docupedia.de/zg/Volksgemeinschaft>> [14.12.2020].

70 Vgl. dazu Schneider, *In der Kriegsgesellschaft*, Kapitel III, 3: Zeit des Übergangs.

Wohlstands bestärken die ohnehin vorhandenen Zukunftshoffnungen weiter Kreise der Bevölkerung, speziell der Arbeiterschaft. Auch wenn die Nationalsozialisten diese Ankündigungen in der Realität nicht einlösten, wurde damit die Abschleifung der Arbeiterklassenprofile in Lebenslage und Mentalität unterstützt, die sich dann in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge des wirtschaftlichen Aufstiegs der 1950er-Jahre beschleunigte und ihre Wirkung schließlich im Laufe der sozialen Wandlungsprozesse der 1960er- und 1970er-Jahre mit dem Übergang zur Dienstleistungs- beziehungsweise zur Massenkonsum- und Freizeitgesellschaft entfaltete, ohne dass damit aber »die« Arbeiterschaft als identifizierbare soziale Schicht völlig verschwand.<sup>71</sup>

## 2. Gender: Zur nationalsozialistischen Normierung der Geschlechterbeziehungen

Schon lange wird über »die« Rolle »der« Frau in der NS-Gesellschaft geforscht – und gestritten. Während es früher vor allem um die Frage »Opfer« oder »(Mit-)Täterin« ging, rücken in der letzten Zeit, wie Kirsten Heinsohn auf der bereits erwähnten »Bilanz-Tagung« im Jahre 2015 deutlich gemacht hat<sup>72</sup>, die Geschlechterbeziehungen und damit das Konzept einer relationalen Geschlechtergeschichte in den Vordergrund der Forschung. Was aber bedeutet die Gender-Frage im Lichte des »Volksgemeinschafts«-Diskurses? Heinsohns Antwort:

»Volksgemeinschaft und Geschlechterordnung hatten [...] im Nationalsozialismus eine programmatische und miteinander verbundene Funktion: Beide dienten als gedachte Ordnungen ebenso der Klassifikation der Bevölkerung wie der Mobilisierung für die Ziele des Regimes oder der radikalen Ausgrenzung.«

So öffnet sich hier

»ein interessantes Untersuchungsfeld für eine intersektionale Analyse von Geschlechterordnung und Volksgemeinschaft als soziale Praxis – sowohl bezüglich der ersten (der gedachten) Ordnung wie auch der zweiten (Handlungsräume und -optionen) und dritten (kulturelle Inszenierungen und Praktiken) Dimension«. (S. 256f.)

Klaus Latzel, Elissa Mailänder und Franka Maubach haben sich dieses Themas im März 2018 mit einer Tagung angenommen, deren Beiträge im Sammelband »Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«« erschienen sind.<sup>73</sup> Einleitend machen

<sup>71</sup> Vgl. ebd., S. 1341ff.

<sup>72</sup> Vgl. Kirsten Heinsohn, Volksgemeinschaft und Geschlecht. Zwei Perspektiven auf die Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Schmichen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 245–258.

<sup>73</sup> Klaus Latzel/Elissa Mailänder/Franka Maubach (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft« (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 34), Wallstein Verlag, Göttingen 2018, 287 S., brosch., 20,00 €.

die Herausgeberinnen und der Herausgeber – unter Berufung auf Ulrich Herbert<sup>74</sup> – klar, dass sie zur Bezeichnung der Gesellschaft des ›Dritten Reichs‹ den Begriff der »rassistischen Gesellschaft« dem »euphemistischen Quellenbegriff ›Volksgemeinschaft‹ vorziehen.<sup>75</sup> (S. 11) So verstehen sie ›Volksgemeinschaft‹ als »wichtiges anschlussfähiges Element der NS-Ideologie und vielgenutztes Konzept der NS-Politik«, das nicht nur »eine Menge rassistischer und nationaler Ideen« bündelte, sondern auch die zwischengeschlechtlichen Beziehungen normierte, die ausschließlich heterosexuell gedacht wurden.<sup>76</sup> Doch innerhalb dieses Rahmens war, wie sie betonen, »die Ordnung der Geschlechter keineswegs starr fixiert«. (S. 12f.) Die Entwicklung der Geschlechterbeziehungen war vielmehr – so unter Berufung auf den bereits erwähnten Aufsatz von Heinsohn – aufs Engste mit der der ›Volksgemeinschaft‹ verbunden. (S. 13) Das Feld der »relationalen Geschlechtergeschichte« des ›Dritten Reichs‹, in der die Wechselwirkung von Inklusions- und Exklusionsprozessen im Rahmen der ›Volksgemeinschafts‹-Bildung ernst genommen wird, wird mit zahlreichen Einzelbeiträgen beleuchtet. Immer wieder geht es um die »beispiellose ›volksgemeinschaftliche‹ Politisierung des Privaten im Nationalsozialismus«, die sowohl auf der Ebene von Ideologie und Propaganda als auch auf der Ebene der praktischen Politik staatlicher Institutionen untersucht wird. Die dadurch ausgelösten Prozesse in der Gestaltung der Geschlechterbeziehungen, die Übernahme und auch das Unterlaufen von politisch vorgegebenen Normen, sollen nachgezeichnet werden. Deutlich wird, dass schon das vielfach reproduzierte Propaganda-Bild von Mann und Frau als »Kämpfer« beziehungsweise »Mutter« viel zu eindimensional geraten ist. Ob im Film »Ich für dich – du für mich« oder im Erziehungsratgeber von Johanna Haarer – stets wird ein differenzierteres Bild der Rollenzuweisung und damit der Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau gerade auch in Paarbeziehungen entworfen.<sup>77</sup> Im Dienst für die ›Volksgemeinschaft‹ werden die unterschiedlichen Beiträge von Mann und Frau nicht als gleichartig, wohl aber als gleichwertig beschrieben. Dies gilt nicht, wenn der Fokus auf dem Männlichkeitsideal des Soldaten liegt: In der Wehrmachtspropaganda wurden die Leistungen an der Front, die der Mann als Soldat erbringt, offenbar als wertvoller eingeschätzt als die des Dienstes hinter der Front.<sup>78</sup> Mehrere Beiträge befassen sich zudem mit der Rolle staatlicher Instanzen bei der konkreten Formulierung der Geschlechterbeziehungen. Untersucht wird zum Beispiel die Rolle von Gesetzgebung

74 So unter Berufung auf Ulrich Herbert, »Volksgemeinschaft«. Gleichheit und Ungleichheit, in: Winfried Nerdinger (Hrsg.), München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokumentationszentrums München, München 2015, S. 408–418, hier: S. 418.

75 Klaus Latzel/Elissa Mailänder/Franka Maubach, Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«. Zur Einführung, in: dies., Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«, S. 9–26.

76 So unter Berufung auf Wolf Gruner, Das Dogma der »Volksgemeinschaft« und die Mikrogeschichte der NS-Gesellschaft, in: Schmichen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 71–90, hier: S. 71.

77 Bernd Kleinhaus, Ich für dich – du für mich. »Volksgemeinschaft« als geschlechterintegrierende Opfergemeinschaft im NS-Spielfilm, in: Latzel/Mailänder/Maubach, Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«, S. 27–43; Gudrun Brockhaus, Die deutsche Mutter als Siegerin im Geschlechterkampf. Subtexte in Johanna Haarers Ratgebern, in: ebd., S. 45–63.

78 Frank Werner, »Es ist alles verkehrt in der Welt«. Eine Ehe als Leistungsgemeinschaft im Krieg, in: ebd., S. 175–196.



und Justiz in Scheidungsprozessen, bei denen der Zerrüttungsgrundsatz auch und gerade unter dem Aspekt der Nützlichkeit der aufzulösenden Ehe für die ›Volksgemeinschaft‹ herangezogen wurde, wenn zum Beispiel die Ehe kinderlos geblieben war.<sup>79</sup> Waren vor allem die Frauen vielfach die Benachteiligten im neuen NS-Scheidungsrecht, so zeigte sich beim NS-Staatsbürgerrecht mit der Formel von der Gleichwertigkeit der Geschlechter eine Aufwertung der Frauenrolle als Gebälerin und Erzieherin. Das bedeutete konkret, dass deutsche Frauen, die einen Ausländer heirateten, nicht automatisch ihre Staatsangehörigkeit verloren; vielmehr galt eine solche Ehe, wenn der Partner denn unter »rassepolitischen« Aspekten akzeptabel war, als Erweiterung der deutschen ›Volksgemeinschaft‹.<sup>80</sup> Bei denjenigen, die den Rasseanforderungen der Nationalsozialisten nicht genügten, sah das anders aus: Wurden auch »rassisch hochwertige« deutsche Familien bei der Kolonisierungspolitik in Osteuropa bevorzugt, so wurden »fremdvölkische« Familien durch die Zwangszuweisung von »gut-rassigen« Kindern an deutsche Familien zerstört wie überhaupt bei »andersrassigen« und »gemeinschaftsfremden« Frauen, zum Beispiel Prostituierten, Schwangerschaften unerwünscht waren.<sup>81</sup> Dass die Geschlechterpolitik durchaus flexibel gehandhabt wurde, macht gerade der Umgang mit der Prostitution deutlich: Vor dem Krieg geächtet, wurde sie im Krieg unter staatlicher Kontrolle etabliert.<sup>82</sup> Ganz auf die Ebene der individuellen Erfahrung führt ein Blick auf die Identitätsveränderung einer »Soldatenheimschwester aus »gutem Hause«, die aus der Rolle der »Dame« in die einer »Kameradin« wechselte, um sich vor der allgegenwärtigen Sexualisierung im Umgang mit den betreuten Soldaten zu schützen.<sup>83</sup> Und auch der Briefwechsel zwischen dem zur Wehrmacht einberufenen Mann und seiner Ehefrau, die ihr Geschäft nun alleine weiterführte, erlaubt einen Einblick in die individuelle Aneignung von überkommenen Geschlechterrollenbildern unter den Bedingungen des Kriegs, in dem die Ehefrau zwar das Geschäft leitete, aber per Brief genaue Handlungsanweisungen ihres Mannes erhielt.<sup>84</sup> Auch wenn die Beiträge vielfach einen sehr kleinen Ausschnitt aus der Geschlechtergeschichte des ›Dritten Reichs‹ herausgreifen, so deuten sie doch insgesamt eine Richtung an, in der sich die Geschlechterforschung in Zukunft entwickeln kann. Erforscht zu werden verdienen die Geschlechterbeziehungen, die »durch die Rede von der ›Gleichwertigkeit‹ der Geschlechter sowohl ermöglicht als auch verdeckt« wurden. (S. 25) Damit wird der Weg zu einer integrierten Geschlechter- und Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus eröffnet, die »der offensichtlichen Bandbreite von Beziehungen und den vielfältigen Dynamiken, die daraus erwachsen, gerecht zu werden« versucht. (S. 25)

79 Annemone Christians, Gewinner und Verliererinnen. Geschlechterrelationen in der nationalsozialistischen Scheidungspraxis, in: ebd., S. 65–85.

80 Maren Röger, Die Grenzen der »Volksgemeinschaft«. Deutsch-ausländische Eheschließungen 1933–1945, in: ebd., S. 87–108.

81 Isabel Heinemann, »Keimzelle des Rassenstaates«. Die Familie als Relais der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik in Osteuropa, in: ebd., S. 133–153.

82 Mirjam Schnorr, Jenseits der »Volksgemeinschaft«? Von Prostituierten und Zuhältern, in: ebd., S. 109–132.

83 Julia Paulus, »Frau mit vielen Männern«. Geschlechterkonstruktionen einer Soldatenheimschwester aus »gutem Hause«, in: ebd., S. 155–174.

84 Werner, »Es ist alles verkehrt in der Welt«.



Die Ambivalenz der nationalsozialistischen »Frauenpolitik« wird vollends deutlich, wenn man die bereits erwähnte Bedarfsabhängigkeit der sprachlichen Inszenierung beruflicher Identitäten von Frauen berücksichtigt, wie sie sich in der parteiamtlichen Zeitschrift »NS-Frauen-Warte« zeigte.<sup>85</sup> Und auch die Rolle der bürgerlichen Frauenbewegung<sup>86</sup> unterstreicht diese Doppeldeutigkeit: Zwar löste sich der Bund Deutscher Frauenvereine im Mai 1933 auf; das bedeutete indessen nicht, dass die führenden Sprecherinnen der bürgerlichen Frauenbewegung damit verstummten. Vielmehr beharrten sie darauf, dass die »typisch« weiblichen Werte – Gemeinschaft, Kultur und Seele – auch in den nationalsozialistischen Staat inkorporiert werden müssten, der sich gerade dadurch von der als »kalt« kritisierten westlichen Zivilisation unterscheide. Das Plädoyer für »Kultur« könne dabei durchaus als Widerspruch gegen die Dominanz der nationalsozialistischen Rassenidee verstanden werden. Aber gleichzeitig »verhinderte die Flucht in die geistvolle Welt der Kultur, die konkreten Entrechtungen, Verfolgungen und Gewalttaten wirklich wahrzunehmen und sich mindestens zu ihnen zu verhalten – oder sogar Widerstand zu leisten«. Auf Aktionen öffentlichen Protests von Frauen wird weiter unten eingegangen.

### 3. Stimmungen und Verhaltensweisen: Zur Reaktion auf die ›Volksgemeinschafts‹-Politik

Nach wie vor findet die Entwicklung »der« Stimmung in der Bevölkerung zur Zeit des Nationalsozialismus eine große Aufmerksamkeit, gehört die Frage nach Haltung und Verhalten »der« Deutschen doch ins Zentrum der Untersuchung der Bedingungen, die die Stabilität des NS-Regimes bis in die letzten Kriegstage hinein gewährleisteten. Da geht es nicht nur um die weitverbreiteten Zeugnisse von Zustimmung und Mitmachen, sondern auch um die Belege von Dissens bis hin zu öffentlichem Protest und politischem Widerstand.

#### *Politische Orientierungen: Zustimmung – Missmut – Resignation*

Der Anspruch der Nationalsozialisten, eine Gesellschaft von Gleichgesinnten zu schaffen, führte dazu, etwaige Potenziale von Unzufriedenheit und abweichender Meinung möglichst frühzeitig aufzuspüren. Die Beobachtung der Bevölkerung und die Erfassung ihrer Stimmung waren von daher zentrale Aufgaben, denen sich mehrere Behörden – von der Staatspolizei bis zur Deutschen Arbeitsfront – widmeten. Für zahlreiche Regionen, vor allem für Großstädte, liegen inzwischen Editionen der unterschiedlichen Lage- und Stimmungsberichte vor, die ein durchaus differenziertes, manchmal gar widersprüchliches Bild der Stimmung in der Bevölkerung zeichnen.

85 Sabine Kösters, Kommunikationsstrategien zur Vermittlung beruflicher Identitäten in der Zeitschrift NS Frauen-Warte, in: Kämper/Schuster, Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus, S. 107–126.

86 Franka Maubach, Bürgerliche Frauen und NS-Geschlechterpolitik, in: Frei, Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?, S. 116–126, hier: S. 125f.

Eben wegen des immer noch lückenhaften »Flickenteppichs«, den das von den bisher publizierten Stimmungsberichten gezeichnete Bild ergibt, ist es zu begrüßen, dass neue Quellenbestände zur Vervollständigung des Bilds zugänglich gemacht werden.

Eine Ergänzung der oben erwähnten Arbeit von Blaschke über »Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus« bietet die von Tim Wegener vorgelegte Veröffentlichung der Lage- und Stimmungsberichte aus dem Landkreis Celle für die Jahre von 1933 bis 1945 (mit einer Lücke von Juni 1935 bis September 1938).<sup>87</sup> Basierend auf dem Bestand des Kreisarchivs Celle, werden hier 76 Lage- und Stimmungsberichte des Celler Landrats, 41 Berichte über die Entwicklung des Arbeitseinsatzes des Celler Arbeitsamts, 21 Berichte des Wirtschaftsamts über die Versorgungslage, 19 Berichte über die Entwicklung der Landwirtschaft der Kreisbauernschaft Celle und 206 Berichte von Gemeindebürgermeistern publiziert. Um die Lage- und Stimmungsberichte inhaltlich besser einordnen zu können, bietet Wegener eine ausführliche Einleitung, in der zunächst der Landkreis Celle vorgestellt wird, und zwar insbesondere die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialstruktur in Vorkriegs- und Kriegszeit. (S. 30–75) Die Veränderungen wurden vor allem angestoßen durch die Einrichtung des Truppenübungsplatzes Bergen<sup>88</sup>, des Fliegerhorstes Wietzenbruch und des Feldflugplatzes bei Husted. Zunächst wehrten sich zahlreiche Bauern gegen diese ab 1934/35 verfolgten Projekte, zumal sie den Verlust von Ackerflächen und Umsiedlungen befürchteten. Bald zeigte sich, dass der Bauboom Arbeitsplätze im Handwerk schuf, in das – wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten – auch ehemalige Landarbeiter überwechselten; die Bemühungen des Arbeitsamts, diesen Wechsel zu unterbinden, blieben erfolglos. Die Rüstungsprojekte und auch der Abbau von Bodenschätzen brachten also einen wirtschaftlichen Aufschwung, der einerseits zu einer positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes, andererseits zur Verknappung des Wohnraums führte.

Wie entwickelte sich die Stimmung? Die positive Arbeitsmarktentwicklung führte, vor allem in der Landwirtschaft, bald zu Beschwerden über Arbeitskräfteknappheit, die auch die Zuweisung von Kriegsgefangenen sowie von Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern nicht beheben konnte. Hinzu kamen ab 1942 Klagen über den Mangel an Pferden, Treibstoff und Futtermitteln. Auch die Versorgung der Bombengeschädigten und der Evakuierten aus den Städten stellte den Landkreis zunehmend nicht nur vor ökonomische, sondern auch vor Probleme der »Moral«: So wurde besonders vermerkt, dass die zugezogenen Stadtfrauen den »fleißigen Landfrauen« vorlebten, dass man offenbar auch ohne schwer zu arbeiten durchkommen könne. Die Niederlage bei Stalingrad und der Rückzug der Wehrmacht im Osten führten zu Beunruhigung in der Bevölkerung. Ab März 1944 vermeldeten die Berichtersteller dann eine wachsende Friedenssehnsucht, die von der Hoffnung auf ein siegreiches Ende des Kriegs begleitet wurde. Über die beiden letzten Monate des Kriegs liegen keine Berichte vor.

87 Tim Wegener, Die Bevölkerung hat vollstes Vertrauen zum Führer... Lage- und Stimmungsberichte aus dem Landkreis Celle 1933–1945, hrsg. v. Museumsverein Celle e. V. und vom Landkreis Celle, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2016, 523 S., brosch., 24,00€.

88 Vgl. dazu auch Bianca Roitsch, Mehr als nur Zaungäste. Akteure im Umfeld der Lager Bergen-Belsen, Esterwegen und Moringen 1933–1960 (Nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung, Bd. 9), Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2018, 419 S., geb., 89,00€.

Insgesamt unterschieden sich die Stimmungsberichte des Landkreises Celle nicht von denen in anderen Regionen. So zeigt sich auch hier, dass die Stimmung von lokalen Sonderereignissen, vor allem aber von der sozialen und politischen beziehungsweise militärischen Gesamtlage geprägt wurde. Und auch hier zeigt sich, dass die von der Regierung erwartete bedingungslose Gefolgschaft in der Realität nicht erreicht wurde; von der ›Volksgemeinschaft‹ war in den Stimmungsberichten kaum die Rede. Bei aller Zustimmung zum Regime und seiner Politik spiegelten sich in den Berichten doch durchgängig auch Distanz, Vorbehalte und Zweifel sowie immer wieder »Missstimmung«, allerdings nur zu einzelnen Maßnahmen und konkreten Ereignissen, nicht an der Grundlinie der NS-Politik.

Anders als die meisten der bisher vorgelegten Arbeiten über die Entwicklung von Stimmung und Verhalten im ›Dritten Reich‹ stützt sich Janosch Steuer<sup>89</sup> nicht auf die Analyse der »offiziellen« Stimmungsberichte oder auch der Sopade-Berichte, sondern er wertet zeitgenössische Selbstzeugnisse, eben Tagebücher, aus. Basis seiner Analyse für die Zeit von 1933 bis 1939 bildet ein Set von 140 Tagebüchern, die er ausgewählt hat, um eine möglichst große Bandbreite an unterschiedlichen Positionen von (unbedingter) Zustimmung zum Regime bis zur (partiellen) Ablehnung des Nationalsozialismus abzubilden. Mit der Fokussierung der Auswahl auf jene Tagebücher, in denen sich die Autoren ganz unterschiedlicher Schichtenzugehörigkeit zu politischen Themen beziehungsweise zum Verschmelzen von öffentlicher und privater Sphäre äußern, wird vielleicht keine Repräsentativität im Hinblick auf »das« Tagebuchschreiben im ›Dritten Reich‹ erreicht, wohl aber ein Einblick in die individuelle Verarbeitung der zeitgenössischen Erfahrungen geboten. Bei der Aufbereitung des vielfältigen Stoffes hilft die auf den ersten Blick etwas schematisch wirkende Dreiteilung der Arbeit: Da geht es zunächst um Zuordnung und Abgrenzung in alltäglichen Sozialbeziehungen, dann um die Private Lebensführung und Selbstentfaltung und schließlich um Politisches Handeln und Bewerten. Durchgängig wird deutlich, dass das ›Dritte Reich‹ zur individuellen Stellungnahme zwang und dass jede und jeder Einzelne sich gezwungen sah, Position zu beziehen – und das immer wieder aufs Neue. Das bedeutet, dass die Tagebucheinträge nicht nur Ausdruck von mehr oder weniger reflektierter Zeitgenossenschaft sind, sondern dass sie zugleich zeigen, wie sehr die Zeitgenossen und Zeitgenossinnen am Prozess der nationalsozialistischen Durchdringung der Gesellschaft beteiligt waren, wie sehr sie aktiv daran mitwirkten. Und deutlich wird, dass sich punktuelle Zustimmung und partielle Kritik, dass sich anfängliche Begeisterung und spätere Ernüchterung bei ein und derselben Person in den Vorkriegsjahren durchaus vereinen konnten. Damit bietet die Arbeit Steuers eine wichtige Ergänzung beziehungsweise Präzisierung des aus den Stimmungsberichten gewonnenen Bilds, das hier durch die Analyse der »subjektiven Dimension« des zeitgenössischen Erlebens an Authentizität gewinnt.

89 Janosch Steuer, »Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse.« Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933–1939, Wallstein Verlag, Göttingen 2017, 611 S., geb., 49,90 €.

Hierher gehört auch der Essay von Thomas Rohkrämer über die »Vision einer Volksgemeinschaft«.<sup>90</sup> Ausgehend von autobiografischen Berichten mit ihren rückschauenden Deutungen der damaligen Einschätzungen und Haltungen, zeichnet er das für viele Zeitgenossen und Zeitgenossinnen »Faszinierende« am Nationalsozialismus nach: Hervorgehoben wird die Aufbruchsstimmung, die der Nationalsozialismus vor allem bei Jugendlichen entfacht hat. Auch das ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl, dann – während des Kriegs – der Stolz auf die deutschen Waffen und Soldaten werden genannt. Das Fazit ist zwiespältig: Denn »bei der Analyse der sozialen Wirklichkeit erscheint es nötig, neben der Betonung einer harmonisierenden Gemeinschaftsideologie auch den harten Konkurrenzkampf bei der nationalsozialistischen Vergemeinschaftung ernst zu nehmen«. (S. 399) Und nicht vergessen sei, dass uneingeschränkt positive Erinnerungen an eine »große Zeit« nur die als der »Volksgemeinschaft« zugehörig Anerkannten gehabt haben dürften.

Insgesamt ist festzuhalten, dass – ganz unabhängig von der ausgewerteten beziehungsweise präsentierten Quellengattung – das Bild »der« Stimmung in der Bevölkerung keineswegs von eindeutigen Befunden gekennzeichnet ist: Vielmehr zeichnet sich sowohl in individuellen Äußerungen als auch in zusammenfassenden Berichten ein differenziertes Bild ab, in dem sich Signale von Zustimmung mit denen von Skepsis und Kritik vermischen. Immer spielten, wie oben speziell am Beispiel von Haltung und Verhalten »der« wirtschaftlichen Eliten<sup>91</sup> und der Bauern<sup>92</sup> gezeigt werden konnte, auch durchaus eigene (wirtschaftliche) Interessen eine Rolle, wenn es um die Positionierung zum NS-Regime, dessen Repräsentanten und Politik ging. Außerdem zeigte sich ein stets waches Misstrauen, wenn »Volksgenossen« und »Volksgenossinnen« eine etwaige Ungerechtigkeit, zum Beispiel die Bevorzugung von »Parteibonzen« oder deren Frauen vermuteten, was nicht selten Anlass zu ätzender Kritik bot. Von einer einhelligen Begeisterung für »den« Nationalsozialismus kann also ebenso wenig die Rede sein wie von einem Klima der Resistenz.

### Öffentlicher Protest

Gab es auch durchgehend eine weitverbreitete Stimmung von Vorbehalt und Unzufriedenheit, so sind doch Zeichen von öffentlichem Protest selten. Diesem Thema widmet sich der Sammelband von Nathan Stoltzfus und Birgit Maier-Katkin, der »Protest in Hitler's »National Community«« nachspürt.<sup>93</sup> Dabei geht es nicht nur um öffentlichen Protest, sondern auch um die Reaktion des Regimes. Eher eine einleitende Funktion hat der Essay von Gerhard L. Weinberg, der unter dem Titel »Aspects of German Procedures in the Holocaust« den gewundenen Weg zum staatlich angeord-

90 Thomas Rohkrämer, Die Vision einer Volksgemeinschaft: Sehnsucht nach Verschmelzung und elitärer Anspruch, in: Schmiecien-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, S. 384–399.

91 Vgl. Werner, Raum und Gemeinschaft.

92 Vgl. Blaschke, Zwischen »Dorfgemeinschaft« und »Volksgemeinschaft«; Langthaler, Nationalsozialistische »(Land)Volksgemeinschaft« als gesellschaftliches Kräftefeld.

93 Nathan Stoltzfus/Birgit Maier-Katkin (Hrsg.), Protest in Hitler's »National Community«. Popular Unrest and the Nazi Response, Berghahn Books, New York/Oxford 2017, 290 S., brosch., 34,95 \$.

neten und organisierten Massenmord skizziert – ein Weg, der nicht von öffentlichen Protesten begleitet worden ist.<sup>94</sup> Auch der Beitrag von Jill Stephenson widmet sich einem eher allgemeinen Thema, nämlich der Frage nach »Women and Protest in Wartime Nazi Germany«.<sup>95</sup> Für Stephenson ist Protest »the expression of opposition on an individual policy and its ramifications, by a group of women gathering in a public place, and being conspicuous in making their complaint – conspicuous to the authorities in their locality«. (S. 21) Dieser Protest war zu keiner Zeit in der Lage, die NS-Herrschaft zu gefährden, zumal er sowohl zeitlich und räumlich als auch inhaltlich auf eng umgrenzte Fragen beschränkt war. Die Klagen über die Kriegsbelastungen, vor allem über die Ernährungslage, nahmen im Laufe des Kriegs zu. Die Unzufriedenheit führte zu Felddiebstahl und Kohlenraub (S. 22); doch das waren Aktionen auf individueller Basis, sodass sie, in Stephensons Sinne, nicht als »Protest« angesprochen werden können.

Von diesen Formen individueller »Problemlösung« unterscheiden sich die Protestaktionen in Witten und in der Berliner Rosenstraße, an denen ganz überwiegend Frauen beteiligt waren. In Witten und einigen anderen Ruhrgebietsstädten ging es im Herbst 1943 um den Protest von etwa 300 Frauen (und einigen Männern) gegen die Verweigerung von Lebensmittelkarten für Personen, die vorzeitig und damit unerlaubt aus der Evakuierung nach Hause zurückgekehrt waren. Diese Aktion war erfolgreich: Das Regime erwies sich als »druckempfindlich«, zumal sich die Demonstrierenden, wie Julia S. Torrie in ihrem Beitrag nachweist, auf die familienpolitischen Ziele des Regimes und damit auf eine der Grundlagen der ›Volksgemeinschaft‹ beriefen.<sup>96</sup> Ganz anders die Sachlage bei den Protesten nichtjüdischer Frauen gegen die Deportation ihrer jüdischen Ehemänner in der Berliner Rosenstraße. Hier hat sich inzwischen eine breite Literaturdiskussion entwickelt, die in den Beiträgen von Katharina von Kellenbach, Joachim Neander, Antonia Leugers und auch Nathan Stoltzfus ihren Niederschlag findet.<sup>97</sup> Auch wenn die Proteste angesichts der offenbar nicht direkt drohenden Verschleppung ihrer Männer »voreilig« gewesen sein mögen, so waren sie auf jeden Fall ein Beispiel von ungewöhnlichem persönlichem Mut.<sup>98</sup> Und diese Feststellung gilt auch für zwei weitere Beispiele öffentlichen Protests: die Demonstrationen zugunsten von Bischof Hans Meiser und der Protest Bischof von Galens gegen die »Euthanasie«-Maßnahmen.<sup>99</sup>

94 Gerhard L. Weinberg, *Aspects of German Procedures in the Holocaust*, in: ebd., S. 10–17.

95 Jill Stephenson, *Women and Protest in Wartime Nazi Germany*, in: ebd., S. 18–37.

96 Julia S. Torrie, *The Possibilities of Protest in the Third Reich: The Witten Demonstration in Context*, in: ebd., S. 76–105.

97 Katharina von Kellenbach, *The »Legend« of Women's Resistance in the Rosenstrasse*, in: ebd., S. 106–124; Joachim Neander, *Auschwitz, the »Fabrik-Aktion«, Rosenstrasse: A Plea for a Change of Perspective*, in: ebd., S. 125–142; Antonia Leugers, *The 1943 Rosenstrasse Protest and the Churches*, in: ebd., S. 143–176; Nathan Stoltzfus, *Protest and Aftermath: Placing Protest in the History of Nazi Germany*, in: ebd., S. 177–208.

98 Vgl. dazu auch Wolfgang Benz, *Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler*, Verlag C. H. Beck, München 2019, 556 S., geb., 32,00 €, S. 255ff.

99 Christiane Kuller, *The Demonstrations in Support of the Protestant Provincial Bishop Hans Meiser: A Successful Protest against the Nazi Regime?*, in: Stoltzfus/Maier-Katkin, *Protest in Hitler's »National Community«*, S. 38–54; Winfried Süß, *The Catholic Church, Bishop von Galen, and »Euthanasia«*, in: ebd., S. 55–75.

## Politischer Widerstand

Als eine Bilanz jahrzehntelanger Widerstandsforschung kann man den Band von Wolfgang Benz betrachten, der ein umfassendes Tableau »des« politischen Widerstands entwirft.<sup>100</sup> Dabei legt er einen engen Begriff des politischen Widerstands zugrunde:

»Widerstand gegen das Unrechtsregime war [...] mehr als nur Verweigerung, als schweigende Ablehnung, mehr als das Einverständnis gegen die Nationalsozialisten im Milieu gleichgesinnter Gegner, mehr als die Verurteilung des Diktators und seiner Gehilfen im geschlossenen Kreis. Aus der allgemeinen und ziellosen Ablehnung des Regimes wird Widerstand durch Aktion und durch das Bekenntnis und die Bereitschaft, Konsequenzen der Haltung und daraus resultierender Handlung zu tragen.« (S. 17)

Gerade wenn man diesen Begriff von Widerstand akzeptiert, so mag man darüber streiten können, ob es angemessen sei, das erste Kapitel mit »Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor Hitlers Machterhalt« zu überschreiben; wäre hier, solange der Nationalsozialismus eben noch nicht an der Macht war, nicht eher von Opposition oder Gegnerschaft zu sprechen? Auch die Binnengliederung dieses ersten Kapitels wirft Fragen auf: Da finden sich in bunter Reihe herausragende Vertreter von Kunst und Kultur, zudem Journalisten, auch einige Politiker, dann als politische Organisationen »nur« SPD, Reichsbanner und Eiserner Front. Wären da für die Zeit vor der Machtübertragung an Hitler und die NSDAP nicht noch andere Gegner des Nationalsozialismus, zum Beispiel die Kommunisten, zu nennen? Insgesamt ist das Spektrum der nachgezeichneten Widerstandsgruppen und -aktionen eindrucksvoll, reicht es doch vom Widerstand aus der Arbeiterbewegung über den von Christen und Juden bis zu dem von Vertretern gesellschaftlicher Eliten, speziell Militärs (20. Juli 1944), dem von Angehörigen der jungen Generation; deren »nonkonformes Verhalten« wird am Beispiel von Edelweißpiraten, Meuten und Swing-Jugend, aber auch am Widerstand der Weißen Rose erläutert. Eine wägende Betrachtung des »Widerstandes in letzter Stunde« beschließt die inhaltliche Darstellung, bevor ein »Epilog: Widerstand in Deutschland und im Exil« den Band abrundet. Insgesamt entsteht ein umfassendes und differenziertes Bild »des« Widerstands. Gerade die Personenbilder unterstreichen eine der zentralen Botschaften des Buches: Die Entscheidung zum Widerstand war und blieb eine persönliche Entscheidung. Und: Das NS-Regime war weit davon entfernt, alle deutschen Staatsbürger und -bürgerinnen für seine Politik zu begeistern. Vielmehr stemmte sich eine nicht unbeträchtliche Minderheit von Gegnern gegen die NS-Diktatur; nur durch die Ausgrenzung und Verfolgung der Gegner als »Volksfeinde« konnte die Fiktion der »Volksgemeinschaft« aufrechterhalten werden.

Einen speziellen Aspekt des politischen Widerstands greift Randall Hansen auf, wenn er fragt: »How Bourgeois was the Resistance?«<sup>101</sup> Neben Angehörigen der zerschlagenen Arbeiterorganisationen geraten auch einige bürgerliche Gruppen in den

<sup>100</sup> Benz, Im Widerstand.

<sup>101</sup> Randall Hansen, How Bourgeois Was the Resistance?, in: Frei, Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?, S. 222–242.



Blick. Ausgehend von einem Begriff des Bürgertums, der die Elemente von Besitz/Einkommen und höherer Bildung, wobei keineswegs immer beide gleichermaßen vorhanden sein müssen, miteinander kombiniert, konzentriert sich Hansen zunächst darauf, das komplizierte Verhältnis zwischen Bürgertum und Nationalsozialismus als Bewegung und Partei auszuloten. Die antibürgerliche Polemik seitens der NS-Führung führte bei weiten Kreisen des Bürgertums zwar zu Vorbehalten, auch Skepsis gegenüber den neuen Machthabern; die Distanz zu den proletarischen Ausprägungen der NS-Bewegung sorgte nicht für eine grundsätzliche Ablehnung, wurde die neue Kraft doch vielfach als eine überaus aktive Verbündete im Kampf gegen Marxismus und Bolschewismus, also gegen Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Kommunismus geschätzt. Bürgerlicher Widerstand regte sich erst relativ spät, erst im Krieg, am deutlichsten in der zweiten Kriegshälfte. Dabei wurden die Grenzen zwischen aristokratischem, militärischem und bürgerlichem Widerstand in der Praxis oftmals aufgehoben, war doch zum Beispiel allen an der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944 Beteiligten klar, dass keiner ohne die Vertreter der anderen Gruppen, zu denen im Übrigen auch Repräsentanten von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gehörten, würde erfolgreich sein können. Dem Resümee ist gewiss zuzustimmen: »[The] German bourgeoisie was not at the forefront of German resistance, but some of the essence of German resistance – support for the rule of law, opposition to violence, and horror of the sheer vulgarity of the Nazis – was thoroughly bourgeois.« (S. 240) Nicht übersehen sei, dass das Eintreten für Rechtsstaatlichkeit, die Ablehnung der Gewalt und die Verachtung der Vulgarität der Nationalsozialisten auch von anderen – zumeist als »nicht-bürgerlich« apostrophierten – Widerstandskämpfern und -kämpferinnen geteilt wurden, wenn man zum Beispiel an die Vertreter der Sozialdemokratie und solcher Gruppen wie des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes denkt. Mit anderen Worten: Die Kriterien, nach denen hier Bürgerlichkeit bestimmt wird, trafen auch auf die Angehörigen anderer Gruppen zu.<sup>102</sup>

### III. Grenzen der ›Volksgemeinschaft‹: Ausgrenzung, Verfolgung und Massenmord

Vollends deutlich wird der Charakter der nationalsozialistischen Gesellschaft, wenn wir die Menschengruppen genauer in den Blick nehmen, die durch das nationalsozialistische Handeln brutal aus der ›Volksgemeinschaft‹ ausgegrenzt wurden: Das waren die als weltanschaulich-politische Gegner und die aus rassistischen beziehungsweise sozialdarwinistischen Motiven Verfolgten.

#### 1. Zum Lagersystem

Gewiss zählen die Lager zu den Signaturen der Epoche der auf totalitäre Durchdringung der Gesellschaft dringenden Herrschaftssysteme. Betrachtet man die in den letzten Jahren zu diesem Themenkomplex erschienenen Arbeiten, so scheint die genaue Beleuchtung des »Lagerlebens« unter dem Aspekt des Überlebens im Lager eher eine

102 Vgl. dazu zum Beispiel Kristina Meyer, Carlo Schmid, in: ebd., S. 317–333, hier insb. S. 318ff.



Ausnahme zu bilden; verstärkt in den Blick genommen wird jedoch die Verzahnung von Lager und Umgebung, also die Stellung »des« Lagers in der »Volksgemeinschaft«.

### Überleben im Lager: Gruppenbildung als »Lebenshilfe«

Schauen wir zunächst auf die Realität des Lagerlebens: Ist auch die Arbeit Elmer Luchterhands (1911–1996) nicht im Kontext des Booms der »Volksgemeinschafts«-Forschungen entstanden, so fügt sie doch der gegenwärtigen Debatte einen wichtigen, eben vielfach unterbelichteten Aspekt hinzu: Aus ganz eigenwilliger Perspektive setzt sich Luchterhand mit dem Thema der Lager auseinander.<sup>103</sup> In der Einleitung der Herausgeber Andreas Kranebitter und Christian Fleck werden die Umstände skizziert, unter denen die Arbeit Luchterhands »Einsame Wölfe und stabile Paare« entstand: Luchterhand nahm als US-Nachrichtenoffizier 1945 an der Befreiung des Lagers Hersbruck teil und wurde dann in der Zeit von April bis November 1945 mit der Realität mehrerer Lager, darunter Mauthausen und Gusen, konfrontiert – ein Erlebnis, das ihn nicht mehr losließ. In dieser Zeit führte er zahlreiche Interviews mit KZ-Überlebenden und Augenzeugen. Zurück in den USA, nahm er in Madison, Wisconsin, ein Studium der Soziologie auf und begann schließlich mit der Arbeit an einer Dissertation, für die er in den Jahren 1950/51 52 KZ-Überlebende, die in den USA lebten, interviewte. 1953 war seine Dissertation »Prisoner Behavior and Social System in Nazi Concentration Camps« fertig. Da zum Beispiel die Kriterien, nach denen er seine Interviewpartner »ausgewählt« hatte, wenig durchsichtig waren, war seine Dissertation umstritten. Das Thema aber beschäftigte ihn weiterhin: Anfang der 1970er-Jahre begann Luchterhand, parallel zu seiner Lehrtätigkeit am Brooklyn College, die Arbeit an seinem Buch »Doggerwerk«; das war der Tarnname des Flugzeugmotorenwerks des Lagers Hersbruck. Wieder interviewte er 73 in den USA lebende Personen, darunter Häftlinge, Anwesende (co-presents) und auch Täter. Diese Arbeit war ein Beispiel für frühe Täterforschung, wurde jedoch in der Wissenschaft wenig beachtet, wie überhaupt die Arbeiten Luchterhands bis auf einige Aufsätze nicht publiziert wurden.

Kranebitter und Fleck präsentieren nun die Dissertation Luchterhands in deutscher Übersetzung. Luchterhand versucht, das Lagersystem in den Kontext der nationalsozialistischen Gesellschaft einzuordnen. Dabei geht er davon aus, dass das Lagersystem insbesondere unter dem Aspekt der zwischenmenschlichen Beziehungen »kulturelle Kontinuitäten mit Nicht-Lagergesellschaften« aufweist. Zentrales Ergebnis seiner Untersuchung ist die These, dass nicht der »einsame Wolf« den Terror des NS-Lagersystems überlebte, sondern Voraussetzung für das Überleben war seiner Ansicht nach der Zusammenschluss von Häftlingen in Paaren sowie in mehr oder weniger großen Gruppen, wobei die Paarbeziehung, also die Bildung von Freundschaftspaaren, die häufigste Form der gegenseitigen Unterstützung gewesen sei. Zweckbündnisse wurden gebildet, die dem Ziel dienten, einen privilegierten Status und/oder Güter für das Überleben zu erlangen beziehungsweise zu sichern. Zum Moralkodex der Häft-

103 Elmer Luchterhand, *Einsame Wölfe und stabile Paare. Verhalten und Sozialordnung in den Häftlingengesellschaften nationalsozialistischer Konzentrationslager*, hrsg. v. Andreas Kranebitter/Christian Fleck, New Academic Press (Mauthausen-Studien, Bd. 11), Wien 2018, 285 S., brosch., 22,90 €.

linge gehörte es, dass das »Organisieren« von lebenswichtigen Gütern durchaus akzeptiert, das Bestehlen von Mitgefangenen aber geächtet wurde. Dass Kriminelle in der »Selbstverwaltung« des Lagers von der Leitung Posten übertragen bekamen, wurde von den aus politischen Gründen Inhaftierten beklagt und führte faktisch dazu, dass sich auch die politischen Häftlinge nicht der Mitwirkung an der »Selbstverwaltung« verweigerten, eben weil sie diese Positionen nicht alleine den Kriminellen überlassen wollten. In der Untersuchung Luchterhands wird also die Rolle der Funktionshäftlinge durchaus herausgearbeitet, die vor einiger Zeit – unter dem Schlagwort »rote Kapos« – heftig diskutiert worden ist.<sup>104</sup> Anzeichen für eine Gruppensolidarität entlang parteipolitischer Bindungen werden von Luchterhand nicht betont. Dass er überdies Befunde zu den psychischen Folgen der KZ-Haft – von der Traumatisierung bis zum Selbstmord – präsentiert, sei hier erwähnt, auch wenn die dazu vorgelegten Forschungsergebnisse aufgrund der soziologisch angelegten Arbeitsweise des Autors letztlich wenig belastbar zu sein scheinen. So bleibt insgesamt der Eindruck einer singulären Forschungsarbeit, die – trotz einiger methodischer Probleme – eben wegen der frühen Erhebung der Daten wesentliche Hinweise für ein authentisches Bild der Lagerrealität bietet.

### *Zum Lagerumfeld: Von Zaungästen und/oder (Mit-)Tätern*

Wie sah es mit der Einbindung der Lager in das regionale Umfeld aus? Was wussten die Nachbarn und Nachbarinnen vom Lager, was von den Häftlingen, was von deren Lebensbedingungen? Profitierten sie vom Arbeitsplatzangebot im Lager selbst und in den dazu gehörigen Versorgungsbetrieben? Wurden sie zu »Mittätern«?

Diesen Grenzfall der »Täterschaft« beleuchtet Bianca Roitsch in ihrer Dissertation zum Verhalten der »Akteure im Umfeld der Lager Bergen-Belsen, Esterwegen und Moringen«, die inhaltlich über den »engen« Täterkreis und zeitlich weit über die Jahre der NS-Herrschaft, nämlich bis 1960, ausgreift.<sup>105</sup> Die Autorin will mit ihrer Untersuchung das »komplexe Miteinander« analysieren, das die »Dialektik zwischen Ausgrenzung und Teilhabe, zwischen Inklusion und Exklusion« sichtbar werden lässt. (S. 13) Zugleich will sie die Realität der ›Volksgemeinschaft‹ überprüfen, wobei unter ›Volksgemeinschaft‹, auf den Spuren von Michael Wildt<sup>106</sup>, eine Form der Vergemeinschaftung verstanden wird, die – bezogen auf das ›Dritte Reich‹ – nicht mit der »verfassungsrechtlichen Souveränität aller Staatsbürger« verbunden sei, »sondern die Optimierung eines auf Rassismus und Antisemitismus aufbauenden leistungsfähigen deutschen ›Volkskörpers‹« anstrebte. (S. 25)

104 Siehe dazu: Lutz Niethammer unt. Mitarb. v. Karin Hartwig/Harry Stein/Leonie Wannemacher (Hrsg.), *Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente*, Berlin 1994; Jörg Wollenberg, *Die »roten Kapos« – »rotlackerte Nazis« und »willige Vollstrecker« der SS? Zum Versuch, den Gebrauchswert des Antifaschismus am Beispiel der KZ-Funktionshäftlinge neu zu bemessen*, in: Matthias Brosch/Michael Elm u. a. (Hrsg.), *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*, Berlin 2007, S. 115–139. Vgl. auch Schneider, In der Kriegsgesellschaft, S. 1178ff.

105 Roitsch, *Mehr als nur Zaungäste*.

106 Wildt, *Die Ungleichheit des Volkes*, S. 36f.

Wie begegneten sich Häftlinge und Anwohner? (S. 13) Das ist die Leitfrage der Untersuchung von Roitsch zum Verhältnis von Lager und Lagerumwelt am Beispiel der drei genannten niedersächsischen Lager, mit der sie an die wegweisende Arbeit von Sybille Steinbacher anknüpft<sup>107</sup>, der inzwischen, wie Roitsch in einem Literaturüberblick deutlich macht (S. 18f.), eine Vielzahl von Studien gefolgt ist. Mit dem ersten Kapitel werden die lokalen beziehungsweise regionalen Gegebenheiten der jeweiligen Lager in den Jahren seit 1918 geschildert: Entworfen wird ein Bild der Wirtschaftsstruktur und der politischen Orientierung im ländlichen Raum Niedersachsens; dabei zeigten sich durchaus Unterschiede von Ort zu Ort: In der überwiegend agrarisch und katholisch geprägten Gemeinde Esterwegen dominierte bis 1933 die Zentrumsparterie, während in den beiden anderen Gemeinden, protestantisch und auch kleingewerblich strukturiert, die NSDAP schon vor 1933 deutlich anwuchs.

Im zweiten Kapitel wird die Entwicklung der Lager nachgezeichnet, wobei deutlich wird, dass die Lager – bei aller Unterschiedlichkeit in Gründungsgeschichte und Häftlingsstruktur – als Arbeitgeber für einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Region sorgten: Zum einen entstanden neue Arbeitsplätze, direkt durch das Lager, also Stellen für Aufsichtspersonal und Vorarbeiter; zum anderen blühten die Betriebe auf, die für die Versorgung der Lagerinsassen und des Personals arbeiteten. Die regionale Presse informierte durchaus über die entstandenen Lager und berichtete zum Beispiel von Befürchtungen der Anwohner und Anwohnerinnen, die Insassen könnten »Gefahrenherde«, also eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit bedeuten. In den Berichten von Zeitzeugen wird ein differenziertes Bild gezeichnet: Manche reagierten mit Schadenfreude und hielten die Bestrafung von »Gemeinschaftsfeinden« durchaus für richtig; andere – vor allem diejenigen, die mit den Häftlingen persönlich konfrontiert wurden – waren schockiert über deren Behandlung und reagierten mit Bestürzung und Mitleid. Doch bald zeigte sich ein Prozess der Gewöhnung an den Anblick der Elendsgestalten. Im Krieg änderte sich die Funktion der Lager: In Moringen wurde zusätzlich zum Frauenlager ein Lager für Jugendliche eingerichtet; bei Bergen entstand ein Lager für Kriegsgefangene, dann richtete die SS 1943 dort ein Lager für jüdische Häftlinge ein; in Esterwegen wurden vor allem Strafgefangene inhaftiert. Durch den verstärkten Arbeitseinsatz der Lagerinsassen in der Rüstungswirtschaft, die zur Gründung von Außenlagern führte, wurden die Kontaktmöglichkeiten der Bevölkerung mit den Inhaftierten deutlich intensiviert. Zugleich verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Häftlinge: Schwere Arbeit, Mangelernährung und elende Unterbringung sowie vielfach gewalttätige Behandlung durch die Aufseher prägten den Lageralltag.

Im dritten Kapitel geht es schließlich um die Entwicklung der Lager nach 1945. Es begann ein konfliktreicher Prozess, in dem in den ehemaligen Lagern, beginnend mit Bergen-Belsen (1952), Gedenkstätten eingeweiht wurden. Die Anwohner und Anwohnerinnen sträubten sich allerdings vielfach gegen die aus ihrer Sicht »unerbetene Erinnerung«, die das Bild ihrer Heimat, wie sie glaubten, zu Unrecht verdunkelte. Dank der breiten Untersuchungsperspektive und der differenzierten Argumentation entsteht ein ebenso komplexes wie vielfältiges Bild der Beziehungen zwischen Lager

<sup>107</sup> Sybille Steinbacher, Dachau. Die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit. Die Untersuchung einer Nachbarschaft, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1993.

und Umwelt, das nicht nur die Aspekte der »Mittäterschaft«, sondern auch die Anzeichen von (behuftsamer) Distanz zu den Straf- beziehungsweise Erziehungsmaßnahmen des NS-Regimes aufzeigt, wie sie sich in der Bevölkerung entwickelte.

## 2. Rassismus: Ausgrenzung, Verfolgung und Massenmord

Auch das Thema der rassistischen Ausgrenzung und Verfolgung bis hin zum Massenmord scheint, blickt man allein auf die quantitative Stärke der ›Volksgemeinschafts‹-Forschung, in den Hintergrund getreten zu sein. Allerdings findet sich in den neueren Studien zur ›Volksgemeinschaft‹-Forschung – in Aufsätzen<sup>108</sup> wie in Überblicks- beziehungsweise Gesamtdarstellungen<sup>109</sup> – immer wieder und in den letzten Jahren mit zunehmender Deutlichkeit der Hinweis auf Rassismus und Antisemitismus.

Da sind in dem von Detlef Schmiechen-Ackermann und anderen herausgegebenen Sammelband zum »Ort der ›Volksgemeinschaft‹«<sup>110</sup> die Beiträge zur Gedenkstättenarbeit zu erwähnen, insbesondere der dieses Kapitel einleitende Beitrag von Jens-Christian Wagner über »NS-Gesellschaftsverbrechen in der Gedenkstättenarbeit«. (S. 421–437, insb. S. 429ff.) Freilich findet sich im Sammelband zur Tagung von 2015 nur ein Beitrag, der sich ausdrücklich mit dem Thema der Judenverfolgung befasst, nämlich Lorenz Peiffers und Henry Wahlig's bereits erwähnte Studie »Sämtliche Juden, auch getaufte, sind von der Mitgliederliste zu streichen.« Die Arierisierung des deutschen Sports und seine Bedeutung für die Realisierung der NS-Volksgemeinschaft« (S. 193–206). Dieser Beitrag illustriert eindrucksvoll, dass die antijüdischen Maßnahmen, hier bei den Sportvereinen, nicht »von oben« gesteuert werden mussten, eben weil sie von den »arischen« Akteuren schon 1933 überaus bereitwillig durchgeführt wurden; doch man wird kaum sagen können, dass dieser Beitrag in das Zentrum der mörderischen NS-Politik hineinführt, die – wie betont sei – den eigentlichen Kern der NS-Herrschaft ausmachte.

## IV. Die Gesellschaft des ›Dritten Reichs‹ in der Gesamtschau: ›Volksgemeinschaft‹ überall

Binnen kurzer Zeit hat sich der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ bei der Beschreibung der Gesellschaftsformation des ›Dritten Reichs‹ geradezu zu einem Schlüsselbegriff entwickelt. Dazu beigetragen haben zum einen die Promotoren dieses Interpreta-

108 Vgl. zum Beispiel Tobias Freimüller, Bürgertum, Rasse und Eugenik, in: Frei, Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?, S. 144–153; Borggräfe, »Das Ziel der Partei ist, und das muss auch unser Ziel sein, die Volksgemeinschaft herzustellen«; Peiffer/Wahlig, »Sämtliche Juden, auch getaufte, sind von der Mitgliederliste zu streichen.«

109 Vgl. insb. Riccardo Bavaj, Der Nationalsozialismus. Entstehung, Aufstieg und Herrschaft (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Bd. 7), be.bra Verlag, Berlin 2016, 204 S., geb., 19,90 €; Dietmar Süß, »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich (Die Deutschen und der Nationalsozialismus), Verlag C. H. Beck, München 2017, 302 S., brosch., 16,95 €; siehe auch Birthe Kundrus, »Dieser Krieg ist der große Rassenkrieg.« Krieg und Holocaust in Europa, München 2018.

110 Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte.

ments, die nicht nur mit ihren eigenen Studien, sondern zudem mit der Anregung von Qualifikationsarbeiten dieses Forschungsfeld bestellt und ausgebaut haben. Hilfreich war gewiss, dass sie eine Art von Forschungsverbund ins Leben gerufen haben, der mit Fördermitteln und »eigener« Schriftenreihe die ›Volksgemeinschafts‹-Forschung etabliert hat. Seit 2012 sind in dieser Schriftenreihe mehrere »Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung« publiziert worden, deren Autoren und Autorinnen sich am Thema der ›Volksgemeinschaft‹ abarbeiten.<sup>111</sup> Dass der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ im Reihentitel in Anführungszeichen gesetzt wird, deutet vielleicht auf ein vorsichtiges Abrücken von der allzu eindimensionalen Verwendung dieser Bezeichnung als Beschreibung der sozialen Realität des ›Dritten Reichs‹ hin. Auch die von Norbert Frei herausgegebene Buchreihe »Die Deutschen und der Nationalsozialismus« spiegelt den Perspektivwechsel hin zur Erforschung der »Lebenswirklichkeit« der gemäß NS-Ideologie als zum deutschen Volk Gezählten, wobei mit der in dieser Reihe erschienenen Arbeit von Birthe Kundrus über den Krieg als Rassenkrieg das Themenspektrum erweitert wird.<sup>112</sup>

Der Boom des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹ spiegelt sich im Übrigen in der Buchwerbung: Kaum eine Neuerscheinung zur Geschichte der Gesellschaft der NS-Diktatur kommt ohne den Verweis auf die ›Volksgemeinschaft‹ aus. So heißt es zum Beispiel in der Verlagsankündigung der Überblicksdarstellung von Riccardo Bavaj »Der Nationalsozialismus«:<sup>113</sup> »Für die Zeit nach 1933 richtet sich der Blick vor allem auf die Strukturen, die den sozialen Raum der ›Volksgemeinschaft‹ geprägt haben: auf öffentlichen Plätzen wie in den eigenen vier Wänden, in der Kirche wie in der Schule, im Bunker wie an der Front.« Und in der Werbung für das von Norbert Frei herausgegebene Buch »Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?«<sup>114</sup> wird betont: »Die Beiträgerinnen und Beiträger dieses Bandes fragen [...] nach der Integration in eine antibürgerlich gedachte ›Volksgemeinschaft‹.« Auch die Verlagswerbung für das Buch von Thomas Gloy<sup>115</sup> über die Hitler-Jugend nutzt den ›Volksgemeinschafts‹-Begriff in der Ankündigung, sollte doch, wie Gloy in seinem Buch zeige, die HJ zum »Dienst an der ›Volksgemeinschaft‹« erziehen.

Dass der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ geradezu einen Siegeszug angetreten hat, wird wohl am deutlichsten dadurch illustriert, dass er sich nicht nur in den Verlagsankündigungen und Klappentexten der neueren Darstellungen zur Gesellschaft des

111 Vor dem Berichtszeitraum des vorliegenden Aufsatzes erschienen in der Reihe »Nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung«: Schmichen-Ackermann, ›Volksgemeinschaft‹ Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ›Dritten Reich?‹; Jochen Oltmer (Hrsg.), Nationalsozialistisches Migrationsregime und »Volksgemeinschaft«, Paderborn/München etc. 2012; Oliver Werner (Hrsg.), Mobilisierung im Nationalsozialismus. Institutionen und Regionen in der Kriegswirtschaft und der Verwaltung des »Dritten Reiches« 1936 bis 1945, Paderborn/München etc. 2013; von Reeken/Thießen, ›Volksgemeinschaft‹ als soziale Praxis; David Reinicke/Kathrin Stern/Kerstin Thieler u. a. (Hrsg.), Gemeinschaft als Erfahrung. Kulturelle Inszenierungen und soziale Praxis 1930–1960, Paderborn 2014. Die seitdem erschienenen Bände werden im Rahmen des hier vorgelegten Literaturberichts besprochen.

112 Kundrus, »Dieser Krieg ist der große Rassenkrieg.«

113 Bavaj, Der Nationalsozialismus.

114 Frei, Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?

115 Gloy, Im Dienst der Gemeinschaft.

›Dritten Reichs‹ findet, sondern in der Tat auch in den Texten von Bilanzen und Gesamtüberblicken als durchaus prominentes Interpretament vorgestellt wird. Schauen wir also genauer hin.

## 1. Bewertungen der ›Volksgemeinschafts‹-Forschung: zunehmende Differenzierung

Erst 2018 ist der Band zur Tagung 2015 erschienen, bei der eine (Zwischen-)Bilanz der Forschung zur ›Volksgemeinschaft‹ im ›Dritten Reich‹ gezogen wurde.<sup>116</sup> In zahlreichen Beiträgen wird ein überaus vielgestaltiges Panorama »der« nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung entfaltet. Allerdings sind die Aufsätze in ihrer thematischen Problemabdeckung sehr unterschiedlich angelegt: Da stehen Beiträge mit breiter Perspektive neben Aufsätzen, die einen mehr oder weniger engen Ausschnitt der Gesamtproblematik präsentieren. Insgesamt signalisiert der Band jedoch ein vorsichtiges Abrücken von der allzu eindimensionalen Beschreibung der Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ als ›Volksgemeinschaft‹. Denn in mehreren Beiträgen werden Bruchlinien innerhalb der ›Volksgemeinschaft‹ markiert, auf die – von den Geschlechterbeziehungen (Heinsohn) über die Bedeutung der Zwangsarbeit im Rahmen der nationalsozialistischen »(Land)Volksgemeinschaft« (Langthaler) bis zur rassistischen Ausgrenzung und Verfolgung vor allem von Juden (Peiffer/Wahlig) – bereits eingegangen wurde. Der letztgenannte Themenaspekt kommt implizit in den Beiträgen zur Gedenkstättenarbeit zur Geltung, die in einem abschließenden Kapitel präsentiert werden; dass hier auch auf die Probleme des historischen Lernens im digitalen Zeitalter eingegangen wird (Shaun Hermel), sei besonders erwähnt.<sup>117</sup> Es fällt auf, dass diese Bruch- und Grenzlinien, zu denen im Übrigen auch und gerade die Unterdrückung und »Vernichtung« der politischen Opposition gehörte, weder vertiefend entfaltet noch systematisch in das Konzept der ›Volksgemeinschafts‹-Forschung einbezogen werden. So finden sich, wie gezeigt, nur wenige Beiträge, in denen die Ergebnisse der Dissens- beziehungsweise Widerstandsforschungen in das Bild der ›Volksgemeinschaft‹ eingearbeitet werden.

Zu den eher bilanzierend angelegten Beiträgen wird man auch das Buch Michael Wildts »Volk, Volksgemeinschaft, AfD«<sup>118</sup> zählen dürfen, das offenbar mit einem durchaus aktuell-politischen Aufklärungsinteresse geschrieben worden ist. In mehreren Schritten misst Wildt den im Titel genannten Themenrahmen aus: Nachdem er in der Einleitung geklärt hat, dass die nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹ zum Inbegriff eines rassistischen und antisemitischen Konzepts des Volkes geworden sei (S. 11), schildert er die Geschichte des Begriffs des Volkes von den Zeiten der griechischen Antike bis zur Gegenwart. Sodann beleuchtet er die Geschichte der ›Volksgemeinschafts‹-Programmatik, die in ihren Anfängen, etwa im Ersten Weltkrieg, nicht nur nationalistisch, sondern, vertreten durch die Parteien der Weimarer Koalition, durch-

116 Schmiechen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., Der Ort der ›Volksgemeinschaft‹ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte.

117 Shaun Hermel, Gedenkstätten im digitalen Zeitalter – Möglichkeiten und Grenzen des historischen Lernens am Beispiel der Gedenkstätte Ahlem, in: ebd., S. 486–496.

118 Wildt, Volk, Volksgemeinschaft, AfD.



aus demokratisch konnotiert war (S. 60) und zudem auch außerhalb Deutschlands, wie das Beispiel der »Volksheim«-Idee in Schweden zeigt (S. 74), Anhänger warb. Speziell mit der nationalsozialistischen »Volksgemeinschafts«-Propaganda gewann dieses Konzept an Exklusions-Dynamik – bis hin zu Verfolgung und Massenmord. (S. 65ff.) Dabei verweist Wildt mit Recht darauf, dass die Konstruktion der spezifisch nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« nicht nur ein Akt diktatorischer Durchsetzung war, sondern auf der Mitwirkung zahlreicher »Volksgenossen« und »Volksgenossinnen« beruhte, die zum Beispiel als Politische Leiter der NSDAP, als Blockwarte und DAF-Funktionäre aktiv an der Realisierung dieser gesellschaftlichen Zielvorstellung beteiligt waren. (S. 82f.) Schließlich untersucht Wildt den Begriff des »Volkes«, wie ihn populistische Bewegungen beziehungsweise politische Parteien, zum Beispiel die Alternative für Deutschland (AfD), nutzen. Er macht klar, dass (rechts-)populistische Bewegungen beziehungsweise Parteien, deren Aufstieg in den letzten Jahrzehnten in zahlreichen (europäischen) Ländern zu beobachten war, in ihrer Propaganda von der plakativen Gegenüberstellung von – angeblich – abgehobener, korrupter und volksfeindlicher Elite auf der einen Seite und »Volk«, dessen Interessen – ebenfalls angeblich – von der Elite missachtet werden, auf der anderen Seite leben. (S. 91ff.) Und wenn die AfD die Gemeinschaft dieses Volkes beschwöre, so befinde sie sich, eben wegen der damit verbundenen Ab- und Ausgrenzungskriterien, in »geistiger Nähe des Nationalsozialismus, denn nach den Verbrechen des NS-Regimes, die im Namen der »Volksgemeinschaft« begangen wurden, gibt es keinen »unschuldigen« Gebrauch dieses Begriffs mehr«. (S. 117)

Zu nennen ist auch Michael Wildts im Spätsommer 2019 erschienener Band zur »Ambivalenz der Volksgemeinschaft. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte«. <sup>119</sup> Nur am Rande sei erwähnt, dass der Untertitel zumindest missverständlich ist, liegen doch die Begriffe »Nationalsozialismus« und »Gesellschaftsgeschichte« nicht auf derselben Abstraktionsebene; so kann der Nationalsozialismus nicht selbst als Gesellschaftsgeschichte, sondern allenfalls als deren Gegenstand betrachtet werden. Wer eine aktuelle Bilanz der Forschung zur Gesellschaftsgeschichte des »Dritten Reichs« erwartete, wurde enttäuscht: Anders als die Verlagsankündigung vermuten ließ, handelt es sich bei diesem Band – mit wenigen Ausnahmen – um eine Zusammenstellung von Aufsätzen, die in den Jahren seit 1997 publiziert wurden und in ihrer inhaltlichen Reichweite wie in ihrer Argumentationsweise recht unterschiedlich angelegt sind: Da stehen Aufsätze zur Gesamtthematik neben Diskussionsbeiträgen, in denen Wildt sich mit den Positionen anderer Autoren auseinandersetzt. Allein die Einleitung bietet Ansätze zu einer Gesamtschau der recht heterogenen Aufsätze, die im Übrigen der Argumentation im bereits 2017 veröffentlichten Band »Volk, Volksgemeinschaft, AfD« nahe kommt. Auf die Argumente der Kritiker und Kritikerinnen der jüngeren »Volksgemeinschafts«-Forschungen geht Wildt vor allem in seinem Beitrag »Volksgemeinschaft – eine moderne Perspektive auf die nationalsozialistische Gesellschaft« ein, der nach seiner Veröffentlichung in englischer Sprache 2014 hier

<sup>119</sup> Michael Wildt, Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, 423 S., brosch., 24,00 €.



erstmalig auf Deutsch publiziert wird.<sup>120</sup> Auch wenn die Auseinandersetzung mit der Kritik recht pauschal ausfällt, finden sich hier bemerkenswerte Präzisierungen seiner eigenen Position, sei doch der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ nicht als analytische Feststellung eines Gesellschaftszustandes, sondern als Aufforderung zu verstehen, die nationalsozialistische Gesellschaft als hergestellte wie erst noch herzustellende zu begreifen und sie als soziale Praxis zu untersuchen. (S. 46) Hierher gehört wohl auch, dass Michael Wildt an anderer Stelle, ebenfalls 2014 erstmals veröffentlicht, darauf hingewiesen hat, dass »dass es die ›Volksgemeinschaft‹, wie sie vom NS-Regime propagiert worden ist, als soziale Wirklichkeit nicht gegeben hat.«<sup>121</sup>

Auch beim Buch »Volk ohne Mitte«<sup>122</sup> von Götz Aly handelt es sich um eine Zusammenstellung von Vorträgen und Aufsätzen; hier präsentiert Aly erneut seine Thesen, die er schon in seinem Buch »Hitlers Volksstaat«<sup>123</sup> entfaltet hatte. Das Spektrum der Themen ist breit: Es reicht von einem Porträt Wilhelm Röpkes über die Aufdeckung der »Arbeit an den ›Vorstufen der Vernichtung‹«, die mit den Namen der Historiker Theodor Schieder und Werner Conze verbunden ist, bis hin zu den »Deutschen in der Stunde Null«. Und einmal mehr wird auf den Massenraub und damit auf die Nutznießer des Mordes an den europäischen Juden hingewiesen (S. 84 und 99), was zur Untermauerung der bereits früher entfalteten These herangezogen wird, das ›Dritte Reich‹ sei eine »Gefälligkeitsdiktatur« beziehungsweise »Zustimmungsdiktatur« gewesen.<sup>124</sup> Darauf wird weiter unten nochmals eingegangen.

Den Aktivisten und Sympathisanten der »Studentenbewegung« in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre galt der Faschismus als eine Form der »bürgerlichen Herrschaft«. Was das eigentlich sei, wurde nicht konkret beantwortet und diente vor allem dazu, Kapitalismus und Diktatur in einen systematischen Zusammenhang zu rücken.<sup>125</sup> Jenseits dieser (damals) aktuell-politischen Interessen hat Norbert Frei die Frage nach dem Verhältnis von Nationalsozialismus und Bürgertum im Oktober 2016 mit einer Tagung aufgegriffen, deren Beiträge in einem Sammelband veröffentlicht worden sind.<sup>126</sup> Zu den Leitfragen von Tagung und Band gehören: Wie war die NS-›Volksgemeinschaft‹ zusammengesetzt? Wer gab den Ton an? Wie also sah die Binnenstruktur der deutschen Gesellschaft des ›Dritten Reichs‹ aus? (S. 9) Die Beiträge sind in vier Großkapiteln angeordnet, die einer zeitlichen Gliederung folgen. Zunächst geht es um »Bürger in der Krise. Hoffnungen und Befürchtungen 1930–1934«, dann um »Bürger in Braun. Selbstverwandlungen und Zumutungen 1934–1939« und schließlich um »Bürger im Krieg. Verlusterfahrungen und Beharrungskräfte«; im letzten Kapitel wird

120 Michael Wildt, Volksgemeinschaft: A Modern Perspective on National Socialist Society, in: Steber/Gotto (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany*, S. 43–49; deutsch: Volksgemeinschaft – eine moderne Perspektive auf die nationalsozialistische Gesellschaft, in: ders., *Die Ambivalenz des Volkes*, S. 23–46.

121 Wildt, »Volksgemeinschaft«, Version: 1.0.

122 Götz Aly, *Volk ohne Mitte. Die Deutschen zwischen Freiheitsangst und Kollektivismus*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2015, 265 S., geb., 21,99 €.

123 Vgl. Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt am Main 2005.

124 Ebd., S. 36.

125 Vgl. dazu auch Müller, *Zeit der Unterhändler*, S. 7ff.

126 Frei, *Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?*

der zeitliche Rahmen auf das »Bürgertum danach. Selbst- und Umdeutungen seit 1945« ausgeweitet. Auch hier ist das Spektrum der Beiträge weit gespannt: Behandelt werden ganz unterschiedliche Themenaspekte, auf die bereits bei den entsprechenden Problemen eingegangen wurde. Dass bei einer Tagung der Themenkreis nicht wirklich systematisch ausgeleuchtet werden kann, liegt auf der Hand; dass also die zahlreichen Mosaiksteine kein umfassendes Gesamtbild ergeben, ist nicht verwunderlich; vermutlich hätte eine einleitende klare Definition von Bürgertum und Bürgerlichkeit ebenso wie die eines plausiblen Gegenbegriffs geholfen, die Einzelinformationen zu gewichten. Nach eher verstreuten Hinweisen findet sich erst in der Schlussdebatte das Bemühen um eine Klärung der Begriffe und um eine Antwort auf die titelgebende Leitfrage: Ute Daniels Statement fand wohl breite Zustimmung: Danach waren Bürgertum und Nationalsozialismus keine voneinander getrennten Bereiche; für »das« Bürgertum waren nicht der Nationalsozialismus, sondern Sozialismus und Kommunismus das »Andere«. (S. 387) Ähnlich argumentierte Bernd Weisbrod: Für Bürger, gekennzeichnet durch Besitz und Bildung, war der Nationalsozialismus gegenüber der Sozialdemokratie die bessere Alternative. (S. 388) Und er wandte sich gegen die »Wiederentdeckung der ›Volksgemeinschaft‹«, durch die der Fokus der Forschung einseitig auf die »Erlebniswelt« des Nationalsozialismus verschoben werde. (S. 394)

## 2. Gesamt- und Überblicksdarstellungen: Zur allgegenwärtigen Präsenz der ›Volksgemeinschaft‹

Schauen wir zunächst auf Riccardo Bavajs Studie »Der Nationalsozialismus«. <sup>127</sup> Bavaj betont schon mit Blick auf die Weimarer Republik die Wirksamkeit der ›Volksgemeinschafts‹-Idee (S. 37f.), präzisiert dann aber hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung im ›Dritten Reich‹ seinen Befund, indem er gerade die Grenzen der ›Volksgemeinschaft‹ herausarbeitet und darauf verweist, dass es den Nationalsozialisten gelungen sei, ein Gefühl der ›Volksgemeinschaft‹ und sozialer Gleichheit zu vermitteln. (S. 75f.) Außerdem betont er, dass die Idee der ›Volksgemeinschaft‹ auch als Motor der Gewalt gewirkt habe (S. 163, Anm. 53ff.). Hebt Bavaj auch auf die nachhaltige Wirksamkeit der Idee der ›Volksgemeinschaft‹ ab, so behält er doch auch die Grenzen der Verwirklichung im Blick. (S. 163)

Auch diejenigen, die die rassistische Ungleichheit als Strukturprinzip der NS-Gesellschaftsordnung benennen, kommen nicht ohne den Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ aus. Das gilt zum Beispiel für Dietmar Süß' Untersuchung »Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich«. <sup>128</sup> Süß, der den Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ als »magischen Begriff« klassifiziert (S. 13), verzichtet wegen der, wie er meint, besseren Lesbarkeit bewusst darauf, diesen Begriff in Anführungszeichen zu setzen. (S. 274, Anm. 4 zu S. 9) Da dieser Verzicht nicht auf alle Begriffe der NS-Ideologie und -Politik – zum Beispiel nicht auf den der »Machtergreifung« (S. 8) – angewandt wird, könnte seine Verwendung ohne Anführungszeichen doch als Affirmation verstanden werden. Durch die Nutzung von Zeitzeugenaussagen, zum Beispiel in Tagebüchern, als Struktur bilden-

<sup>127</sup> Bavaj, Der Nationalsozialismus.

<sup>128</sup> Süß, »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«.

des Gliederungsmerkmal wird eine gewisse Authentizität des damaligen Erlebens vermittelt; demgemäß wird die ›Volksgemeinschafts‹-Thematik nicht in einem eigenen Kapitel systematisch behandelt, sondern sie durchzieht das ganze Buch. Symbole oder Manifestationen der ›Volksgemeinschaft‹ werden immer wieder angesprochen: Die Reihe reicht von der ›Volksgemeinschaft‹ als schulisches Unterrichtsziel (S. 70) und der gesetzlichen Untermauerung der ›Volksgemeinschaft‹ (S. 75f.) über die Werksgemeinschaft (S. 82) und die Festgemeinschaft (S. 128ff.) bis zur »zwangsbefriedeten, rassisch homogenen Volksgemeinschaft« (S. 141), der »tatsächlichen Volksgemeinschaft unterwegs«, also zu »Kraft durch Freude« (S. 143), und zur »kriegerischen Volksgemeinschaft« sowie deren Agenturen wie HJ, NS-Volkswohlfahrt und NS-Frauenschaft (S. 149ff. und 170). Und Kriegstote sollten, so die NS-Propaganda, im Gedächtnis der ›Volksgemeinschaft‹ weiterleben (S. 244). Schließlich weist Süß darauf hin, dass noch im Krieg das Kriterium der volksgemeinschaftlichen Zugehörigkeit eine zentrale Rolle bei den Anträgen auf Leichentrauungen spielte. (S. 247) Und überhaupt habe das Regime zur »freiwilligen Selbstoptimierung für die Volksgemeinschaft« aufgerufen (S. 270). Mit Blick auf die Nachwirkungen dieser Propaganda heißt es schließlich:

»Der Appell an die rassistisch-meritokratischen Tugenden der Volksgemeinschaft gehört wohl zu den eindringlichen Prägungen, die weit über das Kriegsende hinausreichten und deutlich machen, dass mit dem 8. Mai 1945 zwar der Krieg endete, aber die deutsche Gesellschaft noch lange nicht aus dem Schatten des Dritten Reiches herausgetreten war. Gewalt, Ordnungswahn und die Selektion des sozial und ökonomisch ›Nützlichen‹ bleiben mögliche Antworten moderner, bürgerlicher Gesellschaften auf die Herausforderungen ihrer Zeit. Das macht die Geschichte des Nationalsozialismus unverändert bedrohlich und aktuell.« (S. 271f.)

Auch wenn der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ immer wieder mit ergänzenden, zum Teil präzisierenden Beiworten wie »rassistisch« oder »kämpferisch« versehen wird und auch wenn die Grenzen der ›Volksgemeinschaft‹ (S. 234f.) und der papierene Charakter des »Gleichheitsversprechens« (S. 95f.) angesprochen werden, könnte wohl insgesamt, einfach wegen des häufigen Gebrauchs, der Eindruck entstehen, der Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ beschreibe letztlich zutreffend die Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹.

### 3. Lokalstudien: ›Volksgemeinschaft‹ konkret

Wie anregend das Konzept der ›Volksgemeinschafts‹-Forschung gewirkt hat, zeigt sich auch bei Lokalstudien mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive.

Da ist exemplarisch der Katalog zur Dauerausstellung »Gelsenkirchen im Nationalsozialismus« zu nennen.<sup>129</sup> Auch dieser Band nutzt die Frage nach »Anspruch und Wirklichkeit« der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹, um die gesellschaftliche Entwicklung in Vorkriegs- und Kriegszeit am Beispiel Gelsenkirchens auszu-leuchten. Nach einer soziostrukturell und -kulturell fundierten Darstellung des Aufstiegs der NSDAP in dieser Ruhrgebietsstadt werden einige Bereiche der nationalso-

129 Vgl. dazu Schmidt, Gelsenkirchen im Nationalsozialismus.

zialistischen ›Volksgemeinschafts‹-Politik genauer betrachtet: Da geht es zum Beispiel um den Autobahnbau und den KdF-Wagen, die beide gleichermaßen das Zukunftsbild einer »motorisierten Volksgemeinschaft« entwarfen, das in der Realität des Kriegs rasch zerstob. (S. 73ff.) Das Gleiche gilt für die von »Kraft durch Freude« geweckten Hoffnungen auf erschwingliche Reisen für alle ›Volksgenossen‹ und ›Volksgenossinnen‹, von denen nur der »schöne Schein« blieb, den die Werbeplakate ausmalten. (S. 82ff.) Immer wieder werden die Mechanismen von Integration und Ausgrenzung deutlich, die die ›Volksgemeinschaft« speziell in der Arbeitswelt, in der Freizeit, in der Familie und in der Schule prägten. (S. 95ff.) Auch an die amtliche Auslegung der Rassegesetze ist zu erinnern, nach der Eheschließungen, die für die ›Volksgemeinschaft« unerwünscht waren, verboten waren – mit einer Ausnahme: Verlobte, die eine Erbkrankheit hatten, konnten heiraten, wenn die Partner unfruchtbar waren. (S. 137) Die ›Volksgemeinschaft« basierte eben auf der Ausgrenzung und Verfolgung aller als »volksfeindlich« und/oder »volksschädlich« klassifizierten Gruppen, von den Homosexuellen über die Behinderten bis zu den »Zigeunern« und den Juden. (S. 139ff.) Die Doppelung von Verlockung und Zwang, von Zustimmung und Unterwerfung kennzeichnete die gesellschaftliche Wirklichkeit der »kämpfenden deutschen Volksgemeinschaft« der Kriegsjahre. (S. 166f.) Dabei wurde die Verfolgung der als »Volksschädling«, »Rundfunkverbrecher« oder »Wehrkraftzersetzer« Gebrandmarkten – parallel zu den forcierten Deportationen und Massenmorden – noch verschärft. (S. 172f.) Die ›Volksgemeinschaft« wurde zur »Luftschutzgemeinschaft«, aus der alle nicht als zugehörig Anerkannten ausgegrenzt wurden; Fremd- und Zwangsarbeitern wurde der Zutritt zu den Bunkern ebenso verwehrt wie Juden. (S. 194) Ein Blick auf die Situation in der direkten Nachkriegszeit (1945–1949) und dann auf die beginnende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit rundet den Katalogband ab, der seine in gut verständlichen Texten zusammengefassten Befunde mit einer Vielzahl von Abbildungen und Dokumenten belegt und illustriert, sodass der Katalog eine überaus informative und anschauliche Lektüre bietet, bei der stets der Zusammenhang zwischen »großer Politik« und lokalem Geschehen deutlich wird.

Als ein weiteres Projekt mit lokalgeschichtlichem Zugriff sind hier die Forschungen zum Thema »München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft« vorzustellen. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt des Historischen Seminars der Ludwig-Maximilians-Universität München und des Stadtarchivs München. Die bisher im Rahmen dieses Projekts erschienenen Bände, für die Andreas Heusler, Hans Günter Hockerts, Christiane Kuller, Michael Stephan, Winfried Süß und Margit Szöllösi-Janze als Herausgebende verantwortlich zeichnen, präsentieren wichtige Teilaspekte einer gesellschaftsgeschichtlich inspirierten Stadtgeschichte.<sup>130</sup> Da die einzelnen Bände in diesem Literaturbericht bereits vorgestellt wurden, sei hier nur noch vermerkt, dass sie, ausgehend von einem lokalen Fallbeispiel, insgesamt das Bild einer nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung zeichnen, die keineswegs al-

130 Bislang erschienen sind: *Annemone Christians*, Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München, Göttingen 2013; *Florian Wimmer*, Die völkische Ordnung von Armut. Kommunale Sozialpolitik im nationalsozialistischen München, Göttingen 2014; im Berichtszeitraum erschienen: *Rabe*, Die Stadt und das Geld; *Szöllösi-Janze*, München im Nationalsozialismus; *Irlinger*, Die Versorgung der »Hauptstadt der Bewegung«.

lein zentralistisch durch Vorgaben der NS-Partei- und -Staatsführung formiert wurde, sondern von der Bereitschaft zum Mitmachen auf mehreren Ebenen, eben in Stadt und Land, mitgeprägt wurde. So nutzten die Kommunalpolitiker, wie sich am Beispiel Münchens zeigt, ihre Handlungsspielräume zur durchaus eigenständigen Verwirklichung der nationalsozialistischen Ziele.

### **Bilanz und Konsequenzen: Zum Charakter des nationalsozialistischen Gesellschafts- und Herrschaftssystems**

Resümierend festzuhalten ist: Der Boom der ›Volksgemeinschafts‹-Forschung hält weiterhin an. Damit verbunden ist, was ausdrücklich zu begrüßen ist, ein nach wie vor großes Interesse in Wissenschaft und breiterem Publikum an Fragen der Gesellschaftsgeschichte des ›Dritten Reichs‹. Und ebenfalls positiv zu vermerken ist, dass sich immer deutlicher auch bei denjenigen, die den Bezugspunkt der ›Volksgemeinschaft‹ zum Ausgangspunkt ihrer Forschungen machen, Hinweise darauf zeigen, dass mit diesem Begriff nur eine unzureichende Beschreibung der gesellschaftlichen Realität des ›Dritten Reichs‹ erreicht wird. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die bereits angesprochene Präzisierung Michael Wildts, die ein konsensfähiges Resultat der jüngeren ›Volksgemeinschafts‹-Forschung festhält: »Ein wissenschaftlich produktiver Umgang mit dem Begriff ›Volksgemeinschaft‹ besteht darin, ihn praxeologisch zu verstehen, ›Volksgemeinschaft‹ nicht als gegeben vorauszusetzen, sondern die Praktiken ihrer Herstellung, kurz: Vergemeinschaftung zu untersuchen.«<sup>131</sup> Die hier präsentierten Forschungsarbeiten tragen also ohne Zweifel zu einer Differenzierung und Präzisierung unserer Kenntnisse über die Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ bei.

Doch auch wenn bei den Befürworterinnen und Befürwortern des ›Volksgemeinschafts‹-Paradigmas vorsichtige Relativierungen, ja Absetzbewegungen zu beobachten waren, nutzen die neueren Veröffentlichungen zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus noch immer vielfach den »Lockbegriff« der ›Volksgemeinschaft‹, um die Aufmerksamkeit der Leser und Leserinnen zu wecken. So ist es erstaunlich, dass auch die Autorinnen und Autoren, die bei ihren durch das ›Volksgemeinschafts‹-Paradigma angeregten oder unter dem Label ›Volksgemeinschaft‹ publizierten (und vermarkteten) Studien durchaus auch die Bruch- und Grenzzlinien in der Realität der ›Volksgemeinschaft‹ markieren, letztlich doch an diesem Begriff festhalten.

Aus drei Gründen soll hier die Verwendung des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹ problematisiert werden: Zum ersten werden, wenn die nationalsozialistische Gesellschaftsordnung als ›Volksgemeinschaft‹ bezeichnet wird, die nichtnationalsozialistischen Vorstellungen der ›Volksgemeinschaft‹ einfach einbezogen, obwohl sie doch, wie auch von den Befürworterinnen und Befürwortern des ›Volksgemeinschafts‹-Interpretaments betont, nicht mit dem nationalsozialistischen Konzept zu identifizieren sind. Zweitens mahnen quellenkritische Überlegungen zur Vorsicht: So ist darauf zu achten, dass die nationalsozialistische Propaganda nicht als Beleg für den Erfolg der entsprechenden Politik genommen wird; andere Quellen, vor allem die Lage- und Stimmungsberichte sowohl der Ortspolizeistellen, der Regierungspräsidenten

131 Wildt, »Volksgemeinschaft«, Version: 1.0.

und auch der Sopade, lassen ein differenzierteres Bild entstehen. Schließlich wird man sich drittens bei der Bestimmung des Charakters der Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ nicht allein an der nationalsozialistischen Füllung des Begriffs der ›Volksgemeinschaft‹ und an den Erinnerungen von Zeitzeugen und -zeuginnen, vor allem von ehemaligen ›Volksgenossen‹ und ›Volksgenossinnen‹, orientieren dürfen, würde man damit doch allzu leicht einem Zirkelschluss aufsitzen; denn dabei geriete ja primär die Sichtweise derjenigen in den Blick, die nach den In- und Exklusionskriterien der nationalsozialistischen Definition zu den anerkannten Mitgliedern der ›Volksgemeinschaft‹ gehörten. Vielmehr müsste bei der wissenschaftlichen Beschreibung einer Gesellschaftsformation als ›Volksgemeinschaft‹ das historisch gewachsene »Volk« insgesamt als ein aus der Gemeinsamkeit von Sprache, Kultur und Geschichte sowie Raum und Staatlichkeit beziehungsweise Staatsbürgerschaft gebildeter Personenverband betrachtet werden, aus dem nicht willkürlich Personengruppen nach ihnen zugewiesenen sozialen, politischen, rassistischen oder sozialdarwinistischen Merkmalen ausgeschlossen werden dürfen, um allein die in nationalsozialistisch-völkischem Sinne anerkannten »Volkzugehörigen« zu »vergemeinschaften«.

Schon ein Blick auf die »Integrationsagenturen« der NS-Herrschaft macht – wie die Arbeiten über HJ, Polizei, Justiz und Kultur gezeigt haben – deutlich, dass die ›Volksgemeinschafts‹-Politik der Nationalsozialisten keineswegs in der Lage war, eine einheitlich und geschlossen agierende Gemeinschaft zu schaffen. Auch war die Gesellschaft gespalten entlang der »alten« Spannungs- und Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit und auch entlang der »Geschlechterlinie«. Das schlug sich, wie Lageberichte und auch Prozessakten dokumentieren, in der Stimmung der Bevölkerung, in Protestaktionen und schließlich im politischen Widerstand nieder. So lassen sich keinesfalls ganze Schichten – zum Beispiel Arbeiterschaft, Bürgertum und Landbevölkerung – eindeutig in ihrem Verhältnis zum Regime bestimmen. Und das gilt auch für Einzelpersonen, fanden sich doch bei ein und derselben Person durchaus Kritik an Einzelmaßnahmen des Regimes und auch Folge- und Mitmachbereitschaft. Selbst Menschen, die vor allem wegen ihrer aktiven Teilnahme am politischen Widerstand als »Widerstandskämpfer« betrachtet werden, stimmten in Teilbereichen oder auch Phasen der Entwicklung mit einzelnen Maßnahmen oder auch mit Kernbereichen der NS-Politik überein.

Die nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹ erwuchs – das wird auch in zahlreichen der hier besprochenen Studien betont – keineswegs nur aus der Inklusion der Zugehörigen; mindestens genauso wichtig waren die Maßnahmen der Exklusion, also Ausgrenzung und Ausschluss von nicht als zugehörig Markierten. Dabei kennzeichnet es die ›Volksgemeinschafts‹-Ideologie, dass sich die zu den Zugehörigen Gezählten »sicher«, dass sie sich auch als »besser« fühlen durften als die Ausgegrenzten. Die Ausgrenzung und Abwertung der »anderen« war eine der zentralen Voraussetzungen für den mentalen Zusammenhalt der ›Volksgemeinschaft‹, deren Binnendifferenzierung entlang der genannten Bruch- und Konfliktlinien durch das Kontrastieren gegenüber den als »gemeinschaftsfremd« Stigmatisierten in den Augen vieler als zugehörig Anerkannten an Bedeutung verlor. Die ›Volksgemeinschaft‹ brauchte die Ausgegrenzten, um als solche überhaupt spürbar zu sein. Die Zugehörigkeit zur ›Volksgemeinschaft‹ und die Ausgrenzung der Ausgestoßenen waren funktional aufeinander bezogen. Damit wird die Grenze fließend zwischen denjenigen, die als Täter aktiv an der Verfol-



gung und Vernichtung von Ausgegrenzten beteiligt waren, und denjenigen, die allein als Angehörige der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ den Maßnahmen des NS-Regimes zugeschaut und für ihr Selbstbewusstsein oder auch ganz materiell von der Verfolgung der »anderen« profitiert haben. Mit dem pauschalen Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ wird die deutsche Gesellschaft zu einer »Mittätergesellschaft«, in der die Unterschiede zwischen den vielfältigen Verhaltensweisen unter der Diktatur zu verschwimmen drohen, werden doch letztlich fast alle zu Komplizen.

Die Realität war jedoch facettenreicher, wie auch die hier vorgestellten Arbeiten zeigen: Da gab es die Akte des begeisterten und aktiven Mitmachens, auch der Unterwerfung und Selbsteinordnung; es gab das Mitnehmen der vom Regime gebotenen Vergünstigungen und die Nutzung der sich bietenden Gelegenheiten, um zu profitieren; und es gab, wie sich zum Beispiel bei der Polizei, bei der Justiz und bei der Arbeitsverwaltung zeigte, die Prägekraft der administrativen Routine, die den nicht infrage gestellten Vollzug von politisch-ideologischen Entscheidungen als »normal« erscheinen ließ. Aber es gab auch die Versuche, sich den Regime-Anforderungen möglichst unauffällig zu entziehen oder die Anordnungen zu unterlaufen; und es gab die mannigfachen Anzeichen von Dissens – bis hin zu Protest und politischem Widerstand. Genau das sichtbar zu machen, ist doch eine zentrale Aufgabe der Erforschung der Gesellschaft des ›Dritten Reichs‹. Die Faktoren der Integration und der Desintegration, die Anzeichen von Mitmachen, sich Entziehen und Widerstehen sowie die Maßnahmen von Inklusion und Exklusion müssen systematisch zusammengesehen werden. Mit anderen Worten: Dank der in manchen Beiträgen entfalteten Betrachtung der ›Volksgemeinschaft‹ nicht als einer gesellschaftlichen Realität, sondern als eines anzustrebenden und herzustellenden Gesellschaftszustandes ist der Weg zur Synthetisierung der unterschiedlichen Sichtweisen auf die Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ erkennbar.

So wird hier dafür plädiert, den Begriff der ›Volksgemeinschaft‹ mit Blick auf das ›Dritte Reich‹ allenfalls mit präzisierenden Zusätzen zu verwenden. Wenn also überhaupt hinsichtlich der Gesellschaft des ›Dritten Reichs‹ von ›Volksgemeinschaft‹ die Rede sein soll, dann allenfalls von einer nach verabsolutierten rassistischen und politischen Kriterien zu formierenden ›Volksgemeinschaft‹, eben einer »Nationalsozialistischen Volksgemeinschaft«, die zu keiner Zeit das von den Nationalsozialisten angestrebte beziehungsweise behauptete Ausmaß an Einheitlichkeit und Geschlossenheit erreichte und deren Brüche und Grenzen immer mitbedacht werden müssen.

Damit stellt sich die Frage, wie denn die gesellschaftliche Realität des ›Dritten Reichs‹ zu bezeichnen sei. Wenn nicht ›Volksgemeinschaft‹ – was dann? Mit Rücksicht auf die oben skizzierten Befunde zu den sozialen Bruchlinien innerhalb der »Nationalsozialistischen Volksgemeinschaft« wird man die Gesellschaftsordnung des ›Dritten Reichs‹ als Klassengesellschaft bezeichnen können. Es handelte sich allerdings um eine Klassengesellschaft, in der die Klassenspannungen bemäntelt und die offenen Austragungsformen der Konflikte gewaltsam unterbunden wurden. Festzuhalten ist also:

»Entgegen dem von Hitler und Goebbels immer wieder beschworenen Ende des Klassenkampfes und der Einheit aller Arbeiter der Stirn und der Faust sowie der Unternehmer blieben die strukturellen Unterschiede und sozialen Asymmetrien zwischen Arbeitgebern und



Arbeitnehmern, Kleingewerbetreibenden und Großbetrieben, selbstständigen Kleinbauern und Großgrundbesitzern auch im Nationalsozialismus erhalten.«<sup>132</sup>

Die »Nationalsozialistische Volksgemeinschaft« und die »verdeckte Klassengesellschaft« bildeten also zwei Seiten der Gesellschaftsordnung des »Dritten Reichs«.

Die Benennung der Gesellschaftsformation klärt nicht zugleich das Spezifikum der nationalsozialistischen Herrschaft und damit den Charakter des NS-Regimes. So scheint es fragwürdig, ob man wegen der breiten gesellschaftlichen Vernetzung der nationalsozialistischen »Volksgemeinschafts«-Politik, in der NSDAP- und DAF-Funktionäre ebenso wie Blockwarte und viele andere zu »Mittätern« wurden, wirklich von einer »Form der Partizipation«<sup>133</sup> sprechen kann, könnten doch durch die Verwendung eines vielfach in demokratischen Zusammenhängen verwandten und demgemäß positiv konnotierten Begriffs – irreführende – Vorstellungen von den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung in der NS-Diktatur hervorgerufen werden. Auch die Bezeichnungen »des« NS-Herrschaftssystems als »Beteiligungsdiktatur«<sup>134</sup>, »Zustimmungsdiktatur«<sup>135</sup> oder »Gefälligkeitsdiktatur«<sup>136</sup> verharmlosen den brutalen Charakter des NS-Staats; denn hinter dem Werben um Zustimmung und Einordnung standen immer Zwang und Gewalt, die die Zeugnisse der Zustimmung zumindest partiell entwerteten. Zehntausende von Frauen und Männern wurden aus politischen Gründen mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft, wurden in die Konzentrationslager verschleppt, wurden Opfer von Folter, Mord und Hinrichtung. Bei Kriegsbeginn betrug die Zahl der politischen Häftlinge in Konzentrationslagern rund 25.000; sie stieg bis März 1942 auf knapp 100.000. Nach amtlicher Statistik wurden mindestens 25.000 Menschen, davon etwa 11.000 kriegsgerichtlich oder standrechtlich, als politische Oppositionelle zum Tode verurteilt und hingerichtet.<sup>137</sup> So war das NS-Regime nicht primär durch das Werben um Zustimmung und nicht zuvörderst durch die Unterstützung seitens weiter Kreise der Bevölkerung, sondern durch den machtpolitisch motivierten Terror, die imperialistische Aggression und die brutalen Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und Mordaktionen der Nationalsozialisten gekennzeichnet: Gewalt nach innen und nach außen bildete das eigentliche Signum der NS-Diktatur.

132 Wildt, »Volksgemeinschaft«, Version: 1.0.

133 Vgl. Norbert Frei, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1987, S. 98ff.; vgl. auch Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007, S. 374. Kritisch dazu schon Tschirbs, *Das Phantom der Volksgemeinschaft*, S. 27 und 36, sowie Moritz Föllmer, *Volksgemeinschaft zwischen Bedeutungsvielfalt und Homogenitätsanspruch*, in: VfZ 62, 2014, S. 452–459, hier: S. 452.

134 Vgl. Sven Reichardt, *Beteiligungsdiktaturen in Italien und Deutschland. Vergleichende Anmerkungen zur »Volksgemeinschafts«-Debatte*, in: Schmichen-Ackermann/Buchholz/Roitsch u. a., *Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte*, S. 118–133.

135 Vgl. Frank Bajohr, *Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg*, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), *Hamburg im »Dritten Reich«*, Göttingen 2005, S. 69–121.

136 Vgl. Aly, *Hitlers Volksstaat*, S. 36.

137 Zahlen nach Manfred Funke, *Gewerkschaften und Widerstand. Zwischen Ausharren und Orientierung auf die Zukunft*, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), *Widerstand und Exil 1933–1945*, Bonn 1985, S. 60–75, hier: S. 66.

FABIAN LEMMES

## Neue Wege der historischen Anarchismusforschung (19.–21. Jahrhundert)

### Teil 1: Grundlagen und Konturen eines expandierenden Forschungsfelds

Der Anarchismus spielte in der historischen Forschung lange nur eine marginale Rolle. Selbst in der Historiografie zur Arbeiterbewegung war er, von Spanien abgesehen, ein Nischenthema. In den letzten Jahren hat sich dies wesentlich geändert. Wissenschaftliche und außerwissenschaftliche Gründe greifen dabei auf mehreren Ebenen ineinander. So ist das erstarkte Forschungsinteresse teilweise auf eine neue politische Aufmerksamkeit für anarchistische Ideen und Praktiken seit der Jahrtausendwende zurückzuführen. Interesse weckt der Anarchismus aber auch als eine Bewegung, die wie kaum eine andere transnational und global agierte, was sie zu einem prädestinierten Sujet für die boomende transnationale und Globalgeschichte macht (für deren Aufschwung es wiederum wissenschaftliche wie außerwissenschaftliche Gründe gibt).<sup>1</sup> Im Lichte zeitgenössischer Terrorismusdebatten interessiert er ferner als eine Bewegung, die phasenweise ostentative Gewalt befürwortete und im späten 19. Jahrhundert zahlreiche Attentäter<sup>2</sup> hervorbrachte. Zusätzlich hat der seit etwa zehn Jahren zu beobachtende Wiederaufschwung der Labour History die Erforschung des revolutionären Syndikalismus beziehungsweise Anarchosyndikalismus beflügelt, einer hybriden, aber wichtigen und nach Zahl der Anhängerinnen und Anhänger sogar der bedeutendsten Erscheinungsform des Anarchismus im ersten und zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts.<sup>3</sup>

Ziel dieses Aufsatzes ist, neue Forschungen und Ansätze der Anarchismusforschung vorzustellen, zu systematisieren und zu diskutieren, Erträge und Leerstellen zu benennen, Innovationspotenzial zu eruieren und Perspektiven für die weitere Forschung aufzuzeigen. Dabei verstehe ich Anarchismusforschung ausdrücklich nicht als Closed Shop für Eingeweihte. Vielmehr soll gerade auch gezeigt werden, warum und für welche Fragen die Beschäftigung mit dem Anarchismus für die allgemeine Geschichte relevant und damit auch für Forscherinnen und Forscher gewinnbringend ist, die nicht zum überschaubaren Kreis der Spezialistinnen und Spezialisten zählen.

Meine Perspektive ist dabei europäisch und global, wobei sich sprachbedingt Einschränkungen ergeben: Berücksichtigt werden Veröffentlichungen in deutscher, eng-

1 Jose Moya, Anarchism, in: Akira Iriye/Pierre-Yves Saunier (Hrsg.), *The Palgrave Dictionary of Transnational History*, Basingstoke/New York 2009, S. 39–41.

2 Es handelte sich bei den anarchistischen Attentätern des 19. Jahrhunderts tatsächlich nur um Männer. Als einzige mir bekannte Ausnahme kann Vera Zasulič gelten, die 1878 auf den St. Petersburger Stadthauptmann Fëdor Trepov schoss und ihn schwer verwundete. Sie stand zu diesem Zeitpunkt noch den Ideen Bakunins nahe, wandte sich bald danach aber dem Marxismus zu.

3 Vgl. insb. David Berry/Constance Bantman (Hrsg.), *New Perspectives on Anarchism, Labour and Syndicalism. The Individual, the National and the Transnational*, Cambridge Scholars Publishing, Newcastle upon Tyne 2010, 245 S., geb., 39,99 £; Constance Bantman/Bert Altena (Hrsg.), *Reassessing the Transnational Turn. Scales of Analysis in Anarchist and Syndicalist Studies* (Routledge Studies in Cultural History, Bd. 33), Routledge, New York 2015, 240 S., geb., 125,00 £.

lischer, französischer, italienischer und spanischer Sprache aus den ungefähr letzten zehn Jahren. Es kann angesichts der Masse von Publikationen nicht um Vollständigkeit gehen, wohl aber sollen die relevantesten Neuerscheinungen diskutiert werden, die prototypisch für zentrale Forschungstendenzen stehen. Da Anarchismusforschung in vergleichsweise hohem Maße interdisziplinär ist, stehen geschichtswissenschaftliche Publikationen zwar im Mittelpunkt, doch richtet sich der Blick immer wieder auch auf die Nachbardisziplinen. Transnationalität ist ein wichtiger, vielleicht der wichtigste Leitbegriff neuerer Arbeiten zum Anarchismus.<sup>4</sup> Was dies in der Forschungspraxis bedeutet und wie transnational die neuere Forschung tatsächlich ist, wird zu diskutieren sein. Am Anfang stehen muss indes eine Auseinandersetzung mit dem Zentralbegriff dieses Beitrags.

### **Zum Gegenstand: Was ist Anarchismus?**

Welche Akteure und, damit verbunden, welche Ideen und Praktiken sind als anarchistisch zu bezeichnen? Welche Phänomene lassen sich unter diesem Etikett sinnvoll fassen und untersuchen? Die Antwort auf diese Fragen hängt auch von der, explizit oder implizit, von jeder Forscherin und jedem Forscher zu treffenden Entscheidung ab, ob »Anarchismus« als analytischer oder als Quellenbegriff benutzt wird.<sup>5</sup> Verwendet man »Anarchismus« als Quellenbegriff, ist die Sache auf den ersten Blick recht einfach: Anarchistin oder Anarchist ist, wer sich als solche oder solcher bezeichnet. Natürlich sind neben der Selbstzuschreibung auch Fremdzuschreibungen relevant, in jedem Fall kann man sich aber an die zeitgenössisch genutzten Bezeichnungen halten. Diese Herangehensweise funktioniert relativ gut, solange man sich im Kernzeitraum der Anarchismusgeschichte bewegt, in der der Begriff ausgeprägt war und von Anhängerinnen und Anhängern libertärer und antiautoritär-sozialistischer Ideen und Bewegungen selbst verwendet wurde. Dieser Zeitraum reicht von circa 1870/1880 bis zum Zweiten Weltkrieg (beziehungsweise bis 1960, wenn man die dezimierten Ausläufer des traditionellen Anarchismus in der zweiten Nachkriegszeit einbezieht) und wird oft als Zeit des »klassischen Anarchismus« bezeichnet. Aber selbst während dieser Periode gibt es Grauzonen, wie zwei Beispiele verdeutlichen: Wie wäre Lev Tolstoj einzuordnen, der den Begriff »Anarchismus« selbst nicht benutzte, dessen Schriften aber viele Überschneidungen mit anarchistischen Positionen aufweisen und der in kaum einer Anthologie libertären Denkens als Vertreter eines »christlichen Anarchismus« fehlt? Und wie die Lebensreformbewegungen der Wende vom 19. zum 20. Jahrhun-

4 Vgl. insb. Berry/Bantman, *New Perspectives on Anarchism*; Steven Hirsch/Lucien van der Walt (Hrsg.), *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940. The Praxis of National Liberation, Internationalism, and Social Revolution* (Studies in Global Social History, Bd. 6), Brill, Leiden/Boston 2010, LXXIII + 463 S., geb., 132 €; Bantman/Altena, *Reassessing the Transnational Turn*.

5 Am explizitesten weist Florian Eitel in seiner Dissertationsschrift auf diese grundlegende Frage hin und entscheidet sich – aus guten Gründen – dafür, »Anarchismus« als analytischen Begriff zu verwenden; Florian Eitel, *Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz. Eine mikrohistorische Globalgeschichte zu den Anfängen der anarchistischen Bewegung im 19. Jahrhundert* (Histoire, Bd. 113), Transcript Verlag, Bielefeld 2018, 630 S., kart., 69,99 €.

dert, deren Anhängerinnen und Anhänger sich nicht unbedingt als anarchistisch verstanden, aber von anarchistischen Ideen inspiriert waren und mit Anarchistinnen und Anarchisten zeitweise in engem Austausch standen? Die Zweifelsfälle nehmen noch deutlich zu, wenn man besagten Kernzeitraum verlässt. Wer kann ideengeschichtlich in der Zeit vor 1860 als anarchistisch gelten? Max Stirner etwa, der als einer der intellektuellen Väter des Individualanarchismus gilt, benutzte den Begriff nicht, inspirierte aber zahlreiche Anarchistinnen und Anarchisten des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Sogar Pierre-Joseph Proudhon, der üblicherweise als einer der »großen drei« neben Michail Bakunin und Pëtr Kropotkin im anarchistischen Kanon seinen festen Platz hat, wäre dann ein Diskussionsfall, hat er sich doch selbst, bis auf eine viel zitierte Stelle in »Qu'est-ce que la propriété?« (1840), nur in seiner Korrespondenz als Anarchisten bezeichnet. Solche Diskussionen über den »richtigen« Kanon wurden und werden unter Anarchistinnen und Anarchisten immer wieder geführt – was nicht überraschen kann, denn Traditionsbildung durch Reklamierung dieser und Ablehnung jener intellektuellen Affiliation dient stets auch der aktuellen Positionsbestimmung und Legitimierung bestimmter programmatischer Ausrichtungen. Noch eindringlicher stellt sich die Frage, was Anarchismus ist, für die Zeitgeschichte: für den »neuen Anarchismus« seit den 1968er-Jahren in Studentenbewegung, Neuen sozialen Bewegungen und alternativen Milieus und mehr noch für die Alterglobalisierungs- und Global-Justice-Bewegungen seit der Jahrtausendwende, die Anarchismus mitunter für sich beanspruchen<sup>6</sup>, in denen er aber oft eher diffus präsent war beziehungsweise ist. Sind etwa Punks anarchistisch oder eher ein jugendkulturelles oder Lifestyle-Phänomen? Ist die Occupy-Bewegung anarchistisch?

Vor diesem Hintergrund ist eine analytische Anarchismusdefinition hilfreich. Weder zu eng noch zu weit gefasst, erlaubt sie einerseits, Anarchismen einzubeziehen, die ihren Namen nicht nennen, und bewahrt andererseits davor, Anarchismus überall zu wittern. Anarchismus kann in diesem Sinne verstanden werden als eine politische Philosophie und eine soziale Bewegung, die auf dem Grundsatz fußen, dass »der schaffende Mensch, und nur dieser, die ganze Macht in seinen Händen halten soll. Jede Aktion, die nicht durch freie und einmütige Vereinbarung legitimiert ist, wird abgelehnt. Auch die Vereinigung in der politischen Assoziation soll ganz und gar durch freiwillige Vereinbarung aller hergestellt werden.«<sup>7</sup> Anders akzentuiert, aber im Grundsatz ähnlich definieren die Herausgeber des »Palgrave Handbook of Anarchism« Anarchismus als »a political concept and social movement associated with future or here and now politico-social projects without the state. It is informed by a commitment to the autonomy of the individual and the quest for voluntary consensus.«<sup>8</sup>

Dabei zeichnet sich der Anarchismus durch ein hohes Maß an Heterogenität und Pluralität aus, die durch ein antidoktrinäres Selbstverständnis und daraus resultierende Theorieskepsis befördert werden. Dies führt dazu, dass Anarchismus – als Idee, Be-

6 Paradigmatisch: David Graeber, *The New Anarchists*, in: *New Left Review*, 2002, Nr. 13, S. 61–73.

7 Niels Beckenbach/Christoph Klotter, *Der Anarchismus als Kampf für den Unterschied unter der Fahne der Gleichheit*, in: *dies.* (Hrsg.), *Gleichheit und Souveränität. Von den Verheißungen der Gleichheit, der Teufelslist der Diktatur und dem schwachen Trost der Nivellierung*, Wiesbaden 2014, S. 200.

8 Carl Levy/Matthew S. Adams, *The Revival of Anarchism as Politics, Methodology, and Its Presence in Academia*, in: *dies.* (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Anarchism*, Palgrave Macmillan, Cham 2019, XXI + 750 S., geb., 245,03 €, S. 1–23, hier: S. 1.

wegung und Praxis – uns in synchroner wie in diachroner Perspektive in vielen Facetten und teils sehr unterschiedlichen Ausrichtungen begegnet. Kleinster gemeinsamer Nenner aller Anarchistinnen und Anarchisten ist, dass sie eine herrschaftslose Ordnung (das heißt Anarchie) anstreben.

Die Frage, wer Anarchistin oder Anarchist und was anarchistisch ist, kann gleichwohl nie eine aprioristische Definition allein beantworten, sondern sollte zu einem gewissen Grad immer auch Teil der Untersuchung selbst sein, denn sie war historisch vielfach umstritten und ihre Beurteilung Wandel unterworfen. Man ist daher gut beraten, zeitgenössische Kontroversen und damit den zeitgenössischen Sprachgebrauch zu berücksichtigen (Konnotationen, alternative Begriffe, Fremd- und Selbstzuschreibungen, begriffliche Vereinnahmungs- und Abgrenzungsstrategien, Gebrauch als Difframierungsbegriff, Umwertung und (Re-)Appropriation von Begriffen). Der Sprachgebrauch verrät uns viel über Anarchistinnen und Anarchisten, über ihr Selbstverständnis, ihre Milieus und Fraktionierungen, aber auch über konkurrierende Akteure, über ihre Gegnerinnen und Gegner und die Kontexte und Gesellschaften, in denen sie agierten.

### *Zur Anlage des Beitrags*

Die folgenden Ausführungen gliedern sich in vier Abschnitte. Am Anfang steht ein allgemeiner Überblick über die Entwicklung und Merkmale der Forschung zum Anarchismus. Anschließend geht es um forschungspraktische Grundlagen – Handbücher, Überblicksdarstellungen und publizierte Quellen. Abschnitt 3 befasst sich mit ideengeschichtlichen Ansätzen, Abschnitt 4 mit neueren länderbezogenen Studien zu anarchistischen Bewegungen in Europa.

Der Beitrag wird in der folgenden Ausgabe des Archivs für Sozialgeschichte fortgesetzt. Jener zweite Teil wird sich genauer mit transnationalen und globalgeschichtlichen Ansätzen, biografischen Arbeiten, der boomenden Forschung zu anarchistischen Attentaten, der Positionierung der Anarchistinnen und Anarchisten zu Nation und Krieg und mit dem Anarchismus nach 1945 bis in die Gegenwart befassen.

## **I. Historiografie des Anarchismus**

### *Zu den Konjunkturen eines Forschungsfelds*

Die universitäre Forschung stand dem Thema Anarchismus lange desinteressiert oder ablehnend gegenüber, doch »anarchism's fortunes improved dramatically«, wie der an der Midwestern State University in Texas Philosophie lehrende Nathan J. Jun unlängst festgestellt hat.<sup>9</sup> In der Tat erfreut sich die Anarchismusforschung besonders in der englischsprachigen Wissenschaft seit 20 Jahren eines steigenden Interesses, welches

<sup>9</sup> Nathan J. Jun, Preface, in: ders. (Hrsg.), *Brill's Companion to Anarchism and Philosophy* (Brill's Companions of Philosophy, Bd. 1), Brill, Leiden/Boston 2017, XXIV + 585 S., geb., 150,00 €, S. IX–XVIII, hier: S. X.

nicht zuletzt mit der Entstehung neoanarchistischer Strömungen und Bewegungen in Großbritannien, den USA und Kanada zusammenhängt.<sup>10</sup> Uri Gordon, Dozent an der Loughborough University in Großbritannien und anarchistischer Aktivist, hat gar von einem »full-blown anarchist revival« seit der Jahrtausendwende gesprochen.<sup>11</sup> In diesem Zusammenhang hat zum einen die Zahl der Forscherinnen und Forscher in akademischen Positionen, die sich als anarchistisch definieren, stark zugenommen. Zum anderen hat das Thema Anschluss an den akademischen Mainstream gefunden und ist nicht mehr allein Sache als suspekt und exotisch angesehener, spezialisierter Außen-seiter. Zwar mag man die Aussage des in Vancouver lehrenden Jeff Shantz, es sei inzwischen »almost hip to be an anarchist academic«<sup>12</sup>, für übertrieben halten, ebenso das Ausrufen eines »anarchist turn«.<sup>13</sup> Unstrittig ist aber, dass Anarchismus im englischsprachigen Raum und dort insbesondere in den Sozialwissenschaften zu einem respektablen Forschungsfeld geworden ist und sich wachsender Beliebtheit erfreut.<sup>14</sup>

Von einem *anarchist turn* ist man in der deutschsprachigen Forschung und speziell in Deutschland noch entfernt. Aber auch hier lässt sich feststellen: Das Interesse an dem Thema nimmt zu, auch in der Geschichtswissenschaft. Ähnliches lässt sich für die romanischsprachigen Länder feststellen, in denen die Aufmerksamkeit für den Anarchismus aufgrund seiner größeren historischen Bedeutung indes schon immer höher gewesen ist. Dass diese Trends nicht nur gefühlt sind oder herbeigeredet werden, sondern das politisch-gesellschaftliche, intellektuelle und akademische Interesse am Thema Anarchismus tatsächlich steigt, lässt sich mit einem Blick auf die Bestände einschlägiger National-, Forschungs- und Universalbibliotheken statistisch untermauern.

Die Konjunkturen der Anarchismusforschung entsprechen denen der allgemeinen politisch-gesellschaftlichen und publizistischen Aufmerksamkeit für das Thema. Um ihnen auf den Grund zu gehen, habe ich die Kataloge der Deutschen Nationalbibliothek (DNB), der Bayerischen Staatsbibliothek (BSB) und der Staatsbibliothek zu Berlin (StaBi), ferner die der Nationalbibliotheken Frankreichs (»Bibliothèque nationale de France«, BnF), des Vereinigten Königreichs (»British Library«, BL), Spaniens (»Biblioteca Nacional de España«, BNE) und Italiens (»Biblioteca Nazionale Centrale di Firenze«, BNCf) ausgewertet.<sup>15</sup> Durchsucht wurden sie nach dem Stichwort »Anarchismus« oder seiner jeweiligen sprachlichen Entsprechung (»anarchisme«, »anarchism«,

10 Ruth Kinna, Introduction, in: dies. (Hrsg.), *The Bloomsbury Companion to Anarchism*, Bloomsbury Academic, London 2014, 486 S., kart., 33,99 £, S. 3–38, hier: S. 3.

11 Uri Gordon, *Anarchy Alive! Anti-Authoritarian Politics from Practice to Theory*, London/Ann Arbor 2008, S. 5.

12 Zit. nach: Jun, Preface, S. XI.

13 So der Titel einer im Jahr 2011 von der New Yorker »The New School for Social Research« veranstalteten Tagung; vgl. den Tagungsband von Chiara Bottici/Jacob Blumenfeld/Simon Critchley (Hrsg.), *The Anarchist Turn*, London/New York 2013.

14 Vgl. Jun, Preface; Kinna, Introduction.

15 Während die DNB als reine Nationalbibliothek in Deutschland veröffentlichte, deutschsprachige sowie fremdsprachige Literatur über Deutschland sammelt, sind BnF, BL, BNE und BNCf zusätzlich zu ihrer Funktion als Nationalbibliotheken auch die wichtigsten Forschungsbibliotheken ihres Landes und erwerben als solche grundsätzlich auch fremdsprachige Literatur zu allen Wissens- und Forschungsgebieten. Gleichwohl können ihre Bestände als Indikatoren für Entwicklungen im jeweiligen Land und Sprachraum dienen.

»anarquismo«, »anarchismo«).<sup>16</sup> Die folgenden Diagramme visualisieren die Trefferzahlen (y-Achse) im Zeitverlauf nach dem jeweiligen Erscheinungsjahr der Publikationen (x-Achse). Erfasst wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit und Recherchepragmatik »alle Medien«<sup>17</sup>; bei den Treffern handelt es sich aber fast ausschließlich um Bücher oder Zeitschriften, in circa 90 % um Monografien. Erhoben wurden die Daten im Juli 2019 und Juni 2020.<sup>18</sup> Aussagekräftig sind sie wegen der oft zeitverschobenen Verzeichnung bis zum Erscheinungsjahr 2017, eingeschränkt bis 2018. Wegen der unterschiedlichen Erwerbs- und Verschlagwortungspraxen sind die absoluten Zahlen nur bedingt zwischen den Bibliotheken vergleichbar, gut vergleichbar sind dagegen die Trends.

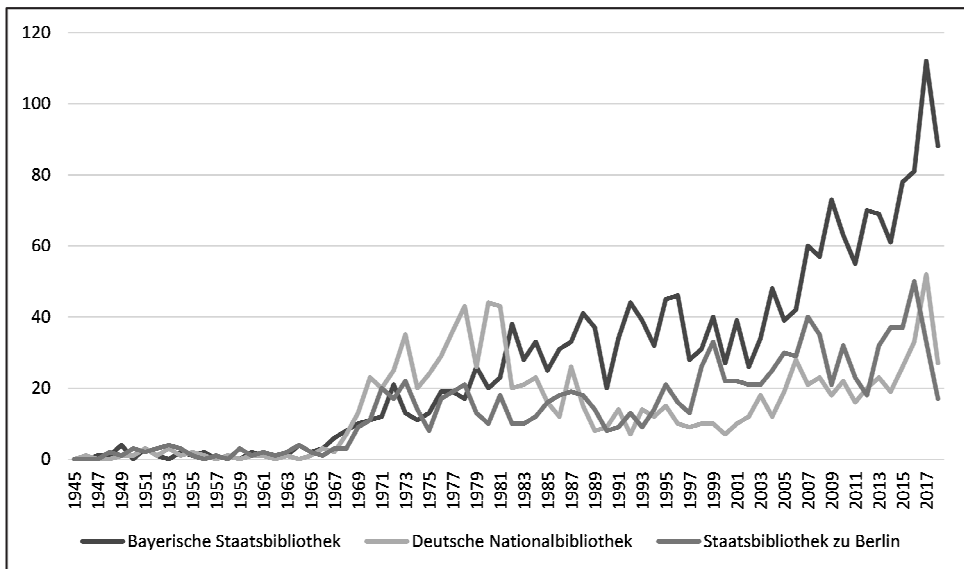


Diagramm 1: Deutsche Bibliotheken, Publikationen zum Stichwort »Anarchismus«

16 Selektiv überprüft wurden auch die Treffer für das Stichwort »anarchis\*« (beziehungsweise seine jeweilige sprachliche Entsprechung): Es liefert, je nach Bibliothek, zwei- bis viermal so viele Titel wie das Stichwort »Anarchismus«, die Entwicklungskurven laufen aber weitgehend parallel. Dem Stichwort »Anarchismus« wurde dann für die Untersuchung der Vorzug gegeben, weil es – unter Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen Konstruktion der Kataloge und Funktionalität der Suchmasken – eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Bibliotheken ermöglicht und es hier ohnehin nur um Trends, nicht um absolute Zahlen geht.

17 Nur im Falle der BL wurde die Suche auf »Books and Journals« eingeschränkt, weil sonst für einige Jahre eine größere Zahl von Audiodateien das Ergebnis verzerrt hätten, die im Katalog nicht für ihr jeweiliges Veröffentlichungsjahr erfasst sind, sondern für die Jahre, auf die sie sich inhaltlich beziehen.

18 Ich danke Theresa Hiller und Mia Berg für ihre Unterstützung.



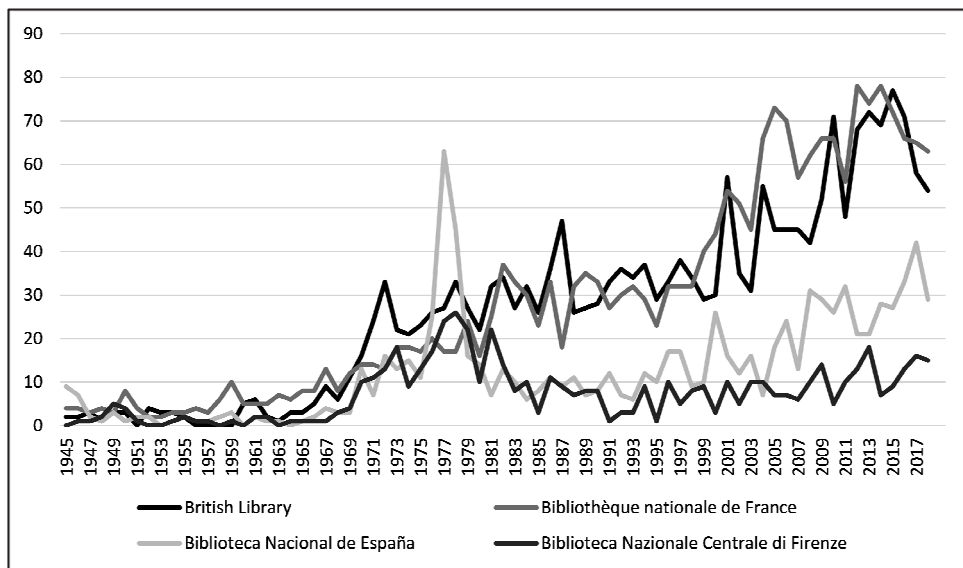
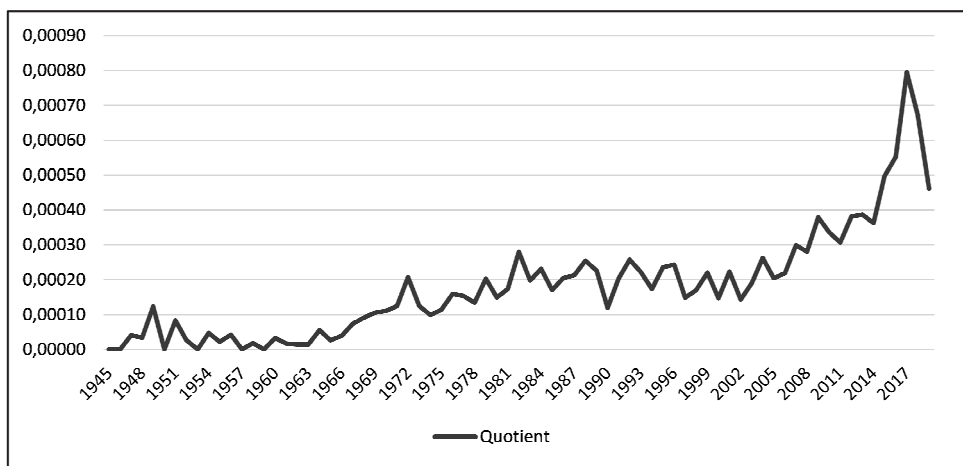


Diagramm 2: Internationaler Bibliotheksvergleich

Diagramm 3: Relative Bedeutung des Themas »Anarchismus« im Zeitverlauf  
(am Bestand der Bayerischen Staatsbibliothek)

Wie die Diagramme 1 und 2 zeigen, hat die Zahl der Veröffentlichungen zu Anarchismus, libertärem Denken, anarchistischen Bewegungen und Praktiken seit der Jahrtausendwende deutlich und ziemlich stetig zugenommen, und dies länder- und sprachenübergreifend. (Inwieweit dieser Befund sich auch in nichtwestlichen Sprachen und Bibliotheken spiegelt, wäre zu überprüfen.) Das neue Interesse hängt einerseits mit dem Bedeutungsverlust des Marxismus seit 1990 zusammen, andererseits mit der zunehmenden Kritik am neoliberalen Kapitalismus und der gegenwärtigen Globali-

sierung sowie der Suche nach basisnahen, partizipativen Formen der politischen und sozioökonomischen Organisation. Als Schlüsselmoment werden in der Literatur immer wieder die globalisierungskritischen Proteste anlässlich der Konferenz der Welt handelsorganisation in Seattle 1999 angeführt. 2002 sprach der an der London School of Economics lehrende, 2020 verstorbene US-amerikanische Ethnologe und Aktivist David Graeber von »The New Anarchists«.<sup>19</sup>

Bei deutschsprachigen Publikationen ist der Anstieg etwas weniger ausgeprägt, wie ein Vergleich der DNB, die vornehmlich deutschsprachige Literatur sammelt, mit BSB und StaBi Berlin sowie mit anderen europäischen Nationalbibliotheken andeutet. Besonders aussagekräftig für die etablierte universitäre Forschung und speziell für die Geschichtswissenschaft ist der Anstieg bei der BSB, bei der seit 1949 das Sondersammelgebiet Geschichte (seit 2016: Fachinformationsdienst Geschichtswissenschaft) angesiedelt ist. Wie Diagramm 3 zeigt, wächst die Zahl der erworbenen Titel zum Thema Anarchismus seit den 2000er-Jahren bei der BSB nicht nur absolut, sondern auch gemessen an der Gesamtzahl der pro Jahr erworbenen Titel. Das relative Interesse nimmt also klar zu.

Daneben lässt sich an den Diagrammen 1 und 2 auch die *erste* Konjunktur der Anarchismusliteratur nach 1945 ablesen: Sie fällt in die Zeit zwischen den späten 1960er- und den frühen 1980er-Jahren, als mit der Entstehung einer antiautoritären neuen Linken, den Protestbewegungen um 1968 und Neuen sozialen Bewegungen auch anarchistische Ideen und Praktiken wiederentdeckt und teilweise aktualisiert wurden. Neben aktivistischer Literatur, Editionen und Neudrucken »klassischer« anarchistischer Schriften entstanden in diesen Jahren viele Überblicksdarstellungen, ideengeschichtliche und biografische Studien, aber auch organisations- und sozialgeschichtlich orientierte Untersuchungen, die mitunter bis heute Referenzcharakter haben. Dass die Konjunktur des Themas während der 1970er-Jahre gerade in Deutschland und Italien relativ stark ausgeprägt war (vgl. die Graphen für DNB und BNCF), dürfte auch mit der zeitgenössischen Virulenz des Linksterrorismus in diesen beiden Ländern zu tun haben – selbst wenn die wichtigsten sich terroristischer Mittel bedienenden Gruppen, allen voran Rote Armee Fraktion und Brigade Rosse, bekanntlich überhaupt nicht anarchistisch, sondern neomarxistisch ausgerichtet waren. Hier zeigt sich einmal mehr, dass Anarchismus vor allem im Zusammenhang mit ostentativer Gewalt breite öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat, ein Stigma, das ihm seit dem späten 19. Jahrhundert anhaftet.

Auf eine andere nationale Besonderheit verweist der steile Anstieg für die Jahre 1976 bis 1978 im Bestand der BNE. Er hängt mit dem Ende der Franco-Diktatur in Spanien zusammen, dem daraus resultierenden Ende von Zensur und Verfolgung, der Rückkehr zahlreicher Emigrantinnen und Emigranten, dem sich öffnenden Erwartungshorizont und dem kurzen zweiten Frühling, den die anarchosyndikalistische »Confederación Nacional del Trabajo« (CNT) in jenen Jahren erlebte. Die Kurven der British Library und insbesondere der Bibliothèque nationale de France steigen dagegen ohne größere Ausreißer und im Vergleich zur DNB kontinuierlicher an. In Frankreich war das Thema Anarchismus einerseits schon vor 1968 präsenter als in Deutschland, andererseits nahm die Zahl der Publikationen auch in den 1980er- und 1990er-Jahren weiter zu.

<sup>19</sup> Graeber, The New Anarchists.

### Engagierte Forschung, universitäre und außeruniversitäre Forschung

Schon seit der Entstehung des Anarchismus als politische und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert war Anarchismusforschung in hohem Maße engagierte Forschung. Auf der einen Seite betrieben Anarchistinnen und Anarchisten früh Selbsthistorisierung; auf der anderen Seite stand zumindest bis zum Ersten Weltkrieg eine ausgeprägte »gegnerische Forschung«, die sich für den Anarchismus als eine zu bekämpfende Gefahr interessierte.<sup>20</sup> Die Gegnerforschung ließ dann in dem Maße nach, wie der Anarchismus an Bedeutung einbüßte und nicht mehr als relevante Bedrohung für die bestehende Ordnung wahrgenommen wurde. Die Bedeutung der Selbsthistorisierung blieb.

Zwar gilt für viele, wenn nicht die meisten sozialen Bewegungen, dass sie vorwiegend von Personen erforscht werden, die der Bewegung selbst angehören oder ihr nahestehen, man denke nur an die sozialwissenschaftliche Forschung zu den Neuen sozialen Bewegungen. Im Fall des Anarchismus trifft dies aber in besonderem Maße zu. Hinzu kommt, dass es Anarchismusforschung zumindest in Deutschland bisher kaum an die Universitäten geschafft hat und daher in hohem Maße außeruniversitär von engagierten Aktivistinnen und Aktivisten anarchistischer und anarchophiler Milieus betrieben wird.

Olaf Briese hat in diesem Zusammenhang pointiert von einem »deutschen Reinheitsgebot spezifischer Art« gesprochen: »Universitär-akademisches Milieu und anarchistisches Milieu wollen sich nicht aneinander beflecken«.<sup>21</sup> Nun sollte man grundsätzlich vorsichtig sein mit dem Ausrufen von Sonderwegen. Auch in anderen Ländern forschen über Anarchismen meist Personen, die selbst Aktivistinnen und Aktivisten, anarchistischen Milieus verbunden oder Sympathisantinnen und Sympathisanten sind, sodass es sich auch dort oft um dezidiert engagierte Forschung handelt. Und gerade in Frankreich und der Westschweiz, Italien und Spanien – aber auch in Argentinien und Brasilien – gibt es eine entwickelte außeruniversitäre Forschungslandschaft zu libertären Bewegungen mit eigenen Forschungszentren, Bibliotheken, Archiven und Verlagen.<sup>22</sup> Festzuhalten ist gleichwohl, dass in Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien, den USA, Kanada und jüngst auch in der Schweiz zahlreiche Studien zur Geschichte des Anarchismus von universitären Historikerinnen und Historikern verfasst

20 Eitel, *Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz*, S. 21f.

21 Olaf Briese, *Anarchismus im 21. Jahrhundert. Ein Literaturbericht*, in: PVS 58, 2017, S. 124–148, hier: S. 125.

22 Etwa das »Centre international de recherches sur l'anarchisme« in Lausanne, das gleichnamige Centre in Marseille, das »Centre de documentation libertaire« mit dem Verlag »Atelier de création libertaire« in Lyon und das »Centre Ascaso Durruti« in Montpellier; das »Centro Studi Libertari – Archivio Giuseppe Pinelli« in Mailand, die »Biblioteca Libertaria Francisco Ferrer« in Genua, die »Biblioteca Franco Serantini« in Pisa, die »Biblioteca Libertaria Armando Borghi« in Castel Bolognese und das »Centro Studi Libertari Luigi Fabbri« in Jesi; die »Fundación Salvador Seguí« in Madrid (sowie in Barcelona und Valencia), die »Fundación Anselmo Lorenzo« in Madrid, die »Asociación Isaac Puente« in Vitoria, das »Ateneu Enciclopèdic Popular« und die »Fundació d'Estudis Llibertaris i Anarcosindicalistes« (beide in Barcelona); ferner die »Biblioteca Popular José Ingenieros« in Buenos Aires und die »Biblioteca y archivo histórico-social Alberto Ghirardo« in Rosario; die »Biblioteca Social Fábio Luz« in Rio de Janeiro und die »Biblioteca Terra Livre« in São Paulo.

worden sind, darunter viele Qualifikationsarbeiten, und die wechselseitigen Berührungspunkte zwischen universitärer und außeruniversitär-aktivistischer Forschung dabei oft geringer sind als in Deutschland.

Ein Grund dafür, dass Anarchismus an historischen Fakultäten deutscher Universitäten lange kaum ein Thema war, mag seine im internationalen Vergleich geringe historische Bedeutung in der deutschen Arbeiterbewegung sein. Marxistischen wie nicht-marxistischen Historikerinnen und Historikern der Arbeiterbewegung galt er gleichermaßen als eine gescheiterte Strömung, als zeitweilige Verirrung, in jedem Fall als eine ephemere Erscheinung, mit der man sich nicht weiter zu beschäftigen brauchte. Neben dem Stigma des Scheiterns haftet dem Anarchismus zudem bis heute das stereotype Bild fehlender Organisation, sinnloser Gewaltanwendung und des Hangs zum Terrorismus an. Ein aussichtsreiches Themenfeld, um sich an deutschen Universitäten zu etablieren, schien er jedenfalls nicht zu sein. Bezeichnenderweise hat die bis heute grundlegende Untersuchung zum frühen Anarchismus im Deutschen Kaiserreich ein US-amerikanischer Historiker, Andrew R. Carlson, vorgelegt.<sup>23</sup> Zu den wenigen Ausnahmen in der Bundesrepublik gehört Ulrich Linse mit seiner 1969 veröffentlichten Dissertation zum »Organisierten Anarchismus« im Deutschen Kaiserreich<sup>24</sup>, der weitere Publikationen zu anarchistischen, anarchosyndikalistischen, libertären und lebensreformerischen Tendenzen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik folgten.<sup>25</sup> Arbeiteten Historikerinnen und Historiker an deutschen Universitäten zum Anarchismus, taten sie es vor allem mit Blick auf Spanien, wo der Anarchismus bis zum Bürgerkrieg die stärkste Kraft innerhalb der Arbeiterbewegung bildete.<sup>26</sup> Ansonsten blieb er ein Nischenthema, auf das man kaum eine akademische Karriere gründete.

Einen weiteren Grund stellt auf der anderen Seite das Selbstverständnis anarchistisch gesinnter Aktivistinnen und Aktivisten sowie Forscherinnen und Forscher dar, ist doch »vom Standpunkt anarchistischer Theorie die Verknüpfung von Wissenschaft und Staat [...] ein zentrales Herrschaftsproblem jeder staatlich verfassten Ordnung.«<sup>27</sup> Anders ausgedrückt: Staatlich finanzierte Forschung an staatlichen Institutionen bedeutet für Akteure, die den Staat grundsätzlich ablehnen, ein normatives Problem, selbstorganisierte außeruniversitäre Forschung dagegen einen Schritt zur »Demokratisierung sozialer Wissensproduktion«.<sup>28</sup> Alternative Formen der Wissensproduktion

23 Andrew R. Carlson, *Anarchism in Germany*, Bd. 1: *The Early Movement* [ein 2. Band ist nie erschienen], Metuchen 1972.

24 Ulrich Linse, *Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871*, Berlin 1969.

25 Vgl. etwa ders. (Hrsg.), *Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918–1919. Die politischen Reden, Schriften, Erlasse und Briefe Landauers aus der November-Revolution 1918/19*, Berlin 1974; ders., *Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1919–1933*, Frankfurt am Main 1976; ders. (Hrsg.), *Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890–1933*, München 1983.

26 Vgl. allen voran die zahlreichen Arbeiten von Walther Bernecker, angefangen mit: *Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der sozialen Revolution in Spanien 1936–1939*, Hamburg 1978 [zugl.: Diss., Erlangen-Nürnberg 1976].

27 Ricardo Kaufer/Helge Döhring, *Wissenschaft gegen den Zentralismus. Anarchismus- und Anarchosyndikalismusforschung im deutschsprachigen Raum* (= Online Supplement des Forschungsjournals *Soziale Bewegungen* 31, 2018, H. 1–2), URL: <[http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus\\_2018-2\\_kaufer\\_doehring.pdf](http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2018-2_kaufer_doehring.pdf)> [21.6.2020], S. 2f.

28 Ebd., S. 2.

zu staatlich etablierten Institutionen zu erproben, ist in diesem Sinn Teil des anarchistischen Projekts selbst. Man sollte dieses Argument nicht verabsolutieren, da die Berührungsscheu zwischen beiden Milieus in anderen Ländern, wie gesagt, deutlich kleiner ist. Für Deutschland bleibt indes festzuhalten, dass das akademische Interesse für das Thema lange gering war, die Ignoranz gegenüber außerakademischer Anarchismusforschung relativ groß und umgekehrt die Abgrenzungsbemühungen der selbstorganisierten Forschung aus dem anarchistischen Milieu gegenüber universitären Institutionen ausgeprägt.

Allerdings hat der Trend inzwischen auch die deutschen Universitäten erreicht. Als Indikatoren dafür können Robert Kains aus einer Dissertation an der Berliner Humboldt-Universität hervorgegangene Biografie über den Anarchisten Otto Weidt, Pascale Siegrists jüngst abgeschlossene, als *intellectual history* angelegte Konstanzer Doktorarbeit über das Verhältnis von Anarchismus und Geografie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, Heinz-Gerhard Haupts Studie über anarchistisch motivierte Attentate oder auch das in Bochum laufende Dissertationsprojekt von Jule Ehms über die »Freie Arbeiter-Union Deutschlands« (FAUD) in der Weimarer Republik gelten.<sup>29</sup> Auch an Schweizer Universitäten wurden jüngst mehrere Forschungsarbeiten vorgelegt und in deutschen Verlagen publiziert.<sup>30</sup>

Dessen ungeachtet bleibt die außeruniversitäre Publikationslandschaft für die Anarchismusforschung wichtig. In Deutschland sind als Institutionen die 1972 gegründete anarchistische Zeitung »Graswurzelrevolution« und der gleichnamige Verlag mit Sitz in Heidelberg zu nennen, außerdem der seit 1988 bestehende Verlag »Edition AV«. Dort erscheint auch zweimal pro Jahr die von Philippe Kellermann herausgegebene Zeitschrift »Ne znam. Zeitschrift für Anarchismusforschung«. Sie wurde 2015 ins Leben gerufen und schlägt eine Brücke zur akademischen Forschung, was sich einerseits am gemischten Kreis der Autorinnen und Autoren sowie der Rezensentinnen und Rezensenten, andererseits an ihrer Präsenz auf der Plattform H-Soz-Kult festmachen lässt. Zu nennen sind auch der in Münster angesiedelte »Unrast Verlag« (undogmatisch links und anarchophil) und der »Schmetterling Verlag« in Stuttgart, beide wie der Verlag »Edition AV« Mitglieder in der »assoziaton Linker Verlage«, ferner der »Libertad Verlag« (Potsdam). All diese Verlage haben in den letzten Jahren eine rege Publikationstätigkeit entfaltet.<sup>31</sup> Ein wichtiges Forum ist schließlich die Plattform [www.anarchismus.at](http://www.anarchismus.at), die

29 Robert Kain, *Otto Weidt. Anarchist und »Gerechter unter den Völkern«*, Lukas Verlag, Berlin 2017, 652 S., geb., 34,90 €; Pascale Siegrist, *Putting Anarchism in Its Place. A Global Intellectual History of the Encounter between Anarchy and Geography, c. 1870–1905*, Diss., Konstanz 2018; Heinz-Gerhard Haupt, *Den Staat herausfordern. Attentate in Europa im späten 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2019; Jule Ehms, *Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis. Die FAUD und der Versuch syndikalistischer Betriebsarbeit in der Weimarer Republik*, Dissertationsprojekt, Ruhr-Universität Bochum, vgl. URL: <<http://www.isb.ruhr-uni-bochum.de/forschung/dissertation/ehms.html.de>> [10.7.2020].

30 Nino Kühnis, *Anarchisten! Von Vorläufern und Erleuchteten, von Ungeziefer und Läusen. Zur kollektiven Identität einer radikalen Gemeinschaft in der Schweiz, 1885–1914* (Histoire, Bd. 76), Transcript Verlag, Bielefeld 2015, 568 S., kart., 42,99 €; Eitel, *Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz; Klaus Mathis/Luca Langensand* (Hrsg.), *Anarchie als herrschaftslose Ordnung? (Recht und Philosophie, Bd. 5)*, Duncker & Humblot, Berlin 2019, 403 S., brosch., 99,90 €.

31 Einige Beispiele: Hans-Jürgen Degen, *Anarchismus in Deutschland 1945–1960. Die Föderation Freiheitlicher Sozialisten*, Ulm 2002; ders., »Die Wiederkehr der Anarchisten«. *Anarchistische Versuche 1945–1970*, Lich 2009; Andreas W. Hohmann (Hrsg.), *Ehern, tapfer, vergessen. Die unbekannte Inter-*

unter anderem zahlreiche digitalisierte Quellentexte in deutscher Sprache zugänglich macht. Einen guten Überblick über die – in hohem Maß transdisziplinäre – außeruniversitäre Anarchismusforschung im deutschsprachigen Raum gibt ein Praxisbericht von Ricardo Kaufer und Helge Döhring.<sup>32</sup>

Wie mit den Publikationen der außeruniversitär-aktivistischen Forschung umgehen? Ihre Bandbreite ist groß, sie reicht von historisch-kritischen Analysen, die methodisch allen wissenschaftlichen Standards genügen, über persönlich gefärbte Erfahrungsberichte, Erinnerungen und Beobachtungen bis hin zu stark normativen Darstellungen mit einer Nähe zur politischen Streit- oder Programmschrift. Oft hat man es mit einer Mischung aus allen drei Facetten zu tun. Die wissenschaftliche Forschung tut gut daran, diese Veröffentlichungen nicht einfach als unwissenschaftlich, interessegeleitet und nicht zitierfähig abzutun und zu ignorieren. Dass sie mit kritischem Blick zu lesen und zu benutzen sind, versteht sich von selbst – wie dies für sämtliche Literatur gilt, auch die von der universitären Geschichtswissenschaft verfasste. Dass die Autorinnen und Autoren aus ihrer Standortgebundenheit keinen Hehl machen, sondern sich politisch klar positionieren, macht die Sache mitunter sogar einfacher. Sich auf diese Publikationen einzulassen, lohnt sich aus mehreren Gründen. Erstens entsprechen viele ohne Weiteres wissenschaftlich-kritischen Standards, einschließlich detaillierter Quellen- und Literaturnachweise. Zudem sind sie oft von ausgebildeten Historikerinnen oder Historikern verfasst. Zweitens sind sie für manche Themen, im Sinne der besten oder gar einzigen verfügbaren Literatur, schlicht unverzichtbar. Drittens erschließt die außeruniversitäre Forschung über Editionsprojekte zahlreiche Quellen. Viertens sind engagierte außeruniversitäre Publikationen für die historische Forschung nicht nur Forschungsliteratur, sondern können ihrerseits als Quellen für anarchistischen Aktivismus in der rezenten Zeitgeschichte gelesen werden.

## II. Grundlagen: Handbücher, Überblicksdarstellungen, Quellensammlungen

### *Handbücher, Nachschlagewerke*

Vom steigenden Interesse und der Institutionalisierung der Anarchismusforschung im englischsprachigen Raum zeugt eine ganze Reihe neuerer Handbücher. Von diesen wollen wir drei genauer betrachten: den »Bloomsbury Companion to Anarchism«, »Brill's Companion to Anarchism and Philosophy« und das »Palgrave Handbook of Anarchism«.<sup>33</sup> Alle drei sind vom inhaltlichen Zuschnitt und Profil der Autorinnen

---

nationale, Lich 2014; Bernd Drücke (Hrsg.), *Anarchismus Hoch 3. Utopie, Theorie, Praxis. Interviews und Gespräche*, Münster 2016; Philippe Kellermann (Hrsg.), *Anarchismus und Geschlechterverhältnisse*, Bd. 1, Lich 2016; Helge Döhring, *Anarcho-Syndikalismus. Einführung in die Theorie und Geschichte einer internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung*, Lich 2017; ders., *Organisierter Anarchismus in Deutschland 1919 bis 1933*, 3 Bde., Bad Salzdetfurth 2018–2020.

32 Kaufer/Döhring, *Wissenschaft gegen den Zentralismus*.

33 Ruth Kinna (Hrsg.), *The Continuum Companion to Anarchism*, Continuum, London/New York 2012, 467 S., geb., 160,00 £, aktual. Paperbackausg. u. d. T: *The Bloomsbury Companion to Anarchism*. Die Änderung des Titels erklärt sich aus der Übernahme der »Continuum International Publishing Group« durch »Bloomsbury Publishing«. Ich habe die leicht aktualisierte Paperbackfassung benutzt



und Autoren her interdisziplinär, wobei der »Bloomsbury Companion« stärker sozialwissenschaftlich, »Brill's Companion«, wie sein Titel verrät, primär philosophisch und ideengeschichtlich und das »Palgrave Handbook« disziplinär und thematisch am breitesten angelegt ist. Alle drei sind als Einführungen und Nachschlagewerke auch für Historikerinnen und Historiker nützlich.

Den aktuellsten und umfassendsten Überblick über das Feld bietet das 2019 erschienene »Palgrave Handbook of Anarchism«, das von den drei Werken mit 750 Seiten auch am umfangreichsten ist und zudem die stärkste historische Ausrichtung aufweist.<sup>34</sup> Herausgeber sind Carl Levy, Professor für Politik am Goldsmiths/University of London und einer der besten Kenner der Geschichte des italienischen Anarchismus, und Matthew S. Adams, Lecturer an der Loughborough University, der vor allem zur Ideengeschichte des Anarchismus arbeitet. In ihrer Einleitung beleuchten die Herausgeber nicht nur das »Revival of Anarchism as Politics, Methodology, and Its Presence in Academia« (so der Untertitel), sondern geben auf den ersten vier Seiten auch einen konzisen Überblick über die Geschichte des Anarchismus und seiner Erforschung.<sup>35</sup> Erklärtes Ziel des Handbuchs ist, die konstatierte Kluft zwischen der Erforschung des »historischen« Anarchismus und neuer Formen des Anarchismus seit Beginn des 21. Jahrhunderts zu überwinden. Dieser Anspruch, Brücken zu schlagen, wird vor allem dadurch einzulösen versucht, dass die einzelnen Artikel möglichst epochenübergreifend angelegt sind. Der Band enthält 40 Artikel, die jeweils von Expertinnen und Experten verfasst und zu vier Teilen gruppiert sind. Der erste Teil informiert über »Core problems« des Anarchismus – Staat, Individuum und Gemeinschaft, Freiheit, Wirtschaftsordnung, Taktik, Kosmopolitismus, Antiimperialismus und Religion –, der zweite über »Core traditions« – vom Mutualismus und Individualismus über anarchistischen Kommunismus und Syndikalismus bis zu Anarcha-Feminismus, »Grünem« Anarchismus und Postanarchismus. Teil drei ist zehn als zentral ausgeflaggtten historischen Erfahrungen und Schlüsselereignissen gewidmet und enthält unter anderem Beiträge zur Ersten Internationale, zum französischen Anarchismus der 1890er-Jahre, zu Haymarket, Erstem Weltkrieg, Russischer Revolution und – natürlich – zum Spanischen Bürgerkrieg und zu 1968 sowie zu den »Neuen Anarchisten« (»from the Zapatistas to Seattle«). Die 14 Beiträge des vierten Teils befassen sich schließlich mit der Umsetzung anarchistischer Praktiken in unterschiedlichen Feldern und Zusammenhängen (»Applications«), von anarchistischer Erziehung über Stadtplanung, Literatur und Kunst, Gender, postindustrielle und digitale Gesellschaft, nichtwestliche Anarchismen bis hin zu den Arabischen Revolutionen. Die Themenwahl bietet höchstens im vierten Teil einige Überraschungen, aber Überraschen ist nicht die primäre Aufgabe eines solchen Handbuchs. Der Band ist gut konzipiert und gegliedert, was einen schnellen Zugriff ermöglicht. Er informiert kompetent, differenziert und auf neuestem Forschungsstand über ein weites Spektrum und unterschiedlichste Facetten von

---

und spreche daher im Folgenden vom Bloomsbury Companion; Jun, Brill's Companion to Anarchism and Philosophy; Levy/Adams, The Palgrave Handbook of Anarchism; vgl. darüber hinaus Randall Amster/Abraham DeLeon/Luis A. Fernandez u. a. (Hrsg.), Contemporary Anarchist Studies. An Introductory Anthology of Anarchy in the Academy, Abingdon/New York 2009; Ruth Kinna/Uri Gordon (Hrsg.), Routledge Handbook of Radical Politics, Abingdon/New York 2019.

34 Levy/Adams, Palgrave Handbook of Anarchism.

35 Carl Levy/Matthew S. Adams, Introduction, in: ebd., S. 1–23.



Anarchismen vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Er ist daher sehr zu empfehlen.

Gleichwohl macht das »Palgrave Handbook« die anderen Handbücher nicht überflüssig. Dies gilt insbesondere für das »Bloomsbury Companion to Anarchism«, das zuerst 2012 als »Continuum Companion to Anarchism«, dann 2014 – nach Verlagsübernahme – unter geändertem Titel in einer aktualisierten Paperbackfassung erschienen ist.<sup>36</sup> Einen Mehrwert gegenüber dem »Palgrave Handbook« bietet es vor allem in zwei Punkten: Ausgesprochen lesenswert ist zum einen die umfangreiche Einleitung der Herausgeberin Ruth Kinna, die als Professorin für Politische Theorie ebenfalls an der Universität Loughborough lehrt. Sie informiert ausführlich und interdisziplinär über Entwicklung und Stand der Anarchismusforschung, wobei sie insbesondere das Verhältnis zwischen »historischem« beziehungsweise »klassischem« Anarchismus und »zeitgenössischen« anarchistischen Praktiken, aber auch das Verhältnis von Forschung und politischem Engagement problematisiert. Zum anderen gibt der Band nicht nur einen Überblick über Ansätze, Erträge und Tendenzen der interdisziplinären »Anarchist Studies«, sondern ist auch dezidiert als Arbeitsbuch angelegt. Dies gilt insbesondere für den letzten Teil, der auf gut 120 Seiten »Materials for further research« bietet. Der Hilfsmittelteil beginnt mit einem ausführlichen Glossar mit Schlüsselbegriffen zu Geschichte und Theorie des Anarchismus, von dem Einsteiger wie Initiierte gleichermaßen profitieren können (zum Beispiel werden Mutualismus, Anarcho-Syndikalismus, Anarcho-Kapitalismus und Anarcha-Feminismus ebenso bündig erklärt wie Postanarchismus, Hacktivism oder Critical Mass). Es folgt eine Zusammenstellung von »Ressources«, das heißt anarchistischer Gruppen und Verbände, Projekte und Webseiten, Archive und Bibliotheken, Filme, Verlage und Zeitschriften. Informationen finden sich hier überwiegend, aber nicht ausschließlich für die Englisch sprechende Welt. Am Ende steht ein umfangreiches bibliografisches Kapitel. Über detaillierte Angaben zur englischsprachigen Literatur hinaus enthält es auch acht nach Ländern beziehungsweise Sprachen geordnete bibliografische Essays zur Literatur in nichtenglischer Sprache, die jeweils von einem/einer oder zwei Spezialistinnen/Spezialisten verfasst sind. Die bibliografischen Hilfsmittel sind umso relevanter, als das »Palgrave Handbook« hierauf unter Verweis auf die bereits existierenden Werke ausdrücklich verzichtet.

Die 14 thematischen Essays, die den Kern des »Bloomsbury Companion« bilden, gliedern sich in zwei Teile: einen kürzeren über unterschiedliche methodisch-theoretische Zugriffe (Postanarchismus, analytische Philosophie, Kunstgeschichte, teilnehmende Beobachtung, Internationale Beziehungen) und einen längeren über inhaltliche Themen- und Problemfelder (unter anderem anglo-amerikanische Ideengeschichte des Anarchismus im 20. Jahrhundert, Gender und Sexualität, Literatur, Revolution, Sozialökologie, Geografien und städtische Räume, Ethnizität), wobei die Unterscheidung nicht ganz trennscharf ist. Im Vergleich zu »Brill's Companion« ist der Band disziplinär breiter angelegt und geht über ideengeschichtliche und theoretische Perspektiven hinaus, bietet aber nicht die Fülle des »Palgrave Handbook«. In einem Abschlussessay problematisiert die Herausgeberin die Zweck-Mittel-Relation im Anarchismus, betont dabei das präfigurative Prinzip als Kernelement anarchistischer

36 Kinna, *The Bloomsbury Companion to Anarchism*.

Aktion, nach dem gegenwärtiges Handeln immer schon auf die zukünftige Gesellschaft vorausweisen, diese also im Kleinen präfigurieren soll, und diskutiert die (Selbst-)Verortung anarchistischer Akteure im politischen Rechts-Links-Spektrum.

Demgegenüber hat »Brill's Companion to Anarchism and Philosophy« einen engeren Fokus.<sup>37</sup> Für die Sozial- und Kulturgeschichte anarchistischer Bewegungen ist er erwartungsgemäß wenig ergiebig, bietet aber eine sehr gute und facettenreiche Einführung in den Anarchismus als Idee und Form des politischen Denkens. Ziel des Bandes ist es, so Herausgeber Nathan J. Jun, einem wachsenden Interesse an den theoretischen und politischen Grundlagen des Anarchismus zu begegnen und zugleich einem konstatierten Mangel an wissenschaftlicher Literatur abzuhelpfen, die explizit das Verhältnis zwischen Anarchismus und Philosophie ausleuchtet. In allen Artikeln geht es darum zu zeigen, auf welche verschiedenste Arten Anarchismus von nicht-anarchistischen (philosophischen) Diskursen beeinflusst und mitunter transformiert wurde und – umgekehrt – welchen Beitrag Anarchismus zur philosophischen Disziplin geleistet hat und leistet.<sup>38</sup> Unter dieser allgemeinen Maßgabe versammelt der Band 19 Beiträge unterschiedlichen Typs: Manche behandeln das Verhältnis des Anarchismus zu anderen politischen Theorien, philosophischen Systemen und Ideologien (Marxismus, Liberalismus, Libertarismus, Psychoanalyse, Nationalismus und anderen), weitere das Verhältnis zu philosophischen Subdisziplinen (Ethik, Umweltphilosophie), methodischen und historischen Strömungen (Existenzialismus, Phänomenologie, Post-strukturalismus, europäische und amerikanische Philosophie des 19. Jahrhunderts, analytische Philosophie), wieder andere bestimmte Themen (zum Beispiel Sexualität, Ästhetik, Markt, Pazifismus, Religion). Allein die Logik der Reihung erschließt sich nicht recht, diese wirkt eher zufällig. Alle Beiträge verfügen über einen Anmerkungsapparat und eine ausführliche Bibliografie (indes ausschließlich mit englischsprachiger Literatur). Viele Beiträge sind auch für Historikerinnen und Historiker als Einführung, zum Nachschlagen und als bibliografische Hilfsmittel zu ideengeschichtlichen Fragen nützlich, besonders die Artikel von Uri Gordon zu Anarchismus und Nationalismus<sup>39</sup> und von Ruth Kinna zu Anarchismus und Feminismus.<sup>40</sup> Instruktiv ist nicht zuletzt der Einleitungsaufsatz des Herausgebers, der unter anderem differenziert auf die Frage der Definition von Anarchismus – als politisches Denken und/oder Praxis – und das Verhältnis dieser beiden Dimensionen zueinander eingeht.<sup>41</sup>

Die drei Handbücher erweisen sich damit trotz einiger inhaltlicher Überschneidungen als komplementär. Zudem können sie als Indikator für den aktuellen Stand der englischsprachigen Anarchismusforschung gelten und verraten einiges über deren Beschaffenheit: über zentrale Akteure (die Autorinnen- und Autorenverzeichnisse lassen sich gleichsam als ihr Who's who lesen), über den hohen Grad ihrer akademischen Institutionalisierung (die große Mehrzahl der Autorinnen und Autoren sind etablierte Forscherinnen und Forscher an Universitäten) und über institutionelle Zentren

37 Jun, *Brill's Companion to Anarchism and Philosophy*.

38 Jun, *Preface*, S. XV.

39 Uri Gordon, *Anarchism and Nationalism*, in: Jun, *Brill's Companion to Anarchism and Philosophy*, S. 196–215.

40 Ruth Kinna, *Anarchism and Feminism*, in: ebd., S. 253–284.

41 Nathan Jun, *Anarchism and Philosophy: A Critical Introduction*, in: ebd., S. 1–38.

(besonders die Universität Loughborough mit ihrer »Anarchism Research Group«, deren Koordinatorin und Koordinatoren auch die Zeitschrift »Anarchist Studies« herausgeben), über den vielfach interdisziplinären Charakter und das dezidiert politische Selbstverständnis der meisten Forscherinnen und Forscher, die Wissenschaft mit Engagement, oft mit Aktivismus verbinden.

### *Einführungen und Überblicksdarstellungen*

So umfangreich die neue Literatur zum Anarchismus ist, so vergleichsweise unbefriedigend ist die Lage aus Sicht der Geschichtswissenschaft bei den Überblicksdarstellungen, insbesondere wenn man über die Ideengeschichte hinaus an der Geschichte anarchistischer Bewegungen und Praktiken interessiert ist. Zwar gibt es zahlreiche Einführungen zum Anarchismus, auch solche jüngeren Datums<sup>42</sup>, jedoch sind diese überwiegend politisch-philosophisch oder sozialwissenschaftlich orientiert und primär auf anarchistische Theoriekonzepte und Praxisansätze gerichtet. Genuin historische Perspektiven sind dagegen rar, oft beschränken sie sich auf einen vorangestellten biografisch-ideengeschichtlichen »Klassiker«-Parcours (Proudhon, Bakunin, Kropotkin plus x) und eventuell den Verweis auf exponierte historische Momente wie den Spanischen Bürgerkrieg. Stärker historisch ausgerichtete Überblicksdarstellungen sind in die Jahre gekommen und tragen jüngeren historischen und historiografischen Entwicklungen entsprechend nicht Rechnung. Viele stammen in Erstauflage aus den 1960er-Jahren, etwa die Bücher von George Woodcock<sup>43</sup>, James Joll<sup>44</sup> und Daniel Guérin.<sup>45</sup> Die umfassendste, aktuellste und derzeit beste Gesamtdarstellung zum Anarchismus, die auch die Geschichte der anarchistischen Bewegungen einbezieht, hat Peter Marshall 1992 vorgelegt; 2008 erschien eine um einen vierzigseitigen Epilog ergänzte Neuauflage.<sup>46</sup> In deutscher Sprache ist zum einen die umfangreiche Überblicksdarstellung von Horst Stowasser zu nennen, die dezidiert parteiisch ist, aber »trotz hagiographischer Oberflächlichkeiten«<sup>47</sup> und schnoddrigem Ton eine gut lesbare Einführung auch zu historischen Entwicklungen bietet<sup>48</sup>, zum anderen die hervorragende, aber auf Anarchismus als politische Theorie ausgerichtete Einführung von Daniel Loick.<sup>49</sup>

42 Vgl. zum Beispiel Colin Ward, *Anarchism. A Very Short Introduction*, Oxford/New York 2004; Hans Jürgen Degen/Jochen Knoblauch, *Anarchismus. Eine Einführung*, Stuttgart 2008 (zuerst 2006); Daniel Loick, *Anarchismus zur Einführung*, Hamburg 2017.

43 George Woodcock, *Anarchism. A History of Libertarian Ideas and Movements*, Cleveland 1962; brit. Ausgabe Harmondsworth 1963; Neuaufl. Harmondsworth 1986.

44 James Joll, *The Anarchists*, London 1964, 2. Aufl. 1979, dtsh. Übersetzung der engl. Erstauflage: *Die Anarchisten*, Frankfurt am Main 1971.

45 Daniel Guérin, *L'Anarchisme, de la doctrine à l'action*, Paris 1965, dtsh. Übersetzung: *Anarchismus. Begriff und Praxis*, Frankfurt am Main 1967, zahlreiche Neuauflagen bis 1987.

46 Peter Marshall, *Demanding the Impossible. A History of Anarchism*, London 1992, Neuaufl. 2008.

47 Briese, *Anarchismus im 21. Jahrhundert*, S. 126.

48 Horst Stowasser, *Anarchie! Idee – Geschichte – Perspektiven*, Hamburg 2007.

49 Loick, *Anarchismus zur Einführung*.

Noch immer lesenswert für die Anarchismusgeschichte bis zum Ersten Weltkrieg ist Max Nettlaus (1865–1944) »Geschichte der Anarchie«. Die Bände vier und fünf des auf sieben Bände angelegten Werks erschienen postum, die unveröffentlichten Manuskripte der Bände sechs und sieben werden am »Internationalen Institut für Sozialgeschichte« (IISG) in Amsterdam aufbewahrt.<sup>50</sup> Nettlau war studierter Linguist, engagierte sich selbst für den Anarchismus und gilt gemeinhin als der Historiker des Anarchismus. Er war mit zahlreichen Anarchistinnen und Anarchisten seiner Zeit bekannt und baute sich eine umfangreiche Sammlung zeitgenössischer anarchistischer Publikationen auf. Sein Werk ist auch deshalb interessant, weil er durch seine Position Zugang zu heute nicht oder nur mehr schwer greifbaren Informationen hatte, was der Darstellung teilweise den Charakter einer (Sekundär-)Quelle verleiht.

### Quellen – Wann beginnt die Geschichte des Anarchismus?

Als allgemeine Quellenedition zur *Ideengeschichte* des Anarchismus ist die Anthologie »Anarchism. A Documentary History of Libertarian Ideas« hervorzuheben, die der kanadische Anarchist und Historiker Robert Graham bei »Black Rose Books« in Montréal herausgegeben hat.<sup>51</sup> Sie dokumentiert in drei Bänden anhand von 280 Texten beziehungsweise Textausschnitten anarchistisches und libertäres Denken »from ancient China to the present day«.<sup>52</sup> Zwar muss man diese weite, alle Großepochen übergreifende Zeitspanne insofern relativieren, als tatsächlich nur drei Quellentexte aus der Zeit vor 1789 stammen – ein taoistischer Text aus dem Alten China, betitelt »Neither Lord Nor Subject«, Étienne de La Boéties berühmte Abhandlung über die freiwillige Knechtschaft von 1552 und Gerrard Winstanleys »The New Law of Righteousness« von 1649. Dennoch: Indem er anarchistisches Denken *avant la lettre* identifiziert und in seine Anthologie einbezieht, knüpft Graham an eine lange Tradition anarchistischer Selbsthistoriografie und Ideengeschichte an, die die Anfänge des Anarchismus in eine ferne Vergangenheit rückprojiziert und anarchistisches Denken, wenn nicht gar als überzeitliche anthropologische Konstante ansieht, so doch in Vor- und Frühformen bereits in der Vormoderne identifiziert, sei es in der Philosophie der Stoa, im Urchristentum, im Taoismus und Buddhismus, im Humanismus oder bei den Täufern. Max Nettlau etwa begann den 1925 veröffentlichten ersten Band seiner Geschichte der Anarchie, betitelt als »Der Vorfrühling der Anarchie«, mit Zenon und den Stoikern.<sup>53</sup> Diese Tradition setzt sich bis in die jüngeren Gesamtdarstellungen fort.<sup>54</sup> Ob ein so weiter Bogen sinnvoll ist oder es sich dabei primär um eine »invention of tradition« der

50 Max Nettlau, Geschichte der Anarchie, Bde. 1–5, 1925–1984; verschiedene Ausgaben und Nachdrucke, Bde. 6–7 unveröffentlicht.

51 Robert Graham (Hrsg.), Anarchism. A Documentary History of Libertarian Ideas, Bd. 1: From Anarchy to Anarchism (300 CE to 1939), 536 S., kart., 28,99 \$, Bd. 2: The Emergence of the New Anarchism (1939–1977), 535 S., kart., 28,99 \$, Bd. 3: The New Anarchism (1974–2012), 530 S., kart., 28,99 \$, Black Rose Books, Montreal/New York etc. 2005, 2009 und 2013.

52 Robert Graham, Preface, in: ders., Anarchism, Bd. 3, S. IX–XI, hier: S. XI.

53 Max Nettlau, Geschichte der Anarchie, Bd. 1: Der Vorfrühling der Anarchie. Ihre historische Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1864, Berlin 1925.

54 Vgl. insb. Marshall, Demanding the Impossible; Stowasser, Anarchie.

Anarchistinnen und Anarchisten seit dem 19. Jahrhundert handelt, die es zu dekonstruieren gilt (wobei das eine das andere nicht zwingend ausschließt), wäre an anderer Stelle ausführlicher zu diskutieren. Die Beantwortung der Frage dürfte nicht zuletzt davon abhängen, aus welcher Disziplin und mit welchem methodischen Fokus man sich ihr nähert. Philosophie- und ideengeschichtlich scheint mir ein so breiter zeitlicher Rahmen vertretbar, in sozial-, politik- und kulturgeschichtlicher Perspektive eher irreführend.

In jedem Fall ist Grahams Anthologie, die sich an Aktivistinnen und Aktivisten ebenso wie an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler richtet, ein exzellentes Hilfsmittel für die universitäre Forschung und Lehre. Dabei ergänzt sie die einschlägige Dokumentation von Erwin Oberländer aus den 1970er-Jahren substanziell, ohne sie zu ersetzen.<sup>55</sup> Insbesondere berücksichtigt sie ausführlich die rezente Zeitgeschichte seit den 1970er-Jahren, der der gesamte dritte Band gewidmet ist.

Einem ganz anderen Typ von Quellen ist eine Anthologie gewidmet, die Gaetano Manfredonia in französischer Sprache vorgelegt hat: anarchistischen Liedern und Gedichten.<sup>56</sup> Manfredonia ist einer der besten Kenner der Anarchismusgeschichte in Frankreich. Neben der Sozial- und Kulturgeschichte des französischen Anarchismus des 19. Jahrhunderts hat er auch zum italienischen Anarchismus publiziert und mehrere Überblicksdarstellungen zur Geschichte des Anarchismus vorgelegt.<sup>57</sup> Im Zentrum seiner Forschungen stehen Fragen anarchistischer Identitäts- und Gemeinschaftsbildung. Dass Lieder für diese eine wichtige Rolle spielen, hat er schon in früheren Studien herausgestellt.<sup>58</sup> In Fortsetzung dieser Arbeiten präsentiert die vorliegende Quellensammlung in 13 chronologisch-thematisch geordneten und vom Herausgeber eingeleiteten Kapiteln über 100 zwischen 1846 und 1914 entstandene französische Lieder und Gedichte in Volltext. Der Fokus liegt auf Liedern, Gedichte werden aber mitberücksichtigt, weil beide Genres im Allgemeinen und besonders in anarchistischen Publikationen des 19. Jahrhunderts kaum voneinander zu trennen sind.

Lieder sind für Manfredonia Ausdruck und zugleich Vehikel einer spezifischen »culture politique anarchiste«<sup>59</sup>, ein Schlüsselkonzept seiner Arbeiten. Diese geteilte politische Kultur habe als Bindemittel zwischen den unterschiedlichen anarchistischen Strömungen fungiert und dazu geführt, dass sie sich trotz erheblicher ideologischer und praktischer Differenzen als Teil einer »politischen Familie« mit einer »sehr starken gemeinsamen Identität« betrachteten, die sie von anderen Komponenten der Arbeiterbewegung unterschieden. Zu diesem Zugehörigkeitsgefühl habe das Liedgut von Anfang an beigetragen, indem es eine eigene anarchistische Vorstellungswelt schuf.

55 Erwin Oberländer, *Der Anarchismus*, 4 Bde., Olten/Freiburg im Breisgau 1972.

56 Gaetano Manfredonia, *Libres! Toujours. Anthologie de la chanson et de la Poésie anarchistes du XIXe siècle*, Atelier de création libertaire, Lyon 2011, 181 S., kart., 18,00 €.

57 Ders., *La lutte humaine*. Luigi Fabbri, le mouvement anarchiste italien et la lutte contre le fascisme, Paris 1994; ders., *L'anarchisme en Europe*, Paris 2001; ders., *Anarchisme et changement social. Insurrectionnalisme, syndicalisme, éducationnisme-réalisateur*, Lyon 2007; populärwissenschaftlich: ders., *Histoire mondiale de l'anarchie*, Issy-les-Moulineaux/Paris 2014.

58 Vgl. insb. ders., *La chanson anarchiste en France des origines à 1914 (»Dansons la Ravachole!«)*, Paris/Montreal 1997.

59 Manfredonia, *Libres*, S. 7.

Die Bedeutung der Lieder ist auf zwei Ebenen zu suchen: Erstens sahen anarchistische Aktivistinnen und Aktivisten in ihnen eine besonders wirksame Propagandawaffe, nutzten sie zur Agitation und bis in die Zwischenkriegszeit als privilegiertes Mittel zur »Volkserziehung« (*éducation populaire*). Hiervon zeugen unzählige in anarchistischen Zeitungen, Flugschriften und Liedersammlungen publizierte Liedtexte. Zweitens dienten sie zur Mobilisierung der eigenen Anhängerinnen und Anhänger und hatten eine wichtige identitätsstiftende Wirkung. Als Quellen geben die Lieder damit Einblicke in anarchistisches Denken jenseits von Höhenkammpublikationen und in die »rêves d'altérité« der Aktivistinnen und Aktivisten.

Die Auswahl folgt zwei Kriterien: Einerseits wurden besonders repräsentative Texte ausgewählt, andererseits solche, die wenig bekannt und nicht an anderer Stelle publiziert zu finden sind. Dabei stellt sich allerdings das Problem, anarchistische Lieder vom allgemeinen Repertoire der Arbeiterbewegung abzugrenzen. Was sind anarchistische Lieder? Manfredonia geht hier sinnvollerweise von der Sicht der zeitgenössischen Akteure aus: Relevant sind für ihn solche Lieder und Gedichte, die von Anarchistinnen und Anarchisten selbst als anarchistisch betrachtet, gesungen und in anarchistischen Publikationen abgedruckt wurden. Deutlich werden dabei freilich die zahlreichen Überlappungen mit dem Liedgut der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, etwa dem 1871 von Eugène Pottiers gedichteten Text der Internationale, um nur den bekanntesten zu nennen.

Wann nahm das anarchistische Lied seinen Anfang? Diese Frage ist verbunden mit der allgemeineren, bereits andiskutierten Frage, ab wann man historisch von Anarchismus, ab wann von einer anarchistischen Bewegung sprechen kann. Häufig nehmen Darstellungen die 1864 in London gegründete »Internationale Arbeiterassoziation« (IAA) – die (Erste) »Internationale« – zum Ausgangspunkt und sehen deren Spaltung in Autoritäre (um Karl Marx) und Antiautoritäre (um Michail Bakunin und James Guillaume) im Jahr 1872 als Geburtsstunde der anarchistischen Bewegung. Manfredonia schiebt den Beginn einerseits um einige Jahrzehnte nach vorn: Zunächst habe die Französische Revolution eine entscheidende Rolle gespielt »dans l'éclosion d'un courant de pensée anarchiste«, der allerdings, mangels sich als Anarchisten definierenden *militants*, noch keine »Bewegung« dargestellt habe. Die wesentliche Zäsur sei dann die Repression des Juni 1848 gewesen, die zu einer Radikalisierung der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung in Frankreich führte. Erst ab diesem Zeitpunkt könne man folglich von anarchistischen Liedern sprechen (das erste im Buch abgedruckte stammt aus dem Jahr 1846).<sup>60</sup>

Andererseits betont Manfredonia, dass auch nach der Gründung der antiautoritären Internationalen 1872 noch nicht sofort von einer distinkten anarchistischen Bewegung die Rede sein kann, die sich von den übrigen Komponenten der sozialistischen und Arbeiterbewegung klar unterschieden hätte. Das gilt für das Liedrepertoire der neuen Organisation wie für ihre historischen Referenzen und ihre Symbolik. Ein Repertoire anarchistischer Lieder, die diese Bezeichnung explizit für sich einfordern, entstand erst im Lauf der 1870er-Jahre in dem Maße, wie eine insurrektionalistische Konzeption des Anarchismus dominant wurde.<sup>61</sup>

60 Ebd., S. 14f.

61 Ebd., S. 19.



Damit ändert Manfredonia die gängige Periodisierung der Anarchismusgeschichte nicht grundsätzlich, schärft aber unseren Blick dafür, dass die Entstehung der anarchistischen Bewegung einen längeren Prozess darstellte, der mindestens in Frankreich schon Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte, und dass die Übergänge fließender waren, als oft dargestellt. Auch weist er darauf hin, dass die insurrektionelle Konzeption der Antiautoritären der IAA in der Post-Kommune-Zeit nie alle Formen des Anarchismus repräsentiert und die Historiografie oft unbewusst die Sichtweise Kropotkins übernommen habe, nach der alles anarchistische Denken vor dem (sich ab 1876 durchsetzenden) Anarchokommunismus lediglich »vorbereitende Arbeit« und damit Vorgeschichte zum »eigentlichen« Anarchismus gewesen sei.<sup>62</sup>

Der Erste Weltkrieg bildete für das anarchistische Lied – wie für den französischen Anarchismus überhaupt – eine scharfe Zäsur, wie der Herausgeber im Fazit ausführt.<sup>63</sup> Publikationen und Auftritte mit anarchistischen Inhalten waren zensurbedingt nicht mehr möglich. Während viele engagierte Chansonniers an ihren pazifistischen Überzeugungen festhielten, reihten sich andere in die *Union sacrée* ein und stimmten statt antimilitaristischer Verse nunmehr Appelle zur Verteidigung des bedrohten Vaterlands an. Hier ruft Manfredonia in Erinnerung, dass die französischen Anarchistinnen und Anarchisten die republikanischen Werte durchaus nicht en bloc zurückwiesen und deshalb situativ auch zur Verteidigung demokratischer Institutionen bereit waren, namentlich im Kontext der Dreyfus-Affäre gegenüber der drohenden Reaktion von rechts oder eben 1914 gegenüber der wahrgenommenen Bedrohung durch den deutschen Militarismus.

Zwar blieben Lieder auch in der Zwischenkriegszeit ein wichtiges Element anarchistischer Soziabilität, doch erneuerte sich das Repertoire kaum mehr. Das Genre der »chanson sociale« mit seiner didaktischen Textlastigkeit war Manfredonia zufolge erschöpft, auch wenn Anarchistinnen und Anarchisten an ihm als Mittel der Volkserziehung festzuhalten suchten. Gegenüber den modernen technischen Propagandamitteln, der sich dann insbesondere die faschistischen Staaten ausgiebig bedienten, wirkte es zunehmend aus der Zeit gefallen. Zu seinem Niedergang trug auch die Professionalisierung der Welt des Chansons mit einer zunehmenden Trennung zwischen vortragenden, engagierten Chansonniers und einem passiv konsumierenden Publikum aus *militants* bei, denn sie besiegelte das Ende der revolutionären *goguettes* als Orte der Geselligkeit und des gemeinsamen Singens.

Daneben sind in den letzten Jahren weitere Quellensammlungen zu spezifischen Themen erschienen. Genannt seien an dieser Stelle bereits die Publikationen von Philippe Kellermann und von Giuseppe Galzerano zur »Propaganda der Tat«, auf die ich in Teil 2 des Berichts im Abschnitt über Anarchismus und Attentate noch einmal zurückkommen werde. Während Kellermann eine konzise Sammlung von 42 Texten zu Konzept und Praxis der »Propaganda der Tat« aus den Jahren 1877 bis 1929 vorlegt,

62 Ebd., S. 14 und 16. Von den französischen Sektionen der IAA sei auch erst 1868 eine Mehrheit überzeugt gewesen, dass die Emanzipation der Arbeitenden notwendig über die Enteignung der Produktionsmittel führe.

63 Ebd., S. 177–179.



darunter viele Übersetzungen aus dem Französischen<sup>64</sup>, widmet sich Galzeranos Dokumentation auf über 1.200 Seiten ganz dem Anarchisten Paolo Lega, der 1894 ein Attentat auf den italienischen Regierungschef Francesco Crispi verübte. Das Buch sei allen, die Italienisch lesen, als Quellensammlung und Hilfsmittel empfohlen, denn es bietet nicht nur eine dichte quellenbasierte Darstellung des Attentats, der Biografie des Attentäters und der Presseberichterstattung, sondern auch tiefe Einblicke in die zeitgenössische anarchistische Bewegung in Italien und ihre Verfolgung, unter anderem mit einem 150-seitigen biografischen Wörterbuch.<sup>65</sup> Hinzu kommt eine Vielzahl weiterer Editionen, Übersetzungen anarchistischer Schriften und neu aufgelegter Memoiren, die anzuführen den Rahmen sprengen würde.<sup>66</sup>

### III. Anarchismus als Idee: Politische Theorie, Philosophie, Ideengeschichte

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit anarchistischen Ideen liegt im Kreuzungsbereich mehrerer Disziplinen. Im engen Sinn geschichtswissenschaftliche Arbeiten stehen dabei eher am Rande, zumindest wenn man auf die wissenschaftliche Produktion der letzten 20 Jahre blickt. Wo Historikerinnen und Historiker über Anarchismus als Idee schreiben, tun sie es zumeist im Rahmen biografischer Untersuchungen zu mehr oder weniger bekannten Anarchistinnen und Anarchisten beziehungsweise inspiriert von der Intellectual History der Cambridge School. Die Mehrzahl neuerer Publikationen zum anarchistischen Denken haben indessen die Nachbardisziplinen vorgelegt, besonders die Politische Theorie und die Philosophie. Hinzu kommen, wie in den Ausführungen zu Handbüchern angemerkt, vor allem im englischsprachigen Raum zahlreiche Beiträge von Soziologinnen und Soziologen, während die soziologische Forschung an deutschen Universitäten von der Konjunktur bisher kaum berührt ist.<sup>67</sup>

64 Philippe Kellermann (Hrsg.), *Die Propaganda der Tat. Standpunkte und Debatten (1877–1929)* (Klassiker der Sozialrevolte, Bd. 26), Unrast Verlag, Münster 2016, 288 S., brosch., 16,00 €.

65 Giuseppe Galzerano, Paolo Lega. *Vita, viaggio, processo, «complotto» e morte dell'anarchico romagnolo che attentò alla vita del primo ministro Francesco Crispi (Atti e memorie del popolo)*, Galzerano Editore, Casalvelino Scalo (Salerno) 2014, 1.248 S., geb., 50,00 €.

66 Exemplarisch genannt seien: Ravachol, *Mémoires [mémoires dictées à ses gardiens dans la soirée du 30 mars 1892]. Déclaration au procès du 21 juin 1892*, Saint-Didier 2010, Neuauf. 2019; Josef Peukert, *Erinnerungen eines Proletariats aus der revolutionären Arbeiterbewegung*, Frankfurt am Main 2002 (zuerst 1913); Johann Most, August Reinsdorf und die Propaganda der Tat, Norderstedt 2017 (zuerst 1885); Émile Armand [Ernest-Lucien Juin], *La révolution sexuelle et la camaraderie amoureuse*, Avant-propos de Gaetano Manfredonia, Paris 2009; Peter Kropotkin, *Der Anarchismus. Philosophie und Ideale. Ein Vortrag, der 1896 im Tivoli-Vauxhall zu Paris gehalten werden sollte*, Greiz 2011; Aurélien Roulland, Kate Austin, *paysanne anarchiste et féministe. Présentation et traduction d'un choix de textes*, Paris 2019. Aus der Perspektive der Verfolgung: Andreas W. Hohmann/Dieter Johannes, *Der Spitzelbericht. Die Anarchistenüberwachung im Deutschen Kaiserreich*, Frankfurt am Main 1999.

67 Vgl. den Ankündigungstext eines 2019 von Tilman Reitz, Jonathan Eibisch und Christian Leonhardt in Jena durchgeführten Workshops mit Pioniercharakter: *Anarchistische politische Theorie und Gesellschaftstheorie*, 04.10.2019–06.10.2019 Jena, in: H-Soz-Kult, 9.4.2019, URL: <<https://www.hsozkult.de/event/id/event-89733>> [10.7.2020]. Olaf Briese formulierte Anfang 2017 bissig, es gebe in den

Einen aktuellen Überblick über die Ideengeschichte des Anarchismus geben die in Abschnitt II. besprochenen Handbücher, insbesondere »Brill's Companion to Anarchism and Philosophy«, quellenbasiert außerdem die Anthologie von Graham.<sup>68</sup> Eine exzellente Einführung in den Anarchismus als Idee und Gesellschaftstheorie in deutscher Sprache hat Daniel Loick vorgelegt, der in Amsterdam politische Philosophie und Sozialphilosophie lehrt.<sup>69</sup> Eine Zusammenfassung auf aktuellem Forschungsstand in knappem Artikelformat bietet Dominique Miething.<sup>70</sup>

An der Schnittstelle von öffentlichem Recht, politischer Theorie und Philosophie ist ein 2019 erschienener Band zum Thema »Anarchie als herrschaftslose Ordnung?« zu verorten.<sup>71</sup> Er geht auf eine Tagung zurück, die 2016 im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Forschungsprojekts »Enlightened Anarchism: What Can We Learn from the Anarchist Critique of the State, the Law and Authority?« in Luzern stattfand. Herausgeber sind Klaus Mathis, der an der Universität Luzern Öffentliches Recht, Recht der nachhaltigen Wirtschaft und Rechtsphilosophie lehrt, und Luca Langensand, der im Rahmen des Projekts an einer Dissertation zum Thema »Lernen vom Anarchismus« arbeitet. Ausgehend von der etymologischen Wortbedeutung »Herrschaftslosigkeit« wird Anarchie nicht als Anomie (oder landläufig: als Folge des Versagens staatlicher Ordnung), sondern »als gesellschaftliche Ordnung ohne Herrschaftsstrukturen verstanden, in dem die einzelnen Menschen freiwillig Verpflichtungen eingehen können oder eben auch nicht.«<sup>72</sup> Der Tagungsband kann als ein Sondierungsversuch verstanden werden, in dem die Frage, »inwieweit eine herrschaftslose Ordnung« möglich ist, interdisziplinär aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet und das Forschungsfeld abgesteckt wird. Damit soll er laut Langensands knapper Einleitung einen »Beitrag zu anarchistischen Debatten der Gegenwart« leisten.<sup>73</sup> Den »Kern« des Anarchismus bilde zwar der »klassische Anarchismus des 19. Jahrhunderts«; gerade seine Heterogenität und Theoriefeindlichkeit ermögliche aber eine dauernde Weiterentwicklung und Anpassung des Anarchismus, was ihn »auch im 21. Jahrhundert zu einer innovativen Gesellschaftsphilosophie« mache.<sup>74</sup>

Die 16 Beiträge stammen aus den Rechtswissenschaften, der Philosophie, der Politikwissenschaft und der Soziologie, während Historikerinnen oder Historiker nicht vertreten sind. Sie sind zu vier Teilen gruppiert, von denen der erste und umfangreichste Ordnungsmodelle bei »klassischen« anarchistischen Autoren, aber auch »klassische anarchistische Grundsätze« in Neuen sozialen Bewegungen erforscht.<sup>75</sup> Neben

---

deutschsprachigen Sozialwissenschaften zum Thema Anarchismus »im Grunde nicht einmal Forschungsansätze« (Briese, Anarchismus im 21. Jahrhundert, S. 124f.).

68 Graham, Anarchism.

69 Loick, Anarchismus zur Einführung.

70 Dominique F. Miething, Anarchismus, in: Samuel Salzborn (Hrsg.), Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge – Methoden – Strömungen, Stuttgart 2018, S. 196–207.

71 Mathis/Langensand, Anarchie als herrschaftslose Ordnung?

72 Projektbeschreibung, URL: <<https://www.unilu.ch/magazin/artikel/lernen-vom-anarchismus-9038>> [8.6.2020].

73 Luca Langensand, Einleitung, in: Mathis/Langensand, Anarchie als herrschaftslose Ordnung?, S. 15–22, hier: S. 20.

74 Ebd.

75 Ebd., S. 21.

der Organisationsfrage bei Proudhon, Stirner, Bakunin und Kropotkin werden dabei unter anderem Rudolf Rocker (Beiträge von Maurice Schuhmann und Nayan Niazi), Erich Mühsam und Murray Bookchin (Josef Estermann), neue aktivistische Theorieproduktionen (Christian Leonhardt), das Konsensmodell von Peter Gelderloos (Peter Seyferth) und das Denken Giorgio Agambens (Aleksander Miłosz Zieliński) in den Blick genommen.

Die Teile zwei bis vier widmen sich »Anarchie und Herrschaft in der Geschichte«, »... in der Philosophie« und »... im Recht«, wobei diese Einteilung nicht völlig überzeugt und die Zuordnung der Beiträge mitunter willkürlich scheint. So geht es etwa in Benjamin Schmidts Beitrag über anarchistisches Denken in Dante Alighieris »Commedia« nicht um »Geschichte«, sondern im Kern um die grundsätzliche philosophische (beziehungsweise politisch-theoretische) Frage, ob »anarchistisches oder herrschaftsloses Denken« – verstanden als ein Denken, in dem Herrschaftsstrukturen weder vorangelegt noch reproduziert werden<sup>76</sup> – überhaupt möglich ist. Der Teil zur »Geschichte« umfasst außerdem Beiträge von Christoph Berger zur Frage, ob man ideengeschichtlich von der Genese eines frühen, aufklärerischen Anarchismus bereits im 18. Jahrhundert sprechen kann (Fazit: man kann, muss aber nicht, weil es von der Definitionsfrage abhängt); von Filippo Contarini über den Strafprozess gegen den französischen Anarchisten Paul Brousse in der Schweiz 1878; sowie von Raphael Schwegmann über die »Unbewusste Unter-Ordnung« in kolonialen Kontexten, die der Verfasser für British-Indien mithilfe von Michel Foucaults Gouvernementalitätskonzept untersucht.

Teil drei zu »Philosophie« befasst sich mit Hannah Arendts Denken (Maike Weißpflug), mit der Frage, ob es bei Max Weber einen notwendigen Zusammenhang zwischen Herrschaftslosigkeit und Unordnung gibt (Dominik Renner zufolge: nein, weshalb Anarchie für Weber zwar eine Utopie, aber kein Unding ist), und mit Metaphysikkritik (Andrea Günter). Teil vier zu »Recht« bietet Überlegungen zu der grundlegenden Herausforderung, Recht in einem herrschaftsfreien System zu konzeptualisieren und, damit verbunden, gängige Grundbegriffe kritisch zu hinterfragen (Sabrina Zucca-Soest), eine Fundamentalkritik am Staat als »Monopolisten im Rechtsbereich« (David Dürr) und eine Studie zu Begründungsdefiziten staatlicher Herrschaftsgewalt (Stephan Meyer).

Der Band liefert aufschlussreiche Einzelstudien, die sich jedoch kaum auf einen Nenner bringen lassen. Ein Gesamtbild scheint auch nicht beabsichtigt, denn die Herausgeber beschränken sich in Vorwort und Einleitung auf knappe einführende Bemerkungen, ohne Thesen zu formulieren oder interpretatorische Schneisen zu schlagen. Ein Ergebnis lässt sich dennoch festhalten: Die durch das Fragezeichen im Titel angelegte Leitfrage kann affirmativ beantwortet werden: Eine herrschaftslose Ordnung ist grundsätzlich denkbar (unter welchen Bedingungen und wie sie realisierbar ist, ist eine andere Frage). Zudem hat das Buch das Verdienst, die Rechtswissenschaften dezidiert einzubeziehen, in denen aufgrund ihrer Staatsfixierung das Thema Anarchismus bisher kaum eine Rolle gespielt hat.<sup>77</sup>

76 Benjamin Schmid, Ein anarchistischer Dante oder ist herrschaftsloses Denken möglich? Versuch einer Antwort im Anschluss an den Weg des Wanderers, in: *Mathis/Langensand*, Anarchie als herrschaftslose Ordnung?, S. 247–268, hier: S. 247.

77 Zu den Ausnahmen gehört: Thomas Holterman/Henc van Maarseveen (Hrsg.), *Law in Anarchism*, Rotterdam 1980, leicht veränderte Neuaufl. Montréal 1984; vgl. auch die rechtshistorischen Arbeiten zu

## Allgemeine Tendenzen

Betrachtet man den Band von Mathis und Langensand, die neueren Handbücher und Grahams Anthologie zusammen<sup>78</sup>, lassen sich drei Tendenzen ausmachen, die für die neuere ideengeschichtliche Forschung zum Anarchismus insgesamt gelten:

Erstens hat sich der Kreis der untersuchten anarchistischen Schriften und der Autorinnen und Autoren deutlich erweitert. Die Begrenzung des »Kanons« auf das Triumvirat Proudhon, Bakunin und Kropotkin, das insbesondere die Gesamtdarstellungen dominiert, ist in den letzten Jahren immer wieder kritisiert worden.<sup>79</sup> Die Tendenz zur Erweiterung betrifft nicht mehr nur die »klassische« Periode bis zum Zweiten Weltkrieg. Auch anarchistisches Denken nach 1945 gerät als Objekt der Forschung zunehmend in den Blick, angefangen mit Murray Bookchin bis hin zu David Graeber als Protagonisten des ausgerufenen »anarchist turn« der Jahrtausendwende, welcher inzwischen selbst zu einem legitimen Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung geworden ist. Letzteres geschieht indes noch wenig historisierend, hier gibt es Forschungspotenzial.

Trotz dieser Ausweitung sind die untersuchten Produzentinnen und Produzenten anarchistischen Denkens nach wie vor ganz überwiegend »white, educated, men.«<sup>80</sup> Auch wenn Frauen in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg nachweislich eine aktive Rolle in der anarchistischen Publizistik und als Rednerinnen spielten<sup>81</sup>, ist von ihnen bisher nur Emma Goldman eine kanonisierte Referenz, die in Einführungsdarstellungen zu den »Hauptvertreter\_innen« des Anarchismus gerechnet wird.<sup>82</sup> Und auch im dritten Band von Grahams Anthologie, die den Jahren 1974 bis 2012 gewidmet ist, bilden die Texte von Autorinnen gegenüber solchen von Autoren eine kleine Minderheit, dann vorzugsweise zu genderbezogenen Themen.<sup>83</sup> Dennoch ist die Tendenz zur Diversifizierung unübersehbar.

Damit einher gehen, zweitens, eine gesteigerte Übersetzungstätigkeit und transnationale Rezeption auch solcher anarchistischer Autorinnen und Autoren, deren Schriften bisher außerhalb ihres eigenen Sprachraums wenig bekannt waren. Augenfällig ist etwa die vermehrte internationale Rezeption Gustav Landauers.<sup>84</sup> Das zunehmende

---

Proudhon von Anne-Sophie Chambost, insb. *Anne-Sophie Chambost, Proudhon et la norme. Pensée juridique d'un anarchiste*, Rennes 2004; dies./Georges Navet (Hrsg.), *Proudhon, droit ou morale?*, Courgenard 2011.

78 Vgl. oben Abschnitt 2.

79 Kinna, Introduction, S. 16.

80 Ebd.

81 Sandra Jeppesen/Holly Nazar, *Genders and Sexualities in Anarchist Movements*, in: Kinna, *The Bloomsbury Companion to Anarchism*, S. 162–191, hier: S. 167.

82 Loick, *Anarchismus zur Einführung*, S. 49.

83 Graham, *Anarchism*, Bd. 3.

84 Vgl. etwa Gustav Landauer, *Revolution and Other Writings. A Political Reader*, hrsg. v. Gabriel Kuhn, Oakland 2010; Gustav Landauer, *Esilio e anarchia. Scritti ebraici*, Rom 2019; in Frankreich vor allem die Arbeiten von Jean-Christophe Angaut und Anatole Lucet, insb. *Gustav Landauer, Appel au socialisme. Traduit de l'allemand par Jean-Christophe Angaut et Anatole Lucet*, Paris 2019; Jean-Christophe Angaut, *Le socialisme culturel et communautaire de Gustav Landauer*, in: *Actuel Marx*, 2019, Nr. 66, H. 2, S. 99–114; Anatole Lucet, *Communauté et révolution chez Gustav Landauer*, Diss., Lyon 2018;

Interesse an Landauers Schriften mag insofern nicht verwundern, als sie in gleich zweierlei Hinsicht Anknüpfungspunkte für gegenwärtiges anarchistisches Denken bieten: Zum einen spielt für Landauer auf dem Weg zur Anarchie – in seinen Worten: zum »Sozialismus« – das präfigurative Prinzip eine entscheidende Rolle, also die Vorwegnahme und Einübung der angestrebten zukünftigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Kleinen durch beispielgebende Gruppen. Zum anderen ist Landauers Sichtweise des Staats elaborierter als die vieler anderer anarchistischer Autorinnen und Autoren der »klassischen« Epoche, deren Staatsverständnis von Gegnern des Anarchismus als naiv kritisiert, seit einigen Jahrzehnten aber auch von anarchistischen Theoretikerinnen und Theoretikern als unterkomplex und revisionsbedürftig erachtet worden ist. So ist der Staat für Landauer eine soziale Beziehung, kein von der Gesellschaft scharf zu trennender Akteur oder Apparat, den man einfach zerschlagen und dadurch die Herrschaft von Menschen über Menschen mit einem Handstreich beseitigen könnte. Das macht sein Denken anschlussfähig für von Foucault inspirierte Vorstellungen von Gouvernamentalität – und überhaupt kompatibel mit der von der neueren Historiografie gestützten Einsicht, dass moderner Staat und Gesellschaft keine voneinander getrennten Sphären, sondern vielfach miteinander verschränkt sind.

Drittens werden zunehmend auch die Schriften und Biografien von Philosophinnen und Philosophen sowie von Theoretikerinnen und Theoretikern, die gemeinhin nicht oder nicht primär als anarchistisch qualifiziert worden sind, auf Elemente anarchistischen Denkens, Beeinflussung durch anarchistisches Denken und/oder ihren Beitrag zur anarchistischen Theorie hin untersucht, etwa die Texte von Friedrich Nietzsche<sup>85</sup> oder Franz Kafka.<sup>86</sup>

Begriffsgeschichtlich ist für den deutschsprachigen Raum nach wie vor der Artikel in den »Geschichtlichen Grundbegriffen« einschlägig.<sup>87</sup> Zu Frankreich und Spanien gibt es Studien von Marc Deleplace beziehungsweise François Godicheau.<sup>88</sup> Vergleichende Untersuchungen bleiben ein Desiderat.<sup>89</sup>

---

ders., *Anarchist against Violence. Gustav Landauer's Subversion of the Rational Paradigm*, in: *Philosophical Journal of Conflict and Violence* 3, 2019, H. 2, S. 105–122.

85 Dominique F. Miething, *Anarchistische Deutungen der Philosophie Friedrich Nietzsches*. Deutschland, Großbritannien, USA (1890–1947), Baden-Baden 2016; Max Leroy, *Dionysos au drapeau noir. Nietzsche et les anarchistes*, Lyon 2014.

86 Vgl. die Studie von Costas Despiniadis (Φραντς Κάφκα. Ο ανατόμος της εξουσίας, Thessaloniki 2007), die jüngst in französischer und englischer Übersetzung, aber nicht auf Deutsch erschienen ist: Costas Despiniadis, *Kafka et les anarchistes. Insubordination, intransigence, refus de l'autorité*, Lyon 2018; ders., *The Anatomist of Power. Franz Kafka and the Critique of Authority*, Montréal 2019.

87 Peter Christian Ludz (sowie Christian Meier), *Anarchie, Anarchismus, Anarchist*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 49–109.

88 Marc Deleplace, *La notion d'anarchie pendant la Révolution française*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 43, 1996, S. 307–328; ders., *L'anarchie de Mably à Proudhon (1750–1850). Histoire d'une appropriation polémique*, Lyon 2001; François Godicheau, *Entre histoire sociale des conflits et histoire des concepts. Protestation et ordre public en Espagne dans le dernier tiers du XIXe siècle*, in: *Les Cahiers de Framespa* 12, 2013, URL: <<https://doi.org/10.4000/framespa.2201>> [11.6.2020].

89 Ein erster deutsch-französisch-italienischer Vergleich bei Haupt, *Den Staat herausfordern*, S. 44–47, der auf die begriffsgeschichtliche Lücke in der italienischen Historiografie hinweist.

## Ideen und Praktiken

Anarchistisches Denken und Handeln, Idee und Praxis können nicht völlig losgelöst voneinander gedacht werden, denn natürlich standen sie immer miteinander in Wechselwirkung.<sup>90</sup> Dass der Schwerpunkt einer Untersuchung dabei legitimerweise eher auf der einen oder anderen Seite liegt, ist ebenso klar. Dies alles ist weniger trivial, als es auf den ersten Blick scheinen mag, denn tatsächlich suggerieren die meisten Gesamtdarstellungen der Anarchismusgeschichte mindestens für die Entstehungsgeschichte, frühe und »klassische« Phase des Anarchismus ein Primat der Idee: Zuerst waren die Ideen der Vordenker (vor allem Proudhon, Bakunin und Kropotkin), die dann verbreitet und rezipiert wurden und in der entstehenden Bewegung eine zunehmende Anhängerschaft fanden. Damit zusammen hängt, und das ist mein zweiter Kritikpunkt, ein Diffusionsmodell, das »top-down« und von einem mutmaßlichen Zentrum in die mutmaßliche Peripherie gedacht ist. Dieses – zumeist implizite – diffusionistische Modell wäre in dreierlei Hinsicht einer kritischen Prüfung zu unterziehen: Es tendiert erstens dazu, die Rolle von Ideen als Movers der Geschichte zu überschätzen. Es fokussiert zweitens zu stark auf große Männer (und wenige große Frauen) und unterschätzt die Agency subalternen Akteure – gewissermaßen der Namenlosen der anarchistischen Bewegungen. Es folgt drittens einem Zentrum-Peripherie-Modell, in dem mutmaßlich rückständige Peripherien die Ideen des mutmaßlich fortschrittlichen Zentrums übernehmen, und ist damit eurozentrisch.

Wie genau Ideen und Praxis miteinander zusammenhängen, wäre weiter zu untersuchen. Diachrone Vergleiche zum gut erforschten Zusammenhang von Aufklärungsphilosophie und französischer Revolution mögen hier ebenso helfen wie zum Zusammenhang zwischen den Konzepten der Neuen Linken und den Protesten der 1968er-Jahre.<sup>91</sup>

## IV. Anarchistische Bewegungen in Europa: länderbezogene Studien und Lokalstudien

Nicht alle neuere Forschung zum Anarchismus ist transnational. Gerade zu den anarchistischen Bewegungen in Europa haben Länderstudien nach wie vor ihren festen Platz. Auch für jüngere Lokal- und Regionalstudien gilt, dass sie keineswegs alle nur mehr transnationale oder globalgeschichtliche Perspektiven einnehmen<sup>92</sup>, sondern weiterhin oft – explizit oder implizit – als Fallstudien zu einem primär nationalen Bezugsrahmen konzipiert sind und primär zu nationalen Historiografien sprechen. Das hat nicht allein damit zu tun, dass trotz des Hypes der transnationalen Geschichte das nationalgeschichtliche Paradigma in der historischen Forschungspraxis ziemlich resistent ist – jedenfalls weitaus resistenter, als es viele Lippenbekenntnisse vermuten ließen – und dass die Anarchismusforschung hierbei keine grundsätzliche Ausnahme

90 Vgl. Nathan Jun, *Anarchism and Philosophy. A Critical Introduction*, in: ders., *Brill's Companion to Anarchism and Philosophy*, S. 1–38.

91 Einschlägig: Ingrid Gilcher-Holtey, »Die Phantasie an die Macht«. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt am Main 2001 (zuerst 1995).

92 Vgl. hierzu Teil 2 des Berichts.



bildet. Es gibt dafür auch triftige sachliche Gründe. So bewegten sich anarchistische Gruppen in einer Welt von (National-)Staaten, die ihre Entstehung, Gelegenheitsstrukturen, Organisationsbedingungen und Aktionsrepertoires maßgeblich beeinflussten. Schon aus praktischen Gründen orientierten und strukturierten sie sich, ungeachtet ihres proklamierten Internationalismus und häufig praktizierten Transnationalismus, oft sprachräumlich-national. Die Entwicklung des Anarchismus wurde somit stets mitgeprägt durch die staatlichen Ordnungen, gegen die er sich auflehnte, aber auch durch nationale und/oder sprachräumlich konturierte Öffentlichkeiten. Schließlich bleibt die (national-)staatliche Perspektive für die Forschung gerade auch dann relevant, wenn wir nach politischen und gesellschaftlichen Reaktionen und Repressionen fragen. Insofern hat sie von ihrer Berechtigung grundsätzlich nichts eingebüßt. Allerdings ist sie nicht länger selbstverständlich und über Begründungsbedürftigkeit erhaben, sondern sollte bewusst gewählt und gegen andere abgewogen, gegebenenfalls auch mit anderen kombiniert werden.

Dies soll am Beispiel einiger neuerer Monografien verdeutlicht werden, die drei unterschiedliche Länder behandeln und zugleich drei unterschiedliche inhaltliche Aspekte fokussieren: Zunächst wird es um anarchistische Gewalt und staatliche Repression in Spanien gehen, dann um die Bedeutung des (Anti-)Anarchismus für die Sozialdemokratie und das politische System im Deutschen Kaiserreich, schließlich um Fragen der Selbst- und Fremdwahrnehmung in der Presseberichterstattung am Beispiel der Schweiz des *Fin de Siècle*. Es folgt eine kurze Diskussion konzeptueller Fragen, am Ende stehen Anmerkungen zum Forschungsstand für Frankreich und Italien.

### *Gewalt, Repression und Revolution: Anarchismus in Spanien*

Nirgendwo sonst fand der Anarchismus eine solche Massenanhängerschaft wie in Spanien. Anarchismus und Anarchosyndikalismus wurden dort im letzten Drittel des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur hegemonialen politischen, ideologischen, organisatorischen und soziokulturellen Kraft der Arbeiterbewegung und der politischen Linken. Die CNT, 1910 nach dem Vorbild der (damals noch dominant revolutionär-syndikalistischen) französischen »Confédération générale du travail« (CGT) gegründet, entwickelte sich zur größten anarchistisch ausgerichteten Gewerkschaft der Welt.<sup>93</sup> Schließlich kam es im Zuge des Spanischen Bürgerkriegs 1936 in Katalonien zu einer der wenigen erfolgreichen, von Anarchistinnen und Anarchisten dominierten sozialen Revolutionen und einem Experiment gesellschaftlicher Umgestaltung, das bis heute eine zentrale Referenz in der anarchistischen Erinnerungskultur bildet und als »kurze[r] Sommer der Anarchie«<sup>94</sup> auch darüber hinaus breit rezipiert worden ist. Nachhaltig gebrochen wurde die Stellung des Anarchismus in Spanien durch Francos Sieg, der Hunderttausende in die Emigration zwang und oft als zentrale Zäsur in der Anarchismusgeschichte insgesamt gehandelt wird, und die brutale Re-

93 Zur Geschichte der CNT vgl. Dolors Marín, *Anarquistas. Un siglo de movimiento libertario en España*, Barcelona 2010.

94 Hans Magnus Enzensberger, *Der kurze Sommer der Anarchie. Buenaventura Durrutis Leben und Tod*. Roman, Frankfurt am Main 1972.



pression der folgenden Jahre. Die CNT agierte zwar weiter im Untergrund; auch bewahrten viele Geflüchtete die anarchistische Tradition im Exil, insbesondere in Frankreich mit Toulouse als organisatorischem Zentrum der Emigration.<sup>95</sup> Trotz der kurzen Euphorie unmittelbar nach Ende der Diktatur<sup>96</sup> blieb eine dauerhafte Wiederbelebung des Anarchismus als Massenbewegung im postfranquistischen Spanien jedoch aus.

Die dominante Stellung des Anarchismus ist »zweifelloso die *differentia specifica* der spanischen Sozialgeschichte«.<sup>97</sup> Entsprechend ist die Historiografie zu Anarchismus und Anarchosyndikalismus in Spanien außerordentlich umfangreich.<sup>98</sup> Einen historischen Überblick geben der 2010 anlässlich des hundertjährigen Bestehens der CNT publizierte, aber zeitlich und thematisch die gesamte Anarchismusgeschichte abdeckende Band von Julián Casanova<sup>99</sup> sowie – deutlich umfangreicher und aus einer Hand, allerdings ohne Quellennachweise und stark katalonienlastig – die Gesamtdarstellung von Josep Termes.<sup>100</sup>

Warum erlangte der Anarchismus in Spanien eine so starke Stellung? Dies ist ebenso erklärungsbedürftig wie ein zweiter Befund: In keinem anderen Land spielte Gewalt für den Anarchismus eine so große Rolle. Dies gilt etwa für die globale Attentatswelle Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, die in Spanien mehr Todesopfer forderte<sup>101</sup> und deutlich länger anhielt als in jedem anderen Land.<sup>102</sup> Diese Fragen beschäftigten schon zeitgenössische politische Beobachterinnen und Beobachter sowie nach ihnen Generationen von Historikerinnen und Historikern. Bis in die 1970er-Jahre dominierten exotisierende, kulturalistische und völkerpsychologische Erklärungen<sup>103</sup>, die den Anarchismus aus der Moderne und/oder Spanien aus dem Okzident durch diskursive Orientalisierung oder »Mediterranisierung« ausgrenzten.<sup>104</sup> Als modellbildenden

95 Ángel Herrero López, *La CNT durante el franquismo. Clandestinidad y exilio (1939–1975)*, Madrid 2005.

96 Vgl. hierzu auch Diagramm 2 in Abschnitt 1 dieses Aufsatzes.

97 Reiner Tosstorff, Rezension von Josep Termes, *Història del moviment anarquista a Espanya (1870–1980)*, Barcelona 2011, in: sehepunkte 13, 2013, Nr. 4, URL: <<http://www.sehepunkte.de/2013/04/21068.html>> [13.7.2020].

98 Als Forschungsüberblick vgl. Oscar Freán Hernández, *El anarquismo español. Luces y sombras en la historiografía reciente sobre el movimiento libertario*, in: Ayer 84, 2011, S. 209–223; Salvador Gurucharri, *Bibliografía del anarquismo español 1869–1975*, Barcelona 2004.

99 Julián Casanova (Hrsg.), *Tierra y libertad. Cien años de anarquismo en España*, Barcelona 2010.

100 Josep Termes, *Història del moviment anarquista a Espanya (1870–1980)/Historia del anarquismo en España (1870–1980)*, Barcelona 2011. Vgl. auch Marín, *Anarquistas*.

101 Die terroristischen Anschläge im Zarenreich 1905 bis 1907 waren zwar noch wesentlich blutiger, jedoch wurden sie in revolutionärem und bürgerkriegsähnlichem Kontext und nur zu einem kleinen Teil von Anarchistinnen oder Anarchisten verübt, weshalb sie mit der anarchistischen »Propaganda der Tat« in anderen Ländern nur bedingt vergleichbar sind.

102 Vgl. Rafael Núñez Florencio, *El terrorismo anarquista (1888–1909)*, Madrid 1983.

103 Vgl. Walther L. Bernecker, *Strategien der »direkten Aktion« und der Gewaltanwendung im spanischen Anarchismus*, in: Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 108–134, hier: S. 116–118.

104 Dazu Manuel Borutta/Fabian Lemmes, *Die Wiederkehr des Mittelmeerraumes. Stand und Perspektiven der neuhistorischen Mediterranistik*, in: *Neue Politische Literatur* 58, 2013, S. 389–419, hier insb. S. 406–409.

der Prototyp standen diesen Interpretationen bezeichnenderweise eher die Anarchistinnen und Anarchisten im ländlichen Andalusien Pate als diejenigen im industrialisierten Norden des Landes und vor allem in Katalonien, obwohl der spanische Anarchismus dort stets seinen Schwerpunkt hatte. So betrachtete Gerald Brenan die andalusischen Anarchistinnen und Anarchisten als »naive Millenarier« und den spanischen Anarchismus insgesamt als eine Form religiöser Häresie.<sup>105</sup> James Joll sah die Stärke des Anarchismus als Folge eines spezifisch spanischen Individualismus und »Temperaments« und dessen Empfänglichkeit für Fanatismus und »Extremismus« an.<sup>106</sup> Eric J. Hobsbawm fasste die andalusischen Anarchistinnen und Anarchisten unter der Überschrift »Primitive rebels« als »archaische Sozialbewegung« und »modernen Chilisismus« und bescheinigte ihnen unreifen »Sozialrevolutionismus«.<sup>107</sup> Diese Interpretation des Anarchismus als tendenziell ländlich, irrational und antimodern ist von der Forschung seit den späten 1970er-Jahren widerlegt worden.<sup>108</sup> Die beiden aufgeworfenen Fragen – nach den Gründen für den Massenerfolg in Spanien und nach den Gründen und der Rolle der Gewalt – sind indes relevant geblieben und bis heute zahlreichen Studien zu Arbeiterbewegung und Anarchismus in Spanien explizit oder implizit unterlegt.

Dies gilt in besonderem Maße für Ángel Herrerín López' Studie »Anarquía, dinamita y revolución social«, die anarchistische Gewalt und staatliche Repression im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in den Blick nimmt.<sup>109</sup> Sie steht in einer ganzen Reihe von Veröffentlichungen, die Herrerín und Juan Avilés Farré, beide Professoren an der staatlichen spanischen Fernuniversität UNED, seit den 2000er-Jahren zum spanischen Anarchismus, zur Geschichte des Terrorismus und zur Schnittmenge beider Themen vorgelegt haben.<sup>110</sup> Die chronologischen Eckdaten der Untersuchung

105 Gerald Brenan, *Die Geschichte Spaniens. Über die sozialen und politischen Hintergründe des Spanischen Bürgerkrieges*, Berlin 1978 (zuerst engl. 1943), S. 183 und 216–224.

106 Joll, *The Anarchists*, 1979, S. 207.

107 Eric J. Hobsbawm, *Sozialrebell. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Neuwied 1962 (zuerst engl. 1959), Kap. V.

108 Vgl. Temma Kaplan, *Anarchists of Andalusia, 1868–1903*, Princeton 1977; Martha Grace Duncan, *Spanish Anarchism Refracted. Theme and Image in the Millenarian and Revisionist Literature*, in: *Journal of Contemporary History* 23, 1988, S. 323–346.

109 Ángel Herrerín López, *Anarquía, dinamita y revolución social. Violencia y represión en la España de entre siglos (1868–1909)* (Catarata, Bd. 357), Los Libros de la Catarata, Madrid 2011, 296 S., kart., 19,00 €.

110 Insb. Juan Avilés Farré, *Francisco Ferrer y Guardia. Pedagogo, anarquista y mártir*, Madrid 2006; ders., *La daga y la dinamita. Los anarquistas y el nacimiento del terrorismo*, Barcelona 2013; ders./Ángel Herrerín López (Hrsg.), *El nacimiento del terrorismo en occidente. Anarquía, nihilismo y violencia revolucionaria*, Madrid 2008; Herrerín López, *La CNT durante el franquismo*; ders., *Camino a la anarquía. La CNT en tiempos de la Segunda República*, Madrid 2019. Einige davon sind im Kontext zweier von Juan Avilés geleiteten vergleichenden Forschungsprojekte zu anarchistischen Attentaten in Spanien, Frankreich und Italien sowie zu anarchistischem und jihadistischem Terrorismus entstanden: »El terrorismo anarquista en España, Francia e Italia: un análisis comparado, 1892–1912« (2004 bis 2007); »Terrorismo anarquista y terrorismo yihadí: un análisis comparativo« (2007 bis 2010). Vgl. auch Joaquín Romero Maura, *La romana del diablo. Ensayos sobre la violencia política en España (1900–1950)*, Madrid 2000; Antoni Dalmau, *El cas Rull. Viure del terror a la ciutat de les bombes (1901–1908)*, Barcelona 2008; ders., *El procés de Montjuïc. Barcelona al final del segle XIX*, Barcelona 2010.

sind für die Arbeiterbewegungs- und Anarchismusgeschichte Spaniens klassisch gewählt: am Anfang 1868 als das Gründungsjahr der »Federación Regional Española« (FRE), der – antiautoritär-bakuninistisch dominierten – spanischen Föderation der Internationale; am Ende das Jahr 1909 mit der »Semana Trágica« (tragische Woche), der blutigen Niederschlagung von Arbeiteraufständen, zu denen es in Barcelona und anderen katalanischen Städten aus Protest gegen den Rif-Krieg und die Einberufung von Reservisten zur Verstärkung der spanischen Truppen in Marokko kam.<sup>111</sup> Zugleich nahmen 1909/10 die Bombenexplosionen in Barcelona – und damit im ganzen Land – ein Ende und begann mit der Gründung der CNT ein neues Kapitel der spanischen Arbeiterbewegung.

Die Untersuchung basiert wesentlich auf bis dato nicht ausgewerteten Quellen aus rund 20 Archiven. (Umso bedauerlicher ist, dass auf ein Quellenverzeichnis am Ende des Buchs verzichtet wurde.) Herrerín betont gleichwohl die Schwierigkeiten bei der Quellenrecherche zu diesem Thema – wie sie leider für die spanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts insgesamt notorisch sind –, insbesondere was die Bestände von Polizei, Armee und Ministerien betrifft. So fehlt von den Berichten der spanischen Polizei, die einen enormen Umfang haben müssten, für diese Epoche in den Archiven jede Spur.<sup>112</sup>

Forschungsleitend für die Studie ist die Frage nach der kausalen Verbindung zwischen Verbreitung des Anarchismus und Gewalt: Wurde der Massenerfolg des Anarchismus durch gewaltsame Taktiken, insbesondere durch die unter dem Etikett »Propaganda der Tat« verübten terroristischen Attentate, gefördert oder gebremst? Daran schließt unmittelbar die Frage nach der Wirkung staatlicher Repression an: Trug sie zur Eindämmung oder umgekehrt zur Verbreitung des Anarchismus bei? Zentrale These des Buchs ist, dass die Kombination aus beiden Faktoren, anarchistischer Gewalt und brutaler Repression, die Verwurzelung des Anarchismus in Spanien wesentlich begünstigte.

Die anarchistische Gewalt – insurrektionalistische Gewalt ebenso wie individuelle Attentate – wirkte als solche freilich zunächst kontraproduktiv, denn sie stieß auf breite Ablehnung und weckte Furcht in der Bevölkerung, entfernte die Anarchistinnen und Anarchisten von der Arbeiterschaft und schadete so dem Anarchismus wie der Arbeiterbewegung insgesamt. Erst als und weil der Staat mit »illegaler, undifferenzierter, maßloser und blutiger Repression« antwortete<sup>113</sup>, wurden anarchistische Attentäter zunehmend nicht mehr als Mörder, sondern als Märtyrer angesehen und bewundert. Die unverhältnismäßige Repression, die das spanische Restaurationsregime seit dem Prozess von Montjuïc 1896 auch international in Misskredit brachte, zog nun zunehmend die Aufmerksamkeit auf sich, wobei die anarchistische Presse eine wichtige Rolle spielte. »Die Propaganda der Tat wich [damit] der Propaganda der Repression.«<sup>114</sup>

Das rein repressive staatliche Handeln provozierte zum einen neue Gewaltakte und trug so zur langen Dauer der Attentatsphase in Spanien bei, die im internationa-

111 Vgl. Antoni Dalmau, *Set dies de fúria. Barcelona i la Setmana Tràgica* (juliol de 1909), Barcelona 2009.

112 Ebd., S. 19.

113 Ebd., S. 284. Hier und im Folgenden stammen alle Übersetzungen von mir.

114 Ebd. »La propaganda por el hecho daba paso a la propaganda por la represión.«

len Vergleich ein Spezifikum darstellt. Zum anderen bestätigte es das von Anarchistinnen und Anarchisten gezeichnete Bild vom Unterdrückerstaat als Quell allen Übels. Weitere Faktoren kamen hinzu, vor allem die völlige Abwesenheit von Sozialreformen und auch das partizipatorische Defizit der seit 1875 bestehenden Restaurationsmonarchie, die unwillens und unfähig war, politische Forderungen der Unterschichten zu kanalisieren. All dies begünstigte nicht nur den Gebrauch von Gewalt; es stärkte auch einen strikt antistaatlichen Apolitismus und eine Ideologie, die die Zerstörung des Staats als unerlässlich für jeden Fortschritt ansah. Während republikanische und sozialistische Kräfte, die politische Aktionen befürworteten, angesichts der mageren Ergebnisse ihrer Bemühungen einen schweren Stand hatten, zeigten die Anarchistinnen und Anarchisten, dass sie bereit und in der Lage waren, sich der Macht konsequent entgegenzustellen. So verfestigten »Propaganda der Tat« und Repression das Bild vom Anarchisten als Vorkämpfer gegen Unterdrückung, für Freiheit und soziale Gerechtigkeit.<sup>115</sup>

An Herreríns Studie zeigt sich allgemeiner: Es geht in anarchistischen Bewegungen nicht nur um eine abstrakte Gegnerschaft gegen den Staat an sich, sondern immer auch um einen konkreten Staat. Das macht sorgfältig kontextualisierende historische Analysen umso wichtiger. Es legitimiert auch eine gewisse Persistenz nationalstaatlicher Perspektiven auf anarchistische Bewegungen in der Forschung. Auch diese dürfen freilich Verflechtungen und Wechselwirkungen nicht ignorieren. Entsprechend trägt Herrerín auch der transnationalen Dimension der Etablierung des Anarchismus in Spanien Rechnung (Erste Internationale, gezogene Lehren aus dem Schicksal der Pariser Kommune), der folglich kein »hecho autóctono« sei.<sup>116</sup>

Außerdem gilt es, zwischen unterschiedlichen Typen der Gewalt zu differenzieren, denn nicht immer handelte es sich um »Terrorismus«. Zu unterscheiden ist vor allem zwischen den (1) Gewaltakten der 1880er-Jahre, die Teil von Arbeitskonflikten und von deren Logik geprägt waren, (2) den in den 1890er-Jahren einsetzenden Attentaten, die die Kriterien sozialwissenschaftlicher Terrorismusdefinitionen erfüllen<sup>117</sup>, und (3) den anonymen Bombenexplosionen in den Straßen Barcelonas während der Jahre 1904 bis 1909, deren Urheberchaft und Motive diffus bleiben. Sie sind teils Anarchisten, teils anderen um die politische Macht in der Stadt rivalisierenden Gruppen (Republikanern und Katalanisten) und teils der Polizei zuzuschreiben.

Schließlich betont Herrerín auch für Spanien die Heterogenität des »movimiento libertario«. Es vereinte Gruppen und Individuen mit unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Vorstellungen, die nur durch das gemeinsame Ziel geeint waren, »die kapitalistische Gesellschaft zu Fall zu bringen, und dies nicht nur in ihrer ökonomischen, sondern auch in ihrer politischen Dimension«.<sup>118</sup> Gewaltakte waren dabei der sichtbarste, aber – auch in Spanien – nur ein minoritärer Aspekt der anarchistischen Bewegung.

Die Hochburg des spanischen Anarchismus war Katalonien mit seinem politischen und ökonomischen Zentrum Barcelona. Hier verdichteten sich Arbeiterkulturen, anar-

115 Ebd., S. 285–287.

116 Ebd., S. 282.

117 Vgl. hierzu ausführlicher Teil 2 dieses Beitrags.

118 Ebd., S. 288.

chistische und syndikalistische Praktiken, soziale und politische Konflikte, Gewalt und revolutionäre Ereignisse wie an keinem anderen Ort und lassen sich wie unter einem Brennglas untersuchen. Die katalanische Hauptstadt steht daher im Mittelpunkt zahlreicher Lokal- und Regionalstudien, die in jüngerer Zeit zunehmend durch raum-, stadt-, gewalt- und/oder mikrogeschichtliche Ansätze inspiriert sind.<sup>119</sup> Prototypisch trifft dies auf das Buch »Anarchism and the City. Revolution and Counter-Revolution in Barcelona, 1898–1937« des britischen Historikers Chris Ealham zu<sup>120</sup>, der in Madrid lehrt und auf die Geschichte des spanischen Anarchismus und des Bürgerkriegs spezialisiert ist.<sup>121</sup> Die Studie war zunächst 2005 bei Routledge erschienen<sup>122</sup> und ist unter geändertem Titel – nun mit »Anarchism« als Zentralbegriff – bei AK Press neu aufgelegt worden. Das Interesse des Autors gilt den »interlocking and complementary areas of space, culture, protest and repression«.<sup>123</sup> Dabei stellt er sich zum einen in die von E. P. Thompson inspirierte Tradition der Geschichte »von unten«; zum anderen wendet er sich gegen die »spatial absences« vieler sozialgeschichtlicher Arbeiten und macht deshalb ausgiebige methodische Anleihen bei Stadtgeografie, Stadtsoziologie und Cultural Studies. So entsteht eine Untersuchung über anarchistisch dominierte Arbeiterkulturen, die der räumlichen Dimension von Geschichte eine gleichberechtigte Rolle neben der sozialen und kulturellen zugesteht.

Zu Beginn des Buchs greift Ealham mit urbanistischem, wirtschafts- und sozialhistorischem Blick teils bis weit ins 19. Jahrhundert zurück, durchleuchtet die Geografie der Stadt und besonders die Entstehung und Strukturen der Arbeiterquartiere. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt dann aber auf den Jahren der seit 1931 bestehenden Zweiten Republik und der »Apolitical« Revolution« (Kapitel 8) der ersten Bürgerkriegsmonate 1936/37. Für diese arbeitet er die Bedeutung der symbolischen Appropriation des städtischen Raums durch die Arbeiterschaft heraus, etwa mittels Umbenennung von Straßen, aber auch durch Akte »kreativer Destruktion« und die Invasion von Kirchen, häufig begleitet durch eine »sacrophobic fiesta«.<sup>124</sup> Gegen eine Interpretation als »blinde« Gewalt betont er die solchen Handlungen innewohnende

119 Vgl. etwa Florian Grafl, *Terroristas, Pistoleros, Atracadores. Akteure, Praktiken und Topographien kollektiver Gewalt in Barcelona während der Zwischenkriegszeit 1918–1936*, Göttingen 2017, sowie zahlreiche Aufsätze desselben Autors; Martin Baumeister, *Arenen des Bürgerkriegs? Kollektive Gewalt in Turin und Barcelona 1890 bis 1923*, in: Friedrich Lenger (Hrsg.), *Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939*, München 2013, S. 123–147; Angel Smith, *Anarchism, Revolution and Reaction. Catalan Labour and the Crisis of the Spanish State, 1898–1923*, New York/Oxford 2007; sowie bereits Joaquín Romero Maura, »La rosa de fuego«. El obrerismo barcelonés de 1899 a 1909, Madrid 1989.

120 Chris Ealham, *Anarchism and the City. Revolution and Counter-Revolution in Barcelona, 1898–1937*, AK Press, Edinburgh/Oakland 2010, 284 S., kart., 20,00 \$.

121 Vgl. etwa auch ders./Michael Richards (Hrsg.), *The Splintering of Spain. New Historical Perspectives on the Spanish Civil War*, Cambridge 2005 (span. 2010); ders., *Living Anarchism. José Peirats and the Spanish Anarcho-sindicalist Movement*, Edinburgh 2016 (dieses Buch wird in Teil 2 dieses Forschungsberichts detaillierter betrachtet).

122 Chris Ealham, *Class, Culture and Conflict in Barcelona 1898–1937*, London/New York 2005, span. Übs.: *La lucha por la ciudad. Clase, cultura y conflicto social en Barcelona 1898–1937*, Madrid 2005.

123 Ealham, *Anarchism and the City*, S. XVII.

124 Ebd., S. 183–188.

Rationalität, die auf die Zerstörung der traditionalistischen bourgeoisen Öffentlichkeit durch Ausschaltung ihres hauptsächlichlichen Mittlers, der Kirche, zielte.

Trotz der grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen blieben die Auswirkungen auf manche Lebensbereiche begrenzt. Die Gleichberechtigung von Frauen etwa war nun zwar rechtlich durchgesetzt, ihre volle Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben stieß aber auf viele alltägliche Hindernisse, unter anderem weil traditionelle Geschlechterbilder und Machismo im antifranchistischen Lager und durchaus auch bei Anarchisten und Anhängern des linksmarxistischen »Partido Obrero de Unificación Marxista« (POUM) verbreitet waren. Dies zeigt auch die ambivalente Haltung gegenüber Prostitution und Bordellen, die letztlich nicht verboten wurden, obwohl dies, so Ealham, ohne Weiteres in der Macht der anarchistischen Bewegung gelegen hätte.<sup>125</sup>

Die Revolution blieb bekanntlich unvollendet. Hierfür führt Ealham mehrere Gründe an, die sich nicht auf eine einfache Gegenüberstellung »soziale Revolution vs. Notwendigkeit der Kriegführung« reduzieren lassen. Dabei schreibt er der anarchistischen Führung durchaus eine Mitverantwortung für das letztliche Scheitern zu. Die grundlegende Schwäche der Revolution in Katalonien wie im sonstigen republikanischen Gebiet sieht er darin, dass es ihren Akteuren nicht gelang, übergreifende Strukturen zu schaffen, um die Kriegsanstrengungen und zugleich die Arbeit der unzähligen Arbeiterkollektive zu koordinieren. Als Konsequenz billigte die Führung der »Federación Anarquista Ibérica« (CNT-FAI) zum Zwecke der Kriegführung den Wiederaufbau des bürgerlichen Staats »von oben« und wurde damit unweigerlich in eine Logik der Verständigung mit den politischen Kräften hineingezogen. Der »anarchist hierarchy« – die in der Darstellung indes ziemlich blass und unbestimmt bleibt – bescheinigt Ealham Passivität, während die Gegenkräfte im republikanischen Lager, insbesondere die stalinistische »Partido Socialista Unificado de Cataluña« (PSUC), die sich sozial konservativ als Ordnungspartei positionierte, erstarkten und mobilisierten. Zum »Bürgerkrieg im Bürgerkrieg« kam es schließlich im Mai 1937 mit den mehrtägigen Straßenkämpfen zwischen staatlichen Sicherheitskräften auf der einen und den revolutionären *patrullas de control*, Angehörigen der anarchistischen Komitees und der POUM auf der anderen Seite. In den Verhandlungen mit der katalonischen Regierung ließ sich die Führung der CNT-FAI in Ealhams Augen über den Tisch ziehen. Indem sie ihre Anhänger zum Abbau der Barrikaden anhielt, gab sie ihre zentrale Machtressource aus der Hand.

Zwei Bemerkungen zum Schluss: Zum einen beschäftigen sich durchaus nicht alle neueren Studien zum spanischen Anarchismus mit Gewalt und Repression oder mit Revolution und Bürgerkrieg<sup>126</sup>; aber diese bleiben doch zentrale Themen und bilden weiterhin den Schwer- oder Fluchtpunkt vieler Arbeiten. Zum anderen stellen die Forschungen zu Anarchismus und Anarchosyndikalismus in Spanien in gewissem Sinn einen historiografischen Sonderfall dar. Denn in Spanien sind Anarchismus und Anarchosyndikalismus unbestritten ein wichtiger Teil der Nationalgeschichte – so sehr wie in keinem anderen Land. Wer sich mit der Gesellschafts- und Arbeiterbewegungs-

125 Ebd., S. 189.

126 Vgl. etwa jüngst James Michael Yeoman, *Print Culture and the Formation of the Anarchist Movement in Spain, 1890–1915*, New York/Abingdon 2020.



aber auch mit der Politik- und Kulturgeschichte Spaniens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts befasst, kommt am Anarchismus daher nicht vorbei. Das bedeutet erstens, dass es weitaus weniger begründungsbedürftig ist und man kein/e Anarchismus-Spezialistin oder -Spezialist sein muss, um sich mit ihm zu beschäftigen; zweitens, dass Arbeiten zum spanischen Anarchismus seltener unter dem Etikett »Anarchismusforschung« firmieren als woanders; und drittens, gewissermaßen als Kehrseite der Bedeutung des Anarchismus für die Nationalgeschichte, dass die Forschung zum Anarchismus in Spanien methodisch vergleichsweise wenig, ja im Vergleich mit am wenigsten transnational ist. Auch in der oben diskutierten Studie von Ealham ist der Bezugsrahmen nicht der globale Anarchismus, sondern die spanische Gesellschaft.

### *(Anti-)Anarchismus, Sozialdemokratie und politisches System: das Deutsche Kaiserreich*

So notorisch wie die Stärke des Anarchismus in Spanien ist seine Schwäche in Deutschland. Dass er gleichwohl politisch höchst folgenreich war, untermauert Elun Gabriel in seiner Studie »Assassins and Conspirators. Anarchism, Socialism, and Political Culture in Imperial Germany«, die auf einer 2006 abgeschlossenen Doktorarbeit fußt.<sup>127</sup> Obgleich numerisch schwach und politisch marginal, spielte der Anarchismus eine wichtige Rolle in der Entwicklung der politischen Kultur des Deutschen Kaiserreichs, so eine Kernaussage der Studie. Allerdings war sein Einfluss weniger direkt als indirekt. Entsprechend handelt es sich auch weniger um ein Buch über Anarchistinnen und Anarchisten, wie der Titel suggeriert, als über Antianarchismus. Relevant ist der Anarchismus für die Studie nämlich vor allem insofern, als er virulente öffentliche Debatten und einen massiven Antianarchismus nährte, der die Sozialdemokratie und die politische Kultur insgesamt, so Gabriel, wesentlich beeinflusst habe. Explanandum ist dabei weder Anarchismus noch Antianarchismus, sondern der »extraordinary rise of the German Social Democrats over the nearly five decades of the empire« – »from outcast minority to mass popular movement«.<sup>128</sup> Im Kern geht es also um den Platz der Sozialdemokratie im Kaiserreich.

Auf den Anarchismus bietet Gabriel einen Blick von außen. Dabei folgt er einem primär diskursgeschichtlichen Ansatz; an Quellen stützt er sich auf die Reichstagsdebatten, umfangreich auch auf die politische Presse und Pamphlete und ergänzend auf Polizeiberichte. Im Zentrum stehen die Debatten um das »Sozialistengesetz« von 1878 und seine viermalige Verlängerung bis 1890. An dieser Stelle ist daran zu erinnern, dass das »Sozialistengesetz« nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern auch für den Anarchismus in Deutschland von einschneidender Bedeutung war. Nicht nur fand es gegen anarchistische Aktivitäten ebenso Anwendung. Auch wurden die Reichstagsabgeordneten Johann Most und Wilhelm Hasselmann in der Folge aus der sozialdemokratischen Partei (damals: SAP) ausgeschlossen, weil sie den strikten Legalitäts-

127 Elun T. Gabriel, *Assassins and Conspirators. Anarchism, Socialism, and Political Culture in Imperial Germany*, Northern Illinois University Press, DeKalb 2014, 302 S., geb., 50,00 \$; vgl. auch ders., *Anarchism's Appeal to German Workers, 1878–1914*, in: *Journal for the Study of Radicalism* 5, 2011, S. 33–66.

128 Gabriel, *Assassins and Conspirators*, S. 3.



kurs der Parteiführung ablehnten. Sie näherten sich daraufhin anarchistischen Positionen an und wurden im Exil zu führenden Köpfen des deutschsprachigen Anarchismus. Most wurde nicht nur dessen führender Publizist, sondern für einige Jahre auch der vehementeste Verfechter der gewaltsamen »Propaganda der Tat«.

Gabriels zentrale These ist, dass die Sozialdemokratie den Anarchismus als Antithese und Negativfolie benutzte und benötigte, um sich durch Abgrenzung als akzeptierte Kraft in den politischen Raum des Deutschen Kaiserreichs einzuschreiben. So versuchten die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Debatten über die Verlängerung des »Sozialistengesetzes« in den 1880er-Jahren als verantwortungsbewusst und respektabel zu erscheinen (Kapitel 3). Wie die Diskussionen über die Bedrohung durch anarchistische Attentate zeigen, fanden die sozialdemokratischen Parlamentarier über den Antianarchismus eine gemeinsame Sprache insbesondere mit politischem Katholizismus, Linksliberalen und Vertretern der nationalen Minderheiten, auch wenn ihre politischen Zielsetzungen sich weiterhin in zentralen Punkten voneinander unterschieden. Dadurch entwickelten sich Gabriel zufolge »robust liberal values«<sup>129</sup>, insbesondere zwischen denen, die die Reichsregierung durchweg, zeit- oder teilweise als »Reichsfeinde« brandmarkte, und eine gemeinsame Sprache, um anarchistische Gewalt, aber auch Regierungshandeln zu verurteilen, das sich über Rechtsstaatlichkeit und den Gleichheitsgrundsatz hinwegsetzte. So sei eine gemeinsame politische Kultur entstanden, die mittel- und langfristig die »Normalisierung der Sozialdemokratie im politischen System« erleichtert habe. Die antianarchistischen Tropen überlebten die Anarchismusfurcht und prägten die Sozialdemokratie dauerhaft.

Die (anti-)anarchistische Referenz erlaubte es unterschiedlichen politischen Kräften, ihre eigenen Weltbilder und politischen Positionen zu legitimieren. Dabei diene der Anarchismus stets als Negativfolie, als »exemplar of political otherness, a marker of political pathology«.<sup>130</sup> Für die Sozialdemokratie war die Zurückweisung des Anarchismus und der mit ihm assoziierten terroristischen Praktiken ein wichtiges Mittel, um das Stigma abzuschütteln, das dem Sozialismus in den 1870er-Jahren angehaftet hatte. Diese Abgrenzung spielte Gabriel zufolge eine Schlüsselrolle für ihren sukzessiven Imagewandel und ihre Transformation zu einer in die politische Kultur des Kaiserreichs integrierten Kraft, die sich zu friedlichem sozialem Wandel, parlamentarischer Demokratie und legalen Mitteln bekannte. Rhetorisch stellten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Anarchismus und Sozialismus als genaue Gegensätze dar: ersteren als gewaltsam, antidemokratisch und ehrlos, letzteren als friedlich, parlamentarisch und ehrenhaft.<sup>131</sup>

»In rejecting anarchist behavior (especially the endorsement of terrorism) alleged anarchist personal characteristics (such as excitability and cowardice), Social Democrats emphasized their own commitment to gradual change through parliamentary participation and defined the hallmarks of socialist character as discipline, calm, and openness.«<sup>132</sup>

129 Ebd., S. 213.

130 Ebd., S. 212.

131 Ebd., S. 69.

132 Ebd., S. 4.

Damit definierten sie ihr Revolutionskonzept neu, um es im »German political-cultural mainstream« zu platzieren.<sup>133</sup> Zugleich kehrten sie die konservative Rhetorik um, die sie mit dem Anarchismus zu amalgamieren suchte, indem sie ihrerseits die Nähe zwischen anarchistischen und konservativen Methoden und Mentalitäten betonten (Geheimhaltung, Demokratieverachtung, Glaube an die Effizienz roher Gewalt als Mittel der Politik) und den Sozialismus als Antithese sowohl zur anarchistischen und als auch zur konservativen Geisteshaltung in Szene setzten.<sup>134</sup> Dass die rivalisierenden Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie ihre internen Gegnerinnen und Gegner immer wieder dadurch zu delegitimieren suchten, dass sie sie als anarchistisch brandmarkten, sieht Gabriel als Bestätigung dafür, wie sehr sich die antianarchistische Rhetorik ins sozialdemokratische Denken eingeschrieben hatte.

Die Untersuchung reiht sich in die jüngere Historiografie ein, die eine sukzessive Liberalisierung und Demokratisierung des Kaiserreichs und ein Abnehmen seiner autoritären Züge hervorgehoben hat. Das Kaiserreich habe sich, so Gabriel, auf dem Weg zu einer »liberal democratic political culture« befunden, die auf Vorstellungen von Partizipation und Fairness beruhe. Der Sozialdemokratie misst der Autor bei dieser Entwicklung eine wesentliche Rolle zu. Damit teilt er einerseits die Kritik an der älteren, von Guenther Roth und Dieter Groh geprägten Vorstellung von einer rein »negativen Integration« der Sozialdemokratie ins Kaiserreich<sup>135</sup>, geht aber zugleich wesentlich über sie hinaus: Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hätten sich nicht nur aktiv (das heißt »positiv«) ins gesellschaftliche und politische Leben integriert, sondern dabei die politische Kultur des Kaiserreichs auch maßgeblich mitgeformt und zu ihrem Wandel beigetragen.

Das Fazit bietet auch einen Ausblick auf die Weimarer Republik. Hier rehabilitiert Gabriel in Fortspinnung seines logischen Fadens zum einen das Erbe des Kaiserreichs: Es sei zumindest ambivalent gewesen und habe auch Elemente einer politischen Kultur genährt, die unter anderen Umständen die Republik hätten zusammenhalten können. Zum anderen, für unsere Zwecke wichtiger, spricht er von einem Stigma-Transfer vom Anarchismus auf den Kommunismus: »[The] new anti-communism borrowed heavily from the Kaiserreich's anti-anarchist tropes.«<sup>136</sup> Der sich vertiefende Graben zwischen Anhängerinnen und Anhängern von Sozialdemokratie und Kommunismus habe viele Gründe gehabt, aber die Verfügbarkeit einer »antianarchistischen Sprache«, so seine These, habe die wechselseitige Feindschaft auf der Linken verstärkt.

Die Studie ist klug, instruktiv und schlüssig, selbst wenn sie in einigen Punkten an ihre Grenzen stößt. So vermag der Zugriff über Parlamentsdebatten und die Presse nicht alles zu erklären. Zu fragen wäre etwa, inwieweit die Rhetorik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihrer Wortführer, die hier zwangsläufig im Fokus steht, für die Haltung der gesamten Sozialdemokratie und ihrer Anhängerinnen und Anhänger in der Breite stehen kann. Die antianarchistischen Verlautbarungen der

133 Ebd., S. 213.

134 Ebd., S. 69.

135 Guenther Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and Negative Integration*, Totowa 1963; Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt am Main 1973.

136 Gabriel, *Assassins and Conspirators*, S. 219.

Führung hatten ja eine performative Absicht nicht nur in der Außendarstellung, sondern auch nach innen, nämlich in dem Sinne, dass sie genau die Abgrenzung zum Anarchismus hervorzubringen suchten, die sie beschworen. Auch mag die sehr optimistische Einschätzung zur Entwicklung der politischen Kultur des Kaiserreichs gedämpfter ausfallen, wenn man den Blick statt auf Diskurse stärker auf die (nichtdiskursive) Praxis und die unverändert bestehenden politisch-systemischen Schranken richtet. Ferner wird die Zeit bis Mitte der 1890er-Jahre deutlich ausführlicher behandelt als die zwei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg. Für diese spätere Phase ist die These von der anhaltenden Wirksamkeit antianarchistischer Tropen dann auch etwas weniger empirisch abgesichert. Schließlich ist die starke Verengung des Anarchismus auf die Gewaltfrage auffällig, jedoch schwerlich zu bemängeln, da sie eben die zeitgenössischen öffentlichen Diskurse spiegelt.

Gabriel bietet eine aufschlussreiche Studie über die zeitgenössische Sicht auf den Anarchismus von außen und über seine Instrumentalität. Wer sich für die Innenperspektive der Bewegung, ihre Akteure und Praktiken interessiert, muss für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg weiterhin zu den älteren Arbeiten greifen, insbesondere den Studien von Carlson und Linse.<sup>137</sup> Einige Einblicke in das Leben eines »unbekannten« Anarchisten gibt auch Robert Kains 2017 erschienene Biografie zu Otto Weidt, der im frühen 20. Jahrhundert in der anarchistischen Bewegung aktiv war.<sup>138</sup> Zum organisierten Anarchismus in der Weimarer Republik liegen mehrere neue Veröffentlichungen aus der Feder von Helge Döhring vor<sup>139</sup> oder sind in Vorbereitung.<sup>140</sup>

137 Carlson, *Anarchism in Germany*; ders., *Anarchismus und individueller Terror im Deutschen Kaiserreich, 1870–1890*, in: Mommsen/Hirschfeld, *Sozialprotest, Gewalt, Terror*, S. 207–236; Linse, *Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871*; ders., »Propaganda der Tat« und »Direkte Aktion«. Zwei Formen anarchistischer Gewaltanwendung, in: Mommsen/Hirschfeld, *Sozialprotest, Gewalt, Terror*, S. 237–269; vgl. auch Gerhard Botz/Gerfried Brandstetter/Michael Pollak (Hrsg.), *Im Schatten der Arbeiterbewegung. Zur Geschichte des Anarchismus in Österreich und Deutschland*, Wien 1977; als Überblick auch Wolfgang Bock, *Terrorismus und politischer Anarchismus im Kaiserreich. Entstehung, Entwicklung, rechtliche und politische Bekämpfung*, in: Hans Diefenbacher (Hrsg.), *Anarchismus. Zur Geschichte und Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft*, Darmstadt 1996, S. 143–168.

138 Kain, *Otto Weidt*.

139 Helge Döhring, *Schwarze Scharen. Anarcho-syndikalistische Arbeiterwehr*, Lich 2011; ders., *Organisierter Anarchismus in Deutschland 1919 bis 1933* (dieses dreibändige Werk ist der »Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands« und der »Anarchistischen Vereinigung« gewidmet); vgl. auch die älteren Arbeiten von Hartmut Rübner, *Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus*, Berlin 1994; Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Zur Geschichte der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalistin), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands*, Meisenheim am Glan 1969; ders., *Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 25, 1989, S. 293–358; Angela Vogel, *Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung*, Berlin 1977; Linse, *Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1919–1933. Zur Zeit nach 1945* vgl. Teil 2 dieses Beitrags.

140 Vgl. das weit fortgeschrittene Dissertationsprojekt von Jule Ehms zur FAUD.

Über Deutschland hinaus schreibt Gabriel dem Anarchismus eine Bedeutung »in shaping European politics« zu<sup>141</sup>, ohne dass der Blick über die Grenzen für seine Untersuchung als solche eine Rolle spielt. Diese Perspektive ist vielversprechend und wäre weiter zu verfolgen. War die Bezugnahme auf den Anarchismus zur Differenz- und damit Selbstbestimmung ein Spezifikum der Sozialdemokratie in Deutschland? Hier sind Zweifel angebracht, wie die Ergebnisse von Nino Kühnis Dissertation über die Schweiz andeuten.<sup>142</sup> Und auch in anderen europäischen Ländern, namentlich in Frankreich und Italien, deutet vieles darauf hin, dass die antianarchistische Referenz für die entstehenden sozialistischen Parteien eine wichtige Rolle spielte, zumal ihre Entstehung dort in die Phase der anarchistischen Attentate fiel und die anarchistische Bewegung in beiden Ländern stärker war als in Deutschland. Genaue Studien hierzu fehlen aber meines Wissens. Wie sehr die sozialistischen Parteien sich dort in und durch Abgrenzung vom Anarchismus konstituierten, wäre also noch zu erforschen, idealerweise in vergleichender Perspektive.

### *Selbst- und Fremdwahrnehmung in der Presse: das Beispiel Schweiz*

Die Bedeutung des (national-)staatlichen Rahmens ebenso wie die transnationalen Verflechtungen wird besonders deutlich im Fall der Schweiz. Ein vergleichsweise großzügiges Asylrecht machte die Schweiz seit den 1840er-Jahren zum wichtigen Exil-land für politische Flüchtlinge und Revolutionäre aller Couleur. So wurde sie zur Drehscheibe für die Verbreitung des Anarchismus in Europa und insbesondere ein Ort des Transfers zwischen dem französisch-, deutsch- und italienischsprachigen Raum. In der Westschweiz fand der Anarchismus eine frühe (wenn auch nicht dauerhafte) lokale Verwurzelung, zugleich lag hier nach der Spaltung der Ersten Internationale 1872 für ein Jahrzehnt das Zentrum der internationalen anarchistischen Bewegung. Auch danach ermöglichte die liberale Gesetzgebung Anarchistinnen und Anarchisten eine im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern weitgehende Rede- und Pressefreiheit – auch wenn sie von der zweiten Hälfte der 1880er-Jahre an engmaschig überwacht wurden und es auch in der Schweiz immer wieder zu Beschlagnahmen und Ausweisungen kam.<sup>143</sup> So entwickelte sich in der Schweiz, gemessen an der überschaubaren Zahl der Anhängerinnen und Anhänger der Bewegung, eine »weit gefächerte anarchistische Presse, die mit Zeitungen, Zeitschriften und Almanachen ihre Hauptaufgabe in der Aufklärung sah«.<sup>144</sup>

Diese Ausführungen zeigen, dass die Sensibilität für spezifische nationalstaatliche Kontexte und die Sensibilität für Transnationalität eigentlich immer zusammengehen müssen. Forschungspraktisch und je nach Fragestellung liegt der Schwerpunkt gleich-

141 Gabriel, *Assassins and Conspirators*, S. 14 und 221.

142 Kühnis, *Anarchisten*. Vgl. dazu ausführlicher den folgenden Abschnitt.

143 Vgl. Urs Germann, *Das »Rendez-vous der internationalen Dynamitbande«*. Die »Anarchistengefahr« im Visier von Justiz und politischer Polizei in der Schweiz (1885–1914), in: Karl Härter/Beatrice de Graaf (Hrsg.), *Vom Majestätsverbrechen zum Terrorismus. Politische Kriminalität, Recht, Justiz und Polizei zwischen Früher Neuzeit und 20. Jahrhundert* (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 268), Klostermann, Frankfurt am Main 2012, VI + 424 S., kart., 79,00 €, S. 197–217.

144 Kühnis, *Anarchisten*, S. 13.

wohl zumeist eher auf der einen oder anderen Perspektive. Prototypisch hierfür stehen zwei jüngere Dissertationen, die zur Schweiz vorgelegt wurden: zum einen Nino Kühnis' Studie über die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Anarchistinnen und Anarchisten in der Schweiz, die der Autor anhand der zwischen 1885 und 1914 erschienenen anarchistischen und nichtanarchistischen Presse untersucht; zum anderen Florian Eitels Arbeit über den »Frühanarchismus« der Uhrmacher im Schweizer Jura in den 1860er- und 1870er-Jahren, die sich als »mikrohistorische Globalgeschichte« versteht.<sup>145</sup> Von Eitels Untersuchung wird an anderer Stelle im Zusammenhang mit neueren transnationalen und globalgeschichtlichen Ansätzen noch zu sprechen sein.<sup>146</sup> Hier soll sich unser Blick auf die Studie von Kühnis richten.

Gleich zu Beginn sei gesagt, dass Kühnis' Buch manche Schwäche aufweist und ihm eine Überarbeitung gutgetan hätte. Es hat Längen, enthält formale und einige inhaltliche Fehler, auch der Gebrauch mancher Analysebegriffe ist diskutabel.<sup>147</sup> Zudem ist die Lektüre wegen überflüssiger Fremdwortkonstruktionen und etwas überkandidelter Ausdrucksweise mitunter anstrengend. Hierzu sollte man wissen, dass Kühnis vor Drucklegung des Manuskripts 2013 tragisch bei einem Verkehrsunfall starb und die Dissertation wohl nur dank des Engagements von Personen aus seinem engen Umfeld postum veröffentlicht werden konnte.<sup>148</sup> Eine ausführliche Beschäftigung mit dem Buch ist trotz der genannten Schwächen lohnend; denn es ist nicht nur empirisch eine Fundgrube und hat interessante Ergebnisse zu bieten, sondern gestattet es auch, beispielhaft eine ganze Reihe methodischer Fragen und Probleme zu diskutieren, die für die Anarchismusforschung relevant sind.

Im Kern geht es Kühnis um die Konstruktion »kollektiver Identität«, die er über die periodische Presse erschließen will. Er fragt zum einen, wie sich die Anarchistinnen und Anarchisten als Teil einer sozialen Bewegung imaginierten und ihre kollektive Identität konstituierten; zum anderen, welche Identität ihnen von außen zugeschrieben und wie diese konstruiert wurde; und schließlich, wie die anarchistische »Gemeinschaft« mit der gewaltigen Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdzuschreibung umging, wie sie gewissermaßen »Identitätsmanagement« betrieb.<sup>149</sup> Im Zentrum steht dabei das »anarchistische ›Wir‹, das den AkteurInnen Handlungsanleitung und Heimat war.«<sup>150</sup> Dieses Gemeinschaftsgefühl war wesentlich, um dem massiven gesellschaftlichen und politischen Gegenwind zu trotzen, wie Kühnis überzeugend argumentiert. Der Schwerpunkt der empirischen Untersuchung liegt damit klar auf der ersten Leitfrage und der anarchistischen Presse. Dieser kam die »Doppelaufgabe« zu,

145 Ebd.; Eitel, *Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz*.

146 Vgl. hierzu Teil 2 dieses Beitrags, der in der kommenden Ausgabe des AfS erscheint; außerdem ausführlich meine Einzelrezension zu Eitels Buch, in: *H-Soz-Kult*, 13.11.2019, URL: <<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-26449>> [18.7.2020].

147 Zu inhaltlichen Kritikpunkten vgl. ausführlich den Rezensionssaufsatz von Werner Portmann, *Zur neueren universitären Anarchismusforschung in der Schweiz – am Beispiel von Nino Kühnis' »Anarchisten!«*, in: *Ne znam. Zeitschrift für Anarchismusforschung*, 2016, Nr. 4, S. 30–47, dessen Lektüre ich parallel zu der des Buches empfehle.

148 Bettina Dyttrich, *Leidenschaftlich, ernst und wirblich. Nino Kühnis (1978–2013)*, in: *WOZ Die Wochenzeitung*, 3.10.2013.

149 Kühnis, *Anarchisten*, S. 14.

150 Ebd., S. 44.

»arrivierte Aktive in der Bewegung zu halten und ihr gleichzeitig neue zuzuführen«<sup>151</sup>, sie richtete sich also an zwei Publika zugleich. Anarchistische Zeitungen betrieben Kühnis zufolge eine gewaltige Identitätsarbeit, die die soziale Kohäsion stärkte.

Der Aufbau der zentralen Analysekapitel ist bewusst schematisch: Eine Zeitung nach der anderen wird nach demselben Raster abgehandelt. Das fördert nicht eben die darstellerische Prägnanz, sondern führt zu vielen Wiederholungen, hat aber den Vorteil, dass sich das Buch auch gut als Nachschlagewerk zu einzelnen Presseerzeugnissen nutzen lässt. Als Quellen für die Selbstkonstruktion dienen 24 vom Autor als anarchistisch eingestufte Periodika<sup>152</sup>, davon 10 deutschsprachig und 14 französischsprachig, die im Untersuchungszeitraum in der Schweiz erschienen, die meisten nur für einen kurzen Zeitraum, einige über viele Jahre hinweg. Untersucht wurden damit rund 1.200 Zeitungsnummern – eine Kärnerarbeit, mit der Kühnis die bis dato wohl dichteste Studie zur anarchistischen Presse dieser Zeit vorlegt. Dass er die italienischsprachige Presse der Schweiz mangels Sprachkenntnis nicht einbezieht, mag man ihm angesichts dieses umfangreichen Korpus nicht vorwerfen. Es bleibt aber ein Wermutstropfen, zumal die italienischsprachigen anarchistischen Gruppen besonders bedeutend waren.

Zur Ermittlung der Fremdzuschreibungen werden sieben nichtanarchistische Zeitungen ausgewertet: zwei bürgerlich-liberale, drei sozialdemokratische, zwei – nach ihrer Selbstbezeichnung – »politisch unabhängige« beziehungsweise »neutrale«, die eine breite Leserschaft ansprachen und denen damit eine hohe meinungsbildende Qualität zugesprochen werden kann. Diese Presseorgane werden nicht linear analysiert, sondern für ein um vier »Schlüsselereignisse« herum gebildetes Sample. Dass es bei allen vier Ereignissen direkt oder indirekt um mutmaßlich oder tatsächlich von Anarchisten (oder Anarchistinnen) ausgeübte Attentate oder Bombenexplosionen geht, ist bezeichnend, denn in einer breiten Öffentlichkeit erregte der Anarchismus vor allem im Zusammenhang mit Gewaltakten Aufmerksamkeit. Es offenbart allerdings auch ein konzeptionelles Dilemma, mit dem auch andere Untersuchungen konfrontiert sind: Die Konzentration auf solche Momente wirkt potenziell auf das Ergebnis der Untersuchung zurück, indem es das als Fremdwahrnehmung herausgearbeitete Bild des Anarchismus – hier: als gewalttätig, verbrecherisch, auszurottende Krankheit oder Schädling – noch verstärkt. Insofern bedürfte es zur Kontrolle eigentlich begleitend auch einer linearen diachronen Presseanalyse, zumindest für ausgewählte Presseorgane. Zu vermuten ist freilich, dass der Anarchismus außerhalb der von Kühnis gewählten Schlüsselereignisse tatsächlich kaum ein Thema war, auch wenn aus der Darstellung nicht ganz klar wird, ob diese Frage überprüft wurde.

Einige von Kühnis' quellenkritischen Überlegungen haben über seine Untersuchung hinaus Bedeutung.<sup>153</sup> Sie betreffen die Nutzung von Zeitungen zur Erforschung anarchistischer Bewegungen (schwierige Einschätzung der Repräsentativität,

<sup>151</sup> Ebd., S. 13.

<sup>152</sup> Portmann zufolge sind von diesen allerdings acht »nachweislich keine anarchistischen Publikationen und vier entweder eine Mischform von Anarchismus und Sozialdemokratie oder revolutionärem Syndikalismus«; Portmann, Zur neueren universitären Anarchismusforschung in der Schweiz, S. 44.

<sup>153</sup> Kühnis, Anarchisten, S. 29–34.



da Leserzahlen und Auflagen meist nicht ermittelbar; auch die Lebensdauer ist nicht immer aussagekräftig), die Frage, welche Zeitungen überhaupt als anarchistisch zu qualifizieren sind<sup>154</sup>, aber auch die Frage, wer in Polizeiakten als »Anarchist« auftaucht. Hier kommt der Verfasser zu dem Schluss, dass »jeder diensthabende Polizist, vom öffentlichen Diskurs geprägt, weitgehend eigenmächtig bestimmte, was AnarchistInnen ausmachte und dementsprechend wer AnarchistIn war«. Zu Recht mahnt er deshalb zur Vorsicht bei der Verwendung von Polizeiakten. Als Quelle »für den bisweilen hysterischen Umgang mit dem Thema Anarchismus« geben sie indes »in ihrer Gewissenhaftigkeit und Übersensibilität ein akkurates Bild ab«.<sup>155</sup> Hinzugefügt sei: Dies gilt nicht nur für die der Schweiz. Gleichwohl muss man festhalten, dass Polizeiakten bei aller gebotenen Vorsicht gerade für die frühen anarchistischen Bewegungen eine unverzichtbare Quelle bleiben, zumal sie neben Presseerzeugnissen und wenigen Erinnerungsberichten oft die einzigen sind, die uns zur Verfügung stehen.

Welche Ergebnisse kann Kühnis auf diese Weise erzielen? Erstens arbeitet er einen pananarchistischen »Grundstock an geteilten Hypergütern« heraus<sup>156</sup> (Antiautoritarismus, Dezentralisierung, gegenseitige Hilfe, Beseitigung von Kapitalismus, Krieg, Staat und jeder Form von Zwang), dabei aber auch eine plurale Identität mit bedeutenden Differenzen zwischen einzelnen anarchistischen Strömungen bezüglich Methodenwahl, Revolutionskonzeption und der »gleichsam imaginierten wie repräsentierten anarchistischen Gemeinschaften«.<sup>157</sup> Das klingt soweit wenig überraschend. Der Clou liegt weniger an diesem Befund als solchem als an der breiten empirischen Basis und der Quellengattung, auf deren Grundlage er gewonnen wird. Damit bestätigt sich nämlich, dass zentrale Elemente, die üblicherweise anhand der anarchistischen Höhenkammliteratur herausgearbeitet werden, sich so auch in einer großen Breite anarchistischer Publizistik (und in gewisser diachroner Tiefe) finden lassen.

Zweitens fallen die Fremdzuschreibungen, mit denen nichtanarchistische Zeitungen die Anarchistinnen und Anarchisten belegten, zwar ebenfalls nicht einheitlich aus; allen Zeitungen gemein und im Zeitverlauf nahezu invariabel waren aber der abwertende Gestus und das durchweg negative Bild. Dabei war der Blick auf den Anarchismus ausschließlich politisch instrumentell, ohne dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit ihm stattfand. »Anarchismus« wurde so zu einer negativen Chiffre. Hier ähneln die Befunde stark denen der fast zeitgleich erschienenen Arbeit von Elun Gabriel zum Deutschen Kaiserreich.<sup>158</sup> Den bürgerlich-liberalen Zeitungen diene die Abwertung des Anarchismus standardmäßig zur Diffamierung der Sozialdemokratie, die sie mit den Anarchistinnen und Anarchisten in eine Verbindung zu setzen suchten. Die

154 Vgl. hierzu indes auch die gewichtige Kritik von Portmann an Kühnis' Auswahl: Portmann, Zur neueren universitären Anarchismusforschung in der Schweiz, S. 42–44.

155 Kühnis, Anarchisten, S. 34.

156 Ebd., S. 535. Der für seine Analyse wichtige Begriff des Hyperguts wird von Kühnis, im Gegensatz zur kapitelfüllenden Beschäftigung mit dem Begriff der kollektiven Identität, erstaunlicherweise nur sehr beiläufig definiert. Gemeint sind damit »Ziele[...], Vorstellungen und Strategien« (S. 191) sowie »utopische Entwürfe einer zukünftigen Gesellschaft« (S. 228). Der Begriff geht auf den kanadischen Politikwissenschaftler und Philosophen Charles Taylor zurück, den Kühnis allerdings nicht erwähnt.

157 Ebd., S. 536.

158 Gabriel, Assassins and Conspirators.



sozialdemokratischen Zeitungen wiederum nutzten den Anarchismus, ähnlich der deutschen Sozialdemokratie, als Negativfolie. Einerseits versuchten sie, den Anarchiebegriff in Anlehnung an die marxssche Verwendungsweise semantisch mit den ausbeutenden Klassen, Kapitalismus und Staatsgewalt in Verbindung zu bringen. Andererseits schotteten sie sich scharf gegenüber den Anarchistinnen und Anarchisten ab, indem sie durch »mantrahafte Abwertungen« die Wesensfremdheit von Sozialdemokratie und Anarchismus (und »außerparlamentarischer« und »staatsauflösender Politik und Agitation« überhaupt) betonten. Kühnis vermutet, dass es dabei vor allem darum ging, die »Wählbarkeit der Sozialdemokratie zur Mitte hin zu erhöhen«.<sup>159</sup> Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass es innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, anders als in der SPD, noch bis nach dem Ersten Weltkrieg eine anarchoide Strömung gab.<sup>160</sup> Daher mögen die scharfen verbalen Abgrenzungen auch als performative Akte im Rahmen interner Auseinandersetzungen zu deuten sein. Die »neutrale« Presse schließlich transportierte die negativen Metaphern und Zuschreibungen (Ungeziefer, Krankheit, gewaltsam, ausländisch und unschweizerisch) etwas weniger aggressiv als die politische Richtungspresse, verfestigte damit aber nicht minder den »antianarchistischen Diskurs der nicht-anarchistischen veröffentlichten Meinung«.<sup>161</sup>

Drittens macht Kühnis deutlich, dass es sich bei den Fremd- und Selbstzuschreibungen keineswegs um voneinander losgelöste Diskurse handelte, sondern sich Selbstidentifikation und zugeschriebene Identität immer wieder aufeinander bezogen und sich wechselseitig stabilisierten. So weist er nach – und das ist das vielleicht wichtigste Ergebnis –, dass die anarchistische Presse Teil des gesellschaftlichen Gesamtdiskurses war und nicht etwa losgelöst neben diesem stand. Immer wieder versuchten anarchistische Zeitungen, den eigenen Diskurs an den gesamtgesellschaftlichen anzubinden und die eigene Exotik zu reduzieren, um »trotz einer radikalen Philosophie als valable Alternative wahr- und entsprechend ernst genommen zu werden«, etwa durch Anknüpfung an nationale Erinnerungsorte wie den Wilhelm-Tell-Mythos. Dies zeigt, so die weitere Implikation, dass »sich auch fundamentaloppositionelle Bewegungen gesamtgesellschaftlichen Diskursen kaum entziehen können, sondern sie vielmehr partiell sich selbst ein- und damit auch mitschreiben«.<sup>162</sup>

Ein Kritikpunkt zum Schluss: Obwohl Kühnis die transnationale Dimension des Anarchismus in der Schweiz mehrfach betont, bleibt diese Feststellung für seine Untersuchung ohne Konsequenzen. Das erstaunt insofern, als er den Reichtum der anarchistischen Presse in der Schweiz unter anderem darauf zurückführt, dass sie sich auch an die Leserschaft im (französisch- und deutschsprachigen) Ausland richteten. Wie schlägt sich diese Tatsache in den anarchistischen Zeitungen nieder? Und was bedeutet es für die Interpretation der Befunde? Diese Fragen bleiben offen. Hier zeigt sich, dass auch Untersuchungen, die sinnvollerweise ein nationalstaatliches Setting wählen, eine transnationale Perspektive immer mitdenken sollten.

159 Kühnis, *Anarchisten*, S. 537.

160 Portmann, *Zur neueren universitären Anarchismusforschung in der Schweiz*, S. 40–42.

161 Kühnis, *Anarchisten*, S. 537.

162 Ebd., S. 536.

## Identität, Gemeinschaft, Kultur, Milieu, Netzwerk

Kühnis' Untersuchung wirft zwei grundlegende Fragen auf: Ist »kollektive Identität« überhaupt ein sinnvoller Forschungsbegriff? Und wenn ja, ist die Presse eine geeignete Quelle, um kollektive anarchistische Identitäten zu erforschen? Über die erste Frage lässt sich trefflich streiten. Die Abhandlungen zu dem Begriff sind Legion, und Kühnis verwendet in seiner Dissertation ein mehr als 50 Seiten starkes Kapitel darauf, ihn zu diskutieren und zu rechtfertigen.<sup>163</sup> Dies tut er nicht ohne Grund, denn das Konzept ist in der Vergangenheit immer wieder unter Beschuss geraten; prominent hat es etwa Lutz Niethammer als konnotationsreiches, aber substanzloses »Plastikwort« kritisiert, hinter dem sich vielfach politische Ausgrenzungsprozesse verbergen.<sup>164</sup> Grundsätzlich spricht aber nichts gegen seine Verwendung, wenn man es, wie Kühnis, konsequent konstruktivistisch als Wechselspiel von Selbst- und Fremdzuschreibungen fasst – oder, wie es der Soziologe Peter Wagner formuliert hat: unter der Bedingung seiner »durchgehenden Entontologisierung und Entessentialisierung«.<sup>165</sup> Entscheidend ist letztlich, was man mit ihm macht. Wie zahlreiche Studien zeigen, spielte die Vorstellung, zu einer Gemeinschaft zu gehören, lokal und wohnräumlich, aber auch überregional, grenzüberschreitend und global, für Anarchistinnen und Anarchisten immer wieder eine wesentliche Rolle.<sup>166</sup> Sie bildete die Grundlage für solidarisches Handeln – ebenso wie die Norm und Praktiken der Solidarität umgekehrt das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkten. Dieses Bewusstsein, dieses Sich-als-Teil-einer-Gemeinschaft-Imaginieren lässt sich mit dem Begriff der kollektiven Identität gut fassen, gerade weil dieser im hier vorgeschlagenen konstruktivistischen Verständnis auf die diskursive Dimension von Gemeinschaftsbildung abhebt und die Wechselwirkungen zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmungen ins Blickfeld rückt.

Allerdings lässt sich Gemeinschaftsbildung nicht auf die diskursive Dimension reduzieren. Und auch für Identitätskonstruktionen gilt, dass ihnen üblicherweise auch Formen sozialer Interaktion zugrunde liegen (selbst wenn diese wiederum diskursiv vermittelt werden – es geht also nicht darum, Kultur- und Sozialgeschichte gegeneinander auszuspielen). Für die anarchistischen Bewegungen bedeutet dies zweierlei: Erstens kann man nicht alles über sie erfahren, indem man ihre Presse liest. Zweitens und vor allem funktionierten anarchistische Gemeinschafts- und Identitätsbildung nicht nur über die Publikation und Lektüre von Zeitungen, sondern maßgeblich auch über physische Interaktion (eine Dimension, die bei Kühnis außen vor bleibt). Wie die Arbeiten von Vivien Bouhey und Gaetano Manfredonia für Frankreich gezeigt

163 Ebd., Kap. 2.

164 Lutz Niethammer, *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek 2000.

165 Peter Wagner, *Fest-Stellungen. Beobachtungen zur sozialwissenschaftlichen Diskussion über Identität*, in: Aleida Assmann/Heidrun Friese (Hrsg.), *Identitäten*, Frankfurt am Main 1998, S. 44–72, hier: S. 68.

166 Vgl. über Kühnis, Anarchisten, hinaus auch Eitel, *Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz*; Vivien Bouhey, *Les anarchistes contre la République. Contribution à l'histoire des réseaux sous la Troisième République (1880–1914)*, Rennes 2008; Constance Bantman, *The French Anarchists in London, 1880–1914. Exile and Transnationalism in the First Globalisation*, Liverpool 2013; Manfredonia, *Libres; ders., La chanson anarchiste en France des origines à 1914*.

haben, fußte die »anarchistische Identität« (Bouhey), die sich in den 1880er-Jahren herausbildete, zum einen auf gemeinsamer politischer Aktion und auf Formen der Soziabilität in Cafés, bei Gruppentreffen, Vortrags- und Liederabenden und geselligen »soirées de familles«, an denen bei Speis und Trank zum Teil über 100 Personen teilnahmen<sup>167</sup>; zum anderen auf geteilter Symbolik, Märtyrerkult, historischen Referenzen (unter Vereinnahmungen von Traditionen der Französischen Revolution, der Arbeiterbewegung und der Republik) und – in der Tat – der Konstruktion davon abgeleiteter Selbstbilder, wie sie neben der anarchistischen Presse auch in anarchistischen Liedern zum Ausdruck kamen.<sup>168</sup> Manfredonia spricht hier von einer »anarchistischen politischen Kultur«.<sup>169</sup> Wichtig dabei ist: Die Selbstbilder konstituierten, aktualisierten und rekonfigurierten sich maßgeblich durch unmittelbare soziale Praxis.

Da die Face-to-Face-Interaktion in lokalen Kontexten, oft am Arbeitsplatz und/oder in der Nachbarschaft<sup>170</sup>, eine zentrale Rolle spielte, kann in vielen Untersuchungen der Milieubegriff fruchtbar gemacht und entsprechend von »anarchistischen Milieus« gesprochen werden.<sup>171</sup> Daneben wird zur Beschreibung, mitunter auch zur Analyse anarchistischer Bewegungen zunehmend der Begriff des Netzwerks verwendet. Dieser trägt der extrem dezentralisierten, vor allem auf persönlichen Verbindungen und Kontakten beruhenden Struktur Rechnung, wie sie im Anarchismus bis zum Ersten Weltkrieg vorherrschte, aber auch beim neoanarchistischen Aktivismus des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts anzutreffen ist. Mit ihm lassen sich nicht nur überregionale Verbindungen lokaler Gruppen bei Abwesenheit nationaler Organisationen<sup>172</sup>, sondern auch transnationale Verbindungen gut fassen und beschreiben.<sup>173</sup> So vermag es das Konzept des Netzwerks, die Dichotomie zwischen Nationalem und Transnationalen aufzulösen.

167 Bouhey, *Les anarchistes contre la République*.

168 Gaetano Manfredonia, *Pour ou contre la République? Les anarchistes français et la tradition républicaine, 1848–1914*, in: ders. (Hrsg.), *Les anarchistes et la Révolution française*, Paris 1990, S. 195–277; ders., *La chanson anarchiste en France des origines à 1914*; ders., *Persistence et actualité de la culture politique libertaire*, in: Serge Berstein (Hrsg.), *Les cultures politiques en France*, Paris 1999, S. 243–284; Manfredonia, *Anarchisme et changement social*.

169 Ders., *Libres*, S. 7.

170 Dies gilt nicht nur in Frankreich, sondern insbesondere auch für die anarchistischen Einwanderer in den Amerikas. Vgl. etwa Tom Goyens, *Beer and Revolution. The German Anarchist Movement in New York City, 1880–1914*, Urbana/Chicago 2007.

171 Dabei ist der Begriff des (sozialen) Milieus in seiner ursprünglichen, von Émile Durkheim geprägten Bedeutung zu verstehen. Er bezieht sich somit auf eine konkret existierende Gruppe interagierender Menschen und meint die spezifische soziale Umwelt, in der sie leben und handeln.

172 So Bouhey, *Les anarchistes contre la République*, für das Frankreich des späten 19. Jahrhunderts.

173 Vgl. Berry/Bantman, *New Perspectives on Anarchism*; Hirsch/van der Walt, *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World*; Bantman/Altena, *Reassessing the Transnational Turn*; Bantman, *The French Anarchists in London*; Eitel, *Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz*; Geoffroy de Laforcade/Kirwin R. Shaffer (Hrsg.), *In Defiance of Boundaries. Anarchism in Latin American History*, Gainesville 2015.

## Anarchismus in Frankreich und Italien

Abschließend einige Anmerkungen zur Forschungslage für Frankreich und Italien, den europäischen Ländern also, in denen der Anarchismus nach Spanien, vom Zarenreich im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts abgesehen, die bedeutendste Rolle spielte. Noch immer grundlegend für die Beschäftigung mit der anarchistischen Bewegung in Frankreich sind die Arbeiten von Jean Maitron, insbesondere seine zweibändige Gesamtdarstellung von 1975<sup>174</sup>, die die Zeit bis zu den frühen 1970er-Jahren behandelt, allerdings eine deutliche Schlagseite zugunsten der ersten Jahrzehnte der Bewegung bis 1914 aufweist (des Thema von Maitrons Dissertation<sup>175</sup>). Maßgeblich erweitert wurde die von Maitron entfaltete Perspektive für die anarchistische Bewegung bis 1914/18 vor allem durch die Studien von Gaetano Manfredonia (kulturgeschichtlich)<sup>176</sup>, Vivien Bouhey (sozialgeschichtlich)<sup>177</sup> und Constance Bantman (transnational).<sup>178</sup> Mit den individualistischen Anarchistinnen und Anarchisten hat sich besonders Anne Steiner befasst<sup>179</sup>, mit den »milieux libres« Céline Beaudet.<sup>180</sup> Einschlägig für die Zeit vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg ist die Monografie von David Berry.<sup>181</sup> Zum Anarchismus nach 1945 hat David Berry 2016 ein Themenheft der Zeitschrift »Modern & Contemporary France« herausgegeben<sup>182</sup>, in dessen Einleitung er einen Überblick über den disparaten Forschungsstand gibt.<sup>183</sup>

Eine hervorragende Informationsquelle ist schließlich die von Maitron begründete monumentale Reihe biografischer Lexika zur französischen und internationalen Arbeiterbewegung, die gemeinhin unter der Kurzbezeichnung »Le Maitron« firmie-

174 Jean Maitron, *Le mouvement anarchiste en France*, 2 Bde., Paris 1975.

175 Ders., *Histoire du mouvement anarchiste en France 1880–1914*, Paris 1951.

176 Vgl. unter anderem Manfredonia, *Les anarchistes et la Révolution française*; ders., *La chanson anarchiste en France des origines à 1914*; ders., *Anarchisme et changement social*; ders., *Libres*. Vgl. auch weiter oben meine Ausführungen zu Manfredonia im Abschnitt zu den Quellen.

177 Bouhey, *Les anarchistes contre la République*. Vgl. auch weiter oben meine Ausführungen zu Bouhey im Abschnitt zu Identität, Gemeinschaft, Kultur, Milieu, Netzwerk.

178 Bantman, *The French Anarchists in London*; dies., »Anarchistes de la bombe, anarchistes de l'idée«. *Les anarchistes français à Londres, 1880–1895*, in: *Le Mouvement social*, 2014, Nr. 246, S. 47–61; dies., *Louise Michel's London Years. A Political Reassessment (1890–1905)*, in: *Women's History Review* 26, 2017, S. 994–1012.

179 Vgl., mit Fokus auf Rirette Maîtrejean, Anne Steiner, *Les en-dehors. Anarchistes individualistes et illégalistes à la Belle époque (Dans le feu de l'action)*, Montreuil 2008; außerdem dies., *Le Temps des révoltes. Une histoire en cartes postales de luttes sociales à la »Belle Époque«*, Paris 2015; dies., *De l'émancipation des femmes dans les milieux individualistes à la Belle Époque*, in: *Réfractions* 24, 2020, S. 19–29.

180 Céline Beaudet, *Les milieux libres. Vivre en anarchiste à la Belle Époque en France*, Saint-Georges-d'Oléron 2006; dies., »Vivre en anarchiste«. *Milieux libres et colonies dans le mouvement anarchiste français des années 1890 aux années 1930*, Diss., Nanterre 2012.

181 David Berry, *A History of the French Anarchist Movement, 1917–1945*, Westport 2002 (franz. 2014).

182 Ders. (Hrsg.), »Y'en a pas un sur cent et pourtant ils existent...« *Anarchists and Anarchisms in France since 1945* (= Themenheft der Zeitschrift *Modern & Contemporary France* 24, 2016, H. 2).

183 Ders., *Anarchists and Anarchisms in France since 1945. Introduction and Sources*, in: ebd., S. 115–126.

ren.<sup>184</sup> Alle Bände (aktuell 78) sind inzwischen als »Maitron en ligne« frei im Internet zugänglich.<sup>185</sup> 2014 ist ein eigener Band zu den Anarchistinnen und Anarchisten erschienen, für den ältere biografische Einträge zusammengestellt und aktualisiert sowie neue ergänzt wurden.<sup>186</sup> Auch dieser Band ist online frei zugänglich.<sup>187</sup>

Grundlegend für die Beschäftigung mit dem Anarchismus in Italien bleiben für die Zeit bis 1900 die älteren Arbeiten von Pier Carlo Masini sowie, auf Englisch, von Nunzio Pernicone.<sup>188</sup> Zum organisierten Anarchismus seit der Jahrhundertwende hat Fabrizio Giulietti eine Vielzahl von Fallstudien und (Teil-)Epochendarstellungen vorgelegt, etwa zur Ära Giolitti (1903–1914), zu den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, zur Zeit der faschistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs und zuletzt für die Zeit von 1945 bis 1960.<sup>189</sup> Diese Werke bieten einen guten Überblick und sind reich an Informationen, ihre Perspektive bleibt aber stark bewegungsimmanent. Besonders der Band zur zweiten Nachkriegszeit ist mit seinem chronologisch-ereignisgeschichtlichen Vorranschreiten »von Kongress zu Kongress« sehr deskriptiv.<sup>190</sup> Stärker auf die Interaktion zwischen Anarchistinnen und Anarchisten, Staat und Gesellschaft und den staatlichen Umgang mit dem Anarchismus ausgerichtet sind die universitären Arbeiten von Susanna Di Corato Tarchetti, Piero Brunello und Erika Diemoz zum »liberalen Italien« (das heißt die Zeit des Königreichs Italien von 1861 bis in die frühen 1920er-Jahre), wobei Diemoz auch die Zeit der faschistischen Herrschaft einbezieht.<sup>191</sup> Einen noch immer hilfreichen englischsprachigen Überblick über die anarchistische Bewegung in Italien bis zur Frühphase des faschistischen Regimes gibt ein älterer Beitrag von Carl Levy<sup>192</sup>, der als der wohl beste Kenner des italienischen Anarchismus im englischsprachigen Raum bereits erwähnt wurde.<sup>193</sup> Erwähnenswert sind ferner Elena

184 Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français, 44 Bde., Ivry-sur-Seine, 1964–1997; Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier international, 9 Bde., Ivry-sur-Seine 1971–2006; Dictionnaire biographique, mouvement ouvrier, mouvement social, 12 Bde., Ivry-sur-Seine 2006–2016. Herausgeber war bis 1987 Jean-Maitron, nach seinem Tod Claude Pennetier.

185 URL: <<https://maitron.fr>> [24.7.2020].

186 Claude Pennetier/Hugues Lenoir (Hrsg.), Les anarchistes. Dictionnaire biographique du mouvement libertaire francophone, Ivry-sur-Seine 2014.

187 Dictionnaire des anarchistes, URL: <<https://maitron.fr/spip.php?mot28>> [27.7.2020].

188 Vgl. insb. Pier Carlo Masini, Storia degli anarchici italiani da Bakunin a Malatesta (1862–1892), Mailand 1969; ders., Storia degli anarchici italiani nell'epoca degli attentati, Mailand 1981; Nunzio Pernicone, Italian Anarchism, 1864–1892, Princeton 1993.

189 Fabrizio Giulietti, Il movimento anarchico italiano nella lotta contro il fascismo, 1927–1945, Manduria (Taranto) 2003; ders., Storia degli anarchici italiani in età giolittiana, Mailand 2012; ders., Gli anarchici italiani dalla grande guerra al fascismo, Mailand 2015; ders., L'anarchismo in Italia. 1945–1960. Prefazione di Giampaolo Bertì (Il laboratorio), Galzerano editore, Casalvelino Scalo (Salerno) 2018, 392 S., kart., 25,00 €.

190 Dessen ungeachtet handelt es sich um eine Pionierstudie, von der an anderer Stelle noch einmal zu sprechen sein wird. Vgl. dazu den Abschnitt zum Anarchismus nach 1945 in Teil 2 des Berichts.

191 Susanna Di Corato Tarchetti, Anarchici, governo, magistrati in Italia, 1876–1892, Turin 2009; Piero Brunello, Storie di anarchici e di spie. Polizia e politica nell'Italia liberale, Rom 2009; Erika Diemoz, A morte il tiranno. Anarchia e violenza da Crispi a Mussolini, Turin 2011.

192 Carl Levy, Italian Anarchism, 1870–1926, in: David Goodway (Hrsg.), For Anarchism. History, Theory, and Practice, London 1989, S. 25–78. Vgl. mit Dokumenten auch Adriana Dadà, L'anarchismo in Italia: fra movimento e partito. Storia e documenti dell'anarchismo italiano, Mailand 1984.

193 Vgl. unter anderem Carl Levy, Gramsci and the Anarchists, Oxford/New York 1999.

Bignamis Arbeiten zu Frauen und Frauenfrage im italienischen Anarchismus<sup>194</sup>, aufseiten der engagierten außeruniversitären Forschung die vielen Publikationen von Franco Bertolucci, dem Gründer der »Biblioteca Franco Serantini« in Pisa<sup>195</sup>, und als biografisches Nachschlagewerk der »Dizionario biografico degli anarchici italiani«.<sup>196</sup>

Hinzu kommen seit den 2000er-Jahren vermehrt Forschungen, die eine transnationale Perspektive auf den italienischen Anarchismus einnehmen. Diese Perspektive ist umso relevanter, als grenzüberschreitende Prozesse und Verflechtungen gerade beim italienischen beziehungsweise italienischsprachigen Anarchismus durch Verfolgung und Exil, die massenhafte italienische Arbeitsmigration und daraus resultierende vielfältige innereuropäische, transatlantische und transmediterrane Migrationen und Remigrationen eine besondere Rolle spielten. Meist handelt es sich um Fallstudien, die bestimmte transnationale Räume und Kontexte, besonders Exil- und Diasporasituationen in Europa, den Amerikas und Nordafrika<sup>197</sup>, und/oder transnationale Biografien<sup>198</sup> untersuchen. Mitunter steht auch die Bedeutung von Transnationalität als solcher für den italienischen Anarchismus im Zentrum der Untersuchung<sup>199</sup>, noch zu

194 Elena Bignami, *Le schiave degli schiavi. La questione femminile dal socialismo utopistico all'anarchismo italiano (1825–1917)*, Bologna 2011; dies. (Hrsg.), *Le donne nel movimento anarchico italiano. (1871–1956)*, Mailand 2018.

195 Zuletzt etwa Franco Bertolucci, *A Oriente sorge il sole dell'avvenire. La rivoluzione russa vista dagli anarchici italiani (1917–1922)*, Pisa 2017; ders. (Hrsg.), *Gruppi anarchici d'azione proletaria*, 3 Bde., Pisa 2017–2019.

196 Maurizio Antonioli (Hrsg.), *Dizionario biografico degli anarchici italiani*, 2 Bde., Pisa 2003–2004.

197 Vgl. besonders Pietro Di Paola, *The Knights Errant of Anarchy. London and the Italian Anarchist Diaspora (1880–1917)*, Liverpool 2013; das Buch geht zurück auf Di Paolas 2004 vorgelegte Dissertation »Italian Anarchists in London (1870–1914)« (University of London, Goldsmiths College), die online abrufbar ist unter URL: <[http://libcom.org/files/Italian\\_Anarchists\\_in\\_London\\_1870-1914](http://libcom.org/files/Italian_Anarchists_in_London_1870-1914)> [14.9.2020]; vgl. auch seinen Aufsatz: ders., *The Spies Who Came in from the Heat. The International Surveillance of the Anarchists in London*, in: *EHQ* 37, 2007, S. 189–215; Isabelle Felici, *La Cecilia. Histoire d'une communauté anarchiste et de son fondateur Giovanni Rossi*, Lyon 2001; Elena Bignami, *In viaggio dall'utopia al Brasile. Gli anarchici italiani nella migrazione transoceanica (1876–1919)*, Bologna 2017; Jorge Ariel Canales Urriola, *Le valigie dell'anarchia. Percorsi e attivismo degli anarchici emiliani e romagnoli in Argentina e Brasil*, in: *La svolta di fine Ottocento*, Diss., Bologna 2016; Costantino Paonessa, *Anarchismo e colonialismo. Gli anarchici italiani in Egitto (1860–1914)*, in: *Studi storici. Rivista trimestrale dell'Istituto Gramsci* 58, 2017, Nr. 2, S. 401–428; zu Ägypten vgl. auch die Arbeiten Anthony Gormans (Edinburgh) sowie Ilham Khuri-Makdisi, *The Eastern Mediterranean and the Making of Global Radicalism, 1860–1914*, Berkeley 2010.

198 Nunzio Pernicone, Luigi Galleani and Italian Anarchist Terrorism in the United States, in: *Studi emigrazione* 3, 1993, S. 469–488; ders., Carlo Tresca. *Portrait of a Rebel*, New York 2005, überarb. u. aktual. Neuaufl. Edinburgh/Oakland 2010; Isabelle Felici, *Poésie d'un rebelle. Poète, anarchiste, émigré, 1876–1953*, Lyon 2009 [über Gigi Damiani]; Carl Levy, *The Rooted Cosmopolitan. Errico Malatesta, Syndicalism, Transnationalism and the International Labour Movement*, in: *Berry/Bantman, New Perspectives on Anarchism*, S. 61–79. Vgl. auch Giampaolo D. Berti, *Errico Malatesta e il movimento anarchico italiano e internazionale. 1872–1932*, Mailand 2003; sowie Davide Turcato, *Making Sense of Anarchism. Errico Malatesta's Experiments with Revolution, 1889–1900*, Basingstoke/New York 2012.

199 Davide Turcato, *Italian Anarchism as a Transnational Movement, 1885–1915*, in: *International Review of Social History* 52, 2007, S. 407–444; Pietro Di Paola, *The Game of the Goose. Italian Anarchism: Transnational, National, or Local Perspective?*, in: *Bantman/Altena, Reassessing the Transnational Turn*, S. 118–138.



selten dagegen die Rückwirkung der transnationalen Migration und Verflechtung auf die anarchistische Bewegung in Italien.<sup>200</sup> Überwiegend in englischer Sprache und außerhalb Italiens betrieben, hat diese »transnationale« Forschung zunächst recht wenig mit der italienischsprachigen Forschung in Italien kommuniziert und somit nur begrenzt auf diese zurückgewirkt – ein Befund, der sich im Grundsatz auch auf andere Länder übertragen lässt. Dies ändert sich aber seit einiger Zeit, wie jüngere in Italien entstandene Arbeiten wie die von Marco Manfredi zur »anarchistischen Kultur« im Italien der Belle Époque, von Elena Bignami und von Canales Urriola zu italienischen Anarchistinnen und Anarchisten in Brasilien und Argentinien zeigen.<sup>201</sup>

## Schlussbetrachtung

Anarchismusforschung erlebt eine noch nie dagewesene Konjunktur. Zwar bleibt sie zu einem bedeutenden Teil aktivistische und außeruniversitäre Forschung, darüber hinaus hat sie sich aber – bisher noch vor allem außerhalb Deutschlands – auch an den Universitäten etabliert und zunehmend institutionalisiert. Erträge und Desiderata der neueren Forschung zum Anarchismus und ihr Nutzen für die allgemeine Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts sollen am Ende des zweiten Teils dieses Beitrags zusammenfassend diskutiert werden. Am Ende dieses ersten Teils stehen einige Überlegungen zu zwei Fragen, die in den bisherigen Ausführungen immer wieder aufkommen sind: (1) Handelte es sich beim Anarchismus um eine klar abgegrenzte Bewegung? Wie unterscheidbar und wie abgesondert war er von anderen Strömungen und Milieus der Arbeiterbewegung, des Sozialismus und der radikalen Linken? (2) Wie verhalten sich nationalstaatliche und transnationale Perspektiven zueinander? Welche Relevanz haben folglich nationalstaatliche Entwicklungen und Untersuchungssettings angesichts des »transnational turn« (noch) für die Anarchismusforschung?

Zu Frage 1: Studien, die anarchistische Identitäten (Selbstzuschreibungen, Fremdzuschreibungen) untersuchen und diese nur an Diskursanalysen festmachen, tendieren dazu, den trennenden Graben zwischen Anarchistinnen und Anarchisten einerseits und anderen Sozialistinnen und Sozialisten sowie Akteuren der Arbeiterbewegung andererseits und damit die Trennschärfe der anarchistischen Bewegung zu überschätzen. Faktisch waren die Übergänge fließend und die Grenzen der Milieus – zumindest in den ersten Jahrzehnten der Bewegung – unscharf. Vivien Bouhey etwa hat gezeigt, dass die Ausdifferenzierung sich in Frankreich mindestens bis Mitte der 1880er-Jahre zog und auch danach noch Aktivistinnen und Aktivisten mitunter ebenso anarchistische Versammlungen wie solche von Jules Guesdes marxistischer »Parti ouvrier français« besuchten. Auch die Erinnerungsorte und historischen Referenzen anarchistischer, marxistischer und anderer radikal linker Gruppierungen waren oft identisch. Beim Liedgut, das für Identitätsstiftung, Mobilisierung und Propaganda eine wichtige

200 Jetzt Marco Manfredi, *Emozioni, cultura popolare e transnazionalismo. Le origini della cultura anarchica in Italia (1890–1914)*, Florenz 2017.

201 Ebd.; Bignami, *In viaggio dall'utopia al Brasile*; Canales Urriola, *Le valigie dell'anarchia*. Vgl. auch Michele Presutto, *La rivoluzione dietro l'angolo. Gli anarchici italiani e la rivoluzione messicana, 1910–1914*, Foligno 2017.



Rolle spielte, gab es ebenfalls eine große Schnittmenge, wie Gaetano Manfredonia gezeigt hat. Wenn Manfredonia also von der Herausbildung einer eigenen anarchistischen politischen Kultur spricht, ist ihm zwar grundsätzlich beizupflichten. Klar unterscheidbar von der übrigen Arbeiterbewegung und sozialistischen Linken war die anarchistische Bewegung aber nur in ihrem Kernbereich, die Grenzen nach außen waren dagegen meist unscharf und durchlässig – jedenfalls unschärfer und durchlässiger, so meine These, als es die zeitgenössischen Abgrenzungsdiskurse glauben machen, die von anarchistischer wie von nichtanarchistisch sozialistischer Seite gleichermaßen scharf geführt wurden. Wer nur sie liest und für ein Abbild der jeweiligen Milieus und Netzwerke hält, läuft Gefahr, die Abgegrenztheit der Anarchistinnen und Anarchisten zu überschätzen (auch wenn sie in vielen Kontexten tatsächlich politisch isoliert sein mochten). Wo genau die Grenzen verliefen, wie durchlässig sie waren und wie groß die Schnittmengen mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung und -kulturen waren, hing vom spezifischen raumzeitlichen Kontext ab und konnte daher stark variieren.

Zu Frage 2: Die historische Relevanz nationaler Entwicklungspfade wird auch in vielen neueren Untersuchungen zum Anarchismus bestätigt. Entsprechend legitim und, je nach Forschungsfrage, angebracht bleibt die Wahl eines nationalstaatlichen Untersuchungsrahmens. Diese Feststellung darf indes nicht als ein Plädoyer dafür missverstanden werden, konventionelle nationalgeschichtliche – das heißt nationsimmanente und nationsisolierte – Forschungsperspektiven und Darstellungsformen fortzuschreiben oder gar zu ihnen zurückzukehren. Wie sehr gerade Arbeiten, die aus guten Gründen einen nationalen Untersuchungsrahmen wählen, zugleich gut daran tun, die transnationale Dimension mitzudenken, ist an vielen Beispielen deutlich geworden.

Umgekehrt muss auch eine transnationale, grenzüberschreitende und/oder globale Perspektive auf den Anarchismus die Nation immer mitdenken. Transnationale Geschichte bedeutet bekanntlich weder Geschichte ohne den Nationalstaat noch bestreitet sie die Relevanz nationalstaatlicher Strukturen.<sup>202</sup> Und was zuweilen vergessen wird: Zu einer reflektierten transnationalen Perspektive gehört es auch, sich nicht nur für Verflechtung, sondern auch für Entflechtung zu interessieren, zu zeigen, wo die Grenzen von Transfer- und Austauschprozessen lagen, wo, wann, warum und mit welchen Folgen transnationale »links and flows«<sup>203</sup> abnahmen oder gar abrissen, wo keine Kontakte entstanden und Verflechtung ausblieb. Letztlich müssen die Sensibilität für die Bedeutung und Implikationen nationalstaatlicher Strukturen und Grenzen und die Sensibilität für die Bedeutung und Implikationen von Transnationalität immer miteinander einhergehen.

Bleiben nationalstaatlich angelegte Forschungssettings für die Anarchismusforschung also weiterhin relevant, haben sie doch ihre Selbstverständlichkeit verloren und werden mindestens begründungsbedürftig. Entsprechend sollten sie, als eine gezielte methodische Entscheidung, mit all ihren Implikationen reflektiert werden. Da-

202 Vgl. Kiran Klaus Patel, Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, in: ZfG 52, 2004, S. 626–645; Pierre-Yves Saunier, *Transnational History*, Basingstoke/New York 2013.

203 Akira Iriye/Pierre-Yves Saunier, Introduction. The Professor and the Madman, in: dies. (Hrsg.), *The Palgrave Dictionary of Transnational History*, Basingstoke/New York 2009, S. XVII–XX, hier: S. XVIII.

neben entstehen indes immer mehr Studien, die transnationale oder globalgeschichtliche Fragen und Ansätze dezidiert ins Zentrum rücken. Sie sollen im zweiten Teil des Beitrags ausführlicher diskutiert werden. Dieser wird sich außerdem biografischen und netzwerkorientierten Ansätzen, der boomenden Forschung zu den Attentaten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, der Positionierung der Anarchistinnen und Anarchisten zu Nation und Krieg und dem Anarchismus nach 1945 widmen.

ZOÉ KERGOMARD

## Moments of Democratic Evaluation?

Literature Review on the History of Elections and Election Campaigns in Western Europe from the Nineteenth to the Twenty-First Century

Research agendas or appeals for a »new electoral history« with a transnational ambition have multiplied in recent years.<sup>1</sup> For a long time, both social scientists and historians continued to treat elections as transparent operations for translating socio-political patterns into representation or as rituals designed to hide real power processes. Historians of different horizons have noted how, over the last few decades, election history has moved from a state of »crisis« (Thomas Kühne) or »neglect« to an »academic enthusiasm« (Alain Garrigou).<sup>2</sup> True enough, elections and election campaigns have prominently come into public debate in recent years and have seen their very rationale being questioned with reference both to their widespread use in non-democratic regimes (both established and new) and their »hollowing out« in Western »post-democracies«.<sup>3</sup> The late 2010s have only accelerated this disenchantment, with contested votes across the Atlantic and the denunciation of populism as an ideology misusing elections and referenda in order to speak for the »people«.<sup>4</sup> Not incidentally, democracy theorists have also increasingly discussed the place of elections in democracy anew. While some have defended the importance of elections<sup>5</sup>, discussed the moral

- 1 The phrase can already be found in a 2000 article by Eduardo Posada-Carbó pleading for a comparative perspective on Latin American elections, Eduardo Posada-Carbó, *Electoral Juggling. A Comparative History of the Corruption of Suffrage in Latin America, 1830–1930*, in: *Journal of Latin American Studies* 32, 2000, pp. 611–644; more recently, see Hedwig Richter/Hubertus Buchstein, *Einleitung: Eine neue Geschichte der Wahlen*, in: id. (eds.), *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie*, Wiesbaden 2017, pp. 1–27, here: p. 5. My thanks to the editors of the *Archiv für Sozialgeschichte*, Laurent Godmer, Anne Heyer, Philipp Müller, Bernard Voutat and my colleagues at the German Historical Institute of Paris and particularly Jürgen Finger for their thoughtful comments on this text. This review continues a research project financed by the Swiss National Foundation, *Political Parties and Election Campaigns in Post-war Switzerland*, directed by Damir Skenderovic and Oscar Mazzoleni, URL: <<http://p3.snf.ch/Project-137811>> [15.11.2020]. All translations in the following are from the author.
- 2 Thomas Kühne, *Historische Wahlforschung in der Erweiterung*, in: Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl/James Retallack (eds.), *Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und politische Kultur*, Bielefeld 1995, pp. 39–68; Alain Garrigou, *Review of: Laurent Le Gall, A voté. Une histoire de l'élection*, Paris/Anamosa 2017, in: *Revue d'histoire moderne & contemporaine* 65, 2018, no. 4, pp. 195–197.
- 3 For classical takes on these transformations, see Fareed Zakaria, *The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad*, New York 2003; Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge/Malden 2004; Peter Mair, *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*, New York/London 2013; with a critical warning against restricting democratic participation to elections, Pierre Rosanvallon, *La Contre-Démocratie. La politique à l'âge de la défiance*, Paris 2014 (first published 2006).
- 4 Jan-Werner Müller, *What Is Populism?*, Philadelphia 2016; Hanspeter Kriesi, *Is There a Crisis of Democracy in Europe?*, in: *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* 61, 2020, pp. 237–260.
- 5 Anthoula Malkopoulou, *Does Voting Matter? The Devaluation of Elections in Contemporary Democratic Theory*, in: Kari Palonen/Tapani Turkkka/José María Rosales (eds.), *The Politics of Dissensus. Par-*

duty to vote<sup>6</sup> or even the necessity of compulsory voting<sup>7</sup>, others have criticised the multiple biases of elections and advocated in favour of epistocratic institutions<sup>8</sup> or of radically different forms of participation and decision-making, such as sortition, participatory and/or deliberative democracy.<sup>9</sup> Historians studying elections and campaigns thus venture into a field already saturated with various forms of expertise, political commentary and critique. Meanwhile, elections have become ubiquitous, not only across the globe, but also beyond the conventional political field, from trade unions via school representatives to TV shows. The burgeoning social movements of the 2010s themselves could rarely avoid considering the question of whether to participate in elections.<sup>10</sup> And even the push for more direct democracy in many countries, while contesting the legitimacy of elected representatives, is still based on having individual citizens casting a vote so as to »confirm« the electorate's will. These trends do not necessarily weaken elections and the act of voting, but rather reveal and question their centrality in contemporary democracies.

This is where historians can shed light on the processes that made elections seem so natural in the first place. As this research overview will discuss, the various renewals of political history following the epistemic »turns« of the 1990s and 2000s offered a substantial contribution in revealing the heuristic potential of »denaturalising«<sup>11</sup> elections and election campaigns from the nineteenth century to the present, prolonging the major research done on elections before representative democracy and mass suf-

---

liament in Debate, Santander 2014, pp. 81–99; Winfried Thaa, Issues and Images – New Sources of Inequality in Current Representative Democracy, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 19, 2016, pp. 357–375; John Keane, Eine kurze Geschichte über die Zukunft von Wahlen, in: Aurel Croissant/Sascha Kneip/Alexander Petring (eds.), *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel*, Wiesbaden 2017, pp. 53–73; Adam Przeworski, *Why Bother with Elections?*, Cambridge/Medford 2018.

- 6 Jason Brennan, *The Ethics of Voting*, Princeton 2011; Ben Saunders, A Further Defence of the Right Not to Vote, in: *Res Publica* 24, 2018, pp. 93–108; Julia Maskivker, *The Duty to Vote*, Oxford/New York 2019.
- 7 Anthoula Malkopoulou, *The History of Compulsory Voting in Europe. Democracy's Duty?*, New York/London 2014; Viola Neu, Gegen eine Wahlpflicht, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67, 2017, no. 38–39, pp. 29–32; Michael Kaeding, Für eine Wahlpflicht, in: *ibid.*, pp. 25–28.
- 8 Jason Brennan, *Against Democracy*, Princeton 2016.
- 9 For instance, David Van Reybrouck, *Against Elections. The Case for Democracy*, London 2016 (first published in Dutch 2013).
- 10 The French »yellow vests« (*gilets jaunes*) are an excellent example. For an overview on this question, see Doug McAdam/Sidney G. Tarrow, *Social Movements and Elections. Toward a Broader Understanding of the Political Context of Contention*, in: Jacquélien van Stekelenburg/Conny Roggeband/Bert Klendermans (eds.), *The Future of Social Movement Research. Dynamics, Mechanisms, and Processes*, Minneapolis 2013, pp. 325–346; Swen Hutter/Hanspeter Kriesi/Jasmine Lorenzini, *Social Movements in Interaction with Political Parties*, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi et al. (eds.), *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*, Hoboken 2018, pp. 322–337.
- 11 As suggested in particular by Patrick Lehoucq, *Le vote. Approches sociologiques de l'institution et des comportements électoraux*, Paris 2011, p. 35; Christophe Le Digolet/Virginie Hollard/Christophe Voilliot et al., Introduction. Regards croisés sur le vote et les élections, in: *id.* (eds.), *Histoires d'élections. Représentations et usages du vote de l'Antiquité à nos jours*, Paris 2018, pp. 7–18.

frage<sup>12</sup>, on the long and uncertain road to universal suffrage<sup>13</sup> as well as on other forms of selection such as sortition.<sup>14</sup> Yet beyond shared approaches and inspirations, research on elections and election campaigns has asked different questions and adopted various methodologies, so that one may wonder if there really is such a thing as a transnational new history of elections. Indeed, while many recent studies aspire to a transnational perspective, it seems that national historiographical traditions and perspectives are particularly tenacious in political history.<sup>15</sup> This is not only the case because – in spite of frequent claims to be studying democracy in a »non-normative« light – discussing elections of the past always resonates with the state of democracies today. Depending on the context, the various renewals of political history also entertain varying relations with other disciplines studying politics, such as political science, sociology, anthropology, communication science and gender studies. Faced with this diversity, it seems all the more important to bring these various perspectives into discussion, particularly across linguistic and national borders. Focusing for the most part on English-, German- and French-speaking works on elections in Western Europe in the nineteenth and twentieth centuries, this literature review aims to contextualise the boom in election studies, discussing recent studies and suggesting questions for further research. In consideration of the vast and diverse research landscape, it does not aim at exhaustivity, but strives to deepen ongoing debates and open new perspectives for research, particularly beyond disciplinary and linguistic borders.

## I Denaturalising Elections? New Perspectives in the Social Sciences and History

### *Social Sciences: From the Apparent Transparency of Elections Results to the Study of Campaigns and Elections in their Own Right*

The social sciences too have rediscovered elections and campaigns in recent decades, from which historians may draw interdisciplinary inspiration. From the perspective of the history of knowledge, their approaches also gain from being historicised because they contributed to shape dominant perceptions of elections and campaigns in the public sphere. From electoral geography to social history, elections have long been re-

12 Barbara Stollberg-Rilinger (ed.), *Vormoderne politische Verfahren*, Berlin 2001; Olivier Christin, *Vox populi. Une histoire du vote avant le suffrage universel*, Paris 2014; Le Digol/Hollard/Voilliot et al., *Histoires d'élections*.

13 In particular Pierre Rosanvallon, *Le sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France*, Paris 1994; Alexander Keyssar, *The Right to Vote. The Contested History of Democracy in the United States*, New York 2009; Detlef Lehnert (ed.), *Wahl- und Stimmrechtskonflikte in Europa. Ursprünge – Neugestaltungen – Problemfelder*, Berlin 2018; Hedwig Richter/Kerstin Wolff (eds.), *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa*, Hamburg 2018.

14 Hubertus Buchstein, *Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*, Frankfurt am Main/New York 2009; Yves Sintomer, *Petite histoire de l'expérimentation démocratique. Tirage au sort et politique d'Athènes à nos jours*, Paris 2014.

15 A similar observation is made by Kerstin Brückweh/Martina Steber, *Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuansätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen*, in: *Afs* 50, 2010, pp. 671–701.

duced to what they seemed above all to produce: voting statistics on the one hand, the distribution of executive or legislative positions on the other. As to election campaigns, they were deemed superficial at best, since structural factors (local and social configurations in particular) were considered central in producing the vote.<sup>16</sup> The parallel development of polling and political science after 1945 had ambivalent consequences for the study of elections and election campaigns: it led to a boom of electoral studies, typically based on polling, but did not make campaigns and elections *per se* legitimate objects of study. Although the pioneering studies led by Paul Lazarsfeld at the University of Chicago in the 1940s studied voting as a locally anchored, social practice<sup>17</sup>, their later reception centred on the thesis that electoral campaigns would only have »limited effects« on electoral behaviour. The contemporary Michigan school followed in the same vein and, most importantly, shifted the focus away from studying how social interactions form voting behaviour to measuring individual party identification by relying predominantly on polling, setting the study of campaigns and elections as political sequences aside.<sup>18</sup> Political scientists interested in long-term trends in voting behaviour on the basis of electoral statistics also approached elections foremost as opportunities to reconstruct individual preferences and »cleavages« in the wake of Seymour Lipset's and Stein Rokkan's approach.<sup>19</sup> In many countries, political science institutes established in the post-war decades still kept records of contemporary campaigns and elections based on media and campaigning sources, which are of great interest for contemporary historians today.<sup>20</sup>

The perspective of social scientists on election campaigns and elections started changing in the 1970s, as political scientists noticed not only shifts in political cleavages, but also short-term changes in electoral results<sup>21</sup>, which questioned the impact of

16 Jacques Gerstlé, *Sociologie de la campagne électorale*, in: Dominique Reynié/Pascal Perrineau (eds.), *Dictionnaire du vote*, Paris 2001, pp. 133–138. On the ambiguous legacy of André Siegfried's work in that regard, see Alain Garrigou, *L'initiation d'un initiateur: André Siegfried*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales* 106, 1995, pp. 27–41, here: pp. 39–41.

17 Paul Felix Lazarsfeld/Bernard Berelson/Hazel Gaudet, *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*, New York 1944; see for a reappraisal R. Robert Huckfeldt, *Politics in Context. Assimilation and Conflict in Urban Neighborhoods*, New York 1986; Céline Braconnier, *Une autre sociologie du vote. Les électeurs dans leurs contextes: bilan critique et perspectives*, Cergy-Pontoise 2010, pp. 79–84.

18 Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller et al., *The American Voter*, New York 1960.

19 Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, Toronto 1967; Stefano Bartolini/Peter Mair, *Identity, Competition and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885–1985*, Colchester 2007 (first published 1990).

20 See, in particular for the British Nuffield Studies, Dennis Kavanagh, *On Writing Contemporary Electoral History*, in: *Electoral Studies* 1, 1982, pp. 117–126; for a critical appraisal of earlier German studies, Thomas Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010, p. 34; for France, Odile Gaultier-Voituriez, *Archelec, les archives électorales de la Ve République, du papier au numérique*, in: *Histoire@Politique*, 2016, no. 30, pp. 213–220.

21 Norman H. Nie/Sidney Verba/John Petrocik, *The Changing American Voter*, Cambridge 1976; Russell J. Dalton/Scott C. Flanagan/Paul Allen Beck (eds.), *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment?*, Princeton 1984. For a retrospective critique of these studies, *Lehingue*, *Le vote*, pp. 175–182 and 234–263.

election campaigns on electoral results anew.<sup>22</sup> In parallel, a public discussion emerged in many democracies on the potential influence of television on electoral behaviour, focusing on televised campaign adverts and/or debates.<sup>23</sup> Since then, media studies have focused on election campaigns as an opportunity for studying the importance of agenda-setting and news framing<sup>24</sup> as well as for questioning the »mediatisation of politics« in general.<sup>25</sup> While some studies have turned to the reception of media campaigns by citizens<sup>26</sup>, media scholarship on elections faces the frequent criticism for being media-centric, forgetting not only about citizens, but also about the diversity of political and media actors in the public sphere.<sup>27</sup>

In contrast, political scientists have attempted to model changes in election campaigns by taking both the media and political actors (parties and candidates) into consideration. The concept of Americanisation, so popular in public debate, served as a point of entry for examining changes in campaigning perceived as »American«, from the inflation of campaign budgets to the increased importance of entertainment.<sup>28</sup> Precisely because of its (overwhelmingly negative) uses in public debate and its difficult operationalisation, the concept has encountered heavy criticism.<sup>29</sup> Particularly regarding »newer« democracies, political scientists have attempted to refine the diagnosis of Americanisation by analysing the concrete transfers and hybridisations of knowledge and practices happening around the globe.<sup>30</sup> Scholars have suggested

22 On this debate in political science, David M. Farrell/Rüdiger Schmitt-Beck, *Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Elections and Referendums*, London 2002.

23 For this discussion in Germany, see Mergel, *Propaganda nach Hitler*, pp. 34f.

24 Roger W. Cobb/Charles D. Elder, *The Politics of Agenda-Building. An Alternative Perspective for Modern Democratic Theory*, in: *The Journal of Politics* 33, 1971, pp. 892–915; Maxwell E. McCombs/Donald L. Shaw, *The Agenda-Setting Function of Mass Media*, in: *Public Opinion Quarterly* 36, 1972, pp. 176–187; William A. Gamson/Andre Modigliani, *Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power. A Constructionist Approach*, in: *AJS* 95, 1989, pp. 1–37.

25 Gianpietro Mazzoleni/Winfried Schulz, »Mediatization« of Politics: A Challenge for Democracy?, in: *Political Communication* 16, 1999, pp. 247–261; for a critique, Clément Desrumaux/Jérémie Nollet, *Présentation: Quelques apports, limites et dépassements des théories de la »mediatization« du politique*, in: *Réseaux*, 2014, no. 187, pp. 9–21.

26 For a critical overview, see Philippe Riutort, *Sociologie de la communication politique*, Paris 2020, pp. 44–50.

27 On this critique, Mergel, *Propaganda nach Hitler*, p. 35; Rens Vliegthart/Liesbet van Zoonen, *Power to the Frame. Bringing Sociology Back to Frame Analysis*, in: *European Journal of Communication* 26, 2011, pp. 101–115.

28 Klaus Kamps (ed.), *Trans-Atlantik, Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation*, Wiesbaden 2000; Fabrice d'Almeida, *L'américanisation de la propagande en Europe de l'Ouest (1945–2003)*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 80, 2003, no. 4, pp. 5–14.

29 Ralph Negrine/Stylianios Papathanassopoulos, *The »Americanization« of Political Communication. A Critique*, in: *The International Journal of Press/Politics* 1, 1996, no. 2, pp. 45–62; Thomas Mergel, *Americanization, European Styles or National Codes? The Culture of Election Campaigning in Western Europe, 1945–1990*, in: *East Central Europe* 36, 2009, pp. 254–280.

30 David L. Swanson/Paolo Mancini (eds.), *Politics, Media, and Modern Democracy. An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*, Westport/London 1996; Fritz Plasser, *Global Political Campaigning. A Worldwide Analysis of Campaign Professionals and Their Practices*, Westport 2002; Frank Esser/Barbara Pfetsch (eds.), *Comparing Political Communication. Theories, Cases, and Challenges*, Cambridge/New York etc. 2004; Gerald Sussmann, *Global Electioneering. Campaign Consulting, Communications, and Corporate Financing*, Lanham/Oxford etc. 2005.



speaking of campaign *modernisation* as a less pejorative (but still delicate) alternative to Americanisation. Building on communication history<sup>31</sup>, Pippa Norris, David Farrell and Paul Webb, among others, have developed three-stage models of campaign modernisation between the middle of the twentieth century and the early twenty-first century.<sup>32</sup> While Farrell and Webb presented their models as mere «heuristic devices»<sup>33</sup>, they unavoidably separated the perspective on mass election campaigns from other forms of mobilisation and took established representative democracies as the standard for global evolutions.<sup>34</sup> By centring their three phases on technological changes (the emergence of television and then of the internet), they risked technological determinism, as Farrell and Webb themselves acknowledged.<sup>35</sup> Recalling the pitfalls of modernization narratives, in their attempt to sketch clear causalities, these models also approach campaign transformations as an almost mechanical reaction to long-term changes in voting behaviour and/or in party structure.<sup>36</sup> Such causal chains tend to create too neat a separation between a naturalised «political demand» and a «political offer» that would simply adapt to the former. Recent studies have placed a stronger focus both on institutional settings and on the agency of political actors in shaping their campaigning environment and campaigning practices.<sup>37</sup> Yet paradoxically, this insistence on observable practices often forgets not only about their varying meanings in different contexts, but also about the actors themselves, their own uncertain and potentially contradictory perspectives on campaigning and their modes of self-legitimation.<sup>38</sup> In comparison, studies focusing on the professionalisation of political communication attempt to approach the diverse rationalities and beliefs of political actors, their motives for investing in specific mobilisation techniques and forms of know-how, and question the patterns of legitimization given for the alleged need to «professionalise» election campaigns.<sup>39</sup>

31 Jay G. Blumler/Dennis Kavanagh, *The Third Age of Political Communication: Influences and Features*, in: *Political Communication* 16, 1999, pp. 209–230.

32 Pippa Norris, *A Virtuous Circle. Political Communications in Postindustrial Societies*, Cambridge/New York etc. 2000; David Farrell/Paul Webb, *Political Parties as Campaign Organisations*, in: Russell J. Dalton/Martin P. Wattenberg (eds.), *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Oxford/New York etc. 2002, pp. 102–125.

33 Farrell/Webb, *Political Parties as Campaign Organisations*, p. 106.

34 For a critique, see Clément Desrumaux/Rémi Lefebvre, *Pour une sociologie des répertoires d'actions électorales*, in: *Politix. Revue des sciences sociales du politique*, 2016, no. 113, pp. 5–16, here: pp. 8f.

35 Farrell/Webb, *Political Parties as Campaign Organisations*, p. 103, notes 1 and 3.

36 Farrell and Webb link their second and third phases to the advent of catch-all parties (Otto Kirchheimer) or cartel parties (Richard Katz/Peter Mair), Otto Kirchheimer, *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: *PVS* 6, 1965, pp. 20–41; Richard S. Katz/Peter Mair, *Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party*, in: *Party Politics* 1, 1995, pp. 5–28.

37 Russell J. Dalton/David M. Farrell/Ian McAllister, *Political Parties and Democratic Linkage. How Parties Organize Democracy*, Oxford/New York etc. 2011; Hanspeter Kriesi/Laurent Bernhard/Regula Häggli, *The Politics of Campaigning – Dimensions of Strategic Action*, in: Frank Marcinkowski/Barbara Pfetsch (eds.), *Politik in der Mediendemokratie*, Wiesbaden 2009, pp. 345–365.

38 Desrumaux/Lefebvre, *Pour une sociologie des répertoires d'actions électorales*, p. 10.

39 Jean-Baptiste Legavre, *D'un groupe à l'autre. Le passage de l'expertise en communication à la pratique politique professionnelle*, in: *Politix*, 1996, no. 35, pp. 131–148; Ralph Negrine/Christina Holtz-Bacha/Paolo Mancini et al. (eds.), *The Professionalisation of Political Communication*, Chicago 2007; Jérôme

Furthermore, social scientists interested in the symbolic dimensions of politics have suggested looking at campaigns as political rituals, not so much to highlight their superficiality<sup>40</sup>, but rather in order to analyse how they allow the staging of representative democracy and hence contribute to its legitimising.<sup>41</sup> In parallel, anthropologists (among others) were also focusing on elections and campaigns across the globe as a point from which to observe and understand changes in political culture.<sup>42</sup> Yet they also paid attention to »informal« forms of politics beyond elections<sup>43</sup>. Long overlooked as »second-order«, subnational election campaigns provide fascinating case studies for analysing »electoral repertoires of contention«<sup>44</sup> and low-scale negotiations within political parties about candidates and platforms, but also daily interactions about politics.<sup>45</sup> In recent years, political scientists have reconciled this anthropological perspective with a more classical focus on voters, reviving the forgotten tradition of »ecological« or »contextual« electoral studies.<sup>46</sup>

---

Pozzi (ed.), *De l'attachée de presse au conseiller en communication. Pour une histoire des spin doctors*, Rennes 2019.

40 In the tradition of Murray Jacob Edelman, *The Symbolic Uses of Politics*, Urbana/Chicago 1985.

41 Ulrich Sarcinelli, *Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampf-kommunikation der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1987; Andreas Dörner/Ludgera Vogt (eds.), *Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual*, Frankfurt am Main 2002.

42 Marc Abélès, *Rituels de campagne. L'élection municipale de 1989 à Auxerre*, in: *Mots*, 1990, no. 25, pp. 43–63; Richard F. Fenno, *Senators on the Campaign Trail. The Politics of Representation*, Norman 1998; Yves Pourcher, *Votez tous pour moi! Les campagnes électorales de Jacques Blanc en Languedoc-Roussillon (1986–2004)*, Paris 2004; Mounia Bennani-Chraïbi/Myriam Catusse/Jean-Claude Santucci (eds.), *Scènes et coulisses de l'élection au Maroc. Les législatives de 2002, Aix-en-Provence 2013; Layla Baamara/Camille Floderer/Marine Poirier (eds.), Faire campagne, ici et ailleurs. Mobilisations électorales et pratiques politiques ordinaires*, Paris 2016.

43 Jean-François Bayart, *Le politique par le bas en Afrique noire. Questions de méthode*, in: *Politique africaine*, 1981, no. 1, pp. 53–82; Jean-François Bayart/Joseph-Achille Mbembe/Comi M. Toulabor, *Le politique par le bas en Afrique noire*, Paris 2008; Laurent Le Gall (ed.), *La politique sans en avoir l'air. Aspects de la politique informelle, XIXe–XXIe siècle*, Rennes 2012.

44 For a proposal to adapt Charles Tilly's concept to an analysis of election campaigns, see Desrumaux/Lefebvre, *Pour une sociologie des répertoires d'actions électorales*.

45 Jacques Lagroye/Patrick Lehoucq/Frédéric Sawicki (eds.), *Mobilisations électorales. Le cas des élections municipales de 2001*, Paris 2005; Eric Agrikoliansky/Jérôme Heurtaux/Brigitte Le Grignou (eds.), *Paris en campagne. Les élections municipales de mars 2008 dans deux arrondissements parisiens*, Paris 2011; François Dubasque/Éric Kocher-Marboeuf/Yves Jean et al. (eds.), *Terres d'élections. Les dynamiques de l'ancrage politique, 1750–2009*, Rennes 2014; Sandrine Lévêque/Anne-France Taiclet (eds.), *À la conquête des villes. Sociologie politique des élections municipales de 2014*, Villeneuve d'Ascq 2018; Laurent Godmer, *Le travail électoral. Faire campagne à Paris*, unpublished professorial thesis, Université Paris-1 Panthéon-Sorbonne, 2020.

46 For some of the different approaches, see Nina Eliasoph, *Avoiding Politics. How Americans Produce Apathy in Everyday Life*, Cambridge/New York etc. 1998; Alan S. Zuckerman (ed.), *The Social Logic of Politics. Personal Networks as Contexts for Political Behavior*, Philadelphia 2005; R. Robert Huckfeldt/John Sprague, *Citizens, Politics and Social Communication. Information and Influence in an Election Campaign*, Cambridge/New York etc. 2006 (first published 1995); in France, Braconnier, *Une autre sociologie du vote*; Eric Agrikoliansky, *Les sens du vote. Une enquête sociologique (France, 2011–2014)*, Rennes 2016; Olivier Fillieule/Florence Haegel/Camille Hamidi et al. (eds.), *Sociologie plurielle des comportements politiques*, Paris 2017.

If many studies in the social sciences have thus contributed to shedding light on election campaigns as complex moments leading up to the vote, contemporary election technologies themselves are still mostly studied in the Global South to assess the »quality« of democracy in comparison with elections in the Global North, where these questions are assumed to have been resolved long ago. Yet it is the Global South, and particularly Africa, that now drives innovations in this field and crystallises transformations of global and internal politics – particularly the role of NGOs, but also of new commercial actors in »democracy promotion«. <sup>47</sup> The stunning political comeback of debates on postal and electronic voting in the United States and beyond <sup>48</sup>, but also the timeless question of compulsory voting <sup>49</sup> in the Global North, are an invitation for social scientists and contemporary historians there to study their democratic but also their anthropological implications anew.

### A New »Electoral History«? Multiple Ways to Historicise Elections

As long as political history remained discredited as an event-based history of »big men«, historians also continued to look at elections foremost as manifestations of deep social structures. The sociological paradigm of »social-moral milieus« (Mario Rainer Lepsius), which became influential among social historians, shared commonalities with cleavage approaches in political science. <sup>50</sup> Across borders, in the wave of the various (cultural and linguistic, but also anthropological, visual and performative) »turns« of the 1990s and 2000s, historians also fundamentally changed their perspective on the »political« from a substantive, institutionalist definition to a relational, dynamic approach involving the constant renegotiation of its boundaries. But the different historiographical renewals that followed occurred in different disciplinary (and interdisciplinary) configurations. Cultural approaches (with different emphases) have been prominent in Anglo-American and northern European political historiography. <sup>51</sup> English-speaking historians have thus studied past elections as a window into fundamentally different »electoral cultures«, asking about the transformations of political rituals

47 Olivier Ihl/Yves Déloye, *La sociologie historique du vote*, in: Yves Déloye/Nonna Mayer (eds.), *Analyses électorales*, Bruxelles 2017, pp. 597–645; for a critique and a convincing research agenda on African elections, see Sandrine Perrot/Marie-Emmanuelle Pommerolle/Justin Willis, *La fabrique du vote. Placer la matérialité au cœur de l'analyse*, in: *Politique africaine*, 2016, no. 144, pp. 5–26; Nic Cheeseman/Gabrielle Lynch/Justin Willis, *The Moral Economy of Elections in Africa. Democracy, Voting and Virtue*, Cambridge/New York etc. 2021.

48 Ralf Lindner/Georg Aichholzer/Leonhard Hennen (eds.), *Electronic Democracy in Europe. Prospects and Challenges of E-Publics, E-Participation and E-Voting*, Cham 2016.

49 Anthoula Malkopoulou, *The History of Compulsory Voting in Europe. Democracy's Duty?*, New York/London 2014.

50 M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Wilhelm Abel/Knut Borchardt/Hermann Kellenbenz et al. (eds.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge*, Stuttgart 1966, pp. 371–393; see Mergel, *Propaganda nach Hitler*, p. 32.

51 For recent historiographical overviews, Joanne B. Freeman, *Political History and the Tool of Culture*, in: Karen Halttunen (ed.), *A Companion to American Cultural History*, Malden/Oxford etc. 2008, pp. 416–424; Brückweh/Steber, *Aufregende Zeiten*.

and material practices of voting.<sup>52</sup> With their discussion of »popular politics«<sup>53</sup>, scholars have linked their cultural perspective with a steady interest (even after the decline of Marxist perspectives) in the negotiation of conflicts, power and authority in changing societies.<sup>54</sup> Frank O’Gorman has thus importantly nuanced the classical assumption of a traditional popular »deference« towards authority in the nineteenth century and shown how it could imply an accepted and/or calculated relationship of interdependence.<sup>55</sup>

In the historiography of German elections, historians have also focused on political culture and particularly on »electoral culture«, defined by Thomas Kühne as a »set of formal and informal rules, patterns and experiences that enable and restrain choices, goals and actions of voters, canvassers, and politicians«.<sup>56</sup> In comparison with UK historiography, debates have focused less on power and class approaches than on how to interpret long-term transformations and particularly »interrelations between democratic and authoritarian practices and ideas; between change and stasis«.<sup>57</sup> Countering the *Sonderweg* narrative, which diagnosed a dysfunctional gap between economic and social modernisation and political authoritarianism<sup>58</sup>, a series of studies started analysing mass elections after universal suffrage for the Reichstag (1867) as a moment of (unintended) »politicisation« which accustomed citizens to parliamentary democracy and opened unsuspected political opportunities for marginalised groups, from the working class to women.<sup>59</sup> Historians focusing on the regional level, however, discussed

52 Frank O’Gorman, *Campaign Rituals and Ceremonies. The Social Meaning of Elections in England 1780–1860*, in: *Past & Present*, 1992, no. 135, pp. 79–115; James Vernon, *Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815–1867*, Cambridge/New York etc. 1993.

53 On this concept, Jon Lawrence, *Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867–1914*, Cambridge/New York etc. 1998; for a reinterpretation from the subaltern studies, Partha Chatterjee, *The Politics of the Governed. Reflections on Popular Politics in Most of the World*, New York 2004.

54 For a discussion of these changes, Susan Pedersen, *What Is Political History Now?*, in: David Cannadine (ed.), *What Is History Now?*, Basingstoke/New York 2002, pp. 36–56.

55 Frank O’Gorman, *Electoral Deference in »Unreformed« England: 1760–1832*, in: *The Journal of Modern History* 56, 1984, pp. 392–429.

56 Thomas Kühne, *Elections*, in: Matthew Jefferies (ed.), *The Ashgate Research Companion to Imperial Germany*, Surrey/Burlington 2016, pp. 77–90, here: p. 78. German historians thereby often refer to Karl Rohe’s broadening of the concept towards symbols and interpretations, Karl Rohe, *Politische Kultur und ihre Analyse*, in: *Historische Zeitschrift*, 1990, no. 250, pp. 321–346. For new perspectives on this discussion, Wolfgang Bergem/Paula Diehl/Hans J. Lietzmann (eds.), *Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse*, Bielefeld 2019.

57 Kühne, *Elections*, p. 78.

58 Thomas Kühne, *Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung*, in: *Afs* 33, 1993, pp. 481–547; for a recent critique, Margaret Lavinia Anderson, *A Deficit of Democracy? The German Kaiserreich in Comparative Perspective*, in: *Geschichte und Gesellschaft* (GG) 44, 2018, pp. 367–398.

59 In particular Margaret Lavinia Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000; Robert Arsenscheck, *Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871–1914*, Düsseldorf 2003.

Prussia's conservative weight in the Reich and the impact of the differentiated suffrage systems, which offered leeway for a backlash against universal suffrage.<sup>60</sup>

In the 2000s, German historians formalised and discussed a cultural history of politics focussing on politics »as social action, as an ensemble of meanings, symbols, discourses, in which – often contradictory – realities are constructed« (Thomas Mergel).<sup>61</sup> Methodologically speaking, this approach drew on discourse theory and anthropological approaches to symbols and performance. Beyond elections, Thomas Mergel also argued that election campaigns should be studied not as the »prehistory« of elections, but as »sensitive and performative events« where a society observes itself.<sup>62</sup> His seminal book on post-1945 election campaigns in West Germany develops this approach with regard to a period less studied by political historians.<sup>63</sup> This revitalised form of political history has also studied how diverse forms of knowledge and professional expertise, from polling to marketing, emerged around elections over time. Enjoying a varying proximity to academic scholarship, these forms of knowledge contributed both to a »scientification of politics« and to shaping political practices and representations.<sup>64</sup>

Elections have also attracted the interest of historians since the 1990s in other historiographical contexts, but with different orientations. In French-speaking historiography, while Pierre Rosanvallon's conceptual approach to French suffrage history is probably the best-known internationally<sup>65</sup>, other historians have discussed the risk of overestimating the impact of political ideas over more down-to-earth power dynamics on the extension of suffrage.<sup>66</sup> And the historiographical debate on French elections

60 Thomas Kühne, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf 1994; *Lässig/Pohl/Retallack, Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland*; Andreas Gawatz, *Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt*, Düsseldorf 2001.

61 Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28, 2002, pp. 574–606, here: p. 605; Achim Landwehr, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 85, 2003, pp. 71–117; Barbara Stollberg-Rilinger (ed.), *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, Berlin 2005; Frank Bösch/Norman Domeier, Cultural History of Politics: Concepts and Debates, in: *European Review of History* 15, 2008, pp. 577–586; Willibald Steinmetz/Ingrid Gilcher-Holtey/Heinz-Gerhard Haupt (eds.), *Writing Political History Today*, Frankfurt am Main/New York 2013.

62 Mergel, *Propaganda nach Hitler*, p. 11.

63 Ibid.

64 Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22, 1996, pp. 165–193; Frank Bösch, *Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf (1949–1972)*, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (eds.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, pp. 309–328; Anja Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien, 1949–1990*, Düsseldorf 2007; Wim De Jong/Harm Kaal, Mapping the Demos. The Scientisation of the Political, Electoral Research and Dutch Political Parties, c. 1900–1980, in: *Contemporary European History* 26, 2017, pp. 111–138.

65 Rosanvallon, *Le sacre du citoyen*.

66 Michel Offerlé, Le vote comme évidence et comme énigme, in: *Genèses*, 1993, no. 12, pp. 131–151, here: pp. 148f.

has rather centred upon the process of citizens' »politicisation«, which Maurice Agulhon famously defined as the »descent of politics towards the masses« in his study of the diffusion of national (and particularly republican) political schemes through »sociability« in southern villages.<sup>67</sup> Agulhon located this process in the first competitive elections following universal (male) suffrage (1848). This periodisation of politicisation in France was also heavily debated, between authors centring on other, earlier or later republican milestones (the Revolution<sup>68</sup> or the Third Republic<sup>69</sup>) and those revisiting periods usually left out of republican narratives (particularly the restoration).<sup>70</sup> As Yves Déloye and Olivier Ihl have noted, authors differed in their explanations of politicisation, in whether they identified its roots outside of politics and specifically in socio-economic processes, contributing to the nationalisation of politics (according to Eugen Weber) or in political changes per se (revolutions and their traumatic memory; or new conflicts arising from suffrage extensions).<sup>71</sup> Later studies both on cities and on the countryside have drawn a more varied panorama of politicisation forms, temporalities and levels according to specific local configurations.<sup>72</sup> Moving beyond the continuing debate over periodisation<sup>73</sup>, recent research has fundamentally complicated the concept of politicisation, now also considered as a long-term and open-ended hybridisation process between different (pre- and post-suffrage, localised and national/hegemonic) political cultures allowing for diverse ways of appropriation and »translation« of »politics« – »subversion, derision, circumvention, enrolment«, up to resistance and persistent misunderstandings on the meanings of elections.<sup>74</sup> Instead of focusing on traditional republican actors (elected officials, political parties, civil ser-

67 Maurice Agulhon, *La République au village. Les populations du Var de la Révolution à la IIe République*, Paris 1970; see also his retrospective on this work and its reception two decades later, *Maurice Agulhon, 1848, le suffrage universel et la politisation des campagnes*, in: *Histoire vagabonde*, vol. 3: *La politique en France, d'hier à aujourd'hui*, Paris 1996, pp. 61–82.

68 For instance, Michel Vovelle, *La découverte de la politique. Géopolitique de la Révolution française*, Paris 1992; Malcolm Crook, *Elections in the French Revolution. An Apprenticeship in Democracy, 1789–1799*, Cambridge/New York etc. 1996.

69 Most prominently (and controversially), Eugen Weber, *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France, 1870–1914*, Stanford 1976.

70 Christine Guionnet, *L'apprentissage de la politique moderne. Les élections municipales sous la monarchie de Juillet*, Paris 1997.

71 Déloye/Ihl, *La sociologie historique du vote*; see also Cédric Passard, *Politisation*, in: *Publicationnaire*, 18.9.2019, URL: <<http://publicationnaire.huma-num.fr/notice/politisation/>> [23.7.2020].

72 Michel Offerlé, *Mobilisations électorales et invention du citoyen. L'exemple du milieu urbain français à la fin du XIX<sup>e</sup> siècle*, in: Daniel Gaxie (ed.), *Explication du vote. Un bilan des études électorales en France*, Paris 1989, pp. 149–174; Peter McPhee, *The Politics of Rural Life. Political Mobilization in the French Countryside 1846–1852*, Oxford/New York etc. 1992; Gilles Pécout, *La politisation des paysans au XIX<sup>e</sup> siècle. Réflexions sur l'histoire politique des campagnes françaises*, in: *Histoire & sociétés rurales*, 1994, no. 2, pp. 91–126; Laurent Le Gall, *Des processus de politisation dans les campagnes françaises (1830–1914). Esquisse pour un état des lieux*, in: Jean-Claude Caron/Frédéric Chauvaud (eds.), *Les campagnes dans les sociétés européennes*, Rennes 2015, pp. 104–139.

73 Emmanuel Fureix/François Jarrige, *La modernité désenchantée. Relire l'histoire du XIX<sup>e</sup> siècle français*, Paris 2015, pp. 231–280; Michel Offerlé, *Capacités politiques et politisations. Faire voter et voter, XIX<sup>e</sup>–XX<sup>e</sup> siècles (2)*, in: *Genèses* 2007, no. 68, pp. 145–160.

74 *Ibid.*, p. 157; Jean Vigreux, *Les campagnes françaises et la politique (1830–1914)*, in: *Parlement[s]. Revue d'histoire politique*, 2006, no. 5, pp. 54–72.



vants, schoolteachers), studies have focused on actors of politicisation standing aside of republican citizenship norms, from Catholic clerics to more horizontal agents and spaces of politicisation, such as rumour-spreaders, meetings and workers' spaces.<sup>75</sup>

Methodologically speaking, this debate has also been deepened since the 1990s by the research agenda of *socio-histoire*, which drew from the burgeoning French-speaking political sociology. When studying politics, *socio-histoire* advocated studying the genesis of political institutions and political problems by joining »the practice of historical know-hows – archival analysis and oral history – and the reasoned use of sociological conceptualisation, which allows objects to be constructed differently and historical sources to be read differently«.<sup>76</sup> In this vein, authors such as Alain Garrigou, Yves Déloye and Olivier Ihl have studied the progressive and tentative institutionalisation of elections around a »set of rules, power relations, knowledge forms and know-hows«, the »fetishisation« of techniques and objects (such as the voting booth) supposed to make the autonomous, informed, rational voter a reality.<sup>77</sup> This went hand in hand with the attempt to sanction forms of »deviance«, from annotated ballots to forms of political expression other than voting (particularly when violent or contentious).<sup>78</sup>

Following Bourdieusian sociology, authors such as Daniel Gaxie have proposed to study how elections became a »disposition and transaction« historically constituted on political markets, with an offer of (material but also increasingly public and symbolic) goods on the one side and electors on the other side, starting with very different approaches to »politics« due to their social position (particularly regarding social class and gender) and distance to the political field.<sup>79</sup> Key to this analysis is indeed the progressive autonomisation of a political field separating »professionals« from »laypersons« and operating with its own logic and forms of knowledge.<sup>80</sup> This changes the perspective on the socially unequal distribution of »political competency«, approached not only as a capacity to read these »political« logics, but also as a feeling of being com-

75 François Ploux, *De bouche à oreille. Naissance et propagation des rumeurs dans la France du XIXe siècle*, Paris 2003; Yves Déloye, *Les voix de Dieu. Pour une autre histoire du suffrage électoral. Le clergé catholique français et le vote, XIXe–XXe siècle*, Paris 2006; Paula Cossart, *Le Meeting politique. De la délibération à la manifestation (1868–1939)*, Rennes 2010.

76 Michel Offerlé, *Socio-histoire*, in: Perrineau/Reynié, *Dictionnaire du vote*, pp. 850–856.

77 Alain Garrigou, *Le vote et la vertu. Comment les Français sont devenus électeurs*, Paris 1992; id., *La construction sociale du vote. Fétichisme et raison instrumentale*, in: *Politix*, 1993, no. 22, pp. 5–42; Offerlé, *Le vote comme évidence et comme énigme*.

78 Yves Déloye/Olivier Ihl, *Légitimité et déviance. L'annulation des votes dans les campagnes de la IIIe République*, in: *Politix*, 1991, no. 15, pp. 13–24; id., *Des voix pas comme les autres. Votes blancs et votes nuls aux élections législatives de 1881*, in: *Revue française de science politique* 41, 1991, pp. 141–170; Nathalie Dompnier, *La clef des urnes. La construction socio-historique de la déviance électorale en France depuis 1848*, Thèse de doctorat, Grenoble 2002.

79 Daniel Gaxie, *Introduction. Le vote comme disposition et comme transaction*, in: id., *Explication du vote*, pp. 11–34.

80 Michel Offerlé/Paul Bacot (eds.), *La profession politique: XIXe–XXe siècles*, Paris 1999; Loïc Blondiaux, *La fabrique de l'opinion. Une histoire sociale des sondages*, Paris 1998; Yves Déloye, *La construction politique d'une «science électorale» en France sous la IIIe République. Facteurs et acteurs d'un métissage politico-scientifique*, in: *Revue internationale de politique comparée* 19, 2012, no. 3, pp. 37–66.



petent (or not).<sup>81</sup> This critical perspective on necessarily uncompleted and socially anchored dynamics of politicisation and depoliticisation thus opens the eye to the variety of ways in which citizens appropriate politics – in the past as well as today.<sup>82</sup> Taken to its logical end, this perspective is thus not only at odds with positivist approaches to elections as a seemingly transparent procedure of opinion aggregation, but also with a common functionalist tendency (linked to an idealised view of democracy) to validate the efficiency of elections in allowing citizens to express clear »political« opinions that are easily translated into policies and representation.<sup>83</sup> If therefore there exists such a thing as a »new electoral history«, its various strands have as much in common – beginning with an ambition to historicise elections in their practical and cultural dimensions – as divides them, from the theoretical models they decide to follow to their perspectives on functionalism, legitimisation and inequality.

## II The Elephant in the Room: What Can Elections Tell Us about Democracy?

### *Re-assessing Democratisation through the Study of Suffrage and Elections*

Displaying the heterogeneity of this »new electoral history«, recent studies have taken divergent paths, particularly when discussing the relationship of elections with democracy (as a type of political regime and/or a normative ideal) as well as with democratisation (as a process). In German political history, elections have made a comeback in recent re-assessments of the democratisation (or failure thereof) of imperial Germany. In his richly detailed book on »election battles« in »Red Saxony« (1860–1918), James Retallack prolongs his substantial research on Wilhelmine politics and particularly on Saxony by focusing on elections as »a means to an end« or an »interpretative key« (p. 4) in order to »throw new light on the reciprocal relationship between political modernisation and authoritarianism« in imperial Germany (p. 2).<sup>84</sup> Retallack focuses on the tension between »political democratization« through institutions and procedures and »social democratization«, a process linked to socio-economic modernisation, through which »Germans were pulled into the world of political activity« (pp. 3f.). To do so, Retallack conflates both election campaigns and battles over suffrage law under the (German) phrase *Wahlkampf* or »election battle« (p. 5). Retallack approaches the state of Saxony, marked not only by a complex historical position with regard to German unity, but also by early industrialisation and urbanisation, as a »laboratory« (p. 3). His regional focus prolongs earlier research contrasting the national to the regional levels of Wilhelmine politics and contributes to rectifying a research bias that long favoured such supposedly clear-cut cases as »backward« Prussia or the »liberal« south-

81 Daniel Gaxie, *Le cens caché. Inégalités culturelles et ségrégation politique*, Paris 1978.

82 François Buton/Patrick Lehingue/Nicolas Mariot et al. (eds.), *L'ordinaire du politique. Enquêtes sur les rapports profanes au politique*, Villeneuve d'Ascq 2016.

83 See Patrick Lehingue's enlightening discussion of the manifest versus the latent function of elections, Lehingue, *Le vote*, pp. 77–88.

84 James N. Retallack, *Red Saxony. Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860–1918*, Oxford/New York 2017.

west (p. 13).<sup>85</sup> Within this research interest, Retallack is interested mostly in the »high politics« (p. 7) of elections, focusing on (newly accessible) diplomatic sources and letters revealing the strategies of political forces regarding elections and suffrage rights. While Retallack sets out to give a »culturally inflected history of politics« (p. 15), his approach is rooted in social history, and he regrets in passing that cultural history »deflected attention away from the study of class conflict« (p. 8). Indeed, Retallack focuses on the opposition in Saxony between the Social Democrats, who evolved into a well-organised mass party, particularly from the 1890s onwards, and »bourgeois« forces, heterogeneous and yet increasingly united by a common anti-socialism. Retallack thereby acknowledges the democratisation potential of elections in imperial Germany by opening a space for competition in the first place but adds nuance to the perspective adopted by Margaret Anderson and others who opposed the teleological *Sonderweg* narrative by emphasising the symbolic importance and learning effect of voting for citizens of the empire.<sup>86</sup> In Saxony, their politicisation did not lead to institutional democratisation, on the contrary: Retallack shows the »durability of obstacles« to proponents of democratisation (p. 6). Not only did the introduction of a three-class franchise pushed by conservatives and national liberals in 1896 considerably restrict suffrage, but the backlash to it – the impressive victory of the socialists in the 1903 elections – further inflamed anti-socialism. Conflated with anti-Semitism, it fuelled the »enemies of democracy«, who did their utmost to maintain »bastions of authoritarianism«, fearing the »spectre of democracy« (p. 6). In contrast with other historians, Retallack thus relativises the progressive character of the 1909 electoral reforms. Beyond these milestones, Retallack shows in detail how elections and the concrete organisation of voting (beginning with gerrymandering) did not serve democratisation but worked as tool against it.

Beyond his re-evaluation of Wilhelmine politics through the Saxon prism, Retallack means to show that universal suffrage and elections could serve authoritarian aims as much as it did democratic and liberal aspirations (p. 11). Distinguishing the advent of mass elections from democratic ideals and from democratisation understood in a linear way is a thread running through many election studies, not least in authoritarian contexts, a »detour« that has also helped to question the manifold functions of elections.<sup>87</sup> This idea is also central in another recent study on nineteenth-century elections written by the German historian Hedwig Richter, who took a completely different approach and whose reception has been remarkably at odds with that of Retallack's study in the German-speaking historical community – a testament among others for the vivid debates on »German democracy« past and present.<sup>88</sup> Asking about the trans-

85 See Kühne, *Historische Wahlforschung in der Erweiterung*.

86 Anderson, *Practicing Democracy*.

87 Ralph Jessen/Hedwig Richter (eds.), *Voting for Hitler and Stalin. Elections under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt am Main/New York 2011; Daniel Siemens, *Gegen den »gesinnungsschwachen Stimmzettelträger«*. Emotion und Praxis im Wahlkampf der späten Weimarer Republik, in: Richter/Buchstein, *Kultur und Praxis der Wahlen*, pp. 215–236.

88 Hedwig Richter, *Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*, Hamburg 2017; Marcus Gräser, *Review of: Richter, Moderne Wahlen*, in: *Historische Zeitschrift* 2019, no. 308, pp. 520–522; Thomas Mergel, *Review of: Richter, Moderne Wahlen*, in: *Neue Politische Literatur* 64, 2019, pp. 585–589; Hartwin Spenkuch, *Review of: Richter, Moderne*

atlantic success of elections as legitimising instruments throughout the nineteenth century, Richter compares the United States and Germany and thereby writes against the backdrop of linear narratives of democratisation as a straightforward advance towards freedom and equality (p. 9). Unlike Retallack, Richter sets out to follow the inspiration of a »new electoral history« with a cultural and material focus (p. 23). Building on existing literature in both countries, she focuses both on suffrage extensions and on concrete electoral practices and symbols in order to demonstrate how elections were first imposed »from the top«, and not for »normative« reasons, but from »social-structural factors« (p. 10) and with the aim of »disciplining« citizens, not least in the context of nation-building (p. 558). Electoral procedures and technologies had to be refined, rationalised and standardised to become really attractive, and only later in the century did citizens' »interest« in elections really increase, which resulted both in increased turnout and in demands (this time »bottom-up«) for elections and the extension of suffrage beyond white men. While Richter argues that disciplining the vote, but also the specific claims of women, contributed overall to the pacification of politics, she contrasts the importance of violence, fraud and corruption in American elections late in the nineteenth century with an earlier and stronger adherence to rules in Prussian elections in spite of persistent government manipulation. As she acknowledges, this contrast may yield insights into differences in state construction. Yet Richter's dense and detailed analysis is sometimes at odds with her broad conclusions regarding the centrality of elections in – admittedly non-linear, bumpy and conflict-ridden – processes of democratisation.

This might be a general difficulty about looking at democratisation through the prism of elections. Both Retallack and Richter do so in order to counter idealised and teleological readings of the nineteenth century, seeing in each extension of the franchise and in each election another step in the inexorable progress of »democracy«. But they conversely run the risk of limiting democratisation, which they conflate with mass participation or »politicisation«<sup>89</sup>, to electoral sequences. Participation in elections (including joining electoral meetings or riots) becomes artificially detached from other forms of political participation, such as demonstrations or strikes.<sup>90</sup> Besides, an emphasis on suffrage rights, electoral law – and, in Richter's case, technologies – entails a focus on decision-making processes. We follow elections essentially »from above«: how elites organised, disciplined, channelled, or rather, following Retallack, restricted opportunities for participation in elections. This was Retallack's avowed aim, and it

---

Wahlen, in: *sehepunkte* 18, 2018, no. 5, URL: <<http://www.sehepunkte.de/2018/05/31290.html>> [25.11.2020]; Hartwin Spenkuch, Review of: Retallack, *Red Saxony*, in: *German Studies Review* 42, 2019, pp. 387–389; Andrew G. Bonnell, Review of: Retallack, *Red Saxony*, in: *EHQ* 48, 2018, pp. 382–384. Debates which have recently been continued by Richter's new book on democracy as a »German affair«, Hedwig Richter, *Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2020.

89 Richter, *Moderne Wahlen*, p. 91.

90 On the need to study elections together with other forms of expression and participation, see Kühne, *Historische Wahlforschung in der Erweiterung*, p. 53. For a discussion of the democratization concept from minimalist to maximalist interpretations, Charles Tilly, *Democracy*, Cambridge 2007, pp. 12–14; Jean Grugel/Matthew Louis Bishop, *Democratization. A Critical Introduction*, Houndmills/New York 2013, pp. 5–11.

certainly brings conflictuality (including within elites) and resistance ›from above‹ back into the picture. Richter's emphasis on »disciplining«, while resonating with Alain Garrigou's pioneering analysis of electoral norms as a form of »social orthopedy«<sup>91</sup>, leaves us wondering about the place and the potential (open or hidden) resistance of »ordinary« citizens in in these elections, if elites were the ones pulling the strings – though probably neither with full control of events nor in perfect harmony.

### *Elections ›from below‹?*

The tension between the abundant sources documenting views ›from above‹ and the difficulty of accessing perspectives ›from below‹ is of course a recurrent debate in the various proposals of a new political history. Election history is no exception, not least because participation statistics and elites' second-hand observations on voters' opinions are not perfect substitutes for reconstructing the many ways in which citizens reacted and contributed to electoral processes.<sup>92</sup> Regarding French elections, Laurent Le Gall's research takes note of this difficulty by attempting to balance both sides of »politicisation« and to historicise the complex balance between dynamics of individualisation and of social disciplining. His earlier study of elections in Second Republic Finistère revisited this question through the perspective of rural history and anthropology and showed the variety of politicisation processes behind the (retrospective) impression of a straightforwardly backward and »conservative« department.<sup>93</sup> His latest synthetic contribution to election history offers a rich, interdisciplinary and avowedly personal account of elections, bridging the gap from nineteenth-century scholarship to »Polaroids« of the late twentieth and twenty-first centuries.<sup>94</sup> Le Gall is interested in the many and potential contradictory ways in which the vote as an »individualized act under social constraint« (p. 10) is an interface between the individual and the social, far from the liberal mythology of the vote as a purely individual decision. An important part of his reflexion concerns the development, but also the transformation and upkeep of »electoral norms« (p. 13), building on Alain Garrigou's »social orthopedy«, but this time from the side of voters. Electoral participation is thus approached as the (always uncertain) result of a social injunction that has to be constantly reaffirmed, not least through the common stigmatization of non-voting – with the result that even anarchists tend to conform.<sup>95</sup> By linking these social constraints to individual, intimate experiences with the vote, Le Gall suggests to study our memories of voting and politics as constitutive of an »electoral habitus« (p. 16) on the long term, a con-

91 Garrigou, *Le vote et la vertu*, p. 277.

92 Yves Déloye, Pour une sociologie historique de la compétence à opiner »politiquement«, in: *Revue française de science politique* 57, 2007, pp. 775–798; Laurent Willemez, Interdisciplinarité ou invention d'une »offre« disciplinaire? *Sociologie, histoire et science politique au risque du croisement disciplinaire*, Carnet Zilsel, 7.11.2015, URL: <<http://zilsel.hypotheses.org/2267>> [25.11.2020].

93 Laurent Le Gall, *L'électeur en campagnes dans le Finistère. Une seconde république des Bas-Bretons*, Paris 2009.

94 Id., *A voté. Une histoire de l'élection*, Paris 2017.

95 Simon Luck, Appropriation et transgression d'une norme institutionnelle. Le cas de l'abstentionnisme électoral à la Fédération anarchiste, in: *Politix*, 2010, no. 92, pp. 145–164.

cept inspired by Norbert Elias and Pierre Bourdieu which he unfortunately does not elaborate upon. Indeed, the incorporation of electoral practices from generation to generation can be an object of study in itself, not least with regard to recent decades. Oral history could be of help in approaching the »electoral journey« (p. 20) of »ordinary citizens« over time, just as it helps to analyse the mobilisation pathways of activists.<sup>96</sup>

Such a political history »from below« can also be attempted based on written sources – especially for the twentieth century. In her book on local politics in post-fascist Italy and Western Germany from the 1940s to the 1980s, Claudia Gatzka ambitions to study the conceptions of parliamentary democracy through the lens of »urban daily communication between electors and elected« (p. 13). Within her original comparative setting, she sets out to nuance three major narratives of post-war Western democracies: the success story of the Federal Republic of Germany, the Italian crisis narrative and the Anglo-Atlantic history of political metamorphosis due to the 1960s social movements (p. 12). In all three, citizens appear as a passive audience to which historians have access chiefly through polls and/or the media. Instead, drawing on inspirations from cultural history and *Alltagsgeschichte*, Gatzka approaches citizens as both objects and actors of interpretation in election campaigns (p. 13) based on a variety of party sources, from accounts of meetings to correspondence with citizens. Gatzka focuses on four cities (the leftist strongholds of Bologna and Hamburg and their Christian Democratic counterparts, Bari and Ulm) as spaces where the boundaries of politics had to be newly negotiated after the distorting experiences of dictatorship and war. While the two democracies thereby faced similar challenges, German parties particularly struggled to recreate their legitimacy and build relationships with citizens after the war, not least because »politics« remained negatively marked by the spectre of dictatorship and was constrained by Allied control of political life. In contrast, political parties in Italy were quicker to find ways to organise local forms of collective solidarity in the void left by the state and hence claim spaces of »politics« (beginning with the piazza) that citizens could appropriate. In both cases, Gatzka adds nuance to common assumptions regarding »post-war democracy«: citizens in both countries were neither passive nor deferential towards politics but distrusted »partisan« divisions. This initial aversion to conflict did not prevent parties from negotiating a respectful but pluralistic competition over time. From the interplay between political change and social »basis processes«, Gatzka concludes that German political parties caught up with changes in society and the media in the 1960s and 1970s by learning from the new social movements and adapting their political communication to the new requirements of the attention economy. At the same time, Italian parties, marked by their earlier successful modes of local mobilisation, had a harder time finding new ways to address citizens. Gatzka's study thus highlights the importance of local and »face-to-face« dynamics when studying political communication, which echoes studies discussing the performance of »presence« or »proximity« as a (past and contemporary) response to

96 A rare attempt at oral history about female suffrage is Bruno Denoyelle, *Des Corps en élections. Au rebours des universaux de la citoyenneté. Les premiers votes des femmes (1945–1946)*, in: *Genèses*, 1998, no. 31, pp. 76–98.

recurring complaints about distance between citizens and politicians<sup>97</sup> and the various emotional economies expressed by citizens (e. g. in their letters), but also employed by politicians to »connect« with voters.<sup>98</sup> Gatzka's study is an important contribution to an emerging field in contemporary political history approaching not only letters but also the media and popular culture as »communicative spaces« in which to study how twentieth-century citizens appropriated politics and political identity.<sup>99</sup> Yet this raises the question of who these expressive »citizens« were in politics and society. A further dimension of reflexivity for this type of study could thus be to question the relative and certainly changing positions of »voters« and »elected« over time, in discourse as well as in practice.

### III A Transnational, Interdisciplinary and Non-normative Approach? Questioning the Research Perspective

Three programmatic ambitions are common in recent scholarship: historians of elections and election campaigns call for the adoption of transnational, interdisciplinary and non-normative approaches. Recurrent pleas for transnational approaches<sup>100</sup> have meanwhile given way both to comparative studies<sup>101</sup> and to scholarship analysing elections in supranational spaces, but also the transnational circulation of ideas, representations, norms and technologies around voting – the Australian ballot and the transnational female suffrage movement being two cases in point.<sup>102</sup> In a manner simi-

97 Christian Le Bart/Rémi Lefebvre (eds.), *La proximité en politique. Usages, rhétoriques, pratiques*, Rennes 2005; Jon Lawrence, *Electing Our Masters. The Hustings in British Politics from Hogarth to Blair*, Oxford/New York etc. 2009, pp. 154–155; Pierre Rosanvallon, *Democratic Legitimacy. Impartiality, Reflexivity, Proximity*, Princeton/Woodstock 2011, pp. 169–218.

98 Martin Francis, *Tears, Tantrums, and Bared Teeth: The Emotional Economy of Three Conservative Prime Ministers, 1951–1963*, in: *The Journal of British Studies* 41, 2002, pp. 354–387; Harm Kaal, *Popular Politicians: The Interaction between Politics and Popular Culture in the Netherlands, 1950s–1980s*, in: *Cultural and Social History* 15, 2018, pp. 595–616.

99 See also Bernhard Gotto, *Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre*, Berlin/Boston 2018; Harm Kaal/Vincent van de Griend, *Postwar Popular Politics: Integrating the Voice of the People in Postwar Political History*, in: Harm Kaal/Danielle Slootjes (eds.), *New Perspectives on Power and Political Representation from Ancient History to the Present Day*, Leiden/Boston 2019, pp. 124–143.

100 Offerlé, *Le vote comme évidence et comme énigme*, p. 144; Posada-Carbó, *Electoral Juggling*; Claudia Christiane Gatzka/Hedwig Richter/Benjamin Schröder (eds.), *Wahlen in der transatlantischen Moderne, Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 23, 2013, no. 1.

101 Anderson, *Practicing Democracy*; Eduardo Posada-Carbó (ed.), *Elections before Democracy. The History of Elections in Europe and Latin America*, London/New York 1996.

102 Romain Bertrand/Jean-Louis Briquet/Peter Pels, *Cultures of Voting. The Hidden History of the Secret Ballot*, London/Paris 2007; Malcolm Crook/Tom Crook, *The Voting Booth as a Universal Construct: The Globalization of the Secret Ballot in the 19th Century*, in: *Revue d'histoire du XIXe siècle* 43, 2011, no. 2, pp. 41–45; Malcolm Crook/John Dunne, *The First European Elections? Voting and Imperial State-Building under Napoleon, 1802–1813*, in: *The Historical Journal* 57, 2014, pp. 661–697; Malcolm Crook, *L'avènement du suffrage féminin dans une perspective globale (1890–1914)*, in:



lar to a recurrent discussion in transnational and global approaches, scholars face the difficulty of integrating global or at least transnational circulations while giving dynamics linked to nation- and state-building their due. The challenge for historians is thus to exploit the heuristic potential of comparison without falling into the generalisation trap of large-scale political science studies, which have faced the critique of an insufficient contextualisation.<sup>103</sup> By setting out to challenge two national narratives – that of an exceptional US democracy versus an impossible German democratisation – Richter runs the risk of fighting two strawmen that are a reality in public discourse more than in historiography. Because national narratives of democracy remain so present and »political culture«, defined too sweepingly, may inadvertently lead to essentialisation<sup>104</sup>, comparative settings run the risk of restricting election research to validating or invalidating existing narratives of democratic success versus crisis. This is also a very real challenge for historians as narrators, as comes to mind when reading Gatzka's conclusions contrasting her two case studies, which leave her little room for the rich nuances of her previous analysis. Gatzka also studied Germany and Italy from a perspective that is comparative rather than connective, arguing convincingly that the two post-fascist democracies did not take much notice of each other at this particular level. The instances Gatzka mentions where they do so are all the more fascinating for offering a glimpse at the way each democracy constructed its own narrative in contrast with a supposedly different »culture«. These narratives could be linked to wider narratives of differences in democracy across the continent, particularly between »northern« and »southern« Europe.

As Richter argues, processes of (self-)ascription in the past matter not only as narratives for historians today, but also because declaring oneself or others to be inherently »democratic« (or not) may well impact the scope of possible, conceivable or acceptable reforms and practices (p. 31). Yet her study does not make much of existing contacts and hence cross-cultural perspectives between the United States and Prussia. The proposal of *histoire croisée* by Bénédicte Zimmermann and Michael Werner may contribute to integrating (self-)ascription processes within and between political communities into the analysis as a reflexive dimension of electoral and, more broadly, political cultures.<sup>105</sup> In this regard, discussions between election and campaign historians and scholars studying narratives of democracy in a transnational perspective might be en-

---

Landry Charrier (ed.), *Circulations et réseaux transnationaux en Europe (XVIIIe–XXe siècles)*. Acteurs, pratiques, modèles, Bern 2013, pp. 57–68.

103 Ulrich Sarcinelli, *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*, Wiesbaden 2005, p. 405.

104 For an ethnographic critique of the concept, see Romain Bertrand/Jean-Louis Briquet/Peter Pels, *Towards a Historical Ethnography of Voting*, in: id., *Cultures of Voting*, pp. 6–7.

105 Michael Werner/Bénédicte Zimmermann, *Beyond Comparison: Histoire Croisée and the Challenge of Reflexivity*, in: *History and Theory* 45, 2006, pp. 30–50; for this reflexive dimension in a Franco-German setting, see Mareike König/Élise Julien/Birgit Lamerz-Beckschäfer, *Verfeindung und Verflechtung. Deutschland und Frankreich 1870–1918*, Darmstadt 2019, p. 41; Mark Hewitson, *National Identity and Political Thought in Germany. Wilhelmine Depictions of the French Third Republic, 1890–1914*, Oxford/New York etc. 2000.

riched.<sup>106</sup> Swiss self-representation as an old, consensus-oriented, pre-professionalised democracy has thus served as an argument against the state-funding of parties and campaigns, since this was presented as a »foreign« problem.<sup>107</sup>

The importance of democracy narratives holds particularly true when thinking about elections in a global, post-colonial context: if democracy promotion programs lead actors in formerly colonised countries to position themselves according to electoral norms coming from the Global North<sup>108</sup>, historians might also shed light on what (post-)colonial connections do to representations of democracy and elections there. The argument that Western practices of voting have spread throughout the world because of their multiple functions<sup>109</sup> or even that elections were part of »Westernisation« neglects not only about early experiences with voting and electoral innovations in colonies and newly independent nations<sup>110</sup>, but also how the colonial project of expansion via land appropriation implied the long-standing exclusion of most colonial »subjects« from citizenship rights, for which the earlier justifications of suffrage restrictions »at home« (regarding ownership and finances as a sign of independence, or intellectual capacity) were revalued and racialised to oppose demands for equality.<sup>111</sup> Several studies in recent years have looked at suffrage extensions and elections in late colonial contexts and asked about the complex negotiation of political agency.<sup>112</sup> Yet such insights often remain at the »margins« of electoral histories focussing on colonial »centres«, as in the case of Le Gall's book. Just as the impact of colonial practices and representations have been analysed for elections in the Global South<sup>113</sup>, election his-

106 See Jeppe Nevers, *A History of Democracy beyond National Narratives*, in: GG 44, 2018, pp. 416–429; Anja Kruke/Philipp Kufferath, *Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken. Aktuelle Forschungen und Narrationen zur Demokratiegeschichte in Westeuropa*, in: AFS 58, 2018, pp. 3–20, here: p. 13.

107 Oscar Mazzoleni, *Critique et légitimation de la professionnalisation parlementaire en Suisse*, in: Politix, 2006, no. 75, pp. 165–184.

108 Perrot/Pommerolle/Willis, *La fabrique du vote*; Judith Green Kelley, *Monitoring Democracy. When International Election Observation Works, and Why It Often Fails*, Princeton 2012.

109 Claudia Christiane Gatzka/Hedwig Richter/Benjamin Schröder, *Zur Kulturgeschichte moderner Wahlen in vergleichender Perspektive. Eine Einleitung*, in: Comparativ 23, 2013, no. 1, pp. 7–19, here: p. 19.

110 Eduardo Posada-Carbó, *Introduction. Elections before Democracy: Some Considerations on Electoral History from a Comparative Approach*, in: id., *Elections before Democracy*, pp. 1–15; John Keane, *The Life and Death of Democracy*, New York 2009, pp. 457–483.

111 For the French context, Anne-Christine Trémon, *Citoyens indigènes et sujets électeurs*, in: Genèses, 2013, no. 91, pp. 28–48; Frederic Cooper, *Citizenship between Empire and Nation. Remaking France and French Africa, 1945–1960*, Princeton/Woodstock 2014; Silyane Larcher, *L'autre citoyen. L'idéal républicain et les Antilles après l'esclavage*, Paris 2014.

112 Yves Combeau (ed.), *Dossier thématique: 1958 et l'outre-mer français*, in: Outre-Mers. Revue d'histoire 95, 2008, no. 358–359, pp. 7–145; Eric Savarese, *L'acte électoral revisité en situation coloniale*, in: Pôle Sud, 2016, no. 44, pp. 97–109; Liz Fink, *Institutional Terra Non Firma: Representative Democracy and the Chieftaincy in French West Africa*, in: Ed Naylor (ed.), *France's Modernising Mission: Citizenship, Welfare and the Ends of Empire*, London 2018, pp. 31–57; Justin Willis/Gabrielle Lynch/Nic Cheeseman, *Voting, Nationhood, and Citizenship in Late-Colonial Africa*, in: The Historical Journal 61, 2018, pp. 1113–1135.

113 For instance, Comi Toulabor, *Fraudes électorales et démocratie coloniale au Togo. Cas d'une implantation du vote en colonie*, in: Patrick Quantin (ed.), *Voter en Afrique. Comparaisons et différenciations*, Paris 2004, pp. 185–206.

tory in the Global North could consider colonial and post-colonial (dis-)continuities in suffrage laws, voting practices and representations.

A common ambition of political historians is to »defamiliarise« (*verfremden*) the perspective on elections.<sup>114</sup> An opening towards transnational and postcolonial perspectives can certainly help in that regard. But such a process is seldom documented and reflected upon. The »tool box« of *histoire croisée* invites us to precisely such reflexivity regarding what a transnational perspective does not only to the research object, but to the research perspective as well. This is why Laurent Le Gall's reflexions on his own electoral experiences and political socialisation are original and promising. Reflecting on one's own socialisation to electoral participation as a civic duty, for instance, helps denaturalise what might otherwise have remained an unstated assumption in the research process. Le Gall's introspection builds on the French tradition of *égo-histoire*<sup>115</sup> but also echoes the reflexive stance common in political anthropology, such as Florence Faucher documenting how her non-native perspective on Britain helped her ask different questions than a native observer when attempting to »exoticise« political rituals such as party conferences.<sup>116</sup>

In doing so, Le Gall aims to give an interdisciplinary perspective on elections, as have many other historians of elections who have drawn inspiration (and counter-models) from other disciplines – not least because the »new« research agenda for political history drew inspiration from anthropology and sociology as well as from media, cultural and gender studies. Reversely, the recent interest of political scientists in studying the history of democratisation (»historical turn«) might open new possibilities for interdisciplinary discussion.<sup>117</sup> But in spite of common research objects, relations with political science remain fraught, not least because spaces for interdisciplinary discussion are scarce, particularly in English- and German-speaking research contexts.<sup>118</sup> Historians and sociologists may be wary of the temptation to look for clear-cut explanations for »democratisation« processes.<sup>119</sup>

114 Gatzka/Richter/Schröder, Zur Kulturgeschichte moderner Wahlen in vergleichender Perspektive, p. 10; Richter/Buchstein, Einleitung: Eine neue Geschichte der Wahlen, p. 5.

115 For a recent collective experiment of *égo-histoire*, Yann Potin (ed.), *Génération historiennes. XIX-XXIe siècle*, Paris 2019.

116 Florence Faucher, *Changing Parties. An Anthropology of British Political Party Conferences*, Basingstoke/Hants 2005, p. 5.

117 A research agenda discussed in Giovanni Capoccia/Daniel Ziblatt, The Historical Turn in Democratization Studies. A New Research Agenda for Europe and Beyond, in: *Comparative Political Studies* 43, 2010, pp. 931–968.

118 Relations between French history and French political science are much closer, thanks in particular to the research agenda of *socio-histoire*, Willemetz, *Interdisciplinarité ou invention d'une «offre» disciplinaire?* On the relationship between contemporary history and social sciences in the German-speaking context, Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (VfZ) 59, 2011, pp. 479–508; Jenny Pleinen/Lutz Raphael, *Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin*, in: *VfZ* 62, 2014, pp. 173–196.

119 See the review of Daniel Ziblatt's recent book on the importance of conservative parties for democratisation by Daniel Gaxie, *Review of: Daniel Ziblatt, Conservative Parties and the Birth of Democracy*, Cambridge 2017, in: *Revue française de science politique* 69, 2019, pp. 369–371.

This conflicted proximity to political science and political theory in particular is also what leads many political historians to distance themselves from »normative« or »moral« evaluations.<sup>120</sup> But where does normativity end and where does it begin? This posture is seldom elaborated upon and seems particularly complex while dealing with an object that has long been and still is normatively loaded, not least in citizenship education.<sup>121</sup> Political actors and intellectuals have long approached elections and campaigns as a means to educate citizens and later a means to test their democratic values, to assess democratisation in general or even the morale of a whole society. Here, once again, the status of (past and present) political ideas and judgements in election histories is worth clarifying. While political scientists have rightly pointed to the need to integrate tactical considerations into democracy history, for instance by looking at what actors (male elites and suffragists) expected of female suffrage,<sup>122</sup> this does not diminish the importance of ideas as justifications for (past and future) actions and as assumptions shaping practices. Echoing the call of intellectual historians to study ideas beyond the writings in which they are developed and expressed and by anchoring them in their socio-political contexts<sup>123</sup>, election history could also help bridge the gap between »ideas« and »practices«. For instance, election history offers opportunities to study the practical (re-)negotiation, questioning and contestation over time of the gender divide between private and public, from theory to law and practice. This focus on gender does not only mean looking, for instance, at how women achieved forms of participation in spite of their (professed) exclusion from the public sphere, but can help examine how models of male citizenship were negotiated and contested.<sup>124</sup> Studies of plural voting laws also lead the way in asking about the importance of the family (and hence the *paterfamilias*) as a political unit, whereas political liberalism centred its citizenship ideal on the individual.<sup>125</sup> Just like ideas, practices do not form coherent entities – which means that historians should be wary of absolutising the normative justifications of a given practice or its effects (intended or not) as its function in democracy.<sup>126</sup>

120 Kühne, *Historische Wahlforschung in der Erweiterung*, p. 53; Richter/Buchstein, *Einleitung: Eine neue Geschichte der Wahlen*, p. 3; Tim B. Müller/Hedwig Richter, *Introduction: Histories of Democracy. Transnational Perspectives on Germany (1800–1933)*, in: GG 44, 2018, pp. 325–335.

121 Kruke/Kufferath, *Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken*, p. 13; Sonja Leven, *Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich, 1945–1975*, Göttingen 2019; Wim De Jong, *Civic Education and Contested Democracy. Towards a Pedagogic State in the Netherlands post 1945*, Cham 2020.

122 Isabela Mares, *From Open Secrets to Secret Voting. Democratic Electoral Reforms and Voter Autonomy*, Cambridge/New York etc. 2015; Dawn Teele, *Forging the Franchise. The Political Origins of the Women's Vote*, Princeton 2018.

123 See the recent French discussion, which ties in with the Cambridge school of intellectual history, Chloé Gaboriaux/Arnault Skornicki (eds.), *Vers une histoire sociale des idées politiques*, Villeneuve-d'Ascq 2017.

124 For a recent research discussion, Matthew McCormack, *A Man's Sphere? British Politics in the Eighteenth and Nineteenth Centuries*, in: Christopher Fletcher/Sean Brady/Rachel E. Moss et al. (eds.), *The Palgrave Handbook of Masculinity and Political Culture in Europe*, London 2018, pp. 247–264.

125 Anne Verjus, *Le cens de la famille. Les femmes et le vote, 1789–1848*, Paris 2002.

126 For a recent critique of this pitfall regarding sortition, see Yves Déloye, *D'une matérialité à l'autre. Le tirage au sort au prisme de l'acte électoral*, in: *Participations*, hors-série, 2019, pp. 513–519.

#### IV What to Do with the Outcome of Elections?

129 Paul Nolte, *Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie*, in: VfZ 61, 2013, pp. 275–301, here: p. 280; id., *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012, esp. pp. 16–20.

against taking stories of success and failure told by actors in retrospect for granted.<sup>130</sup> In this regard, instead of leaving aside electoral results, it seems more useful to historicise the many ways in which actors anticipated, predicted and then interpreted them. This cycle of prediction and interpretation could have effects from an election to the other by pushing actors to search for knowledge and/or forging certain beliefs about, say, the efficiency of a certain mobilisation practice. This would mean not only to study knowledge forms for their own sakes, but also to include a sensibility for (contemporary and retrospective) knowledge production and uncertainty management at the centre of election history. Particularly for the twentieth and twenty-first centuries, the practises of electoral commentary before and after elections are a fascinating object of study, not only as an emerging field of professional expertise, but also in that it contributes to establishing certain interpretations of voting behaviour and forging collective beliefs and interpretations about a »game« constructed as »uncertain«, central to our democracies and based on free individual choices.<sup>131</sup> Contrary to the assumption of modernisation, the development of various fields of expertise actually builds on a sense of helplessness among parties and candidates – building in recent decades on the supposed »volatility« of voters or the diagnosis of a multifold »crisis«, while political commentators tend to overemphasise the rationality and efficiency of their corrective strategies.<sup>132</sup> The prism of »materiality« and »knowledge« can furthermore also be extended to the collection and transmission of electoral results<sup>133</sup> as well as to objects of electoral analysis and commentaries. Diagrams or electoral maps not only constitute representations and identities<sup>134</sup>, but can also contribute to naturalising common-sense social oppositions into seemingly obvious political divides, for instance between centre and periphery or between cities and countryside.<sup>135</sup>

Integrating a knowledge history perspective – not just at the margins of election history, but right at its centre – might also help to gain distance from actors' own interpretations. When sources only offer takes on the reactions and intentions of voters through the mediation of others, they are best understood as historically constructed and socially situated perspectives, not as revealing societal trends.<sup>136</sup> If political scien-

130 Mergel, *Propaganda nach Hitler*, p. 36; Willemez, *Interdisciplinarité ou invention d'une »offre« disciplinaire?* What happens after an electoral defeat can thus also be an object of study, Frédéric Louault/Cédric Pellen (eds.), *La défaite électorale. Productions, appropriations, bifurcations*, Rennes 2019.

131 See the reflections in Desrumaux/Lefebvre, *Pour une sociologie des répertoires d'actions électorales*, p. 12; Ihl/Déloye, *La sociologie historique du vote*, pp. 625f.

132 Bernard Lacroix, *La »crise de la démocratie représentative en France«*. *Éléments pour une discussion sociologique du problème*, in: Scalpel. *Cahiers de sociologie politique de Nanterre* 1, 1994, pp. 6–29.

133 Michel Offerlé, *Le nombre de voix*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 1988, no. 71–72, pp. 5–21; Thomas Stockinger, *Dörfer und Deputierte. Die Wahlen zu den konstituierenden Parlamenten von 1848 in Niederösterreich und im Pariser Umland (Seine-et-Oise)*, Oldenburg 2012.

134 Richter, *Moderne Wahlen*, esp. pp. 116–125.

135 Michel Bussi, *La carte électorale: miroir de la démocratie?*, in: *EchoGéo* 20, 2012, URL: <<https://doi.org/10.4000/echogeo.13042>> [25.11.2020].

136 Susanna Barrows, *Distorting Mirrors. Visions of the Crowd in Late Nineteenth-Century France*, New Haven 1981; Yves Déloye, *La peur du grand nombre. La »science électorale« contre la démocratie représentative dans la France de la IIIe République (1890–1930)*, in: Lisa Bogani/Julien Bouchet/



tists and anthropologists struggle today to understand voting and non-voting behaviour and in general citizens' relations to politics<sup>137</sup>, historians should be all the more cautious not to presume what made citizens tick in the past based on electoral statistics, particularly since we know how varied past and present appropriations of voting can be – beginning with the varied social practices of voting. In particular, if historians have heavily debated electoral turnout statistics<sup>138</sup>, they should also be cautious with their interpretations, not least because the evolution of turnout has served to say great many things over time – from the »laxity« (*Laxheit*) of the masses to their post-war »apathy« or to today's »post-democracy«.<sup>139</sup> Beyond these connoted labels, the seemingly neutral concepts of »political interest« and »political competence« can also be historicised as scientific constructs with intellectualist and/or androcentric biases, which have long implicitly set the boundaries of »politics« around conventional, legitimate forms of participation, particularly voting, while making invisible other forms of »doing« and »thinking« politics.<sup>140</sup> In other words, if the aim is to denaturalise the place of elections in democratic and political history, interest in elections is the place to start.

Finally, asking about the outcomes of elections could also help to better approach representation as a process. Studying electoral representation does not have to stop at the final result in the form of elected representatives. It can also start by studying the selection of candidates, the constitution of lists and the differentiated promotion of candidates during a campaign – processes that are marked by electoral and party rules, intra- and interparty competition patterns and the unequal distribution of resources between actors (finances, but also political, social and cultural capital). From a potential candidate to the final elected representative, the »sieve«<sup>141</sup> of representation is a complex process which historians often leave to political scientists and, with regard to the representation of women, gender studies. Beyond a mere structural and quantitative approach, studying representation during elections can encompass both the selection of potential representatives and the communication acts that attempt to justify them for the public. While the recent »constructivist« turn of representation theory proposes approaching representation as a (potentially informal) communication process during campaigns and elections, formal representation comes on top of manifold informal »representative claims« (Michael Saward) issued by would-be represen-

---

Philippe Bourdin et al. (eds.), *La République à l'épreuve des peurs. De la Révolution à nos jours*, Rennes 2018, pp. 137–148.

137 See, with different methodologies, Céline Braconnier/Jean-Yves Dormagen, *La démocratie de l'abstention. Aux origines de la démobilisation électorale en milieux populaires*, Paris 2007; Martin Althoff, *Der Nichtwähler: Ein noch immer »unbekanntes Wesen«*, in: *PVS* 61, 2020, pp. 151–174.

138 On this debate in French historiography, Melvin Edelstein, *La participation électorale des Français (1789–1870)*, in: *Revue d'histoire moderne & contemporaine* 40, 1993, pp. 629–642.

139 Zoé Kergomard, *Knowledge on a Democratic »Silence«. Conflicting Expertise on the Decline in Voter Turnout in Postwar Switzerland (1940s–1980s)*, in: *KNOW: A Journal on the Formation of Knowledge* 4, 2020, pp. 231–261.

140 Déloye, *Pour une sociologie historique de la compétence à opiner »politiquement«*; Lehingue, *Le vote*, pp. 207–232.

141 Mariette Sineau/Vincent Tiberj, *Candidats et députés français en 2002*, in: *Revue française de science politique* 57, 2007, pp. 163–185, here: p. 163.

tatives.<sup>142</sup> This approach thus echoes with the call by modern and contemporary historians to study representation as a communication process.<sup>143</sup> Looking at potential and selected candidates as well as the winners can thus go hand in hand with the analysis of speeches, posters or meetings through which would-be representatives and parties assert a »representative claim« over specific electorates. Whether endorsed or contested by citizens, representative claims also contribute to framing collective understandings of representation in the short as well as the long run.

This constructivist approach can help historians to go beyond the longstanding presupposition of a pre-existing political demand on the side of social groups or individuals, which remains implicit in many works even outside of class or cleavage approaches. It thereby resonates with studies of the construction of national but also political identities in the wave of the linguistic turn.<sup>144</sup> The British historians Miles Taylor and John Lawrence have thus suggested »devot[ing] more attention to the ways in which political parties have themselves defined and been forced to redefine the social identities and audiences to which they address their politics.«<sup>145</sup> Echoing Saward and building on Bourdieu's approach to political representation<sup>146</sup>, French historian Michel Offerlé has also pointed out that

»the idea that an electorate is represented by a political group should not be rejected a priori; but representation can only be conceived as the always uncertain and contested outcome of multiple struggles of positioning, designation and stigmatisation. When modern forms of representation were invented, there were no cleavages that were ready to gather up on the one hand and parties willing to do so on the other, to be recognised as having the right to speak out. Divisions and parties, if this adventurous dichotomy is to be maintained, are the result of multiple act of random tinkering by which political entrepreneurs [...] perform as politicians, while producing the groups they bring together.«<sup>147</sup>

In a similar vein, historians can analyse how both political actors (within parties but also in social movements and trade unions) and experts (political scientists and pundits in recent decades), either with the aim of setting and mobilising electoral targets or to make electoral markets more intelligible, contributed to define electoral catego-

142 Michael Saward, *The Representative Claim*, Oxford/New York etc. 2010; Lisa Disch, *The »Constructivist Turn« in Democratic Representation: A Normative Dead-End?*, in: *Constellations* 22, 2015, pp. 487–499.

143 For a recent discussion, Harm Kaal/Daniëlle Slootjes, *Introduction: Repertoires of Representation*, in: id. (eds.), *New Perspectives on Power and Political Representation from Ancient History to the Present Day*, Leiden/Boston 2019, pp. 1–10.

144 Gareth Stedman Jones, *Languages of Class. Studies in English Working Class History 1832–1982*, Cambridge/New York etc. 1983; see also Kühne, *Historische Wahlforschung in der Erweiterung*, pp. 48f.

145 Jon Lawrence/Miles Taylor, *Introduction*, in: id. (eds.), *Party, State and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820*, Aldershot/Brookfield 1997, pp. 1–26, here: p. 18.

146 Pierre Bourdieu, *La représentation politique. Éléments pour une théorie du champ politique*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 1981, no. 36–37, pp. 3–24; for a discussion of Bourdieu's and Saward's approaches, Virginie Dutoya/Samuel Hayat, *Prétendre représenter. La construction sociale de la représentation politique*, in: *Revue française de science politique* 66, 2016, pp. 7–25.

147 Michel Offerlé, *Les partis politiques*, Paris 2010 (first published 1991), p. 30.

ries, divides and cleavages with which citizens would or would not identify.<sup>148</sup> Instead of merely wondering at the stability or lability of electorates over time, this perspective leads to ask how political entrepreneurs maintained but probably adapted and re-composed their representative claims on their (necessarily changing) electorate(s) over time beyond a too simple rupture between class or milieu parties and catch-all parties.<sup>149</sup>

In line with a social perspective on political ideas, studying the communication acts on representation during campaigns and elections can also reveal the different ideals used to legitimise the choice of representatives and hence the changing principles of democratic representation since the imperative mandate of the revolutionary era. Campaigns may indeed allow for different and potentially contradictory ways to conceive of good representation, both on the side of voters and elected, from liberal ideals of a socially abstract representation based on competency and responsiveness to demands of a descriptive and/or substantial representation for minority groups.<sup>150</sup> Campaign archives thus provide fascinating material to study how different representation ideals are negotiated over time, not least following the recurrent critique and distrust of representation but also the hopes these ideals can produce.<sup>151</sup>

Looking at the diverse, historically changing and potentially contradictory ideals underlying elections should also mitigate a tendency in democracy history to conflate the diffusion of mass elections over time too readily with the progress of equality, just because universal suffrage itself carries a radical (if only formal) equalitarian promise. Instead, elections have also been said to mark an »almost intrinsic inequality between electors and elected«<sup>152</sup>, not only because of the inequality of resources within and outside the political field as well as within the electorate itself, but also because the choice of representatives during elections (in contrast with sortition) has often been framed as a selection of the »best«, as famously shown by Bernard Manin.<sup>153</sup> Historians are thus able to shed light on the changing equilibrium between elitist, particularly epistocratic, and equalitarian arguments used over time to promote elections in general and the legitimacy of candidates in particular. In this perspective, representation can be considered as unstable and hence in constant need of stabilisation. Looking at representation as a complex process marked by struggles for legitimacy can help to better understand tensions around representation both past and present – going beyond the mere confirmation or relativisation of a »crisis of representation«.

148 Harm Kaal, Constructing a Socialist Constituency. The Social Democratic Language of Politics in the Netherlands, c. 1890–1950, in: *AfS* 53, 2013, pp. 175–201.

149 Julian Mischi, Faire la socio-histoire d'une institution en »crise«. Enjeux et techniques d'une socio-genèse du déclin du PCF, in: François Buton/Nicolas Mariot (eds.), *Pratiques et méthodes de la socio-histoire*, Paris 2009, pp. 87–106.

150 For an overview, Suzanne Dovi, Political Representation, in: Edward N. Zalta (ed.), *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*, Fall 2018 Edition, URL: <<https://plato.stanford.edu/archives/fall2018/entries/political-representation/>> [22.12.2020].

151 For such an attempt, Zoé Kergomard, De la représentation-mandat à la représentation-figuration? Les processus de sélection des candidat.e.s aux élections fédérales des années 1940 aux années 1980, in: *Traverse*, 2018, no. 3, pp. 89–100.

152 Le Gall, A voté, p. 6.

153 Bernard Manin, *Principes du gouvernement représentatif*, Paris 1996.

Asking about the legitimisation, but also the contestation of representation in elections leads back to the question of how elections became central to or even equated with democracy in the first place. The effect of centring democracy on elections lies precisely in the absolutisation of representation as the main (or the only possible) democratic mechanism. While many studies have highlighted this progressive sanctification of elections over the course of the nineteenth and twentieth centuries<sup>154</sup>, asking about the recurring affirmation, but also the contestation of this centrality and its consequences the definition of political participation – could be a further step in »denaturalising« elections in the history of democracy.

---

154 Richter/Buchstein, Einleitung: Eine neue Geschichte der Wahlen, p. 4; Le Gall, A voté, p. 45.

## Summaries

### **Stefanie Börner, Dynamics of Solidarity. Practices of Solidarity within the Statutory Health Insurance and Its Predecessor Organisations**

This article examines changes in solidarity practices within the statutory health insurance and its predecessor organisations, describing these changes as the transition from solidarity among friends to solidarity among strangers. While solidarity practices of redistribution basically remained unchanged at instrument level, a growing need for professionalisation and, associated with this, a change in both solidarity practices and the scope of solidarity occurred with increasing organisation size. The comparative examination of these practices demonstrates that debates on distribution, which initially took place within the insurance organisation, gradually shifted towards the political arena, while conflict lines moved from the horizontal dimension of affiliation to the vertical dimension of distribution. Solidarity for social security purposes increasingly becomes a matter of public action. Historical solidarity practices differ from modernised ones through a more pronounced emphasis on the community which was created by emotional language, symbolism and rituals. At a theoretical level, the analysis of this contribution is based on a dynamic understanding of solidarity, as suggested by Émile Durkheim and developed further by Hauke Brunkhorst. The analysis draws on primary sources such as insurance statutes, internal publications and minutes of general assemblies of the insurances as well as draft legislation and parliamentary debates.

### **Sophia Dafinger, Aid, Charity, Solidarity? The French OSE and the Rescue of Children Fleeing from the »Third Reich«**

Taking the activities of the Jewish organisation »Oeuvre des Secours aux Enfants« (OSE, Children's Aid Society) in 1930s and 1940s France as an example, the article draws attention to the interface of aid, charity and solidarity, advocating a more gendered debate on the notion of solidarity. Building upon an understanding of solidarity as social practice, it defines the concept in an analytically more precise way for looking at hitherto overlooked or marginalised forms of social affiliation. It becomes evident that caritative practices of solidarity afforded changed possibilities of participation in political life, in particular for the women involved. Everyday life with children and young people and the aim to maintain alternatives to a fascist social order rather than temporarily relieve the distress initiated a process of partly deliberate, partly implicit forms of solidarity among those who invested time and energy in solidarity practices regardless their backgrounds, religion and gender. The contribution explores motivations and forms of solidarity, but also its pitfalls.

**Marc Drobot, Vagueness as Function. Remarks from a Conceptual History Perspective on the Emergence and Present of the Concept of Solidarity**

The current interest in »solidarity« and its concept resembles the nineteenth-century French discourse on solidarity. In a similar vein, back then the popularity of the newly coined notion of »solidarité« corresponded directly with experiences of multiple crises, which could no longer be conceptually compensated by traditional semantics based on natural law which oscillated between dependence and independence. The self-evident plausibility that provided the catalytic contingency formula »solidarity« for multiple discourses of the nineteenth century no longer exists in the twenty-first century. A crucial difference between the nineteenth and the twenty-first centuries is the fact that the term »solidarity« initially was a transition semantics that was able to represent the extensive societal transformation and, connected with this, the gap between the space of experience and the horizon of expectations. In order to grasp the history of the functionality of the term »solidarity« regarding its effects as a catalyst within the nineteenth-century knowledge system, this contribution comprehensively distinguishes between the term and the phenomenon that the term denotes. The aim of this functionalist approach informed by conceptual history is to examine the self-evidence of semantics in different societal contexts by drawing on early conceptual history. In so doing, it sheds light on differences and similarities of the present use of the term. The article concludes with some remarks on the current status and divergent relevance of the term in the political and the scientific fields.

**Sebastian Garbe, Solidarity Newly Interwoven: Decolonial Challenges of the Mapuche Movement for International Solidarity in the Twenty-First Century**

This article takes as a starting point the fact that political and social movements of the twenty-first century require a new understanding of (international) solidarity. This understanding is based on historical experiences of emancipatory internationalism and, at the same time, recognises the challenges of relations of difference within these solidarity movements. Building upon this diagnosis, the contribution sheds light on the possibilities and limits of international solidarity in the early twenty-first century against the backdrop of decolonial criticism and decolonial resistance. The example of decolonialisation efforts of the Mapuche serves as its empirical point of reference. I argue that, in the context of international solidarity with the Mapuche, different understandings of solidarity and different solidarity relations between the actors involved become newly interwoven with one another. The metaphor of weaving is inspired by practices of the Mapuche and emphasises both their agency and their cosmological and philosophical ideas of solidarity. Departing from this, this contribution critically discusses racialised (post-)colonial and gendered relations of difference within solidarity movements and suggests understandings of solidarity that are not derived from Eurocentric genealogies but influenced by indigenous cosmologies and epistemologies – in this case those of the Mapuche.



**Hermann-Josef Große Kracht, Social Fact, Key Value or Virtue? On the Conceptual History of Solidarity in the Nineteenth and Twentieth Centuries**

The notion of »solidarity« is one of the most important social philosophical guiding concepts of the present time. It has many different layers of meaning, serving largely as a moral term of virtue or a political base value. The fact that originally solidarity was a social scientific rather than a political and moral term often takes a back seat. »Solidarity« is a creation of the late European modern era, which emerged over the course of the nineteenth century, particularly in France. This contribution describes central stages of the conceptual history and the history of theory of the concept of »solidarity«. In so doing, it first concerns itself with the French February Revolution in 1848 and the sociology of solidarity by Auguste Comte and Émile Durkheim. It then focuses on the social philosophy of French solidarist thinkers such as Alfred Fouillée, Charles Gide and Léon Bourgeois. It finally examines the reception of the French concept of solidarity within Catholic solidarism and German Social Democracy of the twentieth century. The article concludes with the plea for more attention to the largely forgotten beginnings of French solidarism.

**Yoshihiro Iida, No Federal Principle in the Federal State. The Organisation of Social Insurances in Imperial Germany in the 1880s**

In the 1880s, Imperial Germany, founded as a federal state in 1871, introduced health insurance (1883), accident insurance (1884) as well as invalidity and retirement insurance (1889). During the conception stage of the social security system, the governments of the single states showed great interest in organisational issues, as Reich Chancellor Otto von Bismarck considered a nationwide solution and a rigid centralisation of the insurances. The Reich Chancellor's efforts to strengthen the Reich level in this policy area could potentially shift the precarious relation between Reich and single states in favour of the former. The single states were keen to maintain the federal principle regarding the new institutions. However, Imperial Germany's social security system was by no means organised exclusively based either on the single states or the Reich. In practice, it was shaped by local and regional references as well as non-territorial and professional forms of organisation. This contribution examines why the organisation of the 1880s social security system did not follow a federal concept, or rather why different organisational principles were chosen respectively. As Bismarck's involvement and efforts differed regarding the three insurances, the article examines every insurance branch separately.

**Jan Neubauer, A Solidary »People's Community«? Collegiality, Comradeship and »Shop Floor Community« in the »Third Reich«**

This contribution examines first how the Nazis attempted to recode the notion of »solidarity« and exploit it for their purposes. Second, it uses the analytical approach of solidarity understood as a distinct form of social relations to gain a better grasp of the social practice and dynamics of the »people's community« (*Volksgemeinschaft*). For this purpose, the article focuses on the »shop floor community« as a sub-form of the »people's community« and sheds light on grey areas of Nazi society that cannot be analysed

using the dichotomy of inclusion and exclusion by exploring the relationship between collegiality, comradeship and solidarity. This is the only way to explain the astonishing stability and destructive power of the Nazi dictatorship even during its last days. This particularly involves the investigation of possibilities of conformist and solidary behaviour. Implicitly, the contribution builds on current social scientific debates on »exclusive solidarity« within the »New Right«. Is »solidarity« a sustainable analytical tool to better understand *völkisch* and radical right-wing authority?

**Dominik Rigoll, Communist Politics of Solidarity in a democratic, nationalist and colonialist France, 1920–2010**

The example of the member of the French Communist Party Pierre Kaldor (1912–2010) is used in this article to probe into the conditions, forms and effects of Communist politics of solidarity in France and to analyse the breadth of their variation, across many decades, places and different political regimes. First, the article reconstructs, in a classic biographical approach, the reasons why Kaldor engaged in the politics of solidarity, and how his endeavours in this respect shaped his approach to being a Communist. Second, the changing practices and ideologies of Communist solidarity are investigated from Kaldor's perspective. Third, the repercussions of Kaldor's solidarism in democratic, nationalist and colonial France are traced. The aim of the article is to explore the contours of a transnational history of Communist solidarism and to encourage further research in this field. The findings of the article are not only of interest for research on Communism and Socialism, they are also relevant for the history of democracy, as Communist solidarism always conceived of itself as democratic, adjusted itself according to the societal conditions that democratic regimes within a capitalist economy provided, but also shaped these regimes. The development of Communist politics of solidarity in France thus also provides a mirror of the changing relations between democracy and Communism in this country. Finally, the contribution also relates to recent research on human rights and humanitarianism, as both were entwined in solidarism, before subsequently moving in different directions.

**Dominik Rigoll/Yves Müller, The Contemporary History of Nationalism. For a Historicisation of National Socialism and Right-wing Radicalism as Forms of Political Nationalism**

Political nationalism has only scarcely been researched as it developed into a fourth major political current throughout the twentieth century, alongside political liberalism, socialism and conservatism. This is because until recently it was assumed that nationalism as a successful political force had expired in (divided) Germany and in the so-called West from 1945. The article provides a sketch of the development of this political nationalism from the defeat in the battle of Stalingrad in 1943 to the beginning of the end of the de-nazification process in 1948. It argues that it is fruitful to situate political nationalism within an integrated history of radical nationalism rather than regard it as either »National Socialism« or »right-wing radicalism«. A focus on the years from 1943 to 1948 is apt because in this period the course for important developments was set – both by those on the right as well by their adversaries –, a course that has shaped political nationalism, at least to a certain extent, right up to the present. The article undertakes a re-

reading of key texts on the history of nationalism and of a sample of studies in contemporary history that discuss political nationalism without describing it as such but rather as the post-history of National Socialism. Special attention is paid to studies that chart political and societal responses to the political right in both German states post 1945.

**Christopher Seiberlich, »Conciliation at Home and Abroad«. The Rhetoric of Solidarity and New Designs in West German and Swedish Foreign Policy during the 1970s**

Governments of the left translated and applied »solidarity« in the context of foreign policy formulations and hence changed the presence and the substance of »solidarity« as a foundational formula of foreign policy. This article aims to historicise the notion of solidarity in the foreign policy of governments that were led by Social Democratic parties and analyses their new conceptions in this field. Using »solidarity« as a prism allows to focus on three important shifts in the foreign policies of governments of the left. First, it illuminates conceptions for international coexistence in a world that was conceived of as increasingly interdependent and as undergoing fundamental change. Second, it allows to chart how these governments sketched out their own role in the international community, thereby developing concepts such as peace and stability and extending them with additional social and economic dimensions. Third, it can be shown how traditional social democratic ideas were transferred and applied to the post-colonial world and how arguments that were based on morality were embedded in foreign policy. One example for this trend is the way in which Social Democracy and the socialist labour movement were conceptualised as a parallel to emancipatory movements in the global South.

**Paul Sprute, The Afterlife of Solidarity. Ideas and Practices of the »Solidarity Service International« in Reunited Germany**

The contribution is concerned with the history of the »Solidaritätsdienst International« (SODI, Solidarity Service International) as the successor organisation of the GDR Solidarity Committee from its foundation in 1990 until the mid-2000s. It firstly focuses on actual practices of solidarity under the changed circumstances of development cooperation in reunified Germany. It secondly discusses the ideas that the proponents of SODI associated with the continuation of solidarity. The first section of the article gives an overview of the organisation during the time of the GDR and during 1989. The contribution then explores the debate on donations between SODI and the Treuhandanstalt – the agency founded by the GDR prior to unification to privatise state-owned enterprises – as a turning point. The third section describes the continuation of humanitarian aid by SODI, which shifted towards Eastern Europe. At the same time, it established itself as a development organisation, demonstrated by example of Namibia. Moreover, the SODI became increasingly politically active, for instance in a campaign against landmines or in adopting ideas of globalisation critical movement. The contribution concludes by discussing the meaning of international solidarity, which, on different levels, served as a political and moral confirmation and as an activating factor at the same time. For instance, solidarity activists could regard themselves both as benefactors or as part of a global coalition of disadvantaged people.

**Stefan Wannenwetsch, A-solidaric Solidarity? Linguistic and Organisational Policies within the West German Trade Union Federation (DGB), 1945–1990**

For Eugen Loderer, chairman of the West German Confederation of Metalworkers (IG Metall) during the 1970s and early 1980s, »solidarity« was valued as the »highest imperative of trade union work«. Yet in many academic studies on the history of the trade union movement, solidarity often only features as a buzzword without any added analytical value. This discrepancy raises two questions: how can solidarity be transformed into a category for critical analysis? And what is the potential for critical insight that can be achieved by this transformation? However, the strong normative underpinnings of the concept of solidarity impede its use as an analytical category. Thus, this article defines solidarity as a catalyst for convergence, assuming that the aim of convergence needs a normative justification. Hence, the normative dimension is limited to the subject of the analysis (i. e. a specific trade union policy), and does not include the concept itself. This analytical approach is applied to the history of the West German Trade Union Federation (Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB). In this perspective, the policy of the DGB to convert both blue-collar workers and white-collar workers into the unified status of being employees (Arbeitnehmer) can be understood as a project of solidarity, as convergence was the aim. Yet from the beginning, the DGB paid much more attention to the deficits in regard to convergence on the side of white-collar workers. Henceforth, blue-collar workers were only ever conceptualised and addressed as employees, whereas white-collar workers gained a separate status in semantic categories and organisational policies of the DGB. During the 1960s, this led to a paradoxical a-solidaric solidarity: blue-collar workers encountered a refusal of the DGB to reduce their deficits in convergence, only to remove those of the white-collar workers. In the 1970s, however, the grassroots base of the trade unions that were represented by the DGB secured, against the resistance of the leadership, an equalisation of blue-collar workers in trade union organisation, manifesting tensions between solidarity and democracy in the trade unions. In the mid-1980s, a considerable rift in the trade union project of solidarity became apparent. White-collar workers were released from the postulate of convergence, and blue-collar workers were blamed for the low degree of trade union membership among white-collar workers. Using solidarity as a concept for critical analysis can, the article demonstrates, facilitate crucial insights: it shows that a-solidaric policies were a legitimate option in trade union work; it opens up a distanced gaze at the relations between blue-collar workers, white-collar workers and the trade union leadership; it reveals the inherent power structures within projects of solidarity; and it increases the analytical sensitivity for the tensions and frictions between solidarity and democracy.

**Stefan Weispfennig, Political Consumerism and Solidarity. Contours and Contexts of a Key Category in the Late Twentieth Century**

Politics and consumption are already deeply connected in social science that analyses contemporary society, specifically from the perspective of consumerism. The article follows on from this connection in a historical approach, focusing on groups in civil society which have shaped the understanding and use of solidarity as a key term of a

consumerism that focuses on developmental and environmental issues. Within a short period around 1990, it is argued, the normative-ethical dimension of solidarity in a politicised consumerism was replaced by a more sociological-descriptive understanding of solidarity. To demonstrate this point, groups of actors that were primarily engaged in developmental politics and their understanding of solidarity in the context of political consumerism are highlighted. Within these groups, changes in the international political and societal context – widely received by these groups – were relevant for the shift in understanding solidarity. As a consequence, the normative and ethical dimension of solidarity became an intellectual notion with many contours, but also a rather low profile. Instead, a sociological and rather descriptive way of observing the market for consumer products became increasingly important from the early 1990s, also because the trade in products with ecological and social responsibility credentials had already become more driven by market imperatives and competitiveness.

## Résumés

**Stefanie Börner, Dynamiques de solidarité. Pratiques de la solidarité dans les caisses d'assurance maladie publiques et des organisations qui les ont précédées.**

L'article étudie la mutation des pratiques de solidarité au sein des caisses d'assurance maladie et des organisations qui les ont précédées. Cette mutation est décrite comme le passage d'une solidarité entre amis à une solidarité entre étrangers. Tandis que sur le plan des outils, les pratiques solidaires de redistribution sont restées au fond les mêmes, on observe, avec l'augmentation de la taille des organisations, un besoin accru de professionnalisation et, corrélativement, une mutation non seulement des pratiques solidaires, mais aussi de l'horizon de solidarité. L'étude contrastive de ces pratiques montre que les débats portant sur la répartition, qui se sont tout d'abord déroulés au sein des caisses, se sont progressivement déplacés sur la scène politique, tandis que les points de conflits sont passés de questions d'appartenance (dimension horizontale) à des questions de redistribution (dimension verticale). C'est ainsi que la solidarité menée aux fins de l'assurance sociale devient de plus en plus l'objet de l'action publique. Les pratiques de solidarité historiques se différencient en outre des pratiques modernes par l'accent plus fortement mis sur la communauté, cette dernière ayant été établie par un langage affectif, des symboliques et des rituels. Au niveau théorique, l'analyse repose sur une appréhension dynamique de la solidarité, telle qu'elle a été proposée par Émile Durkheim et développée ensuite entre autres par Hauke Brunkhorst. L'analyse a recours à des sources primaires, telles que les règlements internes des caisses, des publications internes et des comptes rendus des assemblées des membres des caisses d'assurance ainsi que des projets de lois et des débats parlementaires.

**Sophia Dafinger, Assistance, bienfaisance, solidarité. L'Œuvre de secours aux enfants (OSE) et le secours d'enfants fuyant le «Troisième Reich».**

A partir de l'exemple de l'activité de l'organisation juive «Œuvre de secours aux enfants» (OSE) dans la France des années 1930 et 1940, l'article attire l'attention sur les interfaces entre assistance, bienfaisance et solidarité et plaide en faveur d'un débat autour du concept de solidarité qui prenne en compte d'une manière plus nuancée des paramètres relevant de l'histoire du genre. En partant d'une conception de la solidarité entendue comme pratique sociale, la notion de solidarité est affinée pour analyser des formes de lien social jusqu'alors négligées ou marginalisées. Cela permet de montrer que les pratiques caritatives de la solidarité ont en particulier offert aux femmes impliquées de nouvelles possibilités de participation à la vie politique. En effet, le quotidien partagé avec des enfants et des adolescents et le souhait de ne pas uniquement atténuer les souffrances sur le long terme, mais aussi de maintenir en place des alternatives aux ordres sociaux fascistes ont déclenché un processus de solidarisation, en partie conscient, en partie implicite, parmi celles qui, en tant que membres d'un réseau



transnational, ont investi, sans considération de l'origine, de la religion et du sexe, du temps et de l'énergie dans des pratiques de solidarité. L'article s'interroge sur les motivations et les formes concrètes de la solidarité, mais aussi sur ses écueils.

**Marc Drobot, L'imprécision en tant que fonction. Remarques relevant de l'histoire conceptuelle portant sur la genèse et le présent du concept de solidarité.**

L'intérêt actuel dont jouissent la solidarité et son concept ressemble au discours sur la solidarité qui a eu cours en France durant le XIXe siècle. Dans ce contexte également, la conjoncture du concept nouvellement inventé de « solidarité » coïncida directement avec les multiples expériences de crise, ces dernières ne pouvant presque plus être conceptualisées au moyen des anciens réseaux sémantiques marqués par le droit naturel, qui oscillaient entre dépendance et indépendance.

La plausibilité auto-évidentielle que la formule de contingence catalytique de « solidarité » mit à la disposition des divers discours sociétaux du XIXe siècle n'est cependant quasiment plus existante au XXIe siècle. Une différence fondamentale entre le XIXe siècle et le début du XXe siècle réside dans le fait que le concept de « solidarité » n'était au départ qu'une sémantique transitoire permettant de représenter des transformations sociales importantes et l'écart grandissant entre champ d'expérience et horizon d'attente. Dans le but d'appréhender l'histoire de la fonctionnalité du concept de solidarité par rapport à ses effets en tant que catalyseur au sein du système de connaissances du XIXe siècle, l'article distingue radicalement entre le concept et les phénomènes qu'il sert à désigner. L'objectif de cette approche fonctionnaliste et relevant de l'histoire des concepts consiste à mettre au jour, par le biais de la présentation des débuts de l'histoire du concept, l'auto-évidence de la sémantique dans différents domaines sociétaux, afin de faire apparaître des différences, mais aussi des similitudes avec l'utilisation actuelle du concept. L'article se termine par quelques remarques à propos du statut actuel du concept et sa pertinence différente dans les champs politique et scientifique.

**Sebastian Garbe, Tisser la solidarité d'une nouvelle manière. Les défis décoloniaux du mouvement mapuche pour la solidarité internationale au XXIe siècle.**

L'article suivant part du principe que les mouvements politiques et sociaux du XXIe siècle requièrent de nouvelles façons de concevoir la solidarité (internationale). Ces nouvelles conceptions prennent appui sur des expériences historiques d'un internationalisme émancipateur et considèrent également le défi posé par les relations différentielles au sein de ces solidarisations. À partir de ce diagnostic, l'article éclaire, à l'aide d'un cas concret, les possibilités et les limites de la solidarité internationale au début du XXIe siècle avec, en arrière-plan, la critique et la résistance décoloniales. La tentative de décolonisation des Mapuches constitue le cadre de référence empirique du présent article. Ma thèse principale est la suivante : dans le contexte de la solidarisation internationale avec les Mapuches sont tissées de nouvelles façons d'appréhender la solidarité et de nouvelles relations de solidarité parmi les personnes impliquées. La métaphore du tissage s'inspire des pratiques des Mapuches et met l'accent tant sur leur pouvoir d'action que sur leurs représentations cosmologiques et philosophiques

de la solidarité. A partir de cela, l'article débat d'une part de façon critique de la question des relations de différences racialisées, (post-)coloniales et genrées au sein des solidarités, et propose d'autre part des conceptualisations de la solidarité qui ne soient pas issues de généalogies eurocentrées, mais qui sont influencées par des cosmologies et épistémologies indigènes, dans ce cas, par celle des Mapuches.

**Hermann-Josef Große Kracht, Le fait social, valeur fondamentale ou vertu ? A propos de l'histoire du concept de solidarité aux XIXe et XXe siècles.**

La notion de solidarité fait partie des principaux concepts de la philosophie sociale de l'époque actuelle. Il englobe aujourd'hui de nombreuses strates de signification différentes, mais la plupart du temps, il fait office de concept de vertu morale ou de valeur politique fondamentale. Le fait que la solidarité ne soit à l'origine pas un concept politico-moral, mais avant tout un concept relevant des sciences sociales passe très souvent au second plan. Le discours portant sur la solidarité apparaît tardivement dans la modernité européenne. Il se développa au départ surtout en France au cours du XIXe siècle. L'article retrace quelques étapes importantes dans l'histoire conceptuelle et théorique de la solidarité. Ce faisant, il se consacre tout d'abord à la Révolution de février 1848 et à la sociologie de la solidarité chez Auguste Comte et Émile Durkheim. Une attention particulière est ensuite portée à la philosophie sociale du solidarisme français des Alfred Fouillée, Charles Gide et Léon Bourgeois. Enfin, nous abordons la réception du concept de solidarité dans le solidarisme catholique d'une part, et dans la social-démocratie allemande du XXe siècle, d'autre part. En conclusion, nous appelons à consacrer plus d'attention aux initiatives aujourd'hui largement oubliées du solidarisme français.

**Yoshihiro Iida, Absence du fédéralisme au sein de l'État fédéral. L'organisation de la sécurité sociale dans l'Empire allemand durant les années 1880.**

L'Empire allemand, fondé en 1871 en tant qu'État fédéral, introduisit dans les années 1880 l'assurance-maladie (1883), l'assurance-accident (1884), ainsi que l'assurance vieillesse et invalidité (1889). Les gouvernements des différents États de l'Empire s'étaient fortement intéressés aux questions organisationnelles lors de la conception du système d'assurance sociale car le chancelier de l'Empire, Otto von Bismarck, envisageait une organisation unifiée au niveau de l'Empire et la centralisation rigoureuse du système d'assurance. L'idée du chancelier, qui consistait en une revalorisation de l'Empire dans ce domaine politique, était susceptible de déplacer la relation fragile entre les États de l'Empire d'une part et l'État fédéral dans son ensemble de l'autre, au profit de ce dernier. Pour les États, il s'agissait de conserver le fédéralisme dans les nouvelles institutions. Cependant, l'assurance sociale au sein de l'Empire n'était aucunement organisée au niveau de chacun des États ou au niveau « fédéral ». En pratique, elle était marquée par des liens locaux ou régionaux, ainsi que par des formes d'organisation non territoriales, professionnelles et corporatives. Le présent article pose la question de savoir pourquoi l'organisation de l'assurance sociale dans les années 1880 n'a pas été constituée selon un principe d'organisation fédérale et de quelle manière et pourquoi un autre principe d'organisation fut à chaque fois adopté.

Comme l'édification des trois branches de l'assurance sociale et l'engagement de Bismarck en faveur des assurances respectives différaient, nous analysons cette question de manière séparée pour chacune des branches d'assurance.

**Jan Neubauer, Une Volksgemeinschaft solidaire ? Collégialité, camaraderie et « communauté d'entreprise » dans le « Troisième Reich ».**

L'article étudie d'une part la façon dont les nationaux-socialistes tentèrent de réinvestir le concept de « solidarité » afin de l'utiliser pour leurs propres fins. D'autre part, il pose la question de savoir comment une approche analytique par le biais de la solidarité en tant que forme particulière des relations sociales permet de mieux appréhender la pratique sociale et les dynamiques de la Volksgemeinschaft (« communauté raciale du peuple »). L'article se penche ici sur la « communauté d'entreprise » en tant que sous-forme de la Volksgemeinschaft et analyse la question de savoir comment la relation entre collégialité, camaraderie et solidarité permet d'éclairer les zones d'ombre de la société nazie, zones qui ne se laissent pas réduire à une simple dichotomie entre inclusion et exclusion, car ce n'est qu'ainsi que l'on peut expliquer l'étonnante stabilité et le pouvoir de destruction de la dictature nazie jusqu'à ses derniers jours. Dans cette perspective, il faut s'interroger précisément sur les possibilités d'un comportement solidaire conforme au système. Le texte se réfère ici de manière explicite aux débats actuels en sciences sociales qui portent sur la « solidarité exclusive » dans la « Nouvelle Droite ». Dans quelle mesure la « solidarité » sert-elle de clé d'analyse pour mieux comprendre un pouvoir d'extrême-droite *völkisch* ?

**Dominik Rigoll, La politique de solidarité communiste dans la France démocratique, nationaliste et coloniale (1920–2010).**

Pierre Kaldor (1912–2010), membre du PCF, sert dans cet article de sonde pour analyser les conditions, formes et effets de la politique de solidarité communiste en France dans toute sa diversité – et ce à travers de nombreuses décennies, de nombreux lieux et clivages de systèmes politiques. Dans un premier temps, nous procédons de manière classique en reconstruisant la biographie de Kaldor et en montrant pourquoi il s'est engagé dans la politique de solidarité et combien cette activité marqua son identité communiste. Dans un deuxième temps, l'article étudie, en se plaçant dans la perspective de Kaldor, les mutations des pratiques et des idéologies du solidarisme communiste. Dans un troisième temps, il se penche sur les traces laissées par le solidarisme dans la France démocratique, nationaliste et coloniale. L'objectif de cette contribution est d'explorer une histoire transnationale du solidarisme communiste et de donner l'impulsion à d'autres recherches. L'intérêt des résultats ne se limite pas uniquement aux recherches sur le communisme et le socialisme. Ils sont également pertinents pour l'histoire de la démocratie car le solidarisme communiste s'est toujours conçu lui-même comme étant démocratique, il s'est toujours adapté aux conditions sociales dans lesquelles il était inséré au sein des démocraties de type capitaliste et il les a influencées dans le même temps. L'évolution de la politique de solidarité communiste en France reflète par conséquent également la mutation de la relation entre démocratie et communisme dans ce pays. L'article s'inscrit enfin dans la lignée des nouvelles

recherches menées sur les droits de l'homme et l'humanitarisme car ces deux domaines étaient au départ liés dans le solidarisme, mais se séparèrent ensuite.

**Dominik Rigoll/Yves Müller, L'histoire contemporaine du nationalisme. Pour une historiographie du national-socialisme et du radicalisme de droite en tant que nationalismes politiques.**

Le nationalisme politique au XX<sup>e</sup> siècle, qui se développa comme quatrième courant politique majeur aux côtés du libéralisme politique, du socialisme et du conservatisme, n'a été que peu étudié en tant que tel car l'on parlait jusqu'à récemment de l'idée que le nationalisme n'avait plus aucun succès en tant que force politique dans l'Allemagne (divisée) et dans ce qu'on appelle les pays de l'Ouest depuis 1945. Notre contribution retrace la manière dont ce nationalisme politique évolua en Allemagne entre la défaite de Stalingrad en 1943 et le début de la dénazification autour de 1948 et pourquoi cela vaut la peine de ne plus l'historiciser soit en tant que « national-socialisme », soit en tant que « radicalisme de droite », mais de l'appréhender dans le cadre d'une histoire intégrée. La période se prête à l'analyse car des jalons y ont été posés, et ce par les membres de la droite tout comme par leurs adversaires, jalons qui influencent en partie le nationalisme politique jusqu'à aujourd'hui. L'article entreprend une relecture des textes-clés de l'histoire du nationalisme ainsi que d'une sélection d'études contemporaines parues à propos du nationalisme politique contemporain, mais qui n'analysent pas leur objet en tant que tel, mais le décrivent comme un épilogue du nazisme. Une attention particulière a également été portée aux travaux qui analysent la façon dont ont été traités les membres de la droite dans les deux Allemagnes au niveau politique ou social.

**Christopher Seiberlich, « Équilibre à la maison et à l'extérieur ». La rhétorique de la solidarité et la nouvelle conception de la politique étrangère en Allemagne de l'Ouest et en Suède durant les années 1970.**

Depuis les années 1960, Les gouvernements de gauche ont transposé la solidarité dans les argumentations en matière de politique d'étrangère et ont ainsi modifié la présence et la teneur de la « solidarité » en tant que formule de justification de la politique étrangère. Cet article historicise le concept de solidarité dans la politique étrangère menée par des gouvernements dirigés par des sociaux-démocrates et analysent leurs nouvelles conceptions en matière de politique étrangère. La focalisation sur la « solidarité » fait apparaître trois déplacements d'importance dans la politique étrangère menée par des gouvernements de gauche. Tout d'abord, cela permet de mettre au jour les concepts élaborés pour une coexistence internationale dans un monde compris comme étant interdépendant et pris dans un processus de mutation fondamentale. Deuxièmement, on peut ainsi comprendre comment les gouvernements concurent leur rôle dans la communauté internationale en développant des concepts de paix et de stabilité, complétés ensuite par des dimensions sociales et économiques. Troisièmement, cela permet de montrer comment des représentations social-démocrates traditionnelles furent transférées dans le monde postcolonial et comment des arguments fondés moralement furent intégrés à la politique étrangère. Cela vaut par exemple pour la

mise en parallèle de la social-démocratie ou du mouvement ouvrier avec les mouvements d'émancipation dans les pays en développement.

**Paul Sprute, Postérité de la solidarité. Idées et pratiques du « Solidaritätsdienst International » (SODI) dans l'Allemagne réunifiée.**

L'article traite de l'histoire du « Service allemand de solidarité internationale » (SODI), organisation qui succéda au Comité de solidarité de RDA, et ce depuis la fondation de l'organisation en 1990 jusqu'au milieu des années 2000. D'une part, il se penche sur les pratiques concrètes de solidarité dans le nouveau contexte de la coopération pour le développement dans l'Allemagne réunifiée. D'autre part, il débat des idées que celles et ceux qui soutenaient le Service de solidarité internationale associaient à la poursuite de la solidarité. L'article reconstitue tout d'abord le contexte de l'organisation dans le cadre de la solidarité en RDA et durant l'année qui a suivi la chute du Mur. Ensuite, il se focalise sur la polémique portant sur les dons entre le Service de solidarité internationale et la *Treuhand* et la présente comme un tournant. En outre, l'article montre comment le Service de solidarité internationale a poursuivi ses activités dans l'aide humanitaire, mais en les déplaçant vers l'Europe de l'Est. Dans le même temps, il s'établit en tant qu'organisation pour le développement, comme le montre l'exemple de son engagement en Namibie. En outre, le Service de solidarité internationale renforça à nouveau son action politique à partir du milieu des années 1990, en témoignant une campagne contre les mines antipersonnelles ou le ralliement au mouvement de critique envers la mondialisation. L'article se termine avec une discussion portant sur la signification de la solidarité internationale, cette dernière pouvant agir politiquement et moralement à différents niveaux comme une réassurance, mais aussi un élément d'activation. Les partisans et partisanes pouvaient à travers la solidarité d'un côté se considérer comme des bienfaitrices et bienfaiteurs, mais aussi comme faisant partie d'une coalition mondiale de défavorisés.

**Stefan Wannenwetsch, Une solidarité non-solidaire ? Politique linguistique et organisationnelle au sein de la Confédération allemande des syndicats (DGB).**

La « solidarité » était pour Eugen Loderer, ancien président du syndicat IG Metall, le « principal impératif du travail syndicaliste ». Dans des études portant sur l'histoire des syndicats, la solidarité apparaît cependant souvent comme un simple mot-clé, sans valeur ajoutée sur le plan de l'analyse. Cet écart conduit à deux questions : Comme le concept de solidarité peut-il être transformé pour devenir un concept analytique à la portée critique ? Et quel potentiel épistémologique réside dans ce concept ? La forte charge normative du concept entrave son emploi en tant que concept analytique. C'est pourquoi nous définissons dans ce qui suit la solidarité comme un catalyseur de convergence, le but de la convergence devant être justifié de manière normative. Cela limite la dimension normative à l'objet analysé. Si on l'applique à l'histoire de la Confédération allemande des syndicats, on peut comprendre comme un projet de solidarité son objectif de rassembler ouvriers et employés dans un statut uniforme de salariés. Dès le départ, la Confédération allemande des syndicats a cependant accordé davantage d'attention à la diminution des déficits de convergence des employés. Tan-

dis que l'on ne s'adressa plus aux ouvriers que comme à des salariés, les employés obtinrent un statut à part sur le plan de la politique linguistique et organisationnelle. Dans les années 1960, cela conduisit cependant à une solidarité non-solidaire : on refusa la diminution des déficits de convergence aux ouvriers pour faire disparaître ceux des employés. Durant les années 1970, la base imposa, contre la volonté des dirigeants, que les ouvriers soient assimilés aux employés au niveau organisationnel. A cette occasion se manifesta le rapport de tension entre les principes de solidarité et de démocratie. Au milieu des années 1980, le projet de solidarité syndical se fissura ostensiblement. Les employés furent affranchis du postulat de convergence tandis que les ouvriers furent tenus responsables du faible degré de syndicalisation des employés. Envisager la solidarité comme concept d'analyse critique ouvre plusieurs perspectives, comme le montre notre article : un tel concept montre qu'un comportement non-solidaire est une option légitime, il ouvre une perspective de distanciation à l'égard de la relation entre ouvriers, employés et dirigeants de syndicats, met au jour la structure de pouvoir inhérente aux projets de solidarité et sensibilise aux points de friction entre solidarité et démocratie.

**Stefan Weispfennig, Consommation politique et solidarité. Contours et contextes d'un concept-clé à la fin du XXe siècle.**

Politique et consommation sont déjà intimement liées dans les sciences sociales actuelles dans une perspective relevant des sciences de la consommation. L'article s'inscrit dans cette continuité historique en se penchant sur les groupes de la société civile qui influencèrent la conception de la solidarité en tant que concept-clé pour des questions portant sur la consommation au niveau de la politique de développement et de l'environnement. L'article défend la thèse suivante : en l'espace de quelques années autour de 1990, la dimension normative et éthique de la solidarité a été remplacée par une conception plus fortement sociologico-descriptive. Pour illustrer cela, ce sont surtout des groupes d'acteurs engagés dans la politique de développement et la façon dont ils esquissent les contours du concept de solidarité dans la consommation politique qui sont placés au premier plan. Ce processus était notamment fondé sur des mutations du contexte international au niveau de l'histoire politique et sociale, mutations que les groupes se sont largement appropriés. A la suite de ces mutations, la dimension normative et éthique de la solidarité est devenue un modèle de pensée aux contours riches, mais dont l'influence était la plupart du temps faible. C'est également en raison de tendances à l'économisation déjà présentes dans le commerce avec des labels sociaux et environnementaux que l'observation du marché du point de vue sociologico-descriptif a pris une importance accrue depuis le début des années 1990.

## Rezensierte Bücher

Rezensierte Bücher in Forschungsberichten dieser Ausgabe sowie Online-Rezensionen des Zeitraums Oktober 2019 bis September 2020, die unter URL: <<https://www.fes.de/afs/rezensionen>> abgerufen werden können:

- Aldenhoff-Hübinger, Rita, in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards/Sybille Oßwald-Bargende (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. II/2: Briefe 1887–1894
- Aldenhoff-Hübinger, Rita, in Zusammenarbeit mit Uta Hinz (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. II/3: Briefe 1895–1902
- Aldenhoff-Hübinger, Rita/Edith Hanke (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. II/11: Briefe. Nachträge und Gesamtregister
- Aly, Götz, Volk ohne Mitte. Die Deutschen zwischen Freiheitsangst und Kollektivismus
- Axster, Felix/Nikolas Lelle (Hrsg.), »Deutsche Arbeit«. Kritische Perspektiven auf ein ideologisches Selbstbild
- Bantman, Constance/Bert Altena (Hrsg.), Reassessing the Transnational Turn. Scales of Analysis in Anarchist and Syndicalist Studies
- Bavaj, Riccardo, Der Nationalsozialismus. Entstehung, Aufstieg und Herrschaft
- Beck, Hermann/Larry Eugene Jones (Hrsg.), From Weimar to Hitler. Studies in the Dissolution of the Weimar Republic and the Establishment of the Third Reich, 1932–1934
- Becker-Schaum, Christoph/Philipp Gassert/Martin Klimke (Hrsg.), The Nuclear Crisis. The Arms Race, Cold War Anxiety, and the German Peace Movement of the 1980s
- Benz, Wolfgang, Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler
- Berry, David/Constance Bantman (Hrsg.), New Perspectives on Anarchism, Labour and Syndicalism. The Individual, the National and the Transnational
- Beule, Peter, Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren
- Biederbeck, André, Das Dortmunder Arbeitermilieu 1890–1914. Zur Bedeutung von Räumen und Orten für die Konstituierung einer sozialistischen Identität
- Blaschke, Anette, Zwischen »Dorfgemeinschaft« und »Volksgemeinschaft«. Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus
- Bloch, Max (Hrsg.), Albert Südekum. Genosse, Bürger, Patriarch. Briefe an seine Familie 1909–1932
- Borchardt, Knut/Edith Hanke/Wolfgang Schluchter (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. I/23: Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet. 1919–1920
- Buchstein, Hubertus/Henning Hochstein (Hrsg.), Otto Kirchheimer – Gesammelte Schriften, Bd. 2: Faschismus, Demokratie und Kapitalismus
- Buschak, Willy (Hrsg.), Solidarität im Wandel der Zeiten. 150 Jahre Gewerkschaften
- Deppisch, Sven, Täter auf der Schulbank. Die Offiziersausbildung der Ordnungspolizei und der Holocaust



- Eitel, Florian, *Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz. Eine mikrohistorische Globalgeschichte zu den Anfängen der anarchistischen Bewegung im 19. Jahrhundert*
- Flachowsky, Sören/Rüdiger Hachtmann/Florian Schmaltz (Hrsg.), *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*
- Föllmer, Moritz, *»Ein Leben wie im Traum«. Kultur im Dritten Reich*
- Fremuth, Michael Lysander, *Menschenrechte. Grundlagen und Dokumente*
- Gabriel, Elun T., *Assassins and Conspirators. Anarchism, Socialism, and Political Culture in Imperial Germany*
- Galzerano, Giuseppe, Paolo Lega. *Vita, viaggio, processo, »complotto« e morte dell'anarchico romagnolo che attentò alla vita del primo ministro Francesco Crispi*
- Gephart, Werner/Siegfried Hermes (Hrsg.), *Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. I/22-3: Wirtschaft und Gesellschaft. Die wirtschaftlichen Ordnungen und die gesellschaftlichen Mächte. Nachlaß, Teilbd. 3: Recht*
- Ghosh, Peter, *Max Weber and The Protestant Ethic. Twin Histories*
- Ghosh, Peter, *Max Weber in Context. Essays in the History of German Ideas c. 1870–1930*
- Giulietti, Fabrizio, *L'anarchismo in Italia. 1945–1960*
- Gloy, Thomas, *Im Dienst der Gemeinschaft. Zur Ordnung der Moral in der Hitler-Jugend*
- Gotto, Bernhard, *Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre*
- Graham, Robert (Hrsg.), *Anarchism. A Documentary History of Libertarian Ideas*, 3 Bde.
- Grothe, Ewald/Arthur Schlegelmilch (Hrsg.), *Constitutional Moments. Erträge des Symposions des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften, des Instituts für Geschichte und Biographie und des Archivs des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 13. und 14. April 2018 an der FernUniversität in Hagen*
- Hanke, Edith/Christoph Morlok (Bearb.), *Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. I/25: Wirtschaft und Gesellschaft. Gesamtregister*
- Härter, Karl/Beatrice de Graaf (Hrsg.), *Vom Majestätsverbrechen zum Terrorismus. Politische Kriminalität, Recht, Justiz und Polizei zwischen Früher Neuzeit und 20. Jahrhundert*
- Heilmann, Martin, in Zusammenarbeit mit Cornelia Meyer-Stoll (Hrsg.), *Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. III/3: Finanzwissenschaft. Vorlesungen 1894–1897*
- Hirsch, Steven/Lucien van der Walt (Hrsg.), *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940. The Praxis of National Liberation, Internationalism, and Social Revolution*
- Hübinger, Gangolf, in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards/Uta Hinz (Hrsg.), *Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. II/1: Briefe 1875–1886*
- Hübinger, Gangolf/M. Rainer Lepsius in Zusammenarbeit mit Thomas Gerhards/Sybille Oßwald-Bargende (Hrsg.), *Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. II/4: Briefe 1903–1905*
- Irlinger, Mathias, *Die Versorgung der »Hauptstadt der Bewegung«. Infrastrukturen und Stadtgesellschaft im nationalsozialistischen München*

- Janssen, Hauke, in Zusammenarbeit mit Cornelia Meyer-Stoll/Ulrich Rummel (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. III/2: Praktische Nationalökonomie. Vorlesungen 1895–1899
- Jun, Nathan J. (Hrsg.), Brill's Companion to Anarchism and Philosophy
- Kain, Robert, Otto Weidt. Anarchist und »Gerechter unter den Völkern«
- Kämper, Heidrun/Britt-Marie Schuster (Hrsg.), Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus
- Kellermann, Philippe (Hrsg.), Die Propaganda der Tat. Standpunkte und Debatten (1877–1929)
- Keßler, Mario, Westemigranten. Deutsche Kommunisten zwischen USA-Exil und DDR
- Kinna, Ruth (Hrsg.), The Bloomsbury Companion to Anarchism
- Kinna, Ruth (Hrsg.), The Continuum Companion to Anarchism
- Klammer, Kristoffer, »Wirtschaftskrisen«. Effekt und Faktor politischer Kommunikation. Deutschland 1929–1976
- Kohlrausch, Martin, Brokers of Modernity. East Central Europe and the Rise of Modernist Architects, 1910–1950
- Krumeich, Gerd/M. Rainer Lepsius in Zusammenarbeit mit Uta Hinz/Sybill Oßwald-Bargende/Manfred Schön (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. II/10: Briefe 1918–1920
- Kühnis, Nino, Anarchisten! Von Vorläufern und Erleuchteten, von Ungeziefer und Läusen. Zur kollektiven Identität einer radikalen Gemeinschaft in der Schweiz, 1885–1914
- Lahusen, Benjamin, Klassenjustiz und Heimatfront, in: Norbert Frei (Hrsg.), Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?
- Latzel, Klaus/Elissa Mailänder/Franka Maubach (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und »Volksgemeinschaft«
- Lehnert, Detlef (Hrsg.), Verfassungsdenker. Deutschland und Österreich 1870–1970
- Lepsius, M. Rainer/Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Heide-Marie Lauterer/Anne Munding (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. I/13: Hochschulwesen und Wissenschaftspolitik. Schriften und Reden 1895–1920
- Levy, Carl/Matthew Adams (Hrsg.), The Palgrave Handbook of Anarchism
- Limbach, Manuel, Bürger gegen Hitler. Vorgeschichte, Aufbau und Wirken des bayrischen »Sperr-Kreises«
- Lohse, Ina, Die »Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft« im Deutschen Reich 1871–1918. 3.340 Rezensionenbeiträge der deutschen Jurisprudenz zwischen Konstitutionalismus und Parlamentarismus
- López, Ángel Herrérin, Anarquía, dinamita y revolución social. Violencia y represión en la España de entre siglos (1868–1909)
- Luchterhand, Elmer, Einsame Wölfe und stabile Paare. Verhalten und Sozialordnung in den Häftlingsgesellschaften nationalsozialistischer Konzentrationslager, hrsg. v. Andreas Kranebitter/Christian Fleck
- Manfredonia, Gaetano, Libres! Toujours. Anthologie de la chanson et de la Poésie anarchistes du XIXe Siècle
- Marx, Henry, Die Verwaltung des Ausnahmezustands. Wissensgenerierung und Arbeitskräfteelenkung im Nationalsozialismus
- Mathis, Klaus/Luca Langensand (Hrsg.), Anarchie als herrschaftslose Ordnung?
- Max Weber Stiftung (Hrsg.), Max Weber in der Welt. Rezeption und Wirkung

- Meier, Marietta/Mario König/Magaly Tornay, Testfall Münsterlingen. Klinische Versuche in der Psychiatrie, 1940–1980
- Mielke, Siegfried/Stefan Heinz, Alwin Brandes (1866–1949). Oppositioneller – Reformier – Widerstandskämpfer
- Müller, Hans-Peter/Steffen Sigmund (Hrsg.), Max Weber-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung
- Müller, Philipp, Zeit der Unterhändler. Koordinierter Kapitalismus in Deutschland und Frankreich zwischen 1920 und 1950
- Rabe, Paul-Moritz, Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München
- Roitsch, Bianca, Mehr als nur Zaungäste. Akteure im Umfeld der Lager Bergen-Belsen, Esterwegen und Moringen 1933–1960
- Sandvoß, Hans-Rainer, Mehr als eine Provinz! Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933–1945 in der preußischen Provinz Brandenburg
- Schanetzky, Tim, »Kanonen statt Butter«. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich
- Schluchter, Wolfgang, in Zusammenarbeit mit Joachim Schröder (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. III/6: Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Mit- und Nachschriften 1919–1920
- Schluchter, Wolfgang, in Zusammenarbeit mit Ursula Bube (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. I/18: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus. Schriften 1904–1920
- Schluchter, Wolfgang, in Zusammenarbeit mit Ursula Bube (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. I/9: Asketischer Protestantismus und Kapitalismus. Schriften und Reden 1904–1911
- Schmidt, Daniel (Hrsg.), Gelsenkirchen im Nationalsozialismus. Katalog zur Dauerausstellung
- Schmiechen-Ackermann, Detlef/Marlis Buchholz/Bianca Roitsch u.a. (Hrsg.), Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte
- Schoenmakers, Christine, »Die Belange der Volksgemeinschaft erfordern ...«. Rechtspraxis und Selbstverständnis von Bremer Juristen im »Dritten Reich«
- Steuwer, Janosch, »Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse«. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933–1939
- Stoltzfus, Nathan/Birgit Maier-Katkin (Hrsg.), Protest in Hitler's »National Community«. Popular Unrest and the Nazi Response
- Süß, Dietmar, »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich
- Szöllösi-Janze, Margit (Hrsg.), München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der »Hauptstadt der Bewegung«
- Trawny, Sandra, Die »Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft« und ihre Vorgängerinnen zwischen Staatenbund und Nationalstaat 1853–1870
- Trocini, Frederico (Hrsg.), Robert Michels e la Prima Guerra Mondiale. Lettere e documenti (1913–1921)
- Tyrell, Hartmann, »Religion« in der Soziologie Max Webers

- Wagner, Gerhard, in Zusammenarbeit mit Claudius Härpfer/Tom Kaden u. a. (Hrsg.), Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. I/7: Zur Logik und Methodik der Sozialwissenschaften. Schriften 1900–1907
- Wagner, Gerhard/Claudius Härpfer (Hrsg.), Max Webers vergessene Zeitgenossen. Beiträge zur Genese der Wissenschaftslehre
- Wegener, Tim, Die Bevölkerung hat vollstes Vertrauen zum Führer ... Lage- und Stimmungsberichte aus dem Landkreis Celle 1933–1945, hrsg. v. Museumsverein Celle e. V. und vom Landkreis Celle
- Wildt, Michael, Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte
- Wildt, Michael, Volk, Volksgemeinschaft, AfD



## Die Autorinnen und Autoren des Bandes

**Stefanie Börner**, geb. 1980; Jun.-Prof. Dr.; Studium der Soziologie in Leipzig und Valencia, seit 2018 Juniorprofessorin für die Soziologie europäischer Gesellschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Zuvor wissenschaftliche Mitarbeiterin u. a. an der Friedrich-Schiller-Universität Jena am Lehrstuhl für Soziologische Theorie von Hartmut Rosa. Zwischen 2007 und 2012 Stipendiatin an der »Bremen International Graduate School of Social Sciences« (BIGSSS), wo sie 2012 zum Thema Nationalisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland und dem Vereinigten Königreich promovierte. Lehrtätigkeiten in Berlin, Bremen, Jena, Leipzig, Magdeburg und Moskau. Veröffentlichungen u. a.: mit Ulf Bohmann/Diana Lindner/Jörg Oberthür (Hrsg.), *Praktiken der Selbstbestimmung*, Wiesbaden 2017; mit Monika Eig Müller (Hrsg.), *European Integration, Processes of Change and the National Experience*, Basingstoke 2015; *Belonging, Solidarity and Expansion in Social Policy*, Basingstoke 2013. Aufsätze u. a. in *Zeitschrift für Sozialreform*, *European Union Politics*, *British Journal of Sociology* und *Journal of European Social Policy*.

**Sophia Dafinger**, geb. 1987; Dr.; seit 2019 Akademische Rätin (auf Zeit) am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg. Zuvor Studium der Neueren deutschen Literaturwissenschaft, der Neueren und Neuesten Geschichte sowie der Politischen Wissenschaften in München und Paris; 2012–2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena; 2013–2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Augsburg; 2018–2019 Postdoktorandin im BMBF-Projekt »Praktiken der Solidarität. Strukturen und Dynamiken transnationaler Solidarität im 20. und 21. Jahrhundert«. Veröffentlichungen u. a.: *Die Lehren des Luftkriegs. Sozialwissenschaftliche Expertise in den USA vom Zweiten Weltkrieg bis Vietnam*, Stuttgart 2020; *Keine Stunde Null. Sozialwissenschaftliche Expertise und die amerikanischen Lehren des Luftkrieges*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 17, 2020, H. 1, S. 11–35; *Demokratie in Flammen. Die NS-Bücherverbrennungen 1933*, in: Ulrich Hohoff/Gerhard Stumpf/Andrea Voß (Hrsg.), *Die Augsburger »Bibliothek der verbrannten Bücher«*, München 2019, S. 69–81; »viel schauerliches und viel groteskes«. Lion Feuchtwangers Deutung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, in: *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch* 34, 2016, S. 205–225.

**Marc Drobot**, geb. 1980; Dipl.-Soz., Dipl.-Ing.; Studium in Zittau und Dresden; von 2017 bis 2020 Lehrtätigkeit an der Universität Dresden, zeitweise als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Professur für soziologische Theorien und Kulturosoziologie; Forschungsschwerpunkte: Sozial- und Gesellschaftstheorie, Kulturosoziologie, Protest- und Bewegungsforschung, Allgemeine Ökonomie; seit 2017 Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung: Promotionsprojekt »Solidaritätsideal und ökonomisches Kalkül in Europa«, Veröffentlichungen u. a.: mit Jan Ackermann/Katharina Behne u. a.,

Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit, Wiesbaden 2015; zusammen mit *Martin Schroeder*, Wie man bekämpft, was man selbst repräsentiert. Pegida – eine fundamentalistische Gruppierung, in: *Tino Heim* (Hrsg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2017, S. 253–306; mit *Tino Heim*, Scarcity Incorporated. Das Knappheitsparadigma als ein Ausgangsproblem pluraler Ökonomie, in: *David J. Petersen/Daniel Willers/Esther M. Schmitt u. a.* (Hrsg.), Perspektiven einer pluralen Ökonomie, Wiesbaden 2019, S. 69–106; *Stuart Halls* ›Theorie der Artikulation‹. Eine Rahmenmethodologie für die Protest- und Bewegungsforschung, in: *Judith Vey/Johanna Leinius/Ingmar Hagemann* (Hrsg.), Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Ansätze, Methoden und Forschungspraxis, Bielefeld 2019, S. 230–248.

*Sebastian Garbe*, geb. 1986; Dr.; Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien und Universität von Buenos Aires; seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Justus-Liebig-Universität Gießen und 2020 Promotion in Soziologie an derselben Universität; 2014 bis 2017 Stipendiat am International Graduate Centre for the Study of Culture (GCSC) an der Justus-Liebig-Universität Gießen; 2020 Preisträger des Dr.-Herbert-Stolzenberg-Award for the Study of Culture für hervorragende Dissertationen sowie 2017 für hervorragende Leistungen in der Lehre. Veröffentlichungen u. a.: El »Mapuche hiperreal« en el contexto de solidaridad internacional: del maputusiasmo al esencialismo estratégico, in: *Iberoamericana XX*, 2020; mit *María Cárdenas/Andrea Sempértegui* (Hrsg.), Ch'ixinakax utxiwa. Eine Reflexion über Praktiken und Diskurse der Dekolonisierung, Münster 2018; mit *Pablo Quintero* (Hrsg.), Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte zwischen Theorie und Praxis, Münster 2013; Deskolonisierung des Wissens. Zur Kritik der epistemischen Gewalt in der Kultur- und Sozialanthropologie, in: *Austrian Studies in Social Anthropology* 1, 2013, URL: <<https://www.univie.ac.at/alumni.ksa/assa/ausgaben/assa-journale/journal-2013/deskolonisierung-des-wissens/>> [23.12.2020].

*Hermann-Josef Große Kracht*, geb. 1962; apl. Prof., Dr. phil., theol. habil.; Studium in Frankfurt am Main, Münster, Petrópolis (Brasilien) und Kassel. 1988–1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für katholische Theologie der Universität Kassel, 1994–2000 Studienreferendar/Studienrat; seit 2000 Assistent am Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster. Seit 2008 Akademischer Rat/Oberrat am Institut für Theologie und Sozialethik der TU Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Gerechtigkeits- und Solidaritätstheorien, Religion und politische Öffentlichkeit; Geschichte und Theorie der katholischen Sozialtradition. Veröffentlichungen u. a.: Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften, Bielefeld 2017; *Gustav Gundlach SJ* (1892–1963). Katholischer Solidarismus im Ringen um die Wirtschafts- und Sozialordnung, Paderborn 2019; Postliberale Wohlfahrtsdemokratie, Münster 2009 (unveröffentlichte Habilitation); Kirche in ziviler Gesellschaft. Studien zur Konfliktgeschichte von katholischer Kirche und demokratischer Öffentlichkeit, Paderborn 1997.



**Yoshihiro Iida**, geb. 1966; Prof.; Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Tokio; seit 2003 Professor für neuere europäische Politikgeschichte an der Juristischen Fakultät der Universität Gakushuin (Tokio); zuvor 1991 bis 1994 wissenschaftlicher Assistent an der Juristischen Fakultät der Staatlichen Universität Tokio, 1995 bis 1996 Dozent an der Juristischen Fakultät der Universität Gakushuin, 1996 bis 2003 außerordentlicher Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Gakushuin. 2001 bis 2003 Gastwissenschaftler am Historischen Seminar der Universität Tübingen und 2017 bis 2018 am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin. Veröffentlichungen u. a.: Demokratischer Einheitsstaat. Pläne zur Reichsreform in der Weimarer Republik, in: ZfG 67, 2020, S. 5–26; Boukyakusuru Sengyooroppa. Naisen to Dokusai no Kako wo maeni (= Die Politik des Vergessens in Europa von 1945 bis zur Gegenwart), Tokio 2019; Souzou no Doitsuteikoku. Touitsu no Jidai niokeru Kokuminkeisei to Renpoukokkakensetsu (= Die Erfindung der föderativen Nation. Nationsbildung und Bundesstaatsbildung in der Reichsgründungszeit), Tokio 2013.

**Zoé Kergomard**, geb. 1989; Dr.; Studium der Jura und der Europa-Studien in Paris und Frankfurt an der Oder, seit 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin in Zeitgeschichte am Deutschen Historischen Institut in Paris. Zuvor wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Freiburg (Schweiz) im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Forschungsprojekts »Political Parties and Election Campaigns in Post-war Switzerland« (Leitung: Damir Skenderovic/Oscar Mazzoleni). Ihre Dissertation hat sie 2018 verteidigt und 2020 veröffentlicht: Wahlen ohne Kampf? Schweizer Parteien auf Stimmenfang, 1947–1983 (Schwabe, Open Access). Wichtigste Veröffentlichungen: Knowledge on a Democratic »Silence«. Conflicting Expertise on the Decline in Voter Turnout in Postwar Switzerland (1940s–1980s), in: KNOW: A Journal on the Formation of Knowledge 4, 2020, H. 2, S. 231–261; »Mehr Freiheit, weniger Staat«. Zum Neoliberalismus als Patentrezept gegen die Krise der Schweizer Parteien um 1980, in: Regula Ludi/Matthias Ruoss/Leena Schmitter (Hrsg.), Krise und Neoliberalismus in der Schweiz, Zürich 2018, S. 111–136; An die Urnen, Schweizerinnen! Die Erfindung der Wählerin im eidgenössischen Wahlkampf von 1971, in: Hedwig Richter/Hubertus Buchstein (Hrsg.), Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie, Wiesbaden 2017, S. 237–265.

**Fabian Lemmes**, geb. 1975; Jun.-Prof. Dr.; Studium in Saarbrücken und Paris; Juniorprofessor für Europäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Zuvor Promotion am Europäischen Hochschulinstitut Florenz, Fellow am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität des Saarlandes. Vertretung der Professur für Geschichte Westeuropas im 19. und 20. Jahrhundert an der Universität Kassel (2013/14), Fellow am Collegium de Lyon (2019/20). Veröffentlichungen u. a.: Zwangsarbeit in Saarbrücken, St. Ingbert 2004; Collaboration in Wartime France, 1940–1944, in: European Review of History 15, 2008, S. 157–177; Der anarchistische Terrorismus des 19. Jahrhunderts und sein soziales Umfeld, in: Stefan Malthaner/Peter Waldmann (Hrsg.), Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, Frankfurt am Main 2012, S. 73–117; mit Manuel Borutta, Die Wiederkehr des Mittelmeerraumes. Stand und Perspektiven der neu-historischen Mediterranistik, in: Neue Politische Literatur 58, 2013, S. 389–419; mit

Olivier Forcade/Johannes Großmann u. a. (Hrsg.), *Evakuierungen im Europa der Weltkriege*, Berlin 2014; *Propaganda der Tat. Zur Geschichte einer besonderen Gewaltpraxis*, in: *Mittelweg* 36, 29, 2020, Nr. 4/5, S. 23–44; *Arbeiten in Hitlers Europa. Die Organisation Todt in Frankreich und Italien 1940–1945*, Köln/Weimar etc. 2021.

**Friedrich Lenger**, geb. 1957; Prof. Dr.; seit 1999 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Studium der Geschichte, der Soziologie, der Politischen Wissenschaften und der Kulturanthropologie in Düsseldorf, Ann Arbor und Bielefeld; 1985–1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Hochschulassistent in Tübingen, 1994/95 Lehrstuhlvertretungen in Bielefeld und Tübingen, 1995–1999 Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Erlangen, 1997/98 Visiting Fellow am St Antony's College Oxford, 2001/2002 Konrad-Adenauer-Lehrstuhl am Center for German and European Studies der Georgetown University, 2009/2010 Fellow am Kulturwissenschaftlichen Kolleg Konstanz, 2011/2012 Fellow am Historischen Kolleg München, 2015 Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Seit 2019 Mitglied der Leopoldina. Veröffentlichungen u. a.: *Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878*, Göttingen 1986; *Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800*, Frankfurt am Main 1988; *Werner Sombart (1863–1941). Eine Biographie*, München 1994 (3. Aufl. 2013); *Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung*, Stuttgart 2003; *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013 (2. Aufl. 2014); *Globalen Kapitalismus denken. Historiographie-, theorie- und wissenschaftsgeschichtliche Studien*, Tübingen 2018.

**Yves Müller**, geb. 1982; M. A.; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Gender Studies in Berlin, Doktorand an der Universität Hamburg, seit 2019 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: mit Robert Claus/*Esther Lehnert* (Hrsg.), »Was ein rechter Mann ist ....« *Männlichkeiten im Rechtsextremismus*, Berlin 2010; mit Reiner Zilkenat (Hrsg.), *Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA)*, Frankfurt am Main 2013; »dass die Aufbauarbeit der SA in Luxemburg im Augenblick eine Krisis durchmacht«. *Die nationalsozialistische »Sturmabteilung« (SA) in Luxemburg 1941–1944*, in: *Hémecht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte* 70, 2018, H. 4, S. 7–21; »Faschistische Grundstruktur«. Lutz Niethammers *Analyse der extremen Rechten* (1969), in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 16, 2019, H. 1, S. 197–205.

**Jan Neubauer**, geb. 1987; Dr.; Studium in Köln, Jena und College Park/Maryland; seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator im BMBF-Forschungsprojekt »Praktiken der Solidarität. Strukturen und Dynamiken transnationaler Solidarität im 20. und 21. Jahrhundert« am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg; zuvor 2016 bis 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt »München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft« und am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2014/2015 Stipendiat der Fulbright-Kommission, 2013 bis 2015 Stipendiat in der Grundförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung; Veröffentlichungen u. a.: *Arbei-*

ten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im »Dritten Reich«, Göttingen 2020; Antisemitische Selbstmobilisierung im Zeichen der »Volksgemeinschaft«. Der Münchner Fall Ernst Henle, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 26, 2017, S. 90–120.

**Dominik Rigoll**, geb. 1975; Dr.; seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Zuvor 2009 bis 2010 wissenschaftlicher Projektkoordinator und Forschungsgruppenleiter am Centre Marc Bloch Berlin, 2010 bis 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie von Februar bis März 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin. Fellowships am History Departement der Princeton University und am Institut d'histoire du temps présent Paris. Veröffentlichungen u. a.: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013; mit Norbert Frei (Hrsg.), Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, Göttingen 2017; mit Marc Bergère/Jonas Campion u. a. (Hrsg.), Pour une histoire connectée et transnationale des épurations en Europe après 1945, Bruxelles 2019; mit Sebastian Bischoff/Cornelia Siebeck u. a., Zeitgeschichte der Rechten. Neue Arbeiten zu einem jungen Forschungsfeld, in: Zeitgeschichte Online, August 2020.

**Michael Schneider**, geb. 1944; Dr. phil. 1974 (Universität Bremen), Habilitation für Neuere Geschichte 1982 (Universität Hamburg); seit 1971 Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte und von 1999 bis 2009 Leiter des Archivs der sozialen Demokratie; seit 1974 Lehrbeauftragter und seit 1994 Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Von 1992 bis 2013 Mitherausgeber der »Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte« und von 1995 bis 2011 Mitglied der Redaktion des »Archivs für Sozialgeschichte«. Veröffentlichungen u. a.: Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933, Bonn 1975; Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn 1975; Aussperrung. Ihre Geschichte und Funktion vom Kaiserreich bis heute, Köln 1980; Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982; Streit um Arbeitszeit. Geschichte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland, Köln 1984; Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Bonn 1986; Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989 (engl. 1991, chines. 1992); Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999; In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945, Bonn 2014; Internetportal URL: <<https://www.gewerkschaftsgeschichte.de>>, online seit 1. Mai 2016.

**Christopher Seiberlich**, geb. 1991; M. A.; Studium der Geschichte und Germanistik in Freiburg im Breisgau und Göteborg; ab Frühjahr 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zeitgeschichte der Eberhard-Karls-Universität Tübingen; seit 2019 Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung; Veröffentlichung: No Peace without Equality. The »North-South Conflict« and Social Democratic Foreign Policy in

Sweden, the Netherlands and West Germany in the 1970s, in: *Nevra Biltekin/Leos Müller/Magnus Petersson* (Hrsg.), *200 Years of Peace in Sweden* (im Erscheinen).

**Paul Sprute**, geb. 1993; M. A.; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner, Doktorand in einem Forschungsprojekt zu Bauvorhaben deutscher Unternehmen im ›Globalen Süden‹. 2019 Masterabschluss »Global History«, Freie Universität Berlin und Humboldt-Universität zu Berlin. Masterarbeit bei Timothy Nunan zur Geschichte des Solidaritätsdiensts International (SODI) bis Mitte der 2000er-Jahre. Seit Ende 2020 auch selbst bei SODI aktiv. 2017–2020 studentischer Mitarbeiter am Arbeitsbereich für Globalgeschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, zuständig für die Zeitschrift »Global Histories: A Student Journal«.

**Dietmar Süß**, geb. 1973; Prof. Dr.; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg. Studium an der FernUniversität Hagen, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Universidad de Cantabria und der Ludwig-Maximilians-Universität München. Veröffentlichungen u. a.: *Tod aus der Luft. Luftkrieg und Kriegsgesellschaft in Deutschland und England*, München 2011 (engl. 2014); »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. *Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich*, München 2017.

**Stefan Wannenwetsch**, geb. 1982; M. A.; Studium der Neueren und Neuesten Geschichte und Politikwissenschaft in Tübingen und Brisbane. 2014–2016 Graduiertenstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2016–2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen im DFG-Projekt »Arbeiter« in der westdeutschen »Arbeitnehmergesellschaft«. Zur Transformation einer zentralen Kategorie gesellschaftlichen Wissens nach dem Boom«. Seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften, Universität Tübingen, im Projekt »Gräberfeld X«. Veröffentlichung: *Unorthodoxe Sozialisten. Zu den Sozialismuskonzeptionen der Gruppe um Otto Straßer und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main/Bern etc. 2010.

**Stefan Weispfennig**, geb. 1990; M. A.; Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Trier; seit 10/2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum Europa der Universität Trier im DFG-geförderten Forschungsprojekt »Der konsumierende Staatsbürger«; Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Meik Woyke**, geb. 1972; Dr. phil.; Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung; zuvor 2007–2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter, ab 2012 Referatsleiter im Historischen Forschungszentrum/Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung; Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Sozialdemokratie und von sozialen Bewegungen, Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Erinnerungskultur und Public History. Veröffentlichungen u. a.: mit *Ursula Bitzegeio/Anja Kruke* (Hrsg.), *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik*, Bonn 2009; (Hrsg.), *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland wäh-*

rend der 1980er Jahre, Bonn 2013; Willy Brandt/Helmut Schmidt: Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), Bonn 2015; Helmut Schmidt. 100 Seiten, Ditzingen 2018; mit Benedikt Brunner/Thomas Großbölting/Klaus Große Kracht (Hrsg.), »Sagen, was ist«. Walter Dirks in den intellektuellen und politischen Konstellationen Deutschlands und Europas, Bonn 2019.

